Wengen

Geschichte der Kriegsereignisse

zwischen

Preußen und Hannover

1866.

Mit Benutzung authentischer Quellen

von

Fr. von der Wengen.

Erste Lieferung.

Gotha.
Friedrich Andreas Perthes.
1885.

Geschichte der Kriegsereignisse zwischen Preufsen und Hannover 1866. *Mit Benutzung von authentischen Quellen von* ***Fr. von der Wengen.*** *Gotha, Friedr. Andr. Perthes, 1885. Erste Lieferung.*

Preis: ℳ 2. 40.

Obwohl die Kriegsereignisse zwischen Preufsen und Hannover 1866 schon nach kurzem Verlaufe ihren Abschlufs fanden, so haben sie doch teils mit Rücksicht auf ihren entscheidungsvollen Ausgang, teils durch die auf publicistischem Gebiete daran sich knüpfenden Kämpfe die Öffentlichkeit ungleich mehr beschäftigt, als irgendeine andere Episode jenes denkwürdigen Jahres. Ist der Gang der militärischen Operationen dieses Feldzuges ohnehin oft ein so mäanderhaft verschlungener, dafs es zu deren Verständnisse der eingehendsten Studien bedarf, so ist andernteils zugleich dieser Abschnitt des deutschen Kriegs besonders reich an überraschenden, gewissermafsen pikanten Zwischenfällen, für welche der mit den inneren Verhältnissen Nichtvertraute keine triftige Erklärung zu finden vermag und daher oft zu ganz absonderlichen Fehlschlüssen gelangt. Umhüllt unter diesen Verhältnissen den hannoverschen Feldzug mehr oder minder ein gewisses Dunkel, so sind durch die spätere, teilweise erregte Polemik die Anschauungen über denselben nicht nur nicht geläutert, sondern nur um so erheblicher getrübt worden, da weder das preufsische Generalstabswerk noch der hannoversche „Offizielle Bericht“ in ihrer verhältnismäfsig gedrängten Darstellung die für eine Klärung des Urteils erforderlichen Grundlagen bieten. Das eigene Interesse, welches der Verfasser für jene, weil in seinem damaligen Domicile Gotha selbst erlebten Kriegsereignisse fafste, gab ihm mit Rücksicht auf die eben erörterten Umstände die Anregung zur Bearbeitung einer eingehenderen und möglichst klärenden Schilderung dieses Feldzugs. Durch ein umfangreiches Material von Originalquellen unterstützt, sollte es ihm vergönnt sein, das hiermit der Öffentlichkeit übergebene Werk zu vollenden.

Indem er bestrebt war, den schwierigen Gegenstand mit der nämlichen Objektivität zu behandeln, wie sie für sein Werk: „Die Kämpfe vor Belfort im Januar 1871“ (Leipzig 1875)

mafsgebend gewesen, befindet er sich in der Lage, eine Schilderung der Kriegsereignisse zwischen Preufsen und Hannover zu bieten, welche alle bisher erschienenen diesbezüglichen Publikationen an Reichhaltigkeit und Klarheit übertrifft. Ebenso wie das Werk bedeutsame Einblicke in die Vorgeschichte des Kriegs gewinnen läfst, lüftet es den über dem Feldzug liegenden Schleier nach verschiedenen Richtungen und erschliefst bei seinen mannigfachen Enthüllungen so viele neue Gesichtspunkte, dafs die bisherigen Anschauungen einer wesentlichen Berichtigung unterzogen werden und manche irrige Auffassung einer ruhigeren Betrachtung der Dinge in versöhnendem Sinne weichen dürfte. Für die an dem Feldzuge beteiligten preufsischen und hannoverschen Truppen ist das Werk seiner zahlreichen Details wegen ein jedenfalls sehr erwünschtes Gedenkbuch. Obwohl unter den für den militärischen Standpunkt mafsgebenden Gesichtspunkten geschrieben, bietet es dennoch bei seiner fafslichen, auch dem Laien verständlichen Darstellung zugleich für den Nichtmilitär eine ebenso anregende wie spannende Lektüre, welche den Leser den wechselvollen Verlauf des Feldzugs fortgesetzt mit Interesse verfolgen läfst. Jedenfalls darf das Werk beanspruchen, ein wichtiger Beitrag zur Geschichte des denkwürdigen Jahres 1866 zu sein, durch welches eine bisher bestandene fühlbare Lücke in der einschlägigen Litteratur eine erwünschte Ergänzung findet, die voraussichtlich jeder Zeit ihren Wert als zuverlässige Quelle behaupten wird.

Das Werk wird in 6 gleichstarken Lieferungen komplett.

Druck von Friedr. Andr. Perthes in Gotha.

Kriegsereignisse

zwischen

Preußen und Hannover

1866.

Geschichte der Kriegsereignisse

zwischen

Preußen und Hannover

1866.

Mit Benutzung authentischer Quellen

von

Fr. von der Wengen.

Nebst zwei Karten.

Gotha.

Friedrich Andreas Perthes.

1886.

Vorwort.

Ungeachtet ihres kurzen Verlaufs haben die Kriegsereignisse zwischen Preußen und Hannover 1866 nachmals die Öffentlichkeit ungleich mehr beschäftigt, als irgendeine andere Episode jenes denkwürdigen Jahres. Nicht nur ihr tragischer Ausgang, durch welchen die hannoversche Dynastie Thron und Land verlor, sondern auch das Dunkel, welches diesen an überraschenden und gewissermaßen pikanten Zwischenfällen reichen Feldzug mehr oder minder umhüllte, sollten sowohl in Verbindung mit den auf publizistischem Gebiete sich daran knüpfenden Kämpfen, wie den fortgesetzten Agitationen das Interesse in erhöhtem Maße aufrecht erhalten und nicht sobald erlahmen lassen. Obwohl die eben erwähnte Polemik teilweise eine außerordentlich erregte war, so hat sie doch zu einer wesentlichen Läuterung der Anschauungen

nicht beigetragen und zwar um so weniger, da weder das preußische Generalstabswerk, noch der hannoversche „Offizielle Bericht" in ihrer gedrängten Darstellung jenes Feldzuges die für eine Klärung des Urteils erforderlichen Grundlagen bieten. Daher unbekannt mit so manchen inneren Verhältnissen im Lager des Gegners, welche auch durch die öffentliche Polemik nicht hinlänglich geklärt wurden, gelangte man auf beiden Seiten in vielfacher Beziehung zu mehr oder minder irrigen Anschauungen, die nicht geeignet waren, die Berechtigung der historischen Wahrheit für sich in Anspruch zu nehmen. Für beide Lager bietet der Feldzug mannigfache Zwischenfälle, die man eher in das Dunkel einzuhüllen bestrebt gewesen ist und über welche auch die amtlichen Akten entweder keinen oder nur ungenügenden Aufschluß erteilen, obwohl die betreffenden Vorgänge für die Entwickelung und den Gang der Ereignisse von außerordentlicher Bedeutung sind. Indessen konnten weder das preußische Generalstabswerk, noch der hannoversche „Offizielle Bericht" in ihrer Eigenschaft als amtliche Publikationen aus nahe liegenden Gründen derartige innere Vorgänge in den Bereich ihrer Betrachtungen ziehen und Aufschlüsse über dieselben geben.

Die eben geschilderten Umstände und mein persönliches Interesse an dem Feldzuge, von welchem ich in meinem damaligen Domizile Gotha Augenzeuge werden sollte, wurden für mich die Veranlassung, an die Bearbeitung einer

möglichst klärenden und objektiven Schilderung der Kriegsereignisse zwischen Preußen und Hannover heranzutreten. Es wurde mir das Glück zuteil, durch ein umfangreiches Material ungedruckter Originalquellen aus beiden Lagern meine Bestrebungen unterstützt und mich dadurch in den Stand gesetzt zu sehen, in den nachfolgenden Blättern eine Darstellung jener Kriegsereignisse zu bieten, wie sie von diesem Umfange seither noch nicht der Öffentlichkeit übergeben wurde. Mein Bestreben war es, meiner Aufgabe in objektiver Weise gerecht zu werden. Nicht einen einseitigen Panegyrikus zu schreiben, welcher den Sieger feiert, den unterlegenen Gegner aber nur zu tadeln und zu verdächtigen weiß, sondern eine Geschichte dieses denkwürdigen Feldzuges im Geiste und Lichte der Wahrheit zu schaffen, sollte der Zweck meiner Arbeit sein und wurde das Ziel meines Strebens. Die mir hierfür zur Verfügung gestandenen Unterlagen dürfen beanspruchen, aus kompetenten Quellen zu stammen. Ein Beweis ihrer Zuverlässigkeit möchte wohl auch darin zu erblicken sein, daß, obschon das vorliegende Werk seit Jahresfrist im Erscheinen begriffen ist und ich durch eine Vormerkung zu den ersten Lieferungen um die Einsendung alfälliger Monita ersuchte, mir doch bis heute nur die wenigen, unter den „Nachträgen“ (s. S. 1197) aufgenommenen Berichtigungen zugegangen sind, die im allgemeinen von geringfügiger und untergeordneter Bedeutung, während in einem Falle, welcher eher Interesse zu

beanspruchen haben dürfte, gegenüber der an mich gelangten Reklamation trotzdem von hierzu gleichfalls kompetenter Seite die Korrektheit meiner diesbezüglichen Schilderung aufrecht erhalten wird. Versichern darf ich, nichts gegen besseres Wissen geschrieben zu haben; das Bewußtsein absichtlicher Fälschungen lastet nicht auf mir.

Durch die in meinem Werke gebotenen vielfachen Enthüllungen erscheinen so manche Ereignisse in einem durchaus anderen Lichte, als zuvor. Indem mein Buch einesteils die Hinfälligkeit verschiedener, aus früheren Verdächtigungen und heftigen Angriffen hervorgegangener Fehlschlüsse darthut, unterzieht es anderenteils durch die Darlegung bisher verschwiegener Thatsachen die von beteiligten Kreisen oft auf Kosten der Wahrheit geschaffenen Bilder einer mehrfach tiefgreifenden Modifikation. Ich bin mir bewußt, ein Gewebe von Unwahrheiten zu zerstören, durch welche man bisher die öffentliche Meinung irrezuführen bestrebt war. Aber ich bin auch entschlossen, die Wahrheit nachdrücklich zu verteidigen und manches noch näher zu beleuchten, wenn man es unternehmen sollte, neue Geschichtsfälschungen auf die schon verschuldeten zu häufen. Dornenvoll ist zwar die Aufgabe, die zeitgenössische Geschichte den Zeitgenossen im Lichte der Wahrheit vorzuführen, da ein objektiver Standpunkt meistens nach keiner Seite hin zu befriedigen pflegt, während jene einseitigen Machwerke, die nur zu sehr den Stempel des Strebertums an der Stirn tragen und den

blinden Kultus eines aufgestellten Dogmas zum lohnenden Felde ihrer Thätigkeit machen, leider zu oft eines ausgedehnten Beifalls sich zu erfreuen haben, mögen sie auch noch so seicht und unzuverlässig sein.

Wie dornenvoll oft die Aufgabe ist, die historische Wahrheit gegen falsche Anschauungen zu vertreten, sollte mir bereits bekannt werden, als ich es durch mein diesbezügliches Werk unternahm, die Kämpfe vor Belfort im Januar 1871 hinsichtlich ihrer strategischen Bedeutung auf deren wahren Wert zurückzuführen *). Den nächsten Anlaß dazu gab der hier in Freiburg gefaßte Beschluß, ein Denkmal zu errichten, welches die Bestimmung haben sollte, die Lisaine-Schlacht als eine Verteidigung von Baden und Süddeutschland gegen eine Invasion des Bourbakischen Heeres zu verherrlichen. Mit der durch Wort und Schrift propagierten Legende, daß der feindliche Heerführer in das badische Oberland einzudringen bezweckte, um hier zunächst in Freiburg sein Hauptquartier aufzuschlagen und die alles verwüstende Brandfackel zu schwingen, wurde die Gründung jenes Denkmals in Angriff genommen. Für einen nur einigermaßen denkenden Militär mußte diese Auffassung der Kämpfe vor Belfort mit Rücksicht auf die damalige strategische Lage als eine irrige erscheinen und die späterhin

*) Siehe „Die Kämpfe vor Belfort im Januar 1871" (Leipzig, 1875), sowie meine Schrift: „Villersexel und Belfort" (Leipzig, 1876).

von französischer Seite gewordenen Mitteilungen haben dies auch zur Genüge bestätigt. Nicht eine überrheinische Invasion war der Zweck des Bourbakischen Zuges, sondern die Unterbrechung der rückwärtigen Verbindungen des deutschen Heeres auf der Linie Paris-Metz, um schließlich durch eine allgemeine Offensive der französischen Armeeen ihre von Hunger bedrohte Hauptstadt zu retten. Unmöglich entsprach es der Würde Deutschlands, ein Denkmal zu errichten, welches der inneren geschichtlichen Berechtigung entbehrte und Frankreichs Hohngelächter herauszufordern geeignet war. Weder die Franzosenfurcht philiströser Kreise, noch die Anschauungen urteilsloser Militärs konnten hierfür maßgebend sein. Der deutsche Lorbeerkranz von 1870/71 ist überhaupt viel zu herrlich, als daß er des unechten Flitters bedarf, der ihn nur verunzieren würde. Unter diesen Umständen glaubte ich als deutscher Patriot zu handeln, indem ich gegen jene Auffassung der Kämpfe vor Belfort Einspruch erhob und nachzuweisen mich bestrebte, wie unzutreffend die hier sich geltend machenden Anschauungen waren. Allerdings beschwor ich einen Sturm der Entrüstung herauf, und besonders hier in Freiburg glaubte man sich berechtigt, mich in hochfahrender Weise abzufertigen. Während manche im Vollgefühle ihres Selbstbewußtseins mich nur ignorieren zu müssen meinten, ironisierten mich andere und sprachen mir die Berechtigung zur Beurteilung solcher Fragen ab oder verunglimpften mich,

indem sie mich des Mangels an Patriotismus bezichtigten, obwohl nach meiner Anschauung der wahre Patriotismus nicht zum blinden Servilismus werden soll *). Insbesondere waren in letzterer Beziehung dergleichen Angriffe aus solchen Kreisen am lebhaftesten, die noch wenige Jahre zuvor eine Lösung der deutschen Frage im Sinne des 18. Januar 1871 nur mit Entrüstung perhorreszierten. Die aus deutschen militärischen Kreisen hervorgegangenen Rezensionen meines Buches trugen zumeist den Stempel eines dienstbeflissenen Strebertums, welches in der Tagesströmung steuerte und dem aufgestellten Dogma huldigte, ohne jedoch damit Beweise für die geistige Befähigung ihrer Autoren zu erbringen. Ganz abgesehen von dem gegen mich beliebten Verhalten verschiedener Zeitungen, machten sich auch die Redaktionen einiger Militärzeitschriften der Illoyalität schuldig, die Aufnahme meiner durchaus sachlichen Entgegnungen auf die in ihren Organen erschienenen Rezensionen zu verweigern, so daß ich genötigt war, andere Fachblätter um deren Veröffentlichung zu ersuchen, welche sie dann unverändert zum Abdrucke brachten. Obwohl eine solche Handlungsweise mit den Anforderungen an die Pflichten eines Ehrenmannes sich nicht vereinigen läßt, so schienen jedoch damals alle Mittel

---

*) Näheres in dieser Beziehung enthält die Vorrede zu meinem Werke: „Die Kämpfe vor Belfort".

stattfhaft zu sein, um Geschichte zu machen und die Wahrheit zu unterdrücken.

Indessen sollte die historische Wahrheit endlich doch zur Geltung gelangen. Das in Freiburg errichtete Denkmal wurde schließlich der Erinnerung an den gesamten Feldzug des 14. Armeecorps gewidmet, ohne daß jedoch das Publikum, durch dessen Spenden die erforderlichen Mittel gewonnen worden waren, über die hierfür maßgebenden Gründe sich belehrt gesehen hätte. Bei dem Festmahle, welches der Enthüllung dieses Denkmals 1876 folgte, erklärte Se. K. u. K. Hoheit der Kronprinz des Deutschen Reiches und von Preußen in Seinem Trinkspruche offen, daß die strategische Bedeutung jener Kämpfe vor Belfort überschätzt worden sei *). Auch das preußische Generalstabswerk vermochte nicht, die Lisaine-Schlacht als eine Befreiung Süddeutschlands von französischer Invasion zu feiern **). Meine Dar-

*) Obwohl die damaligen übrigen Toaste möglichst wortgetreu veröffentlicht wurden, ist der Trinkspruch Sr. K. K. Hoheit des Kronprinzen in der offiziellen Festbeschreibung (Funke, „Das Sieges-Denkmal zu Freiburg im Breisgau", ebendort, 1877) vollkommen unterdrückt worden. Offenbar hielt man es nicht für ratsam, daß jenes Urteil aus so illustrem Munde in weiteren Kreisen des Publikums bekannt wurde.

**) Die Bedeutung des obiger Schlacht vorausgegangenen Treffens von Villersexel habe ich gleichfalls in der deutschen Militärlitteratur zum erstenmale richtig gewürdigt. Was das preußische Generalstabswerk in dieser Beziehung darlegt, hatte ich schon fünf Jahre zuvor in meinem citierten Buche erörtert. Indessen konnten damals meine Ausführungen nicht zur Geltung

legungen über die Bedeutung der gedachten Kämpfe hatten sich also vollkommen richtig erwiesen, obwohl man auch noch nachmals das Publikum glauben machen wollte, daß meine Beurteilung jener Frage durchaus falsch sei. Indessen bewahrheitete sich auch hier das alte Sprichwort: „Ehrlich währt am längsten". Das bieder denkende Soldatentum begriff mich vollkommen, was ich in dieser Sache bezweckte; es sind mir privatim dafür Beweise genug aus den Reihen des deutschen Heeres zugegangen. Auch die Kriegsgeschichte soll wahr sein und nicht durch Fälschungen getrübt werden. Hat ihr Studium die Bestimmung, uns tiefer in das Wesen der Kriegskunst einzuführen, so muß sie vor allem vom Geiste der Wahrheit getragen sein; nur eine solche Kriegsgeschichte wird wirklich belehrend und fruchtbringend wirken, eine gefälschte jedoch nicht.

Unter diesem Gesichtspunkte schrieb ich auch das vorliegende Werk. Ob ich für dasselbe nicht gleichfalls Angriffe zu erwarten haben werde, muß ich vorläufig noch dahin gestellt sein lassen. Nur bitte ich meine eventuellen Gegner, einesteils nicht unter der Maske der Anonymität zu kämpfen, wie es so häufig üblich ist, und andernteils

---

gelangen, vielmehr dominierten nach wie vor die geradezu absurden Anschauungen, wie sie zu jener Zeit über diesen Kampf in der deutschen Militärlitteratur kolportiert wurden.

mich von ihren diesbezüglichen Publikationen gefälligst in Kenntnis zu setzen, damit ich ihnen rechtzeitig entgegnen kann.

Freiburg in Baden, am 12. April 1886.

Der Verfasser.

Inhalt.

		Seite
Vorwort		V
Verzeichnis der citierten und teilweise benutzten gedruckten Quellen		XVII
Einleitung		1
I.	Bis zur Kriegserklärung 1866	94
II.	Die hannoversche Armee	240
III.	Preußen, seine Gegner und Bundesgenossen beim Ausbruche des Kriegs	271
IV.	Die Ereignisse in Hannover vom 16. bis 20. Juni	308
V.	Kurhessen und die preußische Occupation	438
VI.	Die Operationen gegen die hannoversche Armee vom 21. bis 23. Juni	470
VII.	Die Tage vom 24. bis 26. Juni	617
VIII.	Der 27. Juni und das Treffen von Langensalza	849
IX.	Die Kapitulation	1069
Schluß		1121

Beilagen.

I.	Ordre de bataille der Königlich Preußischen Truppen	1139
II.	Ordre de bataille der Königlich Hannoverschen Armee am 20. Juni 1866	1145
III.	Zusammensetzung und Stärke der Königlich Hannoverschen Armee am 27. Juni 1866	1150
IV.	Verlust-Liste der Königlich Preußischen 2c. Truppen vom 27. Juni 1866	1153
V.	Verlust-Liste der Königlich Hannoverschen Truppen vom 27. Juni 1866	1157
VI.	Das hannoversche Wach-Detachement von Fort Wilhelm	1162
VII.	Das Depot des hannoverschen Dragoner-Regiments Kronprinz	1167

		Seite
VIII.	Das Depot des hannoverschen 7. Infanterie=Regiments	1176
IX.	Das hannoversche Detachement in Emden	1186
Nachträge		1197
Berichtigungen		1205

Karten.

I. Übersichtskarte des Kriegsschauplatzes.

II. Plan der Umgebung von Langensalza.

Verzeichnis

der citierten und teilweise benutzten gedruckten Quellen.

1.) Antheil der Königlich Bayerischen Armee am Kriege des Jahres 1866. Bearbeitet vom Generalquartiermeister-Stabe. München, 1868.

2.) v. Bagensky, Geschichte des Königlich Preußischen 4. Garde-Regiments zu Fuß 1860—1884. Berlin, 1885.

3.) v. Blomberg und v. Leszczynski, Geschichte des 6. Westfälischen Infanterie-Regiments Nr. 55 von seiner Errichtung bis zum 2. September 1877. Detmold, 1877.

4.) Bericht, officieller, über die Kriegsereignisse zwischen Hannover und Preußen im Juni 1866 und Relation der Schlacht bei Langensalza am 27. Juni 1866. 2 Theile. Wien, 1866—1867.

5.) Bock v. Wülfingen, Tagebuch vom 11. Juni bis 3. Juli 1866. Hannover, 1876.

6.) v. Bredow, Geschichte des 2. Rheinischen Husaren-Regiments Nr. 9. Berlin, 1881.

7.) Cramer, A., Theilnahme des Königlich Preußischen 5. Westfälischen Infanterie-Regiments Nr. 53 am Feldzuge der Main-Armee 1866. Wesel, 1869.

8.) Cramer, F., Geschichte des Königlich Preußischen Ersten Westfälischen Infanterie-Regiments Nr. 13 vom Jahre 1838 bis zum Jahre 1868. Münster, 1868.

9.) Der Feldzug von 1866 in Deutschland. Redigirt von der kriegsgeschichtlichen Abtheilung des Großen Generalstabs. Berlin, 1867—1868.

10.) Feldzugs-Journal des Oberbefehlshabers des 8ten deutschen Bundes-Armee-Corps im Feldzuge des Jahres 1866 in Westdeutschland. Darmstadt und Leipzig, 1867.

11.) v. Fransecky, Geschichte des 1. Rheinischen Infanterie-Regiments Nr. 25 von 1857—1883. Berlin, 1884.

12.) Fritsch, Der Antheil des 1. Magdeburgischen Infanterie-Regiments Nr. 26 an der Kampagne von 1866 gegen Oesterreich. Magdeburg, 1867.

13.) Geschichte des 1. Westfälischen Husaren-Regiments Nr. 8. Berlin, 1882.

14.) Die Hannoveraner in Thüringen und die Schlacht bei Langensalza. Von einem unparteiischen Augenzeugen. Langensalza, 1866.

15.) v. Hassel, Die hannoversche Kavallerie und ihr Ende. Hannover, 1875.

16.) Helmuth, Die Theilnahme des Besatzungs-Bataillons Aschersleben 2. Magdeburgischen Landwehr-Regiments Nr. 27 an dem achttägigen Feldzuge gegen das hannoversche Armee-Corps im Juni 1866. Aschersleben, 1866.

17.) Kirchhof und Brandenburg, Das 3. Brandenburgische Infanterie-Regiment Nr. 20 in den Feldzügen von 1866 und 1870/71. Berlin, 1881.

18.) Klopp, Rückblicke auf die preußische Annexion des Königreichs Hannover. 2. Auflage. München, 1868.

19.) Klopp, Die Hannoveraner vor Eisenach am 24. Juni

1866. Offenes Sendschreiben an den koburgischen Minister Herrn v. Seebach. Wien, 1869.

20.) Knorr, Der Feldzug des Jahres 1866 in West- und Süddeutschland. (Nach authentischen Quellen bearbeitet.) 1. Band. Hamburg, 1867.

21.) Der Herzog von Koburg und die Schlacht von Langensalza in der Schwurgerichtsverhandlung am 23. Juli 1868 gegen den Redakteur des Volksboten Ernst Zander. München, 1868.

22.) Krahmer, Antheil des 1. Rhein. Infanterie-Regiments Nr. 25 an dem Feldzuge der Main-Armee im Jahre 1866. Hadersleben.

23.) v. Krieg, Kriegs-Tagebuch des 2. Westfäl. Infanterie-Regiments Nr. 15 (Prinz Friedrich der Niederlande) aus dem Feldzuge der Main-Armee 1866. Minden, 1867.

24.) Meding, Memoiren zur Zeitgeschichte. 3 Theile. Leipzig, 1881—1884.

25.) (Graf zu Münster), Hannovers Schicksal vom Juni bis September 1866. Hannover, 1866.

26.) Graf zu Münster, Mein Antheil an den Ereignissen des Jahres 1866 in Hannover. 2. Aufl. Hannover, 1868.

27.) Die Operationen des VIII. Deutschen Bundes-Corps im Feldzuge des Jahres 1866. (Nach authentischen Quellen dargestellt.) Darmstadt und Leipzig, 1868.

28.) Oesterreichs Kämpfe im Jahre 1866. Nach Feldakten bearbeitet durch das k. k. Generalstabs-Büreau für Kriegsgeschichte. 1. Band. Wien, 1867.

29.) Paulitzky und v. Woedtke, Geschichte des 4. Rheinischen Infanterie-Regiments Nr. 30. Berlin, 1884.

30.) v. Scriba, Die Operationen der Hannoveraner und Preußen und die Schlacht von Langensalza im Juni 1866. Basel, 1873.

31.) v. Seebach, Offenes Sendschreiben an den Archivrath Onno Klopp über die Ereignisse vor der Schlacht von Langensalza. Gotha, 1869.

32.) Die Verhandlungen zwischen Preußen und Hannover im Jahre 1866 über den Abschluß eines Neutralitäts-Vertrages. Berlin, 1867.

33.) Von der Elbe bis zur Tauber. Der Feldzug der Preußischen Main-Armee im Sommer 1866. Vom Berichterstatter des Daheim. Bielefeld und Leipzig, 1867.

34.) v. Wiese, Das 2. Schlesische Grenadier-Regiment Nr. 11 im Mainfeldzuge 1866. Berlin, 1870.

Einleitung.

Die langsam, aber stetig ihrer Lösung entgegenreifende Frage der Einigung Deutschlands unter Preußens oder Österreichs Führung sollte im Jahre 1866 ihre Entscheidung durch das Schwert finden.

Nachdem 1273 der Ahnherr der österreichischen Dynastie, Graf Rudolf von Habsburg, auf den deutschen Kaiserthron berufen worden war, hatte sein Haus seit dem fünfzehnten Jahrhundert, mit Ausnahme einer kurzen Unterbrechung, jene Krone fortgesetzt bis zur Auflösung des heiligen römischen Reiches 1806 getragen. Mit Erfolg mehrten die Habsburger ihre Hausmacht, mußten sie aber in langjährigen schweren Kämpfen, unterstützt durch das Deutsche Reich, gegen die Herrschsucht Frankreichs verteidigen, während zugleich die aus Osten heranflutende Türkenmacht mehr wie einmal gegen Österreich anstürmte und es zu dem in erschöpfendem Ringen behaupteten Bollwerke wider die Wogen osmanischer Raubzüge machte. So oft von den Sorgen der Verteidigung der Monarchie gegen jene mächtigen Feinde in Anspruch genommen, wurde sich Österreich seiner Aufgabe nicht bewußt, als Deutschlands Vormacht auch auf das Werk einer friedlichen Germanisierung der zahlreichen unter seinem Scepter vereinigten nichtdeutschen Volksstämme bedacht zu sein. Vielmehr machte es den gegenseitigen Antagonismus der verschiedenen Rassen zu einem Faktor seiner inneren Politik, was deren Stammesbewußtsein nicht nur nährte und pflegte, sondern mit der fortschreitenden Kultur noch weiter zu heben geeignet war. Obwohl an Deutschlands Spitze, entbehrte doch unter solchen Verhältnissen Österreich der inneren Befähigung zur deut=

schen Mission, eine Thatsache, deren Konsequenzen sich früher oder später geltend machen mußten.

Ein ebenbürtiger Mitbewerber um die deutsche Hegemonie sollte Österreich mit der Zeit im Norden des Reiches erwachsen. Vom Kaiser Sigismund 1415 mit der erledigten Kurmark Brandenburg belehnt, übernahm Burggraf Friedrich von Nürnberg aus dem Hause der Hohenzollern die Regierung jenes Landes, welches der Ausgangspunkt einer glänzenden Geschichte für sein Geschlecht zu werden bestimmt war. Nachdem Brandenburg 1618 im Erbgange das ferne Herzogtum Preußen erworben, wuchs sein Ansehen und seine im weiteren Verlaufe auch in territorialer Beziehung sich vergrößernde Macht. Hatte nach den zerrüttenden Wehen des Dreißigjährigen Krieges der als Feldherr gleichwie als Regent hochbegabte Kurfürst Friedrich Wilhelm der Große Preußen zu einer achtunggebietenden Stellung erhoben, so sollte es seinem Nachfolger, Friedrich III. beschieden sein, mit Einwilligung des deutschen Kaisers für sein Haus die Königswürde zu erwerben. Am 18. Januar 1701 setzte er sich in Königsberg die preußische Königskrone auf das Haupt; Österreichs und Preußens Antagonismus erhielt damit seine Weihe. Von selbstbewußtem Streben getragen, entfaltete das junge Königreich Preußen eine zu seiner europäischen Machtstellung berechtigende Fülle von Kraft, deren Pflege und Mehrung das Ziel der Bestrebungen seiner Regenten bildeten. Waren Preußens Fürsten mit Erfolg bemüht, durch eine friedliche Germanisierung auch ihre slavischen Elemente zu einem als Preußen sich fühlenden Volke heranzuziehen, dessen intellektuelle und wirtschaftliche Hebung fortgesetzt der Gegenstand der Fürsorge seiner Monarchen blieb, so erfuhr zugleich unter den Königen Friedrich I. und Friedrich Wilhelm I. die Wehrkraft des Landes eine Vermehrung und Pflege, welche das junge Königreich in militärischer Beziehung gleichfalls zu einem achtunggebietenden Faktor machten. Einen weiteren bedeutungsvollen Schritt auf der Bahn zur europäischen Großmacht that Preußen unter der Führung seines illustren Königs, Friedrichs II., welcher auf Grund alter Ansprüche Schlesien von Österreich eroberte und in dem Siebenjährigen Kriege gegen das Haus Habsburg und dessen mächtige Bundesgenossen der Existenzkampf der preußischen Monarchie bestehen sollte.

Als Preußen sein Ansehen durch den Glanz der Königskrone erhöhte, war in Anerkennung seiner treugeleisteten Dienste in den Kriegen

gegen Frankreich und die Türken der Herzog Ernst August von Hannover, welcher die Kalenbergische Linie des Hauses Braunschweig-Lüneburg repräsentierte, schon im Jahre 1692 durch die Verleihung der Kurwürde mit einer Rangerhöhung belohnt worden. Das Kurfürstentum Hannover, im Nordwesten Deutschlands zum Nachbarstaate des aufstrebenden Königreichs Preußen geworden, umfaßte zu Anfang des 18. Jahrhunderts, und zwar nach dem 1705 erfolgenden Erlöschen der Cellischen Linie des Hauses Braunschweig-Lüneburg, die alten Stammlande seiner Dynastie, nämlich die Fürstentümer Kalenberg, Göttingen, Grubenhagen und Lüneburg, ferner das durch Vergleich nach Erlöschen seines Fürstenhauses 1689 erhaltene Herzogtum Lauenburg, sowie verschiedene im Laufe der Zeit durch Kauf, Heirat und Lehensverhältnisse erworbene kleinere Grafschaften, von denen erwähnt zu werden verdienen Lüchow, Dannenberg, Wunstorf, Hoya und Diepholz. Von großer Bedeutung für das Land wurde es, daß die seit 1698 verwitwete Gemahlin des Kurfürsten Ernst August, eine Enkelin des englischen Königs Jakob I., durch die Successionsakte des britischen Parlaments vom Jahre 1701, welche die Thronfolge nur den protestantischen Nachkommen jenes Monarchen zusicherte, die Anwartschaft auf den englischen Thron erlangte. Ihr Sohn, der Kurfürst Georg Ludwig, bestieg demzufolge nach dem Ableben der Königin Anna am 8. Juni 1714 als Georg I. den Thron jenes mächtigen Reiches.

Hannover trat damit in das Verhältnis einer Personalunion zu England, woraus sich, wie die Folge zeigen wird, schwere Prüfungen für das Kurfürstentum ergeben sollten. Obwohl dasselbe mehrfach zum Opfer der britischen Politik wurde, blieb England dennoch stets bemüht, das zwischen beiden Staaten waltende Verhältnis der Personalunion mit unerbittlicher Schärfe aufrecht zu erhalten. Als König Georg I. nach London übersiedelte, verwalteten an seiner Stelle neun Geheimräte das hannoversche Land, von denen einer bei dem Kurfürsten in England sich befand und an der Spitze der sogenannten deutschen Kanzlei stand, welche den Verkehr mit dem Monarchen zu vermitteln hatte. Auch in militärischer Beziehung wurde die Personalunion strengstens beobachtet. Die hannoverschen Truppen bildeten einen in sich abgeschlossenen Körper, welcher mit dem britischen Heer in keinem Zusammenhang stand. Nur im Wege von Subsidientraktaten konnten hannoversche Truppen zeitweise

in englische Dienste übernommen werden. Dem Könige war es sogar nicht gestattet, einen hannoverschen Adjutanten in seiner Umgebung zu halten. Unter diesen eigentümlichen Verhältnissen ging Hannover einer mehrfach sehr bewegten Zukunft entgegen. Im übrigen hatte das Land eine ständische Verfassung, und die Bevölkerung war mit dem Regierungssystem zufrieden.

Eine wesentliche Vergrößerung erwuchs dem Kurfürstentum 1715 aus der Erwerbung des Herzogtums Bremen und des Fürstentums Verden durch Kauf von Dänemark, welches diese bis dahin schwedischen Lande im nordischen Kriege erobert hatte. Eine erwünschte Ergänzung zu jenen Erwerbungen war 1731 der Heimfall des aus der lauenburgischen Erbschaft stammenden und seither vom Kaiser sequestrierten Landes Hadeln, während anderseits 1753 die Grafschaft Bentheim durch Verpfändung an das Kurfürstentum gelangte. In diesen Verhältnissen fanden Hannover die folgenden Kämpfe, welche Deutschland wiederholt zum Kriegsschauplatze werden ließen.

Nachdem 1740 Kaiser Karl VI. ohne männliche Nachkommen verstorben und seine Tochter, die Erzherzogin Maria Theresia, auf Grund der pragmatischen Sanktion ihn in der Regierung der habsburgischen Erblande gefolgt war, erhoben sich zahlreiche und mächtige Feinde gegen Österreich. Nicht nur forderte der Kurfürst von Bayern die habsburgische Erbschaft überhaupt für sich, sondern auch Spanien und Kursachsen erhoben Ansprüche auf dieselbe. In schwere Bedrängnis geriet Österreich, als König Friedrich II. von Preußen diese Situation ergriff und im Dezember 1740 in Schlesien einrückte, um alte Ansprüche auf einige dortige Fürstentümer geltend zu machen. Auch Frankreich schloß sich durch das Nymphenburger Bündnis vom 18. Mai 1741 den Gegnern Österreichs an, um sein traditionelles Ziel, die Zertrümmerung der habsburgischen Monarchie, wieder aufzunehmen.

König Georg II., welcher 1727 seinem Vater auf dem britischen Thron folgte, hatte sowohl im Namen von England wie von Hannover die pragmatische Sanktion anerkannt und garantiert. Obwohl England für den entbrannten Kampf Österreich Subsidien bewilligte, so wünschte es dennoch die baldige Beendigung des wegen der habsburgischen Erbschaft ausgebrochenen Kriegs, um Österreichs Kräfte für einen Kampf gegen Frankreich zu erhalten, nachdem es, in einen Seekrieg mit Spanien ver-

wickelt, an dessen Seite demnächst jene Macht als Verbündeten erscheinen zu sehen befürchtete. Unter diesem Gesichtspunkte waren daher seine Staatsmänner bestrebt, für einen Friedensschluß zwischen Österreich und Preußen zu wirken, indem sie damit zugleich das letztere für Englands Interesse zu gewinnen hofften. Im Widerspruche stand jedoch die englische Politik mit den persönlichen Intentionen des Königs Georg, bei welchem die Sympathieen für seine hannoverschen Erblande überwogen. Um im Interesse der Unabhängigkeit Hannovers die preußische Präponderanz nicht noch weitere Fortschritte machen zu sehen, dazu vielleicht auch aus persönlicher Eifersucht gegen den preußischen Monarchen, war König Georg eher auf die Verhinderung eines Ausgleiches zwischen den Höfen von Wien und Berlin bedacht, um für Österreich in das Feld zu ziehen und zur Schwächung Preußens beizutragen. Er selbst begab sich im Sommer 1741 nach seinen Kurlanden, wo die hannoverschen Truppen, durch Hessen und Dänen verstärkt, konzentriert wurden, um zugunsten Österreichs in den Kampf gegen Preußen einzugreifen. Als aber König Friedrich zur Aufstellung eines Armeecorps bei Magdeburg schritt und überdies ein französisches Heer vom Niederrhein zum Vormarsche gegen Hannover sich anschickte, schloß König Georg, in lebhafter Besorgnis um seine hannoverschen Lande und ohne Aussicht auf die Unterstützung Englands oder eines anderen Bundesgenossen, am 27. September 1741 mit Preußen einen Vertrag ab, durch welchen er die Neutralität Hannovers zugestand und sich außerdem verpflichtete, bei der deutschen Kaiserwahl seine Stimme dem Kurfürsten von Bayern, nachmaligen Kaiser Karl VII., zu geben.

In schwerer Bedrängnis rang Österreich mit seinen Gegnern, bis Preußen durch den Berliner Frieden vom 28. Juli 1742 gegen den Preis von Schlesien den Kampfplatz verließ, was auch demnächst vonseiten Sachsens geschah. Wieder lächelte Österreich das Glück in dem gegen Frankreich, Bayern und Spanien fortgesetzten Kampfe. Nachdem England seit 1742 in den Niederlanden eine Armee gesammelt hatte, für welche es auch 16000 Hannoveraner in Sold nahm, rückte dieselbe, vom Könige Georg II. persönlich geführt, 1743 nach Deutschland und erfocht den entscheidungsvollen Sieg von Dettingen, durch welchen das französische Heer zum Rückzuge über den Rhein genötigt wurde. In der Besorgnis, den Besitz von Schlesien durch das siegreiche Öster-

reich wieder in Frage gestellt zu sehen, erschien König Friedrich 1744 zum zweitenmal gegen dasselbe auf dem Kampfplatze zugunsten des Kaisers Karl VII. England sah sich dagegen durch den in Schottland für die Rückberufung der Stuarts ausgebrochenen Aufstand genötigt, vermöge der Konvention vom 26. August 1745 mit Preußen Frieden zu schließen, indem es die Bestimmungen des Berliner Vertrags anerkannte und der letzteren Macht den Besitz von Schlesien garantierte, welchen auch Österreich nach dem Siege der preußischen Waffen bei Kesselsdorf durch den am 25. Dezember 1745 zu Dresden abgeschlossenen Frieden dem Könige Friedrich abermals bestätigte, nachdem mittlerweile Kaiser Karl VII. verstorben und Maria Theresias Gemahl, der Großherzog Franz von Toskana, zum deutschen Kaiser erwählt worden war. Obwohl Großbritannien in den Niederlanden den Kampf gegen Frankreich noch fortsetzte, wurde doch das Kurfürstentum Hannover dadurch nicht in Mitleidenschaft gezogen und erfreute sich der Ruhe, bis endlich der Vertrag von Aachen am 18. Oktober 1748 den allgemeinen Frieden besiegelte.

Nicht von langer Dauer sollte die hiermit eingetretene Pause sein und Preußens Schicksal wieder auf die Spitze des Degens sich gestellt sehen, als König Friedrich II. den Kampf gegen die unter Österreichs Führung ihn bedrohende Koalition aufnahm, durch welchen auch Hannover in Mitleidenschaft gezogen wurde.

Nachdem England schon 1755 wegen der nordamerikanischen Besitzungen in einen Krieg mit Frankreich verwickelt worden war, glaubte König Georg II. den Einfall einer französischen Armee in das Kurfürstentum Hannover befürchten zu müssen. England war daher bemüht, von Preußen die Zusicherung zu erhalten, Hannover nicht anzugreifen und überhaupt Frankreich keine Unterstützung zu gewähren. Da aber König Friedrich wohl erkannte, daß der eigentliche Grund dieser Bemühungen nur in dem Wunsche der Sicherstellung Hannovers zu suchen, mit Rücksicht auf Österreichs feindselige Gesinnung ein französisches Bündnis für ihn jedoch ungleich vorteilhafter war und außerdem die englische Politik bisher als keine zuverlässige sich erwiesen hatte, so lehnte er anfänglich ein derartiges Übereinkommen ab. Als aber Österreich wegen eines später auch perfekt werdenden Bündnisses mit Frankreich unterhandelte, schritt König Friedrich, als Schachzug gegen seine Feinde,

durch den Vertrag von Westminster am 16. Januar 1756 zum Abschlusse eines Defensivbündnisses mit England, durch welches beide Mächte den Besitzstand ihrer Staaten, die englischen Kolonien ausgenommen, sich garantierten.

Den Ring der gegen ihn sich bildenden Koalition zu brechen, eröffnete König Friedrich im August 1756 durch den Einmarsch in Sachsen den Kampf, welcher zum Siebenjährigen Kriege werden sollte. Hatte man in Hannover durch den Vertrag von Westminster den Frieden befestigt geglaubt, so wurde man durch den Ausbruch der Feindseligkeiten beunruhigt, da man für die Sicherheit des Landes fürchtete. Der hannoversche Geheime Rat suchte daher in Wien für eine von Reichs wegen anzuerkennende Neutralität des Kurfürstentums zu wirken, indem er das Verfahren Preußens mißbilligte, ohne jedoch bei Österreich das gewünschte Entgegenkommen zu finden. Erst Anfangs 1757 nahm der Wiener Hof die Verhandlungen wegen Abschlusses eines Neutralitätsvertrages für Hannover wieder auf, indem er damit die Forderung verband, daß einer französischen Armee der Durchmarsch durch das Kurfürstentum gestattet werde, ein Verlangen, an welchem die Unterhandlungen scheiterten. Ganz im Sinne seiner englischen Minister, aber weniger nach dem Wunsche der hannoverschen Regierung, entschloß sich König Georg, auch in Deutschland den Kampf aufzunehmen, nicht ohne hierbei von der Hoffnung beeinflußt zu sein, als Siegespreis die Vergrößerung seiner Stammlande durch einige benachbarte Gebiete bewilligt zu erhalten. Die hannoversche Armee wurde auf Kriegsfuß gesetzt und ging, — durch hessische, braunschweigische und bückeburgische Hilfstruppen verstärkt, — unter Führung des Herzogs von Cumberland dem nach Westfalen vordringenden französichen Heere entgegen. Gleichzeitig hatte die hannoversche Regierung den Auftrag erhalten, zum Abschlusse einer förmlichen Allianz mit Preußen zu schreiten, als die Nachricht von König Friedrichs Niederlage bei Kolin einlief, wodurch die diesbezüglichen Verhandlungen ins Stocken gerieten.

Ein Kelch bitterer Leiden sollte nunmehr über Hannover ergehen. Am 24. Juli erlitt der Herzog von Cumberland gegen die Franzosen bei Hastenbeck eine Niederlage, welche seinen Rückzug in die durch Moräste und Wasserläufe schwer zugängliche Stellung auf der Linie Stade-Bremervörde zur Folge hatte, wo er, auf weiteren Widerstand

verzichtend, am 9. September mit dem feindlichen Heerführer die schimpfliche Konvention von Kloster Zeven abschloß, welche den Eintritt eines Waffenstillstandes stipulierte, den Rückzug der Hannoveraner hinter die Elbe nach Lauenburg anordnete und die Entlassung ihrer Hilfstruppen forderte. Die Konvention rief in England allgemeine Entrüstung hervor, und der Herzog von Cumberland wurde seines Kommandos enthoben. Friedrichs Sieg über die Franzosen bei Roßbach änderte jedoch alsbald die Situation und äußerte seine Rückwirkung auch auf den nordwestlichen Kriegsschauplatz. Der bisher in preußischen Diensten gestandene Herzog Ferdinand von Braunschweig trat an die Spitze der bei Harburg konzentrierten hannoverschen und sonstigen verbündeten Truppen. Die hannoversche Regierung mußte den Waffenstillstand von Kloster Zeven kündigen, und noch im nämlichen Winter wurden die Franzosen wieder hinter die Aller zurückgedrängt. Am 11. April 1758 kam es zu einem förmlichen Bündnisse zwischen England und Preußen, durch welches sich ersteres zugleich zu einer jährlichen Subsidienzahlung von 4 Millionen Thaler an König Friedrich verpflichtete. Mit wechselndem Glücke focht die alliierte Armee in den nächsten Jahren auf dem nordwestlichen Kriegstheater; die Fahnen der Hannoveraner und ihrer Mitkämpfer schmückten sich mit neuen Lorbeeren, bis diese Feldzüge 1763 durch die Friedensschlüsse von Paris und Hubertusburg ihren Abschluß fanden, nachdem König Georg III. seinem schon 1760 entschlafenen Großvater auf dem britischen Thron gefolgt war. Vermehrte England durch den Pariser Frieden seinen Kolonialbesitz in ansehnlicher Weise, so sollten dagegen für Hannover die Hoffnungen Georgs II. auf eine Gebietserweiterung nicht in Erfüllung gehen, trotzdem die Finanzen des Landes durch den langwierigen Krieg schwer gelitten. Obwohl bereits die schlesischen Kriege in überzeugender Weise dargelegt hatten, welche unersprießlichen Verhältnisse für Hannover aus der Personalunion mit England erwuchsen und in welchem Widerspruche die Interessen beider Länder zu einander standen, wurde dennoch auf eine Sicherstellung des Kurfürstentums gegen die Wiederholung ähnlicher Wechselfälle nicht Bedacht genommen, wie es möglich gewesen sein würde, wenn der König zur Gründung einer selbständigen Sekundogenitur für Hannover sich entschlossen hätte. So blieb das Kurfürstentum an England gekettet und sollte noch mehrfach unter schwerer Heimsuchung das Opfer der britischen Politik werden.

Preußen hatte sich in diesem siebenjährigen Kampfe gegen Österreich behauptet. Damit war aber auch die Rivalität zwischen den beiden Mächten gegeben, welche stets zutage treten mußte, sobald es sich um die Vermehrung des Einflusses einer von ihnen in Deutschland handelte. Obwohl wir bei der ersten Teilung Polens 1772 Österreich und Preußen, im Bündnis mit Rußland, im Einklange handeln sehen, so konnten doch solche Konstellationen bei der Lage der Dinge immer nur vorübergehende Erscheinungen sein. Wollte Preußen seine Stellung behaupten, welche vorzugsweise in Deutschland wurzelte, so durfte es sich nicht der Notwendigkeit entziehen, vor allem auf die Verhinderung jeder Vergrößerung der habsburgischen Hausmacht innerhalb der deutschen Grenzen bedacht zu sein. Bezweckte Österreich dagegen bei seinem großen Besitze nichtdeutscher Länder nach wie vor den Schwerpunkt seiner internationalen Machtstellung in Deutschland zu suchen, so mußte es, um ein Gegengewicht wider das dessen Norden beeinflussende Preußen zu schaffen, auf eine Vermehrung seiner Hausmacht innerhalb des Deutschen Reiches hinzuwirken bestrebt sein. Bei der damals für Deutschland gegebenen Situation, welche bereits den Norden unter dem prädominierenden Einflusse Preußens zeigte, war es nur zu erklärlich, Österreich zunächst das Gebiet für seine expansiven Bestrebungen im Süden des Reiches suchen und daher die Erweiterung seiner Grenzen in westlicher Richtung erstreben zu sehen. Das ihm hier sich bietende erste größere Objekt war Bayern. Unter Joseph II., welcher 1765 seinem Vater, Franz I., in der deutschen Kaiserwürde gefolgt war, sehen wir die österreichische Politik mit richtigem Blicke ihre Thätigkeit in jener Richtung entwickeln. Als Ende 1777 mit dem Tode des Kurfürsten Maximilian Joseph von Bayern die Wittelsbacher Linie erlosch, machte Österreich auf Grund alter, obwohl sehr zweifelhafter Lehensverträge Ansprüche auf Niederbayern und die Oberpfalz geltend. Von dem Berliner Hofe ermuntert, erhob jedoch der Herzog Karl von Zweibrücken als erbberechtigter Agnat Einspruch dagegen und appellierte an Preußens Unterstützung. König Friedrich rückte daher im Sommer 1778 mit einer bedeutenden Streitmacht in Böhmen ein, wo sich ihm Kaiser Joseph an der Spitze eines großen Heeres entgegenstellte. Indessen sollte sich der Krieg nur auf kleinere Kämpfe beschränken. Ohne Bundesgenossen, zauderte Österreich, die Entscheidung auf die Spitze des Schwertes zu stellen und eröffnete

schließlich Verhandlungen mit Preußen, die am 13. Mai 1779 zu dem Frieden von Teschen führten, durch welchen Kaiser Joseph gegen die Erwerbung des Innviertels auf die bayerische Erbschaft verzichtete. Preußen beanspruchte keinerlei Entschädigung, da es seinen Zweck, eine weitere Ausdehnung Österreichs in Deutschland vereitelt zu haben, erreicht hatte.

Für immer entsagte damit jedoch die Josephinische Politik ihren Absichten auf Bayern nicht, vielmehr trug sie sich, von ihrem Standpunkte aus vollkommen richtig, sogar mit dem Gedanken der Erwerbung Württembergs. Nachdem Kaiser Joseph 1780 seiner Mutter auch in der Regierung der österreichischen Erblande gefolgt war, wurde daher Bayerns Erwerbung im Wege des Tausches erwogen. Österreich bot dafür seine belgischen Provinzen dem Kurfürsten Karl Theodor an, welche zu einem selbständigen Königreiche Burgund erhoben werden sollten. Rußlands und Frankreichs Zustimmung glaubte der Wiener Hof hierbei sicher zu sein, von England dagegen bei dessen Erschöpfung durch den amerikanischen Krieg keinen Einspruch erwarten zu müssen. Schon hatte der Kurfürst von Bayern seine Einwilligung zu dem angebotenen Tausche gegeben, als der erbberechtigte Herzog Karl von Zweibrücken jenen Antrag ablehnte und an Preußens Beistand appellierte. König Friedrich griff unverzüglich energisch ein und richtete an Rußland und Frankreich, als die Garanten des Teschener Friedens, einen entschiedenen Protest. Momentan verfehlte dieses Vorgehen seine Wirkung nicht; Österreich wich scheinbar zurück, aber nur, um den fraglichen Plan im geheimen weiter zu verfolgen.

Indessen sollten diese österreichischen Bestrebungen nicht ohne Rückwirkung auf die deutschen Verhältnisse bleiben. Die Mittel- und Kleinstaaten des Reiches konnten sich des Gefühls der Beunruhigung nicht erwehren, durch jene Expansionsgelüste der Wiener Politik früher oder später auch ihre Existenz in Frage gestellt zu sehen, womit zugleich der Gedanke sich Bahn brach und Raum gewann, daß die Sicherung ihrer Zukunft nur durch eine enge Union unter einander und mit Preußen zu suchen sein dürfte. Schon 1783 ergingen von Pfalz-Zweibrücken und Baden die ersten schriftlichen Entwürfe zu einer solchen Union. Ehe noch Friedrich der Große von denselben Kenntnis erhalten, hatte auch er im Herbste 1783 den Unionsgedanken aufgegriffen, um eine dem

ehemaligen Bunde von Schmalkalden ähnliche Association im Deutschen Reiche zu gründen, welche den Zweck verfolgen sollte, Österreichs Präponderanz gegenüber die Rechte der Fürsten zu behaupten. Als der Wiener Hof Anfangs 1785, jetzt auf Rußland und Frankreich gestützt, ungeachtet des preußischen Protestes sich weigerte, den unbedingten Verzicht auf das bayerische Tauschprojekt auszusprechen, trat König Friedrich mit Entschiedenheit an das Werk der Union heran. Einen eifrigen Förderer dieses Planes fand er in dem Könige Georg III. von England, welcher in seiner Eigenschaft als Kurfürst von Hannover jener Frage das lebhafteste Interesse zuwendete. Er wollte nicht nur die internationale Machtstellung Österreichs geschwächt wissen, sondern damit zugleich den Einfluß des Protestantismus gehoben und gesichert sehen. Seinem Vorschlage zufolge entschied sich König Friedrich dafür, daß der Bund vorläufig nur auf die drei norddeutschen Hauptstaaten Preußen, Hannover und Sachsen sich beschränken sollte, um damit einen festen, achtunggebietenden Kern für den Beitritt der anderen Reichsstände zu gewinnen. Im Juni 1785 traten die Bevollmächtigten jener drei Staaten zur Beratung in Berlin zusammen, und bereits am 23. Juli wurde die Vertragsurkunde über diesen Bund unterzeichnet, dessen Bestimmung die Aufrechthaltung der Reichsverfassung und die Sicherung der Gerechtsame der Reichsstände sein sollte. Obwohl Preußen das mächtigste Bundesglied in dieser Union war, so nahm es doch eine Suprematie über die anderen Reichsstände nicht für sich in Anspruch.

Als Österreich kurz vor Abschluß jenes Vertrages Nachrichten zugingen, welche die Bildung eines solchen Bundes nicht mehr zweifelhaft erscheinen ließen, erklärte der Wiener Hof das Unternehmen für einen Landfriedensbruch und für eine Verletzung der Reichs-Exekutionsordnung. Sowohl Österreich wie Rußland und Frankreich bemühten sich, die deutschen Fürsten vom Beitritte zu jenem Bündnisse abzumahnen, jedoch nicht mit dem erhofften Erfolge, denn es schlossen sich dieser Union viele Reichsstände an, von denen insbesondere genannt zu werden verdienen: Pfalz, Baden, Kurmainz, die Fürstentümer Anhalt (mit Ausnahme von Zerbst), Hessen-Kassel, Braunschweig, Ansbach und Baireuth, Sachsen-Weimar, Sachsen-Gotha und die beiden Herzogtümer Mecklenburg. Allein mit dem 1786 erfolgenden Ableben Friedrichs II. begann dieser deutsche Fürstenbund zu erlöschen und gewann auch kein Leben mehr,

obwohl des großen Königs Nachfolger, Friedrich Wilhelm II., anfänglich dessen Weiterentwickelung geneigt zu sein schien. Die preußische Politik geriet in einen Zustand unsicheren Schwankens, welcher nur zu oft den scharfen Blick und die Energie, welche sie unter der Leitung Friedrichs des Großen auszeichnete, vermissen ließ. Als im Februar 1790 Kaiser Joseph II. starb, war sein Nachfolger, Leopold II., alsbald bemüht, um die persönliche Freundschaft des Königs von Preußen zu werben und dessen Stimme für die deutsche Kaiserwahl sich zu sichern. Zwar machte sich demnächst der Antagonismus beider Mächte wieder in akuter Form geltend, als Preußen von Österreich die Forderung abgelehnt sah, die zur Abrundung seiner östlichen Provinzen erforderlichen polnischen Gebietsteile von Danzig und Thorn annektieren zu dürfen, wogegen der letzteren Macht freie Verfügung über die von dem damaligen türkischen Kriege zu erhoffenden Erwerbungen gesichert sein sollte. Preußen schritt infolge dessen zur Konzentrierung eines Heeres an der österreichischen Grenze und bereits schien der Ausbruch eines neuen Kampfes bevorzustehen. Indessen brachte noch am 27. Juli 1790 die Konvention von Reichenbach den drohenden Konflikt zum Austrage, indem Österreich, ohnedem des Kampfes an der unteren Donau müde, sich verpflichtete, mit der Türkei nur auf der Grundlage des Besitzstandes vor dem Kriege Frieden zu schließen. Im folgenden September wurde Leopold II. zum deutschen Kaiser gewählt; Preußen hatte seine Kurstimme dazu gegeben und der Fürstenbund von 1785 ruhte.

Mittlerweile war indessen ein gewaltiges Ereignis hereingebrochen: die französische Revolution, welche in ihren Folgen Europa und damit auch Deutschland in seinen Grundvesten erschüttern sollte. Ihre 1789 entzündete Brandfackel beleuchtete in grellen Streiflichtern den in seinen Fundamenten altersmorschen Bau des Deutschen Reiches, eines in Marasmus versunkenen Organismus', der unwiederbringlich dem Untergange verfallen war. Zur Wiederherstellung der monarchischen Gewalt in dem von den Umsturzelementen durchwühlten Frankreich verbündet, betraten Österreich und Preußen 1792 den Kampfplatz, während das Deutsche Reich erst mit seiner im folgenden Jahre ergehenden Kriegserklärung sich ihnen anschloß. Das zwischen Preußen und Österreich bestehende Mißtrauen und ihr hierin wurzelndes gegenseitiges Widerstreben, die Zerfahrenheit der deutschen Zustände überhaupt, Planlosigkeit und Mangel

an Energie ließen keine nachhaltigen Erfolge über die von wilder Begeisterung getragenen französischen Heere erzielen. Überdies waren Preußens Interessen im Osten lebhaft in Anspruch genommen, wo es 1792 im Vereine mit Rußland zur zweiten Teilung Polens schritt, was nicht ohne lähmenden Einfluß auf seine Thätigkeit im Westen blieb. 1793 erschien zwar mit England ein mächtiger Verbündeter auf dem Kampfplatze gegen Frankreich, indem dasselbe in den Niederlanden zur Aufstellung einer Armee schritt, mit welcher sich außer anderen Hilfstruppen auf Grund des Traktats vom 4. März 1793, 13000 Hannoveraner vereinigten. Aber auch diese englisch-kombinierte Armee vermochte nicht das Glück an ihre Waffen fesseln; der Feldzug von 1794 nötigte sie zur Räumung der Niederlande, was im Frühjahre 1795 ihren Rückzug hinter die Ems zur Folge hatte.

Die Zustände waren trostlos. Des Kampfes müde und da überdies Polens dritte Teilung bereits ihre Schatten vorauswarf, trennte sich Preußen von der Koalition, indem es am 5. April 1795 in Basel einen Separatfrieden mit Frankreich abschloß, welcher den Rücktritt des gesamten Norddeutschlands vom Kampfe gegen die überrheinische Republik im Gefolge hatte, während Österreich mit seinen süddeutschen Bundesgenossen den Krieg noch fortsetzte, bis es sich 1797 zum Frieden von Campo Formio genötigt sah. Preußen überließ Frankreich bis zum allgemeinen Frieden seine linksrheinischen Besitzungen vorbehaltlich eventueller anderweitiger Entschädigung, und zugleich wurde eine Norddeutschland vom Süden trennende Demarkationslinie vereinbart, mit der Maßgabe, daß allen innerhalb derselben gelegenen Reichsständen, welche ihre Kontingente von der Reichsarmee abberiefen, unter der Bürgschaft Preußens die Neutralität zugesichert sein sollte. Am 17. Mai proklamierte Preußen diese Demarkationslinie, welche von Ostfriesland längs der Ems bis Lingen und über Münster nach Emmerich führte, um von hier, westwärts durch den Rhein begrenzt, gegen Süden ihre Ausdehnung bis zum Kocher zu finden. Da die Eventualität nicht ausgeschlossen war, seitens des Königs von England diese Übereinkunft für Hannover nicht anerkannt zu sehen, so bestimmte ein geheimer Artikel des Basler Friedens, daß, falls für jenes Kurfürstentum die Neutralität abgelehnt werden würde, Preußen dasselbe in Depot nehmen sollte. Indessen kam es zu keinen Differenzen; vielmehr unterzog sich die hannoverische

Regierung der unter solchen Umständen gegebenen Situation, ohne daß aber bei ihrem Verhältnisse zu England ein Friedensschluß mit Frankreich erfolgen konnte. Preußische Truppen besetzten Ende April und Anfangs Mai 1795 die Emslinie und den daran sich schließenden Kordon nach Emmerich. Die englisch-kombinierte Armee, darunter die Hannoveraner, zog sich hinter die preußische Postierung zurück und verharrte bis zum Eintritte des Winters, wo ihre Auflösung erfolgte, in Unthätigkeit.

Mittlerweile vollzog sich im Oktober 1795 die dritte Teilung Polens durch Rußland, Preußen und Österreich, womit jenes den Herd wüster und zerrüttender Parteikämpfe bildende Königreich seinen Untergang fand.

Als die 1796 von den französischen Waffen erzielten Erfolge befürchten ließen, daß die Republik die durch den Basler Frieden vereinbarte Neutralität nicht länger respektieren dürfte und hierbei namentlich Hannover Gefahr zu drohen schien, schritt Preußen zur Aufstellung einer Observationsarmee rückwärts der Demarkationslinie an der Weser und Hunte, zu welcher auf Befehl des Königs von England ein schließlich bis auf 15000 Mann verstärktes hannoversches Corps stieß, das den rechten Flügel der hier entwickelten Streitmacht bildete. Als im Winter von 1797 auf 1798 Frankreich den schon einmal ventilierten Plan wieder aufnahm, sich des Kurfürstentums Hannover zu bemächtigen, falls nicht bald der Frieden mit England zum Abschlusse kommen würde, säumte Preußen nicht, auf den Schutz des bedrohten Landes bedacht zu sein. Um die hannoverschen Truppen nicht einem plötzlichen Angriffe der Franzosen auszusetzen und um überhaupt unter solchen Verhältnissen die Neutralität des Kurfürstentums besser zu schützen, wurden die ersteren im Januar 1798 größtenteils, ihre an der Hase verbleibende Avantgarde ausgenommen, bis zur Weser und Leine zurückgezogen, während an ihrer Stelle preußische Truppen der Observationsarmee einen bis an die Ems sich erstreckenden Kordon bezogen. Indessen sollte es zu keinem Konflikte und kriegerischen Komplikationen kommen, vielmehr blieb Norddeutschland, dank der Haltung Preußens, seine Neutralität auch erhalten, als 1798 die zweite Koalition (deren Hauptträger England, Österreich und Rußland waren, welchen sich später auch das Deutsche Reich anschloß) den Kampf gegen Frankreich von neuem aufnahm, ohne

damit jedoch das Glück an ihre Fahnen zu heften. Österreich sah sich genötigt, den Frieden von Luneville am 9. Februar 1801 mit Frankreich abzuschließen. Nachdem auch das Deutsche Reich durch Beschluß des Regensburger Fürstenkongresses vom 7. März jenem Vertrage beigetreten war, erfolgte Ende April des nämlichen Jahres die Auflösung der bis dahin aufgestellt gewesenen preußisch-hannoverschen Observationsarmee.

Inzwischen war jedoch ein neuer Konflikt entbrannt, welcher Hannover abermals ein Opfer der englischen Politik werden ließ. Kaiser Paul von Rußland, dessen Heere 1799 so unglücklich gekämpft, hatte sich nach diesen trüben Erfahrungen von der Koalition gegen Frankreich zurückgezogen. Ohnehin schon mißtrauisch gegen England, wurde sein Unwille aufs höchste erregt, als er in seiner Eigenschaft als Großmeister des Johanniterordens die Insel Malta, welche die Engländer im September 1800 den Franzosen entrissen hatten, für den Orden reklamierte, diese Forderung jedoch von dem britischen Kabinette abschläglich beschieden sah. Nachdem auch das von England für sich während des Krieges in Anspruch genommene Durchsuchungsrecht der Schiffe der Neutralen infolge seiner brutalen Ausübung bereits zu ernsten Differenzen mit Schweden und Dänemark geführt hatte, schritt Rußland im Dezember 1800 zu dem Abschlusse der nordischen Konvention mit jenen beiden skandinavischen Königreichen, um das Recht der neutralen Flagge gegenüber dem noch mit Frankreich im Kampfe begriffenen England zur Geltung zu bringen. Als Preußen Anfangs 1801 gleichfalls jener Konvention sich anschloß, wurde es nunmehr von Kaiser Paul zur Besetzung Hannovers aufgefordert, widrigenfalls diese Occupation durch russische Truppen erfolgen sollte. Als das Berliner Kabinett am 12. Februar 1801 der englischen Regierung seinen Beitritt zu der nordischen Konvention notifizierte, bezeichnete es zugleich die Mittel zur Beilegung der schwebenden Differenzen, was England jedoch nur mit Stillschweigen beantwortete, indem es nach wie vor in seiner schroffen Haltung beharrte. Obwohl sich Preußen lange gegen jene Forderung Rußlands sträubte, sah es sich daher doch schließlich zur Occupation von Hannover genötigt, um die Mündungen der Elbe und Weser gegen die Engländer zu sperren. Mittelst der Deklaration vom 30. März richtete das Berliner Kabinett die Aufforderung an die hannoversche Regierung, der Notwendigkeit jener Maßregel sich

zu unterwerfen, womit zugleich das Postulat der Demobilisierung der kurfürstlichen Truppen verbunden war. Der hannoverschen Regierung blieb kein anderer Ausweg, als jener Aufforderung Folge zu leisten, was durch das Promemoria vom 3. April geschah. Ein preußisches Armeecorps von der eben aufgelösten Observationsarmee schritt im April zur Occupation des Kurfürstentums, und besetzte zugleich Oldenburg und Bremen. Es erfolgte die Demobilisierung der hannoverschen Truppen, indem von jedem Infanterie-Regimente nur 240 Mann bei der Fahne blieben, von jedem Reiter-Regimente 250 Mann und von der Artillerie im ganzen 250 Mann, während die übrige Mannschaft beurlaubt wurde. Die im Dienst bleibenden Truppen mußten hinter die von der Leine und der unteren Aller gebildete Linie zurückgezogen werden, um hier in dem bis zur Elbe und nördlich bis zur Luhe sich ausdehnenden Gebiete Quartiere zu beziehen. Nur in Osnabrück, Hameln, Einbeck, Nienburg, Harburg und Stade blieben schwache hannoversche Garnisonen zurück.

Indessen sollte diese Konvention der nordischen Mächte nicht von langem Bestande sein, da Kaiser Paul bereits am 23. März 1801 verstarb, sein Nachfolger, Alexander I., aber die russische Politik in andere Bahnen lenkte. Der gegenseitig auf die sistierten Schiffe gelegte Embargo wurde aufgehoben und damit der zur Auflösung jener Konvention führende Ausgleich angebahnt. Dennoch räumte Preußen das Kurfürstentum Hannover nicht sobald, wie man erwarten zu dürfen glaubte. Als die hannoversche Regierung dieserhalb reklamierte, erklärte Preußen den Zeitpunkt zur Räumung des Landes erst dann gekommen, wenn zwischen den Paciscenten der nordischen Konvention und England eine vollständige Einigung hinsichtlich der schwebenden Differenzen erzielt sei. Schon befürchtete man, daß das Berliner Kabinett, dessen auswärtige Politik damals von dem Minister Grafen Haugwitz geleitet wurde, Hannover überhaupt nicht mehr zu räumen beabsichtige. Indessen ließ König Friedrich Wilhelm III., welcher 1797 den preußischen Thron bestiegen hatte, durch seinen Gesandten in London erklären, niemals die Absicht gehabt zu haben, irgendeinen Teil des Landes sich anzueignen. Als am 1. Oktober die Friedenspräliminarien zwischen England und Frankreich abgeschlossen worden waren und damit der allgemeine Frieden in Aussicht stand, begann Preußen im November 1801 seine Truppen

aus Hannover zurückzuziehen, womit dem Kurfürstentume seine Selbständigkeit wiedergegeben wurde. Am 25. März 1802 erfolgte dann zwischen England und Frankreich der Friedensschluß von Amiens, welcher den Kampf jedoch nur für kurze Zeit ruhen lassen sollte.

Eine bedeutsame Veränderung erfuhr der deutsche Reichskörper im nächsten Jahre durch den Reichs-Deputations-Hauptschluß vom 25. Februar 1803. Nachdem auch das Deutsche Reich durch den Frieden von Luneville 1801 das gesamte linke Rheinufer an Frankreich abgetreten hatte, wurde in erster Linie zur Entschädigung der davon betroffenen Fürsten die Säkularisation der geistlichen Reichsstände und die Aufhebung der freien Reichsstädte bis auf sechs vereinbart und durch jenen Rezeß sanktioniert. Preußen erhielt hierdurch 240 Quadratmeilen zugewiesen, worunter sich befanden Paderborn, Münster, Hildesheim, Nordhausen, Goslar 2c. Auch das Kurfürstentum Hannover wurde bei dieser Säkularisation bedacht und ihm das Bistum Osnabrück zugeteilt.

Kaum hatte das letztere Land von dieser Erwerbung Besitz genommen, als auch bereits ein neues politisches Unwetter im Anzuge war, welches für Hannover durch seine Personalunion mit England schwere Prüfungen im Gefolge haben sollte. Großbritannien hatte sich durch den Frieden von Amiens zur Rückgabe der Insel Malta an den Johanniter-Orden verpflichtet, kam jedoch angesichts der fortgesetzten französischen Rüstungen dieser Verbindlichkeit nicht nach. Frankreich reklamierte dieserhalb; die Lage wurde eine immer gespanntere und die aufgenommenen Unterhandlungen führten unter diesen Umständen nur zu einem negativen Resultate. Schließlich wurden die Beziehungen zwischen beiden Mächten abgebrochen und am 18. Mai 1803 erging die englische Kriegserklärung.

Obwohl Hannover als integrierender Teil des Deutschen Reiches im Friedenszustande mit Frankreich sich befand, deuteten doch schon im Frühjahre 1803 mehrfache Anzeichen darauf hin, daß die französische Republik zum Angriffe auf das Kurfürstentum schreiten würde. Bereits unterm 8. April erging daher vom Könige Georg III. die Weisung an die hannoversche Regierung, mit Rücksicht auf die drohende Gefahr die damalige Exerzierzeit zur Einziehung der Beurlaubten zu benutzen und Anstalten zu einem Übungslager zu treffen, um die Truppen ohne Aufsehen zu konzentrieren. Aus Sparsamkeitsrücksichten war nach dem fran-

zösischen Revolutionskriege die hannoversche Armee erheblich reduziert worden, so daß dieselbe 1803 nur eine Stärke von 15000 Mann hatte. Lange zögerte die hannoversche Regierung, den Befehl zur Erhöhung des Truppenstandes zu geben, und erst unterm 13. Mai, als sich bereits eine französische Armee an der Yssel sammelte, erging die Anordnung zur Verstärkung der Streitkräfte auf 25000 bis 30000 Mann, aber leider zu spät, denn schon in der Nacht zum 26. Mai lief die Nachricht von der englischen Kriegserklärung in Hannover ein.

Bereits seit dem Frühjahre war man von hannoverscher Seite angesichts der drohenden Lage bemüht gewesen, Preußen und Rußland für die Sicherung des Kurfürstentums zu interessieren. Der preußische Minister Graf Haugwitz ließ darauf im April 1803 in London den Vorschlag machen, daß Preußen im Kriegsfalle Hannovers Sicherheit garantieren wolle, wofern seiner Flagge, und zwar ausschließlich nur ihr, von England die Neutralitäts-Grundsätze von 1781 zugestanden würden. Das britische Kabinett lehnte dieses Begehren jedoch entschieden ab. Rußlands Haltung war dagegen eine sehr reservierte; einesteils mochte es, die Erhaltung des Friedens wünschend, mit dem frühen Losschlagen Englands unzufrieden sein, anderenteils war es wahrscheinlich auch gegen Preußen verstimmt, daß dasselbe die einseitige Bevorzugung seiner Flagge gefordert hatte. Unter dem Zusammenwirken dieser Umstände zeigte sich Rußland einer Occupation Hannovers durch Preußen nicht günstig gestimmt. Österreich und das Deutsche Reich verhielten sich hinsichtlich der hannoverschen Frage ganz passiv. Da auch von England keine Hilfe zu erwarten war, machte die hannoversche Regierung Anfangs Mai noch einen letzten Versuch, um Preußen für die Sicherung des Kurfürstentums zu gewinnen, indem der Major von der Decken nach Berlin entsendet wurde, welcher autorisiert war, nötigenfalls selbst eine Occupation Hannovers durch preußische Truppen zu proponieren. Auch diese Mission sollte sich vergeblich erweisen; Preußen lehnte ab, vielleicht unter dem Einflusse des russischen Standpunktes in dieser Frage, indem es darlegte, daß eine Occupation des Kurfürstentums oder auch nur die Bildung einer Demarkationslinie zum Kriege mit Frankreich führen müsse, bei dem es, von Rußland nicht unterstützt, auf sich allein angewiesen sein würde. Damit war die letzte Hoffnung auf Rettung geschwunden. England ließ sich schließlich herbei, die Entsendung einer

Flotte zur Einschiffung der hannoverschen Truppen in Aussicht zu stellen, welche jedoch noch nicht ausgelaufen war, als die sogleich zu schildernde Katastrophe hereinbrach.

Am 26. Mai überschritt ein französisches Corps von 35 000 Mann unter General Mortier die deutsch-holländische Grenze bei Bentheim und nahm seinen Marsch gegen Hannover. Nunmehr wurde in den letzten Maitagen mit der Konzentrierung der hannoverschen Truppen unter dem Herzoge von Cambridge vorgegangen: die Hauptmacht bei Nienburg und Walsrode, die Avantgarde bei Suhlingen und Diepholz. Die Stärke der hier vereinigten Truppen bezifferte sich jedoch Anfangs Juni erst auf 9000 Mann. Gleichzeitig entsendete die hannoversche Regierung eine Deputation an den General Mortier, um wegen der Neutralität des Kurfürstentums zu unterhandeln. Der Feind setzte unterdessen unbeirrt seinen Vormarsch fort; die hannoversche Avantgarde zog sich vor ihm gegen die Weser zurück, nachdem es am 1. und 2. Juni in der Gegend von Suhlingen zu zwei Scharmützeln gekommen war. Die unterdessen mit dem französischen General eingeleiteten Unterhandlungen hatten nicht den erhofften Erfolg, sondern führten am 3. Juni zu der Konvention von Suhlingen, vermöge welcher die feindliche Armee das Kurfürstentum occupierte, während die hannoverschen Truppen sich hinter die Elbe zurückzuziehen und gegen Ehrenwort zu verpflichten hatten, während der Dauer des Kriegs nicht gegen Frankreich und dessen Alliierte zu dienen, und zwar sollten sie dieser Verpflichtung nicht eher entlassen sein, bevor nicht die nämliche Anzahl französischer Kriegsgefangener gleichen Grades von England zur Auswechselung gebracht worden war. Hilflos und verlassen, wie es Hannover war, mußte es sich den Bedingungen dieser Konvention fügen. Seine Truppen, welche bei Lauenburg auf das rechte Elbufer übergehen sollten, traten alsbald den Rückzug dahin an. Am 10. Juni begann die Überschreitung des Stromes und war bis 21. dieses Monats vollendet. Da die hannoversche Regierung es vorzog, keinen Widerstand zu leisten, hatte der Herzog von Cambridge das Kommando nieder gelegt und begab sich nach England, während Feldmarschall Graf Wallmoden an die Spitze der Armee trat. Auch die hannoverschen Minister folgten der letzteren nach Lauenburg und installierten sich in Ratzeburg.

Noch peinlicher gestaltete sich die ohnehin kritische Lage, als General

Mortier am 19. Juni dem Feldmarschall Grafen Wallmoden eröffnen ließ, daß der erste Konsul zur Bestätigung der Suhlinger Konvention bereit sei, wofern sie auch vom Könige von England ratifiziert würde, d. h. in dessen Eigenschaft als König von Großbritannien, nicht nur als Kurfürst von Hannover. König Georg verweigerte jedoch die Ratifikation und damit erklärte Frankreich die Konvention für nichtig. General Mortier trat nunmehr in neue Kapitulationsverhandlungen mit dem hannoverschen Feldmarschall. Das in der Hauptstadt zurückgebliebene ständische Landes-Deputations-Kollegium mahnte dringend, auf den bewaffneten Widerstand zu verzichten, um das Land nicht dem völligen Ruine preiszugeben. Inzwischen trafen die Franzosen bereits Anstalten zur Überschreitung der Elbe, um die Hannoveraner im Lauenburgischen anzugreifen. In dieser kritischen Situation schloß Graf Wallmoden mit dem General Mortier am 5. Juli (bei Artlenburg) die sogenannte Elbkonvention ab, durch welche die Auflösung der hannoverschen Armee und ihre Entlassung in die Heimat stipuliert wurden, indem hinsichtlich der Verpflichtung ihrer Mitglieder, nicht gegen Frankreich zu dienen, die nämlichen Bedingungen Platz griffen, wie sie die Suhlinger Konvention enthielt. Der Vertrag hatte unverzüglich in Kraft zu treten, ohne für seinen Vollzug einer höheren Ratifikation zu bedürfen. Die hannoversche Armee löste sich somit auf; das gesamte bedeutende Kriegsmaterial wurde eine Beute der Franzosen, welche nunmehr auch Lauenburg besetzten. Unter französischem Machtgebot leitete an Stelle der nicht zurückkehrenden Minister das schon oben erwähnte Landes-Deputations-Kollegium die Verwaltung des Kurfürstentums. Das Land hatte die in der Folge noch vermehrten feindlichen Truppen zu unterhalten, wodurch ihm schwere und seine Einwohner hart bedrückende Lasten aufgebürdet werden sollten.

Bei der Eile, mit welcher die Elbkonvention und die Auflösung der hannoverschen Armee zur Ausführung gelangten, wurde es verabsäumt, den Truppen das Versprechen abzunehmen, nicht gegen Frankreich zu dienen. Da auch der König von Großbritannien demnächst die seiner Ratifikation entbehrende Konvention nicht für verbindlich erklärte, wanderten nicht nur viele Offiziere, sondern auch zahlreiche Soldaten der aufgelösten hannoverschen Armee nach England aus, um in die Dienste dieser Macht zu treten. Aus ihnen wurde die englisch-deutsche Legion

gebildet, welche in den Kriegen gegen Frankreich bis 1815 tapfer mitkämpfte und die alte hannoversche Waffenehre mit neuen Lorbeeren schmückte.

Während Hannover unter den Drangsalen der französischen Occupation zu leiden hatte, fuhr Preußen in seiner lavierenden Politik fort, um sich in seiner neutralen Stellung zu behaupten. Frankreichs Werbungen wegen Abschluß eines Bündnisses wies es zurück, um sich im Frühjahr 1804 Rußland wieder zu nähern und dessen Unterstützung für den Fall weiterer Gewaltakte der französischen Republik in Norddeutschland sicher zu stellen. Ende Mai 1804 ließ aber Frankreich die Anzeige nach Berlin gelangen, daß Rußland die Absicht zu haben scheine, ein Corps nach Hannover zu dirigieren und daß man daher zur Verstärkung der dortigen Truppen sich genötigt sehen würde, wofern Preußen nicht garantiere, den Russen den Durchmarsch durch sein Gebiet zu untersagen. Dieser Zwischenfall führte zu der Konvention am 4. Juni 1804, durch welche Preußen sich verpflichtete, Norddeutschland feindlichen Truppen zum Angriffe gegen Frankreich zu verschließen, wogegen die letztere Macht auf eine Vermehrung ihrer Streitkräfte in Hannover verzichtete und im Kriegsfalle die neutralen Gebiete, — welche außer den preußischen Landen Oldenburg, Holstein, Mecklenburg, die Hansestädte und Schwedisch-Pommern umfassen sollten, — nicht zu belästigen; ausgeschlossen davon blieb jedoch Hannover, welches somit einem Angriffe von der Seeseite preisgegeben war. Trotzdem sollte Frankreich später in möglichst wenig Aufsehen erregender Weise Verstärkungen für seine Truppen nach Hannover dirigieren, was zwar zu preußischen Reklamationen Anlaß gab, ohne dieselben jedoch Berücksichtigung finden zu sehen.

Als Bonaparte, der erste Konsul der französischen Republik, den Beschluß gefaßt hatte, für seine Familie die erbliche Kaiserwürde zu beanspruchen und diese Absicht in Berlin zu erkennen gab, verband er damit den Vorschlag an König Friedrich Wihlelm III., auch für Preußen den Kaisertitel anzunehmen. So bereitwillig der König seine Zustimmung zur Einführung der Erbmonarchie für Frankreich gab, so lehnte er doch für sich die Kaiserwürde ab, obwohl ihm Frankreich im Oktober 1804 nochmals seine Unterstützung für jenen Fall anbot. Franz II. von Österreich zögerte dagegen nicht, im August dieses Jahres den Kaisertitel für seine Monarchie anzunehmen, nachdem Bonaparte im

Monat Mai durch Senatuskonsult als Napoleon I. zum Kaiser der Franzosen proklamiert worden war.

Der mit dem Nimbus der Kaiserkrone zu despotischem Machtgebote sich steigernde Einfluß des französischen Herrschers, welcher sich in Gewaltakten und Übergriffen gefiel, führte im April 1805 zur Bildung einer neuen Koalition zwischen England, Rußland und Schweden, zu welcher demnächst auch Österreich und Neapel ihren Beitritt erklärten. Rußland begann alsbald zu rüsten und seine Truppen an der Westgrenze zusammenzuziehen. Jene Koalition sowohl wie Napoleon bewarben sich für den bevorstehenden Kampf um den Beistand Preußens, dessen Kabinett jedoch, nach wie vor von dem Wunsche geleitet, auch fernerhin seine Neutralität zu bewahren, in seiner lavierenden Politik fortfuhr. Napoleon, welcher für den mit Österreich drohenden Krieg seine in Hannover befindliche Streitmacht von dort abzuberufen im Begriffe stand, erbot sich im Sommer 1805, dieses Kurfürstentum an Preußen abzutreten, wofern letztere Macht den durch Frankreichs Eingreifen veränderten Besitzstand Italiens zu garantieren übernähme, was jedoch ebenso abgelehnt wurde, wie die später ventilierte Occupation Hannovers durch preußische Truppen zur Aufrechthaltung der norddeutschen Neutralität und zur Sicherung Frankreichs gegen einen Angriff aus dieser Richtung. Gleichzeitig war aber auch das Petersburger Kabinett bemüht, Preußen gewissermaßen zum Kriege gegen Frankreich fortzureißen, indem es für die russischen Truppen den Durchmarsch durch Schlesien nach Österreich verlangte.

Noch beriet das Berliner Kabinett über diese russische Forderung, als Österreich vom 9. September 1805 die Feindseligkeiten eröffnete, indem es in Bayern einrückte, welches gleich den übrigen süddeutschen Staaten Napoleon Heeresfolge leistete. Im Verlaufe des nämlichen Monats verließen die nach Süddeutschland berufenen französischen Truppen Hannover, indem sie nur eine Besatzung in der Festung Hameln und einige andere kleine Detachements daselbst zurückließen. Tiefe Entrüstung rief es in Berlin hervor, als Anfangs Oktober die französischen Truppen, ohne Rücksicht auf Preußens Neutralität, ihren Marsch durch dessen fränkische Provinzen (Ansbach und Baireuth) nahmen. Dieser Vorgang wurde für das Berliner Kabinett bestimmend, mit Rußland wegen Abschlusses eines Bündnisses in Unterhandlungen zu treten, den Truppen

dieser Macht den Durchmarsch nach Österreich zu bewilligen und zugleich zur Occupation von Hannover zu schreiten, dessen dauernde Besitznahme im Wege des Tausches oder durch ein sonstiges Abkommen in Erwägung gezogen wurde, um Preußen, in dessen Besitze sich das ferne Ostfriesland befand, eine weniger verwickelte Grenze zu geben, damit es nicht durch jeden See- oder Kontinentalkrieg kompromittiert zu werden Gefahr laufe. Gleichzeitig schritt Preußen zur Aufstellung von drei Armeeen in Niedersachsen, Franken sowie Westfalen, und am 26. Oktober rückten seine Truppen in Hannover ein, dessen Weser-Festung Hameln von den Franzosen besetzt blieb.

Bereits am 3. November schloß Preußen mit Rußland und Österreich den Potsdamer Vertrag ab, welcher seine Beteiligung am Kriege gegen Frankreich stipulierte, falls Napoleon die ihm durch einen preußischen Gesandten zu überbringenden Friedensbedingungen zurückweisen sollte, welche die Räumung des Deutschen Reichs, Neapels und Hollands sowie der Schweiz von Frankreich forderten und außerdem für Österreich und Italien die Mincio-Grenze beanspruchten. In einem geheimen Artikel jenes Vertrages verpflichtete sich Rußland, bei England seine Vermittelung dahin eintreten zu lassen, daß mittelst Tausches oder eines sonstigen Abkommens Hannover zur besseren Sicherung Preußens dem letzteren dauernd überlassen werde.

Die preußischen Truppen verließen nunmehr Mitte November Hannover wieder, indem dasselbe, dem entworfenen Kriegsplane der Koalition zufolge, zum Zwecke einer gegen Holland beabsichtigten Diversion, durch eine alliierte Armee besetzt wurde. 25 000 Russen unter General Graf Tolstoy und 10 000 Schweden unter General Graf Mörner rückten aus Lauenburg über die Elbe in das Kurfürstentum, und zugleich landete bei Ritzebüttel ein 18 000 Mann starkes englisches Corps, von General Lord Cathcart geführt, welches zur Hälfte aus Truppen der englisch-deutschen Legion bestand.

Mit der Überbringung der oben erwähnten Friedensbedingungen an Napoleon wurde der frühere preußische Minister Graf Haugwitz, der uns schon bekannte Vertreter der Neutralitätspolitik, beauftragt. Ehe derselbe aber noch seiner Mission sich entledigen konnte, erfocht Napoleon am 2. Dezember über die verbündeten Österreicher und Russen den Sieg von Austerlitz. Das erschöpfte Österreich schloß infolge dieser Niederlage

mit seinem Gegner einen Waffenstillstand, welcher zu dem Friedensvertrage von Preßburg führte, während das russische Heer den Rückmarsch in seine Heimat antrat. Inmitten dieser vollkommen veränderten Situation traf Graf Haugwitz in Wien ein und sah sich von Napoleon die Bedingungen eines französisch-preußischen Bündnisses diktiert, welche derselbe gegenüber der peremptorischen Forderung des Kaisers am 15. Dezember unterzeichnete. Kraft dieser Wiener Konvention schloß Preußen mit Frankreich ein Schutz- und Trutzbündnis, indem es zugleich gegen die Abtretung von Ansbach, Kleve und Neufchâtel in den Besitz des Kurfürstentums Hannover gelangen sollte. Ebenso groß wie die Entrüstung war zugleich auch die Verlegenheit in Berlin, als das preußische Kabinett von dem Abschlusse dieses den Instruktionen seines Gesandten so zuwiderlaufenden Vertrages Kenntnis erhielt. Mit Rücksicht auf die eben erlittenen Niederlagen der österreichischen und russischen Waffen und die dadurch nur um so mehr gefestigte Macht Napoleons glaubte man jedoch die Richtigkeit jener Konvention nicht aussprechen zu dürfen. Das Berliner Kabinett entschied sich unter diesen Umständen für den vermittelnden Ausweg, zu einer vorläufigen Occupation von Hannover sich zwar bereit zu erklären, die definitive Besitznahme des Kurfürstentums und die daran sich knüpfenden Gebietsaustausche aber von der Bestätigung durch den Friedensschluß zwischen England und Frankreich abhängig zu machen. Bei den auf dieser Basis durch den Grafen Haugwitz fortgesetzten Verhandlungen stellte Napoleon indessen die kategorische Forderung, die in Frage stehenden Ländertausche sofort als definitiv zu betrachten, eine Bedingung, auf Grund welcher der preußische Bevollmächtigte am 15. Februar 1806 zu Paris einen neuen Vertrag abschloß, welcher Preußen zugleich zur Absperrung der hannoverschen Küsten gegen England verpflichtete.

Noch bevor diese Übereinkunft zum Abschlusse gelangte, war Preußen in der damals bestehenden Absicht, Hannover bis zum allgemeinen Frieden in Administration zu nehmen, mittelst Patents vom 27. Januar 1806 zur Occupation des Kurfürstentums geschritten. Das britische Corps kehrte demzufolge nach England zurück und ebenso verließen die Russen und Schweden das Land; nur Lauenburg blieb von den letzteren bis auf weiteres noch besetzt, um es für den Kurfürsten von Hannover zu behaupten. Der Pariser Vertrag vom 15. Februar veränderte voll-

kommen die Grundlage, auf welcher Preußen im Januar zur Occupation von Hannover schreiten zu können meinte. Vor die Wahl zwischen Ratifikation oder Krieg mit Frankreich gestellt, vollzog König Friedrich Wilhelm III., obwohl mit Widerstreben, den Vertrag, indem er gleichzeitig dem Kaiser Napoleon erklären ließ, von ihm wohl erwarten zu dürfen, auf die Legalisierung der Besitznahme des Kurfürstentums vonseiten Englands seiner Zeit bedacht zu seiu. Durch das Patent vom 1. April 1806 nahm Preußen nunmehr von Hannover Besitz. Tief entrüstet, erhob der König von England, Georg III., durch das Manifest vom 20. April feierlichen Protest gegen die Einverleibung des Landes, aber vergeblich. Demnächst erklärte die britische Regierung die Blockade der deutschen Nordseeküste für den preußisch-englischen Verkehr, während Schweden, als Englands Verbündeter, das Nämliche für die Ostsee that. Schweden zeigte sich entschlossen, Lauenburg durch sein aus Hannover dahin zurückgegangenes Corps für den König von England zu behaupten, schritt indessen am 27. April, nachdem es zu einigen Konflikten mit den einmarschierenden preußischen Truppen gekommen war, zur Räumung dieses Herzogtums. Durch den Verlauf dieser Ereignisse seiner angestammten Dynastie verlustig gegangen, brachte das hannoversche Volk Preußen die tiefsten Antipathieen entgegen und die Erinnerung an jene Vorgänge blieb noch lange Jahre nach der Rückkehr des Landes unter sein altes Herrscherhaus in den Herzen der Hannoveraner erhalten.

Dahin hatte Preußen seine schwankende und zaudernde Politik geführt. In einer seinem Könige widerstrebenden Weise war es unter der Verkettung widriger Umstände in den Besitz von Hannover gelangt, der ihm zum Nessusgewande werden sollte. Obwohl hierdurch seine Macht in territorialer Beziehung vermehrt, sah es doch seinen Einfluß geschmälert; aus dem Kreise der gegen Frankreich gerichteten Koalition gedrängt und Napoleons Willkür preisgegeben, sollte es nur zu bald seiner Isolierung sich bewußt werden.

Das trostlose Bild, welches hier Deutschland in seiner Zerrissenheit bot, erreichte seinen Gipfelpunkt, als sechzehn seiner Fürsten, an ihrer Spitze die seither mit der Königswürde bekleideten Monarchen von Bayern und Württemberg, ihre Trennung von Kaiser und Reich erklärten, um durch den am 12. Juli 1806 zu Paris abgeschlossenen Vertrag den sogenannten Rheinbund unter Napoleons Protektorate zu

bilden, indem gleichzeitig die Mediatisierung der innerhalb dieser Staaten gelegenen Reichsritterschaft und freien Städte ausgesprochen wurde. Nachdem die Rheinbundsakte dem Deutschen Reiche notifiziert und Napoleon zugleich erklärt hatte, den weiteren Bestand der Reichsverfassung nicht mehr anzuerkennen, legte Kaiser Franz II. am 6. August die deutsche Kaiserwürde nieder und erklärte für die gesamte österreichische Monarchie den Austritt aus dem Deutschen Reiche. Die Zertrümmerung des einstigen heiligen römischen Reiches war damit auch formell vollzogen.

Kaum hatte sich der Rheinbund konstituiert, als Napoleon, welcher denselben von Preußen anerkannt zu sehen wünschte, den Vorschlag an das Berliner Kabinett gelangen ließ, aus den jenem nicht beigetretenen deutschen Staaten eine Konföderation unter der Führung Preußens, welches die Kaiserwürde annehmen sollte, zu bilden, oder andernfalls wenigstens die in dessen Machtsphäre gelegenen Länder zu einem Norddeutschen Bunde zu vereinigen. So freundschaftlich auch diese Vorschläge Napoleons zu sein schienen, so gleißnerisch waren sie doch, wie sich schon binnen kurzem ergeben sollte.

Noch bevor der Rheinbund vollendete Thatsache war, hatte das Berliner Kabinett bereits angesichts des unaufhaltsamen Zerfalls des Deutschen Reiches die Bildung eines Norddeutschen Bundes in Erwägung gezogen und Mitte Juli die ersten einleitenden Schritte in dieser Richtung gethan, indem es nach dem Vorbilde des Fürstenbundes von 1785 einen solchen zwischen Preußen, Kursachsen und Kurhessen projektierte, an welchen die übrigen in dieser Sphäre befindlichen Reichsfürsten über Einladung sich anzugliedern hatten. Als Oberhaupt dieses Bundes sollte Preußen den Kaisertitel erhalten, Sachsen und Hessen dagegen die Königswürde. Von dem Wunsche nach Gebietsvergrößerungen geleitet, kam Kurhessen jenem Plane mit Eifer entgegen; Sachsen zeigte sich zwar nicht ungünstig gestimmt, erhob aber doch Bedenklichkeiten und wünschte auch Österreich, sogar selbst Rußland zu diesem Bündnisse herangezogen. Noch befand sich das Projekt in diesem ersten Stadium des gegenseitigen Gedankenaustausches, als am 7. August 1806 von dem preußischen Gesandten in Paris die überraschende Meldung in Berlin einlief, daß Napoleon mit England auf Grund der Rückgabe Hannovers verhandle, indem er Preußen durch das Gebiet von Fulda und andere kleine

Territorien zu entschädigen gedenke. Diese Nachricht, welche nur zu augenscheinlich einen heranreifenden Konflikt befürchten ließ, mußte für Preußen eine Mahnung sein, die Bildung einer norddeutschen Union mit um so größerem Eifer zu betreiben. Leider sollten die zu diesem Zwecke eingeleiteten Verhandlungen zu keiner Einigung führen. Das Dresdener Kabinett, welches sich mit dem Plane einer Partikular-Union der sächsischen und thüringischen Staaten trug, bekundete eine dilatorische Haltung, und auch Kurhessen wurde, je länger die Verhandlungen dauerten, immer lauer. Zugleich war die französische Politik bemüht, dem preußischen Unionsprojekte bei den für dasselbe inbetracht kommenden Fürsten entgegenzuarbeiten, und den Hansestädten erklärte Napoleon unumwunden, daß er niemals deren Teilnahme an einem solchen Bunde dulden würde.

Inzwischen trieben die Dinge dem Kriege mit Frankreich entgegen. Von der französischen Politik durch die hannoversche Frage bloßgestellt, blieb Preußen, wenn es nicht die bitterste Demütigung über sich ergehen lassen wollte, keine andere Wahl, als der Appell an das Schwert. Die beiderseitigen Rüstungen nahmen ihren Anfang, während gleichzeitig Preußen um die Werbung von Bundesgenossen bemüht war. In dem Maße, als die Spannung gegen Frankreich zunahm, gestalteten sich die Beziehungen des Berliner Kabinetts zu England wieder freundlicher, und mit dem 25. September hob die britische Regierung die bisher gegen Preußen bestandene Blockade auf. Frankreichs Verhandlungen mit England zerschlugen sich vollends mit dem Tode des Ministers Fox und das Londoner Kabinett entschloß sich zur Unterstützung Preußens bei dem drohenden Kampfe. Die ohnehin ziemlich spät aufgenommenen Unterhandlungen führten nicht sofort zu einer gegenseitigen Einigung, da Preußen das von England zurückgeforderte Hannover zu behalten wünschte, der letzteren Macht dagegen seine Mitwirkung für die Eroberung von Nordholland in Aussicht stellte. Unter dem Einflusse seiner bald darauf erfolgenden Niederlage mußte Preußen jedoch diese Forderung fallen lassen und im November gelangte ein Subsidientraktat mit England zum Abschlusse. Rußland sicherte Preußen ebenfalls seinen Beistand in dem bevorstehenden Kampfe zu und zugleich fand mit Schweden eine Aussöhnung statt. Auch an Österreichs Unterstützung appellierte Preußen, obwohl erst Ende September bestimmtere Anträge gestellt worden zu sein scheinen. Die

deutsche Frage bildete hierbei wiederum den Gegenstand der Erwägung. Preußen ließ das Projekt eines Norddeutschen Bundes fallen und wurde eine Rekonstituierung Deutschlands nach Auflösung des Rheinbundes mit Teilung des Protektorats zwischen Österreich und Preußen ventiliert. Indessen widerstrebte es dem Wiener Kabinette, in diesem Sinne die deutsche Frage eine Lösung finden zu sehen, welche Preußens Gleichberechtigung involvierte, so daß Österreich, ohnedies wegen der bisherigen Haltung des letzteren mißmutig, es vorzog, auf die bewaffnete Neutralität sich zu beschränken.

Noch ohne Aussicht auf die werkthätige Unterstützung jener Bundesgenossen, richtete Preußen am 25. September 1806 ein Ultimatum an Napoleon, in welchem es den sofortigen Rückzug der französischen Truppen hinter den Rhein und die ungestörte Vereinigung aller nicht in der Rheinbundsakte inbegriffenen Staaten zu einem Norddeutschen Bunde forderte, was Frankreich nur mit dem Schwerte beantworten konnte. Am 9. Oktober erging die Kriegserklärung Preußens, das damit, nur durch die sächsische Armee unterstützt, den Kampfplatz betrat. Die Herbstsonne des 14. Oktober beleuchtete die Niederlage seines Heeres auf den Feldern von Jena und Auerstädt; Napoleon triumphierte. Eine Katastrophe sondergleichen brach über Preußen herein; nur geringe Trümmer seiner Streitmacht, von welcher sich die Sachsen trennten, retteten sich nach dem fernen Osten der Monarchie, um dort an die zur Unterstützung heranrückenden Russen Anschluß zu nehmen. Zwar fand der Kampf in Ostpreußen seine Fortsetzung, aber nur, um schließlich zum Frieden von Tilsit zu führen, welchen Rußland am 7., Preußen den 9. Juli 1807 mit Napoleon abzuschließen sich genötigt sahen. Eine schwere Prüfung erging damit über das unglückliche Preußen, welches seine sämtlichen Lande auf dem linken Elbufer, sowie seine neuerlichen polnischen Erwerbungen zur Verfügung Napoleons stellen mußte und damit die Hälfte seines Besitzstandes einbüßte.

Hannover stand nach Preußens Niederlage wieder zu Napoleons Disposition. Eine Rückgabe des Kurfürstentums an den König von England kam nicht mehr in Frage, nachdem das britische Kabinett die früher aufgenommenen Verhandlungen längst abgebrochen hatte, um den Kampf gegen Frankreich fortzusetzen. Aus den südlichen Gebietsteilen Hannovers, als: Göttingen, Grubenhagen, Hohenstein und Osnabrück,

ferner aus dem Kurfürstentum Hessen-Kassel und dem Herzogtum Braunschweig, deren Fürsten enttrohnt wurden, sowie aus verschiedenen anderen benachbarten Territorien schuf Napoleon durch das Dekret vom 18. August 1807 das Königreich Westfalen, dessen Krone er seinem Bruder Jerôme übertrug. Die übrigen hannoverschen Lande wurden dagegen im Namen Frankreichs durch eine Administrativ-Kommission verwaltet, bis sie Napoleon unterm 1. März 1810 gleichfalls mit dem Königreiche Westfalen vereinigte, Lauenburg ausgenommen. Aber bereits durch das Dekret vom 10. Dezember 1810 verfügte Napoleon die Wiederloslösung des Nord-Departements, sowie der nördlichen Zone des Nieder-Elb- und Aller-Departements*) vom Königreiche Westfalen, um sie samt Oldenburg, den Hansestädten rc. dem französischen Kaiserreiche einzuverleiben und damit eine wirksamere Durchführung der gegen England proklamierten Kontinentalsperre zu sichern.

Von den vorangegangenen Kämpfen tief erschöpft, lag Deutschland als Opfer seiner Zerrissenheit gedemütigt am Boden und seufzte unter Napoleons despotischem Machtgebote. Den Bann der fränkischen Diktators zu brechen, griff Österreich 1809 abermals zu den Waffen, in der Hoffnung, einen erfolgreichen Schlag wider seinen Gegner zu führen, welcher durch den in Spanien entbrannten und von England unterstützten Kampf in Anspruch genommen war. Allein vergeblich; das Siegesglück heftete sich an Frankreichs Fahnen und Österreich sah sich zu dem verlustreichen Frieden von Schönbrunn gezwungen.

Während es nach diesem neuen Unglücksschlage in Stagnation verharrte und seiner Finanzzerrüttung durch eine gewaltsame Reduktion der Staatsschuld Abhilfe zu schaffen suchte, arbeitete Preußen seit 1807 an seiner Regeneration. Die Aufhebung der Leibeigenschaft und des Zunftzwanges, die Proklamation der Religionsfreiheit, die Reform der inneren Verwaltung und die Aufhebung zahlreicher Privilegien waren die Errungenschaften dieses Gesundungsprozesses, dem auf militärischem Gebiete die Reorganisation des Heerwesens ebenbürtig zur Seite stand, welche durch die 1813 proklamierte allgemeine Wehrpflicht zur Schöpfung

---

*) Es wurden damit Frankreich einverleibt: die Hälfte von Lauenburg, die Herzogtümer Bremen und Verden, Teile der Fürstentümer Lüneburg und Kalenberg, die Grafschaften Hoya und Diepholz.

eines Volksheeres führte. Trotz der ihm von Napoleon in militärischer Beziehung auferlegten Beschränkungen wußte Preußen durch geeignete Organisationsmaßregeln seine Streitmacht zu vermehren und somit alles zum Kampfe gegen das Fremdjoch vorzubereiten.

Voll war das Maß der Leiden, als Napoleon 1812 den Krieg gegen Rußland unternahm. Österreich, Preußen und die Rheinbundsfürsten mußten ihm Heeresfolge leisten. Auf den nordischen Schneefeldern ereilte den französischen Diktator die Nemesis; seine Heere erlagen, durch die Russen verfolgt, den Einwirkungen der Kälte und des Hungers. General v. York, der Führer des ausgezogenen preußischen Corps, vollbrachte die heroische, bahnbrechende That der Konvention von Tauroggen, durch welche er sich von Frankreich lossagte und neutral erklärte. Der Impuls war gegeben; Preußen schritt weiter. Durch die Edikte vom 3. und 9. Februar 1813 rief es seine waffenfähigen Männer zu den Fahnen. Eine vorher nie gekannte Begeisterung durchwehte Preußen; das Volk stand auf, der Sturm brach los. Nie sei Preußen von Deutschland vergessen, was es in jenen heiligen Stunden gethan. Der am 28. Februar 1813 abgeschlossene Vertrag von Kalisch besiegelte Preußens und Rußlands Waffenbrüderschaft, womit zugleich der ersteren Macht der Besitzstand vor dem Kriege von 1806 zugesichert wurde. Am 17. März erschien der Aufruf des Königs: „An mein Volk“ und „An mein Heer“, welche den Krieg gegen Frankreich proklamierten. Von hoher Begeisterung getragen, schritt Preußen zur That und setzte seine Streitmacht westwärts in Bewegung, als gegen Mitte März die Fühlhörner des nachrückenden russischen Heeres, die Kosaken, an der Elbe erschienen, im erwachenden Frühlinge der Natur gleichsam die Frühlingsboten der Befreiung.

Als Mitte März Tettenborns Kosaken an der Nieder-Elbe auftauchten und dieselbe demnächst überschritten, während die Franzosen Hamburg und das hannoversche Land bis zur Aller räumten, eilten auch Hannovers Söhne zu den Waffen; Landsturm und angeworbene Freiwillige reichten sich die Hand zum Kampfe gegen das Fremdjoch. Doch sollte für sie noch nicht die Stunde der Befreiung geschlagen haben, da die Russen sich genötigt sahen, Anfangs April vor der vom Gegner mit verstärkter Macht ergriffenen Offensive hinter die Elbe zurückzuweichen, wohin ihnen die angeworbenen hannoverschen Freiwilligen folgten,

um in Lauenburg und Mecklenburg ihre Ausrüstung mit Englands Unterstützung zu vollenden und einen Teil des später unter die Befehle des Generals Grafen Wallmoden tretenden Corps zu bilden.

Obwohl in den ersten Waffengängen Napoleons Feldherrntalent den Sieg an die französischen Fahnen fesselte, verzagten Preußen und Rußland nicht. Auch England trat nunmehr der Koalition bei, indem es durch den Traktat von Reichenbach am 14. und 15. Juni Subsidienverträge mit Rußland und Preußen abschloß. Die letztere Macht verpflichtete sich hierbei zugleich, an das wiederherzustellende Kurfürstentum Hannover Gebietsteile seiner ehemaligen niedersächsischen und westfälischen Besitzungen mit einer Bevölkerungszahl von 300 000 Einwohnern, dabei insbesondere das Bistum Hildesheim, abzutreten, wogegen England sich verbindlich machte, zu einer den Verhältnissen vor 1806 entsprechenden Vergrößerung Preußens mitzuwirken. Nachdem Österreich gleichfalls diesem Bunde sich angeschlossen und im August an Frankreich den Krieg erklärt hatte, nahm der gewaltige Kampf einen neuen Aufschwung. Der Sieg bei Leipzig brach das über Deutschland lagernde Fremdjoch für immer und entschied den Rückzug des Gegners über den Rhein.

Auch für Hannover sollte durch den Siegeszug der alliierten Waffen endlich die Stunde der Erlösung schlagen. Während seine Truppen in den Reihen des Wallmodenschen Corps das sich auf Hamburg stützende und bis zum Frühjahre 1814 behauptende feindliche Corps bekämpften, verkündete die Proklamation vom 3. November 1813 die Wiederherstellung des Kurfürstentums und das wieder eingesetzte Staatsministerium übernahm die Regierung des Landes. Zugleich wurde zur Aufstellung von Freiwilligen-Regimentern und einer Landwehr geschritten, deren Ausrüstung wegen mangelnden Materials jedoch nur langsam vonstatten ging, so daß sie erst im Sommer 1814, als der Kampf bereits beendet, mit den übrigen Truppen nach den Niederlanden abrückten.

Mittlerweile überschritten die Alliierten den Rhein und drangen siegreich bis Paris vor, wo am 31. März 1814 die verbündeten Monarchen von Rußland, Preußen und Österreich ihren Einzug hielten. Frankreich war niedergeworfen; Napoleon wurde nach der Insel Elba verwiesen und die Bourbonen kehrten auf den französischen Thron zurück. Zur Regelung der europäischen Verhältnisse wurde ein allgemeiner Kon-

greß nach Wien berufen und trat Ende September 1814 daselbst zusammen. Eine jähe Unterbrechung erfuhr seine Thätigkeit, als am 1. März 1815 Napoleon an der französischen Küste landete. Nochmals scharte sich Frankreich um ihn, bis er bei Waterloo den Waffen der Verbündeten erlag und nach St. Helena verbannt wurde. Was auf den Schlachtfeldern errungen, sollte leider durch den Wiener Kongreß für Deutschland nicht seine Krönung finden.

Österreich wurde zwar in seinen Besitzstand von 1805 wieder eingesetzt und mit der Rückerwerbung von Venetien und der Lombardei gelangte es zur Oberherrschaft auf der apenninischen Halbinsel. Heftige Kämpfe rief dagegen die Neugestaltung Preußens hervor, welches, schon durch den Reichenbacher Traktat auf den früheren Besitz Hannovers verzichtend, kraft des Eroberungsrechtes zu seiner Abrundung das Königreich Sachsen beanspruchte, wogegen für dessen Dynastie eine anderweitige Entschädigung in Aussicht genommen werden sollte. Erst nach ernstlichen Zerwürfnissen wurde Preußen der größere Teil Sachsens zugesprochen, während der Rest dieses Königreichs seinem angestammten Herrscherhause erhalten blieb. Überdies bekam Preußen außer seinen ehemaligen Besitzungen am linken Elbufer und in Westfalen den größeren Teil der vormals kurkölnischen und kurtrierschen Lande, Berg, Jülich, Schwedisch-Pommern, Posen samt Danzig, sowie als altes Erbgut den Schweizer Kanton Neuenburg. Dagegen trat es an Hannover ab Ostfriesland und die niedere Grafschaft Lingen, ferner die ihm 1803 überwiesenen Gebiete von Hildesheim und Goslar, sowie das untere Eichsfeld. Hannover cedierte dafür an Preußen das später im Tauschwege an Dänemark übergehende Herzogtum Lauenburg, mit Ausnahme des bei ersterem verbleibenden Amtes Neuhaus. Diese Neugestaltung der preußischen Monarchie führte somit zu ihrer Teilung in zwei Gruppen, eine östliche, als die größere, und eine westliche, zwischen welchen das südliche Gebiet Hannovers, das wieder errichtete Herzogtum Braunschweig und das durch Fulda vergrößerte Kurfürstentum Hessen mit dem Fürstentum Waldeck den trennenden Keil bildeten. Die Diplomatie schuf hier somit ein Staatsgebilde, das seiner Selbsterhaltung wegen früher oder später zur Sprengung der ihm angelegten Fesseln sich genötigt sah, um die zerrissenen Teile zu vereinigen und eine entsprechende Abrundung zu gewinnen.

Eine weitere Aufgabe der Beratungen des Kongresses bildete Deutschlands Reorganisation. Die Wiederherstellung der deutschen Kaiserwürde und ihre Verleihung an das Haus Habsburg wurden zwar in Erwägung gezogen, aber schließlich aufgegeben und von Österreich selbst ausgeschlagen, nachdem es sich äußerst schwierig erwiesen hatte, dieselbe mit den für eine kräftige Zentralgewalt erforderlichen Machtbefugnissen auszustatten. Die gegebenen Verhältnisse führten daher zu einer nichts weniger als befriedigenden politischen Organisation, indem durch die am 8. Juni 1815 vollzogene Bundesakte Deutschland zu einem Staatenbunde gestaltet wurde, in welchem sämtliche Bundesglieder, auch die kleinsten, unbeschränkte Souveränität genossen und auf keines ihrer Rechte zur Stärkung der Zentralgewalt Verzicht zu leisten genötigt waren. Ein stabiler Bundestag, gebildet aus den Gesandten sämtlicher Staaten unter dem Präsidium Österreichs, wurde mit dem Sitze in Frankfurt am Main eingeführt. Zu seinen Kompetenzen gehörten die Abfassung und Abänderung der Grundgesetze des Bundes, organische Bundeseinrichtungen und gemeinsame Anordnungen gemeinnütziger Art sowie das Recht der Kriegserklärung und des Friedensschlusses. Österreich trat diesem Bunde nur mit seinen deutschen Erblanden bei, Preußen aber mit Ausschluß von Ost- und Westpreußen nebst Posen. Deutschlands Wehrkraft erfuhr keine einheitliche Organisation, sondern blieb auch in dieser Beziehung den einzelnen Staaten die unbeschränkte Souveränität insofern gewahrt, daß dieselben nur zur Stellung des repartierten Kontingents für das Bundesheer verpflichtet waren. Einer Schöpfung dieser Art konnten früher oder später tiefgehende Konflikte nicht erspart bleiben. Zwei Staaten von europäischer Machtstellung, wie es das als Präsidialmacht fungierende Österreich und Preußen waren, vermochten innerhalb des Rahmens dieser Konföderation zu keiner ersprießlichen, Deutschlands Macht und Entwickelung fördernden Thätigkeit zu gelangen, sondern zeigten nur zu oft das Schauspiel eines sich gegenseitig paralysierenden Antagonismus, der um so erklärlicher wird, da Österreichs Interessen bei seinen umfangreichen nichtdeutschen Besitzungen vielfach durchaus anderer Natur waren, als jene Preußens, dessen Schwerpunkt in Deutschland lag. Ebenso wie bei dieser Organisation des Bundes die Einzelstaaten ihre Sondersouveränität eifersüchtig zu wahren sich bestrebten, mußte auch bei den verschiedenen Stämmen des deutschen Volkes selbst

der Partikularismus feste Wurzeln schlagen. War auch im Schoße der Nation der lebendige Wunsch vorhanden, ein mächtiges Deutsches Reich wieder erstehen zu sehen und mochte ein durch Sang und Dichtung zum Ausdrucke gelangender Idealismus in unklaren, teilweise auch unfruchtbaren Zukunftsträumen sich ergehen, so war doch keiner der Einzelstaaten und Stämme bereit, vor den Ernst jener Frage gestellt, auf Kosten seiner angeblich berechtigten Eigentümlichkeiten Opfer zur Schaffung einer starken Zentralgewalt zu bringen. Jahrhundertelang wuchernd und groß gezogen, war der deutsche Partikularismus ein Faktor, welcher, selbst abgesehen von dem Antagonismus der beiden innerhalb des Bundes vorhandenen Großmächte, jede friedliche Lösung jener Frage ausschloß.

Unter dem Schutze Englands war gleichzeitig Hannover aus der trüben Zeit der Fremdherrschaft durch die Wiederherstellung seiner Selbständigkeit zu neuem Leben erstanden und der Einfluß seines Ansehens noch gehoben, als es am 12. Oktober 1814 zum Königreiche proklamiert wurde. Sein Besitzstand erfuhr durch den Wiener Kongreß eine erhebliche Vermehrung. An die schon oben angeführten Gebietsabtretungen von preußischer Seite schloß sich noch die Erwerbung des Herzogtums Arenberg-Meppen. Nur Lauenburg kehrte mit Ausnahme des Amtes Neuhaus nicht unter das hannoversche Scepter zurück, indem es, wie bereits früher erwähnt, an Preußen cediert wurde, um demnächst an Dänemark überzugehen. Eine wichtige Erwerbung für Hannover war insbesondere das seiner Handelsbeziehungen wegen wichtige Ostfriesland, während für Preußen aus dieser Gebietsabtretung der Nachteil erwuchs, damit vollständig von der Nordsee abgeschlossen zu sein. Das neue Königreich Hannover hatte einen Flächeninhalt von 698⅔ Quadratmeilen mit damals ungefähr 1½ Millionen Einwohnern. In seiner Neugestaltung durch das restaurierte Großherzogtum Oldenburg in eine östliche und eine westliche, wesentlich kleinere Hälfte geteilt, die jedoch beide im Süden der direkten Verbindung unter einander nicht entbehrten, bespülte Hannovers Nordgrenze in einer Ausdehnung von 24 Meilen die Nordsee. Westwärts an Holland gelehnt, wurde das Königreich sowohl im Süden wie im Osten von der preußischen Monarchie umspannt und nur teilweise fand dieser Gürtel eine Unterbrechung durch die benachbarten Lande von Braunschweig, Kurhessen und Lippe. Gegen Nordosten

und Norden bestimmte der Lauf der Elbe die Landesgrenze mit Ausnahme des lauenburgischen Amtes Neuhaus und des von der Nordsee bespülten Hamburger Amtes Ritzebüttel. Das Königreich Hannover bildete somit den Abschluß des Nordwestens von Deutschland und, mit dem Besitze eines Teiles der Nordseeküste zugleich die Mündungen der Elbe, Weser und Ems beherrschend, erhielt es zwar unter diesen Umständen durch seine geographische Lage eine erhöhte Bedeutung, welche aber seiner Politik das Bewußtsein, in der Machtsphäre Preußens sich zu befinden, nicht abhanden kommen lassen durfte.

Da König Georg III. mittlerweile in völlige Geisteszerrüttung verfallen, war seit 1811 sein ältester Sohn als Prinz-Regent mit Leitung der Regierung beauftragt, und folgte 1820 bei dem Ableben seines Vaters demselben als Georg IV. auf den Thronen von England und Hannover. Für das letztere Königreich war seit der Restauration nur insofern eine Neuerung eingetreten, daß 1816 der Herzog von Cambridge, der jüngste Sohn Georgs III., als Generalstatthalter nach Hannover entsendet wurde. Die seit der Katastrophe von 1803 in englischen Diensten gestandene königlich-deutsche Legion wurde ihres bisherigen Verhältnisses entlassen und kehrte 1816 in ihr Vaterland zurück, um hier mit den Truppenformationen von 1813 und 1814 zur Bildung der neuen hannoverschen Armee zu dienen. Die Hoffnungen des Landes auf die Einführung einer zeitgemäßeren Verfassung fanden nur teilweise Erfüllung durch die Konstitution von 1819, welche unter Beibehaltung der Provinzialstände eine jedoch mit sehr beschränkten Befugnissen ausgestattete Landesvertretung von zwei Kammern schuf. Die hannoversche Landesverwaltung verfiel im Verlaufe des folgenden Dezenniums mehr oder minder in Stagnation und die Mißstimmung des Volkes wuchs, welche durch die Rückwirkung der französischen Julirevolution nur um so mehr genährt wurde. In der Zeit dieser Gährung erfolgte am 26. Juni 1830 das Ableben Georgs IV., welchem sein Bruder, König Wilhelm IV., succedierte. Nachdem die wachsende Mißstimmung des Volkes Anfangs 1831 durch Unruhen sich kundgegeben hatte nnd der Herzog von Cambridge infolge dessen am 22. Februar des nämlichen Jahres mit großen Vollmachten zum Vizekönig von Hannover ernannt worden war, wurde zur Ausarbeitung eines neuen Staatsgrundgesetzes geschritten, was zu der Verfassung vom 26. Juli 1833 führte, welche, die Provinziallandschaften und die zwei

Kammern der Landesvertretung beibehaltend, zwar Ministerverantwortlichkeit, ausgedehntere Rechte hinsichtlich der Steuerbewilligung, die Abtretung der Domänen an den Staat und auch die Erweiterung der zwei Kammern durch Vertreter des Bauernstandes ꝛc. bewilligte, aber doch gegen die Zugeständnisse anderer deutscher Konstitutionen wesentlich zurückstand.

Auch der deutsche Bundestag vermochte in den auf seine Konstituierung folgenden langen Friedensjahren ebenso wenig eine fruchtbringende Thätigkeit zu entwickeln, wie den durch die Bundesakte für ihn in Aussicht gestellten Aufgaben gerecht zu werden. Österreich verfiel gleichfalls in Stagnation, indem seine Politik nur in dem Konservieren der überkommenen, mit zahlreichen Gebrechen behafteten Schöpfungen ihre Aufgabe erblickte und darüber auch die wirtschaftliche Hebung der so reich gesegneten Monarchie verabsäumte. Preußen dagegen, obwohl noch lange an den Wunden der napoleonischen Kriege krankend, bekundete eine regere, auf die Hebung seiner Verhältnisse Bedacht nehmende Thätigkeit. Eine preußische Schöpfung von politischer Bedeutung sollte der deutsche Zollverein werden, welcher auf kommerziellem Gebiete ein fortgesetzt sich fester knüpfendes Band um die ihm beitretenden Staaten schlang. Nachdem Preußen 1818 mit der Proklamation der Verkehrsfreiheit für sein Gebiet den ersten Schritt zur Entfesselung des Handels gethan und in den folgenden Jahren zu einer Zollvereinigung mit den benachbarten Kleinstaaten gelangt war, schritt es mit dem 1833 erfolgenden Anschlusse des bayerisch-württembergischen Zollverbandes zur Bildung des deutschen Zollvereins, welchem in den folgenden Jahren die deutschen Staaten mit wenigen Ausnahmen beitraten. Auch Hannover gehörte zu jenen Staaten, welche dem Beitritte widerstrebten, und zog es vor, mit Oldenburg und dem später aber zurücktretenden Braunschweig einen Steuerverein zu bilden. Während Preußen an der Spitze jenes wohlthätig wirkenden und selbst mit auswärtigen Staaten Handelsverträge abschließenden Vereins stand, verharrte Österreich in seiner Sonderstellung, indem es die Grundlagen seiner Handelspolitik in einem selbst gegen den Deutschen Bund sich richtenden Prohibitivsysteme suchen zu müssen meinte. Anstatt seinen Einfluß auch auf jenem der wirtschaftlichen Interessen wegen so bedeutsamen Gebiete zu wahren, überließ Österreich Deutschlands Führung in dieser Beziehung an Preußen.

Der Gegenstand allgemeiner Aufmerksamkeit wurde das Königreich Hannover, als am 20. Juni 1837 König Wilhelm IV. ohne erbberechtigte Descendenten starb. Während die Tochter seines nächstälteſten, gleichfalls schon verstorbenen Bruders, die Prinzessin Victoria, den Thron von Großbritannien bestieg, die weibliche Erbfolge für Hannover aber ausgeschlossen war, wurde der fünfte Bruder des heimgegangenen Monarchen, Ernst August Herzog von Cumberland, zum Herrscher des letzteren Königreichs berufen. Die bisherige Personal-Union mit England, welche für Hannover vielfach von unheilvollen Folgen begleitet gewesen, fand damit ihr Ende. Ein schroffer Charakter, aber von Mut und Energie erfüllt, zählte Ernst August in England zu den unpopulärsten Mitgliedern des Königlichen Hauses, wozu seine politische Thätigkeit, die ihn im Oberhause seinen Standpunkt als Hochtory oft in leidenschaftlicher Weise vertreten sah, nicht wenig dazu beigetragen hatte. Obwohl ein durchaus autokratisch veranlagter Charakter, dem es nicht an Entschlossenheit gebrach, seinen Willen, wenn es sein mußte, zur Geltung zu bringen, besaß Ernst August dennoch staatsmännischen Blick und wußte in politischen Dingen mit weiser Mäßigung der Situation Rechnung zu tragen. Seine im Jahre 1815 erfolgte Vermählung mit der Prinzessin Friederike von Mecklenburg-Strelitz, einer Schwester der verewigten Königin Luise von Preußen, hatte zu seinem langjährigen Aufenthalte in Berlin geführt, wo er sich mit den preußischen Verhältnissen vertraut machte und eine ganz besondere Vorliebe für die Armee dieses Landes faßte. Mit Spannung durfte man daher der Übernahme der Regierungsgewalt durch den neuen, damals 66 Jahre alten König entgegensehen. Einer seiner ersten Regierungsakte war das Patent vom 5. Juli 1837, welches die Aufhebung der Verfassung von 1833 verfügte, indem der König dieselbe, da man seine Genehmigung in der Eigenschaft als präsumtiver Thronfolger seiner Zeit nicht eingeholt hatte, weder für sich rechtlich verbindlich, noch überhaupt als den Bedürfnissen des Landes entsprechend erklärte. Dieser Vorgang wurde die Quelle längerer, das Land aufregender Wirren, welche erst ihren Abschluß fanden, als die nach Maßgabe der Verfassung von 1819 berufenen Stände das Staatsgrundgesetz vom 6. August 1840 annahmen, das viele Hoffnungen unerfüllt ließ und besonders in Finanzfragen die Befugnisse der Landesvertretung auf ein sehr bescheidenes Maß reduzierte.

Bei der Sympathie des Königs für die preußischen Heereseinrichtungen hatte man erwartet, dieselben auch auf die hannoversche Armee übertragen zu sehen. Indessen beschränkten sich die auf diesem Gebiete erfolgenden Anordnungen, außer untergeordneten äußeren Dienstformen, nur auf die Einführung einer neuen, der preußischen entsprechenden Uniformierung, womit der bisher noch bei der hannoverschen Infanterie getragene rote Rock dem blauen weichen mußte.

Zu gerechten Besorgnissen für die Zukunft gab der unglückliche Umstand Anlaß, daß der am 27. Mai 1819 geborene, einzige Sohn des Königs Ernst August, der Kronprinz Georg, schon in seiner Jugend auf einem Auge erblindet, später auch noch des Sehvermögens auf dem anderen verlustig gehen sollte, und vergeblich erschöpfte sich die ärztliche Kunst in Versuchen, dem Unglücklichen das Augenlicht zurückzugeben *). Durch das königliche Patent vom 3. Juli 1842 wurde die Blindheit des Thronfolgers zum erstenmale offiziell dokumentiert, indem dasselbe für den Fall seiner Regierungsnachfolge die Bedingungen feststellte, unter welchen die Einholung der Unterschrift königlicher Verfügungen seitens des erblindeten Fürsten zu erfolgen hatte. In Übereinstimmung mit dem Kronprinzen wurde stipuliert, daß zu jedem Akte der Unterschrift

*) Die auch von Meding in seine „Memoiren", Bd. I, S. 3, übernommene Version, daß der berühmte Augenarzt Dr. Gräfe bei der Operation des Kronprinzen den Sehnerv durchschnitt, was ihn aus Verzweifelung zum Selbstmorde getrieben haben soll, ist durchaus unrichtig, wie der Oberstabsarzt a. D. Neuber in einer im Januar 1881 durch das „Neue Tageblatt" in Stuttgart veröffentlichen Mitteilung darlegt. Derselbe war mehrere Jahre Assistent bei dem damaligen Leibarzte des Kronprinzen, dem Generalstabsarzte Spangenberg, und ist somit in der Lage, den Sachverhalt wie folgt richtig zu stellen. Gräfe hatte bei dem Könige Ernst August große Hoffnungen hinsichtlich des Erfolges einer Augenoperation gemacht und ließ dem Kronprinzen, um ihn hierfür hinreichend zu kräftigen, alljährlich das Seebad in Norderney gebrauchen. Indessen zögerte er mit der Operation, wohl ihrer Erfolglosigkeit sich bewußt, bis der König schließlich mit Entschiedenheit deren Ausführung verlangte. Gräfe begab sich demzufolge nach Hannover, erkrankte aber daselbst, bevor er noch zur Operation geschritten, am Typhus und erlag dieser Krankheit. Es wurde nunmehr der berühmte Augenarzt Jäger aus Wien nach Hannover berufen, welcher unter Assistenz seines Sohnes und des Leibarztes Spangenberg die Operation am Kronprinzen vollzog, leider ohne allen Erfolg. Dasselbe negative Ergebnis hatte eine zweite Operation durch die Hand des Leibarztes Spangenberg, zu deren Verschleierung vor der Öffentlichkeit die Nachricht verbreitet wurde, daß der Kronprinz an den Masern erkrankt darniederliege.

von zwölf hierzu im voraus ernannten Zeugen zwei derselben zugezogen werden mußten. Nachdem einer dieser Zeugen die Schriftstücke ihrem ganzen Inhalte nach vorgelesen, hatte die Unterschrift zu erfolgen, dann die Kontrasignatur der Minister, und schließlich mußten die Zeugen die stattgefundene Vorlesung und die Unterschrift des Königs beglaubigen. Späterhin erfuhr jene Bestimmung durch die Verordnung vom 24. November 1850 insofern eine Modifikation, daß in Zukunft der verantwortliche Minister in Gegenwart aller Minister oder auch nur eines derselben Vortrag über den ganzen Inhalt der zur Verhandlung stehenden Verfügung zu halten hatte, während die königliche Unterschrift nur durch einen der Generalsekretäre unter Beifügung des königlichen Siegels beglaubigt wurde. Weiter blickende Geister konnten sich schon damals einer gewissen Besorgnis nicht erwehren, Hannovers Scepter in Zukunft den Händen eines blinden Königs anvertraut zu sehen, und vielseitig wurden erhebliche Zweifel laut, ob der durch das Schicksal so schwer heimgesuchte Kronprinz überhaupt successionsfähig sein dürfte.

Zum Anschlusse an den deutschen Zollverein hatte sich Hannover seither noch nicht zu entschließen vermocht. Doch befand sich hinsichtlich dieser Frage die Regierung in vollkommener Übereinstimmung mit der Landesvertretung, so daß der mit Oldenburg gebildete Steuerverein auch fernerhin bestehen blieb.

Von schweren Erschütterungen sollte Deutschland heimgesucht werden, als nach dem Ausbruche der Pariser Februar-Revolution 1848 allerorten der Geist der Unzufriedenheit sich erhob und zu einer Reihe von Aufständen führte, welche mit Waffengewalt unterdrückt werden mußten. Aber mitten in diesen Wirren brach sich im deutschen Volke auch der schlummernde Wunsch nach der Schöpfung eines Deutschen Reiches mit starker Zentralgewalt Bahn. Gegenüber dem allgemeinen Verlangen nach einer Nationalversammlung forderte die Bundesversammlung die deutschen Regierungen zur Wahl eines solchen Parlaments auf, und am 18. Mai 1848 trat dasselbe in Frankfurt am Main zusammen. Indem es die Einsetzung einer provisorischen Zentralgewalt beschloß, wählte es am 29. Juni den Erzherzog Johann von Österreich zum unverantwortlichen Reichsverweser mit einem verantwortlichen Reichsministerium, womit zugleich die Auflösung des bisherigen Bundestages erfolgte.

Während in anderen deutschen Ländern die revolutionäre Bewegung hohe Wogen schlug, sollte Hannover vor tiefer gehenden Erschütterungen bewahrt bleiben. König Ernst August trat dem Sturm mit Mut und Entschlossenheit entgegen, war aber klug genug, beim Beginne der Bewegung seinem Lande Konzessionen zu machen. Schon im Frühjahre 1848 bot er aus eigener Initiative seine Hand zu einer zeitgemäßen Revision der Verfassung von 1840, welche bereits im Juni des nämlichen Jahres die Zustimmung der beiden Kammern erhielt und hauptsächlich die Wahlen für die Landesvertretung auf liberalere Grundlagen stellte. Damit beschwor der König für Hannover den Sturm, der über andere deutsche Länder in unheilvoller Weise sich entfesseln sollte.

Während Österreich mit der Bekämpfung der italienischen Bewegung beschäftigt war, hatte Preußen im Auftrage des Bundes Anfangs April 1848 zum Schutze der Herzogtümer Schleswig und Holstein das Schwert gegen Dänemark gezogen, nachdem das letztere die widerrechtliche Einverleibung der ersteren Provinz in den engeren Status dieses Königreichs ausgesprochen. Unter preußischem Oberbefehle war auch das 10. deutsche Bundes-Armeecorps, bei welchem das hannoversche Kontingent, zur Teilnahme an diesem Kriege bestimmt worden, indem der hannoversche General v. Halkett mit dessen Führung beauftragt wurde. Nur mit Widerwillen hatte König Ernst August seine Truppen zum 10. Bundes-Armeecorps stoßen lassen, teils weil er der Überzeugung war, in Dänemarks Vorgehen gegen Schleswig-Holstein keine ungerechtfertigte Handlung zu erblicken, teils auch weil er zur Aufrechthaltung der Ordnung und Ruhe den Truppenstand im eigenen Lande nicht geschwächt zu sehen wünschte. Bis der König, von Preußen gedrängt, die Einwilligung zur Überschreitung der Elbe seitens seiner Truppen gab und bis er endlich dem General v. Halkett den Befehl zur Offensive erteilte, bedurfte es mancher Kämpfe, um seinen Widerstand zu brechen. Schließlich trug jedoch der König der politischen Notwendigkeit Rechnung und unterordnete seine persönlichen Gefühle der durch die gegebenen Verhältnisse geschaffenen Lage. Siegreich drangen die verbündeten Truppen bis Jütland vor. Aber angesichts der drohenden Haltung, welche Rußland, England und Schweden zugunsten Dänemarks bekundeten, sah sich Preußen zum Abschlusse des Malmöer Waffenstillstandes (26. August 1848) genötigt, welcher die Feindseligkeiten bis 1. April 1849 sistierte. Von der revo-

lutionären Bewegung unterwühlt, mußte auch der Deutsche Bund dem in jener Frage vom Auslande geübten Drucke weichen und selbst das Nationalparlament der Bestätigung dieses Vertrages sich unterziehen.

Das Frankfurter Parlament war mittlerweile fortgesetzt mit den Beratungen über die Neubildung des Deutschen Bundes beschäftigt gewesen und gelangte im Dezember 1848 mit 261 gegen 224 Stimmen zu dem Beschlusse der Ausscheidung der österreichischen Gesamtmonarchie aus Deutschland, mit dem sie fernerhin nur durch ein Unionsverhältnis verbunden bleiben sollte. Das Wiener Kabinett legte gegen eine solche Lösung der deutschen Frage Protest ein und fand sich hierin von den übrigen maßgebenden Staaten Deutschlands unterstützt. Im März 1849 trat Österreich selbst mit einem an die deutschen Fürsten gerichteten Programme zur Rekonstruktion des Bundes hervor, welches eine Einteilung Deutschlands in sieben Kreise bezweckte, an der Spitze eines jeden ein Fürst der betreffenden Gruppe; diese sieben Kreisvorstände sollten das Bundesdirektorium unter dem Vorsitze Österreichs bilden, neben welchem ein Abgeordnetenhaus mit beratender Befugnis in Aussicht genommen war. Indessen sollte dieses Projekt, welches ebenfalls die Schöpfung einer kräftigen Zentralgewalt vermissen ließ, unter dem Einflusse der folgenden Ereignisse weder der Gegenstand diesbezüglicher Verhandlungen, noch viel weniger die Grundlage einer Reform des Deutschen Bundes werden.

Dagegen schritt das Frankfurter Parlament auf der betretenen Bahn weiter und vollzog am 28. März 1849 zwei verhältnismäßig wichtige Akte, indem es die von ihm entworfene deutsche Reichsverfassung mit einem Erbkaisertume und einem aus zwei Häusern bestehenden Parlamente annahm und zugleich mit 290 unter 538 gegebenen Stimmen den König von Preußen Friedrich Wilhelm IV. zum deutschen Kaiser erwählte. In durchaus korrekter Weise lehnte jedoch der König die ihm hier dargebotene Kaiserkrone mit der Erklärung ab, ohne das Einverständnis der deutschen Fürsten und die Anerkennung der neuen Reichsverfassung durch dieselben eine Entschließung in jener Frage nicht fassen zu können*). Mit dieser Ablehnung war das Schicksal des

---

*) Auch in den Kreisen des hannoverschen Volkes verhielt man sich damals gegen ein preußisches Erbkaisertume durchaus nicht ablehnend, indem die dortigen

deutschen Parlaments entschieden. Nachdem Österreich infolge jener Wahl seine Abgeordneten zurückgerufen, legten auch die besonneneren Deputierten anderer Länder ihre Mandate nieder; das meistens aus radikalen Elementen bestehende Rumpfparlament siedelte aber nach Stuttgart über, wo es am 18. Juni 1849 gewaltsam aufgelöst wurde.

Während Österreich inzwischen durch den Krieg gegen das aufständische Ungarn, sowie durch den Wiederausbruch der Feindseligkeiten auf der apenninischen Halbinsel in Anspruch genommen war, hatte Preußen angesichts der in Deutschland fortgesetzt zur Auflösung treibenden Verhältnisse bereits durch die Zirkularnote vom 3. April 1849 seine Bereitwilligkeit zu erkennen gegeben, auf Antrag der deutschen Regierungen und mit Zustimmung des Parlaments die provisorische Leitung der deutschen Zentralgewalt übernehmen und an die Spitze eines aus freier Vereinbarung hervorgehenden Bundesstaates treten zu wollen. Der Reichsverweser, Erzherzog Johann, den österreichischen Standpunkt in der deutschen Frage wahrend, erklärte jedoch angesichts jener Bestrebungen, den Zeitpunkt seines Rücktritts lediglich nach dem Interesse Deutschlands bemessen zu müssen.

Indessen trat auf Preußens Einladung zur Beratung über die Reorganisation des Bundes in Berlin am 17. Mai 1849 eine Konferenz zusammen, zu welcher Österreich, Bayern, Sachsen und Hannover ihre Vertreter entsandten. Den Beratungen wurde eine preußische Denkschrift zugrunde gelegt, welche in der Proposition eines Deutschen Bundesstaates gipfelte, zu dem die von dieser Konföderation ausgeschlossene österreichische Monarchie nur in ein Unionsverhältnis treten sollte. Österreich und Bayern zogen sich zwar demzufolge von jener Konferenz zurück; indessen führten die trotzdem fortgesetzten Beratungen am 26. Mai 1849 zu einem Vertrage zwischen Preußen, Sachsen und Hannover, dem sogenannten Dreikönigsbündnisse, das eine neue Bundesverfassung für Deutschland aufstellte, vermöge welcher dem Könige von Preußen die oberste Bundesgewalt in Form einer Reichsvorstandschaft übertragen wurde, neben welcher ein Fürstenkollegium von sechs Stimmen und eine aus Wahlen hervorgegangene Reichsversammlung von zwei Häusern zur

---

Volksvereine unterm 3. April 1849 eine Adresse an König Friedrich Wilhelm IV. richteten, mit der Bitte, die Kaiserkrone anzunehmen.

Einsetzung gelangen sollten. Während Hannover und Sachsen ihren definitiven Beitritt zu diesem Bunde von dem Vorbehalte abhängig machten, daß derselbe ganz Deutschland umfasse, traten nach Auflösung des Frankfurter Parlaments zwar die kleineren Staaten jener neuen Union bei, Bayern und Württemberg bekundeten dagegen eine durchaus ablehnende Haltung, ganz abgesehen von Österreich, welches diese seine Suprematie in Deutschland negierende Schöpfung perhorreszierte.

Hannovers bedingungsweiser Beitritt zu dem Dreikönigsbündnisse war nur ein durch die momentanen Verhältnisse gebotener Schritt. Weit davon entfernt, für eine Bundesreform mit preußischer Spitze sich zu erwärmen, hielt es König Ernst August jedoch angesichts der vollkommen zerfahrenen Verhältnisse Deutschlands für einen von der Klugheit gebotenen Entschluß, vorläufig an Preußen Anlehnung zu nehmen, in der Hoffnung, mit der Wiedererstarkung des österreichischen Einflusses auch den Zerfall der preußischen Union entschieden zu sehen. In dem Vorbehalt, nur dann dem neuen Bunde definitiv beizutreten, wenn derselbe, was man eben nicht erwarten zu dürfen glaubte, ganz Deutschland umfassen würde, hatte sich Hannover wohlweislich einer Handhabe für seinen gelegentlichen Rücktritt von jenem Vertrage versichert*).

---

*) Diesbezügliche Aufzeichnungen aus den hinterlassenen Papieren des damaligen preußischen Gesandten in London, Dr. Bunsen (S. „Frhr. v. Bunsen. Aus seinen Briefen ꝛc. geschildert", Bd. III, Leipzig 1871) bestätigen die obige Thatsache vollkommen, wie aus den folgenden Mitteilungen dieser unzweifelhaften Quelle erhellt. König Ernst August richtete einen eigenhändigen Brief an den Herzog von Wellington, in welchem er denselben um Rat befragte, ob es nicht empfehlenswert sein dürfte, gegenwärtig für den Anschluß an Preußen sich zu entscheiden, um aber später, wenn Österreichs Einfluß sich wieder geltend machen würde, freie Hand zu haben. Der Herzog erwiderte, daß er es bedenklich finde, den König die ihm jetzt sich bietende Gelegenheit nicht ergreifen zu sehen, um für seine Dynastie eine ganz leibliche und entschieden sichere Stellung zu gewinnen, denn es sei ein strategischer Fehler, sich auf etwas Ungewisses zu stützen, wenn man etwas Sicheres haben könne. Der Herzog bezeichnete es überhaupt als sehr zweifelhaft, ob Österreich bei der geographischen Lage Hannovers imstande sein dürfte, das letztere gegen Preußen und die Revolution zu schützen. — Dem am hannoverschen Hofe beglaubigten englischen Gesandten, Bligh, erklärte damals der Minister der auswärtigen Angelegenheiten, Graf Bennigsen, Hannover sei auf das Bündnis mit Preußen nur in der Erwartung eingegangen, daß die ganze Sache schließlich resultatlos verlaufen werde. In-

Da Preußen seine Reichsvorstandschaft durch Österreich, Bayern und Württemberg nicht anerkannt sah, die Ermangelung einer Vertretung Deutschlands dem Auslande gegenüber aber zu schweren Mißständen Anlaß geben mußte, so führte dieses peinliche Dilemma zu dem am 30. September 1849 zwischen den Kabinetten von Berlin und Wien abgeschlossenen Vertrage, durch welchen ein Interim mit der Maßgabe vereinbart wurde, die Leitung der deutschen Zentralgewalt bis zum 1. Mai 1850 einer aus je zwei Bevollmächtigten dieser beiden Staaten bestehenden Bundes-Zentral-Kommission zu übertragen, mit deren Einsetzung der Reichsverweser sein Amt niederlegte.

Die Tage der Union waren indessen gezählt. Als der für dieselbe in Berlin eingesetzte Verwaltungsrat im November 1849 den Beschluß faßte, die Wahlen zu einem nach Erfurt einzuberufenden Reichstage auszuschreiben, erhoben Hannover und Sachsen dagegen Protest, indem sie jenes Vorgehen als einen bundeswidrigen, Deutschlands äußere und innere Sicherheit gefährdenden Akt erklärten. Als trotzdem der Verwaltungsrat im November 1849 die Wahlen ausschrieb, legte auch Österreich dagegen Verwahrung ein, und sowohl Hannover wie Sachsen erklärten diesen Protest für gerechtfertigt. Nachdem ungeachtet dessen der Verwaltungsrat der Union unterm 13. Februar 1850 zur Einberufung des Reichstages nach Erfurt schritt, zeigte Hannover am 21. Februar seinen Rücktritt vom Dreikönigsbündnisse an. Sachsen folgte diesem Beispiele zunächst stillschweigend, indem es sich erst unterm 5. Juni formell von der Union lossagte, nachdem es schon am 27. Februar in München mit Bayern und Württemberg ein zweites Dreikönigsbündnis abgeschlossen hatte, durch welches die Grundlagen einer deutschen, Österreich nicht ausschließenden Bundesverfassung vereinbart wurden. Hannover beteiligte sich zwar gleichfalls an den Münchener Verhandlungen, trat jedoch dem jenes Bündnis besiegelnden Vertrage nicht bei, indem es für seine ablehnende Haltung Bedenken gegen die projektierte Aufnahme der österreichischen Gesamtmonarchie in den neuen Bund geltend

dessen hätte man dadurch doch zweierlei erreicht: einesteils, daß man dem Volke glauben machte, die Regierung sei ernstlich für die Bestrebung der deutschen Einheit bemüht, und anderenteils, daß durch das Bündnis mit Preußen der im Lande bereits dem Verlöschen nahe Preußenhaß wieder neue Nahrung erhalten habe.

machte und überdies die damals nicht in Aussicht genommene Gewährung eines Staatenhauses neben der Bundes-Zentralgewalt als eine Forderung der Gerechtigkeit bezeichnete. Indessen erklärte Hannover, seinen Beitritt nicht vorenthalten zu wollen, falls über jene Grundlagen eines neuen Bundes mit den übrigen deutschen Staaten und namentlich Preußen eine Verständigung erzielt werden sollte. Auch hier bekundete die hannoversche Politik wiederum eine vorsichtige Haltung, für welche wahrscheinlich weniger jene Einwände gegen den Münchener Vertrag maßgebend gewesen sein dürften, als das Bewußtsein der geographischen Lage des Landes innerhalb der preußischen Machtsphäre, welche zu einer besonnenen Haltung mahnen mußte, um angesichts der damals noch ungeklärten deutschen Verhältnisse eine allenfalls durch die Situation gebotene Anlehnung an den mächtigen Nachbarstaat sich nicht verschlossen zu sehen.

Nachdem Österreich die Revolution in seinem Innern sowohl wie die italienische Bewegung bezwungen hatte, versäumte es nunmehr nicht, auf die Wiederbefestigung seiner Stellung in Deutschland bedacht zu sein und Preußens auf die Suprematie gerichteten Bestrebungen mit mehr Nachdruck entgegenzutreten, als es ihm bisher möglich gewesen war. Unterm 26. April 1850 lud daher das Wiener Kabinett die deutschen Regierungen zu einer außerordentlichen Bundes-Plenarversammlung nach Frankfurt ein, um die alte Bundesverfassung einer Revision zu unterziehen und an Stelle der demnächst zurücktretenden Bundes-Zentralkommission ein neues provisorisches Organ zu schaffen. Preußen protestierte in seiner Eigenschaft als Haupt der Union gegen jene Berufung des Plenums, da der vormalige Bundestag 1848 im gesetzlichen Wege zur Auflösung gelangt war, und erklärte zugleich die von dieser Versammlung zu fassenden Beschlüsse als für die Gesamtheit nicht bindend.

König Friedrich Wilhelm IV. lud infolge dieser Vorgänge die Unionsfürsten zu einem am 10. Mai in Berlin eröffneten Kongresse ein, welcher, diesen Bund bis zum Eintritt der übrigen Staaten als ein Provisorium erklärend, das verfassungsmäßige Fürstenkollegium und ein Unionsministerium einsetzte. Gleichzeitig trat aber auch die von Österreich berufene Versammlung in Frankfurt zusammen, an welcher Bayern, Württemberg, Hannover, Sachsen und Kurhessen teilnahmen,

auf deren Antrag Österreich die Reaktivierung des Bundestages aussprach, indem es durch die Zirkulardepesche vom 19. Juli vermöge seines Bundespräsidialrechtes die sämtlichen deutschen Fürsten zur Wiedereröffnung der Bundesversammlung am 1. September aufforderte. Obwohl Preußen die Rechtmäßigkeit dieser Beschlüsse bestritt und gegen die Wiedereinsetzung der Bundesversammlung protestierte, so wurde dieselbe dennoch am 2. September 1850 von Österreich, Bayern, Württemberg, Hannover, Sachsen, den drei Hessen, Mecklenburg = Strelitz, Schaumburg = Lippe, Luxemburg=Limburg und von Dänemark (für Holstein=Lauenburg) eröffnet, indem sie sich für das ausschließlich berechtigte Gesamtorgan Deutschlands erklärte.

War in dieser Beziehung bereits ein tiefgehender Konflikt mit Preußen vorhanden, so sollte derselbe durch die schleswig=holsteinische und die kurhessische Frage nur noch an Schärfe gewinnen.

Der im Frühjahre 1849 von Preußen und der Bundesgewalt gegen Dänemark wiederaufgenommene Kampf hatte unter Englands Vermittelung mit dem am 10. Juli 1849 in Berlin vereinbarten Waffenstillstande seine vorläufige Beendigung gefunden. Am 2. Juli 1850 schloß Preußen in seinem und des Deutschen Bundes Namen ebenfalls in Berlin den Definitivfrieden mit Dänemark, welcher für Schleswig=Holstein den vor dem Kriege Platz greifenden Status stipulierte. Nachdem sich auch Rußland, England, Frankreich, Österreich und Schweden durch das Londoner Protokoll vom 2. August 1850 für Dänemarks Integrität nach dem Status vor dem Kriege ausgesprochen hatten, wurde der Berliner Frieden Anfangs September von der Union sowohl wie von der Frankfurter Bundesversammlung ratifiziert. Indessen unterwarfen sich die beiden Herzogtümer Schleswig = Holstein den Bedingungen dieses Friedens nicht, sondern beschlossen die Fortsetzung des Kampfes gegen Dänemark.

In Kurhessen dagegen hatten die zwischen der Regierung und der Landesvertretung obwaltenden Differenzen zur Steuerverweigerung und einer Kette bedauerlicher Wirren geführt. Als die kurfürstliche Regierung infolge dessen an die Frankfurter Bundesversammlung appellierte, erklärte dieselbe unterm 21. September 1850 die Steuerverweigerung für ungesetzlich und drohte bei fernerem Widerstande mit Bundesexekution. Indem Preußen die Rechtsbefugnis der Bundesversammlung nicht aner=

kannte, protestierte es gegen jene Einmischung in die kurhessischen Wirren, ein Einspruch, den Österreich in drohender Weise zurückwies.

Ebenso führte der Beschluß der Frankfurter Bundesversammlung, zur Pacifikation von Schleswig-Holstein zu schreiten, zum Proteste Preußens, das jener die Befugnis zu einem einseitigen Vorgehen in dieser Frage absprechen zu müssen glaubte.

Österreich und seine Bundesgenossen (außer Hannover) rüsteten sich zum Kampfe, ebenso Preußen. Den Anfangs November 1850 erfolgenden Einmarsch einer aus österreichischen und bayerischen Truppen gebildeten Exekutionsarmee in das südliche Kurhessen beantwortete Preußen mit der Besetzung von Kassel, nachdem es schon Ende Oktober die ihm vertragsmäßig zustehende Etappenstraße über Hersfeld militärisch gesichert hatte. Der Ausbruch des Kampfes war in unmittelbare Nähe gerückt; doch sollte es bei dem Scharmützel von Bronnzell sein Bewenden haben. Ohnehin seinen überlegenen Gegnern militärisch nicht gewachsen und unter dem einem deutschen Kriege widerstrebenden Einflusse Rußlands, verzichtete Preußen auf den Appell an das Schwert und schloß am 29. November mit Österreich den Vertrag von Olmütz, durch welchen es sich seines Einspruchs gegen die Bundesexekution in Holstein und Kurhessen begab und in den Zusammentritt freier, von sämtlichen deutschen Regierungen beschickter Konferenzen zur Beratung der künftigen Bundesverfassung einwilligte. Der Tag von Olmütz besiegelte Preußens Niederlage in der deutschen Frage; Österreichs Suprematie war wieder gesichert und die Zeiten des alten Bundestages sollten von neuem aufleben.

Inmitten dieser deutschen Krisis war Hannovers Haltung eine außerordentlich reservierte. Obwohl es, als die Lebensfähigkeit der Union tagtäglich fragwürdiger wurde, der am 2. September erfolgten Wiedereinsetzung der Bundesversammlung in Frankfurt sich angeschlossen hatte, so war König Ernst August doch nichts weniger als geneigt, alle Konsequenzen dieses Anschlusses zu ziehen und Österreich ohne alle anderen Rucksichtnahmen Heeresfolge zu leisten. Die hannoversche Regierung wollte ihr Land weder durch die holsteinische, noch die kurhessische Exekutionsfrage tangiert sehen, und ebenso wenig wünschte sie, in den Kampf zwischen Österreich und Preußen hineingerissen zu werden. Mochte dem Könige Ernst August eine österreichische Suprematie gleich unsympathisch sein wie die vom Berliner Kabinette angestrebte Hegemonie, so blieb er sich doch

immer in erster Linie des Verhältnisses bewußt, welches für Hannover vermöge seiner geographischen Lage zu Preußen sich ergab. Obwohl nicht von Sympathieen für diesen Nachbarstaat erfüllt, ließ dennoch der König auch in der Krisis von 1850 Besonnenheit und Mäßigung walten. Als die Situation Anfangs November eine sehr kritische geworden war und auch das Berliner Kabinett das Bedürfnis empfand, das Verhältnis zu Hannover, welches bei einem Kriege gegen Österreich eventuell eine Bedrohung Preußens im Rücken bilden konnte, zu klären, entsendete König Friedrich Wilhelm IV. seinen Flügeladjutanten, den Major Freiherrn v. Manteuffel, als Überbringer eines Handschreibens in vertraulicher Mission an den König Ernst August. Hier war es, wo der letztere bei Erörterung der Situation gegen den preußischen Sendboten die bemerkenswerte Äußerung that: „Mein Herz liebt Preußen nicht, mein Verstand zwingt mich aber, es zu lieben; ich werde deshalb niemals dumm genug sein, mich mit Deinem Könige zu zanken*)." Diese, des Königs eigenste Worte charakterisieren seine Politik gegen Preußen in so beredter Weise, daß sie keines weiteren Kommentars bedürfen. Die gemäßigte Haltung des Berliner Kabinetts, bei welchem schon damals der Wunsch, den Kampf mit Österreich vermieden zu sehen, überwog, und der reservierte Standpunkt Hannovers ließen den Deutschland zerklüftenden Konflikt für seinen Nordwesten nicht zu einem imminenten werden. Hannover entschied sich für die unbewaffnete Neutralität und um eventuell jeder Verwickelung in den drohenden Kampf auszuweichen, war der Rückzug der Anfangs November noch nicht konzentrierten hannoverschen Armee hinter die ostfriesischen Moore beschlossen. Die weitere Entwickelung der deutschen Frage und der Olmützer Vertrag überhoben Hannover indessen der Notwendigkeit, jenem Beschlusse Folge zu geben.

Während nunmehr die Pacifikation von Holstein vollzogen und in Kurhessen durch die Bundesexekution die Autorität der Regierung wiederhergestellt wurde, traten am 12. Dezember 1850 in Dresden die freien Konferenzen zusammen, welche jedoch unter dem Einflusse der sich gegenseitig widerstrebenden Elemente zu keinem anderen Resultate führten, als zur Wiederherstellung der vormaligen Bundesverfassung mit Öster=

---

*) König Ernst August war bekanntlich der deutschen Sprache nicht vollkommen mächtig und pflegte meistens die Untergebenen mit „Du" anzureden.

reich als Präsidialmacht. Gleichwie es vor 1848 der Fall gewesen, trat auch jetzt die österreichische Monarchie nur mit ihren deutschen Erblanden dem wieder hergestellten Bunde bei, in welchem dementsprechend Preußen ebenfalls ohne die gleichnamige Provinz und Posen Aufnahme fand.

Österreich feierte seinen höchsten Triumph in diesem Jahrhunderte. Seine Banner flatterten von den Wällen Ankonas an der Adria bis zu den holsteinischen Gestaden der Ost= und Nordsee; Österreich hatte die Suprematie in Deutschland wieder errungen. Die Schaffung eines Bundesstaates mit starker Zentralgewalt war abermals an dem Antagonismus der beiden deutschen Großmächte gescheitert. Österreich hütete sich wohl, für eine Lösung der deutschen Frage in jenem Sinne zu wirken, da es der Sympathieen der ihm ergebenen Einzelstaaten nur so lange sich versichert halten durfte, als es sie im Vollgenusse ihrer Souveränität beließ und keine Opfer zur Stärkung der Zentralgewalt von ihnen forderte.

Während Österreich wie vordem ein eigenes Zollgebiet bildete und somit in wirtschaftlicher Beziehung von Deutschland getrennt blieb, erfreute sich der deutsche Zollverein unter Preußens Führung nicht nur eines prosperierenden Fortbestandes, sondern sollte demnächst sogar eine schon längst von Preußen gewünschte und erstrebte Erweiterung durch den Beitritt des von Hannover und Oldenburg gebildeten Steuervereins erhalten. Weniger waren es handelspolitische Interessen, welche hier Hannover zu dem seit Jahren perhorreszierten Anschlusse an den Zollverein bewogen, sondern die außerordentlich delikate Frage der Blindheit des Kronprinzen Georg gab den Ausschlag in jener Beziehung. In den leitenden hannoverschen Kreisen war man nicht der unbedingten Zuversicht, die Thronbesteigung des unglücklichen Prinzen ohne Anstand sich vollziehen zu sehen. Das preußische Kabinett trug sich ernstlich mit dem Gedanken, gegen die Regierungsnachfolge des Kronprinzen mit Rücksicht auf das für seinen Herrscherberuf so außerordentlich bedenkliche Gebrechen der Blindheit nachdrückliche Einsprache zu erheben. Der Preis, für welchen Preußen schließlich auf diesen Protest zu verzichten sich bewogen fand, war Hannovers Eintritt in den Zollverein. Nachdem Preußens Einfluß in Deutschland durch die voran=

gegangenen Ereignisse wesentlich gesunken und überdies das Drängen der Süddeutschen nach Schutzzöllen die Verstärkung der Vertreter einer gemäßigten Handelspolitik im Zollvereine wünschenswert erscheinen ließ, konnte das Berliner Kabinett in dem Anschlusse Hannovers eine um so willkommenere Errungenschaft begrüßen, da hiermit zugleich die in merkantiler Beziehung bedeutsame Erweiterung jener Handelsvereinigung bis zur Nordseeküste verbunden war. Ganz im Einverständnisse mit dem Lande hatte zwar die hannoversche Regierung lange dem Anschlusse an den Zollverein widerstrebt; um aber in der schwierigen Frage der Thronfolge seines blinden Sohnes der Zustimmung Preußens versichert zu sein, ließen auch hier beim Könige Ernst August die Besonnenheit und die Sorge um die Zukunft seine für den großen Nachbarstaat nichts weniger als sympathischen Gefühle überwiegen. Unter diesen Gesichtspunkte gelangte der Vertrag vom 7. September 1851 zum Abschlusse, der Hannovers Eintritt in den Zollverein, welchem sich nunmehr auch Oldenburg anschloß, besiegelte. Es war einer der letzten bedeutsamen Regierungsakte, welche König Ernst August damit vollzog. Schon wenige Wochen später, am 18. November, verschied er, und sein blinder Sohn bestieg als Georg V. den hannoverschen Königsthron.

Am 27. Mai 1819 geboren, entstammte König Georg, wie schon erwähnt, der Ehe seines Vaters mit der Prinzessin Friederike von Mecklenburg-Strelitz, welche bereits mit dem Prinzen Ludwig von Preußen und später mit dem Fürsten von Solms-Braunfels vermählt gewesen war. Von mütterlicher Seite vereinigten ihn insofern die Bande einer nahen Verwandtschaft mit dem preußischen Königshause, da seine Mutter eine Schwester der Königin Luise, der Gemahlin Friedrich Wilhelms III., war. Wie bereits früher bemerkt, hatte der König, sehend geboren und erzogen, später das traurige Schicksal gehabt, auch das Sehvermögen auf dem ihm bisher erhalten gewesenen Auge zu verlieren und damit vollständig zu erblinden. So schwer auch diese Heimsuchung auf ihm lasten und sein Herz mit tiefem Schmerz erfüllen mußte, so kämpfte er diesen Kampf doch gottesgläubig durch, um jene innere Ruhe zu finden, die ihn sein herbes Schicksal in Ergebung und mit Fassung ertragen ließ. Von hohem Wuchse, war der König eine vornehme, imponierende Erscheinung, deren Eindruck nur zeitweise durch die der Blindheit entspringende Befangenheit beeinträchtigt wurde. Das Verhältnis zu seinem

Vater war kein glückliches gewesen, da König Ernst August eine mehr oder minder unsympathische Haltung gegen seinen Sohn bekundete, welcher diese Abneigung in einer oft für ihn schmerzlichen Weise zu fühlen bekam. Ein wohlthuender Ersatz dafür erschloß sich dem damaligen Kronprinzen nach seiner 1843 erfolgenden Vermählung mit der Prinzessin Marie von Sachsen-Altenburg in einem glücklichen Familienleben, welches durch die Geburt eines Prinzen und zweier Töchter gesegnet wurde. Gleich seinem Vater, erfüllte auch den König Georg, so befähigt er sonst war, ein stark entwickelter autokratischer Zug, welcher durch den Einfluß seiner 1841 verstorbenen Mutter vielleicht eher genährt, als gemildert worden. Mit dem Stolze des Welfen verband sich eine Auffassung seines Herrscherberufes, welche seinen Willen als das ausschließlich maßgebende Gebot betrachten zu müssen glaubte. Eifersüchtig wachte er darüber, stets der entscheidende Mittelpunkt der hannoverschen Politik zu sein, und seine Blindheit machte ihn in dieser Beziehung nur um so mißtrauischer. Ebenso wenig wie der König dem Parlamentarismus Geschmack abgewinnen konnte, entsprach ein Gesamtministerium im konstitutionellen Sinne seinem Standpunkte; vielmehr behielt er sich den Vorsitz des Ministerrats vor, indem er die Thätigkeit der Minister streng auf ihr Ressort beschränkt wissen wollte. Von dem Streben geleitet, seines Herrscheramtes bis in das kleinste herunter zu walten, reservierte sich der blinde König zugleich das Kommando der Armee. So liebenswürdig und herablassend er auch zu sein wußte, so pflegte er doch denjenigen den Vorzug zu geben, welche die Gabe besaßen, in bedingungsloser Unterordnung unter seinen Willen stets den Velleitäten ihres königlichen Gebieters gerecht zu werden. Des Königs Sein und Denken bewegte sich in der Ideeenwelt des Blinden, ein Umstand, der ihn in mannigfacher Beziehung nachsichtiger beurteilen läßt, obwohl er freilich auch anderseits gegen seine Regierungsfähigkeit zu sprechen geeignet wäre. War der König Georg durch Preußens wohlwollende Haltung in dieser Frage auf den Thron gelangt, so zeigte er auch in der ersten Zeit seiner Regierung das Bestreben, die politischen Lehren seines Vaters zu bethätigen und in seinem Verhältnisse zu jenem mächtigen Nachbarstaate nicht der Besonnenheit sich zu entschlagen. Späterhin in dieser Beziehung vor entscheidungsvolle Fragen gestellt, sollten leider beim Könige die Antipathieen gegen Preußen überwiegen und die hannoversche Politik

damit in Bahnen lenken, welche Land und Dynastie in den Abgrund einer Katastrophe führten.

Die Königin Marie übte keinen Einfluß auf die hannoversche Politik. Als treue Gattin und zärtliche Mutter fühlte sie sich am glücklichsten im engeren Kreise des Familienlebens, und ihr schlichter Sinn war ebenso wenig der Repräsentation königlichen Glanzes wie dem Getriebe politischer Bestrebungen zugethan.

Gleichwie in so manchen anderen deutschen Staaten, sollte auch für die ersten Regierungsjahre des Königs Georg die Landesverfassung und ihre Revision den Mittelpunkt der inneren Politik bilden. Nachdem aus den Kreisen der hannoverschen Ritterschaft wegen Beeinträchtigung ihrer ständischen Rechte durch die Verfassung von 1848 an die Bundesversammlung rekurriert worden war, hatte die hannoversche Regierung durch Bundesbeschluß vom 23. August 1851 die Auflage erhalten, jene Verfassung einer Prüfung zu unterziehen und sie mit den Grundgesetzen des Bundes in Einklang zu bringen, eine Forderung, in welcher sich auch die Anschauungen des Königs Ernst August begegneten. Eine der ersten Regierungshandlungen des Königs Georg war daher die unbedingte Verzichtleistung auf die vermöge der Verfassung von 1848 für Verwaltung und Justiz beabsichtigten Reformen, deren Vollzug unter den veränderten Verhältnissen bereits von seinem Vater beanstandet worden war. Das Ministerium Münchhausen wurde demzufolge gegen Ende November 1851 entlassen, um durch ein solches unter Führung des Freiherrn v. Schele ersetzt zu werden. Vergeblich war die Regierung in den folgenden Jahren bemüht, die Mitwirkung der Ständeversammlung für eine Revision der Verfassung im Sinne jenes Bundesbeschlusses zu gewinnen. Das Ministerium Schele wurde im November 1853 durch das Ministerium v. Lütcken ersetzt, welches jedoch ebenso wenig die schwebenden Verfassungswirren zum Abschlusse bringen sollte. Als der Bundesbeschluß vom 19. April 1855 auf die nunmehr unverzügliche Erledigung der Verfassungsfrage drang, schritt der König im Juli dieses Jahres zur Bildung des Ministeriums von Borries. Unter dessen Mitwirkung wurde durch die königliche Verordnung vom 1. August 1855 die Revision der Verfassung von 1848 ausgesprochen und das Landesgrundgesetz im allgemeinen auf die vordem bestandenen Grundlagen einer ständisch gegliederten Verfassung zurückgeführt, indem zugleich nach

Maßgabe der wieder in Geltung tretenden Wahlgesetze von 1840 und 1841 die Bildung einer neuen Ständeversammlung erfolgte. Hatte ohnehin schon diese Verfassungsrevision unter den liberalen Elementen des Landes eine tiefer gehende Verstimmung hervorgerufen, so sollte dieselbe durch das in den nächsten Jahren zur Entwickelung gelangende, straff büreaukratische Regierungssystem des Ministers v. Borries nur noch allgemeiner werden. Selbst der ständische Adel vermochte sich mit diesem Systeme nicht zu befreunden und trat in Opposition gegen die Regierung, welche sich somit nur geringer Sympathieen im Lande zu erfreuen hatte.

Während dieser inneren Kämpfe sollte der hannoversche Hof vorübergehend durch die vollkommen überraschende Nachricht beunruhigt werden, daß Preußen mittelst Vertrags vom 20. Juli 1853 von Oldenburg an der Jahde-Mündung ein Gebiet zur Anlage eines Kriegshafens für die Nordsee erworben hatte. Anfänglich war man unentschlossen, wie man sich diesem Vorgange gegenüber stellen sollte, da man in jener Gebietserwerbung eine Bedrohung für Hannover erblickte. Die von bewährten und besonnenen Männern darüber eingeforderten Gutachten konnten jedoch der hannoverschen Regierung nur vergegenwärtigen, daß das Land, in der Machtsphäre Preußens gelegen, nicht eine feindselige Politik zur Basis seiner Haltung gegen das letztere zu machen, sondern vielmehr auf seine Anlehnung an diesen mächtigen Nachbarstaat bedacht zu sein hatte, unter welchem Gesichtspunkte in der Anlage eines preußischen Kriegshafens an der Jahde eine Bedrohung für Hannover nicht zu erblicken war. Obwohl der König Georg auch in diesem Falle sich bewußt werden mußte, daß sein Land in kritischen Momenten in Preußen seinen Rückhalt zu suchen hatte, so sollten doch schon die folgenden Jahre die Thatsache bestätigen, daß man in jener Beziehung am hannoverschen Hofe kein Verständnis für die Lehren der Geschichte besaß.

Als in Hannover jene unerquicklichen Verhältnisse herrschten, hatte der 1853 zwischen Rußland und der Türkei ausbrechende Krieg Österreich nicht unerhebliche Schwierigkeiten bereitet. Während Preußen und der Deutsche Bund in Neutralität verharrten, schritt Österreich 1854 zur Besetzung der später von ihm wieder geräumten Donaufürstentümer, ein politischer Schachzug, der ihm die erbitterte Feindschaft Rußlands eintrug, ohne Frankreich und England, die Bundesgenossen der Pforte, zu befriedigen. Trotz dieser nichts weniger als glücklichen Rolle, welche

Österreich während des türkischen Krieges gespielt hatte, war das Wiener Kabinett unausgesetzt darauf bedacht, in eben dem Maße, wie es seine Suprematie in Deutschland zur Geltung zu bringen bezweckte, die Machtstellung Preußens zu schwächen. Als im September 1856 die Neuenburger Frage den Anlaß zu ernstlichen Differenzen zwischen Preußen und der Eidgenossenschaft gab und der Ausbruch eines Kampfes in nächste Nähe gerückt zu sein schien, war Österreich nicht nur weit davon entfernt, die preußischen Rechtsansprüche zu unterstützen, sondern im Gegenteile bemüht, bei den süddeutschen Staaten für eine Verweigerung des Durchmarsches der preußischen Truppen zu wirken, so daß bereits vom Berliner Kabinette der Gedanke erwogen wurde, an Frankreich das Ersuchen zu stellen, die durch Lothringen und Elsaß nach der Schweiz führenden Straßen für jene Tuppenbewegungen zu erschließen. Preußen verzichtete unter diesen Umständen auf den Appell an die Waffen und entschloß sich zur Abtretung des Kantons Neuenburg. Österreich und seine deutschen Partisane frohlockten über diesen erzwungenen Rückzug des Berliner Kabinetts, ohne sich bewußt zu werden, abermals das betrübende Bild der inneren Zerklüftung Deutschlands dem Auslande geboten und für Preußen neuerdings eine Reminiscenz geschaffen zu haben, die, schmerzlich wie sie war, nur dazu beitragen konnte, den Wunsch wachzuerhalten, die ihm gebührende Stellung in Deutschland zu erringen.

Eine neue Ära sollte für Preußen anbrechen, als mit der unheilbaren Erkrankung des Königs Friedrich Wilhelm IV. dessen Bruder, Prinz Wilhelm, zur Stellvertretung berufen, am 7. Oktober 1858 als Regent die Regierungsgewalt übernahm und am 2. Januar 1861 den durch das Ableben jenes Monarchen erledigten Thron bestieg. Eine hehre Gestalt, trotz ihres schon hohen Alters von seltener Kraft getragen, trat Prinz Wilhelm sein Herrscheramt an. Auch ihm war Kämpfen und Ringen nicht erspart geblieben. Verkannt und so oft das Ziel von Angriffen gewesen, hatte Prinz Wilhelm dennoch unbeirrt und ungebeugt seinen Standpunkt behauptet. In Drang und Kampf reifte und stärkte sich in ihm jenes Selbstbewußtsein und die Energie des Willens, die ihn, von der Vorsehung begnadet, die großen Thaten der folgenden Jahre für Preußen vollbringen ließen, während anderseits zugleich jene Milde und versöhnende Mäßigung, die ihn auch im Zenithe des Sieges

nie verlassen, in seiner Brust nur um so tiefere Wurzeln schlugen. Im wahrsten Sinne des Wortes der erste Soldat seiner Armee, erblickte der Prinz mit Recht in dem Heere Preußens Hort der Zukunft und dasselbe auf einen hohen Grad der Schulung zu bringen, in ihm ein schneidiges und nicht versagendes Werkzeug zu schaffen, war seit seinem Regierungsantritte sein eifrigstes Bestreben. Gleich thatkräftig und entschlossen, wie wohlerwägend in der Vorbereitung seiner politischen Akte, blieb König Wilhelm in der unwandelbaren Pflichttreue des Soldaten stets auch der Herrscherpflichten für das Land sich bewußt, dessen Scepter die Vorsehung in seine Hand gelegt und dessen Wohlfahrt unter dem Schutze einer achtunggebietenden Machtstellung zu fördern das Ziel seiner Bestrebungen wurde.

Schon das Jahr 1859 sollte Preußen eine selbstbewußtere Haltung bekunden, aber auch den zwischen den beiden deutschen Großmächten waltenden Antagonismus von neuem zur Geltung gelangen sehen, als Österreich, durch Frankreich provoziert, in Italien Ende April den Kampf gegen Sardinien aufnahm, welches an die Spitze der die apenninische Halbinsel durchwehenden Einheitsbewegung sich stellte. In seiner Eigenschaft als europäische Großmacht zunächst mit England für die Vermittelung zwischen den streitenden Parteien vergeblich bemüht gewesen, war Preußen aber auch selbstbewußt entschlossen, angesichts des drohenden Krieges jene Stellung in Deutschland sich gewahrt zu sehen, welche es zu beanspruchen wohl berechtigt war. Als Hannover am 13. Mai beim Bunde den Antrag einbrachte, zur Aufstellung eines auch durch österreichische Truppen zu verstärkenden Observationscorps in Süddeutschland zu schreiten, protestierte der preußische Gesandte dagegen, indem er diese Maßregel als eine unter Umständen Deutschland gefährdende bezeichnete und gleichzeitig auf die Dauer des von Österreich aufgenommenen Kampfes für Preußen das Recht der Initiative in allen militärisch-politischen Fragen beim Bunde wahrte. Nach dem französischen Siege von Magenta schritt Preußen zur Mobilmachung seiner Armee und auch die deutschen Bundesstaaten folgten diesem Beispiele. Als jedoch Preußen die Oberleitung über die gesamte aufgebotene Bundesmacht forderte, schritt Österreich, offenbar um seine Suprematie in Deutschland besorgt, zu dem Schachzuge, am Bunde den Antrag einzubringen, den Prinz-Regenten von Preußen zum Bundesoberfeldherrn nach Maßgabe der

Bundeskriegsverfassung zu wählen, das heißt, ihn dem Bunde unterzuordnen und verantwortlich zu machen. Die in dieser Beziehung obwaltenden Divergenzen sollten jedoch insofern demnächst gegenstandslos werden, als Österreich, vom Waffenglücke nicht begünstigt, am 8. Juli den Waffenstillstand von Villafranca schloß, welchem der die Abtretung der Lombardei diktierende Definitivfrieden von Zürich folgte.

Einen bedeutungsvollen Schritt that Preußen, als es nach Beendigung des Kampfes in Italien unter Hinweis auf die das europäische Gleichgewicht bedrohende Haltung Frankreichs insofern eine Aufrechthaltung der Kriegsbereitschaft Platz greifen ließ, daß es an Stelle der entlassenen Landwehr mit der Formation stehender Truppenteile vorging. Nachdem bei den Vorgängen von 1850 wesentliche Mißstände für die preußische Wehrkraft zutage getreten waren, schritt der Prinz-Regent in der Überzeugung, daß die Machtstellung der Monarchie nur durch die weitere Entwickelung ihrer Streitkräfte zur Geltung gelangen konnte, zur Reorganisation der Armee, mit deren Durchführung eine beträchtliche Erhöhung ihrer Stärke erzielt werden sollte. Das spätere Bestreben der Regierung, diese anfänglich provisorischen Truppenformationen zu ständigen zu machen, führte in Verbindung mit den das Budgetrecht betreffenden Divergenzen und der von der Volksvertretung aufgestellten Forderung einer kürzeren Militärdienstzeit zu einem erbitterten Konflikte mit dem Abgeordnetenhause, welcher erst nach dem siegreichen Ausgange des Krieges von 1866 seinen Abschluß fand, aber nicht ohne in weiten Kreisen Deutschlands eine lebhafte Mißstimmung gegen die preußische Regierung hervorgerufen zu haben.

Sowohl im österreichischen wie im mittelstaatlichen Lager verschloß man sich nicht der Überzeugung, in der preußischen Heeresorganisation die Vorbereitung zum Kampfe um die Hegemonie in Deutschland erblicken zu dürfen und sie nicht nur durch Frankreichs drohende Haltung bedingt zu sehen. Somit sollte auch für die deutschen Mittelstaaten diese Frage der Gegenstand ernsterer Erwägungen werden und der Wunsch nach einer zweckentsprechenderen Organisation des VII., VIII., IX., und X. Bundes-Armeecorps sich geltend machen. Noch Ende November 1859 traten auf Bayerns Einladung, angeblich zum weitern Ausbaue der Bundesverfassung, die Abgesandten verschiedener Mittel- und Kleinstaaten in Würzburg zusammen. Das Resultat dieser Beratungen waren die mit

dem folgenden 17. Dezember bei dem Bundestage eingebrachten Anträge auf Revision der Bundes-Kriegsverfassung, Schutz der Nordküsten, gemeinsame Regelung der Justizgesetzgebung, des Heimat- und Patentwesens, sowie Einführung von gleichem Maß und Gewicht. Die im Vordergrunde stehende militärische Frage führte, angeblich mit Rücksicht auf die Besorgnis erregende Haltung Frankreichs, die militärischen Vertreter von Bayern, Württemberg, Hannover, Sachsen, Kurhessen, Hessen-Darmstadt, Baden, Mecklenburg-Schwerin und Nassau in den Tagen vom 31. Juli bis 6. August 1860 in Würzburg zusammen. Das Ergebnis dieser Beratungen war der am 31. Mai 1861 dem Bundestage unterbreitete Konventions-Entwurf, welcher angeblich zur Verteidigung von Südwest-Deutschland ein Zusammenwirken des VII. und VIII. Bundes-Armeecorps mit den übrigen Mittel- und Kleinstaaten bezweckte, womit zugleich der Antrag verbunden war, im Falle eines Bundeskrieges, an welchem Preußen und Österreich mit ihrer gesamten Streitmacht teilnehmen sollten, die den Oberfeldherrn betreffenden Artikel der Bundeskriegsverfassung zu suspendieren und dessen Wahl der Vereinbarung dieser beiden Mächte, vorbehaltlich der Zustimmung der Bundesversammlung, anheimzugeben. Preußen, welchem dieser Konventions-Entwurf zuvor durch Bayern mitgeteilt worden war, erklärte sich in ablehnendem Sinne gegen denselben, indem es, offenbar die geheimen Pläne der Mittelstaaten durchschauend, ihn in militärischer Beziehung als nicht zweckentsprechend bezeichnete und auf die mit einer solchen Organisation verbundenen Gefahren hinwies, welche in kritischen Momenten leicht zu einer Desorganisation führen könnten *). Der Wunsch der Mittelstaaten, zu einer Überein-

---

*) Deutlicher sprach sich das Berliner Kabinett in der vertraulichen Instruktion aus, welche es unterm 21. April 1861 bezüglich jenes Konventions-Entwurfs an seine bei den betreffenden Staaten beglaubigten Gesandten richtete. Es heißt daselbst u. a.: „Es liegt uns die Annahme ferne, daß das Ergebnis ihrer (d. i. der bayerischen Regierung) Verhandlungen uns in die Notwendigkeit versetzen könnte, Widerspruch dagegen zu erheben. Denn dies könnte nur dann der Fall sein, wenn es zur Verabredung von Vorkehrungen kommen sollte, welche die militärische Aktion anderer Bundeskontingente und ihren natürlichen militärischen Zusammenhang nach irgendeiner Seite lähmen oder gar die Bewegungen unserer Armee im entscheidenden Momente stören oder hindern, und dadurch das wichtigste, von uns mit so großer eigener Kraftanstrengung und Hingebung erstrebte Ziel gefährden müssen, rasch und wirksam mit

kunft auf diesem Gebiete zu gelangen, war lebhaft genug, um ihre militärischen Vertreter auch 1861 wieder in Würzburg zusammentreten und während der Monate Mai und Juni beratend tagen zu sehen. Eine bemerkenswerte Folie für ihre Bestrebungen bildete der vereinbarte Antrag, daß, falls Preußen und Österreich mit ihren außerdeutschen Streitkräften einträten oder wegen der Wahl des obersten Feldherrn sich nicht zu einigen vermöchten, für die Bundes-Armeecorps Nr. VII bis X ein gemeinschaftlicher Oberbefehlshaber zu ernennen, welchem eventuell die schleunige Konzentrierung der betreffenden Kontingente obliegen sollte.

Hatte auch Hannover, bei dessen leitenden Kreisen in jener Zeit, wie noch weiter unten zu erwähnen, eine wachsende Mißstimmung wider Preußen Platz griff, jenen militärischen Bestrebungen der Mittelstaaten sich angeschlossen, so sollte es hierbei doch insofern die Besonnenheit walten lassen, daß es sich ausdrücklich vorbehielt, mit Rücksicht auf seine geographische Lage in der preußischen Machtsphäre im Kriegsfalle eventuell von der Beteiligung am Kampfe entbunden zu sein. Der König Georg erklärte seine volle Übereinstimmung mit diesem Vorbehalte, indem er denselben als eine „Eingebung des heiligen Geistes" charakterisierte.

Indessen sollte auch diesen Bestrebungen der Mittelstaaten das Schicksal aller Reformanläufe im Alten Bunde zuteil werden und ihr Ende ein fruchtloser Verlauf sein, um nur wenige Jahre später die deutsche Frage durch das Schwert ihre Lösung finden zu sehen.

Wie schon oben angedeutet, war die damalige Stimmung in den leitenden Kreisen Hannovers eine Preußen nichts weniger als sympathische. Das vonseiten des letzteren Staates seit dem Regierungsantritte des Prinz-Regenten mehr und mehr hervortretende Bestreben einer Lösung der deutschen Frage im Sinne einer preußischen Suprematie rief insbesondere in den hannoverschen Hof- und Regierungskreisen eine sich fortgesetzt vertiefende Mißstimmung hervor, welche, mit den Anschauungen des Königs im Einklange, immer offener zum Ausdrucke gelangte. Zwar

---

unserer Gesamtmacht zur Verteidigung Deutschlands auftreten zu können. Wir wiederholen aber, daß uns eine vertragsmäßige Festsetzung solcher Vorkehrungen mit der Umsicht und dem patriotischen Sinne der verhandelnden Bundes-Regierungen ganz unvereinbar und deshalb unmöglich erscheint."

erfreute sich Preußen auch in den weiteren Kreisen des hannoverschen Volkes keiner großen Sympathieen; indessen war aber doch nicht jene zum Preußenhasse ausartende Animosität vorhanden, wie es in so manchen anderen deutschen Staaten der Fall. An behäbigere Formen gewöhnt, konnte der Hannoveraner dem kurzen, strammen preußischen Wesen keinen Geschmack abgewinnen und fühlte sich daher von dem spezifischen Preußentume mehr abgestoßen, als angezogen. Aber trotzdem sollte sich im Lande eine Strömung Bahn brechen, welche eine Neugestaltung Deutschlands unter preußischer Führung als das Ziel ihrer Bestrebungen aufstellte. Es war der deutsche Nationalverein, welchen der Führer der Opposition in der hannoverschen zweiten Kammer, Rudolf v. Bennigsen in Verbindung mit seinen Freunden im September 1859 gründete und dessen Leitung er übernommen hatte. War auch in Hannover der Gedanke eines unter preußischer Führung geeinigten Deutschlands nicht populär, so gewann dennoch der Nationalverein dort insofern zahlreiche Freunde, weil v. Bennigsen, in weiten Kreisen als der unerschrockene Vorkämpfer gegen das allgemein mißliebige Ministerium Borries verehrt, an dessen Spitze stand. Indem der eben genannte Minister in Rudolf v. Bennigsen ohnehin mit Leidenschaftlichkeit seinen begabtesten parlamentarischen Gegner bekämpfte, verfolgte er zugleich den sowohl wegen seiner preußischen Tendenzen, wie mit Rücksicht auf dessen Präsidenten ihm verhaßten Verein mit um so größerem Eifer, der sich oft in kleinlichen polizeilichen Chikanen gefiel, die nur die Gemüter erbitterten, ohne den erhofften Erfolg zu haben. Je mehr aber der Minister den hauptsächlich aus den Elementen der Oppositionspartei sich ergänzenden Nationalverein verfolgte, desto lebhafter wurden dessen Agitationen. Je länger der Nationalverein thätig war und je öfter er auf die Notwendigkeit der Schaffung einer deutschen Zentralgewalt in Preußens Händen hinwies, desto mehr wuchs anderseits in den hannoverschen Hof- und Regierungskreisen das Mißtrauen und die Antipathie gegen jene Macht. Außerordentliches Aufsehen erregte es, als der Minister v. Borries am 1. Mai 1860 vor der zweiten Kammer des Landtags anläßlich einer die polizeilichen Verfolgungen des Nationalvereins betreffenden Petition des Harburger Magistrats die Erklärung abgab, daß die von jenem Verein befürwortete preußische Zentralgewalt eine Mediatisierung der deutschen Fürsten bedinge, zu deren Verhinderung dieselben unter einander

oder selbst mit auswärtigen Mächten sich verbinden müßten, die sehr zufrieden sein würden, die Hand in Deutschlands Angelegenheiten zu bekommen. Nicht nur bei der hannoverschen Oppositionspartei rief diese Erklärung lebhafte Entrüstung hervor, sondern auch in weiteren, preußischen Tendenzen nicht huldigenden Kreisen Deutschlands wurde sie verurteilt *).

Hannovers Beziehungen zu Preußen ließen unter diesen Umständen schon in jenen Jahren viel zu wünschen übrig. Die in den maßgebenden Kreisen Hannovers bestehende Antipathie gegen das Nachbarreich machte sich bei verschiedenen Anlässen geltend. So sollte die aus dem Schoße der deutschen Nation ihre Anregung empfangende Flottenfrage neuerdings hierfür Zeugnis ablegen. Das Projekt, zur Küstenverteidigung der außerpreußischen Küstenstaaten in der Nord- und Ostsee eine Kanonenboot-Flottille zu errichten, ließ 1861 das hannoversche Kabinett den Gedanken ventilieren, zwanzig dergleichen Fahrzeuge für die Nordsee zu bauen und Hamburg sowie Bremen zu einem gemeinschaftlichen Vorgehen in dieser Richtung einzuladen. Zugleich beantragte Hannover am 31. Oktober dieses Jahres bei der Bundesversammlung die Übernahme und Erhaltung jener Flottille auf Bundeskosten und ihre Stellung unter die Kontrolle des Bundes. Eine einheitliche Leitung der Küstenverteidigungsanstalten durch das vermöge seiner geographischen Lage und Machtstellung hierzu berufene Preußen glaubte Hannover als ausgeschlossen betrachten zu müssen. Während Hamburg und Bremen erklärten, einer deutschen Flotte unter Preußens Leitung den Vorzug zu geben, untersagte Hannover die Veranstaltung von Sammlungen für eine maritime Entwickelung in jenem Sinne. Das Berliner Kabinett wahrte seine Stellung in dieser Frage, indem es am 14. November 1861 in Frankfurt gegen

*) Ist man auch von anderer Seite bemüht gewesen, diese Expektorationen des Ministers v. Borries mit seiner mangelhaften Rednergabe und seiner ihn oft zu unbesonnenen Äußerungen hinreißenden Leidenschaftlichkeit entschuldigen zu wollen, so überstieg doch jene Erklärung vor dem Landtage weitaus die Grenzen des Erlaubten und der Klugheit. Wenn aber die Gegner des Ministers seine Erhebung in den Grafenstand, welche am folgenden 5. Juni gelegentlich der Grundsteinlegung des König Ernst August-Denkmals stattfand, geradezu als eine Anerkennung seines Monarchen für jenes Auftreten in der zweiten Kammer betrachten zu müssen meinten, so ist dies eine der inneren Berechtigung entbehrende Anschauung, denn die Absicht der in Rede stehenden Rangerhöhung datierte schon aus früherer Zeit.

den hannoverschen Flottenantrag sich erklärte und mit Rücksicht auf Preußens geographische Lage entschieden die Leitung der Küstenverteidigungsanstalten für sich in Anspruch nahm. Unter diesen Verhältnissen gelangte das angeregte Projekt zu keiner praktischen Gestaltung und hatte nur zur Folge, der zwischen Preußen und Hannover bestehenden Verstimmung neue Nahrung zu geben.

Auch auf anderen Gebieten suchte die hannoversche Regierung nach Thunlichkeit Preußen Schwierigkeiten zu bereiten. So lehnte es Hannover ab, daß Preußen den projektierten Schienenweg Buke-Kreiensen über die hannoversche Südbahn führen durfte. Das gleiche Schicksal hatte der preußische Plan, von Minden eine Eisenbahnverbindung durch Hannover nach dem Jahdebusen zu bauen. Selbst die von Preußen ausschließlich im Verkehrsinteresse gewünschte Vermehrung seiner die Ost- und Westprovinzen verbindenden Telegraphendrähte auf hannoverschem Gebiete wurde von der Regierung des letzteren Landes abgelehnt. In dieser widerwilligen Haltung gegen den mächtigen Nachbarstaat gefiel sich die hannoversche Politik, und die natürliche Folge davon war die wachsende Erkaltung der Beziehungen zwischen den Höfen von Berlin und Hannover.

Indessen sollten die Tage des Ministeriums Borries gezählt sein, als anläßlich der Konfirmation des Kronprinzen am 14. April 1862 die von der orthodoxen Geistlichkeit schon längst angestrebte Einführung des kleinen lutherischen Katechismus mittelst königlicher Verordnung der Landeskirche octroyiert wurde. Die öffentliche Meinung des Landes reagierte jedoch gegen diesen Akt in solcher Einmütigkeit, daß der König sich bewogen fand, am folgenden 19. August die zwangsweise Einführung jenes Katechismus zu widerrufen. Zwei Tage später entließ er auch den Minister Grafen Borries, dessen mehr und mehr sich geltend machendes Selbständigkeitsgefühl ihm unbequem geworden zu sein schien. Die hiermit eingetretene Ministerkrisis sollte nicht sobald ihren Abschluß finden. Erst am 10. Dezember 1862 wurde ein neues Ministerium von gemäßigt liberaler Richtung endgültig konstituiert. Von den bisherigen Mitgliedern des Kabinetts behielten der Minister der auswärtigen Angelegenheiten, Graf Platen, und der Kriegs-Minister Freiherr v. Brandis ihre Portefeuilles, während im übrigen zu Ministern ernannt wurden: Freiherr v. Hammerstein (Inneres), Windthorst (Justiz),

Erxleben (Finanzen), Lichtenberg (Kultus) und v. Malortie (Haus-Minister).

Als Hannover zum Schauplatz dieser Vorgänge wurde, war die deutsche Bundesreform-Frage unterdessen fortgesetzt der Gegenstand des öffentlichen Interesses geblieben, und immer wieder tauchte sie aus dem Schoße des Volkes auf, dem das Ideal einer Einigung Deutschlands vorschwebte. Unterm 15. Oktober 1861 brachte das Königreich Sachsen in Frankfurt ein Bundesreform-Projekt zur Vorlage, welches mit gleichzeitiger Einführung eines Parlaments den Vorsitz der zweimal im Jahre tagenden Bundesversammlung alternierend zwischen Österreich und Preußen in Aussicht nahm, während für die Zwischenzeit eine durch jene beiden Mächte und einen dritten deutschen Fürsten auszuübende Bundesexekutiv-Gewalt zur Einsetzung gelangen sollte. Indessen lehnte Österreich unterm 5. November desselben Jahres jenes Projekt ab, da es noch nicht die Zeit für gekommen erachtete, um zugunsten des dualistischen Prinzips seiner Stellung als erste deutsche Macht zu entsagen. Auch Preußen vermochte sich für jenen Vorschlag nicht zu erwärmen, da es in demselben eine wesentliche Verbesserung nicht erblickte und ihn wegen der nicht zu erhoffenden Einhelligkeit sämtlicher Bundesglieder als unausführbar bezeichnete. Der hierbei von Preußen ventilierte Gedanke der Gründung eines engeren Bundesstaates innerhalb des weiteren deutschen Staatenbundes begegnete durch die identische Note vom 2. Februar 1862 dem Proteste von Österreich, Bayern, Württemberg, Sachsen, Hannover (dieses hierbei in Übereinstimmung mit beiden Kammern seines Landtages), Hessen-Darmstadt und Nassau, indem diese Staaten zugleich erklärten, daß nur die organische Entwickelung der ganz Deutschland umfassenden Bundesverfassung die Grundlage einer mit einer Delegierten-Versammlung in Verbindung zu bringenden Reform werden dürfte und daß man Preußens Mitwirkung bei diesbezüglichen Beratungen freudig begrüßen würde. Das Berliner Kabinett lehnte jedoch die weitere Verfolgung seines oben erwähnten Projekts sowohl wie die Erörterung von Gegenvorschlägen jener Staaten ab.

Zur Quelle tiefgehender Divergenzen sollte der Handelsvertrag werden, welchen Preußen namens des Zollvereins und vorbehaltlich dessen Zustimmung mit Frankreich am 29. März 1862 paraphierte und nach beinahe einstimmiger Genehmigung seines Landtages am 2. August

des nämlichen Jahres unterzeichnete. Österreich, das seit 1853 nur im Verhältnisse eines Handelsvertrags zum Zollvereine stand, erklärte in seiner Depesche vom 7. Mai 1862 jenes Abkommen mit Frankreich für ein politisches Ereignis, welches sowohl in Anbetracht seiner selbst, wie wegen der allgemeinen Verhältnisse Deutschlands die ernstlichsten Bedenken hervorzurufen geeignet sei. Die Depesche führte des weiteren aus, daß Österreich durch das jenem Vertrage zugrunde liegende Freihandelssystem in handelspolitischer Beziehung von Deutschland losgelöst würde und daß es, im Falle der Annahme des Traktats durch den Zollverein, darin eine Störung und Hintansetzung des zwischen ihm und diesem bestehenden Vertrages von 1853 erblicken müsse. Nachdem Preußen unterm 28. Mai jene Einwürfe mit dem Bedeuten zurückgewiesen hatte, daß Österreich der Befugnis entbehre, gegen Handelsverträge des Zollvereins Einspruch zu erheben, beantragte das Wiener Kabinett am 10. Juni bei den deutschen Regierungen den Eintritt seiner Länder in den Zollverein auf Grundlage des Tarifs von 1853, vorbehaltlich angemessener Modifikationen und dementsprechender Abänderungen des französischen Handelsvertrags. Indessen lehnte Preußen Österreichs Eintritt in den Zollverein auf Grund des angezogenen, weil längst überlebten Tarifs ab. Als Österreich darauf am 26. Juli 1862 das ihm vertragsmäßig zustehende Recht für sich in Anspruch nahm, Unterhandlungen wegen einer Zolleinigung zu eröffnen, erklärte Preußen unterm 6. August, den Zeitpunkt hierfür erst dann gekommen, wenn der französische Handelsvertrag durch die Zollvereinsstaaten angenommen sein würde. Dieser Moment schien damals noch in ziemlicher Ferne zu liegen, da zunächst nur Oldenburg und Koburg-Gotha in Sachen jenes Handelsvertrages entschieden auf Preußens Seite getreten waren, während Sachsen und Baden eine vermittelnde Haltung beobachteten, die übrigen Staaten dagegen, unter ihnen auch Hannover, sich ablehnend verhielten. Unbeirrt inmitten dieser handelspolitischen Wirren erklärte Preußen, die Ablehnung des französischen Handelsvertrags als eine Auflösung des bisherigen Zollvereins betrachten zu müssen. Indessen machte sich für die dissentierenden deutschen Regierungen das wirkliche Interesse ihrer Staaten stärker geltend, als die Sympathieen für Österreich. Das Jahr 1864 sah daher einen um den anderen dieser Staaten dem auf der Basis des französischen Traktats erneuten Zollvereine beitreten, wogegen Österreich auf dem am 11. April

1865 erfolgenden Abschluß eines Handelsvertrags mit dem Zollvereine beschränkt blieb.

Während also Österreichs und Preußens Interessen innerhalb Deutschland nach verschiedenen Richtungen zu kollidieren pflegten, sollte die kurhessische Frage vorübergehend das Schauspiel eines gemeinsamen Vorgehens beider Mächte bieten. Nachdem die unterm 30. Mai 1860 octroyierte Verfassung in Kurhessen zu neuen, das Land aufregenden Differenzen zwischen der Regierung und dem die Konstitution von 1831 fordernden Volke Anlaß gegeben, stellten angesichts dieser fortwährenden Beunruhigungen Österreich und Preußen am 8. März 1862 den gemeinschaftlichen Antrag beim Bunde, zur Herstellung eines gesicherten Rechtszustandes die kurfürstliche Regierung zur Wiedereinführung der 1852 außer Wirksamkeit gesetzten Verfassung von 1831 aufzufordern. Als der Kurfürst dieses Ansinnen mit der Anordnung neuer Ständewahlen auf Grund der Verfassung von 1860 beantwortete, stellten die beiden deutschen Großmächte beim Bunde den Antrag auf Sistierung jener Wahlen. Die Entscheidung in dieser Frage zu beschleunigen, entsendete der König von Preußen den General v. Willisen mit einem Handschreiben an den Kurfürsten, welcher jedoch (12. Mai) diesem Gesandten einen höchst beleidigenden Empfang zuteil werden ließ. Am 13. Mai erhob der Bundestag den österreichisch-preußischen Antrag zum Beschlusse; nur Hannover und Mecklenburg stimmten dagegen. Zwei preußische Armeecorps erhielten Marschbereitschaft gegen Hessen. Das in der Person seines Abgesandten beleidigte Preußen forderte am 18. Mai von Kurhessen als Genugthuung die Entlassung des derzeitigen Ministeriums. Nachdem am 24. Mai auch der Bundestag den unterm 8. März gestellten österreichisch-preußischen Antrag zum Beschlusse erhoben, demissionierte das kurhessische Ministerium Vilmar und wurde am 22. Juni die Verfassung von 1831 wieder eingeführt.

Sehen wir hier Preußen bereits mit größerem Selbstbewußtsein auftreten, so sollte sein Bestreben, die wohlbegründete Machtstellung seiner Monarchie in Deutschland gegenüber der von Österreich behaupteten Suprematie zur Geltung zu bringen, nur um so offener zutage treten, seitdem König Wilhelm am 24. September 1862 den bisherigen Gesandten am Pariser Hofe, v. Bismarck-Schönhausen, in das Staatsministerium berief und ihn am folgenden 9. Oktober mit dem Präsidium

des letzteren und dem Portefeuille des Auswärtigen Amtes betraute. Erprobt und gestählt in schwerer Prüfung des Lebens, schmückten ihn des Mannes höchste Tugenden, Selbstlosigkeit und Energie. Edles Selbstbewußtsein, nicht hinfällige Eitelkeit und schnöde Selbstsucht, sowie unerschütterliches Pflichtgefühl vereinigten sich in ihm mit scharfem, durchdringendem Geiste und hoher Willenskraft. Vor seinem Monarchen sowohl wie vor der Öffentlichkeit mit Freimut und Unerschrockenheit seine Meinung vertretend, diente er im wahrsten Sinne des Wortes nur seinem Könige und dem Vaterlande. Für Preußen die ihm gebührende Machtstellung zu erringen und damit die deutsche Frage zur Lösung zu bringen, wurde die Aufgabe, welche des Ministerpräsidenten v. Bismarck harrte. Aus seiner Thätigkeit als Bundestagsgesandter in Frankfurt hatte er zur Genüge die Überzeugung geschöpft, daß eine befriedigende, das Ganze fördernde Lösung der deutschen Frage niemals im Wege freier Vereinbarung der beteiligten Bundesstaaten zu erhoffen sei. Er war sich vollkommen bewußt, daß zunächst Österreichs Suprematie gebrochen und der Kaiserstaat zum Ausscheiden aus dem bisherigen Bundesverhältnisse genötigt werden mußte, bevor eine Einigung Deutschlands zu erzielen war, mit Preußen an der Spitze, als der hierzu ihrem ganzen Wesen nach berechtigten Vormacht. In der Überzeugung, daß große politische Fragen Machtfragen zu sein pflegen, war es für den preußischen Staatsmann ebenso zweifellos, die deutsche Frage nur durch den Kampf und auf dem Schlachtfelde ihre Lösung finden zu sehen. Das Werkzeug zum Kampfe war aber die preußische Armee, das eigenste Werk ihres Königs Wilhelm, getragen von Intelligenz, musterhafter Schulung und bewundernswerter Schlagfertigkeit, ein Werkzeug scharf und schneidig, welches der preußischen Staatskunst zur Basis diente und sie in die Lage setzte, eine ebenso selbstbewußte wie energische Politik zu bethätigen, von welcher schon die nächsten Jahre Zeugnis ablegen sollten.

Europas damalige politische Konstellation erwies sich den Plänen Preußens nur günstig und mußte es zum Austrage der deutschen Frage ermuntern.

Rußland, durch den Krim-Krieg tief erschöpft, war unter dem Scepter seines hochsinnigen Kaisers Alexander II. in der Sammlung begriffen. Wenn auch dieser Umstand und die schon damals in Polen

zutage tretenden Symptome des 1863 ausbrechenden Aufstandes Rußland in seiner äußeren Politik zu einer reservierten Haltung mahnten, so war es doch dem der Blutsverwandtschaft entsprungenen, engen Freundschaftsbunde des Königs Wilhelm und des Kaisers Alexander, sowie der unbefangenen Auffassung des letzteren zu danken, entgegen den überkommenen Traditionen des Petersburger Kabinetts, die Lösung der deutschen Frage im Sinne der preußischen Hegemonie dort nicht perhorresziert zu sehen, um so weniger, nachdem Österreich durch die Mißgriffe seiner Politik von 1854 die Sympathieen Rußlands sich entfremdet und in weiten Kreisen des Zarenreiches der Gegenstand grollender Erinnerung geblieben war. Mochten sich auch die Bahnen der Politik des Kaisers Alexander hinsichtlich der deutschen Frage nicht im Einklange befinden mit den Anschauungen engerer und weiterer russischer Kreise, so wurde er doch nie wankend in seinen Sympathieen für Preußen und begleitete mit Wohlwollen dessen Siegeszüge der folgenden Jahre. Auch Frankreich, durch die abenteuerliche mexikanische Expedition in Anspruch genommen, beobachtete eine reservierte Haltung, wohl von der stillen Hoffnung getragen, beim Ausbruche des Kampfes in Deutschland Preußen unterliegen und damit die Gelegenheit zur Erwerbung des linken Rheinufers geboten zu sehen. Während Englands Interessen von der deutschen Frage nicht direkt berührt wurden, hatte dagegen die längst die apenninische Halbinsel durchwehende Einheitsbewegung seit 1860 zur Bildung des Königreichs Italien geführt, dessen Aspirationen naturgemäß auf die Erwerbung des noch in österreichischem Besitze befindlichen Venetiens sich richteten, so daß dem Wiener Kabinett auch nach dieser Richtung ein neuer, nicht zu unterschätzender Gegner erwachsen war.

Angesichts dieser politischen Konstellation zeigte die Haltung der preußischen Regierung, seitdem der Ministerpräsident v. Bismarck den Vorsitz übernommen, ein wachsendes Selbstbewußtsein und eine früher kaum gekannte Energie. Die Symptome mehrten sich, daß Preußen die deutsche Frage zum Austrage zu bringen entschlossen war. Obwohl die Monarchie, vornehmlich infolge der aus der Armee-Reorganisation resultierenden Differenzen, ein erbitterter parlamentarischer Konflikt durchwogte, trat v. Bismarck dennoch, thatkräftig und entschlossen an die deutsche Frage heran und steuerte unbeirrt ihrer Lösung entgegen. Er inaugurierte seine deutsche Politik durch die Rede, welche er am 29. Sep-

tember 1862 bei Zurücknahme des Budgets für 1863 vor dem Abgeordnetenhause hielt, in welcher er u. a. die bemerkenswerten Äußerungen that: „Nicht auf Preußens Liberalismus sieht Deutschland, sondern auf seine Macht. Bayern, Württemberg und Baden mögen dem Liberalismus huldigen; darum wird ihnen doch keiner Preußens Rolle anweisen. Preußen muß seine Kraft zusammenhalten auf den günstigen Augenblick, der schon einige Mal verpaßt ist. Preußens Grenzen sind zu einem gesunden Staatskörper nicht günstig. Nicht durch Reden und Majoritätsbeschlüsse werden die großen Fragen der Zeit entschieden, — das ist der Fehler von 1848 und 1849 gewesen —, sondern durch Eisen und Blut."

Wurden durch diese Erklärung mit überraschender Offenheit die Ziele der preußischen Politik dargelegt, so sollten schon binnen kurzem die neuerdings in Kurhessen eintretenden Differenzen den Beweis erbringen, mit welcher Energie und welchem Selbstbewußtsein das Berliner Kabinett in Deutschland vorzugehen entschlossen war. Als der Kurfürst von Hessen die nach Einführung der Verfassung von 1831 gewählte Ständeversammlung ungeachtet ihrer versöhnlichen Haltung unter Entlassung des erst im Juni 1862 berufenen Ministeriums (s. S. 64) vertagt hatte, wodurch das Land abermals in Aufregung versetzt wurde, richtete Preußen unterm 24. November 1862 eine drohende Note nach Kassel, in welcher es erklärte, zwischen seinen Provinzen inmitten von Deutschland einen Herd von sich stets erneuernder Aufregung und Unruhe schon in seinem eigenen Interesse nicht fortbestehen lassen zu können, womit die Aufforderung zur Herstellung eines gesicherten Rechtszustandes nach Maßgabe des Bundesbeschlusses vom 29. Mai des nämlichen Jahres verbunden war. Auch Österreich schloß sich hierbei Preußen an, und unter dem Drucke beider Mächte nahm der Kurfürst die Entlassung des Ministeriums zurück und berief die Ständeversammlung wieder ein, ohne daß jedoch ein ersprießliches Zusammenwirken der Regierung mit dem Lande erzielt worden wäre.

Die Verhältnisse in Deutschland gediehen somit zu einer Gestaltung, welche das Bedürfnis nach einer Bundesreform immer dringender werden ließen, wodurch nunmehr auch Österreich bewogen wurde, zu jenem Zwecke mit den Mittelstaaten in Verhandlungen zu treten und dieselben zu einer im Juli 1862 in Wien eröffneten Konferenz einzuladen, an welcher

Preußen sich zu beteiligen jedoch ablehnte. Die Wiener Verhandlungen führten zu dem dürftigen Resultate des unterm 14. August 1862 von Österreich, den Königreichen (außer Preußen), Kurhessen, Hessen-Darmstadt und Nassau gestellten Antrags, die Berufung einer aus den deutschen Volksvertretungen hervorgehenden Delegierten-Versammlung zu prüfen, welcher Gesetzentwürfe über gemeinsame Einrichtungen auf dem Gebiete der Rechtspflege zur Beratung vorzulegen sein sollten. Gegenüber den zutage tretenden Bestrebungen einer Majorisierung am Bunde verwahrte sich Preußen, sekundiert durch Baden, wider jeden in dieser Beziehung nicht mit Einhelligkeit gefaßten Beschluß, indem es zugleich das Gebotene als durchaus ungenügend erklärte. Nachdem das Delegierten-Projekt in der Bundestags-Sitzung am 22. Januar 1863 mit 9 gegen 7 Stimmen abgelehnt worden war, erließ der Ministerpräsident v. Bismarck unterm 24. dieses Monats eine Zirkulardepesche, in welcher der zwischen Österreich und Preußen waltende Antagonismus offen dargelegt und auf die daraus sich ergebenden Konsequenzen hingewiesen wurde. Der preußische Staatsmann erklärte in jener Depesche u. a. unumwunden: „Nach meiner Überzeugung müssen unsere Beziehungen zu Österreich unvermeidlich entweder besser oder schlechter werden. . . . Sollten die früheren intimen Verhältnisse sich nicht wieder anknüpfen und beleben lassen, so würde unter ähnlichen Verhältnissen ein Bündnis Preußens mit einem Gegner Österreichs ebenso wenig ausgeschlossen sein, als im entgegengesetzten Falle eine treue und feste Verbindung beider deutscher Großmächte gegen gemeinschaftliche Feinde. . . .“ Österreich habe die Wahl, seine gegenwärtige antipreußische Politik mit dem Stützpunkte einer mittelstaatlichen Koalition fortzusetzen oder eine ehrliche Verbindung mit Preußen zu suchen. Im Hinblick auf die von Österreich in Anspruch genommene Suprematie bemerkte der preußische Staatsmann in jener Depesche, „wie dasselbe mit Erfolg dahin gestrebt, uns unsere Stellung im Deutschen Bunde zu verleiden und zu erschweren, und uns thatsächlich auf das Bestreben nach anderweiten Anlehnungen hinzuweisen“. Zugleich erklärte der preußische Ministerpräsident die gelegentlich der Reformbestrebungen beim Bunde zutage tretende Absicht einer Majorisierung der Minorität als einen Bruch der Bundesverträge auffassen und den Regierungen, welche durch ihr agressives Vorgehen die Einigkeit im Inneren Deutschlands in Frage stellen, die Sorge für die Beilegung

oder die Verantwortung für die Folgen des von ihnen heraufbeschworenen Konflikts überlassen zu müssen.

Österreich befand sich zu jener Zeit ohnehin bereits in einer sehr gereizten Stimmung gegen das Berliner Kabinett, nachdem der preußische Gesandte am Wiener Hofe, Freiherr v. Werthern, vermöge der von seiner Regierung empfangenen Direktiven dem kaiserlichen Minister des Auswärtigen, Grafen Rechberg, in einer am 4. Dezember 1862 stattfindenden Unterredung Preußens Ansprüche auf eine seiner Bedeutung entsprechende Stellung in Deutschland entwickelte und Österreich zugleich die Verlegung seines Schwerpunktes nach Ofen, als der Osthälfte seiner Monarchie anempfahl, somit also indirekt andeutete, daß das habsburgische Kaiserhaus der Suprematie in Deutschland entsagen möge.

Österreich beantwortete daher die obige preußische Zirkulardepesche unterm 28. Februar in einem ziemlich gereizten Tone und wies die Ausführungen des Berliner Kabinetts zurück, indem es sich auf seine traditionelle und ihm von Rechts wegen gebührende Stellung in Deutschland berief, Preußens Ansprüche dagegen als unbegründet und die Rechte der mitverbündeten Staaten verletzend bezeichnete.

Die Situation in Deutschland gestaltete sich somit fortgesetzt kritischer und die Bundesreform wurde zur brennenden Frage. Nachdem alle Bestrebungen in letzterer Richtung nur zu negativen Resultaten geführt, raffte sich Österreich, der Haltlosigkeit der herrschenden Zustände sich bewußt, zu einem Entschlusse auf und lud plötzlich Anfangs August 1863 die deutschen Fürsten zu einem Kongresse nach Frankfurt am Main, um eine von ihm ohne vorherige Verständigung mit Preußen und den anderen Staaten entworfene Bundesreform-Akte ihrer Beschlußfassung zu unterbreiten. Die jene Einladung begleitende Denkschrift erklärte, daß angesichts der inneren und äußeren Gefahren an die deutschen Fürsten die Aufgabe herantrete, sich rechtzeitig einer haltbaren Stellung zu versichern. „Seit lange sind die Bundesverträge von 1815 und 1820", sagte die Denkschrift, „in ihren Fundamenten erschüttert", und sie gesteht zu, „daß die deutschen Regierungen schon jetzt nicht mehr in einem festen, gegenseitigen Vertragsverhältnisse zusammenstehen, sondern nur noch bis auf weiteres im Vorgefühle naher Katastrophen neben einander fortleben. . . . Dieser Status ist schlechthin chaotisch." Obwohl die österreichische Denkschrift Preußens Mitwirkung für den definitiven Ab=

schluß der Reform als unumgänglich notwendig erklärte, so war doch offenbar der hierbei das Wiener Kabinett leitende Gedanke, durch ein überraschendes Vorgehen die deutschen Fürsten für das Österreichs Suprematie vertretende Bundesreform-Projekt zu gewinnen, sie nur um so fester um sich zu scharen und eine achtunggebietende Liga zu bilden, deren gesamte Streitmacht unter österreichischer Führung gegen Preußen zur Verfügung stand, falls die letztere Macht in ihrer widerstrebenden Haltung beharren und es zum Kampfe kommen lassen sollte.

Preußen lehnte jede Beteiligung an diesem Fürstenkongresse ab, indem der Ministerpräsident v. Bismarck es als nicht der Würde seines Königs entsprechend erklärte, zur Entgegennahme von Vorschlägen in Bundesangelegenheiten nach Frankfurt sich zu begeben, über welche sein Rat zuvor nicht gehört und deren volle Tragweite ihm erst dort eröffnet werden solle.

Am 17. August wurde der Fürsten-Kongreß in Frankfurt eröffnet. Die erst hier zur Vorlage gelangende Reformakte enthielt hinsichtlich des Bundeszweckes Verheißungen ziemlich vager Natur, stellte eine Erweiterung im Gebiete der Gesetzgebung u. s. w. in Aussicht, verzichtete aber auf eine einheitliche Heeresverfassung. An der Spitze des Bundes sollte ein aus fünf Fürsten gebildetes Direktorium stehen, neben ihm ein aus den Bevollmächtigten des engeren Rats der Bundesversammlung hervorgehender Bundesrat. Den Vorsitz im Direktorium und Bundesrat, deren Beschlüsse mit Stimmenmehrheit zu erfolgen hatten, sollte Österreich und in dessen Verhinderung Preußen führen. Ferner war ein durch Delegation aus den Vertretungskörpern der deutschen Staaten zu bildendes Parlament in Aussicht genommen, dessen Beschlüsse durch eine jeweils von Österreich und Preußen gemeinsam zu berufende Fürstenversammlung erwogen, beziehungsweise sanktioniert zu werden hatten. Der Kongreß tagte bis zum 1. September und der in seinen Beratungen geprüfte, aber nicht wesentlich modifizierte Reform-Entwurf wurde mittelst eines Kollektivschreibens der versammelten Fürsten an Preußen übermittelt, das jedoch abermals ablehnend antwortete, indem es erklärte, nur einer Reform die Hand bieten zu können, welche den beiden deutschen Großmächten das Veto mindestens bei Kriegserklärungen sichere, ferner Preußen hinsichtlich des Vorsitzes die Parität mit Österreich einräume und ein aus direkten Wahlen hervorgehendes Parlament konstituiere. Im Auf-

trage der übrigen Regierungen beantwortete Österreich unterm 30. Oktober 1863 jene von Preußen gestellten Forderungen dahin, daß es dieselben als mit dem föderativen Prinzipe unvereinbar erklärte und ein aus direkten Wahlen hervorgehendes Parlament im Hinblick auf 1848 ablehnen zu müssen glaubte.

Mit diesem negativen Resultate, welches den stillen Neigungen des Partikularismus der deutschen Staaten am ehesten entsprach, endeten jene österreichischen Reformbestrebungen, da die Thätigkeit der beiden deutschen Großmächte und des Bundes durch mittlerweile eingetretene Ereignisse nach einer anderen Richtung in Anspruch genommen wurde. Österreichs Vorgehen in der Reformfrage war eine Brüskierung Preußens und als eine nahe liegende Konsequenz wäre es zu erachten gewesen, die Lösung der deutschen Frage nunmehr auf die Spitze des Degens gestellt zu sehen. Obwohl die oben erwähnte österreichische Denkschrift die deutschen Verhältnisse als vollkommen unhaltbar geschildert und eine nahe Katastrophe in Aussicht gestellt hatte, so geschahen dennoch weder von Österreich, noch von seinen deutschen Bundesgenossen Vorbereitungen zu dem drohenden Kampfe, vielmehr sollte schon die nächste Zeit unter dem Zusammenwirken besonderer Umstände die beiden einander widerstrebenden Großmächte zu gemeinsamem Handeln die Hände sich reichen sehen.

Was Hannovers Haltung jenem österreichischen Reformprojekte gegenüber anbetrifft, so hatte auch der König Georg, wie kaum anders möglich, der Einladung des Kaisers Franz Joseph nach Frankfurt Folge geleistet, ohne jedoch mit der dort zur Vorlage gelangenden Reformakte zu sympathisieren, und wie so manchem anderen deutschen Fürsten entsprach es wohl ganz seinen Wünschen, auch diese Bestrebungen, Dank der ablehnenden Haltung Preußens, erfolglos verlaufen und den Machtbefugnissen seiner Souveränität keinen Abbruch gethan zu sehen.

Schon geraume Zeit vor Zusammentritt des Fürstenkongresses war durch das rücksichtslose Vorgehen Dänemarks der Keim zu einem Konflikte gelegt worden, welcher für Preußen und Österreich sowohl wie für den Deutschen Bund der Gegenstand ernster Erwägungen werden sollte. Nachdem die 1850 vom Deutschen Bunde vollzogene Pacifikation die Herzogtümer Schleswig und Holstein nebst Lauenburg wieder an Dänemark ausgeliefert hatte, erklärte das letztere durch die königliche

Bekanntmachung vom 30. März 1863, ohne die Zustimmung der Stände eingeholt zu haben, Holstein und Lauenburg aus der bisherigen Gemeinsamkeit mit den übrigen Teilen der Monarchie ausgeschieden und damit zugleich die durch alte Rechte verbriefte Realunion jener Herzogtümer mit Schleswig für aufgehoben. Nachdem Österreich und Preußen, als die Garanten des die Verhältnisse dieser Länder regelnden Londoner Protokolls von 1852, gegen jenen Akt protestiert hatten, beschloß auch der Deutsche Bund am 9. Juli die Aufforderung an Dänemark, jene Verordnung zurückzuziehen, was jedoch das Kopenhagener Kabinett am 27. August ablehnte, indem es erklärte, in jenem Akte eine Verletzung des Bundesrechts nicht erblicken zu können. Infolge dieser negierenden Haltung beschloß der Bundestag am 1. Oktober die Einleitung des Exekutionsverfahrens gegen Dänemark und beauftragte mit dessen Ausführung Österreich, Preußen, Hannover und Sachsen. Die Frage der Elbherzogtümer sollte sich noch schwieriger gestalten, als am 15. November 1863 der König von Dänemark, Friedrich VII., ohne Leibeserben starb und ihm in Gemäßheit des Londoner Protokolls Prinz Christian von Schleswig-Holstein-Sonderburg-Glücksburg in der Regierung folgte. Erbprinz Friedrich von Augustenburg protestierte jedoch dagegen, indem er die Erbfolge in den Elbherzogtümern für sich in Anspruch nahm und durch das Patent vom 16. November 1863 seinen Regierungsantritt erklärte. Schon am 18. November vollzog König Christian das neue, Schleswigs Einverleibung besiegelnde Grundgesetz für die dänische Monarchie. Während Deutschland eine lebhafte, die Befreiung der Herzogtümer vom Dänenjoche erstrebende Bewegung durchzog, rüstete der Bund zum Vollzuge der Exekution, um speziell durch die Besitznahme von Holstein und Lauenburg Dänemark zur Erfüllung seiner Verpflichtungen anzuhalten, nachdem Österreichs und Preußens Antrage zufolge mit Rücksicht auf das Londoner Protokoll die Successionsfrage für jene beiden Herzogtümer als eine vorläufig offene erklärt worden war.

Im Dezember 1863 sammelten sich die zur Exekution aufgebotenen Truppen der oben genannten vier Staaten in der Stärke von 22000 Mann unter dem Oberbefehle des königlich sächsischen General-Lieutenants v. Hake gegen die Grenzen von Holstein und Lauenburg:

die sächsische Brigade unter General-Major v. Schimpff, 6 Bataillone, 6 Eskadronen, 3 Batterieen (16 Geschütze) und 1 Pionnier-Compagnie bei Boizenburg;

die hannoversche Brigade, deren Kommando der General-Lieutenant Gebser führte, in der Stärke von 6 Bataillonen, 6 Eskadronen, 3 Batterieen (16 Geschützen) und 1 Pionnier-Compagnie bei Harburg, Winsen und Hohnstorf;

die preußische Brigade unter General-Major v. Canitz mit 6 Bataillonen, 4 Eskadronen, 1 Pionnier-Abteilung und 2 Batterieen (14 Geschützen) bei Hagenow und Wittenburg;

die österreichische Brigade in einer Stärke von 5 Bataillonen, 1 Batterie (8 Geschützen) und 1/2 Genie-Compagnie unter General-Major Grafen Gondrecourt in und bei Hamburg.

Die sächsische und hannoversche Brigade erhielten die Bestimmung, das Gros de Bataille, die preußische und österreichische aber die Reserve zu bilden.

Am 23. Dezember überschritten die um Boizenburg konzentrierten sächsischen Truppen, welchen das hannoversche Dragoner-Regiment Herzog von Cambridge zugeteilt war, bei Büchen die holsteinische Grenze. Die Dänen zogen sich ohne Kampf langsam nordwärts zurück. Am 25. verlegte General v. Hake sein Hauptquartier nach Altona. Die hannoversche Brigade rückte aus ihren Kantonnements bei Harburg vom nämlichen Tage ab gleichfalls auf holsteinisches Gebiet, um in Altona und Umgegend Quartiere zu beziehen; je ein Bataillon wurde nach Wandsbeck und Pinneberg detachiert. Die preußische Brigade traf am 27. Dezember in Lübeck ein, während die österreichische in Hamburg verblieb.

Die sächsische Brigade setzte den Vormarsch in nördlicher Richtung über Neumünster gegen Rendsburg fort, indem sie zugleich 1 Bataillon und 2 hannoversche Eskadronen Cambridge-Dragoner nach Kiel entsendete, welche diesen Punkt am 29. besetzten. Den 31. Dezember zogen die sächsischen Truppen in Rendsburg ein; die Dänen räumten diese Festung ohne Widerstand, mit Ausnahme des am nördlichen Eider-Ufer gelegenen Kronwerks und der dortigen zu Holstein gehörigen sechs Dörfer, welche sie trotz ergehender Aufforderung nicht verließen. Von der sächsischen

Brigade blieben 3 Bataillone, 2 Fußbatterieen und die Pioniere als Besatzung in Rendsburg; 2 Bataillone und die reitende Batterie wurden rückwärts nach Jewerstedt und Umgegend zur Sicherung des dortigen Defilés verlegt. Die sächsischen 6 Eskadronen beobachteten die Eider auf= und abwärts von Rendsburg, indem sie ostwärts an den von den hannoverschen Cambridge=Dragonern gebildeten Kordon Anschluß nahmen. Kiel blieb durch ein sächsisches Bataillon besetzt. Zur Bewachung des Brückenkopfes von Friedrichstadt wurde am 2. Januar 1864 von der sächsischen Brigade eine Kolonne (2 Bataillone, 2 Eskadronen und die reitende Batterie) aus der Gegend von Rendsburg dahin in Marsch gesetzt, welche am 4. in Lunden und St. Annen eintrafen, jenes Befestigungswerk aber bereits gesprengt und das linke Eider=Ufer von den Dänen geräumt fanden. Unter Belassung einer Eskadron in Heide*) trat das Detachement am 6. Januar den Rückmarsch an und erreichte am 8. Hohenwestedt. Mit dem 10. Januar wurden aus der sächsischen Brigade zwei gemischte Detachements formiert, und trat damit folgende Dislokation in Kraft: 2 Bataillone, 1 Batterie und die Pioniere in Rendsburg mit 5 sächsischen und 3 hannoverschen Eskadronen (Cambridge), welche die Eider beobachteten; ferner 2 Bataillone, 1 Eskadron und 2 Batterieen in Jeverstedt, Nortorf und Umgegend. Kiel und Neumünster blieben durch je 1 Bataillon besetzt.

Die hannoversche Brigade war unterdessen in den Tagen vom 29. Dezember bis 1. Januar zur Occupation von Westholstein geschritten, indem sie außer Altona Glückstadt, Itzehoe, Meldorf und Bramstedt besetzte und demnächst Detachements nach Heide und Lunden entsendete.

Die bestellten Bundes=Kommissare, der sächsische Geheime Rat v. Könneritz und der hannoversche Geheime Rat Nieper, übernahmen im Namen des Bundes die Verwaltung der Herzogtümer Holstein und Lauenburg und setzten am 9. Januar 1864 eine herzogliche Landesregierung ein, zu deren Sitz Kiel bestimmt wurde. Der Erbprinz von Augustenburg, welchen eine am 27. Dezember in Elmshorn stattfindende Massenversammlung holsteinischer Patrioten als Herzog von Schleswig-Holstein ausrief, hatte sich gleichfalls nach Kiel begeben und erließ

*) Später abgelöst durch eine hannoversche Eskadron Kronprinz=Dragoner.

am 30. Dezember eine Proklamation an das Land, in welcher er die Bundesexekution für gegenstandslos erklärte, das Volk jedoch zur Achtung vor der im Namen des Bundes thatsächlich ausgeübten Gewalt ermahnte.

Am 28. Dezember 1863 stellten Österreich und Preußen bei der Bundesversammlung den gemeinsamen Antrag, Dänemark zur Rücknahme der Verfassung vom 18. November aufzufordern und im Falle der Weigerung zur pfandweisen Besitznahme von Schleswig zu schreiten. Als der Bund in der Sitzung am 14. Januar 1864 dieses Begehren ablehnte (in welchem Sinne auch Hannover stimmte), erklärten die beiden Großmächte, die Geltendmachung der Rechte Deutschlands in ihre Hand zu nehmen. In einen starren, unfruchtbaren Doktrinarismus versunken, verfiel hier der Bund in den großen politischen Fehler, von Österreich und Preußen sich zu trennen, anstatt ihnen über die Eider zu folgen und damit die Anwartschaft auf die Mitwirkung bei der späteren Entscheidung über das Schicksal der Elbherzogtümer sich zu sichern. Ungleich richtiger handelte Österreich, wenn es ungeachtet der vorausgegangenen Differenzen hier Preußen die Hand zum Bunde gegen Dänemark reichte, nicht nur als Garant des Londoner Protokolls, sondern zugleich, für den Standpunkt des Wiener Kabinetts vollkommen richtig, um sich als Bleigewicht an die Fersen des aufstrebenden Preußen zu heften, das aus seinem Entschlusse, die schleswig-holsteinische Frage mit Waffengewalt zur Lösung zu bringen, keinen Hehl machte. Nicht mit Unrecht durfte Österreich der Hoffnung Raum geben, im gemeinsamen Handeln dem kühnen Auffluge der preußischen Politik und seinen allenfallsigen an die Elbherzogtümer sich knüpfenden Aspirationen mehr Hemmnisse bereiten zu können, als in einer auf den Bundesstandpunkt sich beschränkenden Haltung, wodurch Preußen nicht verhindert worden sein würde, selbständig die schwebende Streitfrage auf die Spitze des Degens zu stellen und mit dem Einmarsch in Schleswig allein den Kampf gegen Dänemark aufzunehmen.

Mit Eifer rüsteten Preußen und Österreich zu dem in Aussicht stehenden Kampfe und weitere erhebliche Streitkräfte wurden gegen Norden in Marsch gesetzt. Am 19. Januar 1864 überbrachte der preußische Major vom Generalstabe, v. Bonin, dem in Holstein kommandierenden Bundesgeneral v. Hake ein Schreiben des preußischen Kriegsministers

v. Roon, welches die Anzeige enthielt, daß die um Wittenberge und Minden zusammengezogenen preußischen Truppen (6. und 13. Division) am 21. Januar bei Boitzenburg, beziehungsweise Hamburg die holsteinische Grenze überschreiten würden, während die neuerdings aus ihrer Heimat aufgebotenen österreichischen Truppen am 25. Januar in Hamburg eintreffen sollten. Es war hiermit die Anzeige verbunden, daß der preußische General=Feldmarschall v. Wrangel am 20. Januar den Oberbefehl über sämtliche alliierte Truppen in den Herzogtümern übernehmen würde, womit zugleich die bisher für die Bundesexekution in Holstein aufgebotene preußische Brigade Canitz und die österreichische Brigade Gondrecourt unter dessen Kommando zu treten hätten. Dem General v. Hake wurde durch jenes Schreiben anheimgegeben, mit den sächsischen und hannoverschen Truppen sich ebenfalls dem General=Feldmarschall v. Wrangel unterzuordnen und an den gemeinsamen Operationen teilzunehmen, mit der Versicherung, daß dies den Intentionen der preußischen Regierung sehr erwünscht sein würde. Falls General v. Hake in dieser Beziehung noch keine Direktiven empfangen, so wurde er ersucht, von seinen Maßnahmen und der Dislokation seiner Truppen dem preußischen Höchstkommandierenden Kenntnis zu geben, um Kollisionen jeder Art vermeiden zu können.

General v. Hake beantwortete noch am nämlichen Tage jenes Schreiben an das preußische Kriegsministerium dahin, daß er nur von der Bundesversammlung Weisungen zu empfangen habe und nicht autorisiert sei, mit den sächsischen und hannoverschen Truppen sich an den Operationen zu beteiligen, so sehr dies auch seinen Wünschen entsprechen würde. Hinsichtlich der Abberufung der Brigaden Canitz und Gondrecourt müsse er die Verantwortung für diese Maßregel, welche er zu verhindern nicht in der Lage sei, von sich zurückweisen. Er werde sofort nach Frankfurt Bericht erstatten, habe aber bereits, in der Erwartung neuer Instruktionen von der Bundesversammlung, die Räumung des östlichen Holsteins vom 22. Januar ab mit der Maßgabe angeordnet, daß die Linie Altona=Elmshorn=Itzehoe=Hohenwestedt=Rendsburg (mit Einschluß dieser Orte) die östliche Grenze des von den Bundestruppen besetzten Gebiets bilden würde, während deren Kavallerie den Beobachtungsdienst an der Eider entlang bis zum Eintreffen der preußischen und österreichischen Truppen zu versehen hätte. General v. Hake ersuchte schließlich das

preußische Kriegsministerium, dem General=Feldmarschall v. Wrangel von dem Vorstehenden Kenntnis zu geben.

Die Bundesversammlung erhob wegen des Marsches der alliierten Truppen durch Holstein keine Schwierigkeiten. Schon am 20. Januar erhielten die Bundes=Zivil=Kommissare ein Privatschreiben des (österreichischen) Bundes=Präsidial=Gesandten, Freiherrn v. Kübeck, in welcher derselbe die hinsichtlich jener Frage bei der Bundesversammlung herrschende Anschauung andeutete. Am 22. Januar folgte eine offizielle telegraphische Weisung des Freiherrn v. Kübeck, laut welcher die Bundesversammlung gegen das Ausscheiden der Brigaden Canstein und Gondrecourt keinen Einspruch erhob und unter Billigung der bisherigen Haltung des Generals v. Hake denselben anwies, dem Durchmarsch der alliierten Truppen alle thunliche Förderung zu gewähren.

Die hiermit zugleich in Aussicht gestellte schriftliche Instruktion, welche demnächst in die Hände der Bundes=Zivil=Kommissare gelangte und dem General v. Hake zur Kenntnis gebracht wurde, führte aus, daß die Bundesversammlung weder gegen das Vorgehen der deutschen Großmächte wider Schleswig, noch gegen den Marsch von deren Truppen durch Holstein einen Einwand zu erheben habe. Dagegen wurde es als eine unverbrüchliche Bedingung bezeichnet, daß durch jenes Vorgehen weder die von Bundes wegen eingesetzte Regierungsgewalt der Bundeskommission, noch die bisherige Stellung des Generals v. Hake eine Beeinträchtigung erfahren dürfe und daß selbstverständlich die Besetzung Holsteins ausschließlich den Bundestruppen vorbehalten bleiben müsse.

Inzwischen bewirkte die alliierte Armee ihren Aufmarsch gegen die Eider in Holstein, während die sächsischen und hannoverschen Truppen hinter die von dem Bundesgeneral vorgesehene Linie zurückgingen. Die aus Westfalen herangezogene preußische 13. Division wurde durch Hannover mittelst Eisenbahn nach Harburg befördert und rückte über die Elbe in Holstein ein. Nachdem Dänemark die Sommation der deutschen Großmächte zur Rücknahme der Verfassung vom 18. November 1863 abgelehnt, überschritten die alliierten Truppen unter dem Oberkommando des preußischen General=Feldmarschalls v. Wrangel am 1. Februar die Eider und drangen, den dänischen Widerstand brechend, siegreich in Schleswig und später selbst bis Jütland vor.

Mit Wehmut verfolgten die in Holstein zurückbleibenden sächsischen und hannoverschen Truppen den Vormarsch der Alliierten, unzufrieden mit dem Lose, zu dem sie sich durch die Bundespolitik verurteilt sahen. Mit dem 2. Februar ordnete General v. Hake eine engere Dislokation der Bundestruppen an, indem die sächsische Brigade in und bei Rendsburg, die hannoversche dagegen in Itzehoe und Umgegend konzentriert wurde. Das Hauptquartier des Bundesgenerals verblieb in Altona, woselbst auch die Bundeskommission ihren Sitz hatte. In dem am nördlichen Eider-Ufer gelegenen Kronwerk von Rendsburg, welches die Dänen bei Beginn der Feindseligkeiten räumten, ließ das III. Corps der alliierten Armee, dessen Vormarsch in dieser Richtung erfolgte, ein (preußisches) Etappen-Kommando zurück*).

Hatten auch Österreich und Preußen am 18. Januar beim Bunde erklärt, für den Marsch ihrer gegen die Eider vorrückenden Truppen durch Holstein die von den Bundesorganen zur Occupation dieses Landes getroffenen Anordnungen nicht beeinträchtigen zu wollen und hatten sie damit vorläufig auf eine Besetzung der diesbezüglichen Etappenlinien verzichtet, so mußte doch die Sicherung der rückwärtigen Verbindungen der alliierten Armee durch eigene militärische Kräfte als sehr wünschenswert erscheinen. Das Oberkommando der alliierten Armee beschloß daher, zu diesem Zwecke von den nachrückenden Verstärkungen Altona, Neumünster und Kiel durch 4 preußische Bataillone besetzen zu lassen. Mittelst Schreibens vom 9. Februar brachte der General-Feldmarschall v. Wrangel dieses Verlangen zur Kenntnis des Generals v. Hake, welcher jene Zuschrift am 11. in seinem Hauptquartiere zu Altona empfing. Da die den Bundesorganen in Holstein von der Bundesversammlung erteilte

---

*) Als die alliierten Truppen die Eider überschritten, erbot sich der General v. Hake dem Feldmarschall v. Wrangel zur Übernahme der Besetzung des Kronwerks, indem er darauf hinwies, daß es dem letzteren jedenfalls sehr erwünscht sein dürfte, für die bevorstehenden Operationen möglichst viele Truppen zur Verfügung zu haben. Der Feldmarschall lehnte jedoch dieses Anerbieten mit Dank ab, indem er bemerkte, daß er bereits den Auftrag erteilt habe, den Brückenkopf in formidablen Zustand zu versetzen. Mag auch der sächsische General vielleicht geglaubt haben, durch ein derartiges Abkommen in den Besitz des Kronwerks und der zu Holstein gehörigen sechs Dörfer zu gelangen, so ist doch die s. Z. kolportierte Version nicht zutreffend, daß er die Überlieferung jener Territorien von dem Oberkommando der alliierten Armee strikte gefordert haben soll.

Instruktion die Besetzung dieses Landes ausschließlich den Bundestruppen vorbehalten wissen wollte, befanden sich die ersteren nicht in der Lage, dem Ansinnen des Ober-Kommandos der alliierten Armee entsprechen zu können, wovon der General-Feldmarschall v. Wrangel unverzüglich verständigt wurde. Derselbe sagte darauf zwar die Einholung weiterer Entschließungen seiner Regierung zu, erklärte jedoch, bis zu deren Eingange bei seinen schon getroffenen Dispositionen beharren zu müssen. Die Bundeskommissare berichteten darüber schleunigst nach Frankfurt und erbaten vom Bunde Instruktionen, die jedoch nicht eintreffen sollten.

Die fragliche Forderung des Oberkommandos der alliierten Armee rief in den Kreisen der Bundesorgane in Altona eine tief gehende Aufregung hervor. Sowohl der General v. Hake wie die Zivil-Bundeskommissare waren ernstlich entschlossen, dem für den 12. Februar angesagten Einmarsch eines preußischen Bataillons in Altona bewaffneten Widerstand zu leisten. Da die dortige Besatzung nur aus einem hannoverschen Bataillon bestand, wurde das hannoversche Garde-Jägerbataillon von Itzehoe mittelst Bahn herangezogen und langte am frühen Morgen des 12. daselbst an. Endlich traf in der Nacht zum 12. Februar in Altona auf die nach Frankfurt gesandten Hilferufe von dort zwar keine offizielle Weisung der Bundesversammlung, sondern ein Privattelegramm des österreichischen Bundes-Präsidial-Gesandten Freiherrn v. Kübeck ein, welches die Vorlage des von den Zivilkommissaren erstatteten Berichts bei dem Bundestags-Ausschusse für diesen Tag verhieß, mit dem Bemerken, daß Absender zur Erteilung von Instruktionen zwar nicht autorisiert sei, sondern nur die Hoffnung aussprechen könne, Konflikte vermieden zu wissen.

Die Bundesorgane sahen sich somit vor ein peinliches Dilemma gestellt, als am 12. Februar vormittags 9 Uhr von den in Hamburg befindlichen preußischen Truppen das Füsilierbataillon 52. Regiments in Altona einrückte und, da seine dortige Einquartierung verweigert wurde, vor dem Rathause aufmarschierte. Bei den Bundesorganen, die noch immer ohne offizielle Weisung aus Frankfurt waren, griff inzwischen mit Rücksicht auf das Kübecksche Telegramm eine besonnere Anschauung Platz und man gelangte zu dem Entschlusse, sich auf einen Protest zu beschränken, welcher durch einen Offizier dem preußischen Bataillons-Kommandeur mündlich mitgeteilt wurde, mit dem Anheimgeben, seine Truppen

einzuquartieren, was endlich nachmittags 2 Uhr mit dem bis dahin vor dem Rathause haltenden Bataillon geschah.

Am 13. Februar rückte ein weiteres preußisches Bataillon in Altona ein und bezog daselbst Quartiere. Neumünster und Kiel wurden am 14. und 15. Februar von je einem preußischen Bataillon besetzt.

Um für die Eventualität neuer derartiger Differenzen mit Preußen größere Streitkräfte sofort zur Verfügung zu haben, ordnete der General v. Hake am 13. Februar die Konzentrierung der hannoverschen Brigade in der Richtung auf Altona an, was am 14. und 15. zur Ausführung gelangte. Die Truppen bezogen bis auf weiteres Kantonnements in der dortigen Gegend.

Erfolgte auch jene Besetzung der holsteinischen Etappenlinien im abgekürzten Verfahren, was mit Rücksicht auf die Schwerfälligkeit des einem unfruchtbaren Doktrinarismus huldigenden Bundes milder beurteilt zu werden verdient, so war doch die vom Oberkommando der alliierten Armee, beziehungsweise von Preußen gestellte Forderung, diese rückwärtigen Verbindungen durch eigene Truppen zu sichern, eine vom militärischen Standpunkte aus vollkommen gerechtfertigte Maßregel. Da die Bundestruppen dem Oberkommando der alliierten Armee nicht unterstellt waren, so mußte das letztere des unbeschränkten Besitzes der betreffenden Etappenlinien sich versichern, um nicht andernfalls Gefahr zu laufen, etwaigen, die Dispositionen störenden Velleitäten der Landesbehörden und noch mehr der Eisenbahnverwaltung unterworfen zu sein.

In der Bundestags-Sitzung vom 13. Februar erklärten Österreich und Preußen, daß es sich nur um eine Truppenregulierung auf einigen Punkten der Hauptverbindungslinien der Armee handle und sprachen den Wunsch aus, daß der General v. Hake zur Erledigung dieser Frage von der Bundesversammlung mit diesbezüglichen Weisungen versehen werde. Während Hannover von einem Proteste in der Sache Umgang nahm, geschah dies dagegen in der nämlichen Bundestags-Sitzung von Sachsen, welches entsprechende Maßregeln zur Aufrechthaltung der Bundesautorität verlangte und insbesondere beantragte, anderweitige Reserven vom 7. und 8. Bundes-Armeecorps nach Holstein zu ziehen.

Indessen hatte es dabei sein Bewenden. Die von Bundeswegen Ende Januar dem General v. Hake erteilten Direktiven erfuhren keine den Umständen entsprechende Modifikation. Der General blieb angesichts

der veränderten Sachlage ohne Instruktion von Frankfurt und befand sich somit in der nichts weniger als beneidenswerten Lage, auf eigene Verantwortung handeln zu müssen. In diesem Dilemma war es für ihn von außerordentlichem Werte, durch ein Schreiben des sächsischen Kriegs-Ministers vom 16. Februar die Versicherung zu empfangen, daß die sächsische Regierung sein Verhalten in der Altonaer Angelegenheit vollkommen billige, die Vermeidung jedes weiteren Konflikts aber als ratsam erachte, in so lange der derzeitige status quo von Preußen inne gehalten würde. Das Schreiben stellte zugleich in Aussicht, daß die sächsische Regierung sich angelegen sein lassen werde, in Berlin gegen weitere Beschränkungen und Beeinträchtigungen der Bundestruppen Vorstellungen zu machen.

Um die Beweggründe der wegen der holsteinischen Etappenlinien getroffenen Maßregeln darzulegen und dieselben nicht zum Gegenstande irriger Anschauungen werden zu lassen, wurde von Preußen der Generallieutenant Freiherr v. Manteuffel an die Höfe von Hannover und Dresden entsendet und damit die Sache beigelegt.

Hannover bekundete diesen Vorgängen gegenüber eine durchaus besonnene Haltung und war von dem Wunsche geleitet, unliebsame Konflikte mit Preußen vermieden zu sehen. Der König Georg zeigte sich der schleswig-holsteinischen Frage gegenüber ohnehin sehr reserviert. Auf dem Boden des Londoner Protokolls stehend, hatte er den Bundespflichten, als auch Hannover zur holsteinischen Bundesexekution aufgeboten wurde, in korrekter Weise Genüge geleistet, indem er die Elbherzogtümer-Frage vor dem Forum des Deutschen Bundes zum Austrage gebracht zu wissen wünschte. Dem Erbprinzen von Augustenburg trug er zwar keine Sympathieen entgegen, da er sich mit dessen Auftreten in Holstein nicht befreunden konnte. Der König wurde in dieser Anschauung durch seinen Minister der auswärtigen Angelegenheiten, den Grafen Platen, nur um so mehr bestärkt, welcher als holsteinischer Ritter die Antipathieen der Adelspartei dieses Landes gegen den Erbprinzen von Augustenburg in vollem Maße teilte und in deren Interesse auf seinen Monarchen einzuwirken bestrebt war, während der die öffentliche Meinung in Hannover beeinflussende Nationalverein für die Erbfolge jenes Fürsten agitierte. Die Haltung des Grafen Platen in der schleswig-holsteinischen Frage sollte daher den Anlaß zu lebhaften Erörterungen im hannoverschen

Landtage geben, als das im April 1864 dem englischen Parlament vorgelegte Blaubuch Aufschlüsse über die den Minister in jener Beziehung leitenden Anschauungen brachte und den Nachweis führte, daß er in seinen Unterredungen mit dem beim Könige accreditierten großbritannischen Gesandten für den Rechtsbestand des Londoner Protokolls, die Integrität der dänischen Monarchie und gegen das Successionsrecht des Erbprinzen von Augustenburg sich ausgesprochen hatte. Die zweite Kammer nahm daraus Veranlassung, am 30. April der Regierung ein Mißtrauensvotum zu erteilen und verlangte Aufschluß über die Stellung des Kabinetts zur schleswig-holsteinischen Frage. Die Regierung gab demzufolge am 10. Mai vor der ersten Kammer die Erklärung ab, daß sie nur durch die volle politische Selbständigkeit der Herzogtümer einen dauernden Frieden für gesichert betrachte, während Graf Platen die Mitteilungen des englischen Blaubuches als aus ihrem Zusammenhange herausgerissene und somit als unvollständige bezeichnete. Die erste Kammer zeigte sich durch diese Erklärungen befriedigt und lehnte den Beschluß der zweiten Kammer gegen den Grafen Platen einstimmig ab. Dagegen fanden dieserhalb an verschiedenen Orten Hannovers Volksversammlungen statt, welche die vom Grafen Platen in der Elbherzogtümer-Frage befolgte Politik verurteilten und die Entlassung solcher Ratgeber der Krone forderten. Als Preußen und Österreich auf der zu diesem Zwecke berufenen Londoner Konferenz Ende Mai 1864 die Selbständigkeit der Herzogtümer verlangten, erklärte die hannoversche Regierung den beiden Kammern der Landesvertretung, den Bestrebungen jener Mächte sich anschließen zu wollen, womit der aus dieser Frage für den Grafen Platen hervorgegangene Zwischenfall seine Erledigung fand.

War demnach die Haltung der hannoverschen Regierung in der schleswig-holsteinischen Frage überhaupt eine sehr reservierte, so sollte dieselbe auch hinsichtlich des Altonaer Konflikts eine ebenso vorsichtige wie besonnene bleiben. Daß der General-Lieutenant Gebser sich bereit gefunden hatte, die hannoverschen Truppen ohne weiteres zur Widerstandleistung gegen die einrückenden Preußen zur Verfügung zu stellen, fand durchaus nicht die Billigung seiner Regierung. Vielmehr gab die letztere dem General unter abfälliger Beurteilung seines Verhaltens zu erkennen, daß sie ihre Truppen unter allen Umständen von Feindseligkeiten gegen die Großmächte ferne gehalten wissen wolle, womit die

geheime Weisung verbunden war, bei Wiederkehr einer derartigen Eventualität die hannoversche Brigade auf das linke Elbufer nach Harburg zurückzuführen.

Als am 25. Februar Österreich und Preußen beim Bunde den Antrag einbrachten, zur Vermeidung weiterer Irrungen die Bundestruppen in Holstein dem Oberkommando der alliierten Armee zu unterstellen, war es sogar Hannover, welches in der Sitzung am 3. März dieses Desiderium befürwortete und die Proposition stellte, von Bundeswegen Dänemark den Krieg zu erklären, falls dasselbe nicht die mit Beschlag belegten deutschen Schiffe freigeben sollte. Indessen hatte jener Antrag nicht den erhofften Erfolg, und die Stellung der Bundestruppen in Holstein blieb nach wie vor eine unbefriedigende.

Während die Alliierten jenseits der Eider siegreich vorrückten, war es die Aufgabe der hannoverschen und sächsischen Truppen, Holstein gegen etwaige Unternehmungen der Dänen zu schützen. Gegen Mitte März wurden zu diesem Zwecke von der sächsischen Brigade 2 Bataillone, 4 Eskadronen und die reitende Batterie an die holsteinische Westküste und das anschließende rechte Elbeufer nach Heide, Wilster ꝛc. verlegt. Nachdem am 15. März die Insel Fehmarn von preußischen Truppen besetzt worden war, ersuchte der General-Feldmarschall v. Wrangel den General v. Hake, auf einen wirksameren Schutz der holsteinischen Ostküste Bedacht zu nehmen. Vermöge einer mit dem Oberkommando der alliierten Armee getroffenen Übereinkunft, wurde der sächsischen Brigade die Sicherung der Ostküste übertragen, wohin dieselbe Anfangs April abrückte, während die hannoverschen Truppen die Westküste besetzten. In Rendsburg verblieben ein sächsisches und ein hannoversches Bataillon, während Kiel nur von preußischen Truppen besetzt wurde. Als in der zweiten Hälfte des April eine Vermehrung der dänischen Kriegsschiffe vor der holsteinischen Nordküste sich wahrnehmen ließ, wurden gegen Ende dieses Monats und Anfangs Mai zur Unterstützung der sächsischen Truppen von der hannoverschen Brigade 2 Bataillone, 3 Eskadronen und 1 Batterie nach der Gegend von Neustadt entsendet, welchen auch 2 sächsische Compagnieen von Rendsburg dahin folgten.

Die mit dem 12. Mai eintretende vierwöchentliche Waffenruhe, welche später bis 26. Juni verlängert wurde, unterbrach die bisher siegreichen Operationen der Alliierten gegen Dänemark, um die Mächte,

welche das Londoner Protokoll von 1852 unterzeichnet hatten, zur Erzielung eines Einverständnisses in der schleswig-holsteinischen Frage zusammen treten zu lassen. Indessen sollten an Dänemarks trotziger Haltung alle Verhandlungen scheitern, was die Lossagung der beiden deutschen Großmächte vom Londoner Protokolle im Gefolge hatte. Die nach Wiederaufnahme der Feindseligkeiten am 29. Juni stattfindende Eroberung von Alsen vollendete Dänemarks Niederlage und nachdem am 18. Juli abermals ein Waffenstillstand abgeschlossen worden war, begannen demnächst die Friedensverhandlungen in Wien.

Die Bundestruppen in Holstein hatten während der mit dem 12. Mai eintretenden Waffenruhe ausgedehntere Kantonnements bezogen: die Sachsen im nordöstlichen Gebiete des Landes, die Hannoveraner in der Gegend von Altona und Itzehoe. Als der Wiederbeginn der Feindseligkeiten in Aussicht stand, kehrten die Bundestruppen während der letzten Junitage in die alten Stellungen zurück.

Die von den patriotischen Kreisen Schleswig-Holsteins allerorten begangene Feier der Eroberung von Alsen sollte in Rendsburg leider den Keim zu einem neuen Konflikte zwischen Preußen und den Bundestruppen legen. Die Festung war zu dieser Zeit von dem 2. Bataillon des 3. hannoverschen Infanterie-Regiments und 2 Compagnieen des 2. sächsischen Infanterie-Bataillons besetzt. Als Platz-Kommandant fungierte der hannoversche Bataillons-Commandeur Oberstlieutenant Dammers. In dem jenseits der Eider gelegenen Kronwerke war, wie früher, ein preußisches Etappenkommando unter Major v. Hake. Außerdem befanden sich aber in der von den Bundestruppen besetzten inneren Festung preußische Lazarett-Baracken, welche zur Unterkunft von Verwundeten und Kranken der operierenden Armee dienten.

Als am 30. Juni aus Anlaß des Sieges von Alsen an den auf dem Platze vor der Rendsburger Hauptwache errichteten Flaggenbäumen *) ein dortiger Bürger die österreichische und preußische Flagge aufgezogen hatte, glaubte der hannoversche Kommandant, darin eine unstatthafte Handlung zu erblicken. Er schickte nach dem Besitzer jener Flaggen, um

---

*) Die Flaggenbäume standen zwar auf Festungsterrain, d. h. auf militärfiskalischem Boden, ohne daß jedoch bisher die Entfaltung der alliierten Fahnen zu einem Konflikte Anlaß gegeben hätte.

ihn zu deren Entfernung aufzufordern. Da derselbe sich jedoch nicht einfand, ließ Oberstlieutenant Dammers durch eine sächsische Patrouille die Flaggen abnehmen und konfiszieren. Dieses ebenso unüberlegte wie taktlose Verfahren rief allgemein gerechte Entrüstung hervor. Der sächsische General v. Hake mißbilligte die Handlungsweise des Oberstlieutenants Dammers entschieden und erteilte ihm einen Verweis.

Vonseiten der alliierten Armee reklamierte zunächst das österreichische Corps-Kommando wegen jener Insultierung der kaiserlichen Flagge, war aber befriedigt, als ihm der General v. Hake sein Bedauern über diesen Zwischenfall aussprach.

Von preußischer Seite erfolgte erst eine Reklamation, nachdem die Presse dieses Landes den fraglichen Vorgang in den Bereich ihrer Diskussion gezogen hatte. Prinz Friedrich Karl von Preußen, welcher inzwischen den Oberbefehl der alliierten Arme übernommen hatte, forderte als Satisfaktion die Enthebung des Oberstlieutenants Dammers von der Kommandantur in Rendsburg. Indem darauf der General v. Hake dem Höchstkommandierenden ebenfalls sein Bedauern zu erkennen gab, brachte er zugleich unter Vorlage der diesbezüglichen Korrespondenz mit dem hannoverschen Brigade-Kommando den an Oberstlieutenant Dammers erteilten Verweis zur Kenntnis des Prinzen, mit der Anfrage, ob trotzdem auf der Abberufung des letzteren bestanden würde. Der Höchstkommandierende erklärte in seiner Antwort, bei der geforderten Ablösung des Oberstlieutenants Dammers beharren zu müssen, da aus der vorgelegten Korrespondenz der Schluß zu ziehen sei, daß das hannoversche Brigade-Kommando in dem Eingreifen des mehrgenannten Offiziers keine ungerechtfertigte Handlung zu erblicken scheine. Der sächsische General nahm demzufolge keinen Anstand, dem Oberkommando der alliierten Armee die geforderte Genugthuung zu gewähren, indem er die Abberufung des Oberstlieutenants Dammers in die schonende Form einer Ablösung dessen Bataillons einkleidete*). Bevor aber noch das letztere zu dem

---

*) Der König von Hannover ließ zwar durch seinen General-Adjutanten, den General-Lieutenant v. Tschirschnitz, dem General v. Hake den Wunsch zu erkennen geben, daß Oberstlieutenant Dammers in Rendsburg verbleiben möge. Der sächsische General erklärte jedoch, den diesbezüglichen Befehl nicht rückgängig machen zu können.

auf den 19. Juli angesetzten Termin den Platz verließ, sollte es zu weiteren sehr bedauerlichen Vorgängen kommen.

War bisher ohnehin die Stimmung zwischen den Bundes- und den preußischen Truppen, dank der schiefen Stellung, in welche die ersteren durch die Haltung des Bundes geraten waren, eine nicht sympathische gewesen, so sollte sie seit dem oben geschilderten Flaggenkonflikte nur noch um so gereizter in Rendsburg werden. Am 17. Juli abends entstand daselbst zwischen Mannschaften der beiderseitigen Truppen bei einem Tanzvergnügen eine in den Straßen fortgesetzte erbitterte Schlägerei. Den 18. wiederholten sich diese Reibereien, wobei hannoversche Soldaten Anlaß zu ärgerlichen Auftritten gaben, indem sie sich vor den in der inneren Festung befindlichen preußischen Lazarettbaracken ansammelten und einen ungebührlichen Lärm verführten*). Der preußische Etappenkommandant im Kronwerk, Major v. Hake, berief daher noch am 18. abends zum Schutze des Lazaretts 2 in der Umgegend kantonnierende Compagnieen des 15. preußischen Infanterie-Regiments heran. Ohne daß hierzu die vorherige Genehmigung des Bundes-Platz-Kommandanten eingeholt worden wäre, rückten jene 2 preußischen Compagnieen um 10 Uhr abends aus dem Kronwerke in die innere Festung und nahmen, von den Bundestruppen unbehindert, bei den Lazarettbaracken Stellung. Der hannoversche Kommandant, Oberstlieutenant Dammers, welcher auf dem Platze anwesend war und mit dem Major v. Hake verkehrte, erhob keinen Einspruch dagegen. Zugleich erstattete der preußische Etappenkommandant sowohl direkt an seinen König, wie an den Prinzen Friedrich Karl von Preußen die telegraphische Meldung, daß die preußischen Truppen von den Hannoveranern angegriffen und feindselig behandelt würden.

Die eben geschilderten Vorgänge fanden seitens des preußischen Etappenkommandanten eine viel zu drastische Auffassung. Daß die tumultuierenden Hannoveraner die Lazarettbaracken erstürmen und deren Insassen mißhandeln würden, war eine über die Bedeutung dieser Auftritte hinausgehende Befürchtung. Wurde somit auf preußischer Seite die Situation viel zu pessimistisch beurteilt, so bleibt es dagegen ernstlich zu tadeln, daß der hannoversche Platz-Kommandant, Oberstlieutenant

*) Obwohl am 17. auch sächsische Soldaten beteiligt gewesen, so war dies dagegen am 18. nicht der Fall.

Dammers, nicht schon nach den Vorgängen am 17. abends energische und zweckentsprechende Maßregeln getroffen hatte, um der Wiederkehr solcher Konflikte vorzubeugen. Inwiefern hierfür seine persönlichen Antipathieen gegen Preußen maßgebend gewesen sind, mag als eine offene Frage dahin gestellt bleiben.

Die beiden preußischen Compagnieen rückten zwar am 19. morgens aus der inneren Festung wieder in das Kronwerk, ließen aber bei den Lazarettbaracken ein starkes Pikett zurück. Außerdem wurden 2 weitere Compagnieen des preußischen 15. Infanterie-Regiments aus der Umgegend in das Kronwerk gezogen. Dagegen marschierte, wie anbefohlen, ebenfalls am 19. Oberstlieutenant Dammers mit 2 Compagnieen seines Bataillons ab, welchen die 2 anderen am nächsten Tage folgen sollten, um durch das ebenfalls in zwei Staffeln anrückende 2. Bataillon des hannoverschen Leib-Regiments ersetzt zu werden.

Infolge dieser Vorgänge, welche durch die Meldungen des Etappenkommandanten im Kronwerk eine zu drastische Folie erhalten hatten, faßte Preußen den Beschluß, zur Besetzung von Rendsburg zu schreiten und ergingen diesbezügliche Weisungen an den Prinzen Friedrich Karl, welcher hiervon den General v. Hake unterm 20. Juli verständigte. Als dem letzteren am 21. Juli morgens durch einen preußischen Offizier das diesbezügliche Schreiben überreicht wurde*), erklärte er, da er in Rendsburg nur über 4 Compagnieen verfügte, der Übermacht weichen und die Verantwortlichkeit für die weiteren Folgen von sich weisen zu müssen. Die Bundestruppen räumten daher noch am 21. Juli vormittags die Festung und zogen sich in die südlich gelegenen Dörfer zurück. Zugleich erhielt das zur Ablösung im Anmarsche begriffene 2. Bataillon des hannoverschen Leib-Regiments Gegenbefehl und machte Halt. Noch am 21. mittags rückte eine preußische gemischte Brigade unter General-Major v. Göben in Rendsburg ein.

Der Bundesversammlung hatte General v. Hake sogleich die ihm notifizierte Besetzung des Platzes durch preußische Truppen, sowie seinen

*) Der betreffende Offizier war zwar bereits am 20. in Altona eingetroffen, die Übergabe des fraglichen Schreibens erfolgte jedoch erst am anderen Morgen, als General v. Hake den sächsischen Oberst v. Fabrice bereits in das Hauptquartier des Prinzen Friedrich Karl entsendet hatte, um dem preußischen Oberbefehlshaber über die fraglichen Excesse Aufklärung zu geben.

Entschluß, der Übermacht zu weichen, angezeigt. Noch am 21. Juli sprach dieselbe auf telegraphischem Wege dem General die Billigung seines Verfahrens aus und wies ihn an, falls die Besetzung von Rendsburg durch preußische Truppen wirklich stattfinden sollte, dagegen Protest einzulegen.

Preußen gab am 28. Juli dem Bundestage Aufschlüsse über sein Einschreiten in Rendsburg, welches es zum Schutze gegen die Wiederkehr derartiger Excesse für notwendig erklärte, mit der Eröffnung, daß der Rückkehr der Bundestruppen dahin nichts entgegenstehe.

In der nämlichen Sitzung deponierte der sächsische Bundestags-Gesandte, daß seine Regierung einen Antrag in der Sache nicht stelle, da seiner Zeit ihre Beschwerde wegen des Altonaer Konflikts keinen Erfolg gehabt; indessen würden bei Wiederkehr eines solchen Falles die sächsischen Truppen nicht einer Drohung, sondern nur der Gewalt weichen.

Auch Hannover verzichtete auf die Stellung eines Antrags, indem es sich auf den Hinweis beschränkte, daß eine militärische Notwendigkeit zum Einmarsche preußischer Truppen in Rendsburg nicht bestand, vielmehr unterlägen die diesbezüglichen Berichte je nach ihrer Quelle einer einseitigen Auffassung. Übrigens erklärte der hannoversche Bundestags-Gesandte, weitere Schritte in der Sache seiner Regierung vorbehalten zu müssen.

Ebenso wie Preußens Einschreiten in Rendsburg am Dresdener Hofe keine beifällige Beurteilung gefunden hatte, fühlte sich auch der König von Hannover durch diese mit dem Flaggenkonflikte eingeleiteten Vorgänge betroffen, und in den Preußen nicht günstig gesinnten Kreisen gab sich eine tiefe Mißstimmung kund. Trotzdem blieb aber die Haltung des hannoverschen Kabinetts nach wie vor eine besonnene und reservierte.

Nachdem am 1. August die Friedens-Präliminarien in Wien unterzeichnet worden waren, welche die Abtretung der Elbherzogtümer an Preußen und Österreich stipulierten, bezogen in den nächsten Tagen die Bundestruppen in Holstein ausgedehntere Kantonnements, indem zugleich ein hannoversches Bataillon in das Lauenburgische nach Ratzeburg und Mölln verlegt wurde.

Durch den am 30. Oktober 1864 in Wien erfolgenden Friedensschluß trat Dänemark, wie schon in den Präliminarien bestimmt, die

Herzogtümer Schleswig-Holstein und Lauenburg an Österreich und Preußen ab. Der Hauptteil des österreichischen Corps begann darauf gegen Mitte November unter Zurücklassung einer Brigade seinen Abmarsch aus den Elbherzogtümern nach seinem Vaterlande anzutreten. Auch die bisher dort gestandenen preußischen Truppen kehrten in ihre Heimat zurück und wurden durch ein zu diesem Zwecke neugebildetes kombiniertes Corps in den Elbherzogtümern ersetzt.

Obwohl durch den Wiener Frieden die Elbherzogtümer kraft des Eroberungsrechts in den Besitz von Österreich und Preußen übergegangen und damit der frühere Zweck der Bundesexekution in Holstein jetzt als gegenstandslos zu erachten war, räumte dennoch der Bund dieses Land nicht, sondern beharrte bei dessen Occupation. Es sollte ihm noch die Genugthuung zuteil werden, den Rendsburger Konflikt in einer befriedigenden Weise zum Austrage gebracht zu sehen, indem vermöge der durch eine in Kiel tagende Kommission erzielten Übereinkunft vom 25. November am 27. dieses Monats ein hannoversches Bataillon und 2 sächsische Compagnieen unter dem hannoverschen General-Major von dem Knesebeck in jenen Platz wieder einzogen, von der preußischen Garnison mit militärischen Ehren empfangen. Mit der Rückkehr der Bundestruppen nach Rendsburg wurden die Geschäfte der Kommandantur von je einem preußischen und hannoverschen Stabsoffiziere gemeinschaftlich wahrgenommen.

Am 29. November legten Preußen und Österreich den Wiener Friedensschluß der Bundesversammlung in Frankfurt vor. Mit Rücksicht auf die nunmehr veränderte Sachlage in den Elbherzogtümern stellte Preußen hierbei zugleich den Antrag wegen Rückberufung der Bundestruppen aus Holstein und Lauenburg, welchen es am 1. Dezember vor demselben Forum mit Österreich gemeinschaftlich formulierte. Auch richtete Preußen unterm 29. November speziell an die Höfe von Dresden und Hannover die Aufforderung zur Abberufung ihrer Truppen aus den Herzogtümern, da die Bundesexekution als erfüllt zu betrachten sei. Fest entschlossen, der jämmerlichen Bundespolitik in Holstein ein Ende zu machen, hielt Preußen, um jener Forderung mehr Nachdruck zu geben, von seinen aus den Elbherzogtümern zurückgekehrten Truppen die 13. Division bei Minden gegen Hannover und die 6. Division bei Berlin gegen Sachsen konzentriert.

Seiner bisherigen reservierten Haltung entsprechend, willigte Hannover sofort in die Zurückziehung seiner Truppen ein, welche jedoch erst nach dem sogleich zu erwähnenden Bundesbeschlusse erfolgte. Sachsen weigerte sich dagegen, dies ohne Bundesbeschluß zu thun und schritt sogar zu Rüstungen für den Fall eines preußischen Angriffs. Indessen trat der Bund am 5. Dezember dem österreichisch-preußischen Antrage vom 1. dieses Monats bei und sprach die Beendigung der Bundesexekution aus. Jedoch war am Vorabende dieses Bundesbeschlusses die Situation in Holstein bereits zu einer solchen Spannung gediehen, daß die sächsische Brigade am 5. Dezember bei Süssel (westlich Neustadt) in Alarmquartieren konzentriert wurde und, gleichwie die ihr gegenüber stehenden preußischen Truppen, zur Aufstellung von Vorposten schritt*). Die hannoversche Brigade trat am 7. Dezember den Rückmarsch in die Heimat an. Die sächsischen Truppen folgten ihr vom 10. Dezember ab über die Elbe nach Harburg, um von hier unter Vermeidung preußischen Gebiets mittelst Eisenbahn über Kassel, Eisenach, Lichtenfels und Hof nach ihrem Vaterlande zurückzukehren. Die Bundeskommissare übergaben am 7. Dezember die Verwaltung von Holstein an die eintreffenden österreich-preußischen Zivilkommissare und verließen Altona. Die Elbherzogtümer blieben nunmehr von Preußen und Österreich gemeinsam besetzt und verwaltet.

Waren diese Lande durch die vereinten Waffenerfolge der beiden deutschen Großmächte Dänemark entrissen worden, so konnte es bei den verschiedenartigen Interessen der letzteren nicht ausbleiben, über das künftige Schicksal der Herzogtümer, auf welche auch der Großherzog von Oldenburg Ansprüche geltend machte, zwischen Preußen und Österreich Differenzen entstehen zu sehen, die bei der thatkräftigen, selbstbewußten Haltung des Berliner Kabinetts zu ernstlichen Friktionen führen sollten.

Den am 5. Dezember 1864 von Österreich gemachten Vorschlag, die Herzogtümer dem Erbprinzen von Augustenburg zu übergeben, lehnte das Berliner Kabinett unterm 13. dieses Monats mit dem Bedeuten ab, nicht eher auf eine Entscheidung in der schleswig-holsteinischen Erbfolge-Frage eingehen zu können, bevor nicht Preußens künftige Stellung zu den Herzogtümern festgestellt sei. Indem das Berliner Kabinett

*) Seitens der hannoverschen Truppen erfolgten keine Sicherheitsmaßregeln.

hiermit zugleich in vertraulicher Weise die schon früher erörterte Einverleibung jener Länder in Preußen neuerdings anregte, entgegnete Österreich, auf seine in dieser Beziehung bereits vordem abgegebene Erklärung zurückgreifen zu müssen und in eine solche Transaktion nur gegen eine ihm zu gewährende Vergrößerung seines deutschen Gebiets einwilligen zu können, eine auf Schlesien deutende Forderung, welche für Preußen unannehmbar war und daher einer Ablehnung der Annexion gleich zu achten blieb.

Am 22. Februar 1865 formulierte das Berliner Kabinett in einer nach Wien gerichteten Depesche seine Forderungen inbezug auf die Herzogtümer, indem es erklärte, ohne deren Erfüllung nicht in der Lage zu sein, in eine definitive Konstituierung jener Länder willigen zu können. Es verlangte, die Herzogtümer zu sich in das Verhältnis eines unlösbaren Schutz- und Trutzbündnisses treten zu sehen, betreffs der Landmacht sowohl wie der Marine den engsten Anschluß an Preußen, ferner die Erklärung von Rendsburg zur Bundesfestung, Abtretung gewisser eng bemessener Territorialabschnitte zur Anlage von Befestigungen, welche die Interessen der Landesverteidigung erfordern (Sonderburg, Friedrichsort und das benötigte Gelände für die Fortifikationen und Kriegshäfen an den Mündungen des projektierten Ost-Nordsee Kanals), Vereinigung des Post- und Telegraphenwesens mit Preußen, sowie den Eintritt in den Zollverein.

Österreich entgegnete unterm 5. März, nur die Erklärung von Rendsburg zur Bundesfestung, die Benutzung des Kieler Hafens durch die preußische Marine, die Anlage des gedachten Kanals und den Eintritt in den Zollverein bewilligen zu können, die übrigen Forderungen aber ablehnen zu müssen, weil ein unter solchen Bedingungen eingesetzter Fürst nicht als ein gleichberechtigtes Mitglied des Deutschen Bundes zu betrachten sein würde.

Von hier ab erkalteten die Beziehungen zwischen den Höfen von Wien und Berlin sichtlich. Österreich suchte wieder Anlehnung bei Preußens Gegnern unter den deutschen Mittelstaaten, woraus der am 27. März 1865 von Bayern, Sachsen und Hessen-Darmstadt beim Bunde gestellte Antrag auf Einsetzung des Prinzen von Augustenburg in die Regierung der Elbherzogtümer hervorging, gegen welchen das Berliner Kabinett sich ablehnend verhielt. Österreich stimmte dagegen in

der Bundestags-Sitzung vom 6. April mit der Majorität für jenen Antrag und somit wider Preußen. Hannover erklärte sich gegen den Antrag, indem es dem Bunde die Kompetenz absprach, vor Prüfung der Rechtsansprüche aller Prätendenten über die Regierungsnachfolge zu entscheiden. Indessen blieb jener Bundes-Beschluß ohne praktische Folgen. Zwar nahm Österreich am 5. Juni die Erörterung der preußischen Forderungen wieder auf, indem es den militärischen Anschluß der Herzogtümer an Preußen nach Maßgabe der Bundeskriegsverfassung zugestehen wollte, während die übrigen Bedingungen der Vereinbarung mit dem künftigen Souverän, für welchen es den Herzog von Augustenburg in Aussicht nahm, vorbehalten bleiben sollten. Indessen führte dieser Schritt gleichfalls zu keiner Einigung, da Preußen hinsichtlich der Thronfolge dem Großherzoge von Oldenburg den Vorzug geben zu müssen meinte, eine Forderung, von welcher es die zur nämlichen Zeit ventilierte Einberufung der schleswig-holsteinischen Stände abhängig machte.

Auch das hannoversche Kabinett verharrte nach wie vor in einer ablehnenden Haltung gegen den Erbprinzen von Augustenburg und bekundete mehr Sympathieen für die Anerkennung des Großherzogs von Oldenburg. Selbst die von Preußen unterm 22. Februar 1865 hinsichtlich Schleswig-Holsteins gestellten Bedingungen fanden in der hannoverschen offiziösen Presse nicht nur keine abfällige, sondern eher eine günstige Beurteilung.

Die Mißstimmung zwischen den beiden deutschen Großmächten wuchs weiter, als zu jener Zeit Preußen seine Marinestation nach Kiel verlegte, was der österreichische Zivil-Kommissarius mit einem Proteste beantwortete, während im Lande die Agitationen der den Erbprinzen von Augustenburg auf den Schild erhebenden Patrioten, dank Österreichs Passivität, immer mehr an Umfang gewannen und offen ihre Spitze gegen Preußen richteten. Da diese durch die Presse genährte und geschürte Bewegung einen Charakter annahm, welcher nicht unerhebliche, gewissermaßen zur Anarchie führende Mißstände im Gefolge hatte, erklärte Preußen, eventuell gegen jene Unzuträglichkeiten allein einschreiten zu wollen. Indem das Wiener Kabinett darauf unterm 11. Juli erwiderte, daß einseitige Maßregeln eine Verständigung nur erschweren würden, und übrigens gewissenhafte Handhabung der bezüglichen Gesetze zusagte, glaubte Österreich doch an der Erbfolge des Prinzen von

Augustenburg festhalten zu müssen. Unter diesen fortgesetzten Divergenzen war die Spannung zwischen den beiden Mächten Mitte Juli bereits zu einem solchen Grade gediehen, daß Preußen zur Armierung seiner schlesischen Festungen Geschütz aus den rheinischen Plätzen heranzuziehen begann.

Noch einmal gelang es, einen Ausweg aus diesem Dilemma zu finden, welcher durch die am 14. August 1865 zwischen den beiden Mächten zu Gastein abgeschlossene Konvention erzielt wurde. Unbeschadet der Fortdauer gemeinsamer Anrechte auf die hiermit zugleich in den Zollverein tretenden Herzogtümer wurde deren Ausübung für Holstein auf Österreich und für Schleswig auf Preußen übertragen, der Kieler Hafen dagegen, welcher von preußischen Marinetruppen besetzt blieb, beiden Mächten zur gemeinsamen Benutzung erschlossen. Gleichzeitig trat Österreich sein Anrecht auf das Herzogtum Lauenburg gegen die Zahlung von 2½ Millionen dänischer Reichsthaler an den König von Preußen ab.

Zum Gouverneur von Schleswig wurde preußischerseits der Generallieutenant Freiherr v. Manteuffel ernannt, unter dessen Befehlen 12 Bataillone, 8 Eskadronen und 3 (später 4) Batterieen das Land besetzt hielten. Die holsteinische Statthalterschaft übernahm der österreichische Feldmarschall-Lieutenant Freiherr v. Gablenz, welchem nur die seit November 1864 dort zurückgebliebene Brigade des General-Majors Ritter v. Kalik (5 Bataillone, 2 Eskadronen und 1 Batterie von 8 Geschützen) zur Verfügung stand.

Der Bund, welcher in seinen Verhandlungen über die Elbherzogtümer noch zu keinem positiven Resultate gelangt war, nahm von jener ihm durch die Paciszenten notifizierten Konvention Kenntnis, ohne Einspruch gegen dieselbe zu erheben.

Der zwischen Preußen und Österreich schwebende Konflikt war zwar vertagt, aber damit nicht zum Austrage gekommen.

I.

Bis zur Kriegserklärung 1866.

Das verhängnisvolle Jahr 1866 nahte sich, in seinem Schoße eine Katastrophe, welche den lähmenden Bann des deutschen Partikularismus mit Blut und Eisen brechen und die Bahn zu einer vordem nie gekannten Machtentfaltung des geeinten Deutschland erschließen sollte.

Noch bevor das Jahr 1865 zur Neige ging, sah sich Hannover abermals vor eine Ministerkrisis gestellt, welche das bisherige, einer gemäßigt liberalen Richtung huldigende Kabinett zum Falle brachte. Schon längst erfreuten sich die vier liberalen Minister Freiherr v. Hammerstein, Windthorst, Erxleben und Lichtenberg nicht mehr des königlichen Wohlwollens*). Den Anstoß zur Krisis sollte die unter der Ägide jener Minister beschlossene Abänderung des Wahlgesetzes durch die Erweiterung des bisher ziemlich eng gezogenen Zensus geben. Nachdem mit Einwilligung des Königs dieser Gesetzentwurf den Ständen zur Vorlage gebracht worden war, hatten die letzteren denselben mit ansehnlicher Majorität acceptiert. Da jedoch inzwischen die Gegner des Ministeriums, an ihrer Spitze der uns bekannte Graf Borries, bemüht gewesen waren, dem Könige die neue Wahlordnung als eine für seine Herrscherrechte

---

*) Nach Meding, „Memoiren", Bd. I., S. 340ff. fühlte sich der König besonders verletzt durch das peinliche Festhalten einzelner Minister an den vorgeschriebenen Formalitäten für seine Namensunterschrift auch bei minder wichtigen Sachen.

bedrohliche Gefahr zu schildern, wurde er anderen Sinnes und verweigerte den Vollzug des Gesetzes. Die liberalen Minister gerieten hierdurch in ein peinliches Dilemma und eine monatelange Krisis trat ein, während welcher vergeblich Versuche zur Vermittelung gemacht wurden. Als Graf Borries am 21. September durch seine Ernennung zum Präsidenten des Staatsrats einen Beweis des königlichen Vertrauens erhielt, reichten die vier liberalen Minister ihre Demission ein, welche angenommen wurde. Am 22. Oktober (1865) endete die Krisis, indem an Stelle der ausscheidenden Minister berufen wurden der frühere Staatsminister Bacmeister (Inneres), Leonhardt (Justiz), Freiherr v. Hodenberg (Kultus) und Dietrichs (Finanzen). Graf Platen und Freiherr v. Brandis überdauerten auch das demissionierende Ministerium und traten mit dem Hausminister v. Malortie in das neu gebildete Kabinett ein. Als wesentlich leitender Gesichtspunkt für die Berufung der neuen Minister dürfte wohl der Wunsch maßgebend gewesen sein, in den Beratern des Königs nur Männer zu wissen, welche, mehr oder minder für ihre Portefeuilles befähigt, dem Willen des Monarchen sich zu beugen wußten und von denen eine unliebsame Opposition nicht zu erwarten stand. Charakteristisch für die Zusammensetzung dieses Kabinetts war es, daß keiner der neuen Minister bei seiner Ernennung den andern kannte; vielmehr wurden dieselben erst mit einander gegenseitig bekannt gemacht, als sie sich versammelten, um behufs Ablegung des Treueides nach der Marienburg zum Könige sich zu begeben.

Die Hauptstützen des neuen Kabinetts, dessen Vorsitz wie üblich der König führte, waren die aus dem eben zurückgetretenen übernommenen Minister: Graf Platen und Freiherr v. Brandis, der erstere bekanntlich mit der Leitung der auswärtigen Angelegenheiten betraut, der letztere an der Spitze des Kriegsressorts.

Graf Platen=Hallermund, von Geburt Holsteiner und damals 52 Jahre alt, besaß unzweifelhaft eine außerordentliche Befähigung zum Intriguanten, aber weniger zum Staatsmanne. Früher im diplomatischen Dienste thätig, war er zuerst Geschäftsträger in Wien und später Gesandter in Paris gewesen, von wo er 1855 in das Ministerium Borries berufen wurde und seither die auswärtigen Angelegenheiten geleitet hatte. Seine diplomatische und politische Laufbahn machte er an der Hand des noch in der Folge zu erwähnenden Staatsrats Zimmermann, welcher

als Anhänger des Doktrinarismus in der Konservierung des Bundesrechts den einzigen Schutz für den Fortbestand der kleineren Staaten Deutschlands erblickte und trotz seiner Sympathieen für Österreich doch die Notwendigkeit nicht verkannte, dem mächtigen preußischen Nachbarstaate Rechnung zu tragen und jeder provozierenden Politik gegen denselben sich zu enthalten. Der zuletzt als Minister-Resident bei der Freien Stadt Hamburg accreditierte Staatsrat Zimmermann wurde daher auch in allen wichtigen Fragen zurate gezogen und nach Hannover berufen, und war somit der politische Mentor des Grafen Platen, bis der König und seine vertrauten Ratgeber 1866 die abschüssige Bahn einer hazardierenden Politik betraten. Als Weltmann den Freuden des Lebens nicht abhold, war Graf Platen persönlich eine elegante Erscheinung mit gewandten und gewinnenden Umgangsformen und besaß in hohem Grade die Gabe, für sich einzunehmen. Im übrigen war er aber starrer Egoist und sein ganzes Streben kulminierte in dem Wunsche, des Königs Gunst sich zu erhalten. Er war nicht der Mann der That, sondern vielmehr bestrebt, auftauchenden Hindernissen auszuweichen, und daher auch immer bereit, seine Anschauungen dem Willen des Monarchen zu unterordnen. In diesen Umständen, mit welchen der Mangel an wirklicher staatsmännischer Begabung und ein gewisser Grad von Leichtlebigkeit sich verbanden, ist der Schlüssel zur Erklärung für die oft ziemlich überraschenden Wandelungen des Ministers zu suchen. Nicht einseitiger blinder Preußenhaß dürfte für die Haltung des Grafen Platen im Jahre 1866 maßgebend gewesen sein, sondern vielmehr seine Accomodationsfähigkeit gegenüber den politischen Velleitäten seines königlichen Gebieters ihn in jene unheilvollen Bahnen gelenkt haben. Hätte eine Politik in preußischem Sinne den Intentionen des Königs Georg entsprochen, so würde sicherlich auch Graf Platen ihr seine Dienste rückhaltlos gewidmet haben.

Der Kriegsminister, General der Infanterie Freiherr v. Brandis, war damals bereits ein Siebenziger, erfreute sich aber einer außerordentlichen Rüstigkeit. In seinen jungen Jahren hatte er bei der königlich-deutschen Legion die Feldzüge in Spanien mitgemacht und in der Sturmperiode von 1848 und 1849 im Gegensatze zu manchen anderen Persönlichkeiten unerschütterliche Ruhe und Energie bewiesen. Seit seiner Berufung in das 1851 gebildete Ministerium hatte er das bisher von ihm geführte Portefeuille behauptet. Von den wärmsten

Sympathieen für Österreich durchdrungen, bildete dennoch das Gebiet der Politik kaum den Gegenstand seiner Bestrebungen. Ebenso wie er die Freuden des Lebens zu schätzen wußte, war es ihm gleichfalls Bedürfnis, in der Gunst seines Königs nicht zu sinken und in seiner einflußreichen Stellung sich zu erhalten. Seinem Monarchen für mehrfache Gnadenbeweise privater Natur tief verpflichtet, zählte er zu dessen treuesten und hingebungsvollsten Dienern. So tüchtig und energisch Freiherr v. Brandis sich auch früher im praktischen Truppendienste erwiesen, so bewegten sich doch seine Anschauungen und Ratschläge öfters in der Sphäre kühnster Projekte, deren Gedankenflug nur zu häufig die Einsicht der Möglichkeit hinter sich ließ.

Obwohl Graf Platen und Freiherr v. Brandis die langjährigen Stützen im Rate des Königs, so entbehrten doch ihre gegenseitigen Beziehungen der Aufrichtigkeit und Übereinstimmung. In Ermangelung eines Ministerpräsidenten unmittelbar mit dem Könige über ihre Ressorts verhandelnd, überraschte oft einer den andern durch Bestrebungen, welche sich nicht immer mit den gegenseitigen Anschauungen im Einklange befanden. Ein zu Zerwürfnissen beider Minister führender Antagonismus bildete sich jedoch nicht in dem Kabinette heraus, da für jeden von ihnen der Willen des Königs das höchste Gebot war und die Erhaltung seiner Gunst ihr lebhafter Wunsch blieb.

Von den übrigen Mitgliedern des neuen Ministeriums war der mit dem Portefeuille des Innern betraute Minister Bacmeister unbedingt der befähigtste des ganzen Kabinetts. Er hatte schon dem 1851 an das Ruder gelangten Ministerium Schele angehört und stand bis zu seiner neuerlichen Berufung in das Kabinett an der Spitze der Landdrostei Aurich. Mit tiefer Bildung und reicher Erfahrung in der Staatsverwaltung verband er scharfes Urteil und eine bewundernswerte, hinreißende Beredsamkeit. Bei seinem Wiedereintritte in das Ministerium hatte er bereits das 60. Lebensjahr überschritten und war kränklich, besaß aber dennoch eine außerordentliche Arbeitskraft. Trotz seiner reichen Begabung ermangelte er aber der Energie, und manche glaubten, ihn des Wankelmutes zeihen zu können.

Der Justizminister Leonhardt, zuletzt Generalsekretär dieses Ressorts, war ein ebenso einfacher Mann wie vorzüglicher Jurist, ohne jedoch die

Persönlichkeit zu sein, welche einen mehr oder minder bestimmenden Einfluß zu üben den Beruf hatte.

Der Kultusminister Freiherr v. Hodenberg war vordem als Gesandter am niederländischen Hofe beglaubigt gewesen und scheint besonders durch seine fromme Richtung für die neue Vertrauensstellung sich befähigt erwiesen zu haben, um so mehr, da durch seine Abberufung vom Haag dem Minister Grafen Platen die erwünschte Gelegenheit geboten wurde, seinen Neffen, den Grafen Georg Platen, auf jenen damit vakant gewordenen Posten berufen zu sehen.

Der Finanzminister Dietrichs war früher Postrat gewesen und genoß des Vorzugs, ein Neffe des der königlichen Gunst sich erfreuenden Landdrosten Wermuth zu sein.

Der auch in die neue Kabinettsbildung übernommene Hausminister und Oberhofmarschall v. Malortie, ein außerordentlich ehrenhafter Charakter, war ein treuer Diener seines Königs, welcher jedoch der Pflege der Politik sich entschlug und am allerwenigsten preußenfeindlichen Bestrebungen huldigte, dafür aber die ihm obliegende Verwaltung des Kronvermögens in umsichtiger, den Dank seines Monarchen in vollstem Maße verdienender Weise sich angelegen sein ließ.

Eine zwar außerhalb des Ministeriums stehende, aber trotzdem sehr einflußreiche Persönlichkeit war der schon oben erwähnte Staatsrat Zimmermann, damals ein Sechsziger. Aus Sachsen = Koburg = Gotha stammend, war er in hannoversche Dienste getreten und veröffentlichte 1851 als Archivsekretär ein Buch gegen den Konstitutionalismus in den kontinentalen Staaten, durch welches er die Aufmerksamkeit auf sich lenkte und die Gunst hoher Kreise sich erwarb. 1853 als bayerischer Archivrat nach München, später aber als Etatsrat nach Kopenhagen gegangen, wurde Zimmermann 1854 nach Hannover zurückberufen, um als Ober=Regierungsrat Referent des Gesamtministeriums zu werden. Später zum Staatsrat und Ministerresidenten in Hamburg ernannt, blieb er, wie bereits besprochen, der vertraute und einflußreiche Ratgeber des Königs sowie des Grafen Platen. Vielseitig und tief gebildet, war er ein Anhänger des Doktrinarismus, welcher hinsichtlich der gegen Preußen zu beobachtenden Politik stets zur Besonnenheit mahnte und immer bestrebt war, den leitenden Kreisen Hannovers Lage innerhalb der Machtsphäre jenes Nachbarstaates zum Bewußtsein zu bringen.

Eine andere, dem Militärstaate angehörende, einflußreiche Persönlichkeit war der General-Adjutant des Königs, General-Lieutenant v. Tschirschnitz. Aus Preußisch-Polen gebürtig, war er 1813 mit dem General v. Dörnberg an die Nieder-Elbe gekommen und in das damalige hannoversche Aufgebot eingetreten. Nach dem Frieden war v. Tschirschnitz im Dienste des Königreichs Hannover verblieben, 1851 in die von ihm bis 1866 bekleidete Stellung aufgerückt und damit vortragender General im Militär-Kabinette des Königs geworden, welcher bekanntlich das Kommando der Armee selbst führte. Minder für den praktischen Dienst geeignet und ebenso wenig für die höhere Truppenführung befähigt, war dagegen der General für bureaukratische Thätigkeit mit vielem Talente und zäher Arbeitskraft ausgestattet. Seinem Monarchen mit unerschütterlicher Treue dienend, wuchs indessen mit dem langjährigen Behaupten der einflußreichen Stellung als General-Adjutant seine Herrschsucht außerordentlich, so daß er die Einwirkung der Generalität auf ein Minimum herabzudrücken suchte, weshalb für die Beförderung auf diese Stufe nur zu oft weniger die Kapacität, als die Fügsamkeit zum Maßstabe der Beurteilung diente. General v. Tschirschnitz wurde somit zum Hauptträger des ganzen militärischen Systems und muß daher für den Zustand der Armee und die meisten ihrer Gebrechen verantwortlich gemacht werden. In seiner Stellung der Truppe entrückt, war er ohne Verständnis für das Wesen und die Bedürfnisse derselben, und ebenso wenig vermochte sich sein Geist auf die Höhe einer zeitgemäßen Anschauung zu erheben. Mit ängstlicher Eifersucht war er bestrebt, in seiner mächtigen Stellung sich zu behaupten und jede andere seine Sphäre betreffende Einwirkung von dem Könige ferne zu halten. Obwohl der General sich schmeicheln durfte, des königlichen Vertrauens sich zu erfreuen, so besaß er unter den geschilderten Umständen doch nicht die Sympathieen der Armee.

Ferner gehörte zur nächsten Umgebung des Königs der Geheime Kabinettsrat Lex, welcher dem blinden Monarchen alle eingehenden Schriftstücke vorzulesen und dessen Korrespondenz zu besorgen hatte. Aus Nassau gebürtig, war er früher Privatdozent in Göttingen, dann aber Redakteur der „Hannoverschen Zeitung“ gewesen und hatte später dem Könige Georg, als derselbe noch Kronprinz war, Vorlesungen über Geschichte und Litteratur gehalten, beides Fächer, die er mit einer außer-

ordentlichen Gelehrsamkeit beherrschte. Nach seiner Thronbesteigung hatte ihn der König zu seinem Geheimen Sekretär ernannt und schenkte ihm großes Vertrauen, welches Lex durch seine hingebungsvolle Treue erwiderte.

Außerdem gehörte zu den vertrauten Ratgebern des Königs der Regierungsrat Meding. Sein Vaterland war Preußen, wo er unter dem Ministerium Manteuffel als Redakteur thätig gewesen. Da er jedoch seine dortige Wirksamkeit nicht gehörig gewürdigt glaubte, trat er 1859 in den hannoverschen Staatsdienst, um hier zunächst bei der Landdrostei Hannover mit der Leitung der Preßangelegenheiten beauftragt zu werden, welche er, den empfangenen Direktiven entsprechend, in einer seinem angestammten Vaterlande nicht günstigen Sinne handhabte. Durch die Preßleitung zu dem Könige ohnehin schon in ein näheres Verhältnis getreten, sollte Meding, als bei der neuen Kabinettsbildung 1862 die Preßangelegenheiten dem Gesamtministerium unterstellt wurden, dem letzteren als Referent zugeteilt werden und hatte damit über sein Ressort den persönlichen Vortrag bei dem Monarchen.

Von diesen Ratgebern war der blinde König umgeben, als das verhängnisvolle Jahr 1866 sich nahte. —

Die Gasteiner Konvention hatte den für Preußen und Österreich in der schleswig-holsteinischen Frage gegebenen Konflikt zwar vertagt, aber nicht den historischen Antagonismus beider Mächte beseitigt. Die in der Schwebe befindliche Streitfrage der Elbherzogtümer und die hieraus resultierenden Differenzen waren nur ein Ausfluß der beide Staaten trennenden, gegenseitigen Verhältnisse. Die Verschiedenheit ihrer Interessen mußte sich auch in dieser Frage immer wieder geltend machen und falls nicht ein Teil dem andern sich fügte, die bestehende Kluft erweitern und zum offenen Bruche führen.

Die hannoversche Politik hatte bisher, wie uns bekannt, in der schleswig-holsteinischen Frage einen sehr reservierten Standpunkt eingenommen und trotz der warmen Sympathie, welche der Hof sowohl wie andere bemerkenswerte Kreise für Österreich empfanden, konnte sich der König mit den von Wien aus begünstigten Agitationen im Interesse des Erbprinzen von Augustenburg nicht befreunden. Die Beziehungen zwischen den Höfen von Berlin und Hannover schienen sich sogar wieder freund=

schaftlicher gestalten zu wollen. Zur Aufnahme des Kampfes mit Österreich entschlossen, wenn derselbe unumgänglich notwendig werden sollte, wünschte Preußen, für diesen Fall sein Verhältnis zu Hannover klar zu stellen und zwar in der Hoffnung, dasselbe dann nicht in den Reihen seiner Gegner als eine im Rücken gegebene Bedrohung suchen zu müssen. Weit davon entfernt, Hannovers Einverleibung zum Ziele seiner Bestrebungen nach dieser Richtung zu machen, erwartete Preußen vielmehr, beim Ausbruche des Kampfes jenen Nachbarstaat in einer neutralen Haltung verharren und solchergestalt weiterer Differenzen mit demselben sich überhoben zu sehen. Graf Platen wurde zu einem Gedankenaustausche auf dieser Basis nach Berlin eingeladen und hatte sich, diesem Wunsche im Januar 1866 Folge leistend, am preußischen Hofe einer außerordentlich zuvorkommenden Aufnahme zu erfreuen, wobei ihm auch die Auszeichnung zuteil wurde, vom Könige Wilhelm durch die Verleihung des Großkreuzes vom Roten Adlerorden geehrt zu werden*). Über das gegenseitige Verhältnis beider Staaten für den Eintritt kriegerischer Komplikationen in Deutschland ließ sich indessen für Preußen aus dem hier stattfindenden Gedankenaustausche weder ein bestimmtes Urteil, noch ein fester Boden gewinnen. Sowie König Georg nichts weniger als warme und aufrichtige Sympathieen für Preußen empfand, war auch die hannoversche Politik, deren bestimmenden Mittelpunkt er bildete, durchaus nicht geneigt, angesichts des drohenden Kampfes der beiden deutschen Großmächte durch eine vorzeitige Neutralitäts-Erklärung im Sinne Preußens sich die Hände zu binden und damit Österreichs Mißfallen auf sich zu lenken. Zeigte sich Graf Platen unter den gegebenen Verhältnissen auch nicht ablehnend gegenüber den preußischen Wünschen, so war er doch bestrebt, jeder bestimmten Erklärung auszuweichen, indem er für das Weitere die Wege diplomatischer Verhandlungen empfehlen zu müssen meinte. Wie sehr es im Wunsche Preußens lag, die Beziehungen zwischen den beiden Höfen zu befestigen und inniger zu gestalten, erhellt aus dem damals ventilierten Projekte einer Verbindung

---

*) Nach Medings „Memoiren“, Bd. II, S. 76, hätte diese Ordensverleihung den Grafen Platen insofern verstimmt, weil er in derselben eine Zurücksetzung erblickte gegen die Minister von Sachsen und Bayern, v. Beust und v. d. Pfordten, welche den Schwarzen Adlerorden erhalten hatten.

des Prinzen Albrecht Sohn mit der ältesten Tochter des Königs Georg, der Prinzessin Friederike. Indessen sollte dieser von preußischer Seite ausgesprochene Wunsch am hannoverschen Hofe keiner sympathischen Aufnahme sich erfreuen, vielmehr, wenn auch in rücksichtsvollster Form, eine ablehnende Erwiderung finden*).

Während Preußen hier vergeblich für die Anbahnung besserer Beziehungen zu dem Hofe von Hannover bestrebt war, gab mittlerweile die Elbherzogtümer-Frage abermals den Anlaß zu gereizten Erörterungen zwischen den Kabinetten von Berlin und Wien. Holstein war fortgesetzt der Schauplatz einer durch Presse und Volksversammlungen genährten preußenfeindlichen Bewegung, welche die Einberufung der Landesstände und die Einsetzung des Erbprinzen von Augustenburg zum Ziele hatte, Agitationen, die naturgemäß ihren Einfluß auch auf Schleswig äußern mußten. Da die österreichische Statthalterschaft und die holsteinische Landesregierung diese Bewegung nicht in dem Maße zu zügeln bestrebt waren, wie es mit Rücksicht auf Preußen in seiner Eigenschaft als Kondominanten wünschenswert gewesen sein dürfte, unterzog das Berliner Kabinett in einer nach Wien gerichteten Depesche vom 26. Januar 1866 jene Vorgänge in Holstein einer herben Kritik und nannte diese Bewegung geradezu eine revolutionäre, indem es von Österreich die Aufrechthaltung der gemeinsamen Politik beider Mächte forderte und andernfalls selbst mit einer Lösung der bisherigen bundesfreundlichen Beziehungen drohte. Die österreichische Antwortdepesche vom 7. Februar wies in ebenfalls gereiztem Tone jene Ausführungen des Berliner Kabinetts zurück, erklärte Österreichs Haltung in Holstein für durchaus korrekt und enthielt zugleich eine indirekte Ablehnung einer Annexion der Herzogtümer in Preußen. Alsbald nach Empfang dieser Erklärung eröffnete Graf Bismarck dem österreichischen Gesandten am Berliner Hofe, Grafen Karolyi, daß er den am Schlusse seiner Depesche vom 26. Januar in

*) Meding sagt in seinen „Memoiren“, Bd. II, S. 79, daß für den König Georg in dieser Frage die Entscheidung der Königin Maria ausschlaggebend gewesen wäre, welche erklärte, daß ihre Tochter (damals 18 Jahre alt) noch zu jung sei und sie dieselbe nicht der Politik geopfert zu sehen wünschte. Einer anderen Version zufolge hätte aber der König dieses Heiratsprojekt in ablehnendem Sinne beschieden, weil er für die Prinzessin noch eine ihm ansprechendere Verbindung zu finden hoffte.

Erwägung gezogenen Fall für eingetreten erachte und Preußens Beziehungen zu Österreich auf den Standpunkt vor dem dänischen Kriege zurückgeführt betrachten müsse.

Die Situation gewann hiermit eine Gestaltung, welche die Vorbereitungen für den Ausbruch eines Kampfes als opportun erscheinen lassen mußten. Am 2. März erging daher in Österreich an verschiedene Truppenteile in den entfernten östlichen Provinzen der Befehl zur Marschbereitschaft, und am 14. desselben Monats wurden sie westwärts in Bewegung gesetzt. Weitere vorbereitende Maßregeln schlossen sich diesen Anordnungen an.

Das preußische Kabinett hatte dem hannoverschen Hofe durch seinen dort beglaubigten Gesandten, den Prinzen Ysenburg, die unterm 20. und 26. Januar wegen der holsteinischen Verhältnisse nach Wien gerichteten Depeschen zur vertraulichen Kenntnisnahme mitgeteilt. Bei ihrer am 12. Februar erfolgenden Rückerstattung erklärte Graf Platen dem preußischen Gesandten, daß die hannoversche Regierung die Situation als eine sehr ernste auffasse, indem Österreich, den aus Wien eingehenden Nachrichten zufolge, nicht nur den Abbruch seiner Beziehungen zum Berliner Hofe, sondern selbst die Eventualität eines Krieges mit Preußen in Erwägung ziehe, sowie den gleichzeitigen Ausbruch eines Kampfes gegen Italien erörtere und als Schluß dieser Wirren einen Krieg um die Rheingrenze nicht als ausgeschlossen betrachte. Unter Hinweis auf die Kandidatur des Prinzen von Augustenburg, welche zum Teil den nächsten Anlaß zu jenen die beiden deutschen Großmächte entzweienden Differenzen gegeben, bemerkte Graf Platen im weiteren Verlaufe der Unterredung, daß er eine Lösung der Elbherzogtümer-Frage durch deren Personalunion mit Preußen oder deren Konstituierung unter einer preußischen Sekundogenitur gern gesehen haben würde.

Angesichts dieser wachsenden Spannung zwischen den deutschen Großmächten ließen auch noch Anfangs März die vom Grafen Platen über die schwebenden Streitfragen entwickelten Anschauungen die hannoversche Politik als eine besonnene erscheinen, aus welcher nicht auf die Neigung zu Feindseligkeiten gegen Preußen zu schließen war. Als dem Grafen Platen zu jener Zeit die preußische Zirkularnote vom 28. Februar mitgeteilt wurde, welche die durch die Agitationen der österreichischen Presse gegen Preußen hervorgerufene Aufregung zum Gegenstand der Betrachtung

machte, bezeichnete der hannoversche Minister in seiner daran sich knüpfenden Unterredung mit dem preußischen Gesandten den vom Wiener Kabinette mit jenen publizistischen Manipulationen eingeschlagenen Weg als einen verderblichen. Auf den, seiner Ansicht zufolge, unvermeidlichen Bruch zwischen den deutschen Großmächten übergehend, nahm Graf Platen Veranlassung, darauf hinzudeuten, wie Hannover bisher in den politischen Streitfragen, welche aus den Differenzen mit Österreich hervorgegangen, vorwiegend zu Preußen gehalten habe. Er gab daher der Hoffnung Ausdruck, daß ein fernerweites Verharren Hannovers in strikter Neutralität vonseiten Preußens wohl gegen die Zusicherung nicht beanstandet werden dürfte, weder Österreich eine militärische Unterstützung gewähren zu wollen, noch an eine eventuell aus dem mittelstaatlichen Lager gegen Preußen sich bildenden Liga Anschluß zu nehmen und überhaupt jedes Intriguenspiels sich enthalten zu wollen.

Auch das Wiener Kabinett betrachtete die Situation als eine sehr ernste und trat der Frage wegen Ausbruchs eines Krieges näher. In der an verschiedene deutsche Höfe gerichteten Zirkulardepesche vom 16. März erklärte Österreich, falls es zum Bruche mit Preußen kommen sollte, die Regelung der schleswig-holsteinischen Frage dem Bunde anheimgeben und bei wachsender Verschärfung des Konflikts in Frankfurt einen Antrag zur Wahrung des Bundesfriedens einbringen zu wollen. Zugleich wurde in der Depesche die eventuelle Kriegsbereitschaft des VII., VIII., IX. und X. Bundesarmeecorps (zu letzterem gehörte Hannover) und deren Aufstellung im Verbande mit dem österreichischen Heere ventiliert. Diese Depesche wurde auch dem hannoverschen Kabinett zur Kenntnis gebracht und zwar mit den Schlußworten: „Die kaiserliche Regierung müsse daher hoffen, daß sie im gegebenen Augenblicke die hannoversche Regierung bereit finden würde, für einen solchen Beschluß in Frankfurt zu stimmen."

Indessen verzichtete Österreich auf die Stellung eines Antrags zur Wahrung des Bundesfriedens, nachdem Graf Bismarck die Insinuation, eine Störung des Bundesfriedens zu beabsichtigen, abgelehnt und dem österreichischen Gesandten eine einigermaßen befriedigende Antwort erteilt hatte.

Einen weiteren bemerkenswerten Schritt that das Berliner Kabinett mit seiner unterm 24. März an die deutschen Höfe versandten Depesche.

Nachdem es in deren Eingange auf die aus der Elbherzogtümer-Frage hervorgegangenen Differenzen und auf die bereits von Österreich eingeleiteten Rüstungen hingewiesen, welche auch Preußen nunmehr zu entsprechenden Gegenmaßregeln nötigen würden, erörterte die Depesche die Unzulänglichkeit der bisherigen deutschen Bundes-Institutionen, insbesondere auch was das Militärwesen anbelangte, welche den Zeiten großer Krisen nicht gewachsen und daher die aufdrängende Notwendigkeit einer den realen Verhältnissen entsprechenden Bundesreform sich geltend machen lasse. Zugleich war hiermit die Anfrage verbunden, in welchem Maße man auf die Unterstützung der betreffenden Staaten zu hoffen habe, wenn Preußen von Österreich angegriffen oder durch unzweideutige Drohungen zum Kriege genötigt werden sollte.

Während Österreich gegen die in jener Depesche enthaltene Insinuation einer Friedensstörung sich verwahrte, ließen die meisten deutschen Höfe derselben eine ablehnende Antwort zuteil werden, indem sie, einen Kampf perhorreszierend, auf die für Streitfälle vorgesehenen Bestimmungen der Bundesverfassung, welche (§ 11) eine gegenseitige Bekriegung der Bundesmitglieder untersagten, hinwiesen und nur die allenfallsigen Beschlüsse der Bundesversammlung für sich als maßgebend erklärten. Weniger entschieden und offen lauteten die Erklärungen von Hannover und Kurhessen, welche, ihrer schwierigen Lage gegenüber Preußen sich wohl bewußt, die für den Kriegsfall inbetracht kommenden Fragen dilatorisch zu behandeln bestrebt waren.

Als der preußische Gesandte, Prinz Ysenburg, am 26. März jene Depesche seiner Regierung dem Grafen Platen vorgelesen hatte, entgegnete der letztere, daß Hannover durch die zwischen den beiden Großmächten bestehende Krisis keineswegs berührt und daher entweder auf den Bundesstandpunkt sich zurückziehen oder in strenger Neutralität verharren würde.

Die hier für das hannoversche Kabinett in Aussicht genommenen zwei Fälle waren durchaus verschiedener Natur. Konnte Preußen bei einer strikten neutralen Haltung Hannovers seinen Rücken nach dieser Richtung als gedeckt betrachten, so war diese Sicherheit durchaus nicht gegeben, wenn die Regierung jenes Landes erklärte, auf den Bundesstandpunkt sich zurückziehen zu wollen und somit die Anordnungen der Bundesversammlung für sich als maßgebend bezeichnete, da die Möglich-

keit nicht ausgeschlossen war, im Schoße der letzteren eine preußenfeindliche Majorität die Oberhand gewinnen und die Unterstützung Österreichs beschließen zu sehen. Da Hannover aber mit Rücksicht auf seine geographische Lage durch seinen Anschluß an Preußens Gegner eine Bedrohung für des letzteren Rücken bildete, mußte es für das Berliner Kabinett von wesentlichem Werte sein, diese Frage sobald als möglich dem Bereiche der Zweifel entrückt zu wissen. Noch hoffte Preußen auf Hannovers Neutralitätserklärung und wünschte der Notwendigkeit überhoben zu sein, durch ein rasches bewaffnetes Einschreiten die Situation nach dieser Richtung zu klären und durch militärische Maßregeln für die Sicherung seines Rückens Sorge zu tragen.

Prinz Ysenburg unterließ es daher bei jener Unterredung mit dem Grafen Platen nicht, gegenüber dessen so unbestimmter Erklärung auszuführen, wie notwendig es für Hannover erscheinen müßte, rechtzeitig der Konsequenzen eines Bruches mit Preußen sich bewußt zu werden, um nicht andernfalls über seine Regierung überraschende Ereignisse hereinbrechen zu sehen. Der Minister erwiderte, daß Hannover nicht gegen Österreich kämpfen würde, aber auch nicht gegen Preußen, und ebenso wenig mit einem dieser beiden Staaten eine Allianz zu schließen beabsichtige; überhaupt habe Preußen, wenn es von Österreich angegriffen oder durch unzweideutige Drohungen zum Kriege provoziert werden sollte, keinerlei gutwillige Unterstützung von Hannover zu erhoffen, da der König Georg niemals einen Mann gegen Österreich ins Feld rücken lassen würde. Hiermit verband Graf Platen die Erklärung, sobald in Preußen und den anderen deutschen Staaten eine Mobilmachung erfolgen sollte, würde auch Hannover zu einer Komplettierung seiner Truppen schreiten.

Noch am 26. März erstattete der hannoversche Minister seinem Monarchen über die fragliche Depesche Vortrag. Ebenso wenig für eine Unterstützung Preußens geneigt und noch minder für eine den Intentionen des Berliner Kabinetts entsprechende Bundesreform empfänglich, sah sich König Georg hiermit vor bedeutungsvolle Fragen gestellt, deren Entscheidung unter den gegebenen Verhältnissen als eine nicht unschwierige zu betrachten war. Er lehnte daher eine sofortige Beantwortung der von Preußen ventilierten Unterstützung ab, weil, wie Graf Platen noch am nämlichen Tage in amtlicher Weise dem Prinzen Ysenburg bedeutete, die

Verhältnisse zu ernst seien, um nicht die Frage noch reiflicher, als schon bis zur Stunde geschehen, in Erwägung zu ziehen.

Auch in der Depesche vom 28. März, durch welche die preußische vom 24. beantwortet wurde, behandelte Graf Platen die zur Verhandlung stehende Frage in durchaus dilatorischer Weise. Er bezeichnete es für Preußens und Hannovers Interessen als inopportun, im gegenwärtigen Stadium der Angelegenheit eine direkte Antwort zu geben, indem damit Zweifel an dem Weiterbestande des Bundes zum Ausdrucke gelangen würden, was man vermieden zu sehen wünsche. Indem die Depesche noch darauf hingewiesen hatte, daß der Bund durch seine unbeteiligten Mitglieder zu vermitteln suchen solle, schloß sie mit dem Ersuchen, der hannoverschen Regierung eine unmittelbare Erklärung auf die gestellte Frage erlassen zu wollen.

Dieser ausweichenden Antwort gegenüber mußte es für Preußen um so mehr Bedenken erregen, als die hannoversche Regierung durch Generalordre vom 28. März die Anordnung traf, daß mit der am 16. April erfolgenden Einstellung der Rekruten (deren Quote für das Infanteriebataillon auf 132 Mann sich bezifferte), der unter normalen Verhältnissen damit ausscheidende älteste (7.) Jahrgang von der Einstellung 1859 für die ganze Armee nicht zu entlassen, sondern in seinem Reserveverhältnisse zu verbleiben habe. Auch an die Artillerie und die Pioniere erging gleichzeitig der nämliche Befehl. Da die (beurlaubten) Mannschaften des 7. Jahrganges in der nur für außerordentliche Fälle einzuberufenden Kriegsreserve standen und ohnehin mit Ablauf dieses Dienstjahres ihrer Dienstpflicht vollkommen Genüge geleistet hatten, so durfte in dieser bedeutungsvollen Maßregel wohl nicht mit Unrecht eine Vorbereitung zur Kriegsbereitschaft gesucht werden. Durchaus erklärlich war es daher, wenn mit Rücksicht auf die vorangegangenen Verhandlungen der preußische Gesandte am hannoverschen Hofe, Prinz Ysenburg, sich gedrungen fühlte, dem Grafen Platen sein Befremden über jene Anordnung auszusprechen. Indem man in den leitenden hannoverschen Kreisen sich wohl bewußt war, daß jene Maßregel für Preußen der Gegenstand ernster Betrachtungen werden dürfte, eröffnete Graf Platen im Auftrage seines Königs am 2. April dem Prinzen Ysenburg, daß der fraglichen Anordnung die Absicht von Rüstungen gegen Preußen oder Österreich durchaus nicht zugrunde liege, sondern sei dieselbe nur mit

Rücksicht auf die Eventualität eines europäischen Krieges getroffen worden. Falls diese Maßregel Preußen Anlaß zum Mißtrauen geben sollte, erklärte der König Georg seine Bereitwilligkeit zur Entlassung der Reservisten am 15. April. Ebenso wenig sollte eine Verlegung der sonst im Herbste üblichen Truppenmanöver in das Frühjahr stattfinden. Graf Platen betonte zugleich, wie das hannoversche Kabinett sich wohl bewußt, seine parteilose Stellung nur durch die Enthaltung von jeder Demonstration bewahren zu können und daher alles zu vermeiden bestrebt sein würde, was eine Störung der freundnachbarlichen Beziehungen zu Preußen im Gefolge haben könnte.

Als der hannoversche Minister dem Prinzen Ysenburg jene Eröffnung machte, hatte das Berliner Kabinett bereits eine die nämliche Frage behandelnde Depesche zum Abgange gebracht. Wie zu erwarten, hatte der in Hannover erlassene Befehl zur Nichtentlassung der Kriegsreservisten bei der preußischen Regierung einen zu Bedenken berechtigenden Eindruck gemacht und zwar um so mehr, da man dieselbe mit Vorbereitungen zu einer Kriegsbereitschaft in Verbindung bringen konnte, wie sie Österreich bekanntlich in seiner Zirkulardepesche vom 16. März auch für das 10. Bundes-Armeecorps, zu welchem das hannoversche Kontingent gehörte, ventiliert hatte. Das preußische Kabinett säumte daher nicht, durch die unterm 1. April an den Prinzen Ysenburg gerichtete Depesche seine Anschauungen inbetreff jener militärischen Maßregel zu entwickeln, um sie zur Kenntnis der hannoverschen Regierung zu bringen. Auf den vom Grafen Platen früher ausgesprochenen Wunsch einer neutralen Haltung und seine ablehnende Antwort vom 28. März hinweisend, legte die neuerdings vom Berliner Kabinette ergangene Depesche dar, wie jene militärische Maßregel mit Hannovers bisheriger Haltung nicht in Übereinstimmung sich befinde und eher auf Absichten schließen lasse, welche zu ernsten Bedenken und Zweifeln berechtigten, indem es den Anschein habe, als ob Hannover für alle Eventualitäten freie Hand zu behalten wünsche. Beabsichtige es wirklich, in Neutralität zu verharren, so sei die Notwendigkeit von Rüstungen nicht abzusehen, da solche nur die Vorbereitung zu einer späteren kriegerischen Aktion bezwecken könnten. Sei einesteils keine Bürgschaft gegeben, daß diese Vorbereitungen nicht in einem preußenfeindlichen Sinne erfolgten, so wäre andernteils eine bewaffnete Neutralität Hannovers mit Rücksicht auf die aus seiner geo-

graphischen Lage für die verschiedenen Teile der preußischen Monarchie sich ergebenden Verhältnisse als eine Unmöglichkeit zu betrachten. Unter diesen leitenden Gesichtspunkten wurde dem Prinzen Ysenburg der Auftrag zuteil, dem Grafen Platen in freundschaftlichster Weise zu erklären, daß angesichts der drohenden Haltung Österreichs die Sicherheit der Monarchie die ausschließlich maßgebende Rücksicht für das preußische Kabinett sei und daher eine Erhöhung des Standes der hannoverschen Armee für den Grafen Bismarck die Veranlassung geben könne, bei seinem Könige die Ausdehnung der bisher in Preußen getroffenen Sicherheitsmaßregeln auch auf das 7. (westfälische) Armeecorps anzuregen.

Eine Ergänzung erhielt diese Depesche noch durch das am 4. April von Berlin an den Prinzen Ysenburg abgefertigte Telegramm, welches demselben die Weisung überbrachte, der hannoverschen Regierung zu eröffnen, daß Preußens Voraussetzungen bezüglich der Haltung Hannovers die Grenzen einer Neutralität nicht überschritten, daß aber die Absicht einer solchen nur dann mit Sicherheit anzunehmen wäre, wenn die hannoverschen Truppen auf ihrem bisherigen Friedensstande belassen würden.

Indem nunmehr Prinz Ysenburg jener Depesche zufolge wiederholt dem Grafen Platen erklärte, daß für eine Anerkennung der hannoverschen Neutralität die Belassung der Truppen auf dem Friedensfuße und die Entlassung der Kriegsreservisten als unabweisliche Vorbedingungen zu betrachten, gab König Georg den Wunsch zu erkennen, daß mit Rücksicht auf seine militärische Autorität als Kriegsherr Preußen die Forderung wegen Entlassung der Kriegsreservisten fallen lassen möge. Um hinsichtlich dieses Punktes zu einer Verständigung zu gelangen, empfing der König den von ihm zu jenem Zwecke eingeladenen Prinzen von Ysenburg am 5. April in Audienz. Der Monarch versicherte hierbei, daß der Zurückhaltung der Kriegsreservisten nicht im mindesten eine gegen Preußen oder Österreich und die anderen deutschen Staaten gerichtete Tendenz zugrunde liege, vielmehr sei es sein Wunsch, im Falle eines Krieges zwischen jenen beiden Großmächten und bei einer Auflösung des Deutschen Bundes Hannover in strengster Neutralität verharren zu sehen, womit er die Bitte an den König von Preußen verband, an der Nichtentlassung der Reservisten keinen Anstand nehmen zu wollen.

Infolge dieser Zusage des Königs Georg beschloß das preußische Kabinett, von seiner früheren Forderung wegen Entlassung der Kriegsreservisten Umgang zu nehmen, aber nur für die Dauer friedlicher Verhältnisse, dagegen beim Ausbruche eines Krieges die Neutralität unbedingt von der Erfüllung jenes Postulats abhängig zu machen. In der ihm am 10. April gewährten Audienz brachte Prinz Ysenburg jenen Beschluß zur Kenntnis des Königs Georg, welcher davon sehr befriedigt war und seinem aufrichtigen Dank Ausdruck gab.

Während dieser Verhandlungen mit Hannover hatte sich die Situation immer ernster gestaltet. Österreich fuhr in den Vorbereitungen zur Konzentrierung seines Heeres fort. Auch Sachsen hatte seit dem 10. März mit den ersten einleitenden Schritten zu Rüstungen begonnen; Bayern ging seit 2. April mit Pferdeankäufen vor, und fast gleichzeitig erfolgte in Württemberg eine frühere Einberufung der Rekruten. Preußen verfügte dagegen am 29. und 31. März die Augmentation der Infanterie in den zunächst der österreichisch-sächsischen Grenze gelegenen Landesteilen (12., 11., 9., 5. und 7. Division, sowie das Regiment Nr. 72) und der 4 neuen Garderegimenter auf die Bataillonsstärke von 686 Mann; die Artillerie des Garde- 3., 4., 5. und 6. Corps wurde auf Kriegsfuß gesetzt und die Festungen der Provinzen Schlesien und Sachsen erhielten die volle Kriegsbesatzung.

Am 8. April gelangte in Berlin ein vorläufig geheimes Schutz- und Trutzbündnis zwischen Preußen und Italien gegen Österreich zum Abschlusse. Für Italien wurde hierdurch die Erwerbung Venetiens in Aussicht genommen, welches Österreich angesichts der auf der apenninischen Halbinsel stattgefundenen politischen Veränderungen ohnehin nicht auf die Dauer der Zeit zu behaupten vermochte. Auch das Wiener Kabinett verschloß sich nicht dieser Überzeugung, indem es am 5. und 6. Mai in Paris zur Cession Venetiens sich bereit erklärte, falls Italien und Frankreich für den bevorstehenden Kampf Neutralität zusicherten. Indessen hatte Italien bereits Ende April mit umfangreichen Rüstungen begonnen und nötigte Österreich dadurch auch zu Kriegsvorbereitungen in dieser Richtung.

Inzwischen nahm Preußen das Bundesreform-Projekt von neuem auf, indem es am 9. April beim Bundestage den Antrag stellte, eine aus direkten Wahlen hervorgegangene Versammlung zur Beratung einer

diesbezüglichen von den Regierungen zu vereinbarenden Vorlage einzuberufen. Der Antrag wurde in der Bundestags-Sitzung vom 13. April an einen besonderen Ausschuß verwiesen. Auch Hannover gab in diesem Sinne seine Stimme ab, indem es zugleich den Wunsch aussprach, daß der Bund Österreich und Preußen dringend anempfehlen möge, vor Beginn der Verhandlungen über die Bundesreform ihre Rüstungen einzustellen. Als Hauptpunkte der anzustrebenden Bundesreform bezeichnete Preußen am 11. Mai dem zu diesem Zwecke eingesetzten Bundesausschusse: die Einführung einer Nationalvertretung, gemeinsame Gesetzgebung über Heimat, Freizügigkeit, Handels- und Verkehrswesen, ferner Gründung einer deutschen Flotte und Revision der Kriegsverfassung im Sinne einer zweckentsprechenden Zusammenfassung der deutschen Wehrkräfte und damit Erhöhung der Gesamtleistung *).

Ein Anfangs April zwischen den Kabinetten von Berlin und Wien eröffneter Depeschenwechsel wegen gegenseitiger Abrüstung führte zu keiner Verständigung, da Österreich am 4. Mai die für seinen Standpunkt vollkommen gerechtfertigte Erklärung abgab, die von Preußen geforderte Ausdehnung jener Maßregel gegenüber Italien ablehnen zu müssen.

Ebenso wenig Erfolg hatte der am 26. April dem Berliner Kabinett von Österreich gemachte Vorschlag, die Elbherzogtümer-Frage unter möglichster Berücksichtigung der preußischen Ansprüche innerhalb des bestehenden Bundesrechts zum Austrage zu bringen, andernfalls aber diese Sache dem Bunde zur Entscheidung zu überweisen. Preußen erklärte hierauf unterm 7. Mai, nur mit Österreich in jener Frage unterhandeln zu können, jede Intervention des Bundes aber zurückweisen zu müssen, indem es zugleich die Überzeugung aussprach, daß diese Verhandlungen

---

*) Schon am 18. April hatte die preußische offizielle „Provinzial-Korrespondenz" die Mitteilung gebracht, daß die von Preußen vorgeschlagene Bundesreform u. a. auch bezwecke, die militärischen Kräfte Nord- und Mittel-Deutschlands zu wirksamer That um sich vereinigen zu können, damit ihm die Möglichkeit geboten sei, die Kontingente derjenigen Staaten, welche im Bereiche seines Schutzes und seiner Machtentfaltung liegen, namentlich auch der in bunter Mannigfaltigkeit zwischen seine beiden Hälften hineingeschobenen, durch einen raschen und leichten Anschluß an die preußische Armee zur gemeinsamen Verteidigung deutschen Interesses zu verwenden. Es war damit zugleich die Erklärung verbunden, daß diese Reform den Zweck haben sollte, einen Teil der Preußen aus der Armee-Reorganisation erwachsenden Lasten auf den Bund zu übertragen.

durch eine gleichzeitige Verständigung in der angeregten Bundesreform-Frage eine wesentliche Förderung erfahren dürften. Die Verhandlungen waren jedoch bereits in einem Stadium angelangt, welches unter dem Einflusse des nahenden Sturmes stand und inmitten der kriegerischen Vorbereitungen nur zu negativen Resultaten führte.

Die gegenseitigen Rüstungen nahmen unterdessen ihren Fortgang. Nachdem Österreich mit dem 13. April die Mobilisierung seiner Feldartillerie verfügte und in den Tagen vom 25. dieses Monats bis 7. Mai zum weiteren Aufgebote der gesamten gegen Preußen bestimmten Heeresmacht schritt, erließ das letztere am 3. Mai den Befehl zur Mobilmachung für das Garde-, 3., 4., 5., 6. und 8. Corps.

Die mittlerweile in Sachsen stattfindenden Vorbereitungen zur Mobilmachung hatten Preußen veranlaßt, am 27. April eine die Abstellung dieser Maßregeln fordernde Sommation nach Dresden zu richten. Das sächsische Kabinett entgegnete (29. April) unter Hinweis auf die Geringfügigkeit jener Vorbereitungen, dieselben nur zur Abwehr und zur Erfüllung der Bundespflichten getroffen zu haben. Dagegen stellte Sachsen am 5. Mai beim Bundestage den Antrag, die preußische Regierung mit Rücksicht auf deren Rüstungen darum anzugehen, daß sie durch eine diesbezügliche Erklärung im Hinblick auf § 11 der Bundesverfassung (welcher die gegenseitige Bekriegung der Bundes-Mitglieder untersagte) volle Beruhigung gewähre. Als in der Bundestags-Sitzung am 9. Mai durch die Majorität, welcher sich auch Hannover anschloß, jener Antrag zum Beschlusse erhoben wurde, erklärte der preußische Gesandte unter Hinweis auf die Priorität der Rüstungen Österreichs und Sachsens, daß bei deren Regierungen von Bundeswegen eine Einwirkung in jenem Sinne als sachgemäß erscheinen dürfte.

Während dieser Vorgänge traf auch Hannover eine unter den gegebenen Verhältnissen ebenso bemerkenswerte wie zugleich überraschende Anordnung. Obwohl König Georg noch am 5. April dem preußischen Gesandten erklärt hatte, beim Ausbruche eines Krieges auf die strengste Neutralität sich beschränken zu wollen, erging am 5. Mai in Hannover der Befehl zur sofortigen Einberufung von drei Jahrgängen der Beurlaubten, um die sonst für den Herbst vorgesehene Exerzierzeit schon jetzt zu eröffnen. Es gelangten zur Einberufung die Jahrgänge 1861, 1862 und 1864 (allenfallsige Manquements waren aus Jahrgang 1863

zu decken), um die Compagnieen, mit Ausschluß der Chargen und der am letztvorangegangenen 16. April eingestellten Rekruten, auf den Stand von 140 Mann zu bringen. Einschließlich des Stabes und der Chargen wurden dadurch die Bataillone, abgesehen von den 132 Rekruten, auf die Stärke von 647 Kombattanten augmentiert *). Da der Feldetat des Bataillons an streitbarem Stande auf 845 Mann sich bezifferte, fehlten an demselben nach Einberufung der obigen drei Jahrgänge noch 198 Mann, hierbei ebenfalls die Rekruten nicht in Anschlag gebracht **).

Die Einberufung von drei Jahrgängen der Infanterie war somit eine sehr bemerkenswerte Maßregel, welche mit den bisher von Hannover gegen Preußen gegebenen Versicherungen nicht im Einklange stand. Der Schlüssel zur Erklärung dieses Vorganges war in den geheimen Verhandlungen zu suchen, welche inzwischen mit dem Wiener Hofe stattgefunden hatten und nicht resultatlos geblieben waren. Durch unmittelbare Handschreiben war zwischen dem Kaiser Franz Joseph und dem Könige Georg das Übereinkommen getroffen worden, beim Ausbruche des Krieges die auf 25 000 Mann veranschlagten hannoverschen Truppen mit der aus Holstein heranzuziehenden österreichischen Brigade Kalik in einem verschanzten Lager bei der Festung Stade im nordöstlichen Teile des Königreichs zu konzentrieren, wo man dieselben noch durch den Zugang von beiläufig 10 000 Freiwilligen aus Holstein zu verstärken hoffte ***).

---

*) In dieser Stärkeziffer sind für jedes Bataillon 2 Stabsoffiziere inbegriffen und der Stab eines Jägerbataillons jenem eines Linienbataillons gleichgestellt, obwohl derselbe bei dem ersteren eigentlich 9 Kombattanten (1 Regiments-Quartiermeister und 8 Musiker) mehr zählte, als bei der Linieninfanterie, da für letztere jener Offizier und die Hautboisten im Stande des hier nicht veranschlagten Regimentsstabs sich befanden. Näheres über die Organisation der hannoverschen Armee s. Abschnitt II. dieses Werkes.

**) Beim Eintreffen dieser die Einberufung der Beurlaubten verfügenden Ordre waren die sämtlichen Felddienstgewehre der Infanterie noch in einer Umänderung begriffen, worauf wir in der Folge des Näheren zurückkommen werden.

***) Bereits früher war von der österreichischen Statthalterschaft in Kiel bei hervorragenden holsteinischen Patrioten von 1850 Umfrage wegen der Aussichten für ein Aufgebot von Freiwilligen gehalten worden. Nüchtern Denkende hatten schon damals der österreichischen Regierung keine Hoffnung gemacht, daß die in Betracht

Der Oberbefehl über diese unter den Wällen jenes Platzes zu vereinigende Streitmacht sollte dem österreichischen Statthalter von Holstein, dem Feldmarschall-Lieutenant Freiherrn v. Gablenz übertragen werden *). Hannoverscherseits war der militärische Vertreter dieses Projekts, welches wir noch in der Folge zum Gegenstande unserer Betrachtungen machen werden, der Kriegsminister Freiherr v. Brandis, der hierbei sich offenbar mehr von seinen Sympathieen für Österreich, als von einer richtigen Auffassung der Dinge leiten ließ. Weitere Maßregeln zur Mobilmachung der hannoverschen Truppen waren nach Erlaß eines diesbezüglichen Bundesbeschlusses in Aussicht genommen, um dann, gestützt auf diese Anordnung, von dem Landtage die erforderlichen Geldmittel zu verlangen, da man wohl überzeugt war, einen nur aus der Initiative der Landesregierung hervorgegangenen Antrag durch die Volksvertretung abschläglich beschieden zu sehen.

In Verbindung mit dem Plane, die Armee im nordöstlichen Teile des Königreichs zu konzentrieren, gingen seit Ende April große Transporte von Decken, Zeltgerätschaften, Munitionsvorräten und Infanteriegewehren (man sprach von 10 000 Stück) nach Stade, was sich nicht verheimlichen ließ und durch verschiedene norddeutsche Zeitungen zur allgemeinen Kenntnis gelangte.

Ferner wurde Anfangs Mai der Chef des hannoverschen Generalstabes, General-Lieutenant v. Sichart, mit einer Rekognoszierung des Gebiets um Stade beauftragt.

Die hannoversche Politik steuerte in einer unheilvollen Strömung.

---

gezogene Zahl erreicht werden dürfte; vielmehr glaubten die befragten Patrioten kaum für 5000 Mann bürgen zu können. Die hannoversche Regierung stand den Vorbereitungen für dieses Freiwilligen-Aufgebot ferne.

*) Wenn Klopp in seinen „Rückblicken auf die preußische Annexion“, S. 27 ff., es als einen Irrtum bezeichnet, daß Hannover jenen Plan gehabt hätte, so erhellt daraus seine Unkenntnis der diesbezüglichen Verhandlungen. — Auch Meding meint in seinen „Memoiren“, Bd. II, S. 68, nicht bestimmt genug versichern zu können, daß König Georg vom ersten Augenblick an die österreichischen Bündnisvorschläge auf das allerentschiedenste zurückwies, da er die Notwendigkeit der von Preußen gewünschten Neutralität anerkannte. Diese Ausführungen Medings stehen mit den thatsächlichen Verhältnissen in grellstem Widerspruche. — Ob Österreich schon damals Hannover Verheißungen von Gebietserweiterungen machte und ihm bei der beabsichtigten Bundesreform eine bevorzugte Stellung zusicherte, wie es später geschah, mag dahin gestellt bleiben.

Indem König Georg mehr den Gefühlen seiner Abneigung gegen Preußen, als den Erwägungen einer besonnenen Politik Raum gab, reichte er Österreich, das um die Werbung von Bundesgenossen bemüht, die Hand zum Kampf gegen das mächtige Nachbarreich.

Als Hannover am 5. Mai zur Einberufung von drei Jahrgängen der Infanterie schritt, konnte es nach den vorangegangenen Verhandlungen eine Motivierung dieser Maßregel gegenüber Preußen nicht umgehen. Prinz Ysenburg war überrascht, als ihm Graf Platen eröffnete, daß die sonst in den Herbst fallende Exerzierzeit schon im Mai beginnen sollte, was der Letztere damit zu begründen suchte, daß der König Georg jene Maßregel für notwendig befunden, weil unter den damaligen Zeitverhältnissen leicht einmal die Ruhe in seinem Lande gestört werden könne, weshalb er etwas mehr Soldaten zur Disposition haben wolle. Prinz Ysenburg berichtete diese militärische Maßregel noch am 5. Mai nach Berlin und wies darauf hin, daß durch die Einberufung der drei Jahrgänge der Stand der hannoverschen Bataillone auf 560 Mann erhöht würde.

Wahrscheinlich hatte man am hannoverschen Hofe die obige Motivierung, welche Graf Platen dem preußischen Gesandten gegenüber für jene Maßregel geltend gemacht hatte, nachträglich als eine nicht glücklich gewählte erachtet, denn bereits am 6. Mai berichtete Prinz Ysenburg nach Berlin, daß man nunmehr die Verlegung der Exerzierzeit damit zu begründen suche, weil in diesem Jahre die Ernte früher als gewöhnlich zu erwarten sei.

War Preußen geneigt gewesen, eine friedliche Neutralität Hannovers zu respektieren, so mußte sein Vertrauen auf eine parteilose Haltung dieses Landes in dem drohenden Kriege durch die mehrerwähnte Einberufung der Beurlaubten erschüttert werden. Eine bewaffnete Neutralität Hannovers erachtete das Berliner Kabinett, wie es bereits in seiner Depesche vom 1. April dargelegt hatte, mit Rücksicht auf die geographische Lage jenes Landes als unmöglich, da Preußen in diesem Falle nicht nur seinen Rücken, sondern auch die Verbindung zwischen seinen östlichen und westlichen Provinzen bedroht gesehen hätte. Es wurde daher am 7. Mai die Mobilmachung des 7. (westfälischen) Armeecorps beschlossen und der Gesandte am hannoverschen Hofe noch am nämlichen Tage von dieser Verfügung durch ein Telegramm des Ministerpräsidenten Grafen Bismarck

in Kenntnis gesetzt*). Die Situation Hannover gegenüber bedurfte einer baldigen Klärung. Graf Bismarck säumte daher nicht, in einer unterm 9. Mai an den Prinzen Ysenburg gerichteten Depesche die Stellung Hannovers zu Preußen einer eingehenden Erörterung zu unterziehen, womit der Auftrag für den Gesandten verbunden war, die Zurücknahme der hannoverschen Rüstungsmaßregeln zu verlangen und die Anfrage an das dortige Kabinett zu richten, ob dasselbe zum Abschlusse eines Neutralitätsvertrags bereit sei. Prinz Ysenburg wurde ausdrücklich angewiesen, den Ernst der Lage an der Hand jener Depesche nicht nur dem Grafen Platen zu vergegenwärtigen, sondern sich im Sinne derselben auch gegen den König von Hannover selbst auszusprechen. Der in Frage stehende Erlaß lautete wie folgt:

„Berlin, den 9. Mai 1866.

„Mein gestriges Telegramm hat Ew. pp. schon den von Seiner Majestät dem Könige, unserm Allergnädigsten Herrn, gefaßten Beschluß der Mobilmachung des VII. (westfälischen) Armeecorps angekündigt und Ihnen zugleich mitgetheilt, daß das Motiv dazu in der Feindseligkeit Hannovers liegt, welche die neueste Maßregel durchblicken läßt, und welche uns nöthigt, auf unsere Sicherheit auch an einer Seite Bedacht zu nehmen, von welcher wir bisher hoffen durften, uns nicht für bedroht erachten zu müssen.

„Durch diese neueste Haltung Hannovers hat sich die Situation wesentlich verändert.

„Wir hatten, wie Ew. pp. bekannt ist, die Absicht, uns mit Hannover über die Bewahrung der Neutralität zu verständigen. Es würde sich daran die Aussicht auf eine befriedigende Gestaltung der Verhältnisse zwischen uns und Hannover für alle Eventualitäten, welche die Zukunft bringen konnte, geknüpft haben. Aber es war dabei vorausgesetzt, wie ich auch dies Ew. pp. schon früher ausgesprochen —, daß diese Neutralität keine bewaffnete sei, und daß die Haltung Hannovers uns die Bürgschaft dafür geben würde, daß wir Hannover nicht unter unseren Gegnern sehen könnten.

---

*) Am 7. Mai erhielt auch das preußische Corps in Schleswig den Befehl zur Mobilmachung.

„Die friedliche Neutralität konnte uns genügen; die bewaffnete Neutralität ist, bei der geographischen Lage Hannovers, für uns eine Bedrohung, gegen die wir uns in Verfassung setzen müssen.

„Wir sehen eine Anzahl deutscher Regierungen, welche sonst gewohnt sind, kaum ihren Bundespflichten in militärischer Bereitschaft zu genügen, sobald es sich um die Möglichkeit einer Aktion gegen Preußen handelt, ihre Armee verstärken und sich zur aktiven Teilnahme am Kriege rüsten, während sie zugleich noch immer daran festhalten, daß der Art. XI. der Bundes-Akte eine hinreichende Schutzwehr gegen den Krieg darbiete. Sachsen hat sogar mitten in seinen Rüstungen, gegen welche wir selber uns defensiv zu verhalten erklärten, eine Intervention des Bundes angerufen. Alle diese Kriegsvorbereitungen geschahen im Anschluß an die österreichischen Rüstungen und sind gewissermaßen die Ausführung der von Österreich in der Depesche vom 16. März, welche angeblich zuerst keinen Anklang gefunden, beantragten Maßregeln. Wir würden daher viel eher in der Lage sein, beruhigende Erklärungen vom Bunde zu verlangen, als zu geben; aber wir müssen leider, wenn die in diesen übereinstimmenden Rüstungen sich unverhohlen kundgebende feindselige Tendenz das Übergewicht erhält, zu der Überzeugung gelangen, daß der Bund keinen Schutz, sondern nur Gefahren für Preußen bietet.

„Entscheidend für die Frage, ob unser Verhältniß zum Bunde wirklich diesen Charakter annimmt, ist die Stellung Hannovers. Wir können die Rüstungen der übrigen deutschen Staaten, selbst die des benachbarten Sachsens, ertragen und eine, wenn auch vorsichtige und unsere Sicherheit im Auge behaltende, doch abwartende Stellung dazu einnehmen, weil auch Sachsen noch außerhalb unserer nächsten militärischen Linie liegt. Anders ist es mit Hannover. Es ist unnöthig, ein Wort weiter darüber zu verlieren, wie sich die Situation in militärischer Hinsicht gestaltet, wenn wir Hannover unter die Zahl unserer Gegner rechnen müssen.

„Ich will nur auf die politischen Folgen dieser Situation hinweisen.

„Ew. pp. kennen die Gesinnungen Sr. Majestät des Königs zu gut, als daß ich Ew. pp. nochmals zu versichern brauchte, daß Allerhöchstderselbe niemals die Absicht gehabt hat, die Souveränetät der deutschen Fürsten anzutasten oder zu gefährden. Auch bei der gegenwärtig beab-

sichtigten Reform der Bundesverfassung war Se. Majestät von denselben Rücksichten geleitet; und die vertrauliche Äußerung über unsere Zwecke und Ziele bei derselben, welche wir unsern Bundesgenossen schon im voraus zukommen zu lassen keinen Anstand genommen haben würden, hätte sie überzeugen müssen, wie geneigt wir waren, die Vorschläge zu einer Reform auf das bescheidenste Maß zu beschränken, welches das Bedürfniß der allgemeinen deutschen Interessen, in der Wehrhaftigkeit nach außen und der Entwickelung der Wohlfahrt nach innen, zu einer gebieterischen Nothwendigkeit machten.

„Wenn wir aber jetzt auch bei denjenigen Regierungen, welche die Natur der Dinge und das Verhältnis der geographischen Lage zu unseren natürlichen Bundesgenossen, ebenso sehr in ihrem eigenen wie in unserem Interesse, machen sollten, einer feindseligen Tendenz begegnen, die unsere eigene Sicherheit gefährdet, so kann es nicht ausbleiben, daß wir jede andere Rücksicht dem Bedürfniß der Selbsterhaltung unterordnen. Se. Majestät der König darf und wird alsdann keinen anderen Beweggrund anerkennen, als die Pflichten gegen sein Land; und selbst die Rücksicht auf einen ihm so nahe stehenden Monarchen, wie der König von Hannover, wird dagegen zurücktreten. Es hätte in der Hand der hannoverschen Regierung gelegen, durch einen entschiedenen Anschluß an uns oder wenigstens durch eine wirkliche und loyale Neutralität uns die Möglichkeit zu geben, seine Interessen mit den unserigen zu vereinigen. Wenn sie statt dessen vorzieht, durch ihre Haltung den letzten und entscheidenden Druck auf uns auszuüben und uns dadurch zu zwingen, nur noch unsere Sicherheit zu Rathe zu ziehen, und auch auf dem Gebiete deutscher Reformbestrebungen jede Rücksicht auf bisher gemeinsame Prinzipien fallen zu lassen, so müssen wir ihr die ganze Verantwortlichkeit für die unausbleiblichen Folgen zuschreiben. Der König Georg wird sich sagen müssen, daß es gerade die unerwarteten Entschließungen Hannovers sein werden, welche die deutsche Reformbewegung aus den bescheidenen Bahnen werfen, die sie nach den Intentionen des Königs, u. a. H., innehalten sollte, und die sie verlassen muß, wenn Preußen sich ihrer als Vertheidigungswaffe gegen drohende Vergewaltigung durch seine Bundesgenossen zu bedienen gezwungen wird. Ich muß es im Interesse unserer gegenseitigen Beziehungen beklagen, daß die Haltung Hannovers uns genöthigt hat, gegen unsere ursprüngliche Absicht die ganze Armee mobil zu machen;

je ernster aber die Complicationen werden, um so weniger wird es noch in unserer Macht liegen, die weiteren Folgen zu verhindern.

„Ich habe Ew. pp. ergebenst zu ersuchen, Sich im Sinne dieser Depesche mit aller Entschiedenheit gegen den Grafen v. Platen und, wenn Ihnen die Gelegenheit geboten werden sollte, auch gegen Se. Majestät den König von Hannover auszusprechen, und über die Alternative, zwischen denen die hannoversche Regierung vielleicht jetzt noch im letzten Augenblick zu wählen hat, keine Zweifel zu lassen.

„Ew. pp. wollen dabei die Zurücknahme der angeordneten Rüstungen ausdrücklich verlangen und an den Herrn Minister die Anfrage richten, ob die Königlich hannoversche Regierung bereit sei, mit uns einen Vertrag über Bewahrung der Neutralität abzuschließen?

„Wenn wir für dieses billige und durch die Natur der Verhältnisse gebotene Anerbieten einer Weigerung begegnen, so müssen wir dadurch diejenige Stellung, welche wir bisher unsern Genossen im Bunde gegenüber bewahrt haben, als fernerhin unhaltbar geworden ansehen. Wir können dann in dem Bundesverhältniß nicht mehr die Erfüllung seines ersten und eigentlichen Zweckes, nämlich des Schutzes für die Sicherheit der Bundesstaaten, sondern nur eine Bedrohung und Gefährdung der letzteren erkennen; es fallen dann selbstverständlich mit dem Zwecke des Bundes für uns auch alle daraus hervorgehenden Verpflichtungen weg, und wir werden unsere Stellung nur noch als europäische Macht nehmen und unsere Action danach abmessen dürfen.

(gez.) Bismarck.

Seiner Durchlaucht
dem Prinzen zu Ysenburg
Hannover."

Bevor noch diese Depesche zur Kenntnis der hannoverschen Regierung gelangte, war seitens der letzteren durch die Generalordre vom 9. Mai auch für die Artillerie und das Ingenieurcorps der unverzügliche Anfang der Exerzierzeit angeordnet worden. Während dieselbe sonst für das Ingenieurcorps im August zu beginnen pflegte, nahm sie für die Fußartillerie Mitte Juli, für die reitenden Batterieen mit dem 1. August ihren Anfang, womit zugleich die Schießübung verbunden war. Jedem der drei Artillerie-Bataillone, von welchen zwei in Hannover und eins

in Stade garnisonierten, wurde damit, wie es im Frieden der Fall, das Material einer gezogenen Sechspfünder-Batterie mit 90 königlichen Dienstpferden zur Verfügung gestellt, so daß 6 Geschütze und die gleiche Anzahl Munitionswagen bespannt werden konnten. Mit dieser Batterie übten die einzelnen Compagnieen (deren jedes Bataillon vier hatte) der Reihenfolge nach je auf die Dauer von vier Wochen. Vermöge der oben erwähnten Verordnung begann bei der Fußartillerie in deren Garnisonen mit dem 12. Mai diese Exerzierzeit.

Die beiden reitenden Compagnieen, deren Stabsquartier und Übungsplatz Wunstorf war und welche außer den Offizierspferden einen Stand von 90 königlichen Dienstpferden hatten, pflegten für die Exerzierzeit in der Regel nur ihre 6 Geschütze zu bespannen, aber keine Munitionswagen, da sie der hierzu erforderlichen Zugpferde ermangelten. Für die diesmalige Exerzierzeit wurden indessen jeder Batterie 2 mit scharfer Munition gefüllte Munitionswagen zugeteilt und dagegen nur 4 Geschütze bespannt, deren Protzen ebenfalls mit scharfer Munition bepackt waren. Beide reitende Batterieen begannen gleichzeitig mit dem 12. Mai in Wunstorf ihre Exerzitieen.

Die jeweils übenden Compagnieen zogen hierzu die sonst übliche Anzahl von Beurlaubten ein, welche nach Abschluß des in dem vorliegenden Falle auf einen Monat bemessenen Übungskursus der Batterie eigentlich wieder entlassen zu werden hatten.

Zugleich erhielten die Übungsbatterieen den Befehl, die scharfe Munition vorkommenden Falls auch nach auswärts mitzuführen, um angeblich jeder Zeit und überall die vorgeschriebene Schießübung abhalten zu können.

Die 2 Pionnier-Compagnieen, für welche die Exerzierzeit mit dem 15. Mai begann, beriefen hierzu die vorschriftsmäßige Anzahl von Urlaubern auf 8 Wochen ein, so daß die Compagnie einschließlich der Rekruten beiläufig 97 Unteroffiziere und Pioniere zählte. Dieselben übten zunächst in ihrer Garnison Hannover.

Nur für die Reiterei griffen in dieser Beziehung keine Ausnahmsmaßregeln Platz, indem dieselbe, den bestehenden Vorschriften gemäß, ohnehin schon bis spätestens zum 1. April ihre mit dem Pferde Beurlaubten *)

*) Auf die eigentümliche Organisation der hannoverschen Kavallerie werden wir in Abschnitt II. zurückkommen.

einzuziehen hatte, da mit dem 1. Mai das Eskadronsexerzieren seinen Anfang nahm, an welches sich die Konzentrierung des Regiments zu dem mit dem 1. Juni beginnenden Regimentsexerzieren schloß. Für die Erhöhung der Felddiensttüchtigkeit der Kavallerie geschah daher vorläufig weiter nichts, als daß die Regimenter Mitte Mai angewiesen wurden, ihre vierjährigen Remonten (etwa 35 für ein Regiment) mit Vorsicht anzureiten.

Die somit bei der Fahne befindlichen hannoverschen Truppen bezifferten sich auf mindestens 16000 Mann, ohne die seit 16. April eingezogenen Rekruten der Infanterie. Die letzteren gleichfalls in Anschlag gebracht, erhöht sich die Gesamtstärke auf 19000 Mann, während die Armee auf Kriegsfuß beiläufig 26000 Mann zählte.

Indessen sollte Preußens entschiedene Haltung, welche in der Depesche vom 9. Mai zum Ausdrucke gelangte, nicht ohne Einfluß auf die leitenden hannoverschen Kreise bleiben und bewog den König Georg, auf Sonntag den 13. Mai mittags einen Ministerrat nach Herrenhausen zu berufen, zu welchem überdies noch mehrere mit dem Vertrauen des Monarchen beehrte Persönlichkeiten beigezogen wurden.

Unter dem Vorsitze des Königs, welcher vom Kronprinzen begleitet wurde, waren demzufolge sämtliche Minister versammelt und außerdem noch anwesend der General-Adjutant General-Lieutenant v. Tschirschnitz, der General der Infanterie a. D. Jacobi (früher Kriegsminister), der Commandeur der Kavalleriedivision General-Lieutenant Gebser, ferner der in wichtigen Angelegenheiten bisher stets befragte Staatsrat Zimmermann (Ministerresident in Hamburg) und der Geheime Rat Lex als Protokollführer.

Die Beratung wurde durch eine Ansprache des Königs eröffnet, in welcher derselbe gegenüber der zunehmenden Spannung der beiden deutschen Großmächte auf die daraus für Hannover erwachsende schwierige Lage hinwies und der Befürchtung Ausdruck gab, das Land, wenn es sich nicht auf die Seite Preußens stelle, von demselben feindlich behandelt zu sehen. Der König erklärte, daß die Politik seines Hauses zu einem Anschlusse an Österreich führe, was man in Wien wohl zu würdigen wisse, und eröffnete hiermit zugleich der Versammlung, daß er durch unmittelbare Handschreiben mit dem Kaiser von Österreich das Übereinkommen getroffen, im Falle eines wider Preußen ausbrechenden Krieges

die in Holstein verbliebene Brigade Kalik mit seinen Truppen unter dem Oberbefehle des Generals von Gablenz in einem verschanzten Lager bei Stade zu vereinigen. Dagegen habe die preußische Regierung neuerdings die Geneigtheit zu erkennen gegeben, für den Kriegsfall einen Neutralitätsvertrag mit Hannover abschließen zu wollen. Ob auf letzteres Anerbieten einzugehen oder ob bei der Vereinbarung mit Österreich zu beharren, darüber wünschte der König die Meinung der Versammlung zu vernehmen.

Nach dieser Einleitung referierte der Staatsrat Zimmermann aus den diesbezüglichen Akten und sprach für seine Person die Überzeugung aus, daß der Abschluß eines Neutralitätsvertrages mit Preußen als ratsam zu erachten sei.

Der König forderte nunmehr die Anwesenden der Reihe nach einzeln zur Darlegung ihrer Ansichten auf.

Der Kriegsminister Freiherr v. Brandis erklärte, Verhandlungen wegen der Neutralität zwar nicht perhorreszieren zu wollen, meinte aber, daß man, wenn nicht durchaus ehrenvolle Bedingungen zu erzielen, die Aufnahme des Kampfes gegen Preußen nicht zu scheuen brauche. Auf das schon vom Könige besprochene Projekt eingehend, entwickelte der Minister, wie durch die Vereinigung der 25 000 Mann starken hannoverschen Armee mit den 5000 Mann der österreichischen Brigade Kalik und 10 000 Holsteinern, für welche Uniformen und Waffen in Bereitschaft lägen, eine auf 40 000 Mann sich beziffernde Streitmacht in einem bei Stade anzulegenden verschanzten Lager zur Aufstellung gelangen könnte. Als Beispiel für die rasche Herstellung derartiger Befestigungen wies er auf die Verteidigung von Sebastopol im Krimkriege hin und gab der Überzeugung Ausdruck, daß eine 40 000 Mann starke Armee in dem verschanzten Lager es mit den Streitkräften, welche Preußen für diesen Teil des Gesamt-Kriegsschauplatzes verfügbar blieben, mit Erfolg aufzunehmen vermöchte.

Indessen sprachen sich alle übrigen zu dieser Versammlung berufenen Ratgeber für die Neutralität aus, obwohl mehrere nur unter der Voraussetzung, daß der betreffende Vertrag durchaus ehrenvolle Bedingungen gewähren und Hannovers Unabhängigkeit verbürgen müsse. Insbesondere befürwortete der Minister Bacmeister die Neutralität als eine unbedingte Notwendigkeit.

Auch der General Jacobi, als der zuletzt Befragte, warnte in eindringlicher Weise vor einer kriegerischen Politik gegen Preußen und unterzog das Stader Projekt einer abfälligen Beurteilung. Indem er auf die mangelnde Kriegsbereitschaft der hannoverschen Armee hinwies, welcher es für längere Kämpfe selbst an Munition gebrechen dürfte, war er von der Unmöglichkeit eines erfolgreichen Widerstandes gegen Preußen überzeugt. Er führte aus, wie die letztere Macht, bereits gerüstet, mit dem Übergange der hannoverschen Armee auf den Kriegsfuß sofort die Feindseligkeiten eröffnen und zur Occupation des Landes schreiten würde, welche bei der geographischen Lage Hannovers gleichzeitig von Münster, Minden, Magdeburg und Hamburg erfolgen könne. Da die Situation Preußen nötige, zur Sicherung seines Rückens die Entscheidung gegen Hannover zu beschleunigen, so erscheine es sehr zweifelhaft, ob die noch im Lande zerstreuten hannoverschen Truppen sämtlich rechtzeitig ihre Vereinigung mit den Österreichern bei Stade bewerkstelligen dürften. Auf das holsteinische Aufgebot meinte General Jacobi keinen Wert legen zu sollen, denn, falls auch die präsumierte Ziffer von 10 000 Freiwilligen erreicht würde, müßten dieselben zunächst organisiert und mit Offizieren sowie Unteroffizieren beteilt werden, was mit nicht unwesentlichen Schwierigkeiten verbunden und mehr Zeit erfordere, als der Gang der Ereignisse gestatten würde. Zudem dürfe eine preußische Occupation Holsteins nicht außer Betracht bleiben, da Preußen bereits Truppen in Schleswig habe und in zwei bis drei Tagen noch weitere 10 000 bis 15 000 Mann von Berlin nach Hamburg dirigieren könne. Indem der General Jacobi des weiteren auf den mit wesentlichen Mängeln behafteten und vernachlässigten Zustand der Festung Stade hinwies, sprach er die Überzeugung aus, daß die dort konzentrierte Armee binnen kurzem zur Kapitulation gezwungen sein dürfte, da der Feind alsbald mit genügenden Streitkräften vor dem Platze erscheinen würde, bevor noch die Vollendung der projektierten Verschanzungen gelungen wäre. Indem der General somit das Stader Projekt perhorreszierte, glaubte er dagegen, falls man Widerstand zu leisten entschlossen sein sollte, eine Konzentrierung der Armee bei Göttingen für ratsamer zu erachten, um eine gemeinsame Thätigkeit mit den kurhessischen Truppen anzustreben, einen Plan, welchen der anwesende Graf Platen jedoch als unmöglich bezeichnete. Aber auch der General Jacobi konnte in

unbefangener Würdigung der Situation nur dringend zur Neutralität raten.

Die deutschen Bundesverhältnisse bildeten bei diesen Beratungen nicht den Gegenstand der Erwägung.

Nachdem der Kronprinz ebenfalls sein Votum für den Abschluß eines Neutralitätsvertrags abgegeben hatte, beschloß der König, zu diesem Zwecke Verhandlungen mit Preußen zu eröffnen und abzuwarten, ob dasselbe annehmbare Bedingungen stellen würde. Zugleich erhielt der Minister der Auswärtigen Angelegenheiten den Auftrag zum Entwurfe einer an den hannoverschen Gesandten in Berlin zu richtenden Depesche, zu deren Beratung die Anwesenden für den nächsten Tag abermals nach Herrenhausen entboten wurden. Auch das Konzept eines Schreibens an den Kaiser von Österreich sollte in dieser Sitzung zur Vorlage gebracht werden, in welchem unter Hinweis auf die Ratsamkeit der Neutralität die Notwendigkeit des Rücktritts von dem getroffenen Übereinkommen dargelegt wurde.

Graf Platen setzte noch am 13. nachmittags den preußischen Gesandten von diesem Ergebnisse der stattgefundenen Beratungen in Kenntnis, und auf seinen Wunsch telegraphierte Prinz Ysenburg nach Berlin, daß „Hannover bereit sei, inbezug auf seine Neutralität im Falle eines Krieges zwischen Preußen und Österreich und eines damit zusammenhängenden Zerfalls des Bundes sofort in Verhandlungen zu treten". Eine diesbezügliche Erklärung sollte folgen und durch den hannoverschen Gesandten am Berliner Hofe, v. Stockhausen, dem dortigen Kabinette überreicht werden. Zugleich hatte Graf Platen den Wunsch ausgesprochen, daß die fraglichen Verhandlungen in Hannover geführt würden und daß man in Berlin wegen Abhaltung der anbefohlenen vierwöchentlichen Truppenübungen weiterer Bedenken sich entschlagen möchte. Noch am nämlichen Tage (13.) erging aus Berlin die telegraphische Antwort an den Prinzen Ysenburg, daß auch die preußische Regierung zu Verhandlungen bereit sei.

Am 14. Mai trat, wie anbefohlen, unter dem Vorsitze des Königs der Konseil wiederum in Herrenhausen zusammen, indem dieses Mal auch der früher als Gesandter am englischen Hofe beglaubigt gewesene Geheime Rat Graf Kielmannsegge zu denselben entboten worden war.

Indem der König die Situation einer nochmaligen Betrachtung unterzog, äußerte er, daß man kühne Politik oder eine vorsichtige treiben könne; er sei für eine kühne Politik. Als Graf Kielmannsegge darauf entgegnete, daß dann aber sofort zur Mobilmachung der ganzen Armee geschritten werden müsse, erklärten dies die Minister ohne vorherige Bewilligung der dazu erforderlichen Geldmittel durch die Stände als nicht möglich; eine solche Zustimmung sei jedoch nicht zu erhoffen. Mit Rücksicht auf diese Bemerkung betonte der König, daß der Bundestag die Mobilmachung beschließen müsse und man dann die Stände nicht brauche.

Der dem königlichen Befehle zufolge ausgearbeitete und jetzt der Versammlung zur Begutachtung vorgelegte Entwurf der nach Berlin zu richtenden Depesche war aus der Feder des Staatsrats Zimmermann hervorgegangen. Indem in demselben die Bereitwilligkeit zur Eröffnung von Neutralitätsverhandlungen, jedoch unter Wahrung des Standpunktes der Bundespflichten, erklärt wurde, erging sich der sechs Seiten lange Entwurf, der Richtung seines Verfassers entsprechend, in weitläufigen Deduktionen aus dem Staatsrechte des Deutschen Bundes und war überhaupt, abgesehen von seiner großen Ausdehnung, viel zu juristisch abgefaßt.

Als der Entwurf zur Beratung gestellt wurde, erbat sich der Minister Bacmeister das Wort, um unter Hinweis auf dessen eben besprochene Mängel sich auch heute entschieden für die Neutralität auszusprechen. Er glaubte, die Beschleunigung der diesbezüglichen Verhandlungen dringend anempfehlen zu sollen, damit es andernfalls nicht wie mit den Sybillinischen Büchern ginge, welche mit jeder Verzögerung teuerer erkauft werden mußten.

Der heute zum erstenmale anwesende Graf Kielmannsegge erklärte sich gleichfalls unumwunden für die Neutralität und sprach insbesondere sein Einverständnis mit den am vorhergehenden Tage vom General Jacobi dargelegten Anschauungen aus.

Als der König bemerkte, daß die Bedingungen der Neutralität jedoch ehrenvolle sein müßten, entgegnete Graf Kielmannsegge, wenn man der Übermacht einer brutalen Gewalt weiche, könne darunter nie die Ehre leiden.

Während einer Pause der Verhandlungen hatte sich der Minister

Bacmeister in das Vorzimmer begeben und dort den Entwurf zu einer Note konzipiert, welcher, jetzt der Versammlung vorgelegt, mehr Anklang fand, als der vom Staatsrat Zimmermann verfaßte. Mit Genehmigung des Königs wurde zur Abstimmung über den Bacmeisterschen Entwurf geschritten und derselbe mit einigen unwesentlichen Modifikationen von der Versammlung gebilligt.

Nachdem der König verfügt hatte, diese unten wörtlich wiedergegebene Depesche unverzüglich nach Berlin zum Abgange zu bringen, wurde nunmehr auf seinem Befehl auch der Entwurf des Schreibens an den Kaiser von Österreich der Versammlung vorgelegt. Dasselbe führte die Notwendigkeit einer neutralen Haltung Hannovers aus, da man nach dem Urteile der zu Rate gezogenen Generale erfolgreichen Widerstand zu leisten nicht in der Lage sei, indem sich dem Feinde die Möglichkeit biete, von verschiedenen Punkten aus gleichzeitig in das Land einzudringen. Am Schlusse des Schreibens wurde jedoch dem Kaiser die Zusicherung erteilt, daß der König bestrebt sein würde, auf den ungefährdeten Abzug der Brigade Kalik aus Holstein Bedacht zu nehmen.

Auch dieses Schreiben wurde zur Abstimmung gebracht und dasselbe mit einigen stilistischen Abänderungen von geringem Belange angenommen, worauf der König erklärte, dasselbe sofort durch einen besonderen Kurier nach Wien überbringen lassen zu wollen.

Damit wurden die Beratungen der Versammlung geschlossen.

Die aus ihrem Schoße hervorgegangene und an den hannoverschen Gesandten in Berlin, v. Stockhausen, gerichtete Depesche lautete wie folgt:

„Hannover, den 14. Mai 1866.

„Hochwohlgeborener Herr!

„Durch die Güte des Prinzen Ysenburg ist mir mündlich eine Mittheilung gemacht worden, welche die Haltung Hannovers in dem gegenwärtigen Streite Österreichs und Preußens und die Stellung betrifft, welche Preußen dieserhalb nehmen werde.

„Die Königliche Regierung hat bis jetzt dem Gedanken nicht Raum gegeben, daß zwischen Österreich und Preußen, in welchen sie die wesentlichsten Stützen deutscher Wohlfahrt und deutschen Friedens erkannt hat,

in Wirklichkeit ein Krieg ausbrechen könne. Sie hat der Weisheit und der Mäßigung der Beherrscher jener Reiche zuversichtlich vertraut, daß sie einen friedlichen Weg finden würden, auf welchem aus den augenblicklich obwaltenden Zerwürfnissen herauszutreten sei. Sie hat daher, weil sie den Eintritt eines Krieges für nahezu unmöglich erachtete, ihrerseits auch noch keine Maßregeln getroffen, welche auf den Fall eines Krieges berechnet wären.

„Wird ihr aber jetzt die Frage gestellt, wie sie sich alsdann, wenn das traurige Schicksal eines Krieges zwischen Österreich und Preußen gegen alle ihre Erwartung doch einträte, verhalten wolle, so kann sie darauf nur die Antwort ertheilen, daß sie für diesen Fall, wo die Grundsätze des deutschen Bundesrechts ihre thatsächliche Geltung nicht mehr finden würden, neutral bleiben will, da Neutralität in einem solchen Falle den Verhältnissen und Interessen des Landes am besten entspricht, während sie anderseits hofft, daß ihre Neutralität streng geachtet wird. Sie ist daher gern bereit, über die Bewahrung der Neutralität mit der Königlich preußischen Regierung sofort in die angebotenen Unterhandlungen zu treten.

„Ew. pp. wollen dem Grafen Bismarck diese Depesche vorlesen und ihm Abschrift hinterlassen, falls er es wünscht.

„Empfangen pp.

(gez.) Platen-Hallermund.

Seiner

des Herren v. Stockhausen Hochwohlgeboren,

Berlin."

Im Besitz dieser Eröffnungen des hannoverschen Kabinetts erklärte sich die preußische Regierung wiederholt zur Führung der gewünschten Unterhandlungen in Hannover bereit und erteilte unterm 17. Mai dem Prinzen Ysenburg den Auftrag, über die Basis zum Abschlusse des Neutralitätsvertrages eine gegenseitige Verständigung zu erzielen. Als maßgebende Grundzüge für dieselbe verlangte das Berliner Kabinett von Hannover die Zurückführung des Präsenzstandes seiner Truppen auf die vor der Exerzierzeit bestandene Stärke und die Zusage seiner von Preußen zu respektierenden Neutralität, wobei der letzteren Macht die

Benutzung der ihr vertragsmäßig durch das Königreich zugestandenen Etappenstraßen gesichert bleiben sollte *).

Die nunmehr von dem preußischen Gesandten mit dem Grafen Platen eingeleiteten Unterhandlungen gaben jedoch bald zu begründeten Zweifeln Anlaß, ob Hannover von dem aufrichtigen Bestreben zur Erzielung eines gegenseitigen Einverständnisses geleitet wurde. Graf Platen wünschte, den Neutralitätsvertrag nur für die Eventualität des aus einem inneren Kriege Deutschlands hervorgehenden Zerfalls des Bundes abgeschlossen zu sehen. Er beharrte bei der Forderung, daß es Hannover unbenommen bleiben sollte, vor Eintritt jener Eventualität einer vom Bundestage angeordneten Mobilmachung des Bundesherres auch für sein Kontingent Folge zu geben, ein Postulat, welches Preußen unbedingt ablehnen mußte, weil eine Rüstung Hannovers im Verein mit den übrigen Bundesstaaten viel größere Gefahren für jenes im Gefolge hatte, als eine isolierte Kriegsvorbereitung. Ferner verlangte Hannover, daß die einmal begonnene Exerzierzeit ausgehalten werde, ebenso wie es die Integrität seiner Souveränität gewahrt wissen wollte. Prinz Ysenburg

---

*) Wie Meding in seinen „Memoiren", Bd. II, S. 85 ff. mitteilt, wünschte der König Georg hinsichtlich einer neutralen Haltung in Gemeinschaft mit Kurhessen zu handeln. Meding wurde zu diesem Zwecke am 16. Mai mit einem diesbezüglichen Schreiben des Königs an den Kurfürsten von Hessen nach Kassel entsendet. Um die Aufgabe dieser Mission gegen Österreich zu verhüllen, gab man an, daß es sich um einen Vertrag wegen der Reuterschen Telegraphencompagnie handle. Obwohl die Hofkreise in Kassel mit Österreich sympathisierten, fand Meding doch den Minister Abée von der Überzeugung durchdrungen, daß für das Kurfürstentum die Neutralität der einzige Weg der Rettung sei. Auch der Kurfürst schien sich, wie Meding berichtet, jener Auffassung nicht zu verschließen, als vom Wiener Hofe die Anzeige nach Kassel gelangte, daß der Oberst Graf Wimpffen mit einer besonderen Mission des Kaisers von Österreich eintreffen und gleichzeitig Prinz Solms zu diesem Zwecke nach Hannover gehen würde. Dies bewog den Kurfürsten zu der Erklärung, vorläufig noch keine Entscheidung in der Neutralitätsfrage treffen zu können, da er es dem Kaiser schuldig sei, zunächst die von dem Grafen Wimpffen überbrachte Botschaft zu vernehmen. Meding kehrte darauf nach Hannover zurück, nachdem er noch vor seiner Abreise von Kassel einen vom 19. Mai datierten Brief des Grafen Platen empfangen hatte, in welchem ihm dieser mitteilte, daß die Neutralitätsverhandlungen noch nicht begonnen und ihm mit Rücksicht auf den Antrag, welchen Österreich beim Bunde am nämlichen Tage wegen der zwischen Preußen und Hannover schwebenden Verhandlungen gestellt hatte (s. u.), besondere Vorsicht bei den Unterhandlungen anempfahl, mit dem Bemerken, daß der König ihn sobald als möglich nach Hannover zurückkehren zu sehen wünsche, was auch geschah.

berichtete am 18. Mai über diese Verhandlungen mit dem Grafen Platen nach Berlin, so daß schon hier die preußische Regierung aus jenen Winkelzügen der hannoverschen Politik eher auf dilatorische Bestrebungen, als das Bedürfnis eines Ausgleichs schließen durfte.

Nur zu deutlich traten wieder jene Einflüsse zutage, welche in Übereinstimmung mit den Anschauungen des Königs Georg für den Anschluß an Österreich zu wirken bestrebt waren. Angesichts der entschiedenen Haltung Preußens schwankte man in diesen Tagen offenbar am hannoverschen Hofe hinsichtlich der Stellungnahme zu jenem mächtigen Nachbarstaate, ohne daß aber die Besonnenheit über die Neigung, an Österreich Anschluß zu nehmen, endgültig zu siegen vermocht hätte. Der am hannoverschen Hofe beglaubigte österreichische Gesandte, Graf Ingelheim, hatte zur Zeit der oben geschilderten Beratungen über den Neutralitätsvertrag u. a. seinen ganzen Einfluß bei dem Staatsrat Zimmermann, als den politischen Mentor des Grafen Platen, aufgeboten, um die Beschlüsse des 13. und 14. Mai widerrufen zu sehen. Von dem Ernste der Situation überzeugt, erwies sich jedoch Zimmermann unwandelbar fest und schwankte in seiner damals zu Herrenhausen vertretenen Meinung nicht.

Das schon oben erwähnte Handschreiben des Königs Georg an den Kaiser von Österreich, in welchem für Hannover die Notwendigkeit einer neutralen Haltung dargelegt wurde, mußte nach den vorausgegangenen Verhandlungen dem Wiener Hofe eine peinliche Überraschung bereiten *). Das schwankende Hannover wieder für Österreich zu gewinnen, wurde die Entsendung des als General-Major in der kaiserlichen Armee dienenden Prinzen Karl von Solms-Braunfels an den König Georg beschlossen, welcher als dessen Halbbruder zu einer solchen Mission um so geeigneter erscheinen mußte. Er war der Überbringer eines Handschreibens des Kaisers Franz Josef, in welchem dem König Georg außer der Garantie für den Besitzstand seines Königreichs für Österreichs Unterstützung in dem Kampfe gegen Preußen Gebietserweiterungen ver-

*) Als der österreichische Feldmarschall-Lieutenant v. Gablenz in Kiel, welchem bekanntlich der Oberbefehl über die bei Stade zu konzentrierenden Truppen zugedacht war, die Nachricht von jener Schwenkung der hannoverschen Politik erhielt, soll er in seinem Unmute ausgerufen haben: „Von den Leimsiedern in Hannover habe ich auch nie etwas anderes erwartet!"

heißen wurden *). Falls es nicht schon früher geschehen, stellte hiermit Österreich, welches eine Bundesreform im Sinne des schon 1849 erörterten Projekts der sieben Reichskreise ventiliert zu haben scheint, dem Könige von Hannover überdies das Kreisdirektorium für die Staaten des 10. Bundes-Armeecorps in Aussicht **).

Auch nach Kassel ging, wie schon oben angedeutet, gleichzeitig in der Person des Oberst Grafen Wimpffen ein Sendbote des Wiener Hofes, um für den Anschluß des Kurfürsten von Hessen an Österreich zu wirken, was jedoch vorläufig nicht zu dem gewünschten Erfolg führen sollte.

Bevor noch Prinz Solms in der hannoverschen Residenz eintraf, stellten angesichts der fortgesetzten kriegerischen Vorbereitungen Bayern, Württemberg, Baden, Hessen-Darmstadt, Weimar, Meiningen, Coburg-Gotha, Nassau und Braunschweig in der Bundestagssitzung am 19. Mai den gemeinsamen Antrag auf gleichzeitige Abrüstung sämtlicher in dieser Beziehung beteiligter Bundesmitglieder an einem von der Bundesversammlung zu bestimmenden Tage. Wahrscheinlich um eine Pression auf Hannover auszuüben, dessen Haltung in jener Zeit als eine zweifelhafte erscheinen mußte, nahm Österreich Veranlassung, in dieser Sitzung durch seinen Bundestagsgesandten auf die dem Vernehmen nach zwischen Preußen und Hannover stattfindenden Verhandlungen hinzuweisen, welche zur Folge haben könnten, daß die Ausführung der Bundesbeschlüsse nicht unter allen Umständen gesichert sei. Der österreichische Gesandte erklärte

---

*) Insoweit Meding (s. „Memoiren“, Bd. II, S. 94) sich erinnern zu können glaubt, lagen die zugesagten Gebietsvergrößerungen teils in Holstein, teils in anderen Gebieten. Sollten dabei nicht auch Teile von Westfalen und das Halberstädtische mit dem Eichsfelde in Aussicht genommen gewesen sein?? Wie der genannte Autor an nämlicher Stelle mitteilt, ist jenes Handschreiben des Kaisers Franz Josef, als König Georg beim Kriegsausbruche von Herrenhausen schleunigst nach Göttingen abreiste, auf dessen Schreibtische offen liegen geblieben und dort von dem Hofmarschall Grafen Wedel gefunden worden, der es in seiner Bestürzung verbrannte.

**) Wenigstens dürfte dies aus dem nachstehenden Vorgange zu folgern sein. Als der Großherzog von Oldenburg gegen Mitte Juni 1866 nach Hannover kam, um den mit ihm verschwägerten König Georg vor der von der hannoverschen Politik eingeschlagenen Bahn eindringlich zu warnen, sagte er u. a. zu seinem königlichen Schwager: „Ich weiß, was Dir Österreich versprochen hat! Die Suzeränität über die Staaten des 10. Bundes-Armeecorps, und Du hast zugesagt; das hätte ich nicht von Dir erwartet.“ König Georg war sichtlich betroffen und schwieg.

daher im Auftrage seiner Regierung, „daß es den Verhältnissen und dem Ernst der Lage entsprechen dürfte, wenn den beteiligten Regierungen die zuversichtliche Erwartung ausgesprochen würde, daß dieselben nicht Verbindlichkeiten eingehen werden, welche den aus den Bundesgesetzen entspringenden Verpflichtungen widerstreiten". Während der preußische Bundestagsgesandte dagegen Verwahrung einlegte, von Österreich einen dem zur Verhandlung stehenden Abrüstungsantrage fremdartigen und dessen Vertretern geschäftlich unbekannten Gegenstand hier in den Bereich der Diskussion eingezogen zu sehen, erklärte der Vertreter Hannovers, unter Berufung auf die stets bewährte Bundestreue seiner Regierung eine weitere Äußerung sich vorbehalten zu müssen.

Mittlerweile kehrte der Chef des Generalstabes, General-Lieutenant v. Sichart, welcher während der am 13. und 14. Mai in Herrenhausen stattfindenden Beratungen die Gegend von Stade für das dort projektierte verschanzte Lager rekognosziert hatte (s. S. 114) nach der Residenz zurück. Bei seinem dem Könige darüber erstatteten Vortrage sprach der General seine Meinung dahin aus, daß der fragliche Plan zwar ausführbar sei und Preußen durch denselben zur Zurücklassung eines Truppencorps genötigt werden würde, welches somit der Verwendung gegen Österreich entzogen wäre. Indessen war auch v. Sichart der Ansicht, daß Preußen beim Ausbruch des Krieges sofort den Versuch machen dürfte, die bei Stade konzentrierten und seinen Rücken bedrohenden Streitkräfte zu überwältigen und unschädlich zu machen. Der König erwiderte darauf: „Nein, das will ich nicht." Damit hatte es vorläufig sein Bewenden.

Am 20. Mai (dem ersten Pfingstfeiertage) traf Prinz Solms am hannoverschen Hofe ein und verweilte beinahe eine Woche daselbst. In denjenigen orientierten Kreisen Hannovers, welche einer besonnenen und gemäßigten Politik huldigten, rief sein Erscheinen Besorgnisse für die Zukunft hervor. Österreichs Verheißungen, welche Prinz Solms überbrachte, und seine Einflußnahme auf den König blieben nicht ohne Erfolg*).

---

*) Wie Prinz Ysenburg am 27. Mai nach Berlin berichtete, machte Prinz Solms in Herrenhausen auch die hier auf empfänglichen Boden fallende Mitteilung, daß Preußen mit Frankreich einen Vertrag abgeschlossen hätte, welcher die Abtretung des linken Rheinufers gegen die Entschädigung durch Hannover und Sachsen bezweckte.

Bald nach der Ankunft des fürstlichen Sendboten lenkte die hannoversche Politik wieder vollkommen in das österreichische Fahrwasser ein; der König und Graf Platen schienen wie umgewandelt *). Die volle Wahrung des Bundesstandpunktes war jetzt die am hannoverschen Hofe ausgegebene Parole, ein Standpunkt, der nichts anderes bedeutete, als die ablehnende Haltung gegen jeden Neutralitätsvertrag mit Preußen **). Auch hinsichtlich Österreichs militärischer Leistungsfähigkeit scheint Prinz Solms Perspektiven eröffnet zu haben, welche, mochten sie gleichfalls mehr oder weniger optimistisch sein, dem Könige und seinen dem Wiener Einflüssen zugänglichen Ratgebern die Aufnahme des Kampfes gegen Preußen minder gewagt erachten ließen. Schwer erfindlich bleibt es freilich, wie die leitenden hannoverschen Kreise damals von Österreich eine wirksame Unterstützung erhoffen zu können meinten, da der in jener Zeit maßgebende österreichische Kriegsplan die Aufstellung der kaiserlichen Armee bei Olmütz und die vorläufige Beschränkung auf die Defensive bezweckte, während der Wiener Hof wegen einer gemeinsamen Aktion mit den süddeutschen Staaten zwar Verhandlungen eingeleitet hatte, die jedoch noch zu keiner Verständigung geführt hatten, sondern erst nach Beginn der Feindseligkeit zum definitiven Abschlusse gelangen sollten. Notorisch war es aber, daß in Süddeutschland während der bisherigen Friedenszeit wenig für die Erhöhung der Schlagfertigkeit der dortigen Streitkräfte geschehen und daß bei dem Mangel einer einheitlichen Organisation und Leitung jene Kontingente mit mancherlei Friktionen zu kämpfen haben würden, bevor sie in wirksamer Weise einzugreifen sich in der Lage befanden, während Preußen gegen das die Verbindung beider Hälften seiner Monarchie bedrohende Hannover binnen kurzem einzuschreiten vermochte und unter dem Drange der Umstände sich angelegen sein lassen mußte, einen raschen Schlag in dieser Richtung zu führen. Das hannoversche Kabinett griff trotzdem wieder auf das in den Beratungen am 13. Mai vom General Jacobi so abfällig beurteilte Stader Projekt zurück, welches

---

*) Schon am 21. Mai abends konnte Prinz Ysenburg diesen am hannoverschen Hofe eingetretenen totalen Umschwung in einem nach Berlin gesandten Berichte konstatieren.

**) Der bekannte bayerische General Freiherr v. d. Tann hat später erklärt, daß König Georg übrigens nie die Absicht hatte, seine Truppen unter die Befehle des Bundesfeldherrn zu stellen.

eine Konzentrierung der eigenen Armee im nordöstlichen Teile des Königreichs unter Heranziehung der österreichischen Brigade Kalik intendierte. Obwohl man hier den Kampf gegen Preußen in Aussicht nahm, fanden indessen weder jetzt, noch später nähere Vereinbarungen wegen eines allgemeinen Operationsplans statt. Denn selbst Mitte Juni beim Ausbruche der Feindseligkeiten mußte Graf Platen zugestehen, weder hinsichtlich der österreichischen, noch der süddeutschen Kriegspläne unterrichtet zu sein. Nur die durch die österreichischen Verheißungen noch bestärkte Abneigung gegen Preußen, verbunden mit Unfähigkeit und Leichtfertigkeit, konnte den Anerbietungen des Wiener Hofes Gehör schenken und den Rücksichten einer besonnenen Politik sich entschlagen. Staatsrat Zimmermann predigte tauben Ohren; seine zur ruhigen Erwägung mahnenden Ratschläge fanden keine Berücksichtigung mehr. Außer sich über das im Werke Begriffene, kehrte Zimmermann, der nun alles verloren gab, alsbald auf seinen Posten nach Hamburg zurück und wurde seit dieser Zeit auch nicht mehr zu Beratungen nach Hannover berufen *).

Am 26. Mai reiste Prinz Solms von Hannover nach Wien zurück. Seine Mission hatte den gewünschten Erfolg gehabt; Hannover war wieder für Österreich gewonnen.

Das Stader Projekt wurde damit neuerdings aufgenommen und die Konzentrierung der Armee in dieser Richtung vorbereitet. Unter Heranziehung der in den südlichen und westlichen Provinzen dislozierten Truppen war für die Übungen mit gemischten Waffen die Konzentrierung kombinierter Brigaden bei Harburg, Burgdorf und Verden in Aussicht genommen, deren Manöver in der Richtung auf Stade sich bewegen

---

*) Meding berichtet zwar in seinen „Memoiren", Bd. II, S. 95 und 96, daß König Georg das österreichische Bündnis definitiv zurückwies und durch die Anerbietungen wegen der Hannover in Aussicht gestellten Annexionen geradezu sich verletzt erklärte. Diese Darstellung steht jedoch ebenso wenig im Einklange mit den Thatsachen, wie die daran geknüpfte Bemerkung, daß Österreich infolge jener angeblichen Ablehnung seiner Anträge den Befehl zur schleunigen Rückkehr der Brigade Kalik erteilte. Wir werden noch in der Folge sehen, daß dieser Befehl erst am 11. Juni zur Kenntnis der hannoverschen Regierung kam und zwar vollkommen unerwartet, da man bis dahin noch geglaubt hatte, der Unterstützung durch jene Brigade versichert zu sein.

sollten*). Indem wir in der Folge eingehender auf die diesbezüglichen Dispositionen zurückkommen werden, genügt es hier zur vorläufigen Orientierung, daß man bei Harburg die Truppen von Stade und Lüneburg zusammenzuziehen gedachte, während Burgdorf (südlich Celle) zum Sammelplatze der 2. Infanterie-Brigade ausersehen wurde. Bei Verden dagegen sollten außer dem dortigen Kavallerie-Regiment die Truppen von Osnabrück und drei Jägerbataillone konzentriert werden. Ferner war eine Pontonierübung bei Liebenau (südlich Nienburg) projektiert, an welcher sich drei Bataillone der Garnison Hannover beteiligen sollten.

Unterdessen nahmen auch die Verhandlungen mit Preußen, welche während der Anwesenheit des Prinzen Solms am hannoverschen Hofe nicht geruht hatten, ihren Fortgang. Indessen sollte sich nur zu bald hier gleichfalls der mittlerweile in den leitenden Kreisen Hannovers eingetretene Umschwung zu erkennen geben.

Infolge des unterm 18. Mai vom Prinzen Ysenburg erstatteten Berichts über die stattgefundenen Verhandlungen war das Berliner Kabinett bereit, der vom Grafen Platen vertretenen Anschauung sich anzuschließen, daß der in Frage stehende Neutralitätsvertrag nur für den Fall eines inneren Krieges in Deutschland und der daraus hervorgehenden Auflösung des Bundes in Geltung treten solle. Auch war Preußen geneigt, Hannovers Unabhängigkeit in einem neuen Bundesverhältnisse zu verbürgen und selbst gegen die Durchführung der begonnenen Exerzierzeit keinen Widerspruch zu erheben; indessen mußte es gegen das Verlangen des Grafen Platen, eventuell einer von Bundeswegen angeordneten Mobilmachung Folge zu leisten, eine entschieden ablehnende Stellung einnehmen. Das Berliner Kabinett glaubte, es nicht unterlassen zu sollen, der hannoverschen Regierung unumwunden zu

---

*) Nach dem Marschtableau für die bei Burgdorf zu konzentrierende Brigade sollten zwar deren Manöver gegen Peine und in der Richtung auf Hildesheim stattfinden, eine Anordnung, welche indessen wohl ebenso nur zum Scheine geschehen sein dürfte, wie es hinsichtlich der für die letzten Junitage vorgesehenen Rückkehr aller Truppen der Armee in ihre Garnisonen der Fall war. Übrigens würde die hier in Frage stehende Brigade, wenn sie wirklich in jenem Gebiete manöverierte, mehr oder minder nahe der Eisenbahn gewesen sein, vermittelst welcher ihre Truppenteile im Notfalle nach Lüneburg-Harburg oder auch in der Direktion auf Bremen befördert werden konnten.

erklären, daß es einen ohne Preußens Zustimmung erfolgenden Bundesbeschluß auf Mobilmachung als den Beginn des Krieges betrachten würde. In der nachstehenden Depesche des Ministerpräsidenten Grafen Bismarck an den Prinzen Ysenburg wurde Preußens Standpunkt zu jenen Fragen wie folgt erörtert:

„Berlin, den 20. Mai 1866.

„Auf die in dem gefälligen Berichte Ew. pp. Nr. 76 vom 18. d. M. dargelegten, die Wünsche des Grafen Platen in Betreff des Neutralitätsvertrags enthaltenden vier Punkte beeile ich mich, Folgendes zu erwidern.

„1. Wir sind damit einverstanden, daß der fragliche Vertrag überhaupt nur für den Fall abgeschlossen werde, daß es zum inneren Kriege in Deutschland und damit zum Zerfalle des Bundes komme; wir theilen die angegebene Auffassung, daß das Aufhören des Bundes mit dem Ausbruche des Krieges zusammenfalle. Es ist aber nothwendig, daß diese Auffassung in dem Vertrage unzweideutig ausgesprochen sei, und die Fassung nicht eine Auslassung zulasse, als ob der Krieg und das Aufhören des Bundes zweierlei sei, und der Vertrag erst dann in Kraft trete, wenn beide Umstände, die etwa auch getrennt sein könnten, zusammenträfen. Eine Verklausulierung, durch welche auch bei ausbrechendem Kriege Hannover sich noch hinter das Bundesverhältniß als existirendes zurückziehen könnte, würden wir nicht annehmen können.

„2. Daß Hannover bis zum ausbrechenden Kriege den Bundesstandpunkt wahre, finden wir natürlich. Wir können aber uns gegenüber den Bundesstandpunkt nicht gewahrt finden, wenn es einen, durch eine uns feindliche Majorität gegen uns oder ohne unsere Zustimmung gefaßten angeblichen Bundesbeschluß auf Mobilmachung auch seinerseits Ausführung gäbe. Ein solcher ohne uns gefaßter Beschluß kann nur gegen uns gerichtet sein; wir würden denselben als den Anfang des Krieges der mobilisirenden Bundesglieder gegen uns ansehen und behandeln, und es würde damit der Bund selbst gelöset sein. Wir würden einen solchen Beschluß der Mobilmachung der Bundesstreitkräfte gegen ein Bundesglied, welches seinerseits den Bundesfrieden nicht gebrochen hat, nicht als einen Bundesbeschluß anerkennen können. Wir halten

daher auch keine Bundesregierung bundesrechtlich für verpflichtet oder berechtigt, demselben Folge zu leisten, und den Anschluß an denselben mit der Neutralität nicht für verträglich. Die Gefahr würde für uns eine viel größere sein, wenn Hannover in Folge eines solchen Beschlusses, also im Zusammenhang mit den Streitkräften der übrigen Bundesglieder, gegen uns rüstete, als bei seiner isolirten Rüstung; und wir werden daher, falls ein solcher Beschluß gegen uns und unser Votum ergeht, genöthigt sein, seine Ausführung faktisch mit allen uns zu Gebote stehenden Mitteln, soweit unsere Kräfte reichen, zu verhindern, und damit wäre der Kriegsfall eingetreten. Gewiß wird Graf Platen zugeben, daß der Versuch, die Bundesinstitutionen zur Organisirung kriegerischen Überfalles eines Bundesgliedes zu mißbrauchen, jederzeit außerhalb des Bundesrechtes stehen würde. Letzteres kennt die Anwendung von Gewalt gegen Bundesglieder nur im Wege der Exekution; zu einer solchen liegt Preußen gegenüber kein Motiv vor. Die Rüstung zu dem durch das Bundesrecht selbst verbotenen Kriege gegen ein Bundesglied wäre die Vorbereitung einer bundesbrüchigen Gewaltthat und könnte daher bundesrechtlich nicht beschlossen werden.

„3. Daß die einmal angeordnete verfrühte Exerzierzeit ruhig ausgehalten werde, sind wir bereit, zuzugeben. Wie lange läuft sie?

„4. Daß wir endlich der Souveränetät Seiner Majestät des Königs von Hannover nicht zu nahe zu treten beabsichtigen, haben wir schon erklärt, und uns auch bereit gezeigt, darüber ein vertragsmäßiges Abkommen mit Hannover zu treffen.

„Ew. pp. wollen gefälligst den Grafen Platen wiederholt die Bereitwilligkeit aussprechen, sobald Hannover für die Zukunft eine Sicherstellung wünscht, welche das jetzige Bundesverhältniß im Falle seiner Lösung zu überdauern bestimmt wäre, schon jetzt über eine Convention, welche die Unabhängigkeit des Königreichs Hannover in einem neuen Bundesverhältniß gewährleistet, in Verhandlung zu treten.

„Ew. pp. ersuche ich, dem Herrn Grafen von Platen diese Rückäußerung auf seine Forderungen vorzulegen und mir das Ergebniß möglichst schleunig mitzutheilen, worauf ich Ihnen die Vollmacht sofort zusenden werde. Eine Beschleunigung des Abschlusses müssen wir dringend wünschen, da von dem Ausfall unserer Verhandlungen mit Hannover

unsere Stellung zu anderweiten Verhandlungen abhängt, in denen wir gedrängt werden, uns zu entscheiden.

(gez.) v. Bismarck.

Seiner Durchlaucht
dem Prinzen zu Ysenburg,
Hannover."

Nachdem schon in dieser Depesche mit unumwundener Offenheit ausgesprochen war, daß Preußen eine von Bundeswegen angeordnete Mobilmachung als Kriegsfall betrachten würde, erging gleichfalls am 20. Mai ein zweiter Erlaß an den Prinzen Ysenburg mit der Weisung, das hannoversche Kabinett eindringlich zu warnen, nicht die Hoffnung auf Preußens Niederlage zum Gesichtspunkte seiner Bestrebungen zu machen, da Hannover unter solchen Umständen leicht Kompensationsobjekt werden könnte; der Ausbruch eines Krieges würde, gleichviel wie dessen Ausgang sein möge, schließlich nicht ohne nachteilige Rückwirkung auf diejenigen Staaten bleiben, welche zu Preußens Gegnern zählten.

Die damaligen Bemühungen der neutralen Großmächte, die schwebenden Streitfragen einem Kongresse zur friedlichen Lösung vorzulegen und ebenso der am 19. Mai bei der Bundesversammlung auf Abrüstung gestellte Antrag waren dem Grafen Platen erwünschte Thatsachen, um sie Preußen gegenüber für seine dilatorische Haltung zu verwerten, indem er dem Prinzen Ysenburg zu vergegenwärtigen sich bemühte, wie zunächst das Resultat jener Verhandlungen abgewartet werden müsse. Zugleich war der Minister bestrebt, dem preußischen Gesandten plausibel zu machen, daß die auf Bundesbefehl erfolgende Mobilmachung des hannoverschen Kontingents ebenso als eine zum Schutze Preußens gegen Österreich gerichtete Maßregel aufgefaßt werden könne.

Während Graf Platen, trotz der in der Depesche vom 14. Mai erklärten Bereitwilligkeit zu Verhandlungen wegen eines Neutralitätsvertrages, in solchen dilatorischen Winkelzügen sich erging, hatte Prinz Ysenburg bereits am 21. Mai abends, wie uns bekannt, den seit der Ankunft des Prinzen Solms am hannoverschen Hofe eingetretenen totalen Umschwung, welcher die Wahrung des Bundesstandpunktes als Parole ausgab, nach Berlin gemeldet. Infolge dieser Nachricht glaubte die preußische Regierung nicht länger säumen zu sollen, Hannover vor

die entscheidende Erklärung zu stellen, ob es überhaupt noch zum Abschlusse eines Neutralitätsvertrags geneigt sei oder nicht. Graf Bismarck richtete daher unterm 23. Mai die folgende Depesche an den Prinzen Ysenburg:

„Berlin, den 23. Mai 1866.

„Nachdem wir in Folge der Ew. pp. bekannten Depesche des Königlich hannoverschen Ministers der auswärtigen Angelegenheiten an den Herrn von Stockhausen vom 14. d. M. mit Sicherheit hatten erwarten dürfen, daß die Königlich hannoversche Regierung ungesäumt in Verhandlungen über einen Neutralitätsvertrag eintreten würde, muß ich, und zwar, wie Ew. pp. leicht begreifen werden, nicht ohne Befremden aus Ihren Berichten vom 21. d. M. entnehmen, daß neue Zögerungen und Bedenken sich dem Abschluß zu der Eröffnung von Verhandlungen entgegengestellt haben. Die Einwirkungen, welchen diese Wendung zuzuschreiben ist, sind für uns unverkennbar; denn von Pflichten gegen den Bund kann nicht mehr die Rede sein, wenn der Fall eintritt, für welchen die Neutralität von uns gefordert wird, nämlich, daß durch einen Krieg der Bundesglieder unter einander der Bund aufgelöst werde. Einem angeblichen Bundesbeschluß auf Mobilmachung gegen Bundesglieder zu gehorchen, kann für kein Bundesglied eine Verpflichtung sein; die Bundesverfassung kennt gegen Mitglieder des Bundes nur das in allen Formen geregelte Exekutionsverfahren.

„Der hannoversche Herr Minister hat Ew. pp. noch keine bestimmte Erklärung über die Absichten seiner Regierung gegeben. Wir haben keinesweges die Absicht, auf den Abschluß des Vertrages zu drängen; möge die Königlich hannoversche Regierung selber erwägen und sich entscheiden, was sie am zuträglichsten für ihre Interessen hält. Wir wünschen nur sicher zu wissen, welcher Art unsere Beziehungen zu Hannover sind und in Zukunft sein werden.

„Ew. pp. ersuche ich daher ergebenst, an den Königlich hannoverschen Herrn Minister mündlich und amtlich, und wenn Ihnen hierauf keine bestimmte und entscheidende Antwort gegeben wird, schriftlich in einer Note die einfache Frage zu stellen, ob Hannover noch gesonnen sei, einen Vertrag derart, wie er bisher ins Auge gefaßt worden, mit uns zu schließen?

„Fällt die Antwort bejahend aus, so erwarten wir ohne weitere Zögerung den Abschluß über den sehr einfachen Inhalt. Fällt sie verneinend aus, so sind wir natürlich aller bisher in Bezug auf die Zukunft gegebenen Zusagen entbunden und behalten uns die Freiheit der Entschließung nach den Umständen vor. Ew. pp. wollen dies im Falle einer verneinenden Antwort dem Herrn Grafen von Platen aussprechen.

„Einem Bericht über das Ergebniß Ihrer Anfrage sehe ich ergebenst entgegen.

(gez.) v. Bismarck.

An
den Prinzen zu Ysenburg
Durchlaucht.
Hannover."

Am nämlichen Tage, als diese Depesche des Berliner Kabinetts erlassen wurde (23. Mai), fand wegen der Neutralitätsverhandlungen mit Preußen in Herrenhausen unter dem Vorsitze des Königs Georg ein Ministerrat statt, aus dessen Schoße in Übereinstimmung mit dem seit der Anwesenheit des Prinzen Solms eingetretenen Umschwunge der Beschluß hervorging, den Bundespflichten treu zu bleiben und allen von der Bundesversammlung innerhalb der Kompetenz des Bundes erfolgenden Resolutionen zu entsprechen.

Als Graf Platen am 24. Mai persönlich den preußischen Gesandten, welcher jetzt die am vorhergehenden Tage erlassene Depesche des Grafen Bismarck zu Händen hatte, von jenem Beschlusse des Ministerrats in Kenntnis setzte, erklärte Prinz Ysenburg, aus dieser Eröffnung wohl die Folgerung ziehen zu dürfen, daß die hannoversche Regierung, im Widerspruche mit ihrer Depesche vom 14. Mai, gegenwärtig wegen eines Neutralitätsvertrages nicht in Unterhandlungen zu treten gesonnen sei. Und als der Gesandte im weiteren Verlaufe dieser Unterredung, zufolge der in dem Erlasse vom 23. Mai erhaltenen Weisung, die Frage an den Grafen Platen richtete, ob dessen Regierung überhaupt noch den Abschluß eines solchen Vertrages mit Preußen inbetracht ziehe, entgegnete der Minister, hinsichtlich diesbezüglicher Verhandlungen zunächst den Verlauf des am 19. Mai beim Bundestage eingebrachten Antrags auf Abrüstung, sowie das Ergebnis der gleichzeitig vom österreichischen

Gesandten formulierten Erklärung wegen der zwischen Preußen und Hannover schwebenden Verhandlungen abwarten zu müssen, so daß er vorläufig eine bestimmte Antwort zu erteilen nicht vermöge, auch selbst wenn Prinz Ysenburg dieserhalb eine Note an ihn richten würde.

Nachdem der preußische Gesandte noch am 24. Mai über diese Unterredung an seine Regierung Bericht erstattete, konnte es für dieselbe nicht länger zweifelhaft sein, daß in Hannover der österreichische Einfluß gesiegt hatte und eine Übereinkunft wegen einer neutralen Haltung dieses Königreichs kaum noch zu erhoffen war. Als Graf Bismarck durch die Ausstreuungen der preußenfeindlichen Kreise Hannovers bewogen wurde, am 28. Mai eine Depesche an den Prinzen von Ysenburg zu richten zur Widerlegung der Gerüchte wegen eines angeblich zwischen Preußen und Frankreich bestehenden Vertrages, welcher für das abzutretende linke Rheinufer als Kompensation Sachsen und Hannover bieten sollte, nahm der preußische Ministerpräsident zugleich Veranlassung, die Neutralitätsverhandlungen mit Hannover als abgebrochen zu erklären. Er sagte in dieser Depesche:

„Von welcher Seite diese Behauptung auch aufgestellt werden mag, so stehe ich nicht an, sie einfach als eine Lüge zu bezeichnen. Ich bitte Ew. pp., dies auf das bestimmteste auszusprechen, wo Ihnen irgend Gelegenheit dazu geboten wird. Nichts liegt den Gedanken und Intentionen Sr. Majestät des Königs ferner, als ein solcher Abschluß zum Nachtheile Deutschlands. Wir waren bereit, Hannovers Selbständigkeit für alle Eventualität sicher zu stellen, und Hannover hat es gleichzeitig in der Hand, den Bruch mit Preußen zu erzwingen. Wir müssen annehmen, daß Hannover dazu entschlossen ist, daß die uns durch den Baron von Stockhausen gemachten amtlichen Erklärungen zurückgezogen sind und daß Hannover im Vertrauen auf den Sieg der österreichischen Waffen bereit ist, die Zahl unserer Gegner zu vermehren. Wir können darin nichts ändern und müssen die Chancen dieses Wechsels in der Politik Hannovers annehmen. Sie wollen sich in diesem Sinne der dortigen Regierung gegenüber aussprechen."

Auch nach dieser Eröffnung, welche das hannoversche Kabinett nicht im unklaren ließ, bildete zwar die Neutralitätsfrage noch mehrfach den

Gegenstand der Erörterung zwischen dem Prinzen Ysenburg und dem Grafen Platen, wurde aber von dem letzteren fortgesetzt in dilatorischer Weise behandelt. Noch bei einer Zusammenkunft der beiden Staatsmänner am 30. Mai glaubte Graf Platen seine Haltung in dieser Frage dadurch motivieren zu sollen, daß Hannover nicht auf Preußens Niederlage spekuliere, sondern nur vorläufig den Zeitpunkt für diesbezügliche Verhandlungen noch nicht gekommen erachte, und daß es durch die Wahrung des Bundesstandpunktes seinem Wunsche, im Kriegsfalle entschieden neutral zu bleiben, Ausdruck zu verleihen glaube. Solchen ihren Zweck nur schlecht verhüllenden Winkelzügen gegenüber erachtete sich der preußische Gesandte, vermöge der ihm unterm 31. Mai von seiner Regierung zugegangenen Direktiven, zu der dem Grafen Platen gemachten Eröffnung berechtigt, daß bei einer derartigen Haltung der hannoverschen Politik Preußen allerdings nicht mehr auf den Abschluß eines Vertrages rechnen könne.

Hatte in der Bundestags-Sitzung vom 19. Mai Österreich sich bewogen gefunden, auf die zwischen Preußen und Hannover schwebenden Verhandlungen hinzuweisen, weil dieselben zur Folge haben könnten, daß die Ausführung der Bundesbeschlüsse nicht unter allen Umständen gesichert erscheine, so war jetzt die hannoversche Regierung auf Grundlage ihres mittlerweile veränderten Standpunktes in der Lage, die von Preußens Gegnern in jener Beziehung geäußerten Bedenken zerstreuen zu können. Der hannoversche Gesandte gab daher bei Beginn der Bundestags-Sitzung am 24. Mai im Auftrage seiner Regierung die Erklärung ab, wie man von derselben nach ihrem Verhalten von jeher überzeugt sein dürfe, daß sie sich vollkommen bewußt sei, was zu den in den Bundesgesetzen enthaltenen Rechten und Pflichten der Bundesglieder gehört, und daß sie diese Pflichten auch in der gegenwärtigen Lage gewissenhaft innehalten werde.

Dem hierauf in der nämlichen Bundestags-Sitzung zur Abstimmung gelangenden Abrüstungsantrage, welcher bekanntlich am 19. Mai von mehreren Staaten eingebracht wurde, traten auch Preußen und Österreich bei. Es wurde der einhellige Beschluß gefaßt, an alle Bundesglieder, welche ihre Streitkräfte über den üblichen Friedensstand vermehrt hatten, das Ersuchen zu richten, in der nächsten Sitzung zu erklären, ob und unter welchen Bedingungen sie zu einer gleichzeitigen Abrüstung bereit sein würden.

Unterdessen hatten Preußen und Österreich bereits mit der gegenseitigen Entwickelung ihrer Streitkräfte begonnen. Seit dem 16. Mai leitete Preußen die Konzentrierung seiner Hauptmacht gegen Böhmen und Sachsen ein. Österreich zog dagegen das Gros seines gegen Preußen bestimmten Heeres im nördlichen Mähren zusammen. Seinem Kriegsplane zufolge wollte sich Österreich nach dieser Richtung zunächst auf die Defensive beschränken, teils um aus politischen Gründen nicht als der angreifende Teil zu erscheinen, teils in der Überzeugung, daß die preußische Armee vermöge ihrer Organisation noch früher schlagfertig an der Grenze stehen dürfte, als das österreichische Heer seinen strategischen Aufmarsch vollendet. Von diesen Gesichtspunkten geleitet und in zweiter Linie auch mit Rücksicht auf die Schonung der Finanzen hatten sich die leitenden militärischen Kreise Österreichs für die Defensive in einer auf Olmütz sich stützenden Stellung entschieden, um hier den Angriff des durch Böhmen vordringenden preußischen Heeres zu erwarten, indem man sich damit zugleich des Rückzuges auf Wien und Komorn versicherte. Böhmen sollte nur durch ein Armeecorps und 2 Kavalleriedivisionen besetzt werden. Hatte der bei Olmütz aufzunehmende Kampf einen für die kaiserlichen Waffen günstigen Ausgang, so sollte das österreichische Heer zur Offensive und zur Verfolgung der Preußen übergehen.

Von Österreichs deutschen Bundesgenossen war nur hinsichtlich der sächsischen Armee die Vereinbarung getroffen, daß dieselbe im Falle einer preußischen Offensive nach Böhmen zurückzugehen hatte, um dann mit den in diesem Kronlande befindlichen kaiserlichen Truppen näher gegen die bei Olmütz verharrende Hauptmacht herangezogen zu werden.

Was die Mitwirkung der süddeutschen Kontingente gegen Preußen anbelangte, so war bis dahin noch kein Übereinkommen erzielt, vielmehr blieb diese Perspektive bis gegen Mitte Juni eine offene Frage.

Inmitten dieser kriegerischen Vorbereitungen sollte der Vermittelungsversuch der neutralen Mächte Frankreich, Rußland und England, welchen Graf Platen bekanntlich ebenfalls für die dilatorische Haltung des hannoverschen Kabinetts zu verwerten suchte, nur zu einem negativen Resultate führen. Die genannten Großmächte richteten unterm 24. Mai an Österreich und Preußen sowie an den Deutschen Bund und Italien die Einladung zu einem Friedenskongresse in Paris, für welchen die Elbherzogtümer = Frage, die italienischen Differenzen und die deutsche

Bundesreform die Zielpunkte einer Einigung bilden sollten. Während die übrigen Eingeladenen acceptierten, zerschlug sich das Projekt an der unterm 1. Juni gestellten Forderung Österreichs, die mit der Lösung der italienischen Differenzen verbundene Cession Venetiens von den Beratungen unbedingt ausgeschlossen zu wissen, indem das Wiener Kabinett gleichzeitig sich entschlossen erklärte, für sein Recht den Kampf aufnehmen zu wollen. Unter diesen Umständen mußte die französische Regierung am 4. Juni das Konferenzprojekt als gescheitert bezeichnen.

Mit jener Forderung Österreichs war jede Aussicht auf eine friedliche Entwirrung des geschürzten Knotens geschwunden. Unaufhaltsam drängten die Ereignisse auf die Entscheidung durch das Schwert hin, und die beiden Hauptgegner schritten zu den letzten Schachzügen, um die Lösung der deutschen Frage durch die Waffen zu suchen.

Am 1. Juni hatte Österreich die Entscheidung in der Elbherzogtümer-Frage den Entschließungen des Bundes anheimgestellt, mit der gleichzeitigen Anzeige, daß der kaiserliche Statthalter die Vollmacht zur Einberufung der holsteinischen Ständeversammlung zugefertigt erhalten habe, um der Landesvertretung die Gelegenheit zum Ausdrucke ihrer Wünsche und Anschauungen zu bieten. Zugleich erklärte Österreich seine Bereitwilligkeit zur Abrüstung, ausgenommen gegen Italien, sobald ihm und seinen Bundesgenossen die Sicherheit geboten würde, daß vonseiten Preußens ein Angriff nicht zu besorgen sei*).

Preußen protestierte durch eine unterm 3. Juni an Österreich gerichtete Depesche gegen jenen einseitigen Akt in der Elbherzogtümer-Frage,

---

*) In der nämlichen Bundestags-Sitzung (1. Juni) stellte Bayern mit Rücksicht auf die zwischen Preußen und Österreich obwaltenden Differenzen den Antrag, daß die in den Bundesgarnisonen Mainz, Rastatt und Frankfurt befindlichen Truppen dieser Mächte von dort abberufen und durch andere Kontingente ersetzt werden möchten. In der Bundestags-Sitzung am 6. Juni wurde dieser Antrag unter Zustimmung von Österreich und Preußen zum Beschlusse erhoben. Am 10. und 11. Juni räumten demzufolge die preußischen und österreichischen Truppen jene Garnisonen; die ersteren rückten nach Wetzlar zu der dort sich sammelnden und späterhin noch oft zu erwähnenden Division Beyer, die letzteren gingen zur Vollendung ihrer Feldausrüstung nach Oberösterreich ab. Ersetzt wurden dieselben in Mainz durch bayerische, in Rastatt durch badische Truppen, zu welchen noch Kontingente der Reserve-Infanteriedivision stießen; Frankfurts Garnison bildeten dessen Linienmilitär und Bayern.

indem es hierdurch die Gasteiner Konvention für hinfällig und damit die Rückkehr auf den Boden des Wiener Friedens als eingetreten erklärte, in dessen Gemäßheit der König den in Schleswig kommandierenden General-Lieutenant Freiherrn v. Manteuffel mit der Wahrung der Preußen aus letzterem Vertrage zustehenden Kondominatsrechte auf Holstein beauftragen werde.

Trotzdem berief der österreichische Statthalter, Feldmarschall-Lieutenant Freiherr v. Gablenz, durch Patent vom 5. Juni die holsteinischen Stände auf den 11. dieses Monats nach Itzehoe ein. Der Moment zu diesem provozierenden Schritte war insofern nicht glücklich gewählt, da weder Österreichs Bundesgenossen ihre Kriegsrüstungen vollendet hatten und noch viel weniger Vereinbarungen wegen eines gemeinsamen Operationsplans bestanden, während Preußen in kampffertiger Verfassung den kommenden Ereignissen entgegen sah. Maßgebend für jene inopportune Maßregel Österreichs dürfte wohl der Wunsch gewesen sein, unter dem Drucke der an das Zerwürfnis in Holstein sich knüpfenden Konsequenzen noch vor der Kriegserklärung einen begründeten Anlaß zur Abberufung der exponierten Brigade Kalik zu finden.

Der Ausbruch des Kampfes war somit in drohende Nähe gerückt, so daß die am 4. Juni erlassene Zirkulardepesche des Berliner Kabinetts an seine Missionen im Auslande den Krieg als einen in Wien definitiv gefaßten Beschluß erklärte, für dessen Beginn Österreich nur des günstigen Moments harre.

Inzwischen war Hannover auf seinem eigenen Gebiete Zeuge der Vorbereitungen, welche Preußen zu dem unvermeidlichen Kampfe traf. In den Tagen vom 27. Mai bis 5. Juni passierte vermöge der bestehenden Etappenkonvention das aus der Rheinprovinz nach Halle abrückende 8. preußische Armeecorps auf dem von Köln über Minden und Hannover führenden Schienenwege durch das Königreich. Am 5. und 6. Juni schlossen sich daran die Transporte der aus Westfalen kommenden Landwehrregimenter Nr. 16 und 17 (6 Bataillone zu 806 Mann), welche auf der Eisenbahn über Hannover nach dem Herzogtume Lauenburg rückten, um hier für die bevorstehende Wiederbesetzung Holsteins durch Preußen bereit zu stehen. Auch das 7. preußische (westfälische) Armeecorps hatte die Bestimmung erhalten, zu dem gegen Sachsen und Österreich aufgestellten Heere zu stoßen. Indessen ging nur die 14. Di-

vision über Kassel und Eisenach dahin ab, wogegen die 13. Division (Münster), welche bereits am 4. Juni den später widerrufenen Befehl erhalten hatte, der ersteren vom 7. dieses Monats ab per Bahn nach Halle zu folgen, mit Rücksicht auf Hannovers zweifelhafte Haltung in ihren westfälischen Garnisonen verblieb.

Bevor wir die weitere Entwickelung der Ereignisse verfolgen, bleibt es wünschenswert, zunächst einen prüfenden Blick auf die gegebenen militärischen Verhältnisse zu werfen und die Gestaltung der strategischen Situation zum Gegenstande unserer Erwägungen zu machen.

Betrachten wir den österreichischen Kriegsplan, so gelangt in ihm gewissermaßen das Vorgefühl der Niederlage zum Ausdrucke. Die Überzeugung, daß Österreich in dem Kampfe gegen Preußen keine Vorteile erzielen dürfte, hatte ihren Vertreter selbst innerhalb des kaiserlichen Kabinetts. Der Minister der auswärtigen Angelegenheiten, Feldmarschall-Lieutenant Graf v. Mensdorff, ein ebenso geistreicher wie ritterlicher Charakter, riet von der Aufnahme des Kampfes gegen Preußen ab. Klar blickende Köpfe verhehlten sich die Mängel des österreichischen Heerwesens und die Vorzüge des preußischen nicht. Mochten auch in jenen besonnenen Kreisen gerechte Besorgnisse über den Ausgang eines Krieges gegen Preußen obwalten, so konnte Österreich doch jetzt, wo es sich um die Entscheidung der deutschen Frage handelte, sich kaum der Notwendigkeit entziehen, den Kampf aufzunehmen. Nachdem die Habsburger Dynastie Jahrhunderte hindurch an Deutschlands Spitze gestanden, durfte Österreich dieser Hegemonie nicht entsagen, ohne an die Entscheidung durch die Waffen appelliert zu haben. Dies war es sich selbst und seiner Stellung als europäische Großmacht schuldig, mochte auch das Vorgefühl, einer Niederlage entgegenzugehen, sich jetzt geltend machen, wo der Moment der Entscheidung näher rückte und Preußen mit ungebeugter Energie auf der betretenen Bahn beharrte.

Ungleich vorteilhafter würde es dagegen für Österreich gewesen sein, ohne daß damit die beim Entwurfe des Kriegsplanes maßgebend gewesenen Rücksichten außeracht gelassen zu werden brauchten, wenn schon ursprünglich die Hauptmacht der Nordarmee im nordöstlichen Böhmen an der oberen Elbe zur Entwickelung gelangte, um dort, sollte unbedingt an der Defensive festgehalten werden, den in dieser Richtung doch

mit größter Wahrscheinlichkeit erfolgenden Anmarsch des Gegners zu erwarten, begünstigt durch den an den Grenzen von Sachsen und Schlesien sich erhebenden Gebirgsgürtel, dessen Pässe leicht zu verteidigen waren und deren Erschließung für den angreifenden Feind mit ebenso wesentlichen wie zeitraubenden Schwierigkeiten verknüpft gewesen sein dürfte. Gelang schließlich dem Gegner die Überwindung dieser Hindernisse, so erfreute sich doch der Verteidiger des Vorteils der inneren Linien und vermochte je nach Umständen bald in dieser oder jener Richtung den Spitzen des aus dem Gebirge debouchierenden Angreifers mit größeren Streitkräften unter günstigen Verhältnissen entgegenzutreten, während der Feind, wenn auch überlegen, in dem gebirgigen Gelände seine Streitkräfte nicht zur vollen Entwickelung und damit auch seine eventuelle Superiorität nicht zur Geltung bringen konnte. Indem die österreichische Heeresleitung diese mit dem ursprünglichen Aufmarsche an der oberen Elbe verbundenen Vorteile sich entgehen ließ, sollte sich schließlich doch, aber zu spät, am 16. Juni die Hauptarmee aus Mähren dahin in Marsch setzen, eine Bewegung, welche 13 Tage zu ihrer vollständigen Durchführung erforderte, während die preußischen Kolonnen den an den Grenzen des nordöstlichen Böhmens sich hinziehenden Gebirgswall bereits unbehindert überschritten und die ihnen vereinzelt entgegengeworfenen österreichischen Corps geschlagen hatten.

Eine Offensive der preußischen Hauptmacht durch Oberschlesien gegen Olmütz war, wie man auch im österreichischen Lager annahm, mit Rücksicht auf die gegebenen schwierigen Bodenverhältnisse nicht sobald zu befürchten, auch wenn die kaiserliche Armee nicht dort konzentriert wurde. Sollte trotzdem in letzterem Falle eine solche Offensive stattfinden, so konnte dieselbe alsbald zum Stillstande gebracht werden, wenn das in Böhmen versammelte österreichische Hauptheer gegen Mähren sich in Bewegung setzte und somit die Flanke oder den Rücken des Gegners bedrohte.

Überdies hätte aber der Aufmarsch der kaiserlichen Nordarmee an der oberen Elbe zugleich den Vorteil geboten, sie den Streitkräften ihrer deutschen Bundesgenossen räumlich näher zu bringen, mit ihnen Fühlung zu gewinnen und auf den schwerfälligen, mit inneren Friktionen kämpfenden Mechanismus der Streitmacht jener Alliierten einen förderlichen Einfluß auszuüben. Würde gegebenenfalls die sächsische Armee in einer Stärke

von 25000 Mann am linken Elbufer bei Dresden konzentriert und die kampfbereiten, Anfangs Juni auf 46000 Mann zu veranschlagenden Truppen der Bayern in dieser Richtung herangezogen worden sein, so ergab sich hier eine Streitmacht von über 70000 Mann, während am unteren Maine, wie es später geschah, das die übrigen süddeutschen Kontingente umfassende 8. Bundes-Armeecorps in der Stärke von 50000 Mann sich sammelte, um, mit dem linken Flügel an Mainz gelehnt, die in jenem Flusse sich bietende Linie zu decken und zugleich die im nordwestlichen Deutschland verbliebene preußische Heeresgruppe festzuhalten. Beschränkten sich auch die oben erwähnten, im westlichen Sachsen konzentrierten alliierten Truppen, im Einklange mit den Intentionen der österreichischen Heeresleitung, auf die Defensive, so bildeten sie doch in ihrer Stärke von 70000 Mann eine Streitmacht, welche der im Vormarsche nach dem nordöstlichen Böhmen begriffene Gegner unmöglich unbeachtet in Flanke und Rücken stehen lassen durfte. Er konnte sich der zwingenden Notwendigkeit nicht entziehen, einen immerhin erheblichen Teil seiner Streitkräfte gegen die Sachsen und Bayern, wenn auch nur zur Beobachtung, zu disponieren. Würde unter diesen Umständen mindestens die spätere preußische Elbarmee in jener Richtung abgelenkt und bis auf weiteres der Mitwirkung an den Operationen in Böhmen entzogen worden sein, so dürfte andernfalls ein eventueller größerer Waffenerfolg der verbündeten Bayern und Sachsen seinen hemmenden Einfluß auch auf die Offensive des preußischen Hauptheeres kaum verfehlt haben, — beides Umstände, welche der das nordöstliche Böhmen verteidigenden österreichischen Armee nur zum Vorteile gereichen mußten. Wurden die Bayern und Sachsen, von überlegenen Streitkräften gedrängt, zum Rückzuge über Hof gegen Bamberg oder Nürnberg gezwungen, so würden sie auch in diesem Falle nach der Räumung Sachsens immerhin erhebliche preußische Streitkräfte gegen sich gefesselt haben. Überhaupt dürfte es, so lange sich das österreichische Heer auf die Defensive beschränkte, auch für die Bayern und Sachsen das Ratsamste gewesen sein, bei notorischer Übermacht ihres Gegners jedem entscheidenden Schlage auszuweichen und nur dann den Kampf aufzunehmen, wenn dies unter besonders günstigen Umständen mit Aussicht auf Erfolg geschehen konnte. So lange nicht das in Böhmen eingedrungene preußische Hauptheer einen entscheidungsvollen Sieg über die Österreicher erfochten, war bei einem über Hof

gehenden Rückzuge der Bayern und Sachsen deren Verfolgung durch die gegen sie dirigierte feindliche Armee ohnehin insofern einer Beschränkung unterworfen, weil die letztere, je weiter sie in jener Richtung vordrang, sich von ihrer an der oberen Elbe kämpfenden Hauptmacht entfernte und damit eine eventuelle rechtzeitige Unterstützung derselben in Frage gestellt wurde. Der Rückzug der Verbündeten nach Bayern hätte übrigens die Eventualität nicht ausgeschlossen, daß die sächsischen Truppen nötigenfalls mittelst der nach Österreich gegebenen Eisenbahnverbindungen zu der kaiserlichen Nordarmee herangezogen wurden, während die zurückbleibende bayerische Armee für die ihr obliegende Aufgabe der Verteidigung ihres Vaterlandes eventuell durch einen Teil des am unteren Main stehenden 8. Bundes-Armeecorps verstärkt werden konnte. Das letztere Corps hätte inzwischen, wie schon oben für dasselbe vorausgesetzt, die im nordwestlichen Deutschland zurückgebliebenen preußischen Streitkräfte festzuhalten oder zu beschäftigen gehabt, ebenfalls bei notorischer Überlegenheit des Gegners immer bestrebt, einem entscheidenden Schlage auszuweichen. Dagegen war der Einmarsch dieser preußischen Heeresgruppe aus der Richtung von Fulda nach Unterfranken, auch wenn die eben besprochene Aufstellung der süddeutschen Streitkräfte Platz griff, vorläufig kaum zu gewärtigen, da es nur einer Rechtsziehung des 8. Bundes-Armeecorps bedurfte, um den Feind an der Fortsetzung dieser Offensive zu hindern. Trat der Fall ein, daß Preußen einen erheblichen Teil seiner in Nordwestdeutschland verfügbaren Feldtruppen zu der Gruppe heranzog, welche die verbündeten Bayern und Sachsen beobachtete, so konnten in gleichem Verhältnisse auch von dem 8. Bundes-Armeecorps Verstärkungen nach Bayern 2c. in Marsch gesetzt werden. Indessen würde die Entsendung größerer Streitkräfte von der in Nordwestdeutschland operierenden preußischen Armee nach Sachsen und Bayern in Frage gestellt und verhindert worden sein, wenn das 8. Bundes-Armeecorps beim Einlaufen diesbezüglicher Nachrichten zu einem Offensivstoße in der Richtung auf Kassel oder Eisenach schritt. War es aber gelungen, wie wir späterhin noch zu beleuchten Veranlassung haben werden, die hannoversche Armee in einer gesicherten Stellung an der nördlichen Peripherie des Gesamt-Kriegstheaters zu konzentrieren, während das 8. Bundes-Armeecorps am unteren Main stand, so sah sich Preußen vorläufig zu einer Teilung seiner Streitkräfte in Westdeutschland nach jenen beiden Richtungen ge-

nötigt und würde kaum in der Lage gewesen sein, von dort größere Verstärkungen für die gegen die Bayern und Sachsen stehende Gruppe abzuberufen. Unterlagen die preußischen Waffen in Böhmen, so war der Moment zur Offensive ihrer Gegner in der Richtung auf Berlin gekommen, während das 8. Bundes-Armeecorps zunächst gegen Kassel operiert und die Verbindungen zwischen den östlichen und westlichen Provinzen Preußens unterbrochen haben würde, um eventuell auch die Vereinigung mit der in ihrer Heimat zurückgebliebenen und nunmehr gleichfalls angriffsweise vorgehenden hannoverschen Armee anzustreben. Erfocht dagegen Preußen in Böhmen einen entscheidungsvollen Sieg, welcher den Rückzug der österreichischen Nordarmee in das Innere ihrer Monarchie zur Folge hatte, so wurden damit auch die süddeutschen Kontingente voraussichtlich in die Defensive geworfen, nunmehr nur noch geleitet von der Wahrung ihrer Landesinteressen.

Aber alles das hier in losen Umrissen Angedeutete erforderte eine zweckentsprechende Vorbereitung und ein rechtzeitiges Einverständnis unter Preußens Gegnern, welches bei dem auch in militärischen Dingen waltenden Partikularismus nur um so dringender erscheinen mußte. Nachdem zu diesem Zwecke bereits am 22. April in Augsburg und am 14. Mai in Bamberg Konferenzen von Vertretern der süddeutschen Staaten stattgefunden hatten, an welchen auch Sachsen, Nassau, Weimar, Koburg-Gotha und Meiningen*) teilnahmen, machte sich dieses Bedürfnis neuerdings bei den Mittelstaaten geltend, indem die Regierungen von Bayern, Sachsen, Württemberg, Baden, Hessen-Darmstadt und Nassau eine gemeinsame Beratung veranstalteten, welche, durch Militärbevollmächtigte beschickt, Ende Mai in München stattfand, in der Hauptsache aber nur zu einer gegenseitigen Übersicht der disponiblen Streitkräfte führte. Hiernach hatte Bayern (als 7. Bundes-Armeecorps) bereits 46000 Mann, Sachsen aber außer den Depots 25000 Mann verfügbar, während für das 8. Bundes-Armeecorps, welchem die Nassauer sich anschließen sollten, in 14 Tagen 50000 Mann in Aussicht zu nehmen waren. Ferner wurde vereinbart, daß Bayern den Oberbefehl

*) Die oben genannten drei thüringischen Staaten erklärten jedoch beim Eintreten in die Verhandlungen, mit Rücksicht auf ihre geographische Lage und die beschränkte Stärke ihrer Kontingente den militärischen Vereinbarungen sich nicht anschließen zu können.

über die Streitkräfte der an dieser Konferenz beteiligten Staaten, mit Ausnahme von Sachsen, führen sollte.

Erst am 10. Juni wurde von Bayern der General Freiherr v. d. Tann nach Österreich entsendet, um über die eventuelle Thätigkeit des 7. und 8. Bundes = Armeecorps in Vorverhandlungen zu treten. Österreich erklärte sich damit einverstanden, daß Prinz Karl von Bayern den selbständigen Oberbefehl über die süddeutschen Truppen führen sollte, und es wurde hierbei zugleich die Übereinkunft getroffen, daß derselbe zwar nach Maßgabe der vom österreichischen Armee = Oberkommando erteilten Direktiven zu handeln habe, jedoch unter Wahrung der Landesinteressen der süddeutschen Staaten und den Erfordernissen zur Deckung ihrer Gebiete entsprechend. Hinsichtlich eines gemeinsamen Operationsplanes wurde jedoch kein definitives Übereinkommen getroffen. Die Proposition zu einer gemeinschaftlichen Offensive aus Böhmen und Bayern nach Sachsen, lehnte Österreich aus den uns schon bekannten Gründen ab. Die Frage, ob die bayerischen Truppen zur österreichischen Nordarmee heranzuziehen oder selbständig in Westdeutschland zu operieren hatten, sollte durch weitere Verhandlungen in München ihre Regelung finden. Als der General v. d. Tann von jenen Unterhandlungen aus Österreich am 16. Juni in die bayerische Hauptstadt zurückkehrte, war der Krieg, wie wir in der Folge sehen werden, bereits ausgebrochen. Bayern verzichtete unter solchen Umständen auf die Vereinigung seiner Truppen mit der österreichischen Nordarmee, und man entschied sich für eine selbständige Thätigkeit der süddeutschen Corps in Mittel- und Westdeutschland. Die bayerische Armee vollzog daher auf der Linie Baireuth-Schweinfurt ihren strategischen Aufmarsch, während die Kontingente des 8. Bundes-Armeecorps nach dem unteren Main dirigiert wurden.

Trotz schon lange drohender Kriegsgefahr waren also Österreich und seine deutschen Bundesgenossen selbst Mitte Juni noch nicht zur Vereinbarung eines gemeinsamen Kriegsplanes gelangt. Während Preußen nunmehr in energischem Vorgehen an die Entscheidung durch die Waffen appellierte, waren seine Gegner in mehr oder minder planloser Weise zur Aufnahme des Kampfes gezwungen.

Versäumte Österreich, in jener Beziehung zu einem rechtzeitigen Einverständnisse mit seinen süddeutschen Bundesgenossen zu gelangen, so hatte es dagegen mit Hannover, wie uns bekannt, schon vor Mitte Mai

ein Übereinkommen wegen dessen Beteiligung am Kampfe gegen Preußen getroffen, welches zwar für kurze Zeit ruhen sollte, um jedoch von neuem aufgenommen zu werden, nachdem König Georg durch die Mission des Prinzen Solms zur Rückkehr in die Bahnen der seinen Neigungen entsprechenden Wiener Politik bewogen worden war. Bevor wir das in Frage stehende Projekt, welches bekanntlich eine Konzentrierung der hannoverschen Truppen in einem verschanzten Lager bei Stade bezweckte, in seinem Verhältnisse zur allgemeinen strategischen Situation einer näheren Prüfung unterziehen, bedarf es zunächst eines kurzen Blickes auf das Königreich Hannover in topographischer Beziehung.

Das Königreich, auf dessen Grenzen, wie sie vom Wiener Kongresse 1814 bestimmt wurden, wir bereits S. 34 Bezug nahmen, gehört mit seiner nördlichen Hälfte, welche das Großherzogtum Oldenburg und das diesem benachbarte Gebiet der freien Stadt Bremen umschließt, der norddeutschen Tiefebene an. Bemerkenswert für diese Zone ist die im Osten Hannovers zwischen Celle, Lüneburg und Harburg sich ausdehnende Lüneburger Haide, ein wegen seines vorwiegend sandigen Bodens minder fruchtbarer und daher auch dünn bevölkerter Landstrich. Westwärts von den nördlichen Ausläufern dieser Haide beginnt in der Gegend von Bremervörde (3 Meilen südwestlich Stade) eine von zahlreichen Mooren durchsetzte Landschaft, welche bis in die Gegend von Bremen ihre Fortsetzung findet. Auch weiter westwärts behält die Tiefebene jenen Charakter bei, indem abwechselnd mehr oder minder große Moore, welche südwärts selbst bis an das Hügelland bei Osnabrück streichen, durch Oldenburg bis in die Westhälfte von Hannover sich erstrecken. Gleich einem blühenden Kranze wird diese Zone der Tiefebene an ihrer nördlichen Peripherie von fruchtbaren Marschländereien eingesäumt, welche, durch ausgedehnte Dämme gegen die Fluten des Meeres und der in dasselbe sich ergießenden Ströme geschützt, eine reiche Produktionsquelle für den Ackerbau und die Viehzucht bilden. Im Mittellande bei der Hauptstadt Hannover, in der Osthälfte des Königreichs, entwickelt sich der Boden zu einem fruchtbaren Hügelgelände, welches bis in das Gebiet von Hildesheim sich erstreckt, um dann in das vom Harze überragte Bergland überzugehen, das die südlichen Gebietsteile erfüllt. Ähnlich gestalten sich die Bodenverhältnisse auch für das schon einen Bestandteil der Westhälfte bildende und südwärts in das Westfälische ausspringende Gebiet von Osnabrück, hinter dessen

Hügelland in letzterer Richtung der Gebirgszug des Teutoburger Waldes sichtbar wird.

Drei deutsche Ströme nehmen ihren nordwärts gerichteten Lauf durch Hannover oder bespülen seine Grenzen und ergießen sich an den Küsten des Landes in die Nordsee.

Im Nordosten ist es die mächtige Wasserader der in Böhmen entspringenden Elbe, welche bei Schnackenburg das hannoversche Gebiet erreicht und bis zu ihrer Mündung in die Nordsee, mit Ausnahme des vormals lauenburgischen Amtes Neuhaus, die Landesgrenze gegen Mecklenburg, Lauenburg, Hamburg und Holstein bildet. Als Verkehrsstraße für das Handelsemporium Hamburg von einer außerordentlich regen Schifffahrt belebt, empfängt die Elbe von Hannover die linksseitigen Nebenflüsse Jetze, Ilmenau, Seeve, Este, Aue, Schwinge, Oste und Medem.

Bei Münden, am südlichsten Ausläufer Hannovers, vereinigen sich die dem Rhöngebirge entquellende Fulda und die vom Thüringer Walde kommende Werra zu dem Weserstrome, welcher aus dem dortigen Berglande in nordwestwärts gerichtetem Bogen das nordöstliche Westfalen durchzieht, um bei Schlüsselburg wieder auf hannoversches Gebiet zu treten und in der Ebene nordwärts über Bremen seine Wasser in die Nordsee zu senden. Von der bremischen Grenze abwärts bildet der Strom, hier eine für den Handelsverkehr jener Hansastadt bedeutende Wasserstraße, mit geringen Ausnahmen die Landesgrenze zwischen Hannover und Oldenburg. Von den Seitenflüssen, welche die Weser auf hannoverschem Gebiete empfängt, ist der bedeutendste die westlich Magdeburg entspringende Aller, welche, nachdem sie die bei der Hauptstadt passierende Leine aufgenommen, zunächst Verden das rechte Ufer jenes Stromes erreicht und in denselben mündet. Ferner verdient als rechtsseitiger Nebenfluß der Weser auf hannoverschem Gebiete die Lesum erwähnt zu werden, welche aus der Vereinigung der Wümme und Hamme hervorgeht und unterhalb der Allermündung bei Vegesack in jenen Strom sich ergießt. Nachdem die Weser weiter abwärts im Oldenburgischen durch die Hunte als linksseitigen Nebenfluß neue Zufuhr erhalten und die aus dem nördlichen Hannover in ihr Bett sich entleerenden rechtsuferigen Seitenflüsse Lune und Geeste aufgenommen, ergießt sie sich in majestätischem Strome in das Meer.

Die monotone Landschaft der westlichen hannoverschen Tiefebene wird durch die in Westfalen entspringende Ems belebt, welche nördlich Rheine die Grenze des Königreichs überschreitet und in dieser Zone westwärts ziemlich parallel von der Vechte begleitet wird, deren aus Westfalen nach Holland gerichteter Lauf sie durch den südwestlichsten Teil Hannovers führt. Während der vom linken Emsufer gegen die holländische Grenze sich erstreckende schmale hannoversche Landstrich zum größten Teile mit Mooren durchsetzt ist, empfängt der gedachte Fluß seine hauptsächlichste Wasserzufuhr an seinem rechten Ufer durch die Ahe oberhalb Lingen, bei Meppen von der Hase und vor Leer in der durch verschiedene Wasserläufe aus dem Oldenburgischen gespeisten Leda. Mit der Aufnahme dieser Zuflüsse an Bedeutung gewinnend, erweitert sich die Ems bei Emden zu einer imposanten, von reger Schiffahrt belebten Wasserfläche, die in jener Gegend linksseitig durch den Dollart-Busen, welcher zum weitaus größten Teile holländisches Territorium ist, noch wesentlich an Ausdehnung gewinnt. Von hier ab bis zur Mündung des Stromes in die See befindet sich das linke Ufer in holländischem Besitze, wogegen das rechte in seiner ganzen Ausdehnung Hannover angehört, mit einem ebenfalls teilweise von Mooren durchsetzten Hinterlande (Ostfriesland), dessen West- und Nordperipherie fruchtbare Marschländereien bilden.

Die Haupterwerbsquellen Hannovers, welches nach der Volkszählung von 1864 in runder Summe 1 924 000 Einwohner hatte, sind der Ackerbau und die Viehzucht; insbesondere liefern die nördlichen Provinzen schöne und leistungsfähige Pferde. Die Industrie war, speziell was das Fabrikenwesen anbelangt, weniger entwickelt, als in anderen Ländern von diesem Umfange. Dagegen haben die südlichen Provinzen, vorzugsweise der Harz, einen bedeutenden Bergbau, von welchem eine nicht unbeträchtliche Anzahl der Gruben fiskalisches Eigentum bildet. Auch an Salz ist Hannover sehr reich und besaß 1864 17 Salinen. An den Küsten wird eine namhafte Seefischerei betrieben, bei welcher besonders Ostfriesland in umfangreichem Maße beteiligt ist. Vermöge seiner Lage als Küstenstaat an der Mündung dreier bedeutender Ströme erfreute sich Hannover eines blühenden Handels, unterstützt durch eine lebhafte Schiffahrt. Haupthandelsplätze sind an der Elbe Harburg, an der Weser-Mündung beim Einflusse der Geeste Geestemünde und gegen-

über auf deren rechten Ufer das zum Gebiet der freien Stadt Bremen gehörige Bremerhafen; ferner an der Ems Emden, Leer und Papenburg.

Das Eisenbahnnetz des Königreichs, sowie es im Jahre 1866 bestand, hatte sich den alten Handelsstraßen entsprechend entwickelt und fand in der Residenz Hannover seinen Vereinigungspunkt *). Nordwärts vermittelte den Verkehr mit Hamburg der von der Landeshauptstadt über Lehrte, Celle und Lüneburg nach Harburg führende Schienenweg, welcher jedoch hier eines festen Überganges über die Elbe entbehrte **), so daß der Verkehr nur durch Fähren vermittelt wurde, die aber nicht zur Überschiffung von Eisenbahnfahrzeugen eingerichtet waren. Eine von jener Linie in Lüneburg abzweigende Schienenstraße führt nach Hohnstorf an die hier ein Trajekt ***) zur Übersetzung der Eisenbahnfahrzeuge tragende Elbe und gewinnt mit ihrer jenseitigen Fortsetzung von Lauenburg in Büchen den Anschluß an die Berlin-Hamburger Bahn. Für die Verbindung mit dem Osten diente die von Hannover über Lehrte, Braunschweig und Oschersleben nach Magdeburg geleitete Eisenbahn, während von dem nämlichen Ausgangspunkte ein Schienenweg südwärts über Kreiensen und Göttingen nach Kassel und Frankfurt am Main führte, der auf hannoverschem Gebiete eine Zweigbahn von Nordstemmen nach Hildesheim entsendet, welche durch ihre in nördlicher Richtung auf Lehrte gegebene Fortsetzung mit der Braunschweig-Magdeburger Linie in Verbindung tritt. Durchschnitten wird jene Südbahn in Kreiensen von einer Schienenstraße, welche westwärts in Altenbeken an das westfälische Eisenbahnnetz anschließt, gegen Osten aber über Seesen in die schon erwähnte Linie Braunschweig-Magdeburg ausläuft. Der die hannoversche Hauptstadt in westlicher Direktion verlassende Schienen-

---

*) Obwohl für die Osthälfte Hannovers eigentlich die der Hauptstadt benachbarte Station Lehrte als der Hauptknotenpunkt des Landes-Eisenbahnnetzes betrachtet werden durfte, so will es doch für unsere Zwecke angemessener erscheinen, in der Residenz, mit Rücksicht auf ihre Bedeutung in politischer Beziehung, auch den Vereinigungspunkt jener Verkehrswege zu suchen.

**) Es beruht auf einem Irrtum, wenn das preußische Generalstabswerk S. 49 von einem festen Elbübergange bei Harburg spricht.

***) Das Trajekt war gemeinschaftliches Eigentum der Hannoverschen, Berlin-Hamburger und Lübeck-Büchener Eisenbahn.

weg vergabelt sich unweit der lippischen und kurhessischen Grenze in Wunstorf. Der nordwärts führende Strang folgt dem Laufe der Weser und endet in Geestemünde-Bremerhafen. Die von Wunstorf in westlicher Richtung ihre Fortsetzung findende Schienenstraße, welche bei Löhne auch den Anschluß an das westfälische Eisenbahnnetz vermittelt, führt über die preußische Weserfestung Minden und Osnabrück nach Rheine an die Ems, wo sie sich mit dem von Hamm und Münster herangeleiteten Schienenwege verbindet. Die Vereinigung dieser beiden Linien wird der Ausgangspunkt für die von hier nordwärts führende und demnächst wieder auf hannoversches Territorium übergehende Eisenbahn, welche der Ems entlang führt und, nachdem sie in Salzbergen den aus Holland kommenden Schienenweg aufgenommen, über Lingen, Meppen, Papenburg und Leer in den Hafenplatz Emden ausläuft*).

Was die Mittel der Landesverteidigung außer der Armee anbelangte, so befand sich Hannover in einer mißlichen Lage. Der einzige befestigte, aber der Verwahrlosung anheimgefallene Platz war Stade, im nordöstlichen Teile des Königreichs gelegen. Einst das Hauptbollwerk des Erzstiftes Bremen gewesen, waren seine Befestigungen 1786 geschleift worden**). 1814 hatte man mit deren Wiederherstellung begonnen und diese Arbeiten auch in dem folgenden Dezennium fortgesetzt, da

*) Die Eisenbahnlinie Bremen-Oldenburg-Leer bestand 1866 noch nicht; nur der Bau der Strecke zwischen den beiden ersteren Punkten hatte damals begonnen. Dasselbe war der Fall mit dem von Oldenburg nach Wilhelmshafen projektierten Schienenwege.

**) Im Dreißigjährigen Kriege wurde Stade, von dem dänischen General Morgan mit einigen geworbenen englischen und schottischen Regimentern verteidigt, im Frühjahre 1628 durch den bayerischen General Grafen Tilly belagert. Nach tapferer Gegenwehr mußte der Platz wegen Mangels an Lebensmitteln kapitulieren. — 1676 hatte Stade, damals von einer schwedischen Garnison unter Feldmarschall Graf Horn besetzt, abermals eine Belagerung durch dänische, lüneburgische und münstersche Truppen unter den Generalen Grafen Baudissin und v. Wedel auszuhalten. Seit dem Monat Mai eingeschlossen, war es wegen Hungersnot gezwungen, am 3. August seine Thore zu öffnen. — Anfangs August 1712 zog eine dänische, durch sächsische Artillerie verstärkte Armee vor Stade und schritt zur Belagerung des Platzes, welchen der schwedische General-Major v. Stackelberg verteidigte. Nachdem mit dem 29. August das Bombardement der Festung eröffnet worden war und der Belagerer im Begriffe stand, zum Sturme zu schreiten, hißte der schwedische Kommandant am 6. September die weiße Flagge auf und übergab den Platz.

man sich in Stade insofern einen festen Punkt erhalten zu sollen glaubte, um bei einer feindlichen Invasion die Archive und Staatsgelder behufs ihrer Überschiffung nach England vorläufig in Sicherheit zu bringen. Als jedoch eine zu diesem Zwecke eingesetzte Kommission ihr Gutachten dahin abgegeben hatte, daß die Anlage eines großen selbständigen Werkes auf dem dominierenden Schwarzen Berge für die Verteidigung des Platzes unumgänglich notwendig sei, wurden die Arbeiten eingestellt und für die Instandhaltung der Fortifikationen nichts mehr gethan. Stade, fünf Meilen nordwestlich von Harburg und 1866 noch der Verbindung mit dem hannoverschen Eisenbahnnetze entbehrend, liegt außerhalb der heutigen Hauptverkehrsstraßen in einer Niederung an der hier schiffbaren und vom Platze abwärts eingedeichten Schwinge, welche weiter unterhalb nach einem mehr als einstündigen Laufe in die Elbe mündet. Während gegen Norden und Osten der Blick über eine Ebene fruchtbarer Marschländereien schweift, welche bis zur Elbe sich erstreckt, zeigt sich der Platz sowohl süd- wie westwärts von mehreren Höhenzügen umgeben. Die Höhen südwärts am rechten Schwingeufer sind zwar minder belangreich, streichen jedoch bei Campe und Horst bis in die nächste Umgebung des Platzes. Überragt werden sie aber durch die jenseits des Flusses sich erhebenden Höhen, den Schwarzen Berg und den Hohen Wedel, welche beiläufig eine halbe Stunde westwärts von Stade entfernt liegen. Wie schon oben angedeutet, war keine dieser Höhen in das Befestigungssystem des Platzes einbezogen, welches somit auf eine acht Bastionen enthaltende Umwallung mit vorliegenden Ravelins und einem nassen, durch die umlaufende Schwinge gespeisten Graben sich beschränkte. Durch das beim Nordwestausgange des Platzes befindliche Stauwerk, welches den hier den Festungsbereich betretenden Fluß für die Zwecke der dortigen Mühle nutzbar macht, konnte in Verbindung mit der herwärts des Schwingeausflusses befindlichen Schleuse am Zollthore (Nordostfront) das aufwärts Stade an diesem Wasser gelegene Wiesenland auf einer etwa einstündigen Strecke inundiert werden. Dagegen bestanden für die Inundation der Schwingelinie unterhalb des Platzes keine Anstalten und würde eine solche selbst mittelst des Durchstiches der dortigen Deiche insofern nicht zu erzielen gewesen sein, indem das angrenzende Gelände die gewöhnliche Fluthöhe des fraglichen Flusses und der Elbe überragt. Die Wälle der Festung waren durchgängig

Erdwerke, aber aus dem schon erwähnten Grunde in Verfall. Innerhalb des Platzes gab es nur ein zwar bombensicheres, aber kleines Pulvermagazin beim Zeughause. Zwei größere derartige Magazine, welche im Juni 1866 vollkommen gefüllt waren, befanden sich außerhalb Stade am Hohen Wedel und entbehrten jeglichen Schutzes gegen das Feuer des Belagerers. Bei dem vernachlässigten Zustande des Platzes waren in verschiedenen Ravelins Gärten mit hohen Bäumen, während andere dieser Werke den Holzhändlern als Sägeplätze zur Verarbeitung großer Rundhölzer dienten. Das Glacis war mit Gärten, Bäumen und Hecken bedeckt, ohne daß man selbst noch Mitte Juni 1866 Anstalten zu seiner Rasierung getroffen hatte. Stade besaß zwar ein ziemlich zahlreiches Material an Geschütz (73 Rohre außer einer bespannten Batterie und einigen Karronaden); dasselbe war aber in der überwiegenden Mehrzahl alter Art und konnte daher gegen das neue Geschütz den Kampf nicht mit Erfolg aufnehmen. Der Platz befand sich überhaupt in einem solchen vernachlässigten Zustande, daß man ihn in der hannoverschen Armee schon längst nicht mehr als eine verteidigungsfähige Festung betrachtete. Die von den Wällen eingeschlossene Stadt zählte 1866 8400 Einwohner; die Besatzung bestand aus den 2 Bataillonen des 4. Infanterie-Regiments und dem 3. Artillerie-Bataillon von 4 Compagnieen.

Während des italienischen Krieges 1859 waren in dem Gebiete von Stade am linken Elbufer zur Beherrschung des Fahrwassers drei Batterieen erbaut worden, und zwar bei Brunshausen zunächst der Schwinge-Mündung *), ferner weiter abwärts die zweite nördlich Grauerort (in der Höhe von Barnkrug) und die dritte bei Belum, wo die Oste in die Elbe sich ergießt. Sämtliche Batterieen, denen der Elbdeich als Brustwehr diente, waren Erdwerke mit Blockhäusern. Armiert wurden dieselben erst während des dänischen Krieges 1864 mit schwerem Geschütz (glatten Rohren alter Konstruktion), welches seither dort verblieben war. Die Batterieen, in denen keine Munitionsvorräte lagerten, entbehrten im Frieden der Bewachung und blieben es auch beim Eintritte der kriegerischen Komplikationen im Juni 1866.

---

*) Diese Batterie bei Brunshausen ist nicht zu verwechseln mit der früher zur Zeit des Stader Elbzolles dort befindlich gewesenen Schanze, welche mittlerweile demoliert worden war.

An Stade schließt sich in südwestlicher Richtung jene bekannte Stellung an, in welche 1757 nach der unglücklichen Schlacht von Hastenbeck der Herzog von Cumberland mit der hannoverschen Armee sich zurückzog, um demnächst hier vor dem ihn verfolgenden französischen Heere zu kapitulieren. Das Städtchen Bremervörde, an dem nordwärts strömenden Osteflusse gelegen, bildete den damals von Sümpfen und Mooren umgebenen Mittelpunkt jener Position, deren linken Flügel bis Stade auf einer 3½ Meilen langen Strecke die sumpfige Niederung deckte, welche den Lauf des Schwingeflusses begleitete. In der nächsten Umgebung von Stade reihte sich an jenes Annäherungshindernis die durch die dortigen Schleusenwerke bewirkte Inundation des Tieflandes, während die Schwinge bis zu ihrer Mündung in die Elbe ostwärts den Abschluß bildete. Den rechten Flügel jener Stellung schützte dagegen von Bremervörde in südwestlicher Richtung bis zur Vereinigung der Hamme und Wümme (östlich Vegesack) ein sechs Meilen langes und allerwärts mindestens eine Meile breites Hochmoor, teilweise von dem ersteren jener beiden Flüsse durchströmt und besonders auf seiner unteren Strecke von zahlreichen Wasseradern durchzogen. Nur eine einzige fahrbare Straße führte durch dieses Moor von Zeven über Gnarrenburg nach Beverstädt. Die aus der Vereinigung von Hamme und Wümme hervorgehende Lesum, welche selbst große Schiffe zu tragen vermag und nach zweistündigem Laufe bei Vegesack in die Weser mündet, gewährt der fraglichen Position nach dieser Richtung einen günstigen Abschluß. Während das rechte Ufer der Lesum fest ist und von seinen Hügeln das linke (südliche) dominiert, erstreckt sich von dem letzteren bis in die Nähe von Bremen ein weites, von zahlreichen Gräben durchschnittenes, sumpfiges Wiesenland, das einen großen Teil des Jahres hindurch unter Wasser steht. Nur ein schmaler fester Landrücken zieht sich von der Stadt Bremen nordwärts durch dieses Wiesenland bis zur Lesum und trägt die nach Bremerhafen führende Straße und Eisenbahn. In einer Ausdehnung von elf Meilen schließt diese Position *) somit die zwischen der Elbe und Weser gegebene Landzunge südwärts ab, während ihrem Verteidiger in den

---

*) Eine eingehendere und anschauliche Schilderung dieser Stellung giebt v. Hassell in seinem lesenswerten Werke: „Die schlesischen Kriege und das Kurfürstenthum Hannover" (Hannover, 1879).

Marschländereien, welche von der Wesermündung hinter den die Nordseeküste einsäumenden Deichen bis an die Elbe laufen, reiche Hilfsquellen für den Unterhalt seiner Streitkräfte geboten sind. Obwohl diese Stellung zur Zeit des Siebenjährigen Krieges noch vorzüglich zur Verteidigung geeignet war, hatte sie doch durch die seither stattgefundenen und fortgesetzten Meliorationen wesentlich an Festigkeit verloren. Kanäle durchziehen jetzt vielfach die Moore, teils um zur Entwässerung, teils um zur Schiffahrt für die Abfuhr des gewonnenen Torfes zu dienen. Wo früher Sumpf und Einöde waren, erheben sich gegenwärtig zahlreiche Ansiedelungen. Schon eine in der Zeit von 1820 bis 1830 stattfindende eingehende Rekognoszierung dieser Stellung, welche unter Leitung des Generals v. Alten stattfand, führte zu der Überzeugung, daß die Position ihren früheren Wert verloren hatte und somit eintretenden Falls nicht mehr als ein für die hannoversche Armee geeigneter Zufluchtsort zu betrachten war.

An der unteren Weser verfügte Hannover über einige am rechten Ufer zum Schutze der Häfen von Geestemünde und Bremerhafen erbaute Befestigungen. Das Hauptwerk war das Fort Wilhelm, ein massives, halbrundes Turmfort unmittelbar nördlich der Geestemündung am Eingange zum Hafen. Eine Ergänzung fand diese Befestigung durch die „Dockbatterie", ein offenes Erdwerk zunächst der Einfahrt zu dem neuen Hafen von Bremerhafen, und ferner durch die sogenannte „Weser-Hauptbatterie", eine in der Kehle geschlossene Lünette mit nassem Graben am äußersten nördlichen Ende des bremischen Territoriums von Bremerhafen. Sämtliche Batterieen hatten den Zweck, das Fahrwasser der Weser zu bestreichen. Fort Wilhelm verfügte 1866 schon aus früherer Zeit über die erforderliche artilleristische Ausstattung, so daß bei seiner späteren Besitznahme durch die Preußen 41 Geschütze, obwohl alter Konstruktion, und beträchtliche Munitionsvorräte vorgefunden wurden. Das Fort hatte auch in Friedenszeiten einen Kommandanten und eine Besatzung, welche im Juni 1866 aus 1 Offizier und 56 Mann des 2. Infanterie-Regiments, sowie 15 Artilleristen bestand.

Zur Verteidigung der unteren Ems waren an deren rechten Ufer 1859 vier Batterieen erbaut worden, welche ihre aus Anlaß des dänischen Krieges 1864 erfolgte Armierung seither beibehalten hatten. Die nördlichste dieser Batterieen befand sich auf der Landspitze Knocke,

1½ Meilen abwärts Emden, und war mit zwei Vierundzwanzigpfündern und vier Zwölfpfündern ausgerüstet. Die südlich Emden in die dortige Bucht ausspringende Landzunge von Nesserland trug zwei Batterieen zu beiden Seiten der dortigen Schleuse. Die größere Batterie, welche sechs Neunpfünder hatte, befand sich westlich der Schleuse, die andere mit vier Vierundzwanzigpfündern östlich der letzteren*). Die vierte Batterie lag anderthalb Stunden oberhalb Emden bei Petkum westlich von dem dortigen Siele und war mit sechs Zwölfpfündern armiert. Sämtliche Batterieen, welche das Fahrwasser beherrschten, waren an dem vorliegenden Deich angebaut, so daß dessen Damm als Brustwehr diente; die Kehlen waren durchgängig pallisadiert. Jede Batterie besaß ein Blockhaus, zwei versenkte Pulvermagazine und einen Glühofen, mit Ausnahme der kleineren Batterie an der Nesserlandschleuse, welche weder Blockhaus, noch Glühofen hatte und nur über ein Pulvermagazin verfügte. Das zur Armierung dienende Geschütz bestand durchgängig aus glatten Eisenrohren alter Konstruktion. Emden hatte auch in Friedenszeiten einen Kommandanten. Den Garnisondienst versah ein halbjährlich abgelöstes Detachement des 7. Infanterie-Regiments aus Osnabrück in der Stärke von 3 Offizieren und 60 Mann. Nur die große Batterie bei Nesserland hatte ständig einen Unteroffiziersposten; die übrigen Werke waren dagegen im Frieden ohne Bewachung.

Hannover besaß somit keinen befestigten Platz, welcher der Landesverteidigung zum Stützpunkte dienen konnte und ebenso wenig verfügte es über einen sicheren Zufluchtsort für seine Kriegsvorräte. Mochten auch die nordwärts gerichteten Läufe der Elbe, Weser und Ems für einen von Osten oder Westen erfolgenden Angriff der Verteidigung mehr oder minder günstige Abschnitte bieten, mochte ferner der hannoverschen Armee in dem Berglande der südlichen Provinzen, oder unter dem Schutze der Moore in der Nordhälfte des Königreichs ein Gebiet für die Defensive sich erschließen, so war doch eine längere Behauptung dieser von der Natur gebotenen Stellungen nicht zu erhoffen, wenn der Gegner über hinlängliche Streitkräfte verfügte. Wohl war man sich schon früher der hieraus für die Landesverteidigung von Hannover resultierenden

---

*) Die gegenüber liegende Landspitze von Logum war ohne Batterie.

Mißstände und Gebrechen bewußt geworden und in dem Dezennium von 1850 bis 1860 hatte diese Frage den Gegenstand ernster Erwägungen und eingehender Studien gebildet. Es wurde damals die Befestigung von Nienburg in Aussicht genommen, welches bei seiner ziemlich zentralen Lage an der Weser einen geeigneten Stützpunkt für die Landesverteidigung geboten hätte. Obschon die diesbezüglichen Pläne bereits ausgearbeitet waren, blieb das Projekt dennoch unerledigt, da man bezweifelte, von der Landesvertretung, mit welcher die Regierung wegen der noch unten zu erwähnenden Kavalleriefrage in militärischen Dingen beinahe immer auf gespanntem Fuße stand, die erforderlichen Geldmittel bewilligt zu erhalten. Obschon also für die Landesverteidigung nichts weniger als günstige Perspektiven sich eröffneten und obwohl die Erfahrungen und Lehren vergangener Zeiten zur Genüge vergegenwärtigten, daß Hannover in der Machtsphäre Preußens lag, steuerte dennoch die hannoversche Regierung in dem Fahrwasser der österreichischen Politik, entschlossen, an dem Kampf gegen den mächtigen Nachbarstaat thätigen Anteil zu nehmen.

Bekanntlich hatte Hannover mit Österreich das Übereinkommen getroffen, seine Armee mit der Brigade Kalik und 10000 holsteinischen Freiwilligen in einem verschanzten Lager bei Stade zu vereinigen. Unterziehen wir hier dieses Projekt und dessen Verhältnis zu der für Österreich und seine Bundesgenossen gegebenen strategischen Lage einer kurzen Betrachtung. Die nächste Aufgabe der bei Stade konzentrierten Streitmacht war es, von den für Nordwestdeutschland verfügbaren preußischen Truppen einen mehr oder minder erheblichen Teil auf sich abzulenken und an der nördlichen Peripherie des allgemeinen Kriegsschauplatzes festzuhalten, um deren Verwendung in anderer Richtung, so z. B. gegen Süddeutschland oder zur Verstärkung ihres gegen Österreich kämpfenden Hauptheeres zu verhindern. So lange die österreichische Nordarmee in Mähren oder Böhmen auf die Defensive sich beschränkte und dasselbe auch seitens ihrer süddeutschen Bundesgenossen geschah, war es für die bei Stade zusammengezogenen alliierten Truppen gleichfalls das Ratsamste, in der nämlichen Haltung zu verharren, wofern die von Preußen gegen sie entwickelte Streitmacht von annähernd gleicher Stärke oder auch überlegen war. Nur wenn der Gegner geringere Streitkräfte vor Stade

beließ oder der Abmarsch größerer feindlicher Abteilungen sich bemerkbar machte, trat an die bei jenem Platze konzentrierte alliierte Armee die Aufgabe heran, durch Offensivstöße auf entsprechende Entfernungen den Feind zur Verstärkung seines gegen Stade beobachtenden schwachen Corps zu veranlassen oder ihn zum Haltmachen und zur Umkehr der nach anderwärts in Marsch gesetzten Streitkräfte zu nötigen.

Innerhalb dieser Grenzen lag zunächst die den Hannoveranern gestellte Aufgabe, wenn beispielsweise eine der folgenden Eventualitäten für das Kriegstheater in Mittel- oder Westdeutschland eintrat. Während die kaiserliche Nordarmee noch auf die Defensive sich beschränkte, konnten die süddeutschen Corps Thüringen und die mittlere Elbe, als ein von erheblicheren feindlichen Streitkräften entblößtes Gebiet, zum Ziele einer größeren Offensive machen, um durch diesen Schachzug die preußische Heerführung zu Truppenentsendungen nach jener Richtung und damit zur Schwächung ihrer gegen Österreich entwickelten Streitmacht zu nötigen. Oder aber es konnte der Fall eintreten, daß die süddeutschen Corps zu einer allgemeinen Offensive nach Nordwestdeutschland schritten, z. B. in der Richtung über Kassel nach Westfalen, wofern sich ihnen hierzu günstige Aussichten erschlossen. In beiden Fällen blieb es vorerst die Aufgabe der hannoverschen Armee, in der oben geschilderten Weise bestrebt zu sein, thunlichst viele Streitkräfte des Feindes gegen sich zu fesseln und damit deren Verwendung zur Bekämpfung der süddeutschen Offensive zu verhindern. Die aus dem Vormarsche der süddeutschen Corps und der präsumierten Thätigkeit der Hannoveraner sich ergebenden Wechselwirkungen mußten für den Gegner, mochte er auch über den Vorteil der inneren Linien verfügen, die Situation auf diesem Kriegstheater nicht unschwierig gestalten, wofern er nicht, was bei den gegebenen Verhältnissen kaum zu erwarten stand, über eine jenen gewachsene und überlegene Streitmacht verfügte. Je mehr Truppen die Hannoveraner auf sich ablenkten, desto günstiger gestalteten sich die Aussichten für die süddeutsche Offensive. Schwächte aber die preußische Heerführung ihre gegen Stade entwickelten Streitkräfte, um der die Süddeutschen bekämpfenden Armee Verstärkungen zuzuführen, so mußte sie befürchten, durch eine in der nämlichen Richtung erfolgende hannoversche Offensive ihre aus südlicher Richtung angegriffene Armee auch im Rücken bedroht zu sehen. Dirigierte der Feind, wenn es die gegen die Süddeutschen gegebenen

Verhältnisse gestatteten, ein stärkeres Corps gegen die hier präsumierte Offensive der Hannoveraner, so konnten dieselben, einem größeren Kampfe ausweichend, wieder in die ihnen Schutz und Sicherheit bietende Stellung des verschanzten Lagers von Stade zurückkehren, ohne daß der Gegner in der Lage gewesen sein würde, die aus dieser Teilung seiner Truppen für ihn erwachsende peinliche Lage anders zu gestalten, in so lange er nicht über eine diesen Verhältnissen entsprechende größere Streitmacht verfügte.

Wurde die Niederlage des preußischen Hauptheeres in Böhmen das Signal zu einer allgemeinen Offensive Österreichs und seiner bisher in der Defensive verharrenden süddeutschen Bundesgenossen und sah sich das erstere hierdurch genötigt, die bisher in Nordwestdeutschland operierenden Streitkräfte oder mindestens einen erheblichen Teil derselben an sich zu ziehen, so trat damit auch an die in ihrer verschanzten Stellung entsetzten Hannoveraner die Aufgabe heran, ihrerseits gleichfalls zur Offensive überzugehen, um je nach Umständen in der Richtnng gegen Kassel oder die mittlere Elbe ihre Vereinigung mit den von südwärts kommenden Alliierten anzustreben.

Beschränkten sich dagegen die Süddeutschen nach einer Niederlage der österreichischen Waffen zur Deckung ihrer Länder auf die Defensive, so erwuchs ihnen durch das Ausharren der Hannoveraner an der Nordperipherie des allgemeinen Kriegsschauplatzes der Vorteil, daß die in Mittel- und Nordwestdeutschland operierende preußische Armee einen Teil ihrer Truppen durch die Beobachtung des Lagers von Stade in Anspruch genommen sah und mit ihren solchergestalt beschränkten Streitkräften kaum in der Lage gewesen sein dürfte, eine kräftigere Offensive gegen Süddeutschland eröffnen zu können, bevor sie nicht von ihrer siegreichen Hauptarmee, sobald es die Verhältnisse gestatteten, Verstärkungen erhalten hatte.

Dies waren die strategischen Perspektiven, welche sich für das Stader Projekt eröffneten, wenn es gelang, nachdem alles wohl erwogen und vorbereitet, die hannoversche Armee und die Brigade Kalik, mit den nötigen Vorräten versehen, unter den Wällen jenes Platzes in einem verschanzten Lager zu vereinigen. Unter der Führung eines so begabten und thatkräftigen Generals, wie es der österreichische Feldmarschall-Lieutenant Freiherr v. Gablenz war, würde die hier vereinigte Armee

bei dieser oder jener der oben erörterten strategischen Eventualitäten sich zur Geltung zu bringen gewußt und damit der preußischen Heerführung manche Schwierigkeiten bereitet haben. Vielleicht würde die Anwesenheit jener Armee bei Stade auch von belebendem Einflusse für die Operationen der süddeutschen Corps gewesen sein, nachdem man sich, wie uns bekannt, für eine selbständige Thätigkeit der letzteren in Mittel- und Nordwestdeutschland entschieden hatte.

Indessen blieb es eine bedeutsame und ausschlaggebende Vorfrage, ob überhaupt die rechtzeitige Vollendung des verschanzten Lagers bei Stade und die dortige Vereinigung der austro-hannoverschen Truppen gelingen durfte. Wie schon der General Jacobi in den Beratungen am 13. Mai darlegte, mußte wohl in Erwägung gezogen werden, daß Preußen eintretendenfalls die ihm hier für seinen Rücken drohende Gefahr durch ein rasches Eingreifen zu zerstreuen suchen würde. Sowohl die in Westfalen für den Kriegsfall mit Hannover bereit gestellten Streitkräfte (ursprünglich das 7. Armeecorps), wie auch das Corps in Schleswig standen Preußen in erster Linie zur Verfügung, um einen raschen Schlag gegen das Königreich zu führen. Wie unvorbereitet Hannover gegen eine solche Eventualität war, ist uns aus dem Früheren bekannt. Während Preußen im Monat Mai bereits gerüstet dastand, sollte die Mobilmachung der hannoverschen Truppen erst auf Grund des Bundesaufgebots erfolgen. Hatte man auch bereits seit Ende April mit dem Transporte von Kriegsmaterial nach Stade angefangen, so konnte doch vorläufig mit dem Baue des verschanzten Lagers noch nicht begonnen werden, da Preußen, welches ohnehin eine bewaffnete Neutralität Hannovers perhorreszierte, durch dergleichen Befestigungsarbeiten in seinem Argwohne gegen die Politik des Königs Georg nur um so mehr bestärkt worden sein würde und dementsprechende Gegenmaßregeln getroffen haben dürfte. Bei dem Vorsprunge seiner Kriegsrüstungen konnte Preußen die Entscheidung gegen das isolierte Hannover suchen, ohne daß dessen Bundesgenossen sich in der Lage befanden, ihren nordischen Alliierten rechtzeitig zu unterstützen. Hannovers leitende Kreise wiegten sich aber in der optimistischen Auffassung, daß es nicht nur gelingen dürfte, mittelst der für die zweite Hälfte des Juni angeordneten Brigadeübungen die Armee in der Richtung auf Stade zu konzentrieren, sondern dann auch noch die erforderliche Zeit für die von Bundeswegen

anzuordnenden Mobilmachung und den Ausbau der projektierten befestigten Stellung zu gewinnen, bevor Preußen überhaupt zur Eröffnung der Feindseligkeiten schritt.

Nehmen wir selbst den Fall an, daß es inzwischen gelungen war, vermöge der angeordneten Truppenübungen die verschiedenen Gruppen der hannoverschen Armee bis in den nordöstlichen Teil des Königreichs zu ziehen, um sie dann im entscheidenden Momente mittelst einiger Fußmärsche unter den Wällen von Stade zu konzentrieren. So lange der offene Bruch zwischen Preußen und dem Bunde nicht zur vollendeten Thatsache geworden war, würde die hannoversche Regierung auf die uns bekannte dilatorische Haltung gegen das Berliner Kabinett sich beschränkt haben und in Verbindung damit auch höchst wahrscheinlich der Beginn der Befestigungsarbeiten bei Stade unterblieben sein. Bezweckte Preußen die Führung eines raschen Schlages gegen Hannover, so standen ihm zur Verfügung einerseits das 7. (westfälische) Armeecorps und anderseits seine Truppen in Schleswig. Das erstere Corps, bekanntlich im Monat Mai mit Rücksicht auf Hannovers zweifelhafte Haltung mobilisiert, repräsentierte einschließlich der später nach Lauenburg instradierten sechs Landwehrbataillone (s. S. 114) immerhin eine Streitmacht von beiläufig 33000 Mann und war damit also selbst der auf Kriegsfuß nur 26000 Mann zählenden hannoverschen Armee überlegen. Rechtzeitig gegen die hannoversche Grenze konzentriert, würde das Corps hier bereit gestanden haben, um, falls Hannover das preußische Ultimatum ablehnte, sofort zur Eröffnung der Feindseligkeiten zu schreiten und den Gegner in der Richtung von Stade aufzusuchen. Da voraussichtlich der Ausgangspunkt für diese Operationen in der Weserfestung Minden zu suchen war, hätte das westfälische Corps, die rechtzeitige Zerstörung der in Frage kommenden hannoverschen Eisenbahnen vorausgesetzt, auf der von jenem Platze gegebenen kürzesten Linie über Nienburg und Verden bis Stade einen Fußmarsch von 20 Meilen zurückzulegen gehabt, so daß es mit Einschluß eines Rasttages immerhin, wenn nicht durch den Feind gestört, am sechsten Tage das ihm gesteckte Ziel zu erreichen in der Lage war.

Zur gleichzeitigen Aktion gegen Hannover verfügte aber Preußen anderseits auch über das Corps in Schleswig (s. S. 93), das auf Kriegsfuß eine Stärke von beiläufig 14000 Mann hatte. Für seine

Mitwirkung gegen Hannover bedurfte es, wie in dem Folgenden darzulegen, durchaus nicht der vorangehenden Verdrängung der Österreicher aus Holstein, vielmehr konnte das Berliner Kabinett zunächst auf die Vermeidung eines dortigen Konflikts mit diesem Rivalen bedacht sein, da ohnehin die geringe Stärke der in jenem Lande zurückgebliebenen kaiserlichen Brigade nicht darnach bemessen war, um auf Preußens militärische Maßnahmen im Norden von bestimmendem Einflusse zu werden. Während zur Bewachung von Schleswig die notwendigsten, durch Truppenzuzüge aus der Heimat gebildeten Besatzungen zurückblieben, konnte das fragliche Corps auf der ihm vertragsmäßig durch Holstein zustehenden Militärstraße mittelst Eisenbahn aus Schleswig über Rendsburg in das bereits an Preußen übergegangene Herzogtum Lauenburg gezogen werden, um hier gegen Hannover in Bereitschaft zu stehen. Mit dieser Maßregel war zugleich der Vorteil verbunden, unter dem Drucke, welchen die Aufstellung des preußischen Corps im Lauenburgischen auszuüben vermochte, Österreich in Holstein zu paralysieren. Konnte die letztere Macht einesteils aus der fraglichen Konzentrierung jenes Corps noch nicht den casus belli ableiten, so sah sie sich doch anderenteils mit Rücksicht auf die hieraus erwachsende kritische Lage ihrer Brigade genötigt, auch ihrerseits vorläufig auf die Vermeidung eines offenen Bruches mit Preußen bedacht zu sein. Gelangte Österreich unter diesen schwierigen Verhältnissen zu dem Entschlusse, jene Brigade nicht an die hannoversche Armee Anschluß nehmen zu lassen, sondern in die Heimat zurückzuberufen, so bot sich derselben als einzige Rückzugslinie nur der von Harburg durch Hannover über Kassel nach Süddeutschland führende Schienenweg. Da indessen mit dem Eintreten kriegerischer Komplikationen in Hannover die Befürchtung als eine nahe liegende erscheinen mußte, jene Eisenbahnlinie durch preußische Truppen besetzt und unterbrochen zu sehen, so lag eher eine Verzögerung der Katastrophe in Österreichs Interesse, und es war somit nicht ausgeschlossen, daß das Wiener Kabinett in diesem Sinne auf Hannover einzuwirken trachtete und dasselbe vorläufig von weiteren, die Katastrophe beschleunigenden Maßregeln, wie sie beispielsweise aus dem Beginne der Arbeiten für das verschanzte Lager bei Stade sich ergeben hätten, abzumahnen sich bemühte. Unter dem überzeugenden Eindrucke dieser Gesichtspunkte konnte überhaupt bei Österreich der Entschluß zur Reife gelangen, die Brigade Kalik in die

Heimat zurückzuberufen und sie damit der Sphäre der hazardierenden Politik Hannovers zu entziehen. Angesichts der Gesamtsituation in Deutschland würde es unter den erörterten Umständen also vollkommen in Preußens Hand gelegen sein, den Zeitpunkt zum Losschlagen gegen Hannover zu bestimmen.

Inzwischen standen aber die preußischen Truppen an der Elbe bereit, um im gegebenen Momente diesen Strom bei Lauenburg zu überschreiten und zur Kooperation mit den westfälischen Armeecorps in der Richtung gegen das $10\frac{1}{2}$ Meilen entfernte Stade vorzudringen. Gestatteten es die Umstände, den Elbübergang weiter abwärts bis in die Nähe der Vierlande zu verlegen, so ließ sich der Vormarsch gegen jenes Ziel am linken Ufer dieses Stromes um zwei Meilen verkürzen. Verhinderten hannoverscherseits getroffene Verteidigungsanstalten den sofortigen Elbübergang des schleswigschen Corps, zu dessen allenfallsiger Unterstützung übrigens die weiter unten zu erörternde Entsendung eines aus der Altmark gegen Lüneburg demonstrierenden Detachements vorgesehen werden konnte, so würde jener Widerstand doch voraussichtlich in den nächsten Tagen durch den seine Schatten vorauswerfenden Einfluß der Annäherung des dem Gegner überlegenen westfälischen Armeecorps gebrochen worden sein und der Feind sich zum Rückzuge auf Stade genötigt gesehen haben. Durfte man annehmen, daß der Elbübergang des schleswigschen Corps, selbst wenn er durch Überschiffen geschehen mußte, innerhalb zwei Tagen zu bewerkstelligen war, so bedurfte es nur noch zwei mehr oder minder starker Tagemärsche, um dasselbe vor Stade anlangen zu sehen, falls es in dieser Richtung nicht auf stärkeren Widerstand stieß. Schritt das schleswigsche Corps erst dann zur Überschreitung des mehrerwähnten Stromes, wenn der degagierende Einfluß des Anmarsches der westfälischen Truppen sich geltend machte, so durfte man immerhin der Hoffnung sein, dasselbe am vierten Tage nach begonnenem Elbübergange gleichfalls vor Stade eintreffen und seine Vereinigung mit den letzteren vollziehen zu sehen.

Für die Konzentrierung der gesamten gegen Hannover bestimmten Streitmacht an der Unterelbe, beziehungsweise in der Altmark, — eine Eventualität, welche uns noch weiter unten des Näheren beschäftigen soll —, dürfte sich dagegen, wenn das westfälische Armeecorps mit dem ganzen Bestande seiner Feldtruppen und den mehrerwähnten sechs

Landwehrbataillonen zur Verwendung gelangte, unter den folgenden Gesichtspunkten das Bedürfnis weniger geltend gemacht haben. Einesteils bildete das letztere Corps schon an und für sich eine dem Gegner weit überlegene Streitmacht, so daß es also die Offensive von Minden gegen Stade in der zuversichtlichen Erwartung eröffnen konnte, jeden allenfalls dieser Bewegung entgegentretenden Widerstand des Feindes zu brechen, ohne hierzu der Kooperation des schleswigschen Corps zu bedürfen. Abgesehen von dem damit verbundenen, zeitraubenden Eisenbahntransporte, würde aber anderenteils, wenn die für diesen Fall günstigste und in der Folge noch zu erörternde Kombination Platz griff, welche den Ausgangspunkt der Offensive des westfälischen Corps nach der Altmark an die hannoversche Grenze bei Salzwedel verlegte, hierdurch insofern kein nennenswerter Zeitgewinn erzielt worden sein, da es in dieser Richtung 18½ Meilen bis Stade sind, während die Entfernung von Minden nach dem nämlichen Ziele nur 1½ Meilen mehr beträgt.

Trat das 7. Armeecorps nicht in seiner Gesamtheit gegen Hannover in Aktion, sondern nur, wie es nachmals der Fall sein sollte, dessen 13. Division, so vermochte Preußen immerhin mit Einschluß des schleswigschen Corps und der bereits oben in Anschlag gebrachten sechs Landwehrbataillone eine Streitmacht von beiläufig 33 000 Mann wider jenen Nachbarstaat zu entwickeln. Um in diesem Falle die Operationen gegen die, wie wir annehmen wollen, in dem Gebiete bei Stade angelangten Hannoveraner nicht in zwei weit von einander getrennten Gruppen eröffnen zu müssen, von denen keine eine Übermacht gegen den Feind zur Geltung zu bringen vermochte, konnte Preußen noch vor dem Ultimatum an Hannover, wie wir es bereits oben für das schleswigsche Corps in Aussicht nahmen, auch auf die Heranziehung der 13. Division nach der unteren Elbe bedacht sein. Verzichtete das Berliner Kabinett hierbei auf eine Inanspruchnahme der aus Westfalen über Hannover nach Lauenburg führenden Eisenbahn, so stand dagegen für die betreffenden Truppentransporte der Schienenweg über Kassel-Eisenach-Halle-Magdeburg-Wittenberge zur Verfügung. Diese an der Nieder-Elbe konzentrierte Streitmacht*) konnte unter den folgenden drei Eventuali-

*) Wurden derselben für die Dauer der Operationen gegen Hannover die Artillerie-Ersatzabteilungen der benachbarten Armeecorps (Garde 2., 3., 4. und 7.)

täten ihre Operationen gegen Hannover entwickeln. Entweder wurde dieselbe in ihrer Gesamtheit im Lauenburgischen vereinigt, indem man zur Unterstützung ihres Elbüberganges gegen allenfallsige Widerstandsversuche der Hannoveraner ein von entbehrlichen Besatzungstruppen gebildetes Detachement aus der Altmark gegen Ülzen und Lüneburg demonstrieren ließ, eine Kombination, bei welcher aber trotzdem, wenn jene Voraussetzung hinsichtlich des Feindes sich bestätigte, eine mehr oder minder ausgedehnte Verzögerung der Überschreitung jenes Stromes nicht ausgeschlossen war. Oder das schleswigsche Corps stand im Lauenburgschen zur Überschreitung jenes Stromes bereit, während unter dem für die erstere Eventualität in das Auge gefaßten Gesichtspunkte die westfälische Division, welche mit Einschluß der mehrerwähnten sechs Landwehrbataillone auf eine Stärke von beinahe 19000 Mann gebracht werden konnte, aus der Altmark über Lüneburg ihre Vereinigung mit dem obigen Corps anzustreben suchte. Die über Kassel-Magdeburg beförderten westfälischen Truppen würden zu diesem Zwecke diesseits der Elbe und herwärts Wittenberge in Seehausen oder Osterburg debarkiert haben, um von hier über Salzwedel bis an die hannoversche Grenze (6½ Meilen) vorgeschoben zu werden. Mit deren Überschreitung hatten sie zunächst über Ülzen nach Lüneburg eine Entfernung von 8½ Meilen zurückzulegen und, in der Fortsetzung ihrer Operationen mit dem spätestens jetzt die Elbe passierenden schleswigschen Corps sich vereinigend, führte sie ein zehnmeiliger Weitermarsch bis angesichts von Stade. Eine dritte Eventualität würde in der Vereinigung der gesamten gegen Hannover aufgebotenen Streitmacht an der Grenze bei Salzwedel zu suchen gewesen sein, um von hier die Operationen über Lüneburg gegen Stade zu eröffnen, in welchem Falle aber der mit Aufstellung des schleswigschen Corps im Lauenburgschen auf Holstein ausgeübte Druck mehr oder minder beeinträchtigt worden sein dürfte.

Von diesen drei Fällen würde dem zweiten der Vorzug zu geben gewesen sein, da derselbe je nach Gestaltung der Situation die meisten Vorteile bot und die Aufstellung des schleswigschen Corps zugleich mit

---

zugeteilt, so war das Corps hinsichtlich dieser Waffe in so umfangreichem Maße ausgestattet, daß die letztere im Falle des Kampfes in gleich überwältigender, wie entscheidender Weise einzugreifen vermochte.

Rücksicht auf Österreichs Lahmlegung in Holstein ein nicht zu unterschätzender Schachzug war. Falls der Feind auf eine Verteidigung des linken Elbufers gegen das Lauenburgische verzichtete oder nur in ungenügendem Maße diesbezügliche Anstalten traf, würde das schleswigsche Corps in der Lage gewesen sein, bei Eröffnung der Feindseligkeiten sofort höchstens $10\frac{1}{2}$ oder auch nur $8\frac{1}{2}$ Meilen oberhalb Stade jenen Strom zu überschreiten. Nahm der Übergang, wenn er mit Schiffen bewerkstelligt werden mußte, höchstens zwei Tage in Anspruch, so konnte das Corps, gestützt auf die gleichzeitig von Salzwedel anrückende Kolonne, spätestens am dritten Tage die Operationen gegen Stade aufnehmen. Suchte dagegen der Feind das linke Elbufer mit größeren Streitkräften zu verteidigen, so würde er durch die aus der Altmark anrückenden westfälischen Truppen, welche innerhalb zwei Tagen Lüneburg erreichen konnten, sich im Rücken bedroht und zum Abzuge genötigt gesehen haben, wodurch für das schleswigsche Corps die Front zu dessen Elbübergange frei wurde.

Fassen wir alle die in dem Vorstehenden beleuchteten Umstände zusammen, so liegt die Befürchtung nur zu nahe, daß die gegen Hannover aufgebotene preußische Streitmacht, den allenfallsigen Widerstand einer ihr entgegengeworfenen, mehr oder minder starken Avantgarde brechend, angesichts von Stade eingetroffen sein dürfte, bevor noch das verschanzte Lager ausgebaut, sowie für längere Zeit approvisioniert gewesen wäre und die hannoversche Armee überhaupt ihre Rüstungen vollendet gehabt hätte. War aber die Anlage der befestigten Position nicht so weit vorgeschritten, daß sie den Hannoveranern als Stützpunkt dienen und von denselben behauptet werden konnte, so erübrigte ihnen nur noch der Rückzug in die aus dem Siebenjährigen Kriege bekannte Stellung (s. S. 158), da die Festung Stade selbst mit Rücksicht auf ihre beschränkten Raumverhältnisse außer Betracht kam, um als Zufluchtsort für die hannoversche Armee oder auch nur einen erheblichen Teil derselben in das Auge gefaßt zu werden. Falls Stade und der untere Schwinge=Lauf aufgegeben werden mußten, konnte zwar in dem weiter rückwärts sich bietenden Abschnitte des Oste=Flusses von Bremervörde bis zu dessen Mündung in die Elbe eine Deckung für den linken Flügel der in Frage stehenden Position gefunden werden. Indessen würde eine längere Behauptung dieser Stellung außer ihrer

größeren Zugänglichkeit infolge der seither stattgefundenen Meliorationen an der Unzulänglichkeit der hannoverschen Streitkräfte gescheitert sein. Die Mitte Juni, also vor der vollständigen Mobilmachung zur Verfügung stehenden 19000 Mann waren, selbst wenn die österreichische Brigade Kalik (5000 Mann) noch rechtzeitig mit ihnen sich vereinigte, durchaus nicht genügend zur Verteidigung jener Position, deren Front, bildete die untere Schwinge den Abschluß des linken Flügels, eine Ausdehnung von beiläufig 11 Meilen hatte, die sogar, falls der oben erwähnte Rückzug hinter die Oste stattfand, auf 13 Meilen sich erhöhte. Das voraussichtlich überlegene preußische Corps würde unter diesen Umständen den bereits früher betreffenden Orts beschriebenen Gürtel der Verteidigungslinie binnen kurzem gesprengt und in jenes der hannoverschen Armee als Zufluchtsstätte dienendes Gebiet eingedrungen sein, womit das Schicksal der letzteren entschieden war. Gegen die Nordseeküste, beziehungsweise gegen die Weser oder Elbe zurückgedrängt, harrte ihr hier nur die Wahl zwischen einem Vernichtungskampfe oder der Kapitulation.

War aber bei der preußischen Kriegserklärung die Konzentrierung der hannoverschen Truppen noch nicht so weit vorgeschritten, daß es nur weniger Fußmärsche bedurfte, um die Armee vor der außerhalb des Landeseisenbahnnetzes befindlichen Festung Stade zu konzentrieren, so gestalteten sich die Aussichten für dieses Projekt nur um so ungünstiger.

Ziehen wir alle diese Eventualitäten inbetracht, so zeugt es von einer außerordentlich optimistischen Auffassung der Dinge, wenn man hannoverscherseits die bei Stade zu konzentrierende Streitmacht auch noch durch den Zugang von 10000 holsteinischen Freiwilligen verstärken zu können hoffte. Schritt die österreichische Statthalterschaft in Holstein zu einem solchen Aufgebote, so stand zweifellos zu erwarten, daß Preußen, gestützt auf sein Kondominatsrecht, nicht nur gegen diese Maßregel Einspruch, sondern nötigenfalls auch zu einer Occupation des Landes schreiten und damit jenen Plan durchkreuzen würde. Erfolgte das Aufgebot dagegen erst mit dem Zeitpunkte, wo die österreichische Brigade Holstein behufs ihrer Vereinigung mit der hannoverschen Armee verließ, so knüpfte sich daran voraussichtlich der Einmarsch der preußischen Truppen aus Schleswig, von deren Seite es nur der Entfaltung entsprechender Energie bedurfte, um eine für jenen Zweck inscenierte Be-

wegung des Landes zum Stillstande zu bringen. Aber selbst für den kaum denkbaren Fall, daß es gelang, die erhoffte Anzahl von Freiwilligen im Stader Lager zu versammeln, so entbehrten dieselben, mochte auch für ihre Ausrüstung gesorgt sein, zunächst doch sowohl der Organisation wie der feldtüchtigen Ausbildung, Mißstände, welche bei dem Mangel an Offizieren und Unteroffizieren nur um so empfindlicher sich fühlbar gemacht hätten. Somit würden die Freiwilligen nur ein Ballast für die verbündete Armee gewesen sein und ihr einen nicht unwesentlichen Aufwand erfordernder Unterhalt für eine Reihe von Wochen kein Äquivalent in ihrer Leistungsfähigkeit gefunden haben. Übrigens wissen wir bereits aus dem Früheren, wie man in Holstein selbst ernstlich bezweifelte, daß das Aufgebot die erhoffte Stärkeziffer von 10000 Mann erreichen würde, vielmehr glaubte man das Resultat auf höchstens 5000 Mann veranschlagen zu dürfen.

Erwiesen sich auch unter den gegebenen Verhältnissen die Aussichten für das Stader Projekt nicht günstig, so war dennoch der Gedanke, durch den Rückzug der hannoverschen Armee in eine gesicherte Stellung an der Nordperipherie des allgemeinen Kriegsschauplatzes die preußische Heerführung zu einer Teilung ihrer Streitkräfte in Westdeutschland zu nötigen, im Prinzipe nicht abfällig zu beurteilen, um so mehr, da Hannover, bei seiner geographischen Lage des unmittelbaren Anschlusses an Österreich und seine süddeutschen Bundesgenossen entbehrend, nicht der alsbaldigen Vereinigung der eigenen Streitkräfte mit denen seiner Alliierten versichert war. Glaubte Hannover für den bevorstehenden Kampf unbedingt in die Reihen von Preußens Gegnern treten zu müssen, so dürfte indessen dem Stader Projekte der Rückzug nach Ostfriesland vorzuziehen gewesen sein, um hier in einer durch die Ems gesicherten Stellung, den Rücken an das neutrale Holland gelehnt, zunächst der weiteren Entwickelung der Dinge zu harren und nach Thunlichkeit auf die Vervollständigung der feldmäßigen Ausrüstung bedacht zu sein. Aber auch in diesem Falle war es mit Rücksicht auf Hannovers Lage und die daraus resultierende Gestaltung der Verhältnisse von außerordentlicher Wichtigkeit, den fraglichen Plan so lange als möglich vor den Blicken des Gegners zu verschleiern, um erst im entscheidenden Momente mit aller Energie an dessen Ausführung heranzutreten. Obwohl man auch bei den Vorbereitungen für dieses Projekt dem auf Hannover lastenden

Drucke der preußischen Machtsphäre sich nicht zu entziehen vermochte und somit jenem Plane ebenfalls ein gewisser Grad von Abenteuerlichkeit nicht abgesprochen werden kann, so erschlossen sich doch für denselben, trotz des damit verbundenen Verzichts auf eine Verstärkung durch die holsteinischen Freiwilligen, ungleich günstigere Aussichten, als für die beabsichtigte Konzentrierung bei Stade. Nicht ohne Interesse dürfte es daher sein, den Rückzug nach Ostfriesland in seiner Bedeutung für die hannoversche Armee des näheren zu würdigen und ihn hier zum Gegenstande unserer Betrachtungen zu machen.

Sowie den für den Monat Juni später angeordneten Brigadeübungen mit Rücksicht auf das Stader Projekt der Gedanke einer Zusammenziehung der Armee im Nordosten des Königreiches zugrunde lag, würde für den Rückzug nach Ostfriesland die Gegend von Nienburg das Gebiet gewesen sein, in welchem die Konzentrierung der gesamten Truppen für jene nach dem Nordwesten führende Bewegung vorzusehen war. Fanden die Brigadeübungen innerhalb oder zunächst der Grenzen des durch die folgenden Punkte bezeichneten Gebiets statt, nämlich: Verden-Rotenburg-Soltau-Celle-Hannover-Nienburg, so war im gegebenen Momente die Zusammenziehung der Truppen, selbst mit teilweisen Fußmärschen, am zweiten Tage vollendet, während zugleich, im stillen vorbereitet, mittelst Eisenbahn und Vorspanns entsprechende Vorräte von Kriegsbedarf aus den Magazinen der Hauptstadt nach Nienburg befördert werden konnten. Bereits während der vorangehenden Wochen mit Transporten von Kriegsmaterial nach Ostfriesland zu beginnen, war eine schwierige Frage und bedurfte jedenfalls vieler Vorsicht, um nicht durch diese Spuren das Auge des Gegners vorzeitig nach jener Richtung zu lenken. Dagegen dürfte es sich empfohlen haben, durch Anstalten, welche auf eine Armierung von Stade zu deuten schienen, bei Preußen die Voraussetzung einer dort beabsichtigten Konzentrierung der hannoverschen Armee zu nähren. Schon früher, angeblich zum Zwecke von Truppenübungen, einen Teil der Armee in den Westprovinzen, welche zu Friedenszeiten nur mit wenigen Garnisonen dotiert waren, zu konzentrieren, würde aus dem schon erwähnten Grunde gleichfalls kaum ratsam gewesen sein, da der Gegner hierdurch veranlaßt werden konnte, rechtzeitig auf Maßregeln Bedacht zu nehmen, welche im gegebenen Momente die Vereinigung der aus den Ostprovinzen nach der Ems abrückenden Truppen

mit den bereits dort befindlichen Abteilungen hinderlich waren Ohnehin dürfte eine Konzentrierung der ganzen Armee bei Nienburg auch mit Rücksicht auf einen allenfallsigen Angriff des Feindes empfehlenswerter gewesen sein, da man bei einer Zersplitterung der Streitkräfte Gefahr lief, dem Gegner eventuell gegebenen Orts nicht ausreichenden Widerstand leisten zu können. Je überraschender der hier in Frage stehende Schachzug Hannovers ins Werk gesetzt wurde, desto empfindsamer konnte er sich für Preußen gestalten.

Sollte die österreichische Brigade in Holstein auch für diesen Fall an die hannoversche Armee Anschluß nehmen, so konnte sie mittelst der von Harburg über Hannover nach Nienburg gegebenen Eisenbahnverbindung innerhalb 24 Stunden herangezogen werden. Falls der für diesen Schienenweg nahe der Lippeschen Grenze gegebene Knotenpunkt Wunstorf bereits von den aus Westfalen anrückenden preußischen Truppen bedroht, würden die Österreicher in Celle debarkiert haben, um von hier, durch die Aller gedeckt, mittelst Landmarsches über die Brücken von Rethem und Hoya an das linke Weserufer zu gehen, eine Entfernung von insgesamt 8½ Meilen.

Trat nicht die Eventualität ein, daß Preußen seine gesamte gegen Hannover bestimmte Streitmacht in Lauenburg oder Holstein konzentrierte oder einen Teil derselben in der Altmark in Bereitschaft stellte, so drohte der bei Nienburg in der Sammlung begriffenen hannoverschen Armee die nächste Gefahr von den preußischen Truppen in Westfalen, welche voraussichtlich die Weser-Festung Minden zum Ausgangspunkte ihrer Operationen nahmen. Das aus Schleswig zu erwartende preußische Corps des General-Lieutenants Freiherrn v. Manteuffel war, mochte es auch bei der Kriegserklärung bereits an der Elbe stehen, insofern vorläufig eine weniger imminente Gefahr, da dasselbe außer der seine Offensive verzögernden Überschreitung jenes Stromes auf einen mehr oder minder langen Landmarsch sich angewiesen sah, wofern der aus jener Richtung nach der Hauptstadt Hannover führenden Schienenweg unter gleichzeitiger Zurückziehung des Fahrmaterials zerstört wurde. Indem wir daher das Eingreifen dieses Corps später zum Gegenstande unserer Betrachtungen machen werden, wollen wir zunächst die Offensive der westfälischen Truppen in den Kreis unserer Erwägungen ziehen.

Wurde erst mit der Übergabe des preußischen Ultimatums zur Konzentrierung der hannoverschen Truppen bei Nienburg geschritten, so blieb deren eigentliches Ziel vorläufig insofern dem Gegner verhüllt, da die Lage der oben in das Auge gefaßten Übungsplätze ebenso wohl auf eine gegen Stade gehende Rückzugsbewegung berechnet sein konnte. Es war daher kaum zu befürchten, das westfälische Corps bei seinem unmittelbar an die Ablehnung des Ultimatums sich knüpfenden Aufbruche von Minden seine Operationen sofort nordwärts gegen das sechs Meilen entfernte Nienburg einleiten zu sehen*). Ließ sich unter diesen Umständen auch voraussetzen, daß der Gegner seine westfälischen Truppen von Minden zunächst ostwärts gegen die 7½ Meilen entfernte Hauptstadt Hannover, schon mit Rücksicht auf deren Bedeutung als politischen Mittelpunkt des Landes, dirigieren würde, so dürfte es dennoch als ratsam sich erwiesen haben, zur Verschleierung der gegen Nienburg eingeleiteten Bewegung auf zweckentsprechende Anordnungen bedacht zu sein, welche dazu beitrugen, die Aufmerksamkeit des Feindes zunächst um so mehr in der Richtung auf die Residenz zu fesseln und dahin seine Operationen sich entwickeln zu sehen. Eine hierfür geeignete Maßregel würde die Entsendung eines stärkeren, mit Artillerie dotierten Detachements gewesen sein, welches auf der Straße Minden-Hannover bis an die vier Meilen von jener preußischen Festung entfernte und hier durch kurhessische und lippesche Gebietsteile von Westfalen getrennte Landesgrenze vorgeschoben wurde, zu welchem Zwecke die betreffenden Truppenteile bis Wunstorf per Bahn befördert werden konnten, um von hier mittelst eines zweistündigen, südwärts gehenden Landmarsches den Ort ihrer Bestimmung zu erreichen. Seiner Aufgabe entsprechend, hatte das Detachement den Vormarsch der feindlichen Avantgarde nach Thunlichkeit zu verzögern, jedem stärkeren Angriff des Gegners aber auszuweichen und sich langsam in der Richtung auf die Hauptstadt zu repliieren,

---

*) Übrigens würde bei einem Vormarsche der preußischen Truppen westlich der Weser der hier an der hannoverschen Südgrenze sich hinziehende Moorgürtel (bei dessen Durchschreitung für größere Streitkräfte die Trinkwasserfrage nicht ohne Bedeutung ist) in Verbindung mit den in östlichem Laufe oberhalb Nienburg jenen Strom erreichenden Aueflusse ein geeigneter Abschnitt sich geboten haben, durch dessen Verteidigung der Abmarsch der hannoverschen Armee nach Ostfriesland gedeckt werden konnte.

um dann durch die letztere auf der Nienburger Straße nordwestwärts seine retrograde Bewegung fortzusetzen, je nach Maßgabe, daß es von seinem Verfolger gedrängt oder zu seiner Armee einberufen wurde. Erforderte der 7½ Meilen betragende Marsch von Minden nach Hannover, selbst wenn er ungestört vollzogen werden konnte, ohnehin zwei Tage, so dürfte mit Sicherheit anzunehmen sein, daß das preußische Corps, falls es durch ein hannoversches Detachement beschäftigt wurde, im günstigsten Falle erst am dritten Tage die Residenz erreichte. Die Fortsetzung seiner Bewegung von der Hauptstadt nach Nienburg erforderte aber weitere sechs Meilen. Selbst wenn es diesen Marsch ohne Störung zurückzulegen vermochte, würde es mit Einschluß eines Ruhetages kaum früher als am fünften Tage seit dem Aufbruche von Minden bei Nienburg erschienen sein. Bringen wir dagegen in Anschlag, daß einesteils bei der Ankunft in der Hauptstadt die strategische Situation wohl kaum in dem Maße geklärt gewesen sein dürfte, daß das preußische Corps in seiner Gesamtheit unverzüglich die Operationen gegen Nienburg fortsetzte, und daß andernteils durch die Thätigkeit des demselben entgegengeworfenen hannoverschen Detachements die Bewegung immerhin eine mehr oder minder belangreiche Verzögerung erfuhr, so blieb es nicht ausgeschlossen, daß der Gegner noch mehr als fünf Tage für die hier in Frage stehende Bewegung bedurfte. Inzwischen würden sich aber die hannoverschen Truppen unter gleichzeitiger Zerstörung der inbetracht kommenden Stromübergänge auf das linke Weserufer zurückgezogen haben, so daß sich ihnen die Möglichkeit erschloß, unter dem Schutze der in jenem Flusse sich bietenden Schranke nötigenfalls zur Deckung des Abmarsches nach Ostfriesland dem bei Nienburg eintreffenden preußischen Corps noch Widerstand zu leisten. Die bei Minden konzentrierten preußischen Streitkräfte, welche hier mit Rücksicht auf die vorliegenden lippeschen und kurhessischen Gebietsteile vier Meilen von der hannoverschen Grenze entfernt standen, bei Kriegsausbruch auf dem ostwärts führenden Schienenwege bis zu der letzteren zu befördern, würde eine Beschleunigung der Operationen nicht im Gefolge gehabt haben. Denn selbst wenn, wie es späterhin geschah, nur eine Division hierfür in Frage kam, würde dieselbe erst am zweiten Tage an der hannoverschen Grenze, jenseits welcher man die Eisenbahn als zerstört annehmen durfte, wieder versammelt gewesen sein, um dann zur Fortsetzung der

Offensive mittelst Landmarsches zu schreiten. Noch vorher mit kleineren Abteilungen die Operationen in der Richtung nach Hannover aufzunehmen, würde sich insofern weniger ratsam erwiesen haben, weil man in diesem Falle kaum auf einen durchschlagenden Erfolg hoffen durfte, dagegen aber befürchten mußte, auf stärkere feindliche Streitkräfte zu stoßen, deren Widerstand man nicht zu brechen vermochte und gegen welche man möglicherweise sogar eine Niederlage erleiden konnte. In Anbetracht dieser Umstände durfte daher die Voraussetzung als eine wohl nicht der Berechtigung entbehrende betrachtet werden, daß die in Westfalen konzentrierten preußischen Streitkräfte von Minden ihr nächstes Operationsziel, die hannoversche Hauptstadt, im Landmarsche zu erreichen suchen würden.

Während Preußens westfälische Truppen in dieser Richtung ihre Operationen eröffneten, stand zugleich der Einmarsch des schleswigschen (Manteuffelschen) Corps aus Holstein zu gewärtigen. Wir wollen hierbei den der nachmaligen Entwickelung der Ereignisse entsprechenden und für die preußischen Waffen günstigsten Fall zur Grundlage unserer Betrachtungen machen, daß das aus Schleswig eingerückte Manteuffelsche Corps nach dem Abzuge der österreichischen Brigade Kalik bei Altona zur Überschreitung der Elbe bereit stand, um mit der Kriegserklärung an Hannover sofort die Feindseligkeiten zu eröffnen und in das Königreich einzurücken*). In Ermangelung eines festen Stromüberganges würde das Corps zur Überschreitung der Elbe immerhin zwei Tage bedurft haben. War hannoverscherseits auf die Zerstörung des Schienenweges Harburg-Hannover und des Lauenburger Trajekts, sowie auf die rechtzeitige Zurückziehung des dortigen Eisenbahn-Transportmaterials Bedacht genommen worden, so sah sich das preußische Corps auf den Landmarsch angewiesen. Nehmen wir selbst den Fall an, daß dasselbe nicht durch die Voraussetzung einer Konzentrierung der hannoverschen Armee um Stade zunächst bei Harburg festgehalten wurde, sondern nach beendetem Elbübergange unverzüglich auf dem direktesten Wege nach der hannover-

---

*) Den später eintretenden Fall, daß Hannover am Vorabende der Katastrophe Preußen auf Grund der Etappenkonvention den Durchmarsch des schleswigschen Corps gestattete, schließen wir hier aus, da diese Genehmigung einer Auffassung der Lage entsprang, welche mit einem besonnenen Urteile nicht in Einklang gebracht zu werden vermag.

schen Hauptstadt über Soltau und Celle abrückte, so hatte dasselbe 19 Meilen zurückzulegen, was, einen Ruhetag inbegriffen, immerhin mindestens fünf Tage erforderte, selbst wenn die Bewegung ungehindert und ohne Widerstand, den wir bei der supponierten Lage der Dinge als ausgeschlossen betrachten wollen, vollzogen werden konnte. Hatte das Corps die Hauptstadt Hannover erreicht, so stand es hier noch sechs Meilen von Nienburg entfernt und würde also kaum vor dem achten Tage, und wenn man ihm einen jedenfalls sehr notwendigen zweiten Ruhetag gönnte, frühestens am neunten Tage seit dem Beginne seines Elbüberganges in jener Richtung die Weser erreicht haben. Bog das auf der Straße Harburg-Celle marschierende Corps, nachdem mittlerweile der Rückzug der Hannoveraner hinter die Weser konstatiert war, von Soltau gegen Nienburg ab, so hatte es auf dieser Linie 15 Meilen zurückzulegen, was mit Einschluß eines Rasttages, aber ohne die zwei Tage des Elbüberganges immerhin vier Tage erforderte, vorausgesetzt, daß es den von ihm in jener Richtung zu passierenden Aller-Übergang von Rethem nicht zerstört fand. Verließ das preußische Corps erst in Celle die bisher von ihm verfolgte Straße auf Hannover, um von hier gegen Nienburg zu eilen, so betrug der auf dieser Linie bewirkte Marsch 21 Meilen und benötigte zu seiner Ausführung, unter Veranschlagung eines Ruhetages, fünf bis sechs Tage. Daß das Manteuffelsche Corps schon ursprünglich die von Harburg nach der Weser führende kürzeste Straße über Rotenburg auf Verden einschlagen würde, konnte zwar für den Fall in Erwägung gezogen werden, daß die preußische Heerführung hiermit die eventuell supponierte Rückwärtskonzentrierung der hannoverschen Truppen auf Stade zu durchkreuzen bezweckte. Die auf jener Linie bis Verden zurückzulegende Entfernung beträgt 11 Meilen, wozu mindestens zwei anstrengende Tagemärsche erforderlich waren. Wahrscheinlicher ist es aber, daß das Gros des Corps erst am dritten Tage der Bewegung und also am fünften Tage seit Eröffnung der Feindseligkeiten Verden erreicht haben dürfte. Es befand sich hier zwar nur noch eine halbe Stunde von der Weser entfernt, hatte dagegen bis Nienburg an jenem Strome aufwärts noch vier Meilen zurückzulegen. Selbst wenn das in Verden eingetroffene preußische Corps die Bestimmung erhielt, in der Höhe dieses Punktes den gedachten Fluß zu passieren und an dessen linkem Ufer gegen die bei Nienburg 2c. konzen-

trierten Hannoveraner vorzugehen, während die letzteren von den westfälischen Truppen in der Front sich beschäftigt sahen, so würde damit eine wesentliche Beschleunigung der Operationen nicht erzielt worden sein. Waren die Allerbrücken bei Verden zerstört, während anderseits die Weser in jener Gegend überhaupt eines festen Überganges entbehrte, so dürfte die Überwindung dieser beiden Hindernisse, selbst wenn das Corps über das erforderliche Brückenmaterial verfügte, immerhin zwei Tage beansprucht haben. Es würde also auch auf der in Frage stehenden Marschlinie kaum vor dem sechsten Tage seit dem Aufbruche von Altona jenseits der Weser vereinigt gewesen sein.

Indessen sei auch die Eventualität nicht außer Betracht gelassen, daß das Manteuffelsche Corps von Harburg auf der die Eisenbahn nach der Hauptstadt begleitenden Straße Lüneburg=Celle=Hannover (21 Meilen) in Marsch gesetzt wurde, in der Hoffnung, noch während dieser Bewegung jenen Schienenweg alsbald dem Betriebe wieder übergeben und damit zur Truppenbeförderung nach der Residenz erschlossen zu sehen. Nehmen wir selbst den später eintretenden Fall an, daß es schon am vierten Tage nach Beginn des Elbüberganges gelang, mittelst des nur mangelhaft zerstörten Lauenburger Trajekts Eisenbahnmaterial über jenen Strom zu befördern und den Betrieb auf dem gedachten Schienenwege zu eröffnen, so würde doch auch im günstigsten Falle der Transport des Corps zwei Tage beansprucht haben. Und selbst wenn diese Truppenzüge ohne Aufenthalt von der Hauptstadt auf der bremischen Linie bis in die Nähe von Nienburg geleitet werden konnten, würde der größere Teil des schleswigschen Corps kaum vor dem sechsten Tage seit der Eröffnung seines Elbüberganges an der Weser angelangt gewesen sein. Sollte jenem auf Lüneburg=Celle instradierten Corps Eisenbahntransportmaterial aus Westfalen oder aus der Richtung von Magdeburg entgegengesendet werden, sobald die westfälischen Truppen die Hauptstadt Hannover besetzt hatten, so dürfte dies wohl kaum vor dem vierten oder fünften Tage seit der Eröffnung der Operationen möglich gewesen sein, da einesteils die von Minden aufbrechenden preußischen Streitkräfte, wie wir bereits betreffenden Orts darlegten, vor mindestens zwei bis drei Tagen die Residenz nicht erreicht haben würden, anderenteils aber die Wiederherstellung der in Frage kommenden Schienenwege für den durchgehenden Verkehr ebenfalls einige Tage beansprucht hätte.

Führte die Entwickelung der Ereignisse zu der schon früher erörterten Eventualität (s. S. 166), daß das Manteuffelsche Corps seinen Elbübergang bei Lauenburg bewerkstelligte, so ergaben die für seine Operationen gegen Nienburg inbetracht kommenden Marschlinien von der am linken Ufer jenes Stromes gelegenen Station Hohnstorf die folgenden Entfernungen:

Lüneburg-Celle-Hannover $17\frac{1}{2}$ Meilen, mindestens fünf Tage mit Einschluß eines Ruhetages;

Lüneburg-Soltau-Verden beinahe 14 Meilen oder drei Tagemärsche und ein daran sich schließender Rasttag;

Lüneburg-Soltau-Nienburg $15\frac{1}{2}$ Meilen oder drei bis vier Marschtage und einen Ruhetag.

Ziehen wir alle diese Kombinationen in Erwägung, so erhellt aus ihnen, daß auch im günstigsten Falle das Manteuffelsche Corps kaum in der Lage war, die bei Nienburg konzentrierten hannoverschen Truppen vor dem fünften Tage seit Eröffnung der Feindseligkeiten ernstlich zu bedrohen.

Wurde Magdeburg der Ausgangspunkt zur Entsendung eines preußischen Truppencorps gegen die Hauptstadt Hannover, so dürfte dasselbe gleichfalls kaum früher vor Nienburg erschienen sein, als es für die westfälischen Truppen in Aussicht zu nehmen war. Ziehen wir inbetracht, daß der Eisenbahntransport der von Magdeburg über Braunschweig entsendeten Truppen durch die Zerstörung dieses Schienenweges an der hannoverschen Landesgrenze bei Peine (fünf Meilen herwärts der Hauptstadt) seinen Abschluß gefunden hätte, so würde das Gros dieses Corps (sei es auch nur eine Division) gleichfalls kaum vor dem dritten Tage abends in der Residenz eingetroffen und somit ebenfalls frühestens am fünften Tage seit Eröffnung der Operationen vor Nienburg erschienen sein.

Es dürfte also wohl kaum einem Zweifel unterliegen, daß die Konzentrierung der hannoverschen Armee bei Nienburg gelungen sein und daß dieselbe hier, gedeckt durch die Weser, noch eine mehrtägige Frist zur Vorbereitung ihres Abmarsches nach Ostfriesland gewonnen haben würde.

Zur Sicherung der letzteren Bewegung war gleichzeitig auf die Zerstörung des über Osnabrück und Rheine nach Ostfriesland führenden Schienenweges Bedacht zu nehmen, zu welchem Zwecke die folgende

Kombination vorgesehen werden konnte. Während das in Osnabrück garnisonierende Infanterieregiment bei seinem Ausmarsche zu den Brigadeübungen ein stärkeres Depot daselbst zurückließ, wurde zugleich das Wachdetachement in Emden unter irgendwelchem Vorwande verstärkt und außerdem alles vorbereitet, um im gegebenen Momente auch die noch in der Heimat befindlichen Urlauber in Ostfriesland und dem Emsgebiete dahin einzuberufen und auszurüsten. Nachdem bei Beginn der Feindseligkeiten unter der Leitung von Pionieren, welche zu diesem Behufe bereits früher in Osnabrück eingetroffen, zunächst die Eisenbahn bei diesem Punkte selbst zerstört worden war, hatten die dortigen Truppen auf diesem in hannoverschem Betriebe stehenden Schienenwege nach Rheine zu eilen, wo sie sich mit dem gleichzeitig per Bahn von Emden kommenden Detachement vereinigten. Die hier über die Ems führende Eisenbahnbrücke würde nunmehr zu sprengen und der südwärts nach Münster abzweigende Schienenweg nach Thunlichkeit (z. B. durch streckenweises Abgraben) zu unterbrechen gewesen sein. Durch die in den nächsten Tagen aus Emden eintreffenden Urlauber würde das bei Rheine vereinigte Detachement auf die Stärke von mindestens 1000 Mann zu bringen gewesen sein und ihm die Aufgabe obgelegen haben, bis auf weiteres süd- und ostwärts zu beobachten, während in seinem Rücken die Eisenbahnbrücke, welche bei Lingen die Ems überschreitet, zur Zerstörung vorbereitet wurde. Tauchte der Feind in stärkerer Anzahl gegen Rheine auf, so repliierte sich das Detachement langsam an der Ems abwärts, um den Anschluß an die Armee zu suchen und falls es sich nicht mehr südwärts Lingen zu behaupten vermochte, wurde auch zur Sprengung der dortigen Eisenbahnbrücke geschritten.

War die hannoversche Armee durch die Zerstörung jener Schienenwege nach dieser Seite gegen ein überraschendes Vorgehen größerer feindlicher Streitkräfte gesichert, so hatte sie, sobald es nur die Verhältnisse gestatteten, ihren Abmarsch aus der Sammelstellung bei Nienburg nach der Ems zu beschleunigen, indem sie denselben durch eine zunächst noch an der Weser zurückbleibende und auf die Entfernung eines Tagemarsches ihr folgende Nachhut gegen das jenseits des letzteren Stromes eintreffende preußische Corps zu maskieren suchte. Da die Armee ihre Mobilmachung und Ausrüstung in Ostfriesland und dem

angrenzenden Gebiete zu vollenden gehabt hätte, würde sie innerhalb fünf Tagen bei Nienburg wohl wenigstens insoweit marschfertig gewesen sein, um jene Bewegung spätestens am sechsten Tage nach der Eröffnung der Feindseligkeiten anzutreten, also zu einer Zeit, wo sie, wie aus unseren obigen Darlegungen erhellt, kaum noch einen stärkeren Angriff seitens des Gegners zu besorgen hatte. Da aus Verpflegungsrücksichten und besonders auch mit Rücksicht auf die Trinkwasser-Frage die Moordistrikte nördlich Kloppenburg zu vermeiden waren, so würde für den fraglichen Marsch die Hauptrichtung in der Linie Nienburg-Suhlingen-Diepholz-Quakenbrück-Löningen-Meppen zu suchen gewesen sein, eine Entfernung von 17 Meilen, welche mit Einschluß eines Ruhetages in fünf Tagen zurückgelegt werden konnte, ohne daß dabei außerordentlich große Anstrengungen an die Truppen gestellt zu werden brauchten*). Marschierte man mit möglichst breiter Front, so wurde hierdurch die Bewegung um so mehr gefördert. Es ist kaum in Zweifel zu ziehen, daß die hannoversche Armee noch vor dem Feinde die Ems erreicht haben dürfte, vorausgesetzt, daß der letztere ihr überhaupt alsbald mit größeren Streitkräften dahin folgte, worauf wir weiter unten zurückkommen werden. Setzen wir selbst den hier für die Hannoveraner ungünstigen Fall, daß die preußische Heerführung die Richtung des durch die Weser gedeckten und durch eine Nachhut maskierten Abmarsches ihres Gegners schon am zweiten Tage jener Bewegung in überzeugender Weise konstatiert hatte und nunmehr sofort Anstalten traf, um von der an der Weser angelangten Armee unter Zuhilfenahme des betriebsfähigen Schienenweges

*) Die Armee würde hierbei das südliche Gebiet des Großherzogtums Oldenburg in einer Längenausdehnung von zwei Meilen zu passieren gehabt haben. Es bestand zwar keine Etappenkonvention zwischen diesem Staate und Hannover, sondern wurde bei Truppenmärschen von und nach Ostfriesland jeweils von Fall zu Fall um die erforderliche Genehmigung bei Oldenburg nachgesucht, die auch stets anstandslos bewilligt zu werden pflegte. In dem vorliegenden Falle dürfte es sich als das ratsamste erwiesen haben, kurz vor dem Überschreiten der oldenburgischen Grenze der Regierung dieses Landes mit dem Hinweise auf die gegebene Zwangslage, aber unter Verschleierung des Zielpunktes der Bewegung den notgedrungenen Durchmarsch zu notifizieren, während für die Bedürfnisse der Truppen bei guten Preisen sofortige Barzahlung an die durch diese Requisitionen in Anspruch genommenen Gemeinden geleistet wurde. Die hannoversche Armee hierbei auf ernsteren Widerstand stoßen zu sehen, blieb mit Rücksicht auf die geringe Stärke der oldenburgischen Truppen ausgeschlossen.

Wunstorf-Löhne-Hamm-Münster-Rheine*) Truppen gegen Ostfriesland zu entsenden, so würden bei der letzteren Station kaum vor weiteren zwei Tagen Streitkräfte in der Stärke einer Division (doch das mindeste, was zur Aufnahme der Operationen erforderlich), angesammelt gewesen sein. War die Eisenbahn bei Rheine, wie angenommen, zerstört, so sahen sich die preußischen Truppen für ihre weiteren Operationen zunächst auf den Landmarsch angewiesen. Bei der von jenem Punkte bis Meppen gegebenen Entfernung von sechs Meilen würden sie, selbst wenn sie keinen Widerstand fanden, erst am zweiten Tage seit dem Aufbruche von Rheine jenen Ort erreicht haben. Also selbst in diesem für Preußen günstigen Falle würden dessen Truppen kaum vor dem sechsten Tage seit dem Abmarsche der Hannoveraner von der Weser in Meppen eingetroffen sein. Folgte die an letzterem Strome konzentrierte preußische Armee ihrem westwärts abziehenden Gegner über Suhlingen-Diepholz rc. nach der Ems, so würde sie, wie dieser auf den Landmarsch angewiesen, bei den aus der Verschleierung jener Bewegung und der Überschreitung der Weser resultierenden Verzögerung ihrer Operationen gleichfalls kaum vor Verlauf einer Woche in der Gegend von Meppen eingetroffen sein. Größere preußische Streitkräfte aus Rheinland und Westfalen unter den geschilderten Verhältnissen in überraschender Weise mittelst Eisenbahn nach der Ems geworfen zu sehen, war insofern kaum zu erwarten, da Preußen ohnehin in seinen Westprovinzen zur Friedenszeit nur zwei Armeecorps hatte, deren Streitkräfte, insoweit sie nicht gegen Hannover aufgeboten, voraussichtlich gegen Österreich oder Süddeutschland in Anspruch genommen wurden.

Hatte die hannoversche Armee bei Meppen die Ems erreicht, so konnte sie, — teils südlich, teils nordwärts längs dieses Flusses und der ihn begleitenden Eisenbahn echelonniert, — der weiteren Entwickelung der Dinge harren und ihrer feldmäßigen Ausrüstung obliegen, insolange sie nicht von dem ihr eventuell mit stärkeren Streitkräften gefolgten Gegner gedrängt wurde. Während Kavallerie die ostwärts führenden Straßen überwachte, hätte das allenfalls zu verstärkende Detachement bei Rheine die Armee in südlicher Richtung gesichert. Unterdessen würde das unten zu schildernde Reduit, für welches

*) Die Eisenbahnlinie Löhne-Osnabrück-Rheine nehmen wir als zerstört an.

das Reider=Land (die Ämter Weener und Jemgum) an der holländischen Grenze in Aussicht zu nehmen war, zur Verteidigung vorzubereiten und daselbst sowohl Verpflegungsvorräte wie sonstiger Kriegsbedarf nach Thunlichkeit anzusammeln und aufzuspeichern gewesen sein. Hierzu standen einesteils für den Unterhalt der Truppen nicht nur die reichen Hilfsquellen der ostfriesischen Marschen zur Verfügung, sondern es bot sich anderenteils zugleich der Vorteil von Zufuhren jeglicher Art aus den nahen Niederlanden, welche bei dem regen Handelsgeiste ihrer Bürger und deren nichts weniger als preußenfreundlichen Gefühlen eine fruchtbare Bezugsquelle für die Bedürfnisse der Armee erhoffen ließen. Insbesondere dürfte es bei entsprechender Vorbereitung wohl auch gelungen sein, größere Vorräte an Munition (mindestens Pulver und Blei) aus Holland zu beziehen, bevor noch dessen Grenze für den Verkehr von Kriegskontrebande geschlossen wurde. Wenn es die Verhältnisse gestatteten und das Gebiet von Emden und Aurich den hannoverschen Truppen zugänglich blieb, konnte in dem Eisenhüttenwerke zu Norden die Anfertigung der Eisenkerne für die Artillerie=Munition erfolgen. Ferner war nicht zu übersehen, daß der Pferdereichtum Ostfrieslands zur Verfügung stand und den Bedarf der Armee in dieser Beziehung durch gutes Material zu decken gestattete.

Das im äußersten Notfalle hier für die hannoversche Armee in Aussicht zu nehmende Reduit würde, wie schon angedeutet, das die Ämter Weener und Jemgum umfassende Reider=Land gewesen sein, welches ost= und nordwärts durch die Ems bespült, im Westen aber durch den Dollartbusen und das holländische Gebiet eingeschlossen wird, während es im Süden teilweise durch den schon genannten, hier einen Bogen nach Osten beschreibenden Strom gedeckt ist, im übrigen dort aber auf einer zweistündigen Linie eine trockene Grenze hat, deren Westhälfte jedoch in dem hier auslaufenden und bis zur niederländischen Grenze sich erstreckenden Bourtanger Moor liegt. Seine gegen die Ems gerichtete Nordfront beträgt über $1\frac{1}{4}$ Meilen; die Ostfront dagegen, vor welcher bei Leer die aus der nämlichen Himmelsrichtung kommende Leda in den eben genannten Strom sich ergießt, hat eine Ausdehnung von drei Meilen und die Südlinie des fraglichen Gebiets $1\frac{1}{2}$ Meilen. Der Dollartbusen, welcher im Nordwesten auf kaum einstündiger Strecke das Land bespült, untersteht zum

überwiegenden Teile niederländischer Oberhoheit, während dessen innerhalb der hannoverschen Grenze gelegene Wasserfläche im Maximum von kaum einstündiger Breite ist, um in südwestlicher Richtung durch den Lauf der holländischen Grenze eine fortgesetzt wachsende Einschränkung zu finden. Das in Frage stehende Gebiet, welches ungefähr 4½ Quadratmeilen umfaßt, ist ein fruchtbares Marschland, das in den Produkten seines Ackerbaues und der Viehzucht wenigstens auf einige Zeit erwünschte Bezugsquellen für den Verpflegungsbedarf der Truppen erschloß. In der das Reider-Land bespülenden und von Aschendorf abwärts eingedeichten Ems, deren Breite oberhalb Papenburg beiläufig 200 Meter beträgt und weiter abwärts bis zu 1300 Meter wächst, bietet sich eine den Verteidiger außerordentlich begünstigende Schranke, welche durch Annäherungshindernisse und durch die Anlage von Batterieen zur Bestreichung des Fahrwassers noch wesentlich verstärkt werden konnte. Eine Forcierung dieser Linie würde sich für den Angreifer ebenso schwierig gestaltet haben, wie eine Landung an den zur Verteidigung eingerichteten Ufern des Dollartbusens. Zudem konnte das für den Gegner zu jenem Zwecke erforderliche nautische Material wesentlich reduziert werden, wenn man hannoverscherseits die betreffenden Eigentümer dieses Gebiets zwang, ihre Fahrzeuge nach den holländischen Ufern des Dollart und der Ems zu verbringen, so daß der Feind, falls er einen Angriff der Position von der Wasserseite intendierte, auf die immerhin zeitraubende Heranfuhr von Böten &c. aus der Ferne bedacht nehmen mußte. Der schwächere Teil der Stellung liegt in der Südfront, wo dieselbe auf einer zweistündigen Strecke eine vorwiegend trockene Grenze hat. Da aber die Westhälfte dieser Linie in das Gelände des Bourtanger Moors fällt, welches, von zahlreichen Kanälen und Wassergräben durchzogen, einen Angriff in dieser Richtung ohnehin erschwert und dessen Unzugänglichkeit durch künstliche Verstärkungsmittel wesentlich erhöht werden konnte, so erübrigte nur noch die Befestigung der einstündigen Strecke von jenem Moore durch die offene Haide südlich Holthusen und Stapelmohr bis zur Ems, um auch hier die in Frage stehende Position einen sichernden Abschluß finden zu sehen. Zur Ausrüstung der Gesamtstellung mit Positionsgeschütz standen in erster Linie die 22 Rohre der benachbarten Uferbatterieen bei Emden zur Verfügung, deren Überführung in das geschilderte Reduit ohnehin sich ratsam erwiesen haben dürfte, da sie andernfalls bei einem

Rückzuge der hannoverschen Armee in das Reider=Land eine Beute des Feindes geworden sein würden. Außerdem lag es aber nicht außer dem Bereiche der Möglichkeit, bei Erlaß der Kriegserklärung das Geschütz=material der Weserbefestigungen (welches 1866 in 41 Rohren bestand) oder mindestens einen erheblichen Teil desselben für die Zwecke jenes Planes verfügbar zu machen samt den dortigen Munitionsvorräten. Unter Verschleierung des Bestimmungsortes, welcher angeblich nach Stade lauten konnte, erbot sich entweder die Gelegenheit, das betreffende Material mittelst Eisenbahn nach Nienburg zu überführen oder, falls die Weser=mündung durch die preußische Marine nicht bewacht wurde, konnte das Geschütz ꝛc. auf bereitgehaltenen Dampfern nach der Ems eingeschifft werden, wohin es von Geestemünde bis Emden nur einer acht= bis zwölfstündigen Fahrt bedurfte.

Eine umsichtige Verteidigung des Reider=Landes würde die ihr zur Verfügung stehenden Streitkräfte nicht auf der ganzen Linie zersplittert sondern in zwei Gruppen geteilt haben: eine nördliche mit dem Gros bei Jemgum und eine südliche bei Weener, die aus diesen an der Ostfront gelegenen Aufstellungen immerhin noch rechtzeitig an der Nord=, beziehungsweise Südfront einzugreifen und überhaupt allenfalls sich gegenseitig zu unterstützen vermochten. Die Nordgruppe bei Jemgum hatte bis zur Nordfront eine Meile und bis zum Dollart 1½ Meilen, während die Südgruppe 1½ Meilen von Jemgum und höchstens ³/₄ Meile von der Südfront entfernt stand. Indem unter den geschilderten Verhältnissen der schwächere Teil der Position in der Südfront zu suchen war, hatte die Gruppe bei Weener die größere zu sein, während die Nordgruppe unter dem Schutze ihrer günstigen, besonders wenn noch durch Annäherungs=hindernisse verstärkten Fronten minder stark zu sein brauchte. Da der Verteidiger zur Tageszeit bei hellem Wetter den Vorteil hatte, in dem vorliegenden, zumeist offenen Flachlande das Anrücken des Feindes und dessen Vorbereitungen zum Angriffe schon in weiter Ferne wahrzunehmen und dementsprechende Gegenmaßregeln treffen zu können, so durfte er hoffen, dem bedrohten, zunächst durch die Vortruppen und das Feuer der benachbarten Positionsbatterieen verteidigten Punkte noch rechtzeitig Hilfe bringen zu können, bevor der feindliche Angriff in seiner vollen Stärke sich entwickelte. War bei Nachtzeit und Nebelwetter ein größerer feindlicher Angriff auf der Wasserfront wegen der damit verbundenen Schwierig=

keiten weniger zu erwarten, so erheischte dagegen die schwache Strecke der Südfront, hier immer eines feindlichen Angriffs gewärtig zu sein und somit stets auf eine genügende Besetzung der dortigen Verteidigungswerke Bedacht zu nehmen, um dieselben bis zum Eintreffen der rückwärtigen Verstärkungen behauptet zu wissen.

Aber selbst wenn der Gegner der hannoverschen Armee alsbald mit größeren Streitkräften nach der Ems folgte und dieselbe zum Rückzuge in das Reider=Land nötigte, bevor noch die dortigen Verteidigungsanstalten nach allen Richtungen vollendet, so war dennoch die Stellung, Dank ihrer starken Wasserfronten, schon ohnehin sehr widerstandsfähig, so daß es in jenem Falle die Verhältnisse gestatteten, unter dem Schutze des Gros der Armee die ganze Thätigkeit auf den Ausbau der trockenen Strecke in der Südfront zu konzentrieren und damit den nach dieser Richtung wünschenswerten Abschluß zu gewinnen, was unter ähnlichen Umständen bei dem für Stade projektierten verschanzten Lager kaum zu erhoffen gewesen sein dürfte. Außerdem bot aber die Stellung im Reider=Lande den Vorteil, daß zu ihrer Verteidigung die hannoversche Armee, selbst bei den seit Monat Mai 1866 Platz greifenden Präsenzstande von 19000 Mann, hinreichend gewesen sein würde, während dies für die uns bekannte ausgedehnte Position von 1757 nicht der Fall war. Die Erwartung hatte daher ihre Berechtigung, die Hannoveraner bis zu der weiter unten in Betracht zu ziehenden Entwickelung der Offensive ihrer süddeutschen Bundesgenossen sich dort behaupten zu sehen. Jedenfalls bedurfte der Gegner, wenn er sich der Stellung im Reider=Lande bemächtigen wollte, hierzu einer mehr oder minder überlegenen Streitmacht. Selbst wenn es ihm schließlich gelang, in die Position einzudringen, so konnte ihm, falls man hannoverscherseits auf die Anlage weiterer Verteidigungslinien im Inneren bedacht gewesen war, noch einige Zeit Widerstand geleistet werden. Im äußersten Notfalle stand aber der hannoverschen Armee, was von nicht zu unterschätzendem Werte, der Übertritt nach dem nahen Holland offen, wo sie zwar interniert worden, aber doch dem schmerzlichen Schicksale der Kapitulation entgangen wäre.

War der Abmarsch der hannoverschen Armee nach der Ems gelungen, so wurde hiermit der preußischen Heerführung ein Schachzug geboten, welcher in seinen Konsequenzen für das westdeutsche Kriegs=

theater eine Gestaltung der Situation schuf, deren Schwierigkeiten mit Rücksicht auf die hier Preußen zur Verfügung stehenden beschränkten Streitkräfte sich nur um so fühlbarer machen mußten. Sehr fraglich würde es indessen gewesen sein, ob die an der Weser vereinigte preußische Armee ohne weiteres in ihrer Gesamtheit den Hannoveranern nach Ostfriesland gefolgt sein dürfte, um dieselben dort, im äußersten Nordwesten des allgemeinen Kriegsschauplatzes, zu bekämpfen, während im übrigen das zwischen Rhein und Elbe gelegene Gebiet nördlich des Mains der Offensive des süddeutschen Heeres preisgegeben werden mußte, welches, den allenfallsigen Widerstand der gegen dasselbe noch disponiblen, aber durchaus unzulänglichen Streitkräfte überwältigend, unter Umständen seine Operationen gegen die rechte Flanke oder die rückwärtigen Verbindungen der nach Sachsen und Böhmen vordringenden preußischen Hauptarmee zu entwickeln vermochte. Rückte trotzdem die preußische Armee von der Weser nach der Ems, so wurde hierdurch also die Offensive der Süddeutschen begünstigt, deren Fortschritte aber notgedrungen zur Verstärkung der in jener Richtung nur in ungenügendem Maße verfügbaren Streitkräfte und damit voraussichtlich auch zu einer Schwächung der gegen die Hannoveraner entwickelten Truppenmacht nötigen mußten. Beschränkte sich dagegen die preußische Heerführung darauf, durch schwache Detachements die hannoversche Armee beobachten zu lassen, so gestalteten sich nicht nur die Aussichten für deren Behauptung in ihrer Stellung an der Ems um so günstiger, sondern es wurde ihnen damit zugleich die Möglichkeit geboten, eventuell auch ihrerseits, wie noch weiter unten zu erörtern, durch Offensivstöße die Maßnahmen des Gegners zu beeinflussen und solchergestalt die Operationen ihrer süddeutschen Bundesgenossen zu fördern.

Die schon hinsichtlich des Stader Projekts erörterte Wechselwirkung einer solchen Stellung der hannoverschen Armee an der Nordperipherie des allgemeinen Kriegsschauplatzes (s. S. 162 ff.) würde sich bei dem Rückzuge nach der Ems noch vorteilhafter gestaltet haben, als es der erstere Plan voraussetzen ließ. Während man im Stader Lager, selbst wenn es nicht cerniert war, jeweils kaum binnen kurzem sichere Nachrichten über die Bewegungen der süddeutschen Bundesgenossen und die Situation auf dem österreichischen Kriegstheater erhalten konnte, weil der Gegner die dahin führenden Verbindungen beherrschte, so war dagegen mit der

Stellung an der Ems sogar der Vorteil verbunden, über Holland, Belgien und Frankreich mit der süddeutschen Heerführung in telegraphischen Verkehr zu treten. Ergingen diese Depeschen in der Form von Privattelegrammen, sei es nun in Chiffern oder vereinbarten Stichworten, so würden dieselben unbehindert und ohne Benachteiligung für die Korrespondenten durch das Ausland transitiert und das hannoversche Armee-Kommando damit täglich von der für das süddeutsche Heer gegebenen Situation unterrichtet gewesen sein, um dementsprechend seine Maßregeln treffen zu können. Mittelst der durch jene Nachbarstaaten führenden Eisenbahnverbindungen war überdies die Gelegenheit zur gegenseitigen Entsendung von Offizieren geboten, um in wichtigen Fragen in einen mündlichen Gedankenaustausch zu treten und nähere Vereinbarungen über die beiderseitigen Operationen zu treffen. Man blieb auf diese Weise in stetem Kontakte mit der süddeutschen Heerführung und konnte also in Übereinstimmung mit derselben handeln.

Sah sich Preußen mit Rücksicht auf das süddeutsche Heer genötigt, nur schwache Detachements zur Beobachtung der Hannoveraner an der Ems zurückzulassen, so war für die letzteren der Zeitpunkt zur Offensive gekommen. Sie würden zunächst, dem Laufe der Ems folgend, über Rheine nach Westfalen in das Münsterland eingedrungen sein, dieses Gebiet occupiert und damit die Verbindungen zwischen den westlichen und östlichen Provinzen der preußischen Monarchie beherrscht haben. War es dem Feinde möglich, größere Streitkräfte gegen die Hannoveraner nach Westfalen zu dirigieren, so leiteten die letzteren, einem entscheidenden Kampfe ausweichend, ihren Rückzug nach Ostfriesland ein. Wurde die gegen die Süddeutschen in Mittel- oder Nordwestdeutschland operierende preußische Heeresgruppe aber durch einen Sieg der ersteren aus dem Felde geschlagen, so hatten in diesem Falle die Hannoveraner ihre Vereinigung mit jenen Alliierten wahrscheinlich in der Richtung auf Kassel anzustreben.

Diese Perspektiven hätten sich für den Rückzug nach der Ems und Ostfriesland eröffnet, womit zugleich der Vorteil verbunden war, im äußersten Notfalle die hannoversche Armee nach Holland übertreten und damit der drohenden Katastrophe einer Kapitulation entrückt zu sehen. Trotzdem beharrten die leitenden hannoverschen Kreise bis zum Ausbruche des Krieges bei dem Stader Projekt, um dann mit dessen

plötzlichem Fallenlassen in die Bahnen einer abenteuernden Strategie überzugehen.

Von einer Konzentrierung der hannoverschen Armee bei Göttingen, wie sie der General Jacobi bei den Beratungen am 13. Mai mit Rücksicht auf den Anschluß der kurhessischen Truppen in Erwägung zog, war nur für den Fall ein befriedigender Erfolg zu erhoffen, wenn beide Gruppen rechtzeitig gerüstet hatten und beim Ausbruche des Krieges kampffertig waren. Die hannoversche Armee würde auf Kriegsfuß 26000 Mann stark gewesen sein und die kurhessischen Truppen beiläufig 12000 Mann gezählt haben, so daß die hier vereinigte Streitmacht 38000 Mann repräsentierte. Ließ auch Braunschweig, das für Preußen nichts weniger als günstig gestimmt war, sein beiläufig 4000 Mann zählendes Kontingent zu jenen Alliierten stoßen, so würde sich die Stärkeziffer der verbündeten Armee auf 42000 Mann erhöht haben. Obschon die letztere dem mit dem schleswigschen Corps vereinigten westfälischen Armeecorps oder, wie es bei der nachmaligen Gestaltung der Dinge der Fall sein sollte, den für Westdeutschland verfügbaren preußischen Feldtruppen von 48000 Mann nicht überlegen gewesen sein würde, so konnte sie doch immerhin den Gegner bis zur Entwickelung der Offensive des süddeutschen Heeres beschäftigen. Den Angriff des Feindes bei Göttingen oder Kassel zu erwarten, um ihn mit Rücksicht auf den Anmarsch der süddeutschen Bundesgenossen zu einer Teilung seiner Streitkräfte zu nötigen, würde sich jedoch wohl nur für den Fall empfohlen haben, insofern die vereinigten Hannoveraner und Kurhessen im Besitze eines verschanzten Lagers waren, welches ihnen die Möglichkeit bot, auch wenn der Gegner mit Überlegenheit gegen sie in Aktion trat, bis zur Degagierung durch ihre Alliierten sich zu behaupten. Denn ebenso wenig wie Hannover verfügte auch Kurhessen über einen befestigten Platz, welcher geeignet war, den Truppen in jenem Falle als Stützpunkt zu dienen. In Ermangelung eines verschanzten Lagers dürfte es dagegen ungleich ratsamer gewesen sein, den Vereinigungspunkt für die verbündeten Truppen südlich Kassel zu suchen, um im Falle eines überlegenen feindlichen Angriffs die Straße Hersfeld=Fulda und damit ihren Anschluß an das süddeutsche Heer sich gesichert zu wissen. Aber alle diese Kombinationen erforderten rechtzeitige Vorbereitungen und die Erzielung eines Einver=

ständnisses wegen eines gemeinsamen Operationsplans der hier in Betracht kommenden Bundesgenossen, was jedoch im Lager der Gegner Preußens versäumt wurde, so daß, wie die Situation sich schließlich entwickeln sollte, eine Vereinigung der hannoverschen Armee mit den kurhessischen Truppen nicht stattfinden konnte. —

Nehmen wir nach diesen Betrachtungen den Faden der Erzählung wieder auf, wo wir ihn verließen, als die hannoversche Regierung gegen Ende Mai bestrebt war, durch eine dilatorische Haltung der Forderung Preußens wegen eines Neutralitätsvertrages auszuweichen, obwohl die diesbezüglichen Depeschen des Berliner Kabinetts die Konsequenzen einer feindseligen Haltung Hannovers gegen den mächtigen Nachbarstaat in unumwundener Weise darlegten.

Während das preußische Hauptheer bereits seinen strategischen Aufmarsch gegen Sachsen und Österreich bewirkte, war man in Hannover mit den Einleitungen zu den Truppenübungen beschäftigt, welche man angeblich wegen der in diesem Jahre früher zu erwartenden Ernte schon in die zweite Hälfte des Monats Juni verlegen zu sollen glaubte. Wie bereits oben angedeutet, war zu diesem Zwecke die Konzentrierung von drei kombinierten Brigaden bei Verden, Burgdorf ($2\frac{1}{4}$ Meilen südlich Celle) und bei Harburg in Aussicht genommen, vermittelst welcher man die Zusammenziehung der Armee bei Stade einzuleiten hoffte.

Nach dem letzteren Sammelplatze war die 3. Infanterie-Brigade (Stabsquartier Lüneburg) beordert, welche aus den Regimentern Nr. 4 (Stade) und Nr. 5 (Lüneburg) bestand, mit Ausschluß des 2. Jägerbataillons (Hildesheim), das, wie noch in der Folge zu erwähnen, eine andere Bestimmung erhielt. Dieser Brigade sollte das Husaren-Regiment Königin (Lüneburg) und eine Batterie von dem Artilleriebataillone in Stade zugeteilt werden*).

Die 2. Infanterie-Brigade (Stabsquartier Celle) wurde in ihrem ganzen Bestande, nämlich dem 2. (Celle) und 3. Regiment (Einbeck und Northeim), sowie dem 1. Jägerbataillon (Goslar) nach Burgdorf

---

*) Die eingeklammerten Ortsnamen bezeichnen die Garnisonen der betreffenden Truppenteile.

instradiert. An Spezialwaffen erhielt sie zugeteilt das Dragoner-Regiment Herzog von Cambridge (Celle) und eine Fußbatterie von Hannover.

Die nach Verden bestimmten Truppenteile waren von der 4. Infanterie-Brigade (Hannover), nämlich das 7. Regiment (Osnabrück) und das 3. Jägerbataillon (Hannover); außerdem das Garde-Jägerbataillon (Hannover) und das 2. Jägerbataillon (Hildesheim) von der 1., beziehungsweise der 3. Infanterie-Brigade. An den Übungen dieser kombinierten Brigade sollten teilnehmen das Garde-Husarenregiment (Verden) und das Dragoner-Regiment Kronprinz (Osnabrück) sowie die 1. reitende Batterie (Wunstorf).

Die übrigen Truppenteile der hauptstädtischen Garnison (Garde- und Leib-Regiment von der 1. Infanterie-Brigade, ferner das 6. Infanterie-Regiment von der 4. Infanterie-Brigade) sollten vorläufig noch nicht zum Ausmarsche gelangen, sondern zunächst in der Umgebung der Residenz üben. Das Reiter-Regiment der Garde du Corps, welches teils in Hannover selbst, teils in der Nachbarschaft untergebracht war, exerzierte daselbst seit 1. Juni im Regimentsverbande. Außerdem stand in der Hauptstadt noch eine Batterie zur Verfügung.

Das mit dem Regimente Garde du Corps die 1. Kavallerie-Brigade bildende Garde-Kürassierregiment (Northeim) hatte zu dieser Zeit noch keine Bestimmung inbetreff jener Manöver erhalten, sondern war gleichfalls seit 1. Juni zum Regimentsexerzieren in und nächst seiner Stabsstation konzentriert.

Inbetreff des Ingenieurcorps wurde für die zweite Hälfte des Monats Juni eine Pontonierübung an der Weser in der Umgegend von Liebenau (eine Meile südwestlich Nienburg) beabsichtigt, an welcher außer den zwei Pioniercompagnieen in Hannover auch drei Bataillone der dortigen Besatzung teilzunehmen bestimmt waren. Der Ausmarsch sollte am 18. stattfinden und bis etwa 28. Juni die Truppen in die Garnison zurückgekehrt sein. Indessen wurde dieser Plan angesichts der drohenden Komplikationen aufgegeben und kurz vor dem entscheidungsvollen 15. Juni empfing das Ingenieurcorps, in Verbindung mit der bei Stade projektierten Konzentrierung, den Befehl, am 16. Juni nach Bremervörde abzumarschieren, zu welchem Zwecke es die nötigen Offiziersreitpferde von dem Traincorps beigestellt erhielt.

Die Mannschaft rückte zu diesen Brigadeübungen nicht in der besten Montur, sondern in der sogenannten brauchbaren Nebenkleidung aus *). Die Infanteriebataillone waren pro Mann mit 60 Exerzierpatronen und 10 bis 30 scharfen Patronen, welche zum Scheibenschießen dienen sollten, ausgerüstet **). Hinsichtlich des Trains waren die Truppen auf den täglich wechselnden Vorspann (Kriegerfuhren) angewiesen. Insoweit sie in der ersten Hälfte des Juni zum Ausmarsche gelangten, blieben von der Infanterie in der Garnison die seit 16. April eingestellten Rekruten zurück, von den Reiterregimentern dagegen ein aus einer Stabswache und den Remonten bestehendes Depot.

Während die Kavallerie, insoweit sie nicht auf dem Marsche (s. u.), zunächst noch das Regimentsexerzieren fortsetzte, endete bei der Artillerie mit 12. Juni der erste Exerzierkursus für die seit 12. Mai übenden Compagnieen. Von den hierzu einberufenen Urlaubern gelangten jedoch nur diejenigen zur Entlassung, deren Domizil innerhalb eines Tagemarsches von der Garnison entfernt lag, und wurden zugleich für deren schleunige Wiedereinziehung entsprechende Maßregeln getroffen. Bei jedem Bataillone der Fußartillerie trat mit 12. Juni eine neue Compagnie, welche hierzu die übliche Anzahl von Urlaubern einberufen hatte, unter Übernahme der Übungsbatterie in die Exerzierzeit. Von der reitenden Artillerie wurde die 1. Batterie, welche demzufolge keinen Urlauber entließ, zu den Brigademanövern bei Verden bestimmt, wohin sie, wie wir in der Folge sehen werden, am 13. Juni (mit 4 Geschützen und 2 Munitionswagen) von Wunstorf abmarschierte, indem sie außer dem vorgeschriebenen Quantum von Manöverkartuschen ihre gesamte scharfe Munition mitzuführen den Befehl hatte. Die 2. reitende Batterie

*) Nach einer dem Verfasser zugegangenen Mitteilung ist dagegen beim 7. Infanterie-Regimente der Mann mit dem Sonntags-Waffenrocke, der Sonntags- und der Exerzierhose, sowie mit einen Drellbeinkleide aus der Garnison Osnabrück abmarschiert.

**) Die dem Verfasser in dieser Beziehung von den verschiedenen Regimentern und Bataillonen vorliegenden Angaben schwanken innerhalb der obigen Ziffern, was vielleicht auch dadurch teilweise seine Erklärung findet, daß mittlerweile, worauf wir noch des näheren zurückkommen werden, eine Umänderung des alten Gewehrs stattgefunden hatte, womit zugleich eine Modifikation des Geschosses bedingt war. Während von der alten Munition jedes Bund zehn Patronen hatte, wurden von der neuen wegen des größeren Kalibers nur Bunde zu acht Patronen gemacht.

blieb dagegen in der Garnison Wunstorf zurück und entließ, wie vorgeschrieben, nur die näher wohnenden Urlauber.

Mit dem 7. Juni hatten die für jene Truppenkonzentrierungen erforderlichen Bewegungen nach den vorgesehenen Übungsplätzen ihren Anfang genommen, indem zunächst die in den westlichen und südlichen Provinzen liegenden Truppenteile aus ihren Garnisonen aufbrachen. Die Märsche der Infanterie hatten, der allgemeinen Anordnung zufolge, übungsweise unter Gefechtsverhältnissen gemacht zu werden.

Das 7. Infanterie-Regiment rückte am 7. Juni von Osnabrück aus und erreichte über Osterkappeln, Diepholz und Siedenburg am 13. die Umgegend von Nienburg.

Das 2. Jägerbataillon verließ seine Garnison Hildesheim am 8. Juni und erreichte nächsten Tags Hannover, um in dessen Umgebung, in Herrenhausen und Limmer, Ruhetag zu halten *). Den 11. Juni setzte das Bataillon den Marsch im Verein mit dem Garde-Jäger- und 3. Jägerbataillon in der Richtung auf Nienburg fort. Der König begleitete den unter Gefechtsverhältnissen stattfindenden Marsch der drei Bataillone (denen sich auch der Brigadecommandeur General-Major v. Bothmer anschloß), von dem Sammelplatze bei Herrenhausen bis in die Nähe von Kastendamm, wo die Übungen endeten und die Truppen Quartiere bezogen. Am 13. Juni erreichten dieselben Nienburg und Umgegend. Mit ihnen zugleich traf auch das 7. Infanterie-Regiment daselbst ein, während am 14. die Tags zuvor von Wunstorf abmarschierte 1. reitende Batterie dort anlangte **).

Das seit dem 1. Juni in und bei Osnabrück zum Regiments-Exerzieren konzentrierte Dragoner-Regiment Kronprinz brach, zu den Übungen bei Verden bestimmt, am 11. Juni von dort auf und wurde über Diepholz und Suhlingen instradiert.

---

*) Das 2. Jägerbataillon wurde am 9. bei Herrenhausen vom Könige begrüßt. Den 10. Juni mittags erfolgte auf dessen Befehl die Speisung der Unteroffiziere und Mannschaften in den Orangeriegebäuden von Herrenhausen, wobei die königliche Familie erschien. Der König hielt eine längere Ansprache an das Bataillon, welche mit einem „Hoch" auf dasselbe endete. Hieran schloß sich nachmittags für das Offiziercorps des Bataillons eine Festtafel im Georgen-Garten.

**) Das 2. Jägerbataillon und zwei Compagnieen des 3. fanden, gleichwie die reitende Batterie in Nienburg Unterkunft, die übrigen Truppen aber in der Umgegend.

Gleichzeitig waren die in den südlichen Provinzen dislozierten Truppenteile der 2. Infanterie=Brigade auf dem Marsche nach Burgdorf begriffen. Nachdem das in Northeim garnisonierende 2. Bataillon des 3. Infanterie=Regiments am 11. Juni mit dessen 1. Bataillon im Stabsquartiere Eimbeck sich vereinigt hatte, marschierten beide am nächsten Tage in der Richtung auf Burgdorf ab und trafen über Alfeld am 13. in Heinde und Detfurth ein. Das zu der nämlichen Brigade gehörige 1. Jägerbataillon verließ gleichfalls am 12. seine Garnison Goslar und erreichte über Ringeheim am 13. Holle, Sottrum ꝛc. bei Hildesheim.

Während diese Vorbereitungen im Gange, warf das aufziehende politische Gewitter seine Schatten auch in dem damals seit dem 18. April versammelten hannoverschen Landtage voraus. Am 29. Mai stellte der Abgeordnete Rudolf v. Bennigsen in der zweiten Kammer den Antrag auf Erlaß einer Adresse an den König, um demselben darzulegen, daß es die Pflicht der Regierung sei, für die Aufrechthaltung des Friedens zu wirken und die Gefahr des Ausbruches eines Krieges nicht durch vorzeitige Parteinahme und Rüstungen zu vergrößern, eine Aufgabe, für welche jedoch das derzeitige Gesamtministerium einzutreten nicht als geeignet befunden werden könne. Die erste Kammer beschloß dagegen am 4. Juni mit 25 gegen 17 Stimmen eine Adresse an den König, in welcher sie der Politik der Regierung beipflichtete und die Wiederaufnahme des Delegiertenprojektes anempfahl. Trotzdem genehmigte die zweite Kammer am 6. Juni Bennigsens Antrag vom 29. Mai mit 50 gegen 20 Stimmen, indem sie zugleich den Beschluß der ersten Kammer vom 4. Juni, obwohl unter Widerspruch der Minister, ablehnte. Die letztere verwarf dennoch durch ihre Resolution vom 9. Juni jenen Beschluß der zweiten Kammer und beharrte bei dem eigenen vom 4. dieses Monats.

Während jener Vorgänge in Hannover, that Preußen in Holstein einen entscheidungsvollen Schritt, um aus den uns bereits bekannten Gründen seine Kondominatsrechte geltend zu machen. Das in Schleswig befindliche preußische Corps wurde an den Straßen zwischen Rendsburg und Schleswig konzentriert *). Nachdem bereits seit dem 18. Mai

*) Siehe Näheres über den Bestand dieses Corps unter Beilage I. Nur das Füsilierbataillon Nr. 25 blieb vorläufig noch in Sonderburg zurück und folgte dem Corps erst nach seiner am 13. Juni erfolgenden Ablösung durch das Ersatzbataillon des nämlichen Regiments.

das preußische Kanonenboot „Tiger" (mit zwei gezogenen Vierundzwanzigpfündern, unter Lieutenant zur See 2. Klasse Stenzel) zur Beobachtung auf der Elbe bei Hamburg gelegen hatte, wurden gegen Mitte Juni noch das Panzerschiff „Arminius" (ein Monitor mit vier gezogenen Zweiundsiebzigpfündern in zwei Drehtürmen, unter dem Korvetten-Kapitän Werner), ferner die Kanonenboote „Cyclop" (mit einem glatten Achtundsechzigpfünder und zwei gezogenen Vierundzwanzigpfündern, unter Lieutenant zur See 1. Klasse Ulfers) und „Wolf" (mit zwei gezogenen Vierundzwanzigpfündern, unter Lieutenant zur See 2. Klasse Dietert), sowie der Aviso „Loreley" (hölzerner Raddampfer mit zwei gezogenen Zwölfcentimeterkanonen, unter dem Kommando des Lieutenants zur See 1. Klasse Ratzeburg) ebendahin dirigiert*). Die Führung dieser Flottille wurde dem Korvetten-Kapitän Werner vom „Arminius" übertragen.

Inzwischen notifizierte der in Schleswig kommandierende preußische General-Lieutenant Freiherr v. Manteuffel am 6. Juni dem österreichischen Statthalter, Feldmarschall-Lieutenant Freiherrn v. Gablenz, daß er am nächsten Tage in der Richtung auf Itzehoe zur Occupation des holsteinischen Gebiets schreiten, aber dem Befehle seines Königs gemäß die von den Österreichern besetzten Ortschaften umgehen werde, um nach Thunlichkeit Konflikte zu vermeiden. Ohne auf Widerstand zu stoßen, rückten die preußischen Truppen am 7. Juni über Rendsburg in Holstein ein, während im Lauenburgischen bereits die eben aus Westfalen über Hannover herangezogenen zwei Landwehr-Regimenter Nr. 16 und 17 (sechs Bataillone), sowie zwei schon dort dislozierte Eskadronen des 6. Dragoner-Regiments bereit standen. Indem der österreichische Statthalter noch am 7. gegen den Einmarsch der Preußen protestierte, leitete er zugleich den Rückzug seiner dem Gegner nicht gewachsenen Truppen (5000 Mann) auf Altona ein. Da Österreich die einseitige Berufung der holsteinischen Stände nicht revozierte, übernahm der kommandierende preußische General mit der am 10. Juni erlassenen Proklamation die oberste Regierungsgewalt dieses Landes. Die in Itzehoe eingetroffenen holsteinischen Landtagsabgeordneten kehrten am 11. in ihre Heimat zurück,

*) Der „Arminius" langte am 12. Juni aus Kiel vor Altona an, wo derselbe bereits das Kanonenboot „Tiger" und den kurz zuvor eingetroffenen „Cyclop" vorfand. „Loreley" und „Wolf" folgten einige Tage später.

nachdem der österreichische Regierungskommissar, welcher zur Eröffnung des Landtags dort eingetroffen war, preußischerseits verhaftet und nach Rendsburg verbracht worden. Von den preußischen Truppen gefolgt, hatte sich die österreichische Brigade auf Altona konzentriert, in welcher Richtung zugleich die bisher im Lauenburgischen gestandenen preußischen Truppen (sechs Landwehrbataillone und zwei Eskadronen) vorgegangen waren. Der Befehl zur Rückkehr in die Heimat erlöste die österreichische Brigade aus dieser kritischen Situation. Nachdem der Feldmarschall-Lieutenant Freiherr v. Gablenz die hannoversche Regierung hiervon verständigt hatte, ging er in der Nacht zum 12. Juni mit seinen Truppen von Altona auf das linke Elbufer nach Harburg über, von wo dieselben in den nächsten Tagen mittelst Eisenbahn über Hannover, Kassel und Frankfurt nach Böhmen befördert wurden. Am 12. Juni besetzte das Manteuffelsche Corps Altona; die aus dem Lauenburgischen heranrückenden Truppen standen in Wandsbeck. Preußen befand sich somit im Alleinbesitze von Holstein.

Die Würfel waren gefallen, der Krieg unvermeidlich. Österreich berief am 12. Juni seinen Gesandten vom Berliner Hofe ab. Einige Tage später verließ auch Preußens Vertreter in Wien die österreichische Hauptstadt, so daß nunmehr der Verkehr zwischen den beiden Höfen abgebrochen war.

Eine außerordentlich schmerzliche Enttäuschung war für den hannoverschen Hof die am 11. Juni eingehende Anzeige von der Rückberufung der Brigade Kalik nach Böhmen. Die Hoffnung, diese österreichischen Truppen mit der im nordöstlichen Teile des Königreiches zu konzentrierenden Armee sich vereinigen zu sehen, war vernichtet*). Während die am 13. Juni durch die Hauptstadt Hannover nach Kassel passierenden Österreicher vom Militär sowohl wie seitens der Bürgerschaft enthusiastisch begrüßt wurden, mußten die Regierungskreise die bittersten Gefühle über den Abzug dieser erhofften Bundesgenossen em-

---

*) Der Kriegsminister Freiherr v. Brandis erhielt diese Nachricht auf seinem Gute Ricklingen, als er eine Anzahl von Offizieren der auf dem Marsche nach Nienburg begriffenen Truppen, welche an diesem Tage in jener Gegend Quartiere bezogen hatten, zur Mittagstafel um sich versammelt sah. Er, der Vertreter des Stader Projekts, brach beim Empfange dieser Anzeige tief erschüttert beinahe zusammen.

pfinden. Anstatt aber durch diese von Österreich bereitete Enttäuschung zur Besonnenheit gemahnt und Hannovers isolierter Lage dem mächtigen Preußen gegenüber sich bewußt zu werden, verharrten König Georg und seine Ratgeber trotzdem im Fahrwasser der österreichischen Politik und schritten auf der betretenen unheilvollen Bahn weiter.

Inzwischen hatte Preußen, nachdem sein am 9. April beim Bunde gestellter Antrag auf Berufung eines Parlaments bisher noch keine Erledigung gefunden, in einer unterm 10. Juni an die deutschen Regierungen gerichteten Zirkulardepesche die Grundzüge einer Bundesreform des näheren entwickelt und dargelegt. Dem diesbezüglichen Entwurfe zufolge sollten aus dem künftigen Bundesgebiete die österreichischen und niederländischen Landesteile ausgeschieden werden. Die gesetzgebende Gewalt war von dem umzugestaltenden Bundestage in Gemeinschaft mit einer aus direkten Wahlen hervorgegangenen Nationalvertretung auszuüben. Deutschland bildet ein gemeinsames und einheitliches Zoll- und Handelsgebiet. Außer den schon am 11. Mai von Preußen in Frankfurt bezeichneten gemeinnützigen Institutionen sollen der Bundeskompetenz unterstehen das Recht über Krieg und Frieden, sowie Bündnisse und Verträge abzuschließen, ferner Gesandten zu ernennen und zu empfangen. Zugleich wurde die Errichtung einer Bundes-Kriegsmarine unter preußischem Oberbefehl in Aussicht genommen; für die Beiträge zu diesem Marine-Budget und zur Stellung der Mannschaft sollten die Küstenstaaten nach Maßgabe ihrer Handelsmarine verpflichtet sein und hinsichtlich der Ernennung der Offiziere und Beamten auf Grund besonderer Vereinbarungen konkurrieren. Die Landmacht des Bundes hatte in zwei Bundesheere geteilt zu werden. Sowohl im Kriege wie im Frieden war der König von Preußen Bundes-Oberfeldherr der Nordarmee, der König von Bayern dagegen Bundes-Oberfeldherr der Südarmee. Jeder der beiden Feldherrn hatte das Recht und die Pflicht, für die Kriegstüchtigkeit seiner Armee Sorge zu tragen und auf die Einheit in Organisation, Bewaffnung ꝛc. bedacht zu sein. Die Ernennung der Offiziere bis zur Grenze des eigenen Kontingents verbleibt jeder Regierung; die Kommandos, unter welchen mehr als ein Kontingent steht, besetzt der Oberfeldherr. Für jede der Bundesarmeeen wird ein gemeinschaftliches Militärbudget aus den nach der Bevölkerungszahl zu bemessenden Matrikularbeiträgen der betreffenden Regierungen gebildet. Die Beziehungen

des neuen Bundes zu den deutschen Landesteilen der österreichischen Monarchie sollten durch besondere Verträge geregelt werden.

Gleich so manchen anderen deutschen Fürsten glaubte auch König Georg in einer Bundesreform auf diesen Grundlagen eine Mediatisierung erblicken zu müssen, zu welcher er seine Hand zu bieten sich nicht entschließen konnte.

Immer näher rückte unterdessen die Katastrophe. Am 11. Juni wurde Österreich beim Bundestage wegen der Reoccupation Holsteins durch Preußen klagbar, indem es diesen Vorgang als Selbsthilfe bezeichnete und demnach den im Artikel XIX. der Wiener Schlußakte vorgesehenen Fall als eingetreten erachtete. Es stellte daher zum Schutze der inneren Sicherheit gegenüber den umfangreichen Rüstungen Preußens folgende Anträge: 1. die innerhalb 14 Tagen zu vollendende Mobilmachung sämtlicher Bundes-Armeecorps (des I., II., III., VII., VIII., IX. und X.) außer den preußischen, in der Stärke des Haupt- und Reservekontingents; 2. die Aufstellung der Ersatzkontingente; 3. daß die Regierungen innerhalb der nächsten 14 Tage der Bundesversammlung den Vollzug jener Anordnungen anzuzeigen hatten; 4. die nötigen Einleitungen zur Beschlußfassung wegen des Oberbefehls und der Stäbe für die nichtösterreichischen Armeecorps zu treffen, und 5. daß der Ausschuß in Militärangelegenheiten anzuweisen, mit der Militärkommission wegen Ausführung dieses Beschlusses sich ins Einvernehmen zu setzen und die nötigen Einleitungen zur Beschlußfassung wegen des Oberbefehls zu veranlassen. Die Abstimmung über diesen Antrag wurde auf den 14. Juni anberaumt.

Deutschland stand am Vorabende des Krieges. Außer Österreich waren nunmehr auch die süddeutschen Staaten mit Einschluß von Nassau in voller Kriegsrüstung begriffen. Preußen war entschlossen, den Kampf aufzunehmen und die deutsche Frage durch das Schwert zum Austrage zu bringen.

Angesichts dieser Vorgänge unterließ es das Berliner Kabinett nicht, der hannoverschen Regierung nochmals den Ernst der Situation zu vergegenwärtigen, indem am 12. Juni Prinz Ysenburg die nachstehende telegraphische Weisung empfing:

„Dem Mobilisirungs-Antrage vom 11. d. Mts. fehlt jede bundesrechtliche Grundlage. Durch seine Annahme lösen die Betheiligten das

Bundesverhältniß und treten als Bundeslose mit einem Akt der Feindseligkeit gegen Preußen auf. In dem ausbrechenden Kriege werden wir uns alsdann nur durch das Interesse Preußens und der zu ihm stehenden Staaten leiten lassen. Theilen Sie dies in freundlichster Form der Regierung von Hannover mit."

Als Prinz Ysenburg dieses Auftrages beim Grafen Platen sich entledigte, eröffnete ihm der letztere, daß die hannoversche Regierung ihre Stimme für die Mobilmachung der Bundescorps abgeben würde, weil sie in diesen ernsten Zeiten ihr Land nicht ungeschützt zu sehen wünsche.

Daß die hannoversche Regierung eine von Bundeswegen anbefohlene Mobilmachung herbeiwünschte, indem sie damit die sonst nicht zu erhoffende Einwilligung des eigenen Landtages zu umgehen bezweckte, ist uns aus dem früheren bereits bekannt. Obwohl durch den Abzug der Brigade Kalik auf das schmerzlichste enttäuscht und neuerdings von Preußen hinsichtlich der Konsequenzen gewarnt, welche aus dem Beitritte zu den am 11. Juni von Österreich gestellten Anträgen sich ergeben würden, verschlossen sich dennoch der König Georg und seine vertrauten Ratgeber jeder ruhigen Erwägung der Situation und der im Schoße einer nahen Zukunft schlummernden Gefahren. Vergeblich blieben selbst die eindringlichsten Vorstellungen des Großherzogs von Oldenburg, welcher kurz vor Ausbruch des Krieges nach Hannover eilte, um seinen königlichen Schwager zu bestürmen, nicht die Bahnen einer zum Ruine führenden antipreußischen Politik weiter zu verfolgen. Der blinde König verschloß sich jedem wohlgemeinten Rate, welcher nicht der Ideeenwelt seiner Anschauungen entsprach. Alle Lehren der Geschichte waren vergessen, und ebenso wenig wurde auf die einst bei den Würzburger Konferenzen für Hannover ausbedungene Reservation, mit Rücksicht auf die geographische Lage des Königreichs unter Umständen von der Erfüllung seiner Bundespflichten entbunden zu sein, zurückgegriffen.

Am 14. Juni fand bei der Bundesversammlung in Frankfurt die entscheidungsvolle Abstimmung über den österreichischen Antrag vom 11. dieses Monats statt. Nachdem der österreichische Gesandte erklärt hatte, daß die von seiner Regierung aufzustellenden Armeecorps (I., II. und III.) bereits vollständig schlagfertig, wurde der fragliche Antrag

mit 9 gegen 6 Stimmen zum Beschlusse erhoben, mit der Maßgabe, daß die Mobilmachung des VII., VIII., IX. und X. (hierbei Hannover) Bundes-Armeecorps (also der Kontingente außer Österreich und Preußen) zu erfolgen und die Truppen binnen 14 Tagen marsch- und schlagfertig aufzustellen; ferner daß die betreffenden Regierungen auf die Bildung der Ersatz-Kontingente Bedacht zu nehmen und innerhalb 14 Tagen den Vollzug dieser Anordnungen dem Bunde anzuzeigen hatten.

Für diesen Beschluß stimmten außer Österreich Bayern, das Königreich Sachsen, Hannover, Württemberg, Kurhessen, Hessen-Darmstadt, Meiningen, Nassau, die 16. Kurie (welche Waldeck, beide Lippe, beide Reuß und Liechtenstein umfaßte) *) und Frankfurt. Weimar, Coburg-Gotha, Altenburg, Braunschweig, beide Mecklenburg, Oldenburg, Anhalt, beide Schwarzburg und die drei Hansestädte gaben ihre Stimme im verneinenden Sinne ab. Baden enthielt sich der Abstimmung.

Hannover motivierte sein zustimmendes Votum folgendermaßen:

„In Erwägung: Daß die gegenwärtig zwischen den höchsten Regierungen von Österreich und Preußen bestehenden Differenzen die innere Ruhe und Sicherheit des Bundes bedrohen und Thätlichkeiten zwischen jenen beiden Bundesgliedern besorgen lassen; daß hiernach die Bundesversammlung auf Grund der Art. XVIII. und XIX. der Wiener Schlußacte vom 15. Mai 1820 berufen ist, zur Erhaltung der Ruhe und Sicherheit des Bundes die geeigneten Beschlüsse zu fassen, um jeder Selbsthülfe vorzubeugen; und daß zur Ausführung solcher etwa zu fassenden Beschlüsse die schleunige Disposition über alle bereit zu stellenden Streitkräfte für die bei den schwebenden Differenzen nicht betheiligten Bundesregierungen als nothwendige Vorbedingung für jede erfolgreiche Vermittelung angesehen werden muß; stimmt die königliche Regierung der Nummer 1. des Antrages mit der Modification, daß nur die

---

*) Lippe-Detmold, Waldeck und Reuß j. L. hatten den Repräsentanten dieser Kurie angewiesen, gegen den Antrag zu stimmen, während Schaumburg-Lippe sich der Abstimmung enthielt, Liechtenstein und Reuß ä. L. aber in bejahendem Sinne votierten. Dem letzteren Auftrage entsprechend, stimmte der Repräsentant für den österreichischen Antrag.

Mobilmachung des VII., VIII., IX. und X. Armeecorps angeordnet werde, den Nummern 2., 3. und 5. unbedingt, nicht aber der Nummer 4. bei, welche sie, der gegenwärtigen Sachlage nach, noch nicht für angemessen hält."

Der preußische Gesandte erklärte diesen Beschluß für bundeswidrig, teils weil das Bundesrecht nur ein an bestimmte Formen gebundenes Exekutionsverfahren, aber nicht die Aufstellung eines Bundesheeres gegen ein Bundesglied auf Grund der Bundeskriegsverfassung vorsah, teils und insbesondere weil Österreichs Stellung in Holstein nicht unter dem Schutze der Bundesverträge stehe. Indem der Gesandte mit diesem Protest zugleich Preußens Austritt aus dem bisherigen Bunde erklärte und die uns aus der Depesche vom 10. Juni bekannten Grundzüge einer Bundesreform vorlegte, verließ er den Saal. Das Präsidium protestierte sofort gegen die Zulässigkeit von Preußens Austritt aus dem Bunde als eines unauflöslichen Vereins. Die Gesandten von Bayern, Sachsen, Hannover und Württemberg stimmten diesem Einspruche bei.

Hannover hatte sich mit seinem in der Mobilmachungsfrage abgegebenen Votum auf einen Standpunkt gestellt, welcher seiner Regierung durch das Berliner Kabinett als ein feindseliger Akt gegen Preußen bezeichnet worden war. Daß Hannover nicht für die Mobilmachung des österreichischen Kontingents stimmte, war insofern belanglos, nachdem der österreichische Gesandte zuvor die Erklärung abgegeben hatte, daß die von dem Kaiserstaate zu stellenden 3 Bundes-Armeecorps sich bereits in vollkommen schlagfertigem Zustande befanden. Wenn Hannover ferner die Ernennung eines Bundesfeldherrn als inopportun bezeichnete, so kann auch darin noch nicht ein zugunsten seiner Regierung sprechendes Moment gefunden werden, da König Georg der Unterstellung seiner Armee unter das Kommando eines von Bundeswegen bestellten Oberbefehlshabers eher widerstrebte, als zuneigte.

Während besonnene Persönlichkeiten der Meinung waren, nunmehr den Eintritt einer raschen Aktion Preußens gegen Hannover befürchten zu müssen, glaubten die Ratgeber des Königs Georg diese Gefahr durchaus nicht so nahe, sondern wiegten sich in der Hoffnung, noch Zeit zur Durchführung der Mobilmachung zu

finden*). Mit dem vom Bundestage in dieser Beziehung gefaßten Beschlusse war für die hannoversche Regierung der erwünschte Moment gekommen, um auch für ihre Armee die völlige Kriegsbereitschaft anzuordnen. Schon am 14. Juni nachmittags erhielten die teilweise bereits im Marsche begriffenen Truppen den Befehl zur Einziehung ihrer Urlauber, welche für die Infanterie und das Ingenieurcorps auf den 23. Juni, für die Artillerie und das Traincorps zum 20. Juni oder teilweise noch später zum Dienste einberufen wurden.

Während die hannoversche Regierung unter diesen Verhältnissen der Entwickelung der Dinge mit Zuversicht entgegen sehen zu können glaubte, stellte Preußen am 13. Juni, unter Hinweis auf den der Brigade Kalik gestatteten Durchzug, das Ersuchen an die erstere, auf Grund der bestehenden Etappenkonvention den Marsch des bekanntlich in Altona eingetroffenen Manteuffelschen Corps von Harburg durch das Königreich nach Minden zur Vereinigung mit der in Westfalen verbliebenen 13. Division genehmigen zu wollen. Nach einigem Zögern beschied Hannover diesen Antrag in bejahendem Sinne, so daß wir am 15. Juni die Avantgarde des Manteuffelschen Corps die Elbe überschreiten sehen werden. Gleichviel ob das hannoversche Kabinett durch jene angeblich im bundesfreundlichen Sinne erfolgende Konzession Preußen hinsichtlich der geplanten Schachzüge noch zu täuschen bezweckte, oder ob es hierbei vielleicht von der kühnen Hoffnung geleitet wurde, mit dem raschen Durchzuge des Manteuffelschen Corps der Gefahr überhoben zu sein, die Konzentrierung der eigenen Armee bei Stade durch die an der Niederelbe bereit stehende preußische Streitmacht gestört zu sehen, — mag dem sein, wie es will, so zeugt auch dieser Vorgang für eine Auffassung der Dinge, welche weder staatsmännische Klugheit, noch

*) Als am 14. Juni nachmittags das Resultat der Bundestags-Abstimmung in Hannover bekannt wurde und mehrere Herren dem Minister Grafen Platen gegenüber die Besorgnis äußerten, daß in den nächsten 24 Stunden die Preußen die Grenze überschreiten dürften, beschwichtigte der letztere diese Befürchtungen mit der Erklärung, Bismarck würde eine solche allem Bundesrechte zuwiderlaufende Verletzung nicht riskieren, sondern die gegebene Frist (etwa sechs Wochen) abwarten, so daß die zur Mobilmachung der Truppen nötige Zeit gesichert sei. Der Minister scheint offenbar von dem Wahne befangen gewesen, daß Preußen vorerst noch einer bundesgemäßen Behandlung des gegebenen Konflikts harren würde.

militärische Umsicht bekundete. Ohne dem Berliner Kabinett hierdurch noch den Anlaß zum casus belli zu geben, konnte Hannover jene Forderung in der freundschaftlichsten Form mit der Motivierung ablehnen, daß man den Durchzug der Brigade Kalik nach dem Süden gewährte, um sein Gebiet von den Truppen des mit Preußen in Zerwürfnisse geratenen österreichischen Kaiserstaates geräumt zu wissen und damit seine objektive Haltung gegenüber den Differenzen der beiden Großmächte zu bethätigen, ein Standpunkt, der es aber ebenso wünschenswert erscheinen ließe, das Königreich auch nicht von einer preußischen Heeresabteilung betreten zu sehen. Jedenfalls würde hierdurch der Einmarsch des Manteuffelschen Corps eine Verzögerung bis zur Kriegserklärung erfahren haben, woraus sich für Hannover unter allen Umständen ein nicht zu unterschätzender Zeitgewinn ergeben hätte.

Wenn das Berliner Kabinett die in Frage stehende Forderung stellte, so findet dieser Schachzug in der Situation seine hinlängliche Erklärung. Gegenüber den früher kursierenden Gerüchten, welche eine Vereinigung der Brigade Kalik mit der hannoverschen Armee bei Stade signalisierten, war der Abzug der österreichischen Truppen eine Erscheinung, aus welcher möglicherweise auf eine bevorstehende Schwenkung der Politik des Königs Georg geschlossen werden konnte. Das hannoversche Kabinett in dieser Beziehung zu sondieren, erbot sich Preußen in der Forderung, den Durchmarsch des Manteuffelschen Corps gestatten zu wollen, eine ebenso erwünschte, wie zweckentsprechende Handhabe. Gab Hannover jenem Antrage Folge, so konnte daraus auf friedliche Intentionen geschlossen werden, während ein Bescheid im verneinenden Sinne zu dem Gegenteile berechtigte. Das Berliner Kabinett mag in Anbetracht der nachmaligen Entwickelung der Dinge selbst überrascht gewesen sein, daß Hannover zu jener Konzession sich zu entschließen vermochte, während es nach wie vor zur Teilnahme an dem Kampfe gegen Preußen entschlossen war und die hierzu erforderlichen Vorbereitungen traf. Die Genehmigung zu dem Durchmarsche des Manteuffelschen Corps entsprach durchaus der bisherigen Taktik des hannoverschen Kabinetts, auf Preußens Täuschung bedacht zu sein, bis es den Moment gekommen glaubte, um die Maske abzuwerfen und sich offen gegen den mächtigen Nachbarstaat zu erklären. Wenn wir somit das Manteuffelsche Corps am 15. Juni seinen Elbübergang eröffnen sehen werden, so hätte darin

der hannoverschen Regierung aber eine weitere überzeugende Mahnung gegeben sein sollen, der isolierten Lage des Landes sich bewußt zu werden und der Fortsetzung einer antipreußischen Politik zu entsagen. Daß das gedachte Corps unter den gegebenen Umständen unbedingt nur im feindlichen Sinne die Elbe überschritt, konnte insofern nicht als zutreffend erachtet werden, da bekanntlich der Kriegszustand noch nicht Platz griff. Vielmehr war für Preußen die Hoffnung nicht völlig ausgeschlossen, unter dem Drucke der gegen Hannover getroffenen militärischen Maßregeln dessen Regierung, wie sie es einst bei den Würzburger Konferenzen für sich in Anspruch genommen, auf den Standpunkt der Neutralität sich zurückziehen und die Bedingungen der an sie zu richtenden Sommation acceptieren zu sehen. Das Manteuffelsche Corps würde in diesem Falle in beschleunigtem Marsche das Land passiert haben, um sich mit den übrigen für Westdeutschland verfügbaren preußischen Streitkräften zu vereinigen, deren baldige Bereitstellung gegen das süddeutsche Heer als ein dringendes Gebot der Notwendigkeit erscheinen mußte.

Während somit das Manteuffelsche Corps bei Altona bereit stand, schritt Preußen angesichts der zweifelhaften Haltung Hannovers nunmehr auch zur Konzentrierung der bekanntlich in Westfalen zurückgebliebenen 13. Division in der Umgegend von Minden, nur zwei Tagemärsche von der hannoverschen Hauptstadt entfernt. Der Eisenbahntransport der zu dieser Division gehörigen Truppenteile nach dem vorgesehenen Sammelplatze nahm am 14. Juni seinen Anfang und war am nächsten Tage vollendet.

Preußen traf somit alle Vorbereitungen, um Hannover bei der Überreichung der entscheidenden Sommation den Ernst der Lage in seiner ganzen Bedeutung zu vergegenwärtigen und es durch die Entfaltung dieser militärischen Maßregeln zur Besonnenheit zu mahnen, ohne noch die Eroberung dieses Landes zum Zielpunkte seiner Bestrebungen zu machen.

Schon am 14. Juni vormittags erhielt man von der bevorstehenden Konzentrierung der preußischen 13. Division in der hannoverschen Residenz zufällig Kenntnis, indem ein aus der Gegend von Minden geschäftshalber dahin kommender Gutsbesitzer in Bekanntenkreisen erzählte, daß starke Einquartierung bei ihm angesagt sei. Als dies noch im Verlaufe des Vormittags den höheren militärischen Stellen gemeldet

wurde, belächelte man jene Nachricht und schenkte ihr keinen Glauben. Da aber im Verlaufe des Nachmittags und gegen Abend weitere Meldungen eintrafen, welche es nicht mehr zweifelhaft erscheinen ließen, daß die Konzentrierung der 13. Division bei Minden im Gange war, wurde man in den leitenden militärischen Kreisen der Hauptstadt ernstlich besorgt und glaubte, nicht länger mit Gegenmaßregeln säumen zu dürfen, indem man eine größere Truppenkonzentrierung zum Schutze der Residenz für notwendig erachtete. Noch am späten Abend des 14. eilten der General-Adjutant, General-Lieutenant v. Tschirschnitz, und der Chef des Generalstabes, General-Lieutenant v. Sichart, von Hannover nach dem benachbarten Schlosse Herrenhausen, wo das Hoflager weilte, um dem Könige die gefahrvolle Lage zu melden und seine Befehle zu erbitten. Als sie in Herrenhausen ankamen, war der Hof eben zu einer musikalischen Abendunterhaltung versammelt und lauschte den Leistungen der Opernsängerin Ubrich. Die beiden Generale waren genötigt, die Beendigung des Konzerts abzuwarten, worüber zwei Stunden vergingen, bis sie vom Könige empfangen wurden und ihn mit dem Zwecke ihres Erscheinens bekannt machen konnten. Es wurde endgültig beschlossen, gegen den aus der Richtung von Minden drohenden Einmarsch der Preußen die Armee bei Hannover zu konzentrieren, in der Absicht, hier dem Feinde Widerstand zu leisten, ohne sich aber zu exponieren, und für den Fall, daß man dem gegnerischen Drucke weichen müsse, auf den Rückzug nach Verden und Stade Bedacht zu nehmen. Die bekanntlich zu den Übungen bei Harburg bestimmte 3. Infanterie-Brigade sollte dagegen mit Rücksicht auf die letztere Eventualität vorläufig von der Konzentrierung bei Hannover ausgeschlossen bleiben, so daß das in Lüneburg garnisonierende 5. Infanterie-Regiment am 15. morgens in jener Richtung abrückte, das erst für den folgenden Tag ebendahin zum Ausmarsche bestimmte 4. Infanterie-Regiment und die dortige Übungs-Fußbatterie vorläufig aber noch in ihrer Garnison Stade verblieben *).

*) Die von Stade zu den Übungen bei Harburg bestimmten Truppenteile sollten ursprünglich am 15. Juni dahin abmarschieren, erhielten aber durch ein bereits am 14. nachmittags aus Hannover eintreffendes Telegramm Gegenbefehl. Die schon nach Buxtehude abgegangenen Quartiermacher kehrten daher am 15. vormittags nach Stade zurück.

Noch in lebhafter Aufregung über ihren trotz der bedrohlichen Lage verzögerten Empfang in Herrenhausen, kehrten die Generale v. Tschirschnitz und v. Sichart im Verlaufe der Nacht zum 15. Juni nach Hannover zurück, worauf sogleich die spezielleren Anordnungen getroffen wurden. Bei der herrschenden Bestürzung ergingen anfänglich ziemlich verwirrte Befehle aus der General-Adjutantur*), bis eine ruhigere Auffassung sich geltend machte.

Die in und bei Nienburg unter dem General-Major v. Bothmer konzentrierten Truppen sollten per Bahn nach der Hauptstadt zurückkehren, wohin auch das Gardehusaren-Regiment von Verden beordert wurde. Zur Deckung dieser Bewegung gegen ein überraschendes Vorgehen der Preußen wurde die Entsendung eines Detachements von Hannover nach der exponierten Station Wunstorf beschlossen, welche den Gabelpunkt der von hier nach Minden und Bremen sich verzweigenden Schienenwege bildet.

Die zu den Übungen bei Burgdorf im Anmarsche dahin begriffenen Bataillone der 2. Infanterie-Brigade wurden nach der Eisenbahnstation Lehrte (an der Linie Hannover-Braunschweig) dirigiert, um hier nach der Hauptstadt eingeschifft zu werden. Diese Anordnung sollte jedoch, wie uns die Folge zeigen wird, in modifizierter Form zur Ausführung gelangen.

Ferner wurden nach Hannover berufen das Gardekürassier-Regiment von Northeim, das Husaren-Regiment Königin von Lüneburg und das im Marsche auf Verden begriffene Dragoner-Regiment Kronprinz.

Das Dragoner-Regiment Herzog von Cambridge, welches am 16. Juni von Celle zu den Übungen bei Burgdorf ausrücken sollte, erhielt dagegen keinen auf jene Konzentrierung bezüglichen Befehl und verblieb daher in seinen Quartieren.

Den in und bei Nienburg stehenden Truppen (7. Infanterie-Regiment, 3 Jägerbataillone und die 1. reitende Batterie) wurde durch einen mittelst Extrazugs dahin entsendeten Generalstabs-Offizier (Major

---

*) General v. Tschirschnitz glaubte sogar, den Fall in Erwägung ziehen zu müssen, daß die preußischen Truppen von Minden per Bahn nach Hannover einrückten. Er erteilte daher den Befehl, den ersten preußischen Truppenzug an der Grenze unbehindert bis Hannover passieren zu lassen, wo derselbe in Empfang genommen werden sollte, den zweiten dagegen in Wunstorf abzufangen.

Rudorff) am 15. um 5 Uhr morgens der Befehl zum Aufbruche nach der Hauptstadt überbracht.

Zur Deckung dieser Bewegung rückte der General=Major von dem Knesebeck (Commandeur der 1. Infanterie=Brigade) mit dem Leibregimente (2 Bataillonen, welche vor dem Abmarsche 60 scharfe Patronen pro Mann erhielten), sowie der 2. und 4. Eskadron der Garde du Corps*) nach Wunstorf ab, und stellte, daselbst angekommen, in westlicher Richtung Vorposten aus, unter deren Schutze die Eisenbahn durch das dortige Bahnpersonal unfahrbar gemacht wurde. Das Detachement, dem zugleich die in Wunstorf liegende 2. reitende Batterie zur Verfügung gestellt worden war, erhielt noch im Verlaufe des Vormittags als Verstärkung das per Bahn aus der Nienburger Gegend eintreffende Garde=Jägerbataillon, welches, an diesem Morgen bereits zur Übung ausgerückt gewesen, auf einem bei dem Bahnwächterhause nächst Rohrsen bereit gestellten Zuge eingeschifft worden war, wohin ihm auf dem nämlichen Wege das 2. Jägerbataillon von Nienburg folgte.

Der unter dem Schutze jenes Detachements fortgesetzte Eisenbahntransport führte das 3. Jägerbataillon und die 2 Bataillone des 7. Infanterie=Regiments**) dagegen von Nienburg direkt nach der Hauptstadt, so daß Nachmittags die letzten Truppenteile der Infanterie jenen Ort verlassen hatten.

Auch das 2. Jägerbataillon wurde noch im Verlaufe des Nachmittags auf der Landstraße nach Hannover in Marsch gesetzt, wo es gegen 10 Uhr nachts eintraf und in den Vorstädten Quartiere bezog.

Die dem Detachement Knesebeck zugeteilte 2. reitende Batterie, welcher gegen 3 Uhr nachmittags aus Hannover der telegraphische Befehl zum Abmarsche dahin zuging, verlud zunächst das in Wunstorf lagernde Reserve=Material der reitenden Artillerie auf der Bahn nach der Haupt=

*) Dagegen rückten gleichzeitig die 1. und 3. Eskadron aus ihren Kantonnements nach Hannover in die Kaserne, kehrten jedoch abends in ihre alten Quartiere zurück.

**) Das 7. Infanterie=Regiment war aus seinen benachbarten Kantonnements in Oyle, Drakenburg 2c., wo es am 14. geruht hatte, nach Nienburg gezogen worden. Auf dem dortigen Bahnhofe mußte die Mannschaft ihre bisher getragenen Drellhosen ausziehen und dafür die Tuchbeinkleider anlegen, was in Gegenwart vieler Zuschauer geschah und zu mancher heiteren Scene Anlaß gab.

stadt, während für die vorhandenen vier unbespannten Geschütze Vorspann requiriert wurde. Die Batterie zog zugleich ihre in die nächste Umgegend entlassenen Urlauber ein.

Die in Nienburg befindliche 1. reitende Batterie war alsbald nach Empfang des diesbezüglichen Befehls im Landmarsche südwärts aufgebrochen und übernachtete in Neustadt am Rübenberge.

Das bereits von seinen letzten Nachtquartieren in Suhlingen ꝛc. ausgerückte Dragoner-Regiment Kronprinz erhielt, als es in der Richtung auf Hoya unterwegs war, den durch einen Gendarmen überbrachten Befehl der General-Adjutantur, in Eilmärschen nach Hannover zu rücken. Über Nienburg instradiert, bezog es abends in Meinkinsburg, Linsburg und Umgegend (eine Meile südöstlich Nienburg) Nachtquartiere*).

Das in und bei Verden konzentrierte Gardehusaren-Regiment war am 15. morgens eben im Begriffe, auf seinem Übungsplatze (der Scharnhorster Haide) sich zum Exerzieren zu sammeln, als der Commandeur um 6 Uhr den Befehl zum Aufbruche nach Hannover erhielt. Sofort wurde gepackt; die jüngeren Offiziere ließen sich die Säbel schleifen. Nachmittags 3 Uhr trat das Regiment von seinem Sammelplatze bei Campen den Marsch nach der Hauptstadt an, indem es in Verden ein aus den Remonten bestehendes Depot und die Regimentskasse zurückließ. Über Kirchboitzen und durch die Ahrenshaide rückte das Regiment bis Hudemühlen (a. d. Aller), Ritthagen ꝛc., um daselbst zu übernachten.

Dem Husaren-Regiment Königin in Lüneburg ging der telegraphische Befehl, in starken Tagemärschen nach Hannover zu rücken, am 15. um 2 Uhr morgens zu. Um 8¾ Uhr vormittags brach das Regiment unter Zurücklassung eines Remonten-Depots von Lüneburg nach Ülzen auf, während das dort ebenfalls in Garnison liegende 5. Infanterie-Regiment (s. S. 206) in der Richtung gegen Harburg abmarschierte.

Das Gardekürassier-Regiment verließ, dem ihm auf telegraphischem Wege überfertigten Befehle zufolge, gleichfalls am 15. morgens sein Stabsquartier Northeim und marschierte an diesem Tage bis Alefeld.

Diese Bestürzung herrschte in der hannoverschen Hauptstadt, als

*) An das in Osnabrück zurückgelassene Depot des Regiments erging von der General-Adjutantur der telegraphische Befehl, ebenfalls schleunigst nach Hannover zu folgen. Dasselbe erreichte jedoch, wie wir in der Folge sehen werden, erst in Thüringen die Armee.

das Berliner Kabinett den 15. Juni an Hannover sowohl wie an Sachsen und Kurhessen, als die vermöge ihrer geographischen Lage für Preußen zunächst besonders wichtigen Nachbarstaaten, die Aufforderung zur Reduktion ihrer Truppen auf den früheren Friedensstand und zum Abschlusse eines Bündnisses unter Gewährleistung des Besitzstandes und der Souveränitätsrechte nach Maßgabe des Bundesreform=Vorschlages vom 14. dieses Monats richtete. Der preußische Gesandte in Hannover erhielt zugleich auf telegraphischem Wege den Auftrag, der königlichen Regierung in einer jeden Zweifel ausschließenden Weise zu vergegenwärtigen, daß eine ablehnende oder ausweichende Antwort das Einrücken preußischer Truppen zur Folge haben würde, um sich zu Herren des Landes und seiner militärischen Mittel zu machen, womit das fernere Schicksal des Königreichs von dem Erfolge der Waffen abhängig sei. Der Gesandte wurde hiermit zugleich angewiesen, für den Fall der Ablehnung des angebotenen Bündnisses die Kriegserklärung auszusprechen.

In Erfüllung dieses Auftrags überreichte Prinz Ysenburg am 15. Juni vormittags der hannoverschen Regierung die folgende Sommation:

„Der in der Sitzung des Bundestages vom 11. d. M. gestellte Antrag auf Mobilmachung eines Bundesheeres gegen Preußen in Verbindung mit der Haltung, welche eine Anzahl von Bundes=Regierungen in Anlehnung an die bundeswidrigen und drohenden Rüstungen Österreichs gegen uns angenommen, hat den Bruch des bisherigen Bundesverhältnisses herbeigeführt.

„Diese Vorgänge legen Sr. Majestät dem Könige, des Unterzeichneten Allergnädigsten Herrn, die Pflicht auf, die zum Schutze Preußens gegen den beabsichtigten Angriff geeigneten und durch das Bedürfniß der Selbsterhaltung gebotenen Mittel zur Anwendung zu bringen.

„Die geographische Lage des Königreichs Hannover macht dasselbe zu einem wichtigen Moment in dem System dieser Vertheidigung. Die Königlich hannoversche Regierung wird es daher gerechtfertigt finden, wenn in der Spannung der gegenwärtigen Situation Deutschlands, welche durch den bundeswidrigen Antrag Österreichs vom 11. c. gekennzeichnet wird, Preußen von ihr bestimmte Erklärungen und Bürg=

schaften über die zukünftige gegenseitige Stellung zu erbitten sich genöthigt sieht.

„Diese Bürgschaften können der Lage der Dinge nach und dem Verhalten Hannovers seit der Mittheilung des Herrn von Stockhausen vom 14. v. M. nur in dem Abschlusse eines Bündnisses zwischen Preußen und Hannover auf folgende Bedingungen gefunden werden, daß

1. die Königlichen Truppen sofort auf den Friedensstand v. 1. März c. zurückgeführt werden.
2. Hannover der Berufung des deutschen Parlaments zustimmt, und die Wahlen dazu ausschreibt, sobald es von Preußen geschieht.
3. Preußen dem Könige sein Gebiet und seine Souveränetätsrechte nach Maßgabe der Reform-Vorschläge vom 14. c. gewährleistet.

„Der Unterzeichnete ist beauftragt worden, eine Erklärung darüber nachzusuchen, ob Se. Majestät der König von Hannover Willens ist, das erwähnte Bündniß zu schließen.

„Im Falle der Zustimmung Sr. Majestät des Königs, ist der Unterzeichnete ermächtigt, im Namen Sr. Majestät des Königs, seines Allergnädigsten Herrn, die Zusicherung zu ertheilen, daß Allerhöchstderselbe das Königreich vertheidigen und die Rechte und Interessen Seines nunmehrigen Bundesgenossen mit Seinen eigenen wahrnehmen werde.

„Sollte wider Erwarten eine ablehnende oder ausweichende Antwort erfolgen, so würde Seine Majestät der König Sich zu Seinem lebhaften Bedauern in die Nothwendigkeit versetzt finden, das Königreich als im Kriegszustand gegen Preußen befindlich zu betrachten, und demgemäß in Seinen Beziehungen zu demselben nur noch die Rücksichten auf den Schutz des eigenen Landes und das militärische Erforderniß maßgebend sein zu lassen.

„Indem der Unterzeichnete noch zu bemerken sich beehrt, daß er eine Antwort im Laufe des Tages zu erbitten angewiesen ist, benutzt er pp.

(gez.) Prinz zu Ysenburg."

„An
die Königlich hannoversche Regierung."

Mittags fuhr Prinz Ysenburg zu der erbetenen Audienz nach Herrenhausen, um bei dem Könige Georg durch persönliche Vorstellungen für die Annahme des angebotenen Bündnisses zu wirken. In der Vorhalle des Schlosses begegnete ihm die Königin Marie, welche ihn aufforderte, zu einer Unterredung mit ihr in ein Zimmer einzutreten. Hier bat sie den Prinzen Ysenburg, ihren Gemahl nicht mit dem Ansinnen zum Nachgeben behelligen zu wollen, denn, so sagte sie, der König kann nicht nachgeben, er kann die preußischen Bündnisvorschläge unmöglich annehmen, er kann und darf sich nicht mediatisieren lassen.

Diese Unterredung wurde durch das Erscheinen eines Flügel-Adjutanten unterbrochen, welcher den Prinzen zu dem Könige entbot. In des letzteren Schreibkabinett geführt, erblickte er hier den Monarchen in der vollen Uniform des Garde-Jägerbataillons, das Käppi in der Hand; rechts von ihm stand der Kronprinz im Dienstanzuge eines Garde-Husarenoffiziers und neben diesem der Minister Graf Platen. Der König rief den Prinzen an die (vierte) noch leere Seite des Schreibtisches heran. Da der Monarch im Schweigen verharrte, unterbrach der Gesandte die Stille, indem er den Zweck seines Erscheinens mitteilte. Er vergegenwärtigte dem Könige den vollen Ernst der Situation und bat ihn auf das inständigste, Preußens Bündnisvorschlag anzunehmen und sich dessen Bundesgenossen, aber nicht den Gegnern anzuschließen, zu welchen letzteren er ohnehin nie habe gezählt werden wollen, wie er noch bei der vor nicht langer Zeit fest zugesagten Neutralität versichert.

Der König entgegnete, daß unter den jetzigen, durch Zwischenfälle veränderten Verhältnissen auch seine Ansichten sich hätten ändern müssen. Vor allem hätten die preußischen Bundesreformvorschläge seine vollste Mißbilligung gefunden; die Parlamentsberufung sei ihm ein unerträglicher Gedanke und die Bedingungen, die in der heute von dem Prinzen übergebenen Note an ihn und seine Regierung gestellt würden, wären durchaus unannehmbar. Ein Eingehen auf dieselben sei nur einer Mediatisierung gleich zu achten, — mediatisieren, das erkläre er offen, lasse er sich aber nicht, lieber wolle er zuvor mit Ehren untergehen.

Prinz Ysenburg bemühte sich, die Auffassungsweise des Monarchen zu berichtigen. Der König beharrte jedoch dabei, von einem Bündnisvorschlage, wie den in der preußischen Note enthaltenen, nichts wissen zu

wollen und in seiner Stellung als Welfenfürst und König von Hannover auch nichts wissen zu dürfen.

In freimütiger Weise legte nunmehr der preußische Gesandte dem Könige dar, wie es ihm sein Land jedenfalls Dank wissen würde, wenn er es vor den Drangsalen eines Krieges bewahrte und daher lieber der Notwendigkeit sich fügen wollte, welche Preußens Beruf in Deutschland mit sich brächte. Prinz Ysenburg wies darauf hin, daß, falls eine Verständigung mit dem Könige von Preußen nicht erzielt würde, Hannover das erste vom Kriegswetter betroffene deutsche Land sein dürfte und zwar so rasch, daß, wenn nicht noch heute der Anschluß an Preußen erklärt werde, schon morgen früh 30000 bis 36000 Preußen die Grenze überschritten haben würden. „Und dann", schloß der Prinz, „haben Euer Majestät den Krieg im eigenen Lande und stehen der preußischen Macht unvollkommen gerüstet und ohne Bundesgenossen gegenüber."

Der König fragte darauf den Gesandten, ob er den Auftrag habe, ihm dies alles mitzuteilen. Prinz Ysenburg entgegnete ihm, daß er insbesondere solche Details, wie inbetreff der gegen Hannover bereitstehenden Streitkräfte, keineswegs in höherem Auftrage hier zur Erörterung bringe; vielmehr habe er nur mit Rücksicht auf das Vertrauen, mit welchem ihn der König bisher beehrt, es für seine Pflicht gehalten, ihm die Folgen zu vergegenwärtigen, welche für ihn, seine Krone und sein Land aus dem Auftreten gegen Preußen hervorgehen würden.

Hier warf der König mit stolzer Haltung die Bemerkung dazwischen, daß er auch dann nicht besorgt zu sein brauche, da er seine Armee leicht bis auf 50000 Mann bringen könne.

Prinz Ysenburg erwiderte hierauf, wie er aus eigener Anschauung mit den Militärverhältnissen in Hannover bekannt sei und er daher den König nur bedauern könne, wenn ihm von irgendjemandem die Möglichkeit der Aufstellung einer Armee von 50000 Mann vorgespiegelt werde. Indem der Gesandte erklärte, ihm lieber freimütig sagen zu wollen, wie es um die Militärverhältnisse in Hannover stehe, führte er aus, daß gegenwärtig nur beiläufig 15000 Mann unter den Waffen sich befänden, ohne jedoch kriegstüchtig ausgerüstet zu sein. So z. B. wäre die Infanterie mit einem eben neu abgeänderten Gewehre versehen, mit welchem der Mann noch keineswegs vertraut sei; von der Artillerie wären nur 26 Geschütze bespannt; die Reiterei habe zwar im allgemeinen

ein gutes Material, sei aber ebenfalls unvorbereitet. Mit 15'000 Soldaten von dieser Verfassung ließen sich die morgen die Grenze überschreitenden 36 000 Preußen jedenfalls nicht aufhalten.

Diese Ausführungen, zu welchen der Kronprinz mehrfach nickte, erregten den Unwillen des Königs, der jene Informationen des Gesandten nur auf begangenen Landesverrat zurückführen zu müssen meinte, da der letztere sonst nicht im Besitze solcher Details sein könne. Prinz Ysenburg konnte ihn dagegen durch die Versicherung beruhigen, alle jene Daten im Verlaufe der Zeit durch eigene Anschauung gewonnen zu haben. Indessen war der König von seiner vorgefaßten Meinung hinsichtlich Hannovers militärischer Leistungsfähigkeit nicht abzubringen, sondern beharrte dabei, daß, wenn auch gegenwärtig nur 15 000 Mann unter den Waffen sein möchten, doch binnen kurzem 25 000 und demnächst selbst 50 000 Mann zur Verfügung stehen würden.

Bis dahin aber, erwiderte Prinz Ysenburg, werde wohl Hannover von Preußen besetzt sein und er wolle nur noch einmal die Aufmerksamkeit des Königs darauf hinlenken, daß damit zugleich die Existenz seiner Krone gefährdet, ein Umstand, welcher doch gewiß einer nochmaligen reiflichen Erwägung des preußischen Bündnisvorschlages wert sein dürfte.

Schließlich nahm Prinz Ysenburg Anlaß, auch noch die Mission des Prinzen Karl von Solms in den Kreis seiner Erörterungen zu ziehen und erklärte dem Könige freimütig und ohne Rückhalt, daß seines Wissens erst seit dem damals ihm überbrachten Schreiben des Kaisers von Österreich eine Wendung in der hannoverschen Politik eingetreten und damit die Absicht und die Zusage eines mit Preußen abzuschließenden Neutralitätsvertrags fallen gelassen worden sei. Allerdings, führte der Prinz im Anschlusse daran aus, scheine hierbei der Unterschied den Ausschlag gegeben zu haben, daß König Wilhelm für Hannovers Anschluß an Preußen nur die Gewährleistung seines jetzigen Besitzstandes zusichere, während der Kaiser von Österreich, wofern Hannover sich fest auf seine Seite schlagen wolle, außer jener Garantie auch noch versprochen habe, das Königreich Hannover durch die Hinzuziehung der Gebiete von Oldenburg, Lippe und Waldeck, sowie durch die Einverleibung einiger von Preußen zu erobernder Gebietsteile zu vergrößern.

Der König war zwar betroffen, aus dem Munde des preußischen

Gesandten die Kenntnis dieser Dinge zu vernehmen, blieb jedoch nach einigem Hin- und Herreden bei der Behauptung stehen, daß die von dem Prinzen angeführten Details der Richtigkeit ermangelten.

Nun, wie dem auch sein möge, schloß der Gesandte seine Rede, so könne er es nur aufrichtig bedauern, daß es ihm nicht habe gelingen wollen, den König noch in der zwölften Stunde von dem Wege abzubringen, der, aller Wahrscheinlichkeit nach, großes Unglück über sein Land herbeiführen werde. Hiermit verabschiedete sich der Prinz, indem er den Wunsch aussprach, daß Gott den König erleuchten möge, um ihn noch den rechten Weg für sich und sein Land einschlagen zu lassen. Der König entließ ihn kalt; die Audienz war beendet. Prinz Ysenburg kehrte nach der Hauptstadt zurück*) und sendete Nachmittags folgende vorläufige telegraphische Meldung an seine Regierung nach Berlin:

„Ich habe den König in Gegenwart des Kronprinzen und des Grafen von Platen gesprochen, aber nichts ausgerichtet. Derselbe sagte, daß Er unsere Bedingungen nicht annehmen könne. Eine definitive Antwort wird nach der Conseil-Sitzung folgen.“ —

Das Bekanntwerden der preußischen Sommation rief in der Hauptstadt eine außerordentliche Aufregung hervor. In der eben versammelten zweiten Kammer des Landtages stellte der Abgeordnete Rudolf v. Bennigsen infolge jener Nachricht den neuen Antrag auf schleunigsten Erlaß einer Adresse an den König, in welcher, da der Bundesbeschluß vom 14. dieses Monats als ein durch die Bundespflichten nicht gebotener, wohl aber Deutschland in den Bürgerkrieg führender Schritt zu erachten, das dringende Ersuchen an den Monarchen zu richten, die jene verderbliche Resolution befürwortenden Ratgeber der Krone sofort zu entlassen und den Bundesbeschluß nicht zur Ausführung zu bringen, sondern in strenger

---

*) Mit dem Prinzen Ysenburg fuhr der Hausminister v. Malortie zur Stadt zurück, welchen er im Schloßhofe von Herrenhausen getroffen hatte und auf dessen Bitte in seinem Wagen mitnahm. Der Minister sprach hierbei seine Besorgnis für Hannovers Zukunft aus, war aber auch mit dem Gesandten der Überzeugung, daß der König in dem für nachmittags anberaumten Minister-Konseil auf seinem Beschlusse beharren werde und somit eine Katastrophe im Anzuge sei, die zu einer Ausscheidung Hannovers aus der Reihe der selbständigen Staaten führen könnte.

Neutralität zu verharren und auf die schleunige Einberufung eines deutschen Parlaments hinzuwirken. Nachdem die Kammer die Dringlichkeit dieses Antrags anerkannt, wurde derselbe für den nächsten Tag auf die Tagesordnung gestellt. —

Während dieser Vorgänge in der Hauptstadt, in deren Umgebung angesichts des drohenden Einmarsches der bei Minden zusammengezogenen preußischen Truppen der größere Teil der hannoverschen Armee konzentriert werden sollte, begann das in und bei Altona stehende Manteuffelsche Corps, gestützt auf die von der hannoverschen Regierung erteilte Genehmigung seines Durchmarsches, die Elbe zu überschreiten. Bereits am 14. Juni hatte der Corps-Commandeur durch den Hauptmann vom Generalstabe v. Gottberg dem hannoverschen Kommandanten in Harburg, woselbst auch in Friedenszeiten ein Wachdetachement in der Stärke von 2 Offizieren und 47 Mann stationiert war, den für den nächsten Tag in Aussicht genommenen Einmarsch der preußischen Truppen notifizieren lassen.

Das Corps hatte eine Stärke von 14 Bataillonen (mit Einschluß von 3 Landwehrbataillonen zu 806 Mann), 8 Eskadronen und 4 Batterieen (24 Geschützen), welche sich in folgender Einteilung befanden:

Avantgarde: General-Major v. Flies.

11. Grenadier-Regiment (3 Bataillone), 3. und 4. Eskadron 5. Dragoner-Regiments, 3. 4pfündige Batterie 6. Feldartillerie-Regiments, fahrende Abteilung des leichten Feldlazaretts.

Gros: General-Major v. Freyhold.

1. und 2. Bataillon 25. Infanterie-Regiments*), 36. Füsilier-Regiment (3 Bataillone), 1. und 2. Eskadron 5. Dragoner-Regiments, 3. 6pfündige Batterie 6. Feldartillerie-Regiments, Depot des leichten Feldlazaretts.

Reserve: General-Major v. Korth.

59. Infanterie-Regiment (3 Bataillone), 17. Landwehr-

*) Das Füsilierbataillon war noch von Sonderburg im Anmarsche zum Corps begriffen.

Regiment (3 Bataillone *)), 6. Dragoner-Regiment (4 Eskadronen), 4. 4pfündige und 3. 12pfündige Batterie des 6. Feldartillerie-Regiments.
Ein Pionier-Detachement (24 Mann) vom 7. Pionier-Bataillon.
3 Munitionskolonnen **).

Zur Unterstützung und Deckung des Stromüberganges war die unterhalb Hamburg auf der Elbe liegende Flottille dem General-Lieutenant Freiherrn v. Manteuffel zur Verfügung gestellt, welche unter Führung des Korvetten-Kapitäns Werner bekanntlich aus einem Panzerschiff, 3 Kanonenbooten und einem Avisodampfer (s. S. 196) bestand.

Nachdem die preußischen Truppen (am 15. Juni) zwischen 10 und 11 Uhr vormittags in ihren Kantonnements allarmiert worden waren, setzte sich gegen 12 Uhr die Avantgarde in Bewegung, um nach Harburg überzugehen. Da an diesem Tage die bekannte Sommation der preußischen Regierung in Hannover überreicht wurde und also unter Umständen stündlich die Kriegserklärung erfolgen konnte, sollte die Avantgarde in der Entfernung von einer halben bis zu einer Stunde vorwärts Harburg eine Stellung zur Sicherung des Stromüberganges der folgenden Truppen beziehen.

Das 1. und 2. Bataillon Nr. 11 rückten nach der Landungsbrücke der Dampfschiffe in Altona, wo ihrer die oben erwähnten 3 Kanonenboote und der Aviso Loreley, von denen jedes Fahrzeug 3 Schuten ***) im Schlepptau hatte, sowie einige Privatdampfer zur Einschiffung harrten. Jedes Kanonenboot nahm 500 Mann an Bord und auf jede Schute kamen 100 Mann. Die Loreley hatte dagegen 300 Mann an Bord,

---

*) Dieselben waren mit dem Zündnadelgewehr ausgerüstet.

**) Da die Stimmung in den Elbherzogtümern keinen Anlaß zu ernstlichen Befürchtungen gab, blieben daselbst als Besatzungstruppen nur zurück: das 16. Landwehr-Regiment (drei Bataillone), die Ersatzbataillone der Infanterie-Regimenter Nr. 11 und 25, das Seebataillon, eine Kompagnie Festungsartillerie, das 7. schwere Landwehr-Reiterregiment, insgesamt etwa 5000 Mann unter dem Befehle des Kommandanten von Rendsburg, General-Major v. Kaphengst. Das am 19. Juni aus Aschersleben in Altona und Wandsbeck eintreffende 10. Landwehr-Husarenregiment wurde nach Hannover gezogen.

***) Große flache Kähne, wie sie in Hamburg zum Waarentransport dienen.

während jede ihrer Schuten 200 Mann einnahm. In gehobener Stimmung bestiegen die Truppen die Schiffe, welche dann nach dem hannoverschen Ufer hinüberdampften.

Das Füsilierbataillon Nr. 11, die Reiterei und Artillerie, sowie der Train der Avantgarde setzten mittelst der Dampffähre vor dem Brock-Thore in Hamburg nach der Insel Wilhelmsburg über, um dann durch dieselbe bis zu dem um 3 Uhr nachmittags erreichten rechten Elbufer gegenüber Harburg zu marschieren. Die hier am Hamburger Ufer liegende Harburger Dampffähre wurde ungeachtet der Einsprache des herbeieilenden hannoverschen Amtmanns in Besitz genommen und sofort zum Übergange der Truppen in Thätigkeit gesetzt.

Um mit dem Einmarsche der preußischen Truppen nicht eventuell einer kritischen Situation sich preisgegeben zu sehen, rüstete sich das schwache hannoversche Wachdetachement in Harburg zum Abmarsche *). Der auf dem dortigen Bahnhofe vorhandene Wagenpark wurde unter der energischen Leitung des Stationsvorstandes schleunigst in der Richtung auf Lüneburg-Hannover dirigiert und überdies nach Thunlichkeit der Bahnkörper sowohl wie die Telegraphenleitung zerstört, nachdem man den bevorstehenden Einmarsch der Preußen nach der Hauptstadt gemeldet hatte **).

Die in Altona selbst eingeschifften preußischen Truppen waren die ersten, welche bei Harburg landeten. An ihrer Spitze das 2. Bataillon Nr. 11, betraten sie um 1½ Uhr nachmittags unter den Klängen der Nationalhymne das hannoversche Ufer.

Das hannoversche Wachdetachement war bereits von Harburg im Fußmarsche südwärts abgezogen. In nicht weiter Ferne von der Stadt begegneten ihm die Quartiermacher des von Lüneburg im Anmarsche

*) Insoweit dem Verfasser bekannt, sollen die Behörden in Harburg betreffs des Einmarsches der preußischen Truppen ohne jede Weisung aus der Hauptstadt geblieben sein.

**) Demnächst wurde auch das über die Elbe führende Eisenbahntrajekt bei Hohnstorf-Lauenburg hannoverscherseits unterbrochen, indem man das dortige Dampffährschiff zwar nicht versenkte, es jedoch durch die Herausnahme gewisser Maschinenteile unbrauchbar machte. Dasselbe geschah mit der am hannoverschen Ufer befindlichen stehenden Maschine. Auch die dortige Rampe, welche zur Verbindung mit dem Fährschiffe diente, wurde unbrauchbar gemacht.

begriffenen 5. Infanterie-Regiments (s. S. 206), welches an diesem Tage Winsen und Stelle erreichte, um den 16. Juni nach Harburg zu rücken. Indem die Quartiermacher unter diesen Verhältnissen ebenfalls den Rückzug antraten, eilte das dann auf Wagen gesetzte Detachement weiter und erreichte in Stelle das 2. Bataillon seines Regiments.

Vom 11. Grenadier-Regimente ging das 1. Bataillon auf der Straße nach Buxtehude vor, um in der Richtung gegen die 5½ Meilen entfernte Festung Stade (welche, so viel man in Erfahrung gebracht hatte, nur eine schwache Besatzung haben sollte), eine Stunde von Harburg in der Höhe des Vorwerks Heimfeld eine Vorpostenstellung zu beziehen. Das 2. Bataillon des nämlichen Regiments und die 3. Eskadron 5. Dragoner-Regiments rückten südwärts auf Vorposten, um hinter dem Sewe-Flüßchen auf der Linie Fliestedt-Glüsingen-Hörsten gegen Lüneburg zu beobachten, während das Füsilierbataillon rückwärts in enge Quartiere verlegt wurde. Die Vorposten hatten den Befehl, keine fremden Truppen passieren zu lassen, den hannoverschen gegenüber aber nur dann von den Waffen Gebrauch zu machen, falls die letzteren es zuvor selbst gethan.

Vom Gros des Manteuffelschen Corps folgten an diesem Tage noch der Avantgarde auf das hannoversche Ufer das 36. Füsilier-Regiment und die 2. Eskadron 5. Dragoner-Regiments. Die übrigen Truppen verblieben dagegen jenseits des Stromes; ebenso das Hauptquartier in Altona.

Während hier die preußische Avantgarde die Elbe überschritt, erging aus der hannoverschen Hauptstadt der Nachmittags 1½ Uhr seinen Bestimmungsort erreichende Befehl an den Kommandanten der Festung Stade, den Einmarsch des Gegners in das Bremische zu verhindern. Die Garnison wurde sofort allarmiert und von dem 4. Infanterie-Regimente die folgenden Detachements unter Zuteilung einiger Geschütze der Übungsbatterie entsendet. Eine Compagnie und 2 Geschütze gingen auf der Straße Buxtehude-Harburg nach Agathenburg (über eine Stunde entfernt) vor. Ferner wurden 1 Compagnie und 2 Geschütze nach Brunshausen, sowie 1 Compagnie nach Twielenfleth dirigiert, um an dem dortigen, 1¼ Stunden von Stade entfernten Elbufer eine preußische Landung zu verhindern. Da aber bereits um 3 Uhr

nachmittags der telegraphische Befehl eintraf, welcher das Infanterie-Regiment und die bespannte Batterie zum schleunigen Ausmarsche nach dem Süden berief, wurden die oben erwähnten Detachements alsbald wieder eingezogen, ohne preußische Truppen wahrgenommen zu haben. —

Während bei Harburg die Avantgarde des Manteuffelschen Corps die Landesgrenze überschritt, war der größere Teil der hannoverschen Armee zur Konzentrierung bei der Hauptstadt in Bewegung, um daselbst dem Einmarsche der von Minden erwarteten preußischen 13. Division Widerstand zu leisten. Die preußische Sommation befand sich bereits im Besitze der hannoverschen Regierung und erforderte eine schleunige Beschlußfassung. Obschon die Gefahr in die unmittelbarste Nähe gerückt und an Preußens Energie nicht mehr gezweifelt werden durfte, während Hannover den gleich einer zerstörenden Lawine sich nähernden Ereignissen unvorbereitet gegenüberstand und auch eine nahe Hilfe seiner deutschen Bundesgenossen nicht zu erhoffen war, blieb dennoch König Georg unbeugsam und verschloß sich jeder Verständigung mit dem mächtigen Nachbarstaate. Daß mit der Ablehnung der preußischen Sommation der Kriegsfall gegeben war, darüber konnten die Ausführungen und Vorbereitungen des Berliner Kabinetts nicht mehr in Zweifel lassen. Die Zeit der diplomatischen Schachzüge war vorüber; es galt zu handeln. In dieser kritischen Lage fanden alsbald nach der oben geschilderten Audienz des preußischen Gesandten unter dem Vorsitze des Königs in Herrenhausen Beratungen statt, zu welchem die Minister und die Spitzen der Armee befohlen wurden.

Hinsichtlich der Beschlußfassung über die preußische Sommation erklärte der König, daß er, auf dem Bundesstandpunkte verharrend, jene Forderungen für unannehmbar erachten müsse, da sie mit den Bestimmungen der Bundesverfassung sowohl wie mit der verfassungsmäßigen Selbständigkeit Hannovers im Widerspruche sich befänden. Die sämtlichen Minister traten dieser Auffassung bei und stimmten für die Ablehnung der preußischen Sommation. Auch Bacmeister schloß sich diesem Votum an, obwohl er demnächst sein Entlassungsgesuch einreichte, da er sich die verhängnisvollen Folgen jener Politik nicht verhehlte.

War mit der Ablehnung der preußischen Sommation der Kriegsfall gegeben, so drängte nunmehr die Situation gebieterisch zu dementsprechenden Maßregeln. Hatte bisher der Plan bestanden, den größeren Teil der hannoverschen Armee bei der Hauptstadt zu konzentrieren, um hier gegen den von Minden erwarteten Feind Widerstand zu leisten und eventuell über Verden gegen Stade sich zurückzuziehen, so mußten sich jetzt, wo die Avantgarde des Manteuffelschen Corps die Elbe überschritt, gegen die Ausführung dieser Absicht ernstliche Bedenken geltend machen. Die im nordöstlichen Teile des Königreiches noch zurückgebliebene 3. Infanterie-Brigade (4 Bataillone und 1 Batterie) war keine der Aufgabe gewachsene Streitmacht, um das aus Holstein die Elbe überschreitende Manteuffelsche Corps in Schach zu halten. Nahm die hannoversche Armee von der Hauptstadt ihren Rückzug über Verden gegen Stade, so führte sie derselbe dem aus nordöstlicher Richtung anrückenden Manteuffelschen Corps entgegen, welches in der Lage war, sowohl Stade wie Bremervörde, als den Schlüsselpunkt zu der bekannten Position von 1757, früher zu erreichen, als jene. Aus südlicher Richtung durch die von Minden angerückte preußische 13. Division verfolgt, würde sich die hannoversche Armee gegenüber diesen feindlichen Gruppen binnen kurzem vor die unausweichliche Entscheidung durch die Waffen gestellt gesehen haben, ohne daß es ihr möglich war, sich unter dem Schutze der für sie in Aussicht genommenen festen Stellung zu konzentrieren. Ebenso wenig vermochten sich aber die hannoverschen Truppen in ihrer Sammelstellung bei der Hauptstadt länger zu behaupten, da sie, westwärts durch die 13. Division und aus nordöstlicher Richtung durch das Manteuffelsche Corps bedroht, hier Gefahr liefen, mit der fortschreitenden Annäherung beider, ihr weithin überlegener Gruppen zwischen zwei Feuer zu geraten. Zwar würde der bei der Hauptstadt versammelten Armee in diesem Falle der Vorteil der inneren Linien erwachsen sein, welcher sie in die Lage gesetzt hätte, gegen die nur zwei Tagemärsche entfernte preußische 13. Division einen nachhaltigen Schlag zu führen, um sich dann dem Manteuffelschen Corps entgegenzuwerfen, das von Harburg bis Hannover einen Raum von beiläufig 19 Meilen zu durchmessen hatte und hierbei, wie sich mit der gelungenen Zurückziehung des Eisenbahntransportmaterials die Verhältnisse gestaltet, auf den Landmarsch angewiesen war. Hierzu gehörte

jedoch in erster Linie eine schlagfertige Armee, über welche Hannover bei Ausbruch des Kampfes nicht verfügte. Ein längeres Ausharren der Armee bei der Hauptstadt gestaltete sich somit zur Unmöglichkeit, wenn man nicht dem sicheren Geschicke eines Vernichtungskampfes oder der Kapitulation verfallen wollte. Dem aus jenen zwei Richtungen seine Wirkung äußernden Drucke des Gegners sich zu entziehen, mußte also die Armee zunächst entweder nördlich oder südlich ausweichen, so daß sich verschiedene Perspektiven für sie erschlossen.

In dem vom Könige berufenen Konseil divergierten die Anschauungen der Anwesenden. Der blinde Monarch sprach sich persönlich für die Konzentrierung der Armee bei Göttingen aus. Auch der Minister Graf Platen vertrat die nämliche Ansicht und drängte lebhaft zu einer Beschlußfassung in diesem Sinne. Dagegen konnte sich der Generalstabs-Chef, General-Lieutenant v. Sichart, mit jenem Projekte nicht befreunden. Inmitten dieser Diskussion entsann sich der König, daß der Hauptmann vom Generalstabe Grumbrecht, welcher den Kronprinzen in militärischen Fächern Unterricht erteilte, in Herrenhausen anwesend war und ließ ihn sofort in die Versammlung entbieten, um das Urteil eines durch die bisherigen Verhandlungen nicht tangierten Unbefangenen zu vernehmen. Jenem Befehle Folge leistend, erschien der genannte Offizier in der Versammlung und wurde hier von dem Könige durch die Aufforderung überrascht, seine Meinung über die unter den gegebenen Umständen zu treffenden Maßregeln zu äußern. Hauptmann Grumbrecht gab dem Könige zu bedenken, daß er, vollkommen unvorbereitet vor diese wichtige Frage gestellt, sich nicht in der Lage befände, ein Urteil abzugeben. Als aber der Monarch dessenungeachtet bei seiner Aufforderung beharrte, sprach sich Grumbrecht, indem er seine Ansicht als eine durchaus unmaßgebliche bezeichnete, dahin aus, daß ihm die Konzentrierung der Armee im Göttingenschen als eine vorteilhafte Maßregel erscheine. Diese Erklärung gab den definitiven Ausschlag. Der König, schon ursprünglich dafür eingenommen, erhob diesen Plan zum Beschlusse, und so wurde gegen 1 Uhr nachmittags die Versammlung der Armee bei Göttingen angeordnet.

Der König war hierbei zugleich der Hoffnung, die kurhessischen und braunschweigischen Truppen mit seiner Armee sich vereinigen zu sehen. In Verbindung damit wurde der Kurfürst von Hessen sowohl wie der

Herzog von Braunschweig durch königliche Handschreiben zu einer gemeinsamen Thätigkeit in jenem Sinne eingeladen. Noch in der Nacht zum 16. Juni verließen die mit der Überbringung jener Schreiben beauftragten Sendboten die Hauptstadt. Der Adjutant des Kronprinzen, Rittmeister v. Schnehen, eilte nach Kassel, während der Hauptmann des 6. Infanterie-Regiments Reichard, welcher den Kronprinzen in der Gewehrkunde unterrichtete, alsbald nach Braunschweig abging.

Somit war der Rückzug in das Göttingensche beschlossen, ohne daß man aber bereits zu einem festeren Plan gelangt war, was des weiteren dort geschehen sollte, mochte auch in gewissen, dem österreichischen Einflusse unterliegenden Kreisen die stille Hoffnung auf eine Vereinigung mit den Süddeutschen genährt werden. Vorerst galt es, die Armee der ihr von zwei Seiten drohenden feindlichen Umklammerung zu entziehen und sie zu konzentrieren. Ebenso wenig wie ein die Vereinigung mit den kurhessischen und braunschweigischen Truppen bezweckendes Übereinkommen bestand, war man über die von dem süddeutschen Heere zu erwartende Thätigkeit unterrichtet. Die militärische Situation, wie sie sich unter solchen Umständen hinsichtlich Hannovers Verhältnis zu seinen Bundesgenossen gestaltete, war daher eine vollkommen unklare und die Konzentrierung der Armee bei Göttingen ein hazardierender Schachzug ohne bestimmten Hintergrund.

Dem bereits auf Seite 173 rc. besprochenen Rückzuge nach Ostfriesland dürfte auch jetzt noch der Vorzug zu geben gewesen sein, um dort, den Rücken an das neutrale Holland gelehnt, vorläufig der Weiterentwickelung der Situation zu harren in der Hoffnung auf die Einflußnahme der Offensive der süddeutschen Alliierten. Da die Konzentrierung des größeren Teils der Armee in der Richtung auf die Hauptstadt ohnehin bereits eingeleitet war, unterlag es keinen erheblichen Schwierigkeiten, dieselbe nach Nienburg, als den für den Abmarsch nach der Ems in Aussicht zu nehmenden Sammelplatz, zu verlegen. Während ein stärkeres Detachement*)

*) Dasselbe konnte sowohl aus Truppenteilen der bei Nienburg konzentrierten Brigade, wie auch von der Garnison Hannover gebildet werden, zu deren schleuniger Heranziehung die Eisenbahn bis Wunstorf zur Verfügung stand. Die Artillerie für das Detachement würde in den zwei reitenden Batterien zu suchen gewesen sein, von denen die eine nach Nienburg abgegangen, die andere dagegen in Wunstorf zurückgeblieben war.

zu dem auf Seite 175 erörterten Zwecke auf der Straße nach Minden bis zur Grenze vorgeschoben wurde und damit zugleich indirekt den Eisenbahnknotenpunkt Wunstorf deckte, konnten die nach Burgdorf im Marsche begriffenen Bataillone der 2. Infanterie-Brigade, welche sich mehr oder minder in der Nähe der nach der Hauptstadt führenden Schienenwege befanden, binnen kurzem per Bahn über Hannover nach Nienburg herangezogen werden. Die nämliche Gelegenheit bot sich für das von Lüneburg gegen Harburg ausmarschierte 5. Infanterie-Regiment. Würde für das seit dem 15. vormittags bereits von Lüneburg nach der Hauptstadt aufgebrochene Husaren-Regiment Königin zur Beschleunigung der Konzentrierung gleichfalls der Eisenbahntransport in Aussicht zu nehmen gewesen sein, so konnte dagegen das damals noch in Celle befindliche Dragoner-Regiment Herzog von Cambridge mittelst Landmarsches über Rethem und Hoya nach dem Sammelplatze der Armee dirigiert werden. Das 4. Infanterie-Regiment und die Artillerie in Stade würden, wie es demnächst auch geschah, zunächst im Fußmarsche nach der Station Stubben an der Eisenbahnlinie Bremerhafen-Hannover zu instradieren gewesen sein, um hier ihre Einschiffung nach Nienburg zu bewerkstelligen. Für das von Northeim heranzuziehende Gardekürassier-Regiment wäre gleichfalls, mindestens bis Hannover, der Eisenbahntransport zu wählen gewesen. Das schon ursprünglich auf Nienburg marschierende Dragoner-Regiment Kronprinz hätte alsbald wieder die Bewegung in dieser Direktion aufgenommen. Die in und bei der Hauptstadt vereinigten Streitkräfte konnten je nach Umständen per Bahn oder als Nachhut der Armee im Fußmarsch nach dem sechs Meilen entfernten Nienburg abrücken, während die in den Garnisonen verbliebenen Depots der bereits ausmarschierten Truppen, gleichwie es in der Folge geschah, auf dem kürzesten Wege sich zu retten suchen mußten. Es unterliegt wohl kaum einem Zweifel, daß die Armee auf diese Weise aus ihrer am 15. Juni Platz greifenden Dislokation binnen 48 Stunden in der Gegend von Nienburg versammelt gewesen sein würde. Mittlerweile konnte von den in der Hauptstadt lagernden Vorräten an Kriegsmaterial so viel als nur immerhin möglich nach Nienburg gerettet werden, wozu auch der dahin führende Schienenweg zur Verfügung stand, insolange nicht der Knotenpunkt Wunstorf ernstlich durch den Feind gefährdet erschien. Würden Handwaffen und sonstige Ausrüstungsgegenstände, sowie

teilweise auch Munition auf den Eisenbahntransport zu verweisen gewesen sein, so konnte dagegen das Geschütz, die gefüllten Munitionswagen und das sonstige Armeefuhrwerk mittelst Vorspanns auf der Straße über Neustadt am Rübenberge Beförderung finden, im Notfalle teilweise aber auch über Hudemühlen, Rethem und Hoya instradiert werden. Wollte man zur Beschleunigung der Beförderung von Kriegsmaterial den Hannover und Nienburg verbindenden Schienenweg von den Transporten der aus dem Süden und Osten kommenden Truppen entlasten, so debarkierten die letzteren in der Hauptstadt, um im Landmarsche nach Nienburg weiterzugehen. Da die zunächst von Minden zu erwartenden preußischen Truppen, selbst wenn sie keinen Widerstand fanden, zweier Marschtage bis zur hannoverschen Hauptstadt bedurften, so würde bis zu ihrem Eintreffen in der Residenz ein immerhin beträchtliches Material nach Nienburg zu retten gewesen sein, mindestens in dem gleichen Umfange, wie es später nach Göttingen der Fall sein sollte.

Auch die Aufstellung des Detachements bei Rheine, welche wir (s. S. 181) für den Rückzug nach Ostfriesland in Aussicht nahmen, konnte unter den gegebenen Verhältnissen, wenn auch in beschränktem Maße erfolgen, da die in Osnabrück zurückgebliebenen Depots des 7. Infanterie-Regiments und des Dragoner-Regiments Kronprinz hierzu verfügbar waren *). Unter dessen Schutze würde die schon betreffenden Orts besprochene Zerstörung der dortigen Schienenwege stattgefunden haben. Pioniere, auf Wagen gesetzt und mit entsprechendem Pulvervorrate ausgerüstet, wären nach der Ems vorausgeeilt, um die weiteren Zerstörungsarbeiten und Verteidigungsvorbereitungen in Angriff zu nehmen. Bei raschem Handeln war selbst die Möglichkeit nicht ausgeschlossen, mit Hilfe der kommerziellen Verbindungen des ostfriesischen Handelstandes Munitionsbedarf, wenigstens Pulver und Blei, mittelst Eisenbahn aus Holland zu beziehen, bevor die Grenze für Kriegskontrebande gesperrt wurde.

---

*) Das Depot des ersteren Regiments hatte eine Stärke von 3 Offizieren und 371 Mann, worunter 100 ältere Leute; jenes von Kronprinz-Dragoner bestand unter 1 Offizier aus 55 Mann und 75 königlichen Dienstpferden mit Einschluß der Remonten. Das Wachdetachement in Emden (s. S. 160) hatte damals wegen vieler Typhuserkrankungen nur einen dienstthuenden Stand von 2 Offizieren und 40 Mann.

Daß der Rückzug der hannoverschen Armee von der Weser nach der Ems selbst unter den aus der Lage am 15. Juni resultierenden Verhältnissen gelungen sein dürfte, blieb zu erhoffen, wenn wir die hierfür maßgebenden Umstände, welche bereits auf Seite 176 ꝛc. zur Erörterung gelangten, inbetracht ziehen. Daß die Hannoveraner vorläufig wenigstens an der Ems und in der schon betreffenden Orts (s. S. 184) besprochenen Position des Reider-Landes sich behauptet hätten, ist insofern nicht unwahrscheinlich, als es sehr fraglich war, ob angesichts der strategischen Situation in Westdeutschland die an der Weser vereinigte preußische Streitmacht in ihrer Gesamtheit sofort dahin gefolgt sein würde. Brachte aber Preußen zunächst überlegene Streitkräfte an der Ems nicht zur Entwickelung, so durfte man hoffen, die hannoversche Armee sich dort behaupten zu sehen, bis die Offensive des süddeutschen Heeres ihren Einfluß auf das westdeutsche Kriegstheater zu äußern begann. Ein alsbaldiges Aushungern der Hannoveraner in der Stellung des Reider-Landes, auch wenn sie sich schon demnächst nach ihrer Ankunft an der Ems dahin zurückziehen mußten und durch den Gegner cerniert wurden, war insofern weniger zu befürchten, als binnen kurzem aus Holland zu Wasser und zu Lande auf Wochen genügende Lebensmittel bezogen und jedenfalls in hinlänglichem Maße aufgespeichert werden konnten, bevor vielleicht die zweifelhafte Frage zur Erörterung gelangte, ob auch dergleichen Zufuhren dem Begriffe der Kriegskontrebande zu subsumieren und daher von den Niederlanden zu verbieten seien. Unter Umständen konnte jene günstige Stellung selbst bei einer allenfallsigen Wiederaufnahme der Verhandlungen mit Preußen von förderlichem Einflusse sein, daß das Berliner Kabinett Hannover innerhalb der Grenzen des Bundesreform-Vorschlages vom 14. Juni politische Zugeständnisse in der Form von Reservatrechten machte. Welcher Ausgang aber auch dem Rückzuge nach der Ems beschieden sein mochte, so stand doch der hannoverschen Armee, mußte sie früher oder später dem Drucke feindlicher Übermacht weichen, der Übertritt nach Holland offen, wo sie unter dem Schutze der neutralen Grenze der Entscheidung über das Schicksal ihres Vaterlandes geharrt haben würde.

Indessen blieb dieser eine nähere Würdigung wohl verdienende Plan für Hannovers leitende Kreise außer Betracht, um dagegen endgültig den Rückzug nach Göttingen zum Beschlusse erhoben zu sehen, ohne daß

man sich hierbei aber hinlänglich bewußt gewesen wäre, was dann des ferneren zu thun. —

Nachdem der Beschluß zur Konzentrierung der Armee bei Göttingen gefaßt worden, ergingen alsbald die diesbezüglichen Befehle an die Truppen, welche bekanntlich teilweise schon gegen die Hauptstadt im Anmarsche begriffen waren. Die letzten auf der Eisenbahn von Nienburg in Hannover eintreffenden Züge der dort konzentriert gewesenen Bataillone wurden nach einigem Aufenthalte auf dem Bahnhofe der Hauptstadt direkt nach Göttingen weiter dirigiert. Die Beförderung der übrigen Infanterie, welche meistenteils schon in der Nähe der betreffenden Schienenwege stand, erfolgte, bis auf geringe Ausnahmen, ebenfalls per Bahn und auch mit einigen Batterieen war dies der Fall, während die Reiterei und der größere Teil der ausrückenden Artillerie auf den Landmarsch angewiesen blieben. Indem wir uns hier vorläufig auf diese allgemeinen Angaben beschränken, wird eine nähere Darstellung jener Truppenbewegungen weiter unten folgen.

Nachdem in den ersten Nachmittagsstunden die letzten Truppenzüge von Nienburg passiert, wurden von dem bei Wunstorf stehenden Detachement des General-Majors von dem Knesebeck Nachmittags zunächst die zwei Eskadronen Garde du Corps und demnächst auch das Garde-Jägerbataillon auf der Landstraße nach Hannover in Marsch gesetzt, wo dieselben gegen Mitternacht eintrafen.

Die 2. reitende Batterie marschierte, nachdem sie das in Wunstorf lagernde Material ihrer Abteilung zur Bahn verladen hatte, um 1 Uhr morgens (16. Juni) in der nämlichen Richtung ab, indem sie die vorhandenen vier unbespannten Geschütze durch Vorspann mitführte (s. S. 209).

Demnächst folgte auch das Leib-Regiment im Landmarsche und langte, von einem starken Regen völlig durchnäßt, gegen 8 Uhr morgens in der Hauptstadt an.

Der von Hannover ostwärts nach Braunschweig-Magdeburg führende Schienenweg wurde in der Nacht zum 16. an der Landesgrenze bei Peine durch Pioniere zerstört.

Einer feldmäßigen Ausrüstung ermangelnd, sah sich die hannoversche Armee somit plötzlich zum Ausmarsche in das Feld berufen. Mit dem

raschen Abzuge nach Göttingen gingen ihr die Hilfsquellen der nördlichen Provinzen, welche den überwiegenden Teil des Königreichs bildeten, verloren. Alle Illusionen, denen sich die leitenden Kreise noch am vorhergehenden Tage wegen Durchführung der Mobilmachung hingeben zu können gemeint hatten, waren von der rauhen Wirklichkeit zerstört. Wenn unter den gegebenen Umständen der Rückzug nach dem Süden ein sich überstürzender wurde, so darf dies bei der gebotenen Eile und den unfertigen Verhältnissen nicht überraschen. Daß trotzdem aber die Konzentrierung der Armee bei Göttingen gelang, war dem freudigen und opfermütigen Zusammenwirken aller beteiligten Faktoren zu danken.

Die Hauptstadt Hannover durchwogte unterdessen eine sich immer lebhafter gestaltende Bewegung, welche durch die sichtbaren Anstalten zum Rückzuge der Truppen nach Göttingen fortgesetzt neue Nahrung erhielt und sich steigerte. Mochte auch die Bürgerschaft Hannovers in ihrer Mehrzahl keine Sympathieen für Preußen besitzen, so machte sich doch das dumpfe Gefühl einer nahenden Katastrophe geltend und in weiten Kreisen fand der lebhafte Wunsch Wiederhall, dem Lande die Heimsuchung durch einem Krieg erspart zu sehen.

Unterdessen harrte der preußische Gesandte der definitiven Antwort auf die am Vormittage überreichte Sommation. Da er bis 8 Uhr abends noch nicht in deren Besitz gelangt war, begab er sich in die Wohnung des Grafen Platen. Der Minister eröffnete hier dem Prinzen, daß er die Antwort noch vor Mitternacht erhalten könnte; indessen habe er vorläufig im Auftrage des Königs die Bitte an ihn zu richten, heute Abend um 10 Uhr bei Sr. Majestät in Herrenhausen zu sein, um von dort mit einem gleichzeitig bereit stehenden Extrazuge nach Berlin zu fahren und dem Könige Wilhelm dasjenige zu melden, was König Georg dem Gesandten für ihn auftragen werde. Prinz Ysenburg entgegnete, daß er nicht nach Berlin reisen würde, da es zu seiner weiteren Vermittelung in dieser ihrem Ausgange so nahen Frage bereits viel zu spät sei; ebenso wenig würde er nochmals zum Könige nach Herrenhausen hinausfahren, denn er bedürfe von dessen Seite auf den überreichten Bündnisvorschlag nur noch eines einfachen Ja oder Nein. Der Prinz stellte es aber dem Ermessen des Königs anheim, was er bereits am Morgen angeraten hatte, selbst nach Berlin zu reisen, um sich mit dem Könige von Preußen über den Bündnisvorschlag persönlich zu verständigen.

Mit diesem negativen Resultate verließ der preußische Gesandte die Wohnung des Ministers.

Die Mitternachtsstunde war nicht mehr ferne und noch sah der Prinz Ysenburg der definitiven Antwort auf die Sommation entgegen. Da, um ¾12 Uhr nachts, erschien Graf Platen selbst im Hause des preußischen Gesandten, kam aber nicht in dessen Zimmer, sondern ließ ihn auf die Treppe hinaus bitten. Allem Anscheine nach sehr beeilt, erklärte der Minister dem Prinzen Ysenburg, daß er ihm noch nichts Schriftliches auf die Sommation bringe, sondern nur die einfache, mündliche Antwort, daß König Georg den preußischen Bündnisvorschlag nicht annehmen könne. Nach diesen Worten wollte Graf Platen schleunigst die Treppe wieder hinuntereilen, als der Prinz ihn zurückhielt und die Frage an ihn stellte, ob dies in der That sein und seines Königs letztes Wort für den König von Preußen sei. Der Minister bejahte dies und war wieder im Begriffe, sich eiligst zu entfernen, als der Gesandte ihm eröffnete, daß er auf dieses „Nein" des Königs Georg beauftragt sei, hiermit im Namen seines allergnädigsten Königs und Herrn, Seiner Majestät des Königs Wilhelm von Preußen, Seiner Hannoverschen Majestät den Krieg zu erklären, womit natürlich seine diplomatischen Beziehungen zur Krone Hannover abgebrochen wären. Graf Platen richtete die Bitte an den Prinzen, mit der telegraphischen Absendung der Meldung nach Berlin über die erfolgte Kriegserklärung noch ein halbes Stündchen zu warten, da er noch einmal seinen König sprechen und die nunmehr wirklich erfolgte Kriegserklärung ihm anzeigen müsse. Mit diesen Worten eilte der Minister die Treppe hinunter und verließ das Haus des Gesandten.

Prinz Ysenburg wartete mit der Absendung des chiffrierten Telegramms, welches Hannovers ablehnende Antwort und die ausgesprochene Kriegserklärung nach Berlin melden sollte, bis kurz nach Mitternacht. Da er jedoch kein Lebenszeichen vom Grafen Platen erhielt, brachte er die Depesche nunmehr zum Abgange*).

---

*) Wenn Meding in seinen „Memoiren", Bd. II, S. 126, unter Bezugnahme auf die Mitteilungen des Grafen Platen erzählt, daß die Kriegserklärung in der Wohnung des letzteren stattfand, zu welchem der Prinz Ysenburg sich begeben hatte, so ist dies unrichtig und offenbar eine Verwechselung mit dem um 8 Uhr abends erfolgten Besuche des Gesandten. Ebenso wenig zutreffend ist es,

Als jene letzte Verhandlung bei dem Prinzen Ysenburg stattfand, hatte die Antwortsnote auf die preußische Sommation noch nicht die Bestätigung des Königs Georg erhalten. Der Regierungsrat Meding war mit deren Entwurf beauftragt worden und nach dessen Genehmigung durch den Grafen Platen mit dem Konzepte gegen Mitternacht nach Herrenhausen gefahren, um dasselbe dem Könige zu unterbreiten. Er fand den blinden Monarchen, von seiner Familie umgeben, am Theetische. Da derselbe bei der Bedeutung dieses Schriftstückes auch das Urteil der Seinigen darüber zu vernehmen wünschte, befahl er dem Regierungsrat Meding, den Entwurf in Gegenwart der Anwesenden vorzulesen. Nachdem dies langsam geschehen war, erklärten sowohl die Königin, wie der Kronprinz und die beiden Prinzessinnen ihr Einverständnis mit dem Wortlaute der Note. Der König sagte nach einigem Besinnen, daß er mit Form und Fassung des Entwurfs gleichfalls einverstanden sei; indessen wünschte er einige Stellen in demselben abgeändert, weil dieselben zu dem Glauben verleiten könnten, daß er noch weiter verhandeln möchte und unter Umständen nicht abgeneigt sei, den preußischen Forderungen mit einigen Modifikationen entgegenzukommen. Er erklärte, fest entschlossen zu sein, von seinen Souveränitätsrechten nicht das mindeste aufzugeben und in dieser Beziehung niemals in die preußischen Forderungen einzuwilligen. Meding mußte daher den Entwurf ein zweites Mal vorlesen und wurden einige Stellen gestrichen oder abgeändert.

Die Note lautete in ihrer definitiven Feststellung und Ausfertigung wie folgt:

„Seiner Durchlaucht
dem Königlich Preußischen außerordentlichen Abgesandten
und bevollmächtigten Minister
Prinzen Gustav zu Ysenburg-Büdingen.

„Der Unterzeichnete hat die Ehre gehabt, die Note Seiner Durchlaucht des Prinzen zu Ysenburg vom heutigen Tage zu empfangen und

---

wenn Meding an der nämlichen Stelle berichtet, daß Graf Platen bei dem der Kriegserklärung vorausgehenden Zwiegespräche die Fortsetzung der Verhandlungen auf Grund einer modifizierten Form der preußischen Forderungen in Aussicht nahm und die Versicherung der unbedingten Neutralität gab. Die letzte Zusammenkunft der beiden Staatsmänner verlief in der obigen Weise, wie sie Prinz Ysenburg in seinem darüber an das Auswärtige Amt in Berlin erstatteten Bericht schildert.

deren Inhalt Seiner Majestät dem Könige, Seinem Allergnädigsten Herrn, zur Kenntniß zu bringen.

„Der in der Sitzung des Bundestages vom 11. d. M. gestellte Antrag ist — wie der Unterzeichnete zunächst zu bemerken sich beehrt — in der Sitzung vom 14. d. M. mit solchen Modificationen angenommen, daß in dem gefaßten Beschluß eine Feindseligkeit gegen Preußen nicht gefunden werden kann.

„Die Königlich Hannoversche Regierung insbesondere hat in ihrer Abstimmung und in deren Begründung, welche der Königlich Preußischen Regierung vollkommen bekannt sind, auf das sorgfältigste den bundesmäßigen Standpunkt strengster Parteilosigkeit festgehalten. Sie hat gegen die Mobilisirung der drei Kaiserlich Österreichischen Armeecorps gestimmt, um dem Bunde seine vollkommen objective Stellung zwischen den beiden streitenden Mächten zu wahren; sie hat ferner demjenigen Theile des Antrages nicht zugestimmt, welcher auf die den Bestimmungen über den Bundeskrieg entnommenen Maßregeln abzielte, und hat endlich die Vermittelung als den Endzweck aller Beschlüsse der Bundesversammlung ausdrücklich festgestellt.

„Sie hat aber freilich auf der anderen Seite die vor den Augen der Welt offen daliegende Thatsache nicht verkennen können, daß die innere Ruhe und Sicherheit des Bundes bedroht sei, und hat sich ebenso wenig der bundesmäßigen Pflicht entziehen können, den zum Schutze dieser Ruhe und Sicherheit erforderlichen Beschlüssen zuzustimmen.

„Wenn die Königlich Hannoversche Regierung hiernach sich bewußt ist, nach genauester Erwägung und gewissenhaftester Prüfung der thatsächlichen und rechtlichen Verhältnisse ihren Pflichten als Mitglied des Deutschen Bundes gemäß gehandelt zu haben; wenn sie zugleich die Anerkennung glaubt beanspruchen zu können, die Wahrung des Bundesrechts mit der bundesfreundlichsten Rücksicht gegen die Königlich Preußische Regierung vereinigt zu haben, so hat der Unterzeichnete um so mehr überrascht sein müssen durch die Bedingungen des Vertrages, welche Seine Durchlaucht der Prinz Ysenburg ihm mitgeteilt hat, und über welche derselbe die Erklärung der Königlichen Regierung verlangt.

„Die erste dieser Bedingungen geht dahin, daß die Königlich Hannoverschen Truppen sofort auf den Friedensstand vom 1. März d. J. zurückgeführt werden.

„Der Unterzeichnete kann in Betreff dieses Punktes nur erklären, daß die Königliche Armee sich durchaus nicht im Kriegszustande befindet. Sie hat nur die jedes Jahr üblichen Exercitien in diesem Jahre früher als sonst vorgenommen, und der Unterzeichnete kann nicht glauben, daß in dieser einfachen Maßregel, bei welcher weder Pferdeankäufe, noch sonst irgendwelche Acte der Mobilisirung vorgenommen sind, eine Feindseligkeit gegen Preußen erblickt werden könne.

„Die Königlich Preußische Regierung ihrerseits aber wird gewiß nicht verkennen, daß die Zurücknahme einer an sich bedeutungslosen Maßregel unter den gegenwärtigen Verhältnissen ein schwerer Schlag für die Ehre der Hannoverschen Armee sein würde, daß Seine Majestät, des Unterzeichneten Allergnädigster Herr, einer solchen Zumuthung sich niemals unterwerfen kann *).

„Die zweite Bedingung verlangt, daß Hannover der Berufung des Deutschen Parlaments zustimme und die Wahlen dazu ausschreibe, sobald es von Preußen geschieht.

„Der Unterzeichnete beehrt sich, in Betreff dieses Punktes darauf hinzuweisen, daß die Vorschläge zur Berufung eines Deutschen Parlaments der Bundesversammlung zur Beschlußfassung vorliegen, und daß die Königlich Hannoversche Regierung, eingedenk ihrer Bundespflicht, eine vom Bunde abgesonderte Behandlung dieser für die ganze Deutsche Nation so hochwichtigen und folgenschweren Angelegenheit nicht für zulässig erachten kann.

„Wenn drittens Preußen dagegen Seiner Majestät dem Könige von Hannover Sein Gebiet und Seine Souveränetätsrechte nach Maßgabe der Reformvorschläge vom 14. d. M. gewährleisten will, so kann der Unterzeichnete in der That in den erwähnten Reformvorschlägen eine Garantie für die Souveränetätsrechte des Königs, Seines Allergnädigsten Herrn, nicht erblicken. Die Reformvorschläge vom 14. d. M. greifen so tief und so wesentlich gerade in die Souveränetätsrechte

---

*) Ursprünglich lautete dieser Passus im Entwurfe: „. . . . und Seine Majestät der König von Preußen wird gewiß Seiner Majestät, des Unterzeichneten Allergnädigsten Herrn, einen solchen Schlag gegen Seine eigene Armee zu führen, nicht zumuthen wollen.“

ein, daß sie einen einer Mediatisirung gleichen Erfolg besorgen lassen *).

„Wenn hiernach der Unterzeichnete sich in der Lage erklären muß, die von Seiner Durchlaucht dem Prinzen zu Ysenburg Namens der Königlich Preußischen Regierung ihm mitgetheilten Vertragsbedingungen abzulehnen, so kann er dabei nur auf das entschiedenste wiederholen, daß die Königlich Hannoversche Regierung sich bewußt ist, auf dem Boden des unanfechtbaren garantierten Bundesrechts zu stehen, und daß das Festhalten an diesem Rechte nach ihrer Ansicht der Königlich Preußischen Regierung keine Veranlassung bieten könne, das Königreich Hannover als im Kriegszustand mit Preußen zu betrachten.

„Die Königlich Hannoversche Regierung hält unabänderlich daran fest, daß das Bundesrecht den Krieg zwischen Bundesgliedern verbiete, und sie wird daher keine kriegerische Maßregel gegen die ihr verbündete Königlich Preußische Regierung vornehmen, so lange ihre Grenzen nicht angegriffen werden. Zu einem solchen Angriff aber kann die Königlich Hannoversche Regierung auch bei der gegenwärtigen Spannung der Verhältnisse in Deutschland weder einen Rechtsgrund, noch selbst eine politische Veranlassung finden, und mag auch jetzt der Hoffnung nicht entsagen, ihre bundesfreundliche Gesinnung und deren stets erfolgte Bethätigung von der Königlich Preußischen Regierung anerkannt und das bisherige für beide Regierungen wertvolle nachbarliche Verhältniß erhalten zu sehen.

„Indem der Unterzeichnete Seine Durchlaucht den Prinzen zu Ysenburg ersucht, die vorstehenden Erklärungen zur Kenntniß Seiner allerhöchsten Regierung zu bringen, benutzt er mit Vergnügen auch diesen Anlaß, um Seine Durchlaucht seiner ausgezeichnetsten Hochachtung zu versichern.

„Hannover, den 15. Juni 1866.

Platen-Hallermund.“

---

*) Der obige Passus enthielt ursprünglich noch die folgende, aber gestrichene Stelle: „. . . . und jedenfalls nicht in der von der Königlich Preußischen Regierung gestellten Frist in eine der Wichtigkeit des Gegenstandes angemessene Erwägung gezogen werden könne.“

Es war 9 Minuten vor 1 Uhr nachts (16. Juni), als der König auf dem Schreibtische der Königin den Entwurf der vorstehenden Note in margine unterzeichnete. Auf seinen ausdrücklichen Befehl mußte Meding unter der königlichen Namensunterschrift genau die Stunde ihres Vollzugs angeben.

Der König hatte sich entschlossen, mit dem Kronprinzen der Armee nach Göttingen zu folgen; die Königin und die beiden Prinzessinnen sollten dagegen in der Hauptstadt zurückbleiben, um durch ihre Anwesenheit den Mut und das Vertrauen der Bürgerschaft zu erhalten.

Indem der König für seine Abreise noch die nötigen Anordnungen traf, befahl er zugleich dem Regierungsrat Meding, unverzüglich nach der Hauptstadt zurückzukehren, um dem Grafen Platen und dem Kriegsminister sowohl wie dem General-Adjutanten General v. Tschirschnitz mitzuteilen, daß er dieselben zu seiner auf 4 Uhr morgens anberaumten Abreise, welcher auch Meding sich anschließen sollte, auf dem Bahnhofe in Hannover erwarte*).

Unterdessen befand sich die Hauptstadt in fieberhafter Aufregung und Bestürzung. Um 10 Uhr nachts versammelte sich die Stadtvertretung und es wurde die Entsendung einer Deputation des Magistrats und der Bürgervorsteher nach Herrenhausen beschlossen, um dem Könige die dringende Bitte vorzutragen, durch eine Verständigung mit Preußen dem Lande die Segnungen des Friedens zu erhalten. Noch in jener verhängnisvollen Nacht zum 16. Juni begab sich die Deputation zu Wagen nach Herrenhausen und wurde vom Könige empfangen, nachdem er den Regierungsrat Meding entlassen hatte. Als der Führer der Deputation, der Stadtdirektor Rasch, dem Monarchen die Wünsche der Bürgerschaft vorgetragen, erwiderte der König mit fester Stimme in längerer Rede, daß seine Politik nur dem Bundesrechte gelte und daß er nur in diesem Sinne zu dem Bundesbeschlusse vom 14. Juni seine Zustimmung in einer Preußen nicht feindseligen Form erteilt habe. Die von dieser Macht gestellten Bedingungen bezeichnete er als eine Mediatisierung und als Forderungen, welche mit des Königs Ehre und Pflicht unvereinbar. In der Überzeugung, daß jeder Hannoveraner seinen letzten

*) Verfasser folgte bei obiger Schilderung Medings „Memoiren“, Bd. II, S. 115 ꝛc.

Blutstropfen vergießen werde, sei es ihm nicht möglich, Maßregeln anzuordnen, welche das Land vor feindlicher Occupation bewahrten. Da die Hauptstadt gegen die überlegene Macht des Feindes nicht zu schützen sei, würden die Truppen in den südlichen Provinzen konzentriert, wo er sich halten zu können hoffe. Indem er noch an die oft erprobte Treue der Hannoveraner erinnerte, schloß der König seine Rede mit der Erklärung, als Christ, Monarch und Welf nicht anders handeln zu können. Damit war die Deputation entlassen.

Während die Armee in voller Bewegung nach dem Süden begriffen war, reiste der König mit dem Kronprinzen zu der festgesetzten Stunde am 16. Juni 4 Uhr morgens mittelst eines Extrazuges von Hannover nach Göttingen ab. Seine Residenz wieder zu betreten, sollte ihm nicht vergönnt sein; er schied für immer von derselben.

Vor seiner Abreise unterzeichnete der König noch die folgende Proklamation:

„An Magistrat und Bürgervorsteher und Bürger Meiner geliebten Residenzstadt Hannover!

„Im Begriffe, mit dem theuren Kronprinzen Mich zu Meiner Armee in dem südlichen Theile Meines Königreichs zu begeben, lasse Ich Meine theure Königin und Meine geliebten Töchter zu Herrenhausen Eurer bewährten Treue und Anhänglichkeit zurück.

„Herrenhausen, den 16. Juni 1866.

Georg Rex."

Außer dem Grafen Platen und dem Kriegsminister, welche ihrem Monarchen nach Göttingen folgten, blieben die übrigen Mitglieder des Kabinetts, von denen Bacmeister bereits seine Demission eingereicht hatte, in der Hauptstadt zurück, ohne daß jedoch zunächst wegen der schleunigen Abreise des Königs deren Vollmachten eine definitive Regelung finden konnten.

Der Landtag wurde am 16. Juni vertagt, nachdem der Abgeordnete v. Bennigsen seinen Antrag auf Entlassung der Minister und die Neutralität Hannovers zurückgezogen hatte. Trennte sich die erste Kammer unter einem auf den König ausgebrachten Hoch, so ging dagegen die zweite schweigend auseinander.

Die Antwortsnote auf die preußische Sommation wurde erst von Göttingen aus an den Prinzen Ysenburg übermittelt und am 17. Juni gegen Mittag ihm überbracht. Da nach der bereits ergangenen Kriegserklärung die Beziehungen zwischen Preußen und Hannover abgebrochen waren, remittierte der Prinz sofort die Note ungelesen gegen Postschein an den in Göttingen weilenden Grafen Platen. Kurz darauf verließ der preußische Gesandte auf der Bremischen Eisenbahn die hannoversche Hauptstadt, um sich nach Oldenburg zu begeben.

Auch Sachsen und Kurhessen beantworteten die gleichzeitig an sie gerichtete preußische Sommation im ablehnenden Sinne. Während Sachsen bereits vollständig gerüstet, befanden sich dagegen die kurhessischen Truppen noch auf vollem Friedensfuße. Nach erfolgter Kriegserklärung setzten sich die gegen jene beiden Länder in Bereitschaft stehenden preußischen Truppen in Bewegung. Die sächsische Armee trat demzufolge am 16. Juni den Rückzug nach Böhmen an, um sich mit dem österreichischen Heere zu vereinigen; die kurhessischen Truppen konzentrierten sich eiligst gegen den unteren Main.

Gegen Hannover brach am 16. Juni die bei Minden konzentrierte 13. Division auf, während das Manteuffelsche Corps bei Harburg seinen Elbübergang beendete, worauf wir in der Folge des näheren zurückkommen werden.

Indem Preußen durch die identische Note vom 16. Juni die übrigen norddeutschen Staaten zur Bildung einer neuen Union aufforderte, war die am nämlichen Tage in Frankfurt stattfindende Bundestags-Sitzung der Beschlußfassung weiterer Maßregeln gegenüber den seitherigen Vorgängen gewidmet. Nachdem Preußens Austritt als ungültig erklärt, wurde auf Antrag des Königreichs Sachsen, welches die in der vorangegangenen Nacht erfolgte Überschreitung seiner Landesgrenzen durch preußische Truppen meldete, der Beschluß gefaßt, auf Grund der Artikel XVIII. und XIX. der Wiener Schlußakte die geeigneten Maßregeln zu treffen, daß der durch Preußens Vorgehen vorhandenen Störung Einhalt gethan werde, insbesondere aber Österreich und Bayern zu ersuchen, die von jenem Staate ergriffenen Maßregeln nötigenfalls mit Gewalt zurückzuweisen und zu einem solchen Vorgehen unverzüglich das Nötige vorzukehren. Ein bejahendes Votum zu diesem Beschlusse gaben Österreich, Bayern, Königreich Sachsen, Hannover, Württemberg, Baden,

Kurhessen, Hessen-Darmstadt, Meiningen, Nassau und Frankfurt. Der Gesandte der 16. Kurie (Liechtenstein, Reuß, beide Lippe und Waldeck) erklärte, ohne Instruktion zu sein, sah aber die Zustimmung als eine Konsequenz der bundesgesetzlichen Bestimmungen an.

Der Hannover vertretende substituierte Gesandte gab seine Erklärung dahin ab, zwar nicht mit Instruktion versehen zu sein, aber angesichts des vorliegenden Bundesbruches und der bekannten bundesgetreuen Gesinnung seiner Regierung für den Beitritt zu jenem Antrag sich als verpflichtet zu erachten.

Die Würfel waren gefallen, das Verhängnis schritt einher. Aus der schwülen Atmosphäre diplomatischer Intrigue trat die deutsche Frage auf das Blachfeld, um durch die Waffen entschieden zu werden.

Hannover sah dieser entscheidende Moment in den Reihen von Preußens Gegnern. Obwohl ein Rückblick auf die Geschichte des Landes und eine Würdigung seiner geographischen Lage den Staatsmann belehren mußte, daß Hannover, in der Machtsphäre jenes Nachbarreiches gelegen, auf die Anlehnung an dasselbe hingewiesen war, entschlugen sich der König Georg und seine Ratgeber auch jetzt noch allen von einer besonnenen Politik gebotenen Erwägungen. Weit entfernt, gegen Hannover sich mit Eroberungsplänen zu tragen, hatte Preußen lange vor Ausbruch des drohenden Kampfes den König Georg zu einer neutralen Haltung zu bestimmen gesucht und, als die Lage sich ernster zu gestalten begann, der hannoverschen Regierung in zweifelloser Weise vergegenwärtigt, daß eine feindselige Haltung Preußen nur auf die Wahrung seiner eigenen Sicherheit Bedacht zu nehmen nötigen würde. Trotzdem traf König Georg mit dem Kaiser von Österreich das geheime Übereinkommen, seine mit der Brigade Kalik zu vereinigende Armee an dem Kampfe gegen Preußen teilnehmen zu lassen. Hatten in den am 13. und 14. Mai stattgefundenen Beratungen bewährte und erprobte Männer sich dringend für die Neutralität ausgesprochen, so sollte es doch nur für wenige Tage den Anschein gewinnen, als ob die hannoversche Politik nunmehr in die Bahnen ruhiger Erwägung einzulenken gesonnen sei. Die Mission des Prinzen Solms führte den blinden König und seine Ratgeber in das Fahrwasser der österreichischen Politik zurück. Die verlockenden Verheißungen des Wiener Hofes unter-

drückten die Stimme der Vorsicht und Weisheit. Die Lehren der Geschichte, die bekannte Würzburger Reservation, daß Hannover mit Rücksicht auf seine geographische Lage unter Umständen von seinen Bundespflichten enthoben bleiben konnte, — alles blieb vergessen. Wenn Österreich bestrebt war, für den drohenden Krieg sich der Bundesgenossenschaft Hannovers zu versichern, und wenn es ihm als Siegespreis eine Erweiterung seiner Grenzen sowohl wie eine bevorzugte Stellung bei der Reform des Deutschen Bundes verhieß, so handelte es, von seinem Standpunkte aus betrachtet, durchaus richtig. Die Aufgabe und die Pflicht der Lenker von Hannovers Geschicken war es aber, Österreichs Verheißungen gegen die Anforderungen einer besonnenen, den thatsächlichen Verhältnissen Rechnung tragenden Politik abzuwägen und Bestrebungen, wie sie durch die Wiener Anerbietungen geweckt wurden, dem Gebote der Klugheit zu unterordnen. Mochte auch die hannoversche Regierung in ihrer dilatorischen Haltung Preußen gegenüber auf die Wahrung des Bundesstandpunktes, als die ihre Handlungen bestimmende Basis, sich berufen, so geschah dies nur, wie aus dem Früheren erhellt, um die mit ihrer Parteinahme für Österreich verfolgten Sonderzwecke zu maskieren. Wenn auch König Georg, gleich so manchem anderem deutschen Fürsten, in den preußischen Bundesreform-Vorschlägen vom 14. Juni eine Mediatisierung erblicken zu müssen meinte, so erschien es doch angesichts der Zwangslage, in welcher sich Hannover befand, als ein dringend mahnendes Gebot einer weisen Politik, der preußischen Sommation sich zu fügen, um damit in erster Linie wenigstens die Zukunft von Thron und Land sicher zu stellen. Eine Dynastie, deren Händen der Scepter entglitten, wird zum Prätendententume; die ihr beim Sturze von den Zeitgenossen bewahrten Sympathieen schwinden in den kommenden, unter den neuen Verhältnissen aufgewachsenen Generationen, — eine uns durch die Geschichte so vielfach bethätigte Lehre, welcher der König Georg bei seinem verhängnisvollen Beschlusse am 15. Juni sich hätte bewußt werden sollen. Unterlag Preußen im Kampfe gegen Österreich, so wurden alle an die Annahme der Sommation des 15. Juni sich knüpfenden Verpflichtungen ohnehin außer Kraft gesetzt und gegenstandslos, und Hannover damit seiner früheren politischen Stellung zurückgegeben. Behauptete dagegen Preußen das Feld, so mußte Hannover ohnedies das Machtgebot des Siegers über

sich ergehen lassen. Die Lehren einer klugen Politik, wie sie König Ernst August während der Differenzen zwischen Österreich und Preußen 1850 für Hannover bethätigte, waren vergessen. An die Stelle ruhiger Erwägung war die krankhafte, abenteuerliche Politik eines blinden Königs getreten, die Thron und Land dem Untergange entgegenführen sollte.

II.

Die hannoversche Armee.

Bevor wir den Lauf der Kriegsereignisse verfolgen, welche nach 17jähriger Friedenszeit die hannoverschen Truppen wieder in das Feld riefen, erscheint es geboten, zunächst einen Blick auf die Organisation und die inneren Verhältnisse dieser Armee zu werfen, welcher unter der über sie hereinbrechenden Katastrophe das traurige Schicksal des Unterganges beschieden sein sollte.

Die etatsmäßige Stärke der hannoverschen Armee bezifferte sich im Friedensstande auf 23277 Kombattanten, 380 Nichtstreitbare und 3542 Pferde *). Die außer diesem Friedensstande verfügbare Kriegsreserve, welche die im 7. Dienstjahre stehende Mannschaft bildete, betrug für Infanterie, Artillerie und Ingenieur-Corps 2858 Mann, so daß mit ihr eine Gesamtstärke von 26116 Kombattanten (mit Ausschluß der Reserven des Trains) vorhanden war **).

Die Armee bestand aus:

6 Reiter-Regimentern, je 2 Kürassier-, Husaren- und Dragoner-Regimentern, jedes zu 4 Eskadronen ***);

---

*) Hierbei das seit 1859 errichtete Train-Depot mit 19 Kombattanten, 2 Nichtstreitbaren und 60 königlichen Dienstpferden inbegriffen.

**) Bei der Reiterei griffen hinsichtlich der Reservisten andere Verhältnisse Platz, worüber weiter unten Näheres. Die Zahl der Reservisten für den Train vermochte Verfasser nicht mit Bestimmtheit zu ermitteln.

***) Nach der in Hannover üblichen Reihenfolge ging die Reiterei der Infanterie voran.

ferner aus:

8 Infanterie-Regimentern zu 2 Bataillonen,
4 nicht regimentierten Jägerbataillonen,
einer Abteilung reitender Artillerie zu 2 Batterieen,
3 Artilleriebataillonen zu 4 Compagnieen,
einer Artillerie-Handwerker-Compagnie,
einem Ingenieur-Corps (2 Pionier-Compagnieen),
1 Train-Depot,
einer Sanitäts-Compagnie (ohne festen Stamm).

Überdies war die Landgendarmerie (441 Mann) in organischer und disziplinarischer Beziehung der Armee zugeteilt, ohne jedoch auf den Stand des Militäretats in Anrechnung zu kommen.

In Friedenszeiten bildete die Kavallerie eine Division von 3 Brigaden zu je 2 Regimentern, die Infanterie 2 Divisionen, jede zu 2 Brigaden von 2 Regimentern und 1 Jägerbataillon. Die Artillerie formierte eine eigene Brigade. Das Ingenieur-Corps war direkt dem General-Kommando unterstellt.

Das Kommando der Armee führte der König in eigener Person.

Die Einteilung der Truppen war im Jahre 1866 die folgende:

Kavallerie-Division (Hannover)*).

1. Brigade (Hannover),
Garde du Corps (Hannover),
Garde-Kürassier-Regiment (Northeim);

2. Brigade (Lüneburg),
Garde-Husaren-Regiment (Verden),
Königin-Husaren-Regiment (Lüneburg);

3. Brigade (Celle),
Dragoner-Regiment Herzog von Cambridge (Celle),
Dragoner-Regiment Kronprinz (Osnabrück).

1. Infanterie-Division (Hannover).

1. Brigade (Hannover),
Garde-Regiment
1. oder Leib-Regiment } (Hannover);
Garde-Jägerbataillon

*) Der jeweils in Klammern beigefügte Ortsname bezeichnet das Stabsquartier.

2. Brigade (Celle),
   2. Infanterie-Regiment (Celle),
   3. Infanterie-Regiment (Einbeck; das 2. Bataillon in Northeim),
   1. Jägerbataillon (Goslar).

2. Infanterie-Division (Hannover).
3. Brigade (Lüneburg),
   4. Infanterie-Regiment (Stade),
   5. Infanterie-Regiment (Lüneburg),
   2. Jägerbataillon (Hildesheim);
4. Brigade (Hannover),
   6. Infanterie-Regiment (Hannover),
   7. Infanterie-Regiment (Osnabrück),
   3. Jägerbataillon (Hannover).

Artillerie-Brigade (Hannover).
Reitende Abteilung (Wunstorf),
1. Bataillon } (Hannover),
2. Bataillon }
3. Bataillon (Stade),
Handwerker-Compagnie (Hannover).

Ingenieur-Corps. } (Hannover).
Train-Depot. }

Vermöge der deutschen Bundes-Kriegsverfassung hatte Hannover im Bestande des Hauptkontingents 14 Bataillone, 14 Eskadronen, 38 Feld- und 10 Belagerungs-Geschütze, sowie 2 Pionier-Compagnieen zu dem 10. Bundes-Armeecorps zu stellen, welche, einschließlich der sonstigen Armee-Anstalten, eine Stärke von 17996 Mann (worunter 2651 Nichtstreitbare) und 6210 Pferden erforderten. Das eventuell aufzubietende Reservekontingent bezifferte sich auf 4 Bataillone, 4 Eskadronen und 12 Geschütze oder, die sonstigen Branchen inbegriffen, 4938 Mann (einschließlich 555 Nichtstreitbaren) und 1607 Dienstpferden. Das Gesamtkontingent Hannovers stellte sich somit auf 22934 Mann (inbegriffen 3206 Nichtstreitbare) und 7817 Dienstpferde. Es bildete mit Braunschweig (welches im Haupt- und Reservekontingente zusammen 3144 Kombattanten stellte) die 1. Division des 10. Bundes-Armeecorps. Die 2. Division formierten die Kontingente von Holstein-Lauenburg,

den beiden Mecklenburg, Oldenburg, Lübeck, Hamburg und Bremen. Das Corpskommando wechselte im Turnus zwischen Hannover und der 2. Division.

Eine Mobilisierung von Bundeswegen verfügte nicht über die gesamte Wehrkraft des Königreichs, sondern verpflichtete nur zur Gestellung des festgesetzten Haupt= und Reservekontingents, so daß ein, wenn auch kleiner Teil der Truppen zum Dienste im Lande verblieb und eventuell teils zur Komplettierung der ausmarschierenden, teils zur Aufstellung der Stämme für die Depots herangezogen werden konnte. Für die weitere Füllung dieser Cadres mußte zu einer neuen Rekrutierung geschritten werden.

In Hannover bestand die allgemeine Wehrpflicht, aber mit Gestattung der Stellvertretung in Friedenszeiten, für welche eine bestimmte Summe jedoch nicht festgestellt war.

Die Armee ergänzte sich teils durch die Einstellung von Militärpflichtigen, teils durch die Werbung von Freiwilligen. Das militärdienstpflichtige Alter begann mit dem zurückgelegten 20. Lebensjahre; die gesetzliche Dienstzeit betrug 7 Jahre; Freiwillige wurden gewöhnlich auf 10 Jahre angeworben. Die Infanterie wurde nach Ablauf einer 18 monatlichen Präsenz beurlaubt, die Mannschaften der Kavallerie, wofern es ihre Ausbildung gestattete, nach einer 13 monatlichen permanenten Dienstzeit, während dies bei der Artillerie, wie weiter unten des näheren zu erläutern, nach 21, beziehungsweise 24 Monaten der Fall war. In der Folge wurde die Mannschaft nur zur Exerzierzeit einberufen.

Das Kommando der Armee lag, wie schon oben erwähnt, in den Händen des Königs. Unter seinem unmittelbaren Befehl leitete die General=Adjutantur in Verbindung mit dem Chef des Generalstabes sämtliche ausschließlich militärische Angelegenheiten, mit Ausnahme der administrativen, welche dem Ressort des Kriegs=Ministeriums unterstellt waren.

Der Generalstab der Armee bestand etatsmäßig aus einem Chef und Generalstabs=Offizieren 1. und 2. Klasse. Diejenigen 1. Klasse waren ein Oberstlieutenant, ein Major und neun Rittmeister, Hauptleute oder Premier=Lieutenants, welche im Konkretualstatus des Generalstabes sich befanden, während die Offiziere der 2. Klasse als von ihren Truppenteilen dazu abkommandiert geführt wurden. Dem Wirkungs=

kreise des Generalstabes unterstanden das Verteidigungssystem des Landes, Dislokation, Märsche und Übungen der Truppen, ferner Rekognoszierungen, Vermessungen, die militärischen Bildungsanstalten ꝛc. *).

Die Reiterei.

Zur Ergänzung dieser Waffe (für die Eskadron jährlich etwa 10 bis 12 Mann) war vorzugsweise die Anwerbung wohlhabender Bauerssöhne in Aussicht genommen, welche für sich oder ihre Eltern so viel Vermögen nachzuweisen hatten, daß sie mit ihrem königlichen Dienstpferde auf Urlaub gehen konnten. Die Dienstzeit dieser Freiwilligen war auf 10 Jahre festgesetzt, von welchen der Betreffende 3 Jahre in Reserve-Urlaub zu gehen sich verbindlich machen mußte. Nach Ablauf dieser Kapitulation konnte eine neue auf 3 bis 6 Jahre abgeschlossen werden. Falls das Rekruten-Erfordernis nicht durch die Werbung Freiwilliger Deckung fand, konnten zur Ergänzung auch sonstige Militärpflichtige eingestellt werden. Indessen erwies sich schon in den 1840er Jahren die Werbung zur Komplettierung des Standes als nicht genügend **). Um diesem Übelstande abzuhelfen, schritt man in den letzten Jahren zur Anwerbung solcher Mannschaften, welche als sogenannte Reservisten ohne Pferd auf Urlaub gingen. Indessen erfüllte auch dieser Modus die daran geknüpften Hoffnungen nur in beschränktem Maße. Doch konnte man sich nicht zu dem gemischten System der Artillerie entschließen, welche teils durch Werbung, teils durch Einstellung ausgehobener Mannschaft sich ergänzte.

---

*) Die Uniform der Generalität, der königlichen Flügel-Adjutanten und des Generalstabs bestand in einem dunkelblauen Waffenrocke, für die beiden ersteren mit scharlachroten, für den letzteren mit karmoisinroten Kragen und Aufschlägen, dazu dunkelgraue Beinkleider mit zwei breiten Streifen von der Farbe der Aufschläge; die Generalität mit Goldbesatz, die Flügel-Adjutanten und der Generalstab mit Silber. Ferner Epauletten, bei der Generalität mit Bouillons, für die Stabsoffiziere mit silbernen Cantillen. Bei der Parade-Uniform der Generale entfielen die Epauletten und trat an deren Stelle ein goldenes Band. Silberne Schärpen mit gelber Seide durchwirkt. Als Kopfbedeckung ein dreieckiger Filzhut mit Federbusch.

**) Die meisten Freiwilligen stellte die Landdrostei Hannover, das Lüneburgsche und Göttingensche.

Zur Beschaffung und Unterhaltung der kleinen Montur während der 10jährigen Kapitulationszeit bekam der Kavallerist bei seinem Eintritte ein Handgeld von 8 Thaler und bei jeder weiteren Kapitulation einen deren Dauer entsprechenden Betrag.

Die Eskadron eines Kavallerie-Regiments war in 2 Divisionen, jede zu 2 Zügen, gegliedert und hatte, mit Einschluß von 21 Reservisten, einen Totalstand von 125 Mann, wovon 2 Nichtstreitbare, und 105 Dienstpferden, darunter 9 Offizierspferde. Die Eskadron hatte einen Rittmeister 1. Klasse als Kommandanten, 2 Premier-Lieutenants und 1 Sekonde-Lieutenant. Die beiden ältesten Premier-Lieutenants eines Regiments erhielten den Charakter als Rittmeister 2. Klasse.

An der Spitze des Regiments stand ein Oberst oder Oberstlieutenant, neben welchem ein Major als etatsmäßiger Stabsoffizier fungierte. Der Regimentsstab zählte überhaupt 13 Köpfe und 26 Pferde, worunter außer den 2 Stabsoffizieren 1 Adjutant, 1 Quartiermeister, 1 Regimentsbereiter und 4 Ärzte, unter letzteren 2 Roßärzte.

Den Regimentsstab inbegriffen, hatte das Regiment einen Gesamtstand von 513 Mann (wovon 14 Nichtkombattanten) mit 60 Offiziers- und 387 königlichen Dienstpferden. Die hannoverschen Reiter-Regimenter hatten somit keinen hohen Stand, und war daher für eine von Bundeswegen erfolgende Mobilmachung, wie noch weiter unten zu erörtern, die Formation von kombinierten Regimentern vorgesehen. Mit Rücksicht auf die zerstreute Bequartierung glaubte man jedoch von einer Erhöhung des Friedensstandes absehen zu sollen. Da der Ersparnis wegen per Eskadron meistens 10 Vakanzen permanent erhalten wurden, rückte die Eskadron, die Remonten abgerechnet, zumeist nur mit höchstens 30 Rotten aus, so daß für die Exerzierzeit oftmals Regimenter von 3 Eskadronen gebildet wurden.

Jedes Reiter-Regiment hatte in seinem Stabsquartiere eine Kaserne, welche für die Unterkunft einer Eskadron genügte und in der weiter unten zu schildernden Weise belegt wurde*). Sämtliche Eskadronen kantonnierten innerhalb des dem Regimente zugewiesenen Bezirks auf

*) Nur das Regiment Garde du Corps hatte in der Hauptstadt eine Kaserne für zwei Eskadronen.

dem Lande. Der quartierpflichtige Hofbesitzer hatte dem Kavalleristen außer der Unterkunft auch die im Hause gebräuchliche Beköstigung und die Fourage für das Pferd zu verabfolgen. Für Quartier und Beköstigung des Mannes erhielt der Quartiergeber eine tägliche Vergütung von 6 Neugroschen 2 Pfennigen, für die dem Pferde verabfolgte Ration aber den monatlich von den Landdrosteien festgesetzten höchsten Markt-Durchschnittspreis. Für 46 Verheiratete des Regiments war ein Frauen-Quartiergeld von 25 Pfennigen täglich ausgeworfen, wogegen die Betreffenden für ihre Familie ein eigenes Quartier beschaffen mußten.

Die Einstellung der Rekruten sollte vorschriftsmäßig Anfangs Oktober bei der Eskadron erfolgen, was jedoch nicht immer genau zu diesem Termine, sondern je nach Übereinkommen und nach Maßgabe der eintretenden Vakanzen geschah. Nachdem sie hier den ersten Unterricht erhalten, wurden mit dem nächsten 1. November sämtliche Rekruten des Regiments nebst den Remonten in der Kaserne des Stabsquartiers zusammengezogen, wo ihre weitere Ausbildung erfolgte, um mit dem Monat Februar des nächsten Jahres wieder zu ihren Eskadronen einzurücken. Den Reitunterricht leitete ein hierzu ausschließlich bestimmter Offizier, der sogenannte Regimentsbereiter. Während der Monate Februar bis einschließlich April bezogen nach einander abwechselnd die 4 Eskadronen mit ihrem Gesamtstande nebst den noch in der Ausbildung zurückgebliebenen Rekruten der übrigen die Kaserne, wozu sie ihre mit dem Pferde beurlaubte Mannschaft einzogen. Die nicht kasernierten Eskadronen übten im April innerhalb ihrer Kantonnements das Detail-exerzice, woran sich im Mai das Exerzieren im Eskadronsverbande schloß. Im Monat Juni übte das zu diesem Zwecke konzentrierte Regiment, um dann aller zwei Jahre an einem 14tägigen Exerzieren der Brigade teilzunehmen.

Nach Abschluß dieser Übungen wurde — was, falls nur Regiments-Exerzieren war, am 15. Juni stattzufinden pflegte — durchschnittlich der sechste Teil der Unteroffiziere und die völlig ausgebildete Mannschaft bis zur Hälfte mit ihrem königlichen Dienstpferde auf Urlaub in die Heimat entlassen. Diese Beurlaubung konnte bis auf 9 Monate jährlich ausgedehnt, beziehungsweise der bis auf 3 Jahre sich erstreckende Reserve-Urlaub bewilligt werden. Die Rekruten, mindestens die im vorangegangenen Jahre eingetretenen, blieben dagegen bis auf weiteres im Dienst.

In der zweiten Hälfte des Monats August und im September fanden Felddienst-Übungen statt, an welchen alle Dienstthuer sowie die Rekruten der beiden letzten Jahrgänge teilzunehmen hatten. Nachdem zunächst im Eskadrons-Quartierstande geübt worden, wurde das Regiment dann auf 2 bis 3 Wochen bei dem Regimentsstabe zum Zwecke gemeinschaftlicher Übungen mit der dort garnisonierenden Infanterie konzentriert.

Nachdem im Monat Oktober die letztjährigen Rekruten zu ihrer weiteren Ausbildung nochmals die Kaserne des Stabsquartiers bezogen hatten, wurden diejenigen derselben, welche hinlänglich ausgebildet und zuverlässig erschienen, am folgenden 1. November zum erstenmale mit ihrem königlichen Dienstpferde beurlaubt. Es geschah dies ohne bestimmte Reihenfolge je nach Wunsch des Mannes und nach Maßgabe der ökonomischen und dienstlichen Verhältnisse der Truppe, so daß die Zahl der Urlauber und die Zeit ihrer Abwesenheit von der Eskadron bei den Regimentern verschieden war.

Der beurlaubte Reiter bezog seinen Sold abzüglich eines Dienstgeldes weiter, aber ohne sonstige Verpflegungsgebühr und erhielt außerdem für sein Pferd eine Fourageration nach dem monatlich festgestellten höchsten Markt-Durchschnittspreise der Hauptstadt Hannover vergütet. Der in Urlaub befindliche Kavallerist unterstand der Inspektion des Regiments und speziell der Eskadron, in deren Bezirke sein Domizil lag. Monatlich zweimal fanden durch Offiziere oder Unteroffiziere Lokalvisitationen statt und außerdem gewöhnlich monatlich einmal Besichtigungen auf gewissen Sammelplätzen, die sogenannten Paraden. Beurlaubte, welche mehrfach Anlaß zu Bemängelungen gaben, wurden ihrem Regimente wieder zugeschickt. Die in den letzten Jahren vor 1866 ohne Pferd beurlaubten Reservisten erhielten nur einen Monatssold von einem Thaler. Die auf 3 Jahre in Reserve-Urlaub entlassenen Mannschaften (etatsmäßig 21 für jede Eskadron) wurden ohne Pferd, aber mit Uniform und Armatur entlassen und bezogen einen täglichen Sold von 10 Pfennigen, ohne jedoch den Visitationen der anderen Beurlaubten unterworfen zu sein.

Der Übergang zu dem von Bundeswegen vorgeschriebenen Kriegsfuße erforderte für die Eskadron eine Gesamtstärke von 137 Mann (6 Nichtkombattanten inbegriffen) und 145 Pferden, während der Friedens-

stand mit Einschluß der Kriegsreservisten nur auf 125 Mann und 105 Pferde sich bezifferte. Da man, wie schon oben angedeutet, von einer Erhöhung des Friedensfußes mit Rücksicht auf den zerstreuten Quartierstand Umgang nehmen zu sollen glaubte, war für den Fall der Mobilmachung die Bildung von Feldregimentern zu 6 Eskadronen vorgesehen, mit der Maßgabe, daß unter Berücksichtigung der Gleichförmigkeit in der Waffengattung 2 Regimenter mit je 3 Eskadronen zu einem Feldregimente zusammenzutreten hatten, während je eine Eskadron als Depot und zum inneren Dienste im Lande verblieb. Einschließlich des Regimentsstabes von 24 Köpfen und 58 Pferden hatte ein solches kombiniertes Regiment eine Gesamtstärke von 846 Mann (einschließlich 48 Nichtkombattanten) und 928 Pferden; das Kommando führte der älteste Stabsoffizier der beiden Regimenter. Das Bundes-Hauptkontingent erforderte bekanntlich 14 Eskadronen in 2 Feldregimentern und einem Halbregiment zu 2 Eskadronen; der Stab des letzteren entsprach der Hälfte eines vollen Regimentsstabes. Wurde überdies das Reservekontingent aufgeboten, so traten weitere 4 Eskadronen hinzu. Es konnten somit von jedem Friedensregimente an Kombattanten 2 Offiziere und 93 Mann als Depot im Lande bleiben. Der Train eines solchen Feldregiments bestand in 21 Trainsoldaten, 10 Fahrzeugen und 6 Packpferden.

In ihrer äußeren Erscheinung glich die hannoversche Reiterei, welche bei der hochentwickelten Pferdezucht des Landes vorzüglich beritten war, der preußischen und hatte die folgende Ausrüstung.

Die Kürassiere trugen zur Parade weiße Waffenröcke, welche bei der Garde du Corps scharlachrote Kragen und Aufschläge mit weißen Knöpfen und dementsprechenden Silberbesatz für die Chargen, bei den Gardekürassieren aber hellblaue mit Goldbesatz hatten. Für den gewöhnlichen Dienst waren blaue Röcke im Gebrauche. Die Garde du Corps besaß tombackene Helme nach preußischem Muster, die Gardekürassiere solche von weißem Metall, beide mit gelben Beschlägen und weißem Haarbusche. Die Regimenter trugen Kürasse, aus Brust- und Rückenstück bestehend, und zwar die Garde du Corps tombackene mit weißem Sterne auf der Brust und gleichem Beschlage, die Gardekürassiere schwarze mit gelbem Sterne und Beschlag. Hierzu Patrontasche, weißes Lederzeug und Stulphandschuhe; außerdem ein etwas gekrümmter Pallasch in eiserner

Scheide an einem Leibgurt, sowie eine Pistole und als Pferde-Ausrüstung den englischen Sattel mit Schabracke.

Die beiden Husaren-Regimenter trugen dunkelblaue Pelze und Dolmans: das Garde-Regiment mit goldenem, Königin-Husaren mit silbernem Besatz; Kalpacks mit rotem Beutel, für die Offiziere von Ottern- für die Mannschaft von Seehundfell; Patrontasche, Säbeltasche, weißes Lederzeug, krummer Säbel in eiserner Scheide an einem Leibgurt und eine Pistole, welche durch einen Feder-Mechanismus mit einem Kolben vereinigt und damit zu einem Karabiner umgestaltet werden konnte. Die Husaren hatten den ungarischen Bocksattel mit weißem Schaffell.

Die Uniform der Dragoner bestand in einem hellblauen Waffenrock; Kragen und Aufschläge waren bei dem Regimente Herzog von Cambridge karmoisinrot mit weißen (sogenannten) Gardelitzen und weißen Knöpfen, beziehungsweise Silberbesatz, während das Regiment Kronprinz weiße Aufschläge rc. mit gelben Litzen und gelben Knöpfen hatte. Dazu ein Helm von schwarzlackiertem Eisenblech nach preußischem Muster, für beide Regimenter mit gelben Beschlägen und schwarzem Haarbusch. Säbel, Pistole und Pferde-Ausrüstung wie bei den Husaren.

Die gesamte Kavallerie trug dunkelgraue, lederbesetzte Beinkleider mit rotem Passepoil, sowie dunkelblaue Mäntel. Mit Ausnahme der Husarenoffiziere, welche verschlungene silberne Schulterschnüre hatten, besaßen die Offiziere Epauletten, die bei den Stabsoffizieren mit silbernen Cantillen besetzt waren; dazu Schärpen von Silber mit gelber Seide durchwirkt.

Die Standarten hatten ein weißes Tuch mit dem königlichen Wappen und der Umschrift: „Nunquam retrorsum“.

Was die taktischen Formen anbelangt, so war das Exerzier-Reglement dem preußischen sehr ähnlich. Die Kavallerie rangierte in zwei Gliedern. Die Bewegungen geschahen in Linie oder in der Kolonne zu Zweien, Vieren, Dreien und Sechsen, sowie in der Kolonne von Zügen. Die geschlossene oder Manöverkolonne pflegte nur in Anwendung gebracht zu werden, wenn mit Divisionen aus der Mitte abmarschiert wurde oder wenn die Abteilungen der Kolonne aus ganzen Eskadronen bestanden. Die vierten Züge waren besonders zum Plänkeln bestimmt. Der Choc erfolgte stets in Linie.

Die hannoversche Kavallerie, das Schoßkind ihrer Könige, hatte hinsichtlich ihres Kostenpunktes und der mit ihrer Naturalquartierung verbundenen Belastung des Landes mehrfach zu tiefer gehenden Zerwürfnissen mit den Landständen geführt. Seit 1816 in 8 Regimenter zu 4 Eskadronen (Dragoner, Husaren und Uhlanen) formiert, fand sich die Regierung wegen der vielseitigen, zu Ersparnissen im Militärhaushalte mahnenden Stimmen später bewogen, jene 8 Regimenter auf 3 Eskadronen zu reduzieren und gleichzeitig für die gesamte Reiterei eine gleichmäßige (Dragoner-) Uniform einzuführen. Nachdem König Ernst August den Thron bestiegen hatte, wurde die Reiterei in 2 Kürassier-, 2 Husaren- und 4 Dragoner-Regimenter zu 3 Eskadronen umgeformt, eingeteilt in 4 Brigaden und 2 Divisionen. Die später gestellte Forderung zur Aufstellung der vierten Eskadron wurde für die Landesvertretung der Gegenstand aufgeregter Debatten und schließlich abgelehnt. Die 1848 Deutschland durchwogende Bewegung blieb insofern nicht ohne Einfluß auf die hannoversche Reiterei, indem die Regierung wegen der immer wiederkehrenden Klagen über die Kostspieligkeit der Kavallerie zur Auflösung von 2 Regimentern schritt und gleichzeitig die nunmehr verbleibenden 6 Regimenter auf den Stand von 4 Eskadronen setzte. Trotzdem ist die Kavallerie-Frage, insbesondere auch mit Rücksicht auf die immer wiederkehrenden Klagen wegen der mit dem Naturalquartiere verbundenen Belastung des Landmannes, nie zu einem gegenseitig befriedigenden Abschlusse zwischen der Regierung und den Ständen gekommen; sie ruhte zwar zeitweise, wurde aber nie erledigt.

Die Organisation der hannoverschen Reiterei, welcher wir hier wegen ihrer Eigentümlichkeiten näher zu treten Anlaß nahmen, hatte ebenso ihre Licht-, wie Schattenseiten. Bezweckte man durch die Bequartierung auf dem Lande und die nach verhältnismäßig kurzer Dienstzeit erfolgende Beurlaubung des Reiters die freiwillige Anmeldung wohlhabender Bauerssöhne zu fördern, so hatte doch dieses System in Verbindung mit dem zerstreuten Quartierstande auch seine nicht unerheblichen Mißstände im Gefolge. Einsichtsvolle hannoversche Kavallerie-Offiziere, welche mit den militärischen Einrichtungen des Auslandes sich bekannt gemacht, hatten schon längst ein abfälliges Urteil über jene Organisation gewonnen. Indessen wurde in den hohen maßgebenden Kreisen sowohl wie von der Mehrzahl der hannoverschen Reiteroffiziere das überkommene System mit

einer außerordentlichen Pietät und wohl einigermaßen auch mit Selbstüberschätzung gepflegt, indem man aus ihm die Unübertrefflichkeit der vaterländischen Kavallerie ableiten zu können meinte. Das gerühmte System erhielt jedoch, wie bereits oben angedeutet, in der letzten Zeit insofern einen seine Basis erschütternden Stoß, daß das Rekrutenerfordernis zu einem nicht unerheblichen Teile durch die Einstellung ausgehobener Militärpflichtiger gedeckt werden mußte, da die Anmeldung freiwillig eintretender, wohlhabender Bauerssöhne bedeutend in Rückgang gekommen war. Der Berücksichtigung dieses Übelstandes entsprang offenbar die 1864 an die Stände gerichtete Botschaft, für die kommende Diät Bestimmungen über die Kasernierung der Reiterei vorzulegen. Die damit zugleich ausgesprochene Erwartung, die hierfür erforderlichen Geldmittel vom Landtage bewilligt zu sehen, ließ aber jene Ankündigung eine sehr kühle Aufnahme bei den Ständen finden. Bis zum Untergange des Königreichs bildete somit die Kavallerie-Frage für Regierung und Stände ein Noli me tangere.

Die Infanterie

bestand, wie schon oben bemerkt, aus einem Garde-Regimente, 7 Linien-Regimentern und 4 Jägerbataillonen, die meistens kaserniert waren. Je 2 Regimenter und 1 Jägerbataillon bildeten eine Brigade.

Das Regiment hatte 2 Bataillone zu 4 Compagnieen, von welchen die letzteren in 2 Divisionen zu 2 Pelotons und diese wieder in 2 Halbpelotons geteilt waren.

Bei den Infanterie-Regimentern betrug die Friedensstärke einer Compagnie 218 Streitbare (Nichtkombattanten führten sie nicht), jene des Bataillons 880 Mann (wovon 1 Nichtstreitbarer). Das Regiment hatte mit Einschluß des Regimentsstabes eine Stärke von 1782 Mann (darunter 7 Nichtkombattanten) und 13 Offizierspferden. Außerdem war für jedes Infanteriebataillon der 7. Jahrgang der Mannschaft in Höhe von 132 Mann als Kriegsreserve disponibel, so daß mit Einschluß der letzteren der Stand eines Regiments auf 2046 Mann sich bezifferte.

Die Stärke der Jägerbataillone war insoweit jener der Linienbataillone entsprechend; nur zählte der Stab 20 Köpfe, worunter 4 Nichtstreitbare inbegriffen, so daß das Bataillon auf Friedensfuß 892 Mann

und 7 Offizierspferde, einschließlich der Kriegsreserve aber 1012 Mann zählte.

Jedes Bataillon hatte außer seinem Kommandanten einen zweiten Stabsoffizier (Major) im Stande. Das Regiments-Kommando führte der älteste Stabsoffizier. Außer dem Adjutanten war dem Bataillonsstabe noch ein Hauptmann 2. Klasse zugeteilt, welcher im Mobilmachungsfalle das Depot zu kommandieren hatte.

Bei der Mobilmachung hörte der Regimentsverband auf und wurde jedes Bataillon ein selbständiger Körper. Der bisherige Regiments-Kommandant übernahm damit die Führung desjenigen Bataillons, welches bisher der jüngere und nunmehr als attachiert geführte der beiden Bataillons-Kommandeure gehabt hatte. Mit Rücksicht auf diese eventuelle Auflösung des Regimentsverbandes war ein Regimentsadjutant nicht systemisiert*).

Die Compagnieen, von Hauptleuten kommandiert, führten 3 Subalternoffiziere im Stande, mit der Maßgabe, daß je 2 Compagnieen 2 Premier-Lieutenants und 1 Sekonde-Lieutenant, die beiden anderen aber je 1 Premier-Lieutenant und 2 Sekonde-Lieutenants hatten.

Die Compagnie-Chefs wurden im Mobilmachungsfalle durchgängig beritten gemacht.

Die Mobilisierung des Bundeskontingents erforderte im Maximum 18 Bataillone, so daß 2 Bataillone zum Dienste im Lande verfügbar blieben. Da der Feldetat eines Bataillons 24 Offiziere und 851 Mann enthalten sollte, dagegen für den Friedensetat mit Einschluß der Kriegsreserve (7. Jahrgang) 21 Offiziere und 999 Mann vorhanden waren**), so ergab sich ein Überschuß, aus welchem zunächst der Bedarf für den Bataillonstrain, die Sanitäts-Compagnie 2c. gedeckt wurde, während der Rest als Stamm des aufzustellenden und durch eine neue Rekrutierung

---

*) Dessen Geschäfte versah im Frieden mit wöchentlicher Ablösung einer der Bataillons-Adjutanten. Befand sich bei dem Regimentsstabe nur ein Bataillon in Garnison, so lag dessen Adjutanten ständig die Vertretung des Regiments-Adjutanten ob. Beim Regiments-Exerzieren fungierte der älteste Bataillons-Adjutant als Regiments-Adjutant, indem er bei seinem Bataillone durch einen anderen, hierfür beritten gemachten Offizier ersetzt wurde.

**) Von den unwesentlichen Differenzen, welche aus der verschiedenen Stärke der Bataillonsstäbe der Linien-Infanterie und der Jäger resultieren, mag hier abgesehen werden.

zu füllenden Depots diente. Zur Dienstleistung bei den letzteren konnten auch dienstfähige Offiziere des Ruhestandes herangezogen werden.

Die Ergänzung der Infanterie geschah vorzugsweise durch die Einstellung von Militärpflichtigen. Jedes Bataillon erhielt jährlich 132 Rekruten, welche mit dem 16. April eintraten und bis zum 16. Oktober künftigen Jahres bei der Fahne verblieben, um dann, also nach 1½jähriger Dienstzeit, in Urlaub entlassen und in dem 3., 5. und 6. Dienstjahre nur für die Exerzierzeit einberufen zu werden. Nach Ablauf des 6. Dienstjahres trat der Infanterist, wie bereits oben angedeutet, auf die Dauer des letzten Jahres zur Kriegsreserve über.

Die Bataillonsexerzitien fanden im Monat August statt, woran sich die größeren Herbstübungen mit gemischten Truppen schlossen. Es wurden hierzu, wie schon erwähnt, die Urlauber des 3., 5. und 6. Dienstjahres einberufen, um jedes Bataillon auf den Exerzieretat von 660 Infanteristen zu bringen.

Die hannoversche Infanterie führte bis 1865 ein brüniertes, siebenzügiges Pickelgewehr mit Perkussionsschloß und Treppenvisier; das Jägergewehr war nur 4,5, jenes der übrigen Infanterie dagegen 4,8 englische Fuß lang. Nachdem die Einführung eines Hinterladers bereits im Prinzipe beschlossen war, trat im Spätherbste 1865 in Hannover eine Kommission zusammen, um über die Frage zu beraten, ob bis zur Ausführung jenes Planes das vorhandene Gewehr in seiner jetzigen Gestalt beizubehalten oder einer Verbesserung zu unterziehen sei. Auf Vorschlag dieser Kommission wurde das abgestumpfte Neßler-Geschoß adoptiert, was für das vorhandene Gewehr insofern eine Modifikation erforderte, daß der Pickel (Dorn) ausgefeilt, der Ladestock an seinem Kopfe der Spitze des neuen Geschosses entsprechend abgedreht und die Scala am Visiere abgeändert werden mußte. Die hiermit verbundene Einführung einer neuen Patrone erforderte zugleich eine andere, ziemlich umständliche Manipulation beim Laden, bedingt durch die Lage des in seiner Basis ausgehöhlten Geschosses, welches mit seiner Spitze gegen das Innere der Patrone gerichtet war. Maßgebend hierfür war der Zweck, das Verstopfen der Aushöhlung des Geschosses durch die Patronenhülse zu vermeiden, wie es andernfalls hätte geschehen können, wenn dasselbe, die Spitze gegen oben und außen gerichtet, mit der ihm dann nach Entleerung des Pulvers rückwärts anhaftenden Hülse in den

Gewehrlauf eingeführt wurde. Die Manipulation des Ladens gestaltete sich daher folgendermaßen. Der Infanterist riß mittelst eines Zipfels, welcher sich an dem das Pulver enthaltenden Ende der Patrone befand, dieselbe auf, schüttete das Pulver in den Gewehrlauf, kehrte dann die Patrone um, womit die Spitze des Geschosses sowohl wie die entleerte Hülse nach oben zu liegen kamen und stieß das Ganze mit dem Ladestocke hinunter. Nachdem bei dem alten Pickelgewehre die Patrone, deren Geschoß mit nach oben gerichteter Spitze über dem Pulver lag, ungeöffnet in den Lauf eingeführt wurde, da der in der Kammer des Gewehrs befindliche Gußstahldorn durch das Ansetzen des Ladestockes dieselbe zum Platzen und zur Entleerung brachte, so erwies sich die neue Lademethode als wesentlich umständlicher, besonders für die älteren, mit dem früheren Gewehre ausgebildeten Leute. Indessen erhielt das Gewehr durch diese Umänderung bis auf 300 Schritt eine rasante Flugbahn und konnte gegen größere Objekte noch auf 800 Schritt mit Erfolg wirken. Zur Zündung des Schusses diente, wie früher, ein größeres, unten mit einem Rande versehenes Zündhütchen. Die Umänderung der alten Gewehre erfolgte bei den Bataillonen selbst durch deren Rüstmeister (Büchsenmacher) und nur die Ladestöcke mußten zum Abdrehen in das Zeughaus nach Hannover geschickt werden. Die Infanterie war Anfangs Juni 1866 bereits im Besitze der umgeänderten Gewehre und die bei der Fahne befindliche ältere Mannschaft zumeist auch schon mit demselben bekannt gemacht *).

Was die Uniform und sonstige Ausrüstung der Infanterie anbelangt, so trug dieselbe, mit Ausnahme der Jäger, einen dunkelblauen Waffenrock mit scharlachrotem Kragen und Aufschlägen, für das Garde-Regiment mit weißen Knöpfen und Kragenlitzen, die übrigen Regimenter gelbe Knöpfe und dergleichen Litzen; dazu durchgängig dunkelgraue Beinkleider mit rotem Passepoil. Bei der 1. Brigade hatten die Regimenter weiße, bei der 2. rote, der 3. gelbe und bei der 4. hellblaue Achsel-

*) Bei dem 4. und 7. Infanterie-Regiment war die Mannschaft bis Mitte Juni noch nicht mit der neuen Waffe ausgebildet. War für das erstere Regiment die Umänderung der Gewehre zu spät abgeschlossen worden, so sollte für das letztere in jener Beziehung der Übelstand gegeben sein, daß es noch nicht in den Besitz der neuen Patronen gelangt war. Beide Regimenter rückten daher mit dem alten, weil den Leuten bekannten Gewehre aus. Sämtliche damals auf Urlaub befindliche Mannschaft war unter diesen Umständen gleichfalls noch nicht mit dem neuen Gewehre eingeübt.

klappen. Die Waffenröcke der Jäger waren dunkelgrün mit schwarzen Aufschlägen und Kragen ohne Litzen, sowie weißen Knöpfen, dazu Beinkleider wie die übrige Infanterie; die Gardejäger hatten roten, die übrigen Bataillone aber schwarzen Passepoil am Rocke. Die gesamte Infanterie trug dunkelgraue Mäntel (Chenillen). Als Kopfbedeckung diente ein Käppi, für das Garde-Regiment mit hohem weißem Haarbusche, während die Jäger einen auf den Schirm herabhängenden schwarzen Haarbusch hatten, die übrige Infanterie aber keinen. Die Offiziere trugen Epauletten und die schon bei der Kavallerie erwähnte Schärpe. Das Lederzeug war bei der Infanterie weiß, bei den Jägern schwarz. Die Garde- und Linieninfanterie hatte ein kurzes gekrümmtes Seitengewehr, die Jäger einen Hirschfänger in schwarzledener Scheide; die Offiziere durchgängig einen Schleppsäbel. Der Mann trug die für 30 neue Patronen berechnete Patrontasche vorn an einem Leibgurte, an dessen linker Seite eine größere Tasche zum Einstecken des Seitengewehrs und eine kleinere für das Bajonett befestigt waren. Die Mannschaft trug das Seitengewehr nur noch in der Garnison und außer Dienst. Beim Ausmarsche, auch zu den Manövern, wurde es dagegen zurückgelassen und nur die Unteroffiziere, ferner die Musiker, Hornisten, Offiziersdiener und solche, welche kein Feuergewehr trugen, behielten dasselbe bei. Da die Fußbekleidung des hannoverschen Infanteristen in Schuhen bestand, erhielt er hierzu früher ein Paar schwarze Tuchgamaschen, welche unter den Beinkleidern getragen wurden. In den letzten Jahren gelangten an Stelle der Gamaschen die sogenannten Beinschienen von schwarzem Leder zur Einführung, welche, Stiefelschäften ähnlich, über der Hose aufgeknöpft wurden. Ein Tornister von Seehundfell und ein Brot- oder Frühstücksbeutel von Drell (bei den Jägern schwarz) vervollständigten die Ausrüstung des hannoverschen Infanteristen.

Die Beschaffung der kleinen Montur geschah bei der Infanterie durch ein Kleidungskomité, indem hierzu für jeden Mann bei dessen Eintritt vom Fiskus 8 Thaler erlegt wurden.

Die Fahnen hatten ein weißes Tuch, bei dem Garde-Regiment mit dem königlichen Wappen und der Inschrift: „Nunquam retrorsum“, bei den Linien- und Jägerbataillonen dagegen mit gelbem Kranz und in der Mitte das weiße Roß in rotem Feld, mit der Inschrift: „Nec aspera terrent“.

Das Bataillon bildete die taktische Einheit. Die gesamte Infanterie, für welche schon seit 1800 die Aufstellung in 2 Gliedern Platz griff, wurde sowohl für das geschlossene, wie zerstreute Gefecht ausgebildet.

Jedes Bataillon sollte per Compagnie auf Kriegsfuß 15, im Friedensstande aber 10 Scharfschützen haben, welche, unter Führung eines besonders hierzu bestimmten Offiziers vereinigt, die Auf- und Abmärsche des Bataillons zu decken, sowie dessen Vor- und Nachhut oder Flankendeckung zu bilden hatten. Indessen pflegte die für den Kriegsfuß vorgeschriebene Ziffer nicht erreicht zu werden, so daß es meistens sein Bewenden bei den 10 Schützen des Friedensstandes hatte.

Die Gefechtsstellung des Bataillons erfolgte entweder in Linie oder in Compagniekolonne. In letzterem Falle kamen die folgenden Formen zur Anwendung:

1) Die Grundform, bei welcher die 4 Compagnieen zwar in gleichem Allignement, die Flügel-Compagnieen aber auf Deployements-Intervallen von den beiden mittleren entfernt standen.

2) Die Normal-Ordnung zeigte 2 Compagnieen (gewöhnlich die Flügel-Compagnieen) zur Bildung der Schützenkette und deren Soutiens vorgeschoben, während die beiden anderen als geschlossene Reserve rückwärts der zwischen den vorderen Compagnieen gegebenen Intervalle standen. Es war die für den Kampf um Örtlichkeiten und in durchschnittenem Gelände übliche Form.

3) Die Kolonne auf die Mitte, bei welcher sämtliche Compagnieen unmittelbar neben einander in Compagniekolonnen zu 4 Zügen aufmarschierten.

Außerdem war für das Bataillon eine Aufstellung in „Linie und Flanken" vorgesehen, bei welcher die mittleren Compagnieen in Linie sich entwickelten, die Flügelcompagnieen aber in Kolonne verblieben.

Konnten die vorbezeichneten Formen auch für Angriffs- und Rückzugsbewegungen Anwendung finden, so waren überdies für die Bewegung in Geltung die offene Kolonne (Distanz zwischen den Zügen gleich der Zugslänge), die Manöverkolonne (Zwischenraum nur 1/4 der Zugslänge) und die geschlossene Kolonne (bei welcher die Züge bis auf 3 Schritte Distanz aufgeschlossen).

Zu dem geschlossenen Gefecht gegen Infanterie stand das Bataillon gewöhnlich in Linie entwickelt oder in Linie mit Flanken. Nach einer oder mehreren Bataillonssalven schritt das Bataillon zum Bajonettangriff, bei welchem die Flügelcompagnieen oder die Schützen die Flankendeckung übernahmen. Außer den Bataillonssalven konnte unter gewissen Verhältnissen auch Divisions- oder Rottenfeuer zur Anwendung gebracht werden. Bei dem Divisionsfeuer feuerten abwechselnd entweder die rechten oder die linken Divisionen aller Compagnieen zusammen oder die Divisionen der einzelnen Compagnieen wechselten gegenseitig mit dem Feuer. Beim Rottenfeuer hatten, nachdem es von den rechten Flügelrotten jeder kleinsten Unterabteilung des Bataillons eröffnet worden war, die beiden Leute der einzelnen Rotte ohne weiteres Kommando dasselbe in schnellster und lebhaftester Weise zu unterhalten, ohne auf die Nebenrotten Rücksicht zu nehmen.

Gegen Reiterei wurden entweder hohle Bataillons-Carrés oder einzelne Compagnie-Carrés formiert.

Die Aufstellung der Brigade und Division erfolgte in zwei Treffen mit 200 Schritten Abstand; das erste in einer der oben Seite 256 unter Nr. 1 bis 3 aufgeführten Stellungsformen in Linie mit vorgezogenen Schützen, die Bataillone des zweiten Treffens dagegen in Kolonne auf die Mitte.

Die Artillerie

bestand in der Friedensorganisation aus einer Abteilung von 2 reitenden Compagnieen, 3 Bataillonen Fußartillerie, jedes zu 4 Compagnieen, und ferner aus einer Artillerie-Handwerker-Compagnie, welche unter dem Kommando eines Artillerie-Generals eine Brigade bildeten.

Eine reitende Compagnie zählte im Friedensstande 174 Mann (einschließlich 3 Nichtkombattanten) mit 9 Offiziers- und 90 königlichen Dienstpferden; außerdem hatte sie 13 Kriegsreservisten. Ihr Kommandant war ein Hauptmann 1. Klasse, unter ihm 2 Premier-Lieutenants und 1 Sekonde-Lieutenant. Die beiden reitenden Batterieen bildeten eine von einem Major befehligte Abteilung, deren Stab auf 4 Köpfe (mit 1 Nichtstreitbaren) und 9 Pferde sich bezifferte.

Von den 3 Artillerie=Bataillonen hatte jedes 3 Fuß=Compagnieen und 1 Park= (Reserve=) Compagnie. Jedes Bataillon kommandierte ein Oberstlieutenant, welchem als Stabsoffizier ein Major zugeteilt war. Der Bataillonsstab hatte einen Stand von 9 Köpfen (4 Nichtstreitbare inbegriffen), 6 Offiziers= und 90 königlichen Dienstpferden.

Die Fuß=Compagnie, deren Stand an Offizieren gleich wie bei der reitenden, hatte 171 Kombattanten und 2 Pferde für den Hauptmann, die Park= oder Reserve=Compagnie — welche außer einem Hauptmann 1. Klasse nur 1 Premier= und 1 Sekonde=Lieutenant führte — zählte dagegen insgesamt nur 110 Kombattanten und 2 Pferde für ihren Kommandanten. Überdies hatte jedes Artilleriebataillon 50 Kriegsreservisten.

Sowohl bei jedem Bataillone, wie bei der reitenden Abteilung erhielt der älteste Premier=Lieutenant den Charakter eines Hauptmannes 2. Klasse.

Die Handwerker = Compagnie, welche unter einem Hauptmann 1. Klasse mit 2 Premier=Lieutenants und 1 Sekonde=Lieutenant stand, zählte einschließlich dieser Offiziere 15 Streitbare und 195 Nichtkombattanten; außerdem 20 Mann Kriegsreservisten. Diese Compagnie stand nur in dienstlicher Beziehung unter dem Kommando der Artillerie=Brigade, war aber bezüglich ihrer Verwendung in den Werkstätten und Zeughäusern der Direktion des Armee=Materials überwiesen.

Mit Einschluß des Brigade=Stabes, welcher außer dem bei der Generalität geführten Brigade=Kommandeur aus 12 Köpfen (davon 5 Nichtstreitbare) und 7 Pferden bestand, hatte die Artillerie somit eine Friedensstärke von 2470 Mann (219 Nichtkombattanten inbegriffen) und 526 Pferden.

Das Material der hannoverschen Feldartillerie, für welches in den letzten Jahren teilweise Neuerungen Platz gegriffen hatten, bestand 1866 aus dem gezogenen Sechspfünder, dem kurzen und dem leichten Zwölfpfünder, sowie der langen Vierundzwanzigpfünder Haubitze, durchgängig Bronzerohre und Vorderlader, mit Ausnahme des gezogenen Sechspfünders, welcher Gußstahlrohr mit Kolbenverschluß (Hinterladung) hatte. Sowohl das Rohr wie die Munition des gezogenen Sechspfünders und des kurzen Zwölfpfünders waren nach preußischem Muster. Die leichten Zwölfpfünder=Rohre waren aus dem früheren Neunpfünder durch Ausbohren auf das Kaliber des kurzen Zwölfpfünders hergestellt worden. Durchgängig war die frühere Lafettierung, das englische Blocklafettensystem, beibehalten.

Im Falle der Mobilmachung hatte Hannover für das Bundes-Haupt- und Reserve-Kontingent insgesamt 50 Geschütze in 8 Batterieen zu stellen und fand hierbei das vorhandene Material die folgende Einteilung:

2 reitende Batterieen von je 6 kurzen glatten Zwölfpfündern und 8 Protz-Munitionswagen,

3 Fußbatterieen von je 6 gezogenen Sechspfündern und 8 Protz-Munitionswagen,

2 Fußbatterieen von je 6 leichten Zwölfpfündern und 8 Protz-Munitionswagen,

1 Fußbatterie von 8 langen Vierundzwanzigpfünder-Haubitzen und 10 Protz-Munitionswagen.

Die kurzen Zwölfpfünder sowie die Sechspfünder waren sechsspännig, das übrige Geschütz dagegen achtspännig; die Munitionswagen durchgängig sechsspännig *).

Von diesem Material hatte in Friedenszeiten nur jede der reitenden Compagnieen ihre 6 Geschütze, jedoch ohne die Munitionswagen, bespannt. Dagegen besaß die Fußcompagnie weder eigenes Geschützmaterial, noch den zu dessen Bespannung erforderlichen Pferdestand, sondern jedes Artilleriebataillon hatte (s. o.) 90 bei seinem Stabe im Stande geführte Dienstpferde, mit welchen nur zur Exerzierzeit das Material einer Batterie von 6 Geschützen und 6 Munitionswagen bespannt wurde, um, wie noch in der Folge zu erwähnen, abwechselnd zu Übungszwecken zu dienen.

Das vorhandene Belagerungsgeschütz bestand aus Material veralteter Konstruktion und hatte vorwiegend eiserne Rohre.

Die Artillerie ergänzte sich teilweise durch Freiwillige mit zehnjähriger Kapitulationszeit, von denen die für die reitenden Kompagnieen angeworbenen, gleichwie bei der Reiterei, sich in der Lage befinden mußten, mit einem Dienstpferd auf Urlaub zu gehen. Diese ange-

---

*) Das Stangen-Handpferd ging in einer wie folgt gebildeten Gabeldeichsel. Indem die Deichsel der Protze die linke Gabel bildete, bestand die rechte in einem losen Baume, der durch einen am rückwärtigen Ende befindlichen Ring mittelst eines eisernen, unten durch eine Schraubenmutter gehaltenen Pflockes auf der Nabe des rechten Rades saß. Diese Einrichtung hatte den Vorteil, daß ein schärferes Wenden möglich war.

worbene Mannschaft hieß Kanoniere 1. Klasse. Der Rest wurde durch die jährliche Einstellung von ausgehobenen Militärpflichtigen mit siebenjähriger Dienstzeit in der Weise gedeckt, daß für eine reitende Compagnie 13, für die Fuß-Compagnie 15, die Park-Compagnie 5 und die Handwerker-Compagnie 20 Rekruten entfielen, welche Kanoniere, beziehungsweise Handwerker 2. Klasse waren.

Die Einstellung der Kanoniere 2. Klasse erfolgte zwar mit dem 16. April; doch wurden dieselben, mit Ausnahme der Mannschaften für die Handwerker-Compagnie, bis 1. August ohne Sold beurlaubt, um erst mit diesem Termine zum Dienst einzutreten. Die geworbene Mannschaft wurde dagegen jederzeit, sobald eine Vakanz vorhanden war, eingestellt und dementsprechend auch einzeln ausgebildet. Der Ausbildungskursus schloß bei der Fußartillerie Mitte Juli, bei der reitenden Artillerie dagegen erst Ende dieses Monats ab.

Dann begann für die Fußartillerie die bis Ende September währende eigentliche Exerzierzeit mit Schießübung, zu welcher die beurlaubten Kanoniere 1. Klasse für mindestens zwei Monate einberufen wurden. Bei jedem Artilleriebataillone wurde, wie schon erwähnt, eine Batterie von 6 Geschützen und 6 Munitionswagen (die sogenannte „Karrenbatterie") bespannt, mit welcher die einzelnen Compagnieen abwechselnd übten. 1866 stand für diese früher als sonst anberaumten Übungen jedem Bataillone eine gezogene Sechspfünder-Batterie zur Verfügung. Bei der reitenden Artillerie begann mit dem 1. August diese Exerzierzeit, welche gleichfalls bis Ende September dauerte. Die Compagnie, welche hierzu sämtliche beurlaubte Kanoniere 1. Klasse mit ihren Dienstpferden einberief, bespannte dagegen nur ihre 6 Geschütze.

Nach Abschluß der Exerzierzeit konnten für die Periode vom 1. Oktober bis 31. Juli einzelne Unteroffiziere und Trompeter, sowie die mindestens zwei Jahre dienenden Kanoniere 1. Klasse auf kürzere oder längere Zeit beurlaubt werden; die reitenden Artilleristen mit dem königlichen Dienstpferde nach Maßgabe der für die Reiterei bestehenden Bestimmungen, die Fußartilleristen zwar ohne Pferd, aber im übrigen nach den für die Kavallerie maßgebenden Vorschriften. Sowohl bei der reitenden, wie bei der Fußartillerie gelangten die Kanoniere 2. Klasse nach einer permanenten Dienstzeit von 21 Monaten ohne Sold zur

Beurlaubung und wurden bis einschließlich des 6. Dienstjahres alljährlich zu einer vierwöchentlichen Übung einberufen, um dann für das 7. Dienstjahr in die Kriegsreserve überzutreten.

Die bei der Handwerker = Compagnie eingestellten Handwerker waren 23 Monate im Dienste präsent, wurden dann beurlaubt und in ihrem 6. Dienstjahre auf die Dauer eines Monats noch einmal einberufen.

Wurde die hannoversche Artillerie auf den Kriegsfuß gesetzt, so erfolgte eine teilweise Änderung ihrer inneren Einteilung, indem die Compagnieen aus dem bisherigen Bataillons= und Abteilungsverbande traten, um zur Bemannung der zu mobilisierenden Batterieen zu dienen. Außer den 2 reitenden Batterieen waren mit Einschluß des Reserve=Kontingents, wie schon oben dargelegt, noch 6 Fußbatterieen zu stellen, also insgesamt 8 mit 50 Geschützen, von welchen sonst nur die Friedens=bespannung von 5 Batterieen vorhanden war. Die reitende Batterie zählte auf matrikularmäßigem Kriegsfuß 177 Köpfe (wobei 32 Nichtkombattanten) und 199 Dienstpferde, eine Fußbatterie von 6 Geschützen 188 Köpfe (einschließlich 32 Nichtstreitbare) und 157 Dienstpferde, eine Batterie von 8 Geschützen 229 Köpfe (mit 34 Nichtkombattanten) und 189 Dienstpferde. Der Offiziersstand der einzelnen Batterieen war der nämliche, wie im Frieden bei der Compagnie; nur hatte die Batterie von 8 Geschützen noch einen zweiten Sekonde=Lieutenant. Jede Batterie erhielt einen Assistenzarzt zugeteilt.

Außerdem hatten noch für das Hauptkontingent mobilisiert zu werden, 2 Munitionskolonnen von zusammen 184 Mann und 231 Pferden (mit dem Reservekontingent 210 Mann und 265 Pferde), befehligt von einem Hauptmann, unter welchem 2 Premier=Lieutenants und 1 Sekonde=Lieutenant standen.

Ferner war aufzustellen ein Hauptpark von 174 Mann und 211 Pferden (einschließlich des Reservekontingents 211 Mann und 265 Pferde), welcher den nämlichen Offiziersstand wie die beiden Munitionskolonnen hatte.

Schließlich noch ein Reservepark oder das bewegliche Depot für das Hauptkontingent in der Stärke von 91 Mann und 27 Pferden, mit dem Reservekontingente 116 Mann und 29 Pferde; die Zahl der Offiziere wie bei den 2 Munitionskolonnen.

Der Stab der Feldartillerie bestand für das Hauptkontingent aus 1 Stabsoffizier als Kommandeur, 2 anderen Stabsoffizieren, 4 Adjutanten und weiteren 37 Köpfen (wovon 26 Nichtkombattanten) mit 60 Pferden (einschließlich des Trains). Beim Aufgebote des Reservekontingents wurde der Stab noch um einen Stabsoffizier mit einem Adjutanten und einigen Kanonieren vermehrt.

An Belagerungsartillerie hatte Hannover, ohne daß ein Unterschied zwischen Haupt- und Reservekontingent bestand, eine Compagnie von 186 Mann und 88 Pferden zu stellen, bei welcher außer einem Hauptmann 2 Premier- und 2 Sekonde-Lieutenants eingeteilt waren. Der Belagerungspark hatte außer dem sonst benötigten Material 10 Geschütze.

Die Handwerker-Compagnie blieb während des mobilen Verhältnisses unverändert bestehen.

Die Uniform der Artillerie bestand in einem dunkelblauem Waffenrock mit schwarzen Kragen und Aufschlägen, roten Achselklappen und gelben Knöpfen, dazu dunkelgraue Beinkleider und weißes Lederzeug. Die reitende Artillerie trug den alten Legionshelm*) mit einer schwarzen Raupe, die Fußartillerie den Käppi ohne Haarbusch. Sämtliche Berittene führten den Husarensäbel, die Fußmannschaft dagegen ein Faschinenmesser in schwarzlederner Scheide. Die Unteroffiziere und die Kanoniere der reitenden Batterieen waren mit einer Pistole ausgerüstet und trugen dazu eine Patrontasche mit Bandolier. Die Fußmannschaft hatte Tornister von Seehundfell. Die gesamte Artillerie trug dunkelblaue Mäntel (Chenillen). Die Offiziere hatten wie bei den übrigen Waffengattungen Epauletten und Schärpe.

Bei der reitenden Artillerie entsprach die Ausrüstung der Reitpferde jener der Dragoner, nur daß sie schwarze Schaffelle führte. Die Reitpferde der Fußartillerie waren analog denen der Kürassiere ausgerüstet.

Die Kanoniere 1. Klasse hatten sich gegen ein tägliches Monturgeld von 5 Pfennigen die kleine Montur selbst zu beschaffen; für die übrige Mannschaft zahlte der Fiskus beim Eintritt an die Bekleidungs-Kommission einen einmaligen Betrag von 10 Thaler.

---

*) Das heißt den Helm der reitenden Artillerie der von 1803—1816 bestandene Königlich Deutschen Legion.

Die Fußartillerie und ebenso die Handwerker-Compagnie waren kaserniert. Die reitende Artillerie hatte, gleichwie die Kavallerie, eine Kaserne in dem Stabsquartiere, in welcher die Kanoniere 2. Klasse untergebracht zu werden pflegten. Insoweit dies nicht auch mit den Kanonieren 1. Klasse geschehen konnte, wurden dieselben auf dem Lande bequartiert.

Bei der Artillerie bildete die Batterie die taktische Einheit, in 3 Züge gegliedert (nur die eventuell zur Aufstellung gelangende Haubitzbatterie von 8 Geschützen hatte 4 Züge), jeder von einem Offizier kommandiert. Vorkommendenfalls konnte die Batterie auch in zwei Halbbatterieen geteilt werden.

Die Mannschaft eines Feldgeschützes bestand bei der Fußartillerie, außer den Fahrern, aus 1 Unteroffizier und 8 Bedienungs-Kanonieren; für den Munitionswagen noch ein weiterer Mann. Die gesamte Bedienungsmannschaft konnte teils auf das Geschütz und dessen Protze, teils auf den Munitionswagen aufsitzen. Bei der reitenden Artillerie hatte das Geschütz 1 Unteroffizier und 9 Kanoniere, wovon 2 Pferdehalter; 2 Kanoniere, die Hauptnummern für das Abprotzen, waren unberitten und nahmen auf der Protze Platz.

Fuhr die Batterie in Linie auf, so betrug das Intervall zwischen den einzelnen Geschützen, je nachdem die Bespannung aus 6 oder 8 Pferden bestand, 20 oder 24 Schritte. Nahmen mehrere Batterieen neben einander Stellung, so war die Entfernung zwischen denselben 6 Schritte mehr, als das Geschütz-Intervall. Auf 12 Schritte rückwärts von den Geschützen standen die Protzen, hinter ihnen die Pferdehalter und Munitionswagen. Die Bewegungen erfolgten entweder in Linie oder Kolonne. Bei der Kolonne in einzelnen Geschützen fuhren die Munitionswagen neben den Geschützen, in der offenen Zugs- oder Halbbatterie-Kolonne dagegen vor oder hinter den Geschützen. Wurde die offene Zugskolonne oder die Kolonne auf die Mitte gebildet, so fuhren die Wagen zwischen den Geschützen.

Das Feuer der Batterie wurde entweder abgegeben von einem Flügel, indem jedes Geschütz in der betreffenden Reihenfolge feuerte, oder es erfolgte Zugsfeuer, bei welchem die einzelnen Züge abwechselnd ihre Geschütze feuern ließen. Ferner war das sogenannte Batteriefeuer vorgesehen, bei welchem jedes Geschütz für sich ohne Innehaltung der Reihenfolge ein so rasches Feuer wie nur möglich unterhielt.

Das Ingenieur=Corps

bestand aus einem Stabe und 2 Pionier=Compagnieen. Der Stab zählte 1 Oberstlieutenant, 1 Major, 1 Adjutanten (zugleich Rechnungsführer), 3 Hauptleute, 1 Premier=Lieutenant, außerdem 1 Zeichner und einen Stabsfourier. Für jede Pionier=Compagnie, die an Offizieren 1 Hauptmann und 2 Premier=Lieutenants hatte, war ein Friedens=Gesamtstand von 113 Mann (durchgängig Kombattanten) und überdies 11 Mann Kriegsreserve vorgeschrieben.

Die Ergänzung des Ingenieur=Corps, welches kaserniert war, erfolgte, wie bei der Artillerie, nach dem gemischten Systeme, teils durch Anwerbung der sogenannten Pioniere 1. Klasse auf 6 bis 10 Jahre, teils durch Einstellung ausgehobener Militärpflichtiger, der Pioniere 2. Klasse, für deren Dienstverhältnis die nämlichen Normen geltend waren, wie bei der Infanterie.

Der Eintritt sämtlicher Rekruten erfolgte mit dem 16. April. Die eigentliche Exerzierzeit fand im September statt und war besonders sowohl der Ausführung von Feldwerken, wie Pontonier=Arbeiten gewidmet. Vom November bis Ende März frequentierten die Rekruten und die jüngere Mannschaft zu ihrer theoretischen Ausbildung die Compagnie=Winterschule. Außer der Exerzierzeit konnten von den Unteroffizieren und den Pionieren 1. Klasse einzelne, welche mindestens bereits 2 Jahre gedient, zeitweise beurlaubt werden. Hinsichtlich der Mannschaften 2. Klasse galten betreffs der Präsenz und Beurlaubung die diesbezüglichen Bestimmungen für die Infanterie.

Das Brückenmaterial war nach Biragoschen Systeme konstruiert.

Wurde das Bundes=Hauptkontingent mobil gemacht, so stellte Hannover eine aus 2 Pionier=Compagnieen gebildete Abteilung unter einem Stabsoffizier. Die 1. Compagnie in der Stärke von 73 Mann*) und 6 Reitpferden mit einem Train von 65 Mann, 108 Pferden und 18 Wagen hatte eine Avantgarde=Brückenequipage von 120 Fuß Brückenlänge. Die 2. Compagnie hatte einen Stand von 101 Mann und 6 Reitpferden mit einem Train von 88 Mann, 152 Pferden und

*) Zu dieser Compagnie hatte außerdem bei einer Mobilmachung von Bundeswegen ein Braunschweigisches Pionier=Detachement von 31 Mann zu stoßen.

23 Wagen und führte eine Brückenequipage von 240 Fuß Brückenlänge. Beim Aufgebote des Reservekontingents wurde nur die 1. Compagnie um 28 Mann und einige Fuhrwerke verstärkt. Den Train der beiden Compagnieen befehligte ein Train=Lieutenant. Der Abteilungsstab zählte 5 Köpfe und 8 Reitpferde.

Die Uniform des Ingenieur=Corps unterschied sich von jener der Fußartillerie nur durch das schwarze Lederzeug, die weißen Knöpfe und dementsprechenden Silberbesatz; dazu Käppi mit Haarbusch. Außerdem hatte die Mannschaft einen Arbeitsanzug von sogenanntem englischem Leder. Die Bewaffnung bestand in einem Karabiner, einem als Faschinenmesser sowohl wie als Handbeil dienenden Seitengewehre in Lederscheide an einem Leibgurte; an letzterem zugleich eine Patronen= und eine Nageltasche. Die 1. Compagnie trug außerdem Schanzzeug in Lederfutteralen an Tragriemen.

Die Sanitäts=Compagnie

trat im Frieden nur zu Übungszwecken zusammen und wurde durch abkommandierte Offiziere und Mannschaften, vorzugsweise von der Infanterie, mit der Maßgabe formiert, daß jedes Bataillon 5 Mann zum Sanitätsdienste stellte. Der für die Friedenszeit normierte Konzentrierungs=Etat stellte sich auf 1 Hauptmann, 3 Lieutenants, 1 Arzt und 122 Mann; der Übungskursus dauerte vom Januar bis Juni. Bei der Mobilmachung wurde die Compagnie, unverändert für das Haupt= wie für das Reservekontingent, in einer Stärke von 253 Mann (1 Hauptmann, 5 Subalternoffiziere und 1 Arzt inbegriffen) aufgestellt und in 4 Züge eingeteilt. Außer 21 Reitpferden hatte sie einen Train von 39 Mann, 55 Pferden und 23 Fahrzeugen, wovon 16 Sanitätswagen.

Die Offiziere und Mannschaften behielten die Uniform ihrer ursprünglichen Truppenteile bei, trugen aber für den Dienst im Felde ein Käppi mit weißem Pompon; die Mannschaft legte durchgängig schwarzes Lederzeug an. Unteroffiziere und Mannschaft erhielten einen Karabiner, ein kurzes Seitengewehr, eine kleine Patrontasche und eine lederne Verbandtasche.

Was den übrigen Sanitätsdienst anbelangt, so hatte Hannover im Kriegsfalle für das Hauptkontingent 2 ambulante Hospitäler für je 250 Kranke zu stellen, deren Bedienungspersonal in 56 Mann mit 26 Reitpferden bestand; dazu ein Train von 46 Mann, 79 Pferden und 21 Fahrzeugen, worunter 14 Krankenwagen. Ferner war ein stehendes Hospital vorgesehen, welches ein ärztliches ꝛc. Personal von 113 Mann und 44 Reitpferden mit 23 unbespannten Fuhrwerken erforderte. Bei Aufgebot des Reservekontingents wurde ein drittes ambulantes Hospital formiert, das stehende Hospital aber auf 1250 Kranke erweitert und das Bedienungspersonal dementsprechend vermehrt.

Vom Train- und Armee-Fuhrwesen

bestand im Frieden nur ein Stamm von 1 Rittmeister als Kommandanten, 4 Lieutenants, 14 Unteroffizieren, 1 Roßarzt, 1 Hufschmied und 60 königlichen Dienstpferden. Durch diesen Stamm erfolgte die Ausbildung der alljährlich ausgehobenen Trainmannschaft, welche nach einander in 4 Abteilungen auf je 6 Monate einberufen wurde, so daß immer 2 Abteilungen im Dienste waren.

Der für das gesamte Fuhrwesen (außer der Artillerie) erforderliche Pferdebedarf im Mobilmachungsfalle bezifferte sich auf 2327 Stück (wovon 232 für das Depot), welche man bei dem Pferdereichtum Hannovers ohne Anstand durch freien Handkauf oder Zwangsaushebung aufbringen konnte.

Das im Kriegsfalle außer dem bei den Truppenteilen befindlichen Train aufzustellende Kommissariats-Fuhrwesen bestand aus einem Stabe unter einem Rittmeister (9 Mann, 15 Pferden und 2 Wagen); ferner aus 2 Proviantkolonnen, jede von einem Lieutenant befehligt, in der Gesamtstärke von 170 Mann, 284 Pferden, 60 Proviantwagen*) und 6 anderen Fahrzeugen, welche bei Aufgebot des Reservekontingents auf 72 Proviantwagen erhöht zu werden hatten. Dazu eine Abteilung für besondere Kommissariatsvorräte von 11 Mann und 19 Pferden mit 4 bespannten und 21 unbespannten Wagen. Außer der Bespannung

---

*) Eine ungefähr gleiche Anzahl solcher Wagen befand sich bei den Truppenteilen.

für den Sanitätsdienst und die sonstigen Armeezweige hatte im Kriegsfalle der Train auch die Feldbäckerei zu bespannen, welche für das Hauptkontingent aus 4 sechsspännigen Backöfen, von denen jeder täglich 1400 Brotportionen liefern konnte, bestand, die beim Aufgebote des Reservekontingents um einen fünften Backofen vermehrt wurden.

Die Uniform des Trains bestand in dunkelblauem Waffenrocke und dergleichen Beinkleidern, hellblauen Kragen und Aufschlägen, roten Achselklappen (erst seit 1866; früher grün), gelben Knöpfen, Käppi mit Haarbusch, Säbel in eiserner Scheide*).

Die außerdem zum Armeestande zählende

Gendarmerie

umfaßte die zum Ordonnanzdienste beim Könige bestimmte Leibgendarmerie und die für polizeiliche Zwecke bestehende Landgendarmerie. Die erstere, 12 Mann unter 1 Offizier, ergänzte sich aus Unteroffizieren und gedienten Leuten der Reiterei. Sie war wie die Husaren uniformiert und ausgerüstet und trug scharlachrote Dolmans mit gelbem Besatz und dunkelblaue Pelze. Die Landgendarmerie zählte unter 1 Kommandanten und 9 anderen Offizieren 416 Unteroffiziere und Gendarmen, von denen 125 beritten waren. Sie ergänzte sich aus Offizieren, beziehungsweise Unteroffizieren der Armee. Ihre Uniform war ein dunkelblauer Waffenrock mit karmoisinroten Kragen und Aufschlägen, gelben Knöpfen und goldenen Tressen; dazu dunkelgraue Beinkleider und dergleichen Chenille, schwarzes Lederzeug und ein Käppi. Bewaffnet waren die Berittenen mit einem Husarensäbel und 2 Pistolen, die Fußgendarmen dagegen mit einem glatten Perkussionsgewehr und einem Seitengewehr, indem sie an Stelle der Patrontasche eine schwarzlederne Jagdtasche hatten. —

Das auf 78 Köpfe berechnete

Cadetten-Corps

in Hannover bildete zur Friedenszeit die Pflanzschule für die Offiziere der Armee. Die Aufnahme in dasselbe geschah mit dem 15. Lebensjahre.

*) Die Mannschaft sämtlicher Waffengattungen trug an Stelle der Feldflasche ein flaches, hölzernes Tönnchen (die sogenannte Kantine) an einem Umhängeriemen.

Der Unterricht erfolgte in 3 Klassen, von denen der Zögling in der Regel jede ein Jahr frequentierte. Je nach dem Resultate der Schlußprüfung traten die Cadetten der ältesten (1.) Klasse als Portepee-Fähnrichs, Cadetten oder Volontärs in die Armee über.

Konnte bei außerordentlichen Fällen das Erfordernis an Offiziers-Aspiranten durch das Cadetten-Corps nicht gedeckt werden, so war die Einteilung junger Leute von guter Familie im Alter von 17 bis 20 Jahren, wofern sie den vorschriftsmäßigen Anforderungen entsprachen, als Volontär-Cadetten bei den Truppenteilen gestattet. Im Kriege stand übrigens jedem würdigen, sich auszeichnenden Unteroffiziere die Beförderung zum Offizier offen.

Zur weiteren wissenschaftlichen Ausbildung der jüngeren Offiziere diente die Militär-Akademie in Hannover und wurde während des Wintersemesters von ihnen frequentiert. Nach zweijährigem Besuche der Anstalt hatte jeder Offizier sein Examen zum Premierlieutenant abzulegen.

Eine besondere Abteilung der Akademie bildete die Generalstabsklasse, in welcher die Generalstabsoffiziere 2. Klasse ihre Heranbildung zu solchen 1. Klasse erhielten. Während das Wintersemester dem theoretischen Unterricht gewidmet, wurden die Frequentanten im Sommerhalbjahre zu praktischen Generalstabsübungen und zur Dienstleistung bei den verschiedenen Waffengattungen herangezogen.

Für die Heranbildung von Unteroffizieren traten bei den Truppenteilen Winterschulen zusammen. Die letztere absolvierenden Aspiranten der Artillerie und des Ingenieur-Corps genossen nach dreijährigem Lehrgange eine weitere Ausbildung in der Ingenieur- und Artillerie-Unteroffiziersschule.

Das Militärgerichtsverfahren entsprach dem Zivilverfahren. Ein Auditeur führte die Untersuchung und überwachte das Verfahren. Jeder Angeklagte mußte einen Verteidiger haben, den er sich selbst wählen durfte.

Das Offizierscorps umschlang das Band echter Kameradschaft; diejenigen, welche von annähernd gleichem Alter, nannten sich „Ihr".

Der Vereinigungspunkt für die Offiziere der einzelnen Truppenteile, mit Einschluß der Ärzte, war die „Meß“, deren Verwaltung eine gewählte Kommission leitete. Das Inventar der Meß war Eigentum des Offizierscorps. Jeder Unverheiratete, gleichviel welchen Ranges, mußte dort speisen; der Preis für den Tisch war ein mäßiger. Auch die verheirateten Offiziere bezahlten einen Beitrag zu den Unterhaltungskosten der Meß. Es wurden allwöchentlich für die letztere ein Präsident und ein Vizepräsident gewählt. Der Präsident vertrat gewissermaßen die Stelle des Hausherren und führte bei Tische den Vorsitz. Die Stabsoffiziere waren von dieser Wahl ausgeschlossen, teils wegen der damit verbundenen Mühewaltung, teils um nicht ihren Einfluß außerdienstlich in unbequemer Weise geltend zu machen. Bei Tische saßen die Offiziere ohne Rangsunterschied. Dienstliche Angelegenheiten durften in der Meß weder vorgenommen, noch besprochen werden. Ein oder zweimal im Monat war sogenannter Gasttag mit Musik, zu welchem alle Offiziere zusammenkamen und auch Gäste einführen durften. Diese zwangslose Vereinigung in der Meß vermittelte einen anregenden Austausch zwischen den älteren und jüngeren Offizieren, der auf die letzteren zugleich erziehend wirkte und jenen Anstand und guten Ton pflegen half, welcher das hannoversche Offizierscorps auszeichnete. Dem höheren Offizier bot sich in der Meß zugleich die erwünschte Gelegenheit, seine Offiziere näher kennen und beurteilen zu lernen. Auch im Dienste gelangte die Kameradschaft und der gute Ton zur Geltung. Die Befehle wurden kurz und bestimmt gegeben, ohne daß eine unangenehme Schärfe damit verbunden war. Dementsprechend war auch die Behandlung der Untergebenen eine humane, ohne dabei die erforderliche Strenge aus den Augen zu verlieren. Das hannoversche Offizierscorps war daher ein ebenso gediegenes, wie gebildetes, welches der eigenen Armee zur Zierde gereichte und für andere Heere ein nachahmungswertes Vorbild bleibt.

Auf diesen Grundlagen beruhte die Organisation der hannoverschen Armee, welche in jeder Beziehung über ein vorzügliches Material verfügte.

Für die Mobilmachung war ein Zeitraum von 2 bis 3 Wochen in Aussicht genommen, mit deren Ablauf man die Truppen in ihren Garnisonen marschfertig zu haben hoffte. Bleibt es für einen Staat von außerordentlicher Bedeutung, im Kriegsfalle den Übergang seiner Streitkräfte auf den Fuß der Kampfbereitschaft in möglichst kurzer Frist

sich vollziehen zu sehen und dementsprechend die Grundzüge seines Wehrsystems zu gestalten, so konnte die Organisation der hannoverschen Armee nicht nach jeder Richtung als eine in jenem Sinne zweckentsprechende erscheinen. Abgesehen von dem geringen Präsenzstande der Armee außer der Exerzierzeit waren solche Einrichtungen, wie beispielsweise die vorgesehene Bildung kombinierter Kavallerie-Regimenter, ferner die im Mobilmachungsfalle eintretende Auflösung des Regimentsverbandes bei der Infanterie und das Platzgreifen ähnlicher Verhältnisse bei der Artillerie jedenfalls nicht dazu angethan, dem Übergange der Truppen zur Kriegsbereitschaft förderlich zu sein. Ein nicht zu unterschätzender Übelstand war auch der Mangel von Intendanturen im Frieden, was eine rasche Organisation des Verwaltungswesens im Kriege mehr oder minder hinderlich beeinflussen mußte. Haben wir schon betreffenden Orts auf die Schattenseiten hingedeutet, welche mit der Organisation der hannoverschen Reiterei verbunden waren, so mögen die kurze Dienstpräsenz des Soldaten und der Mangel einer Reserve nach dem Muster der preußischen Landwehr hier außer Betracht bleiben, da für eine erhebliche Anzahl anderer deutscher Staaten ähnliche Verhältnisse bestanden. In dem Berichte der Bundes-Militärkommission über die 1858 stattgefundene Musterung der hannoverschen Armee wurde zwar auf verschiedene dieser Übelstände hingewiesen, die Grundzüge jener Organisation jedoch als durch die Landesverhältnisse bedingt bezeichnet. Indem man an maßgebender Stelle überkommene Institutionen mit Pietät pflegen zu müssen meinte, vergegenwärtigte man sich nicht, daß dieselben nicht immer mehr den Anforderungen der Neuzeit entsprachen. Mochte somit auch die Armee hinsichtlich ihrer Organisation nicht frei von mancherlei Gebrechen sein, so lebte doch in ihr jene alte hannoversche Tapferkeit und Treue fort, welche auf zahlreichen Schlachtfeldern der vergangenen Jahrhunderte mit dem Leben und Blute ihrer Soldaten Hannovers Fahnen mit unverlöschlichen Lorbeeren geschmückt hatte.

In dieser Verfassung sah sich die Armee 1866 in das Feld gerufen, um unter den schwierigsten Verhältnissen den Kampfplatz zu betreten.

III.

Preußen, seine Gegner und Bundesgenossen beim Ausbruche des Kriegs.

Bevor wir zur Schilderung der folgenden Kriegsereignisse übergehen, bedarf es, zum Verständnisse für das Kommende, zunächst noch eines kurzen Blickes auf die militärische Situation, wie sie sich in Deutschland, insbesondere was das westliche Kriegstheater anbetrifft, beim Ausbruche des Kampfes und in den nächsten Tagen gestaltete, womit zugleich ein gedrängter Abriß der gegenseitigen Streitkräfte verbunden sein mag.

Die systemisierte Kriegsstärke der österreichischen Streitmacht bezifferte sich auf 660000 Mann, von welchen mit Einschluß der Besatzungen für den nördlichen Kriegsschauplatz 328000 Mann und zwar für die Feldarmee 215000 Mann (ohne die Artilleristen) mit 736 Geschützen disponibel waren, während die gegen Italien entwickelten Streitkräfte, die Besatzungen inbegriffen, sich auf 191000 Mann stellten*). Indem hier, als unserem Zwecke ferner liegend, von einem näheren Eingehen auf die österreichische Heeresorganisation Umgang genommen werden mag, ist dem Leser bereits aus der Einleitung bekannt, daß die zum Kampfe gegen Preußen bestimmte österreichische Hauptmacht anfänglich in Mähren zur Aufstellung gelangte, um erst in

*) Wir beschränken uns hier, wie in der Folge, auf die Wiedergabe abgerundeter Stärkeziffern.

der zweiten Hälfte des Juni nach dem nordöstlichen Böhmen gezogen zu werden.

Was Österreichs Bundesgenossen anbelangt, so ist uns schon zur Genüge bekannt, daß in Hannover die Truppen zwar auf dem erhöhten Exerzieretat sich befanden, dagegen hinsichtlich ihrer Ausrüstung noch weit davon entfernt waren, vollkommen schlagfertig zu sein. In Kurhessen, welches sich streng auf den Bundesstandpunkt stellte, war für den Übergang auf den Kriegsfuß bisher nicht das mindeste geschehen, so daß beim Ausbruche des Krieges die Truppen unter völliger Preisgebung der nördlichen Gebietsteile des Landes schleunigst am unteren Main konzentriert und ihrer mangelhaften Ausrüstung wegen vorläufig zum Besatzungsdienste in Mainz bestimmt werden mußten, worauf wir in der Folge des näheren zurückkommen werden.

Während die sächsische Armee beim Beginne des Krieges, wie schon erwähnt, nach Böhmen sich zurückzog, um an das österreichische Heer Anschluß zu nehmen, hatte Bayern, welches das 7. Bundes-Armeecorps stellte, bald nach Mitte Juni seine Mobilmachung insoweit durchgeführt, daß es 59 000 Mann (worunter gegen 48 000 Streitbare) bei den Fahnen hatte. Die übrigen süddeutschen Staaten, welche das 8. Bundes-Armeecorps bildeten, waren dagegen mit Ausnahme von Hessen-Darmstadt und der zu diesem Corps überwiesenen nassauischen Brigade, Mitte Juni mit ihren Rüstungen noch im Rückstande, obwohl die Ende Mai in München stattfindenden Konferenzen (s. S. 149) für jenen Zeitpunkt 50 000 Mann in Aussicht nehmen zu können geglaubt hatten.

Vermöge der in München getroffenen Übereinkunft wurde Prinz Karl von Bayern mit dem Oberbefehle über das 7. und 8. Bundes-Armeecorps beauftragt. Prinz Alexander von Hessen, großherzoglich hessischer General der Infanterie und österreichischer Feldmarschall-Lieutenant, erhielt am 14. Juni von dem Könige von Württemberg, welchem den Turnus der Ernennung zustand, das Kommando des 8. Corps übertragen. Nachdem durch Bundesbeschluß vom 27. Juni diese Kommando-Verhältnisse ihre definitive Regelung gefunden, trat Prinz Karl mittelst Tagesbefehls vom 28. Juni den Oberbefehl über diese beiden zur „Westdeutschen Bundesarmee“ vereinigten Corps an.

Ein allgemeiner Kriegsplan war bekanntlich mit Österreich noch nicht vereinbart, als Preußen Mitte Juni den Kampfplatz betrat. Die in jener Beziehung bei dem Ausbruche des Krieges zwischen der ersteren Macht und Bayern schwebenden Verhandlungen fanden, wie schon betreffenden Orts (s. S. 150) erwähnt, ihren Abschluß dahin, daß das letztere auf eine Vereinigung seiner Truppen mit der österreichischen Nordarmee verzichtete und für eine selbständige Thätigkeit der süddeutschen Corps in Mittel- und Westdeutschland sich entschied, wovon am 18. Juni nach Wien Anzeige erstattet wurde.

Mitte Juni vollzog die bayerische Armee ihren anfänglich noch eine Cooperation mit dem österreichischen Heere bezweckenden Aufmarsch in Franken, welcher sie bis zum 21. dieses Monats in die folgende Aufstellung an dem von Würzburg sowohl nach Sachsen, wie Böhmen führenden Schienenwege führte. Das aus 3 Brigaden bestehende Reserve-Kavalleriecorps (3 Kürassier- und 4 leichte Regimenter zu je 4 Eskadronen mit 12 Geschützen reitender Artillerie) am rechten Flügel bei Baireuth und Hof; die 1. Infanterie-Division bei Lichtenfels, die 3. bei Bamberg, die 2. bei Forchheim und die 4. bei Schweinfurt am linken Flügel. Jede dieser Infanterie-Divisionen hatte ein Stärke von 12 Bataillonen, 4 Eskadronen und 2 Batterieen zu 8 Geschützen, oder insgesamt über 10700 Streitbare. Die Reserve-Artillerie (8 Batterieen zu 8 Geschützen) kantonnierte bei Erlangen. Die Gesamtstärke dieser Streitkräfte bezifferte sich auf 47000 Kombattanten. Das Hauptquartier des Prinzen Karl von Bayern wurde am 20. Juni nach Bamberg verlegt.

Vom 8. Bundes-Armeecorps, dessen Kontingente bekanntlich größtenteils noch in der Mobilmachung begriffen waren, wurden in den Tagen vom 16. bis 18. Juni zum Schutze der betreffenden Staaten am unteren Main bei Frankfurt 2c. eiligst 19½ Bataillone, 13 Eskadronen und 16 Geschütze, insgesamt 20000 Mann (Württemberger, Darmstädter und Nassauer) zusammengezogen, die jedoch hinsichtlich ihrer Schlagfertigkeit teilweise noch zu wünschen übrig ließen. Das Hauptquartier des 8. Corps trat am 20. Juni in Darmstadt zusammen.

In den Tagen vom 21. bis 23. Juni erhielt dieses Corps durch die bei Frankfurt eintreffende österreichische Infanterie-Brigade Hahn

(7500 Mann und 16 Geschütze) eine Verstärkung*), welcher am 25. Juni die 1. badische Infanterie-Brigade (5 Bataillone; 4500 Mann und 6 Geschütze) nach Darmstadt folgte. Während die Österreicher und Nassauer eine Aufstellung bei Wiesbaden nahmen, langten in den folgenden Tagen bis 30. Juni noch 5 Bataillone, 5 Eskadronen und 2 Batterieen (16 Geschütze) Württemberger am unteren Main an, so daß das 8. Corps eine Stärke von 37000 Mann erreicht haben mochte. Sein Hauptquartier traf am 26. Juni in Frankfurt ein. Die Festung Mainz hatte Mitte Juni eine Besatzung von mindestens 7000 Mann. Erst nachdem in der Zeit vom 1. bis 5. Juli noch 5 Bataillone, 8 Eskadronen und 12 Geschütze der badischen Division, sowie der Rest der württembergischen Truppen eingetroffen waren, hatte das 8. Corps eine Stärke von 50000 Mann**).

Bis 21. Juni standen somit in Franken 47000 Bayern und am untern Main vom 8. Corps 20000 Mann, demnach insgesamt 67000 Mann in Bereitschaft.

Hatte die bayerische Armee den Vorteil, ein in sich einheitlich gegliedertes und von Einem Interesse geleitetes Ganze zu bilden, so war dies weniger beim 8. Corps der Fall. Ebenso wie seine Kontingente eine mehr oder minder verschiedene Organisation und Bewaffnung hatten, kamen für dessen Führung ebenso viele Landesinteressen inbetracht, deren Wahrung selbst in dem zwischen Österreich und Bayern getroffenen Übereinkommen anempfohlen worden war. Ohne daß wir hier auf die inneren Verhältnisse des süddeutschen Heeres näher einzugehen vermögen, dürfen wir uns in Würdigung jener Umstände zwar nicht verhehlen, daß die Führung dieser in sich heterogenen Masse mit mannigfachen und nicht unerheblichen Schwierigkeiten zu kämpfen hatte; indessen war doch anderseits die hier in Frage stehende Heeresmacht immerhin von solcher Erheblichkeit, daß bei einer umsichtigen und einigermaßen energischen Leitung gegen die auf diesem Kriegstheater verfügbaren, in der Minder-

*) Sie umfaßte die durch Bundesbeschluß vom 6. Juni (s. S. 143) aus Frankfurt und den Bundesfestungen gezogenen Besatzungstruppen, welche, anfänglich nach Österreich zurückberufen, nunmehr wieder ihre Bestimmung nach Süddeutschland erhalten hatten.

**) Die der Öffentlichkeit zugänglich gewordenen Nachrichten über die Konzentrierung des 8. Corps sind in mancher Beziehung nicht unbedingt genau.

zahl befindlichen preußischen Streitkräfte unbedingt günstigere Resultate zu erzielen gewesen sein dürften, wie es der Fall sein sollte. —

Nach dieser Umschau über die Streitkräfte Österreichs und seiner süddeutschen Bundesgenossen, erübrigt es uns noch, auch die militärische Lage Preußens und seiner Alliierten, mit besonderer Bezugnahme auf das westdeutsche Kriegstheater, in den Kreis unserer Betrachtungen zu ziehen.

Indem wir zunächst einen kurzen Blick auf die Organisation des preußischen Heeres werfen, wie dieselbe durch das 1859 begonnene Reorganisationswerk sich gestaltet hatte, dürfte es genügen, auf die Darlegung der folgenden Grundzüge sich zu beschränken.

In ein Garde- und 8 Provinzial-Armeecorps geteilt, zählte Preußens Heer 1866 im Friedensstande an Infanterie 81 Regimenter zu 3 Bataillonen und 10 nicht regimentierte Jäger- (Schützen-) Bataillone, insgesamt 253 Bataillone*) zu 4 Compagnieen, deren Friedensfuß außer 18 Offizieren 518 Kombattanten betrug, mit Ausnahme der Garde-Regimenter, für welche eine höhere Stärkeziffer bestand. Im Kriegsfalle erhöhte sich durch die Einziehung der Reserve die Stärke des Bataillons, ausschließlich der Offiziere, auf 1002 Kombattanten.

Die Reiterei zählte 40 Regimenter zu 4 und 8 Regimenter zu 5 Eskadronen**). Der Friedensstand eines Regiments zu 4 Eskadronen betrug, mit Einschluß der Offiziere, 599 Mann, im Kriege 606 Mann***).

Die Artillerie formierte 9 Brigaden, von welchen jede aus 1 Feld- und 1 Festungs-Regiment gebildet war. Außerdem bestand eine Feuerwerks-Abteilung von 2 Compagnieen. Das Feldregiment umfaßte eine reitende Abteilung zu 3 Batterien und 3 Fußabteilungen zu je 4 Batterieen. Im Frieden hatte jede Batterie 4, auf Kriegsfuß dagegen

---

*) Das Seebataillon nicht in Anschlag gebracht.

**) Die über den systemisierten Stand vorhandenen 5. Eskadronen waren, seit 1859 errichtet, zur Formation neuer Regimenter bestimmt.

***) Ausgenommen das Regiment der Gardes du Corps, welches im Frieden eine Stärke von 603 und im Kriege von 615 Mann hatte.

6 Geschütze bespannt. Das Festungsregiment war in 2 Abteilungen, jede von 4 Compagnieen gegliedert, und demselben überdies eine Handwerker-Compagnie zugeteilt.

Hieran schlossen sich 9 Pionierbataillone zu 4 Compagnieen, im Frieden 495 und auf Kriegsfuß 606 Mann stark.

Dazu 9 Trainbataillone, welche im Frieden einen Stand von 2 Compagnieen und 1 Depot oder 267 Mann und 120 Pferden (ohne die Offiziere) hatten.

Außerdem waren im Frieden die besoldeteu, wenn auch schwachen Stämme von 116 Landwehrbataillonen (1. Aufgebots) vorhanden.

Die Gesamt-Friedensstärke des preußischen Heeres bezifferte sich auf rund 211000 Mann.

Vortrefflich organisiert und im Frieden tüchtig geschult, befand sich die Armee auf der Höhe der militärischen Entwickelung. Indem zugleich ihre Überführung aus dem Friedensstande auf den Kriegsfuß in umsichtigster Weise vorbereitet war, vermochte sie im Vergleiche zu den Rüstungen ihrer Gegner einen Vorsprung zu erzielen und gewann somit in erhöhtem Maße an Schlagfertigkeit.

Im Falle der Mobilmachung stellte jedes Infanterie-Regiment ein Ersatzbataillon auf, das Jäger- oder Pionier-Bataillon eine dergleichen Compagnie, das Kavallerie-Regiment 1 Ersatz-Eskadron, jede Artillerie-Brigade 4 Ersatzbatterieen zu 4 Geschützen*) und jedes Trainbataillon eine Ersatzabteilung. Ferner standen an Landwehr 1. Aufgebots zur Verfügung 116 Bataillone, für welche eine Stärke von 1006 Mann systemisiert war, sowie 10 Jäger-Ersatzabteilungen zu 402 Mann. Außerdem waren 12 Landwehr-Kavallerie-Regimenter von 4 Eskadronen systemisiert, die mit der Reorganisation der Armee unter Auflösung ihrer bisherigen Friedensstämme in das Verhältnis des 2. Aufgebots der Landwehr übergetreten waren und deren eventuelle Berittenmachung im Wege der Zwangsremontierung zu geschehen hatte. Die Landwehrmannschaft der Artillerie und Pioniere 1. Aufgebots diente zur Komplettierung der stehenden Truppenteile und zur allenfallsigen Errichtung von Reserve-Formationen dieser Waffengattungen.

---

*) Im Kriege von 1866 wurden außerdem eine Anzahl von Reserve-Feldbatterieen errichtet.

Der auf Grund der Reorganisation sich ergebende Sollstand der Kriegsstärke des preußischen Heeres bezifferte sich mit Einschluß der Landwehr 1. Aufgebots auf mehr als 640000 Mann.

Außerdem konnten erforderlichenfalls von der Landwehr 2. Aufgebots noch 116 Bataillone zu 800 Mann und 104 Eskadronen aufgestellt werden. Für den Krieg von 1866 gelangte die Landwehr dieses Aufgebots erst Ende Juli in unbeschränkter Zahl zur Einberufung, zumeist um in die Ersatzbataillone der Infanterie eingestellt zu werden.

Mit den 116 Landwehrbataillonen 2. Aufgebots konnte die Gesamt-Kriegsstärke des preußischen Heeres bis auf 737000 Mann gesteigert werden.

Die 1866 von Preußen aufgebotene Feldarmee bezifferte sich in runder Summe auf 326000 Mann, wobei die zu Besatzungszwecken und sonst im Vaterlande verbliebenen Truppen nicht in Anschlag gebracht sind.

Da die 1859 neuerrichteten Infanterie-Regimenter erst im Herbste 1861 auf den vollen vorschriftsmäßigen Friedensfuß gebracht worden waren, mußte bei der Mobilmachung 1866, um für sämtliche Bataillone die normierte Kriegsstärke zu erzielen, auf die jüngeren Jahrgänge der Landwehr zurückgegriffen werden. Die Bataillone der letzteren gelangten somit nicht in ihrer etatsmäßigen Stärke zur Aufstellung. Nur 30 Landwehrbataillone, welche zum Dienste außer den Festungen bestimmt, wurden bis auf 806 Mann augmentiert, während die übrigen, als Besatzungsbataillone formiert, eine Stärke von 500 Mann und noch darunter hatten. Die Landwehr-Kavallerie gelangte nur teilweise zum Aufgebot. Die Feldartillerie stellte, wie schon oben angedeutet, außer den Ersatzbatterieen noch eine Anzahl von Reservebatterieen auf.

Die Infanterie des stehenden Heeres war durchgängig mit einem Hinterlader, dem Zündnadelgewehre, bewaffnet, welches bei rascher Ladung und großer Tragweite eine jedem Vorderlader bedeutend überlegene Feuerwirksamkeit erzielen ließ. Da die Fußtruppen von Preußens Gegnern (die Kurhessen ausgenommen) durchgängig mit Vorderladern verschiedener Systeme ausgerüstet waren, so befand sich die preußische Infanterie gegen dieselben in entschiedenem Vorteile. Ihrer Fechtart lag daher auch der Zweck zugrunde, die Überlegenheit ihres Feuers in ausgiebigem Maße zur Geltung zu bringen. Sie kämpfte demzufolge

in Halbbataillonen von 2 Compagnieen, welche außer einer größeren Beweglichkeit zugleich eine rasche Entwickelung gestatteten. Für die Landwehr-Infanterie waren dagegen 1866 noch nicht genügende Vorräte zu deren durchgängiger Bewaffnung mit dem Zündnadelgewehre vorhanden. Nur die zum Ausmarsche bestimmten Bataillone konnten mit diesem Gewehre ausgerüstet werden, während die Besatzungsbataillone das Minié-Gewehr erhielten, zu welchem die ursprünglich mit dem Hinterlader ausgebildete Mannschaft jedoch kein Vertrauen fassen konnte.

Von der Reiterei waren die Husaren und Dragoner mit einem Zündnadel-Karabiner ausgerüstet; die schwere Kavallerie führte dagegen eine Pistole.

Für die Artillerie war gleichfalls das Hinterladungs-System adoptiert, 1866 aber noch nicht vollständig durchgeführt. Vorhanden waren von diesem Systeme gezogene Vier- und Sechspfünder mit Gußstahlrohren. Außerdem waren noch im Gebrauche der lange und der kurze Zwölfpfünder, durchgängig glatte Bronze-Vorderlader. Während die reitende Artillerie ausschließlich mit dem kurzen Zwölfpfünder ausgerüstet war, bestanden die Fußabteilungen der Feldartillerie je aus zwei Vierpfünder-, einer Sechspfünder- und einer (langen) Zwölfpfünder-Batterie.

Auf einem so ausgezeichneten Fuße sich auch die preußische Feldarmee hinsichtlich ihrer Ausrüstung und Bekleidung befand, so waren doch anderseits für die Landwehr nicht hinlängliche Vorräte vorhanden, um die Mannschaften durchgängig genügend ausstatten zu können. Indessen lag hier nicht eine Versäumnis der preußischen Kriegsverwaltung vor, sondern nur die ablehnende Haltung des Landtags, welcher der Armee-Reorganisation widerstrebte, ließ nicht die nötigen Mittel gewinnen, um die früher vorhandenen, bei Aufstellung der neuen Truppenteile aber für dieselben verwendeten Bestände in genügendem Maße rechtzeitig zu ergänzen.

Die preußische Kriegsmarine zählte 1865 in ihrer Ostseeflotte 37 Dampfer (worunter 2 Panzerschiffe und 9 Korvetten) und 8 Segelschiffe (unter denen 3 Fregatten und 3 Briggs), sowie eine Ruder-Flottille von 40 Kanonenboten und Jollen, insgesamt 85 Schiffe mit 462 Geschützen; außerdem ein Seebataillon von 4 Compagnieen und 2 Compagnieen Seeartillerie. Eine Nordseeflotte bestand noch nicht, da der Kriegshafen an der Jahde erst im Bau begriffen war. Mit dem

Vollzuge der Mobilmachung war auch die bekanntlich nach Kiel verlegte Marinestation der Ostsee verstärkt und das Seebataillon auf Kriegsfuß gesetzt worden. —

Wie bereits früher an anderer Stelle dargelegt, konzentrierte Österreich seine Hauptmacht in Mähren und Böhmen, wo die nach der Kriegserklärung ihr Vaterland verlassende sächsische Armee zu ihr stieß, während das westdeutsche Bundesheer in Franken und am unteren Main aufmarschierte. Österreich war das Haupt der Koalition gegen Preußen und seine Niederlage mußte daher nicht nur eine lähmende Rückwirkung auf seine Bundesgenossen äußern, sondern auch deren Schicksal entscheiden. Von diesem richtigen Gesichtspunkte geleitet, bestimmte der preußische Kriegsplan die Hauptmacht seines Heeres gegen Österreich, und in weitem, das nordöstliche Böhmen und Sachsen umspannenden Bogen standen 8½ preußische Armeecorps in einer Stärke von mehr als 254 000 Kombattanten aufmarschiert und harrten des Augenblicks zur Offensive. Für das westdeutsche Kriegstheater sollte unter diesen Umständen nur ein verhältnismäßig kleiner Teil der preußischen Heeresmacht verfügbar bleiben und zwar, wie uns teilweise schon bekannt: das Corps des General-Lieutenants Freiherrn v. Manteuffel in den Elbherzogtümern und die wegen Hannovers zweifelhafter Haltung in Westfalen zurückgelassene 13. Division, sowie die noch in der Folge zu erwähnende kombinierte Division des General-Majors v. Beyer, welche sich bei Wetzlar sammelte.

Während in Süddeutschland das 7. und 8. Bundes-Armeecorps zur Aufnahme des Kampfes sich rüsteten, leitete im Norden Hannover seine Mobilmachung ein, und Kurhessen, welches bisher auf jede Vorbereitung zum Kriege verzichtete, hatte nur des Bundesbeschlusses geharrt, um gleichfalls in die Reihen von Preußens Gegnern zu treten. Gleichwie Hannover unter den gegebenen und von uns bereits früher erörterten Verhältnissen eine Bedrohung für Preußens Rücken bildete, wurde auch die geographische Lage Kurhessens insofern von erhöhter Bedeutung, da es einen wesentlichen Teil des die preußische Monarchie trennenden Keils bildete und somit die Verbindungen zwischen den Ost- und Westprovinzen jenes mächtigen Nachbarstaates beherrschte. Diese Gestaltung der Situation mußte sich für Preußen nur um so fühlbarer

machen, da seine für das westliche Kriegstheater verfügbaren Streitkräfte im Verhältnisse zu ihrer Aufgabe als keine besonders belangreichen sich erwiesen, so daß es unter diesen Umständen eine Frage von hervorragender Bedeutung war, jene Truppenmacht nicht gleichzeitig nach verschiedenen Richtungen in Anspruch genommen und somit zur Zersplitterung genötigt zu sehen. Um unter diesen Verhältnissen Preußens Hauptgegner auf dem westlichen Kriegstheater, die süddeutsche Bundesarmee, mit möglichstem Nachdrucke bekämpfen zu können, war schon in dieser Lage der Dinge für die preußische Heeresleitung die dringliche Mahnung gegeben, rechtzeitig auf die Sicherung des Rückens gegen Norden bedacht zu sein. Es war somit ein unabweisbares Gebot der Notwendigkeit, einen raschen Schlag gegen Hannover und Kurhessen zu führen, bevor noch die süddeutsche Bundesarmee in der Lage war, zu einer allgemeinen Offensive überzugehen. Der preußische Kriegsplan sah daher, falls die an die Höfe von Hannover und Kassel zu erlassende Sommation eine ablehnende Aufnahme finden sollte, den sofortigen Einmarsch in jene beiden Staaten vor, um hier die Entscheidung herbeizuführen, ehe noch die eben mit der Mobilmachung beginnenden Streitkräfte dieser Länder in schlagfertigem Zustande sich befanden. Sowie die Situation sich gestaltet hatte, standen bekanntlich gegen Hannover in erster Linie zur Verfügung das Manteuffelsche Corps und die 13. Division.

Die Avantgarde des ersteren Corps sahen wir bereits am 15. Juni (vergl. S. 217) die Elbe überschreiten, um vermöge der von Hannover eingeholten Genehmigung den Marsch durch dieses Königreich nach Westfalen zu nehmen und sich dort für die kommenden Operationen auf dem westdeutschen Kriegstheater mit der 13. Division zu vereinigen. Das hier zum Einmarsch nach Hannover gelangende Corps hatte eine Stärke von 15 Bataillonen*) (worunter 3 Landwehrbataillone zu 806 Mann), 8 Eskadronen und 4 Batterieen oder in runder Summe 15600 Kombattanten (ohne die Artillerie) und 24 Geschütze.

Die 13. Division, deren Friedens-Stabsquartier Münster war, hatte bekanntlich, wie das gesamte 7. (westfälische) Armeecorps die Bestimmung gehabt, zu der gegen Sachsen entwickelten Armee zu stoßen

*) Mit Einschluß des am 15. Juni noch im Anmarsche begriffenen Füsilierbataillons 25. Infanterie-Regiments.

und sollte am 7. Juni bereits ihr Eisenbahntransport nach Halle beginnen*), als Hannovers damalige zweifelhafte Haltung die Ursache zur Widerrufung jenes Befehls wurde. Indem der Moment der entscheidungsvollen Sommation Preußens näher rückte, wurde am 14. Juni mit der Konzentrierung der Division, deren Truppenteile bisher in ihren Garnisonen verblieben waren, begonnen und dieselbe meistenteils mittelst Eisenbahn in der Gegend von Minden zusammengezogen, was am nächsten Tage durchgeführt war.

Das bisher in Mainz gestandene 53. Infanterie-Regiment stieß hier, per Bahn über Köln, am 14. Juni zur Division, um wieder, wie früher, zur 25. Infanterie-Brigade eingeteilt zu werden.

Da ursprünglich das gesamte 7. Armeecorps zum Ausmarsche gegen Österreich bestimmt gewesen, waren infolge dessen seine Administrationszweige, der Brückentrain, die Feldlazarette 2c. nach der Provinz Sachsen abgegangen, ohne daß die in Westfalen zurückbleibende 13. Division dafür einen entsprechenden, hinlänglichen Ersatz erhalten hatte. Sie war daher in dieser Hinsicht mehr oder minder mangelhaft ausgestattet, wovon übrigens auch das Manteuffelsche Corps nicht ausgeschlossen blieb. Indessen sollte die später in Hannover gemachte Beute in mancher Beziehung ein zur Komplettierung sehr erwünschtes Material liefern.

Um die Division, welche über 24 Geschütze verfügte, noch stärker an Artillerie zu dotieren, wurde am 15. Juni die Ersatzabteilung des 7. Feldartillerie-Regiments (4 Batterieen zu 4 Geschützen**) von Münster mittelst Eisenbahn nach Minden und Umgegend herangezogen. Da die 4 Ersatzbatterieen in ihrem immobilen Verhältnisse keine Munitionswagen führten, erhielt jede derselben am 16. morgens von dem Artillerie-Depot in Minden zwei gefüllte Munitionswagen, welche, ebenso wie die Bagagewagen, mit Vorspannpferden bespannt werden mußten.

Die Division, welche der am 14. Juni in Minden eintreffende General-Lieutenant v. Goeben kommandierte, hatte somit eine Stärke

---

*) Beispielsweise waren die Quartiermacher des zur 13. Division eingeteilten 13. Infanterie-Regiments bereits nach Halle an der Saale abgegangen.

**) Es waren 1 reitende Batterie, 1 gezogene Vier-, 1 gezogene Sechs- und 1 Zwölfpfünder-Batterie.

von 12 Bataillonen, 9 Eskadronen und 8 Batterieen oder in runder Summe 13400 Streitbare (ohne die Artillerie) und 40 Geschütze*).

Mit dem Oberbefehle über diese gegen Hannover disponierte Streitmacht wurde der bisherige Commandeur des 7. Armeecorps, der General der Infanterie Vogel v. Falckenstein, beauftragt, dem zu diesem Zwecke am 13. Juni abends die folgende königliche Kabinettsordre in Münster zuging, welche die am 12. gegebene Situation zur Grundlage für ihre Direktiven hatte:

„Sollte das Verhalten Hannovers bei der morgenden Abstimmung am Bundestage über den Österreichischen Antrag Mich zur Kriegserklärung gegen erstgenanntes Königreich veranlassen, so werden Sie Meinen Befehl zum Einrücken in dasselbe auf telegraphischem Wege erhalten. Ich lege in diesem Falle die weiteren Operationen vertrauensvoll in Ihre Hand. Für dieselben steht zu Ihrer Verfügung die 13. Division, welche Sie den Umständen gemäß und nach eigenem Befinden durch disponible Landwehrtruppen aus dem Bereiche Ihres General-Kommandos verstärken können.

„Ferner steht am 15. bei Altona eine Division von etwa 14000 Mann aller Waffen unter dem Generallieutenant von Manteuffel bereit, um mit Ihnen zu kooperiren, und ist der genannte General angewiesen, Ihre Befehle darüber entgegenzunehmen.

„Die Nachrichten über den Stand der Hannöverschen Armee ergeben, daß dieselbe noch nicht in voller Kriegsstärke und nicht völlig vorbereitet ist, sich auf höchstens 15000 Mann aller Waffen beläuft und sich teils bei Stade und Lüneburg, teils bei Hannnover, Burgdorf und Celle versammelt.

„Außerdem scheint aber auch die etwa 4—5000 Mann starke österreichische Brigade Kalik bei Harburg verblieben zu sein. Es muß Ihnen überlassen bleiben, genauere Nachrichten über diese Verhältnisse einzuziehen.

---

*) Siehe die Ordre de bataille der Division unter Beilage I. Die zwei Pionier-Compagnieen, welche in der dem preußischen Generalstabswerke angeschlossenen Ordre de bataille aufgeführt sind, trafen erst nach Beendigung der Operationen gegen Hannover aus Böhmen bei der 13. Division ein.

„Bei den von Ihnen zu unternehmenden Operationen wird es weniger auf Besetzung gewisser Punkte, als vielmehr darauf ankommen, die Hannoverschen Truppen durch Entwaffnung oder durch Angriff auf dieselben außer Wirksamkeit zu setzen.

„Sollte Ihnen bei Beginn der Operationen über eine Kriegserklärung zwischen Preußen und Österreich noch Nichts bekannt sein, so haben Sie den etwa im Königreich Hannover verbliebenen kommandierenden Österreichischen Offizier von dem Kriegsfall zwischen Preußen und Hannover amtlich in Kenntniß zu setzen, damit er in der Lage ist, sich mit seinen Truppen dem thatsächlichen Conflikt entziehen zu können. Sollte derselbe demungeachtet in Verbindung mit den Hannoverschen Truppen sich an deren Operationen gegen Sie betheiligen, so haben Sie auch ihn als Feind zu behandeln.

„Sie haben eintretenden Falls bei Ihren Operationen den Gesichtspunkt festzuhalten, daß durch ein schnelles Agiren Ihre Truppen sobald als möglich für Operationen auf einem anderen Kriegsschauplatz verwendbar werden.

„Berlin, den 13. Juni 1866.

(gez.) Wilhelm.“

„An den General der Infanterie von Falckenstein.“

Die für den Einmarsch in Hannover bereit stehenden preußischen Streitkräfte bezifferten sich somit auf 27 Bataillone, 17 Eskadronen und 12 Batterieen oder in runder Summe 29000 Kombattanten (die Artillerie nicht inbegriffen) und 64 Geschütze. Vorläufig zerfielen sie in zwei ziemlich gleich starke Gruppen, welche an ihren Sammelpunkten Minden und Altona-Harburg beiläufig 21 Meilen (Luftlinie) von einander entfernt standen.

War das Berliner Kabinett schon seit Monaten bestrebt gewesen, der Regierung des Königs Georg die Konsequenzen einer feindseligen Politik gegen Preußen zu vergegenwärtigen, so mußte die Entwickelung dieser beiden Heeresgruppen gegen die hannoversche Grenze eine weitere und eindringliche Mahnung für jene sein, einer besonneneren Auffassung der Lage Raum zu geben und die preußische Sommation nicht im ablehnenden Sinne zu beantworten. Mochte auch Preußen unter der

geschilderten strategischen Zwangslage alle Vorbereitungen zu einem allenfallsigen raschen Eingreifen gegen Hannover treffen und wurden dementsprechend unterm 13. Juni dem General v. Falckenstein diesbezügliche Direktiven erteilt, so war damit doch noch nicht unbedingt die Hoffnung ausgeschlossen, unter dem Drucke jener Truppenaufstellung das hannoversche Kabinett der isolierten Lage des Landes sich bewußt werden zu sehen, um in die Bahnen einer besonnenen Politik einzulenken. Beharrte dagegen Hannover trotzdem bei seiner widerstrebenden Haltung, so standen die gegen das Königreich entwickelten preußischen Streitkräfte bereit, um nach ergangener Kriegserklärung unverzüglich die Entscheidung durch die Waffen zu suchen, wie es die bereits mehrfach erörterte Lage für das westdeutsche Kriegstheater dringend erheischte. Trotzdem sollte bekanntlich das hannoversche Kabinett in seiner optimistischen Auffassung der Situation die preußische Sommation ablehnen und den Rückzug nach Göttingen beschließen. Die Würfel waren gefallen und damit für die gegen Hannover aufgebotenen preußischen Truppen der Moment zur Eröffnung der Operationen gekommen.

War am 13. Juni, als die obigen Direktiven an den General v. Falckenstein ergingen, für die preußische Heeresleitung die Frage noch eine zweifelhafte gewesen, ob die aus Holstein abziehenden österreichischen Truppen ihren Anschluß an die hannoversche Armee nehmen dürften, so sollte dieselbe jedoch am nämlichen Tage durch den in südlicher Richtung erfolgenden Eisenbahntransport der kaiserlichen Brigade ihre Klärung finden. Glaubte man vorläufig, wie noch in der Folge zu erwähnen, aus diesem Vorgange auf die Absicht schließen zu können, daß jene Brigade vielleicht die Bestimmung erhalten hatte, zu dem am unteren Main sich sammelnden süddeutschen Corps zu stoßen, so sollte auch diese Voraussetzung ihre Bestätigung nicht finden, da die österreichischen Truppen von Frankfurt per Bahn nach Böhmen weiter eilten. Hatte die oben citierte Kabinettsordre des Königs von Preußen in der Bethätigung ritterlicher Gesinnung den Fall vorgesehen, die österreichische Brigade ihrer kritischen Lage durch einen ungestörten Abzug entrückt zu wissen, so sollte es unter den gegebenen Umständen dem General v. Falckenstein erspart bleiben, diesem Gegner eine goldene Brücke zu bauen.

Hannover sah sich somit vor die Entscheidung durch die Waffen

gestellt, ehe ihm noch die Konzentrierung seiner Truppen in der Richtung auf Stade gelungen war; vielmehr befanden sich die letzteren erst im Anmarsche nach den für sie in Aussicht genommenen Übungsplätzen. Hatte daher die Situation noch keine Gestaltung gewonnen, welche beispielsweise die von uns schon früher betreffenden Orts in Erwägung gezogene Konzentrierung der gegen Hannover bestimmten preußischen Streitmacht an der Niederelbe wünschenswert erscheinen ließ, so sollte die gegebene Entwickelung der Dinge dazu führen, daß die am 15. Juni ergehende Kriegserklärung die hierzu aufgebotenen preußischen Truppen in zwei auf 21 Meilen getrennten Gruppen bei Minden und Altona-Harburg traf. War auch keine dieser beiden Gruppen für sich allein der hannoverschen Armee überlegen, so durfte man doch hoffen, durch ein rasches Eingreifen die allenfallsige Vereinigung der gegnerischen Streitkräfte bei Stade zu durchkreuzen, da das bei Harburg die Elbe überschreitende Manteuffelsche Corps nur eines Marsches von 5½ Meilen bis zu jenem Platze bedurfte und daher der Schwinge-Linie ungleich näher stand, als die Mehrzahl der im Lande zerstreuten hannoverschen Truppen. Selbst wenn die Armeeleitung der letzteren sich für die unter diesen Verhältnissen noch vorteilhafteste Kombination entschied und die Truppen per Bahn über Hannover auf der bremischen Linie bis Achim beförderte, um sie auf der von dort nordwärts führenden Straße nach Stade zu instradieren, so hatten dieselben immerhin einen Landmarsch von 10 Meilen zurückzulegen, und es mußte daher sehr fraglich erscheinen, ob noch vor Herankunft des preußischen Corps die Konzentrierung einer diesem entsprechenden Streitmacht in der Umgebung jenes Platzes gelingen durfte. Verzichtete man hannoverscherseits auf die Stellung bei Stade, um sich für den Rückzug in die bekannte Position von 1757 zu entscheiden, indem man in der Oste die Deckung für den linken Flügel suchte, so erschlossen sich auch für diesen Fall nichts weniger als hoffnungsvolle Aussichten. Ganz abgesehen davon, daß das Manteuffelsche Corps bis Bremervörde, dem Mittelpunkte jener Stellung, von Harburg 7½ und von Stade 3½ Meilen zurückzulegen hatte, während für die Hannoveraner die Entfernung von Achim bis zu dem ersteren Orte beiläufig 8 Meilen betrug, so erwuchs den bei Stade eingetroffenen preußischen Truppen der Vorteil, schon mittelst eines zweimeiligen Marsches die untere Oste bei Hechthausen erreichen zu können, um mit

deren Überschreitung die Position ihres Gegners aus dieser Richtung aufzurollen.

Wenn unter diesen Verhältnissen die preußische Heeresleitung hoffen durfte, die Konzentrierung der feindlichen Armee bei Stade zu durchkreuzen, so war dagegen bei der am 15. Juni Platz greifenden Dislokation der hannoverschen Truppen der Fall nicht ausgeschlossen, daß die von Minden vorgehende 13. Division, deren nächstes Operationsziel doch in der benachbarten Hauptstadt Hannover, als dem politischen Mittelpunkt des Landes, zu suchen war, daselbst auf größere Streitkräfte des Gegners stieß, welche zum Schutze der Residenz oder zur Deckung des Rückzugs den Kampf aufzunehmen sich entschlossen zeigten, eine Eventualität, die bekanntlich noch in der Nacht zum 15. Juni von den leitenden hannoverschen Kreisen in Erwägung gezogen wurde. Ob es der vorläufig isolierten 13. Division gelungen sein dürfte, gegen die hier vereinigten feindlichen Streitkräfte einen nachdrucksvollen Schlag zu führen, bevor sie der Mitwirkung des zunächst auf einen längeren Landmarsch angewiesenen Manteuffelschen Corps (s. S. 178) versichert war, mußte als eine offene Frage dahin gestellt bleiben und konnte füglich in Zweifel gezogen werden. In diesem Falle würde es die Aufgabe der westfälischen Division gewesen sein, die hannoverschen Truppen bis zur Herankunft jenes Corps nach Thunlichkeit zu beschäftigen und festzuhalten, um dann, mit dem letzteren zur Übermacht vereint, den entscheidenden Schlag zu führen, wofern nicht der Gegner, was das wahrscheinlichste und wie es bekanntlich auch geschah, durch einen rechtzeitigen Rückzug der ihm hier drohenden Niederlage sich entzog. Ebenso wenig wie wir hier auf den bereits früher erörterten Fall des Abmarsches der Hannoveraner nach Ostfriesland zurückgreifen wollen, mögen auch die anderen aus der gegebenen Situation resultierenden Eventualitäten, da sie uns späterhin beschäftigen, vorläufig noch nicht in den Kreis unserer Betrachtungen gezogen werden. Jedenfalls aber erforderte die dem preußischen Heerführer gegen Hannover gestellte Aufgabe, selbst abgesehen von den aus der eventuellen Gestaltung der strategischen Lage sich ergebenden Schwierigkeiten, gleichviel Umsicht wie Energie, um auf diesem Teile des westdeutschen Kriegstheaters eine rasche Entscheidung herbeizuführen, und, wie sehr richtig in der königlichen Kabinetts-Ordre vom 13. Juni bemerkt war, seine Truppen sobald als möglich für Opera-

tionen auf einem anderen Kriegsschauplatze verfügbar zu machen, das heißt, um rechtzeitig gegen die süddeutsche Bundesarmee disponibel zu sein. Was der für dieses Kriegstheater verbliebenen preußischen Streitmacht in numerischer Beziehung abging, mußte sie also durch die Raschheit ihrer Operationen zu ersetzen suchen.

Die dritte für Westdeutschland verfügbare und vorläufig selbständige preußische Gruppe war die oben bereits erwähnte Division Beyer, welche in der von nassauischen und hessen-darmstädtischen Gebietsteilen umgebenen und zur Rheinprovinz gehörigen Enklave Wetzlar sich sammelte, deren Vorort den Vereinigungspunkt für die von Koblenz durch das Lahnthal und die aus Westfalen über Siegen dahin führenden Schienenwege bildete, welche durch die ostwärts nach Gießen geleitete Linie mit der Frankfurt und Kassel verbindenden Eisenbahn kommunizierten. Nachdem im Mai die Konzentrierung des 8. preußischen Armeecorps in jener Gegend beabsichtigt gewesen, aber wieder aufgegeben worden war, wurde von den aus den Bundesgarnisonen zurückgezogenen Truppenteilen und einigen in den rheinischen Plätzen noch verfügbaren Regimentern jene allmälig zu einer starken Division anwachsende Gruppe formiert und mit deren Führung der bisherige Commandeur der 32. Infanterie-Brigade, General-Major v. Beyer in Frankfurt am Main, beauftragt, um vorläufig gegen Mainz und Frankfurt zu beobachten. Die Aufstellung der Division begann bereits Mitte Mai und fand, wie die nachfolgende Darstellung veranschaulichen mag, erst am 15. Juni ihren Abschluß. Die ersten für dieselbe bestimmten Truppenteile kamen aus den Bundesgarnisonen, welche sie infolge der anbefohlenen Mobilmachung mit dem Eintreffen der Reserven verlassen mußten, um die von Bundeswegen festgesetzte Stärkeziffer des preußischen Kontingents nicht zu überschreiten. Der Rest der in den Bundesgarnisonen noch verbliebenen Truppen verließ dieselben infolge des Bundesbeschlusses vom 6. Juni. Die betreffenden Abteilungen trafen, durchgängig mittelst Eisenbahn nach Wetzlar befördert, wie nachstehend dort ein und bezogen in der Umgegend Kantonnements:

Am 15. Mai das 2. Bataillon, sowie die 9. und 12. Compagnie des 30. Infanterie-Regiments aus Frankfurt am Main wegen der Mobilmachung.

Am 19. Mai das 70. Infanterie-Regiment (3 Bataillone), welches am 17. aus seiner Garnison Trier in Kantonnements zwischen Andernach und Koblenz gerückt war und am 19. von letzterem Platze nach Braunfels bei Wetzlar befördert wurde.

Am 20. und 21. Mai das 39. Füsilier-Regiment aus Koblenz.

Am 23. Mai die 1. 4pfündige Batterie 8. Feldartillerie-Regiments aus ihrem Kantonnement bei Koblenz.

Am 25. und 26. Mai 3 Eskadronen (Nr. 1., 2. u. 4.) des 9. Husaren-Regiments, welche, am 19. aus ihrer Garnison Trier aufgebrochen und bis Koblenz im Landmarsche gegangen, daselbst auf der Eisenbahn eingeschifft und nach Wetzlar befördert wurden.

Am 30. Mai das 32. Infanterie-Regiment (3 Bataillone) aus Kreuznach. Das 1. und 2. Bataillon hatten Mitte Mai Mainz verlassen, um bei Kreuznach ihre Mobilmachung durchzuführen, wo bereits die bisher auf der Burg Hohenzollern gestandene 10. Compagnie eingetroffen war. Die noch in Rastatt befindlichen 3 Compagnieen des Füsilierbataillons gingen am 28. Mai von dort nach Kreuznach ab.

Am 8. Juni die in Mainz gestandene 3. Eskadron 9. Husaren-Regiments.

Am 12. Juni der Stab der 32. Infanterie-Brigade, das 1. Bataillon, sowie die 10. und 11. Compagnie 30. Infanterie-Regiments, die 5. Eskadron 9. Husaren-Regiments und die 1. 12pfündige Fußbatterie 8. Feldartillerie-Regiments mittelst Eisenbahn aus Frankfurt am Main. Die Batterie erhielt in Wetzlar ihr 5. und 6. Geschütz nebst den Munitionswagen.

Am 14. Juni das 2. Bataillon 19. Infanterie-Regiments aus Köln *),

---

*) Dieses Bataillon war am 31. Mai aus seiner Garnison Koblenz nach Köln abgerückt, da das zur Besatzung des letzteren Platzes gehörige Füsilierbataillon des nämlichen Regiments seit Mitte Mai zu dem von Aachen nord- und südwärts an der holländischen Grenze entwickelten Cordon zum Schutze gegen die Einschleppung der Rinderpest herangezogen worden war. Das 1. Bataillon Nr. 19. verblieb dagegen vorläufig noch in seiner Garnison Koblenz.

ferner das 1. und Füsilier=Bataillon 20. Infanterie=Regiments aus Trier *).

Am 15. Juni das 2. Bataillon 20. Infanterie=Regiments aus Luxemburg, ferner das 1. und Füsilierbataillon 19. Infanterie=Regiments aus Koblenz, beziehungsweise Aachen, sowie die 12. 12pfündige Batterie 1. Reserve=Artillerie=Regiments aus Koblenz.

Die Division erreichte somit eine Stärke von 18 Bataillonen, 5 Eskadronen und 3 Batterieen oder in runder Summe 18700 Mann (ohne die Artillerie) mit 18 Geschützen.

Die Truppen der Division hatten teils gar keinen, teils einen nicht hinlänglichen Train, nachdem einige der bisher im Besatzungsdienste verwendeten Regimenter gegen Ende Mai mit Ausnahme der Patronenwagen ihre sämtlichen Fahrzeuge, bespannt und bemannt, sowie die Compagnie=Packpferde an das 3. Trainbataillon in Berlin hatten abliefern müssen. Auch die sonstigen Anstalten, wie das Lazarettwesen und die Proviantkolonnen, waren mangelhaft. Ebenso verfügte die Division über kein Brückenmaterial.

Auf gegnerischer Seite waren mittlerweile die im nördlichen Teile ihres Vaterlandes gestandenen hessen=darmstädtischen Truppen hinter den Main zurückgezogen worden **), während die nassauische Brigade in Wiesbaden und dem benachbarten Gebiete stand. Von der noch auf dem Friedensfuße befindlichen kurhessischen Division hatte die Mehrzahl der Truppen ihre Garnisonen im Norden des Landes; in Fulda und Hanau lag nur je ein schwaches Infanterie=Regiment.

Nachdem der General=Major v. Beyer am 12. Juni sein Stabsquartier von Frankfurt nach Wetzlar verlegt hatte, wurden ihm durch die nachstehende königliche Kabinetts=Ordre vom 14. die folgenden Direktiven erteilt:

---

*) Das Regiment Nr. 20 gehörte ursprünglich zur Bundesgarnison von Luxemburg. Das 1. und das Füsilierbataillon waren am 2., beziehungsweise 4. Juni per Bahn von dort nach Trier gezogen worden, um hier zur Verwendung bei den kommenden Kriegsereignissen bereit zu stehen. Das 2. Bataillon blieb dagegen vorläufig in Luxemburg zurück.

**) Mit Ausnahme eines Wach=Kommandos in Gießen.

„Die heutige Abstimmung am Bundestage über den österreichischen Antrag kann dahin führen, daß Ich Mich zu einer Kriegserklärung an die gegen Preußen votirenden Staaten veranlaßt sehe. In diesem Falle werden Sie auf telegraphischem Wege Meine Befehle erhalten, der Kriegserklärung durch Einrücken in einen oder den anderen jener Staaten unmittelbar, vielleicht schon am 16., Folge zu geben. Es stehen zu diesem Zweck außer den schon früher unter Ihren Befehl gestellten 4 Infanterie-Regimentern, 5 Eskadrons und 2 Batterien, noch das 2. Posensche Infanterie-Regiment Nr. 19, das 3. Brandenburgische Infanterie-Regiment Nr. 20 und die in Coblenz für das Reserve-Korps formirte Batterie zu Ihrer Verfügung und werden Sie diese Truppen den dort gerade obwaltenden Umständen gemäß dirigiren und verwenden. Im Allgemeinen haben Sie dabei nach folgenden Gesichtspunkten zu verfahren. Es wird zunächst darauf ankommen, in den Ihnen zu bezeichnenden feindlichen Staaten womöglich jede Truppenansammlung zu verhindern, sollte aber eine solche schon stattgefunden haben, diese Truppen anzugreifen, zu entwaffnen und zu zerstreuen, ehe sie ihre Verbindung mit anderen feindlichen Truppenkontingenten bewerkstelligen.

„Nach den zuletzt hier eingegangenen Nachrichten ist die aus den Elbherzogthümern zurückgezogene österreichische Brigade nach der Gegend von Frankfurt a. M. gezogen. Sollte sich dort aus den bisherigen österreichischen Besatzungen von Rastatt, Mainz und Frankfurt a. M. und den nächsten süddeutschen Kontingenten mit der Zeit eine Ihnen wirklich überlegene Truppenmacht bilden, so würde Ihnen dann eine mehr defensive Sicherung der Rheinprovinz obliegen, wobei sie an den Rheinfestungen, insbesondere an Coblenz, die nöthigen Stützpunkte für Ihre Bewegungen finden. Der Fürst von Hohenzollern, Militärgouverneur der Rheinprovinz und Westfalen, welchem diese Ihre Instruktion bekannt ist, wird Ihnen erforderlichen Falles alle Unterstützung gewähren, wegen welcher Sie sich gesuchsweise an denselben zu wenden haben. Übrigens haben Sie bei Ihren Operationen nach eigenem Ermessen zu handeln.

„Berlin, den 14. Juni 1866.

(gez.) Wilhelm.

„An den
Generalmajor v. Beyer."

Für die kommenden Ereignisse gerüstet zu sein, wurde am 15. Juni die Division in engen Bivaks bei Altenberg und Steindorf konzentriert, ausgenommen einige in Wetzlar und den nächstgelegenen Ortschaften untergebrachte Abteilungen. Um Mitternacht ging dem General v. Beyer der durch den Hauptmann vom Kriegs=Ministerium Blume überbrachte definitive königliche Befehl zu, welcher seine Division zur Occupation von Kurhessen und somit zu der nordwärts gehenden Offensive auf Kassel bestimmte.

Voraussichtlich auf den Landmarsch angewiesen, da der von Frankfurt nach Kassel geleitete Schienenweg durchgängig auf feindlichem Gebiete lag und vorläufig daher nicht als Beförderungsstraße für die Truppen in Anschlag gebracht werden konnte, stand die Division Beyer bei Wetzlar 16 Meilen von ihrem Ziele Kassel entfernt. Es fragt sich, ob diese Aufgabe nicht in kürzerer Zeit und unter günstigeren Verhältnissen hätte gelöst werden können, als es späterhin geschah, indem man zugleich eine allenfallsige sofortige Mitwirkung der Division Beyer gegen Hannover, wie es in der Folge zur Notwendigkeit werden sollte, behufs Beschleunigung des in dieser Richtung zu führenden Schlages erwog und dementsprechend ihre Operationen einleitete.

So wie die militärische Situation gegen Mitte Juni am unteren Main sich gestaltete, stand eine sofortige größere Offensive des 8. deutschen Bundes=Armeecorps kaum zu erwarten, da es hinlänglich bekannt war, daß Württemberg und Baden mit ihren Rüstungen sich noch sehr im Rückstande befanden. Selbst wenn die aus Holstein abgezogene österreichische Brigade Kalik in Frankfurt Halt machte und hier mit den aus den Bundesfestungen gezogenen österreichischen Truppen jenem Corps sich anschloß, würde zunächst eine weitere Ziele verfolgende Offensive desselben nicht zu besorgen gewesen sein. Indessen setzte nicht nur die Brigade Kalik ihre Eisenbahnfahrt nach Böhmen fort, sondern auch die anderen österreichischen Truppen kehrten zunächst in ihr Vaterland zurück, um daselbst ihre Kriegsausrüstung zu vollenden. Ohne daß also vorläufig die Rheinprovinz ernstlich gefährdet erschienen wäre, hätte die preußische Division von Wetzlar weggezogen werden können, um den Ausgangspunkt ihres Vormarsches gegen Kassel näher an diese Residenz zu verlegen, in deren Besetzung, mit Rücksicht auf ihre Eigenschaft als Landeshauptstadt und als die Garnison des weitaus überwiegenden Teiles der

kurhessischen Truppen, die nächste Aufgabe des Generals v. Beyer zu suchen war. Dieser ungleich günstigere Ausgangspunkt für die Occupation von Kurhessen würde in dem benachbarten Westfalen und zwar in Warburg zu suchen gewesen sein, wo die Division an der nahen Landesgrenze nur vier Meilen westwärts von Kassel stand. Der von Wetzlar über Betzdorf=Siegen=Soest nach Warburg führende und von dort seine Fortsetzung auf Kassel findende Schienenweg gestattete es, die bei ersterem Punkte konzentrierten Truppen bis wenige Tage vor der Kriegserklärung daselbst stehen zu lassen, um sie dann auf jener Eisenbahnlinie ihrer neuen Bestimmung zuzuführen, während diejenigen Abteilungen, welche, wie oben dargelegt, erst am 14. und 15. Juni in Wetzlar eintrafen, aus ihren Garnisonen und Kantonnements per Bahn direkt nach Westfalen gingen. Daß diese Truppentransporte, für welche das ausgiebige Material des rheinisch-westfälischen Eisenbahnnetzes zur Verfügung stand, innerhalb zwei Tagen zu bewerkstelligen gewesen sein würden, unterliegt kaum einem Zweifel. Wünschte man, jene Truppen so lange als möglich in ihrer Stellung gegen Frankfurt und Mainz zu belassen, so war es, angesichts der für den 14. Juni am Bundestage zu erwartenden Entscheidung, noch hinlänglich an der Zeit, wenn am 13. Juni mit den Transporten nach Westfalen begonnen wurde, um die Division am 15. bei Warburg konzentriert zu sehen. Glaubte man, diese Bewegung vorläufig gegen Frankfurt und Mainz noch verschleiern zu sollen, so konnte zu diesem Zwecke ein Detachement bei Wetzlar zurückbleiben, um demnächst der Division auf dem angegebenen Wege zu folgen. War die letztere am 15. Juni zwischen Warburg und der nur eine Stunde entfernten kurhessischen Grenze konzentriert, so befand sie sich in der Lage, ohne sonderliche Anstrengung schon am folgenden Tage Kassel zu erreichen, wo sie nunmehr zugleich bereit stand, einem etwaigen Rückzuge der Hannoveraner über Göttingen in dieser Richtung entgegenzutreten. Ob es gelingen durfte, die im nördlichen Teile ihres Landes garnisonierenden kurhessischen Truppen zu stellen und zu entwaffnen, mußte, gleichviel ob man von Wetzlar oder Warburg aus die Operationen eröffnete, insofern problematisch erscheinen, weil ihnen mittelst des von Kassel nach Thüringen führenden und eine Abzweigung nach Hersfeld entsendenden Schienenweges die Möglichkeit geboten war, durch dieses vorläufig von den preußischen Waffen nicht beherrschte Gebiet nach dem Süden zu entkommen.

Der wirksamste Schutz für die Rheinprovinz und Westfalen war unbedingt in einer raschen Entscheidung gegen Hannover und Kurhessen zu suchen. Die für das westdeutsche Kriegstheater verfügbaren drei preußischen Heeresgruppen unter Führung rascher und entscheidender Schläge so bald als möglich ihre Vereinigung vollziehen zu sehen, mußte daher für die preußische Heeresleitung das zunächst anzustrebende Ziel bilden, welches durch die Instradierung der Division Beyer über Warburg nach Kassel eine wesentliche Förderung erfahren haben dürfte. Waren die drei Gruppen nach der Bewältigung von Hannover und Kurhessen zu einer Armee verbunden, so vermochten sie nunmehr mit vereinten Kräften die zugleich den Schutz der Westprovinzen involvierenden Operationen gegen das süddeutsche Heer aufzunehmen. Die Sicherung von Rheinpreußen und Westfalen brauchte überhaupt nicht in einer unmittelbaren Deckung dieser Provinzen gesucht zu werden, da die vereinigte preußische Westarmee, auch wenn sie z. B. bei Kassel stand, in jener Beziehung einen die feindlichen Beschlüsse beeinflussenden Faktor bildete. Die beiläufig 19 000 Mann starke Division Beyer mit den gegen Hannover operierenden zwei Divisionen zu einer Armee von beinahe 48 000 Mann vereinigt, würde in dieser Verbindung ein ungleich größeres Gewicht ausgeübt haben, als wenn sie, in isolierter Stellung bei Wetzlar mit dem Schutze der Rheinprovinz beauftragt, auf die Defensive sich beschränkt sah, da sie für sich allein nicht von hinlänglicher Stärke war, um zu einer selbständigen, weiter gehenden Offensive schreiten zu können. Stets wird es eine in der Praxis zur Geltung gelangende Hypothese bleiben, daß in dem Maße, als die numerische Stärke einer Streitmacht sich erhöht, auch die Tragweite ihres Einflusses wächst. Ein durchaus richtiger Gedanke war es daher, wenn die preußische Heerführung schließlich auf die vorläufige unmittelbare Deckung der Rheinprovinz verzichtete und die Division Beyer gegen Kassel dirigierte, in welcher Richtung dieselbe früher oder später ihre Vereinigung mit dem gegen Hannover operierenden Corps zu erzielen vermochte. Überhaupt war zur Deckung der Rheinprovinz die Stellung bei Wetzlar auf die Dauer nicht geeignet. Selbst wenn der Gegner auf den von Wiesbaden und Frankfurt durch Nassau nach Koblenz und weiter nordwärts nach Rheinpreußen und Westfalen führenden Straßen mit starken Detachements nur demonstrierte, konnte die Division Beyer, welche in

jenem Falle ihre nächste, durch das Lahnthal gehende Verbindung mit dem bedeutenden Waffenplatze Koblenz gefährdet und in Frage gestellt sah, ohne Schuß aus jener Position herausmanövriert werden. Denn verlor die Division die durch jenes Thal nach dem Rhein führende Kommunikation, so vermochte sie nur auf dem Umwege über Herborn und Altenkirchen, oder Dillenburg und Siegen, oder mittelst Eisenbahn über Köln, Koblenz wieder erreichen, in welchem Platze für den Schutz der Rheinprovinz doch der nächste Stützpunkt gegen eine den unteren Main und Mainz zum Ausgangspunkte nehmende feindliche Offensive zu suchen war. Übrigens würde ein größerer, gegen die Rheinprovinz sich richtender feindlicher Angriff nach Lage der Dinge doch nur auf dem rechten Rheinufer zu erwarten gewesen sein, kaum aber in dem Gebiete jenseits dieses Stromes, da der Gegner in letzterem Falle am unteren Main zu erheblich sich geschwächt hätte, was angesichts des aus nördlicher Richtung gegen Frankfurt zu gewärtigenden Vormarsches einer preußischen Westarmee als minder wahrscheinlich zu erachten war.

Von nicht zu unterschätzender Bedeutung würde es daher unter den geschilderten Umständen gewesen sein, die Division Beyer nicht nur innerhalb kürzester Frist in Kassel einrücken, sondern ihr zugleich damit die Aufgabe gestellt zu sehen, auf ihre eventuelle Mitwirkung zur Entscheidung gegen das benachbarte Hannover bedacht zu sein und in diesem Sinne sofort ihre vorbereitenden Maßregeln zu treffen, um in südlicher Richtung den gegen jenes Königreich entwickelten eisernen Ring abzuschließen. Die Veranlagung des preußischen Operationsplanes sollte indessen in dieser Beziehung nicht allen in der Situation begründeten Anforderungen entsprechen, und aus der weiteren Entwickelung der Ereignisse werden wir sehen, daß jener Umstand nicht ohne wesentliche Rückwirkung auf die spätere Verzögerung der Entscheidung gegen Hannover blieb.

Nach dieser Betrachtung der militärischen Situation auf dem westlichen Kriegsschauplatze erübrigt es uns noch, auch Preußens teils freiwilliger, teils unfreiwilliger Bundesgenossen in Nord- und Mittel-Deutschland zu gedenken, welche unter dem Drange der Umstände sich ihm anzuschließen genötigt sahen und damit ihre Streitkräfte zu seiner Verfügung stellten.

Im Norden waren es die drei Großherzogtümer Mecklenburg und Oldenburg, ferner das Herzogtum Braunschweig, sowie die freien Städte Hamburg, Lübeck und Bremen, welche auf Grund der identischen Note des Berliner Kabinetts vom 16. Juni ihren Anschluß an Preußen und ihren Beitritt zu der neuen Union erklärten. Die Streitkräfte dieser bis dahin mit Hannover und Holstein das 10. Bundes-Armeecorps bildenden Staaten repräsentierten 16¼ Bataillone*), 12 Eskadronen und 6 Batterieen (32 Geschütze), in runder Summe 19300 Kombattanten. Indessen befanden sich diese Kontingente gegen Mitte Juni noch durchgängig auf dem Friedensfuße und kamen erst im Juli zum Ausmarsche, so daß sie nicht zur Teilnahme an den Operationen gegen Hannover gelangten**).

Eine andere, gleichfalls in der preußischen Machtsphäre gelegene Ländergruppe bildeten die thüringischen Staaten (das Großherzogtum Sachsen, die Herzogtümer Coburg-Gotha, Altenburg und Meiningen, die beiden Fürstentümer Schwarzburg und die zwei Fürstentümer Reuß), ferner Anhalt und die unmittelbar an Westfalen grenzenden Fürstentümer Lippe-Detmold, Schaumburg-Lippe und Waldeck, deren Kontingente insgesamt die Reservedivision des deutschen Bundesheeres bildeten, welche zur Besatzung der Bundesfestungen bestimmt war. Die Streitkräfte dieser 12 Staaten bezifferten sich auf 17½ Bataillone mit einer Kriegsstärke von 14500 Mann.

Wie dem Leser erinnerlich, war auf Antrag Bayerns am 6. Juni der Bundesbeschluß gefaßt worden (s. S. 143), die österreichischen und preußischen Truppen aus den Bundesfestungen Mainz und Rastatt zurückzuziehen. Zur Komplettierung der Besatzungen jener Plätze wurden die bundesmäßig hierzu verpflichteten Kontingente der Reservedivision aufgeboten. Waren dieselben auch auf Grund der Bundeskriegs-Verfassung zur Besatzung in den Bundesfestungen bestimmt, so bleibt es

---

*) Das mecklenburg-schwerinsche Jägerbataillon, obwohl nur 342 Mann stark, ist in obiger Ziffer als volles Bataillon enthalten, die Hamburger Jäger-Abteilung (beiläufig 120 Mann) als 1 Compagnie berechnet.

**) In Oldenburg, dessen hier wegen seiner Lage zu Hannover speziell gedacht sein mag, wurde die Mobilmachung erst am 6. Juli angeordnet, nachdem der Landtag das Bündnis mit Preußen genehmigt und die erforderlichen Geldmittel bewilligt hatte.

immerhin eine bemerkenswerte Erscheinung, am Vorabende der über Deutschland hereinbrechenden Katastrophe jene Kontingente mit ihrer Berufung in die festen Plätze einem eventuellen Anschlusse an Preußen entzogen zu sehen, welches für den künftigen Kriegsschauplatz in Westdeutschland nicht über besonders bedeutende Streitkräfte verfügte und daher in den 14000 Mann der Reservedivision einen unter den gegebenen Verhältnissen doppelt erwünschten Zuwachs erhalten hätte.

Die betreffenden Truppenteile, welche in der vollen Friedensstärke nach den Bundesfestungen abrücken sollten, beschleunigten nach Thunlichkeit ihre Komplettierung; allein bei der raschen Entwickelung der zur Katastrophe führenden Ereignisse waren bis 15. Juni nur die Kontingente von Weimar (3 Bataillone), Meiningen (2 Bataillone), der beiden Linien Reuß ($1\frac{1}{2}$ Bataillone) und Schaumburg-Lippe (2 Compagnieen) in Mainz und Rastatt eingetroffen. Indem aber die überwiegende Mehrzahl dieser Staaten auf die unterm 16. Juni ergehende identische Note des Berliner Kabinetts ihren Beitritt zu der neuen Union erklärte, unterblieb der Ausmarsch der noch nicht an den Rhein gerückten Kontingente. Nur Meiningen und Reuß ältere Linie, deren Truppen bereits die Heimat verlassen hatten, verharrten vorläufig in einer widerstrebenden Haltung gegen Preußen *).

Durch den Abmarsch der oben erwähnten Kontingente nach den rheinischen Bundesfestungen war die Zahl der nunmehr noch zu Preußens Verfügung stehenden Truppenteile der Reservedivision auf 10 Bataillone reduziert, deren Kriegsstärke zwischen 676 und 837 Mann sich bewegte und für welche nach der alten Bundesmatrikel ein Soll-Kriegsstand von

---

*) Meiningen zeigte zwar am 26. Juli dem Rumpf-Bundestage seinen Austritt aus dem Bunde an, ohne jedoch zu einer Union mit Preußen sich bereit zu finden. Nachdem schon Mitte Juli ein preußisches Detachement unter Oberst v. Kortzfleisch nach Hildburghausen gerückt war, um in der Richtung auf Schweinfurt zu demonstrieren, aber demnächst gegen Frankfurt abmarschierte, schritt Preußen am 19. September zur Occupation des Landes, worauf der Herzog zugunsten seines Sohnes abdankte und der Eintritt in den norddeutschen Bund erfolgte. — Reuß ältere Linie lehnte ebenfalls die Einladung Preußens am 16. Juni ab. Am 11. August wurde das Land durch zwei preußische Compagnieen besetzt und erst durch den am 26. September erfolgenden Friedensschluß mit Preußen vollzog sich der Eintritt in das neue Bundesverhältnis.

rund 8300 Mann vorgesehen war. Da Mitte Juni diese Kontingente zumeist noch in der Mobilmachung begriffen, sollte nur wenigen derselben die Teilnahme an den kriegerischen Ereignissen vergönnt sein, deren Schauplatz in den nächsten Tagen Thüringen wurde. Die bereits nach den Bundesfestungen abgerückten Kontingente hatten zwar Ersatzabteilungen in der Heimat zurückgelassen, von denen jedoch teils ihrer Geringfügigkeit wegen, teils mit Rücksicht auf die aus dem Mangel an Chargen resultierenden Mißstände (die ablehnende Haltung von Meiningen und Reuß ältere Linie hierbei gar nicht inbetracht gezogen) eine nennenswerte Vermehrung der Preußen zur Verfügung stehenden Streitkräfte nicht zu erwarten war.

Da von den hier inbetracht kommenden Staaten der Herzog von Sachsen-Coburg-Gotha und sein Kontingent für die demnächst uns beschäftigenden Kriegsereignisse von besonderer Bedeutung werden sollten, erscheint es gleich wünschenswert wie notwendig, die hierfür maßgebenden Verhältnisse des näheren zu würdigen und in ihrer Bedeutung für die späteren Vorgänge zum Verständnisse zu bringen.

Herzog Ernst II., am 21. Juni 1818 geboren, hatte sich frühzeitig dem praktischen Waffendienste gewidmet. 1834 zum Sekonde-Lieutenant im vaterländischen Kontingente ernannt, begab er sich 1836 auf Einladung des Königs Leopold I., seines Oheims, nach Belgien und wurde behufs seiner militärischen Ausbildung dem dortigen Generalstabe zur Dienstleistung zugeteilt. 1838 trat der Prinz in die königlich sächsische Armee ein und wurde dienstleistender Rittmeister bei dem Garde-Reiterregimente. 1839 zum Major und noch im nämlichen Jahre zum Oberst à la suite jenes Regiments ernannt, erhielt er 1842 seine Beförderung zum General-Major, in welcher Stellung er während der Manöverzeit mehrfach als Brigade-Kommandant fungierte. Nach seiner 1842 erfolgenden Vermählung mit der Prinzessin Alexandrine von Baden ließ er sich nunmehr dauernd in der Heimat nieder, um auf Wunsch seines Vaters, des regierenden Herzogs, als wirkliches Mitglied des Ministeriums mit Sitz und Stimme an den Regierungsgeschäften teilzunehmen.

Am 29. Januar 1844 folgte er seinem verewigten Vater in der Regierung, die er im Geiste einer milden und dem Fortschritte sich nicht

verschließenden Richtung führte. 1846 trat der Herzog als General-Major auch in den Verband der preußischen Armee über. Nachdem er im Januar 1849 zum königlich sächsischen General-Lieutenant ernannt worden war, wurde ihm die Führung der Reserve-Brigade der damals gegen Dänemark aufgebotenen Bundestruppen übertragen. Unter seinem Kommando fand am 5. April dieses Jahres das Gefecht bei Eckernförde statt, welches mit der Vernichtung des dänischen Linienschiffes Christian VIII. endete und jubelnden Wiederhall in Deutschland fand. Seinen Truppen ein leuchtendes Beispiel der Tapferkeit gewesen, sah sich der Herzog für diesen Tag vom Könige von Preußen mit dem Orden pour le mérite geschmückt, während ihm der König von Sachsen das Kommandeur-Kreuz I. Klasse des militärischen St. Heinrichs-Ordens verlieh.

Nachdem er 1850 auch für die preußische Armee die General-Lieutenants-Würde erhalten hatte, wurde er am 1. Mai dieses Jahres zum Chef des preußischen 7. Kürassier-Regiments ernannt, und war in der ersteren Eigenschaft während der folgenden Jahre bei den großen Truppenübungen mehrfach mit der Führung verschiedener Divisionen beauftragt. Unterm 17. September 1857 erfolgte seine Ernennung zum preußischen General der Kavallerie.

Stets von dem warmen Wunsche durchdrungen gewesen, das deutsche Gesamtvaterland eine seine Machtstellung fördernde Einigung finden zu sehen, bethätigte der Herzog seinen deutschen Patriotismus in hervorragender Weise, als er am 1. Juni 1861, vorläufig auf die Dauer von 10 Jahren, zum Abschlusse einer Militär-Konvention mit Preußen schritt, von der Überzeugung geleitet, daß für sein Land, mit Rücksicht auf dessen geographische Lage, in kritischen Zeiten der engste Anschluß an jenen mächtigen Nachbarstaat als ein Gebot der Notwendigkeit erscheinen mußte*). Nachdem der Vertrag die Zustimmung der

---

*) Der Herzog von Meiningen legte durch ein unterm 22. November 1861 an den Herzog von Coburg gerichtetes Schreiben Verwahrung gegen die Konvention ein, wofern aus diesem Aufgeben eines wichtigen Hoheitsrechtes ein Eingriff in die Rechte seines Hauses, die dasselbe an dem gothaischen Gesamthause zu beanspruchen hatte, resultieren sollte. Der Herzog von Coburg entgegnete mittelst Schreibens vom 4. Dezember 1861 dem Herzog von Meiningen, daß eine solche Anerkennnng nicht für einen Akt erforderlich, welcher lediglich dem Rechtsgebiet und zwar jenem Ge-

beiderseitigen Landesvertretungen gefunden, trat derselbe mit dem 1. Juli 1862 in Kraft.

Vermöge dieser Konvention übernahm Preußen das in 2 Bataillone formierte coburg-gothaische Kontingent gegen eine von den Herzogtümern zu zahlende Aversionalsumme für den Frieden sowohl als für den Krieg nach Maßgabe der Bestimmungen der Bundes-Kriegsverfassung. Die in der preußischen Armee gültigen Vorschriften traten hiermit auch für das Kontingent in Geltung, ausgenommen die gesetzlichen Bestimmungen über dessen Ergänzung, welche nur insofern eine der preußischen Organisation sich mehr nähernde Modifikation erfuhren, daß die Dienstzeit bei der Fahne von 1½ auf 2 Jahre, die Reservepflicht dagegen von 6 auf 6½ Jahre erhöht wurde. Die Ernennung sämtlicher Offiziere und Beamten, sowie der herzoglichen Flügel-Adjutanten hatte, wie die Konvention stipulierte, im Einverständnisse mit dem Herzoge durch den König von Preußen zu erfolgen. Indem das Kontingent in den Verband der preußischen Armee übertrat, hatten seine Offiziere dem Könige von Preußen den Fahneneid zu leisten, während sie für den Herzog als Landesherrn durch Handschlag verpflichtet wurden. Sowie Preußen befugt war, Offiziere seiner Armee zu dem Kontingente abzukommandieren, war auch für die Offiziere des letzteren nach Maßgabe ihres Patents der Übertritt in jenes Heer gestattet, in welchem sie gleich den preußischen Offizieren Anstellung und Beförderung zu finden hatten.

Der Herzog trat zu dem Kontingente in das Verhältnis eines kommandierenden Generals, mit der Berechtigung, dessen Truppen in ihrer Gesamtheit sowohl wie in einzelnen Abteilungen zu polizeilichen Zwecken verwenden zu dürfen. Das Einschreiten der Militärbehörden zur Aufrechthaltuug der öffentlichen Sicherheit war durch die Requisition der zuständigen Zivilbehörden bedingt, wogegen inbetreff des Waffengebrauchs, der Befugnis zur Verhaftung 2c., sowie für den Garnisonsdienst die diesbezüglichen preußischen Vorschriften Platz zu greifen hatten.

---

biete angehöre, auf welchem der Regent nur durch die Staatsverfassung, nicht aber, wie inbetreff der Erbfolge und der Landesveräußerung, zugleich durch Rechte der Agnaten beschränkt sei. Übrigens hatte sich auch das Königreich Sachsen der Rechtsverwahrung des Herzogs von Meiningen angeschlossen.

Indem das Kontingent seine bisherigen Garnisonen Gotha und Coburg beibehielt, durfte ein Wechsel derselben, eine Verlegung außer Landes oder dessen allenfallsige Ersetzung durch preußische Truppen nur mit Zustimmung des Herzogs geschehen.

Die von Coburg=Gotha für den Unterhalt des Kontingents an Preußen zu zahlende jährliche Aversionalsumme betrug 80 000 Thaler. Für jede von Bundeswegen erfolgende Mobilmachung hatte ein einmaliger Betrag von 9000 Thaler und außerdem für die Dauer des mobilen Verhältnisses außer der Friedenssumme ein Jahresaversum von 148 000 Thaler entrichtet zu werden.

Das Kontingent formierte ein Regiment von 2 Bataillonen (das 1. ein Musketier=, das 2. ein Füsilier=Bataillon), jedes zu 4 Compagnieen. Auf Kriegsfuß zählte das Bataillon 837 Mann; außerdem hatte im Falle der Mobilmachung auf Grund der Bundesmatrikel eine Ersatz=Abteilung von 372 Mann aufgestellt zu werden.

Das Regiment behielt seine dem preußischen Muster entsprechende besondere Uniform bei, welche auch von den zu ihm kommandierten preußischen Offizieren getragen wurde*). Nach dem Inkrafttreten der Konvention wurde das Regiment mit dem Zündnadelgewehre ausgerüstet.

War der Herzog schon beim Abschlusse dieses Vertrages von der Überzeugung geleitet gewesen, daß die gegebenen Verhältnisse den Anschluß seines Landes an Preußen bedingten, so wurde er auch in dieser Auffassung nicht wankend, als im Frühjahre 1866 die wachsende Spannung zwischen den Höfen von Berlin und Wien den Eintritt kriegerischer Komplikationen erwarten ließ. Bereits Mitte Mai entsendete der Herzog seinen Flügel=Adjutanten, den Oberstlieutenant v. Reuter, mit dem mündlichen Auftrage nach Berlin, den König Wilhelm zu versichern, daß er bei den bevorstehenden kriegerischen Verwickelungen sich und sein Kontingent Preußen zur Verfügung stellen werde.

Hatte die Mobilmachung des Regiments Coburg=Gotha vermöge der Militär=Konvention von Preußen ausgesprochen zu werden, für dessen

*) Die Uniform bestand in einem dunkelgrünen, rot paspoilierten Waffenrocke mit schwarzen Aufschlägen (bei den Offizieren von Sammet), roten Achselklappen und gelben Knöpfen; dazu dunkelgraue Beinkleider mit rotem Paspoil. Die Offiziere trugen goldene Epauletten, die Unteroffiziere dementsprechenden Tressenbesatz. Als Kopfbedeckung diente der Helm nach preußischem Muster.

Heer bekanntlich Anfangs Mai der Übergang auf den Kriegsfuß anbefohlen wurde, so mußte doch eine gleichzeitige Ausdehnung dieser Maßregel auf das coburgische Kontingent wesentlichen Bedenken begegnen: einesteils mit Rücksicht auf das Verhältnis des Landes als deutscher Bundesstaat gegenüber dem noch zu Recht bestehenden Bunde und andernteils insofern, da bei einer im Anschlusse an Preußen erfolgenden, weil mit der Bundesverfassung kollidierenden Mobilmachung voraussichtlich die Bewilligung der hierzu erforderlichen Geldmittel seitens der Landesvertretung nicht zu erhoffen sein durfte.

Das preußische Kriegs-Ministerium richtete zwar auf Grund der Militär-Konvention unterm 18. Mai die Aufforderung zu einer sofortigen Mobilmachung des Kontingents an das herzogliche Staatsministerium, ein Verlangen, welchem dasselbe aber in Berücksichtigung der schon oben angedeuteten Gesichtspunkte vorläufig nicht entsprechen zu können glaubte. Die durchaus korrekte Haltung der herzoglichen Staatsregierung in dieser Frage erhellt aus der folgenden, jene Aufforderung beantwortenden Note:

„Ew. Excellenz

geehrte Zuschrift vom 18. d. M. habe ich sofort zur Kenntniß Sr. Hoheit des Herzogs, meines gnädigsten Herrn, gebracht und beeile mich, in Erwiederung derselben auf Grund höchster Ermächtigung Ew. Excellenz die nachstehende ergebenste Mitteilung zu machen.

„Die Herzogliche Regierung hat in dem Abschluß der Militair-Convention vom 1. Juni 1861 stets den thatsächlichen Ausdruck der Ueberzeugung erkannt, daß für sie bei dem Eintreten kriegerischer Complikationen — ganz abgesehen von ihren auf denselben Standpunkt hinführenden politischen Sympathien — schon nach der geographischen Lage der Herzogthümer der engste Anschluß an das Königreich Preußen ein Gebot der Nothwendigkeit sei. An dieser Auffassung wird die Herzogliche Regierung unter allen Umständen und zu jeder Zeit unbedingt festhalten. Wenn ich mir aber gleichwohl gestatte, an Ew. Excellenz das ergebenste Ersuchen zu richten, von der Aufforderung einer sofortigen Mobilmachung des Herzoglichen Contingents absehen zu wollen, so glaube ich für diesen Wunsch Gründe geltend machen zu können, welche sich auch der Anerkennung Ew. Excellenz zu erfreuen haben und die Herzogliche

Regierung gegen die Annahme schützen dürften, als lege sie auf die conventionalmäßige Verbindung des Herzoglichen Contingents mit der Königlich Preußischen Armee jetzt einen geringeren Werth, als zu der Zeit, wo die Convention zum Abschluß gebracht wurde.

„Noch besteht das Bundesrecht in Kraft, noch befindet sich der Königlich Preußische Bundestagsgesandte in Frankfurt a. M. und nimmt Theil an den Berathungen der Bundesversammlung. Die Herzogliche Regierung kann sich daher der Verpflichtungen, welche ihr die Bundesgesetze auferlegen, zur Zeit um so weniger für enthoben erachten, als das hiesige Staatsgrundgesetz die ausdrückliche Bestimmung enthält, daß die vereinigten Herzogthümer, als deutscher Bundesstaat, alle aus der Bundesverfassung hervorgehenden Rechte und Pflichten theilen. Eine Mobilmachung des Herzoglichen Contingents mit dem ausgesprochenen Zweck, dasselbe zur Verfügung der Königlich Preußischen Regierung zu stellen, würde somit in dem gegenwärtigen Augenblick nicht allein einen Verstoß gegen die Bundesbestimmungen involviren, sondern auch mit der beschworenen Verfassung des Bundes in Widerspruch stehen. Eine Mobilmachung des Herzoglichen Contingents ohne ausdrückliche Bestimmung des Zweckes würde aber einerseits, mit Rücksicht auf die bestehende Militair-Convention, doch nur in dem Sinne gedeutet werden können, daß sie im Anschlusse an die Königlich Preußische Armee erfolge und andererseits würde die Ausführung der Maßregel voraussichtlich in dem Widerspruch der Landesvertretung, deren Zustimmung behufs der Erlangung der nöthigen finanziellen Mittel unentbehrlich sein würde, auf unüberwindliche Hindernisse stoßen.

„Dagegen hält sich die Herzogliche Regierung, so bald sich der Ausbruch des Krieges als unvermeidlich erweisen und die Bundesverfassung rechtlich oder thatsächlich außer Wirksamkeit gesetzt werden sollte, — womit zugleich der Herzoglichen Regierung das Recht der freien Selbstbestimmung zufallen würde, — für vollständig versichert, daß auch die Vertretung des Landes die Nothwendigkeit, mit dem Herzoglichen Contingente in die kriegerische Action einzutreten, als eine unabweisbare anerkennen und ihr bereitwillig die dazu erforderlichen Mittel zur Verfügung stellen werde. Je mehr aber leider die Hoffnung auf Erhaltung des Friedens bereits geschwunden ist und je näher schon der Zeitpunkt für den Eintritt der nur erwähnten Eventualitäten zu liegen scheint,

um so mehr wird es die Herzogliche Regierung als ihre Pflicht erkennen, auch ihrerseits darauf Bedacht zu nehmen, daß die Mobilmachung des Contingents eintretenden Falls in der kürzesten Frist zur Ausführung gebracht werden kann.

„Genehmigen Ew. Excellenz auch bei diesem Anlaß die erneute Versicherung meiner ausgezeichnetsten Hochachtung.

„Gotha, den 21. Mai 1866.

(gez.) von Seebach.

„Sr. Excellenz
dem Königlich-Preußischen Kriegs- und
Marine-Minister, Herrn Generallieutenant
von Roon, Großkreuz ꝛc.
Berlin."

Als vermöge des am 6. Juni gefaßten Bundesbeschlusses (s. S. 143) die Truppen der Reservedivision zur Besetzung von Mainz und Rastatt berufen wurden, hatte auch das Regiment Coburg dieser Bestimmung Folge zu leisten. Durch Staats-Ministerial-Verfügung vom 10. Juni wurde daher die Erhöhung des Friedensstandes für jedes Bataillon von 350 auf 500 Mann und zugleich die Aufstellung einer Ersatzabteilung von 300 Mann angeordnet. Die hierzu erforderlichen Reservisten wurden zum 17. Juni einberufen. Während das nach Rastatt bestimmte Kontingent noch mit den Vorbereitungen zum Ausmarsche beschäftigt war, brachte Österreich am 11. Juni seinen bekannten Mobilisierungs-Antrag beim Bunde ein. Indem hiermit der Eintritt kriegerischer Eventualitäten in nächste Nähe gerückt war, wurde der dem herzoglichen Regiments-Kommando erteilte Marschbefehl alsbald sistiert und dem preußischen Ministerpräsidenten Grafen Bismarck hiervon Kenntnis gegeben. Nachdem durch die bekannten Vorgänge beim Bundestage am 14. Juni das bisherige Bundesverhältnis als gelöst betrachtet werden durfte, war für die herzogliche Staatsregierung der Zeitpunkt gekommen, wo sie den Anschluß an Preußen zur Thatsache werden lassen konnte. Bereits am 15. Juni wurde der preußischen Regierung dieser Entschluß durch einen Abgesandten des Herzogs in vertraulicher Weise notifiziert.

Indem durch die identische Note vom 16. Juni auch an die thüringischen Staaten von dem Berliner Kabinett die Einladung zur Bildung einer neuen Union erging, stellte Preußen am nämlichen Tage an die Staatsregierung von Coburg = Gotha den Antrag zur sofortigen Mobilmachung des Regiments, welchem nunmehr unter den veränderten Verhältnissen mit Beschleunigung entsprochen wurde. Noch am 16. Juni abends erging der Befehl zur Mobilmachung. Das auf telegraphischem Wege benachrichtigte Füsilierbataillon in Coburg erhielt zugleich die Weisung, mit seinem präsenten Teile sowie sämtlichen Bekleidungs- und Ausrüstungsvorräten nach Gotha zu rücken, wohin alle noch disponiblen Reservisten zum 20. Juni einberufen wurden.

Das mittelst Eisenbahn über Eisenach herangezogene Füsilierbataillon traf am 18. Juni gegen Mittag in Gotha ein*), woselbst nunmehr das gesamte Regiment unter seinem Commandeur, Oberst v. Fabeck, vereinigt war und auch die Ersatzabteilung von 372 Mann zur Aufstellung gelangte.

Obwohl die Mobilmachung mit Eifer in Angriff genommen wurde, sollten die Bataillone, welche nach der vormaligen Bundeskriegsverfassung für den Kriegsfuß auf einen Stand von 837 Mann zu augmentieren waren, noch nicht vollzählig sein, als sie schon in den nächsten Tagen gegen die im Anmarsche begriffene hannoversche Armee ins Feld gerufen wurden.

Der Herzog war bereits am 17. Juni aus seiner Sommerresidenz Reinhardsbrunn in Gotha eingetroffen, um hier seinen Aufenthalt zu nehmen und der weiteren Entwickelung der Dinge zu harren.

Der von der Staatsregierung sofort einberufene gemeinsame Landtag beider Herzogtümer trat am 20. Juni in Gotha zusammen und genehmigte am 25. dieses Monats den Abschluß eines Bündnisses mit Preußen, sowie die Mobilmachung des Kontingents. Am folgenden Tage wurde der Anschluß an Preußen offiziell erklärt. —

Gleichwie das Regiment Coburg unter den geschilderten Umständen zur Unterstützung der preußischen Waffen auf diesem Kriegstheater erhalten

*) In Coburg blieb vorläufig ein Kommando von 50 Mann unter Lieutenant v. Hobe zurück.

blieb, sollte dies auch hinsichtlich des herzoglich altenburgischen Kontingents der Fall sein, für welches am 30. März 1862 gleichfalls eine Konvention mit Preußen abgeschlossen worden war, obwohl nicht auf jener breiten Grundlage, wie sie für Coburg-Gotha maßgebend gewesen. Obschon das Kontingent, welches aus 2 Füsilierbataillonen zu je 4 Compagnieen bestand, nach preußischem Muster organisiert und ausgebildet, trat es doch nicht in den Verband der preußischen Armee über, sondern verblieb in seiner bisherigen Selbständigkeit bei eigener Administration. Die Anstellung und Beförderung der Offiziere bis einschließlich zum Hauptmann erfolgte nach wie vor lediglich durch den Landesherrn. Nur der Regiments-Commandeur und die Bataillons-Commandeure wurden von Preußen mit der Maßgabe beigestellt, daß der Herzog unter den hierfür vorgeschlagenen Offizieren seine Wahl treffen durfte. Dagegen hatte bei eintretender Vacanz einer Stabsoffiziersstelle der älteste, zur Beförderung geeignete Hauptmann des Kontingents in den Verband der preußischen Armee übernommen zu werden.

Unter diesen Verhältnissen zufolge des mehrerwähnten Bundesbeschlusses vom 6. Juni zur Besatzung von Rastatt bestimmt, erhielt das Regiment am 10. Juni den Befehl zur Komplettierung auf 1400 Mann. Die zum Ausmarsche gelangenden 8 Compagnieen hatten auf den Stand von 125 Mann gebracht und aus dem Reste 2 Compagnieen von je 200 Mann, welche zum Schutze des Landes in Altenburg verbleiben sollten, gebildet zu werden. Schon war der 13. Juni zur Abfahrt des Regiments nach Rastatt bestimmt, als infolge der Vorgänge am Bundestage diese ursprüngliche Anordnung widerrufen wurde.

Nachdem die Würfel gefallen und auch der Herzog von Altenburg für den Anschluß an Preußen sich entschieden hatte, wurde am 16. Juni der Ankauf der erforderlichen Pferde verfügt. Am 18. verließ das in Altenburg garnisonierende Regiment (unter Oberst v. Wartenberg) diese Residenz, um mit dem 1. Bataillon in Meuselwitz und mit dem 2. in Groß-Röda Kantonnements zu beziehen, welche am 20. Juni dahin eine Abänderung erfuhren, daß das 1. Bataillon nach Schmölln, das 2. aber nach Ronneburg rückte, von wo dieselben, wie wir in der Folge sehen werden, nach Erfurt instradiert wurden.

Das ebenfalls nach preußischem Muster und auch mit Zündnadelgewehr ausgerüstete Bataillon Schwarzburg-Rudolstadt rückte, nach Mainz bestimmt, in einer Stärke von beiläufig 700 Mann am 16. Juni von Rudolstadt über Ober-Weißbach nach der Werrabahnstation Eisfeld, um hier eingeschifft zu werden. Infolge der mittlerweile eingetretenen Ereignisse wurde das Bataillon jedoch wieder nach Rudolstadt berufen, wohin es von Eisfeld über Katzleuten zurückmarschierte und daselbst vorläufig in Garnison blieb.

Auch das gleichfalls mit dem preußischen Zündnadelgewehre ausgerüstete Bataillon Schwarzburg-Sondershausen hatte die Bestimmung erhalten, nach Mainz zu rücken. Demzufolge unter gleichzeitiger Aufstellung einer Ersatzabteilung auf 676 Mann augmentiert, sollte es jedoch nicht zum Ausmarsche dahin gelangen, da der diesbezügliche Befehl am 17. Juni widerrufen wurde. Am 20. Juni stellte der Landesfürst das Kontingent mit einem Bataillone von 600 Mann und einer Ersatz-Compagnie von 120 Mann zur Verfügung des Königs von Preußen. Es verblieb zunächst in seiner Garnison Sondershausen.

Das anhaltische Kontingent (2 Bataillone von je 4 Compagnieen und eine Scharfschützen-Abteilung von 2 Compagnieen) traf der entscheidungsvolle Moment gleichfalls noch in der Heimat, nachdem am 11. Juni für die beiden nach Mainz bestimmten Bataillone der Befehl zur Einziehung der Reservisten ergangen war. Am 18. Juni wurde die Mobilisierung des gesamten Kontingents verfügt; indessen sollte dasselbe durch die Vorgänge auf dem westdeutschen Kriegstheater in der zweiten Hälfte des Monats Juni nicht in Anspruch genommen werden.

Das nämliche war der Fall hinsichtlich des Bataillons Lippe-Detmold, dessen Mobilmachung insofern noch zeitraubender sich gestaltete, da der weitaus größte Teil der Reservisten auf Ziegelarbeit im Auslande abwesend. Am 30. Juni waren erst 4/5 der Beurlaubten eingetroffen, so daß das Bataillon damals kaum 800 Mann zählte.

Das Fürstentum Waldeck, welches über ein in Arolsen garnisonierendes Bataillon verfügte, war unterm 23. Februar 1862 gleich-

falls zum Abschlusse einer Militär-Konvention mit Preußen geschritten, für welche die nämlichen Grundlagen maßgebend gewesen, wie für Coburg-Gotha. Durch den bekannten Bundesbeschluß zur Besatzung von Rastatt bestimmt, wurde für das Bataillon am 10. Juni die Augmentierung auf 500 Mann anbefohlen. Nachdem am 17. Juni die vollständige Mobilmachung angeordnet worden, war das Bataillon am 30. Juni marschfertig, ohne jedoch durch die Kriegsereignisse gegen Hannover in Anspruch genommen zu werden *).

Dies war die für das westdeutsche Kriegstheater gegebene Situation. Die hier disponiblen preußischen Streitkräfte befanden sich im Verhältnisse zu den dortigen, in der Sammlung und teilweise noch in der Vorbereitung begriffenen Gegnern in der Minderzahl, während die verfügbar gebliebenen, aber schwachen Kontingente von Preußens Bundesgenossen zumeist erst im Stadium der Mobilmachung sich befanden und ihre Mitwirkung für die nächste Zeit somit nur in beschränktem Maße zu erhoffen war. Eine rasche Entscheidung gegen Hannover und Kurhessen herbeizuführen, um sobald als nur immerhin möglich den Kampf gegen die süddeutschen Corps aufzunehmen, war somit ein dringendes Gebot für die preußische Heeresleitung angesichts der in Westdeutschland gegebenen militärischen Situation. Aus der Gestaltung der Lage ergab sich daher die unabweisliche Mahnung, für die Unzulänglichkeit der preußischen Streitkräfte einen Ausgleich in der Beschleunigung ihrer Operationen zu suchen.

*) Dem Bataillon wurde während der Operationen gegen Hannover eine Abteilung von 1 Offizier und 15 Mann der Ersatz-Eskadron des preußischen 8. Husaren-Regiments zugeteilt, welche am 20. Juni aus Paderborn in Arolsen eintraf und gegen Ende dieses Monats dahin zurückmarschierte. — Am 24. Juni sollte das Bataillon dadurch irrtümlicher Weise allarmiert werden, daß ein vom Schloß Waldeck nach Arolsen zurückkehrendes Wachkommando als Feind gemeldet wurde.

IV.

Die Ereignisse in Hannover vom 16.–20. Juni.

Wir verließen die hannoversche Armee, als am 15. Juni ihre schleunige Konzentrierung bei Göttingen angeordnet worden war. Allerorten, wo sich Truppenteile derselben befanden, besonders aber in der Hauptstadt, entwickelte sich nunmehr eine nicht nur rege, sondern geradezu fieberhafte Thätigkeit. Alles vereinigte sich in freudiger Hingebung für die Rettung der noch in so unfertigen Verhältnissen befindlichen Armee. Die Eisenbahnverwaltung entwickelte eine angestrengte Thätigkeit und trug wesentlich zu dem erzielten Resultate bei. Das in der Hauptstadt lagernde bedeutende Kriegsmaterial nach dem Süden zu bergen, wurden seit dem 15. nachmittags die größten Anstrengungen gemacht. Nicht nur das Militär, sondern auch die Bürgerschaft legte Hand an, um zu retten, was zu retten war. Trotzdem konnte es in der kurz bemessenen Frist nicht gelingen, alle Bestände des Zeughauses und der anderen Magazine nach Göttingen zu überführen, so daß den in die Hauptstadt einrückenden preußischen Truppen noch eine reiche Beute zuteil werden sollte.

Die am 15. Juni nachmittags aus Nienburg in Hannover eintreffenden Truppenzüge (2 Bataillone des 7. Infanterie-Regiments und das 3. Jägerbataillon) erhielten bei ihrer Ankunft in der Hauptstadt den Befehl, nach Göttingen weiterzugehen, wohin sie nach einigem Aufenthalte die Fahrt fortsetzten und gegen Abend daselbst eintrafen. Am 16.

bezog das 7. Infanterie=Regiment in Dransfeld, Löwenhagen ꝛc.*), das 3. Jägerbataillon aber in Ober=Scheden ꝛc. (an der Straße nach Münden)**) Kantonnements.

Das in der Hauptstadt garnisonierende Garde=Regiment folgte jenen Truppen noch am 15. abends per Bahn in der nämlichen Richtung. Das 1. Bataillon verließ die Residenz gegen 8 Uhr und debarkierte in Bovenden, von wo es anderen Tags nach den benachbarten Dörfern Holtensen und Lenglern umquartierte. Das gegen 10 Uhr von Hannover aufbrechende 2. Bataillon fuhr dagegen bis Göttingen und marschierte von dort (am 16.) um 3 Uhr morgens nach den ihm angewiesenen Kantonnements Elliehausen, Keutbühren und Hetjershausen.

Im Verlaufe der Nacht zum 16. passierte auch das aus der Richtung von Lüneburg kommende 5. Infanterie=Regiment auf der Fahrt nach Göttingen die Hauptstadt. Ursprünglich zu den Übungen bei Harburg bestimmt gewesen, war das Regiment (s. S. 206) am 15. Juni aus seiner Garnison Lüneburg nach Lühe (1. Bataillon) und Stelle (2. Bataillon) marschiert. Schon bei der Ankunft in diesen Quartieren (gegen 2 Uhr nachmittags) vernahm man die Meldung von dem Einmarsche der Preußen in Harburg, eine Nachricht, welche später durch das von dort in Stelle eintreffende Wachdetachement (s. S. 219) ihre unzweifelhafte Bestätigung fand. Nach kurzer Ruhe lief aus Hannover der Befehl zum schleunigen Abzuge nach Göttingen ein. Zum Transporte der sofort allarmierten Bataillone, welche in Winsen und Stelle eingeschifft wurden, diente das von Harburg geflüchtete Eisenbahnmaterial. Vor Antritt

*) Dessen in Osnabrück zurückgelassenes Depot hatte den Befehl zum Marsche nach Hannover erhalten, sollte jedoch sein Regiment nicht mehr erreichen. Siehe seine Erlebnisse unter Beilage VIII.

**) Das in Hannover verbliebene Depot des Bataillons folgte unter Führung des Premier=Lieutenants Timaeus am 16. Juni morgens 7 Uhr mittelst Landmarsches in der Richtung auf Göttingen, indem es auf Vorspannswagen den Bataillonsgeldkasten und sonstige Ausrüstungsgegenstände mit sich führte. Um 2 Uhr nachmittags in Elze eingetroffen, fand dasselbe von hier nach vierstündiger Rast per Bahn Weiterbeförderung auf Göttingen, woselbst es um 10 Uhr nachts anlangte und in der nächsten Umgegend Quartiere bezog. Nachdem es den Geldkasten und die mitgeführten Bestände, welche während der Nacht in Göttingen verblieben waren, daselbst am 17. wieder in Empfang genommen hatte, rückte das Depot alsbald nach Ober=Scheden ab und erreichte dort gegen Abend sein Bataillon.

der Fahrt wurde zunächst auf einer Lokomotive ein Offizier zum Rekognoszieren nach Lüneburg vorausgeschickt, da es nicht außer der Möglichkeit lag, daß preußische Truppen von Lauenburg dahin vorgedrungen sein konnten. Nachdem das Gegenteil konstatiert worden war, fuhren beide Bataillone nach Hannover ab*), wo sie nachts eintrafen, um alsbald nach Göttingen weiter befördert zu werden, welches sie am 16. vormittags erreichten. Das Regiment rückte nach Obern- und Niedernjesa in Kantonnements. Sein in Lüneburg verbliebenes Depot (unter Premier-Lieutenant Borchers) folgte mit der Regimentskasse am 15. nachts per Bahn und erreichte den 16. um 1 Uhr nachmittags Göttingen.

Der König Georg, welcher bekanntlich mit dem Kronprinzen (16. Juni) um 3 Uhr morgens die Hauptstadt verlassen hatte (s. S. 235), war nach zweistündiger Fahrt in Göttingen eingetroffen und hatte in dem Gasthofe zur Krone sein Absteigequartier genommen**).

Stündlich langten daselbst auf der Eisenbahn neue Züge mit Truppen und Kriegsmaterial an, so daß die Stadt bald einem Heerlager glich. Nachdem der von Minden über Hannover nach Braunschweig führende Schienenweg bereits am 15. westwärts Wunstorf unfahrbar gemacht worden war, wurde derselbe in der Nacht zum 16. durch hannoversche Pioniere auch an der östlichen Landesgrenze bei Peine zerstört.

Die in Hannover befindlichen Truppen begannen am 16. morgens bei regnerischem Wetter, das auch den folgenden Tage anhielt, die Residenz in südlicher Richtung zu verlassen.

Das Regiment der Garde du Corps eröffnete gegen 5 Uhr früh den Ausmarsch, nachdem es seine in der Umgegend kantonnierenden

---

*) Nach v. Wiese, „Das 2. Schlesische Grenadier-Regiment Nr. 11", S. 9, wäre für die Abfahrt des 5. Infanterie-Regiments von Winsen die durch den preußischen Lieutenant v. Rymultowski dahin überbrachte Anzeige von dem Einmarsche des Manteuffelschen Corps in Harburg ausschlaggebend gewesen, was jedoch der Begründung entbehrt. Vielmehr ist das hannoversche Regiment infolge des aus der Hauptstadt erhaltenen Befehls von Winsen und Stelle zurückgegangen.

**) Die Schutzwache des Königs bildete einstweilen die zurückbleibende 3. Compagnie des am vorhergehenden Abend in Göttingen eingetroffenen 3. Jägerbataillons, welches am 16. vormittags in seine Kantonnements nach Ober-Scheden 2c. abmarschierte.

2 Eskadronen herangezogen hatte *). Mittags bezog es südlich Elze in Brüggen, Dehnsen und Limmer Quartiere. Abends 9 Uhr wurde der Marsch fortgesetzt, da man das Vordringen preußischer Truppen auf der Eisenbahn von Altenbeken nach Kreiensen befürchtete. Nach einem Nachtmarsche erreichte das Regiment am 17. zwischen 6 und 7 Uhr morgens Northeim und Umgegend, so daß es innerhalb 25 Stunden 10 Meilen zurückgelegt hatte. Der Stab und die 2. Eskadron bezogen die Kaserne in Northeim; die 3. und 4. blieben zunächst in Edesheim, beziehungsweise Hollenstedt nördlich jener Stadt, während die 4. südwärts in Sudheim Unterkunft fand. Noch im Verlaufe des Vormittags traf der Befehl ein, Vorposten in der Richtung gegen Hannover, den Solling und den Harz auszustellen, im Falle eines feindlichen Angriffs sich aber auf Göttingen zu repliieren. Während die 4. Eskadron demzufolge mittags nach Northeim abrückte, wurde gleichzeitig die 3. in der nämlichen Richtung herangezogen, um an der Straße nach Hannover und gegen Moringen Vorposten auszustellen, mit dem Piket auf dem Rücking vor Northeim. Seitens der gleichfalls heranbeorderten 1. Eskadron geschah das nämliche an den Straßen nach Seesen und Herzberg, indem deren Piket am Bahnhofe in Northeim etabliert wurde.

Das ebenfalls in der Hauptstadt garnisonierende 6. Infanterie-Regiment, welches erst am vorhergehenden Tage die neuen Gewehre in Empfang genommen hatte, wurde am 16. morgens 4½ Uhr durch den Hofmarschall Grafen Wedel zum Ausmarsche nach Göttingen allarmiert. Es sollte mittelst Bahn dahin befördert werden; da es jedoch bei seinem Eintreffen am Bahnhofe alles vorhandene Wagenmaterial zur Beförderung der königlichen Effekten mit Beschlag belegt fand, sah es sich auf den Fußmarsch angewiesen, nachdem jeder Mann noch 40 scharfe Patronen erhalten hatte. Da das Regiment keinen Train besaß, mußte das Offiziersgepäck in drei requirierten Droschken und einem Milchwagen untergebracht werden. In der dritten Nachmittagsstunde erreichte das Regiment Elze und bezog daselbst Quartiere, wurde jedoch schon um 4 Uhr nachmittags allarmiert, um mittelst Bahn nach Nörten weiter befördert zu werden und in dessen Umgegend Kantonnements (Lütgenrode ꝛc.) angewiesen zu erhalten.

---

*) Das Regiment deponierte seine silbernen Pauken bei der königlichen Silberkammer.

Das in der vorhergehenden Nacht aus Wunstorf nach Hannover zurückgekehrte Garde-Jägerbataillon, welches sein Depot wieder an sich gezogen hatte, ging um 6½ Uhr morgens mittelst Eisenbahn bis Göttingen und rückte von dort nach Geismar, um am 18. nach Erbsen, Wibbecke und Emmenhausen transloziert zu werden.

Das 2. Jägerbataillon folgte ihm eine halbe Stunde später ebenfalls per Bahn nach Göttingen und kam nach Rosdorf ins Quartier. Dessen in Hildesheim verbliebenes Depot stieß, wie weiter unten zu erwähnen, mit dem 1. Jägerbataillone zur Armee.

Die 2. reitende Batterie, welche am Morgen des 16. Juni von Wunstorf in Hannover eintraf, setzte nach zweistündiger Rast, während welcher sie die mitgeführten, aber nicht militärisch bespannten 4 Geschütze (s. S. 227) an das Zeughaus abgeliefert hatte, den Marsch südwärts auf Pattensen fort, indem sie die Bestimmung erhielt, zu der noch in der Folge zu erwähnenden Nachhut der Armee zu stoßen. Sie rückte an diesem Tage bis Gesdorf, um daselbst zu übernachten.

Das Ingenieur-Corps verließ gleichfalls am 16. morgens im Landmarsche seine Garnison Hannover, indem es an Brückentrain, Schanzzeug und Wagen mitführte, was durch Vorspann mobil zu machen gewesen war. Der Marsch dieses Tages führte bis Elze, wo in Quartieren übernachtet wurde. Am 18. bis Alefeld weiter gerückt, schifften sich daselbst die beiden Pionier-Compagnieen mit dem gesamten Train zur Bahn ein und fuhren in der achten Abendstunde auf Göttingen, welches sie in der Nacht erreichten, um in dem benachbarten Dorfe Geismar Kantonnements zu beziehen.

Die in der Hauptstadt stehende Artillerie hatte seit dem 15. Juni nachmittags in angestrengtestem Maße gearbeitet, um so viel Material als nur immerhin thunlich flott zu machen. Ursprünglich bestand die Absicht, dieselbe, um sie möglichst lange in Hannover thätig sein zu lassen, mittelst Eisenbahn nach Göttingen zu befördern; indessen wurde am 16. gegen 7½ Uhr morgens der Landmarsch anbefohlen, weil man schon für den Nachmittag die Ankunft der Preußen erwartete und daher doch nicht mehr alles planmäßig fortschaffen zu können hoffte. Nachdem eiligst Vorspannpferde requiriert worden waren, verließen das 1. und 2. Artilleriebataillon, sowie die Handwerker-Compagnie mit dem flottgemachten Materiale noch am 16. gegen 11 Uhr vor-

mittags Hannover in der Richtung auf Göttingen. Nur die 4. Fuß-Compagnie des 2. Bataillons (Hauptmann Eggers), welche dessen für Übungszwecke bespannte Batterie hatte, ging mittags per Bahn nach Göttingen. Der erste Marschtag führte bis Wulfingen und Umgegend, wo übernachtet wurde; am 17. morgens 6 Uhr wurde weiter gerückt. Die mitgenommenen 6 leichten Zwölfpfünder der 5. Fuß-Compagnie, welche mit Vorspannpferden hatten bespannt werden müssen, erhielten die Bestimmung, nötigenfalls zur Unterstützung der vom General-Major von dem Knesebeck geleiteten Nachhut (s. u.) zu dienen. Nach einem anstrengenden Marsche bezog die Artillerie rc. abends 6 Uhr in Einbeck Quartiere, wurde aber bereits um 2 Uhr morgens allarmiert, um nach der Eisenbahnstation Salzderhelden dirigiert und hier auf der Eisenbahn nach Göttingen eingeschifft zu werden, welches im Verlaufe des Vormittags erreicht wurde.

Das im Landmarsche aufgebrochene Traincorps übernachtete am 16. in Banteln (bei Elze), ging den 17. bis Northeim und traf am 18. in Göttingen ein.

Die 1. reitende Batterie, welche bekanntlich in Neustadt am Rübenberge übernachtet hatte, erhielt, als sie am 16. vormittags die Hauptstadt erreichte, den Befehl zum Weitermarsche und ging noch bis Pattensen.

Das aus der Nienburger Gegend auf Hannover anrückende Dragoner-Regiment Kronprinz ereilte der dasselbe auf Göttingen instradierende Befehl am 16. morgens bei Frielingen und ging es demzufolge bis in die Gegend von Pattensen nach Hüpede, so daß es an diesem Tage einen Marsch von etwa 7 Meilen zurückgelegt hatte.

Das Gardehusaren-Regiment war am 16. morgens 4 Uhr von Hudemühlen nach der 5½ Meilen entfernten Hauptstadt weiter marschiert. Noch herwärts Hannover erhielt es bei Fahrenwald durch seinen Regiments-Quartiermeister, Rittmeister Schaumann, die Nachricht von der Konzentrierung bei Göttingen und dem Abzuge der hauptstädtischen Garnison. Im Trabe ging das Regiment nunmehr bis Hannover. An der langen Laube hielt die von den Prinzessinnen Friederike und Mary begleitete Königin zu Wagen und wurde von dem vorüber defilierenden Regimente mit Hurra und Säbelschwenken begrüßt. Hinter Hannover stieß das Regiment auf die langen Artillerie- und Train-

kolonnen, so daß der Weitermarsch nur langsam von statten ging. Von dem anhaltenden Regen durchnäßt, machte es nach mehr als siebenmeiligem Marsche abends 6 Uhr in Pattensen Halt, um daselbst zu übernachten.

Das 1. Bataillon des Leib-Regiments folgte um 2 Uhr nachmittags aus seiner Garnison Hannover und wurde per Bahn in fünfstündiger Fahrt nach Göttingen befördert. Der Abmarsch des 2. Bataillons erfuhr jedoch insofern eine Verzögerung, da aus Göttingen der telegraphische Befehl für dasselbe eintraf, in der Residenz zu verbleiben und sämtliche Wachen wieder zu besetzen, was auch geschah. Aus dieser kritischen Lage wurde es durch die Intervention der Königin erlöst, indem darauf um 6 Uhr abends aus dem Hauptquartiere der Befehl zum sofortigen Abmarsche des nunmehr mittelst Bahn nach Göttingen eilenden Bataillons einlief, wo dasselbe am 17. morgens anlangte.

Auch das gesamte Cadetten-Corps war von Hannover mittelst Eisenbahn nach Göttingen abgegangen, wo die Eleven der beiden oberen Klassen als Lieutenants in die Armee eingeteilt, die jüngeren dagegen in die Heimat entlassen wurden.

Das Gardekürassier-Regiment, welches wir am 15. Juni (s. S. 209) auf dem Marsche nach Hannover sahen, kehrte folgenden Tags von Alefeld nach Northeim zurück, von wo es den 17. Juni über Göttingen nach Friedland (hier der Stab), Groß- und Klein-Schnehen, sowie Recklinghausen rückte und bei dem letzgenannten Orte Vorposten gegen die hessische und preußische Grenze ausstellte. Am nächsten Tage bezog es Kantonnements in Mariengarten, Dramfeld 2c.

Wie schon oben angedeutet, wurde zur Deckung des Rückzugs auf Göttingen am 16. Juni eine Nachhut gebildet und mit deren Führung der Commandeur der 1. Infanterie-Brigade, General-Major von dem Knesebeck, beauftragt. Es wurden hierzu bestimmt das Gardehusaren-Regiment und das Dragoner-Regiment Kronprinz, sowie die beiden reitenden Batterieen, welche (s. o.) den 16. nachmittags in Pattensen und Umgegend eingetroffen waren. Zur Sicherung in der Richtung gegen Hannover bezog die 1. Eskadron Gardehusaren abends Vorposten nördlich von Pattensen.

Am 17. morgens setzte die Nachhut bei Regenwetter den Marsch

südwärts auf Einbeck fort *). Zu ihrer allenfallsigen Unterstützung wurden von der in der nämlichen Richtung zurückgehenden Artillerie die 6 leichten Zwölfpfünder der 5. Fußcompagnie (s. S. 313) bestimmt.

Die Gardehusaren bezogen herwärts Einbeck in Konsen und Kuventhal Quartiere, in nördlicher Richtung durch die Vorposten ihrer 3. Eskadron sich sichernd **). Während die 1. reitende Batterie in Einbeck übernachtete, gingen das Dragoner-Regiment Kronprinz und die 2. reitende Batterie bis nach dem benachbarten Salzderhelden.

Nachdem die in Konsen untergebrachten 2 Eskadronen Gardehusaren (1. und 4.) in der Nacht irrtümlicher Weise allarmiert worden waren, setzte die Nachhut am 18. morgens den Marsch auf der Göttinger Straße fort, welcher sie bei Northeim durch die dortige Vorpostenstellung der Garde du Corps (s. S. 311) führte. Mit der noch am nämlichen Tage erfolgenden Ankunft in Göttingen gelangte zugleich die Nachhut zur Auflösung.

Das der 4. Infanterie-Brigade zugeteilte Gardehusaren-Regiment rückte unverzüglich nach Jühnde und Meensen (südlich Dransfeld), um dort Kantonnements zu beziehen. Es hatte somit seit seinem Aufbruche von Verden am 15. nachmittags beinahe 24 Meilen durchgängig im Landmarsche zurückgelegt.

Das Dragoner-Regiment Kronprinz, welches seine Bestimmung zur 3. Infanterie-Brigade erhielt, ging gleichzeitig nach den von den Gardekürassieren geräumten Ortschaften Groß- und Klein-Schnehen (südlich Göttingen), so daß es seit dem 15. morgens einen Landmarsch von 23 Meilen hinterlegt hatte. Noch am 18. abends setzte das Regiment drei kleine Feldwachen südwärts Schnehen aus und schob einen

---

*) Der Lieutenant des Gardehusaren-Regiments von der Decken wurde an diesem Morgen noch vor dem Abmarsche von Pattensen zu einem Rekognoszierungsritte gegen die Hauptstadt beordert, welcher ihn in Begleitung eines Husaren bis auf den Lindener Berg führte. Indessen ließ sich nichts vom Feinde wahrnehmen und er konnte nur mit der auch durch Passanten bestätigten Meldung seinem inzwischen ausgerückten Regimente nacheilen, daß Hannover von den preußischen Truppen noch nicht besetzt war.

**) Während des heutigen Marsches war in Elze das in Verden zurückgebliebene Depot zum Regimente gestoßen, nachdem es sich unter Führung des Premier-Lieutenants Kern mit der Regimentskasse noch rechtzeitig per Bahn gerettet hatte.

Offizierspoften von 25 Pferden bis an die Werra nach Witzenhausen vor.

Die 1. reitende Batterie, bekanntlich am 15. Juni von Nienburg aufgebrochen, bezog gleichfalls am 18. nach einem 19meiligen Marsche in Grone (bei Göttingen) Quartier.

Die 2. reitende Batterie fand in dem benachbarten Ellershausen Unterkunft. Sie hatte seit dem 16. morgens 16 Meilen zurückgelegt.

Für die bekanntlich zu den Übungen bei Burgdorf bestimmte 2. Infanterie-Brigade ergingen ziemlich verwirrte Befehle. Obwohl die aus den südlichen Landesteilen heranmarschierenden Bataillone in der Nähe der dortigen Schienenwege sich befanden, wurden sie dennoch zunächst in strapaziösen Eilmärschen nordwärts nach Burgdorf instradiert, daselbst aber nicht zur Bahn eingeschifft, sondern zu diesem Zwecke wieder nach der mehr als eine Meile entfernten Station Lehrte zurückdirigiert, um von dort auf der über Hildesheim führenden Linie nach dem Göttingenschen befördert zu werden.

Das 2. Infanterie-Regiment, welches am 15. Juni morgens aus seiner Garnison Celle nach Bröckel, Ütze 2c. (zwei Meilen nordöstlich Burgdorf) gerückt war, erhielt daselbst am 16. um 4 Uhr früh den Befehl zum schleunigen Marsche nach Lehrte. Gegen 8 Uhr morgens war das Regiment daselbst versammelt und wurde in den ersten Nachmittagsstunden mittelst dreistündiger Eisenbahnfahrt nach Göttingen befördert, von wo das 1. Bataillon Quartiere in Bovenden, das 2. aber in Eddiehausen bezog. Das Depot des Regiments gelangte mit den geringen Kammervorräten, die in der Eile zu retten gewesen waren, am 17. glücklich von Celle nach Göttingen.

Das 3. Infanterie-Regiment erhielt am 15. gegen Abend in seinen an diesem Tage erreichten Marschquartieren Adenstädt, Schellerten, Ahstedt 2c. den Befehl, unverzüglich in die für den 19. Juni vorgesehenen Kantonnements nach Burgdorf und Umgegend abzurücken. Obwohl das Regiment in Adenstädt nur eine Meile von der Südbahn-Station Alefeld sich befand, wurde es dennoch nach den 6½ Meilen entfernten Burgdorf instradiert. Das 1. Bataillon brach demzufolge um 9 Uhr abends, das 2. um Mitternacht aus seinen Quartieren auf. Mittelst requirierter Wagen wurden die Tornister gefahren und abwechselnd auch die Compagnieen. Nach einem bei Regenwetter zurück-

gelegten Nachtmarsche erreichte das 1. Bataillon am 17. morgens Burgdorf und wurde daselbst in Quartiere entlassen, um aber bereits gegen 11 Uhr vormittags zum Aufbruche nach Lehrte allarmiert zu werden. Das 2. Bataillon wurde von diesem Befehle ereilt, eben als es im Begriffe war, die für dasselbe bestimmten Kantonnements in Schillerslage, Heissel, Colshorn ꝛc. zu beziehen. Das demzufolge unverzüglich nach Lehrte in Marsch gesetzte Regiment wurde daselbst in Einem Zuge zur Bahn eingeschifft und erreichte noch am 16. abends Göttingen, woselbst es zunächst verblieb und seine gleichfalls an diesem Tage von Einbeck und Northeim aufgebrochenen Depots an sich zog.

Das 1. Jägerbataillon war am 15. auf dem Marsche nach Hoheneggelsen begriffen, als es der Befehl zum schleunigen Aufbruche gegen Burgdorf ereilte. Nachdem es bis 11 Uhr nachts in Hoheneggelsen ꝛc. (nur etwa eine Meile nördlich von der Eisenbahnstation Hildesheim entfernt) geruht, rückte es bei Regenwetter und schlechten Wegen über Hohenhameln und Immensen nach Steinwedel (bei Burgdorf) ab, wo es nach einem viermeiligen Marsche am 16. vormittags 10 Uhr anlangte und dort sowohl wie in der Umgegend Quartiere bezog, um aber schon nach zwei Stunden wieder allarmiert zu werden, da aus Hannover der Befehl eingetroffen war, sofort nach Lehrte aufzubrechen und dort sich einzuschiffen. Auf requirierten Wagen dahin gefahren, embarkierte das Bataillon hier zur Bahn, wobei sich ihm ein von Ülzen kommender Zug mit dem Depot des Husaren-Regiments Königin (s. u.) anschloß. In Hildesheim wurde das Depot des 2. Jägerbataillons mitgenommen und abends gegen 10 Uhr Nörten erreicht, wo das Bataillon Befehl zum Haltmachen erhielt und Vorposten gegen Northeim, Catlenburg und Lindau ausstellte. In der Nacht zum 19. traf das aus Goslar über Osterode herangezogene Depot des Bataillons, welches auf 21 Wagen Ausrüstungsvorräte verschiedener Art gerettet hatte, in Nörten ein, zu dessen Aufnahme die 1. und 2. Compagnie am 18. abends bis Northeim vorgerückt waren.

Nach der entfernten und direkter Eisenbahnverbindung ermangelnden Festung Stade war der am 15. gegen nachmittags 3 Uhr dort eintreffende Befehl ergangen, das daselbst garnisonierende 4. Infanterie-Regiment und die bespannte Sechspfünder-Batterie des 3. Artilleriebataillons (damals von der 9. Fußcompagnie unter Hauptmann Laves

bedient) schleunigst nach der Station Stubben (südlich Geestemünde) an dem über Bremen nach Hannover führenden Schienenwege in Marsch zu setzen, woselbst um 8 Uhr morgens das nötige Transportmaterial in Bereitschaft stehen sollte. Es war damit zugleich die Bemerkung verbunden, daß möglicherweise schon am 16. Juni Wunstorf, der Gabelpunkt der Eisenbahnlinien von Minden und Hannover, durch preußische Truppen besetzt sein könnte. Der Abmarsch aus Stade nach der acht Meilen entfernten Station Stubben mußte daher außerordentlich beschleunigt werden und wurde auf 6 Uhr nachmittags (15. Juni) angesetzt. An die bekanntlich gegen die Elbe und Harburg entsendeten Compagnieen und Geschütze (s. S. 219) erging unverzüglich der Befehl zur Rückkehr nach Stade. Bei der so kurz bemessenen Frist war die Verabfolgung von Feldgarnituren der Bekleidung ebenso wenig möglich, wie die Ausgabe des vorhandenen neuen Gewehrs, mit welchem ohnedies die Mannschaft noch nicht ausgebildet. Das Regiment rückte daher mit dem alten Gewehre aus, jeder Mann mit 60 scharfen Patronen ausgerüstet. Man sah sich auf das Verpacken der allernotwendigsten Gegenstände beschränkt, um so mehr, da es auch an Fuhrwerk mangelte. Das 2. Bataillon des Infanterie-Regiments besaß zwar die reglementsmäßigen Wagen, mußte dieselben aber mit requirierten Pferden bespannen. Das 1. Bataillon ermangelte dagegen des Trains und war auf die wenigen in der Stadt aufzubringenden Fuhrwerke angewiesen. Um für den bevorstehenden, anstrengenden Nachtmarsch die Mannschaft der Bataillone nach Möglichkeit zu erleichtern, wurden, da in Stade selbst Mangel in dieser Beziehung war, Offiziere zu Wagen vorausgeschickt, welche in den der Marschstraße zunächst liegenden Dörfern alles disponible Fuhrwerk zum Fahren der Tornister requirierten.

Um 6¾ Uhr abends verließen das Regiment und die Batterie ihre Garnison. Ein vorwiegend aus den Rekruten bestehendes Depot des ersteren, sowie die drei anderen Compagnieen des 3. Artilleriebataillons blieben in Stade zurück. Der noch herrschenden Hitze folgte, als mit Einbruch der Nacht ein langsamer Regen eintrat, eine wohlthuende Frische. Nach zurückgelegter Hälfte des Marsches war durch die vorausgegangenen Requisitionen Fuhrwerk in hinlänglicher Zahl vorhanden, um alle Tornister zu fahren, so daß es nur wenige Ermattete gab. Die von der Kolonne passierte Stadt Bremervörde spendete den

Truppen beim Durchmarsche freiwillig eine reichliche Erquickung, welche um so wohlthuender war, da dieselben seit mittags keine Verpflegung erhalten hatten. Am 16. gegen 9 Uhr morgens wurde Stubben glücklich erreicht.

Das Verladen der Fuhrwerke und der Batterie war mit Schwierigkeiten verbunden, da der dortige Bahnhof nur eine sehr mangelhafte Rampe hatte. Das 2. Bataillon fuhr zuerst ab, indem es seinen Train dem 1. Bataillon übergab. Um 3 Uhr nachmittags folgte die Batterie und 3/4 Stunde später das 1. Bataillon. Ohne Zwischenfall wurde über Wunstorf die Hauptstadt Hannover erreicht und von hier sofort infolge neuen Befehls nach Göttingen weitergefahren, wo der das 1. Bataillon führende letzte Zug am 17. Juni um 2 Uhr morgens eintraf.

Bemerkenswerte Märsche legten auch die beiden folgenden Reiter-Regimenter zurück.

Das in Lüneburg und Umgegend dislozierte Husaren-Regiment Königin war, wie schon bekannt (s. S. 209), seit dem 15. Juni morgens 8¾ Uhr von dort in der Richtung gegen Hannover aufgebrochen. Indem es ein Depot mit den Remonten &c. in Lüneburg zurückließ, rückte es unter Oberstlieutenant Freiherrn v. Halkett in einer Stärke von 18 Offizieren, 324 Mann und 312 königlichen Dienstpferden aus. Nach einem Marsche von 4½ Meilen nachmittags 2 Uhr in Ülzen angekommen, hatte das Regiment daselbst Quartiere bezogen. Als abends 7 Uhr das von Winsen und Stelle kommende 5. Infanterie-Regiment (s. S. 309) auf seiner Fahrt nach Hannover Ülzen passierte und die Besetzung Harburgs durch die Preußen zweifellos konstatiert war, beschloß der Oberstlieutenant Freiherr v. Halkett die unverzügliche Fortsetzung des Marsches nach der Residenz. In einem allmälig sich verstärkenden Regen ging das Regiment um 9 Uhr abends von Ülzen weiter und erreichte, nachdem es zur Abfütterung der Pferde 3/4 Stunde in Eschede gerastet hatte, am nächsten Morgen (16. Juni) 7 Uhr das sieben Meilen entfernte Celle. Eine Meile herwärts dieser Stadt begegnete dem Regimente der Lieutenant Freiherr v. Pawel-Rammingen von Cambridge-Dragoner, von dem man vernahm, daß die Armee und mit ihr der König nach Süden gingen, sein in dortiger Gegend liegendes Regiment aber noch keinen diesbezüglichen Befehl habe, sondern auf Grund der ur-

sprünglichen Dispositionen am heutigen Morgen in die Kantonnements bei Burgdorf abrücken würde. In Celle fand Oberstlieutenant Freiherr v. Halkett, welcher seinen dahin gehenden Marsch vorher nach Hannover gemeldet hatte, zwei Telegramme aus der Residenz vor. Das erste, vom 15. abends datierende befahl für den 16. einen Ruhetag und am 17. Weitermarsch. Das andere Telegramm, vom 16. morgens 6 Uhr 24 Minuten, verfügte dagegen sofortigen Aufbruch, um zu versuchen, ob über Hildesheim und Alefeld das Göttingensche zu erreichen. Da dem Regimente zunächst Ruhe gegönnt werden mußte, zu welchem Zwecke dasselbe einquartiert wurde, sendete der Commandeur seinen Adjutanten, Premier-Lieutenant v. Plato, auf einer Lokomotive nach Hannover, um sich über die Situation zu orientieren und Instruktionen einzuholen. In der Hauptstadt angekommen, fand dieser Offizier in der Nähe des Bahnhofs den Chef des Generalstabs, General-Lieutenant v. Sichart, auf der Straße und vernahm von diesem, daß niemand mehr in der Stadt sei, der ihm Befehle erteilen könne. Indem der General das Regiment voraussichtlich als abgeschnitten betrachten zu dürfen meinte, kehrte Premier-Lieutenant v. Plato mit diesem wenig tröstlichen Bescheid nach Celle zurück. Nun galt es Eile. Da in Celle kein hinlängliches Eisenbahn-Transportmaterial vorhanden, ging das Regiment um 1 Uhr nachmittags (16. Juni) im Landmarsche weiter. Wegen des in Aussicht stehenden Einrückens preußischer Truppen in die Hauptstadt wurde die dahin führende Straße unfern Ehlershausen verlassen und bei strömendem Regen der Weg über Burgdorf nach Lehrte eingeschlagen. Da auch auf der letzteren Eisenbahnstation kein Transportmaterial vorhanden war, wurde während der hier zum Füttern gehaltenen Rast nach Nordstemmen (woselbst der Hildesheimer Schienenweg in die Göttinger Linie einmündet) telegraphiert, um dort einen Zug für das Regiment bereit zu stellen. Das Wetter hatte sich wieder aufgeklärt, und bei sternenheller Nacht ging um ½12 Uhr der Marsch von Lehrte weiter über Ilsen, Bilm, Rethen, Heisede, an Sarstädt vorüber, ferner über Giften, Barnten und Rössing nach Nordstemmen. Hier am 17. früh um 3, beziehungsweise 4 Uhr in zwei Zügen eingeschifft (im ersten der Stab mit der 1. und 2. Eskadron, im zweiten die anderen), langte das Regiment über Kreiensen zwischen 6 und 7 Uhr morgens in Nörten an, wo infolge der von der Anfahrt nach Göttingen gemachten Meldung der

Befehl zum Debarkieren vorlag. Das Regiment hatte somit die Armee glücklich erreicht. Am 15. aus seinen Friedensquartieren aufgebrochen, hatte es in zwei Tagen und zwei Nächten beinahe 20 Meilen mittelst Landmarsches und 10 Meilen auf der Eisenbahn zurückgelegt, ohne außer einigen leichten Druckschäden ein dienstunbrauchbares Pferd zu haben. Um 8 Uhr morgens (17.) rückte das Regiment, hierbei von einem Platzregen durchnäßt, von Nörten in die folgenden Kantonnements: Stab und 2. Eskadron Gladebeck, 1. Ellierode, 3. Hardegsen und 4. in Hettensen, Asche und Fehrlingsen. Als Oberstlieutenant Freiherr v. Halkett noch am 17. dem Könige persönlich die Ankunft des Regiments meldete, gab dieser seiner Freude lauten Ausdruck, da er es schon verloren geglaubt hatte, und sicherte ihm dafür zu, daß es die Ehre haben solle, zuerst ins Feuer zu gehen.

Premier-Lieutenant Freiherr v. Uslar-Gleichen, welcher das in Lüneburg zurückgebliebene Depot des Husaren-Regiments Königin kommandierte, war noch am 15. abends, auf die Nachricht von dem Einmarsche der Preußen in Harburg, von dort unter Mitführung der Regimentskasse aufgebrochen, bestieg in Ülzen die Eisenbahn, schloß sich in Lehrte (s. S. 317) dem 1. Jägerbataillone an und erreichte glücklich Göttingen, von wo er zunächst in Geismar Unterkunft fand und später, am 18. Juni morgens, zu seinem Regimente einrückte.

Das Dragoner-Regiment Herzog von Cambridge hatte, wie schon oben erwähnt (s. S. 319), am 16. Juni früh noch keinen Befehl zum Aufbruche in der Richtung nach Hannover. Es rückte daher an diesem Morgen von Celle in seine für den Anmarsch zu den Übungen bei Burgdorf anbefohlenen ersten Nachtquartiere Ütze (woselbst der Stab) ꝛc. Nachdem ihm bei seiner dortigen Ankunft die Weisung zugegangen, in vier Tagemärschen nach Göttingen zu rücken, überbrachte um 2 Uhr nachmittags ein Bauer ein Telegramm, welches den Befehl zum schleunigen Aufbruche nach dem eben genannten Ziele enthielt. Sofort allarmiert, setzte sich das Regiment wieder in Marsch und erreichte nach einem starken Gewitterregen Hohenhameln, wo es eine anderthalbstündige Rast hielt. Der Weitermarsch führte über Hildesheim, welches etwa um Mitternacht passiert wurde, gestaltete sich aber wegen der durch den Regen aufgeweichten Wege nicht unschwierig. In den Ortschaften eine

Meile südlich Hildesheim wurden am 17. früh Quartiere bezogen und nach dieser Rast um 8 Uhr morgens der Marsch fortgesetzt. Nach einer längeren Mittagsruhe in Lamspringe erreichte das Regiment die Gegend von Northeim und fand dort abends 6½ Uhr in Imbshausen ꝛc. Unterkunft. Es hatte somit seit dem 16. morgens innerhalb 36 Stunden beiläufig 14 Meilen zurückgelegt. Am 18. führte ein dreimeiliger Marsch das Regiment nach Harste und Gladebeck bei Göttingen, so daß es nunmehr seine Vereinigung mit der Armee vollzogen hatte.

Während Stade bekanntlich durch das Depot des 4. Infanterie-Regiments und 3 Artillerie-Compagnieen besetzt blieb, wurde das Fort Wilhelm an der Weser geräumt und rettete sich das dortige Wachkommando, wie uns die Folge zeigen wird, noch rechtzeitig nach Göttingen. Das Wachdetachement in Emden sollte dagegen minder glücklich sein und dem Schicksale der Kapitulation verfallen, worauf wir betreffenden Orts des näheren zurückkommen werden.

Nachdem die hannoverschen Truppen die Hauptstadt verlassen, wurde mit Hilfe der Bürgerschaft von den dort vorhandenen Vorräten an Waffen, Munition ꝛc. noch so viel als möglich in bunter Reihenfolge nach Süden befördert. Erst mit dem am 17. nachmittags erfolgenden Einmarsche der Preußen fanden jene Transporte ihren Abschluß. Das in Göttingen in größter Unordnung zusammenströmende Material wurde daselbst, in so weit es nicht artilleristischer Art war, zu einem Armee-Material-Depot vereinigt und aus dessen Beständen nach Bedarf an die Truppen verteilt.

Durch eine am 16. Juni erlassene Bekanntmachung der General-Adjutantur wurden die zu den Fahnen einberufenen hannoverschen Urlauber angewiesen, ihre Marschrichtung so zu nehmen, daß sie thunlichst zu der ihnen vorgeschriebenen Zeit bei ihren betreffenden Truppenteilen im Göttingenschen einrücken könnten.

Während die hannoversche Armee nunmehr im Göttingenschen mit ihrer Mobilmachung beschäftigt war, erließ der König Georg die folgende Proklamation:

„An mein getreues Volk!

„Seine Majestät der König von Preußen hat Mir den Krieg erklärt.

„Das ist geschehen, weil Ich ein Bündniß nicht eingehen wollte, welches die Unabhängigkeit Meiner Krone und die Selbständigkeit Meines Königreichs antastete, die Ehre und das Recht Meiner Krone demüthigte und die Wohlfahrt Meines getreuen Volkes erheblich zu verletzen geeignet war.

„Eine solche Erniedrigung war gegen Mein Recht und wider Meine Pflicht, und weil Ich sie zurückwies, brach der Feind in Mein Land.

„Ich verließ die augenblicklich gegen feindlichen Überfall nicht zu schützende Residenz, die Königin und Meine Töchter, die Prinzessinnen, als theure Pfänder Meines Vertrauens zu den getreuen Bewohnern Meiner Hauptstadt dort zurücklassend, und begab Mich mit dem Kronprinzen, wohin Meine Pflicht Mich rief, zu Meiner treuen und auf Mein Geheiß im Süden Meines Königreichs rasch sich sammelnden Armee.

„Von hier aus richte Ich an Mein getreues Volk Meine Worte, bleibt getreu Eurem Könige auch unter dem Drucke der Fremdherrschaft, harret aus in den Wechselfällen der kommenden Zeiten, haltet fest wie Eure Väter, die für ihr Welfenhaus und für ihr Vaterland in nahen und fernen Landen kämpften und endlich siegten, und hoffet mit Mir, daß der allmächtige Gott die ewigen Gesetze des Rechts und der Gerechtigkeit unwandelbar durchführt zu einem glorreichen Ende.

„Ich in der Mitte Meiner treu ergebenen, zu jedem Opfer bereiten Armee, vereinige mit dem Kronprinzen Meine Bitten für Euer Wohl.

„Meine Zuversicht steht zu Gott, Mein Vertrauen wurzelt in Eurer Treue.

„Göttingen, den 17. Juni 1866.

Georg Rex.“

Da der Landtag unter dem Drange der Umstände geschlossen worden war, ohne daß seitens der Stände eine Bewilligung der Mittel für Kriegszwecke erfolgt wäre, so standen in der Folge hierfür gegen 22 Millionen Thaler zur Verfügung, welche, zumeist in Obligationen, bei der Räumung der Hauptstadt aus den Beständen der Generalkasse unter Leitung des Geheimen Finanzrats v. Klenck über Bremen nach

London gerettet und dort bei der Bank von England hinterlegt wurden*). —

Unterdessen waren die preußischen Truppen im Anmarsche gegen die Hauptstadt Hannover begriffen.

Wie uns bereits bekannt, war die 13. Division (s. S. 281) am 14. und 15. Juni in der Umgegend von Minden konzentriert worden.

General v. Falckenstein, der Oberbefehlshaber der gegen Hannover operierenden Streitkräfte, welcher am 15. Juni in Minden eintraf, hatte die Weisung erhalten, am 16. die Operationen zu eröffnen, wofern ihm bis zur sechsten Morgenstunde dieses Tages kein Gegenbefehl zugegangen. Angeblich zu einer Besichtigung, sollte die Division zu dieser Stunde an der ostwärts führenden Straße bereit stehen.

Der am 15. abends hierzu ausgegebene Divisionsbefehl lautete:

„Die Division steht morgen früh 6 Uhr nach der Ordre de bataille auf der Chaussee nach Bückeburg zur Besichtigung vor dem commandirenden General bereit, rechter Flügel am Chausseehause. Die Bagage geht mit.“

Indem einzelne Truppenteile schon bald nach Mitternacht zu diesem Zwecke ihre Kantonnements verließen, sammelte sich die Division am 16. Juni morgens 5 Uhr an der von Minden nach Bückeburg führenden Straße, so daß ihr rechter Flügel bis an die Schaumburg-Lippesche Grenze sich erstreckte. Ihre Einteilung war wie folgt:

Avantgarde: General-Major v. Kummer.
53. Infanterie-Regiment,
4 Eskadronen (2., 3., 4. und 5.) 8. Husaren-Regiments,
3. 4pfündige Batterie Nr. 7.

*) Die königliche Silberkammer, welche einen Wert von zwei Millionen Thaler repräsentierte, hatte unter der plötzlich hereinbrechenden Katastrophe nicht nach auswärts in Sicherheit gebracht werden können, sondern wurde in den Kellern des Ernst-August Palais vermauert. Obwohl hierzu in der Eile gewöhnliche Arbeiter genommen werden mußten, ohne daß dieselben hierfür einen ausnahmsweise hohen Lohn erhielten, so verriet doch keiner von ihnen den Verbleib des Silberschatzes.

Gros: General-Major Freiherr v. Wrangel.
15. Infanterie-Regiment,
55. Infanterie-Regiment,
1. Eskadron 8. Husaren-Regiments,
4. 4pfündige Batterie Nr. 7,
3. 6pfündige Batterie Nr. 7.

Reserve: General-Major v. Tresckow.
13. Infanterie-Regiment,
4. Kürassier-Regiment,
3. 12pfündige Batterie Nr. 7,
Ersatzabteilung des 7. Feldartillerie-Regiments (4 Batterieen),
3 Munitionskolonnen (Nr. 7., 8. u. 9.).

Jeder Mann hatte eine eiserne Zwiebacks- oder Brotportion, ferner eine Speckportion, sowie 3 eiserne Viktualien-Portionen.

Als die sechste Morgenstunde in Minden schlug, ohne daß ein allenfallsiger Gegenbefehl eingetroffen war, ordnete der mittlerweile erschienene General v. Falckenstein den Vormarsch der in Bereitschaft harrenden Division auf der Straße nach Bückeburg an. Indem eine Eskadron Husaren, gefolgt von dem Füsilierbataillone Nr. 53, die Spitze der Avantgarde bildete, brachen die Truppen auf, überschritten unter anhaltendem Regenwetter die Grenze*) und passierten Bückeburg, die Residenz des Fürstentums Schaumburg-Lippe, deren Bahnhof und Telegraphenstation zugleich besetzt wurden.

Da die einlaufenden Nachrichten übereinstimmend meldeten, daß die hannoversche Grenze, besonders bei Wunstorf, stark besetzt sein sollte (was bekanntlich, wenn auch in beschränktem Maße, am 15. der Fall gewesen war) und man somit in Erwägung ziehen mußte, dort auf Widerstand zu stoßen, beschloß das preußische Oberkommando, zumal auch in anbetracht des heute teilweise schon frühzeitig erfolgten Aufbruchs der Truppen, den Marsch an diesem Tage nur bis Stadthagen (3 Meilen von Minden und 2 Meilen von der hannoverschen Grenze) auszudehnen. Es war 1 Uhr nachmittags schon vorüber, als die Di-

*) Der General v. Falckenstein ließ durch seinen Adjutanten, den Major v. Waldow, dem Fürsten von Lippe den Durchmarsch notifizieren.

vision jenes Marschziel erreichte und dort sowohl wie in der Umgegend Quartiere bezog, ostwärts gedeckt durch eine Vorpostenstellung bei Vornhagen 2c. Da keine Quartierverpflegung geleistet wurde, mußte eine eiserne Portion aufgebraucht werden.

Die Husarenpatrouillen, welche durch das zunächst vorwärts liegende kurhessische Gebiet gegen die hannoversche Grenze schwärmten, schickten die auch durch andere Nachrichten bestätigte Meldung zurück, daß die hannoversche Armee ihre Hauptstadt verlassen und in eiligem Abzuge nach dem Süden begriffen sei. Diese Mitteilungen bewogen den General v. Falckenstein zu dem Entschlusse, am 17. Juni mittelst Gewaltmarsches nach der hannoverschen Hauptstadt zu rücken, welche er bis dahin in der Erwartung, auf Widerstand zu stoßen, erst am 18. zu erreichen gehofft hatte. Die Division erhielt daher den Befehl, am 17. morgens 6 Uhr zum Weitermarsche bereit zu stehen.

Bevor noch die Division an diesem Morgen aufbrach, entsendete der General-Major Freiherr v. Wrangel den Lieutenant des 15. Infanterie-Regiments v. Burt mit 14 Mann zu einer Rekognoszierung auf der Eisenbahn von Stadthagen gegen Wunstorf. Auf einer von Minden mit einem Personenwagen requirierten Lokomotive dampfte das kleine, von zwei Bahnbeamten begleitete Kommando in der gedachten Richtung ab. In Haste wurde der Personenwagen zurückgelassen und nur mit der Lokomotive die Rekognoszierung gegen Wunstorf fortgesetzt. Bis auf etwa eine halbe Stunde von dieser Station vorgedrungen, fand man die Schienen auf einer Strecke von 200 Schritt ausgehoben. In der Ferne war eine stärkere Kavallerie-Patrouille sichtbar, die aber, wie sich später ergab, aus preußischen Husaren bestand. Lieutenant v. Burt eilte nunmehr nach Stadthagen zurück und meldete, während die Truppen sich zum Weitermarsche rüsteten, das Ergebnis seiner Rekognoszierung.

Das Wetter war wiederum regnerisch, als somit am 17. Juni morgens die Division auf der Straße nach Hannover abrückte. Später hörte der Regen auf und der Himmel begann sich etwas aufzuheitern. Indessen war das kühle Wetter für den an diesem Tage zurückzulegenden, fünfmeiligen Marsch nur von Vorteil. Die Infanterie marschierte um so frischer, als sie um 10 Uhr vormittags ihre Tornister auf die bei Nenndorf bereit stehenden Vorspannswagen, welche durch vorausgesandte Husaren requiriert worden waren, ablegen konnte.

Nachdem die Division ostwärts Stadthagen kurhessisches Gebiet erreicht (die aus der Grafschaft Schaumburg bestehende Enklave), machte sie bei Groß-Nenndorf, nicht weit von der hannoverschen Grenze, Halt, wo der folgende Corpsbefehl zur Verlesung gelangte:

„Hannover, Sachsen, Kurhessen, mit denen wir bis jetzt in Friede und Freundschaft lebten, haben auf Ansuchen Österreichs beschlossen, eine Executionsarmee gegen Preußen ins Feld zu stellen. Es ist nicht unsere Sache, die Gründe dafür zu erforschen, aber selbstverständlich ist dieserhalb Seiner Majestät unserem Allergnädigsten Könige nichts übrig geblieben, als den übermüthigen Regierungen jener Kleinstaaten den Krieg zu erklären, was geschehen. Heute rücken wir nun in Kurhessen und Hannover als Feinde ein. Nichtsdestoweniger wollen wir es uns angelegen sein lassen, den ruhigen Landes-Einwohnern gegenüber, denen diese Vorgänge gar nicht lieb sind, auch unsererseits zu zeigen, wie wir es beklagen, zu einem brudermörderischen Kriege herausgefordert zu sein.

„Soldaten des Westphälischen Corps! In diesem Sinne laßt uns den bevorstehenden Krieg durchkämpfen; wir wollen unseren gegenwärtigen Feinden zeigen, daß eine mehr denn fünfzigjährige Freundschaft in uns eine zu schöne Erinnerung zurückgelassen hat, um uns sofort zu rücksichtslosen Feinden umstimmen zu können.

„Der commandirende General.
gez. v. Falckenstein."

Der nunmehr fortgesetzte Marsch führte alsbald über die hannoversche Grenze. Falls man auf feindliche Truppen stieß, sollte nicht sofort zum Angriff geschritten, sondern dieselben vorerst zur Niederlegung der Waffen aufgefordert werden, um sie eventuell, die Offiziere ausgenommen, in die Heimat zu entlassen. Um 2 Uhr nachmittags wurde bei Groß-Goltern eine zweistündige Rast gemacht und nach dieser Ruhepause der Marsch gegen die hannoversche Hauptstadt fortgesetzt. Von der Avantgarde waren 3 Compagnieen des Regiments Nr. 53 auf Wagen gesetzt worden, um möglichst frisch das heutige Ziel zu erreichen, da sie während der folgenden Nacht die Vorposten beziehen sollten.

Nirgends stieß man unter den uns schon bekannten Verhältnissen auf Widerstand. Um 5 Uhr nachmittags rückten die an der Spitze der

Avantgarde befindlichen 2 Eskadronen (Nr. 2. und 4.) des 8. Husaren-Regiments in Hannover ein. In der siebenten Abendstunde erreichten auch die von der Avantgarde auf Wagen gesetzten 3 Compagnieen, an ihrer Spitze der General v. Falckenstein, die Hauptstadt. Das Gros der Division folgte demnächst und defilierte beim königlichen Schlosse vor dem kommandierenden General. Die Bevölkerung empfing den Gegner zwar lautlos, erwies sich aber doch freundlich und entgegenkommend. Die nach dem anstrengenden Marsche der Ruhe bedürftigen Truppen bezogen in der Residenz und den Vororten Quartiere, südwärts durch die an der Straße nach Göttingen ausgestellten Vorposten der oben erwähnten 3 Compagnieen Nr. 53 gesichert. Die ausgesandten Husaren-Patrouillen kehrten mit der Nachricht zurück, daß der Feind in südlicher Richtung abgezogen sei; Fühlung hatten sie dagegen nirgends mit demselben gewonnen.

Noch am 17. abends wurde die folgende Proklamation, welche eiligst in der Druckerei der „Neuen Hannoverschen Zeitung" gedruckt worden war, durch Anschlag zur Kenntnis der Bürgerschaft gebracht!

„Ich bin heute mit einem Theile der mir untergebenen Truppen in eine von ihrer Regierung verlassene Hauptstadt eingerückt; die Sorge der Verwaltung wird nun den Zurückgebliebenen anheimfallen müssen; hierin soll niemand von mir behindert werden. Ich werde mich zuvörderst lediglich darauf beschränken, die für die etwaige Sicherung meines Corps nothwendigen Maßregeln herbeizuführen und veranlassen, daß die Verpflegung desselben, die nach Kriegsgebrauch jedem feindlichen Lande anheimfällt, in geregelter Weise herbeigeschafft werde.

„Hannover, 17. Juni.

„Der commandirende General.
v. Falckenstein."

Somit war die hannoversche Hauptstadt ohne vorausgegangenen Kampf im Besitz der preußischen Truppen. Ein ziemlich bedeutendes Kriegsmaterial wurde erbeutet, darunter 60 Geschütze, 800 verschiedene Fahrzeuge, ein Biragoscher Brückenzug, über 10000 zum Teil neue Gewehre, 2000 Zentner loses Pulver, gegen 90000 Ellen Tuch und vieles andere. Der vorgefundene Brückenzug war ein in hohem Grade

erwünschter Zuwachs, da die Division einer Ausrüstung in dieser Beziehung ermangelte. Auch ein leichtes Feldlazarett wurde aus den vorgefundenen Beständen organisiert. Die Compagnieen, welche bisher nur Packpferde hatten, erhielten hannoversche Packkarren.

Zum Kommandanten der Hauptstadt wurde der Commandeur der 26. Infanterie-Brigade, General-Major Freiherr v. Wrangel, ernannt.

Von dem zur Besetzung des Bahnhofs befehligten 1. Bataillon 15. Infanterie-Regiments ging noch in der Nacht zum 18. Juni (2 Uhr) die 1. Compagnie (Hauptmann v. Amelunxen) vermittelst des vorgefundenen Wagenmaterials per Bahn nach Lehrte, um dieses Knotenpunktes der hier von Harburg, Braunschweig, Hannover und Hildesheim zusammenlaufenden Schienenwege sich zu versichern, was ohne Zwischenfall geschah *).

Die in der Richtung gegen den Feind führenden Bahnen wurden durch leichte Zerstörungen unfahrbar gemacht und der Telegraphenbetrieb dahin sistiert.

Noch in der Nacht zum 18. gelang es, den telegraphischen Verkehr zwischen Hannover und Harburg wieder aufzunehmen und mit dem General-Lieutenant Freiherrn v. Manteuffel in Verbindung zu treten, welcher meldete, daß er mit Rücksicht auf die Besetzung von Stade erst am 17. den Marsch in südlicher Richtung fortgesetzt, worauf wir weiter unten des näheren zurückkommen werden.

Am 18. Juni ruhte die 13. Division in ihren Quartieren. Die Vorposten der Avantgarde (die 4. Compagnie und das Füsilierbataillon Nr. 53) beobachteten am linken Leine-Ufer in der Richtung gegen Hildesheim und Elze. Zu ihrer Unterstützung rückte das 1. Bataillon Nr. 55 nach Wülfel, um jene Vorpostenstellung auf dem rechten Leine-Ufer zu verlängern. Die mittlerweile eingegangenen weiteren Nachrichten ließen es als zweifellos erscheinen, daß die hannoversche Armee auf Göttingen sich zurückgezogen hatte.

Um 10 Uhr vormittags wurde die 4. Compagnie 15. Infanterie-Regiments unter Hauptmann Steinwehr mit einem auf dem Bahnhofe

---

*) Diese Compagnie blieb bis zum 19. Juni mittags in Lehrte und fuhr dann, nachdem Eisenbahn und Telegraph auch in östlicher Richtung wieder betriebsfähig waren, bis Nordstemmen, von wo sie am 20. nach Hildesheim marschierte und dort mit ihrem Regimente sich vereinigte.

in Hannover zusammengestellten Zuge und zwei Lokomotiven auf der Göttinger Linie nach Nordstemmen entsendet, um das dort vorhandene Transportmaterial nach der Hauptstadt zu befördern und den Telegraphen zu zerstören. Nach Wiederherstellung der von den preußischen Vorposten erfolgten leichten Zerstörungen gelangte die Compagnie ungehindert bis Nordstemmen, woselbst 100 Eisenbahnwagen vorgefunden wurden. Die dort über die Leine führende Brücke hatte der südwärts abgezogene Gegner zerstört. Nachdem der Stationstelegraph unbrauchbar gemacht, begab sich die Compagnie mit dem erbeuteten Material auf die Rückfahrt und erreichte nachmittags 2 Uhr die Hauptstadt wieder.

Dem General v. Falckenstein wurde an diesem Tage die von ihm erbetene Audienz bei der Königin von Hannover gewährt, die ihn um 12½ Uhr nachmittags auf dem Schlosse Herrenhausen empfing, umgeben von den beiden Prinzessinnen, Friederike und Mary, sowie dem Hofmarschall Grafen Wedel. Der General, welcher in Begleitung seines Adjutanten, Premier-Lieutenant Grafen Wedel (vom 4. Kürassier-Regiment), erschienen war, begrüßte die Königin durch eine Ansprache, deren Wortlaut etwa folgender war:

„Majestät! Die politischen Verhältnisse haben leider eine solche Wendung genommen, daß mein erhabener König und Herr mir den Befehl gegeben haben, dieses Land und diese Stadt ohne Verzug militärisch zu besetzen. Nachdem dieser allerhöchste Befehl zur Ausführung gelangt, halte ich es für meine Pflicht, Eure Königliche Majestät zu versichern, daß Allerhöchstderen Person Sich in voller Sicherheit befindet und daß Sie keiner Befürchtung Raum zu geben haben."

Sichtlich erregt, aber in würdevoller Haltung erwiderte die Königin: „Herr General, Ich weiß, daß Ich nichts zu befürchten habe und Ich fühle mich sicher unter dem Schutze Meiner treuen Bürger. Was die politischen Verhältnisse anbetrifft, so bauen wir auf Unser gutes Recht. Der Sieg Unserer Sache kann nicht ausbleiben und", schloß sie mit aufwärts gerichtetem Blicke, „der Allmächtige wird das Recht schützen."

„Ich kann nur wiederholen", entgegnete der General v. Falckenstein, „daß Eure Majestät hier ruhig ausharren können und daß Höchstdero Wünsche mir Befehl sein werden."

Hiermit war die Audienz beendet. Unter respektvoller Verbeugung trat der General mit seinem Begleiter ab und kehrte nach der Hauptstadt zurück*). —

Während die 13. Division die hannoversche Hauptstadt besetzte, hatte auch das Manteuffelsche Corps seine Operationen in dieser Richtung aufgenommen.

Nachdem bekanntlich bereits am 15. Juni dessen Avantgarde mit einem Teile des Gros (s. S. 218) bei Harburg die Elbe überschritten, folgten am 16. auch die übrigen Truppen des Corps auf das linke Ufer, um in Stadt und Umgegend enge Quartiere zu beziehen, nach vorwärts durch die bereits Tags zuvor übergegangenen Abteilungen gesichert, welche während des Vormittags nach Sottdorf, Langenrehm, Emsen, Groß- und Klein-Klecken, Hittfeld, Fleestädt und Meckefeld in Kantonnements gerückt waren.

Das Füsilierbataillon Nr. 11 und die 4. Eskadron 5. Dragoner-Regiments bezogen bei Meilsen am Gabelpunkte der Straßen Stade-Celle und Bremen-Harburg ($2\frac{1}{2}$ Meilen südwestlich von letzterem Orte) eine Vorpostenstellung. Das 59. Infanterie-Regiment und 3 Eskadronen des 6. Dragoner-Regiments sicherten das Corps auf der Linie Elstorf-Moorburg in der Richtung gegen Buxtehude-Stade.

General-Lieutenant Freiherr v. Manteuffel ging um 9 Uhr morgens (16. Juni) auf dem Kanonenboote „Tiger" über die Elbe und schlug sein Stabsquartier in Harburg auf.

Das aus Sonderburg nachgerückte Füsilierbataillon Nr. 25 (s. S. 195) traf an diesem Tage beim Corps ein.

Durch den folgenden, am 16. erlassenen Corpsbefehl wurde den Truppen die Kriegserklärung zur Kenntnis gebracht:

*) So war der Verlauf dieser Audienz, wie er dem Verfasser von hierzu kompetenter Seite auf Grund alsbaldiger Aufzeichnungen geschildert worden ist. Nach einer anderen Darstellung hätte der General v. Falckenstein, als die Königin, sichtlich bewegt, seine erste Ansprache nicht sogleich beantwortete, nach einer kurzen Pause fortgefahren und bemerkt, daß die Situation in Hannover leider sich nicht ändern zu wollen scheine und er es in diesem Falle tief beklagen müßte, zu anderen Maßregeln genötigt zu werden. Nach der dem Verfasser zur Verfügung gestandenen Quelle entspricht jene Version nicht dem thatsächlichen Hergange; der preußische General hat eine derartige Drohung nicht ausgesprochen.

„Se. Majestät der König haben den Krieg gegen Sachsen, Hannover und Kurhessen erklärt. Ich mache dies den Truppen bekannt; das Privat-Eigenthum steht unter dem Schutze des Preußischen Adlers. Ich erwarte von jedem Soldaten gesittetes und freundliches Betragen gegen die braven Bewohner.

„Die Herren Generäle und Truppenbefehlshaber haben eisern einzuschreiten, wenn meinem Vertrauen auf die Disziplin der Truppen nicht voll und ganz entsprochen wird."

Gleichzeitig erließ der Corps-Commandeur folgende Proklamation an die Landesbewohner:

„Seit Wochen hat Se. Majestät, mein königlicher Herr, sich bemüht, die schwebenden Fragen mit dem königlichen Kabinet in Hannover vertragsmäßig zu ordnen; es ist verworfen worden. Die Sicherheit Preußens erfordert, daß im Rücken seiner Armee keine Feinde bleiben. Mein königlicher Herr hat daher die Entlassung der Soldaten verlangt, welche über den Friedensstand der königlich hannoverschen Armee eingezogen worden sind; nur durch die Gewährung dieser Forderung würden Hannover die Leiden des Krieges erspart. Bis dahin muß ich Hannover als im Kriegszustand betrachten und hiernach handeln.

„Ich rücke nicht als Feind der braven Bewohner des Königreichs ein. Ihr Privateigentum wird streng geschützt werden.

„Die königlichen Truppen werden die preußische Disziplin auch hier bewähren.

„Hannoveraner, kommt auch Ihr den Truppen freundlich entgegen.

„Harburg, den 16. Juni 1866.

„E. Manteuffel,
Königlich preußischer General-Lieutenant
und General-Adjutant Sr. Majestät
des Königs von Preußen."

Von der auf der Elbe liegenden preußischen Flottille unternahm der Korvetten-Kapitän Werner in der Nacht zum 17. Juni eine stromabwärts gehende Rekognoszierung gegen die hannoversche Batterie bei Brunshausen, auf welche wir in der Folge zurückkommen werden.

Nachdem aus den einlaufenden Nachrichten zu entnehmen war, daß der größte Teil der hannoverschen Besatzung von Stade in der Richtung auf Bremen abgezogen und somit, da nur schwache Abteilungen in jenem Platze zurückgeblieben sein konnten, aus dieser Direktion keine Gefahr mehr drohte, beschloß der General-Lieutenant Freiherr v. Manteuffel am 17., noch nachmittags in der Richtung gegen Celle aufzubrechen. Da hannoverscherseits das gesamte Eisenbahntransportmaterial von Harburg südwärts entführt worden war, sah sich das Corps zunächst auf den Fußmarsch angewiesen. Es wurde zu diesem Zwecke in zwei Kolonnen geteilt.

Die rechte unter General-Major v. Flies bestand aus der Avantgarde und dem Gros, mit Ausnahme des 1. und 2. Bataillons Nr. 25 und des Depots des leichten Feldlazaretts, welche zur Reserve übertraten (s. die Einteilung des Corps auf S. 216). Diese Kolonne wurde auf die von Harburg über Soltau direkt nach Celle führende Straße instradiert und sollte letzteren Ort am 22. Juni erreichen.

Die linke Kolonne unter General-Major v. Korth formierte die durch die obigen 2 Bataillone verstärkte Reserve, welche über Lüneburg und Ülzen ihren Marsch zu nehmen und am 22. in Eschede, zwei Meilen nordöstlich Celle, einzutreffen hatte.

Die rechte Kolonne sollte sich möglichst weit westwärts der von ihr eingeschlagenen Straße ausdehnen, die linke ebenso gegen Osten.

Das in Harburg eingetroffene Füsilierbataillon des 25. Infanterie-Regiments blieb daselbst zurück, indem es den Auftrag zu einem nächtlichen Überfalle der noch von den Hannoveranern besetzten Festung Stade erhielt, ein Unternehmen, welches für uns in der Folge der Gegenstand einer eingehenderen Schilderung werden soll.

Somit am 17. Juni gegen 4 Uhr nachmittags aus ihren bisherigen Quartieren aufgebrochen, rückte die rechte Kolonne bis Welle, Kampen, Hendorf, Hünkenbostel 2c., wo die Truppen gegen 10 Uhr nachts eintrafen.

Auch die linke Kolonne erreichte teilweise erst in der Nacht ihre heutigen Marschquartiere Ramelslohe, Winsen, Horst, Maschen, Fachenfelde, Freschenhausen, Ohlendorf und Holltorf.

Das Corps-Stabsquartier verblieb an diesem Tage noch in Harburg.

Am 18. Juni morgens setzte die linke Kolonne den Marsch durch die monotone Haide nach Lüneburg fort. Die 1. Eskadron 6. Dragoner-Regiments und der in Winsen auf requirierte Vorspannswagen gesetzte Schützenzug der 7. Compagnie 25. Infanterie-Regiments bildeten die Spitze und eilten nach Lüneburg voraus, um die dortigen Kassen mit Beschlag zu belegen. Gegen 2 Uhr nachmittags unbehindert dort eingetroffen, fand die Spitze in der Salinenkasse 3700 Thaler, bei der Postkasse dagegen nur 7½ Groschen. In der hannoverschen Husaren-Kaserne standen noch 26 lahme und nicht dienstfähige Pferde. Das Gros der Kolonne traf einige Zeit später in Lüneburg ein und fand seitens der Einwohner eine gastliche Aufnahme. Die Reiterei quartierte teilweise auf die nächsten Dörfer.

Die rechte Kolonne gelangte am 18. bis Heber, Mohr, Bermighofen, Haverbeck und Wülfsberg.

Das Corps-Stabsquartier verließ an diesem Tage um 8 Uhr morgens Harburg und ging nach Lüneburg, um sich nunmehr der linken Kolonne anzuschließen. In der vorhergehenden Nacht war es bekanntlich gelungen (s. S. 329) den telegraphischen Verkehr mit Hannover aufzunehmen und mit dem dortigen Oberkommando in Verbindung zu treten.

Inzwischen war man preußischerseits in der Hauptstadt Hannover für die Wiederinbetriebsetzung des nach Harburg führenden Schienenweges bemüht gewesen, um das Manteuffelsche Corps sobald als möglich zur 13. Division heranzuziehen. Aus dem mittlerweile in der Residenz angesammelten Wagenparke konnte noch am 18. hinlängliches Transportmaterial nach Lüneburg gesendet werden, um die dort eingetroffenen preußischen Truppen nach der Hauptstadt zu befördern. Auch war es gelungen, mittelst des Trajekts bei Lauenburg zwei Lokomotiven und einige Materialwagen der Berlin-Hamburger Bahn auf das linke Elbeufer zu übersetzen, um sie für die Linie Harburg-Hannover zu verwenden *).

---

*) Es war zu diesem Zwecke am 17. Juni ein Militär-Detachement und eine von technischen Beamten geführte Arbeiterkolonne von Hamburg per Bahn nach Lauenburg entsendet worden, welche gegen Abend daselbst eintraf. Da hannoverscherseits das Dampffährschiff nicht versenkt oder sonst zerstört, sondern nur durch die Herausnahme gewisser Maschinenteile unbrauchbar gemacht worden war, konnte das-

Noch am 18. Juni abends konnte daher der Eisenbahntransport des in Lüneburg eingetroffenen Detachements Korth eröffnet werden. Um 8 Uhr fuhr das 1. Bataillon Nr. 25 ab; drei Stunden später folgte das 2. desselben Regiments. Am 19. morgens trafen sie in Hannover ein und bezogen daselbst Quartiere.

General-Lieutenant Freiherr v. Manteuffel hatte sich am 18. abends gleichfalls von Lüneburg per Bahn nach der hannoverschen Hauptstadt begeben, um hier wegen der weiteren Operationen seines Corps mit dem noch dort weilenden General v. Falckenstein persönlich sich ins Einvernehmen zu setzen *).

Die übrigen Truppen des Detachements Korth folgten am 19. auf dem nämlichen Wege nach Hannover und ruhten daselbst (die Reiterei auf den benachbarten Dörfern) am 20., nachdem die 13. Division, wie wir in der Folge sehen werden, Tags zuvor die Hauptstadt in südlicher Richtung verlassen hatte.

Während das Detachement Korth am 19. Juni im Eisenbahntransporte nach Hannover begriffen war, setzte die rechte Kolonne unter General-Major v. Flies ihren sehr anstrengend sich gestaltenden Marsch (die Tornister der Infanterie wurden gefahren) bis Bergen, Bleckmar, Niendorf 2c. fort. Den 20. erreichte das Detachement Celle und rastete hier am nächsten Tage. —

Der Überfall von Stade.

Verlassen wir hier einstweilen das nunmehr mit der 13. Division in Verbindung tretende Manteuffelsche Corps, um nach der Elbe zurückzukehren, wo, wie schon oben angedeutet, das Füsilierbataillon 25. In-

---

selbe, von einem anderen Dampfer ins Schlepptau genommen, doch zur Übersetzung von Eisenbahnfahrzeugen verwendet werden. Größere Schwierigkeiten machte die Herstellung der Auffahrt am linken Ufer, was jedoch gleichfalls gelang. Weitere Überschiffungen von Eisenbahnmaterial fanden vorläufig bei Lauenburg nicht statt.

*) Da der General-Lieutenant Freiherr v. Manteuffel in seiner bisherigen Stellung als Oberbefehlshaber in Schleswig den Rang eines Corps-Commandeurs gehabt hatte, kam man dahin überein, die ihm für die gegenwärtigen Operationen unterstellten Truppen, obwohl ihre Stärke nur einer Division entsprach, als „Corps Manteuffel" zu bezeichnen.

fanterie=Regiments mit dem Auftrag in Harburg verblieben war, einen Handstreich gegen die Festung Stade zu versuchen, welche man als nur noch schwach besetzt annehmen durfte, nachdem die eingegangenen Nachrichten den am 15. Juni erfolgten Abmarsch des größeren Teils der Garnison in der Richtung auf Bremen bestätigten. Da man voraussetzen konnte, infolge der früher dahin stattgefundenen Transporte ein nicht unbeträchtliches Kriegsmaterial in Stade zu finden, so mußte die Besitznahme dieses festen Punktes nur um so einladender erscheinen.

In welchem vernachlässigten Zustande Stade sich überhaupt befand, haben wir bereits auf S. 156 dargelegt, und auch gegen Mitte Juni, als die Katastrophe sichtlich näher rückte, waren für die Armierung des Platzes noch keine Vorbereitungen getroffen worden. Nach dem am 15. Juni nachmittags erfolgenden Ausmarsche des 4. Infanterie=Regiments und der Batterie Laves hatte die Festung nur noch eine schwache Besatzung. Das Infanterie=Regiment ließ ein aus den Rekruten und einem Wachkommando bestehendes Depot unter dem Hauptmann Bergmann zurück, welches einschließlich der Kranken und Arrestanten eine Stärke von 4 Offizieren, 34 Unteroffizieren, 131 Dienstthuern (älteren Leuten), 217 Rekruten und 5 Spielleuten hatte, also insgesamt aus 4 Offizieren und 387 Mann bestand. Die Rekruten waren seit dem letztvergangenen 16. April eingezogen und hatten Mitte Juni noch kein Gewehr abgeschossen. Ferner verblieben in Stade von dem daselbst garnisonierenden 3. Artilleriebataillone (Oberstlieutenant Siemens) die 7. und 8. Fuß=, sowie die 3. Park=Compagnie, beiläufig 200 Mann und 11 königliche Dienstpferde.

Kommandant der Festung war der bereits bejahrte General=Major Rechtern, welcher am 15. Juni, als in Hannover der Abmarsch nach Göttingen beschlossen war, zum Gouverneur des Bremischen ernannt wurde und damit über die Hülfsquellen dieses Gebiets je nach Bedarf verfügen konnte. Von der Nutzlosigkeit jedes Widerstandes überzeugt, verzichtete der Kommandant jedoch auf die Verteidigung des vollkommen verwahrlosten und zugleich so schwach besetzten Platzes. Es fanden daher auch jetzt keine Armierungsarbeiten statt und ebenso wenig wurde zur Rasierung des Glacis geschritten. Auf den teilweise zerfallenen Wällen standen wie bisher nur einige zu Exercierzwecken und zu Signalschüssen dienende Positions=Geschütze. Um jedes unnötige Blutvergießen zu

verhüten, ordnete der Kommandant an, daß der Mannschaft keine Patronen verabfolgt zu werden hatten. Ebenso wenig wurden unter diesen Verhältnissen die an der Elbe gelegenen Uferbatterieen besetzt und zur Verteidigung hergerichtet.

Zum erstenmale sollte der Platz in der Nacht zum 17. Juni allarmiert werden, als von der bei Hamburg auf der Elbe liegenden preußischen Flottille der Korvetten-Kapitän Werner mit dem Panzerschiff „Arminius“ in Begleitung der Kanonenboote „Cyclop“ und „Tiger“ eine Rekognoszierung stromabwärts unternahm, um sich mit der Örtlichkeit am hannoverschen Ufer bekannt zu machen. An der Mündung der Schwinge mit 50 Matrosen unter Kapitän-Lieutenant Ulfers landend, ging er noch im Dunkel gegen die Brunshausener Batterie vor, welche, mit sechs 69pfündern armiert, unbesetzt gefunden wurde. Nachdem die kleine Schar der in dem nahen Zollgebäude befindlichen Kasse und des bei der Schanze liegenden Zollkutters sich bemächtigt, sowie die Geschütze vernagelt hatte, schiffte sie sich bei beginnender Morgendämmerung wieder ein und kehrte an Bord des „Arminius“ zurück. Die mit Stade in Verbindung stehende, aber zur Nachtzeit geschlossene Telegraphenstation, welche in einem kleinen Hause bei dem Zollgebäude sich befand, war indessen der Aufmerksamkeit des Detachements entgangen und blieb somit unzerstört.

Als um 4 Uhr morgens durch einen Zollbeamten die Nachricht von diesem Überfalle nach Stade gelangte, wurde die Besatzung sofort allarmiert und eine Infanterie-Patrouille von 1 Offizier und 10 Mann zur Aufklärung nach Brunshausen entsendet. Falls der Feind die dortige Schanze besetzt hielt, sollte sie dieselbe nur beobachten, dagegen beim weiteren Vordringen preußischer Truppen sich auf die Festung zurückziehen. Auch diese Patrouille war, den Anordnungen des Festungs-Kommandanten entsprechend, nicht mit Patronen ausgerüstet. Als dieselbe die Brunshausener Schanze erreichte, hatte sich das preußische Detachement bereits wieder eingeschifft, und nur ein Kanonenboot war noch in Sicht, welches in einer Entfernung von 240 Schritten auf der Elbe lag. Nachdem der Patrouillenführer hiervon telegraphische Meldung nach Stade erstattet, erhielt er den Befehl von dort, Posten in der Schanze auszustellen und die Beobachtung fortzusetzen.

Außerdem wurde noch am 17. morgens eine zweite Feldwache (1 Offizier und 27 Mann Infanterie) unter Zuteilung eines berittenen

Artillerie-Unteroffiziers nach Agathenburg (an der Straße von Buxtehude) vorgeschoben, aber gleichfalls mit der Weisung, vor dem andringenden Feinde auf Stade sich zu repliieren.

Zugleich wurden die Thorwachen verstärkt.

Der Platz hatte vier Ausgänge, den in ihn einmündenden Straßen entsprechend: an der Nordwestfront das Schifferthor (Richtung nach Bremervörde), an der Südwestfront das Hohe Thor (für die hier sich vereinigenden Straßen von Buxtehude und Harsefeld), an der Nordfront das Kehdinger Thor (nach Brunshausen an der Elbe) und das die Ostfront durchbrechende Zoll- oder Salzthor (in der Richtung auf Twielenfleth an der Elbe). Das Hohe Thor war allein überwölbt, die übrigen dagegen nur in den Wall eingeschnitten und mit seitlichen Futtermauern versehen. Die durch die vorliegenden Ravelins in die Thore geleiteten Straßen überschritten die Ravelingräben auf Erddämmen, während über den dann folgenden, nassen Hauptgraben eine Zugbrücke den Verkehr vermittelte. Nur das Zollthor machte hiervon eine Ausnahme. Indem die dort einlaufende Twielenflether Straße um den vorliegenden, aber verfallenen Ravelin, welcher teils als Garten, teils als Sägeplatz diente, herumführte, überschritt sie auf einer festen Bohlenbrücke die im Hauptgraben liegende Kastenschleuse, durch welche die Schiffahrt nach dem benachbarten kleinen Hafen und der unteren Schwinge geleitet wurde. Zur Sperrung dieses in das Zollthor führenden Grabenüberganges diente ein frei auf dem Damme stehendes, hohes und starkes Lattenthor, an welches sich das den Weg auf beiden Seiten begleitende Geländer schloß.

In der Friedenszeit waren nur das Hohe-, das Schiffer- und das Zoll-Thor mit schwachen Wachen besetzt.

Infolge des oben erwähnten Befehls, die Wachen zu verstärken, stießen noch 1 Unteroffizier und 12 Mann der Artillerie zu der von der Infanterie gegebenen Wache am Hohen Thore. Die Zollthor-Wache erhielt weitere 3 Mann und stellte einen Posten am rechten Schwinge-Deiche aus. Das bisher nicht besetzt gewesene Kehdinger Thor bezog eine Wache von 1 Unteroffizier und 6 Mann, welche später noch durch 1 Korporal und 3 Mann verstärkt wurde. Sie stellte 3 Posten aus: einen auf der Straße nach Brunshausen diesseits des Nagelschen Hofes, einen zweiten auf dem linken Schwinge-

Deiche und einen dritten bei dem gleichfalls auf dem letzteren gelegenen Kalkofen.

Der von der Artillerie gegebenen Wache bei den Pulvermagazinen am Hohen Wedel wurde eine Verstärkung von 1 Unteroffizier und 12 Mann Infanterie, sowie etwa 6 Artilleristen unter 1 Unteroffizier zugeschickt.

Die äußersten Posten wurden mit Flaggen versehen, um die Annäherung des Feindes zu signalisieren.

Für die Telegraphenstation in Brunshausen, welche bisher nur am Tage in Betrieb gewesen, befahl der Kommandant auch Nachtdienst an.

Noch am nämlichen Morgen lief von dort die telegraphische Meldung ein, daß das angesichts der Schanze gelegene preußische Kanonenboot, sowie noch ein anderes stromabwärts gegen Graverort gegangen. Eine später von Brunshausen erfolgende Meldung zeigte die Vorüberfahrt des ebenfalls abwärts steuernden Panzerschiffes „Arminius“ an.

Da der hannoversche Kommandant bekanntlich jedes Blutvergießen vermieden wissen wollte, ordnete er für den Anmarsch preußischer Truppen zwar das Aufziehen der Zugbrücken sowie das Schließen der Lattenthore an und sollte dem Feinde der Eintritt verweigert werden; falls derselbe aber zum Waffengebrauche schritt, hatte der Wachkommandant mit der Erklärung, daß er der Gewalt weiche, sich zurückzuziehen.

Für die Nacht zum 18. Juni wurden die Thorwachen noch um einige Mann verstärkt und folgende Anordnungen getroffen:

Die Hohethor-Wache erhielt den Auftrag, durch die Contre-Escarpe einen Patrouillengang nach dem Zollthore zu unterhalten.

Die gleichfalls Patrouillen entsendende Wache des letzteren Thores schob auf dem rechten Schwinge-Deiche über das nächste Gehöfte hinaus einen Doppelposten vor, um die Straße nach Twielenfleth zu beobachten, auf welcher an dem Punkte, wo der Achter-Deich sich abzweigt, etwa 500 Schritte vor dem Thore, ein berittener Artillerist stand.

Die Schifferthor-Wache etablierte einen Posten auf der Chaussee von Bremervörde bei dem Holtmannschen Garten, um jene Straße und den benachbarten bedeckten Weg zu beobachten.

Die Feldwache in Agathenburg erhielt zur Beförderung von Meldungen noch einen zweiten berittenen Artilleristen.

Die übrigen Truppen mußten während der Nacht in den Kasernen angekleidet bleiben.

Während die Besatzung von Stade diese Sicherheitsmaßregeln traf, war man preußischerseits mit den Vorbereitungen zum Überfalle der Festung beschäftigt.

Am 17. Juni morgens hatte der damals noch in Harburg weilende General-Lieutenant Freiherr v. Manteuffel den Commandeur des Tags zuvor dort eingetroffenen Füsilierbataillons 25. Regiments, Oberstlieutenant v. Cranach, den Auftrag erteilt, unter Zurücklassung von 150 Mann einen nächtlichen Handstreich auf Stade zu versuchen. Nach den zur Verfügung stehenden Nachrichten sollte sich der von nassen Gräben umgebene Platz, in welchem ein bedeutendes Armeematerial aufgespeichert, zwar in ziemlich gutem Zustande befinden, das Glacis aber noch nicht rasiert sein und die Besatzung nur aus beiläufig 400 bis 500 Mann Infanterie und Artillerie bestehen. Ließ sich auch aus diesen Anzeichen auf keine ernstliche Verteidigung der Festung schließen, so war der Versuch eines Überfalls immerhin ein kühnes Unternehmen, um so mehr, da hierfür mit Rücksicht auf die zurückbleibende Mannschaft nur ein schwaches Bataillon von etwa 850 Mann zur Verfügung stand. Um daher möglichst überraschend vorzugehen, sollte das Bataillon in der Nacht zu Schiffe stromabwärts befördert werden und den in der Höhe von Stade zu wählenden Landungsplatz zum Ausgangspunkte des Angriffs machen. Zur Überschiffung der Truppen wurden dem Oberstlieutenant v. Cranach das Kanonenboot „Cyclop“, der Avisodampfer „Loreley“ und der Privatdampfer „Harburg“ zur Verfügung gestellt und die Führung dieses kleinen Geschwaders dem Kapitän-Lieutenant Ratzeburg übertragen*). Der Generalstabs-Offizier, Hauptmann v. Gottberg, erhielt den Auftrag, der Expedition sich anzuschließen.

Unter den Vorbereitungen zu dieser Unternehmung wurden aus der Bemannung des „Cyclop“ und der „Loreley“ 15 Matrosen bestimmt, um, mit großen Hämmern, Kuhfüßen und anderen Brechwerkzeugen versehen, in Verbindung mit einer Anzahl entsprechend ausgerüsteter Mannschaften des Bataillons eine Pionier-Abteilung zu bilden, da die

*) Das Kanonenboot „Tiger“ blieb zur Disposition des Corps-Commandeurs bei Harburg.

Sprengung von Thoren rc. in Aussicht zu nehmen war. Für den letzteren Zweck wurden zugleich Pulversäcke aus den von den Kriegsschiffen entnommenen sechspfündigen Kartuschen verfertigt, deren Zündung durch die von den Unteroffizieren geführten Explosionspatronen stattfinden sollte. Auch wurde aus einer neun Zoll breiten und vier Zoll dicken Eichenbohle ein Art Widder hergestellt, um nötigenfalls gegen die Thore der Festung zu wirken.

Oberstlieutenant v. Cranach beschloß, am 17. abends in Harburg sich einzuschiffen und bei Twielenfleth zu landen, um diesen Punkt zum Ausgange seines Angriffes auf die von dort noch 1¾ Stunden entfernte Festung zu machen, da vorauszusetzen war, daß infolge der in vorhergehender Nacht stattgefundenen Rekognoszierung des Korvetten-Kapitäns Werner die Hannoveraner bei Brunshausen wachsam sein dürften und daher eine dortige Ausschiffung den Feind alsbald alarmieren würde. Nach dem entworfenen Plane sollten die 9., 10. und 11. Compagnie zum direkten Angriff auf das gegen Twielenfleth führende Thor schreiten, während die 12. Compagnie den Auftrag erhielt, den Platz zu umgehen, um die, wie man ermittelt, drei anderen Ausgänge nach Buxtehude, Bremervörde und Brunshausen zu verlegen.

Damit das Ziel der nächtlichen Expedition möglichst geheim blieb, berief Oberstlieutenant v. Cranach das Bataillon angeblich zu einem Appell in vollkommener Marschrüstung für Abends 7 Uhr in das Harburger Schloß. Erst hier wurde dem Bataillon seine Bestimmung kundgegeben und von allen mit lautem Jubel begrüßt. Als Hauptmann v. Kornatzki II., der Führer der zur Kolonnentête bestimmten 10. Compagnie, Freiwillige für die äußerste Spitze aufrief, meldete sich hierzu die ganze Mannschaft.

In der neunten Abendstunde begann die Einschiffung der Truppen in Harburg, woselbst, wie anbefohlen, 150 Mann zurückblieben. Um auch gegenüber der Einwohnerschaft den Zweck der nächtlichen Fahrt zu verschleiern, wurde das Gerücht verbreitet, daß das Bataillon wegen der in Altona stattfindenden Volkstumulte zur Sicherung der öffentlichen Ordnung dahin zurückkehre. Oberstlieutenant v. Cranach, welchem sich der Generalstabs-Offizier Hauptmann v. Gottberg anschloß, bestieg mit der 10. Compagnie sowie mit dem 5. und 6. Zuge der 11. den Aviso „Loreley“. Die 9. Compagnie schiffte sich auf dem Dampfer „Har-

burg" ein, während die 12. und der Schützenzug der 11. an Bord des „Cyclop" gingen*). Die „Loreley" nahm die Spitze, von dem Dampfer „Harburg" gefolgt, wogegen der „Cyclop" den Auftrag hatte, den Schluß zu bilden, um das letztere Schiff im Auge zu behalten. Der Mannschaft war das Laden des Gewehrs strengstens untersagt, damit nicht durch voreiliges Feuern der Angriff verraten wurde.

Während die einbrechende Nacht alles in Finsternis hüllte, ging bei Regen und Wind die Fahrt stromabwärts. Dicht gedrängt standen oder lagen die Füsiliere auf dem Decke der Schiffe und wurden im Verlaufe der Fahrt durch einen bei dem kalten Regen doppelt willkommenen Schluck Branntwein gestärkt. Helm und Tornister wurden abgelegt, um bei der Landung auf den Schiffen zurückgelassen zu werden. Nur die Kochgeschirre befestigte man an den gerollten Mänteln, während die Reservemunition in den Brotbeuteln geborgen wurde.

Um 1 Uhr Nachts (18. Juni) trafen die „Loreley" und der „Harburg" bei Twielenfleth ein. Die Landung gestaltete sich insofern nicht unschwierig, weil die zu diesem Zwecke dienende, von 2 Deichausläufern gebildete Bucht für die „Loreley", welche hierbei vorübergehend auf den Grund zu sitzen kam, zu kurz war. Indessen wurde auch diese Schwierigkeit überwunden und in tiefster Ruhe die Landung bewerkstelligt. Um zu verhüten, daß durch die Bewohner der zunächst liegenden Häuser die Kunde von der drohenden Gefahr nach Stade gebracht wurde, warf sich der zuerst landende Schützenzug der 10. Compagnie (Lieutenant v. Wolfradt) auf jene Gebäude und versicherte sich ihrer Insassen. Dann folgte Premier-Lieutenant Nolte mit 20 Mann des 4. Zuges der nämlichen Compagnie und ging auf der nach Stade führenden Straße bis zu der etwa 2000 Schritt entfernten Mühle vor, welche er besetzte.

In lautloser Spannung mochte eine Viertelstunde vergangen sein, als plötzlich ein Schuß fiel. Wie sich ergab, hatte ein Füsilier trotz des Verbots sein Gewehr geladen, welches jetzt durch Unvorsichtigkeit losgegangen war.

Unterdessen wurde die Ausschiffung der Truppen von der „Loreley"

---

*) Wenn v. Fransecky in seiner „Geschichte des 1. Rheinischen Infanterie-Regiments Nr. 25 von 1857—1883", Seite 55, nur die 12. Compagnie auf jenes Schiff verweist, so ist diese Angabe nicht präzise.

und dem „Harburg" bewerkstelligt. Dagegen war der „Cyclop" noch nicht angekommen und von demselben auch nichts wahrzunehmen. Da jedoch durch ein längeres Verweilen dem Feinde das Unternehmen verraten werden und es damit überhaupt fehlschlagen konnte, entschloß sich der Oberstlieutenant v. Cranach, die Ankunft jenes Kanonenbootes nicht abzuwarten, sondern mit den zur Stelle befindlichen 2⅔ Compagnieen gegen Stade vorzugehen. Unter Mitnahme eines unfreiwilligen Führers von Twielenfleth brach die Kolonne in folgender Ordnung landeinwärts auf: An der Spitze eine Sektion des 4. Zuges der 10. Compagnie, welcher der Bataillons-Commandeur, Hauptmann v. Gottberg, der Compagnie-Chef Hauptmann v. Kornatzki, der Adjutant Lieutenant v. Marklowsky und der in der Gegend bekannte Heizer Martin von der „Loreley" folgten; hierauf der 4. Zug jener Compagnie und die Pionier-Sektion des Bataillons unter Führung des Premier-Lieutenants Nolte, dann der Kapitän-Lieutenant Ratzeburg mit den Matrosen-Pionieren, an welche sich die beiden anderen Züge der 10. Compagnie, der 5. und 6. Zug der 11. und am Schlusse die 9. Compagnie reihten. In lebhaftem Tempo ging die Kolonne gegen Stade los, denn die Zeit drängte; es wurde mehr gelaufen, als gegangen.

Unterdessen war der „Cyclop", welcher die beiden vorhergehenden Schiffe aus dem Auge verloren hatte, irrtümlicherweise über Twielenfleth hinaus nach dem eine Stunde weiter abwärts gelegenen Brunshausen gefahren und begann hier mit der Ausschiffung. Die daselbst postierte hannoversche Feldwache zog sich, ihrer Instruktion entsprechend, nach Borstel, einem Wirtshause am dortigen Deiche, zurück, und harrte hier beobachtend des weiteren. Schon waren die Boote mit einem Teile der Truppen an das Land gegangen, als man gewahr wurde, daß man sich nicht an der richtigen Stelle befand. Mit Rücksicht auf die Bestimmungen der erlassenen Disposition und da der direkte Vormarsch von Brunshausen nach Stade in dem nächtlichen Dunkel ohne Führer bedenklich erschien, entschloß sich der die 12. Compagnie kommandierende Hauptmann v. Wolff zur schleunigen Umkehr nach Twielenfleth. Nachdem die schon gelandeten Truppen rasch wieder eingeschifft, dampfte der „Cyclop" nach Twielenfleth zurück, wo nunmehr die 12. Compagnie, sowie der Schützenzug der 11. ans Land gingen und der gegen Stade vorausgegangenen Kolonne in beschleunigtem Marsche folgten.

Nachdem die bei Brunshausen gelandeten preußischen Truppen sich wieder eingeschifft hatten, besetzte die auf Vorstel zurückgegangene hannoversche Feldwache die Batterie von neuem und machte hiervon, so wie es vorher bei der Räumung geschehen war, auf telegraphischem Wege Meldung nach Stade. Auch die spätere Ausschiffung jener von Brunshausen zurückgegangenen feindlichen Abteilung bei Twielenfleth entging, soweit man bei dem mittlerweile sich aufhellenden Wetter wahrnehmen konnte, der Aufmerksamkeit der hannoverschen Feldwache nicht und rapportierte sie darüber gleichfalls mit der Bitte um Verhaltungsbefehle nach Stade. Die Depesche erreichte jedoch, wie wir in der Folge sehen werden, erst ihren Bestimmungsort, als die dortigen Kapitulations-Verhandlungen bereits in der Einleitung begriffen waren.

Unterdessen eilte die Kolonne des Oberstlieutenants v. Cranach beschleunigten Schritts gegen Stade. Die von ihr passierten Ortschaften lagen noch in tiefstem Schlafe. Nur die Hofhunde witterten die vorüberziehende Truppe und schlugen an; da jedoch der Wind aus der Richtung von Stade kam, sollte dem Gegner das Gebell verborgen bleiben. Die Schlagbäume, welche man an der Straße herabgelassen fand, wurden passiert, indem man unter ihnen durchkroch. Ein der Kolonne begegnender Trunkenbold wurde trotz seines Jammerns, da er bereits seine letzte Stunde gekommen glaubte, mitgenommen. Regen und Wind hatten mittlerweile aufgehört, das Gewölk teilte sich und einzelne Sterne wurden sichtbar, wogegen der Mond verhüllt blieb. Ein leichter Nebel begann sich über der Landschaft zu entwickeln. Als die Kolonne ein kleines Gehölz durchschritten hatte, tauchten in der eben anbrechenden Morgendämmerung die Türme von Stade auf. Es mochte gegen halb 4 Uhr sein. Ohne noch etwas vom Feinde wahrzunehmen, eilte die Kolonne weiter. Da, etwa 600 Schritte vor Stade, stieß plötzlich die Spitze auf den berittenen hannoverschen Artilleristen, welcher zur Beobachtung der Twielenflether Straße dort postiert war. Kaum wurde der letztere den Gegner gewahr, als er sein Pferd herumwarf und nach dem Zollthore davonsprengte, um in der Festung die drohende Gefahr zu melden. Alsbald sollte demzufolge das Allarmsignal in Stade ertönen, eine Mahnung für die preußische Kolonne, rasch ans Werk zu gehen.

Die hannoversche Besatzung des Platzes war bereits um Mitternacht vorübergehend allarmiert worden, als in kurzen Zwischenräumen

drei Schüsse fielen. Nach der Aussage eines alsbald dem Kommandanten vorgeführten Einwohners sollte ein auf der Insel (einem Ravelin zwischen dem Schiffer- und dem Hohen Thore) am Kugelhofe wohnender Mann jene Schüsse in der Nähe des dortigen Postens abgefeuert haben. Die Spannung wuchs nur um so mehr, als demnächst von der Feldwache in Brunshausen die telegraphische Meldung (s. o.) einlief, daß ein feindliches Kanonenboot dort lande und sie sich daher zurückziehe. Die Besatzungstruppen traten in Bereitschaft, die Thorwachen wurden verstärkt. Der Kommandant begab sich nach dem Kehdinger Thore, und eine Infanterie-Patrouille von 13 Mann (unter Lieutenant Scharlach) ging zur Aufklärung der nach Brunshausen führenden Straße vor; sie kehrte, ohne nach der uns bekannten Lage der Dinge besondere Wahrnehmungen gemacht zu haben, erst nach der Besetzung des Platzes durch die Preußen zurück.

Da sich jedoch nirgends Zeichen wahrnehmen ließen, welche den vermeintlichen Anmarsch des Feindes bestätigten, so entließ der General Rechtern die Truppen wieder in die Kasernen und auch die den Thorwachen zugewiesenen Verstärkungen gingen zurück.

Bald darauf traf von der Feldwache in Brunshausen die telegraphische Meldung ein, daß sie die dortige Schanze von neuem besetzt habe, da der Feind, nachdem er 200 Mann gelandet und sich sowohl wegen der Entfernung wie der Besatzung von Stade erkundigt hatte, sich wieder eingeschifft und stromaufwärts abgefahren sei.

Kaum hatte der Kommandant, der Infanterie-Hauptmann Bergmann, jenes Telegramm erhalten, als der auf der Straße nach Twielenfleth postierte berittene Artillerist die Meldung überbrachte, daß der Feind in dieser Richtung im Anmarsche begriffen sei. Während der Artillerist nach dem Zollthore zurückkehrte, um dort seine Beobachtungen fortzusetzen, ließ Hauptmann Bergmann Allarm blasen und den General Rechtern sowohl wie das Artilleriebataillon von jener Nachricht in Kenntnis setzen. Die Truppen traten unter die Waffen. Die Zollthor-Wache wurde verstärkt und auch den anderen Wachen die nach dem ersten Allarm zurückgezogenen Verstärkuugen wieder zugeschickt.

Der General Rechtern, welcher beinahe gleichzeitig durch eine Patrouille der Zollthor-Wache den Anmarsch des Feindes gemeldet erhalten hatte, sandte dem Hauptmann Bergmann demzufolge den Befehl, mit

einer Patrouille nach jenem Thore zu eilen. Eben als die letztere, an ihrer Spitze der Hauptmann Bergmann mit gezogenem Säbel, sich in Laufschritt gesetzt hatte, kam der berittene Artillerist wieder vom Zollthore zurück und meldete dem genannten Offizier, daß der Feind dort bereits eindringe. Indem Bergmann weiter eilte, stieß er auf die nach dem Zollthore dirigierte, aber jetzt von dort zurückkehrende Verstärkung, welche sich ihm anschloß, so daß er nunmehr von 16 bis 20 Mann begleitet war, die, wie hier nochmals betont werden mag, keine Patronen hatten.

Unterdessen war die preußische Kolonne vor dem Zollthore eingetroffen. Nachdem sie zwischen einzelnen Gärten und Häusern die an dem dortigen Ravelin gegebene Wegekrümmung passiert hatte, sah sich die Spitze plötzlich vor dem Lattenthore, welches bekanntlich den in die Stadt führenden Straßendamm abschloß. Hinter dem Thore wurde der die dortige Wache kommandierende Unteroffizier sichtbar, welcher dasselbe eben zugeschlossen hatte und noch den Schlüsselbund in Händen hielt; an seiner Seite befanden sich 3 Infanteristen. Die Kolonne machte Halt. Die drei hannoverschen Infanteristen stachen mit dem Bajonett zwischen den Latten hindurch gegen die bis an das Thor vordringenden preußischen Füsiliere, was auch von den letzteren erwidert wurde, ohne daß es jedoch hierbei Verletzungen gegeben hätte. Als der hannoversche Unteroffizier zum Öffnen des Thors aufgefordert wurde, entgegnete er mit befangener Stimme: „Warten Sie einen Augenblick, meine Herren, ich muß erst dem Kommandanten Meldung machen lassen.“ Da ihm aber vergegenwärtigt wurde, daß er sein Leben riskiere, wenn er nicht sofort das Thor öffne, legte er sein Gewehr auf den Boden hin und suchte an dem Schlüsselbunde nach dem Thorschlüssel. Aber ehe er noch dazu gelangte, den Eingang zu öffnen, schwangen sich, einem plötzlichen Impulse folgend, der Heizer Martin, welcher einen großen Hammer bei sich führte, und der Premier-Lieutenant Nolte über das den Straßendamm südlich einfassende Geländer, kletterten um den Thorpfosten herum und gelangten glücklich hinter dasselbe. Martin, welcher hierbei einen Moment früher zu Boden kam, als der genannte Offizier*), warf seinen

*) Die Angabe bei Fransecky, a. a. O., Seite 252, daß der Gefreite Kind der erste war, welcher das Thor umkletterte, ist nicht richtig. Derselbe war dagegen

Hammer hin, ergriff rasch das am Boden liegende Gewehr des hannoverschen Unteroffiziers und drang auf denselben ein. Der letztere sprang jedoch zurück und lief, unter Mitnahme der Schlüssel, von seinen 3 Infanteristen begleitet, schleunigst durch das innere Thor davon. Auch die übrige Wachmannschaft folgte alsbald jenem Beispiele und flüchtete sich aus dem am inneren Thore befindlichen Wachtlokale nach der Stadt.

Vergeblich versuchte nunmehr der Heizer Martin, mit seinem großen Hammer das Thorschloß aufzusprengen, während die Pioniere der Kolonne von außen das Lattenthor zu bearbeiten anfingen, zunächst jedoch ohne Erfolg, da in dem dortigen Gedränge einer den anderen in der Handhabung der Werkzeuge behinderte. Pulversäcke konnten nicht zur Anwendung gebracht werden; den von Harburg mitgenommenen Widder hatte man dagegen seiner Schwere wegen auf dem Landmarsche nach Stade unterwegs liegen lassen müssen. Während dieses Wogens und Drängens am Thore umkletterten dasselbe noch mehrere rechts und links, zunächst der Gefreite Kind, dann der Hauptmann v. Kornatzki, der Steuermann Heinrich u. s. w. Da das Thor immer noch widerstand, warf sich endlich die gesamte drängende und wogende Mannschaft mit ihren Leibern gegen dasselbe. Unter diesem vereinten Drucke wichen endlich einige Latten und brachen. Oberstlieutenant v. Cranach war der erste, welcher durch die solchergestalt entstandene Lücke das Thor passierte; andere folgten. Das Thor wurde nunmehr wieder von außen und innen fortgesetzt mit den verschiedensten Brechinstrumenten bearbeitet.

Unterdessen war Premier-Lieutenant Nolte mit dem Steuermann Heinrich und dem Heizer Martin durch das innere Thor bis an die nahe hinter demselben gelegene Straßenkreuzung vorgegangen, als plötzlich ein hannoverscher Reiter auf sie zugesprengt kam, der eben beim Hauptmann Bergmann gewesene Artillerist (s. o.). In demselben Momente, wo der letztere zum Haltmachen aufgefordert wurde, brach das Lattenthor unter lautem Hurra der dortigen Mannschaft zusammen, wodurch das Pferd des feindlichen Reiters scheu wurde und mit einem jähen Sprunge nach einer Seitengasse entschwand. Der Steuermann Heinrich sendete ihm aus seinem Revolver 2 Schüsse nach — die ersten, welche hier fielen —,

---

einer der ersten, welche alsbald dem Premier-Lieutenant Nolte und dem Heizer Martin auf dem nämlichen Wege folgten.

ohne jedoch zu treffen. Der Artillerist eilte dagegen zurück, um dem schon auf dem Wege nach dem Zollthore begriffenen Hauptmann Bergmann die Meldung von dem Eindringen des Feindes zu überbringen.

Nachdem noch vor Öffnung des Thores der Schützenzug der 10. Compagnie unter Lieutenant v. Wolfradt außerhalb des Walles nach links entsendet morden war, um sich des nächsten Stadtausganges in dieser Richtung zu bemächtigen, ordnete sich die Kolonne nunmehr zum Weitermarsche, an ihrer Spitze Premier-Lieutenant Nolte mit dem 4. Zuge der 10. Compagnie. Sie nahm unter Führung des ortskundigen Heizers Martin die Direktion gegen den Marktplatz. Mit dem Rufe: „Hoch lebe unser König Wilhelm, Hurra!" ging es vorwärts, den ansteigenden Fellenberg (Zollthor-Straße) hinauf, während zugleich der 3. Zug der 10. Compagnie (Feldwebel Täntzscher) innerhalb des Walles nach rechts gegen das Kehdinger Thor detachiert wurde.

Zur nämlichen Zeit war, wie schon oben erwähnt, der hannoversche Hauptmann Bergmann im Begriff, mit einer Patrouille nach dem Zollthore zu eilen. Als er des den Fellenberg heraufrückenden Gegners ansichtig wurde, ließ er seine Mannschaft an dem Kreuzungspunkte der Zollthor- und der Großenschmieden-Straße in Linie aufmarschieren und mit gefälltem Gewehr den oberen Eingang zu der ersteren absperren. Mit gezogenem Säbel und, beeilt wie er war, ohne mit einem Tuche zu winken, ging Hauptmann Bergmann der schon ziemlich nahe gekommenen Spitze der preußischen Kolonne entgegen und rief ihr „Halt! Halt!" zu. Da das Vorgehen des hannoverschen Offiziers eher dahin zu deuten schien, daß derselbe zu unterhandeln beabsichtige, ließ Premier-Lieutenant Nolte seinen bekanntlich an der Spitze der Kolonne marschierenden Zug Halt machen. Hauptmann Bergmann, welcher stehen blieb, erklärte nunmehr mit lauter Stimme, daß er der Kommandant der Infanterie in der Festung sei, und ersuchte damit den preußischen Commandeur, vorzutreten. Als ihm entgegnet wurde, daß derselbe noch nicht zur Stelle (da Oberstlieutenant v. Cranach bei dem rückwärts folgenden Gros der Kolonne sich befand), so bat Bergmann, daß der zweite Offizier im Kommando vortreten möge, was nunmehr seitens des Premier-Lieutenants Nolte geschah. Der hannoversche Offizier ging demselben entgegen und fertigte einige Matrosen, welche anscheinend mit ihm unterhandeln wollten, mit den Worten ab: „Mit euch habe ich nichts zu thun!"

Plötzlich sah sich Hauptmann Bergmann aber von Matrosen und preußischen Soldaten umringt, welche sich seiner Person zu bemächtigen suchten. In dem nämlichen Momente fielen einige Schüsse aus der preußischen Kolonne. Bergmann, welcher aus dem ihn umgebenden Getümmel nur noch das Vorgehen feindlicher Schützen zu beiden Seiten der Straße wahrnehmen konnte und seine zurückgebliebenen Mannschaften nicht einem Zusammenstoße mit dem Gegner preisgegeben sehen wollte, rief daher seinen Leuten zu: „Senkt's Gewehr!*) Kehrt euch! Marsch!" worauf die Patrouille schleunigst zurückging.

In demselben Momente eilte aber auch der Oberstlieutenant v. Cranach herbei und rief: „Halt, dem Herrn wird nichts gethan!" Indem er sich bei dem Hauptmann Bergmann in zuvorkommendster Weise wegen dieses Zwischenfalls entschuldigte, stellte sich ihm der letztere als Kommandant des in Stade gebliebenen Infanterie-Depots vor, mit der Erklärung, nur der Gewalt zu weichen. Um das Feuern aus der preußischen Kolonne nicht fortgesetzt zu sehen, ließ Oberstlieutenant v. Cranach durch einen herbeigerufenen Hornisten das Signal „Stopfen" blasen, womit das Schießen aufhörte. Einer der hannoverschen Soldaten hatte einen schweren Schuß in den rechten Arm davongetragen und außerdem zwei Kugeln in den Tornister erhalten. Auf preußischer Seite war der Bataillons-Adjutant v. Marklowsky durch einen Streifschuß an der Schulter schwach kontusioniert, ferner der Steuermann Heinrich und ein Füsilier der 10. Compagnie an den Händen leicht verwundet**).

---

*) Nach dem hannoverschen Reglement gleich dem anderwärts üblichen Kommando: „Gewehr über".

**) Wenn von preußischer Seite behauptet worden ist, daß die Hannoveraner zuerst Feuer gegeben, so ist dies ebenso unrichtig wie unmöglich, da die letzteren überhaupt, wie schon früher erwähnt, sich nicht im Besitze von Patronen befanden. Die Schüsse fielen ohne Kommando aus der Mitte der preußischen Kolonne, jedenfalls im Kampfeseifer, der durch das Erscheinen der hannoverschen Patrouille am oberen Fellenberge und das dortige Kommandieren neue Anregung gefunden haben mag. Da die Spitze der Kolonne in der ansteigenden Straße ziemlich höher stand, als das rückwärts folgende Gros, so findet es hinlänglich seine Erklärung, daß einige der Schüsse in die preußische Tête einschlugen und dort Verwundungen herbeiführten. Beispielsweise ließ die Kontusion des Lieutenants v. Marklowsky deutlich erkennen, daß der betreffende Schuß nur von preußischer Seite aus nächster Nähe gekommen sein konnte, da der Rock an der getroffenen Schulter einen Brandfleck zeigte. Auch die preußische Angabe, daß aus einem Hause der Zollthor-Straße auf

Um das Geschehene dem General Rechtern zu melden, wollte sich nunmehr der Hauptmann Bergmann mit Genehmigung des Oberstlieutenants v. Cranach in Begleitung eines preußischen Offiziers zu dem ersteren begeben. Der preußische Commandeur schickte sich eben an, ihm weiter rückwärts mit einigen Offizieren zu folgen. In demselben Momente erschien aber auch, die Schmiedenstraße herunterkommend, der Commandeur des hannoverschen Artilleriebataillons, Oberstlieutenant Siemens, welcher von dem General Rechtern den Auftrag erhalten hatte, den preußischen Commandeur zu ihm zu führen. Von seinem Adjutanten, dem Premier-Lieutenant Busse, und einer Ordonnanz gefolgt, ging Oberstlieutenant Siemens der preußischen Kolonne entgegen, indem sowohl er, wie der ihn begleitende Offizier weiße Tücher an ihre Säbel befestigt hatten, um sich als Parlamentäre kenntlich zu machen. Nachdem Siemens dem Oberstlieutenant v. Cranach den Zweck seiner Sendung mitgeteilt hatte, begaben sich beide in die Wohnung des Kommandanten, wohin von preußischer Seite außerdem noch der Generalstabs-Offizier Hauptmann v. Gottberg und der Hauptmann v. Kornatzki folgten. Die in der Wohnung des hannoverschen Kommandanten alsbald beginnenden Verhandlungen, zu welchen demnächst auch der vorläufig bei dem preußischen Bataillone verbliebene Hauptmann Bergmann, sowie der Bürgermeister Neuburg beigezogen wurden, führten zum Abschlusse der unten folgenden Kapitulation.

Während dieser Vorgänge am Fellenberge war der Lieutenant v. Wolfradt, dem ihm gewordenen Auftrage gemäß (s. o.), mit dem Schützenzuge der 10. Compagnie außerhalb des Walles gegen das Hohe Thor vorgegangen. Das Hurrarufen der in die Stadt eindringenden Kolonne und die folgenden Schüsse tönten zu dem im Marsche begriffenen Schützenzuge herüber und unterbrachen für kurze Zeit die ringsum herrschende Ruhe. Nicht mehr weit von dem Hohen Thore entfernt,

---

die Kolonne geschossen worden sei, entbehrt durchaus der Begründung und findet wahrscheinlich dadurch ihre Erklärung, daß ein Fenster, aus welchem der durch den Tumult aufgestörte, schon bejahrte Rittmeister a. D. v. Lütken herausgeschaut hatte, heftig zugeschlagen wurde. Das hierdurch entstandene klirrende Geräusch mag vielleicht in Verbindung mit dem in den Fenstern jenes Hauses gegebenen Wiederscheine der im herrschenden Halbdunkel aufleuchtenden Schüsse bei den preußischen Füsilieren eine Vermutung, wie die oben erwähnte, haben Raum gewinnen lassen.

wurde die Spitze des Zuges einiger hannoverscher Soldaten ansichtig (wahrscheinlich die für die Verbindung mit dem Zollthore angeordnete Patrouille) und gab Feuer auf dieselben, was deren eiliges Verschwinden im Gefolge hatte. Als bald darauf der Zug vor dem Hohen Thore anlangte, fand er die in dasselbe führende Zugbrücke aufgezogen. Da vom Feinde nicht das mindeste wahrzunehmen war, ließen sich einige Füsiliere unter Zuhilfenahme ihrer zusammengeschnallten, gerollten Mäntel in den Hauptgraben hinunter, wateten durch das hier nicht tiefe Wasser und erkletterten von rückwärts die Zugbrücke, welche sie durch das Ausheben des Gegengewichts zum Senken brachten, ohne hierbei irgendwie gestört zu werden. Indem Lieutenant v. Wolfradt nunmehr mit seinem Zuge die Brücke passierte, stieß er, durch das Thor gerückt, bei dem dortigen Wachtlokale auf die hannoversche Wachmannschaft, welche unter dem Gewehre stand, aber einen sehr friedfertigen Eindruck machte. Seine an den wachthabenden Unteroffizier gerichtete Frage, ob ihm vielleicht bereits inbetreff einer Kapitulation Weisung erteilt worden sei, fand eine verneinende Erwiderung. Indem Lieutenant v. Wolfradt nunmehr eine Patrouille an seinen Bataillons-Commandeur entsendete, um die Besitznahme des Thores zu melden und weitere Befehle zu erbitten, ließ er die hannoversche Mannschaft die Gewehre zusammensetzen und sich in die Wachstube zurückziehen. Ein demnächst eintreffender Befehl berief den Offizier zu seinem Bataillone ein, worauf derselbe unter Zurücklassung einer entsprechenden Thorwache mit seinem Zuge dahin abrückte.

Der gegen das Kehdinger Thor dirigierte 3. Zug der 10. Compagnie stieß daselbst gleichfalls auf keinen Widerstand und sistierte die dortige Wache*).

*) Einer hannoverschen Version zufolge wäre dieselbe dagegen bei Annäherung der Preußen nach dem Schifferthore und ihrer Kaserne abgezogen. — Nach Knorr, „Der Feldzug des Jahres 1866", Bd. I, S. 129, hätte der jenes Thor besetzende preußische Zug auch eine von auswärts zurückkehrende hannoversche Abteilung von 1 Offizier und 50 Mann gefangen genommen. Hierfür könnten nur die nach und gegen Brunshausen entsendeten Offiziers-Patrouillen inbetracht kommen, deren bereits weiter oben Erwähnung geschah, die indessen jene Stärkeziffer nicht erreichten. Da jedoch diese Abteilungen erst nach der Kapitulation zurückkehrten, so dürfte eine Gefangennahme derselben durch die preußische Thorwache im eigentlichen Sinne des Wortes kaum mehr geltend gemacht werden können.

Auch die verspätet bei Twielenfleth gelandete 12. Compagnie und der ihr angeschlossene Schützenzug der 11. erreichten demnächst Stade, so daß das preußische Bataillon daselbst wieder vereinigt war.

Die unterdessen in der Wohnung des hannoverschen Kommandanten stattfindenden Verhandlungen führten zu dem Abschlusse der folgenden Kapitulation:

„Zwischen dem Herrn General=Major Rechtern, Commandanten der Festung Stade einerseits, und dem Herrn Oberstlieutenant von Cranach vom Königlich=Preuß. 1. rheinischen Infanterie=Regiment Nr. 25 andererseits, sind folgende Punkte hinsichtlich der Übergabe der Festung vereinbart:

1) Die sämmtlichen Officiere der Garnison erhalten die Freiheit, mit allen Ehren, insbesondere mit Beibehaltung des Seitengewehrs nach Belieben abzuziehen, in die Heimat oder anderwärts zu gehen, oder hier zu bleiben.
2) Die Mannschaft, Unterofficiere und Soldaten, giebt die Waffen ab im Laufe des 18. Juni, und wird jeder Einzelne in die Heimath geschickt.
3) Das Privat=Eigenthum der Einwohner und der Militairs wird in jeder Hinsicht respectirt und nicht angetastet.
4) Es bleibt dem Herrn Oberstlieutenant von Cranach vorbehalten und überlassen, das in der Festung befindliche Material, insbesondere die Geschütze, an sich zu nehmen, sowie überhaupt das Königliche und Staats=Eigenthum.

„Stade, den 18. Juni 1866.

„gez. A. Rechtern, Gen. Maj. u. Commandt.

gez. von Cranach, Oberstlieut. im 1. Rhein. Infant. Regt. Nr. 25."

Die außerhalb des Platzes detachierten hannoverschen Abteilungen kehrten nach der Kapitulation dahin zurück.

Um 9 Uhr vormittags wurden die Waffen der Besatzungstruppen abgeliefert, und nachmittags erfolgte die Übergabe des sonstigen vorhandenen Materials. Die Mannschaft wurde, wie die Kapitulation verfügte, in die Heimat entlassen.

Das erbeutete Kriegsmaterial war außerordentlich reichhaltig und enthielt u. a. an Geschützen 7 Vierundzwanzigpfünder, 8 Zwölfpfünder, eine nur der Bespannung entbehrende gezogene Sechspfünder-Batterie von 6 Geschützen, 8 Haubitzen, 6 Mörser, 38 alte eiserne Geschütze und einige Karronaden, — ferner 14000 gezogene Gewehre, 2000 Zentner Pulver, 1 Million Patronen, 2000 gefüllte Granaten und ein bedeutendes Quantum sonstiger Eisenmunition, — überdies 10600 Stück neue Decken, 48 große Wagen, 180 Pferdegeschirre und 100 Sättel, sowie 11 Pferde.

Unter Leitung des hierzu delegierten preußischen General-Konsuls Redlich und des Artillerie-Hauptmanns v. Tempsky wurde jenes Material in den nächsten Tagen nach den hierfür bestimmten Depots abgeführt.

Das Füsilierbataillon Nr. 25 verblieb vorerst als Besatzung in Stade, bis zu seiner Ablösung das nach Lüneburg detachierte 1. Bataillon 17. Landwehr-Regiments dahin entsendet wurde. Am 20. Juni begab sich die 12. Compagnie des ersteren Bataillons auf den Rückmarsch von Stade nach Harburg. Die drei anderen, zunächst durch 2 Compagnieen des 17. Landwehr-Regiments abgelöst, wurden am 21. Juni bei Brunshausen eingeschifft und auf der Elbe nach Harburg befördert, von wo das wieder vereinigte Bataillon am nämlichen Tage mittelst Eisenbahn nach Celle ging und, dort angekommen, in Alten-Celle Quartiere bezog.

Aus den in Stade vorgefundenen gezogenen Sechspfündern wurde auf Anordnung des Corps-Kommandos eine Feldbatterie von 6 Geschützen formiert. Mit Rücksicht auf das beschränkte Material an Mannschaften und Pferden, welches von den anderen Batterieen und den Munitionskolonnen abgegeben werden mußte, konnte die Batterie vorläufig nur mit 3 Munitions- und 2 Packwagen ausgerüstet werden. Am 23. Juni traf dieselbe per Bahn aus Stade in der hannoverschen Hauptstadt ein, um dort ihre Komplettierung zu finden, worüber weiter unten noch Näheres. —

Nachdem am 18. Juni die Verbindung zwischen der 13. Division und dem Manteuffelschen Corps aufgenommen worden war und bereits am frühen Morgen des 19. die ersten Truppenzüge des letzteren auf der

Eisenbahn von Lüneburg in Hannover eintrafen (s. S. 335), schritt General v. Falckenstein zur Fortsetzung der Operationen in südlicher Richtung, um, den ihm erteilten Direktiven entsprechend, die auf Göttingen zurückgegangene hannoversche Armee sobald als möglich außer Wirksamkeit zu setzen. So wünschenswert auch eine raschere Wiederaufnahme der Operationen seitens der 13. Division gewesen wäre, so hatte man doch zunächst die Herankunft des Manteuffelschen Corps in Hannover abwarten zu sollen geglaubt, da man die Hauptstadt nicht ohne Truppen lassen konnte. Dafür entwickelte sich aber eine besonders rege Thätigkeit, um die in mancher Beziehung noch mangelhafte Ausrüstung der 13. Division aus den in Hannover erbeuteten Beständen zu ergänzen. Es wurde ein Brückentrain zusammengestellt, Feldlazarette, Munitions= und Proviantkolonnen gebildet, sowie Pferde=Lieferungen ausgeschrieben, teils um den noch vorhandenen Bedarf der operierenden Truppen zu decken, teils um ein Pferde=Depot zu bilden. Bestimmtere Nachrichten über die Stellung der hannoverschen Armee hatte man noch nicht, vielmehr vermutete man, schon Hildesheim vom Feinde besetzt zu finden. Mit der Wiederherstellung der hannoverschen Südbahn war man zwar seither beschäftigt, konnte dieselbe aber erst am 21. Juni bis Alefeld dem Betriebe wieder übergeben. Ohnehin über die Stellung des Gegners im Unklaren, sah man sich zunächst also auf den Landmarsch angewiesen.

Am 19. Juni morgens 8 Uhr eröffnete die auf der Göttinger Straße bei Arnum bereit stehende Avantgarde der 13. Division (die Infanterie=Regimenter Nr. 53 und 55 *), 2., 4. und 5. Eskadron 8. Husaren=Regiments und die 3. 4pfündige Batterie Nr. 7) **) unter Führung des General=Majors v. Kummer die Operationen in südlicher Richtung. Während das Regiment Nr. 55 und eine Eskadron Husaren

---

*) Von diesem Regimente war bekanntlich schon am 18. Juni das 1. Bataillon zur Avantgarde nach Wülfel gerückt (s. S. 329). Die beiden anderen noch in Hannover verbleibenden Bataillone stießen dagegen erst am 19. morgens zur Avantgarde.

**) Dieser Batterie wurde ein im Zeughause zu Hannover vorgefundener Vierpfünder überwiesen, welchen die hannoversche Regierung früher als Versuchsobjekt aus Preußen bezogen hatte. Die genannte Batterie zählte mit diesem durch Pferde von den Munitionskolonnen bespannten Geschütze also deren sieben.

als linkes Seitendetachement unter Oberst Stoltz auf Hildesheim dirigiert wurden, erhielt der übrige Teil der Avantgarde die Bestimmung, in gleicher Höhe auf der über Pattensen dahinführenden Straße bis Nordstemmen (dem Einmündungspunkte des Hildesheimer Schienenweges in die Südbahn) vorzugehen. Das Gros der Division sollte um 1 Uhr nachmittags der Avantgarde folgen.

Ohne dem Feinde zu begegnen, erreichten die beiden, schließlich auf zwei Meilen Entfernung durch die Leine getrennten Detachements der Avantgarde in den ersten Nachmittagsstunden ihre für heute in Aussicht genommenen Marschziele. Das bis in die Höhe von Nordstemmen gerückte rechte Detachement quartierte nach Elze, Wülfingen, Burgstemmen ꝛc., gesichert durch Vorposten beim Kahlen Berge. Die bis Alefeld streifenden Husaren=Patrouillen entdeckten nichts vom Feinde. Von dem nach Hildesheim gerückten Detachement kantonnierte das 2. Bataillon Nr. 55 nach Himmelsthür und Steuerwald, um durch seine Vorposten die Verbindung mit der in Nordstemmen eingetroffenen Kolonne zu unterhalten. Die südwärts in den Richtungen auf Kreiensen, Einbeck und Salzderhelden ausgesandten Patrouillen stießen gleichfalls nicht auf den Feind *).

Das Gros (nach Zuteilung der 3. Eskadron 8. Husaren=Regiments aus dem 15. Infanterie=Regimente, 2 Eskadronen und 2 Batterieen bestehend), sowie die Reserve (mit der Ersatzabteilung 7. Artillerie=Regiments) verließen um 1 Uhr nachmittags die hannoversche Hauptstadt und folgten der Avantgarde. Das Gros, interimistisch von Oberst Freiherrn von der Goltz geführt **), rückte in der Richtung auf Hildesheim bis Sarstädt und Umgegend, die Reserve auf der Göttinger Straße bis Pattensen ꝛc.

General v. Falckenstein verblieb vorläufig noch in Hannover, wo

*) Von der auf Vorposten stehenden 5. Eskadron 8. Husaren=Regiments ging der Lieutenant Freiherr v. Heintze mit einer sieben Pferde starken Patrouille bis Alefeld vor, wo er auf dem Bahnhofe einige hannoversche Reservisten überraschte, welche dort ihrer Weiterbeförderung nach Göttingen harrten. Als dieselben der preußischen Husaren ansichtig wurden, suchten sie sich durch die Flucht zu retten; indessen wurden 4 Mann gefangen. Nach Zerstörung des dortigen Telegraphen ging die Patrouille wieder zurück.

**) Der seit dem Aufbruche von Minden das Gros führende General=Major Freiherr v. Wrangel blieb einstweilen, mit den Geschäften der Kommandantur in Hannover beauftragt, daselbst zurück.

die Regelung der für die Landesverwaltung in Betracht kommenden Fragen seine Anwesenheit notwendig machte.

Mittelst Erlasses vom 19. Juni übernahm der General die Verwaltung des Königreichs, indem zugleich der preußische Landrat Freiherr v. Hardenberg kommissarisch mit der Leitung der Ziviladministration beauftragt wurde. Die bisherigen hannoverschen Minister wurden ihrer Funktionen für enthoben erklärt, mit Ausnahme des königlichen Haus-Ministers, während das Kriegs-Ministerium zu ruhen hatte. Mit der Geschäftsführung der Ministerieen wurden die betreffenden hannoverschen Generalsekretäre beauftragt und nur die Ministerieen der Finanzen und Justiz unter einen Dirigenten gestellt. Die Verwaltung des Landes hatte unverändert nach den bestehenden hannoverschen Gesetzen fortgeführt zu werden. Nur für solche verräterische Handlungen, aus welchen den preußischen Truppen Gefahr und Nachteil erwachsen konnten, wurde gleichzeitig das Inkrafttreten des außerordentlichen Militärgerichtsstandes publiziert.

Unter dem gleichen Tage erging ferner die folgende Bekanntmachung, durch welche die Verordnung zur Einberufung der hannoverschen Urlauber außer Kraft gesetzt wurde:

„Nach einer Verordnung der hiesigen Behörden haben sich alle beurlaubten Mannschaften unverzüglich zu ihren resp. Truppentheilen zu begeben.

„Diese Verordnung setze ich hiermit außer Kraft, mit dem Bemerken, daß diejenigen, welche derselben dennoch Folge geben und demnächst ergriffen werden sollten, dem in den Preußischen Gesetzen vorgesehenen außerordentlichen Militärgerichtsstande in Kriegszeiten unterworfen sind.

„Sie werden demnach als Kriegsgefangene behandelt und in eine Preußische Festung abgeführt werden.

„Unter dieselben Gesetze treten auch diejenigen Hannoverschen Soldaten, welche sich zur Zeit noch hier oder im Lande aufhalten und auf dem Marsche zu ihren Truppentheilen betroffen werden sollten.

„Außerdem ist mir mitgeteilt worden, daß versprengte bewaffnete Abteilungen noch im Lande und sogar unter Mitführung von Geschützen herumziehen sollen.

„An diese ergeht hiermit die Aufforderung, sich Angesichts dieses bei der Königlich Preußischen Commandantur in Hannover zu melden, dort haben sie ihre Waffen abzuliefern und die Mannschaften demnächst ihre Entlassung in die Heimat zu gewärtigen, während den Offizieren unter Gewährung des Halbsoldes, gegen Ausstellung eines Reverses, während der Dauer der Feindseligkeiten zwischen Preußen und Hannover sich jeder feindseligen Haltung gegen Preußen zu enthalten, Urlaub gewährt werden wird.

„Dieselben Bestimmungen finden auch auf diejenigen Offiziere Anwendung, welche gegen Ausstellung eines derartigen Reverses bereits entlassen worden sind.

„Wer dieser Aufforderung nachzukommen unterläßt, wird bei seiner Festnahme nach denselben Gesetzen, wie die vorgedachten, behandelt und in einer Preußischen Festung detinirt werden.

„Hauptquartier Hannover, den 19. Juni 1866.

Der commandierende General des Königlich Preußischen 7. Armee-Corps.
v. Falckenstein,
General der Infanterie."

Ferner erging inbetreff der Truppenverpflegung der folgende Befehl, welcher, als „Falckensteinscher Speisezettel" in der Armee populär geworden, hier wiedergegeben zu werden verdient:

„Die Verpflegung der diesseitigen Truppen findet auf feindlichem Gebiete in folgender Weise statt: Die Offiziere, die im Offizier-Range stehenden Beamten, die Feldwebel, Portepee-Fähnriche und die in Offizier-Stellen fungirenden Unteroffiziere haben zu verlangen: des Morgens Kaffee mit Zuthat; des Mittags Suppe, Fleisch, Gemüse, Braten und eine Flasche Wein; des Nachmittags Kaffee und des Abends Abendbrod. Da Fälle vorkommen können, in welchen die bequartierten Wirthe zur Verabreichung des Weins nicht im Stande sind, so ist für die sofortige Anlage von Magazinen Sorge zu tragen, aus welchen die Offiziere 2c. den Wein direkt empfangen können. Die mit Verpflegung einquartierten Mannschaften erhalten: des Morgens Kaffee mit Zuthat, des Mittags 1 Pfund Fleisch, das dazu erforderliche Gemüse und Brod, sowie 1 Seidel Bier; des Abends einen Imbiß. Die Speisen müssen

ausreichend sein, um den Mann hinlänglich zu sättigen. Überall da, wo die Verpflegung der Truppen nicht durch die bequartierten Wirthe, sondern aus Magazinen erfolgt — wie beispielsweise bei Bivouaks — besteht die dem Soldaten zu gewährende Portion aus folgenden Sätzen: 1 Pfund 26 Loth Brod (nach hiesigem Gewicht gleich 1 Pfund 8 Neuloth), 1 Pfund frisches Fleisch oder 1/2 Pfund geräucherten Speck, 1/5 Pfund Reis oder 1/4 Pfund Graupen oder 1/2 Pfund Hülsenfrüchte (Erbsen, Bohnen, Linsen) oder 3 Pfund Kartoffeln, 1 Loth gebrannten Kaffee und 1½ Loth Salz. Sollten ausnahmsweise bequartierte Wirthe nicht im Stande sein, den Mannschaften die vorstehenden Portionssätze zu verabreichen, so ist zwar der Empfang aus den Requisitions-Magazinen zu bewirken, die Wirthe sind aber dann unter allen Umständen verpflichtet, die Zubereitung des Essens unter Hergabe der erforderlichen Zuthaten zu übernehmen. Die Fourage-Ration wird allgemeinhin, wie folgt festgestellt: 12 Pfund Hafer, 5 Pfund Heu und 7 Pfund Stroh. Über die empfangene Verpflegung jeder Art wird von den Truppen Quittung ertheilt werden und zwar bei der Verpflegung durch die Quartierwirthe an die Ortsbehörden, und bei der Verabreichung aus Magazinen an die bezüglichen Magazin-Verwalter. Für diejenigen Fälle, in welchen die Verpflegung durch die Quartierwirthe oder die Verabreichung der Verpflegungs-Bedürfnisse aus Magazinen nicht rechtzeitig erfolgen kann, sind die Truppen-Commandeure ebenso befugt, als verpflichtet, den nöthigen Bedarf direct von den Ortsbehörden zu requiriren; über die empfangenen Quantitäten ist dann gleichfalls mit deutlicher Namens-Unterschrift und darunter gesetztem Character Quittung zu ertheilen.

„H.-Q. Hannover, den 19. Juni 1866.

Der commandirende General.
v. Falckenstein,
General der Infanterie."

Am 19. Juni gelang auch die Aufnahme der telegraphischen Verbindung mit der in Kassel eingetroffenen Division Beyer (s. S. 291), welche ihre dortige Ankunft meldete und darauf über die diesseitige Situation in Hannover unterrichtet wurde.

Wenn man somit nach jener Richtung auf einer bestimmten Grundlage fußte, so waren dagegen über die hannoversche Armee die verschiedenartigsten Gerüchte im Umlaufe, welche das preußische Hauptquartier in Hannover noch keine klare Übersicht gewinnen ließen. Ein demselben in der Nacht zum 20. aus Berlin vom Ministerpräsidenten Grafen Bismarck zugehendes Telegramm signalisierte den bevorstehenden Aufbruch der Hannoveraner in südlicher Richtung, um über Wanfried gegen Bebra und Eisenach zu marschieren und die von dort nach Bayern &c. führende Eisenbahn zu gewinnen. Wie uns die Folge zeigen wird, bestand vorübergehend im hannoverschen Hauptquartiere die Absicht eines in jenen Richtungen gehenden Marsches, wurde jedoch schließlich wieder aufgegeben. Obwohl jene Nachricht manches Wahrscheinliche für sich hatte, so erwies sich aber doch die Situation noch nicht in dem Maße geklärt, um sofort mit dementsprechenden Maßregeln vorzugehen; vielmehr sollten die nächsten Tage bei dem Armee-Commando wieder die Anschauung die Oberhand gewinnen lassen, daß die hannoversche Armee nicht nach Süden abmarschiert, sondern bei Göttingen stehe.

Inmitten dieser noch der Aufhellung bedürftigen Lage setzte die preußische 13. Division am 20. Juni ihren Vormarsch in zwei Kolonnen südwärts fort.

Die rechte Kolonne bestand aus der Avantgarde (welche das am vorhergehenden Tage nach Hildesheim gesandte Detachement an die linke abgab) und der ihr folgenden Reserve. Sie rückte nach Alefeld (wo das Divisions-Stabsquartier) und bezog, gedeckt durch eine Vorpostenstellung, bis zu der Linie Delligsen-Imbsen-Wispenstein Quartiere.

Die linke Kolonne umfaßte dagegen das Gros der Division und ihre Avantgarde bildete das nach Hildesheim gegangene und nunmehr durch die 4. 4pfündige Batterie Nr. 7 verstärkte Detachement des Oberst Stoltz (s. S. 355). Der heutige Marsch führte diese Kolonne über Salzdetfurt bis Lamspringe und in die rückwärts gelegenen Ortschaften. Die Vorposten wurden bei Grasse und Woltershausen etabliert und nahmen über Everode die Verbindung mit der rechten Kolonne auf *).

---

*) General-Major Freiherr v. Wrangel, bisher mit den Geschäften der Kommandantur in Hannover beauftragt, traf am 20. in Lamspringe bei seiner Brigade wieder ein und übernahm damit die Führung der linken Kolonne.

Das Wetter war an diesem Tage heiß, sodaß der heutige Marsch in dem bergigen Gelände besonders für die teilweise ihr Gepäck tragende Infanterie **) sich zu einem anstrengenden gestaltete. Wohlthuend für die Truppen war daher ein längerer Halt in den Mittagsstunden, zu welchen aus den benachbarten Ortschaften Lebensmittel requiriert wurden. Auch dieser Marsch führte nirgends zum Kontakte mit dem Feinde. Eine von der rechten Kolonne durch die 4. Eskadron 8. Husaren-Regiments nachmittags über Eimbeck hinaus unternommene Rekognoszierung ließ nichts von dem Gegner wahrnehmen. —

Verlassen wir hier einstweilen die im Vormarsche begriffene preußische Division, um nach Göttingen zurückzukehren, in dessen Umgebung wir am 16. und 17. Juni die hannoverschen Truppen ihre Konzentrierung vollziehen sahen.

Aus dem unfertigen Friedenszustande plötzlich in das Feldlager gerufen, konnte die Armee des bitteren Gefühls sich nicht erwehren, den Kampf mit dem schlagfertigen und energisch vorgehenden Gegner unter den ungünstigsten Verhältnissen aufnehmen zu müssen. In den Reihen der Truppen herrschte eine gedrückte Stimmung; mit Resignation sah man der Zukunft entgegen, wohl bewußt der ganzen Schwere der Situation, aber auch bereit zum treuen und hingebungsvollen Kampfe für die Ehre der hannoverschen Fahne. Vermochten einsichtige Militärs unter diesen Verhältnissen lebhafter Besorgnisse sich nicht zu entschlagen, so machten sich dagegen in der Umgebung des Königs um so thatenlustigere Anschauungen geltend. Die nämlichen Kreise, welche vor dem 14. Juni jeder ruhigen Auffassung der Situation sich verschlossen hatten, wurden ebenso wenig durch die das ganze Land erschütternden Vorgänge der letzten Tage, wie durch neuerliche Enttäuschungen zur Besonnenheit gemahnt, sondern ergingen sich alsbald wieder in gewagten Plänen, um die eingeschlagenen Bahnen einer abenteuerlichen Politik weiter zu verfolgen.

Die Hoffnung, die kurhessischen Truppen mit der hannoverschen Armee sich vereinigen zu sehen, sollte schon am 16. Juni als eine

**) U. a. wurden für das Regiment Nr. 53 die Tornister gefahren.

trügerische sich erweisen. Rittmeister v. Schnehen, welcher bekanntlich (s. S. 223) noch am 15. nachts mit einem diesbezüglichen Handschreiben von Hannover nach Kassel entsendet worden war, wurde bereits am 16. um 7 Uhr morgens auf Wilhelmshöhe vom Kurfürsten von Hessen empfangen. Obschon der Letztere nicht abgeneigt, einen Plan, wie den von Hannover vorgeschlagenen, in Erwägung zu ziehen, so verschloß er sich dagegen nicht der Überzeugung, daß mit Rücksicht auf die Situation als ausschlaggebende Vorbedingung der sofortige Heranmarsch der hannoverschen Truppen in der Richtung nach Kassel gesichert sein müsse. Da jedoch in dieser Beziehung von hannoverscher Seite keine Zusage vorlag und die Gestaltung der Situation überhaupt als eine kritische aufgefaßt zu werden verdiente, so war der Kurfürst nicht in der Lage, den Wünschen des Königs von Hannover zu entsprechen, sondern entschied sich schließlich, wie uns die Folge zeigen wird, für den am 16. nachmittags eingeleiteten Rückzug seiner Truppen über Hersfeld nach dem unteren Main. Zu diesem negativen Resultate führte die Sendung des Rittmeisters v. Schnehen, welcher noch am 16. mit dem Antwortschreiben des Kurfürsten von Hessen nach Göttingen zurückkehrte.

Ebenso wenig erfüllte sich die an die Mission des Hauptmanns Reichard nach Braunschweig (s. S. 223) geknüpfte Hoffnung, das Kontingent dieses Landes mit der hannoverschen Armee sich vereinigen zu sehen. Der schwierigen Lage seines Landes sich bewußt, vermochte sich der Herzog von Braunschweig nicht für eine Zusage in jenem Sinne zu entscheiden und die alsbald durch Hauptmann Reichard nach Göttingen überbrachte Antwort bildete ein weiteres Glied in der Kette der bisherigen Enttäuschungen für Hannover.

Unter solchen Verhältnissen vor die Entscheidung durch das Schwert gestellt, galt es vorläufig, das aus dem eiligen Rückzuge nach Göttingen hervorgegangene Chaos zu entwirren und die Armee, soweit es die zur Verfügung stehenden, wenn auch beschränkten Mittel gestatteten, auf einen einigermaßen schlagfertigen Fuß zu bringen. In edlem Wetteifer vereinigten sich alle Kräfte zur Mobilmachung der Armee und ihrem Zusammenwirken in angestrengter Arbeit war das schließlich in Göttingen Erreichte zu danken.

Eine Frage von außerordentlicher Wichtigkeit war die Wahl eines kommandierenden Generals, da ein solcher zu Friedenszeiten, wo der

König als Kriegsherr das Armee-Kommando führte, nicht bestand. Die Augen vieler richteten sich auf den Commandeur der Kavallerie-Division, den General der Kavallerie Gebser, welcher zwar seine Befähigung zur Führung eines größeren Heerkörpers noch zu bethätigen gehabt hätte, aber im allgemeinen von der Armee nicht ungünstig beurteilt wurde. Zwar erhielt der General Gebser vom Könige das Kommando der Armee angetragen, schlug dasselbe jedoch aus, indem er angab, sich nicht mehr kräftig genug zu fühlen. Obwohl auch der Commandeur der 1. Infanterie-Division, General-Lieutenant Freiherr v. Grote, ein energischer, aber mitunter schroffer Charakter, eines guten Rufes in der Armee genoß, sollte es ihm gleichfalls nicht beschieden sein, durch seine Berufung zum Armee-Kommando einen Beweis des königlichen Vertrauens zu erhalten.

Ebenso wenig lenkte sich die Wahl auf den übrigens in der Hauptstadt zurückgebliebenen Commandeur der Artillerie, den General-Lieutenant Müller, einen anerkannt tüchtigen Offizier, der lange Zeit dem Generalstabe angehört hatte.

Als eine nahe liegende Voraussetzung hätte man es erachten sollen, daß der derzeitige Chef des Generalstabs, General-Lieutenant v. Sichart, zur Zahl derjenigen gehörte, welche die nächste Anwartschaft darauf hatten, an die Spitze der Armee zu treten. Er war ein Mann von Geist und vielseitiger Bildung, hatte sich aber nur dadurch zu behaupten vermocht, daß er sich in allem den herrschsüchtigen Velleitäten des General-Adjutanten v. Tschirschnitz unterzuordnen wußte und damit leider seine Stellung zur Einflußlosigkeit herabdrücken ließ. Trotzdem sollte auch er nicht zum Führer der Armee ausersehen sein, was vielleicht darin seine Erklärung finden mag, daß der General v. Sichart keine dem Könige sympathische Persönlichkeit war.

Wie manche behaupten zu dürfen meinten, war für die Ernennung eines kommandierenden Generals in den maßgebenden Kreisen der Wunsch nicht ohne bestimmenden Einfluß, eine Persönlichkeit zu dieser Stellung berufen zu wissen, welche nicht zu der Befürchtung Anlaß gab, den in des Königs Umgebung sich geltend machenden Bestrebungen eine ernstliche Opposition entgegenzusetzen, sondern ein willfähriges Entgegenkommen erhoffen ließ.

Schließlich standen zur engeren Wahl nur die General-Majore

v. Arentsschildt und v. Bothmer, die Commandeure der 2., beziehungsweise 4. Infanterie-Brigade. Der König entschied sich definitiv für den Ersteren.

Ein biederer und gewissenhafter Charakter, welchen nicht blinder Ehrgeiz und selbstsüchtige Zwecke leiteten, galt der General v. Arentsschildt zwar für einen tüchtigen Brigade-Commandeur, ohne aber bis dahin Beweise für seine Befähigung zum Heerführer erbracht zu haben. Seine Ernennung zum kommandierenden General rief sofort in den Reihen der Armee manchen Zweifel wach, ob er die berufene Persönlichkeit sein dürfte, den in ihn gesetzten Erwartungen zu entsprechen, da die außerordentlich schwierigen Verhältnisse nicht nur militärische Begabung, sondern auch den Besitz einer durchgreifenden Energie erforderten. Der General v. Arentsschildt war sich vollkommen bewußt, welche Last er mit der Annahme des Oberbefehls auf seine Schultern wälzte und die nur um so mehr zu Bedenken Anlaß geben mußte, wenn man die abenteuerliche, bereits zu so herben Enttäuschungen führende Politik Hannovers in Erwägung zog. Biederen und schlichten Sinnes, wie er war, fand sich der General nicht sofort zur Übernahme des Oberbefehls bereit, sondern bat in seiner ihn ehrenden persönlichen Bescheidenheit um die Belassung in seinem Brigade-Kommando. Erst auf wiederholtes Andringen des Königs leistete er dem an ihn ergangenen Rufe Folge, indem ihm der Monarch mit Mund und Hand die vollste Selbständigkeit in der Führung der Armee zusicherte. Unter gleichzeitiger Ernennung zum General-Lieutenant wurde ihm somit am 17. Juni das Kommando der Armee übertragen.

Die im Range älteren Commandeure der 1. und 2. Infanterie-Division, die General-Lieutenants Freiherr v. Grote und v. Ramdohr, erhielten am nämlichen Tage die nachgesuchte Dienstentlassung mit Pension bewilligt; desgleichen am 18. der Commandeur des Ingenieur-Corps, General-Lieutenant Dammert. Der General der Kavallerie Gebser, sowie der bisherige Commandeur der Artillerie, General-Lieutenant Müller, wurden dagegen unter Enthebung von ihren bisherigen Kommandos dem Stabe des Königs zugeteilt *).

*) Gebser war mit der Armee nach Göttingen gekommen, folgte ihr aber unter den gegebenen Verhältnissen nicht ins Feld, sondern ging mit seiner Zurdispositions-

Mit der Ernennung des Generals v. Arentsschildt wurde auch der rangsältere General-Lieutenant v. Sichart am 17. Juni seiner Funktionen als Chef des Generalstabs enthoben und zum etatsmäßigen Divisions-Commandeur ernannt, aber zugleich bis auf weiteres zur Disposition gestellt, da vorläufig mit der Mobilmachung, wie wir noch in der Folge sehen werden, der Divisionsverband sowohl für die Infanterie wie Kavallerie aufgelöst war.

Sein Nachfolger als Generalstabs-Chef wurde der gleichzeitig zum Oberst beförderte, bisherige Oberstlieutenant des Generalstabs Cordemann. Aus der Artilleriewaffe hervorgegangen, war er schon seit einer längeren Reihe von Jahren ausschließlich im Generalstabsdienste thätig gewesen und, ein ohnehin etwas pessimistisch angehauchter Charakter, vielleicht zu sehr Theoretiker geworden. Weniger der Mann des energischen Eingreifens, bethätigte Cordemann daher in seiner neuen Stellung eine mehr zur Beschaulichkeit neigende Natur.

Die intellektuellen Motoren des Armee-Hauptquartiers wurden unter diesen Umständen die beiden Generalstabsoffiziere, Oberstlieutenant Rudorff und Major v. Jacobi, was bereits hier erwähnt zu werden verdient, um für manche Vorgänge der folgenden Tage das nötige Verständnis zu gewinnen.

Eine weitere Personalveränderung von Bedeutung war die ebenfalls am 17. Juni erfolgende Entlassung des seitherigen General-Adjutanten, General-Lieutenant v. Tschirschnitz, welcher unter Verleihung des Charakters als General der Infanterie zur Disposition gestellt wurde. Obwohl der König nur mit schwerem Herzen von diesem altgewohnten Ratgeber sich zu trennen vermochte, so geboten es doch die Umstände, ihn durch eine jüngere Kraft zu ersetzen*). Die Armee sah den General v. Tschirschnitz ohne Bedauern scheiden, denn sie war sich bewußt, daß er, der Träger des bisherigen militärischen Systems, nur

---

stellung zurück. General-Lieutenant Müller hatte, wie schon oben erwähnt, die Hauptstadt nicht verlassen.

*) Der General v. Tschirschnitz erkannte die vom Könige für seine Entlassung entwickelten Gründe an und ergab sich mit stiller Resignation in sein Schicksal. Als er in Göttingen aus dem Kabinette des Monarchen kam, der ihm eben in schonendster Form mit dem obigen Entschlusse bekannt gemacht hatte, sagte der General: „Der König hat Recht, daß er uns alten Böcke fortschickt".

in zu vieler Beziehung für die vorhandenen Gebrechen verantwortlich zu machen war.

Zum Nachfolger in jener einflußreichen Stellung wurde unter Beförderung zum Oberst der bisherige Oberstlieutenant des 3. Infanterie-Regiments Dammers ernannt, der nämliche, welcher uns schon 1864 bei dem Konflikte in Rendsburg begegnete*). Er genoß den Ruf, sowohl Energie zu besitzen, wie ein tüchtiger Bataillons-Commandeur gewesen zu sein. Anderenteils aber ein intriguanter Charakter, ohne jedoch die Elastizität und bestechenden Formen eines im Ränkespiele erfahrenen Weltmannes zu besitzen, war Dammers von aufbrausendem, seine inneren Gefühle dann nicht bemeisternden Temperamente, welches ihn oft zu übereilten Handlungen fortriß, die er später bei ruhiger Erwägung der Dinge selbst als Fehlgriffe erkennen mußte. Indessen wurde Oberst Dammers nicht nur zum General-Adjutanten des Königs, sondern zugleich als solcher für den kommandierenden General bestimmt. Es ergab sich hieraus eine Zwitterstellung, die unter Umständen wohl zu der Befürchtung berechtigen konnte, den Einfluß des königlichen General-Adjutanten nicht ohne beschränkende Rückwirkung auf die Selbständigkeit des Armee-Kommandos bleiben oder zur Quelle tiefgehender Dissonanzen werden zu sehen. General v. Arentsschildt erhob jedoch gegen diese Verschmelzung beider Stellungen keinen Einspruch und Oberst Dammers acceptierte sie ohne Widerstreben. Der kurze Feldzug hat zwar zu Differenzen in dieser Beziehung nicht Anlaß gegeben; indessen gehörte vielleicht auch der bescheidene, zur Versöhnlichkeit neigende Charakter des kommandierenden Generals dazu, um die Schattenseiten jener Zwitterstellung nicht zur Geltung gelangen zu lassen.

Zur Beurteilung der späteren Vorgänge darf überhaupt nicht außer Anschlag gelassen werden, daß, nachdem der König den Beschluß gefaßt hatte, seiner Armee in das Feld zu folgen, zwei formell zwar getrennte, aber doch in engerem Connexe zu einander stehende Hauptquartiere vorhanden waren: einerseits das königliche, anderseits jenes des kommandierenden Generals. Das erstere umfaßte die vertrauten, langjährigen Ratgeber des Königs, die Vertreter und Vorkämpfer seiner Politik. Zur

---

*) Dammers war im Winter von 1865 auf 1866 nach Hannover kommandiert gewesen zur Vertretung der militärischen Angelegenheiten vor der 2. Kammer der Ständeversammlung.

Vertretung der militärischen Fragen in diesem Hauptquartiere war, seiner Stellung zufolge, in erster Linie der dem Könige ins Feld folgende Kriegsminister Freiherr v. Brandis berufen, dessen zuweilen kühnen und den thatsächlichen Verhältnissen vorauseilenden Gedankenflug wir bereits früher kennen zu lernen Gelegenheit hatten. Indessen war seine Einflußnahme in dieser Beziehung nicht die alleinige, sondern sowohl der Minister Graf Platen, wie der am hannoverschen Hofe beglaubigte österreichische Gesandte Graf Ingelheim, welche ebenfalls dem Könige in das Feld folgten, entwickelten nicht nur eine rege Thätigkeit, sondern selbst einen bestimmenden Einfluß auf die im königlichen Hauptquartiere schwebende Entscheidung in militärischen Fragen strategischer Natur, obwohl sie bisher nicht in der Lage gewesen waren, für ihre Befähigung in dieser Beziehung Zeugnis abzulegen.

Indem Graf Ingelheim seinen Einfluß als Vertreter des Wiener Hofes geltend zu machen wußte, war er mit Eifer und Erfolg bestrebt, die zwischen seinem Kaiser und dem Könige geknüpften Beziehungen zu pflegen und zu festigen, sowie den blinden Monarchen im unbeirrten Ausharren auf der betretenen politischen Bahn zu erhalten. „Nur nicht wanken, Majestät, mein Kaiser schützt Sie", war die stereotype Phrase, mit welcher Graf Ingelheim den König Georg umkreiste, wenn in späteren dunkeln Momenten des Feldzugs Anzeichen darauf zu deuten schienen, daß die bisherige Zuversicht des unglücklichen Monarchen ins Schwanken zu geraten begann. Man hat vielseitig den österreichischen Gesandten beschuldigen zu müssen geglaubt, daß er der wesentlich bestimmende Faktor war, welcher den König Georg in seinem Widerstande gegen Preußen bestärkte und ihn dazu vermochte, die während des Feldzugs mehrfach sich bietende Gelegenheit zu einem friedlichen Austrage des Konflikts mit Preußen beharrlich von der Hand zu weisen. Eine unbefangene, objektive Würdigung der gegebenen Verhältnisse vermag sich indessen jenem abfälligen Urteile über den österreichischen Gesandten, dem man in manchen Kreisen eine wesentliche Schuld an dem Untergange Hannovers beimessen zu sollen meint, nicht anzuschließen. Handelte er in jenem Sinne, so entsprach er ebenso nur den Pflichten seiner Stellung, wie es der Fall, wenn er in militärischer Beziehung für eine Kooperation der hannoverschen und süddeutschen Streitkräfte zu wirken bestrebt war, um einen mehr oder minder großen Teil des preußischen

Heeres auf dem westlichen Kriegstheater festzuhalten und von der Mitwirkung an den Operationen gegen Österreich abzulenken. Den König von Hannover zum Widerstande zu ermuntern, insbesondere bevor noch die österreichischen Waffen eine Niederlage erlitten, war ein durch seine Stellung als Vertreter des Wiener Hofes unbedingt gebotener Standpunkt. Er würde sich in den grellsten Widerspruch zu den Pflichten seines Amtes gesetzt haben, wenn er nicht in jenem Sinne wirkte, sondern sich bemüht hätte, die hannoversche Regierung von der Hoffnungslosigkeit der österreichischen Sache zu überzeugen. König Georg war Österreichs Verbündeter und nur das Interesse der vom Grafen Ingelheim vertretenen Macht konnte die Grundlage für die Bestrebungen und die Thätigkeit des letzteren bei der hannoverschen Regierung bilden. An den Ratgebern des blinden Königs wäre es dagegen gewesen, die Interessen ihres eigenen Vaterlandes zu wahren und dem Einflusse des österreichischen Gesandten ein Ziel zu stecken, als die Verhältnisse bis zu einem Punkte gediehen, wo Hannovers Zukunft nicht zu starrsinnigem Widerstande, sondern bei besonnener Auffassung der bedrängten Lage zu einem Ausgleiche mit Preußen mahnte. Würden des Königs vertraute Ratgeber in jenen bedeutungsvollen Momenten zu einer freimütigen und entschiedenen Vertretung der Interessen ihres Vaterlandes sich aufzuraffen gewußt haben, so dürfte doch der in entgegengesetzter Richtung sich bewegenden Thätigkeit des Grafen Ingelheim der Boden des Einflusses entzogen worden sein.

Während im königlichen Hauptquartiere diese Verhältnisse obwalteten, war in jenem des kommandierenden Generals ebenso wenig eine zielbewußte wie energische Oberleitung zu finden, da weder der General v. Arentsschildt, noch sein Generalstabs-Chef die Gabe persönlicher Initiative besaßen und ihre ohnehin dem Einflusse der Ratgeber des Königs unterliegenden Entschlüsse aus den Vorschlägen der beiden Generalstabsoffiziere Oberstlieutenant Rudorff und Major v. Jacobi zu resultieren pflegten.

Nachdem am 17. Juni die oben erwähnten Ernennungen vollzogen und publiziert worden waren*), erfolgte die Bildung des Armee-Haupt-

*) Die in den Ruhestand tretenden oder zur Disposition gestellten Generale wurden mit Rücksicht auf die feindliche Besetzung der Hauptstadt nach Harzburg beurlaubt.

quartiers, welches unter den herrschenden Verhältnissen jedoch erst am 18. Juni dazu gelangte, einen geordneten Geschäftsbetrieb eröffnen zu können.

Von letzterem Tage datiert daher der folgende Armeebefehl, durch welchen General v. Arentsschildt unter gleichzeitiger Bekanntmachung der königlichen Proklamation vom 17. (s. S. 322) den Truppen die Übernahme des Oberbefehls zur Kenntnis brachte:

„Soldaten!

„Aus vorstehender Proclamation seht Ihr, daß das Wohl und die Zukunft des Vaterlandes, die Sicherheit unseres Königlichen Herrn in Euren Händen ruht.

„Seine Majestät der König hat in dieser drohenden Lage mir den Oberbefehl über Euch übertragen, den ich freudig übernommen habe, in dem festen Vertrauen auf die gerechte Sache, auf die altbewährte Tapferkeit der Hannoveraner und deren Liebe für König und Vaterland.

„Welche Anforderungen an Euch gestellt werden, Entbehrungen und Mühen, Ihr werdet sie mit Festigkeit ertragen, vor Allem aber werdet Ihr freudig in einen Kampf gehen, der in der gerechtesten Sache das Wohl Eures Königs und des Vaterlandes Rechte zu wahren bestimmt ist.

„Göttingen, den 18. Juni 1866.

Der commandierende General-Lieutenant.
von Arentsschildt."

Mit Eifer und unter Aufbietung aller Kräfte nahm die Mobilmachung der Armee ihren Fortgang. Durch die von der königlichen General-Adjutantur unterm 17. und 18. Juni erlassenen General-Ordres wurden die folgenden Verfügungen über die Organisation der auf den Kriegsfuß übertretenden Armee zur Publikation gebracht.

Diesen königlichen Entschließungen zufolge wurde die für das Friedensverhältnis bestandene Einteilung der Armee in 2 Infanterie-Divisionen und eine Kavallerie-Division aufgehoben und ebenso die Auflösung der 2. und 3. Kavallerie-Brigade verfügt.

Dagegen verblieben die nunmehr zu dem Armee-Oberkommando in ein direktes Verhältnis tretenden 4 Infanterie-Brigaden in ihrer schon vor der Mobilmachung Platz greifenden Zusammensetzung von 4 Infanterie-Bataillonen und 1 Jägerbataillon. Jeder dieser Brigaden wurde ein Regiment der aufgelösten leichten Kavallerie-Brigaden zugeteilt. Da die Mobilmachung der Artillerie wegen Beschaffung der Bespannung mit besonderen Schwierigkeiten zu kämpfen hatte, konnten die Infanterie-Brigaden erst vom 19. Juni ab in dem Maße mit jener Waffe dotiert werden, daß jede der 3 ersten Brigaden eine Batterie zu 6 Geschützen, die 4. jedoch 2 Batterieen zu 4 Geschützen überwiesen erhielt.

Die beiden Kürassier-Regimenter verblieben in ihrem bisherigen Brigade-Verbande mit der Bestimmung, die Reserve-Kavallerie zu bilden.

Der bisherige Commandeur der 3. Kavallerie-Brigade, General-Major v. Wrede, wurde als Commandeur der gesamten Kavallerie dem Stabe des General-Lieutenants v. Arentsschildt zugeteilt *).

Das Kommando über die Feldartillerie erhielt Oberstlieutenant Stolzenberg von der Artillerie-Brigade.

Als Chef des Sanitätswesens fungierte der Generalstabsarzt Dr. Stromeyer.

In eiligem Rückzuge hatte sich die Armee nach Göttingen gerettet, und hier unter Entwirrung des entstandenen Chaos ihrer Mobilmachung, insoweit es die zur Verfügung stehenden Mittel gestatteten, obzuliegen, mußte als die nächste Aufgabe erscheinen. In Verbindung damit gelangte man zu dem vorläufigen Entschlusse, einen allenfallsigen Angriff des Gegners bei Göttingen zu erwarten und wurden unter diesem Gesichtspunkte für eine auf jenen Ort sich stützende Aufstellung der Armee die folgenden Anordnungen getroffen.

Zur Verteidigung der nordwärts auf Hannover führenden Straße hatte die 2. Infanterie-Brigade nach Nörten, Bovenden rc. zu rücken.

Für die Sicherung in südlicher Richtung wurden bestimmt: die 3. Infanterie-Brigade nach Niedernjesa rc., als dem Gabelpunkt der

*) Der seitherige Commandeur der 2. Kavallerie-Brigade, General-Lieutenant v. Schwanewede, wurde dem Hauptquartier des Königs überwiesen.

hier gegen Witzenhausen und Heiligenstadt sich verzweigenden Göttinger Straße; — ferner die 4. Infanterie-Brigade nach der Gegend von Dransfeld, um die Straße Göttingen-Münden-Kassel zu besetzen.

Die Reserve-Kavallerie (Kürassier-Brigade), mit dem Stabsquartiere in Mengershausen (zwischen den Straßen von Münden und Witzenhausen), rückwärts der 3. und 4. Brigade zu deren eventueller Unterstützung.

Die 1. Infanterie-Brigade in Göttingen und Umgegend als allgemeine Reserve.

Die nord- und südwärts vorgeschobenen Infanterie-Brigaden standen durchschnittlich eine Meile von Göttingen und nur für die 4. erhöhte sich diese Entfernung auf beiläufig zwei Meilen.

Die Brigaden erhielten die Weisung, dem in der betreffenden Richtung anrückenden Feind nach Thunlichkeit Widerstand zu leisten, im Falle sie aber zum Rückzuge gezwungen sein sollten, sich auf Göttingen zu repliieren, woselbst mittlerweile die gesamte Armee konzentriert und zur Aufnahme des Kampfes in Bereitschaft gestellt zu werden hatte.

Mit dem 18. Juni waren die Truppen, welche bisher je nach Maßgabe ihres Eintreffens in der Göttinger Gegend Unterkunft gefunden, in die neuen Kantonnements eingerückt und damit zugleich, bis auf die den Brigaden zugeteilte Artillerie, die für das mobile Verhältnis anbefohlene Einteilung der Armee zur Geltung gelangt*).

Im speziellen war die nunmehrige Dislokation der Truppen folgende:

1. Brigade (General-Major von dem Knesebeck), Stabsquartier: Göttingen. — Garde-Regiment: Holtensen und Lenglern (1. Bataillon); Elliehausen, Knutbühren und Hetjershausen (2. Bataillon). — Leib-Regiment: Göttingen. — Garde-Jägerbataillon: Erbsen, Wibbecke und Emmenhausen. — Husaren-Regiment Königin: Barterode und Esebeck.

2. Brigade (Oberst de Vaux), Stabsquartier: Marienstein. — 2. Infanterie-Regiment: Bovenden und Eddiehausen. — 3. Infanterie-Regiment: Parensen und Angerstein (1. Ba-

*) Siehe die endgültige Ordre de bataille der hannoverschen Armee, wie sie am 20. Juni bestand, unter Beilage II.

taillon), Lütjerode und Wollbrechtshausen (2. Bataillon). — 1. Jägerbataillon: Nörten. — Dragoner-Regiment Herzog von Cambridge: Harste und Gladebeck.

3. Brigade (Oberst v. Bülow-Stolle), Stabsquartier: Niedernjesa. — 4. Infanterie-Regiment: Reinhausen (1. Bataillon); Diemarden und Klein-Lengden (2. Bataillon). — 5. Infanterie-Regiment: Sieboldshausen (mit 19.: Groß-Schneen) und Niedernjesa (1. Bataillon); Obernjesa, Stockhausen und Ballenhausen (2. Bataillon). — 2. Jägerbataillon: Rosdorf. — Dragoner-Regiment Kronprinz: Groß- und Klein-Schneen.

4. Brigade (General-Major v. Bothmer), Stabsquartier: Wellersen. — 6. Infanterie-Regiment: Löwenhagen, Imbsen, Varlosen, Ellershausen (1. Bataillon); Bühren und Dankelshausen (2. Bataillon). — 7. Infanterie-Regiment: Dransfeld, Bördel und Varmissen. — 3. Jägerbataillon: Ober- und Nieder-Scheeden, Mielenhausen. — Gardehusaren-Regiment: Jühnde und Meensen.

Reserve-Kavallerie (Oberst v. Geyso), Stabsquartier: Mengershausen. — Garde du Corps: Settmarshausen, Klein-Wirshausen, Ohlenhausen und Mengershausen. — Gardekürassier-Regiment: Mariengarten, Dramfeld, Völkerode und Lembshausen.

Artillerie-Brigadestab und die sonstigen hier nicht aufgeführten Batterieen ꝛc.: Göttingen. — Von den beiden reitenden Batterieen die 1. in Grone, die 2. in Ellershausen. — Die Batterieen Laves und Blumenbach in Weende, die Batterie Eggers in Geismar.

Ingenieur-Corps: Geismar.

Train-Corps: Göttingen.

Ein die Aufstellung der Armee umgebender Sicherheitsgürtel überwachte durch folgende Posten die nach Göttingen führenden Straßen: Nordwärts in Rotenkirchen bei Eimbeck (20 Pferde von Königin-Husaren), sowie in Northeim, Moringen und später auch Hardegsen (1. Division der 4. Eskadron Cambridge-Dragoner); an der ostwärts gegen Duderstadt führenden Straße in Ober-Bittinghausen und Waake; in Bremke

gegen Heiligenstadt; auf der südwärts über Witzenhausen gehenden Straße am rechten Werra-Ufer zunächst dieses Ortes (24 Pferde vom Dragoner-Regimente Kronprinz); gegen Münden, vorwärts Unter-Scheden, die 1. Compagnie des 3. Jägerbataillons; ferner westlich an dem Weser-Übergangspunkte zu Hemeln ein Offiziersposten vom 3. Jägerbataillon und in Bursfelde die Scharfschützen des 1. Bataillon 6. Regiments; in nordwestlicher Direktion ein Detachement in Uslar zur Beobachtung gegen Beverungen und Holzminden.

Das bisher in Northeim auf Vorposten gestandene Regiment Garde du Corps marschierte am 18. Juni über Göttingen in seine neuen Kantonnements Mengershausen ꝛc.

Durch Pionier-Abteilungen wurden am 18. und 19. Juni sowohl der nordwärts führende Schienenweg zwischen Nordstemmen bis südlich Salzderhelden, wie die Eisenbahnlinie Göttingen-Kassel auf der Strecke Dransfeld-Münden zerstört *).

Unterdessen setzte die Armee ihre Mobilmachung fort, die wegen der beschränkten Hilfsmittel mit erheblichen und teilweise nicht zu überwindenden Schwierigkeiten zu kämpfen hatte, da mit dem Rückzuge nach Göttingen der überwiegende Teil des Landes dem Feinde preisgegeben und die dortigen Hilfsquellen somit verschlossen waren. Ebenso wie die noch dort befindlichen Beurlaubten zum größten Teile der Armee verloren gingen, mußte insbesondere auch der Pferdereichtum der nördlichen Provinzen sehr fühlbar gemißt werden. Immerhin trafen noch gegen 3000 Beurlaubte vor den anbefohlenen Einberufungsterminen bei der Armee in Göttingen ein. Obwohl sie teilweise durch die preußischen Truppen ihren Weg nehmen mußten, hatte der gute Geist, von welchem diese Leute beseelt waren, sie dennoch unverzagt Gefahren und Hindernisse überwinden lassen.

Was den Zustand der Infanterie anbelangt, so war derselbe je nach der Lage ihrer Friedensgarnisonen ein verschiedener. Diejenigen Regimenter, deren im Norden des Landes befindlichen Garnisonen im

---

*) Die große Eisenbahnbrücke bei Münden sollte gesprengt werden. Der die Zerstörungsarbeiten in jener Gegend leitende Offizier unterließ jedoch mit Rücksicht auf die Bedeutung dieser Brücke als Bauwerk die Ausführung dieses Befehls und beschränkte sich auf die Verrammelung des herwärts Münden befindlichen großen Tunnels und auf das Ausheben der Schienen.

Besitze einer Eisenbahnverbindung waren, konnten ihre beim Ausmarsche dort zurückgelassenen Rekruten und, insoweit es die Eile gestattete, auch einen Teil ihrer Ausrüstungsvorräte an sich ziehen. Eine Ausnahme hiervon machten das 4. und 7. Regiment. Ersteres hatte bekanntlich seine außerhalb jeder Eisenbahnverbindung liegende Garnison Stade am 15. unter Zurücklassung seiner Rekruten schleunigst verlassen müssen und konnte nur das notdürftigste mitnehmen. Das Depot des 7. Regiments war in Osnabrück verblieben, vermochte aber nicht mehr nach Göttingen herangezogen zu werden, da der in dieser Richtung gegebene Schienenweg über preußisches Gebiet führte und daher nicht mehr zu benutzen war. Das Depot dieses Regiments erhielt unter solchen Umständen zwar den Befehl, mittelst Landmarsches nach Hannover zu rücken, konnte indessen dieses Ziel nicht erreichen, sondern mußte, wie wir in der Folge sehen werden, kapitulieren.

Ebenso vermochten die aus den nördlichen Provinzen sich ergänzenden Regimenter nur zum kleinen Teile ihre noch dort beurlaubten Mannschaften an sich zu ziehen, obwohl viele derselben in anerkennenswerter Bethätigung ihrer Treue sich aufmachten, um nach dem Göttingenschen zu eilen.

Am günstigsten gestalteten sich noch die Verhältnisse in dieser Beziehung für diejenigen Truppenteile, deren Friedensgarnisonen und Ergänzungsbezirke im Süden des Landes lagen, wie das 3. Infanterie-Regiment und die Jägerbataillone Nr. 1. bis 3.

Dementsprechend schwankten auch die Stärkeziffern der Bataillone zwischen 490 und 906 Mann (am stärksten war das 1. Jägerbataillon); die meisten hatten zwischen 500 bis 700 Mann. Die schließlich für die Infanterie erreichte Gesamtstärke bezifferte sich auf 15000 Mann, worunter aber 2000 erst seit zwei Monaten bei der Fahne befindliche Rekruten.

Der Stand an Offizieren war ein genügender, nachdem die Beförderung von 51 Portepee-Fähnrichs und Cadetten stattgefunden hatte.

Da es wegen der beschränkten Vorräte nicht möglich war, alle eingerückten Beurlaubten zu bekleiden und auszurüsten, so wurden diese Mannschaften, als die Armee am 18. die neue Dislokation bezog, bei ihren Truppenteilen zu besonderen Depots mit entsprechenden Chargen

zusammengestellt und folgten dieselben in ihren Zivilkleidern später auch der Armee nach Thüringen.

Die Rekruten wurden in die Compagnieen eingeteilt; nur das 1. Jägerbataillon stellte die seinigen zu einer besonderen Compagnie zusammen.

Außer dem 4. und 7. Regimente waren die übrigen Bataillone durchgängig mit dem neuen Gewehre ausgerüstet, in dessen Handhabung die älteren vom Urlaube einrückenden Mannschaften jetzt noch eiligst unterrichtet wurden.

Eine Frage von bedeutungsvoller Wichtigkeit für die Infanterie war die Munition. Aus den nach Göttingen geretteten Vorräten gelang es zwar, das Erfordernis an Taschenmunition im allgemeinen zu decken; die darüber hinaus noch verbleibenden Bestände an Reserve=Munition waren jedoch nichts weniger als genügend. Durchschnittlich konnte die Taschenmunition für den Mann auf 60 Patronen komplettiert werden, abgesehen von den wenigen ausnahmsweise starken Bataillonen, wie z. B. beim 1. Jägerbataillon, für welches nur 30 bis 40 Patronen auf den Mann entfielen. Die Bataillone des 4. und 7. Regiments, welche für das alte Pickelgewehr einer besonderen Munition bedurften, konnten damit nur in geringerem Maße, als die anderen Bataillone beteilt werden.

Was den Train der Infanterie anbelangt, so war es zwar gelungen, die meisten Bataillone mit den vorgeschriebenen Stabs= und Compagniewagen zu versehen und sie auch mit den erforderlichen Koch= und Lagergerätschaften auszurüsten. Die anderen Bataillone sahen sich aber zur Beförderung ihres Gepäcks auf Vorspannswagen angewiesen. Einzelne Bataillone erhielten auch den vorgeschriebenen Munitionswagen, während die anderen ihre Reservemunition auf die Bagagewagen zu verladen genötigt waren. Die Bespannung jener Fuhrwerke durch den Kommissariats=Train gestaltete sich bei dem Mangel an Pferden zur Unmöglichkeit, so daß hierzu Vorspann requiriert werden mußte. Nur ein berittener Train=Unteroffizier konnte für jede Brigade zur Führung des Trains beigestellt werden.

Die Reiterei, welche bekanntlich seit anfangs Juni zum Regiments=Exerzieren konzentriert gewesen und daher ihre Beurlaubten eingezogen hatte, war noch diejenige Waffe, welche für den Ausmarsch in

das Feld am bereitesten sich erwies. Hatten die Kavallerie-Regimenter bei dem vorgeschriebenen Stande von 447 Offiziers- und königlichen Dienstpferden ohnehin keine erhebliche Stärke, so wurde dieselbe überdies noch durch die während der Friedenszeit bestandenen Vakanzen geschmälert. Die Stärke der Kavallerie-Regimenter schwankte daher, mit Einschluß der Remonten, nur zwischen 350 bis 375 königlichen Dienstpferden *). Ihren Stand durch Pferde-Ankäufe oder Zwangsremontierung noch weiter zu erhöhen, war bei den beschränkten Hilfsquellen, welche das Göttingensche in dieser Beziehung bot, und der kurz bemessenen Zeit nicht möglich. Da somit nur wenige Pferdeankäufe stattfanden, mußten mindestens 200 ohne Pferde beurlaubt gewesene Mannschaften unberitten bleiben und wurden der Bagage zugeteilt, so daß die hannoversche Reiterei beim Aufbruche von Göttingen mit Einschluß der Offiziers-Chargenpferde eine beiläufige Gesamtstärke von 2200 Pferden hatte. Die Eskadronen waren wegen des schwachen Standes meistens nur zu 3 Zügen formiert.

Dagegen ermangelte die Reiterei des Trains, sowie der Lager- und Kochgerätschaften, da das betreffende Material im Zeughause zu Hannover sich befunden hatte und nicht mehr nach Göttingen befördert werden konnte. Eine alleinige Ausnahme machte das Regiment Garde du Corps, welches aus Hannover wenigstens die benötigten Kochkessel mit sich geführt hatte. Die Kavallerie war daher zur Beförderung ihres Gepäcks lediglich auf Landfuhren angewiesen.

Während des Aufenthalts bei Göttingen war die Reiterei mit der Vereinfachung der Packung beschäftigt, was in der Friedenszeit so oft den Gegenstand von Kommissionsberatungen und Versuchen gebildet hatte. So wurden beispielsweise bei dem Husaren-Regimente Königin Mantelsack, Sattelkissen, Stalljacke und das zweite Paar Stiefel abgeliefert und in den Kantonnements verborgen; die leinene Hose kam an Stelle des Sattelkissens in den Sattel, die Wäsche in die Schaffelltasche und die Eisen in die Packtasche. Auch bei anderen Regimentern wurde der

---

*) Die Angabe des „Offiziellen Berichts", Teil I, S. 9, daß das Husaren-Regiment Königin nicht über 300 königliche Dienstpferde stark war, ist nicht richtig und fußt wohl auf einer vor dem Einrücken des Depots aufgenommenen Standesliste. Nach dem Rapporte vom 18. Juni, in welchem das Depot inbegriffen, zählte das Regiment 20 Offiziere und 390 Mann, 45 Offiziers- und 366 königliche Dienstpferde.

Mantelsack abgeliefert und an dessen Stelle der bisher vorn aufgeschnallte Mantel hinten aufgelegt. Die beiden Kürassier-Regimenter gaben ihre Küraſſe ab, welche in den Kellern der Göttinger Irrenanstalt verborgen wurden *).

Mit sehr erheblichen Schwierigkeiten hatte die Artillerie bei ihrer Mobilisierung zu kämpfen. Von jedem Artilleriebataillone war bekanntlich zu Übungszwecken eine durch Mannschaften des Beurlaubtenstandes verstärkte Fuß-Compagnie mit dem bespannten Materiale einer gezogenen Sechspfünder-Batterie von 6 Geschützen ausgerüstet, während jede der 2 reitenden Compagnieen 4 Geschütze bespannt hatte. Sämtliche 5 Batterieen wurden, wie uns bekannt, nach Göttingen gerettet. Feldmäßig bepackt und mit Munition versehen, konnten sie zwar einigermaßen als operationsfähig betrachtet werden, obwohl ihr nach dem Friedensfuße bemessener Pferdestand erheblich hinter den Anforderungen des Kriegsfußes zurückblieb.

Nachdem das 1. und 2. Artilleriebataillon am 18. Juni in Göttingen eingetroffen waren, wurde mit Eifer die Mobilisierung dieser Waffe in Angriff genommen. Das noch nach der Räumung Hannovers in aller Eile von dort zur Bahn beförderte, in größter Unordnung und Mannigfaltigkeit nach Göttingen gelangte Material mußte entladen und geordnet werden, was die Aufgabe der Artillerie wurde, die hierzu aber nicht genügende Mannschaft verfügbar hatte, so daß sich diese Arbeiten ebenso anstrengend, wie schwierig gestalteten.

Außer den schon erwähnten 5 bespannten Batterieen waren nach Göttingen gerettet worden: das Material einer vierundzwanzigpfündigen Haubitzbatterie von 8 Geschützen und der von der 5. Fuß-Compagnie besetzten Batterie von 6 leichten Zwölfpfündern, ferner weitere 4 leichte Zwölfpfünder, 4 kurze Zwölfpfünder von der reitenden Artillerie und 4 gezogene Sechspfünder, sowie 6 andere Geschütze **).

Den Bedarf an Reit- und Zugpferden suchte man teils im Wege der Zwangsremontierung, teils durch freien Ankauf zu decken, was jedoch

*) Die Kürassiere trugen während des Feldzugs an Stelle des zur Parade bestimmten weißen Kollers den sonst für den gewöhnlichen Dienst üblichen blauen Rock.

**) Eine nähere Spezifikation dieser 6 Geschütze vermag Verfasser nicht zu geben, ebenso wenig wie dies im hannoverschen „Offiziellen Bericht" geschieht.

bei der beschränkten Zeit nicht in hinlänglichem Maße geschehen konnte. Je nach dem Eintreffen der Pferde wurde zur Bespannung des noch verfügbaren Geschützmaterials geschritten.

Mit diesen Hilfsmitteln wurde bespannt und ausgerüstet die zu 6 Geschützen formierte vierundzwanzigpfündige Haubitzbatterie (Hauptmann v. Hartmann), die 2 anderen Geschütze dieser Gattung aber unbespannt der Reserve-Artillerie überwiesen. Ferner gelang die Mobilisierung der leichten Zwölfpfünder-Batterie zu 6 Geschützen (Hauptmann Meyer), während die außerdem noch vorhandenen 4 gezogenen Sechspfünder zu einer Batterie unter Hauptmann Müller vereinigt wurden.

Indessen konnten die Vierundzwanzigpfünder-Haubitzen und die Zwölfpfünder anstatt mit 8 nur mit 6 Pferden bespannt werden.

Aus den nach Göttingen gelangten Munitionsvorräten vermochte man die Protzen und Munitionswagen auszurüsten.

Es standen somit 8 operationsfähige Batterieen mit insgesamt 42 Geschützen zur Verfügung, nämlich: 2 reitende Batterieen von je 4 kurzen Zwölfpfündern, eine vierundzwanzigpfündige Haubitzbatterie von 6 Geschützen, eine leichte Zwölfpfünder-Batterie von 6 Geschützen, 3 gezogene Sechspfünder-Batterieen von 6 und eine solche von 4 Geschützen.

Hiervon wurden eingeteilt: die leichte Zwölfpfünder-Batterie Meyer zur 1. Brigade, die gezogene Sechspfünder-Batterie Laves zur 2., die gezogene Sechspfünder-Batterie Eggers zur 3., die 2. reitende Batterie Mertens und die gezogene Sechspfünder-Batterie Müller zur 4. Brigade. Die 3 übrigen Batterieen (die 1. reitende Batterie Röttiger, die vierundzwanzigpfündige Haubitzbatterie Hartmann und die gezogene Sechspfünder-Batterie Blumenbach) bildeten die Reserve-Artillerie.

Wenn auch insoweit ausgerüstet, wurde jedoch die Manövrierfähigkeit der in Göttingen mobilisierten Batterieen insofern beeinträchtigt, daß jede derselben nur 4 bis 6 alte königliche Dienstpferde hatte, die sonstige Bespannung aber nicht nur aus uneingefahrenen und der Beschirrung nicht gewöhnten, sondern teilweise auch in schlechter Verfassung befindlichen Tieren bestand.

Die Unteroffiziere konnten wegen Mangels an Reitpferden nur in geringer Anzahl beritten gemacht werden, die Trompeter dagegen nicht.

Durch gegenseitigen Austausch suchte man bei den Compagnieen die berittene Mannschaft wenigstens gleichmäßig zu verteilen.

Die beiden Park=Compagnieen des 1. und 2. Bataillons, ferner die nach Ausrüstung jener Batterieen noch verfügbar bleibende Mannschaft, sowie die Rekruten und die noch einrückenden Urlauber wurden dem neugebildeten Artillerie=Depot zugeteilt, welches zugleich das gesamte übrige Artillerie=Material, darunter 10 nicht mobilisierte Geschütze (2 Vierundzwanzigpfünder=Haubitzen, 4 leichte Zwölfpfünder und 4 kurze Zwölfpfünder) und das sonstige überschüssige Fuhrwerk überwiesen bekam.

Außerdem war nach der Ankunft in Göttingen ein Armee=Material=Depot unter der Leitung des Artilleriecorps gebildet worden, zu welchem die Artillerie=Handwerker=Compagnie übertrat. Demselben lag sowohl die Herstellung von Patronen für Infanterie und Artillerie ob, sowie die Laborierung der für letztere bestimmten Geschosse und die Instandsetzung der erforderlichen Fuhrwerke und Pferdegeschirre.

Als am 20. Juni der Abmarsch nach Süden beschlossene Sache war, wurde aus der 2. Park=Compagnie eine Munitionskolonne gebildet, welche 26 bepackte Munitionswagen für Artillerie, 8 Wagen mit Infanterie=Munition und 8 andere Fahrzeuge (mit Ersatz=Ausrüstungsmaterial, Feldschmieden 2c.) umfaßte. Auch diese Fuhrwerke waren durchgängig auf Vorspann angewiesen.

Gleichzeitig wurde alle nicht eingeteilte Artillerie=Mannschaft, die Handwerker=Compagnie eingeschlossen, zu einem beweglichen Artillerie=Depot vereinigt, welches eine Stärke von etwa 600 Mann erreichte. Die demselben überwiesenen 10 Ersatzgeschütze, deren Protzen mit Munition ausgerüstet waren, wurden in Ermangelung anderen Zugmaterials durch 24 Pferde des königlichen Marstalls bespannt und von Marstallbedienten gefahren. Die Geschütze hatten daher nur zum kleineren Teile 4 Pferde, die Mehrzahl war dagegen auf zwei beschränkt. Während des folgenden Marsches wurde die Bespannung im Requisitionswege successive erhöht. Die überdies beim Depot vorhandenen nicht näher specificierten 6 Geschütze, ferner 6 teils mit Munition für das alte Pickelgewehr, teils mit losem Pulver bepackte Wagen, sowie das sonstige noch verfügbare und mit Armee=Material beladene Fuhrwerk wurden dem Armeetrain überwiesen.

Die außer diesem Depot verfügbare Artillerie-Mannschaft bezifferte sich, mit Einschluß der Chargen, auf beiläufig 1200 Mann.

Das Ingenieur-Corps erreichte mit seinen 2 Pionier-Compagnieen eine Gesamtstärke von 208 Mann, die während des Aufenthalts bei Göttingen dem direkten Befehle des dem Hauptquartiere zugeteilten Genie-Direktors unterstanden, um teils zur Zerstörung der Eisenbahn, teils zu Befestigungsarbeiten verwendet zu werden. Der aus Hannover gerettete Pontontrain zählte 27 Fuhrwerke, welche mit Vorspannpferden bespannt werden mußten und beim Abmarsche der Armee gegen Süden dem Armeetrain überwiesen wurden. Gleichzeitig damit erhielten die 3. und 4. Brigade je eine Pionier-Compagnie zugeteilt, deren Schanzzeug-Wagen ebenfalls auf Vorspann angewiesen waren.

Das Traincorps befand sich in Anbetracht seines schwachen Friedensstammes in einer ganz besonderen Notlage, indem es ihm sowohl an Mannschaft, wie an Pferden gebrach. Da in Göttingen kaum 40 Pferde noch zur Einstellung gelangten, reichten die verfügbaren Mittel notdürftig hin, um den Train für die Sanitäts-Compagnie zu geben, sowie die Ingenieur-Offiziere und eigenen Chargen beritten zu machen. Indem eine entsprechende Anzahl der letzteren dem Hauptquartiere, den Brigadestäben und dem Ingenieur-Corps zugeteilt werden mußte, verblieben für den Armeetrain nur noch 4 Offiziere und 21 Unteroffiziere mit den Rekruten des Friedensstammes und einigen vom Urlaub eingerückten Mannschaften verfügbar. Das Traincorps konnte somit in seiner für den Kriegsfall vorgesehenen Organisation nicht mobilisiert werden und war unter den gegebenen Verhältnissen auf Vorspanns-Requisition angewiesen. Als die Armee von Göttingen aufbrach, wurden die vom Artillerie- und dem Armee-Material-Depot ꝛc. abgegebenen Geschütze und Fuhrwerke, ferner der Brückentrain, eine ebenfalls nur durch Vorspann gebildete Proviantkolonne und eine Anzahl vorzugsweise für die Bedürfnisse des Kommissariats bestimmter Vorspannsfuhrwerke samt einem nicht besonders zahlreichen Schlachtvieh-Depot zu einem „Armeetrain“ vereinigt.

Auch die Sanitätsanstalten lagen, nachdem nichts für den Kriegsfall vorbereitet war, sehr im Argen. Zwar gelang es, die Sanitäts-Compagnie aufzustellen und feldmäßig auszurüsten. Je ein Zug derselben, — aus 1 Offizier, 1 Arzt und 35 Mann mit 4 Kranken-

und 2 Requisitenwagen bestehend, — wurde jeder der 4 Infanterie-Brigaden überwiesen. Außerdem hatte jedes Infanterie-Bataillon einen Krankenwagen mit Medikamenten und Instrumenten für den Arzt. Der Medizinalstab sowohl wie der Commandeur der Sanitäts-Compagnie und deren Oberarzt wurden mit 5 weiteren Ärzten, sowie 2 Kranken- und 1 Requisitenwagen dem Armeestabe zugeteilt. Dagegen machte sich im übrigen ein wesentlicher Mangel an Ärzten geltend. In Göttingen, als dem Sitze einer Universität, waren außer den ständigen Hospitaleinrichtungen zwar auch Zivilärzte in verhältnismäßig nicht unerheblicher Anzahl vorhanden. Eine größere Anzahl derselben erbot sich zur freiwilligen Dienstleistung in den dortigen Hospitälern; dagegen konnten sie sich nicht dazu entschließen, der Armee ins Feld zu folgen. Nur eine geringe Anzahl älterer Studenten der Medizin meldete sich zu letzterem Zwecke, welche als provisorische Assistenzärzte bei den Batterieen, Pionier-Compagnieen 2c. eingeteilt wurden. Da unter diesen Umständen zum Feldlazarett-Dienst, wie es schon für die Sanitäts-Compagnie geschehen war, durchgängig Militärärzte abkommandiert werden mußten, verblieb schließlich für jedes Bataillon und Kavallerie-Regiment nur ein Arzt.

Auch im übrigen war das Medizinalwesen der Armee sehr dürftig und ungenügend. Aus dem nach Göttingen geretteten Materiale konnte nur ein Feldlazarett von 200 bis 240 Betten gebildet werden, welches auf 9 Sanitäts-Requisitenwagen verladen wurde, von denen während des folgenden Marsches die bei den Infanteriebrigaden eingeteilten Sanitätszüge (s. o.) je 2 Fuhrwerke zugewiesen erhielten.

Zur Bildung einer Armee-Intendantur konnte nur das Bureau- und Kassenpersonal des Kriegs-Ministeriums dienen, welches nach Göttingen gefolgt war. Indessen mangelte es an erfahrenen Kommissariatsbeamten, für welche während des kurzen Aufenthalts in Göttingen auch kein Ersatz zu finden war. Die Intendantur blieb daher ein ebenso unvollkommen organisierter, wie mangelhaft fungierender Organismus, was sich mehrfach durch die unzulängliche und mit vielen Schwierigkeiten kämpfende Verpflegung der Truppen, die schon bei Göttingen Anlaß zu Klagen gab, fühlbar machen sollte.

Aus der in Göttingen und dem umliegenden Gebiete stationierten Landgendarmerie wurde eine Feldgendarmerie gebildet. Da deren

Zahl aber bei weitem nicht genügte und dieselbe kaum zur Hälfte beritten war, mußten für die Zwecke der Armeepolizei noch zahlreiche Mannschaften von den Kavallerie-Regimentern abkommandiert werden.

Auch wurde eine Feldpost eingerichtet, welche am 18. Juni ihre Thätigkeit bereits eröffnet hatte.

Vom 15. Juni ab trat die Armee, wie die General-Ordre vom 18. verfügte, in den Genuß der Feldgebühr und außerdem wurden sämtlichen Offizieren die für Mobilmachung festgesetzten Einrichtungsgelder bewilligt *).

Die Offiziere legten sämtlich die Epauletten ab.

Die unter so schwierigen Verhältnissen aufgestellten Streitkräfte beliefen sich, die für den 27. Juni vorhandene Zusammenstellung zugrunde gelegt **), auf

15684 Mann	Infanterie, wovon aber nach Abzug von mehr als 2000 erst seit 2 Monaten eingezogenen Rekruten, der Nichtkombattanten und der unbewaffneten Mannschaft kaum 13000 Streitbare verblieben; ferner
2388 Mann	Reiterei, aber ohne die Nichtkombattanten und beiläufig 200 Unberittene nur etwa 2100 Streitbare;
1807 Mann	Artillerie mit 58 Geschützen, von denen 42 in 9 Batterieen manövrierfähig;
208 Mann	Pioniere;
482 Mann	Sanitäts-Compagnie, Traincorps 2c.
Summa: 20569 Mann.	

*) Die tägliche Feldzulage belief sich für den Brigade-Commandeur auf 4, jeden Stabsoffizier 2, Rittmeister oder Hauptmann I. Klasse, sowie Oberarzt auf $1\frac{1}{2}$ Thaler, während die übrigen Offiziere und Assistenzärzte 1 Thaler erhielten. Von der Mannschaft bekam an Feld- und Montierungszulage täglich der Unteroffizier $1\frac{1}{2}$ Groschen, der Korporal und Bombardier 1 und der Soldat $^1/_2$ Groschen. Die Einrichtungsgelder betrugen für die Offiziere vom Hauptmann oder Rittmeister I. Klasse aufwärts, die Oberärzte inbegriffen, die Höhe eines Monatssoldes, für die übrigen Offiziere und die Assistenzärzte aber einen anderthalb monatlichen Sold.

**) Hierbei sind zwar auch die Urlauber inbegriffen, welche nach dem Abmarsche der Armee von Göttingen derselben nacheilten. Indessen ist deren Anzahl gegenüber der Gesamtziffer nicht von wesentlichem Belange.

Hierzu noch das in vorstehendem Ausweise nicht in Anschlag gebrachte Hauptquartier und die Brigade=Stäbe, so ergiebt sich eine Gesamtstärke von beiläufig mehr als 20600 Mann.

Was in Göttingen während der wenigen daselbst zur Verfügung stehenden Tage für die Schlagfertigkeit der Armee geschah, war dem hingebungsvollen Zusammenwirken ihrer Organe und Angehörigen zu danken. Zugleich war aber die für die Armee geschaffene unerquickliche Situation eine laute Anklage gegen die kurzsichtige Politik des hannoverschen Hofes und der von einem unglaublichen Optimismus getragenen Urteilslosigkeit seiner leitenden Persönlichkeiten. Wenn auch in den einsichtsvolleren Kreisen der Armee eine nichts weniger als hoffnungsvolle Stimmung herrschte, so waren doch die Truppen vom besten Geiste beseelt und die alte hannoversche Treue gab sich von neuem kund.

Die verfügbaren Geldmittel für die Armee zu verstärken, wurden in dem von ihr beherrschten Gebiete die Vorräte der königlichen Kassen eingezogen. Um die Bestände beim Bergamt Clausthal zu retten, wurde am 17. Juni Hauptmann Schambach mit der 7. Compagnie des 3. Infanterie=Regiments von Göttingen dahin entsendet. Auf der Eisenbahn bis Northeim gegangen, wo damals noch das Regiment Garde du Corps auf Vorposten stand, wurde das Detachement von dort auf requirierten Wagen nach Clausthal befördert. Während die Garde du Corps durch Patrouillen die Verbindung mit der Expedition unterhielt, erreichte die Compagnie noch in der Nacht zum 18. das Ziel ihrer Bestimmung. Rasch sich seines Auftrags entledigend, begab sich Hauptmann Schambach bereits am 18. um 4 Uhr morgens auf die Rückfahrt und erreichte in den ersten Nachmittagsstunden Göttingen wieder, nachdem er zugleich die Kassenbestände in Osterode und Northeim übernommen. Er lieferte ab: an Goldmünzen $46\frac{1}{2}$ Stück Kronen, 827 Stück Pistolen und $115\frac{5}{8}$ Stück Dukaten, ferner über 10000 Thaler in Silber= und Papiergeld, sowie 630 Pfund 47 Quint Harzsilber und 385 Pfund 55 Quint güldiges Silber.

Eine für die Beteiligten ziemlich rücksichtslose Maßregel war es, daß die bisher von den Regimentern ꝛc. in Verwahrsam gehaltenen Dienst=Kautionen der mit dem Rechnungswesen betrauten Regiments=Quartiermeister, sowie die in Wertpapieren hinterlegten Heirats=Kautionen, insoweit die Kassen nach Göttingen gerettet worden waren,

nunmehr hier an ihre Eigentümer plötzlich zurückbehändigt wurden, welche, ohnehin durch die Mobilmachung in Anspruch genommen, in die peinlichste Verlegenheit kamen, so zu sagen angesichts des Feindes ihr Hab und Gut in Sicherheit zu bringen. —

Die erste Fühlung mit dem Feinde sollte die gegen Münden stehende 4. hannoversche Infanterie-Brigade gewinnen, als am 19. Juni die Spitze der von Wetzlar gegen Kassel dirigierten Division Beyer (s. S. 358) in der kurhessischen Hauptstadt einmarschierte. Da die Avantgarde dieser Division am 18. bis Guntershausen (1¼ Meile südlich Kassel) rückte, war das Gerücht ihres Anmarsches auch mehrfach bis Münden und zu der in dieser Richtung stehenden hannoverschen Brigade gedrungen, ohne daß jedoch bestimmtere Nachrichten in jener Beziehung zu erlangen gewesen. Zur Aufklärung der Situation ordnete daher der Brigade-Commandeur, General-Major v. Bothmer, für den 19. Juni eine Rekognoszierung über Münden gegen Kassel an, zu welcher das in Ober-Scheden kantonnierende 3. Jägerbataillon und die 2. Eskadron des Garde-Husaren-Regiments bestimmt wurden.

Am 19. morgens 8 Uhr brach das bei Unter-Scheden versammelte Detachement gegen Münden auf, indem es seine in dieser Richtung auf Vorposten stehende 1. Compagnie an sich zog. Es wurde zum ersten Male scharf geladen. Nachdem Münden unbesetzt gefunden, ordnete der nachgeeilte und jetzt eintreffende General v. Bothmer die Fortsetzung der Rekognoszierung gegen Kassel an. Indem er mit der 4. Jäger-Compagnie und der Eskadron in der gedachten Richtung weiterrückte, erhielt der übrige Teil des Bataillons die Bestimmung, als Repli Münden besetzt zu halten und die dortige über die Werra führende Brücke zu sichern, indem gleichzeitig ein Zug Husaren im Werrathale aufwärts nach dem eine Meile entfernten Städtchen Hedemünden streifen sollte. Während das Bataillon zu diesem Zwecke beschäftigt war, die Umgebung der Brücke, welche die am linken Werra-Ufer gelegene Stadt Münden mit der jenseitigen Vorstadt verbindet, zur Verteidigung einzurichten, rückte der General bis zu dem eine Meile entfernten Orte Landwehrhagen, von wo es noch 1½ Stunden bis Kassel sind. Ohne bisher eine Spur vom Feinde entdeckt zu haben, machte der hannoversche General in jenem Orte Halt und beauftragte den Commandeur der

Eskadron, Rittmeister von der Wense, sowie seinen Brigade-Adjutanten, Premier-Lieutenant Vogt, in Begleitung von etwa 20 Husaren gegen Kassel weiter zu patrouillieren.

Schon unterwegs brachten diese beiden Offiziere durch Landeseinwohner in Erfahrung, daß am 18. in der Gegend von Kassel preußische blaue Husaren gestreift hatten. Indessen gelangte die Patrouille unbehindert bis in die Nähe der diesseits der Fulda gelegenen Vorstadt von Kassel. Während die übrigen Husaren hier zurückgelassen wurden, ritten die hannoverschen Offiziere, nur von 4 Mann begleitet, in die Vorstadt hinein, wo ein des Weges kommender hessischer Gendarm ihnen mitteilte, daß die Preußen bereits in Kassel eingerückt und den Bahnhof nebst dem angrenzenden Quartiere besetzt hätten. Die beiden Offiziere ließen sich jedoch dadurch nicht beirren, sondern ritten, von 2 Husaren begleitet, unter Führung jenes Gendarmen durch Seitengassen nach der Wohnung des kurhessischen Kriegsministers, General-Majors v. Meyerfeld, während die beiden anderen Husaren den Auftrag erhielten, gegen den Bahnhof zu patrouillieren. Vor dem Hause des Ministers angelangt, stiegen Rittmeister von der Wense und Premier-Lieutenant Vogt von ihren den 2 Husaren übergebenen Pferden und verfügten sich zu dem General, welcher, im höchsten Grade überrascht, ihnen den Einmarsch der Preußen bestätigte. Nach dieser Information stiegen die hannoverschen Offiziere wieder zu Pferde, um nach Landwehrhagen zurückzukehren. Eine johlende und heulende Volksmenge begleitete sie in drohender Haltung, der aber offenbar die ruhige Haltung der trotzdem im Schritte reitenden Hannoveraner zu imponieren schien. Glücklich gelangten die vier Reiter über die vom Feinde noch unbesetzte Fulda-Brücke zurück und auch die beiden anderen bis in die Umgebung des Bahnhofes vorgedrungenen Husaren stießen wieder zu ihnen. Nachdem sie sich mit den vor der Vorstadt zurückgelassenen Husaren vereinigt hatten, eilten sie dann in scharfer Gangart auf Landwehrhagen, wo das Resultat der Patrouille dem General v. Bothmer gemeldet wurde, welcher nunmehr auf Münden zurück marschierte und von dort das Ergebnis seiner Rekognoszierung sofort telegraphisch nach Göttingen an das Hauptquartier mitteilte. Der nach Hedemünden streifende Zug Husaren war mittlerweile von dort gleichfalls wieder in Münden eingetroffen, ohne eine Wahrnehmung vom Feinde gemacht zu haben.

Die 4. Jäger-Compagnie (Hauptmann v. Brandis) und die Husaren-Eskadron wurden zur Sicherung des Werra-Überganges von Münden und zur Beobachtung gegen Kassel bestimmt. Die Compagnie und jeweils ein Zug Kavallerie hielten Münden besetzt und etablierten ihre Vorposten an dem südlichen Saume des gegen Kassel liegenden Waldes, während der Rest der Eskadron in dem benachbarten Dorfe Volkmarshausen Unterkunft fand. Zugleich ließ das alsbald auf den Rückmarsch sich begebende Jägerbataillon seine 2. und 3. Compagnie (unter Major v. Anderten) als Repli eine halbwegs Nieder-Scheden gelegene Fabrik besetzen, so daß nur die 1. Compagnie das alte Kantonnement Ober-Scheden wieder bezog.

Die Division Beyer, ohnehin der Ruhe bedürftig und vorläufig überhaupt noch nicht zu den Operationen gegen Hannover bestimmt, beschränkte sich, da ihre nächste Aufgabe die Occupation von Kurhessen war, einstweilen auf die Besetzung von Kassel und Umgegend. Sie detachierte daher nicht gegen Münden, so daß die diesen Werra-Übergang bewachenden hannoverschen Truppen außer Kontakt mit dem Feinde blieben und nur auf die von Kassel dahin dringenden unbestimmten Nachrichten angewiesen waren, welche u. a. die Stärke der in der kurhessischen Hauptstadt eingerückten preußischen Truppen auf 13000 Mann beziffern zu sollen glaubten.

Die dem Hauptquartiere zugegangene Nachricht von dem Einmarsche des Feindes in Kassel hatte zur Folge, daß noch am 19. nachmittags 6 Uhr von der 3. Brigade (Oberst v. Bülow) das 2. Jägerbataillon mit der 1. und 4. Eskadron Kronprinz-Dragoner in der Richtung auf Witzenhausen bis Friedland vorgeschoben wurde, deren Vortruppen die bei Reckershausen und Nieder-Gandern über die Leine führenden Brücken, sowie das hessische Dorf Marzhausen besetzten. Am 20. morgens wurde diese Vorpostenstellung in westlicher Richtung durch 2 Züge der 4. Eskadron des Garde-Kürassier-Regiments auf der Linie von Friedland bis Atzendorf verlängert. Der eine Meile weiter vorwärts liegende Werra-Übergang von Witzenhausen, wo die von Kassel nach Göttingen führende Straße diesen Fluß überschreitet, wurde indessen weder stärker besetzt, noch zur Verteidigung eingerichtet, sondern blieb nach wie vor nur durch eine Kavallerie-Feldwache gesichert.

Als genügend sind diese südwärts getroffenen Maßregeln nicht zu betrachten. Es würde unbedingt ratsam gewesen sein und hätte selbst schon früher geschehen sollen, daß die in dieser Richtung stehende 4. Infanterie-Brigade (Bothmer) in Münden und nächster Umgegend konzentriert wurde, um den dortigen wichtigen Werra-Übergang, durch welchen die Zugangsstraße in das Hügelland von Göttingen führt, gegen einen allenfallsigen, aus der Richtung von Kassel erfolgenden Angriff nachdrücklicher verteidigt zu wissen, als dies von der dort zurückgelassenen geringen Besatzung zu erhoffen war, während das Gros der Brigade in seinen bisherigen, 1 bis 2 Meilen entfernten Kantonnements verblieb. Ebenso hätte unter demselben Gesichtspunkte durch die in dieser Richtung verfügbare 3. Infanterie-Brigade (Bülow) eine stärkere Besetzung des Werra-Überganges von Witzenhausen erfolgen sollen, indem zugleich deren Gros für alle Fälle gegen jenen Punkt weiter vorgeschoben wurde.

Auch nordwärts wurden noch am 19. Juni gegen Abend die Vorposten verstärkt, indem von der 2. Brigade (Oberst de Vaux) die 5. und 7. Compagnie 3. Infanterie-Regiments mit der 1. Eskadron Cambridge-Dragoner als taktische Avantgarde nach Northeim entsendet wurden, um diesen an der Ruhme gelegenen Knotenpunkt der Straßen von Moringen, Einbeck, Seesen und Osterode, wo bisher nur eine Abteilung des eben genannten Reiter-Regiments beobachtet hatte, zu besetzen. Das Detachement, welches Major Brauns von dem obigen Infanterie-Regiment führte, erhielt den Auftrag, durch weit vorgehende Patrouillen möglichst viele Nachrichten über Stellung und Anmarsch des Feindes einzuziehen, sowie die nach dem Harze führenden Straßen zu beobachten und den ersten Angriff des Gegners aufzunehmen. Gegen 7 Uhr abends aus ihren zwischen Nörten und Hardegsen gelegenen Kantonnements abmarschiert, erreichten die beiden Compagnieen um 10 Uhr nachts Northeim, nachdem die ebenfalls dahin bestimmte Eskadron Dragoner sich ihnen in der Nähe dieses Ortes angeschlossen hatte. Der vom Detachement zu übende Sicherheits-Dienst wurde in dem Maße geregelt, daß die Reiterei auf den oben erwähnten Straßen einen regen Patrouillengang mindestens bis zu einer Meile Entfernung zu unterhalten hatte, während von der Infanterie abwechselnd 1 Compagnie bei Northeim auf Vorposten stand, mit etwa bis 1000 Schritt vorgeschobenen Feldwachen an den Straßen nach Einbeck, Seesen und Osterode. Eine

vierte Infanterie-Feldwache wurde am Bahnhofe aufgestellt, welche einen Unteroffizierposten nach der nordwestlich von der Stadt über die Ruhme führenden Eisenbahnbrücke detachierte, um den eventuellen Anmarsch des Gegners auf dem Bahnkörper rechtzeitig wahrzunehmen. Die andere Compagnie lag jeweils als Reserve in dem Exerzierschuppen bei der Stadtbrücke. Von einer Verrammelung der vorhandenen Brücken wurde abgesehen, weil die Ruhme verschiedene Fuhrten hat und auch sonst bei dem niedrigen Wasserstande mehrfach zu durchwaten war. Zur Zerstörung der Eisenbahnbrücke und des Bahnkörpers war dagegen der Führer des Detachements nicht autorisiert. Die Nacht zum 20. verstrich in Northeim ungestört und ohne daß Nachrichten über den Feind eingelaufen wären.

Für die Brigade de Vaux wurde weiter rückwärts zwischen Sudheim und Nörten eine Gefechtsstellung à cheval der Göttinger Straße in Aussicht genommen und deren Verstärkung durch Verschanzungen und Verhaue angeordnet, mit welchen Arbeiten man am nächsten Morgen begann.

Eine am 20. mittags von Münden gegen Kassel ausgesandte Offizierspatrouille der Garde-Husaren ging bis Landwehrhagen, halbwegs der von dort noch eine Meile entfernten kurhessischen Hauptstadt vor, ohne jedoch mit dem Feinde Fühlung zu gewinnen. Nach den Aussagen der Einwohner sollten die preußischen Vorposten herwärts Kassel stehen.

Während die Armee unter diesen Verhältnissen in der Mobilmachung begriffen und in Verbindung damit der vorläufige Beschluß gefaßt worden war, einen allenfallsigen Angriff des Gegners bei Göttingen anzunehmen, drängten doch täglich die Umstände mehr dazu, über einen Plan schlüssig zu werden, was fernerhin geschehen sollte.

Unter den Verhältnissen, wie sie sich seit dem 15. Juni entwickelt, hatten sich in den für die hannoversche Heerführung maßgebenden Kreisen zwei Strömungen herausgebildet: die eine war entschlossen die betretene und zum Kampfe führende Bahn weiter zu verfolgen, während die andere, einsichtsvollere, sich nicht der Hoffnung entschlug, daß schließlich noch ein friedliches Übereinkommen mit Preußen den Appell an die Waffen entbehrlich machen würde. Die erstere Strömung hatte fast ausschließlich in dem königlichen Hauptquartiere ihre Vertreter, wo der ein williges

Ohr findende Einfluß des österreichischen Gesandten aus nahe liegenden Gründen nicht nur für ein unbeirrtes Ausharren in der feindseligen Stellung gegen Preußen, sondern auch zugleich für eine energische militärische Aktion zu wirken sich angelegen sein ließ. Die andere, einem Ausgleiche mit Preußen nicht abgeneigte Partei war dagegen in dem Armee-Hauptquartier zu suchen, da eine besonnene Auffassung der militärischen Situation wohl zu der Befürchtung berechtigte, daß der Ausgang des Kampfes gegen Preußen weit eher zu einer Katastrophe, als zu einem Siege führen dürfte.

Diese Strömungen standen dem Vacuum der Planlosigkeit gegenüber, welches sich nach dem Fallenlassen des Stader-Projekts ergeben hatte. In der geschaffenen Zwangslage hatte man sich für die Konzentrierung der Armee bei Göttingen entschieden, ohne aber damit zugleich einen bestimmten Plan für die nächste Zukunft sich gebildet zu haben. Nachdem auch die Hoffnung auf eine Vereinigung der kurhessischen und braunschweigischen Truppen mit der hannoverschen Armee geschwunden war, sah man sich in Göttingen vollkommen isoliert; weder mit Österreich, noch mit den süddeutschen Bundesgenossen bestand eine Verbindung. Die nach Göttingen gelangenden Nachrichten waren so unbestimmter Natur, daß man sich nur in Konjekturen über die Vorgänge in anderen Richtungen zu ergehen vermochte, ohne auf Grund derselben einen zielbewußten Plan entwickeln zu können. Daß schon für die nächste Zeit von Österreich, dessen Hauptheeresmacht Mitte Juni noch in Mähren stand, direkte Hilfe zu erwarten war, mußte selbst eine optimistische Anschauung in Zweifel ziehen. Die einzige Hoffnung konnte unter solchen Verhältnissen zunächst nur auf den süddeutschen Bundesgenossen beruhen, mit denen jedoch bekanntlich ebenso wenig vorläufige Vereinbarungen wegen einer gemeinsamen, sich gegenseitig ergänzenden militärischen Aktion getroffen worden waren, wie mit dem benachbarten Kurhessen, dessen Truppen in dem eiligen Rückzuge nach dem unteren Main ihr Heil hatten suchen müssen.

Inmitten dieser unklaren Situation schwankten in Göttingen die Meinungen erheblich über das, was nunmehr zu geschehen, wenn auch im allgemeinen die Anschauung vorwaltete, daß man seine Hoffnung in der Hauptsache auf eine Offensive der süddeutschen Bundesgenossen zu setzen hatte, um durch sie die hannoversche Armee degagiert oder doch

mindestens in ihren Operationen gefördert zu sehen. Einige ventilierten den Rückzug der Armee in den nahen Harz, in dessen Bergen man sich längere Zeit zu behaupten und damit wenigstens Zeit zu gewinnen hoffte. Andere Stimmen rieten zum Ausharren in der Stellung bei Göttingen, aber auch unter verschiedenen Gesichtspunkten; während die Einen den Kampf aufnehmen wollten, empfahlen die Anderen die Einleitung von Verhandlungen mit Preußen, ein Projekt, auf welches wir in der Folge noch zurückkommen werden. Die Mehrzahl der Stimmen und zwar die Ratgeber des unter österreichischem Einflusse stehenden königlichen Hauptquartiers wünschten dagegen, die Armee von Göttingen südwärts über Eschwege durch das Hessische in Marsch gesetzt, um die Verbindung mit den kurhessischen Truppen und den Bayern anzustreben, welche man, mittelst geheimer Boten von diesem Plane unterrichtet, durch die gleichzeitig ihrerseits ergriffene Offensive sich entgegenkommen zu sehen hoffte.

Indem aber die Vertreter aller jener Anschauungen, welche das Ausharren in der bisherigen Politik zur Voraussetzung machten, der Überzeugung sich nicht entziehen konnten, in welcher schwierigen Lage die Armee bei Göttingen sich befand, vereinigten sie sich zugleich in der Meinung, daß eine Unterstützung durch die süddeutschen Bundesgenossen ebenso dringlich, als wünschenswert, um die Aktion der eigenen Truppen, mochte sie nun in der Offensive oder Defensive sich bewegen, einen Erfolg versprechenden Ausgang nehmen zu sehen. Um die Hilfe jener Alliierten zu erbitten und sie zur Beschleunigung ihrer diesbezüglichen Operationen zu veranlassen, wurde daher am 17. Juni der von Braunschweig zurückgekehrte Hauptmann Reichard (s. S. 361) nach Süddeutschland entsendet, welchem in den nächsten Tagen weitere geheime Boten dahin folgen sollten, worauf wir weiter unten des Näheren zurückkommen werden.

Bevor wir in unseren Betrachtungen zu einer spezielleren Würdigung der für die hannoversche Armee ventilierten Pläne übergehen, erscheint es am Platze, zunächst einen Blick auf das nordwestdeutsche Kriegstheater zu werfen, in dessen Gebiete die erstere ihre Thätigkeit zu eröffnen berufen war.

Im Osten durch den Lauf der von den preußischen Festungen Torgau, Wittenberg und Magdeburg beherrschten Elbe und nördlich durch die Nordsee begrenzt, findet das fragliche Kriegstheater westwärts seinen Abschluß in politischer Beziehung durch die belgisch-niederländische Grenze,

herwärts welcher in dem mehr oder minder parallel zu jener laufenden Rheinstrome ein wichtiger Abschnitt gegeben ist, der durch die festen preußischen Plätze Wesel, Köln, Koblenz, sowie die Bundesfestung Mainz eine erhöhte Bedeutung gewinnt. Nach Süden wird die natürliche Grenze dieses Kriegstheaters bedingt auf der westlichen Strecke durch den bei Mainz in den Rhein mündenden Main, ostwärts dagegen durch die bis zum Elbthale ihre Fortsetzung findenden Gebirgszüge. Während seine Nordregion dem mit wechselnder Fruchtbarkeit ausgestattetem Tieflande angehört, beginnt ungefähr in gleicher Höhe mit der hannoverschen Hauptstadt das hier unserer Betrachtung gewidmete Gebiet südwärts zum Hügellande sich zu entwickeln, um mit dem Deister- und Ostergebirge, sowie dem Sollinger Wald in das vom Harze überragte Bergland überzugehen. Indem dasselbe in östlicher Richtung durch Braunschweig und das Magdeburgische seine Ausläufer bis zu der von der Elbe durchströmten Ebene entsendet, tritt es westwärts in Verbindung mit den westfälischen Gebirgen, an welche die gegen den Rhein streichenden Züge des Westerwaldes sich schließen, während im Süden dieses bis zum unteren Main sich erstreckende Bergland durch den Taunus seine Vervollständigung findet. Das Gebiet südostwärts des Harzes lenkt unsere Blicke aus dem Göttingenschen durch das teilweise eine rauhe Übergangszone bildende Eichsfeld nach dem fruchtbaren Hügellande des von der preußischen Festung Erfurt bewachten Thüringer Gaues, für welchen der Wall des Thüringer Waldes den natürlichen Abschluß im Süden bildet. Ostwärts reihen sich an dessen Berge die Ketten des Frankenwaldes, des Fichtelgebirges und des Erzgebirges, welches an der Südgrenze des Königreichs Sachsen bis zur Elbe streicht, während gegen Westen das Rhöngebirge und der vom unteren Main bespülte Spessart dieses mitteldeutsche Bergland vervollständigen. Das südwestwärts Göttingen sich erstreckende Gebiet zeigt zunächst im nördlichen Teile des Kurfürstentums Hessen ein waldiges Bergland, aus dem das in die untere Mainebene auslaufende hessische Hügelland sich entwickelt, welches der in ihm sich erhebende Stock des Vogelsgebirges überragt.

Während der nordwärts gerichtete Lauf der dem Rhöngebirge entspringenden Fulda das hessische Hügelland belebt, sehen wir die der Südseite des Thüringer Waldes entquellende Werra in einem zumeist von waldigen Bergzügen begleiteten und engen Thale in der näm-

lichen Richtung abwärts eilen. Drei Meilen südwestlich Göttingen vereinigen sich beide Flüsse zunächst der hannoverschen Grenzstadt Münden, welche in dem von herrlichen Forsten überragten Thale an dem durch jene Gewässer umschlungenen nördlichen Fuße des Kaufunger Waldes gebettet liegt, zu dem Weserstrome, der auf seinem nordwärts gehenden Laufe die Wälle der preußischen Festung Minden bespült und durch das folgende Tiefland an der Handelsstadt Bremen vorüber seine Wasser in die Nordsee entsendet.

Die bis zur niederländischen Grenze sich ausdehnende Ebene des Nordwestens, teilweise von Mooren und Haiden durchsetzt, sowie im allgemeinen minder bewaldet, durchströmt, wie schon früher betreffenden Orts erwähnt, die dem westfälischen Tieflande entquellende Ems, welche sich gleichfalls in die Nordsee ergießt.

Betrachten wir die für dieses Kriegstheater damals gegebenen Schienenwege, so verdient in erster Linie die Preußens westliche und östliche Provinzen verbindende Verkehrsstraße gewürdigt zu werden, welche von Köln-Deutz über Minden, Hannover, Braunschweig und Magdeburg nach Berlin führt, auf der Strecke Hamm-Braunschweig durch die hier ein- und ausmündende südliche Lateralbahn begleitet, welche über Soest-Altenbeken-Kreiensen-Seesen gleichfalls teilweise das hannoversche Gebiet passiert. Gegen Norden zweigen sich von der in Frage stehenden Verkehrsstraße ab: der von Hamm nach Ostfriesland bis Emden führende Schienenweg, welcher zugleich durch eine von Rheine nach Löhne geleitete Transversalbahn mit der Hauptlinie Köln = Minden kommuniziert; ferner die Linien Wunstorf-Bremen-Geestemünde und Lehrte-Harburg, während die von Magdeburg über Wittenberge gegebene Eisenbahnverbindung den direkten Verkehr mit Hamburg vermittelt.

Unter denjenigen Schienenwegen, welche in südlicher Richtung jene Köln und Berlin verbindende Linie verlassen, haben wir für unsere Zwecke insbesondere die aus der Hauptstadt Hannover über Göttingen nach Kassel geleitete Bahn in Betracht zu ziehen. Indem sie durch ihre sowohl von Kreiensen, wie von Kassel über Warburg nach deren gemeinschaftlichen Vereinigungspunkte Altenbeken entsendeten Zweiglinien zugleich den Anschluß an das westfälische Eisenbahnnetz gewinnt, dient sie in ihrer südlichen Fortsetzung über Gießen der Vermittelung des Verkehrs mit Frankfurt am Main. Von Gießen ihre Verzweigungen einesteils

durch das Thal der Lahn gegen Koblenz, anderenteils über Betzdorf auf Köln und Hamm entsendend, gewinnt jene in Frankfurt einmündende Linie daselbst Anschluß sowohl an die das Rheinthal durchziehenden Schienenwege, wie an die ostwärts nach Bayern führenden. Von dieser verkehrsreichen, den Norden und Süden verbindenden Linie gabelt Kassel zunächst, in Guntershausen, ein anderer wichtiger Schienenweg ab, welcher, über Bebra, Eisenach, Gotha, Erfurt und Weimar geleitet, das thüringische Hügelland durchzieht, um von Korbetha aus einerseits seine Fortsetzung über Halle nach Magdeburg und Berlin zu finden, anderseits aber in der Richtung auf Leipzig und Gera Anschluß an das Eisenbahnnetz des Königreichs Sachsen zu nehmen, während die in Eisenach abzweigende und durch das obere Werra=Thal gebaute Bahn über Coburg und Lichtenfels dem Verkehre mit Bayern dient *).

Überblicken wir die Gestaltung des eben geschilderten Eisenbahnnetzes, so tritt uns ein in der Hauptstadt Hannover seinen Aus= und Eingangspunkt nehmender Schienenweg entgegen, welcher, über Braunschweig=Magdeburg=Korbetha=Erfurt=Eisenach=Kassel führend, die bei Göttingen stehende hannoversche Armee in weitem Bogen umschloß und sie gleich einer Gürtelbahn umgab. Indem dieser Schienenweg zum weitaus überwiegenden Teile zur Verfügung Preußens stand, erschloß sich für dessen Heerführung der Vorteil, in jener Gürtelbahn das Mittel zu einer beschleunigten Verschiebung ihrer hier disponiblen Truppen zu besitzen, um der hannoverschen Armee, falls dieselbe von Göttingen aufbrach und besonders wenn sie, was als eine nahe liegende Eventualität zu erachten, südwärts die Vereinigung mit ihren dortigen Bundesgenossen anzustreben trachtete, in der von ihr eingeschlagenen Marschrichtung unter Umständen noch rechtzeitig größere Streitkräfte entgegenzuwerfen und der Fortsetzung ihrer Operationen Halt zu gebieten. Dem bannenden Kreise dieser Gürtelbahn sobald als möglich sich zu entziehen, mußte also das der hannoverschen Armeeleitung vorschwebende Ziel sein, wenn man sich zum Aufbruche aus der Stellung von Göttingen entschlossen hatte, um in der Bewegung sein Heil zu suchen, eine Frage, welche uns in der Folge noch eingehender beschäftigen wird.

*) In Bebra zweigte die damals im Baue begriffene Linie Fulda=Hanau ab, welche jedoch im Juni 1866 nur von der ersteren Station bis Hersfeld im Betriebe war.

Unterziehen wir nach dieser Umschau über das nordwestdeutsche Kriegstheater die im hannoverschen Lager ventilierten Kriegspläne einer kurzen Prüfung auf ihren Wert und ihre Aussichten.

Wie dem Leser erinnerlich, schwankten die Ansichten zwischen den Ausharren in der Stellung bei Göttingen oder dem Rückzuge in den Harz einerseits und dem Marsch zur Vereinigung mit dem süddeutschen Bundesgenossen anderseits.

Der Absicht, sich zunächst auf die Defensive entweder bei Göttingen oder in den Bergen des Harzes zu beschränken, konnte nur der leitende Gedanke zu Grunde liegen, hier so lange sich zu behaupten, bis die erhoffte Offensive der süddeutschen Alliierten zur Geltung gelangen würde, entweder um die Hannoveraner ganz zu degagieren oder um vorläufig doch wenigstens den Gegner zu einer Teilung seiner für dieses Kriegstheater verfügbaren Streitkräfte zu nötigen, in welchem letzteren Falle ebenso die Aussichten für ein Behaupten in der Defensive, wie für einen mit Erfolg zu führenden Offensivstoß gegen den zurückgebliebenen, aber geschwächten Einschließungsgürtel des Feindes wuchsen. Sehr fraglich mußte es freilich erscheinen, ob die Stellung bei Göttingen solche die Defensive begünstigende Vorteile bot, um eine längere Verteidigung auch gegen einen überlegenen Feind erhoffen zu lassen.

Im Thale des nordwärts seinen Lauf nehmenden Leine-Flusses gelegen, bildet Göttingen den Knotenpunkt eines weitverzweigten Straßensystems. Während aus Norden die das Leine-Thal verfolgende Straße von Hannover einmündet, in welche zugleich die nach dem Weser-Thale und Braunschweig gegebenen Verbindungen auslaufen, kommt aus südwestlicher Richtung die bei Münden die Werra passierende und über Dransfeld weiter geleitete Straße von Kassel. Ferner konvergieren auf Göttingen die in Witzenhausen und Allendorf die Werra überschreitenden Straßen, von denen die erstere südwärts über Waldkappel, Bebra (Station der Eisenbahn Kassel-Eisenach), Hersfeld und Fulda den Verkehr nach dem Main vermittelt, während die letztere in ihren über Eschwege gegebenen Verzweigungen einerseits in das bei Gerstungen und Berka sich öffnende Werra-Thal, anderseits aber nach Eisenach am Fuße des Thüringer Waldes führt. Die von Göttingen in südöstlicher Direktion geleitete Heerstraße zieht durch das Bremker-Thal über Heiligen=

stadt*) nach Thüringen, um hier von Mühlhausen sowohl wie von Langensalza ihre Verzweigungen nach Eisenach, Gotha und Erfurt zu entsenden, welche daselbst an das südwärts den Thüringer Wald überschreitende und gleichfalls in das Werra=Thal führende Wegenetz Anschluß finden. Ostwärts wird Göttingen der Ausgangspunkt sowohl für die über Herzberg in den Harz, wie über Nordhausen nach Magdeburg gegebenen Verkehrswege. Von Göttingen nach der Hauptstadt Hannover sind es beiläufig 13 Meilen, nach der im Weser=Thale gelegenen preußischen Festung Minden 14½, nach Kassel 5 und in der nämlichen Richtung bis Frankfurt am Main 21 Meilen, während die Entfernung nach Magdeburg 17½ Meilen, südwärts bis Eisenach und zu der thüringischen Eisenbahn aber 10 Meilen beträgt.

Die Gegend von Göttingen zeigt sich uns als ein fruchtbares Hügelland, ostwärts begrenzt durch den bis in die Nähe der Stadt seine Ausläufer entsendenden Göttinger Wald und die von demselben bis zum oberen Leine=Thale streichenden, bewaldeten Höhen, während gegen Süden und Westen die das Werra= und Weser=Thal begleitenden Bergzüge und im Nordwesten der Solling den jenes Hügelland umgebenden Höhenkranz abschließen. Für die Verteidigung der auf Göttingen führenden Zugangsstraßen erweisen sich die je 3 Meilen entfernten Werra=Übergänge bei Münden und Witzenhausen besonders günstig. Auch auf den aus dem Eichsfelde und dem Harze nach Göttingen geleiteten Straßen konnte in dem von ihnen durchzogenen bewaldeten Berglande dem Gegner ein wirksamer Widerstand geleistet werden. Nordwärts war hierzu geeignet der 2½ Meilen von Göttingen entfernte Straßenknotenpunkt Northeim, um daselbst, in der Front durch den Ruhme=Fluß gedeckt, dem Feinde die im Leine=Thale aufwärts führende Göttinger Straße zu verlegen. So vorteilhaft auch die an die Peripherie des Hügellandes verlegte Verteidigung dieser Zugangsstraßen sich gestaltete, wenn der Gegner nur aus einer Richtung zum Angriffe schritt, so mußte dieselbe dagegen bei einer gleichzeitig aus verschiedenen Direktionen erfolgenden Offensive zu einer bei der Schwäche der hannoverschen Armee um so bedenklicheren Zersplitterung der Streitkräfte führen, indem die Entfernung zwischen der südlichen Verteidigungslinie bei Münden=

*) Durch die von hier im Leine=Thale westwärts geleitete Straße steht sie zugleich mit jener von Göttingen nach Witzenhausen führenden in Verbindung.

Witzenhausen und der nördlichen bei Northeim 5 bis 6 Meilen betrug und somit, da ohnedies wegen der beschränkten Mittel an dem Zentralpunkt Göttingen eine größere, ausschlaggebende Reserve nicht zur Verfügung stand, eine rechtzeitige gegenseitige Unterstützung der einzelnen im Kampfe begriffenen Gruppen kaum zu erhoffen war, mochte ihnen auch die nach jenen beiden Richtungen gegebene Eisenbahnverbindung zur Verfügung stehen. Der Rückzug der einen an der Peripherie kämpfenden Gruppe mußte voraussichtlich früher oder später auch den der anderen in entgegengesetzter Richtung stehenden, weil dann im Rücken bedrohten Abteilung der Armee zur Folge haben. Bei einem mehrseitigen Angriffe des Feindes, wie er nach der Ankunft der Preußen in Hannover und Kassel zu erwarten stand, würde also nur zu bald der Fall, welchen auch die Disposition für die am 18. Juni in Geltung tretende Aufstellung vorsah, eingetreten sein, daß die hannoversche Armee sich rückwärts auf Göttingen konzentrierte, um hier den entscheidenden Kampf aufzunehmen. War daselbst aber nicht durch die Anlage eines verschanzten Lagers der Armee ein schützender Stützpunkt geboten, zu dessen Ausbau jedoch kaum die nötige Zeit gefunden worden sein dürfte, so mußte mit Rücksicht auf die gegebenen Terrainverhältnisse der Hoffnung entsagt werden, in einer offenen Stellung bei Göttingen sich gegen die Angriffe eines überlegenen Feindes behaupten zu können. Aber selbst für den höchst unwahrscheinlichen Fall, daß die Anlage eines verschanzten Lagers gelang, mußte sich die Befürchtung geltend machen, die in demselben konzentrierte Armee in Ermangelung diesbezüglicher Vorbereitungen alsbald mit ernstlichen Verpflegungsschwierigkeiten kämpfen zu sehen, — eine Befürchtung, die sich nur um so mehr aufdrängte, da das Göttingensche, zu einem wesentlichen Teile Bergland, offenbar nicht diejenigen ergiebigen Hilfsquellen bot, insbesondere auch was Brotfrüchte anbelangte, um in der Eile größere Vorräte aufzuspeichern, während die Zufuhren aus den benachbarten, weil voraussichtlich alsbald vom Gegner beherrschten Landschaften kaum in Anschlag gebracht werden konnten. Selbst abgesehen von der Erschöpfung der Munitionsvorräte durch die aus der Verteidigung jener Stellung resultierenden Kämpfe, mußte es daher bei einer nur einigermaßen besonnenen Erwägung der Situation sehr fraglich erscheinen, ob es den Hannoveranern gelingen durfte, so lange gegen den überlegenen Feind bei Göttingen sich zu be=

haupten, bis die Offensive der süddeutschen Bundesgenossen, betreffs welcher aber vorläufig ein Übereinkommen nicht bestand, ihren degagierenden Einfluß äußerte. Andernfalls mußte jedoch das Ausharren der hannoverschen Armee bei Göttingen, wenn jede Übereinkunft mit Preußen ausgeschlossen bleiben sollte, nur zu sicher zu der Katastrophe einer Kapitulation führen.

Falls die hannoversche Armee sich genötigt sah, den Kampf bei Göttingen gegen einen aus den Richtungen von Hannover und Kassel erfolgenden Angriff aufzunehmen, so würde es für sie unter den gegebenen Verhältnissen noch das ratsamste gewesen sein, ihre Gefechtsstellung am rechten Leine-Ufer auf den Vorbergen des Göttinger Waldes, die gleichnamige Stadt vor der Front, derart zu wählen, daß ihr für alle Fälle der Rückzug entweder auf der nach Herzberg in den Harz führenden Straße oder südöstlich nach Duderstadt und Heiligenstadt und damit die Bewegungsfreiheit für die nächste Zeit gesichert blieb.

Der Rückzug in den Harz, um sich dort bis auf weiteres zu behaupten, würde zwar der Stellung bei Göttingen vorzuziehen gewesen sein, da die Verteidigung in den Defileen jenes Gebirges mit wesentlich geringeren Mitteln eine wirksame Thätigkeit zu entwickeln vermochte, während der Gegner seine Übermacht bei der beschränkten Gangbarkeit dieses Gebiets nicht zur vollen Geltung bringen konnte. Allein auch im Harze, dem rauhen und für die Ernährung der Truppen nur geringe Hilfsquellen bietenden Gebirgslande, mußte die Verpflegung binnen kurzem auf ernstliche Schwierigkeiten stoßen, unter deren Einflusse man entweder zu dem problematischen Versuche, sich nach der Ebene durchzuschlagen, oder zur Kapitulation gezwungen gewesen sein würde.

Ergaben sich für diese das defensive Element vertretenden Pläne ernstliche Bedenken, so war dies im gleichen Maße der Fall hinsichtlich des im königlichen Hauptquartiere ventilierten Abmarsches nach Süddeutschland. Befand sich das hierbei zunächst in Betracht kommende Operationsgebiet innerhalb der dem Feinde zur Verfügung stehenden Gürtelbahn Hannover-Magdeburg-Eisenach-Kassel, welche dem Gegner eine rasche Verschiebung seiner Streitkräfte gestattete, so konnte unter diesen Umständen die Befürchtung nicht ausgeschlossen erscheinen, die durchgängig auf den Fußmarsch angewiesene hannoversche

Armee noch vor ihrer Vereinigung mit den süddeutschen Bundesgenossen, über welche man vorläufig näherer Nachrichten ermangelte, auf überlegene preußische Streitkräfte stoßen und damit in die Zwangslage sich versetzt zu sehen, entweder zu kapitulieren oder mit Gewalt sich den Weg zu bahnen, zwei Eventualitäten, von denen die letztere bei der beschränkten Schlagfertigkeit der eigenen Truppen eine nichts weniger als aussichtsvolle war.

Eine besonnene Auffassung der solchergestalt gegebenen Situation mußte es also auch jetzt noch als das ratsamste erachten lassen, die Zukunft des Landes nicht auf die Spitze des Schwertes zu stellen, sondern sie für alle Eventualitäten durch den Abschluß einer Übereinkunft mit Preußen unter dem Gesichtspunkte zu sichern, daß eine Niederlage der letzteren Macht die derselben wegen eines neuen Unionverhältnisses gemachten Konzessionen hinfällig werden ließ, im entgegengesetzten Falle aber Hannover sich ohnehin dem Machtgebote des siegreichen Preußen fügen mußte. Während das königliche Hauptquartier sich in kühnen Plänen erging, hatte jene besonnenere Anschauung ihre Vertreter in dem Armee-Hauptquartier. Die beiden Generalstabsoffiziere, Oberstlieutenant Rudorff und Major v. Jacobi, fanden sich daher bewogen, angesichts des Ernstes der Lage die folgende Denkschrift dem Generalstabs-Chef zu überreichen:

„Allgemeine Gesichtspunkte,
die politische und militärische Lage des Landes
betreffend.

„1.) Durch die bundestreue Entschließung Seiner Majestät des Königs, der Gewaltigung Sich nicht zu fügen, ist das wichtige Ziel erreicht worden, daß die gegen Hannover verwendeten bedeutenden preußischen Streitkräfte von dem Kampfplatze, wo die Entscheidung des Schicksals Deutschlands in diesem Augenblicke herbeigeführt wird, fern gehalten worden sind.

„2.) Der Zug nach dem Süden kann nur zu einem günstigen Ausgange führen, wenn es sich der Hauptsache nach nur um Ausführung eines Marsches handelt.

„Ernsthafte Gefechte können von der Truppe ihres unfertigen Zustandes und des Verpflegungsmangels wegen nicht geführt werden.

„3.) Bei einem Zuge nach dem Harz, der die Katastrophe der Unterwerfung nur um kurze Zeit hinausschieben kann, dürfte nur der Gesichtspunkt vorliegen, während der Zeit zu unterhandeln.

„4.) Eine Verschlimmerung der rechtlichen und politischen Lage Sr. Majestät des Königs und des Landes kann durch eine jetzt eintretende Unterhandlung nicht herbeigeführt werden, da durch einen zu erhoffenden Sieg Österreichs jede Concession, die der Force majeure gegenüber jetzt gemacht wird, keinen Einfluß auf die künftige dauernde Gestaltung Deutschlands haben wird.

„Göttingen, den 18. Juny
1866.

Fr. Rudorff, Oberstlieutenant. — B. Jacobi, Major."

Der Generalstabs-Chef, Oberst Cordemann, pflichtete den in dieser Denkschrift niedergelegten Anschauungen bei und forderte den Oberstlieutenant Rudorff auf, das Pro Memoria dem Könige selbst vorzutragen.

Noch am 18. Juni vormittags wurde Rudorff zu diesem Zwecke in das königliche Hauptquartier entboten und von dem Könige im Beisein des Kronprinzen, des Grafen Platen, des Kriegsministers, des kommandierenden Generals, des General-Adjutanten Oberst Dammers und des Generalstabs-Chefs, sowie des österreichischen Gesandten empfangen. Der Monarch, welcher Rudorffs Vortrag ruhig zugehört hatte, entgegnete nach dessen Beendigung, daß die Unterhandlungen mit Preußen zu keinem Ziele führen könnten, da dasselbe auf den gestellten Bedingungen beharren würde, die er zu acceptieren nicht in der Lage sei. Der blinde Monarch erklärte, eher alles opfern zu wollen, nur seine Ehre nicht. Rudorffs Ausführungen fanden überdies auch Widerspruch vonseiten des Kriegsministers, des Grafen Platen und des österreichischen Gesandten, welche der Meinung waren, in dem Abmarsche nach Süden weder ein sehr gewagtes, noch ein aussichtsloses Unternehmen erblicken zu dürfen. Offenbar im Vertrauen auf einen unzweifelhaften Erfolg der Mission des damals bereits nach Süden abgereisten Hauptmanns Reichard (s. S. 389), gab man sich vielmehr der Hoffnung hin, am Thüringer Walde die Spitzen der bayerischen Armee zu treffen, unter

deren Schutze dann der Marsch nach Bayern fortgesetzt werden konnte, um dort die Mobilmachung der eigenen Truppen zu vollenden. Die Denkschrift der beiden Generalstabsoffiziere blieb unter diesen Verhältnissen ohne den gehofften Erfolg und ihre Mahnungen scheiterten sowohl an der unbeugsamen Haltung des Königs, wie an den optimistischen Anschauungen seiner dem österreichischen Einflusse unterliegenden vertrauten Ratgeber *).

Sollte die hannoversche Politik unwiderruflich auf der betretenen Bahn beharren, so mußte es allerdings in militärischer Beziehung aus den oben entwickelten Gründen ungleich vorteilhafter erscheinen, auf die Defensive bei Göttingen oder im Harze zu verzichten, um in der Bewegung sein Heil zu suchen. Unter diesem Gesichtspunkte war der Abmarsch südwärts, obwohl über seinen Ausgang gerechte Zweifel bestehen konnten, nicht unbedingt zu perhorreszieren, sobald die Armee nur einigermaßen operationsfähig war. Mochte es auch sehr fraglich erscheinen, ob man Süddeutschland erreichen würde, ohne einem stärkeren Widerstande seitens des Feindes zu begegnen, so erschlossen sich dagegen für die Bewegung die doch immerhin vorteilhafteren Perspektiven, eventuell einem entscheidenden Kampf mit dem Feinde vielleicht insolange ausweichen zu können, bis die erhoffte Offensive des entgegenkommenden süddeutschen Heeres ihre degagierende Wirkung äußerte, und anderenteils war man zugleich in der Lage, die Hilfsquellen des durchzogenen Landes für den Unterhalt der Armee sich nutzbar zu machen, während diese Existenzfrage bei der Defensive auf vaterländischem Boden den erheblichsten Schwierigkeiten begegnete.

---

*) Nach Knorr, „Der Feldzug des Jahres 1866", Bd. I, S. 179, hätte in Göttingen der General Gebser die Ansicht vertreten, daß man zur möglichst raschen Rettung nach dem Süden dem Feinde in der Gewinnung der kurhessischen Bahnen zuvorkommen müsse, um die Main-Weser Bahn (Kassel-Frankfurt) unfahrbar zu machen, die Linie Göttingen-Kassel-Bebra dagegen zum Transporte der Truppen zu benutzen, welche von letzterem Punkte mittelst Landmarsches nach Hanau weiter zu führen sein würden. Insoweit Verfasser orientiert, ist Gebser damals nicht in die Lage gekommen, diesen Plan zu entwickeln und zu vertreten. So wie die Situation sich gestaltet hatte, konnte man, ohne Kontakt mit den kurhessischen Truppen und ohne genaue Kenntnis der Lage in dieser Richtung, nicht daran denken, die Armee sofort per Bahn über Kassel nach Bebra zu befördern. Nachträglich, wo man mit vollzogenen Thatsachen zu rechnen vermag, haben derartige Projekte viel bestechendes, aber im gegebenen Momente gestalten sie sich nur zu oft sehr problematisch.

Unter den geschilderten Umständen von der einflußreichen Umgebung des Königs vertreten, gewann somit der Plan des Abmarsches nach Süddeutschland fortgesetzt an Konsistenz, um schließlich auch für das Armee=Hauptquartier bestimmend zu werden, diesem Gedanken näher zu treten und diesbezügliche Pläne zu entwerfen. Bei den hierüber gepflogenen Betrachtungen glaubte man zwei Marschrichtungen in Erwägung ziehen zu sollen: die eine über Eschwege nach Bebra oder eventuell Eisenach, die andere über Heiligenstadt, Wanfried und Mühlhausen gleichfalls nach Eisenach.

Für das letztere Projekt war in Aussicht genommen, von Heiligenstadt die Armee den Marsch nach Eisenach in 2 Kolonnen fortsetzen zu lassen, indem die westliche über Wanfried durch das Werra=Thal, die östliche dagegen über Mühlhausen auf der durch den Hainich führenden Bergstraße dahin instradiert wurde. In Eisenach wieder vereinigt, sollte die Armee durch das benachbarte obere Werra=Thal nach Bayern weiterrücken.

Das den Marsch über Eschwege ꝛc. bezweckende Projekt leitete dagegen die Armee in 2 Kolonnen zunächst auf die Straßen nach den Werra=Übergängen von Witzenhausen und Allendorf, um dann von hier je nach Maßgabe der Situation die Bewegung über Bebra (Eisenbahnstation der Linie Kassel=Eisenach) nach dem unteren Main oder aber über Eisenach durch das Werra=Thal fortzusetzen.

Von wesentlicher Bedeutung für den Marsch nach Süddeutschland war es aber, den südlichen Schienenweg der schon oben erwähnten, dem Gegner vorläufig zur Verfügung stehenden Gürtelbahn, also in dem vorliegenden Falle die Linie Kassel=Eisenach=Gotha zu erreichen, bevor noch dem Feinde die Überführung größerer Streitkräfte dahin gelungen. Hatte die hannoversche Armee diesen von Westen nach Osten führenden Schienenweg hinter sich, so durfte sie der Hoffnung Raum geben, ihre südwärts weiter gehende Bewegung von dem nachrückenden, nunmehr gleichfalls nur auf den Landmarsch angewiesenen Feinde nicht mehr ernstlich gefährdet zu wissen. Von Göttingen über Witzenhausen und Allendorf war jener Schienenweg bei Bebra durch einen Marsch von 8½, beziehungsweise 9 Meilen zu erreichen, während für die von Allendorf und Witzenhausen nach Eisenach fortgesetzte Bewegung eine Entfernung von 9½ und 11 Meilen in Betracht kam. Entschied man sich für die

Marschrichtung von Göttingen über Heiligenstadt nach Eisenach, so hatte die über Wanfried geleitete Kolonne 9 Meilen, die über Mühlhausen instradierte aber 10½ Meilen zurückzulegen. Die von Bebra über Fulda einerseits und von Eisenach über Meiningen anderseits bis zur bayerischen Grenze gegebenen Entfernungen sind einander ziemlich gleich und betragen beiläufig je 7 Meilen. Die Richtung über Witzenhausen-Allendorf nach Bebra erwies sich somit als die kürzere, da sie nur zwei Tagemärsche erforderte, während man bei einer über Eschwege oder Heiligenstadt nach Eisenach geleiteten Bewegung hoffen durfte, am zweiten Tage mindestens die Avantgarde dieses Ziel erreichen zu sehen, vorausgesetzt, daß man nicht auf feindlichen Widerstand stieß. Aber über Eschwege sowohl wie über Heiligenstadt führte der Marsch mehr oder minder lange durch die Werra-Defileen und das angrenzende Gebirgsland, so daß die Eventualität nicht ausgeschlossen blieb, auch den zunächst dort nur über schwächere Kräfte verfügenden Feind mit Erfolg Widerstand leisten zu sehen, wodurch sich für den von der mehrbesprochenen Gürtelbahn begünstigten Gegner die Möglichkeit erschloß, unterdessen in der Anmarschrichtung der Hannoveraner hinlängliche Streitkräfte zu konzentrieren und die Fortsetzung ihrer südwärts gehenden Bewegung zu verhindern. Ungleich günstiger gestaltete sich zwar diese Frage, wenn man der zuversichtlichen Hoffnung sein durfte, das süddeutsche Heer gleichzeitig zur Offensive schreiten und somit den Gegner aus dieser Richtung bedroht und in Anspruch genommen zu wissen, eine Anschauung, die bekanntlich ihre warmen Vertreter im königlichen Hauptquartier hatte, ohne jedoch von militärischer Seite in gleicher Weise geteilt zu werden.

In spannender Erwartung, diese Hoffnungen durch diesbezügliche Nachrichten aus Süddeutschland bekräftigt zu sehen, war der 19. Juni herangekommen, ohne daß jener Wunsch seine Erfüllung gefunden hätte. Hauptmann Reichard war noch nicht zurückgekehrt, dagegen neuerdings auf Veranlassung des Grafen Ingelheim der außer Dienst befindliche österreichische Major v. Wacquant nach Süddeutschland abgereist, um einen weiteren Hilferuf zur Rettung der hannoverschen Armee dahin zu überbringen. Indessen war man nicht nur von jener Seite noch ohne Nachricht, sondern ermangelte selbst entsprechender Informationen über die Situation in dem Gebiete bis Bebra, Gerstungen und Eisenach, obwohl man sich in diesen damals vom Gegner noch nicht besetzten

Landesteilen ebenso sicher wie rasch zu orientieren vermocht hätte, wenn man die betreffenden Straßen durch Offiziere in Zivil zu Wagen oder zu Pferde rekognoszieren ließ. Da es von Göttingen bis zu jenen oben erwähnten Punkten nur 8 bis 9 Meilen sind, so war die Möglichkeit nicht ausgeschlossen, daß die zu diesem Zwecke ausgesandten Offiziere innerhalb 24 Stunden in das Hauptquartier zurückgekehrt sein konnten.

Inmitten dieser unklaren Lage ging bekanntlich am 19. Juni nachmittags dem Armee-Kommando vom General v. Bothmer aus Münden die unzweifelhafte Nachricht von dem Einmarsche der preußischen Division Beyer in Kassel zu. Obwohl die Situation hierdurch eine ernstere Gestaltung gewann, so entsagte man doch nicht der Hoffnung auf die Vereinigung mit den süddeutschen Bundesgenossen und glaubte sich auch jetzt noch für den Marsch über Eschwege, als der kürzeren Linie, entscheiden zu sollen, in der Voraussetzung, die bis zur kurhessischen Hauptstadt vorgedrungenen feindlichen Streitkräfte inzwischen durch die am unteren Main präsumierten alliierten Truppen im Rücken bedroht und beschäftigt zu wissen. Der angesichts der zweifelhaften Situation vorläufig sich aber noch geltend machende Wunsch, für den Abmarsch in dieser Richtung zunächst auch der Unterstützung jener Verbündeten sich zu versichern, ließ den Beschluß fassen, zu diesem Zwecke einen neuen Boten südwärts zu entsenden. Mit dieser Mission wurde der Kanzlist Duve beauftragt, indem er ein offenes Schreiben des General-Lieutenants v. Arentsschildt an die Befehlshaber der süddeutschen Corps erhielt, in welchem jener erklärte, mit der hannoverschen Armee in der Richtung von Eschwege aufbrechen zu wollen, falls er bis zum 23. Juni Nachricht erhalten, daß ihm befreundete Truppen entgegenkommen würden. Duve, welcher zunächst an den kommandierenden kurhessischen General gewiesen wurde und überdies auch von dem Grafen Ingelheim ein Schreiben für den österreichischen Bundestags-Präsidenten Freiherrn v. Kübeck in Frankfurt am Main erhalten hatte, verließ am 19. um 11½ Uhr nachts Göttingen und reiste in der Richtung nach Fulda ab. Auf den Verlauf seiner Mission werden wir in der Folge zurückkommen.

Hatte hier auch momentan die Anschauung die Oberhand gewonnen, den Abmarsch südwärts von der Zusage einer Unterstützung durch die dortigen Alliierten abhängig zu machen, so präponderierte doch schließlich die Überzeugung, daß die Situation zum Aufbruche von Göttingen

drängte und ein längeres Stehenbleiben daselbst nur von verhängnisvollen Folgen begleitet sein konnte. Ebenso wie die Ankunft der preußischen Division Beyer in Kassel zu der Schlußfolgerung berechtigte, daß der Gegner zunächst nicht durch die am unteren Main präsumierten süddeutschen Truppen festgehalten wurde, mußte darin zugleich für die hannoversche Armee eine Mahnung gegeben sein, noch rechtzeitig dem gegen sie in der Bildung begriffenen eisernen Ringe sich zu entziehen, um in südlicher Richtung die Vereinigung mit jenen Bundesgenossen anzustreben. Indem man sich somit für die Beschleunigung des Aufbruches entschied, ohne denselben von der Zusage einer süddeutschen Offensive abhängig zu machen, gelangte man zu dem definitiven Beschlusse, am 21. Juni morgens die Armee, welche man bis dahin in einem einigermaßen operationsfähigen Zustande zu haben hoffte, südwärts in Marsch zu setzen, und zwar in der Richtung auf Eschwege, als der kürzesten Linie, mit der Maßgabe, von dort je nach Umständen die Bewegung über Bebra oder Eisenach weiter zu leiten.

Die hierfür noch am 19. Juni abends ausgearbeitete Marschdisposition, welche am folgenden Morgen (20.) zur Ausgabe an die Truppen gelangte, enthielt die nachstehenden Bestimmungen:

Erster Marschtag.

Brigade Bülow. Von Friedland auf Hohengandern, Wahlhausen, Allendorf (über die Werra), folgt der Chaussee nach Eschwege bis vor Nieder-Hohne, wendet sich dann rechts nach Reichensachsen, wo sie in Gebäuden lagert oder bivouakiert.

Zur Beobachtung der Straßen:

1.) nach Kassel, 2.) nach Hersfeld, 3.) nach Eisenach sind Vortruppen nach Bischhausen, Wichmannshausen und Datterode vorzusenden.

NB. 1 Schwadron auf Heiligenstadt, patrouilliert östlich und ist abends bei Wanfried. Verbindung herzustellen.

Reserve-Kavallerie. Von Mariengarten über Hohengandern, folgt der Brigade Bülow bis Nieder-Hohne, lagert in und bei Eschwege. Verpflegung von da zu beziehen.

Brigade Bothmer. Von Jühnde über Witzenhausen, Trubenhausen bis Walburg; Beobachtung nach Lichtenau; 1 Bataillon bleibt bei Trubenhausen zur Beobachtung nach Groß-Almerode.

Brigade Knesebeck. Auf Friedland denselben Weg wie Brigade Bülow bis Allendorf. Bivouak und Lager in Gebäuden daselbst. Verbindung mit der Brigade Bothmer.

Reserve-Artillerie und Sanitäts-Compagnie bis Wahlhausen; folgt Knesebeck; dort Bivouak ꝛc.

Hauptqartier: Allendorf.

Brigade de Vaux nach Witzenhausen. Bivouak ꝛc. Sicherung gegen Kassel.

Hospitäler, Bagage, Lebensmittel nach Friedland.

Arrièregarde: Göttingen.

Zweiter Marschtag, A. nach Bebra.

Brigade Bülow auf Sontra, Asmushausen bis Bebra.
Detachement von Wanfried nach Kreuzburg.

Brigade Bothmer auf Waldkappel über Schermmern nach Lispenhausen (bei der Eisenbahnstation Rotenburg), Lager; Besetzung von Rotenburg durch Vortruppen; Zerstörung der Eisenbahn.

Reserve-Kavallerie: Bebra (folgt Bülow).

Brigade Knesebeck folgt der Reserve-Kavallerie bis Sontra.

Reserve-Artillerie und Sanitäts-Compagnie nach Wichmannshausen.

Brigade de Vaux: Waldkappel; Beobachtung der Straße nach Kassel.

Hauptquartier: Berneburg an der Straße von Sontra nach Bebra.

Bagage nach Allendorf.

Arrièregarde: Allendorf.

Zweiter Marschtag, B. nach Eisenach.

Brigade Bülow: Eisenach.
Detachement nach Mechterstädt an der Straße nach Gotha.
Eisenbahn zerstören.

Reserve=Kavallerie über Wanfried und Treffurt nach Kreuzburg; Beobachtung nach Osten.

Brigade Bothmer über Waldkappel, Wichmannshausen nach Ulfen.

Brigade Knesebeck folgt der Reserve=Kavallerie bis Treffurt; Beobachtung östlich.

Reserve=Artillerie und Sanitäts=Compagnie nach Treffurt.

Brigade de Vaux nach Reichensachsen; Vortruppen gegen Westen.

Bagage nach Eschwege.

Arrièregarde südlich Allendorf.

Hauptquartier: Kreuzburg.

Dritter Tag. Projekt A. Konzentrierung bei Bebra.

Dritter Tag. Projekt B. Konzentrierung bei Eisenach.

Die zur Beschleunigung des Marsches und zugleich aus Verpflegungsrücksichten in 2 Kolonnen geteilte Armee hätte also mit ihren Spitzen am zweiten Tage die südwestliche Strecke der mehrerwähnten Gürtelbahn erreicht und zwar würden bei der Richtung auf Bebra 2 Brigaden bis dahin gelangt sein, während das zweite Projekt am zweiten Marschtage nur eine Brigade in Eisenach jene Linie gewinnen ließ. Die Anforderungen, welche diese Bewegung an die Marschleistungen der Truppen stellte, schwanken zwischen 3 und 4½ Meilen täglich; nur bei dem Eisenach zum nächsten Zielpunkte nehmenden Plane hätte die Brigade Bülow am zweiten Tage einen Marsch von 5 Meilen zu machen gehabt. Würde die Armee aber bereits am 20. nachmittags südwärts Göttingen in den Richtungen auf Witzenhausen und Allendorf, mindestens an den dortigen Grenzen von Kurhessen und Preußen, konzentriert und echelonniert worden sein, so war die Möglichkeit gegeben, die Marschziele der beiden nächsten Tage noch weiter vorwärts zu verlegen und in zwei Tagemärschen auch das Gros bis an oder wenigstens in die Nähe der Eisenbahnlinie Kassel=Eisenach gelangt zu wissen, ohne daß hierfür im allgemeinen größere Marschleistungen sich erforderlich gemacht haben würden, als die oben in Frage stehende tägliche Meilenzahl. Die Armee würde in diesem Falle spätestens am dritten Tage jenen Schienenweg

überschritten und damit dem bannenden Kreise dieser Gürtelbahn sich entzogen haben. Erwies sich die Richtung auf Bebra somit als die direkteste, so hatte sie auch insofern vor jener auf Eisenach den Vorzug, daß von jenem Punkte aus für die Fortsetzung der Operationen einesteils die durch das Fulda-Thal nach Bayern geleitete Straße zur Verfügung stand, andernteils aber auch durch das ostwärts gehende Thal des Ulfer-Baches nach zweimeiligem Marsche bei Berka das ebenfalls südwärts führende Werra-Thal zu erreichen war. Diesen Vorzügen gegenüber machte sich indessen der schon oben erwähnte Übelstand geltend, daß jene Direktion durch ein ausgedehntes, den allenfallsigen Widerstand des Feindes begünstigendes Bergland führte.

Gleichviel aber, ob der Marsch auf Bebra oder Eisenach genommen wurde, so mußte es unter den gegebenen Verhältnissen als ein Gebot der Vorsicht erscheinen, die Aufmerksamkeit der in Kassel eingetroffenen Division Beyer, welche dort von der Straße Witzenhausen-Walburg nur 3 Meilen entfernt stand, vorläufig in einer anderen Richtung abzulenken, zu welchem Zwecke eine von Münden gegen die hessische Hauptstadt zu leitende Demonstration sich empfohlen haben dürfte, was hier einstweilen nur angedeutet werden mag, um in der Folge noch spezieller gewürdigt und ausgeführt zu werden.

Ungleich günstiger würde sich aber die Situation für den Marsch über Eschwege gestaltet und selbst eine Demonstration gegen Kassel entbehrlich gemacht haben, wenn die aus der eben genannten Residenz aufgebrochenen kurhessischen Truppen (4000 Mann, s. S. 361), welche unter Benutzung der über Bebra nach Hersfeld führenden Eisenbahn auf Fulda ꝛc. im Abzuge begriffen waren, bei Bebra zur Aufnahme der in dieser Richtung erwarteten hannoverschen Armee Stellung nahmen, wie deren Commandeur am 18. Juni dem nach Süddeutschland entsendeten Hauptmann Reichard zusagte, wofern die letztere unverzüglich von Göttingen aufbrechen würde. Indem wir späterhin (s. S. 427) nochmals auf diese Frage zurückkommen werden, mag hier die vorläufig orientierende Bemerkung genügen, daß der kurhessische General sein Anerbieten zurückzog, da Hauptmann Reichard nicht sofort nach Göttingen zurückkehren, sondern zunächst auch noch seine anderweitigen Aufträge nach Süddeutschland erledigen zu sollen glaubte. Standen die kurhessischen Truppen bei Bebra, so würde kaum zu befürchten gewesen

sein, dem Marsche der hannoverschen Armee über Eschwege durch die erst am 19. Juni in Kassel eintreffende preußische Division Beyer nachhaltige Schwierigkeiten bereitet zu sehen, da die Stellung der ersteren für eine allenfallsige Offensive des Gegners in jener Richtung eine Bedrohung im Rücken bildete. Ziehen wir aber in Erwägung, daß die Division Beyer zunächst vorläufig nicht zu übersehen vermochte, ob und inwiefern die Aufstellung der kurhessischen Truppen bei Bebra ihre Stütze in dem Anmarsche einer bayerischen Heeresabteilung über Fulda fand, so entbehrte die Voraussetzung nicht der Berechtigung, daß die erstere sich zunächst auf eine beobachtende Haltung beschränkt haben dürfte. Bevor aber für die preußische Leitung die Situation sich hinlänglich geklärt hatte, würde die hannoversche Armee in zwei Tagemärschen die Gürtelbahn bei Bebra erreicht und damit einen wesentlichen, ihre Rettung verbürgenden Erfolg erzielt haben. Ebenso wenig dürfte es wahrscheinlich unter diesen Umständen der preußischen Heerführung innerhalb jener kurzen Zeit gelungen sein, von der aus nördlicher Richtung gegen Göttingen operierenden Armee mittelst der in Betracht kommenden Gürtelbahn noch rechtzeitig größere Streitkräfte über Magdeburg nach Eisenach zu werfen, um dem Überschreiten dieses Schienenweges durch die Hannoveraner bei Bebra hindernd entgegenzutreten. Wurde durch die kurhessischen Truppen der nach Bebra führende Schienenweg in den Richtungen auf Kassel und Eisenach an verschiedenen geeigneten Punkten zerstört, so sah sich überdies der Gegner aus beiden Direktionen zunächst auf den Landmarsch angewiesen, woraus für die Operationen der Hannoveraner und Kurhessen eine weitere Begünstigung erwuchs. Spätestens am dritten Tage würde aber die hannoversche Armee bei Bebra konzentriert gewesen sein und dann mit den kurhessischen Truppen eine Streitmacht gebildet haben, welche wenigstens der Division Beyer nicht nur gewachsen, sondern selbst überlegen war. Indessen sollte unter den gegebenen Umständen eine derartige, die hannoversche Armee begünstigende Gestaltung der Situation nicht Platz greifen, sondern die schätzbare Unterstützung durch die kurhessischen Truppen ihr verloren gehen.

Erhebliche und nicht unbegründete Bedenken rief indessen nachträglich die Wahl der Marschrichtung auf Eschwege hervor, da die über Witzenhausen und Allendorf zu leitende Bewegung durch die Defileen des Werra=Thales sowie der dort ihr linkes Ufer begleitenden Berge

des Kaufunger Waldes und Hohen Meißners führte, die man durch die Division Beyer, welche in Kassel von den oben erwähnten Flußübergängen nur 3, beziehungsweise 4½ Meilen entfernt stand, am 21. Juni bereits besetzt finden konnte, was zu zeitraubenden Defileegefechten geführt haben würde, unter deren Schleier der Gegner in der Lage war, weitere Verstärkungen heranzuziehen, und damit den Durchbruch der hannoverschen Armee zu vereiteln vermochte. Da jedoch ein wesentliches Moment für den Marsch nach Süddeutschland in dessen Beschleunigung zu suchen war, so erachtete man es schließlich für ratsamer, auf den Marsch über Eschwege zu verzichten, um sich für das gleichfalls bereits früher in Erwägung gezogene Projekt zu entscheiden, welches mit der Wahl einer weiter ostwärts gelegenen Marschdirektion die zunächst nach Heiligenstadt instradierte Armee in zwei Kolonnen über Wanfried und Mühlhausen auf Eisenach dirigierte, da, insoweit die vorhandenen Nachrichten einen Überblick gewinnen ließen, in dieser Richtung bisher feindliche Streitkräfte nicht signalisiert waren*). Diese Erwägungen ließen schließlich jenen Plan zum definitiven Beschlusse erheben, und gelangte demzufolge am 20. Juni nachmittags für den am nächsten Morgen anzutretenden Marsch die folgende Marschdisposition zur Ausgabe:

	21. Juni.	22. Juni.	23. Juni.
Hauptquartier:	Heiligenstadt,	Mühlhausen,	Eisenach.
Brigade Bülow: (**Avantgarde**)	über Heiligenstadt bis Dingelstädt (die bei Friedland stehende Avantgarde kann direkt auf Heiligenstadt marschieren);	über Mühlhausen nach Langula;	über Weberstädt und Haina nach Mechterstädt (an der Straße Eisenach=Gotha); hat möglichst frühzeitig Eisenbahn und Telegraphenleitung nach Erfurt östlich Mechterstädt zu zerstören.

*) Man wurde nur um so mehr in dem Beschlusse zum Marsche auf Eisenach bestärkt, da der am 20. Juni von dort kommende Forst=Referendar Graf Bernstorff bestätigte, daß in jener Richtung keine feindlichen Truppen standen.

	21. Juni.	22. Juni.	23. Juni.
Brigade Knesebeck:	Heiligenstadt,	Mühlhausen,	direkt nach Eisenach.
Brigade Bothmer:	über Jühnde und Friedland nach Heiligenstadt;	direkt auf Wanfried, mit Vortruppen gegen Eschwege und Treffurt;	über Treffurt und Kreuzburg nach Eisenach; beobachtet gegen Berka und hat sobald als möglich die Eisenbahn- und Telegraphenleitung westlich Eisenach zu zerstören.
Brigade de Vaux:	über Reinhausen nach Siemerode;	hinter der Brigade Bothmer über Heiligenstadt direkt nach Wanfried;	bis Kreuzburg, sichert sich gegen Kassel.
Reserve-Kavallerie:	von Mariengarten über Obernjesa, Ballenhausen und Reinhausen hinter der Brigade Bülow in ein Lager bei Kreuzeber;	Höngeda, mit Vortruppen gegen Langensalza;	folgt der Brigade Bülow und lagert bei Haina.
Reserve-Artillerie:	folgt der Brigade Knesebeck, lagert bei Heiligenstadt;	Mühlhausen;	Eisenach.
Armee-Train:	über Reinhausen nach Bremke;	über Heiligenstadt und Dingelstädt nach Helmsdorf;	über Mühlhausen möglichst weit auf der direkten Straße nach Eisenach, etwa bis Nazza.
Arrièregarde:	Göttingen,	Kreuzeber,	etwa eine Meile hinter dem Armee-Train.

Zur Nachhut der Armee wurde die bisher in Northeim stehende Avantgarde der Brigade de Vaux bestimmt, seit dem 19. Juni bekanntlich das aus 2 Compagnieen und 1 Eskadron zusammengesetzte Detachement des Majors Brauns, mit dem Auftrage, bis zum 21. abends daselbst stehen zu bleiben, wo dann die Infanterie per Bahn, die Reiterei aber im Landmarsche auf Göttingen abziehen sollte. War der Feind zu dieser Zeit bereits nahe an Northeim, so hatte das Detachement vereint

auf Göttingen sich zu repliieren, wo die gleichfalls des Tags über bei Rotenkirchen, Moringen und Hardegsen gestandenen Kavallerie=Abteilungen sich ihm anschließen sollten.

Um den Marsch der Armee nach Thunlichkeit zu beschleunigen, wurde die möglichste Reduktion der Truppen=Bagage angeordnet, indem für dieselbe jedes Bataillon und Kavallerie=Regiment nur 4 Wagen gestattet bekam, während die Batterieen auf die zu ihrer Ausrüstung gehörigen königlichen Fuhrwerke beschränkt blieben. Die Anzahl der Munitions= und Sanitätswagen blieb dagegen unverändert. Der Train der Truppen hatte jeder Brigade unmittelbar zu folgen.

Ferner wurden die Truppen zur Mitnahme eines nur im äußersten Notfalle anzugreifenden eisernen Bestandes an Lebensmitteln und Fourage, so viel als Mannschaft und Pferde tragen konnten, angewiesen. Bei dem bereits um Göttingen sich geltend machenden Verpflegungsmangel hatten jedoch manche Truppenteile wegen Beschaffung jener eisernen Portion mit Schwierigkeiten zu kämpfen.

Für die Verpflegung während des Marsches wurde die direkte Requisition anbefohlen, zu welchem Zwecke brigadeweise Offiziere mit Detachements vorauszuschicken waren, welche ordnungsmäßige, bei den bezüglichen Landesregierungen zu liquidierende Quittungen an die betreffenden Gemeinden zu erteilen hatten. Ebenso wie die Vermeidung von Gewaltmaßregeln anempfohlen wurde, erhielten die Offiziere die Weisung, auch in Feindesland ihre Verpflegung aus eigenen Mitteln zu bestreiten.

Schwer erkrankende Leute sollten in den Marschquartieren zurückgelassen und den Gemeindebehörden zur Pflege übergeben werden. —

Unterziehen wir hier den obigen über Heiligenstadt führenden Marschplan einer kurzen Betrachtung.

Der hierfür leitende Gedanke, mit Rücksicht auf die Ankunft der Division Beyer in Kassel den Marsch der Armee im Vergleiche zu der Linie über Eschwege weiter ostwärts zu verlegen, ist im Prinzipe nicht abfällig zu beurteilen.

Die bei diesem Projekte gegebenen Entfernungen betrugen von

Göttingen*) bis Eisenach für die über Heiligenstadt=Wanfried geleitete Kolonne 11, für die über Mühlhausen instradierte aber 11½ Meilen, während die Avantgarde von Niedernjesa (1/2 Meile südlich Göttingen) über Mühlhausen bis zur Eisenbahn bei Mechterstädt gleichfalls 11 Meilen zurückzulegen hatte.

Der seither schon von Göttingen südwärts stehenden Brigade Bülow fiel vermöge dessen die Aufgabe zu, die Avantgarde der Armee zu bilden, indem ihr zur Unterstützung die Kürassier=Brigade (Reserve=Kavallerie) folgte. Zunächst in südöstlicher Richtung über Heiligenstadt auf Mühlhausen instradiert, sollten die beiden Brigaden am zweiten Marschtage jenseits des letzteren Ortes in Langula und Höngeda (eine, beziehungsweise 1/2 Meile südlich davon) eingetroffen sein. Am nächsten (dritten) Tage hatte die Brigade Bülow, von der Reserve=Kavallerie bis Haina gefolgt, an der östlichen Abdachung des gegen das Werra=Thal streichenden Hainichwaldes bis zu dem südlichen Schienenwege der mehrfach erwähnten Gürtelbahn bei Mechterstädt (halbwegs zwischen Eisenach und Gotha) vorzudringen und diese Verkehrsader dort zu unterbrechen. Das Gros der Armee (die anderen drei Infanterie=Brigaden 2c.) hatte unterdessen am 21. Juni bis Heiligenstadt und Umgegend zu folgen, um hier sowohl zur Beschleunigung des Marsches wie aus Verpflegungsrücksichten für die Fortsetzung der Bewegung insofern eine Teilung zu erfahren, daß die Brigaden Bothmer und de Vaux als westliche Hauptkolonne direkt über Wanfried durch das von der Werra durchschlängelte Bergland auf Eisenach weiterrückten, während die Brigade Knesebeck mit der Artillerie=Reserve, dem Train 2c. als östliche Hauptkolonne die Bestimmung erhielt, über Mühlhausen und Mihla durch den Hainichwald das gemeinsame Marschziel Eisenach zu erreichen. Beide Kolonnen sollten, wenigstens die an der Spitze befindlichen Brigaden, am dritten Marschtage in Eisenach und Umgegend eingetroffen sein. Die der Westkolonne vorgeschriebene Marschlinie führte dieselbe am zweiten und dritten Tage fortgesetzt durch Defileen, wogegen die Ostkolonne nur am letzteren Tage zwischen Mühlhausen und Eisenach ein bewaldetes Bergland zu passieren

*) Wenn auch nicht für alle Truppenteile Göttingen der Ausgangspunkt des Marsches war, so mag dasselbe doch hier als allgemeine Grundlage gelten. Die obigen Entfernungen sowohl, wie die folgenden, sind nicht nach der Luftlinie, sondern dem Laufe der Straßenzüge entsprechend berechnet.

hatte. Beide Kolonnen waren während der Bewegung von Heiligenstadt nach Eisenach durch ein obschon der Transversalverbindungen nicht entbehrendes, aber immerhin einen feindlichen Widerstand sehr begünstigendes Bergland getrennt und zwar stieg das Maximum der beiderseitigen Entfernung bis auf 2½ Meilen, so daß die Hoffnung auf eine rasche gegenseitige Unterstützung im Notfalle ausgeschlossen bleiben mußte. Ebenso trennten die Ostkolonne bei ihrem am 23. von Mühlhausen nach Eisenach gehenden Marsche die ihre Straße zur Linken begleitenden, waldbedeckten Bergzüge von der bisherigen Avantgarde-Brigade und der Reserve-Kavallerie, so daß eine alsbaldige gegenseitige Unterstützung dieser beiden Gruppen gleichfalls als fraglich erscheinen konnte.

Die für jene Bewegung in Betracht kommenden täglichen Marschleistungen lagen innerhalb der Grenzen von 3½ bis kaum 5 Meilen. Nur die Brigade Bülow und die Reserve-Kavallerie hatten am ersten Tage von ihren bisherigen Kantonnements aus eine Wegestrecke von 4¾ Meilen zurückzulegen, während die gleichzeitigen Märsche der Brigaden Bothmer und de Vaux 4½ Meilen betrugen. Für die anderen Truppen und Tage kamen nur Entfernungen von 3½ bis 4 Meilen in Betracht.

Noch erheblich günstiger würde sich, wie schon oben angedeutet, die Vorwärtsbewegung der Armee gestaltet haben, wenn bereits am 20. nachmittags zur Konzentrierung der Brigaden an der Straße von Göttingen südwärts bis zur preußischen Grenze teils in Massenquartieren teils in Bivouaks geschritten wurde. Die Grenze bereits hierbei zu überschreiten, war insofern wohl minder ratsam, um die Absicht des südwärts projektierten Marsches nicht zu frühzeitig dem Gegner darzulegen. Ebenso wie im Vereine damit die nordwärts in Nörten ꝛc. kantonnierende (2.) Brigade de Vaux südwärts vorgeschoben zu werden hatte, würde auch deren schwache Avantgarde in Northeim am 20. abends per Bahn nach Göttingen heranzuziehen gewesen sein. Hatte dieses Detachement bis dahin keine Fühlung mit dem Gegner gewonnen, wie es schließlich der Fall war, so erwies sich sein ferneres Belassen in Northeim kaum als notwendig. War dasselbe andernfalls aber mit dem Gegner in Kontakt getreten, so erschien das Detachement überhaupt viel zu schwach, um in noch dazu exponierter Stellung eine seiner Aufgabe entsprechende Thätigkeit zu entwickeln. Das Ausstreuen falscher Nachrichten in Northeim und Umgegend, insbesondere was die Bestim-

mung des von dort abziehenden Detachements anbetraf, dürfte genügt haben, um den Feind, selbst wenn er bereits am nächsten Tage den ersteren Punkt besetzte, noch kein klares Bild hinsichtlich der Situation gewinnen zu lassen. Den Gegner aber noch länger täuschen zu wollen, war insofern belanglos, da derselbe, auf den Landmarsch angewiesen, die bereits im Abzuge südwärts begriffene hannoversche Armee auf diesem Wege nicht mehr einzuholen vermochte, während anderseits nicht zu übersehen, daß die Nachricht von der in jener Richtung gehenden Bewegung, zumal wenn die Hannoveraner die preußische Grenze überschritten, voraussichtlich alsbald durch den Telegraphen nach Berlin übermittelt wurde.

Die Echelonnierung der Brigaden südwärts Göttingen würde sich im allgemeinen ebenso mit dem am 20. morgens noch bestehenden Projekte des Abmarsches über Witzenhausen und Allendorf, wie mit der erst am Nachmittage erfolgenden Wahl der über Heiligenstadt führenden Richtung haben vereinigen lassen. Mit dieser den Marsch vorbereitenden Konzentrierung, auf welche wir weiter unten nochmals spezieller zurückkommen werden, würde für die einzelnen Brigaden durchschnittlich eine Entfernung von 2 Meilen gewonnen worden sein, eine Distanz, um welche man das Marschziel des nächsten Tages weiter vorwärts verlegen konnte, ohne außerordentliche Anforderungen an die Leistungsfähigkeit der Truppen stellen zu müssen.

Indessen war die planmäßige Durchführung dieser die Armee in 3 Kolonnen teilenden Bewegung davon abhängig, daß man bis Eisenach nicht stärkerem feindlichem Widerstande begegnete, welcher besonders die beiden Hauptkolonnen in zeitraubende und hinsichtlich ihres Ausganges immerhin zweifelhafte Defileengefechte verwickeln konnte. Mochte auch vorläufig die Gefahr weniger imminent erscheinen, daß es dem Gegner gelang, von der im Norden operierenden Heeresgruppe des Generals v. Falckenstein oder aus seinen Ostprovinzen mittelst der mehrerwähnten Gürtelbahn noch vor der Ankunft der Hannoveraner bei Eisenach größere Streitkräfte rechtzeitig anzusammeln, so war dagegen nicht zu übersehen, daß die in Kassel eingetroffene Division Beyer dort nur 9 Meilen von Eisenach entfernt stand und überdies den beide Punkte verbindenden Schienenweg zur Verfügung hatte, während die über Wanfried direkt nach Eisenach instradierten 2 hannoverschen Brigaden von Heiligenstadt aus einen jener Distanz beinahe gleichkommenden

Marsch von 8 Meilen zurücklegen mußten. War auch die hannoversche Heerführung immerhin zu der Präsumtion berechtigt, daß für die nächsten Tage jener Schienenweg infolge seiner angenommenen Zerstörung durch die abziehenden kurhessischen Truppen noch nicht betriebsfähig und somit die Division Beyer, gleich den Hannoveranern, in der Richtung gegen Eisenach zunächst auf den Landmarsch angewiesen sein dürfte, so war aber doch unter jenen Verhältnissen die Möglichkeit nicht ausgeschlossen, daß die letzteren Eisenach oder die in dieser Richtung zu passierenden Defileen von jener feindlichen Heeresabteilung besetzt finden konnten und daß unter dem Schleier der hieraus hervorgehenden Gefechte der Feind zur Heranziehung weiterer, den Durchbruch verhindernder Streitkräfte Zeit gewann. Mit Rücksicht auf die hierfür in Betracht kommenden Raumverhältnisse mußte es daher sehr wünschenswert erscheinen, die Division Beyer vorläufig über die von der hannoverschen Armee einzuschlagende Marschrichtung zu täuschen und ihre Aufmerksamkeit in einer der eigenen Bewegung entgegengesetzten Richtung abzulenken, um ihr wenigstens einen Tagemarsch abzugewinnen, da die Westkolonne bis Eisenach, wenn sie am zweiten Marschtage von Heiligenstadt nach Wanfried aufbrach, gegen die Division Beyer in Kassel nur einen Vorsprung von einer Meile hatte. Schon bei dem anfänglich bestandenen Plane, die Armee über Eschwege nach Süden zu instradieren, hätte sich, besonders in Ermangelung der oben erörterten Aufnahmestellung der kurhessischen Truppen bei Bebra, das Bedürfnis, den Gegner zunächst in einer anderen Direktion beschäftigt zu wissen, um so mehr geltend machen sollen, da jene Marschlinie wesentlich näher an Kassel lag, als die über Heiligenstadt nach Wanfried und Eisenach führende. Aber auch für das neue Projekt erheischte es die Vorsicht, die Division Beyer bei Kassel vorläufig festzuhalten und sie zu einer Konzentrierung ihrer Truppen nordwärts zu veranlassen, so daß es wohl des Versuchs einer Demonstration in dieser Richtung wert gewesen sein dürfte, für welche Münden der Ausgangspunkt wurde.

Wie schon früher erwähnt (s. S. 385), hatte jene preußische Division, sich auf die Besetzung von Kassel beschränkend, bisher außer kurzen Patrouillengängen nicht in der Richtung auf Münden detachiert, so daß die letzteren Punkt sichernden hannoverschen Truppen seit dem 19. Juni keine Fühlung mit dem Feinde mehr gewinnen sollten. So wünschens=

wert es auch erscheinen konnte, jene Demonstration gleichzeitig mit dem für den 21. anbefohlenen allgemeinen Aufbruche stattfinden zu lassen, so hätte sich hiergegen doch das Bedenken geltend gemacht, daß es bei der gebotenen Beschleunigung des Marsches der Armee außerordentlich schwierig sich gestaltet haben würde, das zu jener Unternehmung verwendete Detachement noch rechtzeitig wieder den Anschluß an das Gros erreichen zu sehen. In Anbetracht dessen mußte es wohl ratsamer erscheinen, die Demonstration auf den 20. Juni nachmittags zu verlegen. Hätte es die Zeit und die gegebene Dislokation gestattet, so dürfte zu diesem Zwecke die mit reitender Artillerie dotierte Reserve-Kavallerie in Aussicht zu nehmen gewesen, allenfalls verstärkt durch das in und nächst Münden stehende (3.) Jägerbataillon und das Husaren-Regiment der Brigade Bothmer. Da jedoch die Anordnungen zum Abmarsche nach Süden erst am 20. morgens ergingen und es bei den gegebenen Verhältnissen wünschenswert erscheinen durfte, die Demonstration noch am Nachmittage stattfinden zu lassen, so mußte von einer Mitwirkung der zu weit rückwärts bei Göttingen kantonnierenden Reserve-Kavallerie abgesehen werden und würde daher für dieses Unternehmen nur die in jener Richtung stehende Brigade Bothmer verfügbar gewesen sein. Hätte auch mit Rücksicht auf deren Dislokation und die Beschleunigung des Abmarsches nach Süden von einer Verwendung der Brigade in ihrer Gesamtheit abgesehen werden müssen, so konnte man doch immerhin das oben gedachte Jägerbataillon, sowie das in Jühnde und Meensen (3, beziehungsweise 2 Stunden nordöstlich Münden) kantonnierende Garde-Husaren-Regiment (dessen 2. Eskadron bereits den Vorposten in Münden zugeteilt war) für jenen Zweck bestimmen, indem man hoffen durfte, die Infanterie des Detachements nach erfüllter Aufgabe zu Wagen der Armee nacheilen zu sehen. So wünschenswert es auch erscheinen mochte, dem Detachement Artillerie zuzuteilen, so waren hierfür leider die Verhältnisse nicht ganz günstig. Von den der Brigade Bothmer überwiesenen Batterieen lag die 2. reitende in Ellershausen ½ Meile westlich Göttingen, während die an letzterem Platze neuformierte Batterie Müller erst am 20. mittags ihre Mobilmachung vollendete und nachmittags zu ihrer neuen Bestimmung nach Jühnde abrückte. Eine dieser Batterieen per Bahn bis Münden heranzuziehen, würde sich insofern untunlich erwiesen haben, da der herwärts dieser Station verrammelte Tunnel den Zugang

zu dem dortigen Bahnhofe und den für das Debarkieren erforderlichen Anlagen sperrte. Es dürfte schließlich wohl noch den relativ geringsten Zeitaufwand beansprucht haben, wenn hierfür von der Reserve-Artillerie in Göttingen einige Geschütze (sei es auch nur eine halbe Batterie) bestimmt und auf der Südbahn bis Dransfeld befördert wurden, um nach ihrer dort bewirkten Ausschiffung mittelst dreistündigen Landmarsches auf Münden weiter zu gehen, so daß sie mittags daselbst eingetroffen sein konnten *).

Was der Kolonne (deren Infanterie die Tornister in Münden zurücklassen konnte) an numerischer Stärke abging, mußte man, von dem bergigen und mit Wald durchsetzten Gelände in der Täuschung des Feindes begünstigt, durch gewandte Führung zu ersetzen suchen. Ein großes Wagnis war mit dieser Unternehmung für das Detachement bei den gegebenen Bodenverhältnissen kaum verbunden. War dasselbe auf der von Münden den vorliegenden Bergrücken überschreitenden Kasseler Straße durch den dortigen Wald passiert und damit diesseits des Dorfes Lutterberg (1 Stunde von ersterem Orte und 3 Stunden von der hessischen Hauptstadt) in das Freie gelangt, so hatte das in seinen Flanken sich sichernde Detachement bei dem Weitermarsche über Landwehrhagen zur Rechten das enge Fulda-Thal, zur Linken aber die Höhen des Kaufunger Waldes, welche die Bewegungsfreiheit des Gegners nach diesen Richtungen beschränkten und eine alsbaldige ernstliche Flankenbedrohung um so weniger erwarten ließen, insolange nicht der stärkere Feind mit Sicherheit die Inferiorität des Angreifers konstatiert hatte, was jedoch mit Rücksicht auf die Bodenbeschaffenheit nicht sobald zu erwarten stand. Um später unter dem Schutze der Dunkelheit dem Gesichtskreise des Feindes sich zu entziehen und um den Letzteren mit Rücksicht auf die vorgeschrittene Tageszeit von einer allenfallsigen weiteren Verfolgung bis Münden abstehen zu sehen, würde es ratsam gewesen sein, den Aufbruch von diesem Ausgangspunkte danach zu bestimmen, daß das Detachement erst zwischen 5 und 6 Uhr nachmittags bei Kassel in Sicht kam. Eine Allarmierung der Division

*) Die zwischen Dransfeld und Münden gelegene kleine Eisenbahnstation Ober-Scheden dürfte (was sich jedoch der genauen Kenntnis des Verfassers entzieht) kaum eine zur Debarkation der Artillerie genügende Rampe haben. Wäre dies aber der Fall und die Eisenbahn in jener Gegend nicht zerstört gewesen, so hätten die Geschütze von dort bis Münden nur noch einen zweistündigen Landmarsch gehabt.

Beyer dürfte bei dem Erscheinen der hannoverschen Kolonne unausbleiblich gewesen sein. So wie die Situation sich nachmals gestaltete, würde die letztere am 20. nachmittags bereits eine Stunde herwärts von Kassel, in Sandersleben, auf preußische Truppen gestoßen sein, welche kurz zuvor, was in der Folge noch darzulegen, daselbst eingetroffen waren und Quartiere bezogen hatten. Durch ein allenfallsiges Eingreifen der hannoverschen Artillerie, sobald sich ihr hierzu Gelegenheit bot, würde der Effekt der Demonstration wesentlich erhöht worden sein. Glaubte man deren Zweck erreicht zu haben, so repliierte sich das Detachement langsam auf Lutterberg und bis an den diesseitigen Saum des Mündener Forstes, um hier bis zum Einbruche der Dunkelheit zu verharren und unter deren Schutze nach dem letzteren Orte zurückzukehren, nachdem man zur weiteren Täuschung des Gegners vor jenem Walde möglichst viele Wachtfeuer anzünden konnte, welche durch zurückbleibende Mannschaften oder durch hierzu aufgebotene Landesbewohner unter Aufsicht unterhalten wurden. Falls der Feind dem zurückgehenden Detachement wider Erwarten mit stärkeren Abteilungen nachrückte, so dürfte diese Verfolgung wohl voraussichtlich bei Lutterberg geendet haben, da zu erwarten stand, daß er angesichts der einbrechenden Nacht von einem weiteren Vordringen durch den von dem Jägerbataillone zu verteidigenden Mündener Walde abgesehen hätte. Nachdem das hannoversche Detachement in Münden übernachtet, würde es am nächsten Morgen auf der im Werra-Thale über Hedemünden nach Witzenhausen führenden Straße den eigenen Truppen gefolgt sein, um mittelst eines fünfmeiligen Marsches bis Heiligenstadt zu rücken und die Nachhut der Armee zu bilden. Die Infanterie konnte für diese Bewegung auf Wagen gesetzt und zu jenem Zwecke bereits in den Tags zuvor passierten hessischen Ortschaften das hierzu benötigte Fuhrwerk je nach Umständen teilweise oder ganz requieriert werden, falls die Transportmittel des eigenen Landes in der Umgegend von Münden durch die abmarschierende Armee erschöpft wurden. Der Marsch im Werra-Thale von Münden nach Witzenhausen barg insofern keine ernstliche Gefahr in sich, da die Straße am rechten (nördlichen) Ufer entlang führt, während jenseits die bewaldeten und weniger gangbaren Berge des Kaufunger Waldes sich erheben, durch welche kaum eine gegen jene Strecke sich richtende größere Unternehmung des Feindes zu befürchten stand. Dagegen mußte der Werra-Übergang in Witzenhausen, worauf wir sogleich

zurückkommen werden, bis zur Herankunft des Detachements von Münden besetzt bleiben, um dessen Weitermarsch auf der Straße nach Heiligenstadt sicher zu stellen. Übrigens konnte im äußersten Notfalle die von Münden kommende Kolonne auf der fraglichen Strecke mittelst der mehrfach einmündenden Seitenwege nordwärts ausweichen, um dann über Friedland rc. die Heiligenstädter Straße wieder zu gewinnen.

Die eben in Betracht gezogene Besetzung von Witzenhausen, wo die von Kassel über Groß-Almerode geleitete Straße die Werra überschreitet, war indessen nicht nur zur Sicherung des Rückzuges der von Münden kommenden Kolonne erforderlich, sondern hätte schon seit dem 19., nachdem der Einmarsch der Preußen in Kassel konstatiert war, in ausgiebigerem Maße stattfinden sollen, als es bisher der Fall, wo nur eine von der Brigade Bülow dahin vorgeschobene Kavallerie-Feldwache in jener Richtung beobachtete. Gleichwie für den anfänglich nach der Gegend von Eschwege projektierten Marsch die Brücke von Witzenhausen zu sichern gewesen sein würde, ebenso mußte eine stärkere Besetzung dieses Ortes ratsam erscheinen, um die später auf Heiligenstadt eingeleitete Bewegung gegenüber den eventuell auftauchenden Spitzen der Division Beyer zu maskieren. Setzen wir den Fall, daß zu diesem Zwecke am 20. das Tags zuvor von der Brigade Bülow nach Friedland detachierte Jägerbataillon mit 1 Eskadron bis Witzenhausen vorgeschoben wurde, so würde dasselbe bis zu der am 21. vormittags zu erhoffenden Herankunft des Detachements von Münden daselbst zu verbleiben und eventuell einem feindlichen Unternehmen Widerstand zu leisten gehabt haben, um dann der Armee auf Heiligenstadt zu folgen. Erschien der Feind aber schon am 20. mit stärkeren Abteilungen gegen Witzenhausen, so gestaltete sich die Verteidigung dieses Punktes ohnehin zu einer Notwendigkeit, der man sich nicht entziehen konnte und welche unter Umständen die ganze Brigade Bülow in Anspruch genommen hätte, eine Eventualität, deren Eintritt zugleich den Verzicht auf eine Demonstration von Münden gegen Kassel im Gefolge gehabt haben würde. Indessen war man anderseits doch immerhin zu der Präsumtion berechtigt, daß, insolange nicht der Feind von Kassel gegen das in 4 Stunden erreichbare Münden eine regere Thätigkeit entfaltete oder eine auf den Schutz dieser Residenz deutende Aufstellung nahm, ein stärkerer Angriff gegen das $4\frac{1}{2}$ Meilen entfernte Witzenhausen wohl kaum zu besorgen war.

So wie die Entwickelung der Dinge sich später gestaltete, drang am 21. morgens eine preußische Husarenpatrouille durch das unbesetzte Witzenhausen auf das rechte Werra-Ufer vor und wurde durch die von Münden vorüberpassierende hannoversche Husaren-Eskadron gesprengt. Würde die feindliche Patrouille Witzenhausen stärker besetzt gefunden haben, so hätte aus der darüber nach Kassel erstatteten Meldung das dortige preußische Divisions-Kommando vorläufig jedenfalls noch nicht den bereits stattfindenden Abmarsch der hannoverschen Armee erkennen können.

Trat der Fall ein, daß die Division Beyer noch vor Aufbruch der hannoverschen Truppen gegen Münden oder Witzenhausen oder gegen beide Orte zugleich größere Streitkräfte vorschob, so mußten diese zwei Punkte mit Rücksicht auf ihre Wichtigkeit als Flußübergänge vorerst nachhaltig verteidigt werden, eine Eventualität, welche, wie schon früher betont, bereits am 19. zu einer stärkeren Besetzung derselben gemahnt haben sollte, nachdem die Ankunft des Feindes in Kassel konstatiert war. Die Hannoveraner würden sich bei Verteidigung jener Punkte durch das Terrain in vorteilhaftester Weise unterstützt gesehen haben, speziell bei Münden, wo der Gegner in dem durch Berge und Waldungen beengten Weser- und Werra-Thale an der Entwickelung größerer Streitkräfte sich gehindert gesehen hätte. Mit Rücksicht auf eine eventuelle Verteidigung von Münden und Witzenhausen dürfte es sich vielleicht als empfehlenswert erwiesen haben, das Gros der Brigade Bothmer, welche zugleich durch ein stärkeres Detachement den ersteren Punkt besetzt hielt, in und nächst Hedemünden (im Werra-Thale) zu konzentrieren, wo dieselbe, je eine Meile von den beiden obigen Flußübergängen entfernt, à portée stand, um eintretendenfalls nach dieser oder jener Richtung einzugreifen. Die hannoversche Armee durfte sich indessen durch einen allenfallsigen Angriff der Division Beyer nicht beirren lassen, unter dem Schleier jener Gefechte ihren südwärts geplanten Marsch auf Heiligenstadt anzutreten, um mit Rücksicht auf die anrückende nördliche preußische Heeresgruppe der Gefahr der Einschließung sich zu entziehen. Mochte auch unter diesen Umständen das Gelingen des Marsches nach Süddeutschland problematisch erscheinen, so sicherte sich doch die hannoversche Armee für die nächsten Tage die Bewegungsfreiheit und konnte der Hoffnung Raum geben, während sie dem Angriffe des überlegenen Gegners auszuweichen trachtete, die

Offensive der süddeutschen Bundesgenossen ihre degagierende Wirkung äußern zu sehen. Stand der Feind bereits vor Münden, so würde es sich als das ratsamste erwiesen haben, den Ort in der Nacht vor dem Aufbruche der Armee in aller Stille zu räumen und die betreffenden Truppen über Ober=Scheden und Jühnde nach der Straße Göttingen=Heiligenstadt zu ziehen, um sie die Nachhut bilden zu lassen. Witzenhausen mußte dagegen von den hannoverschen Truppen so lange behauptet werden, bis die Nachhut der Armee auf der Straße nach Heiligenstadt die preußische Grenze überschritten hatte.

Gab der durch die Werradefileen und das angrenzende Bergland gehende Marsch der beiden Hauptkolonnen zu dem Bedenken Anlaß, daß man hier nicht nur in hartnäckige Gefechte mit dem Feinde verwickelt werden, sondern infolge des hieraus sich ergebenden Aufenthalts in jenem dünn bevölkerten Gebiete auch noch mit Verpflegungsschwierigkeiten zu kämpfen haben konnte, so wirft sich die Frage auf, ob es nicht ratsamer gewesen sein würde, schon in Göttingen für die späterhin unter dem Einflusse anderer Umstände gewählte Marschrichtung über Langensalza gegen Gotha oder Eisenach sich zu entscheiden, indem man, damit das westwärts bleibende Bergland umgehend, in das fruchtbare Thüringer Hügelland gelangte, wo man nicht nur hinlänglichen Unterhalt zu finden hoffen durfte, sondern auch im Falle eines feindlichen Angriffes die Armee alsbald konzentriert haben konnte. Von Göttingen über Mühlhausen und Langensalza bis Eisenach sind es zwar 13½ Meilen, also im allgemeinen 2 Meilen mehr, als auf den für die beiden Hauptkolonnen in Aussicht genommenen Linien über Wanfried und Mühlhausen; dagegen war man auf jener weiteren Route der Besorgnis wegen zeitraubender Defileengefechte und allenfallsiger Verpflegungsschwierigkeiten überhoben. Faßte man aber schon ursprünglich einen dieser Marschrichtung mehr entsprechenden Übergangspunkt über den Thüringer Wald nach dem Werra=Thale ins Auge, so würde die zwischen jenen beiden Routen gegebene Raumdifferenz bis auf einen geringen Unterschied sich ausgeglichen haben. Nicht bei Eisenach hätte man unter diesen Umständen den Übergangspunkt in das Werra=Thal suchen, sondern hierfür die Kunststraße in Aussicht nehmen sollen, welche von Mechterstädt (bekanntlich für die Avantgarde=Brigade Bülow das Ziel des dritten Marschtags) durch Waltershausen mit mehrfachen Verzweigungen über den

Thüringer Wald dahin führt. Wurde die Armee von Langensalza gegen diesen Punkt instradiert, so betrug die Entfernung von Göttingen bis dahin 12¾ Meilen, also nur 1¼ und 1½ Meilen mehr, als bei den für die beiden Hauptkolonnen nach Eisenach in Aussicht genommenen Linien über Wanfried und Mühlhausen. Konzentrierte man aber die Armee schon am 20. nachmittags für diesen Marsch zweckentsprechend gegen die preußische Grenze (ohne dieselbe zunächst zu überschreiten, um die Aufmerksamkeit des Gegners nicht zu früh nach jener Richtung zu lenken), wodurch für die Mehrzahl der Brigaden der Ausgangspunkt des am anderen Morgen erfolgenden Abmarsches durchschnittlich um 2 Meilen weiter vorwärts verlegt werden konnte, als die am 20. ausgegebene Disposition vorsah, so würde die Spitze der Armee schon am zweiten Marschtage den südlichen Schienenweg der für die feindlichen Operationen besonders in Betracht kommenden Gürtelbahn bei Mechterstädt erreicht haben und bereits am dritten Tage konnte man, wofern man auf keinen nachhaltigen Widerstand stieß, mit der Überschreitung des Thüringer Waldes beginnen und von Waltershausen in einem dreimeiligen Marsche das Werra-Thal erreichen.

Entwerfen wir in kurzen Umrissen ein Bild, wie jenes Marschprojekt einzuleiten und durchzuführen gewesen sein würde aus der seit dem 18. Juni Platz greifenden Dislokation und unter Zugrundelegung der am 20. gegebenen Situation, welche auch durch keinen feindlichen Angriff alteriert werden sollte.

Um für diesen Zweck die Unterkunft und Verpflegung der Truppen bequemer zu gestalten, würde der Echelonnierung der Armee auf den beiden*) südwärts Göttingen bei Niedernjesa nach Heiligenstadt sich verzweigenden Straßenzügen der Vorzug zu geben gewesen sein.

Am 20. Juni nachmittags hatten daher konzentriert zu werden in Massenquartieren (Scheunen) oder Biwouaks: die Brigade Bülow von Niedernjesa ꝛc. in und bei Nieder-Gandern an der preußischen Grenze, rückwärts von jener die Brigade Bothmer aus der Gegend von Dransfeld bei Groß-Schneen, beide, um am anderen Morgen über

---

*) Die Göttinger Hauptstraße endete damals auf hannoverschem Gebiete in Nieder-Gandern, eine Viertelstunde herwärts der preußischen Grenze. Zur Verbindung mit der bis zur letzteren geleiteten jenseitigen Kunststraße diente eine in der Richtung auf Kirchgandern führende Vizinalstraße.

Kirchgandern auf die Straße Witzenhausen = Heiligenstadt instradiert zu werden *).

Dagegen wurde auf der von Niedernjesa sich abzweigenden Heerstraße nach Heiligenstadt die Brigade Knesebeck, welcher die Reserve-Artillerie folgte, von Göttingen bis zu dem 2 Meilen entfernten Bremke vorgeschoben. Ihr wäre, da sie zunächst von Heiligenstadt stand, am anderen Morgen die Avantgarde zugefallen. Die zwischen Göttingen und Nörten kantonnierende Brigade de Vaux würde der Brigade Knesebeck bis zum Eingange des Bremke = Thales nach Reinhausen zu folgen gehabt haben. Die für diese Brigade hierbei in Betracht kommenden Entfernungen betrugen 2 bis 2½ Meilen; wurden aber zur Schonung der Mannschaft die entferntesten Bataillone von Nörten aus per Bahn nach Göttingen befördert, so vermindert sich für sie die Fußmarschleistung um 1 bis 1½ Meilen. Das von der Brigade de Vaux bis Northeim vorgeschobene Detachement war mit Rücksicht auf die schon Seite 312 erörterten Verhältnisse gleichzeitig unter Benutzung des bis Göttingen zur Verfügung stehenden Schienenwegs heranzuziehen.

Sollte die Reserve = Kavallerie der Avantgarde = Brigade folgen, so würde dieselbe aus ihren Quartieren um Mengershausen in einem einmeiligen Marsche mindestens bis Reinhausen heranzuziehen oder wenn möglich durch das Bremke = Thal gleichfalls bis Bremke (beiläufig 1¾ Meilen) vorzuschieben gewesen sein.

Das Artillerie-Depot und der Armee-Train hatten, wenn immerhin möglich, bis Niedernjesa vorgezogen zu werden, um von dort am andern Morgen die durch das Bremke = Thal führende Straße zu verfolgen.

Sämtliche Truppenteile rückten aus ihren Kantonnements auf dem kürzesten und geeignetsten Wege nach den für sie bestimmten Sammelplätzen. Die Infanterie, deren Tornister auf den bevorstehenden Märschen zu fahren waren, hatte in ihren bisherigen Kantonnements das

*) Das jenseits der hannoverschen Südbahn in Löwenhagen, Ellershausen 2c. untergebrachte 6. Infanterie-Regiment, welches dort beiläufig 2¾ Meilen von Groß-Schneen stand, konnte zu seiner Schonung in dem benachbarten Dransfeld auf jenem Schienenwege eingeschifft und bis Göttingen befördert werden, um von hier im Landmarsche nach seinem Bestimmungsorte weiter zu gehen, wodurch die zu Fuß zurückzulegende Entfernung um beiläufig 2 Stunden gekürzt worden sein würde.

hierzu erforderliche Fuhrwerk zu requierieren, welches den betreffenden Truppenteilen auch über die Grenze folgte, insolange nicht ein Ersatz dafür gegeben. Während hier die Armee in der Konzentrierung begriffen war, hätte am späten Nachmittage durch ein Detachement der Brigade Bothmer die oben besprochene Demonstration gegen Kassel stattgefunden. Witzenhausen nehmen wir als durch 1 Bataillon und 1 Eskadron der Brigade Bülow besetzt an.

Die Brigade Knesebeck war in ihrer Eigenschaft als Avantgarde durch eine zweite Batterie zu verstärken.

Ihre und der Brigade de Vaux Reiterei würden zu einer Brigade zu vereinigen gewesen sein, um der Avantgarde aufklärend vorauszugehen und zugleich für die Verpflegung der Armee und die Beistellung von Fuhrwerk, insbesondere zum Fahren der Tornister, die erforderlichen Maßregeln zu treffen.

War die Armee mit Rücksicht auf den ursprünglich beabsichtigten Marsch über Eschwege bereits an der Göttinger Straße südwärts Niedernjesa diesseits der Grenze echelonniert, als man sich für die Direktion auf Heiligenstadt entschied, so konnte sie schließlich auch aus dieser Aufstellung, bei Nieder-Gandern und Friedland eng konzentriert, am anderen Morgen in einer gegen die obige modifizierten Marschordnung auf der Straße Witzenhausen-Heiligenstadt in Bewegung gesetzt werden.

Stand das Gros der Brigade Bothmer eventuell in Hedemünden, wie oben erörtert, so bedurfte es nur eines anderthalbmeiligen Marsches, um dasselbe bis Friedland an die Göttinger Straße heranzuziehen.

War wegen des Erscheinens stärkerer feindlicher Streitkräfte gegen Witzenhausen die gesamte Brigade Bülow dahin gezogen worden, so würde derselben die Aufgabe zugefallen sein, die Nachhut der Armee zu bilden. Die hieraus hervorgehenden Kämpfe konnten allerdings von hemmendem Einflusse auf die Bewegung der Armee werden. Da jedoch die Situation, wie uns die Folge zeigen soll, nicht zu einer derartigen Gestaltung sich entwickelte, kann füglich diese Eventualität hier außer Anschlag bleiben, um späterhin noch in den Kreis unserer Betrachtungen gezogen zu werden.

Die Märsche würden unter dem Gesichtspunkte zu regeln gewesen sein, daß zur Mittagszeit eine mehrstündige Rast mit Verpflegung gehalten wurde. Soweit als möglich waren hierzu die Truppen in den

Ortschaften an der Marschstraße einzuquartieren, um eine warme Mahlzeit verabfolgt zu erhalten. Wo dies nicht durchgängig stattfinden konnte, wie auf der dünn bevölkerten Strecke zwischen Heiligenstadt und Mühlhausen, mußten die betreffenden Truppenteile in der Aussicht, abends eine warme Mahlzeit zu bekommen, einstweilen mit kalter Verpflegung sich genügen lassen, für welche die vorauseilende Reiterei das Erforderliche aus der Umgegend zu requierieren hatte. Im äußersten Notfalle wäre der mitgeführte eiserne Bestand anzugreifen gewesen, um demnächst unter günstigeren Verhältnissen seine Wiederergänzung zu finden. Überhaupt mußte darauf Bedacht genommen werden, daß die Truppen in diesen Rastpausen während der heißen Mittagszeit auch wirklich ruhten und für die Fortsetzung des Marsches sich stärkten, weshalb ihre Inanspruchnahme durch das Abkochen zu vermeiden. In den passierten Städten und großen wohlhabenden Dörfern war es voraussichtlich mit keinen unüberwindlichen Schwierigkeiten verbunden, dem Manne eine warme Mittagsmahlzeit sicher zu stellen, wenn die Leute nach rechtzeitiger ergangener Ansage zu jenem Zwecke bei den Ortsbewohnern einquartiert wurden.

Mit diesen Maßregeln zur Schonung des Mannes dürfte die Marschfähigkeit der Armee wesentlich gewonnen haben und hierdurch das gesteckte Ziel erreicht worden sein, ohne daß die Märsche zu einer die Reihen lichtenden Erschöpfung geführt hätten.

Bei der oben zugrunde gelegten Konzentrierung würde die Armee am 21. morgens zunächst auf zwei in Heiligenstadt sich vereinigenden Straßen marschiert sein, um von hier aus in Ermangelung einer entsprechenden Lateralstraße in eine Kolonne überzugehen, was bei ihrer beschränkten Stärke wohl ohne Bedenken geschehen konnte, da für die schwachen Brigaden dementsprechende geringere Echelonsintervallen genügt hätten.

Der erste Marschtag würde die Avantgarde-Brigade Knesebeck, nachdem sie in Dingelstädt Mittagsrast gehalten, mittelst eines fünfmeiligen Marsches bis Mühlhausen geführt haben, wo sie südlich der Stadt Biwouaks bezog. Die ihr mit der Reserve-Artillerie folgenden Brigaden de Vaux und Bülow würden nach einem ebenfalls fünfmeiligen Marsche, bis in die nördliche Umgebung von Mühlhausen gelangt sein; Mittagsrast in Kreuzeber, Geisleden und Heiligenstadt. Je nachdem die Reserve-Kavallerie am vorhergehenden Tage bis Bremke oder Reinhausen heran-

gezogen worden war, würde sie südlich oder nördlich von Mühlhausen übernachtet haben. Die Brigade Bothmer rückte dagegen bis Dingelstädt (nicht ganz 5 Meilen), Mittagsrast in Heiligenstadt; das Artillerie-Depot und der Train gingen durch das Bremke-Thal bis zwischen Heiligenstadt und Kreuzeber. Die von Münden und Witzenhausen einrückenden Detachements folgten als Nachhut bis Heiligenstadt oder Umgegend.

Am zweiten Tage würde die Brigade Knesebeck in direkter südlicher Richtung über Mülverstädt, Reichenbach und Behringen in einem kaum viermeiligen Marsch Mechterstädt und damit die sodann gegen Westen wie Osten zu zerstörende Eisenbahn Gotha = Eisenach erreicht haben; Mittagsrast in Reichenbach und Behringen. Die ihr zunächst folgende Reserve = Kavallerie hätte einen nur etwa 1 Stunde längeren Marsch zu machen gehabt. Die Brigaden de Vaux und Bülow, sowie die Reserve = Artillerie waren auf die Hauptstraße von Mühlhausen nach Langensalza zu verweisen, um nach der in letzterer Stadt gehaltenen Mittagsrast auf der Eisenacher Straße bis Reichenbach und Behringen weiter zu rücken, eine Gesamtentfernung von 4½ bis 5 Meilen. Die Brigade Bothmer marschierte dagegen von Dingelstädt (Mittagsrast in Groß = Gottern) durch Langensalza mindestens bis Henningsleben an der Gothaer Straße (Gesamtentfernung 4½ Meilen), um hier zugleich in letzterer Richtung zu beobachten.

Gleichzeitig wurde der Train bis nördlich Langensalza nachgezogen; die Nachhut erreichte Groß-Gottern.

Bei diesem Marschentwurfe würde die Armee bereits am zweiten Tage seit Überschreitung der preußischen Grenze in den Stellungen eingetroffen sein, welche sie später erst in 3 Marschtagen erreichte. Das in jenen Tagen herrschende trockene Wetter würde die planmäßige Durchführung dieses Marsches nicht beeinträchtigt haben. Aus der am zweiten Tage abends Platz greifenden Aufstellung konnte die Armee nicht nur in der Richtung über Waltershausen ihre Bewegung in das Werra-Thal fortsetzen, was sich als das geeignetste erwiesen haben würde und worauf wir in der Folge noch zurückkommen werden, sondern sie stand zugleich à portée, um über Eisenach und im äußersten Falle selbst über Gotha nach Süden instradiert zu werden.

Unerwähnt darf übrigens nicht bleiben, daß der hannoverschen Heerführung in Göttingen sowohl, wie während der kommenden Operationen

nur ein spärliches und teilweise der Zuverlässigkeit entbehrendes Kartenmaterial von dem in Betracht kommenden Gebiete zur Verfügung stand. Bei dem eiligen Rückzuge von Hannover war in der Verwirrung nur eine geringe Anzahl von Spezialkarten nach Göttingen gerettet worden. Das vorhandene Kartenmaterial beschränkte sich auf das Gebiet bis zu der in dem Thüringer Walde gegebenen Linie. Auf Grund dieser Hilfsquellen wurde in Göttingen behufs Verteilung an die Truppen in hinlänglicher Anzahl mittelst Überdrucks eine Skizze angefertigt, welche, da damals noch der Marsch über Eschwege nach Bebra oder Eisenach beabsichtigt war, nur die in diesen Richtungen gegebenen größeren Orte und die Straßenverbindungen zur Anschauung brachte. Da dieses Blatt aber für den demnächst beschlossenen Marsch über Mühlhausen nur in ungenügendem Maße brauchbar war, wurde zwar noch in Göttingen die Anfertigung einer Kartenskizze des neuen Operationsgebiets in Angriff genommen, konnte jedoch bei dem schon am 21. Juni erfolgenden Aufbruche der Armee nicht mehr vollendet werden. Das Hauptquartier sowohl, wie die verschiedenen Stäbe blieben daher während des Marsches der folgenden Tage für die Komplettierung ihres Kartenmaterials bemüht, was auch, obwohl nicht in ausreichendem Maße, gelang.

Mit Rücksicht auf den südwärts angeordneten Abmarsch erhielt der Major des Generalstabs v. Jacobi am 20. Juni abends auf sein Ansuchen von dem kommandierenden General die Genehmigung, am nächsten Morgen mit einer Dragoner-Eskadron der Brigade Bülow in der Richtung auf Eisenach vorauszueilen, um die Verbindung mit den Bayern anzustreben. Indessen wurde diese Erlaubnis noch in der Nacht zum 21., vielleicht unter dem Eindrucke der dortigen, in der Folge zu erwähnenden Vorgänge widerrufen, womit insofern wohl kein Nachteil verbunden war, da jene Abteilung nur zu leicht die Aufmerksamkeit des Gegners nach dieser Richtung lenken und ihn zu Truppenentsendungen dahin veranlassen konnte.

Die hannoversche Armee stand somit den 20. abends bereit, um am anderen Morgen, ihren König und den Kronprinzen in der Mitte, die vaterländische Grenze zu überschreiten. Hatte man bisher im königlichen Hauptquartiere der lebhaften Hoffnung sich hingegeben, für den südwärts gehenden Marsch einer Unterstützung durch die süddeutschen Bundesgenossen sicher zu sein, so sollte man sich in dieser Voraussetzung

enttäuscht sehen, als der zu jenem Behufe nach Süddeutschland entsendete Hauptmann Reichard in der Nacht zum 21. Juni nach Göttingen zurückkehrte und nichts weniger als ermutigende Botschaften in jener Beziehung überbrachte.

Wie bereits früher erwähnt, war Reichard in Zivilkleidern am 17. Juni von Göttingen abgereist, um den süddeutschen Befehlshabern, dem Prinzen Karl von Bayern und dem Prinzen Alexander von Hessen, die dringende Bitte um schleunige Unterstützung der hannoverschen Armee zu überbringen. Auf seiner südwärts gehenden Fahrt erreichte er am 18. Juni die ersten befreundeten Truppen in Hünfeld. Es war das nur wenig über 4000 Mann zählende Gros der kurhessischen Division, welches unter Führung des General-Majors v. Schenck aus Kassel im Abzuge nach Fulda begriffen war, um sich mit seiner in den südlichen Landesteilen garnisonierenden 2. Infanterie-Brigade zu vereinigen, worauf wir später betreffenden Orts nochmals spezieller zurückkommen werden. Zwischen 3 und 4 Uhr morgens in Hünfeld eingetroffen, meldete sich Hauptmann Reichard, der keine Legitimation besaß, bei dem eben genannten General und eröffnete ihm, im Auftrage des Königs von Hannover und des Generals v. Arentsschildt abgesandt zu sein, um Hilfe zu erbitten. Auf Befragen des Generals, warum die hannoversche Armee nicht marschiere, entgegnete der Hauptmann, darüber keine Auskunft erteilen zu können. Deren Stärke gab er auf beinahe 19000 Mann an. Unter Hinweis auf den geringen Stand seiner ohnedies nur über beschränkte Munitionsvorräte verfügenden Truppen und mit Rücksicht auf den ihm erteilten Befehl zum Rückzuge nach Hanau, erklärte der General, wenn man hannoverscherseits überhaupt den festen Entschluß habe, zu marschieren und dies ohne Verzug ausführen würde, wozu er die über Eschwege führende Straße anempfahl, er in diesem Falle nicht nur Bebra zu halten suchen wolle, sondern auch den General v. Arentsschildt, sollte derselbe hierbei eventuell vom Feinde angegriffen werden, alle in seinen Kräften stehende Beihilfe zu leisten bereit sei. Aber zu wiederholten Malen betonte der General, daß er bei den geringen Munitionsbeständen seiner Truppen etwa nur ein Rückzugsgefecht zu liefern in der Lage wäre. Indem er überdies noch auf Grund der ihm zugegangenen Nachrichten bemerkte, daß die hannoversche Armee von der gegen Kassel vorgehenden preußischen Division vorläufig nicht viel zu

besorgen habe, da dieselbe infolge starker Märsche der Ruhe sehr bedürftig sein würde und im ganzen nur über ein Husaren=Regiment zum Aufklärungsdienste verfüge, forderte der General den Hauptmann Reichard auf, sofort zum General v. Arentsschildt zurückzukehren und diesen zu ersuchen, ihn von dem alsbaldigen Abmarsche über Eschwege Kenntnis zu geben. Indessen erklärte der hannoversche Sendbote, dieser Aufforderung vorläufig nicht Folge leisten zu können, da er zunächst auch noch an den Prinzen Karl von Bayern einen Auftrag habe. Der hessische General entgegnete ihm, daß er das bayerische Lager dieserhalb nicht aufzusuchen brauche, da er selbst bereits einen Offizier an den bei Schweinfurt kommandierenden General=Lieutenant v. Hartmann entsendet habe, um wegen einer allenfalls von dort zu erhoffenden Unterstützung zu sondieren. Obwohl der General wiederholt darauf hinwies, wie es für die wahrscheinlich nichts weniger als schlagfertige hannoversche Armee von wesentlicher Bedeutung sei, durch einen raschen Marsch dem Kampfe mit dem Feinde sich zu entziehen, beharrte Reichard dennoch bei seiner Erklärung, nicht sofort in das hannoversche Hauptquartier zurückkehren zu können, da er überdies auch noch den Auftrag habe, dem Prinzen Alexander von Hessen, Commandeur des 8. Bundes=Armeecorps, seine Aufwartung zu machen. Infolge dieser Eröffnung entgegnete der General, unter solchen Umständen unmöglich so lange in Hünfeld und Bebra stehen bleiben zu können, bis der Hauptmann Reichard von seiner ausgedehnten Reise zum General v. Arentsschildt zurückgekehrt und letzterer erst dann seine Beschlüsse wegen des Abmarsches nach Süden gefaßt haben würde. Wenn die hannoversche Armee nicht alsbald aufbreche, fügte der General hinzu, so könne man über das ihrer harrende Schicksal sich nicht täuschen. Damit endete die Unterredung. Hauptmann Reichard setzte seine Reise noch am 18. über Fulda und Schweinfurt nach Bamberg in das bayerische Hauptquartier fort. Vermochte Reichard schon in Schweinfurt, wo die 4. bayerische Infanterie=Division unter General=Lieutenant v. Hartmann stand, keine ermutigenden Aussichten für eine alsbaldige Offensive der süddeutschen Truppen zur Rettung der Hannoveraner zu gewinnen, so sollte ihm ebenso wenig im Hauptquartiere zu Bamberg eine bestimmte Zusage in jener Beziehung zuteil werden. Unter diesen nicht aussichtsvollen Umständen eilte Reichard nach Darmstadt zu dem dort weilenden Commandeur des 8. Bundes=Armeecorps, dem

Prinzen Alexander, welchem er sich am 19. Juni vorstellte. Hatte Prinz Karl, an der Spitze der operationsbereiten bayerischen Armee, dem hannoverschen Sendboten eine bestimmte Zusage wegen einer alsbaldigen Offensive nicht erteilt, so sah sich Prinz Alexander hierzu um so weniger imstande, da sein Corps noch in der Sammlung begriffen und vorläufig von der Bundesversammlung mit der Deckung von Frankfurt und Mainz beauftragt war. Mit diesem ziemlich hoffnungslosen Resultate seiner Mission begab sich Hauptmann Reichard auf die Rückreise und traf über Fulda in der Nacht zum 21. Juni in Göttingen ein. Sein Bericht sollte ein neues Glied in der Kette der Enttäuschungen sein, welche bisher den leitenden hannoverschen Kreisen zuteil geworden waren.

Daß der kurhessische General sich bereit fand, bei Bebra der hannoverschen Armee die Hand zu bieten, verdient um so mehr Anerkennung, nicht nur im Hinblick auf die mangelhafte Schlagfertigkeit seiner Truppen, sondern auch in Anbetracht des ihm neuerdings zugegangenen Befehls (auf welchen wir unter Abschnitt V. noch eingehender zurückkommen werden), eventuell bei Fulda stehen zu bleiben, wenn der Heranmarsch bayerischer Truppen sich bestätigen sollte, andernfalls aber den Rückzug nach Hanau fortzusetzen. Mit Rücksicht auf die gegebenen Verhältnisse handelte jedoch anderseits der General v. Schenck ebenso richtig, wenn er erklärte, seine Beihilfe von der Zusicherung abhängig machen zu müssen, daß die hannoversche Armee den Marsch südwärts so rasch als möglich antreten würde. Daß Hauptmann Reichard nicht sofort nach dem 13 Meilen entfernten Göttingen zurückkehrte, um das hannoversche Armee-Kommando von der Bereitwilligkeit des kurhessischen Generals und der Lage der Dinge in dieser Richtung in Kenntnis zu setzen, war nicht sachgemäß gehandelt. Seine Aufträge an die Prinzen Karl und Alexander konnten füglich ebenso gut durch kurhessische Offiziere, welche ihm der General v. Schenck sicherlich dafür zur Verfügung gestellt haben würde, an den Ort ihrer Bestimmung übermittelt werden. Würde Hauptmann Reichard von Hünfeld sofort auf die Rückreise sich begeben haben (für die anderthalbmeilige Strecke Hersfeld-Bebra stand ihm Eisenbahnverbindung zur Verfügung), so konnte er spätestens am 19. vormittags in Göttingen wieder eingetroffen sein. War das hannoversche Armee-Kommando durch die von jenem Offizier überbrachte Botschaft nunmehr hinlänglich über die in der Direktion auf Bebra gegebene

Situation orientiert und zugleich der Unterstützung durch die kurhessischen Truppen versichert, so durfte man bei dieser Sachlage auch die Route über Eschwege wählen, welche unter jenen Umständen, wie bereits auf Seite 406 erörtert, weniger zu Bedenken Anlaß gab. War Hauptmann Reichard am 19. Juni vormittags nach Göttingen zurückgekehrt, so konnten unverzüglich die Einleitungen zu dem damals im hannoverschen Hauptquartiere bereits in Erwägung gezogenen Abmarsch auf Eschwege 2c. getroffen werden. Vielleicht hätte man die Armee schon am 20. Juni nachmittags, spätestens aber doch am 21. morgens nach jener Richtung in Bewegung gesehen. So wie die Situation unter diesen Umständen sich gestaltet haben dürfte, hätte übrigens auch auf die an anderer Stelle erörterte Demonstration von Münden gegen Kassel verzichtet werden können.

Für die kurhessischen Truppen war die Aufstellung bei Bebra unter den gegebenen Verhältnissen insofern eine weniger gewagte, da ihr Rückzug nach Süden gesichert erscheinen konnte. Selbst den Fall gesetzt, daß die über Gießen-Marburg vorgehende preußische Division Beyer, ohne zunächst auf Kassel zu rücken, die von dort abgezogenen kurhessischen Truppen zu ihrem Operationsobjekte machte und die Straße Bebra-Fulda bedrohte, so blieben die letzteren doch in der Lage, entweder über Berka und Kalten-Nordheim oder aber durch das Werra-Thal ihren Rückzug südwärts zu nehmen, um den durch das nördliche Bayern nach dem unteren Main führenden Schienenweg zu gewinnen und auf demselben nach Hanau 2c. befördert zu werden.

Wenn auch die kurhessischen Truppen mit Rücksicht auf ihre beschränkten Munitionsvorräte nicht in der Lage waren, eine Reihe von Gefechten führen zu können, so hatten sie doch den ihnen gesicherten Vorteil der Bewegungsfreiheit für sich und konnten dem Kampfe ausweichen, ohne damit aufzuhören, eine Bedrohung für den Rücken des Feindes zu bleiben. Trat der gegen sie drückende Feind den Rückmarsch an, so brauchten sie ihm nur zu folgen, um wieder ihren Einfluß auf die Maßnahmen des Gegners zur Geltung zu bringen, bis der Anmarsch der süddeutschen Bundesgenossen der Situation auf diesem Kriegstheater eine andere Gestaltung verlieh. Ließ aber andernfalls der Feind einen mehr oder minder großen Teil seiner Streitkräfte gegen die kurhessischen Truppen zurück, so resultierte hieraus eine Schwächung seiner Wirk-

samkeit in nördlicher Richtung gegen die Hannoveraner, deren Operationen somit in beiden Fällen begünstigt worden wären. Unter den geschilderten Umständen sollte indessen jene Mitwirkung der kurhessischen Truppen unterbleiben und die hannoversche Armee schließlich nur im Vertrauen auf ihr gutes Glück den Abmarsch südwärts antreten.

Dem Hauptmann Reichard war bekanntlich in der Person des zur Zeit außer Dienst befindlichen österreichischen Majors v. Wacquant ein zweiter geheimer Sendbote gefolgt, welcher es freiwillig im Auftrage des österreichischen Gesandten Grafen Ingelheim übernommen hatte, aus südlicher Richtung Hilfe zu requirieren. Er traf am 20. Juni frühzeitig in Fulda bei dem mittlerweile dahin zurückgegangenen kurhessischen General v. Schenck ein und forderte ihn zum Haltmachen daselbst oder auch zum Vorrücken nach Bebra auf. Da aber die erst am vorhergehenden Tage aus dem bayerischen Lager gemachten Eröffnungen eine baldige Offensive von jener Seite nicht erhoffen ließen, so sah sich der kurhessische General auf Grund der ihm erteilten Direktiven zur Fortsetzung des Marsches nach Hanau genötigt und mußte den Major v. Wacquant ebenso abschlägig bescheiden, wie den Hauptmann Reichard.

Als dritter Sendbote verließ, wie schon früher erwähnt (s. S. 402), der beim Regierungsrat Meding dienstleistende Kanzlist Duve am 19. Juni 11½ Uhr nachts mittelst Extrapost Göttingen, um ein offenes Schreiben des Generals v. Arentsschildt an die süddeutschen Befehlshaber zu überbringen, des Inhalts, daß die hannoversche Armee in der Richtung von Eschwege aufbrechen würde, falls er bis zum 23. Juni Nachricht erhalten, daß ihm befreundete Truppen entgegen kämen. Zugleich hatte Duve bekanntlich auch von dem österreichischen Gesandten Grafen Ingelheim ein Schreiben an den österreichischen Bundestags-Präsidenten Freiherrn v. Kübeck in Frankfurt am Main erhalten. Unbehindert erreichte Duve am 20. abends 9 Uhr Fulda, welches er von den bereits weitermarschierten kurhessischen Truppen verlassen fand. Da er aber von dem dortigen Stadt-Kommandanten, General-Major v. Specht, die Mitteilung erhielt, daß der kurhessische kommandierende General v. Loßberg*) sich

*) Derselbe, bisher Commandeur der 2. Infanterie-Brigade in Fulda, war mittlerweile, wie in der Folge noch darzulegen, mit der Führung der bei Hanau zu konzentrierenden Division beauftragt worden und bereits dahin abgegangen.

in Hanau befinde, setzte Duve, nachdem er noch der eben abgehenden Post einen Brief an den Regierungsrat Meding übergeben hatte, schleunigst seine Reise dahin fort und traf am nächsten Morgen 9 Uhr (21. Juni) dort ein. Er überreichte das Schreiben des Generals v. Arentsschildt dem General v. Loßberg, welcher indessen erklärte, nicht selbständig handeln zu können, da der Prinz Alexander von Hessen bereits das Kommando übernommen habe; jedoch erbot er sich, sofort seinen Adjutanten in der Sache an jenen entsenden zu wollen, was auch geschah. Duve eilte nunmehr nach Frankfurt weiter und behändigte dort mittags dem Bundestags-Präsidenten Freiherrn v. Kübeck das Schreiben des Grafen v. Ingelheim, welcher den hannoverschen Sendboten mit einem Briefe an den Prinzen Alexander verwies, dessen Hauptquartier in Darmstadt sich befand. Duve fuhr (noch am 21.) dahin und schon um 3½ Uhr nachmittags wurde er daselbst von dem Prinzen Alexander empfangen, bei welchem auch der vom General v. Loßberg entsendete Adjutant eingetroffen war. Duve machte dem Prinzen Alexander eingehende Mitteilungen über die Stellung der hannoverschen Armee und erhielt nach einstündiger Anwesenheit von ihm den mündlichen Auftrag, dem König Georg die Meldung zu überbringen, daß er die Bayern, welche noch Tags zuvor bei Schweinfurt gestanden, von denen er aber seit 24 Stunden keine Nachricht habe, ersuchen wolle, rasch in nördlicher Richtung vorzugehen; das 8. Bundes-Armeecorps würde schleunigst über Fulda gegen Eschwege der hannoverschen Armee entgegenrücken, während die (2.) kurhessische Infanterie-Brigade demonstrationsweise von Hanau nach Gießen vorgeschoben werden sollte. Indem Duve nunmehr sofort auf die Rückreise nach Frankfurt sich begab, richtete der Prinz Alexander die telegraphische Aufforderung an den Prinzen Karl von Bayern, die bei Schweinfurt stehende 4. Infanterie-Division über Fulda vorgehen zu lassen, während seitens des 8. Corps die oben erwähnte Demonstration auf Gießen stattfinden sollte. Nachdem Prinz Karl noch am 21. abends zugesagt hatte, wurde vom 8. Corps am folgenden Tage ein württembergisches Detachement von Vilbel (bei Frankfurt) per Bahn nach Gießen entsendet, um dort angeblich Quartier für 30000 Mann zum Marsche nach Kassel anzusagen. Dasselbe kehrte jedoch bereits in der darauf folgenden Nacht nach Vilbel zurück, ohne vom Feinde etwas wahrgenommen zu haben. Die 4. bayerische Infanterie-Division ging

unterdessen am 22. und 23. von Schweinfurt über Kissingen nach Brückenau vor, machte hier aber Halt, da die über die Hannoveraner einlaufenden, einander sehr widersprechenden Nachrichten kein klares Bild von der Situation gewinnen ließen und namentlich eine Kundschaft den Abzug derselben von Eschwege in östlicher Richtung meldete.

Dube hatte unterdessen seine Rückreise über Frankfurt und Hanau in der Richtung auf Göttingen fortgesetzt. Nachdem er unterwegs in Ermangelung eines Fuhrwerks vier Meilen hatte reiten müssen, erreichte er am 22. Juni mittags Eschwege, wo er bereits auf preußische Truppen (von der Division Beyer) stieß. Zwar konnte er seine Fahrt noch bis Allendorf fortsetzen, sah sich aber hier, wo er den mittlerweile erfolgten Abmarsch der Hannoveraner nach Heiligenstadt in Erfahrung brachte, von den preußischen Truppen an der Weiterreise verhindert. Es sollte ihm somit nicht gelingen, das hannoversche Hauptquartier wieder zu erreichen und sich des ihm vom Prinzen Alexander erteilten Auftrages zu entledigen*).

Ein anderer Sendbote war ein gewisser Wippern, welcher am 21. Juni die im Marsche nach Hanau begriffenen kurhessischen Truppen in Schlüchtern erreichte, aber unter den geschilderten Umständen gleichfalls von dem General v. Schenck abschlägig beschieden werden mußte.

Ohne somit im Besitze von Nachrichten zu sein, welche bei dem südwärts gehenden Zuge eine Unterstützung durch die Bundesgenossen erhoffen ließen, rüstete sich die hannoversche Armee am 20. Juni zum Aufbruche, der sie am folgenden Morgen über die vaterländische Grenze führen sollte. Was im Schoße der Zukunft lag, war zunächst noch unerforschlich; aber trübe Ahnungen über das der Armee harrende Schicksal mußten manchen beschleichen. Die hannoversche Treue wankte zwar nicht, das erhebende Bewußtsein jedoch, für eine siegreiche Sache zu kämpfen, fehlte. So manchem schien es nicht möglich, Preußen und Hannover als deutsche Stämme die Waffen kreuzen zu sehen, und unter diesem Gesichtspunkte fand auch in den Kreisen der Armee die Hoffnung ihre Vertreter, den schwebenden Konflikt schließlich doch noch durch eine Blutvergießen ausschließende Übereinkunft beigelegt zu wissen.

*) Siehe Dubes Bericht in Meding, „Memoiren", Bd. II, S. 142 ꝛc.

Inmitten dieser zu ernsten Betrachtungen Anlaß gebenden Situation war es ein kleiner Freudenstrahl, als am 20. Juni das von Fort Wilhelm abberufene Wach-Detachement unter Premier-Lieutenant Freiherrn v. Hammerstein in Göttingen anlangte. Tag und Nacht marschierend, hatte es sich durchzuschleichen gewußt und glücklich erreichte es, obwohl tief erschöpft, die Armee, von den Kameraden jubelnd begrüßt *).

Die letzte Nacht, welche die hannoversche Armee auf vaterländischem Boden verbrachte, sollte noch zu einer Allarmierung der nordwärts stehenden Brigade de Vaux und einer zeitweiligen Räumung von Northeim durch die dahin vorgeschobene Avantgarde führen, ein Zwischenfall, der hier einer näheren Schilderung unterzogen zu werden verdient.

Northeim war bekanntlich als Knotenpunkt der von dort nordwärts führenden Straßen am 19. Juni abends (s. S. 386) durch ein Detachement besetzt worden, welches unter Major Brauns aus der 5. und 7. Compagnie 3. Regiments, sowie der 1. Eskadron Cambridge-Dragoner bestand und die Aufgabe hatte, nordwärts zu beobachten. Die im Verlaufe des 20. teils durch zurückkehrende Dragoner-Patrouillen, teils durch Reisende überbrachten Nachrichten ließen im allgemeinen auf den Anmarsch des Feindes aus nördlicher Richtung schließen, welcher bekanntlich an diesem Tage die Gegend von Alefeld und Lamspringe (beiläufig 4 Meilen von Northeim) erreichte (s. S. 359). So sollten u. a. bei Salzderhelden und Moringen preußische Abteilungen gesehen und eine hannoversche Husaren-Patrouille bei Eimbeck gefangen worden sein. Auch wurde das Erscheinen feindlicher Truppen bei Salzderhelden von dem dortigen Telegraphenbeamten nach Northeim telegraphisch gemeldet **). Auch wurde von einem abgekommenen Manne der Feldwache bei Hardegsen an das Kommando der Brigade de Vaux in Marienstein die Mitteilung gemacht, daß er bei Lutterhausen einen Trupp preußischer Infanterie (25 bis 30 Mann) gesehen habe. Eine infolge dessen von Northeim gegen Hardegsen entsendete Offizierspatrouille der Dragoner konnte jedoch positive Anhaltepunkte für jene Nachricht nicht gewinnen.

---

*) Siehe eine nähere Schilderung des von jenem Detachement zurückgelegten Zuges unter Anlage VI.

**) Wenn preußische Truppen damals dort wirklich in Sicht gekommen sein sollten, so können es nur Husaren-Patrouillen gewesen sein.

So war der Abend herangekommen, als das Detachement gegen 9 Uhr durch eine mit der Meldung zurückkehrende Dragoner-Patrouille allarmiert wurde, daß eine aus der Richtung von Moringen anrückende starke feindliche Abteilung bereits bis in die Nähe des Northeimer Bahnhofes vorgedrungen sei. Die in Reserve stehende 7. Compagnie eilte sofort nach dem Bahnhofe, fand aber diese Meldung nicht bestätigt. Wahrscheinlich war jene Patrouille bei eingetretener Dunkelheit durch eine Herde von Koppelpferden getäuscht worden.

Mit Rücksicht auf die exponierte Lage des schwachen Detachements, für welches die nächste Unterstützung das eine Meile entfernte 1. Jägerbataillon in Nörten war, trat nach jenem Allarme der Major Brauns mit den Hauptleuten und dem Rittmeister zu einer Beratung zusammen, wie man sich gegenüber einem ernstlichen feindlichen Angriffe zu verhalten. Alle Anwesenden stimmten darin überein, daß Northeim mit den zur Stelle befindlichen schwachen Streitkräften nicht zu behaupten und daher gegebenenfalls eine weiter rückwärts gelegene Stellung zu beziehen sei. Während dieser Unterredung traf vom Brigade-Commando der schriftliche Befehl ein, welcher den beschlossenen Abmarsch nach Süden anzeigte, mit der uns schon bekannten Anordnung, daß das Detachement in Northeim bis 21. abends daselbst stehen bleiben sollte, um dann als ständige Nachhut der Armee zu folgen. Major Brauns hatte diesen Befehl eben zur Kenntnis der bei ihm versammelten Offiziere gebracht, als die Meldung einlief, daß bei der Northeimer Eisenbahnbrücke ein feindliches Kavallerie-Regiment stände, welchem starke Infanterie-Abteilungen folgten. Unmittelbar darauf fielen mehrere Schüsse, welche der an jener Brücke stehende Unteroffizierspoften (von der Infanterie) gegen die angeblichen feindlichen Truppen abfeuerte, um das eigene Detachement zu allarmieren.

Da bei der bereits eingetretenen Dunkelheit eine weitere Umsicht unmöglich war, Major Brauns aber nicht durch ein vielleicht mit der Verlegung der Rückzugslinie endendes Nachtgefecht in Northeim sich festgehalten sehen wollte, so ordnete er den Abzug in der Richtung auf Nörten an. Nachdem die Feldwachen der auf Vorposten stehenden 5. Compagnie eingezogen, verließ das Detachement Northeim. Um den Gegner über die Richtung seines Rückzugs zu täuschen, schlug Major Brauns mit den 2 Compagnieen anfänglich die ostwärts nach Osterode führende

Straße ein, um später am Hange des Wieter-Berges sich nach Sudheim zu wenden und hier die Göttinger Straße zu erreichen, während die Eskadron von Northeim direkt auf der letzteren abmarschierte. Das Brigade-Commando ward gleichzeitig durch Dragoner-Ordonnanz von der Rückzugsbewegung in Kenntnis gesetzt.

Infolge dieser auch an das Hauptquartier in Göttingen übermittelten Nachricht wurde die Brigade de Vaux nachts 11 Uhr allarmiert und ging bei Nörten in eine Gefechtsstellung.

Inzwischen setzte das Detachement Brauns den Rückzug gegen letzteren Ort fort. Da aber keine Anzeichen sich kund gaben, welche auf eine Verfolgung durch den Feind deuteten, entsendete der Major Brauns, seinen Marsch fortsetzend, von der Höhe des zweiten Wieters eine Offizierspatrouille zur Rekognoszierung nach Northeim. Als bei Sudheim (1¼ Stunde von Northeim) um 2 Uhr morgens das Detachement die Göttinger Straße wieder erreicht hatte, machte es Halt und erwartete die nach Northeim entsendete Patrouille, welche mit der Meldung von dort zurückkehrte, daß sie den Ort unbesetzt gefunden.

Mittlerweile waren von den bei Nörten in Bereitschaft stehenden Truppen um 1 Uhr nachts das 1. Jägerbataillon und die 3. Eskadron Cambridge-Dragoner nach Northeim in Marsch gesetzt worden, während die von dort zurückgegangene 1. Eskadron letzteren Regiments zur Brigade einberufen wurde. Das erstere Detachement, welches bei Sudheim an den dort haltenden 2 Compagnieen des Majors Brauns vorüber passierte, erreichte (21. Juni) im Morgengrauen Northeim und besetzte den Ort wieder, indem es die Bestimmung erhielt, nunmehr die Nachhut der Armee zu bilden und jenen Punkt bis gegen Abend besetzt zu halten, eventuell zu verteidigen. Das Detachement lagerte sich unter dem Schutze einer Vorpostenstellung bei dem Thore an der Ruhmebrücke und verrammelte die Flußübergänge.

Die bis Sudheim zurückgegangenen 2 Compagnieen 3. Regiments erhielten dagegen um 4½ Uhr morgens den Befehl, ihrer südwärts abmarschierenden Brigade sich anzuschließen. Da die letztere aber bereits um 5 Uhr morgens von Marienstein aufbrach, gelang jenen 2 Compagnieen erst am Abende bei Siemerode (nördlich Heiligenstadt) der Anschluß an die Brigade.

Das Gefühl der für jenes Detachement gegebenen exponierten Lage

hatte unter dem Zusammenwirken der geschilderten Umstände zu der vorübergehenden Räumung von Northeim geführt. Der obwaltende Irrtum würde wahrscheinlich noch eher seine Aufklärung gefunden haben, wenn die Infanterie direkt auf der Göttinger Straße zurückging, während ihr dies bei dem über den Wieter eingeschlagenen Umweg erst ziemlich verspätet möglich wurde. Wie wir bereits früher betreffenden Orts (s. S. 312) erörtert, war der Wert dieser Nachhutstellung unter den gegebenen Verhältnissen ohnehin ein sehr zweifelhafter und dürfte somit die Abberufung des dortigen schwachen Detachements am 20. Juni gegen Abend eine Maßregel gewesen sein, welche kaum einer abfälligen Beurteilung unterzogen werden konnte.

Die in dieser Nacht nach Göttingen gelangenden ersten Nachrichten, welche das Erscheinen des Feindes bei Northeim meldeten, riefen im Hauptquartiere eine nicht unbedeutende Aufregung hervor. General v. Arentsschildt glaubte bereits, auf den Abmarsch nach Süden verzichten zu müssen, wenn der Gegner schon bis Northeim gelangt sei, — eine Anschauung, die insofern der inneren Berechtigung entbehrte, da im Gegenteile, falls jene Nachricht sich bestätigte, der Aufbruch von Göttingen nur um so dringlicher erscheinen mußte, um dem in der Bildung begriffenen Einschließungsgürtel noch rechtzeitig zu entrinnen und sich für die nächsten Tage die Bewegungsfreiheit zu sichern. Die demnächst folgenden Nachrichten, durch welche jene allarmierenden Meldungen aus Northeim dementiert wurden, ließen eine ruhigere Anschauung wieder zur Geltung gelangen und der Beschluß zum Aufbruch am 21. morgens blieb demnach aufrecht erhalten.

Bevor wir nunmehr die hannoverschen Truppen auf ihrem Marsche nach Thüringen begleiten, erübrigt es noch, zunächst auch nach dem benachbarten Kurhessen, das in erster Linie zu einer militärischen Kooperation mit Hannover berufen gewesen sein würde, unsere Blicke zu lenken, indem wir dabei zugleich die Operationen der zur Occupation jenes Landes bestimmten preußischen Division Beyer in den Kreis unserer Betrachtungen zu ziehen haben, welche durch die Entwickelung der Ereignisse in den nächsten Tagen gleichfalls zur Mitwirkung gegen die hannoversche Armee berufen werden sollte.

V.

Kurhessen und die preußische Occupation.

Vermöge seiner geographischen Lage war Kurhessen beim Ausbruche des Deutschland bedrohenden Krieges insofern von besonderer Bedeutung für Preußen, da es, zwischen den östlichen und westlichen Provinzen dieser Monarchie eingeengt, gleichwie Hannover deren gegenseitige Verbindungen beherrschte. Preußen war daher auch entschlossen, beim Eintreten der Katastrophe gegen dieses Land ebenso rasch und entscheidend vorzugehen, wie es gegen Hannover und Sachsen der Fall sein sollte, und die seit dem Monat Mai bei Wetzlar begonnene Konzentrierung der Division Beyer mußte in dieser Beziehung als eine auch an Kurhessen gerichtete dringliche Mahnung für die kommenden Ereignisse betrachtet werden.

Seit Jahren war das Land der Schauplatz immer wiederkehrender tiefer Zerwürfnisse zwischen seinem Regenten, dem Kurfürsten Friedrich Wilhelm, und der Landesvertretung. Die hieraus hervorgehenden Differenzen hatten bekanntlich erst 1862 zum Einschreiten des Bundestags geführt und sogar zu militärischen Maßregeln vonseiten Preußens Anlaß gegeben, unter deren Drucke der Kurfürst sich zu Konzessionen genötigt sah. Ohne sich durch diese noch in frischer Erinnerung stehenden Vorgänge der Lage des Landes innerhalb der preußischen Machtsphäre vollkommen bewußt geworden zu sein, machte der Kurfürst seine durch jene Ereignisse nur noch mehr sich vertiefende Abneigung gegen Preußen zum bestimmenden Faktor seiner Politik, indem er sich auf den strikten

Bundesstandpunkt stellte, welcher nach Lage der Dinge nur zum Konflikte mit jenem mächtigen Nachbarstaate führen mußte. Anderenteils widerstrebte jedoch der Kurfürst zugleich jeder Sonderabmachung mit Österreich, als dem Haupte der antipreußischen Liga, so daß die diesbezüglichen Bemühungen des Wiener Hofes, welche gleichzeitig mit der Mission des Prinzen Solms an den König Georg zu der Entsendung des Oberst Grafen Wimpffen nach Kassel Anlaß gaben, nicht den gewünschten Erfolg haben sollten. Ebenso wenig wie der Kurfürst Neigung hatte, ohne Bundesbefehl mit Rüstungsmaßregeln vorzugehen, ebenso wenig wurden auch mit dem Nachbarstaate Hannover Vereinbarungen wegen einer eventuellen gemeinsamen militärischen Thätigkeit getroffen. In diesen Bahnen bewegte sich die kurhessische Politik, obwohl die Landesbevölkerung in ihrer Mehrzahl zum Anschlusse an Preußen hinneigte und für den drohenden Kampf dem Lande mindestens eine neutrale Haltung gewahrt wissen wollte.

Als am 14. Juni 1866 die folgenschwere Abstimmung über den österreichischen Mobilisierungs-Antrag bei dem Bundestage in Frankfurt erfolgte, erklärte Kurhessen jenen Antrag durch die Sachlage zwar als völlig begründet, wollte aber die diesbezügliche Aufforderung nur als an diejenigen Staaten gerichtet betrachtet wissen, welche ihre Kontingente nicht etwa schon mobil gemacht hatten. Dem im Anschlusse daran erfolgenden Proteste der Bundesversammlung gegen Preußens Austritt aus dem Bunde schloß sich Kurhessen gleichfalls an.

Am 14. Juni war die bisher vertagt gewesene, nunmehr aber wieder einberufene Ständeversammlung abermals in Kassel zusammengetreten. Überzeugt von den unheilvollen Folgen, welche sich für Kurhessen aus einer antipreußischen Politik ergeben mußten, protestierte die Ständeversammlung am 15. Juni mit 35 gegen 14 Stimmen wider den Bundesbeschluß vom 14., mit dem Antrage, die Staatsregierung aufzufordern, unverzüglich zu der vom ganzen Lande gutgeheißenen neutralen Haltung zurückzukehren und auf die Mobilmachung zu verzichten, indem zugleich die Bewilligung von Geldmitteln für eine den Bedürfnissen des Staates zuwiderlaufende Politik abgelehnt wurde.

Den 15. Juni überreichte der am Kasseler Hofe beglaubigte preußische Gesandte, General v. Roeder, der kurhessischen Regierung die gleichzeitig vom Berliner Kabinett auch an Hannover und Sachsen gerichtete

Sommation. Um 1½ Uhr nachmittags hatte er bei dem auf dem benachbarten Lustschlosse Wilhelmshöhe weilenden Kurfürsten Audienz, welche mit der Ablehnung der preußischen Sommation endete. Die Würfel waren gefallen. Der General v. Roeder stellte seine Funktionen ein; der Krieg war erklärt.

Ohne im mindesten vorbereitet zu sein, sah sich Kurhessen vor die Entscheidung durch das Schwert gestellt.

Seine Truppen bildeten eine Division, welche aus 2 Infanterie-Brigaden, einer Kavallerie- und einer Artillerie-Brigade formiert war. Für den Kriegsfall stand das 1. Aufgebot (die aktiven Truppen und die Reserven) mit 12856 Mann zur Verfügung, an welches sich ein 2. Aufgebot in Höhe von 15209 Mann schloß. Das auf 10413 Mann sich beziffernde Bundes-Kontingent hatte die Bestimmung, mit Nassau, Luxemburg und Limburg die 2. Division des 9. Bundes-Armeecorps zu bilden.

Die Infanterie zählte 4 Regimenter von 2 Bataillonen, ferner ein Jäger- und ein Schützenbataillon. Jedes Bataillon hatte 4 Compagnieen, und auf dem Kriegsfuße betrug seine Stärke bei der Infanterie 879 und für das Schützenbataillon 887 Streitbare, für das Jägerbataillon dagegen nur 619 Kombattanten. Auf dem Friedensfuße waren die Bataillone, so wie sie der Kriegsausbruch 1866 fand, nur wenig über 400 Mann stark, ausgenommen das Leibgarde-Regiment. Die Ausrüstung der Infanterie mit dem Zündnadelgewehre (für die leichten Bataillone mit einer solchen Büchse) war zwar im Gange, aber nicht vollkommen durchgeführt, so daß ein Teil der Mannschaft noch das alte Minié-Gewehr in Gebrauch hatte*). Hinsichtlich der Herstellung der Zündnadel-Munition hatte sich Kurhessen durch deren eigene Fabrikation von Preußen unabhängig gestellt.

Die Reiterei umfaßte 2 Eskadronen Garde du Corps und 2 Husaren-Regimenter von je 4 Eskadronen. Der Friedensdienststand der Eskadron betrug beiläufig 85 Mann mit Ausschluß der Spielleute; nur bei der Garde du Corps war derselbe etwas höher.

Die Artillerie-Brigade bestand aus einem Artillerie-Regimente, so-

---

*) Nach der Räumung von Kassel verfügte die kurhessische Infanterie, mit Einschluß der Schützen und Jäger, über 5584 Zündnadelgewehre.

wie der ihr zugeteilten Pionier-Compagnie und einer Train-Stammabteilung. Das Artillerie-Regiment war 1866 in einer zugleich mit der Einführung gezogener Geschütze verbundenen Formationsveränderung begriffen, ohne dieselbe aber schon vollendet zu haben.

Beim Ausmarsche 1866 standen bespannt zur Verfügung eine reitende Batterie glatter Sechspfünder, 2 Fußbatterieen glatter Sechspfünder und eine gezogene Sechspfünder-Batterie, jede zu 4 Geschützen. Überdies waren noch unbespannt vorhanden 4 gezogene Sechspfünder und 6 gezogene Vierpfünder.

Die Pionier-Compagnie hatte einen Biragoschen Brückenzug.

Außerdem gehörten zur Division: eine nur zur Bewachung der kurfürstlichen Schlösser bestimmte Schweizer-Leibgarde und eine Garde-Gendarmerie-Abteilung, ferner 2 Garnison-Compagnieen, die eine in Marburg zur Bewachung der dortigen Strafanstalt, die andere als Besatzung des Schlosses Spangenberg; schließlich ein Kadettencorps und das Invalidenhaus.

Den Oberbefehl führte der Kurfürst persönlich.

Die militärischen Einrichtungen Kurhessens waren, was Uniformierung, Bewaffnung und Reglements anbelangte, denen der preußischen Armee mehr oder minder angepaßt.

Die Mehrzahl der Truppen garnisonierte in Kassel, das 2. Husaren-Regiment in den dieser Residenz benachbarten Ortschaften und das 1. Husaren-Regiment in Hofgeismar. Nur das 2. und 3. Infanterie-Regiment, welche die 2. Brigade bildeten, hatten ihre Garnisonen im Süden des Landes, und zwar das erstere in Hanau, das andere in Fulda.

Die kurfürstliche Ordre, welche am 16. Juni vormittags die Mobilmachung verfügte, fand die Truppen im tiefsten Friedenszustande. Ein Moment von einschneidender Bedeutung war unter andern auch die Versäumnis, größere Munitionsvorräte sich rechtzeitig sicher gestellt zu haben. Diese Vorräte waren von so beschränktem Umfange, daß für die Infanterie nur 279457 Patronen zur Verfügung standen. Sehr störend war es zugleich, daß die Infanterie, den beiden von ihr geführten Gewehrgattungen entsprechend, verschiedener Munition bedurfte. Bei der Artillerie war die Munition für die gezogenen Sechspfünder nur in spärlichem Maße vorhanden, während sie für die gezogenen Vierpfünder ganz mangelte.

Der Krieg überraschte Kurhessen, ohne daß auch hier ein Operationsplan mit den Verbündeten vereinbart gewesen wäre. Man war sich in den leitenden Kreisen von Kassel wohl bewußt, Preußen alsbald gegen das Kurfürstentum in Aktion treten zu sehen. Glaubte man auch von der in Westfalen verbliebenen preußischen 13. Division keine Bedrohung des Landes erwarten zu dürfen, weil dieselbe offenbar gegen Hannover bestimmt war, so mußte dagegen der Einmarsch der bei Wetzlar konzentrierten Division Beyer über Marburg als eine nahe liegende Eventualität erscheinen und außerdem meinte man der Besorgnis sich nicht entschlagen zu dürfen, daß der Gegner mittelst der gegebenen Eisenbahnverbindungen aus seinen Ost- und Westprovinzen auch noch weitere Truppen gegen Kurhessen heranführen konnte. Ließ der unfertige Zustand der Truppen vorläufig überhaupt darauf verzichten, dem einrückenden Gegner Widerstand zu leisten*), so mußte man unter den gegebenen Umständen zugleich der Hoffnung entsagen, die Mobilmachung der im Norden des Landes liegenden Truppen in ihren dortigen Garnisonen durchzuführen, wofern man nicht Gefahr laufen wollte, durch den zur Offensive schreitenden Gegner von den süddeutschen Bundesgenossen sich abgeschnitten und damit einer Katastrophe preisgegeben zu sehen. Unter dem Drange dieser Verhältnisse erging am 16. in den ersten Nachmittagsstunden der kurfürstliche Befehl zur Konzentrierung der Division bei Hanau, wohin die im Norden des Landes garnisonierenden Truppen schleunigst in Marsch gesetzt zu werden hatten. Da die von Wetzlar aufbrechende Division Beyer voraussichtlich über Marburg zu erwarten war und daher die von Kassel in dieser Richtung nach dem unteren Main führenden Straßen sowohl, wie die dahin gegebene Eisenbahnverbindung in den nächsten Tagen durch den Feind beherrscht wurden, so verwiesen jene Umstände auf die von Kassel über Bebra, Hersfeld und Fulda nach Hanau gegebene Wegeverbindung, wobei der von der Hauptstadt über Bebra bis Hersfeld verfügbare Schienenweg für die Truppentransporte nutzbar gemacht werden konnte. Mit dem Kommando über die bei Hanau zu vereinigende Division wurde der Prinz Friedrich

---

*) Wenn Knorr, a. a. O., Bd. I, S. 108 berichtet, daß man anfänglich einer preußischen Invasion hätte Widerstand leisten wollen, so entspricht dies nicht den thatsächlichen Verhältnissen.

Wilhelm (der präsumtive Thronfolger) beauftragt, welcher eben aus Berlin zurückgekehrt war und dem Kurfürsten sich zur Verfügung gestellt hatte. Der Kommandant von Kassel, General-Major v. Schenck zu Schweinsberg, erhielt dagegen den Auftrag, die im nördlichen Teile des Landes garnisonierenden Truppen nach Hanau zu führen.

Um den Abzug nach Süden zu sichern, wurde zur Zerstörung der mit dem preußischen Eisenbahnnetze kommunizierenden Anschlußlinien geschritten. Während das in Hofgeismar liegende 1. Husaren-Regiment, erhaltenem Befehle zufolge, die von dort westwärts nach Warburg führende Bahn leicht demolierte, wurde die auf Eisenach geleitete Linie von Pionieren unfahrbar gemacht, indem man auf der Strecke von Bebra bis zum großen Hönebacher Tunnel die Schienen und Schwellen aushob und entfernte. Der von Kassel nach Frankfurt laufende Schienenweg wurde durch Eisenbahnarbeiter bei Treysa zerstört und zugleich der auf dieser Bahn in Verwendung stehende Wagenpark nach Kassel zurückgezogen, so daß der demnächst anrückende Gegner sehr wenig Transportmaterial in Marburg vorfand *).

Der Kurfürst wünschte, den Staatsschatz vor der preußischen Occupation in Sicherheit zu bringen und unter dem Schutze der südwärts ziehenden Truppen dahin zu überführen. Der landständische Ausschuß verweigerte jedoch seine hierzu erforderliche Einwilligung beharrlich, so daß der Schatz in Kassel belassen werden mußte. Da der Kurfürst seine Abreise von der Mitführung des Staatsschatzes abhängig machte, folgte er zunächst seinen aus Kassel abziehenden Truppen nicht, sondern blieb auf dem benachbarten Schlosse Wilhelmshöhe, umgeben von seinem Hofstaate und dem Chef des Generalstabs mit einigen Offizieren dieses Corps, unter dem Schutze der Schweizer-Leibgarde und der Armee-Gendarmerie. Das Kriegs-Ministerium siedelte dagegen nach Hanau über, um später, nach dem Gefechte von Aschaffenburg, in Darmstadt seinen Sitz zu nehmen.

Die von Kassel abrückenden Truppen hatten mit Einschluß des Divisionsstabes und der Brigadestäbe eine Gesamtstärke von 4182 Mann

---

*) Die zwischen Bebra und Hönebach zerstörte Bahnstrecke wurde bereits am 18. Juni durch Eisenbahnarbeiter wieder hergestellt. Hinsichtlich des Schienenwegs nach Warburg war dies alsbald nach dem Einmarsche der Preußen in Kassel der Fall.

(Kombattanten und Spielleute) und 1299 Pferden. Die Aufstellung von Munitionskolonnen und einer Ambulanz=Abteilung war wegen der beschränkten Zeit nicht mehr möglich. Dagegen wurde der Pontontrain mitgenommen. Die nach Süden zu rettende Kriegskasse verfügte nicht über die zur Mobilmachung nötigen Mittel.

Indem für die Infanterie und Artillerie zunächst der Eisenbahntransport bis Hersfeld vorgesehen wurde, erhielt die Kavallerie=Brigade die Bestimmung, im Landmarsche dahin zu folgen und somit die Nachhut zu bilden.

Am 16. Juni nachmittags 5 Uhr verließ der erste Eisenbahnzug mit dem 1. Infanterie=Regiment Kassel, woran sich in 2 Zügen die Artillerie schloß. Am 17. morgens 4 Uhr folgte das Leibgarde=Regiment in einem Zuge und kaum zwei Stunden später, um 5¾ Uhr, das Jäger= und das Schützenbataillon gleichfalls in einem Zuge.

Das 1. Husaren=Regiment war schon am 16. mittags über erhaltenen Befehl von Hofgeismar nach Kassel abgerückt und wurde, hier angekommen, auf das rechte Fulda=Ufer nach Nieder=Kaufungen in Quartier gewiesen, von wo es in östlicher Richtung eine Feldwache gegen Helsa, den Gabelpunkt der Straßen nach Lichtenau und Witzenhausen, vorschob.

Die somit in und bei Kassel konzentrierte Kavallerie=Brigade setzte sich noch am 16. nachts in 2 Staffeln, um 10, beziehungsweise 12 Uhr auf der Straße nach Melsungen in Marsch.

Die Abfuhr der Zeughausbestände von Kassel nach Hersfeld wurde auch nach dem Aufbruche der Truppen noch fortgesetzt. Mit Abschluß dieser Transporte sollte dieser Schienenweg ebenfalls zerstört werden, und wurde zu diesem Zwecke eine Pionier=Abteilung in Guntershausen, dem Vereinigungspunkte der Thüringer und Frankfurter Linie, postiert, welche jedoch, wie uns die Folge zeigen wird, in der Nacht zum 18. Juni durch ein preußisches Detachement sich überfallen und gefangen sah. Damit fanden die Material=Transporte ihr Ende. Ein hieraus sich ergebender, besonders fühlbarer Verlust war die Zurücklassung der Fabrikations=Apparate für die Zündnadel=Munition, so daß man an der Anfertigung solcher sich verhindert sah.

Bei dem raschen Abzuge der Truppen von Kassel konnte nur eine beschränkte Anzahl der einberufenen Reservisten ihnen noch rechtzeitig sich

anschließen, und mit der preußischen Occupation gestaltete sich dies um so schwieriger. Viele eilten zwar ihren Truppenteilen südwärts nach und suchten sich selbst durch die anrückenden preußischen Truppen durchzuschleichen. Indessen konnten unter diesen Verhältnissen die aus dem vom Gegner beherrschten Gebiete sich ergänzenden Truppenteile nicht bis auf die etatsmäßige Kriegsstärke komplettiert werden, während bei anderen, wie weiter unten darzulegen, sich sogar ein Überschuß ergab.

Unterdessen war die preußische Division Beyer seit dem 16. Juni von Wetzlar über Marburg im Vormarsche gegen Kassel begriffen, worauf wir demnächst zurückkommen werden, so daß die kurhessischen Truppen ihre südwärts gehende Bewegung ungestört fortsetzen konnten.

Durch einen in der Nacht zum 17. Juni ergehenden Befehl des Kurfürsten wurde der Prinz Friedrich Wilhelm des Oberkommandos wieder enthoben und zur Disposition gestellt, wobei wahrscheinlich seine nahen verwandtschaftlichen Beziehungen zum preußischen Hofe nicht ohne Einfluß gewesen sein mögen. Am 17. morgens in Hersfeld eingetroffen, verließ daher der Prinz die Division und begab sich nach dem Schlosse Rumpenheim bei Offenbach. An seiner Stelle wurde der Commandeur der 2. Infanterie-Brigade, General-Major v. Loßberg in Fulda, mit der Führung der Division beauftragt.

Der letzteren Brigade, deren zwei Regimenter in Fulda und Hanau garnisonierten, ging der Befehl zur Mobilmachung und Konzentrierung erst am 17. Juni morgens zu, da derselbe nicht telegraphisch, sondern im gewöhnlichen Dienstwege mittelst Post erfolgte. Der Stab dieser Brigade und das 3. Infanterie-Regiment verließen demnächst am 18. Juni Fulda, um im Landmarsche nach Hanau zu rücken, wo sie am 20. eintrafen und mit dem 2. Infanterie-Regimente sich vereinigten. Die Urlauber dieser Truppenteile wurden sämtlich nach Hanau einberufen.

Nachdem am 17. bis 10 Uhr morgens sämtliche von Kassel auf der Eisenbahn beförderte Truppen in Hersfeld eingetroffen waren*), ordnete der General v. Schenck den Weitermarsch auf Hünfeld an. Die Kavallerie, welche am 17. morgens nach einem Nachtmarsche die

*) Die Angabe des preußischen Generalstabswerks, Seite 51, daß die Truppen per Bahn bis Hünfeld gingen, ist eine irrige. Die von Bebra in dieser Richtung abzweigende Linie war damals nur bis Hersfeld vollendet und betriebsfähig.

Gegend von Melsungen erreicht hatte, setzte nach einer dort gehaltenen Rast die Bewegung fort. Zum Schutze der damals noch von Kassel eintreffenden Materialtransporte blieb als Nachhut das Schützenbataillon mit 2 gezogenen Geschützen in Hersfeld zurück, welchem von der später eintreffenden Kavallerie noch 2 Eskadronen des 2. Husaren-Regiments überwiesen wurden.

Das weiter gerückte Gros der Truppen ging am 17. bis Hünfeld und Umgegend. Die ihm folgende Kavallerie-Brigade konnte erst in der Nacht den Anschluß an jenes gewinnen, indem sie zwischen Hünfeld und Hersfeld Quartiere bezog.

Während die Truppen am 17. auf diesem Marsche begriffen waren, wurde im kurfürstlichen Hauptquartiere auf Wilhelmshöhe deren allenfallsige Konzentrierung bei Fulda zur Kooperation mit einem dahin rückenden bayerischen Corps in Erwägung gezogen, nachdem eingegangenen Nachrichten zufolge ein solches in jener Richtung seine Aufstellung genommen haben sollte, eine Meldung, welche ihren Ursprung in der Ankunft der 4. bayerischen Infanterie-Division bei Schweinfurt gehabt haben dürfte. Infolge dessen erging noch am 17. vom Kurfürsten der schriftliche Befehl an den General v. Schenck, hinsichtlich der Begründung jener den Anmarsch der Bayern signalisierenden Nachricht durch Absendung eines Offiziers sich zu informieren, mit dem Anheimgeben, falls sich jene Meldung bestätige und es ihm vorteilhaft erscheinen sollte, die seinem Kommando unterstehenden Truppen bei Fulda zu konzentrieren und daselbst zur eventuellen Vereinigung mit dem anrückenden befreundeten Corps stehen zu bleiben. Im Falle jene Nachricht aber der Begründung entbehrte, wurde der General zur Fortsetzung des Marsches auf Hanau angewiesen. Mit der Überbringung dieses kurfürstlichen Schreibens war der Divisions-Adjutant Hauptmann Ronneberg beauftragt, welcher in der Nacht zum 18. Juni in Hünfeld eintraf. Da mittlerweile auch Nachrichten eingelaufen waren, welche von der in die Kreise Marburg und Kirchhain eingerückten preußischen Division Beyer eine Diversion auf der von dort nach Fulda führenden Straße möglicherweise erwarten ließen, so entsendete der General v. Schenck mit Rücksicht auf die in dem kurfürstlichen Schreiben enthaltenen Direktiven noch in der Nacht zum 18. den Hauptmann Ronneberg nach Schweinfurt an den Commandeur der 4. bayerischen Infanterie-Division,

General = Lieutenant v. Hartmann, um letzteren zum Vorgehen zu veranlassen.

Nachdem um ½3 Uhr früh (18. Juni) dem kurhessischen General in Hünfeld die telegraphische Meldung aus Melsungen zugegangen war, daß der dortige Bahnhof von preußischen Truppen überfallen worden, welche sich des daselbst vorhandenen Wagenmaterials bemächtigt hatten (es war das Detachement Pascal, wie wir weiter unten sehen werden), erschien demnächst zwischen 3 und 4 Uhr morgens der hannoversche Hauptmann Reichard, um für seine Armee Hilfe zu erbitten. Seine Unterredung mit dem hessischen General ist uns bereits bekannt (s. S. 427 ꝛc.). Der letztere war bereit, mit seinen Truppen bei Bebra zur Aufnahme der Hannoveraner Stellung zu nehmen, wofern Hauptmann Reichard sofort nach Göttingen zurückkehrte und den General v. Arentsschildt von diesem Anerbieten in Kenntnis setzte. Da der hannoversche Offizier zunächst aber noch seiner anderen Missionen nach Süddeutschland sich entledigen zu sollen glaubte, entschied sich der General v. Schenck für die Fortsetzung seines Marsches in südlicher Richtung.

Die kurhessischen Truppen gingen daher am 18. morgens auf Fulda weiter. Die bei Gruben zur Fortsetzung des Marsches versammelte Kavallerie=Brigade stieß zwischen Hünfeld und Rückers zu der voraus=gegangenen Infanterie. Noch am nämlichen Tage wurde Fulda erreicht und sowohl dort, wie in der Umgegend Quartiere bezogen. Das in Fulda garnisonierende 3. Infanterie=Regiment war am Morgen von dort bereits auf Hanau abmarschiert. Auch die Tags zuvor in Hersfeld zurückgelassene Nachhut traf am 18. abends in Fulda ein.

Da die Pferde der Kavallerie infolge der seit 16. abends nur mit kurzen Unterbrechungen zurückgelegten Gewaltmärsche (13 Meilen) sehr ermattet waren und die neuerdings eingehenden Nachrichten es als unzweifelhaft erscheinen ließen, daß die Preußen Kassel zum Ziele ihrer Bewegung machten, beschloß der General v. Schenck, seine Truppen am 19. rasten zu lassen.

Am Morgen dieses Tages kehrte der auf Schweinfurt entsendete Hauptmann Ronneberg in Begleitung des Generalstabs=Chefs der 4. bayerischen Infanterie=Division, Oberst Dietl, nach Fulda zurück. Der letztere überbrachte dem General v. Schenck vom General v. Hartmann die Eröffnung, daß den kurhessischen Truppen beim Übertritt auf baye=

risches Gebiet zwar aller mögliche Vorschub geleistet werden würde, daß aber ein Vorgehen seiner Division jetzt nicht in Aussicht zu stellen sei. Da durch diese Erklärung die dem kurfürstlichen Befehle vom 17. zugrunde liegende Voraussetzung einer bayerischen Kooperation hinfällig wurde, sah sich der General v. Schenck genötigt, nur auf die Wahrung der kurhessischen Interessen sich zu beschränken und damit die Vereinigung der eigenen Division bei Hanau als das nächste Ziel seiner Aufgabe zu betrachten.

Bevor noch am 20. Juni der kurhessische General den Marsch von Fulda fortsetzte, meldete sich bei ihm, wie schon früher erwähnt (s. S. 431), der von Göttingen entsendete Major v. Wacquant, um ihn zum Haltmachen bei Fulda oder zum Wiedervorrücken nach Bebra aufzufordern, ein Verlangen, welchem der erstere unter den gegebenen Umständen nicht zu entsprechen vermochte.

Die hessischen Truppen setzten daher am 20. Juni ihren Marsch bis Schlüchtern und Umgegend fort.

Auch hier wurden sie von einem Boten aus dem hannoverschen Lager, Namens Wippern, ereilt, welcher den General v. Schenck um Hilfe ersuchte, jedoch ebenfalls abschläglich beschieden werden mußte (s. S. 433).

Am gleichen Tage richtete der Prinz Karl von Bayern an den Commandeur des 8. Bundes-Armeecorps, Prinzen Alexander von Hessen, die telegraphische Aufforderung, zur Entsetzung der angeblich bei Witzenhausen stehenden Hannoveraner mitzuwirken, zu welchem Zwecke die 4. Infanterie-Division (Hartmann) von Schweinfurt die Offensive eröffnen sollte. Prinz Alexander sagte darauf dem bayerischen Oberbefehlshaber die Entsendung eines fliegenden Corps nach Gießen zu, um in den Rücken der nach Kassel vorgegangenen preußischen Division Beyer zu demonstrieren. Nachdem am 21. Juni, wie uns bereits bekannt (s. S. 432), der hannoversche Kurier Duve beim Prinzen Alexander gewesen war, wurden die Tags zuvor vereinbarten Truppenbewegungen zur Unterstützung der Hannoveraner neuerdings gegenseitig bestätigt. Wie uns aus dem Früheren erinnerlich, trat demzufolge am 22. die bayerische Division Hartmann von Schweinfurt den Vormarsch in der Richtung auf Fulda an, während gleichzeitig ein württembergisches Detachement von Vilbel (bei Frankfurt) per Bahn nach Gießen entsendet wurde.

Inmitten dieser Erwägungen und Beschlüsse zur Rettung der Hannoveraner wurde auch die Mitwirkung der kurhessischen Truppen insofern in Anspruch genommen, daß General v. Schenck, welcher den 21. Juni seinen Marsch von Schlüchtern bis Gelnhausen fortsetzte, an diesem Tage von dem Divisions-Commandeur, General v. Loßberg, der bekanntlich mit der 2. Infanterie-Brigade in Hanau stand, den Befehl erhielt, im Hinblick auf den von Witzenhausen über Bebra und Fulda erwarteten Anmarsch der hannoverschen Armee das 1. Husaren-Regiment in den heute erreichten Marschquartieren zurückzulassen, um hauptsächlich in der Richtung auf Schlüchtern Vorposten auszustellen.

Während am 22. Juni die kurhessischen Truppen ihren Marsch von Gelnhausen nach Hanau fortsetzten, blieb daher das 1. Husaren-Regiment mit seinem Stabe und 2 Eskadronen in Gelnhausen, sowie je 1 Eskadron in Ottenhausen und Hailer zurück, indem ihm zugleich eine in Langendiebach kantonnierende Sechspfünder-Batterie zugeteilt wurde.

Die übrigen Truppen erreichten am 22. mittags Hanau, woselbst nunmehr die Division vereinigt war und General-Major v. Schenck deren Kommando dem General-Major v. Loßberg übergab.

Durch Bundesbeschluß vom nämlichen Tage wurde die kurhessische Division dem Kommando des 8. Bundes-Armeecorps unterstellt.

Durch die bei Hanau einrückenden Urlauber fanden die schwachen Reihen der kurhessischen Truppen eine erwünschte Verstärkung. Eilten doch selbst Leute von der nicht einberufenen Landwehr herbei, um sich freiwillig zum Dienst zu melden, so daß einzelne Truppenteile, über deren Ergänzungsbezirke die feindliche Occupation noch nicht zur Geltung gekommen war, selbst eine den Kriegsfuß überschreitende Stärke erzielten *). Die kurhessische Division hatte somit Ende Juni einen Stand von mehr als 8000 Mann.

Das 1. Husaren-Regiment verblieb mit der ihm zugeteilten Batterie vorläufig in Gelnhausen 2c. und erhielt am 24. Juni den Befehl, mit den württembergischen Truppen in Vilbel und den bei Heldenbergen stehenden Darmstädtern sich in Verbindung zu setzen. —

---

*) Beispielsweise hatte das 3. Infanterie-Regiment 14 Tage nach dem Ausmarsche von Fulda 217 Mann über den Kriegsfuß.

Verlassen wir hier einstweilen die kurhessischen Truppen, um nunmehr zu der preußischen Division Beyer zurückzukehren, welche am 15. Juni in der Gegend von Wetzlar (s. S. 287) an beiden Ufern der Lahn in engen Bivouaks bei Altenberg und Steindorf konzentriert wurde. Die Front der Bivouaks war gegen Frankfurt genommen und dementsprechend standen auch die Lagerwachen, so daß man die Bestimmung der Division in jener Richtung suchen zu können meinte. Doch es kam anders.

Um Mitternacht überbrachte der Hauptmann vom Kriegs-Ministerium Blume dem General-Major v. Beyer den königlichen Befehl, am nächsten Morgen mit der Division zur Occupation des Kurfürstentums Hessen den Vormarsch auf Kassel anzutreten.

Nach kurzer Nachtruhe brachen die Truppen am 16. Juni noch während der Dämmerung in der dritten Morgenstunde aus ihren Bivouaks auf; nur wenige Abteilungen fanden Zeit zum Kaffeekochen. Einen eisernen Bestand an Viktualien führten die Truppen nicht bei sich. Um 5½ Uhr morgens stand die Division an der Gießener Straße, den rechten Flügel zunächst der hessen-darmstädtischen Grenze, in folgender Einteilung zum Vormarsche bereit:

Avantgarde: General-Major v. Schachtmeyer *).
Füsilierbataillon 32. Infanterie-Regiments,
39. Füsilier-Regiment (3 Bataillone),
3. und 4. Eskadron 9. Husaren-Regiments,
1. 12pfündige Batterie 8. Feldartillerie-Regiments.

Gros: General-Major v. Glümer **).
1. und 2. Bataillon 32. Infanterie-Regiments,
19. Infanterie-Regiment (3 Bataillone),
20. Infanterie-Regiment (3 Bataillone),
5. Eskadron 9. Husaren-Regiments,
12. 12pfündige Batterie des 1. Reserve-Artillerie-Regiments.

---

*) War bisher Commandeur des Füsilier-Regiments Nr. 40 und noch nicht eingetroffen. Seine Beförderung zum General-Major erfolgte am 15. Juni.

**) Bisher Commandeur des Grenadier-Regiments Nr. 6 und am 15. Juni zum General-Major befördert, war v. Glümer noch nicht bei der Division angekommen.

Reserve: Oberst v. Selchow.
30. Infanterie-Regiment (3 Bataillone),
70. Infanterie-Regiment (3 Bataillone),
1. und 2. Eskadron 9. Husaren-Regiments,
1. 4pfündige Batterie 8. Feldartillerie-Regiments.

Bevor die Division die nahe Darmstädter Grenze überschritt, gelangte der folgende Tagesbefehl zur Verlesung:

„Soldaten, wir rücken heute auf Befehl Sr. Majestät des Königs in Hessen ein; wir dürfen erwarten, daß uns das hessische Volk als Brüder empfängt, und wir werden ihnen daher in derselben Weise entgegenkommen.

„Sollten wir gleichwohl auf unserem Vormarsch auf Widerstand stoßen, so werden wir denselben mit dem Schwerte in der Hand zu brechen suchen.

„Soldaten, was auch die nächsten Tage bringen mögen, ich habe die Zuversicht, daß Ihr dem preußischen Namen Ehre machen werdet.

„Dazu gehört, daß Ihr Euch in allen Verhältnissen durch die strengste Manneszucht auszeichnet, und sollten wir berufen sein, von den Waffen Gebrauch zu machen, nun denn in Gottes Namen drauf für König und Vaterland."

Die 3. Eskadron 9. Husaren-Regiments an der Spitze, trat die Division nunmehr den Marsch auf der über Gießen nach Kassel führenden Straße an.

Hauptmann Blume (vom Kriegs-Ministerium) trabte mit einem Zuge jener Eskadron (Lieutenant v. Wilamowitz) nach Gießen voraus, welches unbehindert erreicht wurde. Eine noch daselbst befindliche hessen-darmstädtische Truppenabteilung, welche in der Stärke von beiläufig einer halben Compagnie zur Bewachung der dortigen Strafanstalt zurückgeblieben war, leistete keinen Widerstand. Nachdem der dieselbe kommandierende Offizier erklärt hatte, der Gewalt weichen zu wollen, da er keinen Befehl erhalten habe und wahrscheinlich vergessen worden sei, zog die Abteilung in der Richtung auf Butzbach ab. Die preußischen Husaren besetzten den Bahnhof. Hauptmann Blume telegraphierte sofort nach Marburg wegen Bereitstellung von Proviant für die Division.

Als demnächst der General v. Beyer mit der Avantgarde in Gießen eintraf, erteilte er dem Hauptmann Blume den Auftrag, mit dem bisher bei sich gehabten Zuge Husaren und einem zweiten solchen von der 3. Eskadron, welchen ein auf Wagen gesetzter Zug der 1. Compagnie des 39. Füsilier-Regiments folgen sollte, über die kurhessische Grenze nach Marburg vorauszueilen, diese Stadt zu besetzen und die späterhin beim Weitermarsche der Division allenthalben verteilte Proklamation zur Kenntnis der Bevölkerung zu bringen.

Mittlerweile erreichte auch das Gros der Division Gießen, gefolgt von der Reserve. Noch herwärts der Stadt entlud sich ein heftiges, alles durchnässendes Gewitter. Auch im weiteren Verlaufe des Tages regnete es noch mehrmals; dazwischen sendete wieder die Sonne ihre glühenden Strahlen, unter deren Einflusse der Marsch für die Infanterie zu einem um so beschwerlicheren sich gestaltete, da die Tornister nicht gefahren wurden. In Gießen fanden die dort passierenden Truppen eine freundliche Aufnahme seitens der Einwohner, welche ihnen auf den Straßen Erquickungen, wie Brot und Bier, reichten, ohne daß dies jedoch für das Ganze genügend gewesen wäre.

Noch im Verlaufe des Vormittags gelangten Nachrichten nach Gießen, welchen zufolge die kurhessischen Truppen aus Kassel abziehen sollten.

Von Gießen führte der Weitermarsch der Division nach $1\frac{1}{2}$ Meilen eine Viertelstunde herwärts Sichertshausen über die kurhessische Grenze, woselbst die Truppen von der Bevölkerung auf das freundlichste willkommen geheißen wurden. Bei letzterem Orte teilte sich die Division, um in die für sie bestimmten Nachtquartiere zu rücken.

Die Avantgarde ging über Wolfshausen weiter. Bei der nördlich dieses Ortes über die Lahn führenden Brücke wurde sie von einer Anzahl Marburger Studenten jubelnd begrüßt. Sie bezog auf beiden Lahn-Ufern in Nieder-Walgern, Angerstein, Wenkbach, Ober- und Nieder-Weimar, Cappel, Ronhausen ꝛc. Quartiere*).

Das Gros schlug von Sichertshausen die Kirchhayner Straße ein und rückte in gleicher Höhe östlich der Avantgarde bis Wittelsberg und

*) Hinter Gießen stieß der General-Major v. Schachtmeyer zur Avantgarde und übernahm damit deren Führung.

Umgegend. Seine Quartiere dehnten sich von Hachborn bis zur Linie Schröck-Roßdorf-Mardorf (1½ Stunde südlich Marburg) aus. Manche Truppenabteilungen erreichten erst in der neunten Abendstunde die betreffenden Ortschaften und es wurde Nacht, bis sie Unterkunft fanden, da zunächst Quartier gemacht werden mußte.

Die Reserve folgte rückwärts nach Sichertshausen, ging hier auf das rechte Lahn-Ufer über und bezog zwischen 5 und 7 Uhr abends in dem benachbarten Fronhausen (Stabsquartier), Sichertshausen, Wolfshausen, Roth ꝛc. ihre Nachtquartiere. In Fronhausen, welches Station der Main-Weser-Bahn ist, wurde der Telegraph zerstört.

Hauptmann Blume hatte unterdessen mit der Spitze der Division (2 Zügen Husaren und 1 Zug Füsiliere Nr. 39) um 5 Uhr nachmittags unbehindert Marburg erreicht. Die von ihm nach Überschreitung der kurhessischen Grenze allenthalben verbreitete Proklamation des Generals v. Beyer lautete wie folgt:

„Hessische Brüder!

„Auf Befehl meines Königs und Herrn bin ich mit einem preußischen Corps heute in Eure Lande eingerückt, nachdem Eure Regierung in beklagenswerther Verblendung es verschmäht hat, in friedlichem Bunde mit Preußen für unser gemeinsames deutsches Vaterland eine Organisation zu schaffen, welche den gerechten Forderungen des deutschen Volkes entspricht. Kaum hat ein anderer Volksstamm so schwer unter der Zerfahrenheit unserer deutschen Verhältnisse zu leiden gehabt, wie Ihr! Wir wissen, daß Ihr Euch deshalb nach glücklichen Tagen sehnt und kommen zu Euch, nicht als Feinde und Eroberer, sondern um Euch die deutsche Bruderhand zu reichen! Nehmt sie an und folgt nicht länger der Stimme derer, die Euch mit uns verfeinden möchten, weil sie kein Herz für Euer Wohl und Deutschlands Ehre haben! Nur den, der zwischen Euch und uns sich stellt, betrachten wir als unsern Feind. Ich würde jeden Versuch des Widerstandes mit dem Schwerte in der Hand brechen, aber auch jeden Tropfen so vergossenen Blutes schwer beklagen.

„Ich fordere alle Behörden auf, auf ihren Posten zu verbleiben und ihre Geschäfte wie bisher fortzuführen. Den friedlichen Bürgern verspreche ich Schutz in ihrem Eigenthum. Der Verkehr wird im Lande frei bleiben, so weit dies ohne Beeinträchtigung der militärischen Inter=

essen möglich ist. Dagegen erwarte ich, überall bereitwilliges Entgegenkommen zu finden, wo ich im Interesse meiner Truppen und zur Erfüllung der mir gestellten Aufgabe die Hilfe des Landes in Anspruch nehmen muß.

„Hessische Brüder! Preußens Volk, geschaart um Preußens König, setzt seine höchsten Güter ein für deutsches Recht und Deutschlands Macht. Auf! Zeigt auch Ihr, daß ächtes deutsches Blut in Euren Adern rollt.

„Am 16. Juni 1866.

Der königlich preußische General
v. Beyer.“

Die vom Hauptmann Blume geführte kleine Schar wurde in Marburg von der Bürgerschaft, insbesondere aber auch von den Studenten dortiger Universität, enthusiastisch als Befreier begrüßt. Schon vor der Stadt war ihr ein zahlreiches Publikum zu Fuß und zu Wagen entgegengekommen.

Die zur Bewachung der Strafanstalt dort liegende kurhessische 2. Garnison-Compagnie leistete keinen Widerstand. Ihr Kommandant, Hauptmann Sunkel, gab seinen Degen ab, der ihm aber gegen Ehrenwort zurückbehändigt wurde, indem der Compagnie die Bewachung der Strafanstalt überlassen blieb.

Hauptmann Blume begab sich in Begleitung des Lieutenants v. Wilamowitz auf das Rathaus, wo ihn der Rat in corpore freundlichst begrüßte. Nachdem er daselbst wegen Verpflegung der Truppen noch das Nötige vereinbart, ritt er zum General v. Beyer zurück. Die 2 Züge Husaren und der Füsilier-Zug blieben bis zum anderen Morgen in Marburg, um sich dann der durchmarschierenden Division anzuschließen.

Der heutige Marsch erwies sich als eine zu anspruchsvolle Einleitung der Operationen. Da die Truppen früh mit mehr oder minder leerem Magen aus dem Bivouak aufgebrochen waren und unterwegs auch nicht abgekocht wurde, so machte sich, zumal die Infanterie die Tornister tragen mußte, eine wachsende und zugleich die Gemüter sehr deprimierende körperliche Erschöpfung geltend. Die Zahl der zurückbleibenden Ermatteten und Fußkranken war eine bedeutende, aber sehr

verschiedene bei den einzelnen Abteilungen, je nach dem Truppenmateriale und je nachdem vorher Marschübungen gemacht worden waren. Diejenigen Regimenter, welche bis kurz vor Kriegsausbruch dem Garnisonsdienste obgelegen hatten, litten unter jenen Strapazen am meisten. Die Entfernung des heutigen Marsches betrug von Wetzlar bis zu der von der Avantgarde erreichten Linie beiläufig $10\frac{1}{2}$ Wegstunden. Würde in Gießen und den nordwärts davon an der Straße gelegenen Ortschaften ein längerer Halt gemacht und die Mannschaft hierbei zum Abessen einquartiert worden sein, so dürften die Truppen den Marsch ungleich besser zurückgelegt haben. Indessen sollte die Division unter den geschilderten Umständen mindestens 15 Stunden unterwegs sein, manche Abteilungen sogar 18 Stunden, ohne daß dem Manne eine entsprechende Mahlzeit verabreicht wurde, was eine zu hohe Anforderung an das Leistungsvermögen der Truppen war.

Am 17. Juni morgens setzte die Division ihren Vormarsch ungestört fort, nachdem diejenigen Truppenteile, welche erst nach eingebrochener Nacht Unterkunft gefunden, kaum 4 bis 5 Stunden geruht hatten. Auch heute wurden die Tornister der Infanterie nicht gefahren. Mit Rücksicht auf die aus den Strapazen des 16. Juni resultierende Ermattung der Division und da überdies bald nach dem Aufbruche die Nachricht eintraf, daß die kurhessischen Truppen in der vorhergehenden Nacht Kassel per Bahn in der Richtung auf Bebra verlassen hatten, wurde der heutige Marsch nur bis in die Gegend von Kirchhayn und Neustadt geleitet. Indem das Gros aus der Gegend von Wittelsberg die direkte und daher kürzere Straße nach Kirchhayn und Neustadt einschlug, die von der Reserve gefolgte Avantgarde dagegen die über Marburg in der nämlichen Richtung führende Hauptstraße verfolgte, welche in ihrem durch das Lahn- und Ohm-Thal bedingten Laufe einen beträchtlichen Bogen beschreibt, so gelangte unter diesen Umständen das erstere an die Spitze der Division.

Als die Truppen von ihren Sammelplätzen aufbrachen, entlud sich abermals ein heftiges Gewitter mit starken Regengüssen; später heiterte sich jedoch das Wetter wieder auf.

Das Gros*) marschierte, wie schon angedeutet, bis Neu-

*) Die bisher beim Gros eingeteilte 5. Eskadron 9. Husaren-Regiments tauschte an diesem Tage mit der zur Reserve gehörigen 2. Eskadron.

stadt und Kirchhayn (im Maximum beiläufig 4 Meilen), beziehungsweise in die dazwischen liegenden Ortschaften Allendorf, Erksdorf ꝛc.

Die Avantgarde sammelte sich morgens 6 Uhr bei Marburg und rückte bis Amöneburg, Stausebach, Himmelsberg und Rauschenberg, so daß sie in gleicher Höhe mit Kirchhayn stand.

Die Reserve, welche bei Gisselberg ihren Sammelplatz hatte, folgte über Marburg nach Groß- und Klein-Seelheim, Bauerbach, Anzefahr, Schönebach, Niederwald und Stausebach.

Auch am heutigen Tage gab es infolge der Strapazen des 16. noch manche Fußkranke und Ermattete. Da jedoch die Truppen bald ins Quartier kamen und der Ruhe genießen konnten, erholten sie sich, so daß in den nächsten Tagen der Marsch besser von statten ging.

Weder in Gießen, noch in Marburg blieben Truppen zurück.

Um den von Kassel über Guntershausen nach Bebra führenden Schienenweg zu unterbrechen und damit die Abfuhr des Kriegsmaterials aus jener Residenz zu erschweren, wurde auf Befehl des Generals v. Beyer in der Nacht zum 18. Juni die 6. Compagnie Nr. 30 (Hauptmann Pascal) von Marburg auf einem aus dem dort vorgefundenen Wagen zusammengesetzten Zuge per Bahn in nördlicher Richtung entsendet, nachdem durch vorausgegangene Beamte die bekanntlich bei Treysa unfahrbar gemachte Linie wieder hergestellt worden war. Die auf der Main-Weser Bahn bis Gensungen beförderte Compagnie *) debarkierte hier, um nunmehr in ostwärts gehendem Marsche nach der gegenüber liegenden 2½ Stunden entfernten Station der Bebraer Linie, Melsungen, zu eilen. Unbehindert traf die Compagnie um 1 Uhr nachts daselbst ein. Während ein Teil derselben die Fuldabrücke und deren Umgebung besetzte, drang der andere nach dem am jenseitigen Ufer dieses Flusses gelegenen Bahnhofe vor, wo eben ein Zug aus Kassel einlief, dessen man sich bemächtigte. Nachdem oberhalb des Bahnhofs (in der Richtung auf Bebra-Gerstungen) der Schienenweg durch das Ausheben des Herzstückes **) unfahrbar gemacht worden, fuhr die Compagnie unter Mitnahme des Telegraphen-Apparats auf dem sistierten Zuge nordwärts

---

*) Die Compagnie wurde von dem lokalkundigen preußischen Rittmeister a. D. und Telegraphen-Inspektor v. Legat begleitet.

**) Ist der Übergang aus einem in das andere Geleise.

nach Guntershausen. Die dort postierte kleine Abteilung kurhessischer Pioniere (welche den Auftrag hatte, mit Schluß der von Kassel südwärts gehenden Kriegsmaterial-Transporte die Bahn zu zerstören) sah sich von der preußischen Compagnie überrascht und gefangen genommen. Zugleich wurde damit der Abzug der kurhessischen Truppen von Kassel nach Hersfeld in zweifelloser Weise konstatiert. Unter Zuhilfenahme des in Guntershausen vorgefundenen Wagenmaterials konnten zwei starke Züge zusammengestellt werden, mit welchen die Compagnie am 18. früh der im Anmarsche begriffenen Division entgegenfuhr.

Die letztere hatte an diesem Morgen ihre nordwärts gehende Bewegung fortgesetzt.

Die Avantgarde trat heute wieder an die Spitze der Division und rückte auf der Straße nach Fritzlar weiter. Bei Gilserberg erhielt General v. Beyer, welcher sich der Avantgarde anschloß, die Meldung von der glücklich verlaufenen Expedition des Hauptmanns Pascal. Da nunmehr über den Abzug der kurhessischen Truppen von Kassel keine Zweifel mehr bestehen konnten und auch die in der vergangenen Nacht eingelaufenen Nachrichten über den Anmarsch der Bayern auf Fulda sich nicht bestätigt hatten, beschloß der General v. Beyer, noch heute mittelst Bahn die Avantgarde bis Guntershausen, dem Vereinigungspunkte der nach Frankfurt und Thüringen führenden Schienenwege (eine starke Meile herwärts Kassel), vorzuschieben. Die Avantgarde wurde daher über Gilserberg nach Zimmersrode (halbwegs Ziegenhain und Borken) dirigiert, um hier auf den von Melsungen herangeführten Eisenbahnzügen eingeschifft zu werden. Zur Beschleunigung der Bewegung wurde in nicht gebundener Marschordnung (bataillonsweise) weiter gerückt. In der Gegend von Schönau und Sebbederode hielten die Truppen eine zum Abkochen benutzte mehrstündige Rast, zu welcher Lebensmittel aus der Umgegend requiriert worden waren. Der dann über Jeßberg und Gilsa fortgesetzte Marsch führte die vom General v. Beyer begleitete Avantgarde nach Zimmersrode, wo um 9 Uhr abends nach einem mehr als fünfmeiligen Marsche ihre sämtlichen Truppen in einem Bivouak vereinigt waren.

Das Gros hatte sich am Morgen zum Weitermarsche bei Momberg (nördlich Neustadt) gesammelt, um von hier auf der über Mengsberg gehenden Seitenstraße bis Sachsenhausen, Itzenhain und Gilserberg

(an der Kasseler Straße) zu rücken. Gleichzeitig hatte es von Momberg ein aus dem 2. Bataillone Nr. 19 *) und 2 Zügen der 5. Eskadron Husaren bestehendes Detachement unter Major v. Wangenheim ersteren Regiments als rechte Seitendeckung nach Treysa (Station der Main-Weser-Bahn) dirigiert, mit der Aufgabe, in der Richtung über Ziegenhain (ostwärts) aufzuklären. Das Detachement erreichte gegen Mittag Treysa und schob die 7. Compagnie nach Ziegenhain vor.

Da die Ankunft der nach der Eisenbahnstation Zimmersrode instradierten Avantgarde erst abends zu erwarten stand, wurde auf Anordnung des Generals v. Beyer das aus Melsungen herangezogene Wagenmaterial nach Treysa disponiert, um die dort befindlichen Truppen zur Fahrt auf Guntershausen einzuschiffen. Bereits nachmittags 4¼ Uhr war das Detachement, welches seine 7. Compagnie aus Ziegenhain zurückgezogen hatte, embarkiert und dampfte in 2 Zügen gegen Guntershausen ab. Die 6. Compagnie stieg noch eine Wegstunde herwärts dieser Station in Grifte aus und marschierte zur Besetzung der Straße Kassel-Fritzlar nach Kirchbauna. Das Gros des Detachements debarkierte dagegen in Guntershausen und rückte unter Zurücklassung der durch eine Abteilung Husaren verstärkten 5. Compagnie ebenfalls nach Kirchbauna, um hier, wohin bereits die 6. Compagnie vorausgegangen war, gegen Kassel zu beobachten. Die in Guntershausen verbleibende 5. Compagnie besetzte den dortigen Bahnhof und sicherte sich durch Feldwachen, indem sie zugleich ½ Zug und 20 Husaren auf das rechte Fulda-Ufer nach Dörnhagen zur Beobachtung der Straße Kassel-Melsungen vorschob. In der Erwartung hannoverscher Kavallerie wurden die Ausgänge von Dörnhagen bis auf einen schmalen Durchlaß barrikadiert und in der Richtung gegen Witzenhausen sowohl wie Allendorf durch die Husaren patrouilliert.

Die Reserve der Division war dem Gros bis Josbach (Stabsquartier), Lischeid, Winterscheid und Heimbach gefolgt.

Da General v. Beyer bekanntlich mit der Avantgarde voraus eilte, übertrug er die Führung des Gros und der Reserve dem Commandeur der letzteren, Oberst v. Selchow.

---

*) Die Angabe bei Bredow, „Geschichte des Husaren-Regiments Nr. 9", S. 83, daß 2 Bataillone Nr. 19 nach Treysa detachiert wurden, ist unrichtig.

Das 9. Husaren-Regiment (4½ Eskadronen) schwärmte mittlerweile der Avantgarde voraus und stand abends mit 2½ Eskadronen (1., 3. und halbe 5.) in Fritzlar, die 2. und 4. noch weiter vorwärts in Werckel.

Der Eisenbahntransport der bei Zimmersroda bivouakierenden Avantgarde nach Guntershausen begann in den ersten Morgenstunden des 19. Juni, nachdem das Wagenmaterial disponibel geworden war, welches zur Beförderung des Detachements von Treysa gedient hatte. Noch im Verlaufe des Vormittags waren die 4 Bataillone und die Batterie der Avantgarde, welchen sich auch der General v. Beyer anschloß, in einem Bivouak bei Guntershausen vereinigt, so daß nunmehr dort und bei Kirchbauna 5 Bataillone, 2 Züge Husaren und 1 Batterie gegen Kassel bereit standen.

Während dieselben am 19. Juni vormittags gegen Norden beobachteten, setzten die rückwärtigen Truppen bei heiterem Wetter den Vormarsch fort. Die 4½ Eskadronen 9. Husaren-Regiments gingen von Fritzlar und Werckel bis Herlingshausen und harrten hier, gegen Mittag daselbst eingetroffen, weiterer Befehle. Die Absicht, das Gros und die Reserve nach Treysa zu dirigieren, um sie hier zur Bahn einzuschiffen, konnte wegen des ungenügenden Transport-Materials nur für die letztere Abteilung Platz greifen.

Das Gros mußte daher von Gilserberg den Fußmarsch fortsetzen und bezog abends 6 Uhr in Fritzlar und Umgegend bis Werckel Quartiere, nachdem es halbwegs bei Zwerten einen längeren Halt gemacht hatte, wobei die Truppen im Requisitionswege beschaffte kalte Verpflegung erhielten.

Die Reserve marschierte dagegen nach Treysa und den westwärts gelegenen Dörfern Mengsberg, Flörshein und Wiera, um hier der Einschiffung zur Bahn nach Kassel gewärtig zu sein. Das in Wiera (oberhalb Treysa) vorläufig bequartierte Füsilierbataillon Nr. 70 zerstörte daselbst den südwärts führenden Schienenweg.

Nachdem die im Verlaufe des Vormittags bei der Avantgarde in Guntershausen eingehenden Nachrichten neuerdings bestätigten, daß Kassel vollkommen sich selbst überlassen sei und auch von der hannoverschen Armee nichts zu vernehmen war, traf General v. Beyer die erforderlichen Anordnungen zur Besetzung der Stadt durch die Avantgarde. Gegen Mittag (am 19.) ging daher der Commandeur des Füsilier-

Regiments Nr. 39, Oberst v. Woyna, mit dessen 2. Compagnie (Hauptmann v. Zeuner) per Bahn von Guntershausen nach Kassel ab und besetzte unbehindert den dortigen Bahnhof, was gleichzeitig mit dem schon früher erwähnten Erscheinen einer von Münden kommenden hannoverschen Patrouille (s. S. 384) zusammenfiel*).

Um 1 Uhr nachmittags folgte General v. Beyer mit der Avantgarde im Fußmarsche nach Kassel, während vorläufig die 11. und 12. Compagnie Nr. 32 noch in Guntershausen verblieben, um in der nächsten Nacht mittelst Eisenbahn dahin herangezogen zu werden. Um 4 Uhr nachmittags rückte die Avantgarde in Kassel ein und nahm eine Aufstellung am Wilhelmsplatze, um dann in den Kasernen Unterkunft zu finden.

Das in Herlingshausen angekommene 9. Husaren-Regiment wurde ebenfalls nach Kassel berufen und traf gegen Abend dort ein, um teils in der Garde- du Corps-Kaserne, teils im Marstalle untergebracht zu werden.

Das 2. Bataillon Nr. 19 verblieb vorläufig noch in Kirchbauna und Guntershausen, um sich anderen Tags dem auf Kassel marschierenden Gros der Division anzuschließen.

Die Einwohnerschaft von Kassel zeigte sich zwar freundlich, aber doch reserviert. In der Erinnerung an die Vorgänge von 1850 war man bedacht, sich nicht zu kompromittieren, weil man noch nicht wußte, welchen Ausgang diese Wirren nehmen würden.

Der auf dem benachbarten Schlosse Wilhelmshöhe weilende Kurfürst wurde nicht behelligt, da man hoffte, denselben nunmehr freiwillig seine Abreise antreten zu sehen, welcher man nicht hinderlich entgegentreten wollte.

Die Truppen in Kassel sicherten sich nach auswärts durch Feldwachen, und Husaren-Patrouillen streiften auf den Straßen gegen Münden und Helsa (letzteres ostwärts in der Richtung Witzenhausen-Allendorf).

Es wurde in Kassel noch zahlreiches Kriegsmaterial vorgefunden, welches zur Komplettierung der mangelhaften Ausrüstung der Division

*) Als der den Bahnhof besetzt haltenden preußischen Compagnie hinterbracht wurde, daß die beiden Offiziere der hannoverschen Patrouille nach Wilhelmshöhe zum Kurfürsten geritten sein sollten, ging eine stärkere Patrouille nach dieser Richtung ab, um jenen den Rückzug zu verlegen; indessen vergeblich, weil die kleine feindliche Schar bekanntlich auf Münden abgeritten war.

sehr erwünscht kam. Es konnte damit der Train der Regimenter ergänzt, sowie eine Proviantkolonne und ein Lazarett gebildet werden. Im Requisitionswege wurde auch zur Aufstellung eines Pferde-Depots geschritten.

Noch am nämlichen Tage (19.) konnte von Kassel aus die telegraphische Verbindung mit dem Hauptquartiere des Generals v. Falckenstein in Hannover aufgenommen und ihm der Einmarsch in die kurhessische Residenz gemeldet werden, worauf als Antwort Mitteilungen über die Bewegungen der 13. Division und des Manteuffelschen Corps erfolgten.

Bei der in Treysa angekommene Reserve begann noch am 19. abends die Einschiffung auf der dortigen Eisenbahnstation und trafen deren erste Truppen während der Nacht in Kassel ein. Bis zum 20. mittags waren sämtliche Abteilungen dieser Gruppe dort wieder vereinigt.

Am 20. Juni mittags rückte bei großer Hitze auch das Gros der Division in Kassel ein, nachdem es sich am Morgen bei Dissen gesammelt und in der Nähe der Hauptstadt das 2. Bataillon Nr. 19 wieder an sich gezogen hatte *). Alle Ermatteten und Fußkranken des Gros waren nach Guntershausen dirigiert worden. Nur das 1. und 2. Bataillon Nr. 32 verblieben in Kassel und dem nahen Wolfsanger, während die übrigen Abteilungen in den am rechten Fulda-Ufer gelegenen Ortschaften bis nach Nieder-Kaufungen ihre Quartiere angewiesen erhielten, welche sie teilweise erst um 3 und 4 Uhr nachmittags erreichten **). General-Major v. Glümer übernahm hier das Kommando des Gros, nachdem er am vorhergehenden Tage in Zivilkleidern aus Neiße bei der Avantgarde in Guntershausen eingetroffen war.

Mit heutigem Tage tauschten in ihrer Einteilung gegenseitig die

---

*) Die 5. Compagnie Nr. 19, welche vorläufig noch in Guntershausen verblieb, konnte, da sie ihre Ablösung durch die 8. Compagnie 32. Regiments abwarten mußte, erst um 1½ Uhr nachmittags ihrem Bataillone nach der Umgegend von Kassel folgen.

**) Es quartierten vom Regiment Nr. 19 das 1. Bataillon nach Grumbach, Waldau und Ochsenhausen; das 2. nach Ober- und Nieder-Kaufungen; das Füsilier-Bataillon nach Bettenhausen, Heiligenrode und Sandershausen; Regimentsstab auf dem Messinghof. Vom Regiment Nr 20 rückten das 1. Bataillon nach Grumbach, das 2. nach Sandershausen, die Füsiliere nach Waldau und Bettenhausen. Die 12. 12pfündige Reserve-Batterie bezog in Waldau Quartiere. Alle übrigen Truppenteile der Division befanden sich in Kassel.

Vierpfünder=Batterie Nr. 8. von der Reserve und die 1. 12pfündige Batterie Nr. 8. von der Avantgarde.

Da der Kurfürst keine Anstalten zur Abreise traf, wurde am 20. nachmittags die 10. Compagnie Nr. 32 (Hauptmann v. Spoenla) mit der Weisung nach Wilhelmshöhe detachiert, die Verbindung dieses Schlosses mit Kassel zu unterbrechen, ohne jedoch eintretenden Falls den Aufbruch des ersteren nach einer anderen Richtung zu verhindern. Man wünschte, den Kurfürsten freiwillig Wilhelmshöhe verlassen zu sehen und hoffte, durch die mit der Aufstellung jener Compagnie verbundene Belästigung ihn um so eher zur Abreise zu vermögen. Die Compagnie bezog in der Umgebung des Schlosses ein Bivouak.

Die nunmehr in Kassel und nächster Umgegend wieder vereinigte Division Beyer hatte mit der Besetzung dieser Residenz die ihr vorerst gestellte Aufgabe gelöst. In nördlicher Richtung hatte sie, insoweit die vorhandenen Nachrichten einen Überblick gewinnen ließen, die bei Göttingen versammelte hannoversche Armee vor sich, während man im Rücken die über Hersfeld zurückgegangenen kurhessischen Truppen wußte. Als eine nahe liegende Eventualität durfte es erscheinen, daß die hannoversche Armee ihre Vereinigung mit den süddeutschen Bundestruppen unter Kooperation der kurhessischen Truppen anzustreben suchen würde. Für den Fall, daß hiermit größere Streitkräfte zur Entwickelung gegen die Division Beyer gelangen sollten, wurde in den leitenden Kreisen der letzteren ein seitliches Ausweichen erwogen, entweder durch das Wäldecksche nach Westfalen und dessen Weser=Festung Minden oder aber nach Thüringen, um in Erfurt, als befestigtem Platz, einen Stützpunkt zu gewinnen. Wie uns die Folge zeigen wird, sollte jedoch die hier gegebene militärische Situation zu einer anderen Entwickelung führen und die Division Beyer zur alsbaldigen Mitwirkung gegen die hannoversche Armee berufen sein. —

Bevor wir den weiteren Verlauf der daran sich knüpfenden Ereignisse verfolgen, mag zunächst noch ein kurzer Rückblick auf das fernere Schicksal Kurhessens hier seinen Platz finden.

In anbetracht der nunmehr aufgrund vorangegangener Kriegsdeklaration vollzogenen Occupation des Kurfürstentums erklärte der General v. Beyer durch eine unterm 21. Juni an das kurhessische Volk gerichtete Proklamation die Autorität des Kurfürsten für suspendiert

und die Funktionen seiner Minister für erloschen, indem er im Namen des Königs von Preußen vorläufig die Landesregierung übernahm, mit der Zusicherung, die Verfassung und die Landesgesetze, insoweit es der Kriegszustand gestattete, zu respektieren. Mit der verfassungsmäßigen Fortführung der laufenden Geschäfte wurden die folgenden kurhessischen Beamten beauftragt: für die Justiz Obergerichtsrat Etienne, für das Innere der Geheime Regierungsrat Mittler und für die Finanzen Oberfinanzrat Ledderhose.

Der Kurfürst harrte inzwischen noch immer auf Wilhelmshöhe aus, trotz der Belästigung durch die dahin detachierte 10. Compagnie Nr. 32. Um ihn eindringlicher zum Verlassen dieser Residenz zu mahnen, erging am 21. Juni nachmittags der Befehl an jene Compagnie, das Schloß enger zu zernieren, ohne jedoch die Abreise des Kurfürsten zu verhindern. Eben als diese Anordnung zur Ausführung gelangen sollte, wurde die Compagnie durch die 7. vom 70. Regimente abgelöst, um mit dem Detachement des General-Majors v. Schachtmeyer gegen Münden vorzugehen. Aber auch die nunmehr Platz greifende engere Zernierung vermochte den Kurfürsten nicht zur Abreise zu veranlassen.

Am 22. Juni machte ihm der preußische Gesandte, General v. Roeder, neue Anträge wegen einer Übereinkunft mit Preußen, welche jedoch eine ebenso entschiedene Ablehnung fanden, wie die vorangegangene Sommation. Die preußische Regierung sah sich somit in die Notwendigkeit versetzt, am folgenden Tage den Kurfürsten als Staatsgefangenen zunächst nach Minden und später nach Stettin geleiten zu lassen. Der Kurfürst nahm von seinem Volke durch eine Proklamation Abschied, in welcher er zugleich alle Beamten aufforderte, ihre Funktionen vorbehaltlich der ihm zu bewahrenden Unterthanentreue fortzuführen.

Nachdem die folgenden Operationen gegen die hannoversche Armee die Thätigkeit des Generals v. Beyer in Anspruch nahmen, wurde zur Sicherung einer geregelten Administration durch königliche Kabinettsordre vom 25. Juni der General v. Werder zum Militär-Gouverneur von Kurhessen ernannt, unter dessen Autorität der Präsident v. Möller als Zivil-Kommissarius die Leitung der Landesverwaltung übertragen erhielt. Bis zum Eintreffen jenes Generals wurde der Oberbefehlshaber der gegen die Hannoveraner operierenden Armee, General v. Falckenstein, mit der interimistischen Führung des Militär-Gouvernements beauftragt.

Als der letztere zu diesem Zwecke am 27. Juni aus Eisenach in Kassel eingetroffen war, langte nur wenige Stunden später auch der General v. Werder aus Berlin dort an und übernahm die ihm übertragenen Gewalten, während der General v. Falckenstein zu seiner Armee zurückkehrte.

Der am nämlichen Tage (27.) von der Bundesversammlung gefaßte Beschluß, die Verwaltung von Kurhessen im Namen des Kurfürsten durch einen Bundeskommissar führen zu lassen, sollte bei dem rückläufigen Gange der militärischen Operationen des süddeutschen Heeres nicht zur praktischen Geltung gelangen.

Die kurhessische Division stand unterdessen in Hanau und Umgegend. Mit Rücksicht auf ihre mangelhafte Schlagfertigkeit wurde sie durch Verfügung des 8. Bundes-Armeecorps-Kommandos vom 29. Juni nach Mainz bestimmt, um daselbst ihrer Mobilmachung obzuliegen. Nur zwei durch Abgabe von den anderen auf Kriegsstärke gebrachte Husaren-Eskadronen wurden zur 4. Division des 8. Bundes-Armeecorps abkommandiert und nahmen am Feldzuge Teil. In den ersten Julitagen begann der Abmarsch der kurhessischen Truppen nach Mainz, wo dieselben in einer Gesamtstärke von 8563 Mann und 948 Pferden einrückten.

Für den am 30. Juni beginnenden Vormarsch des 8. Bundes-Armeecorps über Friedberg gegen Alsfeld erhielt ein Teil der kurhessischen Truppen die Aufgabe, vorläufig die rechte Flankendeckung zu bilden. Es wurden hierzu bestimmt das noch in und bei Gelnhausen stehende Detachement (1. Leib-Husaren-Regiment und eine Sechspfünder-Batterie), ferner das 1. Bataillon 1. Infanterie- und 2 Compagnieen 2. Infanterie-Regiments. Die Führung des Detachements wurde dem Commandeur des vorgenannten Husaren-Regiments, Oberst v. Baumbach, übertragen. Das 3. Infanterie-Regiment rückte nach Windecken und bezog daselbst an der Nidder Vorposten mit den hessen-darmstädtischen Truppen. Aber schon in den nächsten Tagen wurden auch diese Abteilungen nach Mainz in Marsch gesetzt.

Der andauernde Mangel an Geld und die Inanspruchnahme der Truppen durch den Dienst in jenem später von preußischen Truppen beunruhigten Platze traten indessen der Durchführung der Mobilisierung hindernd entgegen. Aus den in Mainz vorhandenen Munitionsvorräten von dem gleichen Kaliber der alten Gewehrgattung konnte der Infanterist schließlich mit 90 Patronen ausgerüstet werden.

Nachdem der preußische General v. Werder das Gouvernement von Kurhessen übernommen, hatte er in der Person des Majors Preuß vom 70. Infanterie-Regimente einen Parlamentär an den General v. Loßberg entsendet, welcher demselben die Aufforderung überbringen sollte, die kurhessischen Truppen behufs ihrer Entlassung in die Friedensgarnisonen zurückzuführen. Am 30. Juni, noch bevor die kurhessische Division ihren Marsch nach Mainz antrat, traf bei deren Vorposten nächst Langenselbold jener preußische Parlamentär ein, wurde jedoch vom General v. Loßberg mit der korrekten Erklärung zurückgewiesen, daß er dem 8. Bundes-Armeecorps-Kommando unterstellt und daher nicht in der Lage sei, mit Preußen in Verhandlungen zu treten.

Der General v. Werder sah sich nunmehr veranlaßt, die folgende Proklamation durch öffentliche Blätter zu publizieren und auf diesem Wege zur Kenntnis der kurhessischen Division zu bringen:

„An die Officiere und Soldaten der kurhessischen Armee!

„Seitdem Seine Königliche Hoheit der Kurfürst von Hessen in Folge der jüngsten kriegerischen Ereignisse sein Land verlassen, ist die Kurhessische Armee-Division ohne Kriegsherrn.

„Kurhessische Officiere und Soldaten! Der Befehl Eures Corpsführers hat Euch in den südlichen Gebietstheilen Eures Landes concentriren können, aber er ist nicht befugt, Euch über die Grenzen Eures Vaterlandes hinauszuführen und unter fremde Befehle zu stellen.

„Der Beschluß des sogenannten Bundestages in Frankfurt a. M., Euch in ein fremdes Armeecorps einzufügen, ist völlig rechtswidrig und unverbindlich.

„Wenn Ihr ihm Folge leistet, seid Ihr nicht mehr Soldaten, die dem Willen ihres Kriegsherrn gehorchen, gleichviel ob gern oder ungern, sondern Ihr seid Parteigänger, welche auf eigene Hand den Krieg als gesetzloses Handwerk treiben.

„Kann es die Ehre der Kurhessischen Armee ertragen, daß man aus ihr eine bairische oder würtembergische Soldtruppe macht?

„Niemand sollte diese Zumuthung wagen dürfen.

„Aber ich rede nicht zu Euerem Ehrgefühl, welches keinen Zweifel duldet, sondern zu Euerem Rechtssinn; denn der Widerstreit der Verhältnisse kann auch den Bravsten irre leiten.

„Indem Euch der unmittelbare Wille Eures Kriegsherrn fehlt, habt Ihr Euch der bestehenden Obrigkeit Eures Landes zu fügen. Als der Kurfürst, Euer Herr, das Land verließ, hat Seine Königliche Hoheit zu Seinem Volke Worte des Abschieds gesprochen, in denen er alle Seine Behörden auffordert, sich der neuen Ordnung der Dinge völlig zu fügen und im Interesse des Landes nach wie vor ihre Pflicht zu thun.

„Officiere und Soldaten der Kurhessischen Armee! Euch so gut wie jeden Eurer Mitunterthanen trifft dieser Befehl Eures Kurfürstlichen Herrn.

„Kraft des mir übertragenen Amtes als General-Gouverneur des Kurfürstentums fordere ich Euch hiermit auf, friedlich in Eure Garnisonen zurückzukehren. Wenn es zwar die Verhältnisse gebieterisch erfordern, daß die Mannschaften entlassen werden, so bleibt doch den Officieren die Vollehre ihrer Waffen und der ganze Umfang ihrer bisherigen Bezüge und Competenzen.

„Ich habe Euch dies von Mund zu Mund sagen wollen, wie es zwischen Soldaten Gebrauch ist, aber der Höchstcommandirende Eurer Division hat die Mitteilungen des von mir abgesandten Parlamentair-Officiers nicht angenommen. Ich bin daher genötigt, diese Worte durch die öffentlichen Organe an Euch zu richten.

„Nehmt sie kameradschaftlich auf und folgt meiner Aufforderung. Ihr, deren Väter seit Jahrhunderten nicht anders als an Preußens Seite glorreich gefochten, werdet nicht, meinem Herzen zuwider, mich zwingen wollen, Euch als Feinde zu behandeln und dies nur um des verhängnißvollen Irrthums Eures zeitigen Führers willen.

„Kassel, den 4. Juli 1866.

Der General-Gouverneur des Kurfürstenthums Hessen.
v. Werder,
Königlich. Preußischer General der Infanterie."

Der General v. Loßberg befand sich dieser Aufforderung gegenüber in einer äußerst schwierigen Lage, da der Kurfürst, seinem strikten Beharren auf dem Bundesstandpunkte entsprechend, sein Kontingent zur Verfügung des Bundes gestellt hatte. Der kurhessische General that daher nur seine Pflicht, wenn er die preußische Aufforderung in ab-

lehnendem Sinne beantwortete, was durch die folgende Erklärung geschah, welche in Nr. 160 der „Mainzer Zeitung“ vom 13. Juli zur Veröffentlichung gelangte:

„Der Königlich. Preußische General der Infanterie von Werder hat in den öffentlichen Blättern eine Ansprache an die Offiziere und Soldaten der Kurhessischen Armee erlassen, in welcher er diese auffordert, der Fahne ihres Kriegsherrn untreu zu werden und in ihre Garnisonen friedlich zurückzukehren.

„Derselbe sucht unter Anderem auch seine Aufforderung damit zu begründen, daß er der kurhessischen Armee einreden will, sie sei in Folge des gegen Seine Königliche Hoheit den Kurfürsten begangenen Gewaltactes gegenwärtig ohne Kriegsherrn. Was würde die Königlich. Preußische Armee dazu sagen, wenn ihr in gleichen Verhältnissen dieselbe Zumuthung gestellt würde?

„Für die Kurhessische Armee kann kein Zweifel darüber obwalten, was sie zu thun und auf welcher Seite sie zu kämpfen hat.

„Die Aufforderung des Generals von Werder erinnert schließlich an die Vergangenheit, in welcher Kurhessische Truppen oftmals an Preußischer Seite glorreich gefochten haben. Auch Seiner Königlichen Hoheit, unserem Allergnädigsten Kriegsherrn und seiner treuen Armee ist es schwer geworden, diese Vergangenheit gebrochen zu sehen. Von welcher Seite aber der Bruch mit diesen Traditionen verschuldet worden, kann wohl nicht offenkundiger bezeugt werden, als durch den Versuch eines Preußischen Generals, unserem gefangenen Kriegsherrn nun auch noch die tausendjährige, geheiligte Treue seiner Armee dadurch rauben zu wollen, daß ihr Bezüge und Competenzen zugesichert werden.

„Mit Entrüstung weise ich daher im Namen der Offiziere und Soldaten Seiner Königlichen Hoheit des Kurfürsten eine Aufforderung zurück, welche ihnen die Vollehre ihrer Waffen verbürgen will, in Wahrheit aber das Ansinnen stellt, Treue und Ehre mit Füßen zu treten.

„Mainz, 12. Juli 1866.

(gez.) von Loßberg,
Generalmajor,
mit dem Kommando der kurhessischen Armee-Division
beauftragt.“

Als nach Österreichs Niederlage und dem mißlichen Verlaufe des Mainfeldzuges die süddeutschen Staaten anfangs August mit Preußen Waffenstillstand abschlossen und ihre Kontingente nunmehr aus Mainz abzuberufen anfingen, wurde die dortige Lage der kurhessischen Truppen immer peinlicher. Kritisch gestaltete sich die Situation, als das Berliner Kabinett anfangs August die Bildung eines norddeutschen Bundes einleitete und am 17. dieses Monats von dem preußischen Landtage die verfassungsmäßig erforderliche Genehmigung zur Einverleibung von Hannover, Hessen, Nassau und Frankfurt beantragte, um die preußischen Lande vor wiederkehrenden Gefahren zu schützen und Deutschlands nationaler Neugestaltung eine breitere und festere Grundlage zu geben. Unter dem Drucke dieser Umstände entsendete der General v. Loßberg am 18. August den Oberstlieutenant v. Bischofshausen an den König von Preußen, um dessen Befehle einzuholen. Außerdem ließ er am folgenden Tage durch den Major Darapski dem preußischen General-Lieutenant v. Göben in Frankfurt am Main notifizieren, daß er sich nunmehr als unter preußischen Befehl gestellt betrachte. Auch nach Kassel ließ General v. Loßberg diese Anzeige überbringen.

Infolge jener Erklärung ging dem letzteren nunmehr die Weisung zu, die kurhessischen Truppen in ihre früheren Garnisonen zurückzuführen. Als Mainz am 26. August durch preußische Truppen besetzt wurde, verließen die Kurhessen an diesem und dem nächsten Tage jenen Platz und begaben sich auf den Rückmarsch in die Heimat. Hier eingetroffen, wurden auf Befehl des preußischen General-Gouverneurs die Reservisten und Trainsoldaten sogleich in Urlaub entlassen, was am 1. September auch hinsichtlich der anderen Mannschaft geschah, bis auf die Cadres, welche außer sämtlichen Offizieren und Unteroffizieren bei der Infanterie aus 50 Mann für jede Compagnie bestanden.

Den 7. September nahm das preußische Abgeordnetenhaus die Kurhessens Einverleibung betreffende Regierungsvorlage mit 273 gegen 14 Stimmen an. Am 10. desselben Monats genehmigte auch das Herrenhaus das Annexionsgesetz mit allen gegen eine Stimme.

Nachdem somit Kurhessens Schicksal entschieden war, entband der noch in Stettin weilende Kurfürst unterm 15. September seine Unterthanen ihres Eides und zog sich nach einer wegen Sicherung seines Hausvermögens mit Preußen getroffenen Übereinkunft auf seine Besitzungen in Böhmen zurück.

Am 8. Oktober verkündete der Präsident v. Möller das Besitz-Ergreifungspatent des Königs von Preußen vom Balkone des kurfürstlichen Schlosses in Kassel. Die Haltung der Bevölkerung war eine ruhige und führte zu keinen Demonstrationen.

Durch Kabinettsordre vom 17. Oktober wurde die bisher in den Händen des Generals v. Werder vereinigte Militär- und Zivil-Verwaltung getrennt, indem an die Spitze der letzteren der Präsident v. Möller trat, während der erstere bis zu der am 12. Dezember erfolgenden Aufhebung des Militär-Gouvernements in dieser Eigenschaft weiter fungierte.

Am 19. Oktober wurden die kurhessischen Offiziere und Mannschaften für den König von Preußen vereidigt.

Nachdem durch die königlichen Kabinettsordres vom 27. September und 2. Oktober die näheren Bestimmungen über die Formation der neuen Truppenteile getroffen worden waren, erfolgte anfangs November deren Aufstellung und die Bildung des gleichzeitig damit organisierten 11. Armeecorps. Die Stämme der kurhessischen Infanterie gingen in den neuen Regimentern auf; nur die 2 Husaren-Regimenter und die Artillerie-Abteilung wurden als in sich abgeschlossene Körper in die preußische Armee übernommen.

VI.

Die Operationen gegen die hannoversche Armee vom 21. bis 23. Juni.

Lenken wir nunmehr unsere Blicke zu der hannoverschen Armee, welche am frühen Morgen des 21. Juni aus ihren bisherigen Quartieren zu dem Marsche nach Süden aufbrechen sollte. Bevor wir sie auf demselben begleiten, mag zunächst eine kurze Umschau über das Gebiet hier folgen, in welchem wir den Schauplatz der kommenden Ereignisse zu suchen haben.

Südwärts findet dasselbe seinen Abschluß durch den langgestreckten Zug des Thüringer Waldes, welcher mit Inbegriff des seine östliche Fortsetzung bildenden Frankenwaldes einen Gebirgswall von 22 Meilen Länge bildet, dessen Kamm im allgemeinen mehr als 2000 Fuß über den Meeresspiegel sich erhebt, während nur wenige seiner Gipfel die Höhe von 3000 Fuß um ein geringes übersteigen. Beinahe durchgängig mit herrlichen Wäldern bedeckt, hat das Gebirge in seinem westlichen Zuge eine Breite von 2 bis 3 Meilen, welche in dem östlichen Teile mit seinem ausgedehnten Hochplateau auf 6 bis 7 Meilen sich erweitert.

Gegen Westen finden wir durch den Werra-Fluß die Grenze des betreffenden Gebiets bestimmt. An der Südseite des Thüringer Waldes entsprungen, nimmt er in einem jenseits von den Vorbergen der Rhön gebildeten, anmutigen Thale an den Städten Hildburghausen, Themar, Meiningen, Wasungen, Salza, Vacha und Berka vorüber seinen nordwärts gehenden Lauf, um denselben dann in oft scharfen Krümmungen,

teilweise mehr oder minder eingeengt durch bewaldete Berge, über Kreuzburg, Mihla, Treffurt, Wanfried, Eschwege, Allendorf und Witzenhausen nach Münden fortzusetzen, wo er sich bekanntlich mit der Fulda zum Weserstrome vereinigt.

Die (thüringische) Saale, welche in Bayern dem Fichtelgebirge entquillt, wird mit ihrem nordwärts gerichteten Laufe zur Ostgrenze jenes Gebiets. Nachdem sie am Ostfuße des Franken- und Thüringer Waldes ein enges Thal durcheilt, erweitert sich dasselbe unterhalb Saalfeld und geleitet den Fluß über Rudolstadt, Orlamünde, Kahla, Jena, Camburg, Naumburg, Weißenfels, Halle, Merseburg, Wettin, Bernburg und Kalbe in die Elbeniederung, wo sich derselbe oberhalb Magdeburg in diesen Strom ergießt.

Die an den unteren Lauf der Saale anschließende Nordgrenze des Gebiets bilden dagegen die südlichen Vorberge des Harzes.

Als der einstige Sitz des alten Volks der Thüringer pflegt das von jenen Grenzen umschlossene Land heute noch im allgemeinen Thüringen benannt zu werden, während sein nordwestliches Gebiet im engeren Sinne dem Eichsfelde angehört. Seine heutige Gestaltung in politischer Beziehung ist ein vielfach gegliedertes Staatenkonglomerat. Die nördliche Hälfte gehört zumeist der westlich von Kurhessen begrenzten preußischen Provinz Sachsen an und enthält außer einigen anderen Enklaven auch die Unterherrschaften der Fürstentümer Schwarzburg. Während in seiner Südhälfte das Herzogtum Sachsen-Gotha und der Weimarsche Kreis des Großherzogtums Sachsen größere geschlossene Gebietsteile bilden, treten aus dem staatlichen Gebilde an der Ostgrenze besonders der Westkreis des Herzogtums Altenburg, sowie das Fürstentum Reuß-Schleiz hervor. Die südliche Abdachung des Thüringer Waldes umspannt in weitem Bogen das Herzogtum Sachsen-Meiningen-Hildburghausen, zwischen demselben und den Südgrenzen von Gotha und Weimar die damals kurhessische Enklave Schmalkalden, der preußische Kreis Schleusingen und die oberen Herrschaften der Fürstentümer Schwarzburg. Südlich wird das Herzogtum Meiningen durch bayerisches Gebiet umrahmt, insoweit nicht diesen Grenzzug das von beiden umschlossene Herzogtum Coburg unterbricht. Auf seiner Westgrenze wurde Meiningen dagegen von dem Kurfürstentum Hessen durch das einen Bestandteil des Großherzogtums Sachsen bildende Gebiet von Eisenach getrennt, welches

im Norden an die preußische Provinz Sachsen und östlich an das Herzogtum Gotha Anlehnung findet.

Schreiten wir zu einer näheren Betrachtung des innerhalb der obigen Grenzen gelegenen Gebiets, so sehen wir in seiner Nordregion den Charakter des Berglandes überwiegen. Der Harz entsendet dort seine Ausläufer gegen Osten bis an die Saale, südwestwärts aber streichen seine Vorberge in das Göttingensche und das obere Eichsfeld. In der letztgenannten Landschaft, deren westlichen Teil die das rechte Werra-Ufer begleitenden Berge erfüllen, entwickelt sich zugleich ein Höhenzug, welcher ziemlich parallel zu den südlichen Vorbergen des Harzes durch die ostwärts an einander gereihten Ketten des Großen Dün, der Hainleite, des Kyffhäuser, der Schmücke, Hohen Schrecke und Finne gebildet wird und bis zum linken Ufer der Saale bei Naumburg sich ausdehnt. Das zwischen diesem Höhenzuge und den südlichen Abhängen des Harzes eingebettete Thal wird seiner Fruchtbarkeit wegen die goldene Aue benannt, in welcher die Städte Nordhausen (18 500 Einwohner)*) und Sangerhausen (8500 Einwohner) erwähnt zu werden verdienen.

Vor dem südlichen Fuße jener Bergkette dehnt sich aber das fruchtbare Thüringer Hügelland aus, in der nämlichen Richtung durch die am fernen Horizonte sich erhebenden dunkeln Züge des Thüringer Waldes begrenzt.

Der bedeutendste Fluß dieses Hügellandes ist die auf dem Eichsfelde bei Dingelstädt entspringende Unstrut, deren zunächst südostwärts gehender Lauf zwischen meistenteils flachen Ufern an Mühlhausen und bei Langensalza vorüberführt, um weiter unterhalb nach Einmündung der aus dem Thüringer Walde hervorgehenden Gera bei Sömmerda sich gegen Norden zu wenden und unfern Oldisleben die Ketten der Hainleite und Schmücke zu durchbrechen. Nachdem die Unstrut in dem nunmehr sich wieder erweiternden Thale bei Artern die von den Bergen des Eichsfeldes entsendete Helme aufgenommen, welche das oben erwähnte Thal der goldenen Aue durchströmt, erreicht sie in südostwärts gehendem Laufe über Freiburg das linke Ufer der Saale und ergießt sich unfern Naumburg in diesen Fluß, mit welchem sich zugleich 1½ Meilen weiter

---

*) Dieser Ziffer, sowie den weiter folgenden diesbezüglichen Zahlen liegt die Volkszählung von 1864 zugrunde.

oberhalb bei Sulza die vom Thüringer Walde herabkommende Ilm verbindet.

In dieses von einem gut entwickelten Straßennetze durchzogene Gebiet leiteten die Operationen der nächsten Tage die aus ihrer Heimat aufbrechende hannoversche Armee.

Mit dem Überschreiten der vaterländischen Grenze führte der Marsch auf der Göttinger Heerstraße in bergigem Gelände zunächst nach dem ehemaligen Regierungssitze des Eichsfeldes, der jetzigen preußischen Kreisstadt Heiligenstadt (5000 Einwohner) an dem Leine-Flüßchen, welches 2 Meilen östlich davon entspringt und seinen demnächst nordwärts gehenden Lauf bekanntlich in das Gebiet von Göttingen lenkt. In Heiligenstadt konvergieren die aus dem Werra-Thale von Witzenhausen (gegen 3 Meilen), Allendorf (beiläufig 2½ Meilen) und Wanfried (3 Meilen) herangeleiteten Straßen. Die erstere vermittelt, am Fuße des Kaufunger Waldes über Groß-Almerode geführt, den Verkehr mit der auf dieser Linie von Witzenhausen 4½ Meilen entfernten hessischen Hauptstadt Kassel. Die Allendorfer Straße läuft dagegen im Werra-Thale zunächst nach Eschwege, um dann weiter südwärts in Wichmannshausen ihre Verzweigungen sowohl über Sontra auf Berka und Bebra, wie auch nach Eisenach zu entsenden. Die Heiligenstadt in südlicher Richtung verlassende Straße nach Wanfried, welche hier mit Eschwege kommuniziert, erreicht in ihrer Fortsetzung über Treffurt und Kreuzburg gleichfalls bei Eisenach den Fuß des Thüringer Waldes. Die Heiligenstadt ostwärts zum Ausgangspunkte nehmende Straße vergabelt sich dagegen in Worbis (2¼ Meilen) einerseits nach Nordhausen in die goldene Aue, anderseits über Duderstadt in den Harz.

Verfolgen wir die südostwärts gehende Göttinger Heerstraße weiter, so durchschreitet dieselbe zunächst ein gleich rauhes wie dünn bevölkertes Gebiet. Nachdem dieselbe von Heiligenstadt auf zweimeiliger Strecke nur die Dörfer Geisleden (900 Einwohner) und Kreuzeber (800 Einwohner) passiert, betritt sie das Städtchen Dingelstädt (3000 Einwohner), woselbst sie die aus dem Werra-Thale von Wanfried (3¼ Meilen) über Eigenrieden führende Straße aufnimmt, während sie nordwärts über Leinefelde mit der Straße Heiligenstadt-Worbis in Verbindung tritt.

Von Dingelstädt führt die Fortsetzung der mehrerwähnten Heerstraße, zur linken von der Unstrut begleitet, nach der 1½ Meilen ent=

fernten preußischen Kreisstadt Mühlhausen (17000 Einwohner). Dieselbe steht mit dem Werra-Thale durch zwei Straßen in Verkehr. Die eine führt westwärts über Eigenrieden nach Wanfried (beiläufig 3 Meilen), während die andere, in südwärts gehendem Laufe durch die bewaldeten Berge des Hainich über Langula und Nazza geleitet, bei Mihla sich in jenes Thal senkt und auf weimarschem Gebiete über Kreuzburg den lieblichen Thalgrund der westwärts nach der Werra eilenden Hörsel erreicht, in welchem Eisenach (beiläufig 4 Meilen von Mühlhausen), an der nordwestlichen Abdachung des Thüringer Waldes gelagert, sichtbar wird, überragt von der auf grünbelaubtem Felsenkegel herniederwinkenden Wartburg*). Gegen Nordosten steht Mühlhausen vermittelst der Straße Schlotheim-Ebeleben durch die Hainleite mit Sondershausen, der fürstlich schwarzburgischen Residenz, (etwa 4½ Meilen) in Verbindung, welches zum Gabelpunkte der einerseits nordwärts auf Nordhausen und anderseits östlich über Frankenhausen in das untere Unstrut-Thal gegebenen Straßen wird.

Zwei Meilen südöstlich Mühlhausen stoßen wir auf die preußische Kreisstadt Langensalza (9000 Einwohner). Beide Orte verbindet die in dieser Richtung gegebene Fortsetzung der mehrerwähnten Heerstraße, welche durch ein fruchtbares, von der Unstrut bewässertes Hügelland über Groß-Gottern führt. Langensalza, gegen welches die Ausläufer des westwärts bis zur Werra sich erhebenden Hainich-Waldes streichen, ist der Knotenpunkt eines ziemlich ausgedehnten Straßennetzes.

Mit dem nordostwärts gelegenen Gebiete verkehrt Langensalza durch die bei Merxleben die Unstrut überschreitende Straße, welche sich hinter diesem Orte verzweigt, um einerseits über Ebeleben nach dem 5 Meilen entfernten Sondershausen, in ihrem ostwärts gehenden Zuge aber über Tennstädt und Weißensee nach Sömmerda (5 Meilen), sowie in das untere Unstrut-Thal zu führen.

Eine an der diesseitigen Abdachung des Hainich erbaute Chaussee führt dagegen südwestlich über die Behringsdörfer nach dem beiläufig 4 Meilen entfernten Eisenach, von wo das etwa 2½ Meilen entfernte Werra-

---

*) Außer der Hauptstraße über Kreuzburg, welche einen westwärts gehenden Bogen beschreibt, steht dem Verkehre nach Eisenach eine in Mihla sich abzweigende Straße zur Verfügung, deren direkt südwärts führender Zug gegen die erstere einen Zeitgewinn von einer Stunde erzielen läßt.

Thal außer durch den dahin führenden Schienenwege sowohl auf der Straße über Markfuhl, wie mittelst jener über Etterwinden zu erreichen ist.

Die von Langensalza südwärts weitergeleitete Straße tritt nach 1½ Wegstunden bei Henningsleben in das bis zum Kamme des Thüringer Waldes sich erstreckende Gebiet des Herzogtums Gotha, dessen gleichnamige Hauptstadt (damals 16000 Einwohner) 2½ Meilen von jenem Ausgangspunkte entfernt ist. Westlich von den Ausläufern des Hainichs begleitet, unter denen besonders der eine Stunde herwärts Gotha sich erhebende Krahnberg hervortritt, überschreitet die ein offenes Hügelland durchziehende Straße bei dem Dorfe Westhausen den unfern Eisenach in die Hörsel mündenden Nesse-Bach und erreicht dann über Warza die bereits erwähnte Hauptstadt, welche im Grunde des Leina-Flüßchens von dem weithin sichtbaren Schlosse Friedenstein überragt wird. In nächster Nähe der Stadt, vor deren Südostausgange, erhebt sich in dominierender Lage der Seeberg, dessen langgestreckter, aber nicht breiter Rücken in südöstlichem Zuge eine beinahe zweistündige Ausdehnung hat. Seine Gotha zunächst gegebene Kuppe liegt 1096 Fuß über dem Meeresspiegel, während auf der östlichen Strecke der Berg bis zu 1264 Fuß ansteigt. Die durch verschiedene Wege zugängliche Höhe ist in ihrem westlichen Teile kahl, in entgegengesetzter Richtung aber teilweise bewaldet. Durch die südwestlich und südlich nach Waltershausen, Friedrichroda und Ohrdruf sich verzweigenden Straßen steht Gotha mit dem Thüringer Walde und dessen jenseitiger Abdachung, dem Werra-Thale, in Verbindung.

Gegen Osten wird Langensalza zum Ausgangspunkte der Straße nach der preußischen Festung Erfurt. Mittelst kaum anderthalbstündigen Laufes tritt sie in den nördlichen Teil des Herzogtums Gotha, welchen ihr ostwärts gehender Zug nach 2½ Wegstunden wieder verläßt, um dann seine Fortsetzung auf preußischem Gebiet zu finden. Innerhalb der gothaischen Grenze zweigt von ihr in Gräfentonna (kaum 1 Meile von Langensalza) eine über Ballstedt und Bufleben auf Gotha führende Straße ab, welche in Kindleben, eine Stunde herwärts jener Residenz, eine zweite, später auf preußischem Gebiete in Dachwig von der Erfurter Chaussee entsendete Straße aufnimmt, deren Zug über Groß-Fahner und Molschleben geleitet ist. Zwischen diesen beiden südwärts gerichteten Wegezügen erhebt sich die teilweise bewaldete Fahner Höhe, deren Ost-

abdachung die Straße Dachwig=Molschleben überschreitet. Die Erfurter Straße tritt dagegen, nachdem sie unfern Dachwig wieder auf preußisches Gebiet übergegangen, bei Andisleben in den Grund des Gera=Flusses. Während sie hier nordwärts eine Straße nach Gebesee entsendet, welche in ihren auf Tennstädt und Weißensee gegebenen Verzweigungen mit der von Langensalza dahin führenden Chaussee verbunden ist, zieht sie nunmehr am linken Ufer der Gera in südöstlicher Direktion weiter, um nach etwa fünfmeiligem Laufe in Erfurt einzumünden, das zugleich das Ziel einer anderen von Norden kommenden Straße wird, die östlich jenes Flusses nach dem durch seine Gewehrfabrik bekannten Sömmerda führt.

Die Festung Erfurt, deren Gebiet gleich einer südwärts ausspringenden Landzunge in die benachbarten Territorien von Gotha und Weimar hineinragt, liegt in einer außerordentlich fruchtbaren und vorwiegend offenen Gegend. Ihre damalige Einwohnerzahl bezifferte sich auf 35000 Seelen. An der Westfront des Platzes, dessen Wälle die Gera bespült, erhebt sich die Citadelle des Petersberges, während den gegen die Südwestfront streichenden Höhenzug die Befestigungen der Cyriaksburg krönen. Südwärts belebt das ziemlich monotone Landschaftsbild der gegen die Stadt auslaufende, bewaldete Rücken des Steiger, welcher jedoch nicht in das Befestigungssystem des Platzes einbezogen war. Überschritten wird diese Höhe von der aus der Südfront des Platzes hervorgehenden Straße, die sich demnächst vergabelt, indem deren westlicher Zug über Arnstadt in das Werra=Thal, der östliche dagegen über Stadtilm in das Thal der Saale nach Rudolstadt, der fürstlich schwarzburgischen Residenz, führt, welche zugleich das Ziel einer anderen von Erfurt in südöstlicher Direktion über Tannroda und Kranichfeld gehenden Straße wird. Was die Verteidigungsfähigkeit des Platzes anbelangte, so war dieselbe bei dem Mangel eines die benachbarten Höhen umfassenden Befestigungssystems gegenüber den Fortschritten auf artilleristischem Gebiet eine wesentlich geschmälerte, und durfte Erfurt somit in seiner damaligen Verfassung nicht mehr beanspruchen, eine Festung von hervorragender Bedeutung zu sein.

Ebenso wie dieser Platz, Gotha und Eisenach in ziemlich gleicher Höhe liegen, kommen auch die für die einzelnen Orte gegenseitig gegebenen Entfernungen einander sehr nahe. Während es von Eisenach bis Gotha

kaum 3½ Meilen sind, ist das letztere von Erfurt durch eine beiläufig dreimeilige Strecke getrennt. Unter einander verbunden sind diese Städte durch die alte Leipziger Heerstraße, welche die in der nämlichen Richtung geführte Thüringische Eisenbahn mehr oder minder nahe begleitet.

Das Bild von dem für uns in Betracht kommenden Gebiete zu vervollständigen, haben wir unsere Blicke noch nach Weimar, der Residenz des Großherzogtums Sachsen, zu lenken, welche mit dem 3 Meilen entfernten Erfurt durch die eben erwähnten Kommunikationen verbunden wird. Während den landschaftlichen Hintergrund jener Stadt die von der Ilm durchflossenen Vorberge des Thüringer Waldes bilden, wird das nordwärts sich ausdehnende Hügelland durch den Großen Ettersberg überragt. Die Weimar zum Ausgangspunkte nehmenden Kommunikationen vervollständigen das Straßennetz in der Osthälfte des Thüringer Landes. Indem es südlich durch die bei Berka sich vergabelnde Straße sowohl mit dem Thüringer Walde wie mit Rudolstadt verkehrt, entsendet es gegen Osten nach Jena, Dornburg und Sulza Straßen in das Saale-Thal, während es nordwärts über Buttelstädt, Cölleda und Sömmerda mit dem Straßennetze des Gebiets nordöstlich Langensalza in Verbindung tritt.

Von dieser Beschaffenheit ist das Gebiet, welches in den nächsten Tagen der Schauplatz denkwürdiger Vorgänge werden sollte. —

Kehren wir nunmehr nach Göttingen zurück, wo sich in der Frühe des 21. Juni die hannoversche Armee, ihren Monarchen und den Kronprinz in der Mitte, zum Abmarsche rüstete.

Noch ehe König Georg an jenem Morgen Göttingen verließ, sollte nochmals ein treuer und aufrichtiger Ratgeber bei ihm erscheinen, um ihn zu beschwören, die betretene Bahn einer unheilvollen Politik nicht weiter zu verfolgen. Es war der am hannoverschen Hofe beglaubigte englische Gesandte Wyke, welcher einen Teil seiner Jugenderziehung mit König Georg genossen hatte und daher dessen intimes Vertrauen besaß. Auf Anraten bedächtig und patriotisch denkender Männer in Hannover hatte sich Wyke entschlossen, nach Göttingen zu eilen, um in dem oben angedeuteten Sinne auf den Monarchen einzuwirken. Sein Unternehmen entbehrte jeder offiziellen Grundlage, sondern entsprang nur seinen persönlichen Beziehungen zum Könige. Am frühen Morgen des 21. Juni

in Göttingen angelangt, wurde er zwar alsbald beim Könige vorgelassen; Graf Platen und der österreichische Gesandte wußten es aber zu verhindern, daß er mit dem Monarchen ungestört allein sprechen und ihm als intimer Freund den ganzen Ernst der Situation vergegenwärtigen konnte. Enttäuscht und unverrichteter Dinge kehrte daher Wyke nach Hannover zurück, überzeugt, daß der arme König Land und Krone zu verlieren ging.

Unterdessen hatte die Armee, teilweise sehr früh aus ihren Kantonnements aufgebrochen, bereits den Marsch angetreten, welcher sie demnächst über die preußische Grenze führen sollte.

Die Avantgarde-Brigade Bülow ging von ihrem Sammelplatze bei Reinhausen über Nieder-Gandern und Heiligenstadt auf Dingelstädt. Das seit dem 19. Juni von ihr nach Friedland vorgeschobene Detachement (2. Jägerbataillon und 2 Eskadronen Kronprinz-Dragoner) marschierte um 4 Uhr morgens von dort über Uder direkt nach Heiligenstadt. Die Kavallerie-Feldwache vor Witzenhausen wurde eingezogen, indem die von Münden kommende Husaren-Eskadron, wie demnächst zu erwähnen, den Auftrag erhielt, gegen ersteren Ort zur Deckung der rechten Flanke der Armee Stellung zu nehmen.

Die um 4½ Uhr morgens bei Mariengarten sich sammelnde Reserve-Kavallerie*) sollte der Brigade Bülow über Obernjesa und Nieder-Gandern folgen. Irrtümlicherweise marschierte sie aber über Groß-Schneen nach der durch das Bremker Thal führenden Straße und ging in dieser Richtung auf Heiligenstadt weiter.

Die Brigade Knesebeck folgte von ihrem Sammelplatze bei Elliehausen der Reserve-Kavallerie auf der Straße durch das Bremker Thal nach Heiligenstadt. In ihrer linken Flanke wurde sie durch eine 20 Pferde starke Patrouille von Königin-Husaren unter Lieutenant v. Ahlefeld gedeckt, welche über Geismar auf Duderstadt ging und nachdem sie in der Nacht zwischen letzterem Orte und Heiligenstadt gestanden, am 22. morgens wieder zur Brigade einrückte. Die vom Husaren-Regimente Königin bisher nordwärts detachierten Beobachtungsposten rückten im Verlaufe des Tages ein.

---

*) Sie ließ ihr entbehrliches Gepäck in der Klosterkirche von Mariengarten zurück.

Auf der nämlichen Straße, welche die Brigade Knesebeck einschlug, folgte zunächst unter Bedeckung durch die 8. Compagnie des Leib-Regiments die Reserve-Artillerie mit den Muntionskolonnen und dem Artillerie-Depot, aus dessen Reihen die roten Röcke der Hoflivree hervorleuchteten, deren Träger die zum Vorspann dienenden Marstallpferde ritten. Weiter rückwärts schloß die nordwärts Göttingen gestandene Brigade de Vaux auf.

Die Brigade Bothmer, welche ihre in Hemeln und Bürsfelde im Weser-Thale gestandenen Beobachtungsposten bereits im Verlaufe der Nacht eingezogen hatte, marschierte von ihrem Sammelplatze bei Jühnde über Friedland gegen Heiligenstadt. Die nach Münden detachierte 4. Compagnie 3. Jägerbataillons eilte der schon abmarschierten Brigade von Jühnde auf Wagen nach und erreichte sie in Uder herwärts Heiligenstadt. Die bisher den Vorposten zugeteilte 2. Eskadron Garde-Husaren (Rittmeister von der Wense) hatte dagegen den Befehl erhalten, über Hedemünden zunächst nach Witzenhausen und Hohen-Gandern zu rücken und hier von 6 Uhr morgens ab für eine bestimmte Zeit Stellung zu nehmen, um die rechte Flanke der auf Heiligenstadt im Abmarsche begriffenen Armee zu decken, bis die letztere die Höhe jener Linie passiert hatte*).

Rückwärts der Brigade de Vaux bedeckte der Armee-Train und ein zahlreicher Troß (zu dessen Bedeckung die 3. Eskadron Königin-Husaren kommandiert war) die Straße, darunter Hofwagen, Postkutschen und Droschken in bunter Reihenfolge durch einander.

Das Wetter war heiter und trocken. Der Marsch ging anfänglich gut vonstatten**); indessen machte sich gegen Mittag eine immer

---

*) Das Detachement in Münden war in der vorangegangenen Nacht von einem Individuum durch die Meldung allarmiert worden, daß der Feind anrücke. Die Truppen standen eine Stunde hindurch in Bereitschaft und entsendeten Patrouillen, welche indessen nur das Irrige jener Mitteilung konstatieren konnten.

**) Bei den Märschen dieser Tage hörten es die Bataillone, welche 1864 in Holstein gewesen waren, mit besonderer Vorliebe, wenn die Musik den Marsch spielte: „O, Hannes, wat'n Hoat!" Wenn die betreffende Stelle kam, sang dann alles im Chor: „O, Hannes, wat'n Hoat! Und der Hoat, der het en Daler köst, Daler köst! Der Hoat, der het'n Daler köst und dafür lete goat." Auch begrüßten sich die in Holstein Gewesenen beim Vorbeimarsche mit dem Holstenrufe: „Jungens, halt fest."

drückendere Hitze geltend, unter deren Eindrucke die Truppen sehr zu leiden hatten, so daß die Ruhepausen bei der Infanterie von der Mannschaft, obwohl noch in vereinzeltem Maße, dazu benutzt wurden, ihre Tornister, welche nicht gefahren wurden, durch das Preisgeben der kleinen Montierungsstücke zu erleichtern, was höheren Orts zu strengen Rügen Anlaß gab.

Der Major v. Jacobi vom Generalstabe ging mit 20 Mann der 3. Eskadron Kronprinz-Dragoner der Avantgarde nach Heiligenstadt voraus und zerstörte, daselbst um 9 Uhr, eine Stunde vor der Brigade Bülow eingetroffen, den Telegraphen, ohne auf feindliche Truppen und Widerstand gestoßen zu sein.

Die zur Sicherung der rechten Flanke über Witzenhausen und Hohen-Gandern dirigierte 2. Eskadron Garde-Husaren sollte unterdessen in jener Gegend mit dem Feinde Fühlung gewinnen, indem sie auf eine preußische Kavallerie-Patrouille stieß. Dieselbe, aus 12 Mann der 2. Eskadron 9. Husaren-Regiments unter dem Lieutenant van Houten bestehend, war, wie in der Folge noch des näheren zu schildern, von dem seitens der Division Beyer über Lichtenau &c. gegen die Werra vorgeschobenen Detachement des Generals v. Glümer zur Aufklärung in der Richtung gegen Witzenhausen entsendet worden. Am frühen Morgen des 21. Juni bei dem letzteren Städtchen angekommen, fand Lieutenant van Houten die bisher jenseits der Werra gestandene hannoversche Feldwache bereits abgezogen, was ihn bewog, mit seiner Patrouille auf der Göttinger Straße bis zu dem $^3/_4$ Stunde von Witzenhausen entfernten, in der Höhe gelegenen Gute Arnstein zu streifen, um hier, es mochte gegen 5 Uhr morgens sein, die strapazierten Pferde abfüttern zu lassen. Nachdem dies in halbstündiger Rast geschehen, begab sich die Patrouille auf den Rückmarsch nach Witzenhausen.

Die hannoversche Husaren-Eskadron erreichte unterdessen Witzenhausen, ohne eine Wahrnehmung vom Feinde gemacht zu haben. Der dortige Brückenaufseher gestand nach eindringlicher Vernehmung, daß eine preußische Husaren-Patrouille den Ort passiert habe. Der an der Spitze der Eskadron befindliche Zug des Lieutenants von der Decken ging demzufolge sofort zur Rekognoszierung vor, konnte jedoch nichts vom Feinde entdecken. Rittmeister von der Wense ordnete daher die Fortsetzung des

Marsches gegen Hohen-Gandern an, während ein Zug zur Bewachung der Brücke von Witzenhausen daselbst zurückblieb. Plötzlich stieß die Spitze des Avantgarde-Zuges (Lieutenant von der Decken) in der Nähe von Arnstein auf die von dort im Rückmarsche begriffene preußische Patrouille und feuerte bei deren Ansichtigwerden einen Signalschuß ab. Lieutenant von der Decken ging sofort mit dem rückwärts folgenden Zuge im Trabe vor. Die preußische Patrouille machte dagegen Kehrt, um auszuweichen, und ging in stärkerer Gangart auf der Straße zurück, von den nacheilenden Hannoveranern verfolgt. Als Lieutenant van Houten die feindlichen Reiter, deren Pferde den preußischen sich überlegen zeigten, immer näher kommen sah, machte er Halt und Kehrt, um den Gegner zu attakieren und sich durchzuschlagen. Kurz entschlossen, warf er sich an der Spitze seiner Husaren dem in langer Reihe auf der Straße heransprengenden Feinde entgegen. Dort, wo nördlich Arnstein die Chaussee nach Göttingen sich abzweigt, stießen beide Reitertrupps auf einander.

In demselben Momente langte auch der infolge erhaltener Meldung sofort vorgeeilte Rittmeister von der Wense auf dem Kampfplatze an. Indem er sich in scharfer Gangart durch seine Leute Bahn brach, ritt er zwei feindliche Husaren zusammen, stürzte dabei aber selbst mit seinem Pferde kopfüber in den Straßengraben. Der Lieutenant van Houten stieß auf den hannoverschen Wachtmeister, von welchem er einen Hieb über den Arm bekam, so daß ihm die Klinge entfiel. Unter Abfeuerung seines Revolvers entrann er jedoch dem Getümmel und jagte in südlicher Richtung davon. In dem entstandenen Handgemenge erhielt Rittmeister von der Wense, welcher zu Fuß weiter kämpfte, von einem der preußischen Husaren, die er überritten hatte, einen Hieb über das Gesicht, als er denselben aufforderte, sich zu ergeben. Einer der hannoverschen Reiter (der Rekrut Holtje) führte von seinem Pferde herunter einen so wuchtigen Hieb gegen den zu Fuß kämpfenden Gefreiten Schiffmann, der eben seinen Karabiner abfeuern wollte, daß er demselben den Kopf vom Rumpfe trennte. Außerdem gerieten 6 preußische Husaren, von denen drei verwundet, samt ihren und des Toten Pferden in Gefangenschaft. Auf hannoverscher Seite war nur der Rittmeister von der Wense durch den in das Gesicht empfangenen Hieb stark kontusioniert worden.

Dem Lieutenant van Houten glückte es, nach Lindenwerra zu entkommen und daselbst durch die Werra zu setzen. Der Unteroffizier der preußischen Patrouille und 3 Husaren gelangten glücklich bis Unter-Rieden (bei Witzenhausen), wo sie einen vereinzelt angetroffenen hannoverschen Husaren gefangen nahmen, mit dem sie durch die Werra setzten und gegen Reichensachsen weiter ritten, in welcher Richtung sich auch noch ein fünfter Husar rettete, der einen Hieb in das Gesicht erhalten hatte.

Nachdem mittlerweile der rückwärts gefolgte Zug der hannoverschen Eskadron herangekommen, schritt man nunmehr zu der anbefohlenen Aufstellung der Feldwache bei Hohen-Gandern und requirierte zugleich aus diesem Dorfe Lebensmittel. Die hannoverschen Husaren teilten in herzlichster Weise die empfangenen Viktualien mit den Gefangenen, deren Verwundete durch den Apotheker von Hohen-Gandern verbunden wurden. Nachdem die für die dortige Aufstellung bestimmte Frist abgelaufen und der nach Witzenhausen detachierte Zug einberufen worden, begab sich die Eskadron auf den Weitermarsch, indem sie ihre Gefangenen und die Leiche des Gefallenen auf zwei requirierten Wagen samt den Beutepferden mit sich führte. Jubelnd begrüßt, erreichte sie herwärts Heiligenstadt ihre auf dem Marsche dahin begriffene Brigade (Bothmer)*). —

Die hannoversche Armee erreichte die für sie bestimmten Quartiere und Lagerplätze meistens erst zwischen 3 und 4 Uhr nachmittags, durch den Marsch in der glühenden Mittagshitze stark strapaziert, so daß es viele Ermattete gab.

Die Brigade Bülow gelangte bis Dingelstädt, während ihr von Friedland herangezogenes Detachement noch weiter vorwärts bei Helmsdorf ein Biwouak bezog.

---

*) Die Leiche des gefallenen Husaren wurde in Heiligenstadt beerdigt und die drei verwundeten Gefangenen dem dortigen Krankenhause übergeben, die drei anderen, nicht blessierten aber auf Befehl des Königs von Hannover am 22. morgens in ihre Heimat entlassen. Die erbeutete schöne Klinge des Lieutenants van Houten überreichte die Eskadron dem Kronprinzen. — Rittmeister von der Wense erhielt vom Könige den Befehl, in dessen Umgebung zu bleiben, und folgte der Armee zur Pflege seiner Wunden in einem Wagen.

Die Reserve-Kavallerie, welche den weitesten Marsch (10 Wegestunden) gemacht hatte, erreichte rückwärts der Avantgarde Kreuzeber, wo sie teils in Quartieren, teils in Biwaks übernachtete*).

Die Brigaden Knesebeck und Bothmer rückten, jene um 2½, letztere um 4 Uhr nachmittags in Heiligenstadt ein.

Von der ersteren Brigade wurde das Husaren-Regiment Königin auf der Straße nach Worbis bis Westhausen (Stab, 2. und 4. Eskadron) und Bodenrode (1. Eskadron) vorgeschoben und vereinigte sich, nachdem es in den Quartieren geruht hatte, für die Nacht in einem Biwak bei jenen Ortschaften.

Zur Sicherung in westlicher Richtung blieb von der Brigade Bothmer herwärts Heiligenstadt das Garde-Husaren-Regiment bei Uder in einem Biwak zurück, indem seine 4. Eskadron auf Vorposten rückte. Nur die 2. Eskadron bezog in dem benachbarten Rengelrode Quartiere.

Die durch das Bremker-Thal marschierte Brigade de Vaux machte herwärts Heiligenstadt in Siemerode Halt.

Die ursprünglich nur bis Heiligenstadt instradierte Reserve-Artillerie wurde mit Einschluß der Munitionskolonnen und des Artillerie-Depots noch bis Geisleden (an der Straße nach Dingelstädt) vorgeschoben und der nach Bremke bestimmte Armeetrain bis an den südöstlichen Ausgang des dortigen Thales in der Richtung auf Siemerode nachgezogen.

Der König traf mit dem Kronprinzen nachmittags 2 Uhr in Heiligenstadt ein. Er hatte in Generals-Uniform zu Pferde (welches sein Stallmeister, Major Schweppe, am Zügel leitete) Göttingen auf der durch das Bremker-Thal führenden Straße hinter der von ihm bald überholten Brigade Knesebeck verlassen, überall von den Truppen mit Jubel begrüßt.

Das Armee-Hauptquartier ging gleichfalls nach Heiligenstadt.

Auch nach dem Überschreiten der preußischen Grenze kamen die Einwohner den hannoverschen Truppen freundlich entgegen und wurden von ihnen nicht als Feinde betrachtet. An Heiligenstadt und Umgegend mußten zwar bei der Truppenanhäufung hinsichtlich der Verpflegung starke Anforderungen gestellt werden; indessen bethätigte man in dieser Beziehung

*) Die Brigade wurde in der Nacht mehrfach allarmiert, angeblich durch die Bewohner des südwestlich gelegenen Dorfes Heuthen, welche truppweise vor den Vedetten herummarschierten und auch einzelne Schüsse abfeuerten.

vonseiten der hannoverschen Armee nicht nur hier, sondern auch in den folgenden Tagen ebenso viel Verständnis wie Takt und beschränkte sich auf das unbedingt Notwendige *). Ebenso war die Haltung der Mannschaft gegen die Landeseinwohner eine ruhige und bescheidene, welche ein sprechendes Zeugnis für die Mannszucht der Hannoveraner ablegte.

Die in Northeim zurückgelassene Nachhut verließ ihren Posten in der vierten Nachmittagsstunde, ohne über die Bewegungen des aus nördlicher Richtung anmarschierenden Feindes klare Nachrichten gewonnen zu haben. Den letzten Meldungen zufolge sollten preußische Truppen in Immensen (südlich Salzderhelden) eingetroffen sein, was, wie uns die Folge zeigen wird, der Begründung nicht entbehrte. Das zu dieser Nachhut gehörige 1. Jägerbataillon wurde um 3½ Uhr nachmittags auf der dann sogleich ungangbar gemachten Eisenbahn nach Göttingen befördert, woselbst es nach anderthalbstündiger Fahrt eintraf und zunächst bei den Bürgern Verpflegung erhielt. Um 6½ Uhr abends rückte es auf der südwärts führenden Straße bis zu der eine halbe Stunde entfernten alten Landwehr (in gleicher Höhe mit Geismar) und bezog hier für die Nacht ein Bivouak, nordwärts sich durch Vorposten sichernd. Beim Abmarsche von Göttingen nahm das Bataillon eine größere Anzahl Urlauber aller Waffengattungen mit, denen es aber an Uniform sowohl wie sonstiger Ausrüstung gebrach. Die Zahl dieser dem Bataillone sich anschließenden Urlauber wuchs in den nächsten Tagen bis auf beiläufig 200 Mann an, und wurde aus ihnen eine besondere (die „gemischte") Compagnie unter Führung eines Offiziers gebildet.

Die der Nachhut zugeteilte 3. Eskadron Cambridge-Dragoner hatte Northeim gleichzeitig mit dem Jägerbataillone im Landmarsche verlassen und erreichte das letztere bei einbrechender Nacht in dem Bivouak an der Landwehr wieder.

Auch die bisher von der Brigade de Vaux auf Vorposten nach Moringen und Hardegsen detachiert gewesenen 2 Züge von der 1. und

---

*) Der preußische Landrat hatte vor Ankunft der hannoverschen Armee, was wegen der sogleich zu erwähnenden Folgen durchaus nicht den Interessen der Landeseinwohner entsprach, Heiligenstadt verlassen, wie es weiterhin auch anderwärts geschah, so daß eine vermittelnde Instanz für ausgedehntere Lieferungen fehlte und daher die nächsten Ortschaften in manchen Fällen überbürdet wurden.

2. Eskadron Cambridge-Dragoner schlossen sich der von Northeim zurückgegangenen Nachhut an.

Der König von Hannover hatte beim Verlassen seines Landes durch die folgende Proklamation von seinem Volke Abschied genommen:

„An Meine Hannoveraner!

„An der Spitze Meines Heeres, welches sich auf Meinen Ruf und freiwillig in kürzester Zeit um seine Fahnen gesammelt hat, welches schlagfertig und von opferfreudigem Muthe beseelt ist, verlasse Ich den heimischen Boden.

„Ich thue das, um die Sache des angegriffenen Rechts zu vertheidigen, um im Verein mit treuen Bundesgenossen, unter dem Beistand des Allmächtigen für die heiligsten Güter des Vaterlandes mit um so größerem Nachdrucke zu kämpfen.

„Die Sache der Gerechtigkeit ist Gottes Sache; sein Segen wird ihr nicht fehlen.

„Wie vor länger als einem halben Jahrhundert die unvergeßlichen Männer der englisch-deutschen Legion auszogen, um für die Sache des von Feinden besetzten Vaterlandes in fernen Ländern zu kämpfen und dann glorreich wieder einzogen und mit ewig ruhmwürdigen Thaten ihre Heimath wieder gewannen, so werden auch wir — das ist Meine feste freudige Zuversicht — als würdige Söhne jener Väter, den vaterländischen Boden siegreich wieder betreten.

„Mit dieser Hoffnung ziehe Ich getrosten Muthes mit Meinem theueren Sohne, dem Kronprinzen, und mit Meiner braven Armee aus.

„Euere Gebete und Segenswünsche, Hannoveraner, werden mich begleiten, so Gott der Allmächtige will, auf baldiges froheres Wiedersehen.

„Göttingen, den 21. Juni 1866.

Georg Rex."

Mit dem Überschreiten der preußischen Grenze wurde von den hannoverschen Truppen die folgende Proklamation des Generals v. Arentsschildt zur Verteilung gebracht:

„Bewohner der Königlich preußischen Provinz Sachsen.

„Ein trauriger Act verwerflicher brudermörderischer Politik hat Preußen zum Feinde Hannovers gemacht; Länder, die die innigsten Bande verknüpfen, die seit Jahrhunderten nur gewußt haben, daß ihre Krieger Schulter an Schulter dem Feinde entgegenzutreten berufen seien. Fluch treffe den Urheber dieses Bruderkrieges, den wir verabscheuen. Auch Ihr, so wissen wir, verdammt den Ehrgeiz, der unendliches Elend über alle deutschen Lande zu bringen bestimmt ist.

„Wenn ich jetzt die hannover'schen Truppen als deren Befehlshaber in Euer Land führe, so werdet Ihr nicht glauben, daß wir als Feinde kommen. Fordern aber muß ich von Euch, daß Ihr der militärischen Gewalt Gehorsam leistet für die Anforderungen, die der Krieg mit sich führt. Für die Haltung der Mannszucht bürgt der Name der hannover'schen Truppen. Sie fordern friedlichen Marsch durch Euer Land und werden nur gezwungen als Feinde auftreten. Kommt den nothwendigen Anforderungen nach und macht unser Geschick nicht noch schmerzlicher, indem Ihr uns zu harten Maßregeln nöthigt. Unser Feldruf wird sein, wie vor 100 und vor 50 Jahren bei Minden und Waterloo: Gott schütze das Vaterland!

„Göttingen, den 20. Juni 1866.

Der commandirende General
von Arentsschildt,
General = Lieutenant."

Wenden wir uns nunmehr zu dem Gegner, dessen 13. Division wir (s. S. 359) auf ihrem Vormarsche gegen Göttingen am 20. Juni Alefeld und Lamspringe erreichen sahen.

Da nach den eingehenden Nachrichten Northeim von den Hannoveranern besetzt und dieselben dort in günstiger Stellung Widerstand zu leisten gesonnen sein sollten*), traf General=Lieutenant v. Göben seine Dispositionen für den 21. dahin, daß die rechte Kolonne der Division zunächst bis Salzderhelden und Eimbeck, die linke aber (von

*) Die in der Gegend umherschwirrenden Gerüchte ließen sogar schon bayerische Truppen bei der hannoverschen Armee in Göttingen eingetroffen sein.

der ersteren durch den Leine-Fluß getrennt) bis Calefeld und Sebexen zu rücken hatte, um dort bis 3 Uhr nachmittags in Gewärtigung weiterer Befehle zu ruhen und abzukochen.

Gegen 6 Uhr morgens setzten sich die Truppen in Bewegung. Die während des Marsches einlaufenden Nachrichten ließen kein klares Bild über die Verhältnisse auf gegnerischer Seite gewinnen. Außer daß Northeim vom Feinde besetzt sein sollte, verlautete zugleich mit anscheinend ziemlicher Gewißheit, daß die Hannoveraner bei Eimbeck hinter dem durch den Lauf der Ilme gebildeten Abschnitt den Angriff erwarteten.

Indessen wurden die für heute gesteckten Marschziele erreicht, ohne daß, wie uns aus der gegebenen Situation schon bekannt, ein Zusammenstoß mit dem Feinde stattgefunden hätte.

Die auf Eimbeck instradierte rechte Kolonne, welche General v. Göben begleitete, schob die Avantgarde (Regiment Nr. 53 und 3. 4pfündige Batterie Nr. 7) bis Salzderhelden und Immensen vor, gedeckt durch die vom 1. Bataillone jenes Regiments und den Husaren gestellten Vorposten, welche westwärts der Leine bis in die Umgebung von Odagsen sich erstreckten.

Das Gros der Reserve bezog dagegen in Eimbeck Quartiere und belegte im übrigen auch Konsen, Fardeilsen &c. (4. Kürassier-Regiment), ferner Andershausen (reitende Ersatzbatterie) &c. Das Füsilierbataillon Nr. 13 quartierte südwestwärts nach den benachbarten Dörfern Hüllersen und Holtensen, um die Vorposten zu geben, welche nach links bei Odagsen in Verbindung mit jenen der Avantgarde traten.

Die linke Kolonne (das Gros der Division) nahm, um 6 Uhr morgens von ihrem Sammelplatze bei Lamspringe aufgebrochen, ihren Marsch zunächst nach Gandersheim, als Avantgarde das Regiment Nr. 55, die 3. Eskadron Husaren Nr. 8 und die 4. 4pfündige Batterie Nr. 7.

Die Nachricht, daß der Feind bei Eimbeck hinter der Ilme Widerstand zu leisten entschlossen sei, bewog den Commandeur dieser Kolonne, General-Major Freiherrn v. Wrangel, nach seiner Ankunft in Gandersheim das Regiment Nr. 15 (3 Bataillone) und die 3. 6pfündige Batterie Nr. 7 zur Verstärkung der in jener Richtung vorrückenden rechten Kolonne zu entsenden.

Von Gandersheim weiter marschiert, erreichte die linke Kolonne ihr heutiges Ziel Sebexen, während das 1. Bataillon Nr. 55 und die

3. Eskadron Husaren bis Salefeld und Ahlshausen (1½ Meilen nördlich Northeim) vorgeschoben wurden, deren Vorposten mit denen der rechten Kolonne jenseits der Leine und der bei Duderode eintreffenden Vorhut des Manteuffelschen Corps in Verbindung traten. Eine nachmittags südwärts streifende Husaren-Patrouille nahm eine in der Richtung auf Northeim zurückgehende hannoversche Dragoner-Patrouille wahr.

Das von Gandersheim zur eventuellen Unterstützung der rechten Kolonne entsendete Detachement (s. o.) machte dagegen halbwegs Eimbeck Halt und bezog in den braunschweigischen Ortschaften Oppershausen (hier auch die Batterie), Greene und Kreiensen Nachtquartiere.

Um aufzuklären, ob Northeim vom Feinde besetzt, entsendete der General-Major Freiherr v. Wrangel seinen Ordonnanzoffizier, den Premier-Lieutenant v. Fransecky, mit einer Halbeskadron des 8. Husaren-Regiments gegen Abend in jener Richtung. Da die hannoversche Nachhut, wie uns bekannt, bereits von Northeim abgezogen war, fand die preußische Rekognoszierung, welche um 8 Uhr abends dort eintraf, den Ort unbesetzt*) und konnte mit dieser nicht unwichtigen Nachricht zu dem General Freiherrn v. Wrangel zurückkehren, welcher den Divisions-Commandeur hiervon sofort verständigte.

Den von Hannover südwärts führenden Schienenweg gelang es am 21. bis Alefeld wieder fahrbar zu machen.

Auch das Manteuffelsche Corps war am 21. Juni von Hannover südwärts in Bewegung gesetzt worden, um der bereits dahin im Vormarsche begriffenen 13. Division zu folgen.

Nachdem bekanntlich am 19. Juni das von Lüneburg auf der Eisenbahn herangezogene Detachement Korth in der hannoverschen Hauptstadt eingetroffen war und den 20. hier gerastet hatte, ging dasselbe am 21. in der Richtung auf Göttingen weiter. Die Vereinigung der Manteuffelschen Truppen mit der bereits zwei Tagemärsche voraus befindlichen 13. Division zu beschleunigen, um so rasch als möglich eine größere Streitmacht in der Richtung auf Göttingen zu entwickeln und

*) Wenn behauptet worden ist, daß diese Rekognoszierung auf feindliche Dragoner-Patrouillen gestoßen sei, so ist dies durchaus unrichtig, da, wie schon früher erwähnt, die bei der hannoverschen Nachhut befindliche Eskadron bereits in der vierten Nachmittagsstunde Northeim verlassen hatte.

damit binnen kurzem einen entscheidenden Schlag gegen die dort vermutete hannoversche Armee zu führen, wurde für das Detachement Korth der Nachschub per Bahn beschlossen, zu welchem Zwecke der von Hannover über Braunschweig nach Kreiensen geleitete, vorläufig aber nur bis Seesen fahrbare Schienenweg in Aussicht genommen werden mußte, da die hannoversche Südbahn erst am 21. bis Alefeld wieder hergestellt werden sollte. Nur für die dem Detachement Korth zugeteilten 3 Munitionskolonnen wurde der Landmarsch auf der Straße nach Göttingen angeordnet *).

Das bisher dem Detachement Korth zugeteilte 17. Landwehr-Regiment folgte dieser Bewegung nicht, sondern blieb mit seinem 2. und 3. Bataillone als Besatzung in der Hauptstadt zurück, während sein 1. Bataillon nach Lüneburg detachiert wurde, von wo dasselbe bekanntlich das Füsilierbataillon Nr. 25 am 21. Juni in Stade ablöste (s. S. 353). Da dieses Landwehr-Regiment vorläufig die einzige zur Occupation des Königreichs Hannover verfügbare Truppe war, wurde am 23. Juni das aus Aschersleben in Altona und Wandsbeck angekommene 10. Landwehr-Husaren-Regiment (4 Eskadronen mit beiläufig 600 Dienstpferden unter Major v. Kuylenstjerna) per Bahn über Harburg nach der Hauptstadt Hannover herangezogen, um teils dort, teils in Fahrenwald und Heinholz untergebracht zu werden.

Den Eisenbahntransport des Detachements Korth nach Seesen eröffnete am frühen Morgen des 21. Juni das 1. Bataillon Nr. 25. Nachdem es in Seesen abgekocht hatte, rückte es bis zu dem 1¼ Meilen entfernten Duderode (an der Straße auf Northeim) und stellte hier mit der nachfolgenden 1. Eskadron 6. Dragoner-Regiments Vorposten gegen Calefeld, Echte und Willershausen aus, welche nach rechts mit denjenigen der 13. Division bei Calefeld die Verbindung aufnahmen **). Im Verlaufe des Tages und der kommenden Nacht trafen allmählich die übrigen Truppenteile des Detachements, welches General v. Manteuffel begleitete, in Seesen ein und bezogen Quartiere in dem Gebiete zwischen diesem Orte,

*) Das Manteuffelsche Corps erhielt aus den in Hannover vorgefundenen Beständen einen kleinen Brückentrain von 8 Pontons zugeteilt.

**) Die Angabe des preußischen Generalstabswerks, S. 60, daß die Avantgarde des Detachements Korth bis Echte (1 Stunde weiter vorwärts von Duderode) ging, ist nicht präzise.

Duderode und Gandersheim. Das 2. Bataillon Nr. 25, welches erst am 22. morgens in Seesen eintraf, wurde dagegen von dort in Verbindung mit der allgemeinen Bewegung des Corps sogleich gegen Northeim in Marsch gesetzt.

Das Detachement Flies, welches die andere Hälfte des Manteuffelschen Corps bildete, hatte bekanntlich den 20. Juni (s. S. 335) Celle erreicht und ruhte daselbst am folgenden Tage. Um auch diese Kolonne so rasch als möglich zu der gegen Göttingen vorgehenden Streitmacht heranzuziehen, wurde für deren Eisenbahntransport gleichfalls die von Celle über Lehrte und Braunschweig nach Seesen führende Linie in Aussicht genommen und das nötige Transportmaterial für den 22. morgens in Bereitschaft gestellt.

General v. Falckenstein war, von der Ordnung der Regierungsverhältnisse in Anspruch genommen, am 21. Juni mit seinem Hauptquartier noch in der hannoverschen Hauptstadt verblieben.

Nachdem die Division Beyer Kassel besetzt und somit hier zur allenfallsigen Mitwirkung gegen die hannoversche Armee bereit stand, wurde dieselbe von der obersten Heeresleitung am 21. Juni gleichfalls den Befehlen des Generals v. Falckenstein unterstellt.

Da die im Verlauf des Tages eingehenden Nachrichten auf die Anwesenheit der hannoverschen Armee bei Göttingen schließen ließen, so wurde vom Oberkommando der Beschluß gefaßt, am 22. Juni den Vormarsch bis in die Höhe von Nörten fortzusetzen, um von hier aus am 23. zum Angriffe auf den bei ersterem Punkte präsumierten Gegner zu schreiten.

Die unter diesem Gesichtspunkte erlassenen Anordnungen bestimmten demnach, daß die 13. Division den 22. Juni ihren Vormarsch insoweit fortsetzen sollte, daß ihre Vorposten auf die Linie Hardegsen-Nörten zu stehen kamen, das Detachement Korth aber am rechten Leine-Ufer auf die gleiche Höhe sich zu setzen hatte, während das aus Celle mittelst Eisenbahn heranzuziehende Detachement Flies rückwärts von dem Korthschen in dem Abschnitte Echte-Eboldshausen-Hohenstedt enge Kantonnements bezog.

In Verbindung damit erging von dem General v. Falckenstein an den General v. Beyer in Kassel der telegraphische Befehl, dem Feinde den Rückzug auf den von Göttingen südwärts führenden Straßen zu verlegen.

Während das Oberkommando in Hannover die feindliche Armee noch bei Göttingen wähnte, signalisierten dagegen die am 21. vormittags in Berlin einlaufenden und wiederholt bestätigten Nachrichten den auf Heiligenstadt und Mühlhausen gehenden Marsch der Hannoveraner. Indem die oberste Heeresleitung hiervon den General v. Falckenstein verständigte, verband sie damit in einem gegen 5 Uhr nachmittags in Hannover einlaufenden Telegramm den Vorschlag, per Bahn Truppen über Magdeburg nach Gotha zu entsenden, um den Weitermarsch der feindlichen Armee über den Thüringer Wald zu verhindern; mit der Beschaffung des benötigten Transportmaterials sollte der Oberpräsident der Provinz Sachsen beauftragt werden. Indessen glaubte der General v. Falckenstein, jenem Vorschlage nicht Folge leisten zu sollen und motivierte in dem 7 Uhr abends nach Berlin gerichteten Antwort-Telegramme seine ablehnende Haltung damit, daß die Konzentrierung seiner Truppen gegen Göttingen bereits zu weit vorgeschritten sei*). Zur Vergegenwärtigung der Situation verdient hierbei darauf hingewiesen zu werden, daß nicht nur am 21. abends noch der bis in die Nacht währende Eisenbahntransport des Detachements Korth nach Seesen im Gange war, sondern am nächsten Morgen auch das Detachement Flies von Celle auf dem die Magdeburger Linie kreuzenden Schienenwege in der Richtung gegen Göttingen nachgezogen werden sollte. Die Entsendung von Truppentransporten nach Thüringen unterblieb somit, und der für die preußische Heeresleitung aus der Verwertung der bereits früher mehrfach besprochenen Gürtelbahn resultierende Vorteil sollte demnach vorläufig nicht zur Geltung gelangen. —

Verlassen wir hier einstweilen die aus nördlicher Richtung gegen Göttingen disponierte preußische Streitmacht, um nach Kassel zurückzukehren, wo wir am 19. Juni die Division Beyer einrücken sahen.

*) Nach dem preußischen Generalstabswerk, S. 60, wären die Truppentransporte über Magdeburg unterblieben, weil man nach den bisher in Hannover mit dem Eisenbahnbetriebe gemachten Erfahrungen daran zweifeln zu dürfen glaubte, daß die Detachierung noch rechtzeitig ihre Bestimmung erreichen würde. Diese Version ist nicht ganz präzise, denn der Accent der Antwort des Generals v. Falckenstein lag in der schon zu weit vorgeschrittenen Konzentrierung gegen Göttingen.

Nach den vorausgegangenen, teilweise sehr anstrengenden Märschen beabsichtigte der General v. Beyer, seinen Truppen einige Rasttage zu gewähren. Indessen sollte die erhoffte Ruhe alsbald eine Unterbrechung finden und ein Teil der Division gegen die hannoversche Armee in Thätigkeit gesetzt werden, bevor dieselbe noch dem Befehle des Generals v. Falckenstein unterstellt worden war.

Als am 20. Juni nachmittags die Nachricht in Kassel einlief, daß 1200 Hannoveraner von Münden über Witzenhausen auf dem Marsch begriffen, beschloß das Divisions-Kommando eine Detachierung in jener Richtung, um die feindliche Kolonne abzufangen. An das in der Richtung auf Witzenhausen kantonnierende Gros der Division erging daher der Befehl, mit 1 Bataillon, 1 Eskadron und 2 Geschützen schleunigst nach der Gegend von Walburg, — als dem Gabelpunkte der Straßen von Witzenhausen, Allendorf und Eschwege, — aufzubrechen. General v. Beyer stellte es dem erst tags zuvor in Guntershausen bei der Division eingetroffenen Commandeur des Gros, General-Major v. Glümer (welcher mit Rücksicht auf seine durch hessisches Gebiet gegangene Herreise sich in Zivilkleidern befand und noch seiner Militäreffekten entbehrte), anheim, ob er die Führung jener Expedition persönlich leiten wollte. Indem der letztere sich aber dazu bereit fand, überließ ihm der General v. Beyer alle weiteren eventuell notwendigen Maßregeln, sowie die allenfallsige Heranziehung von Verstärkungen oder selbst des ganzen Gros.

An Stelle des noch fehlenden Adjutanten von dem bei der Division befindlichen Hauptmann des Kriegsministeriums, Blume, begleitet, fuhr General v. Glümer nachmittags 5 Uhr von Kassel nach Nieder-Kaufungen, wo das 2. Bataillon Nr. 19 erst vor wenigen Stunden Quartiere bezogen hatte. Als die in der fraglichen Richtung äußerste Infanterietruppe bestimmte der General dieses Bataillon (Major v. Wangenheim), sowie die 2. Eskadron 9. Husaren-Regiments (Rittmeister v. Rommel) und den 1. Zug der zur Avantgarde eingeteilten 1. 4pfündigen Batterie Nr. 8 (Lieutenant Karwiese) zu der beabsichtigten Expedition. Auf der Fahrt von Kassel nach Nieder-Kaufungen durch die Kantonnements des Gros passierend, erteilte der General an die betreffenden Truppenteile den Befehl, sich zum Aufbruche zu rüsten, um in die durch den Abmarsch des obigen Detachements frei werdenden Quartiere nachzurücken.

Gegen 6 Uhr abends ging das auf Walburg bestimmte Detachement (1 Bataillon, 1 Eskadron und 2 Geschütze) unter persönlicher Führung des Generals v. Glümer, welcher ein Ordonnanzpferd bestieg, von seinem Sammelplatze bei Ober-Kaufungen ab, um über Helsa die Straße nach Lichtenau einzuschlagen. Die Infanterie wurde auf requiriertes Landfuhrwerk gesetzt*). Die Bagage blieb zurück.

In Helsa angekommen, hatte General v. Glümer die Überzeugung gewonnen, daß es ungleich vorteilhafter sein dürfte, nicht bei Walburg, sondern weiter vorwärts zwischen Waldkappel und Eschwege bei Detmannshausen, beziehungsweise Reichensachsen vorläufig Stellung zu nehmen, da hier größere Beobachtungs- und Bewegungsfreiheit inbetreff der von dort nach Witzenhausen, Eschwege, Mühlhausen und Kreuzburg-Eisenach gegebenen Straßenzüge sich bot. Unter diesem Gesichtspunkte beschloß der General, das gesamte Gros am anderen Tage dahin nachzuziehen. Der demzufolge von dem Hauptmann Blume während des Haltes in Helsa abends 8 Uhr auf einem kleinen Zettel von grauem Papiere mit dünnem Bleistift nicht ganz deutlich niedergeschriebene Befehl lautete dahin, daß das Gros am folgenden Morgen 5 Uhr aus seinen Kantonnements aufzubrechen und staffelweise auf der Straße von Helsa über Walburg nach Detmannshausen nachzurücken habe. Der Zettel wurde einer Husaren-Ordonnanz zur Beförderung übergeben, welche denselben in der rechten Hand zwischen den Fingern hielt.

Während der General v. Glümer mit seinem Detachement den Marsch auf der Straße nach Lichtenau fortsetzte, waren seinem früheren Befehle zufolge das 1. und das Füsilier-Bataillon Nr. 19 (ersteres von Waldau und Ochsenhausen, letzteres von Bettenhausen) aufgebrochen, um auf Kaufungen nachzurücken. Indem der Regiments-Commandeur, Oberstlieutenant v. Henning, den beiden Bataillonen den Westeingang von Nieder-Kaufungen als Sammelplatz bezeichnete, fuhr er alsbald nach letzterem Dorfe voraus, um hier für alle Fälle und wegen etwa eingehender weiterer Befehle so früh als möglich zur Stelle zu sein.

*) Die von Guntershausen erst im Heranmarsche begriffene 5. Compagnie Nr. 19 (s. S. 461) war zu dieser Zeit noch nicht zur Stelle, sondern traf erst einige Zeit nach dem Abmarsche des Detachements in Kaufungen ein. Nach einstündiger Rast folgte sie zu Wagen dem Bataillone nach und erreichte dasselbe in Lichtenau.

Die Dämmerung war bereits eingetreten, als die oben erwähnte Husaren=Ordonnanz jenen Befehlszettel des Generals v. Glümer dem mittlerweile in Nieder=Kaufungen eingetroffenen Oberstlieutenant v. Henning überbrachte. Da dessen mit dünnem Bleistift geschriebener Inhalt wegen der bereits einbrechenden Dunkelheit in Freien nicht zu erkennen war, begab sich der Oberstlieutenant in die Wohnung des Ortsschulzen, um hier beim Scheine einer Öllampe den Zettel zu lesen. Allein speziell der das 19. Regiment betreffende Passus war nicht zu entziffern, da die ohnehin schwache Schrift durch den schwitzenden Daumen des Husaren teilweise sich verwischt erwies. Es war nur zu lesen: „Oberstlieutenant v. Henning folgt bis Helsa, ruht bis 5 Uhr, erhält weitere Befehle vom Verbindungsposten, marschiert um 5 Uhr über . . . . .“ Die hier inbetracht kommenden Ortsnamen, weil sehr undeutlich, waren nicht mit unbedingter Sicherheit zu erkennen; doch glaubte sie Oberstlieutenant v. Henning als Wickenrode und Almerode lesen zu sollen*). Als der letztere unter solchen Umständen von dem Inhalte des Zettels Kenntnis genommen hatte, ritt die Husaren=Ordonnanz mit dem letzteren in der Richtung auf Kassel weiter, um denselben auch an die dort kantonnierenden Truppen zu überbringen.

Nachdem das 1. und das Füsilier=Bataillon Nr. 19, deren Tornister gefahren wurden, bei Nieder=Kaufungen eingetroffen waren, setzte Oberstlieutenant v. Henning mit ihnen gegen 9 Uhr abends den Marsch auf Helsa fort. Denselben voraus reitend, begegneten ihm auf dem Wege dahin zwei Fuhrleute und ein Handwerksbursche, nach deren Aussagen die Hannoveraner von Göttingen auf preußisches Gebiet rückten. Nähere Angaben über Stärke und Marschrichtung des Feindes wußten jene Personen indessen nicht zu machen. Als Oberstlieutenant v. Henning

---

*) Der Ausfertigung und Beförderung wichtiger Befehle muß in Kriegszeiten unbedingt mehr Aufmerksamkeit geschenkt werden, als es hier der Fall war und leider nur zu oft geschieht. Wenn immerhin möglich, sind dergleichen Befehle nicht mit verlöschbarem Bleistifte niederzuschreiben. Was aber ihre Beförderung anbelangt, so hat der Überbringer das Schreiben unbedingt nicht zwischen den Fingern zu halten, sondern es zur besseren Sicherung für alle Fälle in die Brusttasche zu stecken. Wie leicht ist es z. B. möglich, daß der Zettel der Hand des Reiters entgleitet und durch den Wind davongeführt wird. Übrigens dürfte es immer ratsam sein, wichtige Befehle, wofern es die Verhältnisse gestatten, durch Offiziere überbringen zu lassen, welche zugleich in der Lage sind, weitere mündliche Auskunft zu erteilen.

Helsa erreichte, lag daselbst alles in tiefster Ruhe. Man fand dort weder einen Verbindungsposten, noch einen weiteren Befehl vor. Dazu wußte niemand im Dorfe anzugeben, in welcher Richtung das durchpassierte Detachement des Generals v. Glümer seinen Marsch genommen, da die Einwohner, nach den Überlieferungen früherer Kriegszeiten, aus Furcht den durchziehenden Truppen sich nicht gezeigt, sondern alle Thüren und Fenster geschlossen hatten. In dieser unsicheren Lage befand sich Oberstlieutenant v. Henning, als gegen 1 Uhr nachts seine beiden Bataillone in Helsa eintrafen und daselbst in Allarmquartiere gelegt wurden, um eine Stunde später mit Kaffee und Brot gestärkt zu werden.

Eine unterdessen aus Kassel eintreffende Husaren-Ordonnanz, welche, ohne einen sonstigen Befehl zu überbringen, nur die Weisung hatte, in Helsa zu warten, gab dem Oberstlieutenant v. Henning die willkommene Gelegenheit, an den General v. Glümer eine schriftliche Meldung über das dortige Eintreffen der beiden Bataillone abzusenden, mit welcher die Anfrage verbunden war, ob er, wie befohlen, um 5 Uhr über Wickenrode und Almerode den Marsch fortsetzen sollte, beziehungsweise ob diese Direktion richtig verstanden worden sei. Der Husar ritt um 2 Uhr morgens von Helsa auf der Straße nach Lichtenau ab, kehrte indessen nach zwei Stunden mit dem Schreiben und der Meldung zurück, das Detachement des Generals v. Glümer in jener Richtung nicht gefunden zu haben. In dieser unklaren Lage beschloß Oberstlieutenant v. Henning, um 5 Uhr morgens (21. Juni) nach Almerode weiter zu marschieren, indem er davon die aus der Richtung von Kassel anrückenden Truppenteile verständigte.

Rückwärts waren noch am 20. abends das 1. und das Füsilierbataillon Nr. 20 bis Ober- und Nieder-Kaufungen nachgerückt und hatten, in der Nacht dort eingetroffen und nachdem sie die Einwohner aus dem Schlafe geweckt, daselbst Allarmquartiere bezogen. Am 21. morgens 5 Uhr setzten sie, dem oben erwähnten Befehle zufolge, den Marsch über Helsa und Lichtenau fort, während ihnen gleichzeitig das 2. Bataillon Nr. 20, das 1. und 2. Bataillon Nr. 32 *) und die 12. 12pfündige Reservebatterie weiter rückwärts folgten.

---

*) Die nach Guntershausen detachierte 8. Compagnie (s. S. 461) war durch eine Compagnie des in Kassel verbleibenden Regiments Nr. 30 abgelöst worden.

General v. Glümer hatte unterdessen mit seinem Detachement in der Nacht zum 21. den Marsch über Helsa und Lichtenau, wo die nacheilende 5. Compagnie Nr. 19 die Kolonne einholte, in der Richtung auf Waldkappel fortgesetzt. Von Walburg aus wurde der Lieutenant van Houten mit 12 Husaren zu dem Zwecke gegen Witzenhausen entsendet, um in dieser Direktion aufzuklären und falls letzterer Ort vom Feinde besetzt sein sollte, den letzteren zu allarmieren. Am 21. um 4 Uhr morgens erreichte das Detachement Waldkappel. Nachdem hier zwei Stunden gerastet worden und die Mannschaft Kaffee erhalten hatte, marschierte die Kolonne (die Infanterie jetzt zu Fuß) nach Reichensachsen (2½ Wegestunden) weiter. Bei der steigenden Hitze gestaltete sich dieser Marsch für die der Nachtruhe entbehrenden Truppen zu einem ziemlich anstrengenden, so daß mehrmals Halt gemacht werden mußte. Unbehindert erreichte die Kolonne Reichensachsen und bezog daselbst Quartiere, während die Husaren die Vorposten stellten. Eine 12 Pferde starke Offiziers-Patrouille der letzteren war bereits von Waldkappel aus zur Aufklärung nach Eschwege entsendet worden.

Die Truppen waren noch nicht lange in ihren Quartieren, als gegen 11 Uhr vormittags der über Allendorf kommende Unteroffizier der bei Arnstein zersprengten Patrouille des Lieutenants van Houten mit 3 Husaren sowie einem gefangenen hannoverschen Husaren (s. S. 482) in Reichensachsen eintraf und meldete, daß der Feind nicht mehr in weiter Ferne sei*). Sofort rückte die 7. Compagnie Nr. 19 in der Richtung auf Allendorf zur Rekognoszierung aus, entdeckte jedoch nichts vom Gegner und traf nach zweistündiger Abwesenheit wieder in Reichensachsen ein.

Die ausgesandten Patrouillen hatten die Verbindung mit den beiden Bataillonen des Oberstlieutenants v. Henning, welche, wie wir in der Folge sehen werden, nach Allendorf marschierten, noch nicht aufgenommen.

Zufolge telegraphischer Anordnung vom Chef des Generalstabes der Armee, General v. Moltke, welcher von der Entsendung des Detachements in Kenntnis gesetzt worden war, schickte der General v. Glümer eine

---

*) Nachmittags 3 Uhr traf von jener Patrouille noch ein fünfter Husar ein, welcher einen Hieb in das Gesicht davongetragen hatte (s. S. 482).

Schleichpatrouille von 2 Husaren in der Richtung auf Eisenach ab, um die Verbindung mit dem inzwischen von Gotha dahin gerückten Detachement des Oberst v. Fabeck aufzunehmen und dem letzteren Commandeur den schriftlichen Vorschlag zu einem gegenseitig sich unterstützenden Vorgehen gegen die Hannoveraner zu überbringen.

Die im weiteren Verlaufe des Tages in Reichensachsen einlaufenden Nachrichten meldeten übereinstimmend, daß die hannoversche Armee von Göttingen im Abmarsche südwärts begriffen sei. Diese Thatsache wurde durch einen beim General v. Glümer sich meldenden preußischen Bauer, ehemaligen Landwehrmann, in zweifelloser Weise bestätigt, welcher, von Heiligenstadt kommend, aus eigener Anschauung bezeugen konnte, daß die hannoversche Armee, deren Stärke er auf 15000 Mann schätzte, an der Straße von Uder bis Dingelstädt Quartiere bezogen hatte, aber sehr ermattet sei. Wie die Zusammenstellung der verschiedenen Nachrichten ergab, war die Spitze der feindlichen Armee um 8½ Uhr morgens in Heiligenstadt erschienen und in den ersten Nachmittagsstunden der König Georg dort eingetroffen. Der General v. Glümer meldete diese Nachrichten schleunigst nach Kassel an das Divisions=Kommando. Zugleich wurden die Ortseingänge von Reichensachsen für die Nacht barrikadiert, und abends 5 Uhr bezog die 6. Compagnie Nr. 19 Vorposten.

Währenddessen rückten die übrigen, am Morgen aus der Gegend von Kassel aufgebrochenen Truppen über Lichtenau nach. Bei der großen Hitze und unter den Nachwirkungen der in den letzten Tagen überstandenen Strapazen ging der Marsch nur langsam von statten. Erst gegen 5 Uhr nachmittags erreichten jene ihre für heute in Aussicht genommenen Quartiere. Vom Regiment Nr. 20 rückte das 1. Bataillon nach Harmuthsachsen, während das 2. und das Füsilierbataillon in Küchen und Hasselbach Unterkunft fanden. Die zwölfpfündige Reservebatterie quartierte mit einer Compagnie von Nr. 20 nach Waldkappel, während die 2 Bataillone Nr. 32 weiter rückwärts in Lichtenau und Walburg Halt machten.

Kehren wir nunmehr zu dem Oberstlieutenant v. Henning zurück, welchen wir am 21. Juni morgens in Helsa verließen, als er sich mit seinen 2 Bataillonen zum Weitermarsche auf Groß=Almerode rüstete.

Um 5 Uhr früh von jenem Orte aufgebrochen, wurde ohne Zwischenfall Groß-Almerode erreicht. Unter dem Schutze des bis zur Erb-Mühle vorgeschobenen Füsilierbataillons rasteten die Truppen, um durch requirierte Lebensmittel (Brot und Speck) für den Weitermarsch sich zu stärken. Immer noch ohne Nachricht vom General v. Glümer, beschloß der Oberstlieutenant v. Henning die Fortsetzung des Marsches gegen die Werra. Nachdem er mit seiner Kolonne von Groß-Almerode weitergerückt, begegnete er kurz vor dem nächsten Dorfe Trubenhausen einem ihm schon seit langer Zeit bekannten Pferdehändler (Bendix), welcher von Witzenhausen kam und auf der Fahrt nach Kassel begriffen war. Von ihm erhielt der Oberstlieutenant die zuverlässige Mitteilung, daß bei Witzenhausen nichts vom Feinde stehe, dagegen die hannoversche Armee, ihren König in der Mitte, von Göttingen auf Heiligenstadt marschiere. Im übrigen wußte der Pferdehändler keine Mitteilungen zu machen, aus denen man auf die weitere Marschrichtung des Feindes hätte schließen können.

Da somit eine feindliche Bewegung auf Witzenhausen nicht zu erwarten stand, faßte der Oberstlieutenant v. Henning den Beschluß, nach Allendorf zu rücken, um sich des dortigen Werra-Überganges zu versichern. Indem er zur Deckung der Bagage und der Nachhut vorläufig seine später folgende 1. Compagnie in dem gegen Witzenhausen führenden Thale abwärts Trubenhausen Stellung nehmen ließ, schlug er die bei letzterem Orte auf Allendorf abzweigende Straße ein. Bei drückender Hitze gelangte die über Weißenbach marschierende Kolonne um 11 Uhr vormittags bis in die Höhe von Hilgershausen, um hier im Waldesschatten unter dem Schutze einer gegen Kammerbach vorgeschobenen Avantgarde eine dreistündige Rast zu halten.

Die Bataillone mochten seit etwa 1/2 Stunde dort ruhen, als um ½12 Uhr auf der Straße von Allendorf der Lieutenant van Houten des 9. Husaren-Regiments, dessen Patrouille bekanntlich bei Arnstein zersprengt worden war, allein angeritten kam. Dem Oberstlieutenant v. Henning sein Mißgeschick meldend, vermochte er zwar über den Marsch des Gegners keine bestimmten Angaben zu machen, meinte aber auch, daß die Wahrscheinlichkeit für eine Fortsetzung der feindlichen Bewegung auf Allendorf spräche. Oberstlieutenant v. Henning, welcher diese Gegend aus früherer Zeit genau kannte, beschloß jetzt um so mehr, seinen Marsch

auf Allendorf fortzusetzen und sich dieses Punktes zu versichern, entweder um den etwa dort vorgefundenen Feind zurückzuwerfen und dann je nach Umständen höhere Befehle abzuwarten, oder aber um gegen Heiligenstadt-Dingelstädt weiter vorzudringen. Dem Lieutenant van Houten übergab er eine schriftliche Meldung an den General v. Beyer, in welcher er unter Hinweis darauf, noch immer ohne Nachricht von rückwärts zu sein, den unter den geschilderten Umständen gefaßten Entschluß zum Marsche nach Allendorf und eventuell weiter gegen Heiligenstadt-Dingelstädt anzeigte.

Als der Lieutenant van Houten nach 12 Uhr mittags auf Kassel abgeritten war (wo er um 5 Uhr nachmittags eintraf), versammelte Oberstlieutenant v. Henning seine Bataillons- und Compagnie-Kommandanten um sich und teilte ihnen unter Darlegung der Situation seinen Entschluß mit, der hier ebenso mit Genugthuung aufgenommen wurde, wie es später bei der Mannschaft der Fall war, als diese davon Kenntnis erhielt. Das unglückliche Gefecht der Husaren-Patrouille wurde den Leuten verschwiegen.

Frisch gestärkt setzte die Kolonne nach dieser Rast ihren Marsch fort. Die 11. und 12. Compagnie, welche als Avantgarde den alsbald folgenden Bataillonen vorausgingen, erreichten um 5 Uhr nachmittags den am linken (diesseitigen) Werra-Ufer gelegenen Ort Sooden, der ebenso unbesetzt gefunden wurde, wie das jenseitige, durch eine Brücke mit jenem verbundene Städtchen Allendorf, in dessen Umgebung nichts vom Feinde wahrzunehmen war. Das im Thale liegende Allendorf wurde rasch zur Verteidigung eingerichtet und Vorposten in der Richtung nach Wahlhausen (an der Straße von Göttingen-Heiligenstadt) ausgesetzt.

Auch hier in Allendorf erhielt Oberstlieutenant v. Henning durch einen Herrn v. Hanstein sowohl, wie durch den Schulzen und den Gensdarmen aus dem benachbarten preußischen Dorfe Wahlhausen die Nachricht bestätigt, daß die feindliche Armee in Heiligenstadt eingetroffen sei. Der Gensdarm brachte sogar das abgefangene Pferd eines hannoverschen Pionier-Offiziers zur Ablieferung.

Oberstlieutenant v. Henning säumte nicht, sowohl über seine Ankunft in Allendorf, wie die den Feind betreffenden Nachrichten eine schriftliche Meldung an den General v. Beyer zu erstatten, mit dem Bemerken,

die Verbindung mit dem General v. Glümer noch nicht aufgenommen zu haben. Mit der Überbringung dieses Schreibens nach Kassel wurde der Premier-Lieutenant Baron Boenigk beauftragt, welcher gegen 7 Uhr abends von Allendorf abfuhr und zugleich die Weisung hatte, den Inhalt jener Meldung auch zur Kenntnis des Generals v. Glümer zu bringen, wofern er dessen Standpunkt zu ermitteln vermochte. Ohne daß letzteres aber der Fall gewesen, erreichte der gedachte Offizier in der Nacht glücklich Kassel und übergab dem General v. Beyer die fragliche Meldung.

Inzwischen entwickelte Oberstlieutenant v. Henning eine rege Thätigkeit, um in den Besitz weiterer Nachrichten über den Feind zu gelangen. Lieutenant v. Seel wurde zu Wagen nach Wüsteheuterode (halbwegs Heiligenstadt) entsendet, um von dort reitende Boten einerseits über Lenterode gegen Uder (an der Straße Göttingen-Heiligenstadt), andererseits aber nach Kalteneber (zunächst der Straße Heiligenstadt-Eschwege), zur Einziehung weiterer Kundschaften auszuschicken. Ferner wurden zwei zuverlässige Boten nach Martinfelde (südlich Kalteneber) entsendet, um über die dortige Situation sich zu orientieren.

Diese Beobachtungen waren im Gange, als gegen ½10 Uhr nachts eine aus einem Unteroffizier und 5 Mann bestehende Husaren-Patrouille vom General v. Glümer aus Reichensachsen ziemlich erschöpft in Allendorf eintraf, so daß nunmehr die längst gesuchte Verbindung mit dem Gros aufgenommen war. Oberstlieutenant v. Henning eilte, mit dem General sich ins Einvernehmen zu setzen und sendete nach halbstündiger Ruhe zwei Husaren, welche noch die gängigsten Pferde hatten, mit einer schriftlichen Meldung nach Reichensachsen ab, in welcher er seine Ankunft in Allendorf und die über den Feind eingezogenen Nachrichten zur Kenntnis brachte, mit dem Bemerken, daselbst weitere Befehle erwarten zu wollen.

Die demnächst über den Feind in Allendorf eingehenden anderweitigen Nachrichten ließen ein immer klareres Bild gewinnen. Gegen ¾11 Uhr nachts kehrte der auf Kundschaft ausgesandte Lieutenant v. Seel zurück. Er überbrachte ein durch einen seiner Boten eingeholtes Schreiben des Ortsschulzen von Lenterode, das für die Strecke von Uder nach Heiligenstadt die Anwesenheit starker feindlicher Streitkräfte bestätigte, welche Posten in der Richtung gegen Lenterode ausgestellt und auch

bereits eine Patrouille bis zu diesem Orte vorgeschickt hatten. Dem Vernehmen nach sollten die hannoverschen Truppen, welche als ermattet und unlustig geschildert wurden, noch am 22. abends den Weitermarsch auf Mühlhausen fortsetzen. Anderseits hatte Lieutenant v. Seel konstatiert, daß die von Heiligenstadt südwärts nach Eschwege führende Straße vom Feinde frei war.

Eine Viertelstunde später langte auch der im Verlaufe des Tages schon beim General v. Glümer gewesene Landmann (s. S. 497) in Allendorf an, welcher, durch einen handschriftlichen Zettel des ersteren als Vertrauensmann legitimiert, seine über die feindliche Armee gemachten Wahrnehmungen dem Oberstlieutenant v. Henning mitteilte.

Seine Aussage wurde durch einen demnächst in Allendorf eintreffenden Reisenden bestätigt, welcher, von Worbis kommend, die hannoversche Armee in Heiligenstadt passiert hatte. Nach dessen Mitteilungen sollten einem von Halle in Nordhausen eingelaufenen Telegramm zufolge 5000 Preußen von Halle oder Erfurt gegen die Hannoveraner im Anmarsche sein, eine Nachricht, die, wie wir später sehen werden, durch die Entsendung des Detachements Seckendorff aus Magdeburg nicht der Begründung entbehrte.

Um $\frac{1}{2}$12 Uhr nachts kehrten auch die nach Martinfelde entsendeten 2 Boten zurück, welche ebenfalls bestätigten, daß der Feind auf der Straße Heiligenstadt-Eschwege nicht anzutreffen gewesen war.

Aus der Zusammenstellung dieser Nachrichten vermochte Oberstlieutenant v. Henning ein hinlänglich orientierendes Bild von der Stellung der feindlichen Armee zu gewinnen und die Vermutung schien keine ungerechtfertigte zu sein, daß der Weitermarsch des Gegners über Mühlhausen führen dürfte. Da es unter den gegebenen Verhältnissen die Aufgabe der Division Beyer sein mußte, die offenbar im Marsche südwärts begriffene hannoversche Armee in der rechten Flanke zu bedrohen, sie zu beunruhigen und ihr einen Aufenthalt zu bereiten, um für die Herankunft größerer preußischer Streitkräfte Zeit zu gewinnen, so faßte Oberstlieutenant v. Henning den Entschluß, am anderen Morgen von Allendorf auf dem nächsten Wege über Ershausen (an der Straße Eschwege-Heiligenstadt) gegen Helmsdorf zu marschieren, um die voraussichtlich in Dingelstädt anzutreffenden hannoverschen Truppen überraschend anzugreifen. Zugleich erstattete er einen neuen schriftlichen Bericht an

den General v. Glümer, in welchen er diesem unter Darlegung der weiterhin über den Feind eingelaufenen Nachrichten den Beschluß mitteilte, in der fraglichen Richtung abmarschieren zu wollen, wofern er bis 8 Uhr morgens keinen anderen Befehl erhalten. Indem er zugleich die Erwartung aussprach, bei seinem Unternehmen durch die Kooperation des Gros sich unterstützt zu sehen, bemerkte er, daß er (am 22.) nachmittags 4 Uhr in Helmsdorf eingetroffen zu sein hoffe und dann einen Überfall der Hannoveraner in Dingelstädt versuchen wolle. Oberstlieutenant v. Henning übergab diesen Bericht zur Beförderung an den General v. Glümer dem oben gedachten Vertrauensmann, welcher bald nach Mitternacht von Allendorf auf Reichensachsen abfuhr.

Inmitten jener Thätigkeit war die Nacht verflossen; der Morgen des 22. Juni brach heran. Um ¼5 Uhr traf von dem Schulzen in Uder die schriftliche Meldung ein, daß um 3 Uhr morgens die letzten hannoverschen Truppen den Ort verlassen hätten und der Marsch der gesamten Armee auf Dingelstädt gehe. Diese Nachricht bestätigte die bisherige Voraussetzung hinsichtlich der Marschrichtung des Feindes, wodurch Oberstlieutenant v. Henning nur um so mehr in seinem Entschlusse bestärkt wurde, in der Direktion auf Dingelstädt dem Gegner zu folgen.

Beide Bataillone standen um 8 Uhr morgens im Begriffe, von Allendorf aufzubrechen und den zunächst auf Pfaffenschwende gehenden Marsch anzutreten, als vom General v. Beyer der Befehl zur direkten Rückkehr nach Kassel eintraf.

Nachdem Oberstlieutenant v. Henning hierzu eben die nötigen Anordnungen getroffen hatte, sah er sich durch einen vom Gereral v. Glümer einlaufenden Befehl überrascht, welcher die beiden Bataillone Nr. 19 für heute nach Witzenhausen instradierte, mit dem Bedeuten, daß das Gros in der nämlichen Richtung folge, während die Avantgarde der Division gegen Münden vorgehen würde.

Kehren wir nunmehr nach Reichensachsen zurück, wo wir den General v. Glümer am 21. abends verließen, bevor noch die Verbindung mit dem Detachement Henning aufgenommen worden war.

Da die über den Feind eingegangenen Nachrichten dessen Anwesenheit bei Heiligenstadt und seinen südwärts gehenden Marsch außer allen Zweifel stellten, hatte der General v. Glümer beschlossen, seine Truppen am 22. Juni morgens 9 Uhr bei Oetmannshausen zu konzentrieren,

um entweder noch am Abende dieses Tages, spätestens aber am 23. früh den Feind in der Richtung gegen Mühlhausen aufzusuchen und sich dessen Weitermarsche entgegenzustellen, wobei nicht nur die Kooperation des bei Eisenach stehenden Detachements Fabeck in Aussicht genommen war, sondern auch die Unterstützung durch die nachrückenden übrigen Truppen der Division erhofft wurde.

Für diese Maßregeln hatte der General v. Glümer sich entschieden, als um 1 Uhr nachts (22. Juni) ein Ordonnanz-Offizier des Generals v. Beyer in Reichensachsen erschien und den Befehl zum Rückmarsche des gesamten Gros in die Kantonnements bei Kassel überbrachte. Die hierfür maßgebenden Motive waren in dem fraglichen Befehle nicht dargelegt. In der Voraussetzung, daß das Divisions-Kommando bei Erlaß dieses Befehls noch nicht im Besitze der dahin gesandten Meldung von der positiv konstatierten Ankunft des Feindes in Heiligenstadt gewesen sein dürfte und in Erwägung, daß es für die gegebene strategische Situation von außerordentlicher Wichtigkeit war, die bei Reichensachsen zu konzentrierenden Truppen nicht durch den Rückmarsch nach Kassel der so dringend gebotenen Verwendung gegen die Hannoveraner entzogen zu sehen, brachte General v. Glümer infolge jenes Befehls die Meldung nach Kassel zum Abgange, daß er mit den in Reichensachsen befindlichen Truppen, sowie mit dem 20. Infanterie-Regimente in Detmannshausen bis zum Eintreffen einer neuen Ordre stehen bleiben, die übrigen Truppen aber sofort den Rückmarsch nach Kassel antreten lassen würde.

Unter diesen Umständen dem Eingange weiterer Befehle mit Spannung entgegensehend, war es für den General v. Glümer nur um so überraschender, als am 22. Juni um ½7 Uhr morgens der Generalstabs-Offizier der Division, Hauptmann v. Scherff, mit dem Befehle erschien, daß das gesamte Gros auf Witzenhausen in Marsch zu setzen sei. In richtiger Würdigung der Situation unterließ es der General v. Glümer nicht, jenem Offiziere seine Bedenken über diese der gegebenen Lage durchaus nicht entsprechende Maßregel zu äußern. Wie Hauptmann v. Scherff jedoch versicherte, war der in Rede stehende Befehl auf Grund höherer Verfügung so positiv gegeben, daß für das Gros der Division unmöglich ein Abweichen von der getroffenen Disposition zulässig erscheinen konnte. Unter solchen Verhältnissen glaubte der General v. Glümer, obwohl im Widerspruche mit seiner inneren Überzeugung, jener An-

ordnung Folge leisten und daher den Abmarsch auf Witzenhausen einleiten zu müssen, zu welchem, wie bereits oben erwähnt, auch die 2 Bataillone Nr. 19 in Allendorf befehligt wurden. —

Um den Schlüssel zum Verständnisse der hier zutage tretenden Wandelungen zu finden, müssen wir nach Kassel zurückkehren, wo wir den General v. Beyer mit der Avantgarde und der Reserve seiner Division verließen, für welche er hier nach den vorausgegangenen starken Märschen einige Ruhetage zu finden hoffte.

Am 21. vormittags hatte man in Kassel über die hannoversche Armee noch keine unbedingt sicheren Nachrichten gewonnen, gleichwie dies bei dem General v. Falckenstein in Hannover der Fall war, mit welchem die Division Beyer bekanntlich seit dem 19. Juni in telegraphischem Verkehr stand. Die bis zum 21. morgens in Kassel einlaufenden Nachrichten besagten, daß Münden noch vom Feinde besetzt sei. Nachdem die Division Beyer bekanntlich mit dem 21. Juni unter den Oberbefehl des Generals v. Falckenstein gestellt und daher zur Mitwirkung gegen die Hannoveraner berufen wurde, mußte eine bestimmtere Aufklärung in der Richtung auf Münden als Bedürfnis erscheinen. Mit dieser Aufgabe wurde die Avantgarde der Division unter General-Major v. Schachtmeyer (4 Bataillone, 1 Eskadron und 4 Geschütze)*) beauftragt, welche zu diesem Zwecke am 21. nachmittags 4 Uhr von Kassel gegen Münden aufbrach, mit dem Auftrage, diesen Punkt zu besetzen und eventuell den Feind von dort zu vertreiben.

Das auf dem Exerzierplatze gesammelte Detachement marschierte, nachdem zum erstenmale die Gewehre geladen worden, in Gefechtsbereitschaft auf der Straße gegen Münden ab, an der Spitze die Husaren und das 2. Bataillon Nr. 39. Während das Füsilierbataillon Nr. 32 mit der Bagage bei Lutterberg zurückblieb und daselbst ein Biwak bezog, gelangte das Detachement ohne Zwischenfall abends 10 Uhr nach Münden, welches unbesetzt gefunden wurde, da die bisher dort gestandenen hannoverschen Truppen, wie man jetzt erfuhr, am Morgen von dort gegen Witzenhausen abmarschiert waren. Die über die

---

*) Zwei Geschütze der zum Detachement gehörigen Batterie waren bekanntlich am 20. Juni dem Detachement Glümer gegen Eschwege gefolgt (s. S. 463), so daß die erstere nur mit 4 Geschützen gegen Münden ausrückte.

Werra führende Eisenbahnbrücke wurde zwar unzerstört gefunden, dagegen war die Stadtbrücke bekanntlich barrikadiert und die umliegenden Gebäude zur Verteidigung eingerichtet. Außerdem erwies sich der lange Tunnel in der Richtung auf Dransfeld vom Feinde verrammelt, dessen Aufräumung längere Zeit erfordern sollte. Unter dem Schutze einer vom 2. Bataillone Nr. 39 am rechten Werra=Ufer bezogenen Vorpostenstellung blieben die beiden anderen Bataillone, sowie die Batterie und die Husaren bis 3 Uhr morgens in Bereitschaft stehen und bezogen dann in Münden Quartiere. Das 2. Bataillon Nr. 39 bivouakierte in seiner Vorpostenstellung. Das mit der Bagage bei Lutterberg zurückgebliebene Füsilierbataillon 32. Regiments lagerte dort die Nacht hindurch ohne Holz und Stroh, um am nächsten Morgen (22.) gleichfalls nach Münden gezogen und daselbst in Quartiere gelegt zu werden.

Während hier das Detachement Schachtmeyer Münden besetzte, war am 21. gegen Abend vom General v. Falckenstein der Division Beyer der Befehl zugegangen, zu dem für den 23. projektierten Angriff auf die Hannoveraner bei Göttingen die südwärts gehenden Straßen zu verlegen (s. S. 490). Infolge dessen ordnete General v. Beyer für den 22. ein konzentrisches Vorgehen seiner Truppen in der Richtung auf Göttingen an und erteilte dem General v. Glümer den uns schon bekannten Befehl, welcher das Gros auf Witzenhausen dirigierte, während das Detachement Schachtmeyer (Avantgarde) von Münden auf der Göttinger Straße zunächst bis Dransfeld vorgehen und das in Kassel verbliebene Detachement Selchow (Reserve) bis Münden folgen sollte.

Unter dem Zusammenwirken dieser Umstände sehen wir also am 22. Juni die Division Beyer zu einer Bewegung in nördlicher Richtung auf Göttingen schreiten, während die schon tags zuvor von dort aufgebrochene hannoversche Armee von Heiligenstadt südwärts nach Mühlhausen weiterrückte und somit der ihr für jenen Tag so nahe gerückten Gefahr, in ihrer rechten Flanke angegriffen zu werden, überhoben war. —

Während hier noch den preußischen Operationen der leitende Gedanke zugrunde lag, bei Göttingen einen entscheidenden Schlag gegen die Hannoveraner zu führen, sehen wir die oberste Heeresleitung bereits in

südlicher Richtung Maßregeln gegen den im Marsche nach Thüringen begriffenen Feind treffen.

Bekanntlich war bereits am 19. Juni die Meldung nach Berlin gelangt (s. S. 359), daß die hannoversche Armee über Wanfried nach Bebra oder Eisenach zu marschieren beabsichtige, um die durch das Werra-Thal nach Bayern führende Eisenbahn zu erreichen, was insofern an Glaubwürdigkeit gewann, da die von Göttingen über Kassel nach dem Maine führende Straße durch die Division Beyer beherrscht wurde. Angesichts der also sehr nahe liegenden Eventualität, den Feind durch das Eichsfeld die Verbindung mit seinen süddeutschen Bundesgenossen erstreben zu sehen, beeilte sich die preußische oberste Heeresleitung, noch am 20. Juni auch nach dieser Richtung entsprechende Maßregeln zu treffen. Bei den für das westliche Kriegstheater beschränkten Streitmitteln sah sich dieselbe nicht in der Lage, sofort ein seiner Aufgabe entsprechendes Truppenaufgebot in jener Richtung zu entwickeln, sondern mußte in erster Linie auf die geringfügigen Truppen zurückgreifen, welche in Thüringen zur Disposition standen.

Der Schwerpunkt dieser Hilfsquellen war vorläufig in der Festung Erfurt zu suchen, welche bekanntlich den nördlich des Thüringer Waldes von Eisenach über Gotha und Weimar rc. führenden Schienenweg beherrscht und sperrt. Der Platz, dessen Armierung anfangs Mai begonnen hatte, war Mitte Juni zwar gegen einen gewaltsamen Angriff gerüstet; indessen fanden fortgesetzt noch weitere Verstärkungsarbeiten statt. Die Festung hatte beim Ausbruche des Krieges eine nichts weniger als genügende Besatzung. Dieselbe bestand aus den Ersatzbataillonen der Infanterie-Regimenter Nr. 31 und 71, jedes Bataillon zu 1000 Mann, worunter aber je 600 Rekruten; ferner gehörten zu ihr die Landwehr-Regimenter Nr. 27 und 32 oder von dem ersteren die Besatzungsbataillone Halberstadt (1.), Halle (2.) und Aschersleben (3.), von dem letzteren die Besatzungsbataillone Merseburg (1.), Torgau (2.) und Naumburg (3.). Die Einzelstärke dieser Landwehrbataillone betrug kaum 450 Mann. An Reiterei waren vorhanden die Besatzungs-(Landwehr-)Eskadron Stendal, welche beim 7. Dragoner-Regiment aufgestellt worden war*),

*) Die Eskadron führte der Rittmeister zur Disposition, v. Wydenbrügk, vormals beim 6. Uhlanen-Regimente; die Zugs-Kommandanten waren dagegen Offiziere des 7. schweren Landwehr-Reiter-Regiments und trugen auch dessen weißen Koller.

und die Eskadron Merseburg vom 12. Landwehr-Husaren-Regiment. Die Stärke der letzteren Eskadron bezifferte sich auf etwa 100 Mann, jene der Dragoner hatte einen etwas höheren Stand. Fünf Compagnieen des 4. Festungsartillerie-Regiments, welche zugleich die Bedienung für eine aus 2 Sechspfündern und 2 siebenpfündigen Haubitzen alter Konstruktion bestehende Ausfallbatterie gaben, und eine etwa 100 Mann starke Pionier-Abteilung vervollständigten die Besatzung des Platzes, in welchem General-Major v. Stuckrad das Kommando hatte.

Während die Ersatzbataillone mit dem Zündnadelgewehre ausgerüstet waren, führte die Landwehr das Minié-Gewehr, zu welchem jedoch die ursprünglich mit der ersteren Schußwaffe ausgebildete Mannschaft keine Vorliebe faßte. Indessen hatten die Erfurter Landwehrbataillone doch bereits Gelegenheit gehabt, durch Scheibenschießen mit dem Minié-Gewehr einigermaßen sich bekannt zu machen. Nur zum Besatzungsdienste bestimmt, war die sonstige Ausrüstung dieser Landwehrbataillone eine nichts weniger als vollständige. Die Mannschaft hatte zwar einen Tuchanzug samt Mantel und Tornister, die Stelle des Helms oder Käppis vertrat aber ausschließlich die Feldmütze. Seitengewehre trugen nur die Unteroffiziere und Gefreiten. Kochgeschirre mangelten gleichfalls. Viele Leute hatten nur ein Hemd und ein Paar dazu oft ziemlich defekte Stiefel. Die Compagnie-Führer waren bis auf sehr wenige Ausnahmen unberitten. Auch hatte die Landwehr keinen Train. Übrigens waren diese, weil nur zum Besatzungsdienste bestimmten Bataillone nicht genügend einmarschiert, so daß sie sich in der Folge weniger leistungsfähig erwiesen und viele Nachzügler hatten.

Die beiden Besatzungs-Eskadronen waren gleichfalls nicht feldmäßig ausgerüstet. Die Husaren trugen in Ermangelung von Kolpaks die Feldmütze. Für einen Teil der Mannschaft, die besonders großen Leute, waren keine passenden Attilas zur Verfügung, weshalb dieselben vorläufig nur weiße Drillichjacken erhalten konnten*). Ebenso entbehrten die Eskadronen der Kochgeschirre und Fouragierleinen.

In Gotha war bekanntlich seit dem 18. Juni das aus 2 Ba-

---

*) Im Juli empfing die Eskadron Merseburg Attilas und Kolpaks aus den in Kurhessen erbeuteten Vorräten und konnte damit ihre mangelhaften Bestände komplettieren.

taillonen bestehende Regiment Coburg unter Oberst v. Fabeck vereinigt, um daselbst seiner Mobilmachung obzuliegen, zu welcher die Reserven auf den 20. Juni zur Fahne einberufen waren (s. S. 304).

Das Regiment Altenburg stand noch in seinen heimatlichen Kantonnements Schmölln und Ronneburg. Die Kontingente der beiden Fürstentümer Schwarzburg befanden sich in ihren Garnisonen Sondershausen und Rudolstadt (s. S. 305 und 306).

Solche nichts weniger als belangreiche Streitkräfte standen auf dieser Linie zur Verfügung, als der Anmarsch der hannoverschen Armee zur Entwickelung eines Truppenaufgebots in Thüringen mahnte.

Gewissermaßen als erster Funke des nahenden Gewitters traf in der Nacht zum 20. Juni von der obersten Heeresleitung in Berlin der telegraphische Befehl in Erfurt ein, eine Pionier-Abteilung nach Eisenach ꝛc. zu entsenden, um die durch das Werra-Thal führende Bahn, in welcher man das Ziel der angeblich über Wanfried abmarschierenden hannoverschen Armee vermutete, bei Coburg und Marksuhl zu zerstören. Gleichzeitig erhielt Oberst v. Fabeck in Gotha die telegraphische Weisung, zur Deckung jener Arbeiten ein Kommando seines Regiments beizustellen. Diesen Anordnungen entsprechend, wurde am 20. Juni morgens eine Pionier-Abteilung von Erfurt per Bahn über Eisenach nach Coburg entsendet, welcher um 11½ Uhr vormittags je die halbe 2. und 3. Compagnie des Regiments Coburg unter Führung des Hauptmannes v. Ziehlberg dahin folgten.

Mit Rücksicht auf die nahe liegende Eventualität des Abmarsches der hannoverschen Armee nach Süden, erging noch am 20. Juni in der dritten Nachmittagsstunde aus Berlin der telegraphische Befehl an den Oberst v. Fabeck in Gotha, mit seinem Regimente schleunigst nach Eisenach zu rücken, um daselbst die aus dem Eichsfelde und Werra-Thale südwärts führenden Straßen zu überwachen und gegebenen Falls dem Feinde Widerstand zu leisten. Gleichzeitig erhielt auch die Kommandantur in Erfurt den Befehl, von der dortigen Besatzung 3 Landwehrbataillone, 1 Eskadron und die Ausfallbatterie nach Eisenach zu senden. Mit der Führung des hier zu versammelnden Detachements wurde der Commandeur des Regiments Coburg, Oberst v. Fabeck, beauftragt.

Da das letztere erst in seiner Mobilmachung begriffen und auch seine einberufenen Reservisten noch nicht durchgängig eingerückt und

eingekleidet waren, so gelangte das Regiment am 20. nur in einer Gesamtstärke von 950 Mann zum Ausmarsche, welche abends 6 Uhr in einem Zuge mittelst Bahn von Gotha nach Eisenach abgingen. Helme und Tornister wurden in Gotha zurückgelassen; die Mannschaft trug den gerollten Mantel umgehängt, an demselben das Kochgeschirr befestigt. Ebenso wenig folgte der Train dem Regimente nach Eisenach.

Von Erfurt wurden zum Ausmarsche bestimmt die Landwehrbataillone Aschersleben (Oberst Helmuth), Torgau (Major de Niems) und Naumburg (Major v. Oetinger), ferner beiläufig 75 Pferde der Landwehr-Husaren-Eskadron Merseburg (Premier-Lieutenant Schmitz) und die nur 4 Geschütze zählende Ausfallbatterie (Hauptmann Caspari). Gegen 5 Uhr nachmittags sahen sich die diesbezüglichen Truppen durch Generalmarsch plötzlich und vollkommen unvorbereitet allarmiert. Die Taschenmunition der Landwehrbataillone wurde schleunigst auf 60 Patronen für den Mann komplettiert *). Munitionswagen mangelten sowohl für diese Bataillone, wie für die Batterie. In der Erwartung einer nur kurzen Expedition rückte die Infanterie ohne Tornister aus, indem die Mannschaft nur den gerollten Mantel umhing.

Die Erfurt zuerst verlassenden Bataillone Naumburg **) und Torgau trafen per Bahn am 20. gegen 9 Uhr abends in Eisenach ein, die auf dem nämlichen Wege folgende Eskadron Merseburg gegen 11 Uhr nachts, das Bataillon Aschersleben und die Batterie dagegen erst um Mitternacht.

Das Detachement Fabeck bestand somit aus 5 schwachen Bataillonen, 1 schwachen Eskadron und 1 Batterie, oder kaum 2300 Mann Infanterie ***), 75 Pferden und 4 Geschützen, mit Einschluß des Kommandos im Werra-Thale †).

---

*) Die Angabe, daß der Mann nur 15 Patronen hatte, ist nicht zutreffend.

**) Ließ seine Fahne in der Garnison zurück.

***) Die im preußischen Generalstabswerke für die Landwehrbataillone angegebene Durchschnittsziffer von nur 350 Mann ist nicht präzise; vielmehr betrug dieselbe beiläufig 450 Mann. Dagegen waren die Coburgischen Bataillone am 20. Juni noch nicht 650 Mann stark, wie jene Quelle besagt, sondern der ausrückende Stand des ganzen Regiments bezifferte sich damals nur auf 950 Mann.

†) Die halbe 2. und 3. Compagnie waren noch zur Zerstörung der Eisenbahn im Werra-Thale detachiert.

Das 1. Bataillon des Regiments Coburg (Oberstlieutenant v. Westernhagen) war nach der Ankunft in Eisenach auf der Kreuzburger Straße bis zu dem eine halbe Stunde entfernten Gute Ramsborn in eine Vorpostenstellung vorgeschoben worden, deren Linie am westlichen Waldsaume von dem rechts gelegenen Moseberge über die Chaussee bis zum Ramsberge sich erstreckte. Vom Füsilierbataillone Coburg wurde die 8. Compagnie nach Hörschel im Werra-Thale zur Besetzung dieses Knotenpunktes der hier von Kreuzburg und Gerstungen sich vereinigenden Straßen disponiert. Sie detachierte einen Zug nach Spichra zur Sicherung des dortigen Werra-Überganges.

Von den im Verlaufe der Nacht aus Erfurt eintreffenden Truppen ging ein Zug der Eskadron Merseburg und das zuvor eine halbe Stunde rastende Bataillon Aschersleben nebst dem Haubitzzuge der Batterie zur Verstärkung der Vorposten nach Ramsborn ab.

Die übrigen Truppen des Detachements verblieben in Eisenach und biwouakierten am Bahnhofe.

Der den Vorposten zugeteilte Zug Husaren streifte noch in der Nacht gegen Kreuzburg und traf daselbst um 3 Uhr morgens (21. Juni) ein. Die ausgesandten Patrouillen nahmen nirgends etwas vom Feinde wahr. Als die Husaren abgefüttert hatten, wurde die Streifung auf der Eschweger Straße noch bis Netra fortgesetzt, ohne jedoch Nachrichten über den Feind erhalten zu können. Dagegen stieß man auf die vom General v. Glümer aus Reichensachsen entsendete Husarenpatrouille (s. S. 497), welche die Nachricht von dem am 21. morgens bei Arnstein stattgefundenen Gefechte überbrachte. Nach kurzem Aufenthalte in Netra begab sich der Zug der Eskadron Merseburg auf den Rückmarsch und traf nachmittags wieder in Eisenach ein.

Die vom General v. Glümer entsendete Patrouille hatte inzwischen in Eisenach ihres Auftrags an Oberst v. Fabeck sich entledigt. Durch die Mitteilungen des ersteren über die Situation bei Reichensachsen unterrichtet, war Oberst v. Fabeck zur beiderseitigen Unterstützung gegen die Hannoveraner ebenso bereit, wie damit einverstanden, daß das Gros der Division Beyer seine Stellung bei Oetmannshausen-Reichensachsen, das bei Eisenach vereinigte Detachement aber Mihla (im Werra-Thale, an der Straße nach Mühlhausen) zum Ausgangspunkte der weiteren Operationen zu nehmen hatte; zugleich sollte der Werra-Übergang von

Kreuzburg, als der Vereinigungspunkt der Straßen von Eschwege, Wanfried und Dingelstädt, besonders im Auge behalten und gegen einen eventuellen Durchbruchsversuch des Feindes verteidigt werden. Mit dieser Antwort sendete Oberst v. Fabeck jene Patrouille an den General v. Glümer zurück, welche denselben am 22. Juni erreichen sollte, als die Division Beyer bekanntlich die auf Göttingen gerichtete Bewegung angetreten hatte.

Die Nachricht von der Ankunft der Hannoveraner in Heiligenstadt gelangte auf telegraphischem Wege noch am 21. vormittags nach Gotha und wurde auch dem Oberst v. Fabeck nach Eisenach übermittelt, welcher demzufolge nur um so mehr in der Richtung über Kreuzburg aufmerksam zu beobachten gedachte, da dieser Werra-Übergang mit Rücksicht auf die dahin konvergierenden Straßen unter den gegebenen Umständen eine erhöhte Bedeutung erhielt.

Oberst v. Fabeck beschloß daher, zur Besetzung von Kreuzburg zu schreiten, wohin unter dem Major v. Gerstein des Regiments Coburg dessen 5., 6. und 7. Compagnie, das Landwehrbataillon Naumburg, die halbe Eskadron Husaren und die 2 Sechspfünder nachmittags 2 Uhr von Eisenach in Marsch gesetzt wurden, mit dem Auftrage, unter gleichzeitiger Sicherung des Werra-Überganges bei Spichra durch Patrouillen in der Richtung auf Mihla und Reichensachsen zu beobachten. Dagegen wurde das seit voriger Nacht bei Ramsborn gestandene Vorposten-Detachement nunmehr nach Eisenach zurückgezogen. Das Detachement des Majors v. Gerstein besetzte, wie anbefohlen, Kreuzburg und löste zugleich den Posten in Spichra ab.

Auch die Festung Erfurt hatte mittlerweile einen Beobachtungsdienst eingerichtet, indem sie Feldwachen ausstellte und durch die im Platze befindliche Reiterei patrouillieren ließ.

Gegen Abend (21.) erhielt der Oberst v. Fabeck in Eisenach von dem Kommandanten von Erfurt, General-Major v. Stuckrad, die telegraphische Nachricht, daß die Hannoveraner in einer Stärke von 12 000 Mann über Heiligenstadt gegen Mühlhausen im Anmarsche begriffen, was außerdem durch eine Meldung des Landrats in letzterer Stadt bestätigt wurde. Das hiervon sogleich verständigte Vorposten-Detachement in Kreuzburg schob daher noch am 21. abends die ihm zugeteilte Halbeskadron auf der Straße nach Mühlhausen bis Mihla vor.

Um die Division Beyer von den bei Kreuzburg getroffenen Maßregeln in Kenntnis zu setzen, wurde eine Husaren = Patrouille gegen Reichensachsen entsendet, welche jedoch unverrichteter Sache zurückkehrte, da sie keine Fühlung mit den mittlerweile nordwärts abmarschierenden Truppen des Generals v. Glümer zu gewinnen vermochte*). —

Während das Detachement Fabeck in jener Stellung bei Eisenach beobachtete, war auf Anordnung der obersten Heeresleitung auch von Magdeburg ein Detachement gegen die hannoversche Armee in Marsch gesetzt worden. Nachdem der Militär=Gouverneur der Provinz Sachsen, General der Infanterie v. Schack, in Magdeburg am 20. Juni den diesbezüglichen Befehl aus Berlin erhalten hatte, wurden von dem dort liegenden 20. Landwehr = Regimente das 2. Bataillon Treuenbrietzen (Major Kintzel) und das 3. Bataillon Potsdam (Hauptmann v. Kirschy), zu jener Expedition bestimmt.

Um diese Kolonne auch mit Reiterei zu dotieren, erging zugleich an die Ersatz=Eskadron des 10. Husaren=Regiments in Aschersleben der Befehl zum Ausmarsche.

Mit der Führung des Detachements wurde der stellvertretende Commandeur der 14. Infanterie=Brigade, General=Major v. Seckendorff, beauftragt**), indem er die Aufgabe erhielt, die hannoversche Armee bei ihrem südwärts gehenden Marsche in der linken Flanke zu beobachten und zu begleiten, ohne einen Zusammenstoß mit dem überlegenen Gegner zu suchen. Die Truppen des Detachements sollten zunächst auf dem neuen, noch nicht dem Betriebe übergebenen Schienen=

*) Am 21. morgens 2 Uhr traf das vom Füsilierbataillone dieses Regiments in Coburg zurückgelassene Kommando mit den Reservisten unter Lieutenant v. Hobe in Eisenach ein. Die Reservisten wurden sogleich nach Gotha dirigiert, um dort eingekleidet zu werden, und kehrten am 22. nach Eisenach zurück.

**) General v. Seckendorff, aus der Artilleriewaffe hervorgegangen, war vor dem Kriege bereits zur Disposition gestellt gewesen und bei der Mobilmachung mit dem obigen Brigade=Kommando betraut worden. Obwohl von lebhaftem Patriotismus beseelt, war der General eigentlich nicht mehr für den Felddienst geeignet, da er an großer Augenschwäche litt. Trotzdem erwies er sich außerordentlich thätig und bezahlte seine hier für König und Vaterland bethätigte Treue mit seinem Leben, da er noch im Oktober 1866 infolge der Strapazen des Feldzugs starb.

wege über Halle nach Nordhausen befördert werden, um von hier aus ihre westwärts gehenden Operationen aufzunehmen.

Die beiden erwähnten Landwehrbataillone, welche mit einer Gesamtstärke von 29 Offizieren und 938 Mann*) zum Ausmarsche gelangten, befanden sich ebenso wenig in einer feldtüchtigen Verfassung, wie die übrigen Besatzungstruppen. Die Mannschaft hatte einen Tuchanzug, als Kopfbedeckung die Feldmütze, besaß auch Tornister, aber kein Kochgeschirr und Seitengewehr. Viele Leute hatten kein zweites Hemd, keiner ein zweites Paar Stiefel, wogegen die am Fuße befindlichen ziemlich defekt waren, da jede Compagnie nur 10 Paar Reservestiefel besaß. Als Schußwaffe führten diese Bataillone gleichfalls das Minié-Gewehr, zu dem aber die mit dem Hinterlader ausgebildeten Leute kein Vertrauen bekundeten**) und auch noch nicht daraus geschossen hatten, da sie bei der unzulänglichen Besatzung des Platzes bisher teils durch den Wachtdienst, teils durch Pallisadensetzen und Patronenmachen ganz in Anspruch genommen gewesen waren. An Taschenmunition erhielt jeder Mann 60 Patronen. Train und Munitionswagen hatten die Bataillone nicht. An Sanitätspersonal konnten den beiden ausmarschierenden Bataillonen nur 1 Arzt und 2 Lazarettgehilfen zugeteilt werden.

Am 21. Juni morgens 2 Uhr verließen sie Magdeburg in einem Zuge per Bahn in der Richtung nach Halle, um von hier auf dem neuen Schienenwege über Eisleben bis Nordhausen befördert zu werden, wo sie gegen Mittag eintrafen und debarkierten. Nachdem sie von der Bürgerschaft reichlich verpflegt worden, rückte General v. Seckendorff mit ihnen um 5 Uhr nachmittags gegen Heiligenstadt

*) Die Angabe des preußischen Generalstabswerkes, daß diese Bataillone nur je 400 Mann stark waren, ist nicht genau.

**) Als die beiden Bataillone am 20. nachmittags sich zum Ausmarsche rüsteten, wurde im Auftrage des Offizierscorps der Adjutant des Bataillons Treuenbrietzen, Lieutenant Ornold, an den General v. Schack entsendet, um ihm die Mißlichkeiten darzulegen, welche aus der Benutzung eines der Mannschaft unbekannten Gewehrs sich ergeben mußten, womit die Bitte um Verabfolgung von Zündnadelgewehren verbunden war, von welchen in der Citadelle große Bestände lagerten. Der General glaubte sich jedoch nicht befugt, über diese für die Feldarmee in Reserve gehaltenen Vorräte zu verfügen, und so marschierten die beiden Bataillone mit dem Minié-Gewehr aus.

weiter *). Nach einem bei der drückenden Hitze beschwerlichen zweimeiligen Marsche wurde abends das Städtchen Bleicherode (4 Meilen von Heiligenstadt) erreicht, woselbst der Detachementsstab mit dem Bataillone Treuenbrietzen Quartiere bezog, während das Bataillon Potsdam nach den benachbarten Ortschaften Ober- (9. und 10. Compagnie) und Nieder-Gebra (11. und 12. Compagnie) ging. Sowohl in westlicher wie nördlicher Richtung wurden Vorposten ausgestellt.

Verschiedene bei dem General v. Seckendorff einlaufende Meldungen von Ortsbehörden und Gensdarmen konstatierten die an diesem Tage erfolgte Ankunft der Hannoveraner in Heiligenstadt und Umgegend. U. a. meldete eine Depesche sehr richtig den über Heiligenstadt hinaus erfolgten Weitermarsch einer etwa 3000 Mann starken feindlichen Abteilung gegen Dingelstädt, welche bekanntlich die Avantgarde-Brigade Bülow war **). Der General berichtete diese Meldungen jeweils schleunigst nach Magdeburg weiter, so daß die oberste Heeresleitung auch durch die von dieser Seite einlaufenden Nachrichten den Abmarsch des Feindes gegen Süden bestätigt erhielt.

In der Nacht zum 22., welche einen starken Regenguß mit einem in der Ferne sich entladenden Gewitter brachte, wurde das Bataillon Treuenbrietzen allarmiert, in der Meinung, daß Kanonendonner hörbar sei. Es wurden Patrouillen gegen Worbis entsendet, welche jedoch über den Feind nichts in Erfahrung bringen konnten. Nachdem man die Überzeugung gewonnen, daß der ferne Donner nur in einem Gewitter seine Ursache hatte, rückte das Bataillon wieder ein.

Die zum Detachement Seckendorff bestimmte Ersatz-Eskadron des 10. Husaren-Regiments war gleichfalls bereits im Heranmarsche begriffen. Sie befand sich, ihrer Bestimmung nach, in einem nichts weniger als operationsfähigen Zustande. Bei der Mobilmachung größtenteils aus den felddienstuntüchtigen Pferden der anderen Eskadronen und un-

---

*) Das Detachement war infolge seines eiligen Ausmarsches nicht im Besitz einer Spezialkarte des für seine Operationen inbetracht kommenden Gebiets. Erst bei dem Halte in Halle wurde eine Übersichtskarte der Provinz Sachsen gekauft, welche dem General v. Seckendorff bei den Bewegungen der folgenden Tage als Orientierungsmittel diente.

**) Die nämliche Depesche enthielt auch die Nachricht, daß in Heiligenstadt 12000 Österreicher angesagt wären.

geschulten Augmentationspferden zusammengestellt, hatte sie nur einen kleinen, vom Regimente zurückgelassenen Stamm ausgebildeter Mannschaften, während es im übrigen Reservisten und 50 erst Mitte Juni eingezogene und daher noch vollkommen rohe Rekruten waren. Die Stärke, mit welcher sie unter Führung des Premier-Lieutenants v. Kemnitz in das Feld rückte, bezifferte sich auf 2 Offiziere und 88 Pferde. Die Eskadron hatte unter diesen Umständen die größten Schwierigkeiten zu überwinden, um sich infolge jenes urplötzlich gekommenen Befehls zum Ausmarsche fertigzumachen. Am 21. Juni vormittags brach sie von Aschersleben auf und rückte zunächst nach Eisleben, wo sie nach einer zweistündigen Rast gegen 8 Uhr abends auf der Eisenbahn nach Nordhausen eingeschifft wurde. Am nächsten Morgen (22. Juni) um ½4 Uhr dort eingetroffen, bezog sie vorläufig daselbst Quartiere.

Die Situation hatte sich somit der hannoverschen Armee gegenüber am 21. Juni abends folgendermaßen gestaltet:

Im Norden waren die 13. Division und das Detachement Korth des Manteuffelschen Corps, auf dem Vormarsche gegen Göttingen begriffen, bis Eimbeck, Salzderhelden und Duderode (1½ bis 2 Meilen nördlich Northeim) gelangt, während das Detachement Flies ihnen am nächsten Tage per Bahn von Celle aus in der nämlichen Richtung folgen sollte. Westwärts stand von der Division Beyer das Gros bei Reichensachsen und Allendorf, die Avantgarde in Münden und die Reserve noch in Kassel. Im Süden sehen wir das Detachement Fabeck in Eisenach und Kreuzburg, während aus östlicher Richtung das Detachement Seckendorff in Bleicherode 2c. beobachtete. Der Schwerpunkt der gegen die hannoversche Armee entwickelten Streitkräfte lag unter diesen Verhältnissen vorläufig zwar bei der aus nördlicher Richtung folgenden Gruppe, aber eine ebenso nicht zu unterschätzende Bedrohung bildete in der rechten Flanke der ersteren die Division Beyer, welche in der Lage war, durch einen kotoyierenden Marsch gleichzeitig mit ihrem Gegner die Linie Bebra-Eisenach-Gotha zu erreichen und hier der Fortsetzung seiner Bewegung hindernd entgegenzutreten. Für die eben erwähnte Linie standen zunächst nur schwache Streitkräfte zur Verfügung, welche dem nach Süden marschierenden Gegner zwar keinen

nachhaltigen Widerstand zu leisten vermochten, indessen unter Umständen, falls der Feind seinen Marsch durch die Defileen des Werra=Thales und des angrenzenden Berglandes nahm, demselben hier immerhin einen Aufenthalt bereiten konnten, welcher die Herankunft von Verstärkungen und die Ansammlung größerer Streitkräfte begünstigte. Schien in erster Linie die Division Beyer zur Unterstützung des Detachements bei Eisenach berufen, so erschloß sich zugleich die Aussicht, mittelst der schon mehrfach erwähnten, nach Thüringen führenden Gürtelbahn durch Truppenentsendungen von der nördlichen Gruppe oder aus den benachbarten preußischen Provinzen mehr oder minder erhebliche Verstärkungen nach der Linie Gotha=Eisenach zu werfen, welche, wenn rechtzeitig angeordnet, dem nur auf den Landmarsch angewiesenen Gegner unter den oben erörterten Umständen Halt gebieten konnten. Nachdem der Abmarsch der hannoverschen Armee in südlicher Richtung zweifellos konstatiert, war der Schwerpunkt der Situation in der nördlich des Thüringer Waldes laufenden Linie Bebra=Eisenach=Gotha=Weimar zu suchen. Daher auch der durchaus richtige Vorschlag, welchen die oberste preußische Heeresleitung am 21. nachmittags dem General v. Falckenstein machte, Truppen per Bahn nach Thüringen zu entsenden, eine Proposition, welcher der letztere bekanntlich aber nicht Folge gab, obwohl das Detachement Flies in Celle für den 22. zum Eisenbahntransporte bereit stand. Der oben geschilderte Ring, am schwächsten in südlicher und östlicher Richtung, umgab also am 21. abends die in Heiligenstadt und Umgegend eingetroffene hannoversche Armee, und seine mit dem Fortschreiten der Operationen erfolgende Verengerung hätte bereits am 22. in westlicher Richtung zum gegenseitigen Kontakte geführt, wenn nicht die ursprünglich für diesen Tag beabsichtigte Offensive des Gros der Division Beyer gegen die Straße Heiligenstadt=Mühlhausen durch den plötzlich eintreffenden Befehl zum Marsche auf Göttingen durchkreuzt worden und unterblieben wäre. —

Die hannoversche Armee stand am 21. abends, wie uns bekannt, mit der Avantgarde in und bei Dingelstädt, während das Gros in Heiligenstadt und Umgegend angekommen war. Nach der in Göttingen entworfenen Disposition hätte am 22. der Weitermarsch in dem

Maße erfolgen sollen, daß die in zwei Hauptkolonnen sich teilende Armee einerseits auf Wanfried, anderseits gegen Mühlhausen rückte, um am nächsten Tage nach einem durch schwieriges Gelände führenden Marsche ihre Wiedervereinigung in der Richtung auf Eisenach zu suchen. Dieser Marschplan sollte jedoch eine wesentliche Modifikation erfahren, als am 21. Juni nachmittags durch eine zuverlässige Persönlichkeit die Nachricht in das Hauptquartier nach Heiligenstadt gelangte, daß preußischerseits ein zu Wagen befördertes Bataillon, 1 Eskadron und eine halbe Batterie von Kassel nach Eschwege gerückt sein sollten, eine Meldung, die nicht der Begründung entbehrte, da bekanntlich das vom General v. Glümer persönlich geführte Detachement am 21. vormittags in Reichensachsen eingetroffen war (s. S. 496). Es stand somit zu befürchten, die rechte Kolonne der Armee, welche für den 22. gegen das nur 1 Meile von Eschwege entfernte Städtchen Wanfried zu marschieren die Bestimmung hatte, daselbst auf den Feind stoßen und in dem engen Werra=Thale in einen mindestens zeitraubenden Kampf sich verwickeln zu sehen, welcher den Gegner in der Heranziehung weiterer Streitkräfte begünstigen konnte. In Erwägung dieser Umstände faßte das hannoversche Armee=Kommando den durch die Verhältnisse gerechtfertigten Beschluß, von der für die rechte Kolonne projektierten Marschlinie über Wanfried und Treffurt Umgang zu nehmen und anstatt dessen die Brigaden Bothmer und de Vaux auf Eigenrieden und Struth zu instradieren, etwa in gleicher Höhe mit Mühlhausen, wohin der übrige Teil der Armee bestimmt war. Mit dieser Modifikation war zugleich der Vorteil verbunden, die rechte Kolonne der linken wesentlich näher zu bringen, als es bei dem Marsche auf Wanfried der Fall gewesen, und somit ihre rechtzeitige gegenseitige Unterstützung zu fördern.

Es gelangte daher noch am 21. Juni zur Ausgabe die folgende

„Marsch=Disposition
für den 2. Marschtag (22. Juni).

B r i g a d e B ü l o w: Von Dingelstädt nach Mühlhausen, exponirt sich nicht, wenn sie auf den Feind stößt, bis Brigade Knesebeck herankommt. Findet sie Mühlhausen vom Feinde nicht besetzt, so rückt sie über Höngeda nach Heroldshausen. Abmarsch 6 Uhr.

Reserve=Cavallerie: folgt der Brigade Bülow, geht vor bis Höngeda. Abmarsch 6 Uhr.

Brigade Knesebeck: folgt der Reserve=Cavallerie, geht bis Mühlhausen. Abmarsch 4 Uhr.

Reserve=Artillerie: folgt der Brigade Knesebeck, geht bis Mühlhausen. Abmarsch 5 Uhr.

Brigade Bothmer: folgt der Reserve=Artillerie bis Dingelstädt, geht dann von dort über Kühlstedt, Struth nach Eigenrieden. Abmarsch 4½ Uhr.

Brigade de Vaux: über Heiligenstadt auf der Chaussee nach Mühlhausen bis Dingelstädt, und von dort der Brigade Bothmer folgend, über Kühlstedt nach Struth. Abmarsch 4 Uhr.

Hauptquartier: Mühlhausen, folgt der Reserve=Cavallerie. Abmarsch 4 Uhr.

Train=Colonne: über Heiligenstadt, Dingelstädt nach Helmsdorf.

Arrièregarde: Dingelstädt.

Bei den Sicherungsmaßregeln ist zu berücksichtigen, daß nach den hier eingegangenen Nachrichten Nordhausen und Eschwege, vielleicht auch Wanfried, vom Feinde besetzt sind.

von Arentsschildt,
General=Lieutenant und commandirender General."

Auf Grund dieser Disposition setzte die hannoversche Armee ihre Bewegung am 22. Juni morgens in 2 Hauptkolonnen fort.

Die Avantgarde=Brigade Bülow wurde durch die Batterie Blumenbach und die reitende Batterie Röttiger verstärkt.

Um den Telegraphen zu zerstören und die erforderlichen Requisitionen zu treffen, eilte der Major des Generalstabs, v. Jacobi, mit 1 Eskadron Kronprinz=Dragoner voraus und erreichte, ohne auf den Feind gestoßen zu sein, zwischen 11 und 12 Uhr vormittags jene Stadt.

Das Wetter war wiederum sehr heiß, so daß die Truppen, für welche schon der vorhergehende Tag zu einem sehr anstrengenden sich gestaltete, unter dem heutigen, beiläufig viermeiligen Marsche um so mehr zu leiden hatten, da weder die Tornister der Infanterie gefahren wurden, noch eine Mittagspause mit Verpflegung stattfand. Bei der Infanterie gab es daher abermals zahlreiche Ermattete, welche jedoch durchgängig

nach einiger Ruhe bestrebt waren, ihre Truppenteile wieder zu erreichen. Einem am vorgehenden Tage eingeholten königlichen Befehle zufolge, welcher die Erleichterung des Tornisters und im Notfalle selbst die Zurücklassung des letzteren gestattete, machte man während des Marsches an diesem Tage bei verschiedenen Brigaden von jener Autorisation Gebrauch und legte bei den Rastpausen die vorhandenen großen Reserve-Kleidungsstücke neben der Straße ab, welche größtenteils von den Landesbewohnern als willkommene Beute betrachtet und alsbald beiseite geschafft wurden *).

Um die zurückbleibenden Maroden sowohl, wie nach Thunlichkeit die von den Truppen abgelegten Effekten zu sammeln, wurde von der Brigade de Vaux der Kommandant des Dragoner-Regiments Herzog von Cambridge, Oberstlieutenant Graf Kielmannsegge, mit seiner 4. Eskadron zurückgelassen, um sich dann der rückwärts folgenden Nachhut anzuschließen **).

Erst nachmittags erreichten die Truppen ihre heutigen Bestimmungsorte. Die durch Mühlhausen passierenden fanden daselbst seitens der Bürgerschaft einen herzlichen Empfang und wurden durch dargebotene Erfrischungen gestärkt. Auch in anderen Ortschaften standen die Einwohner mit gefüllten Wassereimern am Wege, auf welche letztere sich besonders die Infanterie mit wahrhafter Gier warf.

Die Avantgarde-Brigade Bülow rückte auf der Straße nach

---

*) Die Mannschaft, welche meistens noch eine Tuch- und eine Drellhose im Tornister hatte, sollte sich einer derselben und auch anderer entbehrlicher Sachen entledigen. Größtenteils zogen die Leute die beste Hose an und legten die schlechtere ab. Die Brigade Bothmer erreichte jener Befehl jenseits Kreuzeber und wurde hier sogleich ausgeführt. Infolge des Hosenwechsels stand hier zeitweise wohl die Hälfte der Brigade mit nackten Beinen auf der Straße. Die später passierende Reiterei suchte aus diesen abgelegten Sachen ihre mangelhafte Ausrüstung zu vervollständigen. Sie versah sich namentlich mit Brotbeuteln und unter Zuhilfenahme der Beinschienen improvisierte sie langschäftige Stiefel.

**) Da die 3. Eskadron, sowie je 1 Zug der 1. und 2. Eskadron dieses Regiments schon bei der Nachhut sich befanden und die 2 anderen Züge der 1. Eskadron am 22. als Ehrenwache zum königlichen Hauptquartier kommandiert wurden, so verblieben bis 26. Juni nur 2 Züge der 2. Eskadron (60 Pferde) bei der Brigade de Vaux zur Dienstleistung. Bei Dingelstädt legte das Regiment größtenteils (am wenigsten bei der 2. Eskadron) seine sehr defekten Helme ab und ließ sie zurück, um dafür die Feldmütze zu tragen.

Langensalza bis Seebach, wo sich ihr Gros lagerte. Ihre Vorhut (das 2. Jägerbataillon, 2 Eskadronen Kronprinz-Dragoner und die 2. reitende Batterie [Röttiger]) wurde südwestlich nach Heroldshausen vorgeschoben, um gegen den Hainich zu beobachten. Zugleich gingen das 1. Bataillon 4. Regiments und 1 Eskadron Kronprinz-Dragoner auf der südöstlich führenden Hauptstraße bis Groß-Gottern, um aus einem dort bezogenen Bivouak gegen Langensalza und Thamsbrück zu observieren. Nach keiner von beiden Richtungen war vom Feinde etwas zu entdecken. Die während des heutigen Marsches der Brigade Bülow zugeteilte Batterie Blumenbach rückte wieder zur Reserve-Artillerie ein.

Die rückwärts folgende Reserve-Kavallerie, welche hinter Dingelstädt zeitweise auf einem links der Chaussee gegebenen Lateralwege marschierte, ging über Mühlhausen nachmittags 2 Uhr in ein Bivouak bei Höngeda, in der rechten Flanke sich durch Vorposten sichernd.

Die Brigade Knesebeck und die Reserve-Artillerie*) marschierten bis Mühlhausen. Zur Sicherung in der linken Flanke streifte eine Patrouille von Königin-Husaren über Worbis. In der Richtung auf Eisenach sicherte sich die Brigade Knesebeck durch ein aus dem Garde-Jägerbataillon und dem Regimente Königin-Husaren **) zusammengesetztes Detachement unter Oberst Wyneken (der ersteren Abteilung), welches bei dem 1/2 Stunde entfernten Dorfe Felchta an der durch den Hainich über Mihla führenden Straße ein Bivouak bezog und Vorposten (2. Eskadron) ausstellte. Wegen mangelnder Kochgeschirre mußten die Husaren in dem nahen Dorfe abkochen. Ein noch vor Mitternacht sich entladender Gewitterregen brachte den dortigen Bach zum Austreten, so daß derselbe das Bivouak der Husaren vorübergehend unter Wasser setzte. Indessen zog das Unwetter bald vorüber und der Himmel heiterte sich wieder auf.

Die rechte Hauptkolonne der Armee, die Brigaden Bothmer und de Vaux, verließ bei Dingelstädt die Mühlhausener Chaussee, um die

*) Der Reserve-Artillerie wurde mit dem 22. in der 1. Compagnie des Garde-Regiments eine besondere Bedeckung zugewiesen, während die bisher für den gesamten Artillerie-Park hierzu bestimmte 8. Compagnie des Leib-Regiments diesen Dienst nur noch bei den Munitionskolonnen und dem Artillerie-Depot zu versehen hatte.

**) Die Angabe des „Offiziellen Berichts", Teil I, Seite 26, daß nur 1 Eskadron dem Detachement nach Felchta folgte, ist nicht präcise.

über Küllstedt und Eigenrieden nach Wanfried führende Straße einzuschlagen. Der von Dingelstädt über eine baumlose und wasserarme Hochebene führende Marsch wurde für die Truppen außerordentlich beschwerlich. Zahlreiche Erschöpfte blieben zurück, kamen aber später nach. Die an der Spitze befindliche Brigade Bothmer bezog, wie angeordnet, bei Eigenrieden gegen 5 Uhr nachmittags Bivouaks, mit Vorposten gegen Wanfried *). Die Brigade de Vaux lagerte sich rückwärts bei Struth. Die sehr strapazierten Truppen sollten hier leider keine Erholung finden, da die arme, dünn bevölkerte Gegend nicht hinlängliche Verpflegung zu bieten vermochte. Besonders fühlbar machte sich dieser Mangel bei der Brigade Bothmer, so daß dieselbe im Hauptquartiere um die Zufuhr von Lebensmitteln nachsuchen mußte, welche erst gegen Mitternacht ankamen, aber auch nur spärlich, da ein Teil derselben irrtümlicherweise an die weniger notleidende Brigade de Vaux abgeliefert worden war.

Das Hauptquartier wurde in Mühlhausen aufgeschlagen.

Der König traf mit seinem Gefolge (unter Bedeckung der seit diesem Tage als Ehrenwache kommandierten 2 Züge der 1. Eskadron Cambridge-Dragoner), nachdem er im Aderholtzschen Gasthofe in Dingelstädt eine vierstündige Rast gehalten, nachmittags 2 Uhr in Mühlhausen ein und nahm sein Absteigequartier im Gasthofe zum „Schwan".

Der Armeetrain folgte über Dingelstädt bis Helmsdorf.

Die in der vergangenen Nacht bei Geismar bivouakierende Nachhut war um 7 Uhr morgens von dort aufgebrochen und rückte in einem bei der herrschenden Hitze und der mangelhaften Verpflegung doppelt beschwerlichen Marsche auf der Straße durch das Bremker Thal und über Heiligenstadt nach Geisleden, wo zwischen 5 und 6 Uhr nachmittags ein starker Gewitterregen niederging. Infolge der vom Oberstlieutenant Grafen Kielmannsegge überbrachten Befehle, welcher bekanntlich mit der 4. Eskadron Cambridge-Dragoner (s. S. 519) der Nachhut sich anschließen sollte, wurde mit Einbruch der Dunkelheit der Marsch über Kreuzeber noch bis Dingelstädt fortgesetzt, woselbst das Detachement,

---

*) Wenn das preußische Generalstabswerk, Seite 61, besagt, daß ein hannoversches Detachement nach Wanfried entsendet wurde, so liegt hier ein Irrtum vor.

um Mitternacht eingetroffen, unter dem Schutze der von Cambridge-Dragoner gestellten Vorposten Quartiere bezog.

Gegen Mitternacht entlud sich, wie schon oben angedeutet, über der Gegend von Mühlhausen und Eigenrieden ein starkes Gewitter, welches die bivouakierenden Truppen durchnäßte und in der Ruhe störte.

Die Brigade Bothmer sollte außerdem in ihrem Bivouak gegen 2 Uhr morgens noch durch einen falschen Allarm unter die Waffen gerufen werden, eben als die gegen Mitternacht angekommenen spärlichen Vorräte ziemlich abgekocht waren. Eine ihrer Infanterie-Patrouillen glaubte in der finsteren Nacht auf den Feind gestoßen zu sein und gab einige Schüsse ab, wodurch die Brigade allarmiert wurde. Die Kochkessel wurden ausgeschüttet und die Truppen traten in Bereitschaft, bis der Irrtum sich aufklärte. Die Brigade kam unter solchen Umständen nicht nur um den Rest der nächtlichen Ruhe, sondern auch um das Abessen.

Bevor wir die weiteren Vorgänge auf hannoverscher Seite verfolgen, müssen wir zunächst die Thätigkeit der gegen jene Armee entwickelten preußischen Heeresgruppen in den Kreis unserer Betrachtung ziehen.

Wie bereits früher erwähnt, bezweckte der General v. Falckenstein, die 13. Division und das Manteuffelsche Corps am 22. Juni den Vormarsch gegen Göttingen bis in die Höhe von Nörten fortsetzen zu lassen, um folgenden Tags die bei ersterem Punkt vermutete hannoversche Armee anzugreifen, gegen welche gleichzeitig aus südlicher Richtung die Division Beyer im Anrücken begriffen war. Hatte sich schon durch die am 21. abends nach Northeim unternommene Rekognoszierung des Premier-Lieutenants v. Fransecky der Abzug des Feindes von dort ergeben, so war auch durch eine in der Nacht zum 22. aus Berlin an den General v. Falckenstein übermittelte Meldung, welche das Eintreffen starker hannoverscher Abteilungen zwischen Dingelstädt und Mühlhausen konstatierte, ein weiterer Beweis für den südwärts gehenden Marsch des Gegners erbracht. Am nächsten Morgen sollte endlich auch durch die 13. Division die bisher noch bezweifelte Thatsache konstatiert werden, daß die hannoversche Armee Göttingen bereits in südlicher Richtung verlassen hatte.

Infolge der festgestellten Räumung von Northeim versammelte General Freiherr v. Wrangel die Truppen der von ihm geführten linken Kolonne am 22. morgens so zeitig als möglich in einem Rendezvous bei Salefeld, aus welchem um 6 Uhr südwärts abmarschiert wurde, das Füsilierbataillon Nr. 55 und eine Eskadron 8. Husaren-Regiments als Avantgarde. Nach dreistündigem Marsche wurde Northeim erreicht und, wie bekannt, unbesetzt gefunden*).

Gleichzeitig war die rechte Kolonne der Division unter General v. Kummer, welche um 6 Uhr auf ihrem Sammelplatze bei Sülbeck bereit stand, am westlichen Leine-Ufer im Marsche auf Northeim begriffen und stieß daselbst mit der linken Kolonne zusammen.

Durch einen aus Göttingen kommenden Studenten preußischer Herkunft erhielt General Freiherr v. Wrangel in Northeim die bestimmte Nachricht, daß der Feind auch jene Stadt bereits geräumt hatte.

Der gleichzeitig in Northeim eintreffende General v. Göben, thatkräftig und umsichtig wie immer, beschloß, unter diesen Verhältnissen den heutigen Marsch bis Göttingen auszudehnen, nicht nur bis Nörten, wie die am 21. erlassene Disposition in Aussicht nahm. Die zur Stelle befindlichen 4 Eskadronen 8. Husaren-Regiments (1., 2., 3. und 4.) erhielten den Befehl, dahin vorauszueilen und aufzuklären. General Freiherr v. Wrangel folgte ihnen alsbald mit den übrigen Truppen seiner Kolonne, nachdem dieselben von der Einwohnerschaft Northeims durch freiwillige Spenden erfrischt worden waren. Weiter rückwärts schloß sich die Kolonne des Generals v. Kummer dieser Bewegung an. Durch den von Kreiensen aus wieder in Betrieb stehenden Telegraphen meldete der General v. Göben diese abändernden Maßregeln an den General v. Falckenstein.

Die der Division vorausgeeilten 4 Eskadronen Husaren erreichten gegen Mittag Göttingen und fanden die Nachrichten über den Abzug des Feindes bestätigt. Sechs hannoversche Soldaten, welche eben abfahren wollten, wurden zu Gefangenen gemacht.

---

*) Nach „Geschichte des 1. Westfälischen Husaren-Regiments Nr. 8", S. 48, wäre eine Patrouille der 5. Eskadron am 22. morgens hannoverschen Dragonern begegnet, die schon auf 2000 Schritte Feuer gegeben hätten und dann eiligst davongeritten. Diese Angabe ist durchaus irrig, da bekanntlich die in Northeim gestandenen Dragoner bereits am 21. nachmittags von dort abgezogen waren.

Unterdessen folgte rückwärts die Kolonne des Generals Freiherrn v. Wrangel. Zwischen Sudheim und Nörten gewahrte man die dort hannoverscherseits getroffenen Verteidigungsanstalten, welche in Geschützständen, Schützengräben und Straßensperrungen durch gefällte Chausseebäume sich kenntlich machten. Nachdem die Truppen bei Angerstein und Marienstein 2 Stunden gerastet und im Requisitionswege verpflegt worden waren, wurde gegen 4 Uhr nachmittags Göttingen und Umgegend erreicht. Die von den Truppenteilen dieser Kolonne bezogenen Kantonnements dehnten sich südlich Göttingen bis zu der Linie Geismar-Roßdorf aus, während sie nordwärts bis Weende-Holtensen reichten. In Göttingen selbst fanden das 1. und 2. Bataillon Nr. 15, sowie das 1. Bataillon Nr. 55 Unterkunft.

Die rückwärts folgende Kolonne des Generals v. Kummer, welche bei Nörten Mittagsrast gehalten hatte, bezog dagegen von der Linie Lenglern-Bovenden bis in die Höhe von Marienstein Quartiere.

Das von der hannoverschen Armee in Göttingen und den benachbarten Ortschaften zurückgelassene Material wurde Seitens der preußischen Truppen soweit als möglich zur Komplettierung ihrer Feldausrüstung nutzbar gemacht. Übrigens erwies sich das dortige Gebiet durch die Hannoveraner sehr ausfouragiert.

Bei dem zum Manteuffelschen Corps gehörigen Detachement Korth waren die letzten Truppenteile in der Nacht zum 22. noch auf dem Eisenbahntransporte von Hannover nach Seesen begriffen, während die bereits daselbst eingetroffenen bekanntlich in den Ortschaften bis Duderode Quartiere bezogen hatten. Auch hier trafen am 22. morgens Nachrichten ein, welche den Abmarsch der Hannoveraner von Göttingen meldeten. Nachdem die Truppen des Detachements zwischen 6 und 7 Uhr morgens ihre Quartiere verlassen, standen sie bis 11 Uhr vormittags auf dem Sammelplatz bei Echte, um dann gegen Northeim in Marsch gesetzt zu werden*) und dort sowie in den südlich davon gelegenen Ortschaften bis Nörten (hier 1. und 2. Bataillon Nr. 59) Quartiere zu beziehen. Der Corps-Commandeur, General-Lieutenant Freiherr v. Manteuffel, schlug sein Stabsquartier in Northeim auf.

*) Das 2. Bataillon Nr. 25, welches erst am 22. morgens in Seesen eintraf, marschierte von dort direkt in der Richtung auf Northeim ab (s. S. 490).

Der noch rückwärts in Celle befindliche Teil des Manteuffelschen Corps, das Detachement Flies, wurde, wie anbefohlen, am 22. mittelst Eisenbahn in 14 Zügen über Lehrte und Braunschweig nach Seesen herangezogen. Ein Bataillon 11. Regiments eröffnete diese Transporte mit dem um 3½ Uhr morgens von Celle abgehenden ersten Zuge, welcher um 3 Uhr nachmittags Seesen erreichte*). Hier ausgeschifft, rückten die Truppen jeweils nach ihrer Ankunft in der Richtung auf Northeim weiter und bezogen in den zwischen diesem Orte und Duderode gelegenen Dörfern (Langen-Holtensen, Elvershausen, Wiebrechtshausen, Imbshausen, Eboldshausen, Calefeld, Oldershausen rc.) Quartiere. Diese Truppentransporte währten die Nacht hindurch bis zum nächsten Morgen, so daß die letzten Truppenabteilungen erst am 23. vormittags ihre Kantonnements erreichten**).

Das Manteuffelsche Corps hatte somit seine Wiedervereinigung vollzogen und schloß bei Nörten an die 13. Division an.

General v. Falckenstein verließ am 22. Juni morgens 5½ Uhr mit dem Hauptquartiere Hannover, um der gegen Göttingen vorrückenden Armee zu folgen. Bei diesem Anlasse sprach er der Einwohnerschaft der Hauptstadt für ihre bisherige Haltung seinen Dank durch die folgende Bekanntmachung aus:

„Bei meiner Abreise von hier kann ich nicht umhin, der Stadt Hannover meinen Dank für die in der gegenwärtigen bewegten Zeit bezeigte Haltung auszudrücken, namentlich für die gute Aufnahme, welche die mir untergebenen Truppen hier gefunden haben. Der gesunde Sinn der Bevölkerung hat sich dahin kundgegeben, daß es alle Zeit besser und in ihrem Interesse sei, mit Preußen in Freundschaft zu leben, als sich von unbesonnener Feindschaft gegen dasselbe beherrschen zu lassen."

---

*) Die Fahrdauer für diese Truppenzüge schwankte zwischen 10 und 11 Stunden.

**) Das am 22. um 7 Uhr abends in Seesen eintreffende Füsilierbataillon 11. Grenadier-Regiments geriet auf dem Weitermarsche in ein überaus heftiges Gewitter und erreichte in dunkler Nacht auf schwierigen Wegen erst um 2 Uhr seine Quartiere.

Auf der heute bis Salzderhelden wieder in Betrieb gesetzten Südbahn befördert, begab sich das Hauptquartier von dort zunächst nach Northeim, wo mittlerweile auch der General-Lieutenant Freiherr v. Manteuffel eintraf, und machte daselbst Mittagsrast im Gasthofe zur „Sonne".

Da die vorliegenden Nachrichten den Abmarsch der hannoverschen Armee in südlicher Richtung nunmehr außer Zweifel stellten und eine neuerdings eingehende Meldung die Mitteilung brachte, daß die letzten Truppen des Feindes am heutigen Tage von Heiligenstadt und Dingelstädt in der Richtung auf Eisenach abgerückt, so erließ der General v. Falckenstein den gegen Abend seinen Bestimmungsort erreichenden telegraphischen Befehl an den General v. Beyer in Kassel, seine Division bei Oetmannshausen zu konzentrieren und von dort sofort in der Richtung auf Eisenach zu rekognoszieren.

Nach mehrstündigem Aufenthalte in Northeim ritt General v. Falckenstein am 22. nachmittags mit dem Hauptquartiere nach Göttingen weiter und traf daselbst abends 8 Uhr während eines heftigen Gewitters ein, um in dem Gasthofe zur „Krone", wo zuvor der König von Hannover geweilt hatte, abzusteigen.

Der nunmehr hinsichtlich der Situation gewonnene Überblick ließ kaum noch einen Zweifel obwalten, daß die feindliche Armee einen Vorsprung von zwei Tagen gewonnen hatte und somit auf dem von der 13. Division und dem Manteuffelschen Corps eingeschlagenen Wege im Landmarsche nicht mehr zu erreichen war. Ebenso wenig glaubte man, unter diesen Umständen allenfalls per Bahn über Magdeburg nach Thüringen zu entsendende Verstärkungen noch rechtzeitig in entsprechender Anzahl dahin gelangen zu sehen, um im Vereine mit dem schwachen Detachement Fabeck dem Feinde nachhaltigen Widerstand zu leisten. In Anbetracht dieser Verhältnisse meinte man, auf die Hoffnung verzichten zu müssen, den Weitermarsch der feindlichen Armee nach Süddeutschland zu verhindern, und schon am 22. wurde daher im Hauptquartiere des Generals v. Falckenstein der Gedanke ventiliert, auf die Fortsetzung der Operationen gegen die Hannoveraner zu verzichten und dafür die Offensive über Kassel gegen Frankfurt aufzunehmen, um das dort, wie man wußte, in der Sammlung begriffene 8. Bundes-Armeecorps rasch anzugreifen und einen entscheidenden Schlag gegen dasselbe zu führen.

Infolge dieser Erwägungen gelangte das Oberkommando um so mehr zu dem Entschlusse, den Truppen der besonders strapazierten 13. Division und des Manteuffelschen Corps für den 23. Juni einen Ruhetag zu gewähren. —

Während die nördliche preußische Heeresgruppe unter den geschilderten Verhältnissen am 22. Juni bis Göttingen gelangte, war die Division Beyer mit Rücksicht auf den für den 23. beabsichtigt gewesenen Angriff (s. S. 490) gleichfalls in jener Richtung im Anmarsche begriffen.

Das Gros der Division unter General v. Glümer mußte demzufolge, obwohl man von dem über Heiligenstadt südwärts gehenden Marsche des Feindes genau unterrichtet war, auf den gegen letzteren beabsichtigten Offensivstoß verzichten, um in nördlicher Richtung auf Witzenhausen dirigiert zu werden (s. S. 503). Am 22. Juni gegen 8 Uhr morgens brachen die Truppen von ihren Sammelplätzen bei Reichensachsen und Oetmannshausen in der anbefohlenen Direktion auf. Das 1. und das Füsilierbataillon 19. Regiments, welche der betreffende Befehl in Allendorf getroffen hatte, wurden bei dieser Bewegung zur Avantgarde des Gros. Es war wiederum ein sehr heißer Tag und daher der Marsch ein beschwerlicher.

Die von Allendorf vorausgegangenen 2 Bataillone Nr. 19 trafen um 12 Uhr mittags in Witzenhausen ein und setzten auf der Linie Eichenberg-Arnstein-Bornhagen Vorposten aus, damit zugleich die Straßen nach Göttingen und Heiligenstadt beobachtend.

Rückwärts folgte General v. Glümer mit den übrigen Truppen, von denen das Regiment Nr. 20 und die zwölfpfündige Reservebatterie die Reserve bildeten. Nach einer Mittagsrast, bei welcher die Truppen im Requisitionswege verpflegt wurden, traf das Gros über Allendorf gegen 6 Uhr abends in Witzenhausen ein, um hier und in den nächsten Dörfern Quartiere zu beziehen. 2 Züge Husaren verstärkten die jenseits Witzenhausen genommene Vorpostenstellung.

Die nach Allendorf bestimmte Reserve (20. Regiment und die Reservebatterie), welche um 5 Uhr nachmittags von ihrem Rastplatze bei Eltmannshausen aufgebrochen war, sollte noch herwärts ihres heutigen Marschzieles in eine hochgradige Spannung versetzt werden, als ihr ein Postillon mit der Meldung entgegenkam, daß der Feind im Anrücken

gegen ersteren Ort begriffen sei. Sofort wurde die Avantgarde-Compagnie auf die vorhandenen Wagen gesetzt und eilte dahin voraus, während die übrigen Truppen ihren Marsch nach Thunlichkeit beschleunigten. Als dieselben in Allendorf ankamen, erwies sich die Nachricht jedoch als falsch, indem es folgende Bewandtnis damit hatte.

Der vom Regimente Nr. 20 als Fourier-Offizier mit 22 Mann nach diesem Städtchen vorausgegangene Lieutenant Platen war eben bei dem Bürgermeister mit Quartiermachen beschäftigt, als die Nachricht einlief, daß die Hannoveraner von Heiligenstadt anmarschierten und schon in der Nähe des Ortes sein sollten. Der Offizier besetzte sofort mit seiner Mannschaft das gleichzeitig geschlossene Stadtthor, durch welches die Straße nach Heiligenstadt führt, und richtete sich zu dessen Verteidigung ein, während ein Postillon dem im Heranmarsche begriffenen 20. Regimente mit der obigen Meldung entgegengeschickt wurde. Das Ganze erwies sich als blinder Lärm. Nachdem das herbeieilende Regiment Nr. 20 in Allendorf eingetroffen war, wurde sogleich eine Rekognoszierung gegen das angeblich vom Feinde besetzte Dorf Wahlhausen unternommen, ohne jedoch vom Gegner etwas zu entdecken. Unter dem Schutze einer vom 1. Bataillone gegen Wahlhausen und Asbach genommenen Vorpostenstellung bezogen die übrigen Truppen mit der Batterie in Allendorf und dem unmittelbar angrenzenden Sooden Quartiere.

Das Detachement Schachtmeyer ruhte am 22. vormittags in Münden und zog das bei Lutterberg zurückgelassene Füsilierbataillon Nr. 32 mit der Bagage heran. Die ausgesandten Husaren-Patrouillen brachten im Verlaufe des Vormittags zwei hannoversche Trainsoldaten mit kleinen Gepäckkarren gefangen ein. Zwischen 3 und 4 Uhr nachmittags setzte das Detachement auf Grund des Befehls vom vorhergehenden Tage den Marsch nach Dransfeld in der Richtung gegen Göttingen fort, hierbei von einem strömenden Gewitterregen überschüttet. Schon während des Marsches, welcher noch herwärts Dransfeld an feindlichen Verteidigungsarbeiten vorüberführte, liefen Nachrichten ein, daß die hannoversche Armee von Göttingen nach Heiligenstadt abmarschiert sei. Gegen 10 Uhr abends wurde Dransfeld erreicht. Beinahe gleichzeitig traf aber auch der aus Kassel nachgeeilte Generalstabsoffizier Hauptmann v. Scherff daselbst ein und überbrachte dem General

v. Schachtmeyer den Befehl zur sofortigen Rückkehr nach Kassel, um infolge des mittlerweile konstatierten Abmarsches der Hannoveraner von Göttingen die Operationen in der Richtung auf Oetmannshausen fortzusetzen. Höchlich überrascht, erklärte der General, mit Rücksicht auf die Ermüdung seiner Truppen diesem Befehle um so weniger Folge leisten zu können, da keine hinlängliche Anzahl von Wagen zum Fahren der Tornister vorhanden war. Vielmehr entschloß sich der Detachements-Commandeur, die Nacht in Dransfeld zu ruhen, um am nächsten Morgen unter Vermeidung des Umwegs über Kassel in möglichst direkter Linie nach der Straße Göttingen-Heiligenstadt zu rücken. Die Truppen des Detachements bezogen daher in Dransfeld enge Quartiere.

Auch die bisher in Kassel verbliebene Reserve der Division unter Oberst v. Selchow wurde, der auf Göttingen angeordneten Bewegung entsprechend, am 22. zum Aufbruche in der Richtung gegen Münden befehligt. Indem sie das 1. Bataillon Nr. 30 und das 2. Bataillon Nr. 70 nebst einem Zuge der 5. Eskadron 9. Husaren-Regiments unter dem als Stadtkommandanten bestellten Major Preuß vom 70. Regimente in Kassel zurückließ*), gelangte die Brigade in folgender Stärke zum Ausmarsche: 2. und Füsilierbataillon Nr. 30, 1. und Füsilierbataillon Nr. 70, 2½ Eskadronen (1., 3. und halbe 5., mit dem Regimentsstabe), des 9. Husaren-Regiments und die 1. 12pfündige Batterie Nr. 8. Um 3½ Uhr nachmittags verließ das Detachement Kassel auf der Straße nach Münden. Gegen 6 Uhr abends in der Umgebung von Lutterberg angekommen, ereilte den Oberst v. Selchow der durch einen Adjutanten überbrachte Befehl des Generals v. Beyer, sofort umzukehren und seinen Marsch über Helsa in der Richtung auf Oetmannshausen zu nehmen. Zur nämlichen Zeit, als dieser Befehl eintraf, wurden jenseits der Fulda auf der von Beckenhagen nach Kassel führenden Straße große Staubwolken sichtbar, welche möglicherweise in Truppenmärschen ihre Ursache haben konnten. Um durch die Beobachtung dieser Erscheinung nicht die Einleitung seines neuen Marsches verzögert zu sehen, entsandte der Oberst v. Selchow sofort einen Offizier an den Kommandanten von Kassel mit dem Auftrage, jene Straße rekognoszieren zu lassen, und sagte seine Unterstützung zu, falls ein feindlicher Angriff stattfinden

*) Diese Truppenteile stießen erst im Juli bei Frankfurt wieder zur Division.

sollte. Indessen ergab sich später, daß jene Staubwolken ihre Ursache nicht in feindlichen Bewegungen hatten *).

Oberst v. Selchow zog es vor, zunächst nach Kassel zurückzukehren, um von hier auf der über Helsa nach Lichtenau führenden Hauptstraße seinen Marsch fortzusetzen, anstatt die von Lutterberg über Uschlag oder Nieste nach der Straße Kassel=Helsa führenden Kommunikationen zu wählen, da dieselben in dem bergigen Gelände teilweise über schlechte Waldwege führten. Das demzufolge nach Kassel zurückkehrende Detachement traf um 10 Uhr abends dort wieder ein und bezog auf dem Exerzierplatze (dem Forst bei Bettenhausen) ohne Holz und Stroh bei Regenwetter ein Bivouak, aus dem aber bereits am nächsten Morgen um 3 Uhr zum Marsche nach Helsa aufgebrochen wurde.

Die Erklärung für diese plötzliche Unterbrechung der auf Göttingen eingeleiteten Bewegung ist uns in dem bereits früher erwähnten Befehle des Generals v. Falckenstein gegeben, welcher die Konzentrierung der Division Beyer bei dem Straßenknotenpunkte Oetmannshausen (1 Meile südwestlich Eschwege) anordnete (s. S. 526). Während die Detachements Selchow und Schachtmeyer dieser Befehl noch den 22. ereilen konnte, sollte er dem General v. Glümer erst am nächsten Morgen zugehen, als seine Truppen von Witzenhausen gegen Göttingen bereits aufgebrochen waren, um nunmehr ebenfalls in der Richtung zurückzukehren, aus welcher sie den Vormarsch auf Göttingen angetreten hatten. —

Das Detachement Fabeck in Eisenach war am 22. Juni bald nach Mitternacht allarmiert worden, um auf der nach Mühlhausen führenden Straße bis Mihla vorzugehen und daselbst für ein eventuelles Eingreifen gegen die Hannoveraner bereit zu stehen. Noch in der Dunkelheit um 1 Uhr morgens von Eisenach abmarschiert und nach einem kurzen Halte bei Neukirchen erreichte das Detachement in der fünften Morgenstunde Mihla und nahm hier, wo die von Mühlhausen den Hainich überschreitende Straße in das Werra=Thal tritt, Stellung, um, wenn die Verbindung mit dem General v. Glümer gefunden sein sollte, zu gemeinsamer Thätigkeit mit

---

*) Die Angabe bei Paulizky und v. Woedtke, „Geschichte des 4. Rheinischen Infanterie=Regiments Nr. 30", S. 291, daß das Detachement Selchow bei dem Vormarsche gegen Münden durch hannoversche Patrouillen belästigt wurde, ist durchaus unrichtig.

demselben in der Richtung gegen die Straße Mühlhausen=Langensalza weiter vorzugehen *). Die Abteilung des Majors v. Gerstein war aus Kreuzburg gleichfalls nach Mihla berufen worden und stieß dort zu dem nunmehr wieder vereinigten Detachement **). Ein Zug Husaren ging auf Patrouille durch den Hainich in der Richtung gegen Mühlhausen vor.

Gegen Mittag dirigierte Oberst v. Fabeck das Landwehrbataillon Naumburg nach Kreuzburg, um hier zur Aufnahme und Sicherung der Verbindung mit dem Detachement Glümer bereit zu stehen, mit welchem jedoch aus den uns schon bekannten Gründen keine Fühlung gewonnen werden sollte.

Der in den ersten Nachmittagsstunden aus der Richtung von Mühlhausen zurückkehrende Zug Husaren hatte vom Feinde nichts wahrgenommen.

Mittlerweile war die Nachricht von der Ankunft der hannoverschen Avantgarde in Mühlhausen auf telegraphischem Wege von dort gegen Mittag an den in Gotha weilenden Herzog von Coburg gelangt ***) und wurde auch zur Kenntnis des Oberst v. Fabeck gebracht.

Nachdem dessen Detachement bei Mihla bisher vergeblich der Aufnahme der Verbindung mit dem General v. Glümer entgegengesehen hatte, trat es, ohne verpflegt worden zu sein, in den ersten Nachmittagsstunden den Rückmarsch auf Eisenach an, welches die Truppen bei dem heißen Wetter in ziemlich erschöpftem Zustande wieder erreichten. Das Bataillon Torgau verblieb bei Neukirchen, um daselbst Vorposten zu beziehen. Das Bataillon Naumburg wurde von Kreuzburg ebenfalls nach Eisenach zurückberufen.

*) Oberst v. Fabeck setzte den von Bleicherode aus gegen die Hannoveraner beobachtenden General v. Seckendorff auf telegraphischem Wege von seinem Vormarsche nach Mihla in Kenntnis.

**) Hier traf demnächst ein Transport mittlerweile eingekleideter und über Eisenach nachgeschobener Reservisten des Regiments Coburg ein, mit dessen sofortiger Einteilung die Bataillone eine Einzelstärke von etwa 650 Mann erreichten.

***) Der Herzog war bekanntlich (s. S. 304) am 17. Juni in Gotha eingetroffen. Während seines dortigen Aufenthalts trug er, was hier mit Rücksicht auf die späteren Vorgänge nicht unerwähnt bleiben mag, die Interims=Uniform seines preußischen Kürassier=Regiments, nämlich dunkelblauen Überrock mit zitrongelben Aufschlägen, weiße Lederbeinkleider und Reitstiefel, sowie die weiße Feldmütze mit zitrongelbem Rande. Hierzu hatte der Herzog den preußischen Orden pour le mérite angelegt.

Das seit dem 20. zur Zerstörung der Werra=Bahn detachierte Kommando des Hauptmanns v. Ziehlberg (s. S. 508) war mit Vollendung seiner Aufgabe am 22. morgens nach Eisenach eingerückt und stießen nunmehr seine beiden Halbcompagnieen wieder zu dem Regimente Coburg.

Während das Detachement Fabeck hier gegen Mühlhausen beobachtete, wurden zur Verstärkung seiner nichts weniger als genügenden Reiterei am 22. Juni beiläufig 75 Pferde der Dragoner=Besatzungs=Eskadron Stendal unter Rittmeister v. Wydenbrück aus Erfurt nach Gotha in Marsch gesetzt*). Die Eskadron verließ um 3 Uhr morgens die Festung mit dem Auftrage, zunächst rekognoszierend in der Richtung auf Langensalza vorzugehen und mit Erledigung dieser Aufgabe dann nach Gotha abzuschwenken. Über Dachwig, Döllstädt und Gräfentonna erreichte Rittmeister v. Wydenbrück mittags Langensalza, ohne auf den Feind zu stoßen, und trat nunmehr den Rückmarsch nach Gotha an, welches um 4 Uhr nachmittags erreicht wurde**). Da Oberst v. Fabeck in Eisenach abwesend war, meldete sich der Rittmeister bei dem in Gotha weilenden Herzoge von Coburg, auf dessen Anordnung der 3. Zug der Eskadron nach Warza (an der Straße von Langensalza) auf Vorposten rückte und seine Vedetten zwischen diesem Orte und Westhausen etablierte. Die hier durch Zivilpersonen einlaufenden Nachrichten besagten, daß, nachdem die Eskadron Stendal Langensalza verlassen hatte, eine hannoversche Patrouille dort gewesen sei und daß bei Groß=Gottern größere feindliche Abteilungen (bekanntlich die Vorhut der Brigade Bülow) in Sicht gekommen wären. Die letztere Nachricht hatte auch bereits der Telegraph von Langensalza nach Gotha gemeldet. Auf Befehl des abends zur Besichtigung der Vorpostenstellung in Warza eintreffenden Herzogs von Coburg wurde in der Nacht eine Dragoner=Patrouille über Langensalza entsendet, welche die Besetzung von Groß=Gottern und der benachbarten Ortschaften durch hannoversche Truppen bestätigt fand, sowie das nachmittags erfolgte Erscheinen einer feindlichen Eskadron in Langensalza als begründet konstatieren konnte.

---

*) Der Rest der Eskadron blieb in Erfurt zurück.

**) Es ist ein Irrtum, wenn das preußische Generalstabswerk, Seite 63, das Eintreffen dieser Eskadron in Gotha auf den 23. Juni verlegt.

Während die Eskadron Stendal hier gegen Langensalza beobachtete, war unterdessen das Detachement Fabeck bekanntlich von Mihla in Eisenach wieder eingetroffen.

Gegen Abend ging seinem Commandeur von dem Chef des Generalstabes der Armee, General Freiherrn v. Moltke, der folgende telegraphische Befehl zu:

„Oberst von Fabeck. Eisenach. Commandeur des Regts. Gotha.

„Sie haben sogleich durch Parlamentär mit dem bei Heiligenstadt commandirenden hannoverschen General dahin zu verhandeln, daß derselbe die Waffen streckt, weil er von allen Seiten umstellt sei.

„Dabei ist anzufragen, ob König bei den Truppen anwesend.

(unterz.) Moltke."

Um die Situation richtig zu würdigen, unter welcher dieses Telegramm erging, verdient es wohl in Erwägung gezogen zu werden, daß damals an den General v. Beyer der Befehl zur Konzentrierung seiner Division bei Oetmannshausen ergangen war, um hier zum eventuellen Weitermarsche auf Eisenach bereit zu stehen.

Mit der Überbringung dieses Telegrammes an den kommandierenden hannoverschen General wurde der Hauptmann des Regiments Coburg, v. Ziehlberg, beauftragt. Indem derselbe von der fraglichen Depesche Abschrift in seine Brieftasche genommen hatte, verließ er abends 7 Uhr Eisenach zu Wagen in der Richtung auf Eschwege, aber ohne mit Spielmann und Parlamentär-Flagge oder einer sonstigen amtlichen Legitimation seines Absenders versehen zu sein*). —

---

*) Klopp sucht in seinen „Rückblicken", Seite 53 und 54, den Herzog von Coburg mit dieser Mission in Verbindung zu bringen. Weil Hauptmann v. Ziehlberg die coburgische Uniform trug und aus Gotha, der Residenz des Herzogs, gekommen sein soll, wäre man, deduziert Klopp, zu der Ansicht berechtigt gewesen, daß jene Sendung nicht ohne Vorwissen oder Billigung dieses Fürsten geschehen sei, was jedoch durchaus unrichtig. Der Herzog erhielt von jener Mission erst durch seinen aus Eisenach zurückkehrenden Flügel-Adjutanten, Oberstlieutenant v. Reuter, Kenntnis, welchen er am 22. abends dahin entsendete, um über die dortige Situation sich zu informieren.

Das Detachement Seckendorff beschränkte sich am 22. Juni darauf, aus seinen am vorhergehenden Tage erreichten und durch Vorposten gesicherten Quartieren westwärts zu rekognoszieren. Von dem in Ober- und Nieder-Gebra kantonnierenden Bataillon Potsdam gingen zu diesem Zwecke am Morgen die 9. und 10. Compagnie auf der Straße gegen Heiligenstadt vor, während die 11. nach Friedrichsrode und die 12. nach Rehungen streiften, aber ohne etwas vom Feinde wahrzunehmen. Dagegen trafen im Verlaufe des Tages bei dem Detachements-Kommando verschiedene Mitteilungen ein, welche den Marsch hannoverscher Truppen mit Train- und Munitionskolonnen durch Heiligenstadt sowie auch die Ankunft preußischer Abteilungen in Witzenhausen konstatierten, was der General v. Seckendorff nach Magdeburg weiter meldete.

Die Ersatz-Eskadron des 10. Husaren-Regiments wurde an diesem Tage noch in Nordhausen belassen, erhielt aber den Befehl, eine Abteilung diensttüchtiger Leute und Pferde zusammenzustellen, um sie anderen Tags zum Detachement vorauszuschicken und dann mit den übrigen ebenfalls zu folgen. —

Kehren wir nach Schilderung dieser Vorgänge auf preußischer Seite zur hannoverschen Armee zurück, welche wir an diesem Tage in Mühlhausen und Umgegend eintreffen sahen.

Am späten Nachmittage (22.) gelangte von den Vortruppen und zwar aus verschiedenen Richtungen die Meldung in das Hauptquartier, daß am Vormittage preußische Reiterei und auch Infanterie in Langula (an der Hainich-Straße nach Mühlhausen) erschienen, sich jedoch wieder zurückgezogen hätten. Nach den bei den Vorposten der Brigade Bülow gemachten Mitteilungen eines in jener Gegend wohnhaften Hannoveraners sollte der Feind mit 6 Bataillonen, 1 Eskadron und 1 Batterie am Hainich stehen. Diese Nachrichten entbehrten, wie uns schon bekannt, nicht der Begründung, indem das Detachement Fabeck bis Mihla vorgegangen war. Da die Absicht bestand, am 23. den Marsch durch den Hainich nach Eisenach fortzusetzen, machten jene Nachrichten im hannoverschen Hauptquartiere einen deprimierenden Eindruck, indem man zu der Schlußfolgerung berechtigt war, die durch jenes Gebirge führende Straße

vom Feinde verteidigt zu finden. In der Voraussetzung, daß der Gegner über größere Streitkräfte disponieren dürfte, da ihm die nach Thüringen zur Verfügung stehenden Schienenwege die rasche Heranziehung von Verstärkungen gestatteten, so wurde im hannoverschen Hauptquartiere bereits die Absicht ventiliert, bei Mühlhausen stehen zu bleiben und in einer verschanzten Stellung den Angriff des Gegners zu erwarten. Zweifelsohne konnte es nicht ratsam erscheinen, den Marsch durch den Hainich zu forcieren, da die hieran sich knüpfenden Defileegefechte nicht nur einen für die Weiterbewegung der Armee bedeutungsvollen Zeitverlust, sondern zugleich auch Schwierigkeiten wegen der Verpflegung im Gefolge haben mußten. Der letztere Umstand verdiente um so mehr gewürdigt zu werden, da bei den meisten Truppenkörpern die eiserne Portion schon sehr angegriffen oder selbst völlig aufgezehrt worden war. Außerdem befürchtete man auch, daß die Fuhrwerke wegen ihrer ermatteten Bespannung mit erheblichen Schwierigkeiten zu kämpfen haben dürften, um die Steigungen der Hainich-Straße zu überwinden. In Anbetracht dieser Umstände wurde schließlich die vom Oberstlieutenant Rudorff gemachte Proposition zum Beschlusse erhoben, am nächsten Tage nach Langensalza zu marschieren, um von hier aus je nach Lage der Dinge die Bewegung über Gotha oder Eisenach fortzusetzen. Dementsprechend wurde auch die Avantgarde-Brigade Bülow nach Öster-Behringen instradiert, um von hier je nach Umständen gegen einen jener beiden Punkte dirigiert zu werden. Diesen Marsch gegen den im Hainich stehenden Feind zu maskieren, sollte die Brigade Knesebeck, welche bereits bei Feldta ein Detachement stehen hatte, über Langula in der Richtung auf Eisenach demonstrieren.

Es gelangte somit am späten Abende des 22. die folgende Marsch-Disposition für den 23. Juni zur Ausgabe:

„Brigade Knesebeck: marschirt nach Langensalza. Abmarsch 5 Uhr. Ein Bataillon und eine Schwadron der Brigade Knesebeck marschiren um 5 Uhr auf Langula, gehen mit einer Avantgarde etwa ½ Stunde über Langula hinaus, bleiben am Eingange des dortigen Walddefilees bis gegen Abend stehen und gehen dann zu Wagen, welche sie aus der Umgegend zu requiriren haben, nach Langensalza.

Brigade Bülow: marschirt über Mülverstedt, Weberstedt, Reichenbach nach Oster-Behringen und sichert sich gegen Eisenach. Die Brigade

schickt, sobald sie am Bestimmungsorte eingetroffen, eine Abtheilung Pionniere auf Wagen, gedeckt durch Cavallerie, gegen Mechterstedt vor und läßt westlich des Orts die Eisenbahn zerstören. Abmarsch 5 Uhr.

Reserve-Cavallerie: folgt der Brigade Knesebeck. Abmarsch $5\frac{1}{2}$ Uhr. Geht nach Langensalza.

Brigade Bothmer: über Mühlhausen nach Langensalza. Abmarsch 4 Uhr.

Brigade de Vaux: folgt der Brigade Bothmer und geht bis Groß-Gottern. Abmarsch 4 Uhr.

Hauptquartier: Langensalza; folgt der Brigade Knesebeck. Abmarsch 5 Uhr.

Reserve-Artillerie: folgt der Reserve-Cavallerie. Abmarsch $5\frac{1}{4}$ Uhr. Geht bis Schönstedt an der Straße nach Langensalza.

Train und Bagage unter dem Rittmeister Marckstadt über Mühlhausen nach Höngeda.

Arriergarde: Mühlhausen.

Anmerkung. Die Truppen-Abtheilungen 2c. haben, so viel wie möglich, sich durch Requisition mit frischen Vorspannpferden nnd Kriegerfuhren zu versehen.

(unterz.) von Arentsschildt,
General-Lieutenant und commandirender General."

Somit rüstete sich am Morgen des

23. Juni

die hannoversche Armee zum Weitermarsche auf Langensalza nach der am vorhergehenden Abende ausgegebenen Disposition, welche zunächst noch eine Änderung dahin erfuhr, daß die bei Höngeda lagernde Reserve-Kavallerie der ihr vorausgehenden Avantgarde-Brigade zugeteilt und dem Befehle des Oberst v. Bülow unterstellt wurde.

Die Brigade Knesebeck, welche zu der anbefohlenen Demonstration das bei Felchta gestandene Garde-Jägerbataillon und die 1. Eskadron Königin-Husaren gegen Langula entsendete, brach, von der Reserve-Artillerie gefolgt, um 5 Uhr morgens von Mühlhausen auf, sah sich aber, bis südlich Höngeda gelangt, zum Haltmachen und Aufmarsche genötigt, um die sich verzögernde Herankunft der Brigaden Bothmer und de Vaux zu erwarten. Vorübergehend wurden die Gemüter in Span-

nung versetzt, als aus der Richtung von Felchta und Mühlhausen Gewehrfeuer ertönte. Schon glaubte man das gegen Langula disponierte Detachement auf den Feind gestoßen, bis die eingegangenen Nachrichten ergaben, daß man beim Garde-Jägerbataillone sowohl wie bei der zur Reserve-Artillerie kommandierten Compagnie des Garde-Regiments mit dem Ausschießen der Gewehre vorgegangen war, ohne dasselbe vorher avisiert zu haben.

Erst gegen 8 Uhr morgens traf die um 4 Uhr aufgebrochene Brigade Bothmer, welcher rückwärts die Brigade de Vaux folgte, bei Mühlhausen ein. Auf einem steilen Wege südlich um die Stadt herumgezogen, machte die Brigade Bothmer am Südausgange von Mühlhausen Halt. Ihre am vorhergehenden Tage bekanntlich nicht genügend verpflegten Truppen befanden sich in einem ermatteten Zustande, so daß sie auf die eindringliche Vorstellung ihres Commandeurs vorerst mit Lebensmitteln versehen werden mußten, ehe sie sich auf den Weitermarsch begaben. Zu diesem Zwecke bis herwärts Höngeda vorgezogen und nördlich dieses Ortes zu einer längeren Rast aufmarschierend, wurde die Brigade auf Anordnung des kommandierenden Generals innerhalb einer Stunde mit Lebensmitteln beteilt, welche im Requisitionswege aus jenem Dorfe beschafft wurden *).

Infolge dieses Zwischenfalles wurde die rückwärts folgende und gegen 9 Uhr bei Höngeda eintreffende Brigade de Vaux vorgezogen, um mit der Brigade Knesebeck den Marsch auf Langensalza fortzusetzen. Während die erstere die dahin gehende Chaussee verfolgte, wurde dagegen die Brigade Knesebeck auf den über Seebach, Heroldshausen und Schönstedt führenden Lateralweg verwiesen.

Der Hauptmann vom Generalstabe Krause eilte mit der 4. Eskadron Königin-Husaren von Höngeda nach Langensalza voraus.

Während jenes Haltes bei Höngeda traf der am vorhergehenden Abende aus Eisenach als Parlamentär entsendete coburgische Hauptmann v. Ziehlberg (s. S. 533) ein. Derselbe war gegen 5 Uhr morgens in Dingelstädt angekommen, eben als sich die hannoversche Nachhut zum Abmarsche rüstete, und hatte sich bei dem Commandeur des 1. Jäger-

*) Zunächst kauften sich die Leute von einer Anzahl aus Mühlhausen dahin kommender Weiber, die mit Semmeln handelten, dergleichen Brötchen, welche sie, obwohl sie sonst nur 3 Pfennige kosteten, mit 5 Pfennigen bezahlen mußten.

bataillons, Oberst von der Decken, gemeldet, welcher ihn alsbald durch den Premier-Lieutenant seines Bataillons, Papen, nach Mühlhausen in das Hauptquartier geleiten ließ. Beide Offiziere fuhren in dem Wagen des Hauptmanns v. Ziehlberg in dieser Richtung alsbald weiter, ohne daß dem letzteren die Augen verbunden worden wären. Nachdem man bei Höngeda das Hauptquartier erreicht hatte, wurde Hauptmann v. Ziehlberg zu dem General v. Arentsschildt geführt und entledigte sich seines Auftrags unter Mitteilung der in seine Brieftasche eingetragenen Abschrift des Telegramms vom General v. Moltke, durch welches die hannoversche Armee zur Waffenstreckung aufgefordert wurde*). Als man dasselbe unverzüglich auch zur Kenntnis des bei Höngeda anwesenden Königs Georg brachte, wollte derselbe anfangs, die Waffenstreckung ohnedies zurückweisend, die Mission des Hauptmanns v. Ziehlberg gänzlich ignorieren. Indessen kam man in den darüber noch bei Höngeda gepflogenen Beratungen zu dem auch vom Könige gebilligten Entschlusse, nicht sofort durch eine absolute Ablehnung der feindlichen Aufforderung jede weitere Verhandlung zurückzuweisen, sondern sich dieselbe für alle Fälle offen zu halten. Man einigte sich dahin, die nicht genügende Legitimation des Hauptmanns v. Ziehlberg in seiner Eigenschaft als Parlamentär zum Anlasse einer Anfrage an den gegenüber stehenden preußischen Truppen-Commandeur zu machen. Zugleich wurde aber bis zur Lösung dieser Frage die Sistierung jenes Offiziers beschlossen, insbesondere unter dem Gesichtspunkte, weil derselbe auf seiner Fahrt von Dingelstädt nach Höngeda nähere Einblicke in die Verhältnisse der hannoverschen Armee gewonnen hatte**). Der König bestimmte zu

---

*) Es ist durchaus unwahr, wenn Meding in seinen „Memoiren", Bd. II, S. 156 und 157 berichtet, daß der Hauptmann v. Ziehlberg gemeldet habe, von dem Herzoge von Coburg an den König von Hannover abgesendet zu sein, um die Bereitwilligkeit Sr. Hoheit zu erklären, sich auch jetzt noch der Vermittelung einer Verständigung mit Preußen zu unterziehen.

**) Wenn Knorr, a. a. O., Teil I, Seite 223 rc., Ziehlbergs Sistierung für eine ungerechtfertigte Maßregel erklärt, weil derselbe mit den üblichen Attributen des Parlamentärs versehen gewesen sein müsse, so fußt er hierbei auf einer nicht zutreffenden Voraussetzung. Die Sache verhält sich genau so, wie oben geschildert. Trotzdem würde man den Hauptmann v. Ziehlberg entlassen haben, wenn er nicht mit unverbundenen Augen einen erheblichen Teil der Armee passiert und daher Einblicke gewonnen hatte, welche von nicht zu unterschätzender Bedeutung waren.

dieser Mission in das preußische Lager anfänglich den Commandeur des 3. Jägerbataillons, Oberstlieutenant v. Bock, welcher auch bereits herbeigerufen worden war. Als sich aber die Meinung geltend machte, einen Generalstabsoffizier mit dieser Sendung zu beauftragen, um zugleich zuverlässige Nachrichten über die Stärke der feindlichen Streitkräfte und über die Terrainverhältnisse des vorliegenden Gebiets zu gewinnen, wurde schließlich der Major des Generalstabs, v. Jacobi, hierzu bestimmt.

Der unterdessen mit der 4. Eskadron Königin-Husaren nach Langensalza vorauseilende Major Krause traf bald nach 10 Uhr dort ein und fand den Ort noch nicht vom Feinde besetzt. Die Einwohnerschaft zeigte sich in großer Aufregung; die Läden waren geschlossen. Die nach Erfurt und Gotha führende Telegraphenleitung wurde zerstört*). Die Husaren postierten sich am Südausgange der Stadt und stellten Feldwachen gegen Eisenach, Gotha und Erfurt aus. Die Aussagen der Einwohner lauteten einstimmung dahin, daß Eisenach unbesetzt, in Gotha aber nur wenige Truppen sich befänden und daß eine von Erfurt nach letzterem Orte gerückte Eskadron gegen Langensalza vorgeschoben sei. Demnächst traf auch der General-Adjutant, Oberst Dammers, ein, um die nötigen Vorbereitungen zur Verpflegung der im Anmarsche befindlichen Truppen zu treffen.

Unterdessen folgte rückwärts die Armee; das Wetter war wiederum sehr heiß.

Die Avantgarde-Brigade Bülow, welcher die bei Seebach zu ihr gestoßene Reserve-Kavallerie sich angeschlossen hatte, marschierte inzwischen, vom Feinde unbehelligt, über Mülverstedt und Weberstedt auf Reichenbach, in dessen Umgebung zur Mittagszeit gerastet wurde. Ihre Vorhut hatte die Weisung erhalten, falls sie dem Feinde begegnen sollte, nicht zuerst auf denselben zu feuern, sondern das Feuer des Gegners abzuwarten. Gegen 4 Uhr nachmittags wurde der

*) Der Hauptmann Krause befreite zugleich den Lieutenant Marbach des 2. Infanterie-Regiments, welcher, als krank der Armee vorausgefahren, bei seiner Ankunft in Langensalza durch den Bürgermeister wegen mangelnder Legitimation in Verwahrsam gebracht worden war und im Gasthofe zum „Rautenkranz" durch zwei Mann der Bürger-Schützencompagnie bewacht wurde. Als Marbach den Hauptmann Krause erblickte, rief er aus dem Fenster um Hilfe und wurde befreit, wogegen es der Bürgermeister vorzog, zu verschwinden.

Marsch nach den benachbarten Behringsdörfern wieder aufgenommen. In der rechten Flanke kam eine preußische Husarenpatrouille in Sicht (vom Detachement Fabeck). Östlich Öster-Behringen rückte die Brigade Bülow in ein Bivouak. Ihre Avantgarde etablierte sich in Groß-Behringen, bezog aber für die Nacht gleichfalls ein Bivouak, mit Vorposten gegen Wolfsbehringen und Craula. Die Reserve-Kavallerie und die ihr zugeteilte reitende Batterie Röttiger lagerten sich westlich Tüngeda, mit Vorposten gegen Sonneborn und Wangenheim.

Zur Leitung der laut Disposition anbefohlenen Expedition gegen Mechterstedt, um westlich dieses Ortes die Eisenbahn Eisenach-Gotha zu zerstören, wurde noch während des Haltes bei Reichenbach der Major des Generalstabs, v. Arentsschildt, bestimmt und ihm für dieselbe eine 46 Mann starke Pionier-Abteilung (unter Premier-Lieutenant Götze) überwiesen, der als Bedeckung die 4. Eskadron des Garde-Kürassier-Regiments (Rittmeister Freiherr v. Hammerstein) folgen sollte, welche letztere einstweilen in Tüngeda Quartiere bezog *).

Die Brigade Knesebeck traf um 1 Uhr nachmittags in Langensalza ein; zwei Stunden später auch die Brigade de Vaux. Die Stadt wurde durch diese Einquartierung bei den nichts weniger als erheblichen Vorräten hart betroffen. Eine regelmäßige Einquartierung konnte nicht stattfinden, so daß manche minder leistungsfähige Familie mehr belastet wurde als andere Bessersituierte. Indessen thaten die Einwohner ihr Möglichstes, um ihre Gäste zufriedenzustellen, während die letzteren in ihrem ruhigen, gesitteten Benehmen eine lobenswerte Mannszucht bethätigten, so daß bald zwischen beiden Teilen ein gutes Einvernehmen bestand **).

Während südwärts Langensalza die bereits am Vormittage dort eingetroffene 4. Eskadron Königin-Husaren seitens der Brigade Knesebeck

---

*) Dem Wunsche des Majors v. Arentsschildt, ihm zur Deckung des Unternehmens 4 bis 5 Wagen mit Jägern zuzuteilen, glaubte man nicht entsprechen zu können, weil dies in der vom Armee-Kommando ausgegebenen Disposition nicht angeordnet war.

**) Ein Soldat, welcher das preußische Wappen am Postgebäude herunterriß, mußte infolge der vom Postmeister erhobenen Beschwerde vor dem Schilde, das der Gegenstand seines Ingrimms gewesen war, zur Strafe Wache stehen. (S. „Die Hannoveraner in Thüringen", S. 40.)

dem Vorpostendienste an der Gothaer Straße bei Henningsleben oblag, etablierte die Brigade de Vaux ihre Vortruppen bei dem in der linken Flanke an der Unstrut gelegenen Dorfe Merxleben.

Die südwärts Langensalza beobachtenden Husaren sollten demnächst engere Fühlung mit dem Feinde gewinnen. Schon bald nach Mittag tauchten angesichts der Vorposten unsern Henningsleben Patrouillen von der bei Warza stehenden preußischen Dragoner=Eskadron Stendal auf. Um durch Gefangene nähere Nachrichten über den Feind zu erhalten, wurde zu diesem Zwecke Premier=Lieutenant Meyer (von der Vorposten=Eskadron Königin=Husaren) mit seinem Zuge (17 Pferde) ausgeschickt. Als er die diesseitigen Vedetten erreichte, war eine eben auf der Heimkehr begriffene preußische Dragoner=Patrouille sichtbar, welche nunmehr rasch verfolgt wurde. Die feindlichen Reiter suchten zu entkommen, sahen sich aber bald von den besser berittenen Husaren eingeholt. In dem nunmehr sich entspinnenden Handgemenge wurden sieben Dragoner, wovon drei verwundet, gefangen, und nur dem die Patrouille führenden Unteroffizier gelang es, sich zu retten. Die Husaren hatten ein durch einen Schuß am Knie verwundetes Pferd. Aus den Aussagen der Gefangenen ergab sich, daß deren Eskadron erst am vorhergehenden Tage Erfurt verlassen hatte, und im übrigen bestätigten sie die über die schwache Besetzung von Gotha eingelaufenen Nachrichten. Jubelnd begrüßt, kehrte die Patrouille zu ihrer Eskadron zurück, wo Premier=Lieutenant Meyer den Auftrag erhielt, seine Gefangenen in Langensalza abzuliefern*).

Nachmittags 2 Uhr traf der König Georg in Langensalza ein und nahm in dem vor der Nordumfassung am Mühlhausener Thor gelegenen Schützenhause (dem von einem schönen Garten umgebenen Lokale der Schützengesellschaft) sein Absteigequartier, mit ihm der Kronprinz, Graf Platen und der Kriegsminister**).

Das Armee=Hauptquartier installierte sich im Gasthofe zum „Mohren“ im südöstlichen Stadtteile zunächst dem Ausgange nach Gotha.

---

*) Die Husaren erhielten die vom Regiments=Commandeur noch bei Göttingen für die ersten Gefangenen ausgelobten 2 Louisdor. Die Beutepferde dienten zur Berittenmachung von sieben nachgekommenen Reservisten.

**) Der österreichische Gesandte bezog im Gasthof zum „Kreuz“ Quartier, war aber meistens im Schützenhause beim Könige.

Die Reserve-Artillerie, die Munitionskolonnen und das Artillerie-Depot kamen teils nach Langensalza, teils nach Schönstedt.

Weiter rückwärts gelangte die Brigade Bothmer bis Groß-Gottern; teilweise bezog sie daselbst Quartiere, die Mehrzahl der Truppen biwakierte aber.

Der Armeetrain erreichte Höngeda.

Das von der Brigade Knesebeck gegen den Hainich dirigierte Detachement (Garde-Jägerbataillon und 1. Eskadron Königin-Husaren) unter Oberst Wyneken war um 4½ Uhr morgens von Felchta aufgebrochen und erreichte nach dreistündigem Marsche Langula, wo es den Tag über stehen blieb und Patrouillen entsendete, ohne jedoch Fühlung mit dem Feinde zu gewinnen. Lieutenant v. Ahlefeldt von Königin-Husaren erhielt den Auftrag, mit einer 18 Pferde starken Patrouille gegen Eisenach zu rekognoszieren. Zwischen 6 und 7 Uhr abends trat das Detachement, die Infanterie zum Teil auf Wagen, den Rückmarsch gegen Langensalza an. Nachdem mittelst Seitenwegen Schönstedt erreicht worden war, wurde auf der Hauptstraße nach Langensalza weitermarschiert und in dem benachbarten Ufhoven gegen Mitternacht unter Wiederanschluß an die Brigade Quartiere bezogen.

Lieutenant v. Ahlefeldt war mit seiner Husarenpatrouille bald nach Mittag unbehindert bis Eisenach gelangt und ritt in die Stadt ein, welche er nicht vom Feinde besetzt fand, da das Detachement Fabeck, wie wir in der Folge sehen werden, am Morgen nach Gotha zurückgekehrt war. Nur ein Depot des nach Mainz abgerückten Regiments Weimar befand sich noch in Eisenach. Lieutenant v. Ahlefeldt ritt zur Wohnung des dort kommandierenden weimarschen Offiziers, Lieutenant v. Kutzleben, der sich mit seinem Depot als neutral erklärte und ihm zugleich die Mitteilung machte, daß die in Eisenach gestandenen preußischen Truppen am Morgen nach Gotha zurückgekehrt wären. Indessen riet der weimarsche Offizier zugleich dem Lieutenant v. Ahlefeldt, seinen Abmarsch zu beeilen, da jeder Zeit preußische Truppen wieder erwartet würden. Nachdem v. Ahlefeldt dem Lieutenant v. Kutzleben zur Erinnerung an diesen Besuch seine Visitkarte gegeben, verließ er mit seiner Patrouille Eisenach in der Richtung auf Langensalza, als dem ihm bekannten heutigen Marschziele der Armee. Seinen Husaren vorauseilend, traf er um 6 Uhr abends in Langensalza ein und

meldete dem General von dem Knesebeck, Eisenach vom Feinde unbesetzt gefunden zu haben.

Die Nachhut der hannoverschen Armee (1. Jägerbataillon und $2\frac{2}{3}$ Eskadronen Cambridge=Dragoner) hatte bekanntlich am 22. erst gegen Mitternacht Dingelstädt erreicht und dort geruht. Kurz bevor sie am 23. morgens zum Weitermarsche aufbrach, traf, wie schon erwähnt, der coburgische Hauptmann v. Ziehlberg daselbst ein und wurde von dem Commandeur der Nachhut an das Hauptquartier nach Mühlhausen gewiesen (s. S. 537). Indem nach einer von dem Brigade=Kommando eingegangenen Mitteilung für heute ein Zusammenstoß mit dem Feinde als möglich in Aussicht gestellt wurde, marschierte das Detachement in Gefechtsbereitschaft. Da die Jäger durch die vorangegangenen Märsche ziemlich strapaziert waren, wurde die Hälfte des Bataillons abwechselnd gefahren. Nachmittags 1 Uhr rückte die Nachhut in Mühlhausen ein. Von den Bürgern freundlich empfangen, bezogen die Jäger Quartiere, während die Dragoner auf dem Exerzierplatze vor der Stadt bivouakierten. Abends 6 Uhr stand, wie anbefohlen, das Jägerbataillon auf dem Marktplatze in Mühlhausen wieder marschbereit. Der Oberst von der Decken bestimmte die 1., 3. und 4. Compagnie, sowie die Rekruten und die gemischte Compagnie (s. S. 484) zu einer anderweitigen Diversion, welche, wie uns die Folge zeigen wird, gegen Eisenach führen sollte*). Die 2. Compagnie wurde dagegen dem Oberstlieutenant Grafen Kielmannsegge von Cambridge=Dragoner zur Verfügung gestellt, welcher mit seiner Reiterei vorläufig noch in Mühlhausen verbleiben, später aber dem vorausgegangenen Jägerbataillone als Nachhut folgen sollte. Das Bataillon marschierte demzufolge um 6 Uhr abends auf der Eisenacher Straße bis Nieder=Dorla und Langula, um hier unter dem Schutze einer Vorpostenstellung in engen Quartieren zu übernachten. Ein blinder Allarm rief die Jäger demnächst wieder unter die Waffen. Nachdem das Bataillon bis 2 Uhr nachts in Bereitschaft gestanden hatte, bezogen dann die Compagnieen Allarmquartiere. —

---

*) Diese Diversion bleibt, was ihren Ursprung anbelangt, rätselhaft; über ihre Veranlassung wird tiefes Stillschweigen bewahrt. Wahrscheinlich ist sie einem Mißverständnisse entsprungen, da die Nachhut nur in sehr loser Verbindung mit der Armee stand.

Auf preußischer Seite hielten am 23. Juni die 13. Division und das Manteuffelsche Corps in den tags zuvor erreichten Quartieren in und bei Göttingen, beziehungsweise in Northeim und Umgegend, Rasttag.

Der Eisenbahntransport des von Celle herangezogenen Detachements Flies hatte noch die ganze Nacht hindurch gewährt. Der letzte Zug traf am 23. um 8 Uhr morgens in Seesen ein. Die hier debarkierenden Truppen marschierten nach ihrer Ausschiffung, teilweise auch in der Nacht bei starkem Regen, sofort nach der Gegend von Northeim in die für sie bestimmten Quartiere (s. S. 525) weiter.

Die drei Munitionskolonnen des Manteuffelschen Corps, welche von Hannover im Landmarsche folgten, gelangten am 23. Juni bis Eimbeck und Umgegend.

Am nämlichen Tage trafen auch die 10. und 11. 12pfündige Reserve-Batterie (Hauptmann v. Horn, beziehungsweise Hauptmann v. Bastineller), welche von Münster über Hannover herangezogen worden waren, bei der 13. Division, der sie überwiesen wurden, in Göttingen ein und erhielten in Grone Quartier*).

Die 13. Division verfügte nach Ankunft dieser Batterieen über 52 Geschütze in 6 Batterieen zu 6 und 4 Batterieen zu 4 Geschützen.

Bis zum 23. abends konnte auch der direkte Schienenweg von Hannover bis Göttingen auf der ganzen Strecke dem Betriebe wieder übergeben werden.

Die nur aus dem 2. und 3. Bataillon des 17. Landwehr-Regiments bestehende Besatzung der Hauptstadt Hannover wurde bekanntlich durch das am 23. mittelst Eisenbahn von Harburg eintreffende 10. Landwehr-Husaren-Regiment verstärkt (s. S. 489). Mit Rücksicht auf den etwaigen Ausbruch von Unruhen und infolge der Nachricht, daß feindliche Infanterie, 1100 Mann stark, zwischen Diepholz und Nienburg stehen sollte (es

---

*) Die beiden Batterieen, welche beim 7. Feldartillerie-Regimente in Münster zu je 6 Geschützen feldmäßig aufgestellt worden waren, gingen am 21. Juni von dort per Bahn nach der Stadt Hannover und übernachteten in den benachbarten Dörfern Bodsfeld (10.) und Misburg (11.). Den 22. auf der Südbahn bis Salzderhelden befördert, rückten sie von hier im Landmarsche gegen Göttingen weiter. Nachdem sie am 22. in Edesheim (bei Northeim) quartiert hatten, trafen sie am folgenden Tage über Nörten in Göttingen ein.

war das Depot des 7. Infanterie-Regiments von Osnabrück), wurde auch die am 23. abends aus Stade per Bahn eintreffende hannoversche gezogene Sechspfünder-Batterie (s. S. 353), welche in der Hauptstadt ihre Ausrüstung vollenden sollte, vorläufig daselbst zurückbehalten *).

Die schon auf Seite 526 dargelegten Erwägungen, welche das Oberkommando die Überzeugung gewinnen ließen, daß die südwärts abmarschierte hannoversche Armee nicht mehr einzuholen und aufzuhalten sein dürfte, führten am 23. Juni zu dem definitiven Beschlusse, die weitere Verfolgung jenes Gegners aufzugeben, um die Operationen über Kassel gegen Frankfurt aufzunehmen und das dort in der Konzentrierung begriffene 8. Bundes-Armeecorps, über welches zwar neuerdings nähere Nachrichten nicht eingelaufen waren, rasch und entschieden anzugreifen. Die für den 24. ergehende Disposition ordnete daher die Einleitung des Vormarsches auf Frankfurt an. Die 13. Division sollte an diesem Tage bis Münden gehen und am folgenden Tage Kassel erreichen. Das Manteuffelsche Corps hatte dagegen am 24. bis Göttingen nachzurücken und, indem es drei später mittelst Eisenbahn nachzuziehende Bataillone vorläufig dort zurückließ, seinen Weitermarsch derart zu regeln, daß es am 26. in Kassel eingetroffen war.

Ein im Verlaufe des Tages (23.) dem Hauptquartiere in Göttingen aus Berlin zugehendes Telegramm meldete die Ankunft der hannoverschen Armee in Mühlhausen, womit der Befehl verbunden war, Truppen auf der Eisenbahn über Kassel nach Eisenach zu senden. Da die den Verkehr auf diesem Schienenwege hemmenden Hindernisse bei Münden aber noch nicht behoben waren, wurden Transporte in jener Richtung nicht näher in Erwägung gezogen, während General v. Falckenstein, wie bereits bekannt, von Truppenentsendungen über Magdeburg &c. überhaupt einen durchschlagenden Erfolg gegen die Hannoveraner nicht mehr erwarten zu dürfen glaubte.

---

*) Die Batterie, deren Führung Premier-Lieutenant Loose übernahm, erhielt aus dem in Hannover angesammelten Pferde-Depot das nötige Zugmaterial; sonstige Requisiten wurden aus den dortigen Beständen ergänzt. Aus der Provinz Sachsen trafen 16 Fahrer der Reserve ein, welche mit hannoverschen Uniformen und Waffen ausgerüstet wurden. Am 24. abends war die Batterie marschfertig.

Dagegen erteilte er dem General v. Beyer, dessen Division bekanntlich bei Oetmannshausen konzentriert werden sollte, den Befehl zur Fortsetzung des Marsches nach Eisenach.

Bei der damals in der Vorrückung gegen Göttingen begriffenen Division Beyer sahen wir am 22. abends den Befehl zur Ausgabe gelangen, welcher dieselbe nach Oetmannshausen dirigierte.

Das demzufolge am vorhergehenden Abende nach Bettenhausen bei Kassel zurückgekehrte Detachement Selchow brach aus seinem hier bezogenen nächtlichen Bivouak schon am 23. Juni morgens 3 Uhr auf, um den Marsch auf der Straße über Kaufungen*), Helsa und Lichtenau fortzusetzen. Teils herwärts, teils jenseits des letzteren Ortes wurde eine zum Abkochen benützte beinahe sechsstündige Rast gehalten. Zur Beschleunigung des hierauf gegen 5 Uhr nachmittags über Harmuthsachsen und Waldkappel weitergehenden Marsches wurde nach Thunlichkeit Fuhrwerk requiriert, um die ermüdeten und schwächlichen Leute wenigstens zeitweise zu fahren. Um 12½ Uhr nachts erreichten die ersten Truppen (Regiment Nr. 30) ihr Marschziel Reichensachsen, wohin auch die Batterie kam. Das Regiment Nr. 70 bezog gegen 1 Uhr nachts weiter rückwärts in Oetmannshausen und Bischhausen Quartiere. Das Detachement hatte somit an diesem Tage bei drückender Hitze 10½ Wegestunden zurückgelegt, ohne einen Maroden zurückzulassen. Das vorausgegangene Füsilierbataillon Nr. 30 (Major v. Frankenberg) und 2 Züge der 1. Eskadron 9. Husaren-Regiments wurden bis Eschwege vorgeschoben, um den dortigen Werra-Übergang zu besetzen und über die hannoversche Armee Nachrichten einzuziehen.

Das bekanntlich in Dransfeld übernachtende Detachement Schachtmeyer hatte sich am 23. um 7 Uhr morgens von dort in Marsch gesetzt, um in möglichst direkter Linie nach der Straße Göttingen-Heiligenstadt und dem Werra-Thale zu rücken. In dem bergigen Gelände teilweise auf Feldwegen und auch auf einer erst frisch mit Steinen

---

*) In Ober-Kaufungen schloß sich dem Detachement der von Waldkappel zurückkehrende Zug der 5. Eskadron 9. Husaren-Regiments an, welcher am 21. zum General v. Glümer entsendet worden war, um dem letzteren den Vormarsch des Detachements Schachtmeyer gegen Münden anzuzeigen, so daß sich nunmehr 2¾ Eskadronen bei der Kolonne des Oberst v. Selchow befanden.

beschütteten Straße über Jühnde und Mariengarten gezogen, erreichte das Detachement nach beschwerlichem Marsche bei Friedland die Göttinger Straße und traf nachmittags gegen 3 Uhr, nachdem es die Verbindung mit der weiter unten zu erwähnenden Kolonne des Oberstlieutenants v. Henning aufgenommen hatte, bei Kirch-Gandern ein, woselbst es ein Bivouak bezog.

Das am 22. Juni bis Allendorf und Witzenhausen gelangte Detachement Glümer war am 23. morgens infolge mangelhafter Verbindung (Telegraphenleitung fehlte in jener Gegend) noch nicht im Besitze des Befehls zum Marsche nach Oetmannshausen und brach daher um 5 Uhr früh gegen Göttingen in folgender Einteilung auf:

Avantgarde unter Oberstlieutenant v. Henning:
1. und Füsilierbataillon Nr. 19,
2. Eskadron 9. Husaren-Regiments,
2 Geschütze der 1. 4pfündigen Batterie Nr. 8.

Gros unter Oberst v. Schwerin:
1. und 2. Bataillon Nr. 32,
2. Bataillon Nr. 19.

Reserve unter Oberst von der Wense:
Infanterie-Regiment Nr. 20,
12pfündige Reserve-Batterie.

Das Detachement war bis in die nächste Nähe von Friedland (2½ Stunden von Witzenhausen) gelangt, als der Generalstabsoffizier der Division, Hauptmann v. Scherff, den General v. Glümer ereilte und ihm den Befehl zum Rückmarsche nach Oetmannshausen überbrachte. Das Detachement machte sofort Kehrt*). Wegen Erschöpfung der seither so außerordentlich in Anspruch genommenen Truppen konnte der Marsch für heute nur bis Witzenhausen und Allendorf geleitet werden.

Die Avantgarde und das Gros waren zwischen 11 und 12 Uhr vormittags nach Witzenhausen zurückgekehrt und standen eben im Begriffe, daselbst Quartiere zu beziehen, als von den preußischen Ortsbehörden jenseits der Werra die Nachricht einging, daß die hannoversche

*) Nach Bredow, „Geschichte des Husaren-Regiments Nr. 9", S. 88, hätte die 2. Eskadron in Nieder-Gandern 40 Gefangene gemacht, die entweder ermattet gewesene Nachzügler oder ihrer Armee nachfolgende Reservisten gewesen sein müssen.

Armee zwischen Dingelstädt und Mühlhausen zurückgeschlagen worden und in versprengten Abteilungen auf Witzenhausen und Allendorf im Anzuge begriffen sei. Diese Nachricht trat mit solcher Bestimmtheit auf, daß das 19. Infanterie-Regiment, welches sein 2. Bataillon vom Gros herangezogen hatte, mit 2 Zügen der 2. Husaren-Eskadron und den der Avantgarde zugeteilten 2 Vierpfündern unter Oberstlieutenant v. Henning schleunigst nach Hohen-Gandern (an der Straße von Heiligenstadt) in Marsch gesetzt wurde. Die Reserve (20. Regiment und die Reserve-Batterie), welche mittlerweile von Allendorf bei Witzenhausen eingetroffen war, wurde dagegen thalaufwärts nach Allendorf dirigiert, um den dortigen Werra-Übergang gegen einen Durchbruch des Feindes zu verteidigen.

Das Detachement Henning traf zwischen 1 und 2 Uhr nachmittags bei Hohen-Gandern ein und bezog daselbst ein Bivouak. Während sein Führer zugleich eine Husaren-Ordonnanz mit der Meldung von dem angeblichen Anmarsche des Feindes nach Göttingen an den General v. Göben abfertigte, streiften Kavallerie-Patrouillen gegen Heiligenstadt, welche aber mit der übereinstimmenden Meldung zurückkehrten, daß nirgends vom Feinde etwas wahrzunehmen sei und überhaupt jene allarmierende Nachricht keinerlei Bestätigung fände. Demnächst, gegen 3 Uhr, traf bei dem benachbarten Kirch-Gandern auch das Detachement Schachtmeyer ein, welchem von der Ankunft des Oberstlieutenants v. Henning bei Hohen-Gandern Mitteilung gemacht worden war, und bezog bei dem ersteren Orte ein Bivouak (s. S. 547).

Die Reserve des Detachements Glümer, welche die 5. Compagnie Nr. 20 auf Wagen nach Allendorf voraus eilen ließ, fand bei ihrer dortigen Ankunft jenes Gerücht ebenfalls nicht bestätigt. Das 2. Bataillon Nr. 20 bezog am rechten Werra-Ufer eine Vorpostenstellung, unter deren Schutze die beiden anderen Bataillone und die Batterie in Allendorf Quartier nahmen.

Das 1. und 2. Bataillon Nr. 32 rückten dagegen in die zwischen Witzenhausen und Allendorf gelegenen Ortschaften Ellershausen, Ober-Rieden, Werleshausen und Werdershausen, wo für dieselben Wagen in Bereitschaft gestellt wurden, um nötigenfalls den Truppen in Allendorf, wohin General v. Glümer sein Stabsquartier verlegte, rasche Hilfe bringen zu können.

Als die durch den Oberstlieutenant v. Henning nach Göttingen erstattete Meldung von dem Anmarsche des Feindes gegen 4 Uhr nachmittags in den Besitz des Generals v. Göben gelangte, ordnete derselbe, obwohl ihm jene Nachricht unglaublich schien, eine Rekognoszierung gegen Heiligenstadt an. Unter Führung des Generals Freiherrn v. Wrangel wurden hierzu bestimmt von den in Göttingen liegenden Truppen das 2. Bataillon Nr. 15 und das 1. Bataillon Nr. 55, ferner das in Geismar und Roßdorf untergebrachte Füsilierbataillon letzteren Regiments, sowie 3 Eskadronen (1., 3. und 4.) der Husaren Nr. 8 und die in Grone kantonnierende 4. 4pfündige Batterie Nr. 7. Nachdem die Truppen in der fünften Nachmittagsstunde allarmiert, begann zwischen 6 und 7 Uhr abends ihr Abmarsch. Die 11. und 12. Compagnie Nr. 55 wurden unter Oberstlieutenant v. Rex mit der 4. Husaren-Eskadron auf der Straße über Geismar nach Kerstlingerode dirigiert. Die 9. und 10. Compagnie Nr. 55, das 2. Bataillon Nr. 15 und die beiden anderen Eskadronen, die Infanterie teilweise zu Wagen, schlugen die Straße nach Heiligenstadt ein. Oberstlieutenant v. Henning wurde durch den General v. Göben von der Entsendung dieses Detachements in Kenntnis gesetzt, mit der Bitte um schleunige Mitteilung, falls jene Nachricht von dem Anmarsche des Feindes sich als falsch erweisen sollte.

Die vorausgefahrene Infanterie des gegen Heiligenstadt dirigierten Detachements machte zunächst bei Bischhagen Halt und stellte daselbst Vorposten aus. Während die 9. Compagnie Nr. 55 später bis Siemerode vorgeschoben wurde, gingen die 1. und 3. Eskadron zur Rekognoszierung noch bis Heiligenstadt weiter und kehrten gegen 1 Uhr nachts mit der Meldung von dort nach ersteren Orte zurück, nirgends eine Spur für die Begründung jener allarmierenden Nachricht gefunden, vielmehr durch die eingezogenen Mitteilungen den Abmarsch des Feindes über Mühlhausen bestätigt erhalten zu haben. Die Truppen ruhten in Siemerode und Bischhausen, während die ihnen gefolgte Batterie in Bremke Halt machte.

Das Detachement Rex hatte, nach seiner Ankunft in Kerstlingerode sich durch Vorposten sichernd, die 4. Husaren-Eskadron in der Richtung auf Duderstadt weiter rekognoszieren lassen. Ohne für jene allarmierenden Gerüchte einen Anhaltepunkt gewonnen zu haben, erreichte die Eskadron noch im Verlaufe der Nacht Duderstadt und

lagerte bis 5 Uhr morgens vor dem Orte, um dann in denselben einzurücken.

Um 4 Uhr morgens (24.) wurde das Detachement bei Siemerode allarmiert und trat unter die Waffen; indessen erschien kein Feind *). Eine Stunde später trat dasselbe, da seine Aufgabe als erledigt zu betrachten, den Rückmarsch nach Göttingen in seine alten Quartiere an, wohin im Verlaufe des Vormittags auch das Detachement Rex wieder abrückte. Die nach Duderstadt detachierte 4. Husaren-Eskadron ging infolge des um 8 Uhr morgens empfangenen Befehls bis Groß-Lengden zurück. Die 1. und 3. Eskadron 8. Husaren-Regiments verblieben dagegen in Siemerode, da sie mittlerweile die Bestimmung zum Marsche nach Kassel erhalten hatten, welchen sie im Verlaufe des Vormittags antraten, um zunächst bis Witzenhausen zu rücken und daselbst zu übernachten. —

Die 2 Bataillone des Detachements Seckendorff waren am 23. Juni morgens von Bleicherode, Ober- und Nieder-Gebra aufgebrochen, um den durch die eingegangenen Nachrichten bestätigten Marsch der hannoverschen Armee zu cotoyieren. Bei der herrschenden Hitze gestaltete sich der durch die Berge der Hainleite über Amt Lohra und Berndten nach Ebeleben gehende Marsch zu einem für die Mannschaft sehr beschwerlichen, besonders da dieselbe anfänglich ihre Tornister tragen mußte und erst später dieselben auf requirierten Wagen nachgefahren bekam. In Ebeleben (Schwarzburg-Sondershausen) wurde eine mehrstündige Rast gehalten, bei welcher die Einwohnerschaft die beiden Bataillone auf das freundlichste bewirtete.

Hier stieß auch die von der Husaren-Ersatz-Eskadron am Morgen von Nordhausen vorausgeschickte Abteilung, welche aus den besten Leuten und Pferden in der Stärke von 33 Mann zusammengestellt worden war (s. S. 534), über Lohra und Münchenlohra zum Detachement und übernahm nunmehr den Patrouillendienst. Der übrige Teil der

*) Diese Allarmierung entbehrte nicht der Begründung, da sie durch den Vorübermarsch des Depots vom hannoverschen Dragoner-Regimente Kronprinz hervorgerufen wurde, welches sich von Osnabrück bis in die Gegend von Langensalza durchzuschleichen wußte. (S. Anlage VII.)

Eskadron verließ im Verlaufe des Tages gleichfalls Nordhausen, um dem Detachement zu folgen.

Frisch gestärkt setzte das letztere von Ebeleben den Marsch auf der Straße nach Langensalza fort. Da aber noch herwärts Almenhausen zuverlässige Nachrichten die Ankunft der Hannoveraner in Langensalza bestätigten, wurde demnächst die dahin führende Straße verlassen und der Marsch auf Seitenwegen in der Richtung auf Urleben fortgesetzt. Ohne indessen mit dem Gegner in Kontakt gekommen zu sein, traf das Detachement um 10½ Uhr nachts in Urleben (1½ Stunden nordöstlich Langensalza) ein und bezog daselbst Quartiere.

Die rückwärts folgende Husaren-Eskadron gelangte bis Ebeleben und übernachtete dort in Quartieren. —

Belebter gestaltete sich der heutige Tag (23. Juni) auf der Linie Eisenach-Gotha, woselbst vorläufig nur das schwache Detachement Fabeck stand.

Gegen 1 Uhr morgens gelangte die Nachricht nach Gotha*) an den Herzog von Coburg, daß starke hannoversche Kolonnen von Langensalza auf der Straße über Gräfentonna gegen Döllstedt im Marsche begriffen wären, während zugleich feindliche Vortruppen bei Warza erschienen sein sollten. Da die gegen Döllstedt signalisierten Truppenmärsche möglicherweise auf einen feindlichen Durchbruchsversuch zwischen Gotha und Erfurt deuten konnten, ließ der Herzog sofort eine Lokomotive heizen und fuhr, etwa um 2 Uhr morgens, nach Eisenach, um mit dem Oberst v. Fabeck persönlich die Situation zu erörtern und entsprechende Maßregeln zu treffen.

Das Ergebnis dieser persönlichen Bemühungen des Herzogs war der Beschluß, das Detachement Fabeck nach Gotha zurückzuziehen, um dem anrückenden Feinde so lange als möglich Widerstand zu leisten. Zugleich wurde auf Anordnung des Herzogs der Lieutenant v. Goßler des Regiments Coburg mittelst Extrapost über Kreuzburg entsendet, um

*) In der nämlichen Nacht waren auf Anordnung der Zivilbehörden in Gotha sämtliche, demnächst aber wieder zurückdirigierte Pferde und Fuhrwerke von dort gegen Erfurt abgeschickt worden, um sie dem etwa plötzlich erscheinenden Feinde zu entziehen.

den General v. Glümer, von welchem man seither keine Nachricht mehr erhalten hatte, aufzusuchen und zum Marsche nach Eisenach oder Gotha aufzufordern. Indessen gelang es dem genannten Offiziere nicht, den General v. Glümer aufzufinden, so daß er unverrichteter Dinge nach Gotha zurückkehrte.

Nachdem um 5 Uhr morgens das Detachement Fabeck allarmiert und das Bataillon Torgau aus seiner Vorpostenstellung nach Eisenach zurückgezogen worden war, begann der Eisenbahntransport der Truppen nach Gotha. Bald nach 8 Uhr traf Oberst v. Fabeck mit der ersten Staffel (1. Bataillon Coburg) daselbst ein und nahm vor der Stadt an dem zur Verteidigung eingerichteten Ausgange nach Langensalza Stellung. Im Verlaufe der nächsten Stunden folgten die übrigen Truppen dahin *).

Die in Gotha übernachtenden 2 Züge der Eskadron Stendal marschierten am Morgen nach Warza, wo ihr 3. Zug bekanntlich seit 22. abends auf Vorposten stand. Indem die Eskadron durch ihren bis auf die Höhen zwischen Westhausen und Henningsleben vorgeschobenen 1. Zug gegen Langensalza beobachten ließ, durchstreiften deren Patrouillen das vorliegende Gebiet. Die über den Feind in der Nacht eingelaufenen Nachrichten fanden sich jedoch nicht bestätigt, da, wie wir wissen, die hannoversche Armee erst an diesem Tage Langensalza erreichen sollte, worauf der schon oben geschilderte blutige Zusammenstoß zwischen einer Patrouille der Eskadron Stendal und einem Zuge hannoverscher Husaren bei Henningsleben erfolgte (s. S. 541).

Die aus Eisenach zurückkehrende Landwehr-Husaren-Eskadron Merseburg wurde bald nach ihrer Ankunft in Gotha über Goldbach bis in die Nähe von Friedrichswerth vorgeschoben und ließ ihre Patrouillen nordwärts schwärmen, von denen auch später der gegen die Behringsdörfer gehende Anmarsch der hannoverschen Brigade Bülow (s. S. 540) beobachtet und gemeldet wurde.

Noch im Verlaufe des Vormittags zeigte der bald darauf zerstörte Telegraph aus Langensalza das dortige Eintreffen der Spitze der han=

*) Die Angabe bei Knorr, a. a. O., Bd. I, S. 175, daß in Eisenach ein Landwehrbataillon, eine Compagnie Coburg und eine Abteilung Dragoner zurückblieben, ist nicht richtig. Es befand sich daselbst nach dem Abmarsche des Detachements Fabeck nur ein Depot des Regiments Weimar.

noverschen Armee nach Gotha an. Die weiterhin von dort einlaufenden Nachrichten konstatierten übereinstimmend die Ankunft größerer feindlicher Streitkräfte bei Langensalza.

Je näher die Hannoveraner kamen, desto gespannter wurde die Situation auf der Linie Gotha=Eisenach. Indessen sollte bereits, wenn auch in unzulänglichem Maße, Hilfe unterwegs sein.

Nachdem der General v. Falckenstein sich nicht bewogen gefunden hatte, dem Vorschlage zu Truppenentsendungen per Bahn über Magdeburg Folge zu leisten, das unzweifelhaft konstatierte Eintreffen der hannoverschen Armee in Mühlhausen aber dringend eine Verstärkung der schwachen Streitkräfte bei Eisenach und Gotha erheischte, sah sich die oberste Heeresleitung am 22. Juni gegen Abend zu dem Entschlusse gedrängt, von der Berliner Garnison eine Unterstützung nach dem thüringischen Kriegstheater zu dirigieren. Es wurden hierzu das 1. und Füsilierbataillon des 4. Garde=Regiments zu Fuß*) (unter Oberst Baron von der Osten gen. Sacken) bestimmt, um noch in der kommenden Nacht per Bahn nach Gotha abzugehen. König Wilhelm begab sich selbst gegen Abend in die Kaserne des Regiments, um den betreffenden Befehl persönlich zu erteilen. Zum Patrouillen= und Ordonnanz=Dienste erhielt dasselbe 1 Offizier und 22 Mann der Ersatz=Eskadron des 1. Garde=Dragoner=Regiments (unter Lieutenant Grafen zu Dohna) überwiesen. Dem Oberst Baron Osten=Sacken wurde von dem General Freiherrn v. Moltke die Weisung zuteil, bis auf weiteres dem zwar im Range jüngeren Oberst v. Fabeck die Leitung der bei Gotha vereinigten Truppen zu überlassen, da der letztere mit den dortigen Verhältnissen eingehender vertraut war.

Zugleich erging an das Kommando der Elbarmee in Dresden der

---

*) Das Regiment war, weil zum Besatzungsdienste bestimmt, dem Garde=Corps nicht in das Feld gefolgt und hatte daher auch seinen Train, mit Ausnahme der Patronenwagen, an das neu zu formierende Reserve=Corps abgeben müssen. Von dem Anfangs Mai zu den Frühjahrsübungen aus Spandau nach Berlin gezogenen Regimente marschierten demzufolge am 4. Juni das 2. Bataillon nach Torgau und das Füsilierbataillon nach Wittenberg, während das 1. Bataillon in Charlottenburg verblieb. Aber bereits am 17. Juni wurden das letztere und das von Wittenberg zurückgerufene Füsilierbataillon in Berlin wieder vereinigt. Das 2. Bataillon rückte dagegen mit einer schwachen Eskadron am 18. Juni von Torgau in zwei Tagemärschen nach Leipzig und besetzte diese Stadt.

telegraphische Befehl, 2 Batterieen ebenfalls nach Gotha zu entsenden. Demzufolge wurden abends 10 Uhr (22. Juni) die 3. und 4. reitende Batterie des 7. Feldartillerie=Regiments unter Major Petzel zum schleunigen Aufbruche von Dresden nach Gotha bestimmt.

Ferner erließ die oberste Heeresleitung auch nach Magdeburg die Weisung, von der dortigen Besatzung Verstärkungen per Bahn nach Gotha zu dirigieren. Es wurden hierzu befehligt die sämtlichen ausgebildeten Mannschaften des Ersatzbataillons 26. Infanterie=Regiments sowie das 2. Bataillon (Spandau) des 20. Landwehr=Regiments, welche wir am 23. morgens von dort aufbrechen sehen werden.

Die beiden Gardebataillone und das Dragoner=Kommando schifften sich am 22. gegen Mitternacht in Berlin zur Bahn ein*). Das Füsilierbataillon, welchem sich der Regimentsstab und die Dragoner anschlossen, fuhr um 12 Uhr nachts von Berlin ab; das 1. Bataillon folgte eine halbe Stunde später. Da das Regiment nach Erfüllung seiner Aufgabe sofort in die Hauptstadt zurückkehren sollte, blieben sowohl die Patronenwagen wie das Offiziersgepäck in Berlin zurück.

Der Zug mit dem Füsilierbataillone (Major v. Loos) traf über Wittenberg am 23. Juni gegen 11 Uhr vormittags in Gotha ein. Dasselbe debarkierte hier vorläufig, blieb aber am Bahnhofe in Bereitschaft stehen**). Um 1 Uhr nachmittags wurde das Bataillon jedoch wieder eingeschifft, um zunächst nach Fröttstedt (der ersten Eisenbahnstation 1 Meile westwärts Gotha)***) zu gehen und, falls der Feind noch nicht in Eisenach und die Verbindung in dieser Richtung frei sein

---

*) Da dem Regimente der Marschbefehl erst nach beendigtem Tagesdienste zuging und daher beinahe sämtliche Offiziere und ein großer Teil der Mannschaft sich nicht in ihren Quartieren befand, so war die Allarmierung eine nicht unschwierige Aufgabe gewesen. Der König selbst hatte, nachdem er die Kaserne (s. o.) wieder verlassen, auf seiner Fahrt durch die Stadt mehrfach Leute des Regiments angehalten, sie mit dem Befehle bekannt gemacht und ihnen dessen Weiterverbreitung aufgetragen. Der entwickelten Rührigkeit war es jedoch zu danken, daß beim Aufbruche sämtliche Offiziere zugegen sein sollten und nur noch wenige Mannschaften fehlten.

**) Das Bataillon erhielt auf Befehl des Kriegsministers vom Artillerie=Depot in Erfurt 40000 Patronen.

***) Zugleich Einmündungspunkt der damaligen Sekundärbahn mit Pferdebetrieb, welche nach dem 1 Stunde südwärts entfernten Waltershausen führt.

sollte, bis dahin seine Fahrt auszudehnen, um letzteren Punkt mit Rücksicht auf die von dort in das Werra-Thal führenden Straßen zu besetzen. Zugleich wurde auch die Nachsendung des 1. Gardebataillons nach Eisenach in Aussicht genommen, welches aber vorläufig unverhoffterweise in Weimar sich festgehalten sehen sollte, worauf wir in der Folge noch des näheren zurückkommen werden. Auf Veranlassung des Herzogs von Coburg beschloß man zugleich die Aussetzung eines starken Postens bei Sättelstedt (jenseits Fröttstedt in der Richtung auf Eisenach), um von dem in nächster Nähe dieses Ortes sich erhebenden Hörselberge, welcher eine weite Rundschau bietet, die Bewegungen des Gegners zu beobachten sowie die Zerstörung der Eisenbahn in jener Gegend zu verhindern und einem allenfallsigen Vordringen des Feindes auf den von dort südwärts in das Werra-Thal führenden Straßen Widerstand zu leisten. Auf Befehl des Herzogs schloß sich dessen Hofjägermeister v. Schack dem Bataillone an, um durch seine Lokalkenntnisse den dasselbe begleitenden Oberst Baron Osten-Sacken zu unterstützen. Mit Rücksicht auf eine eventuelle Bedrohung oder Zerstörung des Schienenweges nach Eisenach durch den Feind ging das Garde-Dragoner-Kommando der Bahnlinie entlang dem mit dem Gardebataillone folgenden Zuge zur Aufklärung voraus.

Unbehindert bis Sättelstedt gelangt, wurde daselbst zu dem oben erwähnten Zwecke die 9. Compagnie (Hauptmann Graf Schlieffen) unter Zuteilung von 6 Dragonern ausgeschifft. Die dann fortgesetzte Fahrt führte den Oberst Baron Osten-Sacken mit den 3 anderen Compagnieen ohne Zwischenfall um 3½ Uhr nachmittags nach Eisenach, welches die bekanntlich bis dahin vorgegangene hannoversche Husaren-Patrouille des Lieutenants v. Ahlefeld (s. S. 542), wie man in Erfahrung brachte, mittlerweile wieder verlassen hatte. Die 10. Compagnie (Hauptmann v. Schwemler) wurde auf der Straße nach Kreuzburg, die 12. (Hauptmann v. Schmeling) auf jener nach Langensalza bis an die Nesse-Brücke herwärts Stockhausen vorgeschoben, während die 11. (Hauptmann v. Schachtmeyer) mit den Dragonern als Soutien am Bahnhofe in Eisenach verblieb.

Das dem Füsilierbataillone von Berlin gefolgte 1. Bataillon des 4. Garde-Regiments sollte dagegen seine Fahrt nach Gotha unterbrochen sehen, da es beim Eintreffen in Weimar durch einen dort wartenden

Artillerie-Offizier *) von dem Kommandanten von Erfurt, General-Major v. Stuckrad, den Befehl erhielt, vorläufig daselbst zu verbleiben, um das Entkommen des Königs von Hannover, welcher angeblich mit einem kleinen Gefolge in dieser Richtung nach Süden zu gelangen suchen sollte, zu verhindern. Der Commandeur des Bataillons, Major v. Grawert, ließ dasselbe demzufolge debarkieren und zur Beobachtung der nord- und westwärts führenden Straßen folgende beiläufig 1/2 Stunde von Weimar entfernte Aufstellung beziehen: 1 Compagnie an der Straße nach Buttelstedt, eine auf jener nach Sömmerda mit Posten am nördlichen Abfalle des Ettersberges, und eine in der Richtung auf Erfurt; die außerdem noch disponible Compagnie bildete in Weimar die Reserve. Ein demnächst in voller Uniform beim Bataillons-Commandeur erscheinender Landrat legte im Namen der weimarischen Regierung gegen die Besetzung diesseitigen Gebiets Verwahrung ein und wollte einen diesbezüglichen schriftlichen Protest überreichen, wurde aber von dem Major v. Grawert zurückgewiesen. Als nachmittags ein Zivilist die Meldung machte, daß in einem vom Bahnhofe aus sichtbaren Dorfe mehrere Reiter, worunter wahrscheinlich der König von Hannover, angekommen und Halt gemacht hätten, wurde sogleich eine Patrouille dahin entsendet, welche indessen jene Nachricht nicht bestätigt fand.

Inzwischen war bereits für das Gardebataillon eine Ablösung nach Weimar im Heranrücken begriffen.

Infolge des bekanntlich von der obersten Heeresleitung nach Magdeburg ergangenen Befehls (s. S. 554) waren das Ersatzbataillon Nr. 26 und das Landwehrbataillon Spandau zur Unterstützung nach Gotha bestimmt worden. Indem das Ersatzbataillon seine 600 Rekruten für die Dauer seiner Abwesenheit von Magdeburg an das ebenfalls daselbst liegende Ersatzbataillon Nr. 27 abgab, gelangte es mit seinen 4 Compagnieen in einer Stärke von 14 Offizieren und beiläufig 370 Gewehren zum Ausmarsche. Mit Einschluß des Bataillons Spandau zählte das Detachement insgesamt ungefähr 890 Mann. Mit dessen Führung wurde der Commandeur des Ersatz-Bataillons, Major v. Bismarck, beauftragt. Da man für die Expedition nur eine Dauer von zwei Tagen in Aussicht nehmen zu dürfen glaubte, rückten die Offiziere ohne Gepäck

*) Derselbe überbrachte zugleich 40000 Patronen.

aus. Die Bataillone ermangelten in ihrer Eigenschaft als Ersatz- und Besatzungstruppen einer feldmäßigen Ausrüstung, waren aber mit hinlänglicher Taschenmunition versehen; Kochgeschirre besaßen sie ebenfalls nicht. Am 23. Juni morgens 8 Uhr verließen die beiden Bataillone in einem Zuge Magdeburg*). Bei der Ankunft in Merseburg fand Major v. Bismarck den telegraphischen Befehl vor, mit dem Detachement vorläufig nur bis Weimar zu gehen und dort weitere Weisung zu erwarten. Um 3 Uhr nachmittags in Weimar eingetroffen, erhielt er vom Oberst v. Fabeck in Gotha die telegraphische Ordre, das daselbst beobachtende Gardebataillon abzulösen, welches seinem Füsilierbataillone nach Eisenach folgen sollte. Das Ersatzbataillon löste daher das Gardebataillon in seiner oben angegebenen Stellung mit der Maßgabe ab, daß außer den drei anderen Compagnieen auch noch eine die auf Erfurt führende Eisenbahn überwachte. Das Landwehrbataillon Spandau bildete in Weimar die Reserve. In der Folge lösten sich die Bataillone gegenseitig täglich ab, so daß das von den Vorposten zurückkommende jeweils das Repli in Weimar bildete**). Das somit abgelöste Gardebataillon wurde gegen 10 Uhr abends auf dem Bahnhofe in Weimar eingeschifft, um in der Richtung nach Gotha weiter befördert zu werden.

Das Detachement Fabeck hatte mittlerweile gegen 3 Uhr nachmittags unter dem Schutze einer Vorpostenstellung in Gotha Quartiere bezogen, als gegen 5 Uhr die Meldung eintraf, daß feindliche Kolonnen bereits bei Öster-Behringen, Tüngeda und Wangenheim angelangt, eine, wie uns schon bekannt, begründete Nachricht, indem die hannoversche Brigade Bülow und die Reserve-Kavallerie bei jenen Ortschaften ihre Bivouaks aufschlugen. Da aus diesen Wahrnehmungen möglicherweise die Folgerung zu ziehen war, daß der Gegner in der Einleitung eines über

---

*) Wenn bei Fritsch, „Antheil des 1. Magdeburgischen Infanterie-Regiments Nr. 26", S. 50, der Ausmarsch auf den 22. Juni verlegt wird, so ist hier offenbar ein Druckfehler unterlaufen.

**) Da das Detachement der Kochgeschirre ermangelte, konnten die auf Vorposten bivouakierenden Truppenteile nicht abkochen und mußten somit die ersten vier Tage hindurch einer warmen Beköstigung entbehren, indem sie nur mit Brot, Wurst und Bier beteilt wurden. Erst als am fünften Tage die Commandantur von Weimar aus den dortigen Kasernen des ausgerückten einheimischen Regiments Kochkessel verabfolgte, konnte jenem Übelstande abgeholfen werden.

Gotha südwärts gehenden Nachtmarsches begriffen war, wurde das Detachement Fabeck sofort allarmiert.

Das Gros desselben rückte auf der Langensalzaer Chaussee bis zu dem zwischen Remstedt und Warza gelegenen Grenz-Berge, welchen es besetzte. Als linkes Seitendetachement ging gleichzeitig von Gotha das 1. Bataillon Coburg auf der Goldbacher Straße vor, um jenseits der Wolfsschlucht (bei den Garnisons-Schießständen) Stellung zu nehmen und je einen Zug der 2. und 3. Compagnie in Schützen zu entwickeln. Zur Sicherung in seiner linken Flanke hatte das Bataillon die 4. Compagnie auf den Krahnberg disponiert, welche bis zur Schwedenschanze und dem dortigen Steinbruche vorging und zugleich gegen Sonneborn beobachtete.

Die bisher bei Westhausen und Warza den Vorpostendienst versehende Eskadron Stendal war, erhaltenem Befehle zufolge, unter Zurücklassung eines Zuges in letzterem Orte auf dem Rückmarsche nach Gotha begriffen gewesen, als sie dem ausrückenden Detachement Fabeck begegnete und nunmehr wieder nach Warza vorging.

Mit Sehnsucht sah man in Gotha unter diesen Verhältnissen der Ankunft weiterer Verstärkungen entgegen. Um 7 Uhr abends traf von den 2 aus Dresden beorderten Batterieen die 3. reitende (Hauptmann Metting) in Begleitung ihres Abteilungs-Commandeurs, Major Petzel, in Gotha ein, vom Herzoge von Coburg am Bahnhofe erwartet. Rasch debarkiert, wurde sie gegen 8 Uhr abends vom Herzoge persönlich in der Richtung auf Remstedt vorgeführt, fand indessen hier die Situation bereits in ein anderes Stadium getreten, da sich mittlerweile bei den Vorposten jenseits Warza in der Person des Majors v. Jacobi ein hannoverscher Parlamentär gemeldet hatte, welcher, an die Sendung des Hauptmannes v. Zichlberg anknüpfend, mit dem preußischen General v. Moltke in Verhandlungen zu treten wünschte. Zu dem bei Remstedt haltenden Detachements-Commandeur geleitet, sah der hannoversche Parlamentär, welcher sich durch ein Schreiben seines kommandierenden Generals legitimierte, seinem Ansinnen sofort entsprochen, indem der erstere zur Vermittelung der Verhandlungen sich bereit erklärte. Da somit vorläufig ein feindlicher Angriff nicht zu befürchten stand, ließ Oberst v. Fabeck seine Truppen nach Gotha zurückkehren, wo dieselben durch eine Vorpostenstellung (Füsilierbataillon Coburg, Landwehrbataillon Aschersleben,

sowie je 1 Zug Husaren und Dragoner) sich sicherten. Der 1. Zug der Eskadron Stendal blieb in Warza und beobachtete gegen Langensalza.

Das um 10 Uhr abends von Weimar aufgebrochene 1. Bataillon 4. Garde-Regiments traf um 1 Uhr nachts in Gotha ein und erhielt hier durch seinen Regiments-Adjutanten den Befehl zur sofortigen Weiterfahrt nach Eisenach*). Von Erfurt aus fuhr der Zug wegen der Nähe des Feindes langsam; der Sicherheit halber ging Lieutenant v. Trotha auf einer Lokomotive voraus. Indessen erreichte das Bataillon ohne Zwischenfall um ¾2 Uhr nachts (24. Juni) Eisenach.

Die zweite der aus Dresden herangezogenen Batterieen, die 4. reitende (Hauptmann König), traf gegen 11 Uhr nachts in Gotha ein, so daß die dort disponible Artillerie nunmehr mit Einschluß der Erfurter Ausfallbatterie 16 Geschütze zählte.

Da die kritische Situation eine weitere Verstärkung der Streitkräfte auf der Linie Gotha-Eisenach dringend erforderte, erhielt am 23. abends auch das Ersatzbataillon 71. Infanterie-Regiments in Erfurt den Befehl, am nächsten Morgen nach Gotha abzurücken**).

Dagegen sollte, wie am 23. Juni zwischen dem Könige von Preußen und dem Herzoge von Altenburg vereinbart wurde, das Altenburgische Infanterie-Regiment (2 Bataillone) am 25. nach Erfurt abgehen, um die dortige, durch die fortgesetzten Detachierungen sehr geschwächte Besatzung zu verstärken. —

---

*) Als die Ablösung dieses Bataillons durch das Detachement Bismarck (s. S. 557) beschlossen war, hatte Oberst v. Fabeck dem Oberst Baron Osten-Sacken in Eisenach die telegraphische Anzeige gemacht, daß jenes Bataillon und eine reitende Batterie noch im Verlaufe des Nachmittags dort eintreffen würden. Da dies aber nicht geschah, entsendete der Oberst Baron Osten-Sacken in der achten Abendstunde seinen Regiments-Adjutanten, Premier-Lieutenant v. Carlowitz, per Lokomotive nach Gotha, um für den exponierten Posten Eisenach Verstärkungen heranzuholen. Bei der Ankunft dieses Offiziers in Gotha war der Oberst v. Fabeck bereits gegen Remstedt ausgerückt, mit der Absicht, bei der kritischen Lage zur Verstärkung seines Detachements nicht nur das von Weimar erwartete Garde-Bataillon daselbst festzuhalten, sondern auch das in Eisenach sehr exponierte Bataillon heranzuziehen. Den eindringlichen Vorstellungen des Premier-Lieutenants v. Carlowitz gelang es jedoch, die Notwendigkeit einer stärkeren Besetzung von Eisenach darzulegen, so daß sich schließlich Oberst v. Fabeck mit der Instradierung des von Weimar kommenden Bataillons nach jenem Punkte einverstanden erklärte.

**) Die Angabe des preußischen Generalstabswerks, S. 63, welche dieses Ersatzbataillon schon am 23. zum Detachement Fabeck stoßen läßt, ist nicht richtig.

Zum Verständnisse für die nun folgenden Vorgänge müssen wir zunächst in das hannoversche Hauptquartier zurückkehren, welches wir am 23. Juni nachmittags 2 Uhr in Langensalza eintreffen sahen.

Wie bekannt, war bereits am Vormittage während des Haltes bei Höngeda infolge der vom Hauptmann v. Ziehlberg überbrachten Aufforderung zur Kapitulation der Beschluß gefaßt worden, für alle Fälle die Anbahnung von Verhandlungen nicht sofort von der Hand zu weisen, sondern die mangelhafte Legitimation des preußischen Sendboten zum Anknüpfungspunkte einer Mission in das feindliche Lager zu machen, um hierbei zugleich nach Thunlichkeit über die Verhältnisse auf gegnerischer Seite sich zu orientieren. Wie schon an früherer Stelle erwähnt, war der Major des Generalstabs v. Jacobi zu dieser Sendung ausersehen worden.

Die nach der Ankunft in Langensalza eingehenden Nachrichten deuteten durchgängig darauf hin, daß der Feind bei Gotha keine belangreichen Streitkräfte zur Verfügung hatte. Ein nachmittags in Langensalza eintreffender beurlaubter hannoverscher Soldat, welcher am Morgen Gotha verlassen hatte und sich im Hauptquartiere meldete, war in der Lage, ziemlich genaue Angaben über die feindlichen Truppen zu machen. Auch die Aussagen der nachmittags bei Henningsleben gefangenen 7 preußischen Dragoner waren geeignet, auf die Schwäche des Gegners schließen zu lassen *). Die Nachrichten stimmten so ziemlich dahin überein, daß bei Gotha nur 5 Bataillone mit geringer Artillerie standen. Durch die Sendung des Majors v. Jacobi durfte man hoffen, weitere bestimmte Anhaltepunkte zu gewinnen.

Gegen 5 Uhr nachmittags fand im Hauptquartiere des Königs eine Konferenz statt, für welche jene Mission der Gegenstand einer nochmaligen Beratung bildete. Es waren zugegen der König und der Kronprinz, ferner Graf Platen, der Kriegsminister Freiherr v. Brandis, der General v. Arentsschildt, Oberst Cordemann und Major v. Jacobi, sowie der Geheime Kabinettsrat Lex als der ständige Protokollführer des Monarchen. Die Konferenz dauerte ziemlich lange. Die Opportunität der Entsendung

*) Befremdlicherweise wurden in Langensalza die Einlieferung dieser Gefangenen und deren Aussagen nicht ihrer Bedeutung entsprechend gewürdigt. Einer suchte dem anderen die Gefangenen zuzuschieben und niemand fand sich, welcher der Sache eingehendere Aufmerksamkeit zu schenken geneigt war.

eines Parlamentärs fand allseitige Anerkennung. Da Gotha am nächsten lag, beschloß man, den Parlamentär dahin zu dirigieren und an den dortigen Truppen-Commandeur zu verweisen. Es bestand die einmütige Ansicht, daß, falls der Feind über hinlängliche Streitkräfte verfügte, in der Gewährung des freien Durchmarsches nach Süddeutschland die günstigste Konzession zu suchen sein dürfte, gegen welche man sich um so mehr zu der Zusage verpflichten könnte, längere Zeit von den Feindseligkeiten fernzubleiben, da der Zustand der Armee ohnehin 6 bis 8 Wochen erforderte, um die Truppen auf einen schlagfertigen und operationsfähigen Fuß zu bringen. In diesem Sinne instruierte der König persönlich den Major v. Jacobi, indem der letztere zu seiner Legitimation das folgende von ihm während der Sitzung selbst niedergeschriebene und dann vom kommandierenden Generale unterfertigte Schreiben bekam:

„Es ist heute ein Herzogl. Sachsen Coburg-Gothaischer Hauptmann von Ziel bei einer meinem Befehle unterstellten Kgl. Hannoverschen Truppenabtheilung mit der Angabe eingetroffen, daß er als Parlamentär komme, um eine Depeche des Kgl. Preußischen Chefs des Generalstabes, Generals von Moltke, mir mitzutheilen. Es fehlte diesem Officier jede Legitimation und wende ich mich daher an Euer Hochwohlgeboren mit der Anfrage, ob der Hauptmann von Ziel in der legitimen Function eines Parlamentärs entsandt worden ist? worauf nach erfolgter Bejahung dessen einstweilige Sistirung sofort aufhören wird. Um aber Gewißheit zu erhalten, ob eine Anfrage des Königl. Preußischen Generals von Moltke an mich ergangen ist und um eventuell dieselbe zu beantworten, habe ich den Königl. Hannoverschen Major im Generalstabe, Jacobi, beauftragt, die Mittheilungen des Generals von Moltke zu vernehmen und eventuell darüber in Verhandlung zu treten.

(unterz.) von Arentsschildt,
General-Lieutenant und commandirender General."

Man kam zugleich dahin überein, daß, falls der Major v. Jacobi aus Gotha nicht zurückgelassen werden sollte, daraus auf die Schwäche der dortigen Streitkräfte zu schließen sein würde, da der Feind, wenn er in der Übermacht, dem Parlamentär gegenüber wahrscheinlich kein Geheimnis daraus machen dürfte.

Ohne daß ihm die Aussagen der nachmittags gefangenen Dragoner bekannt geworden wären, verließ der Major v. Jacobi zwischen 6 und 7 Uhr abends Langensalza zu Wagen, auf dem Bock einen Spielmann mit Taschentuch-Flagge*). Vor Warza stieß er auf die Vedetten der preußischen Dragoner. Nachdem er längere Zeit hier gewartet, wurde er im Wagen mit verbundenen Augen zu dem Oberst v. Fabeck geleitet, welcher bekanntlich (s. S. 558) bei Remstedt hielt. Der Spielmann und der Kutscher blieben bei den Vorposten und ein preußischer Soldat übernahm die Leitung des Fuhrwerks. Dem Oberst v. Fabeck vorgeführt, wurde dem Major v. Jacobi die Binde von den Augen genommen. Hierbei konnte er die in nächster Nähe befindlichen Truppen auf 2 Bataillone und eine Batterie von 4 Geschützen schätzen. Wie bereits oben erwähnt, war der preußische Commandeur zur Vermittelung der Verhandlungen mit dem General Freiherrn v. Moltke bereit. Das Verlangen, zum kommandierenden General geführt zu werden, stellte der hannoversche Parlamentär nicht, weil seine Instruktion nur dahin lautete, mit dem General Freiherrn v. Moltke direkt in Verhandlung zu treten. Als dem Major v. Jacobi die Augen wieder verbunden, bestieg er seinen Wagen, um nach Gotha geleitet zu werden. Auf der Weiterfahrt vermochte er, soweit es die Augenbinde gestattete, noch 2 Bataillone wahrzunehmen. Es war bereits dunkel, als er in Gotha eintraf.

Wir müssen hier zunächst den Parlamentär verlassen, um nochmals in das hannoversche Hauptquartier zurückzukehren.

Da die bisher dort über den Feind eingelaufenen Nachrichten nur schwache Streitkräfte bei Gotha vermuten ließen, wurde am 23. nachmittags im Hauptquartiere der Beschluß gefaßt, am folgenden Morgen den Marsch in der Richtung auf Gotha fortzusetzen und sich dieses Punktes zu bemächtigen, ohne damit schon definitiv entschieden zu haben, auf welcher Straße der Thüringer Wald überschritten werden sollte. Die hierfür ausgegebene Disposition lautete wie folgt:

---

*) Es ist durchaus unrichtig, wenn Klopp in: „Die Hannoveraner vor Eisenach", S. 7, sagt, daß der Major v. Jacobi den Hauptmann v. Ziehlberg nach Gotha brachte; vielmehr blieb der letztere vorläufig bei der hannoverschen Armee sistiert.

„Langensalza, den 23. Juni 1866.

Disposition
für den 24. Juni.

1.) Morgen früh 5 Uhr ist in einer Rendezvous-Stellung vor dem Gothaer Thore aufmarschirt:

a.) die Brigade Knesebeck,
b.) die Brigade de Vaux,
c.) das Garde-Husaren-Regiment der Brigade Bothmer,
d.) die Pionier-Compagnie der Brigade Bothmer,
e.) die Reserve-Artillerie.

Die betreffenden Truppentheile haben hiernach ihre Aufbruchszeit zu bemessen. Ein Officier des Stabes wird den Truppen-Abtheilungen an Ort und Stelle den Platz zum Aufmarsche anweisen.

2.) Die Brigade Bothmer marschirt um 4 Uhr aus Groß-Gottern ab und folgt den unter Nr. 1. aufgeführten Abtheilungen auf der Straße nach Gotha.

3.) Die sämmtlichen Fuhrwerke der vorbenannten Truppen, sowie die Munitions-Colonnen ꝛc., mit Ausnahme der Sanitätswagen, welche bei den Brigaden verbleiben, folgen der Brigade Bothmer unter Befehl des Rittmeisters Hartmann von der Gendarmerie, welcher über die Führung der Colonne nähere Instruction vom Unterzeichneten erhält.

4.) Der Brigade Bülow und der Reserve-Cavallerie, welche aus der Gegend von Oster-Behringen gegen Gotha vordringen werden, sind für den morgenden Tag besondere Instructionen zugegangen.

5.) Der Armee-Train ꝛc. unter Befehl des Rittmeisters Marckstadt passirt morgen Langensalza und parkirt südlich des Ortes.

6.) Die Arriergarde besetzt Langensalza.

(unterz.) von Arentsschildt,
General-Lieutenant und commandirender General."

Im Anhange zu dieser Disposition erhielt die Brigade Bülow noch eine besondere Instruktion, durch welche ihr die folgende Aufgabe gestellt wurde. Während das von Langensalza vorgehende Gros der Armee die nördlich Gotha präsumierten preußischen Truppen in der Front angriff,

sollte die Brigade Bülow im Vereine mit der Reserve-Kavallerie von den Behringsdörfern gleichfalls in der Richtung auf Gotha ihren Vormarsch fortsetzen und im Zusammenwirken mit dem Gros den Gegner im Rücken fassen. Zur Deckung der rechten Flanke gegen allenfalls von Eisenach anrückende feindliche Truppen sollte die Brigade 1 Bataillon und 1 Eskadron nach der Gegend von Fröttstedt (an der Eisenbahn) detachieren. Außerdem war bekanntlich durch die schon für den 23. ausgegebene Disposition die Zerstörung der Eisenbahn Gotha-Eisenach bei Mechterstedt durch die Brigade Bülow in Aussicht genommen, worauf wir demnächst zurückkommen werden.

Glaubte man sich nachmittags im hannoverschen Hauptquartiere der Hoffnung hingeben zu dürfen, am nächsten Tage im Besitze von Gotha zu sein und damit einen wesentlichen Fortschritt zum Weitermarsche nach Süden zu erzielen, so sollte diese Zuversicht durch den demnächstigen Eingang von Nachrichten, welche die Anwesenheit größerer feindlicher Streitkräfte meldeten, wesentlich erschüttert werden.

Der auf Rekognoszierung ausgerittene Volontär Graf Hardenberg*) überbrachte gegen Abend die Kundschaft nach Langensalza, daß zufolge der Aussage von Landleuten auf der Linie Gotha-Eisenach beträchtliche feindliche Truppenmassen (angeblich 30 bis 40000 Mann) vorhanden sein sollten. Diese Nachricht schien auch anderweitig ihre Bestätigung zu finden, als abends die Rittmeister Prinz Solms und Freiherr v. Wangenheim von der Garde du Corps plötzlich mit einer ähnlichen Meldung im Hauptquartiere erschienen, welche auf den folgenden Vorgang zurückzuführen war.

Nachdem die Reserve-Kavallerie nachmittags ihr Bivouak bei Tüngeda bezogen, hatte die Besitzerin des benachbarten Rittergutes Sonneborn, die Freifrau v. Wangenheim, in Begleitung ihrer Tochter nach dem Lagerplatze der Kürassier-Brigade sich begeben, um, dem Zuge der mütterlichen Gefühle folgend, ihren bei der hannoverschen Garde du Corps dienenden Sohn, den oben erwähnten Rittmeister, aufzusuchen und sich die Freude eines gegenseitigen Wiedersehens zu schenken. Wie die Damen bei ihrem Besuche des Bivouaks erzählten, sollte, den um-

---

*) War früher Rittmeister in österreichischen Diensten gewesen und hatte sich der hannoverschen Armee freiwillig angeschlossen.

schwirrenden Gerüchten zufolge, der ganze Thüringer Wald von preußischen Truppen besetzt sein. Man hielt diese Mitteilung für wichtig genug, daß die Rittmeister Prinz Solms und Freiherr v. Wangenheim sie schleunigst nach Langensalza in das Hauptquartier überbrachten.

Der General v. Arentsschildt glaubte an der Richtigkeit jener Nachrichten nicht zweifeln zu sollen, nachdem sie von zwei Seiten bestätigt wurden. Ihr Einfluß konnte nur ein deprimierender sein, unter welchem die bisherige Zuversicht wieder sehr ins Schwanken geraten mußte. Als demnächst der Lieutenant v. Ahlefeld von Königin-Husaren (s. S. 542) mit der Meldung eintraf, Eisenach vom Feinde unbesetzt gefunden zu haben, meinte man daher anfänglich, die Richtigkeit dieser Nachricht insofern bezweifeln zu dürfen, daß der Offizier wahrscheinlich hinsichtlich des Ortes in einem unfreiwilligen Irrtume sich befand. Es war schon am späten Abende, als der Oberstlieutenant vom Generalstabe, Rudorff, Kenntnis von jener Meldung des Lieutenants v. Ahlefeld erhielt, was ihn, obwohl er vorläufig auch noch an deren Zuverlässigkeit zweifelte, doch zu dem Ansuchen bei dem kommandierenden General bewog, ihm gestatten zu wollen, am nächsten Morgen mit einer Avantgarde (1 Bataillon und einigen Eskadronen) von der Brigade Bülow zur Rekognoszierung gegen Eisenach vorgehen und, falls er es unbesetzt fände, die ganze Brigade dahin nachziehen zu dürfen. Es gelang dem Oberstlieutenant Rudorff, den General v. Arentsschildt für diesen Plan empfänglich zu machen, so daß derselbe seine Genehmigung hierzu erteilte, wovon auch der General-Adjutant, Oberst Dammers, Kenntnis erhielt *).

Während dieser Vorgänge war vollkommen unerwartet der am hannoverschen Hofe beglaubigte russische Gesandte v. Persiany in Langensalza eingetroffen. Derselbe hatte von seinem Monarchen den Auftrag erhalten, schleunigst in das Hauptquartier des Königs Georg sich zu verfügen, um demselben für allenfallsige Verhandlungen mit Preußen

---

*) Danach ist die Angabe bei Klopp, „Rückblicke ꝛc.“, S. 67, und „Die Hannoveraner vor Eisenach“, S. 13, zu berichtigen. Ein Kriegsrat im eigentlichen Sinne des Wortes hat damals nicht stattgefunden. Klopp irrt sehr, wenn er ausführt, daß schon am 23. nachts der Durchbruch über Eisenach beschlossene Sache war; vielmehr stand damals noch die oben angeführte Disposition zum Marsche auf Gotha in Geltung.

die Dienste seines Kaisers anzubieten. Seines hohen Alters und seiner Kränklichkeit ungeachtet begab sich der russische Gesandte am 21. Juni nachmittags auf die Reise, um seine Schritte zunächst nach Göttingen zu lenken, in der Hoffnung, das königliche Hauptquartier noch dort zu finden. Nachdem er in Begleitung des ihm für diese Reise zur Verfügung gestellten hannoverschen Postsekretärs Denkert per Bahn über Braunschweig nach Goslar gegangen und daselbst übernachtet hatte, setzte er am 22. mittelst Extrapost die Reise über Clausthal und Osterode nach Göttingen fort, um jedoch hier nicht den König, sondern die bereits daselbst eingerückten preußischen Truppen zu finden. Noch in der Nacht eilte v. Persiany nach Heiligenstadt weiter, um von hier, da nach den in Göttingen erhaltenen Informationen der Marsch der hannoverschen Armee gegen Eisenach gehen sollte, über Wanfried und Kreuzburg die Reise in dieser Richtung fortzusetzen. Am 23. bald nach Mittag erreichte der russische Gesandte Eisenach, eben als die unter Lieutenant v. Ahlefeld dahin gestreifte hannoversche Husaren-Patrouille, mit welcher man sich jedoch nicht mehr verständigen konnte, die Stadt verließ. Da die eingezogenen Nachrichten vermuten ließen, daß die hannoversche Armee in der Gegend von Langensalza zu suchen sein dürfte, setzte der Gesandte nach kurzer Rast in Eisenach die Fahrt in jener Richtung fort. Bei Groß-Behringen stieß er bereits auf die Brigade Bülow und erhielt hier die Gewißheit, das königliche Hauptquartier in Langensalza zu finden. Um 6 Uhr abends traf er daselbst tief erschöpft ein und meldete sich unverzüglich bei dem Könige Georg. Dem Grafen Ingelheim, welcher jeder Übereinkunft mit Preußen widerstrebte, war das Erscheinen des russischen Gesandten nichts weniger als opportun und in Übereinstimmung mit dem seinem Einflusse unterliegenden Grafen Platen suchte er daher für die Wiederentfernung jenes unwillkommenen Sendboten zu wirken. Ihren gemeinschaftlichen Bemühungen gelang es, den König Georg mit Rücksicht auf Persianys schwankende Gesundheit für dessen Beurlaubung zu gewinnen. Noch am nämlichen Abende erklärte demnach der König dem russischen Gesandten, daß, so dankbar er auch dem Kaiser Alexander für die bethätigte Teilnahme sein müsse, er sich doch von weiteren Verhandlungen mit Preußen keinen Erfolg verspreche (obwohl man eben im Begriffe war, solche in Gotha einzuleiten) und ihn daher auch nicht den Anstrengungen des Feldzugs unterworfen wissen

wolle. Er bat daher den Gesandten, nach Hannover zurückzukehren, um dort der Königin und den Prinzessinnen nahe zu sein. Nachdem Graf Ingelheim inzwischen bemüht gewesen, dem russischen Gesandten eine abschreckende Schilderung von den Strapazen des Feldzugs zu machen, war es dem bejahrten und kränkelnden Herrn v. Persiany nicht unwillkommen, sich vom Könige wieder nach Hannover beurlaubt zu sehen, wohin er am anderen Morgen über Gotha zurückreiste. Somit wurde eine neue Gelegenheit, um vielleicht zu einem Ausgleiche mit Preußen zu gelangen, vom Könige Georg und seinen Ratgebern zurückgewiesen, obwohl der Einfluß des russischen Gesandten bei den in Gotha angeknüpften Verhandlungen von nicht zu unterschätzendem Einflusse am Berliner Hofe gewesen sein dürfte. —

Während im hannoverschen Hauptquartiere diese Situation Platz griff, fand die angeordnete nächtliche Expedition zur Zerstörung der Eisenbahn bei Mechterstedt statt, mit deren Leitung bekanntlich der Major im Generalstabe, v. Arentsschildt, beauftragt war, indem ihm eine etwa 46 Mann starke Pionier-Abteilung und die 4. Eskadron des Garde-Kürassier-Regiments zur Verfügung gestellt wurden (s. S. 540).

Nachdem die Eskadron bis 7 Uhr abends in Tüngeda geruht hatte, brach Major v. Arentsschildt mit ihr in der achten Stunde auf, um zunächst über Wolfs-Behringen auf Burla vorzugehen. Bei der Nordmühle schloß sich die auf 7 Wagen gesetzte Pionier-Abteilung an. Zur Sicherung der linken Flanke des Detachements war schon früher von der Brigade Bülow ein Zug Kronprinz-Dragoner (unter Lieutenant v. Frese) gegen Friedrichswerth entsendet worden, welcher jedoch auf die noch daselbst stehende preußische Landwehr-Husaren-Eskadron Merseburg stieß und Feuer erhalten hatte, so daß er über jenen Ort hinaus nicht vordringen konnte. Als Major v. Arentsschildt gegen 8 Uhr abends Friedrichswerth sich näherte und das Vorstehende durch den Lieutenant v. Frese gemeldet erhielt, ließ er die durch den Dragonerzug in der Flanke begleitete Kürassier-Eskadron gegen den Ort vorgehen, um die feindlichen Husaren, welche dort ein Hindernis für die Fortsetzung der Expedition gewesen sein würden, zurückzudrängen. Vor dem entschlossenen Anrücken der Kürassiere repliierte sich die preußische Eskadron, von den ersteren bis zum Walde bei Weingarten verfolgt, über letzteren Ort auf

Sättelstedt, wo sie zu der dort postierten 9. Compagnie 4. Garde-Regiments stieß. Die hannoversche Eskadron kehrte, ebenso wie später die dem Feinde noch weiter gefolgten Patrouillen, dagegen nach Friedrichswerth zurück, wo Major v. Arentsschildt vorläufig stehen zu bleiben beschloß, um den Gegner das Ziel der Expedition nicht erkennen zu lassen. Südlich des Orts wurden in hohem Getreide einige Vedetten ausgestellt und der Rittmeister Meyer mit 30 Kürassieren an der Straße nach Weingarten in einen Hinterhalt gelegt. Lieutenant v. Frese rückte dagegen mit seinem Zuge Kronprinz-Dragoner zur Brigade Bülow ein, um das bisher Geschehene zu melden. Während dieses Haltes in Friedrichswerth erhielt Major v. Arentsschildt zugleich die Nachricht, daß bei Mechterstedt per Bahn preußische Infanterie, angeblich ein Bataillon, eingetroffen sei.

Inzwischen dunkelte es. Nachdem zwei aus nördlicher Richtung kommende preußische Husaren-Patrouillen von den an dem dortigen Ortseingange stehenden Pionieren mit einigen Schüssen begrüßt worden waren, trabte später, um 11 Uhr nachts, eine andere feindliche Husaren-Patrouille an, welche aber, von dem aus seinem Hinterhalte hervorbrechenden Rittmeister Meyer attakiert, schleunigst auf Teutleben davonritt.

Um den Gegner über seinen folgenden Marsch zu täuschen, zog sich Major v. Arentsschildt mit dem gesamten Detachement alsbald nach Abweisung der letzten Patrouille auf die Nordmühle zurück, um von hier aus über Wolfs-Behringen (Haina links lassend) und Ebenheim gegen Burla vorzugehen. Er ritt mit einigen Kürassieren der Kolonne voraus, um sich immer des richtigen Weges zu vergewissern; rückwärts folgte die Eskadron, in ihrer Mitte die Pioniere auf 7 Wagen. Die Nacht war nicht ganz hell, da sowohl die den Wiesen entsteigenden dichten Nebel, wie die am Himmel ziehenden und den Mond zeitweise verschleiernden Wolken die Fernsicht beschränkten. Bei dem Marsche durch Wolfs-Behringen und Ebenheim begegnete man auf den Straßen noch Leuten, denen gegenüber der Major v. Arentsschildt seine Reiterei für preußische Kürassiere ausgab und dann durchgängig von den Einwohnern die Zusicherung bekam, daß man bei Mechterstedt preußische Infanterie antreffen würde.

Ohne weiteren Zwischenfall erreichte das Detachement Burla und ging nun in der Richtung auf Sättelstedt weiter, während der Ritt-

meister Freiherr v. Hammerstein mit beiläufig 40 Kürassieren gegen Mechterstedt disponiert wurde, um aus einer gedeckten Stellung in dieser Richtung zu beobachten. Als das Detachement der eine Viertelstunde südlich Burla befindlichen Eisenbahn auf 6= bis 800 Schritte sich genähert hatte, blieben die Wagen unter dem Schutze der kleineren Hälfte der Pionier-Abteilung daselbst zurück, während Major v. Arentsschildt mit den übrigen Pionieren und dem Reste der Eskadron weiter vorging. Als man der Bahn näher kam, fand man, daß dieselbe hier einen ziemlich hohen Damm passierte, auf welchem zeitweise feindliche Infanterie-Patrouillen sichtbar wurden. Premier-Lieutenant Götze (von den Pionieren) rekognoszierte den Bahnkörper und kam unbemerkt bis oben hinauf. Der durch den Bahndamm geführte Durchlaß, welcher in der Verlängerung des von dem Detachement verfolgten Weges lag, erwies sich durch Hürden oder dergleichen gesperrt; jenseits ließ sich ein Doppelposten wahrnehmen *).

Da es bei der großen Nähe des Feindes nicht ratsam erscheinen konnte, hier an das Zerstörungswerk zu gehen, wurde beschlossen, weiter ostwärts, in der Richtung auf Mechterstedt, eine günstigere Stelle zu suchen. Durch das hohe Getreide gedeckt, setzte sich das Detachement nunmehr dahin in Marsch.

Major v. Arentsschildt eilte zu den rückwärts haltenden Wagen, um sie gleichfalls in der neuen Richtung folgen zu lassen. Alsbald nach seiner dortigen Ankunft trat plötzlich auf kaum 15 Schritte Entfernung eine 3 Mann starke preußische Infanterie-Patrouille aus dem hohen Getreide und wurde, nachdem anfänglich beide Teile verblüfft, von den Pionieren mit Arentsschildts Hilfe, festgenommen, ohne daß ein Schuß gefallen wäre. Die Gefangenen sagten aus, daß sie zu 2 Bataillonen des 4. Garde-Regiments gehörten, welche, in der vergangenen Nacht von Berlin abgegangen, angeblich ein halbes Bataillon bei Sättelstedt zurückgelassen hätten, während die anderen 1½ Bataillone Eisenach besetzt hielten. Major v. Arentsschildt ließ die 3 Gefangenen (es war etwa gegen 2 Uhr nachts) auf einen Wagen setzen und unter Bedeckung zur Brigade Bülow abführen, wo sie gegen 4 Uhr morgens zwar

*) Der Zug mit dem von Weimar nach Eisenach gehenden Garde-Bataillon war etwa eine Viertelstunde zuvor auf dieser Strecke passiert.

richtig abgeliefert, aber nicht weiter examiniert wurden, wie uns die Folge zeigen wird.

Das Detachement war unterdessen gegen Mechterstedt weitergegangen, um dort die Zerstörung des Bahnkörpers zu versuchen. Die preußischen Vorposten hatten zwar Wagengerassel und Pferdegewieher gehört, und es war demzufolge auch in der betreffenden Richtung eine Patrouille entsendet worden, welche indessen nichts zu entdecken vermochte, da inzwischen der Feind weitergezogen war.

Während Major v. Arentsschildt wieder beim Detachement eingetroffen, war es dem Premier-Lieutenant Götze mit seinen Pionieren gelungen, den Bahndamm hinaufzuschleichen und mit den Zerstörungsarbeiten zu beginnen. Da der in der Ferne auf dem Bahndamm stehende preußische Posten ein verdächtiges Geräusch an den Telegraphenstangen vernahm, wurde auf seine Meldung seitens der rückwärtigen Feldwache des Lieutenants v. Renouard ein Unteroffizier mit einer Sektion gegen den bezeichneten Punkt vorgeschickt, welche, als sie die Gestalten der arbeitenden hannoverschen Pioniere bemerkte, auf dieselben ein kurzes Schnellfeuer eröffnete, nachdem sie auf Anruf keine Antwort erhalten hatte. Unter Zurücklassung einer Tonne Pulver und verschiedenen Handwerkzeugs verschwanden die hannoverschen Pioniere schleunigst im Nebel und konnten daher nicht verfolgt werden.

Während die letzteren nunmehr zu den Wagen eilten, ging der Rittmeister Freiherr v. Hammerstein mit seiner Kürassier-Abteilung auf eine diesbezügliche Meldung des Majors v. Arentsschildt bis zu dem Punkte zurück, wo er sich ursprünglich vom Detachement getrennt hatte, um hier eine Aufnahmestellung zu beziehen. Als das Detachement mit den Wagen sich zum Rückzuge aufmachte, waren die vom Schrecken übermannten Fuhrleute nicht zu halten, sondern gingen in wilder Fahrt davon, um erst hinter der Aufnahmestellung des Rittmeisters Freiherrn v. Hammerstein durch des letzteren Eingreifen wieder zum Stehen gebracht zu werden. Es wurde hier zunächst einige Zeit gehalten, da sowohl Premier-Lieutenant Götze, wie 3 Pioniere noch fehlten. Als es aber zu tagen begann, ohne daß dieselben eingetroffen gewesen wären, mußte Major v. Arentsschildt auf den nunmehr angetretenen Rückmarsch Bedacht nehmen. Nachdem die Pioniere bei der Mordmühle entlassen, erreichte der Führer des Detachements mit der

Kürassier-Eskadron gegen 6 Uhr morgens den Lagerplatz bei Tüngeda wieder, wo sich die Reserve-Kavallerie eben zum Aufbruche rüstete*). Premier-Lieutenant Götze war mit den fehlenden Pionieren der Gefangenschaft entgangen und traf später bei der Brigade Bülow wieder ein. Die Zerstörung der Eisenbahn war unter solchen Umständen also mißlungen. —

Um für die späteren Vorgänge des 24. Juni das nötige Verständnis zu gewinnen, müssen wir hier zunächst die Mission des hannoverschen Majors v. Jacobi weiter verfolgen und den Faden der Erzählung dort wieder aufnehmen, wo wir diesen Parlamentär verließen.

Vom Oberst v. Fabeck bei Remstedt empfangen, wurde der hannoversche Sendbote nach Gotha geleitet (s. S. 562) und bei seiner gegen ½10 Uhr nachts hier erfolgenden Ankunft zum Zwecke der mit Berlin zu eröffnenden Verhandlungen nach dem Staats-Telegraphenbüreau geführt, welches in der herzoglichen Orangerie auf der nach dem Bahnhofe führenden Friedrichsstraße sich befand. Hier traf Major v. Jacobi um 10 Uhr nachts mit dem Oberst v. Fabeck, der ihn für kurze Zeit verlassen hatte, wieder zusammen. Nach gegenseitiger Vereinbarung brachte der letztere folgendes Telegramm an den Chef des preußischen Generalstabes, General Freiherrn v. Moltke in Berlin, zum Abgange:

„Herrn General von Moltke die Meldung, daß in Folge der mir aufgetragenen Einleitung zur Parlamentirung mit dem Höchstcommandirenden der Kgl. Hannov. Armee der Major Jacobi sich dahin zu mir geäußert hat, daß die Aufforderung zur Waffenstreckung von Sr. Majestät dem Könige von Hannover auf das Bestimmteste zurückgewiesen werde, jedoch der Schluß der Depesche, welche zur Einholung etwaiger Bedingungen rede, weitere Verhandlungen herbeiführen könne, zu deren

*) Nach einer dem Verfasser zugegangenen Mitteilung hätte hier der Major v. Arentsschildt dem Rittmeister der Garde du Corps, Freiherrn v. Wangenheim, welcher eben im Begriffe war, nach Langensalza in das Hauptquartier abzureiten, die Meldung mitgegeben, daß Eisenach von zwei preußischen Garde-Bataillonen besetzt sei.

Einleitung der Major von Jacobi von seinem Höchstcommandirenden autorisirt sei. Major Jacobi wünscht die sofortige Einleitung dieser Angelegenheit umgehend per Telegramm zur Beendigung in zwei Stunden.

(gez.) von Fabeck."

Während man dem Eingange einer Antwort aus Berlin entgegensah, hatte sich Major v. Jacobi in Begleitung eines Offiziers nach dem in der Nähe des Telegraphenbüreaus befindlichen Gasthofe zur „Stadt Coburg" begeben, um daselbst etwas zu genießen. Hier in ein besonderes Zimmer geführt und von seinem Begleiter auf kurze Zeit allein gelassen, benutzte er die sich ihm bietende Gelegenheit, um den anwesenden Kellner über die Verhältnisse in Gotha zu befragen. Der letztere, welcher ihn wegen der ähnlichen Uniform für einen preußischen Offizier halten mochte, erwiderte, daß man in großer Besorgnis vor den Hannoveranern gewesen, daß aber seit der vergangenen Nacht ein Eisenbahnzug um den anderen gekommen sei und damit 10 000 Mann unter einem General, Namens Göben, eingetroffen und in die Umgegend gerückt wären. Diese Angabe einer unbefangenen Person, wie es der Kellner zu sein schien, war wohl geeignet, die Aufmerksamkeit des hannoverschen Offiziers zu erregen und in ihm die Vermutung wach zu rufen, daß auch die anderen auf Gotha führenden Straßen vom Gegner mit entsprechenden Streitkräften bewacht würden, wie es in der Richtung auf Langensalza der Fall war, wo Major v. Jacobi 4 Bataillone und eine Batterie zu erkennen vermocht hatte. Die Voraussetzung schien unter solchen Umständen nicht ungerechtfertigt, daß die auf jenen Straßen gegen Langensalza vorgeschobenen Abteilungen nur die Vortruppen des rückwärts stehenden Gros waren. Bei dem Wiedereintreten seines Begleiters mußte Major v. Jacobi das Gespräch mit dem Kellner abbrechen, und begab er sich, nachdem er eine Mahlzeit eingenommen hatte, in das Telegraphenbüreau zurück, wo sich auch Oberst v. Fabeck befand und des Einlaufens einer Depesche aus Berlin harrte.

Während seines Zusammenseins mit dem preußischen Commandeur verabsäumte der Major v. Jacobi nicht, die Bemerkung in der durch Hauptmann v. Ziehlberg überbrachten Depesche, daß die hannoversche Armee von allen Seiten umstellt sei, zum Gegenstande ernster Erörterungen zu machen. Er erklärte, daß man hannoverscherseits durchaus noch nicht

die Überzeugung gewonnen habe, die fragliche Voraussetzung als eine jeden Zweifel ausschließende betrachten zu dürfen und somit auch nicht in der Lage sei, die daran geknüpfte Aufforderung zur Kapitulation als eine durch die thatsächlichen Verhältnisse gerechtfertigte zu erkennen. Oberst v. Fabeck entgegnete, zwar nicht zu detaillierten Eröffnungen in dieser Beziehung autorisiert zu sein, aber immerhin versichern zu können, daß Streitkräfte in hinlänglicher Anzahl vorhanden, um den Durchbruch der hannoverschen Armee zu verhindern. Der preußische Commandeur bekräftigte diese Erklärung mit solcher Zuversichtlichkeit, daß der hannoversche Parlamentär, besonders auch mit Rücksicht auf die Aussage des Kellners in dem Gasthofe zur „Stadt Coburg“, nicht ohne weiteres zu der Schlußfolgerung sich berechtigt sehen konnte, daß der Gegner zur Zeit bei Gotha nur über ungenügende Streitkräfte verfügte. Der Zufall wollte es, daß dem Major v. Jacobi die Ankunft von Verstärkungen in Gotha nur um so plausibler erscheinen sollte, als die gegen 11 Uhr nachts aus Dresden eintreffende 4. reitende Batterie Nr. 7 (s. S. 559) auf ihrem Marsche vom Bahnhofe nach der Kaserne unter den Fenstern des Telegraphenbüreaus vorüber passierte.

Da die Antwort auf das Telegramm des Oberst v. Fabeck noch ausstand, schrieb der Major v. Jacobi eine Meldung an den General v. Arentsschildt, um demselben anzuzeigen, daß er nicht wider seinen Willen in Gotha zurückgehalten würde, sondern nur wegen Verzögerung des aus Berlin erwarteten Bescheids zum Bleiben genötigt sei. Das betreffende Schreiben wurde sogleich an die Vorposten bei Warza befördert, von wo es der dort zurückgebliebene hannoversche Spielmann in das Hauptquartier nach Langensalza überbrachte.

Um Mitternacht traf die sehnlichst erwartete Depesche aus Berlin ein. Die hannoverscherseits kund gegebene Absicht, in weitere Verhandlungen zu treten, hatte daselbst eine entgegenkommende Aufnahme gefunden. Von dem Wunsche durchdrungen, zu einer Kampf und Blutvergießen ausschließenden Übereinkunft mit Hannover zu gelangen, verzichtete der König von Preußen auf die in dem ersten Telegramm des Generals v. Moltke enthaltene Aufforderung zur Waffenstreckung im freien Felde, um dagegen den Rückmarsch der hannoverschen Truppen mit Waffen und Gepäck nach Göttingen anzubieten, wo dieselben unter Ablieferung des Kriegsmaterials in die Heimat entlassen werden sollten.

Das nachstehende, um Mitternacht in Gotha einlaufende Telegramm des Generals Freiherrn v. Moltke an den Oberst v. Fabeck formulierte die diesbezüglichen Bedingungen wie folgt:

„Sind ermächtigt, abzuschließen, wenn folgende Bedingungen angenommen werden:

1.) Se. Maj. der König und Kronprinz mit dem vom Könige zu erwählenden Gefolge haben freien Abzug nach jedem Orte außerhalb Hannover.

2.) Die hannoverschen Truppen marschiren sodann in zu verabredenden Etappen mit Waffen und Gepäck nach Göttingen.

3.) In Göttingen werden die Mannschaften in die Heimath entlassen; die Offiziere treten auf Halbsold und wählen ihren Aufenthalt nach Belieben, behalten Waffen, Gepäck und ihre Pferde.

4.) Die übrigen Pferde und Waffen nebst sonstigem Kriegsmaterial werden in Göttingen nach Entlassung der Mannschaften von preußischen Commissären übernommen.

von Moltke.“

Die hier proponierte Übereinkunft war somit ausschließlich militärischer Natur und sah von der Forderung politischer Verpflichtungen ab.

Nachdem Oberst v. Fabeck dem Major v. Jacobi die vorstehenden Bedingungen mitgeteilt hatte, richtete der letztere vermöge seiner Instruktion, welche den freien Durchmarsch nach Süddeutschland als das anzustrebende Ziel bezeichnete, sofort das folgende, diesen Standpunkt vertretende Telegramm nach Berlin:

„Herrn General von Moltke
in Berlin.

„Seine Majestät der König will Allerhöchstihrer Truppen Schicksal theilen. Es wird darum nachgesucht, daß den Truppen ein Weg nach dem Süden Deutschlands geöffnet werde, woselbst sie längere Zeit den Feindseligkeiten fern bleiben können.

Jacobi,
Kgl. Hannov. Major im Gen. Stab.“

Als bis 3 Uhr morgens (24. Juni) auf diese Depesche noch keine Antwort aus Berlin eingelaufen war, forderte der Major v. Jacobi seine Entlassung, da die Zeit zu seiner Abreise nach Langensalza drängte, wo man sich voraussichtlich binnen kurzem zur Aufnahme der für den heutigen Tag projektierten Operationen rüstete. Obwohl Anzeichen dafür zu sprechen schienen, daß der Feind in der Gegend von Gotha durch mittlerweile herangezogene Verstärkungen über stärkere Streitkräfte verfügte, ohne daß jedoch dem hannoverschen Vertreter hierfür die unbedingte Sicherheit gegeben war, erachtete es der Major v. Jacobi für ratsam, unter Bezugnahme auf die in der ersten Kapitulationsaufforderung geltend gemachte Umstellung der hannoverschen Armee, noch kurz vor seiner Abreise ein Telegramm nach Berlin zu richten, in welchem er die Notwendigkeit für die hannoversche Armee betonte, von der angeblichen gegnerischen Übermacht vorerst durch Augenschein sich zu überzeugen, bevor in nähere Verhandlungen wegen einer Kapitulation eingetreten werden könne. Die fragliche Depesche lautete:

„Herrn General von Moltke.

„Es wird darum nachgesucht, daß einem hannoverschen Officier gestattet werde, sich von der Uebermacht, welche die völlige Umschließung bilden soll, durch Augenscheinnahme zu überzeugen. Nur dann werden Truppen, die bis dahin allgemein geachtet worden sind, zur Capitulation im freien Felde veranlaßt werden können, wenn Gegenwehr unmöglich ist.

„Ich bin beauftragt, die gestellten Bedingungen ad referendum zu nehmen.

Jacobi,
Kgl. hannov. Major
im Gen. Stbe."

Der hannoversche Parlamentär hatte eben den zu seiner Rückreise nach Langensalza bereit stehenden Wagen bestiegen, als ihm das folgende, um 3 Uhr morgens in Berlin aufgegebene und 19 Minuten später in Gotha eingetroffene Telegramm des Generals Freiherrn v. Moltke behändigt wurde, welches die vorläufige Antwort auf die Forderung des freien Durchmarsches nach Süden war:

„An
hannoverschen Major Jacobi
Gotha.

„Ich glaube nicht, daß Se. Majestät der König über die schon gemachten wesentlichen Zugeständnisse hinaus noch etwas bewilligen wird, kann aber die Allerhöchste Entscheidung erst bis um 7 oder 8 Uhr früh herbeiführen

v. Moltke.“

Der Major v. Jacobi befand sich also bei seiner Abreise von Gotha vorläufig nur im Besitze der preußischen, jede politische Verpflichtung ausschließenden Proposition, welche den Rückmarsch der hannoverschen Armee nach Göttingen und ihre dortige Entlassung bezweckte. Ohne weitere Zusagen gemacht zu haben und ohne zu dem Herzoge von Coburg in irgendwelche Beziehungen getreten zu sein*), verabschiedete sich Major v. Jacobi von dem bei seiner Abreise anwesenden Oberst v. Fabeck und verließ um 3½ Uhr morgens Gotha. Die Augen wurden ihm zwar nicht verbunden, dagegen die Vorhänge des Wagens vorgezogen, so daß er nach außen keine Beobachtungen machen konnte. Unter Führung eines Offiziers wurde er zu den Vorposten zurückgeleitet, wo sein dort verbliebener Kutscher den Wagen wieder übernahm und die Fahrt nach Langensalza fortsetzte**). —

---

*) Die Darstellung bei Meding, a. a. O., Bd. II, S. 162, daß v. Jacobi bei seiner ersten Sendung nach Gotha mit dem Herzoge von Coburg verhandelte und hierbei im Widerspruche mit seinem Auftrage freien Durchzug für die Armee forderte, ist eine leichtfertige Erfindung.

**) Die Angabe bei Klopp, „Die Hannoveraner vor Eisenach“, S. 7, daß v. Jacobi in das hannoversche Hauptquartier zurückkehrte, bevor überhaupt noch eine Anwort aus Berlin auf sein Telegramm eingegangen war, ist unrichtig. Wenn späterhin bei der leidenschaftlichen Polemik über diese Verhandlungen von hannoverscher Seite gehässige Betrachtungen daran geknüpft worden sind, daß auf den vom Major v. Jacobi gestellten Antrag bezüglich des freien Durchmarsches nicht eine sofortige Entscheidung aus Berlin erfolgte, so fallen diese Angriffe in sich zusammen, wofern man in Erwägung zieht, daß die betreffende Depesche in den ersten Morgenstunden Berlin erreichte, also zu einer ungewöhnlichen Zeit, wo man nicht erwarten durfte, sofort eine Beratung beim Könige stattfinden zu sehen. Durchaus erklärlich ist es daher, daß der General Freiherr v. Moltke die Entscheidung erst für 7 bis 8 Uhr morgens in Aussicht stellte.

Während der Major v. Jacobi in dieser Mission sich nach Gotha begab, wurde der dem hannoverschen Hauptquartiere gefolgte Archivrat Klopp von dem österreichischen Gesandten Grafen Ingelheim mit der Überbringung von Depeschen an den österreichischen Bundestags-Gesandten Freiherrn v. Kübeck in Frankfurt und an den Minister der auswärtigen Angelegenheiten Grafen Mensdorff in Wien beauftragt, welche den Zweck hatten, auf eine energische Unterstützung der hannoverschen Armee durch die bayerische Heerführung hinzuwirken. Klopp verließ um Mitternacht Langensalza zu Wagen und passierte in den ersten Morgenstunden Gotha, wo der Major v. Jacobi verhandelte. Unbehindert über den Thüringer Wald gekommen, traf der Archivrat noch am 24. abends in Lichtenfels ein, sah sich aber wegen des gestörten Eisenbahnverkehrs bis zum 25. nachmittags daselbst aufgehalten. Indessen telegraphierte er unverzüglich nach seiner Ankunft in Lichtenfels sowohl nach Frankfurt wie München und Wien. Von dem österreichischen Bundestags-Gesandten ging ihm darauf am 25. morgens die telegraphische Antwort zu, daß derselbe sowohl dem Prinzen Karl von Bayern und dem Prinzen Alexander von Hessen, wie auch nach Wien von dem Auftrage Klopps Nachricht gegeben, womit der Vorschlag an den letzteren verbunden war, sich schleunigst in das bayerische Hauptquartier nach Bamberg zu verfügen, um dort persönlich nähere Mitteilungen über die Lage der Hannoveraner zu machen. Nachdem sich dem hannoverschen Abgesandten aus dem oben erwähnten Grunde keine frühere Gelegenheit hierzu geboten hatte, setzte er noch am 25. mit dem nur einmal täglich in dieser Richtung verkehrenden Eisenbahnzuge um 1¾ Uhr nachmittags von Lichtenfels die Reise nach Bamberg fort.

Mittlerweile war jedoch am 24. Juni abends von dem Sachsen-Meiningenschen Ministerium im bayerischen Hauptquartiere die Meldung eingelaufen, daß die hannoversche Armee kapituliert hätte. Obwohl diese Nachricht durch anderweitige, noch am nämlichen Abende eingegangene Botschaften dahin rektifiziert wurde, daß nur ein Waffenstillstand abgeschlossen worden sei und weitere Verhandlungen stattfänden, was, wie uns die Folge zeigen wird, der thatsächlichen Begründung nicht entbehrte, so glaubte man im bayerischen Hauptquartiere doch aus jenen Meldungen zu der Schlußfolgerung berechtigt zu sein, daß man hannoverscherseits auf einen gewaltsamen Durchbruch verzichte. Da aber gleich-

zeitig die Ansammlung größerer feindlicher Streitkräfte im Werra-Thale avisiert wurde, beschloß die bayerische Heerführung die Konzentrierung ihrer Armee in der Richtung auf Meiningen und leitete dieselbe am 25. Juni ein.

Unter diesen Verhältnissen langte der Archivrat Klopp am 25. nachmittags in Bamberg an, wo er sich sofort bei dem Generalstabs-Chef, General-Lieutenant Freiherrn von der Tann, meldete und demselben in Ermangelung einer anderen Legitimation als Kreditive das ihm zuletzt aus Frankfurt zugegangene Telegramm überreichte. Nachdem Klopp den General mit dem Zwecke seiner Mission bekannt gemacht hatte, entgegnete dieser, daß eine Nachricht von Eisenach her die Kapitulation der hannoverschen Armee melde. Klopp bestritt die Begründung jener Nachricht auf das entschiedenste unter Hinweis auf die für die hannoversche Armee gegebenen Verhältnisse und den festen Entschluß des Königs Georg, eher alles andere über sich ergehen lassen zu wollen, als zu kapitulieren. Da der General, welcher sich in abfälligen Betrachtungen über die Führung der hannoverschen Armee erging, den Einwand geltend machte, daß seit Klopps Abreise von Langensalza 36 Stunden verflossen und die Situation daher sich wesentlich geändert haben könne, wies der letztere auf die militärische Lage in Thüringen hin und hob hervor, daß er bei seiner Reise nach Bayern nur geringfügige preußische Streitkräfte angetroffen habe. Freiherr von der Tann fuhr nunmehr mit dem hannoverschen Abgesandten nach dem Bahnhofe, um durch den Telegraphen in der Richtung auf Eisenach weitere Informationen zu gewinnen, wie es sich mit der Nachricht von der Kapitulation der Hannoveraner verhalte. Die darauf eingehende Antwort brachte keine unzweifelhafte Bestätigung hierfür, sondern vermochte sowohl in dieser wie anderer Beziehung nur von Gerüchten zu melden.

Mittlerweile fuhr der Prinz Karl am Bahnhofe vor, um sich wegen der bekanntlich nordwärts eingeleiteten Konzentrierung mit dem Hauptquartiere nach Schweinfurt zu begeben. Durch den Generalstabs-Chef dem Prinzen vorgestellt, schilderte Klopp dem letzteren die Situation der hannoverschen Armee in kurzen Zügen, indem er zugleich deren gerüchtsweise verlautende Kapitulation entschieden in Abrede stellte. Der Prinz, welcher Klopps dringendes Hilfegesuch sehr kühl aufnahm, erging sich gleichfalls in Betrachtungen über die Fehler der hannoverschen

Armeeleitung und fragte zum Schlusse: „Wie stark ist denn Ihre Armee?“ Als Klopp erwiderte: „19000 Mann“, entgegnete der Prinz: „Mit 19000 Mann schlägt man sich durch.“ Die anwesenden Offiziere gaben durch Kopfnicken ihre Übereinstimmung mit dieser Anschauung zu erkennen. Nachdem Klopp nochmals die Bitte um Unterstützung wiederholt hatte, wurde er von dem Prinzen mit den Worten entlassen: „Ich werde thun, was in meinen Kräften steht.“

Bitter enttäuscht setzte Archivrat Klopp seine Reise nach Wien fort, wo er am 27. Juni morgens eintraf und sogleich seine Depesche in der Staatskanzlei abgab. Während er allerorten warme Teilnahme für Hannover fand, wurde er am 28. auch vom Kaiser empfangen, welcher dem hannoverschen Gesandten am Wiener Hofe, General von dem Knesebeck, den Auftrag erteilt hatte, sich in das bayerische Hauptquartier zu begeben, um für die Rettung der hannoverschen Armee zu wirken. Indem der Kaiser, welcher die Klagen über die bayerische Heerführung teilte, den Archivrat Klopp hiervon verständigte, empfahl er ihm zugleich, dem General von dem Knesebeck sich anzuschließen, um einen Versuch zur Rückkehr in das hannoversche Hauptquartier zu machen.

Am 28. nachmittags reiste der General von dem Knesebeck in Begleitung Klopps von Wien ab und erreichte am 29. das Hauptquartier des Prinzen Karl in Neustadt an der Saale, eben als die bayerische Armee zur Rettung der Hannoveraner die aber alsbald wieder ins Stocken geratende Offensive ergriffen hatte, was uns späterhin noch spezieller beschäftigen wird. Am nächsten Tage setzte der Archivrat seine Reise nach Meiningen fort, wo er durch den österreichischen Gesandten, Grafen Ingelheim, und den hannoverschen Flügel-Adjutanten, Oberstlieutenant v. Kohlrausch, welche von Langensalza kamen, Kenntnis von der mittlerweile erfolgten Kapitulation erhielt, was ihn zur Umkehr nach Frankfurt am Main bewog, um daselbst weiterer Befehle zu harren. —

Unterziehen wir, am Schlusse dieses Abschnitts angelangt, die seitherigen Vorgänge auf dem westdeutschen Kriegstheater einer kurzen Betrachtung und Prüfung.

Während die hannoversche Armee im Rückzuge nach Göttingen begriffen, sahen wir die preußische 13. Division am 17. Juni in der feind-

lichen Landeshauptstadt eintreffen, welche zugleich das nächste Ziel für das von Harburg anrückende Manteuffelsche Corps wurde. Vorerst auf den Landmarsch angewiesen, erbot sich einem Teile des letzteren Corps, dem Detachement Korth, in Lüneburg der Vorteil des Eisenbahntransports, so daß dasselbe in der Lage war, am 19. Juni die hannoversche Residenz zu erreichen. Das Detachement Flies traf dagegen erst am 20. in Celle ein, um nach einem hier gehaltenen Ruhetage den 22. per Bahn zu der mittlerweile gegen Göttingen aufgebrochenen Armee herangezogen zu werden. Mit der Ankunft des Detachements Korth in Hannover hatte die 13. Division am 19. ihren Vormarsch nach dem 12 Meilen entfernten Göttingen, wohin sich den einlaufenden Nachrichten zufolge die hannoversche Armee zurückgezogen haben sollte, angetreten. Das Detachement Korth folgte jener Division am 21. auf dem über Braunschweig nach Seesen zur Verfügung stehenden Schienenwege.

Die Division Beyer, vorläufig nur mit der Occupation von Kurhessen beauftragt, eröffnete am 16. Juni von Wetzlar ihre Operationen gegen Kassel. Hierbei zumeist auf den Landmarsch angewiesen, dessen erster Tag eine das Leistungsvermögen der Truppen berücksichtigende Leitung vermissen ließ, traf ein Teil der Division am 19. in Kassel ein, nachdem die kurhessische Garnison von dort bereits über Bebra auf Hersfeld und Fulda abgezogen war. Das Gros der Division erreichte dagegen erst am 20. Juni die hessische Hauptstadt. Der Ruhe bedürftig, bezogen die Truppen in Kassel und der nächsten Umgegend Kantonnements. Obwohl man die hannoversche Armee in der Richtung über Münden zu vermuten hatte, wurde indessen weder eine alsbaldige Besetzung dieses nordwärts gelegenen Werra-Überganges in Betracht gezogen, noch eine Verteidigung der südlichen Ausgänge des dortigen Defilees in Aussicht genommen. Vielmehr glaubte man bei der Division Beyer, einen allenfallsigen Angriff aus jener Direktion durch ein seitliches Ausweichen sich entziehen zu sollen. Selbst der Sicherheits- und Kundschaftsdienst wurde in der Direktion auf Münden von preußischer Seite in nichts weniger als entsprechender Weise betrieben, so daß man niemals mit den dortigen hannoverschen Vortruppen Fühlung gewann und daher nur auf unbestimmte Nachrichten beschränkt blieb. Erst nachdem die Division Beyer am 21. Juni dem gegen Hannover kommandierenden General v. Falckenstein, mit dessen Hauptquartier sie seit dem 19. Juni

in telegraphischer Verbindung stand, unterstellt worden war, wurde zur Aufklärung gegen Münden geschritten und die Avantgarde zur eventuellen Besetzung dieses Punktes bestimmt.

Dagegen eröffnete die hannoversche Armee, wie uns bekannt, am 21. Juni von Göttingen ihren nach Süddeutschland projektierten Marsch und erreichte über Heiligenstadt und Mühlhausen am 23. Langensalza, ohne hierbei außer einem Patrouillengefechte bei Arnstein mit dem Feinde Fühlung gewonnen zu haben.

Bereits am 21. Juni nachmittags empfing der General v. Falckenstein aus Berlin von der obersten Heeresleitung die Nachricht von der Ankunft der Hannoveraner in Heiligenstadt, womit zugleich der Vorschlag zu Truppenentsendungen per Bahn über Magdeburg nach Thüringen verbunden war. Indessen glaubte sich der General, da er durch sein Corps damals noch nicht über diesbezügliche Nachrichten verfügte, trotz jener Meldung nicht in der weiteren Verfolgung des von ihm entworfenen Planes beirren lassen zu dürfen, welcher den Angriff der bei Göttingen präsumierten hannoverschen Armee auf den 23. Juni in Aussicht nahm, zu welchem Zwecke die 13. Division und das Detachement Korth am 22. bis in die Höhe von Nörten vorgehen sollten, während rückwärts das Detachement Flies in Seesen eintraf. In Verbindung mit jenem Plane erging bekanntlich am 21. Juni nachmittags auch an die Division Beyer der Befehl des Generals v. Falckenstein, auf den von Münden und Witzenhausen gegen Göttingen führenden Straßen vorzugehen und dieselben dem durch die preußische Hauptmacht aus nördlicher Richtung anzugreifenden Feinde zu verlegen.

Erst am 22. Juni morgens, als die 13. Division Northeim erreichte, ließen es die ihr hier zugehenden Nachrichten nicht mehr in Zweifel ziehen, daß die hannoversche Armee schon tags zuvor Göttingen in südlicher Richtung verlassen hatte. Rasch entschlossen, ordnete der General v. Göben die sofortige Fortsetzung des Marsches nach Göttingen an, welches das dahin vorauseilende Husaren-Regiment gegen Mittag erreichte und die Kunde von dem Abmarsche des Gegners vollkommen bestätigt fand.

Unterdessen hatte bei der Division Beyer bereits am 20. Juni nachmittags die Meldung von dem Abzuge einer hannoverschen Kolonne über Witzenhausen den Anlaß zu einer Detachierung in dieser Richtung

gegeben, welche zur Folge hatte, daß im Verlaufe des 21. das gesamte Gros unter General v. Glümer nach der Gegend von Eschwege rückte, mit Ausnahme der 2 Bataillone des Oberstlieutenants v. Henning, die irrtümlicherweise nach Allendorf ihren Marsch nahmen. Nachdem bis zum 21. nachts in unzweifelhafter Weise die Ankunft der Hannoveraner in Heiligenstadt konstatiert worden war, bezweckte der General v. Glümer, am 22. morgens seine Truppen bei Oetmannshausen zu konzentrieren, um entweder noch am Abende dieses Tages oder spätestens am 23. morgens den Feind in der Richtung gegen Mühlhausen aufzusuchen und ihm den Weg zu verlegen. Oberstlieutenant v. Henning hatte dagegen in seiner isolierten Lage den Beschluß gefaßt, am 22. früh von Allendorf seine Bewegung gegen Dingelstädt fortzusetzen, um dort den Feind überraschend anzugreifen und zu stellen. Der am 22. morgens dem General v. Glümer aus Kassel zugehende Befehl, welcher die Division Beyer in Verbindung mit dem für den 23. bei Göttingen beabsichtigten Angriff der hannoverschen Armee durch die preußische Hauptmacht nordwärts in Marsch setzte, durchkreuzte jene Anordnungen. Indem das Detachement Glümer demzufolge am 22. nach Witzenhausen und Allendorf abmarschierte, waren gleichzeitig die Avantgarde und die Reserve der Division Beyer auf der Straße Kassel-Münden-Göttingen zu dem nämlichen Zwecke in Bewegung.

Nachdem der General v. Falckenstein am 22. durch die seitens seiner Truppen erfolgte Besetzung von Göttingen nicht mehr, wie er es bisher gegenüber den diesbezüglichen Berliner Meldungen gethan, der Überzeugung sich verschließen durfte, daß der Feind von dort abgezogen war und da dessen südwärts gehende Bewegung auch durch die neuerdings aus der preußischen Hauptstadt einlaufenden Nachrichten ihre vollkommene Bestätigung fand, so erhielt die Division Beyer den Befehl zum Marsche nach Oetmannshausen, um an dem dortigen Straßenknotenpunkte für ein eventuelles Eingreifen gegen Eisenach konzentriert zu werden. Die Avantgarde und Reserve der eben genannten Division ereilte dieser Befehl noch am 22. abends, das Detachement Glümer dagegen erst am nächsten Morgen.

Dem Zusammenwirken dieser Umstände hatte es die hannoversche Armee zu danken, daß sie unbehindert am 23. Juni Langensalza erreichte und nur insofern von den Operationen des Gegners beeinflußt

worden war, daß man durch die am 21. erfolgte Ankunft des Detachements Glümer in der Gegend von Eschwege und das Erscheinen preußischer Patrouillen im Hainich am 22. Juni bewogen wurde, die vordem ursprünglich durch das Werra-Thal und jenes Gebirge nach Eisenach projektierte Marschdirektion aufzugeben, um nicht in zeitraubende Defileegefechte verwickelt zu werden, indem man sich für die Fortsetzung der Bewegung auf Langensalza entschied.

Unter diesen Verhältnissen hatte sich die Situation für die hannoversche Armee nicht ungünstig gestaltet, indem ihr auf der Linie Gotha-Eisenach zunächst nur das schwache Detachement Fabeck gegenüberstand, während sie durch die am 21. von Magdeburg entsendete, nichts weniger als belangreiche Kolonne des Generals v. Seckendorff aus östlicher Richtung beobachtet wurde.

In erster Linie resultierte diese den preußischen Waffen nicht vorteilhafte Gestaltung der strategischen Situation auf dem nordwestdeutschen Kriegstheater aus der bereits früher erörterten, nicht glücklich gegriffenen Veranlagung des allgemeinen Operationsplans, welcher nicht schon ursprünglich eine gemeinsame Wirksamkeit der Division Beyer mit der Falckensteinschen Armee gegen die Hannoveraner verfügte. Würde andernfalls jene Division, vorerst zur Occupation von Kurhessen bestimmt (wie schon S. 292 erörtert), nicht von Wetzlar, sondern von ihrem nach Warburg in Westfalen zu verlegenden Sammelplatze auf Kassel dirigiert worden sein, so vermochte sie bereits am ersten Tage nach der Kriegserklärung mittelst eines fünfmeiligen Marsches den 16. Juni nachmittags die kurhessische Hauptstadt zu erreichen. War die Division schon ursprünglich zur Mitwirkung gegen Hannover bestimmt, so erwuchs ihr mit der Ankunft in Kassel zugleich die Aufgabe, auf die Überwachung und Verteidigung der von Göttingen südwärts durch Hessen führenden Straßen Bedacht zu nehmen, um ein Ausweichen des Feindes in dieser Richtung zu verhindern. In erster Linie kamen hierfür in Betracht einerseits die Straße Göttingen-Münden-Kassel und anderseits jene von Göttingen über Witzenhausen, welche beide die Werra überschreiten. Beherrschte auch die Division Beyer mit ihrer Ankunft in Kassel bereits die von Göttingen über Münden dahin führende Straße und Eisenbahn, so mußten doch die Verhältnisse zu einer schleunigen Besetzung des letzteren, 2 Meilen entfernten Ortes mahnen, um sich des

dortigen Flußüberganges zu versichern und dem Feinde eventuell hier in günstiger Stellung Widerstand zu leisten. Schon während des Marsches der Division von Warburg nach Kassel konnte durch eine in der linken Flanke gegen Münden entsendete und diesseits der Fulda streifende stärkere Reiterpatrouille festgestellt werden, ob der letztere Punkt von hannoverschen Truppen besetzt war oder nicht*). Hatte man durch diese Rekognoszierung die Überzeugung gewonnen, Münden (wie es am 16. Juni der Fall sein sollte) unbesetzt zu finden, so konnte vorläufig noch am Abende dieses Tages nicht nur eine Eskadron, sondern auch ein nach dem vorangegangenen starken Marsche auf Wagen gesetztes Bataillon dahin geworfen werden. Für die Straße Göttingen-Witzenhausen würde zu diesem Zwecke die Besetzung des letzteren Punktes, wo jener Weg auf einer Brücke die Werra überschreitet, in Betracht gekommen sein. Über 2 Meilen oberhalb Münden im Thale des eben genannten Flusses gelegen, ist Witzenhausen durch die am Fuße des Kaufunger Waldes geleitete, defileeartige Straße in ihrem gegen 4½ Meilen betragenden Laufe mit Kassel verbunden, eine Distanz, welche die Besetzung jenes Punktes am 16. Juni zwar kaum mehr gestattet haben würde, dieselbe aber doch, falls der Ort unbesetzt, für den nächsten Tag erhoffen ließ. Um aber mit Rücksicht auf die für die Verteidigung der Werra-Linie Münden-Witzenhausen gegebenen Raumverhältnisse eine vorzeitige Zersplitterung der Division zu vermeiden und doch den Besitz der betreffenden Flußübergänge für den Fall eines Angriffs in dieser oder jener Richtung nach Thunlichkeit sicher zu stellen, dürfte es am ratsamsten gewesen sein, beispielsweise für die folgende, mit dem 17. Juni Platz greifende Aufstellung der Division Beyer sich zu entscheiden, vorausgesetzt, daß die oben in Betracht gezogenen Punkte sich noch nicht in der Gewalt des Gegners befanden.

Münden wurde durch die Avantgarde (Detachement Schachtmeyer) besetzt, unter Zuteilung von 1 Eskadron, deren Patrouillen gegen das 3 Meilen entfernte Göttingen schwärmten**). Das Gros der Division

*) Obwohl vom linken Fulda-Ufer keine Brücke nach Münden hinüberführt, so dürfte doch die Patrouille voraussichtlich Mittel und Wege gefunden haben, um sich über die dortigen Verhältnisse zu informieren.

**) Eine Eskadron dürfte insofern hinlänglich gewesen sein, da das für ihre Thätigkeit in Betracht kommende Gebiet, westlich durch das enge Weser-Thal

detachierte dagegen beiläufig 3 Bataillone mit 2 Eskadronen und einer Batterie nach Witzenhausen, während seine übrigen Truppen an der dahin führenden Straße auf der Linie Kaufungen-Helsa-Groß=Almerode-Truben=hausen in Kantonnements oder Bivouaks echeloniert wurden. Die Patrouillen ihrer nach Witzenhausen entsendeten Husaren streiften gleichfalls gegen Göttingen und überwachten, wofern der Feind daselbst konstatiert war, die von dort durch das Bremker Thal nach Heiligenstadt führende Straße. Für die weiter ostwärts nach Süden führenden Kommunikationen konnte zunächst durch die dortige preußische Gensdarmerie ein mit den Vortruppen der Division Beyer in Verbindung stehender Beobachtungsgürtel geschaffen werden. Das Detachement Selchow verblieb mit 1 Eskadron in Kassel und bildete die allgemeine Reserve. Die außerdem noch disponible fünfte Eskadron ging den kurhessischen Truppen in der Richtung auf Bebra nach und würde, wenn der Gegner seinen Rückzug fortsetzte, in der Folge die von dort über Fulda nach Bayern und den unteren Main führende Straße zu beobachten gehabt haben. Zur Beschleunigung des Verkehrs mit dem Divisions=Kommando waren Telegraph und Eisenbahn zwischen Kassel und Bebra, beziehungsweise Hersfeld, schleunigst herzustellen. Um in der Direktion von Frankfurt zu observieren, konnte ein kleines Infanterie=Detachement per Bahn gegen Gießen vorgeschoben werden, welches auf dem ihm zugebote stehenden Schienenwege sich ebenso rasch einer ihm allenfalls dort drohenden Gefahr wieder zu entziehen vermochte. Die Division Beyer hätte sich damit in ihrem Rücken vorläufig zur Genüge gesichert. Nahm dieselbe die eben angeführte Aufstellung am 17. Juni ein, so stand die Reserve in Kassel 2 Meilen von Münden, während der Verteidiger von Witzenhausen, wenn er der Unterstützung bedurfte, in dem 1 Meile entfernten Trubenhausen seine erste Hilfe zu suchen hatte. Helsa, der ungefähre Mittelpunkt der vom Detachement Glümer besetzten Linie Kaufungen = Trubenhausen ist von Witzenhausen 2½ und von Kassel 2 Meilen entfernt. Das Gros dieses Detachements würde somit gegen die zu verteidigende Werra=Linie gewissermaßen in einer Zentralstellung sich befunden haben, aus welcher es sowohl zur Unterstützung des Postens

abgeschlossen, weniger ausgedehnt war, während die weiter ostwärts sich erstreckende Landschaft von den Husaren des nach Witzenhausen entsendeten Detachements überwacht wurde.

von Witzenhausen, wie auch in der Richtung gegen Münden eingreifen konnte. Durch die von jenen beiden Werra-Übergängen vorgetriebenen Husaren frühzeitig von dem Anmarsche des Feindes nach diesem oder jenem der beiden Punkte avisiert, durfte man wohl hoffen, deren Verteidiger ihre durch Befestigungen verstärkten Stellungen bis zur Herankunft weiterer Truppen behaupten zu sehen. Oder mußten sie wider Erwarten noch früher dem Drucke des Feindes weichen, so erschloß sich ihnen doch die Möglichkeit, in den rückwärtigen Defileen des dortigen Berglandes von neuem Fuß zu fassen und sich bis zur Ankunft der Hilfstruppen zu behaupten, um dann, wenn immerhin möglich, mit frischen Kräften zur Offensive überzugehen und die frühere Stellung dem Gegner wieder zu entreißen. Ein Durchbruch der hannoverschen Armee über Hedemünden, welches halbwegs Witzenhausen-Münden im Werra-Thale liegt, eines Flußüberganges aber entbehrt, konnte, abgesehen von dem rechtzeitigen Eingreifen der preußischen Truppen, insofern als ausgeschlossen betrachtet werden, da die hier südwärts sich erhebenden Berge des Kaufunger Waldes bei ihrer gleich beschränkten wie mangelhaften Wegebarkeit für die Operationen einer größeren Streitmacht ein nur mit den erheblichsten Schwierigkeiten zu überwindendes Hindernis bilden.

Mit der Besetzung von Witzenhausen konnte vorläufig auch der 3 Stunden weiter oberhalb südöstlich gelegene Werra-Übergang von Allendorf gesichert erscheinen, da es unter diesen Verhältnissen kaum zu erwarten war, daß der Gegner für seinen südwärts beabsichtigten Marsch die letztere, durch das hessische Bergland führende Straße wählen würde, indem er erwarten mußte, die dortigen Defileen noch rechtzeitig durch die Division Beyer besetzt zu finden und sich daselbst in ebenso schwierige wie zeitraubende Gefechte verwickelt zu sehen. Es dürften somit für Allendorf zunächst die Etablierung eines stärkeren Postens und Vorbereitungen zur allenfallsigen Zerstörung der dortigen Brücken genügt haben.

Fand die Division Beyer am 16. und 17. Juni Münden und Witzenhausen bereits vom Feinde stärker besetzt, so würde sie, — falls man es vorzog, was noch weiter unten zu erörtern, vorläufig in der Defensive zu verharren, — mindestens entsprechend starke Detachements gegen jene Punkte in günstige Stellungen, wie sie das dortige bewaldete

Bergland bot, disponiert haben, um ein eventuelles weiteres Vordringen des Gegners insolange zu verhindern, bis sich die Offensive der von Norden anrückenden preußischen Hauptmacht geltend machte. Auch für diesen Fall dürfte die oben erörterte Aufstellung der Division den gegebenen Verhältnissen entsprochen haben. Erwiesen sich Münden und Witzenhausen nur von schwachen hannoverschen Abteilungen bewacht, so konnte zwar die gewaltsame Besitznahme dieser Posten erfolgen; indessen durfte nicht verabsäumt werden, wegen eines allenfallsigen feindlichen Rückschlags nicht nur auf eine ausgiebigere Besetzung dieser Punkte, sondern auch auf die Verfügbarkeit einer näher befindlichen Reserve bedacht zu sein.

Blieben Münden und Witzenhausen von den Hannoveranern behauptet, so gestaltete sich eine umfassendere Beobachtung der bei Göttingen konzentrierten feindlichen Armee sowohl, wie die Überwachung der von dort nach Thüringen führenden Straßen durch die Vortruppen der Division Beyer insofern mehr oder minder zweifelhaft, da es sehr fraglich erscheinen mußte, ob es gelingen durfte, oberhalb des letzteren Punktes über die Werra hinüber einen regelmäßigen Patrouillengang in das jenseitige Gebiet zu entwickeln. In diesem Falle würde an die preußische oberste Heeresleitung die Aufgabe herangetreten sein, auf die Aufstellung eines Detachements bei Heiligenstadt Bedacht zu nehmen, um aus dieser Richtung die hannoversche Armee zu beobachten.

Hatte die Division Beyer nach ihrer Ankunft in Kassel die über Münden und Witzenhausen führenden Straßen besetzt, so würde sie, gleich viel ob der Feind seine Armee bei Göttingen konzentrierte oder die Entwickelung seiner Operationen in anderer Richtung bezweckte, vorläufig auf eine beobachtende Haltung sich zu beschränken gehabt haben, um hier für die weiteren Anordnungen des Oberkommandos der gegen Hannover operierenden Streitkräfte zu einer gemeinsamen Thätigkeit bereit zu stehen. Mochte auch, wenn wir die gegebene Entwickelung der Situation inbetracht ziehen, die beinahe 19 000 Mann starke Division Beyer immerhin der hannoverschen Armee gewachsen sein, um dieselbe bei Göttingen ohne anderweitige Unterstützung anzugreifen, so konnte es indessen problematisch erscheinen, ob es ihr allein gelingen durfte, die endgültige Entscheidung herbeizuführen. Mußte also in dieser Beziehung eine gleichzeitige Mitwirkung der nördlichen Heeresgruppe des Generals v. Falckenstein sich

als erwünscht erweisen, so war überdies mit einem konzentrischen, umfassenden Vorgehen der Vorteil verbunden, dem Gegner vor die Wahl zwischen Vernichtungskampf oder Kapitulation gestellt zu sehen, wofern er nicht rechtzeitig auf seinen Rückzug aus den um ihn sich bildenden Gürtel Bedacht nahm, eine Eventualität, die uns noch in der Folge beschäftigen wird, für welche aber sowohl die gegebene Gruppierung der preußischen Streitmacht überhaupt, wie im speziellen die erörterte Aufstellung der Division Beyer als zweckentsprechend zu einem raschen Eingreifen erscheinen konnten. Ziehen wir jene Verhältnisse in Betracht, sowie das jedenfalls bestehende Bedürfnis, die mehr oder minder zweifelhafte Situation vorerst sich klären zu sehen, so würde also unter diesen Umständen höchst wahrscheinlich, wie bereits erwähnt, die nächste Aufgabe der Division Beyer darin zu suchen gewesen sein, daß sie, in der Defensive verharrend, die untere Werra-Linie, beziehungsweise die Straßen von Münden und Witzenhausen beherrschte und einen allenfallsigen Durchbruch des Gegners in diesen Richtungen bis zum Eingreifen der nördlichen Heeresgruppe, welche bei einer nur einigermaßen energischen Führung doch schon in den nächsten Tagen erwartet werden durfte, zu verhindern suchte.

Griff der Feind unter jenen Umständen Münden und Witzenhausen zu gleicher Zeit mit größeren Streitkräften an, so konnte bei der oben in Betracht gezogenen Aufstellung der Fall eintreten, daß die Avantgarde und Reserve der Division Beyer bei dem ersten jener beiden Punkte festgehalten wurden, während das Gros den anderen verteidigte. Eventuell dürfte das letztere durch Abgaben von den übrigen Brigaden noch zu verstärken gewesen sein, da das auf der Strecke bei Witzenhausen sich erweiternde Thal der Werra dem Angreifer die Entwickelung größerer Streitkräfte gestattete, als dies gegen das in dieser Beziehung günstigere Defilee von Münden geschehen konnte. Um die Verteidiger beider Posten gegen eine Bedrohung in ihren diesbezüglichen Flanken zu sichern, insbesondere aber um das Gros in Witzenhausen gegen eine in seine Linke geleitete feindliche Unternehmung zu decken, würde die Aufstellung eines Detachements gegenüber Hedemünden (halbwegs der in Frage stehenden zwei Werra-Übergänge) nicht zu verabsäumen gewesen sein. Ebenso war dann auf die Zerstörung der Brücken von Allendorf und die Beobachtung dieses Punktes Bedacht zu nehmen. Je später aber der feindliche An-

griff erfolgte, desto günstiger gestalteten sich die Aussichten für das Behaupten der Werra-Linie, da man hoffen durfte, die dementsprechend auch weiter gediehene Offensive der nördlichen preußischen Heeresgruppe ihren degagierenden Einfluß äußern zu sehen. Sollte eine jener Gruppen der Division Beyer dem feindlichen Angriff schließlich weichen müssen, so würde sie, wenn immerhin möglich, unter fortgesetztem Widerstande auf die Erhaltung der Verbindung mit der anderen glücklicher kämpfenden Gruppe, beziehungsweise auf ihren allenfallsigen Rückzug in dieser Richtung bedacht zu sein gehabt haben. Trat der ungünstige Fall ein, daß eine Wiedervereinigung der Division vorläufig nicht zu erzielen war, so blieb dieselbe zunächst zwar in zwei Gruppen getrennt, welche dem feindlichen Drucke höchst wahrscheinlich west- oder ostwärts ausgewichen sein würden, jedoch auch unter diesen Verhältnissen durch die Wirkung in Flanke und Rücken des Gegners eine der Situation entsprechende Thätigkeit zu entfalten vermochten. Indessen erscheint selbst diese Eventualität in einem minder ungünstigen Lichte, wofern man in Erwägung zieht, daß aus nördlicher Richtung die preußische Hauptmacht im Anmarsche begriffen war, unter deren Schutze die Division Beyer demnächst ihre Wiedervereinigung vollziehen konnte.

Ergriffen die süddeutschen Bundesgenossen zur Rettung der Hannoveraner alsbald die Offensive aus Franken oder vom unteren Main, so würde zwar die Division Beyer, durch ihre nach diesen Richtungen stehenden Vortruppen von jener Bedrohung ihres Rückens rechtzeitig avisiert, mit Annäherung der Gefahr auf ihre Konzentrierung bei Kassel und den allenfallsigen Rückzug nach Westfalen bedacht zu sein gehabt haben, eine Gestaltung der Situation, bei welcher die Vereinigung beider Gegner kaum zu verhindern gewesen sein dürfte. Übrigens würde aber, wenn die Division Beyer bereits am 16. Juni Kassel erreichte und durch ihre Reiterei unverzüglich auch die nach Bebra und Hersfeld abziehenden kurhessischen Truppen aufmerksam beobachten ließ, der betreffenden Orts (s. S. 407) mit Rücksicht auf die erst am 19. Juni erfolgende Besetzung jener Residenz erörterte Fall kaum eingetreten sein, daß man preußischerseits, im Unklaren über die Situation gegen Südosten, vorläufig von einer Besetzung der Straße Witzenhausen-Eschwege absah.

Indessen hat die Erörterung aller dieser Eventualitäten nur Anspruch auf theoretischen Wert, wenn wir die bei Ausbruch des Krieges

gegebenen Verhältnisse in Betracht ziehen. Von der hannoverschen Armee, deren unfertiger Zustand auf preußischer Seite hinlänglich bekannt, war, falls sie sich nach Göttingen zurückgezogen hatte, kaum zu erwarten, daß sie sich sofort auf die Division Beyer werfen würde, um den Durchbruch über Münden oder Witzenhausen nach Süden zu erkämpfen. Welche deprimierende Wirkung hätte es aber nicht im hannoverschen Lager hervorgerufen, wenn, wie es bei der damaligen Gestaltung der Situation möglich sein sollte, bereits am 16. Juni abends von Münden gegen Dransfeld preußische Husaren auftauchten und am 17. solche auch aus der Richtung von Witzenhausen gegen Göttingen sichtbar wurden, während zugleich die einlaufenden Nachrichten die Ankunft starker feindlicher Streitkräfte in Kassel und an der vorliegenden Werra-Linie meldeten und anderseits ein Angriff der zunächst nach der Residenz Hannover vorgedrungenen preußischen Heeresgruppe zu befürchten stand? Der in Göttingen von der hannoverschen Armeeleitung entworfene Plan zum Abmarsche über Witzenhausen und Allendorf dürfte dann kaum zum Beschlusse erhoben worden sein, selbst wenn man im Besitze der Zusicherung einer Unterstützung durch die von Kassel auf Bebra zurückgegangenen kurhessischen Truppen sich befunden hätte. Die Ratlosigkeit im Hauptquartiere zu Göttingen würde mit dieser Gestaltung der Lage jedenfalls nur vermehrt worden sein. Man dürfte zwischen der Aufnahme des Kampfes bei Göttingen oder einem Rückzuge nach dem Harze geschwankt haben, wenn man sich nicht zu dem Entschlusse aufraffen konnte, nach der preußischen Provinz Sachsen auszuweichen, in welchem letzteren Falle man aber voraussetzen mußte, mit dem dann eintretenden Rechtsabmarsche der Division Beyer durch dieselbe in der rechten Flanke kotoyiert zu werden. Voraussichtlich würden in diesem Dilemma die leitenden hannoverschen Kreise zur Wiederaufnahme der Verhandlungen mit Preußen bewogen worden sein, wenn auch zunächst nur zu dem Zwecke des Zeitgewinns, um die Offensive des süddeutschen Heeres sich entwickeln und ihren degagierenden Einfluß zur Geltung gelangen zu sehen. Indessen lag es hierbei immerhin in Preußens Hand, die Dauer dieser Unterhandlungen zu begrenzen, um im gegebenen Momente nötigenfalls die Entscheidung durch die Waffen zu suchen.

Wußte der General v. Falckenstein seit dem 16. und 17. Juni die Werra-Linie Münden-Witzenhausen durch die zu seiner Verfügung

stehende Division Beyer besetzt, so dürfte darin für ihn vielleicht die Anregung zu einer größeren Beschleunigung seiner Operationen gegen Göttingen gegeben gewesen sein, als es in jenen Tagen der Fall sein sollte. Bleibt auch weniger etwas dagegen zu erinnern, daß die 13. Division am 18. Juni einen Ruhetag in Hannover hielt und die Herankunft der Manteuffelschen Truppen erwartete, um dann am 19. Juni den Vormarsch gegen Göttingen anzutreten, so glauben wir doch die Erwartung als nicht ausgeschlossen betrachten zu dürfen, daß mit Rücksicht auf die Kooperation der Division Beyer die Offensive der nördlichen preußischen Heeresgruppe von einem frischeren, mehr Energie bekundenden Zuge getragen worden sein würde, als er in den fraglichen Operationen jener Tage zum Ausdrucke gelangte, obschon die für das westdeutsche Kriegstheater gegebene Situation zu einer raschen Entscheidung gegen Hannover mahnte. Indessen sehen wir die 13. Division die Linie Eimbeck=Gandersheim erst am 21. Juni erreichen; sie hatte somit seit ihrem Aufbruche von Hannover in 3 Tagen nur 8 Meilen zurückgelegt.

Über die Stellung der hannoverschen Armee war man bei der nördlichen preußischen Heeresgruppe während des Vormarsches gegen Göttingen nur in sehr unzulänglichem Maße orientiert, obwohl man im allgemeinen wußte, daß sie ihren Rückzug in jener Richtung genommen hatte. Bekanntlich glaubte man, am 21. Juni schon bei Eimbeck auf nachhaltigen Widerstand des Feindes zu stoßen, und noch am Abende dieses Tages bestand der Plan, den 23. Juni aus der Höhe von Nörten zum Angriffe auf die bei Göttingen präsumierten Hannoveraner zu schreiten. Hätte die leichte Reiterei, über welche die 13. Division in ihren 5 Husaren=Eskadronen verfügte, eine ihrer Aufgabe entsprechendere Verwendung zur Aufklärung in südlicher Richtung gefunden, so dürfte es kaum möglich gewesen sein, daß man so lange in irrtümlichen Anschauungen über die Verhältnisse auf feindlicher Seite befangen blieb. Das Gelände des Gebiets zwischen Hannover und Göttingen ist von keiner Beschaffenheit, welche die kavalleristische Thätigkeit wesentlich zu beeinträchtigen vermochte. Die preußischen Husaren mußten unbedingt dem rückwärts folgenden Corps auf weitere Entfernungen voraus schwärmen und mit dem Feinde Fühlung zu gewinnen trachten, als dies hinsichtlich der Operationen jener Tage zu verzeichnen ist. Indessen bleibt für diesen Feldzug auf preußischer gleichwie hannoverscher Seite, mit wenigen

Ausnahmen, die Thatsache zu konstatieren, daß es an der richtigen Verwendung der Reiterei zur Aufklärung im strategischen Sinne mangelte. Beobachtete übrigens die Division Beyer seit dem 16. Juni aus südlicher Richtung gegen Göttingen, so würde dies zur Klärung der Situation für das Hauptquartier des Generals v. Falckenstein jedenfalls in förderſamer Weise beigetragen haben.

Verfügte der letztere schon ursprünglich über die Mitwirkung der Division Beyer, so konnte in diesem Falle die 13. Division der Unterstützung durch die Manteuffelschen Truppen entbehren und brauchte nicht deren Herankunft zur Teilnahme an dem bevorstehenden Kampfe zu erwarten, da die Voraussetzung eine berechtigte war, daß durch die an der unteren Werra stehende preußische Gruppe der Feind zu einer Teilung seiner Streitkräfte genötigt wurde. Während die 13. Division über 13 000 Mann und 40 Geschütze verfügte, zählte die Division Beyer beinahe 19 000 Mann und 18 Geschütze, beide zusammen also 32 000 Mann und 58 Geschütze. Durfte man erwarten, daß jede dieser Divisionen der ihr eventuell entgegengeworfenen Gruppe des zur Teilung seiner Streitkräfte genötigten Gegners gewachsen, beziehungsweise selbst überlegen sein konnte, so bildeten anderseits beide zusammen eine Streitmacht, deren gemeinsamem Drucke die schwächere und noch überdies unfertige hannoversche Armee voraussichtlich erliegen mußte. Überdies war mit dem zu gleicher Zeit aus südlicher und nördlicher Richtung erfolgenden Angriff jener beiden Divisionen der Vorteil verbunden, daß die Fortschritte der einen Gruppe nicht ohne fördernde Rückwirkung auf die Offensive der anderen, vielleicht den stärkeren Teil der feindlichen Armee bekämpfenden bleiben konnten.

Brach die 13. Division am 19. morgens mit ihrem gesamten Stande von Hannover auf, so konnte sie in 2 Tagemärschen mindestens bis zu der 8 Meilen entfernten Linie Eimbeck-Calefeld gelangen, welche wir sie erst am 21. erreichen sahen. Für den 21. würde Nörten (gegen 3 Meilen von Eimbeck) als Tagesziel in das Auge zu fassen gewesen sein, welches wahrscheinlich nicht ohne Kampf mit den feindlichen Vortruppen bei Northeim ꝛc. erreicht worden wäre. Hatte der Feind mittlerweile seine Armee bei Göttingen (1½ Meilen von Nörten) konzentriert, so konnte die 13. Division, wenn es immerhin die Kräfte der Truppen gestatteten, schon am 22. zum Angriffe schreiten, während gleichzeitig die

Division Beyer aus südlicher Richtung zur Mitwirkung gelangte. Falls aber ein Ruhetag unbedingt sich erforderlich machte oder aber wider Erwarten die Division Beyer noch nicht nahe genug herangekommen war, so würde der Entscheidungskampf am 23. stattgefunden haben. Stieß die 13. Division noch herwärts Nörten auf überlegene feindliche Streitkräfte, so konnte sie sich nötigenfalls vorläufig auf die Defensive beschränken, in der Voraussicht, durch das aus südlicher Richtung zu erwartende Eingreifen der Division Beyer die Situation alsbald eine andere Wendung nehmen zu sehen.

In Übereinstimmung mit dem Anmarsche der 13. Division würde es die Aufgabe der Division Beyer geworden sein, auch ihrerseits die Offensive gegen Göttingen zu ergreifen. Dieselbe mit der Mehrzahl ihrer Truppen über Münden gegen den letzteren Punkt zu dirigieren, dürfte sich weniger empfohlen haben, als der Vormarsch über Witzenhausen, da mit diesem der Vorteil verbunden war, ein allenfallsiges Abziehen des Feindes nach Heiligenstadt und Thüringen zu verhindern, wenn derselbe dem Drucke des von Norden erfolgenden Angriffs sich nach dieser Richtung zu entziehen suchen sollte. Um die Straße nach Kassel dem Gegner verlegt zu wissen, würde Münden von einem Detachement besetzt geblieben sein, beispielsweise von der Avantgarde unter General v. Schachtmeyer, so daß die Division immerhin mit beiläufig 15 000 Mann und 12 Geschützen aus der Richtung von Witzenhausen in Aktion treten konnte. Die Gefahr, das Detachement in Münden vom Feinde erdrückt zu sehen, war insofern nicht zu befürchten, da das Vorgehen des Gros von Witzenhausen gegen Göttingen einen stärkeren Offensivstoß der Hannoveraner in ersterer Richtung kaum erwarten ließ. Sollte derselbe trotzdem stattfinden, so vermochte er durch einen Angriff des Gros der Division Beyer in die linke Flanke oder den Rücken des in jener Direktion thätigen Gegners zum Stillstande gebracht zu werden. Unter diesem Gesichtspunkte konnte auch das Detachement in Münden, je nach Maßgabe der Fortschritte des Gros, in der Richtung auf Göttingen offensiv werden, um an dem dortigen Entscheidungskampfe teilzunehmen.

Insbesondere auch mit Rücksicht auf die mangelhaften Nachrichten über die Stellung des Gegners dürfte es sich empfohlen haben, wenn der General v. Falckenstein beim Beginne des Vormarsches der 13. Di=

vision von Hannover durch einen Parlamentär die Aufforderung zur Kapitulation in das feindliche Hauptquartier überbringen ließ. Würde hiermit einerseits nicht nur eine sehr erwünschte Klärung der Situation verbunden gewesen sein, so war es anderseits unbedingt ratsam, die Phase diesbezüglicher Verhandlungen zum Abschlusse gelangt zu wissen, wenn die 13. Division aus nördlicher Richtung herangekommen war und zum gemeinsamen Angriffe mit der Division Beyer auf Göttingen bereit stand. Andernfalls konnte die Aufnahme von Verhandlungen, wenn dieselben nicht in einer sehr abgekürzten, kategorischen Form stattfanden, zu einem Zeitgewinn für den Gegner führen, eine Eventualität, welche auch, wie uns bekannt, im hannoverschen Hauptquartiere ihre Vertreter fand und ventiliert wurde.

Wich die feindliche Armee in den Harz aus, bevor noch die 13. Division herangekommen war, eine Eventualität, welche wir schon früher an betreffender Stelle erörterten, so würde zwar eine Verzögerung der Entscheidung unausbleiblich gewesen, ohne jedoch damit in weitere Ferne gerückt zu sein. Der Division Beyer hätte in diesem Falle die Aufgabe obgelegen, wenn immerhin möglich, sich an die Fersen des abziehenden Gegners zu heften und durch Angriffe gegen seine Nachhut hindernd auf jene Bewegung einzuwirken, um schließlich, falls der feindlichen Armee der Rückzug in den Harz gelang, gegen dessen südliche Ausgänge Stellung zn nehmen, während dies seitens der 13. Division und des Manteuffelschen Corps im Norden geschah. Ein gemeinsamer konzentrischer Angriff der gesamten preußischen Streitmacht würde schließlich den Feind in den Bergen aufgesucht und ihm das Los der Entscheidung diktiert haben, wenn man nicht für die mehr Zeit erfordernde Alternative sich entscheiden wollte, den allmählich enger zu zernierenden Gegner durch den voraussichtlich eintretenden Mangel an Subsistenzmitteln die Kapitulation selbst anbieten zu sehen. Versuchten die Hannoveraner vor jenem allgemeinen Angriffe nord- oder südwärts durchzubrechen, so war jede der in diesen Richtungen stehenden preußischen Gruppen von hinlänglicher Stärke, um dem Feinde Widerstand zu leisten. Auch ein Durchbruch seitwärts gegen Westen oder Osten hatte ebenso wenig Aussichten auf Erfolg, da die hannoversche Armee alsbald von den beiden ihr folgenden Gruppen des Gegners sich kotoyiert gesehen haben würde.

Zog die feindliche Armee von Göttingen über Heiligenstadt oder Duderstadt nach der preußischen Provinz Sachsen ab, so erwuchs der Division Beyer gleichfalls die Aufgabe, dem Gegner zu folgen, ihn zu beschäftigen und wenn möglich zu stellen, bis die von Norden anrückende preußische Hauptmacht eingriff. Setzen wir den Fall, daß es bei der feindlichen Marschrichtung auf Heiligenstadt zunächst für die preußische Führung zweifelhaft war, ob jene Bewegung ihre Fortsetzung süd- oder ostwärts fand, so konnten angesichts dieser unklaren Lage folgende Eventualitäten für die Division Beyer in Betracht kommen. Die eine Kombination würde darin zu suchen gewesen sein, daß die in und gegen Witzenhausen stehenden Truppen (also eventuell das Detachement Glümer) im Werra-Thale aufwärts bis Wanfried vorgeschoben wurden, die Detachements von Kassel und Münden aber schleunigst nach Allendorf heranrückten. Bestätigten die Meldungen der jenseits der Werra schwärmenden Husaren-Patrouillen, daß der Feind den Marsch in südlicher Richtung fortsetzte, so ging die Division im Werra-Thale nach Eisenach weiter, von welchem Punkte das Detachement in Wanfried nur 3½ Meilen, also einen Tagemarsch, entfernt stand. Nahm dagegen der Feind von Heiligenstadt seinen Marsch in östlicher Richtung, so hatten die demselben nunmehr von Wanfried und Allendorf folgenden zwei Kolonnen die Entwickelung ihrer Operationen allenfalls in der Richtung auf Merseburg zu suchen. Bog der Feind aus seiner bisher östlich gehenden Marschdirektion plötzlich südwärts ab, so würde die Division Beyer die Fortsetzung ihrer Bewegung in einer entsprechenden Diagonale zu suchen gehabt haben, um den Gegner, welchem zunächst das in Thüringen verfügbare Detachement (Fabeck) entgegengeworfen zu werden hatte, noch auf der Linie Eisenach-Erfurt-Jena zu ereilen und zu stellen. Eine andere Entwickelung der Situation erschloß sich unter jenen Umständen für die Division Beyer, wenn auf die Nachricht vom Aufbruche des Feindes gegen die preußische Grenze das Detachement bei Witzenhausen ungesäumt im Fußmarsche nach Eisenach dirigiert wurde, während die Detachements in Münden und Kassel per Bahn gleichfalls dahin eilten, um dem eventuellen Abzuge des Gegners in südlicher Richtung zur Verbindung mit seinen dortigen Bundesgenossen auf der Linie Eisenach-Gotha-Weimar rechtzeitig entgegenzutreten und ihn hier bis zur Herankunft der nördlichen preußischen Heeresgruppe festzuhalten.

Sollte indessen die Bewegung des Gegners nicht in südlicher, sondern in östlicher Richtung ihre Fortsetzung finden, so stand die Division Beyer auf der erwähnten Linie bereit, um die Operationen nordwärts aufzunehmen und den Feind aufzusuchen. Da es aber ungleich wichtiger war, den Gegner an der Überschreitung des Thüringer Waldes und der Vereinigung mit seinen süddeutschen Bundesgenossen zu verhindern, so verdiente für alle Fälle der zweiten Eventualität der Vorzug vor der ersten gegeben zu werden. Griff für die Detachements in Kassel und Münden der Eisenbahntransport Platz, was wir weiter unten noch eingehender erörtern werden, so war es kaum zu bezweifeln, die Division Beyer noch rechtzeitig bei Eisenach vereinigt zu sehen, um eventuell durch eine Rechtsschiebung mittelst des ihr in dieser Richtung zur Verfügung stehenden Schienenwegs der allenfalls weiter ostwärts nach Süden abziehenden hannoverschen Armee Halt zu gebieten.

Indessen sollte die Situation zu einer anderen Gestaltung sich entwickeln. Die hannoversche Armee trat am 21. Juni ihren Marsch von Göttingen südwärts an und erreichte unbehindert am dritten Tage Langensalza. Nur der falschen Nachricht, daß eine hannoversche Kolonne über Witzenhausen im Anmarsche sei, war es zu danken, daß wir von der tags zuvor bei Kassel vereinigten Division Beyer am 21. Juni das Detachement Glümer in der Gegend von Eschwege und in Allendorf finden. Während die Hannoveraner am 22. ihren Marsch von Heiligenstadt auf Mühlhausen fortsetzten, wurde das Detachement Glümer, gleichwie die anderen Abteilungen der Division Beyer, nordwärts abberufen, um in Verbindung mit dem Angriffe, welchen General v. Falckenstein für den 23. Juni auf die feindliche Armee bei Göttingen beabsichtigte, dem Gegner die von dort südwärts führenden Straßen zu sperren. Die Situation lag am 22. morgens in den Händen des Generals v. Glümer, als ihm jener auf einer falschen Präsumtion beruhende Befehl zuging, dessen irrtümliche Voraussetzung für ihn außer allem Zweifel stand, nachdem er in überzeugender Weise die Ankunft der feindlichen Armee in Heiligenstadt konstatiert hatte. Leider ließ der General v. Glümer in diesem entscheidungsvollen Momente die Gabe der Initiative vermissen, um mit Selbstbewußtsein und Energie in die verfahrene Situation einzugreifen und den verschlungenen Knoten durch den Beschluß zu entwirren, jenem Befehle nicht Folge zu geben, sondern

unbeirrt die feindliche Armee zu seinem Operationsobjekte zu machen, in der zuversichtlichen Hoffnung, daß auch das Oberkommando binnen kurzem die Überzeugung gewinnen mußte, bei seinen bisherigen Anordnungen von falschen Voraussetzungen geleitet worden zu sein. Wenn aber der General v. Glümer noch vor Ankunft jenes Befehls sich dafür entschieden hatte, nach bewirkter Konzentrierung seiner Truppen bei Oetmannshausen schon am 22. abends oder spätestens am 23. morgens den Feind in der Richtung von Mühlhausen aufzusuchen und sich ihm dort entgegenzustellen, so sprach diese Absicht für keine richtige Auffassung der Lage. Für einen, wie den gegen die feindliche Armee beabsichtigten Offensivstoß, insbesondere wenn man dieselbe in die Flanke zu treffen hoffte, durfte zwar eine vorherige Konzentrierung des Detachements Glümer, dessen Truppen von Reichensachsen bis zu dem 2½ Meilen entfernten Lichtenau echeloniert waren, als ein Gebot der Notwendigkeit erscheinen, um den intendierten Angriff mit wirkungsvollem Nachdrucke führen zu können. Ziehen wir jedoch in Erwägung, daß die Entfernung zwischen Heiligenstadt und Mühlhausen nur 3½ Meilen, also einen gewöhnlichen Tagemarsch beträgt, und vergegenwärtigen wir uns, wie die Wahrscheinlichkeit nur um so mehr dafür sprach, daß der Gegner nicht schon am dritten Tage seit dem Aufbruche von Göttingen seine Truppen ruhen lassen würde, sondern vielmehr die Fortsetzung seiner Bewegung südwärts als eine nahe liegende Voraussetzung erscheinen mußte, so durfte der General v. Glümer, mochte er am 22. abends oder am nächsten Morgen von Oetmannshausen gegen das 4½ Meilen entfernte Mühlhausen aufbrechen, nach Lage der Dinge, selbst wenn er im günstigsten Falle am 23. gegen Mittag dieses Ziel erreichte, kaum hoffen, dort mehr als eine wahrscheinlich schwache feindliche Nachhut noch zu treffen, während das Gros der hannoverschen Armee bereits einige Meilen weiter südwärts mehr oder minder nahe der Linie Eisenach-Gotha stand, deren Überschreitung für sie von entscheidungsvoller Bedeutung war. Für den Angriff des Detachements Henning, welchen dasselbe am 22. gegen Abend bei Dingelstädt zu unternehmen bezweckte, war bei ruhiger Erwägung der gegebenen Verhältnisse noch um so mehr eine Gestaltung der Situation in dem eben erörterten Sinne vorauszusetzen. Mußte es ohnehin fraglich erscheinen, ob die hannoversche Armee, im Begriffe, die Linie Eisenach-Gotha zu überschreiten, durch den Angriff auf ihre Nachhut bewogen

werden durfte, Halt zu machen und den Kampf aufzunehmen, so konnte es dagegen als eine sehr nahe liegende Eventualität gelten, daß die isolierte Nachhut, rechtzeitig von dem Anmarsche des Feindes unterrichtet, bestrebt gewesen sein würde, dem Kontakte mit dem Gegner sich zu entziehen und den Anschluß an ihr Gros wiederzugewinnen, während die in Mühlhausen eingetroffenen Truppen des Generals v. Glümer nach dem vorausgegangenen 4½ meiligen Marsche an diesem Tage kaum noch zu einer weiter gehenden, energischen Verfolgung frisch genug gewesen sein dürften. Daß der vom General v. Glümer projektierte Offensivstoß mit Rücksicht auf die geschilderten Verhältnisse das erhoffte Resultat haben würde, mußte daher höchst zweifelhaft erscheinen. Unter Umständen konnte der Gegner seine Nachhut und selbst einen Teil seines Trains opfern, wenn ihm dafür der weitaus überwiegende Vorteil geboten war, mit der Überschreitung der nur schwach besetzt gefundenen Linie Eisenach-Gotha seine Armee der bisherigen kritischen Lage entzogen und sie nach Süddeutschland gerettet zu wissen.

Erschlossen sich also diese minder vorteilhaften Aussichten für einen Angriff in der Richtung auf Mühlhausen, welches unter den gegebenen Umständen die Hannoveraner voraussichtlich am 22. Juni mittags erreichten, so war anderseits dagegen zu befürchten, daß dieselben am 23., wenn sie ihren Marsch direkt nach dem nur beiläufig 4 Meilen von dort entfernten Eisenach fortsetzten, bereits nachmittags daselbst den nördlichen Fuß des Thüringer Waldes erreichen konnten, wo sie nur auf das schwache Detachement Fabeck stießen. War aber mit dem südwärts konstatierten Abmarsche des Gegners, wie wir früher schon erörtert, der Schwerpunkt der strategischen Situation in der Linie Bebra-Eisenach-Gotha-Erfurt zu suchen, da mit deren Überschreitung die hannoversche Armee Süddeutschland zu erreichen hoffen durfte, so mußte es als ein dringendes Bedürfnis erscheinen, das Detachement Glümer nach dem von Oetmannshausen gleichfalls 4½ Meilen entfernten Eisenach eilen zu sehen, um diesen wichtigen Punkt bis zur Herankunft weiterer Verstärkungen rechtzeitig gesichert zu wissen und dem schwachen Detachement Fabeck für die Bekämpfung des Gegners die so erwünschte Unterstützung zu bieten. Erschien es unter den oben geschilderten Umständen sehr zweifelhaft, ob ein Vorstoß des Detachements Glümer in der Richtung

auf Mühlhausen den erhofften Erfolg hatte, so vermochte dagegen mit einiger Zuversicht angenommen zu werden, daß die rechtzeitige Ankunft dieser Truppen in Eisenach und die Verteidigung der dortigen Defileen für die Fortsetzung des feindlichen Vormarsches ungleich hemmender wirken konnte, als ein Angriff auf die hannoversche Nachhut. Daß das Detachement Glümer noch vor dem Feinde Eisenach zu erreichen vermochte, selbst wenn derselbe an seinem dritten Marschtage (23. Juni) die direkte Straße dahin einschlug, war nicht zu bezweifeln, wofern dasselbe, ohne zuvor konzentriert zu werden, am 22. morgens aus seinen Quartieren gegen Eisenach in Marsch gesetzt wurde. Eine vorangehende Konzentrierung des Detachements konnte für diesen Fall insofern unterbleiben, da die nächste Verwendung der Truppen in der Defensive zu suchen war und in dem hierfür in Betracht kommenden Gelände der Werra-Defileen und der Zugänge zum Thüringer Walde auch einzelne Bataillone Aussicht hatten, bis zum Eingreifen der anderen, rückwärts folgenden Truppenteile Widerstand leisten zu können. Die in Reichensachsen verfügbare Avantgarde (1 Bataillon, 1 Eskadron und 2 Geschütze) konnte unter diesen Umständen am 22. spätestens gegen Abend in Eisenach eingetroffen sein, und wurde die Infanterie gefahren, so war jenes Ziel für sie noch früher zu erreichen. Die Ankunft der weiter rückwärts bis Lichtenau echelonierten Truppenteile in Eisenach war aber sicherlich bis 23. mittags zu erhoffen. Die nach Allendorf abgekommenen 2 Bataillone Nr. 19 würden ebenfalls nach Eisenach zu dirigieren gewesen sein, da eine Verstärkung der dortigen Streitkräfte unbedingt notwendiger erscheinen mußte, als die Beunruhigung der hannoverschen Nachhut. Der hierzu von Allendorf erforderliche Marsch betrug 6 Meilen, so daß jene beiden Bataillone gleichfalls am 23. vormittags in Eisenach angelangt sein konnten. Waren demnach bis mittags die Truppen des Generals v. Glümer in der Stärke von 8000 Mann und 8 Geschützen daselbst vereinigt, so würden mit Einschluß des Detachements Fabeck auf der Linie Eisenach-Gotha über 10000 Mann und 12 Geschütze gegen die Hannoveraner disponibel gewesen sein, eine Streitmacht, deren Widerstand der Gegner nicht im ersten Anlaufe zu brechen vermocht hätte. Mußte aber inzwischen auch das preußische Oberkommando die Überzeugung gewinnen, daß der Abmarsch der hannoverschen Armee in südlicher Richtung eine unzweifelhafte

Thatsache war und daher die Entsendung weiterer Verstärkungen nach der bedrohten Linie Eisenach=Gotha zur unabweisbaren Notwendigkeit wurde, so standen hierfür in erster Linie die beiden anderen Detachements der Division Beyer zur Verfügung, welche wir am 22. nachmittags gegen Dransfeld und Münden vorrücken sahen. Wurden dieselben per Bahn über Kassel nach Eisenach befördert, worauf wir in der Folge nochmals spezieller zurückkommen werden, so konnten schon am 23. im Verlaufe des Vormittags auch die ersten dieser Truppenzüge den letzteren Bestimmungsort erreichen, und es war somit die Möglichkeit nicht ausgeschlossen, bis abends oder spätestens im Verlaufe der Nacht zum 24. die Division daselbst vereinigt zu sehen, so daß hier (die in der hessischen Hauptstadt verbleibenden Besatzungstruppen abgerechnet) 17000 Mann und 18 Geschütze konzentriert waren. Hierzu das Detachement Fabeck in Anschlag gebracht*), würden sich am 24. Juni morgens über 19000 Mann und 22 Geschütze auf der Linie Eisenach=Gotha befunden haben, eine Streitmacht, mit welcher man hoffen durfte, der hannoverschen Armee erfolgreichen Widerstand zu leisten, bis von der nördlichen preußischen Heeresgruppe auf den teils über Kassel, teils über Magdeburg nach Thüringen führenden Schienenwegen weitere Verstärkungen eingetroffen waren, um dann den letzten entscheidenden Schlag zu führen. Fand das Detachement Glümer wider Erwarten bereits am 22. hannoversche Truppen bei Eisenach, so wären dieselben jedenfalls nicht von belangreicher Stärke gewesen und würden vor einem energischen Angriffe wohl auf den Rückzug in den Hainich Bedacht genommen haben, um vorläufig wenigstens dessen südlicher Debouchéen für ihre nachfolgende Armee sich zu versichern. Kaum einem Zweifel dürfte es unterliegen, daß eine derartige Entwickelung der Operationen der Division Beyer den hannoverschen Heereszug noch diesseits des Thüringer Waldes zum Stillstande gebracht hätte. War freilich die Offensive des süddeutschen Heeres bereits insoweit zur Entwickelung gelangt, daß sie ihren Einfluß auf die Linie Bebra=Eisenach=Gotha geltend machte, so würde der Abzug der Hannoveraner wohl schwerlich noch

---

*) Die unter den uns bekannten Umständen seit dem 23. Juni diesem Detachement aus Berlin, Dresden 2c. zugeführten Verstärkungen mögen hier außer Betracht bleiben, gleichwie das Detachement Seckendorff.

zu verhindern gewesen sein. Jedoch sollte die Situation in dieser Beziehung damals eine für die preußischen Waffen günstige Gestaltung gewinnen und durch die letztere Eventualität noch nicht beeinflußt werden, so daß die nach Eisenach geeilte Division Beyer ihre Streitkräfte ungeteilt gegen die Hannoveraner zu verwenden sich in der Lage befand.

Indessen sollte es auf preußischer Seite nicht nur bei jenem Zwischenfalle sein Bewenden haben. Nachdem für die oberste Heeresleitung auf Grund der eingelaufenen amtlichen Berichte kein Zweifel mehr bestand, daß die hannoversche Armee in Heiligenstadt eingetroffen und offenbar im Abmarsche nach Süden begriffen war, beeilte sie sich, noch am 21. Juni nachmittags dem General v. Falckenstein den durchaus richtigen Vorschlag zu machen, per Bahn Truppen über Magdeburg nach Thüringen zu entsenden. Jedoch glaubte der letztere diese Proposition mit Rücksicht auf die schon zu weit vorgeschrittene Konzentrierung seiner Streitkräfte gegen Göttingen von der Hand weisen zu sollen. Und doch war zu jener Zeit, wo das betreffende Telegramm aus Berlin in seine Hände gelangte, der bis in die Nacht währende Eisenbahntransport des Detachements Korth von Hannover über Braunschweig nach Seesen im Gange. Die noch auf der Fahrt dahin begriffenen oder ihrer Einschiffung in Hannover harrenden Truppenteile brauchten nur auf die vollkommen intakte Linie Braunschweig-Magdeburg instradiert zu werden, um innerhalb 24 Stunden die ersten Verstärkungen in Gotha eintreffen zu sehen. Außerdem waren aber auch die erforderlichen Vorbereitungen für den am 22. Juni morgens beginnenden Eisenbahntransport des Detachements Flies (6 Bataillone, 4 Eskadronen und 12 Geschütze) von Celle nach Seesen getroffen. Es bedurfte nur des Befehls, diese Züge über Braunschweig und Magdeburg zu dirigieren, um der Lage in Thüringen eine andere Gestaltung zu geben. Eine allenfalls notwendige Vermehrung des für diese Truppenzüge erforderlichen Transportmaterials konnte nicht nur aus der benachbarten Provinz Sachsen, sondern zugleich auch aus dem Wagenparke des rheinisch-westfälischen Eisenbahnnetzes binnen kurzem erfolgen, da die hannoverschen Schienenwege nach jenen beiden Richtungen wieder Verbindung hatten. Der von dem General v. Falckenstein wider diese Truppentransporte geltend gemachte Gesichtspunkt, daß die Konzentrierung gegen Göttingen

bereits zu weit vorgeschritten, fand in den thatsächlichen Verhältnissen seine Rechtfertigung jedenfalls nicht. Am 23. Juni wiederholte die oberste Heeresleitung den Vorschlag, per Bahn Truppen nach Thüringen zu entsenden, indem sie hierfür die Richtung über Kassel in das Auge faßte. Vermochte auch dieser Proposition für die direkte Linie Göttingen=Kassel damals wegen der Verrammelung des Tunnels bei Münden nicht Folge gegeben zu werden, so hätte dagegen die Betriebseröffnung des in Kreiensen von der hannoverschen Südbahn nach Westfalen abzweigenden Schienenweges Altenbeken=Warburg=Kassel in Betracht gezogen werden können, in welcher Richtung hannoverscherseits größere Zerstörungen nicht stattgefunden hatten. Die Südbahn war bereits am 22. über die Höhe von Kreiensen hinaus bis Salzderhelden wieder betriebsfähig und wurde es am 23. in ihrer ganzen Ausdehnung von Hannover bis Göttingen. Bei raschem energischen Handeln dürfte es daher nicht unmöglich gewesen sein, noch vor Beseitigung der für die Mündener Linie gegebenen Hindernisse von dem seit dem 22. Juni in Northeim rc. kantonnierenden Manteuffelschen Corps über Kreiensen=Altenbeken Verstärkungen nach Thüringen zu dirigieren.

Schon hier tritt uns aber ein befremdender Starrsinn des kommandierenden Generals entgegen. Obwohl er infolge des mangelhaften Aufklärungsdienstes seiner Reiterei am 21. noch nicht über die Stellung der hannoverschen Armee sichere Nachrichten hatte, schenkte er dennoch den aus Berlin einlaufenden Meldungen, welche den Marsch des Feindes nach Heiligenstadt in zweifelloser Weise konstatierten, keinen Glauben, sondern beharrte bei seinem ursprünglichen Plane, den Gegner am 23. bei Göttingen anzugreifen. Mochte man sich vielleicht schon damals im Falckensteinschen Hauptquartiere mit der Absicht tragen, nach Erledigung der hannoverschen Episode die Operationen in der Richtung über Kassel auf Frankfurt zu beschleunigen, um gegen das am unteren Maine in der Sammlung begriffene 8. Bundes=Armeecorps einen nachhaltigen Schlag zu führen, so konnte trotzdem der kommandierende General bei Lage der Dinge dem durchaus sachgemäßen Vorschlage der obersten Heeresleitung, Truppen nach Thüringen zu entsenden, Folge geben. Einesteils hatte in diesem Falle die letztere Instanz die Verantwortlichkeit hierfür zu tragen, wenn die an jene Maßregel geknüpften Hoffnungen nicht zur Thatsache werden sollten. Anderenteils aber konnten

die nach Thüringen entsendeten Truppen, mochten sie nun ihre Aufgabe erfüllt haben oder nicht, mittelst des über Eisenach und Kassel gegebenen Schienenweges binnen kurzem, immerhin noch rechtzeitig zu der gegen Frankfurt marschierenden preußischen Hauptmacht wieder herangezogen werden, um ihrer Mitwirkung am unteren Main versichert zu sein. Trat mittlerweile dagegen der Fall ein, daß die bayerische Armee über Fulda die Offensive ergriff und der aus Thüringen nach Kassel führende Schienenweg gefährdet erschien, so würde die gegen Frankfurt beabsichtigte preußische Offensive ohnehin unterblieben und jener in Aktion tretende Gegner für den preußischen Heerführer das Operations-Objekt geworden sein. Mußte unter diesen Verhältnissen darauf verzichtet werden, die nach Thüringen detachierten Truppen auf jener Verkehrsstraße heranzuziehen, so konnten dieselben, je nachdem die feindlichen Operationen vorgeschritten waren, von Eisenach entweder über Waldkappel oder über Eschwege gegen Kassel dirigiert werden, um in dieser Richtung ihre Wiedervereinigung mit der inzwischen von Göttingen über Münden südwärts vorgegangenen und nunmehr gegen die Bayern operierenden Hauptmacht des Generals v. Falckenstein zu suchen. Die von Eisenach nach Kassel auf jenen Linien gegebene Entfernung beläuft sich auf 9 bis 10 Meilen und hätte also nötigenfalls in zwei Tagemärschen zurückgelegt werden können, so daß eine rechtzeitige Konzentrierung der preußischen Streitmacht kaum in Zweifel zu ziehen war.

Indessen gab man am 21. Juni im Falckensteinschen Hauptquartiere solchen Erwägungen nicht Raum, sondern beharrte bei dem Plane, mit der nördlichen Heeresgruppe am 23. bei Göttingen zum Angriffe auf die hannoversche Armee zu schreiten, gegen welche zugleich die Division Beyer aus südlicher Richtung vorzugehen den Befehl erhielt. Erst als der General v. Falckenstein am 22. Juni, dank dem energischen Eingreifen des Generals v. Göben, endlich auch durch die Avantgarde der 13. Division die Thatsache des Abmarsches der Hannoveraner von Göttingen festgestellt sah, fand er sich bewogen, Maßregeln gegen die südwärts gehende Bewegung des Feindes zu treffen, indem er noch an diesem Tage die Konzentrierung der Division Beyer bei Oetmannshausen anordnete, woran sich am 23. für dieselbe der Befehl zum Marsche nach Eisenach knüpfte. Indessen hatte der General v. Falckenstein bereits der Hoffnung entsagt, daß es unter den gegebenen Verhältnissen noch ge-

lingen dürfte, die hannoversche Armee an der Überschreitung des Thüringer Waldes zu verhindern. Indem er daher gegen die letztere nur die Division Beyer disponierte, beschloß er anderenteils, am 24. Juni mit der nördlichen Heeresgruppe die Operationen über Kassel gegen Frankfurt am Main aufzunehmen, um das dort noch in der Sammlung begriffene 8. Bundes-Armeecorps anzugreifen.

Auch hier wurde das preußische Oberkommando, was zunächst die Anordnungen hinsichtlich der Division Beyer anbelangt, von keiner glücklichen Auffassung geleitet. Die anbefohlene Konzentrierung bei Oetmannshausen vermag als keine der Situation entsprechende Maßregel betrachtet zu werden. War für den Abmarsch der Hannoveraner nach Süddeutschland der Schwerpunkt der Situation in der Linie Eisenach-Gotha ꝛc. zu suchen, so drängten die Umstände zu einer Beschleunigung der in jener Richtung zu treffenden Maßregeln. Anstatt die Detachements Schachtmeyer und Seldow, welche sich auf der Linie Kassel-Münden-Dransfeld bewegten, nach Oetmannshausen zu dirigieren, wohin sie nur mittelst eines längeren, anstrengenden Landmarsches gelangen konnten *), würde es doch ungleich ratsamer gewesen sein, diese Abteilungen, welche sich in der Nähe der hierfür in Betracht kommenden Schienenstraße bewegten, schleunigst per Bahn nach Eisenach zu entsenden, während das Detachement Glümer, für welches bei Witzenhausen und Allendorf dieser begünstigende Umstand entfiel, mittelst Fußmarsches jenen gemeinsamen Bestimmungsort zu erreichen hatte. Wurde am 22. Juni nachmittags der Eisenbahntransport der Detachements Schachtmeyer und Seldow (zusammen 8 Bataillone, $3\frac{1}{2}$ Eskadronen und 10 Geschütze) angeordnet, so durfte man immerhin hoffen, diese Truppen bis am 23. abends in Eisenach vereinigt zu sehen. Die kurhessischerseits am 16. Juni zwischen Bebra und Hönebach zerstörte Strecke des von Kassel nach Eisenach führenden Schienenwegs war bereits seit dem 18. wieder hergestellt. Eine weitere Unterbrechung hatte jene Bahn bekanntlich in Melsungen am 18. Juni morgens durch ein Detachement der Division Beyer erfahren, welches dieselbe durch das Ausheben des Herzstücks

*) Von Dransfeld über Münden nach Kassel sind es 4 Meilen, von Kassel über Helsa und Lichtenau nach Oetmannshausen beinahe $5\frac{1}{2}$ Meilen, während die Entfernung von Dransfeld in möglichst direkter Linie über Witzenhausen bis Oetmannshausen etwa 6 Meilen beträgt.

unfahrbar machte. Selbst wenn die auf dieser Station gegebene Betriebsstörung am 22. nachmittags noch nicht behoben gewesen sein sollte*), so war die dortige Wiederherstellung der Geleise vermittelst der in Kassel vorhandenen Materialien jedenfalls binnen kurzem zu bewirken, um noch in der folgenden Nacht den durchgehenden Verkehr bis Eisenach mit den Truppentransporten eröffnen zu können. Die Linie Kassel-Göttingen war bekanntlich durch die Hannoveraner bei Münden unterbrochen worden und am 22. daselbst noch nicht betriebsfähig. Dagegen war der am 16. Juni von den kurhessischen Husaren leicht zerstörte Schienenweg Kassel-Warburg wieder hergestellt und damit der Anschluß an das westfälische Eisenbahnnetz gegeben, von welchem, falls der in Kassel vorgefundene Wagenpark für eine beschleunigte Durchführung der hier in Frage stehenden Truppentransporte nicht genügen sollte, ebenso weiteres Wagenmaterial requiriert werden konnte, wie dies über Eisenach aus Thüringen möglich war.

Der für die Konzentrierung bei Oetmannshausen ergangene Befehl ereilte bekanntlich das von Kassel aufgebrochene Detachement Selchow am 22. gegen Abend noch herwärts Münden, während der General v. Schachtmeyer erst in Dransfeld bei Einbruch der Nacht in dessen Besitz gelangte. Das sogleich in dreistündigem Marsche nach Kassel zurückkehrende Detachement Selchow (4 Bataillone, 2½ Eskadronen und 1 Batterie) würde dort seine Einschiffung zur Bahn bewerkstelligt haben. Selbst wenn diese Truppentransporte erst am 23. morgens eröffnet werden konnten, durfte man der Hoffnung sein, das ganze Detachement bis nachmittags in Eisenach, wohin es unter gewöhnlichen Betriebsverhältnissen nur einer dreistündigen Fahrt bedarf, vereinigt zu wissen. Das Detachement Schachtmeyer (4 Bataillone, 1 Eskadron und 4 Geschütze) würde dagegen am 23. morgens nach einem dreistündigen Marsche von Dransfeld in Münden eingetroffen sein und hätte hier seine Einschiffung zur Bahn bewerkstelligen können,

---

*) Verfasser vermochte es nicht mit absoluter Gewißheit festzustellen, ob der Bahnkörper bei Melsungen am 22. Juni bereits wieder hergestellt war. Die ihm zur Verfügung stehenden Unterlagen besagen nur, daß diese Betriebsstörung einige Tage nach der am 18. Juni erfolgten Zerstörung der Geleise behoben war. Indessen ist die Bahn am 24. Juni morgens, wie eine damalige Rekognoszierung seitens des in Eisenach angekommenen 4. Garde-Regiments ergab, bis Kassel wieder fahrbar gewesen.

wofern die von den Hannoveranern oberhalb dieser Station im Fulda-Thale zerstörte, aber weniger belangreiche Brücke bei dem eine halbe Stunde entfernten Bonaforth inzwischen wieder hergestellt worden. War dies aber nicht der Fall, so würde die Infanterie des Detachements, wie es später seitens der 13. Division geschah, jenseits der zerstörten Brücke auf den von Kassel dahin entsendeten Zügen zu embarkieren gewesen sein, während die Reitpferde und der Train, sowie die Kavallerie und Artillerie im Landmarsche nach der hessischen Hauptstadt weitergingen, um dort ihre Einschiffung zur Bahn zu bewirken. Auch hinsichtlich dieses Detachements dürfte es sich kaum als Fehlschluß erwiesen haben, daß dasselbe in seiner Gesamtheit bis am 23. abends in Eisenach vereinigt gewesen wäre. Es würden dann mit Einschluß des Detachements Fabeck (hierbei die am 23. in Thüringen eintreffenden anderweitigen Verstärkungen außer Anschlag gelassen) auf der Linie Eisenach-Gotha gegen 11 000 Mann und 14 Geschütze verfügbar gewesen sein.

Sollte der Feind am 23. noch vor Ankunft jener Truppen der Division Beyer schon nach Eisenach detachiert haben, so debarkierten die letzteren herwärts je nach Umständen in Gerstungen oder Hönebach und Bebra, um den ersteren in diesem Falle nach Thunlichkeit bis zur Herankunft weiterer Verstärkungen zu beschäftigen oder eventuell zurückzudrängen, ohne nach Lage der Dinge bei der gegebenen Sicherung ihres Rückens befürchten zu müssen, durch den Gegner erdrückt zu werden. Unterdessen würde auch das Detachement Glümer (8 Bataillone, 1 Eskadron und 8 Geschütze) von Witzenhausen und Allendorf (7½, beziehungsweise 6 Meilen von Eisenach) im Heranrücken begriffen gewesen sein. Selbst wenn mit Rücksicht auf die seitherigen Anstrengungen dieser Truppen für jenen Marsch größere Rastpausen gemacht wurden, so durfte man doch immerhin hoffen, daß das Detachement Glümer spätestens bis am 24. abends bei Eisenach angekommen sein würde, wo nunmehr die Division Beyer (außer den in Kassel verbliebenen Besatzungstruppen) in der Stärke von beinahe 17 000 Mann mit 18 Geschützen vereinigt war, so daß in Verbindung mit dem Detachement Fabeck über 19 000 Mann und 22 Geschütze gegen die Hannoveraner disponibel standen, wodurch die Gestaltung der Situation in Thüringen eine für die preußischen Waffen wesentlich günstigere Entwickelung gefunden hätte.

Dürfen demnach die hinsichtlich der Division Beyer gegen die Hannoveraner getroffenen Maßregeln nicht als zweckentsprechend betrachtet werden, so vermag ebenso wenig der Plan des Generals v. Falckenstein eine günstige Beurteilung zu finden, am 24. Juni mit der preußischen Hauptmacht von Göttingen die Operationen gegen Frankfurt aufzunehmen, um wider das dort sich noch sammelnde 8. Bundes-Armeecorps einen entscheidenden Schlag zu führen. Denn es mußte doch außerordentlich fraglich erscheinen, ob das gedachte Corps überhaupt die Neigung hatte, bei Frankfurt einen hartnäckigen Kampf aufzunehmen und sich eine nachhaltige Niederlage bereiten zu lassen. Zum Schutze der Bundesversammlung dürfte es kaum zähen Widerstand zu leisten gesucht haben, wie die späteren Vorgänge bezeugen. Das noch in der Sammlung begriffene Corps würde es dagegen wohl vorgezogen haben, ohne größeren Kampf an und hinter den Neckar sich zurückzuziehen, um hier, in der Defensive verharrend, seine Mobilmachung zu vollenden und die noch fehlenden württembergischen sowie badischen Truppenteile an sich zu ziehen, während die nassauische Brigade eventuell in Mainz Schutz suchte. Dagegen konnte die Falckensteinsche Armee (welche ohne die Division Beyer nur 26 000 Mann, mit Einschluß derselben aber höchstens 45 000 Mann zählte) unmöglich ein allenfallsiges Vordringen über den Neckar in Aussicht nehmen, da sie in ihrer linken Flanke die bayerische Armee (47 000 Mann) wußte, mit deren Linksabmarsch die über den Main vorgedrungene preußische Streitmacht zum Rückzuge nordwärts genötigt war, wenn sie sich nicht der kritischen Lage ausgesetzt sehen wollte, in der Niederung zwischen Rhein, Main und Neckar den Kampf mit jenem voraussichtlich dann durch das 8. Corps unterstützten Gegner aufzunehmen. Übrigens konnte auch die Eventualität, daß die bayerische Armee es vorzog, ihre Offensive über Fulda auf Kassel zu entwickeln und somit gegen die rückwärtigen Verbindungen der Falckensteinschen Armee zu wirken, den Rückzug der letzteren vom Neckar und Main entscheiden. Unbedingt richtiger würde es dagegen gewesen sein, wenn der General v. Falckenstein zu dem Entschlusse gelangte, die bayerische Armee zu seinem nächsten Operationsobjekte zu machen, welcher er mit seinen vereinten Streitkräften ziemlich gewachsen war, und gegen diese einen raschen Schlag zu führen, bevor noch deren Unterstützung durch das 8. Bundes-Armeecorps zu erwarten stand. Bayern war

das Haupt der süddeutschen Liga; erlitt seine Armee eine Niederlage, so würde dieselbe, gleichwie sie überhaupt von deprimierendem Einflusse auf die mit jenem verbündeten Staaten sein mußte, auch ihre Rückwirkung auf das 8. Bundes-Armeecorps nicht verfehlt haben. Indessen schwebte das Mißgeschick über der Falckensteinschen Heerführung, bei ihren Anordnungen zumeist von einer nichts weniger als richtigen Auffassung der Lage und Dinge geleitet zu werden.

Unter dem Zusammenwirken der uns bekannten Vorgänge auf preußischer Seite hatte also die hannoversche Armee am 23. Juni Langensalza erreicht, obwohl infolge mangelhafter Leitung der Märsche stark strapaziert, da trotz der großen Hitze weder die Tornister der Infanterie gefahren, noch während der Mittagsstunden größere Rastpausen mit Verpflegung gemacht wurden. Außer dem Patrouillengefechte bei Arnstein hatte die Armee bis 23. mittags noch keine Fühlung mit dem Gegner gewonnen. Von entscheidendem Einflusse für die Fortsetzung der Operationen sollte es werden, als am 23. morgens im hannoverschen Hauptquartiere bei Mühlhausen der coburgische Hauptmann v. Ziehlberg als Überbringer eines Telegramms vom General v. Moltke erschien, welches die Aufforderung zur Kapitulation enthielt, mit der Anfrage, ob der König sich bei der Armee befinde. Obwohl der König Georg anfänglich geneigt war, die Sendung des nicht hinlänglich legitimierten Hauptmanns v. Ziehlberg zu ignorieren, so siegte doch schließlich in der Umgebung des Monarchen die Ansicht, die hier gebotene Gelegenheit zu Verhandlungen nicht ohne weiteres von der Hand zu weisen, sondern sie für alle Fälle sich offen zu halten und damit zugleich über die südwärts gegebenen Verhältnisse Aufschluß zu gewinnen, da die preußische Aufforderung die Umstellung der hannoverschen Armee durch überlegene Streitkräfte geltend machte. Eine militärische Maßregel zur Aufklärung der Situation in dieser Richtung würde eine forcierte Rekognoszierung gewesen sein. Indessen scheute man im hannoverschen Lager noch vor einem der eigenen Initiative entspringenden Appell an die Waffen zurück, da im Falle einer feindlichen Übermacht der hieraus hervorgehende Kampf zu einem ungünstigen, jede weitere Transaktion mit dem Gegner ausschließenden Resultate führen konnte. Daher das Bestreben, die militärische Situation in jener Direktion zunächst nach Thunlichkeit im Wege von Verhandlungen aufzuklären. Wurde die Anwesenheit größerer

feindlicher Streitkräfte konstatiert, welche das Gelingen eines gewaltsamen Durchbruchs als problematisch erscheinen ließen, so gedachte man, freien Durchzug nach Süden zu fordern. Mochten diese Verhandlungen auch zu einem negativen Resultate führen, so war doch die Hoffnung nicht ausgeschlossen, damit einen Zeitgewinn zu erzielen, um die bayerische Offensive sich entwickeln zu lassen, zu deren Beschleunigung noch in der Nacht zum 24. Juni der Archivrat Klopp nach Süddeutschland entsendet wurde. Ließen dagegen die bei diesen Verhandlungen gemachten Wahrnehmungen darauf schließen, daß der Gegner nicht über größere Streitkräfte verfügte, um den Abzug der Hannoveraner durch den Thüringer Wald zu verhindern, so hatte man es in der Hand, die angeknüpften Beziehungen zu dem Feinde abzubrechen und die Operationen wieder aufzunehmen. Vom hannoverschen Standpunkte aus betrachtet, waren die hier für die Aufnahme der Verhandlungen maßgebenden Intentionen nicht unrichtig und bei einer unbefangenen Anschauung der Dinge vermag jenes Vorgehen durchaus nicht in einem abfälligen Sinne beurteilt zu werden.

Nachdem die hannoversche Armee Langensalza erreicht hatte, drängte die Lage zu einer Entscheidung der Frage, auf welcher Linie der Thüringer Wald zu überschreiten und somit das erhofftermaßen letzte Hindernis zu ihrer Vereinigung mit den Bayern zu überwinden.

Um nach dem südlichen Fuße dieses Gebirgszuges zu gelangen, waren von Langensalza die folgenden Kommunikationen gegeben:

1.) Die Straße nach Eisenach und von hier durch die nordwestlichen Ausläufer des Thüringer Waldes über Etterwinden einerseits nach Salzungen, anderseits nach Barchfeld im Werra-Thale, insgesamt über 6 Meilen, wovon $2\frac{1}{2}$ Meilen Gebirgsmarsch. Auch konnte von Eisenach die einen nicht bedeutenden Bogen westwärts beschreibende und gleichfalls nach Salzungen-Barchfeld führende Straße über Marksuhl benutzt werden, für welche ziemlich die nämlichen Verhältnisse wie bei der ersten Linie Platz greifen.

Außerdem war über Marksuhl der Anschluß an die Straße Vacha-Fulda gegeben und überdies konnten zugleich die das Rhöngebirge durchziehenden Straßen erreicht werden, welche einesteils über Tann und andernteils über Kalten-Nordheim südwärts nach Bayern führen.

2.) Oder von Langensalza auf der Eisenacher Straße bis Behringen und von hier über Friedrichswerth, Weingarten und Teutleben nach Waltershausen (3½ Meilen; auf der Strecke von Behringen teils Chaussee 1. Klasse, teils gut chaussierte Fahrwege).

Von Waltershausen verzweigen sich dagegen folgende Straßen in das Werra-Thal:

a.) Die westlich des Inselsbergs über Winterstein und Steinbach nach Barchfeld geleitete; Gesamtentfernung von Langensalza gegen 7 Meilen, davon beiläufig 3 Meilen Gebirgsmarsch.

b.) Die am Osthange des Inselsbergs vorüberführende Chaussee, welche über Brotterode und Herges nach etwa dreimeiligem Laufe oberhalb Frauenbreitungen (1 Meile aufwärts Barchfeld) jenes Thal erreicht; Gesamtentfernung von Langensalza gleichfalls ungefähr 7 Meilen, wovon gegen 3 Meilen Gebirgsmarsch.

c.) Die Chaussee über Friedrichroda, Klein-Schmalkalden und Schmalkalden, welche auf einer Strecke von beiläufig 3½ Meilen durch die Berge führt und in gleicher Höhe mit dem letzteren Orte 1 Stunde oberhalb der Straße b. in das Werra-Thal mündet; Gesamtentfernung von Langensalza 7 Meilen.

Die Chausseen a. und b. sind zwischen Grumbach und Herges, b. und c. dagegen sowohl zwischen Brotterode und Klein-Schmalkalden, wie Herges und Seligenthal durch Transversalstraßen gegenseitig verbunden.

3.) Die Straße Langensalza-Gotha-Ohrdruf nach Zella, wo dieselbe sich verzweigt, um einerseits in südwestlicher Richtung ihre Fortsetzung über Schwarza nach Meiningen zu finden, andererseits aber über Suhl und Schleusingen nach Hildburghausen zu führen. Nach beiden Richtungen ist die Gesamtentfernung von Langensalza eine annähernd gleiche: auf der Linie nach Hildburghausen ungefähr 11 Meilen, nach Meiningen dagegen 10 Meilen, hierbei von Ohrdruf 6, beziehungsweise 5½ Meilen Gebirgsmarsch.

Übrigens erschloß sich für die obige Hauptstraße auch die Eventualität, dieselbe in Gotha zu verlassen und in südöstlicher Richtung nach einem von Langensalza $5\frac{1}{2}$ Meilen betragenden Marsche Arnstadt und das hier anschließende, sogleich unter Nr. 4. darzulegende Wegenetz zu erreichen.

4.) Die Straße Langensalza-Gräfentonna-Erfurt-Arnstadt (6 Meilen), von wo sich die folgenden Verzweigungen erschließen:

a.) über Suhl und Schleusingen nach Hildburghausen, insgesamt von Langensalza 12 Meilen, worunter 6 Meilen Gebirgsmarsch;

b.) oder über Gehren nach Coburg in das Itz-Thal, zusammen von Langensalza über $15\frac{1}{2}$ Meilen, von denen beiläufig 6 Meilen auf das Gebirge entfallen;

c.) oder über Stadtilm und Saalfeld nach Kronach in Bayern am Südfuße des Frankenwaldes, durchgängig Gebirgsmarsch; Gesamtentfernung von Langensalza 17 Meilen.

5.) Von Langensalza über Tennstädt und Sömmerda nach Weimar (7 Meilen) und von dort entweder

a.) über Rudolstadt und Saalfeld nach Coburg, weitere 12 Meilen, worunter 9 Meilen im Gebirge, so daß die Gesamtentfernung sich auf 19 Meilen beziffert;

b.) oder über Rudolstadt und Saalfeld nach Kronach in Bayern, wobei ungefähr 8 Meilen Gebirgsmarsch; Gesamtentfernung von Langensalza 18 Meilen.

Als die kürzesten Linien erwiesen sich demnach die in das Werra-Thal mündenden Straßen 1. (Eisenach) und 2. (Waltershausen). Auf jener beträgt die Entfernung 6 Meilen mit $2\frac{1}{2}$ Meilen Gebirgsmarsch; auf der letzteren und ihren von Waltershausen gegebenen Verzweigungen sind es zwar gegen 7 Meilen, wovon 3 und $3\frac{1}{2}$ Meilen auf das Gebirge entfallen, dagegen liegen aber auch die von uns besonders in Betracht zu ziehenden Endpunkte der Linien b. und c. 1 und $1\frac{1}{2}$ Meilen weiter oberhalb von der Ausmündung der Straße 1. Weniger günstig gestalten sich die Verhältnisse für die über Gotha führende Straße 3., welche bei einer Länge von 10 Meilen einen sechsmeiligen Gebirgs-

marsch erfordert. Die über Erfurt gegebenen Kommunikationen konnten für die hannoversche Armee nicht in Betracht kommen, da sie durch jenen Platz gesperrt waren, ausgenommen den Fall, daß man über Gotha Arnstadt (s. o.) zu erreichen suchte. Ebenso wenig vermochte der Marsch über Weimar den Gegenstand ernster Erwägung zu bilden, wenn man durch stärkere feindliche Streitkräfte den Zugang zu den Straßen 1. bis 3. verteidigt fand, da der Gegner, im Besitze der thüringischen Eisenbahn, voraussichtlich in der Lage war, eventuell zu einer rechtzeitigen Rechtsschiebung seiner Truppen zu schreiten und den Hannoveranern in jener Richtung sich vorzulegen. Ein weiteres Ausbiegen in westlicher Richtung war in jenem Falle gleichfalls aussichtslos und zwar um so mehr, da hier das von bewaldeten Bergzügen begleitete Werra-Thal ohnehin die Bewegung beengte.

Als man sich am 22. Juni in Mühlhausen für den Marsch auf Langensalza entschied, blieb bekanntlich vorläufig die Frage eine offene, ob das Werra-Thal über Gotha oder Eisenach zu erreichen. Die Avantgarde-Brigade Bülow wurde dementsprechend nach den Behringsdörfern dirigiert, um von hier je nach Lage der Dinge in einer jener zwei Richtungen weiterzugehen. Selbst am 23. abends, als die Disposition für den nächsten Tag ausgegeben wurde, welche den Marsch nach Gotha anordnete, war man noch zu keinem definitiven Entschlusse gelangt, ob die Armee von Gotha direkt in südlicher Richtung den Thüringer Wald überschreiten sollte oder ob hierfür die sonstigen von der Linie Eisenach-Gotha in das Werra-Thal führenden Kommunikationen in Erwägung zu ziehen sein würden. Die Wahl der Straße über Waltershausen dürfte unter den gegebenen Verhältnissen als die vorteilhafteste sich erwiesen haben. Konnte die hannoversche Armee, wenn sie, wie in Aussicht genommen, am 24. von Langensalza nach Gotha rückte, von dort in nur anderthalbmeiligem Marsche das südwestlich gelegene Waltershausen erreichen, so unterlag ihre Instradierung auf die in Frage stehende Straße ebenso keinen besonderen Schwierigkeiten, falls sie zunächst in der Direktion auf Eisenach ihre Bewegung fortsetzte. Erforderte die Straße Gotha-Ohrdruf einen längeren, beinahe zweitägigen Gebirgsmarsch, welcher wegen allenfallsiger Verpflegungsschwierigkeiten zu Bedenken Anlaß geben konnte, so gestaltete sich diese Frage für die Route nach Waltershausen ungleich günstiger, und es war überdies mit dieser

Linie der Vorteil verbunden, daß bei letzterem Punkte drei Straßen nach dem Werra-Thale zur Verfügung standen und die Armee somit in 3 Kolonnen das Gebirge überschreiten konnte, was für die Beschleunigung der Bewegung von nicht zu unterschätzender Bedeutung war. Falls der Feind diese Straßen zu verteidigen suchte, war der Durchbruch der einen Kolonne zugleich von förderndem Einflusse für die anderen. Sämtliche Wege sind Kunststraßen und bei ihrer vortrefflichen Anlage auch für schweres Fuhrwerk passierbar. Wenn trotzdem die Route über Waltershausen damals im hannoverschen Hauptquartiere noch nicht für jenen Zweck näher in das Auge gefaßt worden war, so ist dies teilweise auch auf die Mangelhaftigkeit des zur Verfügung stehenden Kartenmaterials zurückzuführen *).

Würde schon ursprünglich der Marsch über Waltershausen in das Auge gefaßt worden und für die hannoversche Armee der bereits früher von uns betreffenden Orts dargelegte Marschplan maßgebend gewesen sein, welchem zufolge die Avantgarde, der 2 Reiter-Regimenter aufklärend vorausgingen, am 22. Juni bei Mechterstedt bis in die Nähe des Thüringer Waldes gelangte (s. S. 425), so dürfte sich, wofern der Feind bei Eisenach und Gotha nur über schwache Detachements verfügte (wie es schon durch deren defensives Verhalten sich zu erkennen gegeben hätte und am 22. sowie 23. der Fall sein sollte), die Fortsetzung der Operationen in folgender Weise gestaltet haben, wobei man zu der Voraussetzung berechtigt war, auf keinen nachhaltigen Widerstand des Gegners mehr zu stoßen, wenn derselbe diesseits des Gebirges größere Streitkräfte nicht entwickelt hatte.

Wir wollen hierbei selbst den Fall zu Grunde legen, daß man den Truppen nach den vorangegangenen 2 Tagemärschen am 23. Juni vormittags Ruhe gönnte, ausgenommen den Train und die Nachhut, welche im Marsche zu verbleiben hatten, um zunächst bis Behringen herangezogen zu werden.

Nachdem die seit dem 22. nachmittags eingeleiteten Erhebungen ergeben hatten, daß die von Waltershausen in das Werra-Thal führenden Straßen offen oder nur vom Feinde schwach besetzt, so brach am

*) Die z. B. vorhandene Reymannsche Spezialkarte, Sektion Erfurt, geht nur bis zur Linie Brotterode-Ohrdruf.

23. gegen Mittag die Avantgarde=Brigade Knesebeck von Mechterstedt auf und marschierte über Winterstein nach Barchfeld, um hier gegen Norden zur Deckung der rückwärtigen Debouchéen Stellung zu nehmen und zugleich die Werra=Bahn abwärts zu zerstören. Vermochte unter günstigen Umständen die Brigade noch am 23. nachts Barchfeld zu erreichen, so durfte doch wohl auch andernfalls deren dortige Ankunft für den 24. vormittags erhofft werden. Allenfallsiger feindlicher Widerstand war durch entschiedenen Angriff zu brechen. Konzentrierte der Gegner infolge des Anmarsches jener Brigade seine auf dieser Seite verfügbaren schwachen Streitkräfte bei Barchfeld, so hatte die letztere dieselben hier festzuhalten, während die hannoversche Armee auf den anderen Straßen ihren Gebirgsübergang bewerkstelligte. War man versichert, auf keinen feindlichen Widerstand zu stoßen, so konnte am 23. nachmittags auch die Reserve=Kavallerie auf der Straße über Brotterode in Marsch gesetzt werden. Das Gros der Armee, die Brigaden de Vaux und Bülow, rückte gleichzeitig mit dem Train von Behringen auf Waltershausen nach, indem es sich, falls in Eisenach feindliche Truppen, in der rechten Flanke gegen jenen Punkt sicherte und den dort festzuhaltenden Gegner beschäftigte. Die Brigade Bothmer würde zu gleicher Zeit von Henningsleben über Wangenheim gefolgt sein, indem ihr mit der nämlichen Aufgabe die Flankendeckung gegen Gotha oblag. Die Armee hätte somit am 23. abends die thüringische Eisenbahn überschritten gehabt und ihr Gros würde in der Gegend von Waltershausen übernachtet haben. Sobald sie diese Stellung erreicht, hatte sie einen wesentlichen, wohl ihre Rettung verbürgenden Erfolg erzielt. Selbst wenn nunmehr Verstärkungen auf feindlicher Seite bei Gotha und Eisenach eintrafen, würde der Gegner kaum noch in der Lage gewesen sein, den Abmarsch der Hannoveraner in das Werra=Thal zu verhindern. Daß preußische Truppen von Gotha über Ohrdruf nach Meiningen eilten, wozu es eines etwa achtmeiligen Marsches bedurfte, um der hannoverschen Armee sich hier entgegenzustellen, war um so weniger zu befürchten, da die letztere, selbst wenn dem Feinde die rechtzeitige Besetzung jenes Punktes gelang, noch herwärts in Wasungen westwärts ausbiegen konnte, um das von hier nur 2 Meilen entfernte Kalten=Nordheim und die dortige nach dem nahen Bayern führende Straße zu erreichen. Eine Verlegung der Werra=Thal=Straße weiter oberhalb konnte unter den erörterten Verhältnissen um so weniger

in Betracht kommen, da die hannoversche Armee ohnehin ihren Marsch bis dahin nicht ausgedehnt, sondern spätestens in Meiningen die bisher von ihr verfolgte Route verlassen haben würde, um auf der südwestwärts gegen Neustadt und Schweinfurt führenden Chaussee ihre Bewegung nach Bayern fortzusetzen. Leitete der Feind die Verfolgung über Eisenach in das Werra=Thal ein, so stieß er bei Barchfeld auf die hannoversche Avantgarde, welche hier zähen Widerstand zu leisten hatte in der Aussicht, eventuell durch die über Brotterode nachrückenden Truppen unterstützt zu werden. Selbst den schlimmsten Fall angenommen, daß die hannoversche Avantgarde schließlich bis hinter Frauenbreitungen zurückweichen mußte, bevor die Armee den Gebirgsübergang vollendet hatte, so blieb noch das vorläufig durch jene gedeckte Debouchee von Schmalkalden, wohin die auf der Straße von Brotterode im Anmarsche begriffenen Truppen mittelst der gegebenen Transversalverbindungen übergehen konnten. Im äußersten Notfalle gestattete die von Schmalkalden über Schwarza nach Meiningen führende Seitenstraße ein Ausweichen des noch im Gebirge befindlichen Teils der hannoverschen Armee, obwohl dieser Weg sich beschwerlich gestaltet haben dürfte. Griffen dagegen die eingetroffenen preußischen Verstärkungen die bis Waltershausen gelangte hannoversche Armee an, so hatte eine starke Nachhut in günstiger Stellung an den nördlichen Debouchéen den Abzug über den Thüringer Wald zu decken.

Gestatteten es die Kräfte der Truppen und die Orientierung hinsichtlich der Situation schon am 23. morgens die Bewegung über den Thüringer Wald einzuleiten, so würde es vielleicht möglich gewesen sein, das Gros der Armee noch am Abende dieses Tages in das Werra=Thal debouchieren zu sehen, während der Train unter dem Schutze einer starken Nachhut, eventuell der von Henningsleben kommenden Brigade Bothmer, bis zwischen Friedrichroda und Klein=Schmalkalden in das Gebirge hereingezogen werden konnte.

Setzte das Gros aus seinen oben angenommenen Quartieren und Biwaks bei Waltershausen erst am 24. morgens den Marsch in das Werra=Thal fort, wobei der Train und die anderwärts nicht eingeteilte Reiterei, durch eine Infanterie=Brigade (Bothmer) gedeckt, auf die östliche Straße nach Schmalkalden zu instradieren waren, so dürfte im Verlaufe des Nachmittags der Gebirgsübergang bewerkstelligt und

die Armee im Werra=Thale wieder vereinigt und damit geborgen gewesen sein. Gestatteten es die Umstände und drängte der Feind nicht in verstärkter Anzahl im Werra=Thale nach, so konnte den hannoverschen Truppen nach den Strapazen der letzten Tage zunächst eine wohlverdiente Rast geschenkt werden, um dann in kleinen Märschen die Bewegung über Meiningen nach Schweinfurt fortzusetzen. Wurde der hannoverschen Armee hier die Unterstützung der Bayern zuteil, so blieb selbst die Möglichkeit nicht ausgeschlossen, daß die erstere in der Lage war, nach Wiederherstellung der bei Coburg zerstörten Bahn aus den Kantonnements im Werra=Thale ihre südwärts gehende Bewegung auf diesem Schienenwege fortzusetzen.

So hätte sich unter den am 23. und 24. Juni gegebenen Verhältnissen der Abmarsch der hannoverschen Armee über den Thüringer Wald gestalten können, wofern deren Avantgarde am 22. Mechterstedt erreichte. Selbst wenn der Gegner Gotha und Eisenach aufgab, um die verschiedenen von dieser Linie südwärts führenden Gebirgsstraßen zu verteidigen, so würde derselbe bei der damit verbundenen Zersplitterung seiner ohnehin schwachen Streitkräfte nur um so weniger in der Lage gewesen sein, der hannoverschen Armee einen längeren, entscheidungsvollen Aufenthalt zu bereiten. Fand die letztere dagegen die Linie Gotha=Eisenach von stärkeren feindlichen Streitkräften besetzt, ohne der Unterstützung durch ihre süddeutschen Bundesgenossen versichert zu sein, dann wurde für sie die Überschreitung des Thüringer Waldes zur Unmöglichkeit. Gelang es in diesem Falle den Hannoveranern nicht, bis zur degagierenden Einwirkung der süddeutschen Offensive dem Appell an die Waffen auszuweichen, so drohte ihnen nur die Wahl zwischen der Kapitulation oder einem aussichtslosen Kampfe mit dem voraussichtlich zur Übermacht sich verstärkenden Gegner. Daß die hannoversche Armee selbst am 24. Juni die Linie Gotha=Eisenach vom Feinde noch nicht stärker besetzt fand, war eine ursprünglich kaum zu erhoffende Gestaltung der Situation, die nur unter dem Zusammenwirken der uns bekannten Umstände sich ergeben hatte. Wie trotzdem der hannoversche Heereszug hier zum Scheitern kommen sollte, wird in den folgenden Ereignissen seine Erklärung finden.

VII.
Die Tage vom 24. bis 26. Juni.

Inmitten der unklaren Situation, wie sie sich unter den am 23. abends empfangenen Eindrücken für die hannoversche Armee gestaltet hatte, rüsteten sich deren Truppen am

24. Juni

morgens zur Fortsetzung der Operationen, als deren heutiges Ziel die Marschdisposition Gotha in Aussicht nahm.

Wie uns bekannt, hatte Oberstlieutenant Rudorff infolge der Meldung des Lieutenants v. Ahlefeld, daß Eisenach vom Feinde unbesetzt sei, die Genehmigung zu einer Rekognoszierung in dieser Richtung erhalten, mit der Maßgabe, falls jene Nachricht sich bestätigen sollte, die ganze Brigade Bülow dahin nachziehen zu können (s. S. 565). Da die Richtigkeit jener Meldung von mancher Seite noch bezweifelt wurde, indem man glaubte, daß Lieutenant v. Ahlefeld hinsichtlich des fraglichen Endziels seiner Patrouille sich in einem unfreiwilligen Irrtume befinde, ließ ihn der Oberstlieutenant Rudorff, bevor er von Langensalza abritt, um 4 Uhr morgens zu sich rufen, um ihn persönlich zu examinieren. Durch die mündlichen Darlegungen dieses Offiziers gewann indessen Rudorff alsbald die Überzeugung, daß hier keine Ortsverwechselung vorlag. Da ein Durchbruch der Armee über Eisenach den Vorteil bot, dort alsbald das gangbare Werra=Thal zu gewinnen und in demselben

die Bewegung nach Süden fortzusetzen, während die Operationen über Gotha einen längeren, mit Schwierigkeiten verknüpften Gebirgsmarsch erforderten, so mußte die Besitznahme des ersteren Punktes ungleich wichtiger sein, als letztere Richtung. Hatte man schon am vorhergehenden Abende infolge der Meldung des Lieutenants v. Ahlefeld im Hauptquartiere vorläufig den Gedanken ventiliert, falls die Besitznahme von Eisenach gelingen würde, die Armee nach dieser Richtung in Marsch zu setzen, indem die Brigade Knesebeck zur Deckung jener Bewegung gegen Gotha demonstrieren sollte, so schienen, nach der Examination des oben genannten Offiziers durch den Oberstlieutenant Rudorff, die Aussichten für diesen Plan nicht ungünstig zu liegen und die Hoffnung gewann somit an Raum, jenes Projekt zur Thatsache werden zu sehen.

Etwa um 5 Uhr morgens ritt Oberstlieutenant Rudorff von Langensalza ab, um sich zur Brigade Bülow zu begeben. In seiner Begleitung befand sich der Volontär Graf Bernstorff, welcher die Gegend von Eisenach aus seiner Studienzeit auf der dortigen Forstakademie kannte.

Gleichzeitig sammelte sich zufolge der am vorhergehenden Abende ausgegebenen Disposition zum Marsche auf Gotha das Gros der Armee (die Brigaden Knesebeck und de Vaux, zu welchen das Garde-Husaren-Regiment, die Reserve-Artillerie und die Pionier-Compagnie der Brigade Bothmer zu stoßen hatten) in der anbefohlenen Rendezvous-Stellung südlich vor Langensalza, während die letztgenannte Brigade von Groß-Gottern dahin im Anrücken begriffen war.

Noch harrten die hier versammelten Truppen des Befehls zum Abmarsche, als gegen ½6 Uhr morgens der aus Gotha zurückkehrende Major v. Jacobi in Langensalza eintraf. Er meldete sogleich die Resultate seiner Mission dem General v. Arentsschildt, welcher sich unverzüglich mit ihm nach dem Schützenhause in das königliche Hauptquartier verfügte. Der zum Generalstabe kommandierte Premier-Lieutenant Poten wurde zugleich infolge der vom Major v. Jacobi überbrachten Nachrichten an die Brigade Bülow entsendet, um derselben den Befehl zu überbringen, unter den gegebenen Verhältnissen einstweilen ihren Vormarsch gegen Eisenach zu sistieren. Auf Befehl des Königs trat sofort eine Konferenz zusammen, um den Bericht des Majors v. Jacobi entgegenzunehmen und über das Weitere zu beraten. Außer

dem Könige und dem Kronprinzen nahmen an dieser Sitzung teil Graf Platen, General v. Arentsschildt, der General=Adjutant Oberst Dammers, Major v. Jacobi und der Geheime Kabinettsrat Lex, welchen der erst später eintretende Kriegs=Minister sich anschloß.

Major v. Jacobi referierte über seine hinsichtlich der feindlichen Streitkräfte gemachten Wahrnehmungen und gewonnenen Nachrichten, indem er die Quellen, aus denen er seine Informationen schöpfte, genau darlegte. Die von ihm gemeldete angebliche Ankunft der Division Göben bei Gotha wurde von den Anwesenden nicht als unwahrscheinlich betrachtet, nachdem schon am vorhergehenden Abende sowohl der Graf Hardenberg wie die Rittmeister Prinz Solms und Freiherr v. Wangenheim starke feindliche Streitkräfte avisiert hatten (s. S. 564). Selbst der König erklärte, daß die Nachricht von dem Eintreffen der Division Göben bei Gotha mit der aus Hannover an ihn gelangten bestimmten Meldung im Einklange stehe, welcher zufolge jene Division in der Nacht zum 22. mittelst Eisenbahn in 29 Extrazügen die Hauptstadt in östlicher Richtung verlassen haben sollte. (Wie uns bekannt, war diese Nachricht insofern begründet, daß das Detachement Korth von Hannover per Bahn über Braunschweig nach Seesen befördert wurde) *).

Nachdem Major v. Jacobi unter Vorlesung der diesbezüglichen Depeschen, was wegen verspäteten Erscheinens des Kriegsministers wiederholt geschah, über das bisherige Ergebnis der Verhandlungen mit dem General v. Moltke berichtet, wurde die Diskussion eröffnet. In Anbetracht der nichts weniger als klaren Situation, welche die Voraussetzung einer stärkeren preußischen Streitmacht diesseits des Thüringer Waldes nicht ausgeschlossen und somit den Ausgang eines Versuchs zum gewaltsamen Durchbruche nach Süden immerhin als problematisch erscheinen ließ, drang in der Konferenz die Ansicht durch, daß die Fortsetzung der Verhandlungen als ratsam zu erachten sei. Graf Platen vertrat diesen Standpunkt auf das nachdrücklichste und die anderen Anwesenden stimmten ihm vollkommen bei, ohne selbst sich in weiteren Erörterungen zu ergehen. Der in voriger Nacht erfolgten Entsendung

---

*) Es ist durchaus unrichtig, wenn nachträglich von hannoverscher Seite und damit auch in Klopp, „Rückblicke", S. 55, behauptet worden ist, daß die Angaben des Majors v. Jacobi über die feindlichen Streitkräfte bei Gotha allein in dieser Beziehung bestimmend gewesen wären.

des Archivrats Klopp geschah weder hier, noch späterhin ebenso wenig Erwähnung, wie der gegen Eisenach beabsichtigten Rekognoszierung des Oberstlieutenants Rudorff.

Indem auch der König der Fortsetzung der Verhandlungen beipflichtete, führte die weitere Diskussion zu dem einmütig gebilligten Standpunkte, daß man auf der Forderung des freien Durchmarsches nach Süden, als der einzig annehmbaren Basis, beharren müsse, indem alle Anwesenden zugleich darin übereinstimmten, daß für diesen Fall das Zugeständnis, längere Zeit (vielleicht 6 bis 8 Wochen) nicht an den Feindseligkeiten teilzunehmen, um so mehr ohne Bedenken gemacht werden könnte, da die Armee ohnehin zunächst ihre feldmäßige Ausrüstung vollenden mußte, bevor sie als operationsfähig zu betrachten sein würde. Auch machte sich bei der Diskussion der von Preußen gestellten Bedingungen, welche den Rückmarsch nach Göttingen forderten, die Meinung geltend, daß, sollte man im äußersten Falle auf dieser Basis zum Abschlusse einer Übereinkunft mit dem Gegner sich gedrängt sehen, damit doch wenigstens der Vorteil gegeben wäre, keine politischen Verpflichtungen eingehen zu müssen.

Die seitens des Majors v. Jacobi nach Berlin gestellte Forderung, durch Augenscheinnahme von der Umstellung durch überlegene Streitkräfte sich überzeugen zu dürfen, bevor eine Kapitulation in ernste Erwägung gezogen würde, fand in der Konferenz vollkommene Billigung und wurde nicht nur besonderer Wert auf dieselbe gelegt, sondern auch deren Wiederholung für ratsam erachtet.

Die Fortsetzung der Verhandlungen wurde somit zum Beschlusse erhoben, und zwar sollte zu diesem Zwecke der hannoversche Bevollmächtigte mit dem kommandierenden preußischen General in Gotha in Verbindung treten.

Anfänglich beabsichtigte der König, den General v. Arentsschildt mit dieser Mission zu beauftragen. Als aber der Major v. Jacobi darlegte, daß für eine militärische Verhandlung der kommandierende General die Instruktion und Vollmacht ausstellen müsse und daher nicht selbst in der Eigenschaft als Unterhändler thätig sein könne, bestimmte der König den General-Adjutanten Oberst Dammers zu dieser Sendung. Indem der letztere erklärte, daß für ihn eine Mission von solcher Tragweite eine sehr drückende Aufgabe sei, verband er damit für alle Fälle die Bitte um einen Mitbevollmächtigten, da er Anstand nehmen müsse,

allein die Verantwortung zu tragen. Graf Platen machte demzufolge den Vorschlag, dem Oberst Dammers den Major v. Jacobi beizugeben, da dieser keiner neuen Vollmacht bedürfe, was die Zustimmung des Königs fand *).

Beiden Offizieren gegenüber sprach der Monarch mit Bestimmtheit aus, es sei sein dringendster Wunsch, daß die Truppen vom Kampfe ferne blieben und schloß diese Mahnung mit den Worten: „Danach handeln Sie, meine Herren."

Nachdem die Konferenz, welche eine halbe Stunde gedauert haben mochte, aufgehoben worden war, rüsteten sich Oberst Dammers und Major v. Jacobi zur Abreise **).

Die dem ersteren für diese Mission erteilte schriftliche Vollmacht hatte folgenden Wortlaut:

„Vollmacht.

Überbringer dieses, der Oberst und General-Adjutant Dammers, wird hierdurch von mir ermächtigt, mit dem commandirenden Herrn General der Königlich Preußischen Truppen die eingeleiteten Verhandlungen über die Verhältnisse der Königlich Hannoverschen Armee weiter fortzuführen und eventuell zum Abschluß zu bringen.

Langensalza, den 24. Juny 1866.

A. von Arentsschildt,
General-Lieut.
commandirender General.

An
den commandirenden Herrn General der Königlich Preußischen Truppen
in Gotha.
Vom commandirenden General
der Königlich Hannoverschen Truppen."

---

*) Medings Angabe in seinen „Memoiren", Bd. II, S. 163, daß Oberst Dammers dem mittlerweile in Gotha verhandelnden Major v. Jacobi nachgeschickt wurde, entbehrt jeder Begründung.

**) Bevor Oberst Dammers das Schützenhaus verließ, soll er noch im Kabinette des Königs von dem letzteren einige nähere Instruktionen empfangen haben und hierbei autorisiert worden sein, hinsichtlich der Frist wegen Fernhaltung von den Feindseligkeiten selbst ein Jahr zu concedieren.

Gegen 7½ Uhr morgens fuhren Oberst Dammers und Major v. Jacobi in einem geschlossenen Wagen mit Spielmann von Langensalza in der Richtung auf Henningsleben-Gotha ab. Die Truppen, zu denen mittlerweile (bald nach 6 Uhr) auch die Brigade Bothmer gestoßen war, standen noch südlich vor der Stadt in Bereitschaft.

Als während der Fahrt bis zu diesem Sammelplatze jene beiden Offiziere die Aufgabe ihrer Sendung besprachen, äußerte u. a. Major v. Jacobi seine Bedenken, ob die für die Fernhaltung von den Feindseligkeiten in Aussicht genommene Frist von 6 bis 8 Wochen Preußen genügen dürfte. Oberst Dammers entgegnete, nach den ihm bekannt gewordenen Intentionen des Königs sich für ermächtigt zu halten, viel weiter zu gehen und sechs Monate, ja selbst ein ganzes Jahr zu bewilligen, da der letztere vor allem auf die Salvierung der Armee bedacht sei und den Kampf mit Preußen durchaus nicht aufsuche*). Als Major v. Jacobi darauf einwarf, wer in Süddeutschland die hannoverschen Truppen erhalten würde, wenn sie nicht mithandelten, erklärte ihm der Oberst, daß man 23 Millionen Thaler nach England gerettet hätte und somit für ein Jahr und noch länger im Besitze der erforderlichen Subsistenzmittel sei.

Mittlerweile hatten die beiden Offiziere den Sammelplatz der Truppen erreicht und trafen hier den Generalstabs-Chef Oberst Cordemann. Der Wagen hielt; Dammers und v. Jacobi besprachen mit dem Generalstabs-Chef die Situation**), und man verständigte sich dahin, daß die Truppen in die Kantonnements zurückmarschierten und während der Verhandlungen jede Angriffsbewegung unterbleiben sollte. Um für etwaige Sendungen und Aufträge einen Offizier zur Verfügung zu haben, wurde auf Vorschlag des Majors v. Jacobi der zur Stelle befindliche Hauptmann des Generalstabs, Krause, zur Begleitung der nach Gotha gehenden Offiziere bestimmt und stieg zu ihnen in den Wagen.

---

*) Nach dem „Offiziellen Bericht", Teil I, S. 37, hätte sich der König mit Bestimmtheit nur für 6 bis 8 Wochen ausgesprochen. Nach dem obigen ist jene Version wohl kaum richtig. Oberst Dammers würde jedenfalls Anstand genommen haben, in Gotha die Konzession von einem ganzen Jahre zu machen, wenn er sich nicht dazu autorisiert geglaubt hätte.

**) Möglich ist es, daß auch der General v. Arentsschildt bei dieser Unterredung zugegen war.

Während dieselben nunmehr ihre Fahrt südwärts fortsetzten, gelangte der folgende Armeebefehl zur Ausgabe:

„Ich habe eine Recognoscirung angeordnet, deren Resultat abgewartet werden muß. Die Truppen haben daher sämmtlich unter Anordnung der nöthigen Sicherheitsmaßregeln wieder die in voriger Nacht innegehabten Quartiere ꝛc. zu beziehen und heute zu ruhen.

„Alles Herbeiführen von Conflicten mit den Königlich Preußischen Truppen ist bis auf Weiteres zu vermeiden.

(gez.) v. Arentsschildt.“

Die vor Langensalza versammelten Truppen kehrten demzufolge ziemlich verstimmt in ihre alten Quartiere und Stellungen zurück. Die 2. Eskadron Königin-Husaren bezog die Vorposten südwärts Langensalza. Die Brigade Bothmer, welche sich um 8 Uhr auf den Rückmarsch begab, traf zwischen 10 und 11 Uhr vormittags wieder bei Groß-Gottern ein und bezog daselbst Biwouaks*). Auch an die bei den Behringsdörfern stehende Brigade Bülow wurde der fragliche Befehl unverzüglich abgeschickt.

Der Armeetrain blieb dagegen im Anmarsche auf Langensalza und traf gegen Mittag nördlich der Stadt ein, wo er an der Straße nach Mühlhausen parkierte.

Unterdessen hatte Oberstlieutenant Rudorff in der siebenten Morgenstunde die in einer Rendezvous-Stellung zwischen Groß- und Öster-Behringen stehende Brigade Bülow erreicht. Er setzte deren Commandeur von der auf Eisenach projektierten Unternehmung in Kenntnis. Oberst v. Bülow konnte ihm seinerseits mitteilen, daß die in der vorangegangenen Nacht stattgefundene Expedition gegen die Eisenbahn bei Mechterstedt nicht vollständig gelungen; es sollte ein Geleise unbrauchbar gemacht werden und die Telegraphenverbindung unterbrochen sein. Dagegen erwähnte er nicht der hierbei erfolgten Gefangennahme einer preußischen Patrouille, die ihm damals ebenso wenig bekannt gewesen zu sein scheint, wie deren

*) Das Brigade-Kommando verbot hier strengstens das Betreten der Felder außer den Biwouakplätzen und ebenso das Abschneiden von Laubwerk zum Hüttenbau, so daß in der glühenden Sonnenhitze auf schattenlosem Felde gelagert werden mußte.

die Besetzung von Eisenach bestätigenden Aussagen. Oberstlieutenant Rudorff erbat sich die Erlaubnis, der Brigade mit 1 Eskadron, 1 auf Wagen gesetzten Bataillone und 2 Geschützen der reitenden Batterie Röttiger nach Eisenach vorauseilen zu dürfen, was ihm sofort zugestanden wurde. Schon war alles zum Aufbruche bereit, als der oben erwähnte Premier-Lieutenant Poten aus Langensalza den Befehl überbrachte, welcher die Brigade Bülow zur Sistierung des Vormarsches auf Eisenach anwies. Wie jener Offizier mitteilte, wäre die Einstellung der Operationen durch die vom Major v. Jacobi aus Gotha überbrachten Nachrichten veranlaßt worden.

Von der Überzeugung durchdrungen, daß jede Verzögerung in den Operationen verhängnisvoll werden konnte, und in Erwägung, daß dem Major v. Jacobi bei seiner Abreise nach Gotha am vorhergehenden Abende die Meldung des Lieutenants v. Ahlefeld noch nicht bekannt gewesen war, beschloß Oberstlieutenant Rudorff, auf eigene Verantwortung mit einer Eskadron nach Eisenach vorzureiten, um, falls er dasselbe noch frei fand, diesen Punkt unter Zerstörung des Telegraphen vorläufig bis zur Herankunft der nachzuziehenden Brigade Bülow zu besetzen. Der Commandeur der letzteren entsprach seiner diesbezüglichen Bitte und stellte ihm die 2. Eskadron (Rittmeister Kettler) des Dragoner-Regiments Kronprinz zur Verfügung. Durch den nach Langensalza zurückkehrenden Premier-Lieutenant Poten ließ Oberstlieutenant Rudorff dem General v. Arentsschildt von dieser auf eigene Verantwortung unternommenen Rekognoszierung Meldung erstatten. Um 7½ Uhr morgens trabte er mit der Eskadron in Begleitung des lokalkundigen Grafen Bernstorff gegen das 1¾ Meilen entfernte Eisenach ab. Da die Zeit drängte, wurde von einer systematischen Absuchung des Terrains Umgang genommen und nur ein Avantgardetrupp unter Führung des Rittmeisters Friedrichs auf der Hauptstraße vorausdirigiert.

Die bei Tüngeda übernachtende Reserve-Kavallerie, welche gegen 6 Uhr ihren Lagerplatz verlassen, war mittlerweile im Heranmarsche nach den Behringsdörfern begriffen und machte, dort eingetroffen, Halt. Die von der nächtlichen Expedition zurückgekehrte 4. Eskadron des Garde-Kürassier-Regiments ruhte unterdessen in den zu Tüngeda bezogenen Quartieren und folgte erst gegen 11 Uhr vormittags unter Führung des Majors v. Arentsschildt über Sonneborn gegen Teutleben. —

Druck von Friedr. Andr. Perthes in Gotha.

Wengen, Fr. von der

Geschichte der Kriegsereignisse zwischen Preußen und Hannover 1866

Bd.: 1.

Gotha 1885